ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS DES ÄUSSERN

DRITTER BAND

ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN LEIPZIG

V.3
JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 1001423K

The Woman's College
University of North Carolina

The LIBRARY

DB
46
A5
1930
v.3

This book must
not be taken
from the building

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER KOMMISSION FÜR NEUERE GESCHICHTE ÖSTERREICHS
21.

ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK

VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE
DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS
DES ÄUSSERN

AUSGEWÄHLT VON
LUDWIG BITTNER, ALFRED FRANCIS PRIBRAM,
HEINRICH SRBIK UND HANS UEBERSBERGER

BEARBEITET VON
LUDWIG BITTNER UND HANS UEBERSBERGER

[Austro-Hungarian Monarchy. Ministerium des K. und K. Hauses und des äussern]

ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG
1930

COPYRIGHT 1930 BY
ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

DB
46
A5
1930
v.3

DRUCK DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI IN WIEN

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS DES ÄUSSERN

3. BAND

5. SEPTEMBER 1910 BIS 18. FEBRUAR 1912

Nr. 2246. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 5. Sept. 1910 Nr. 128 (eing. 6. Sept. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Marquis San Giuliano äußerte sich über den Verlauf seiner Aufwartung bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät und seiner Unterredungen mit Euer Excellenz sehr befriedigt. Er ist namentlich über die Herzlichkeit, mit der er empfangen und die Offenheit, mit der alle Österreich-Ungarn und Italien interessierenden Fragen besprochen wurden, hoch ...[b] und glaubt, daß jene Atmosphäre der Sympathie und des Vertrauens hergestellt ist, auf der er an der Verbesserung der Beziehungen weiterbauen will. Baron Fasciotti schien auch mit der auszeichnenden Behandlung, die ihm zu Teil geworden und dem sachlichen Ergebnis der Entrevue sehr zufriedengestellt. Er legte anläßlich Berührung einiger pendenter Details Hauptgewicht darauf, daß wir in Bezug auf Rekriminationen über Incidenzfälle mehr Zurückhaltung üben. Seine Chef habe mit Euer Excellenz hierüber mit vollster Offenheit gesprochen und sowohl im allgemeinen als bei Erörterung des italienischen Standpunktes in Frage ... *einzelner irredentistischer Kundgebungen* ... entgegenkommendes Gehör gefunden. Ambrózy.

[a] Vgl. n. 2244, 2245, 2251. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 2247. Tel. des Legationsrates Rudolf Freiherrn von Mittag aus Sofia, 6. Sept. 1910 Nr. 132 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Deutscher Geschäftsträger und ich erhalten aus verschiedenen Quellen noch nicht kontrollierbare Nachrichten und Konfidentenmeldungen über erhöhte Tätigkeit auf militärischem Gebiete (projektierte Pferdeankäufe, Maßnahmen für Truppentransporte). Bevorstehende Manöver vielleicht Erklärung des Obigen. Bericht durch den Kurier.[b] Mittag.

[a] Vgl. n. 2238, 2248, 2250. — [b] Nicht aufgenommen.

Nr. 2248. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 7. Sept. 1910 Nr. 136 (eing. 8. Sept. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Der Staatssekretär liess mich heute zu sich bitten und teilte mir mit, er habe vom deutschen Geschäftsträger in Sofia ein „politisches" Telegramm[a] erhalten über angebliche kriegerische Absichten Bulgariens. Am Schlusse des Telegrammes heisst es, der österreichisch-ungarische Geschäftsträger[a] hätte die gleichen Meldungen nach Wien gegeben. Herr von Kiderlen ersuchte mich, Euer Excellenz zu melden, dass er durch dieses ihm zum Teile nicht konkludent erscheinende Telegramm gar nicht impressioniert sei. Er hält die in Sofia ausgesprengten Nachrichten für ein Manöver König Ferdinand's und sieht in der ganzen

277855

Sache nur einen Versuch, eine Intervention der Mächte herbeizuführen. Dieser Versuch würde wohl, was Deutschland, Österreich-Ungarn und Frankreich anbelangt, missglücken; er glaube aber auch nicht, dass England nach seinem letzten Misserfolge sich zu einem solchen werde hergeben wollen. Am äussersten Ende könnte man es Russland getrost überlassen, die Bulgaren zurückzuhalten. Kiderlen wäre sehr dankbar, wenn Euer Excellenz ihm Hochderen Auffassung der Sachlage gütigst bekannt geben lassen wollten. Flotow.

[a]) Vgl. n. 2247, 2250.

Nr. 2249. Erlaß an den Gesandten Eduard Otto in Konstantinopel, 7. Sept. 1910 Nr. 2497. Konz. (S. Andrian; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Mit Bezug auf den Bericht des Herrn Botschafters de dato 25. August l. J. Nr. 74 E beehre ich mich, Ihnen mitzutheilen, daß allerdings meinen Informationen zufolge in Athen und Sofia der Gedanke einer gegenseitigen Annäherung in Erwägung gezogen wurde, ohne daß das Stadium einer allgemeinen Fühlungnahme bisher überschritten worden wäre. In diesem Sinne wollen sich Euer Hochwohlgeboren auch dem Herrn Minister des Äußern gegenüber, falls sich eine Gelegenheit ergiebt, streng vertraulich aussprechen. Was nun die Aussichten dieser pourparlers anbelangt, so wäre das Scheitern aller bisherigen Griechisch-Bulgarischen Ententebesprechungen allerdings dazu angethan, auch die jetzigen Annäherungsversuche etwas skeptisch zu beurtheilen. Immerhin dürfte nicht übersehen werden, daß die energische Unificirungspolitik der Jungtürken vielleicht ein günstigeres Terrain für eine Entente Griechenlands mit Bulgarien geschaffen hat als die Hamidische Schaukelpolitik, welche bald das eine bald das andere christliche Bevölkerungselement Macedoniens bevorzugte und dadurch dessen Gegner in Schach hielt.

Nr. 2250. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 9. Sept. 1910 Nr. 82 (chiffr. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Calice; G. Pogatscher).

Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 136 vom 7. l. Mts. erhalten. Baron Mittag hat tatsächlich in dem Sinne telegrafirt,[b]) daß in Bulgarien gewisse militärische Vorbereitungen bemerkbar seien. Er äußerte sich jedoch sehr reservirt und deutete an, daß jene Vorbereitungen sich eventuell auch nur auf die bevorstehenden Manöver bezögen. Er stellte zugleich einen ausführlicheren schriftlichen Bericht in Aussicht. Ich bin meinerseits durch diese Meldungen keineswegs alarmirt und denke nicht daran, in Sofia eine Demarche zu unternehmen, welche nach meiner wie nach Herrn von Kiderlens Meinung uns nur dem aussetzen könnte, daß man den Versuch mache, uns in die durch die Kreta-Frage geschaffenen Complikationen hineinzuziehen. Meine Auffassung deckt sich also ganz mit derjenigen des Herrn Staatssekretärs, dem Euer Hochwohlgeboren Vorstehendes zur Kenntnis bringen wollen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2254. — [b]) n. 2247.

Nr. 2251. Privatschreiben an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 12. Sept. 1910 Nr. 2525.a) Konz. (S. Koziebrodzki; G. Aehrenthal).

Die Telegramme Nr. 120 u. 121, sowie den Bericht Nr 39 C vom 27. August habe ich erhalten und konnte seither mit Befriedigung konstatieren, daß Euer Hochwohlgeboren mir die Intentionen des Marquis San Giuliano ganz richtig signalisiert hatten. In der Anlage erhalten Euer Hochwohlgeboren eine Aufzeichnung über meine in Salzburg und Ischl gepflogenen Unterredungen.b) Aus allerhand Anzeichen hatte ich bereits den Eindruck gewonnen, daß die italienische Regierung ernstlich bestrebt zu sein scheint, sich enger an uns anzuschließen. Auf Grund der Erklärungen des Marquis glaube ich, daß wir in Rom tatsächlich mit solchen Dispositionen rechnen können. Der Herr Minister bat mich, ihn in seinen Bemühungen, unsere Beziehungen intimer zu gestalten, tatkräftig zu unterstützen. Hiebei legte er, ganz unverhohlen, den allergrößten Wert darauf, daß wir ihm die Aufgabe, die er sich gestellt, nicht durch allzu eifriges Einbringen von verschiedenen Détail-Reklamationen erschweren. Ich erklärte mich diesbezüglich zu dem größtmöglichen Entgegenkommen bereit, indem ich in Aussicht stellte, „de faire un triage de nos reclamations" und nur da zu insistieren, wo mir dies unerläßlich schiene. Wenn wir in letzter Zeit vielleicht etwas wachsamer gewesen waren als sonst, so läßt sich das ja leicht erklären durch den Hinblick auf das Jahr, das vor uns steht und das für unsere künftigen Beziehungen maßgebend sein dürfte. Wenn wir uns an der italienischen Jubiläumsfeier beteiligen, so haben wir wohl auch das Recht zu erwarten, dass wir bei diesem Anlasse nicht durch feindselige Kundgebungen und das Hervorkehren längst vergangener Griefs in unseren Gefühlen verletzt werden. Ich will es gerne auf einen Versuch ankommen lassen und nur in besonders wichtig scheinenden Fällen einschreiten. Vorstehendes zur Richtschnur in Ihrem Vorgehen. Euer Hochwohlgeboren wollen bis auf weiteres kleine Vorfallenheiten nicht zum Gegenstande von Démarchen machen, ohne von hier aus einen speciellen Auftrag zu erhalten.

a) Vgl. n. 2246, 2256, 2607. — b) Vgl. n. 2244.

Nr. 2252. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 14. Sept. 1910 Nr. 125 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Herr Sazonow sagte mir heute unumwunden, Herr Iswolsky sei amtsmüde und habe Kaiser Nikolaus mehrmals um seine Entlassung gebeten. Er würde wahrscheinlich einen Botschafterposten erhalten, möglicherweise Paris. Herr Sazonow will von einer Reise Herrn Iswolsky's nach Friedberg und darüber, ob Ankommen des Ministers unmittelbar bevorstehe, nichts wissen. Er sagte mir, er hielte es für wahrscheinlicher, dass dies später erfolge. Als Kaiser Nikolaus ins Ausland reiste, wäre noch nichts darüber entschieden worden. Der Adjoint schien eine eventuelle Nachfolgerschaft, deren Möglichkeit er nicht in Abrede stellt, ohne Vergnügen zu betrachten. Szilassy.

Nr. 2253. Privatschreiben des deutschen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg; Berlin, 19. Sept. 1910.[a]) Ausfert.

Für die freundliche Mitteilung der interessanten Aufzeichnung über Ihre Zusammenkunft mit dem Marquis di San Giuliano[b]) spreche ich Euerer Exzellenz meinen herzlichsten Dank aus. Ich brauche nicht zu versichern, dass ich mich über den günstigen Verlauf Ihrer Begegnung mit dem italienischen Minister aufrichtig gefreut habe, und sage Ihnen zu dem bedeutsamen Ergebnis Ihrer Besprechungen meinen besten Glückwunsch. Wir können hier nur wünschen, dass Schwierigkeiten, die etwa nach Lage der Dinge gelegentlich zwischen unseren beiden Verbündeten auftauchen sollten, stets durch eine so offene und vertrauensvolle Aussprache beseitigt werden, wie sie jetzt in Salzburg und Ischl stattfand. Das wird wesentlich zur Befestigung des Bündnisses beitragen, das sich zum Segen aller Beteiligten so lange bewährt hat. Besonders erfreulich erscheint mir die Aussicht, dass nach Ihrer Unterredung mit Marquis di San Giuliano weder die kaum ganz zu vermeidenden Grenzzwischenfälle noch die orientalischen Probleme, insbesondere die albanische Frage, einen ernsten Differenzpunkt zwischen unseren Verbündeten bilden werden. Morgen trifft mein Allergnädigster Herr bei Ihrem verehrungswürdigen Kaiser und König ein. Die Zusammenkunft der Monarchen bringt in glücklichster Weise die herzlichen Beziehungen zum Ausdruck, die zwischen den verbündeten Mächten bestehen und deren stete Pflege und Förderung, wie ich weiss, Ihnen in gleichem Masse wie mir am Herzen liegt. Bethmann Hollweg.

[a]) Vgl. n. 2285. — [b]) n. 2244.

Nr. 2254. Bericht aus Athen, 24. Sept. 1910 Nr. 44 E (eing. 3. Okt.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Aus meinen bisherigen Gesprächen mit dem Herrn Minister des Äussern wäre hervorzuheben, dass er sich in Bezug auf die in der Presse letzlich so stark ventilierte Frage einer griechisch-bulgarischen Annäherung zwar keineswegs so äusserte, dass man auf die Existenz derartiger meritorischer Besprechungen schliessen könnte, allein er liess — natürlich mit einer bestimmten Absicht — doch durchblicken, dass die einschlägigen Gerüchte nicht ganz aus der Luft gegriffen sind. Was mir aber besonderes Interesse zu verdienen scheint, ist der Hinweis Herrn Kalergis auf einen ganz bedeutenden Umschwung der Geister in Mazedonien in dem Sinne, dass die griechische und die bulgarische Bevölkerung in sehr vielen Orten in letzter Zeit sich nicht nur genähert hätte, sondern förmliche Verbrüderungsfeste feiere gegen den gemeinsamen Feind, die Türkei, eine Tatsache, welche nicht verfehlen könne, auf die „dirigeants“ in Sofia und Athen Eindruck zu machen. Das gegenwärtige Regime im Osmanischen Reiche und insbesondere die Überhebung der jetzigen Machthaber hätten die ehemaligen als unversöhnlich geltenden christlichen Gegner zusammengeführt. Zu ihnen würden sich im gegebenen Augenblicke auch alle jene mohamedanischen Elemente gesellen, die mit der jetzigen Lage

des Reiches unzufrieden seien, so die Albanesen, Kurden und Araber, zu denen noch die Armenier kämen. Das gäbe doch zu denken. Ich benützte diesen Anlass, um im Sinne der mir von Euer Excellenz mündlich erteilten Instruktionen dem Herrn Minister ans Herz zu legen, sich nicht nur der Türkei gegenüber jeder Provokation zu enthalten, sondern auch streng alles zu vermeiden, was in Konstantinopel verschnupfen könnte. Herr Kalergi beteuerte daraufhin, dass Griechenland dies unverrückt im Auge behalte und auch darnach handle. Es liege ihm vollends jede Provokation ferne. In diesem Zusammenhange möchte ich auch einige Äusserungen streifen, welche mein amerikanischer Kollege mir gegenüber dieser Tage tat. Er war unlängst aus Cetinje, wo er gleichfalls akkreditiert ist und wo er den Jubiläumsfestlichkeiten beiwohnte, hierher zurückgekehrt und will von dort den Eindruck mitgenommen haben, dass unter russischer Aegyde zwischen Montenegro, Bulgarien und sogar Serbien (??) eine Art Fühlungnahme im Zuge ist, die sich gegen die Türkei richtet — also das alte Lied des slavischen Balkanbundes, dem auf Grund bisheriger Erfahrungen wohl nur sehr skeptisch gegenüber gestanden werden kann. Immerhin darf ich wohl die Sache pour acquit de conscience registrieren. Was speziell Montenegro betreffe, so strebe — nach Herrn Moses — dieses nach Skutari. Der Herr amerikanische Gesandte erzählte mir ferner, erst dieser Tage von Seiner königlichen Hoheit dem Kronprinzen von Griechenland in Audienz empfangen worden zu sein und diesem gegenüber die Bemerkung fallen gelassen zu haben, man habe Höchstdessen Mission nach Montenegro mit einer Teilnahme Griechenlands an etwaig im Zuge befindlichen Pourparlers der drei slavischen Balkankönigreiche in Verbindung gebracht. Der Kronprinz hätte dies zwar in Abrede gestellt, jedoch in eher lahmer Form, so dass Herr Moses annehmen zu dürfen glaubt, dass auch in dieser Beziehung die aufgetauchten Gerüchte nicht ganz aus der Luft gegriffen sind. Übrigens soll — wie ich von anderer Seite streng vertraulich höre — Kronprinz Konstantin die Möglichkeit Seines Besuches auch an „anderen Balkanhöfen" in absehbarer Zeit angedeutet haben. Es wäre sehr gefährlich und könnte unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen, wenn in Griechenland die Ansicht festen Fuss fassen sollte, dass es in einem eventuellen Kriege mit der Türkei nicht ohne Bundesgenossen bliebe. Braun.

a) Vgl. n. 2240, 2250, 2318.

Nr. 2255. Tel. nach Berlin Nr. 84 (1) und Rom Nr. 103 (2), 24. Sept. 1910 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Matscheko; V. und G. Aehrenthal).*

1. und 2. Streng vertraulich.

1. Herr von Kiderlen hat kürzlich in einem Privatschreiben an mich[b] die jüngsten Zeitungsmeldungen über die angebliche türkisch-rumänische Militär-Konvention berührt. Euer Hochwohlgeboren wollen dem Herrn Staatssekretär bei nächster Gelegenheit sagen, daß auch mich die Wirkung, welche diese Nachrichten nicht allein in der europäischen Publizistik, sondern auch in den diplomatischen Zentren ausüben, lebhaft interessiert und zuweilen belustigt. Was den Ursprung dieser Meldungen anbelangt, so steht es

auch nach den Berichten unserer Pariser Botschaft außer Zweifel, daß es sich um einen vom Quai d'Orsay selbst im „Matin" lancierten ballon d'essai handelt. Bei dem bekannten Einfluß, den die russische Diplomatie speziell in Balkanfragen auf die französische Politik ausübt, ist es nicht ausgeschlossen, daß auch in diesem Falle eine russische Instigation vorlag. Ich habe mich bemüht, soweit es mir möglich war, auf unsere Presse einzuwirken, damit sie darauf hinweise, daß die Meldung von der türkisch-rumänischen Konvention keine Bestätigung gefunden habe, gleichzeitig aber durchblicken lasse, daß eine derartige Vereinbarung nach der ganzen politischen Konstellation immerhin denkbar wäre und, selbst wenn sie heute tatsächlich noch nicht bestünde, doch in naher Zukunft zustande kommen könnte. Es erschien mir nämlich nicht unerwünscht, daß an manchen Stellen die Unsicherheit in dieser Hinsicht fortbestehe. Es dürfte für den Herrn Staatssekretär ferner von Interesse sein, daß der italienische Botschafter diese Angelegenheit gestern bei mir zur Sprache gebracht hat. Er tat dies über Auftrag in der Form, daß er darauf hinwies, die italienische Presse beschäftige sich trotz der von San Giuliano versuchten Gegenwirkung in lebhafter und unseren Beziehungen abträglicher Weise mit diesem Gegenstand; der Minister gedenke daher, der Nachricht ein formelles Dementi in der „Agenzia Stefani" entgegenzusetzen, lege aber Wert darauf, sich zu vergewissern, daß ich hiegegen keine Einwendung erhebe. Ich erwiderte dem Herzog von Avarna, daß ich ebenso wie das italienische Kabinet von der Unrichtigkeit jener Zeitungsnachrichten überzeugt sei, daß es aber wohl in erster Linie Sache der Beteiligten sei, in der Oeffentlichkeit diesen Meldungen entgegenzutreten. Von rumänischer Seite sei dies bekanntlich bereits in formeller Weise geschehen; sollte Marchese di San Giuliano seinerseits eine Enunziation für angezeigt erachten, so hielte ich es für nützlich, bei dieser Gelegenheit auf die Provenienz der fraglichen Meldungen hinzuweisen und ihre Tendenz gebührend zu charakterisieren, welche ebenso wie jene der kurz vorher verbreiteten Nachricht über ein österreichisch-deutsch-türkisches Bündnis darauf hinauslaufe, zwischen den beiden Kaisermächten und Italien Mißtrauen zu säen.

2. Zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Herzog von Avarna ist gestern bei mir erschienen und hat die jüngsten Zeitungsmeldungen über den angeblichen Abschluß einer türkisch-rumänischen Konvention zur Sprache gebracht (Inseratur ex Tel. 1 von „Er tat dies" bis „Mißtrauen zu säen."[b]) Euer Exzellenz wollen sich, falls Ihnen gegenüber von italienischer Seite die Sache berührt wird, in analoger Weise aussprechen. Soeben das Telegramm Nr. 140 vom 23. d.[c]) erhalten.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2230 Anm. d, 2258. — [b]) Liegt nicht vor. — [c]) Betrifft die Teilnahme Prof. Magrinis an den Sitzungen der gemischten Kommission zur Erforschung der hydrographischen und biologischen Verhältnisse der Adria. Nicht aufgenommen.

Tel. nach Rom, 24. Sept. 1910 Nr. 103 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2255.

Nr. 2256. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 24. Sept. 1910 Nr. 142 (eing. 25. Sept. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Marquis San Giuliano teilte mir mit, dass in Salzburg und Ischl das Thema erörtert worden sei, warum angesichts jahrzehntelangen Friedens und Bündnisverhältnisses und Abnahme des Einflusses der Irredentisten auf italienische Regierungen Antipathie gegen Österreich in Oberitalien ungeschwächt andauere und in letzten Jahren eher zu- als abgenommen habe. Er habe sich über diesen Gegenstand bei einschlägigen Gewährsmännern, Parlamentariern und Journalisten, (erkundigt)[b] und finde obige Erscheinung bestätigt. Ihre Erklärung liege erstens in der Anhäufung von Truppen und Ausgestaltung unserer Befestigungen an der Grenze. Zweitens in der in Oberitalien bona fide herrschenden und bereits tief eingewurzelten Überzeugung, dass unsere Italiener bedrückt werden. Fortsetzung folgt.

Ambrózy.

[a] Vgl. n. 2212, 2251, 2257. — [b] Wort fehlt.

Nr. 2257. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 24. Sept. 1910 Nr. 143 (eing. 25. Sept. 9 U. a. m.). Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 142. Auf meine Einwendung, dass von einem Drucke in wirtschaftlicher Hinsicht bei enormen Fortschritten, die Triest durch Ausbau der Alpenbahnen und Massnahmen auf dem Gebiete der Schiffahrt gemacht habe, keine Rede sein könne, antwortete er, dass wirtschaftliche Bedrückung zwar in hiesiger Presse behauptet werde, aber niemand ernstlich daran glaube. Dagegen glaube man tatsächlich an politischen Druck, speziell auf dem Gebiete des Schulwesens und der Rechtspflege. Unterschied zwischen der hiesigen und unserer Gesetzgebung und Rechtspraxis betreffend Majestätsbeleidigungen sei so gross, dass man hierlands an tendenziöse Verfolgung der Italiener glaube, auch wenn solche nicht stattfinde. Hiebei spiele Temperament des Italieners und häufig unüberlegte Sprache desselben eine Rolle. Billige Behandlung der kulturellen Interessen unserer Italiener sei ebenfalls wichtiger Punkt. Er hoffe, dass Lösung der Universitätsfrage zur Beruhigung beitragen werde. Ich glaube, dass der Herr Minister Euer Excellenz gegenüber dieses Thema zur Sprache bringen wird.

Ambrózy.

Nr. 2258. Tel. aus Rom, 26. Sept. 1910 Nr. 145 (eing. 27. Sept. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Heutige Tribuna brachte offiziöses Communiqué hiesiger Regierung, worin Nachrichten österreichisch-deutsch-türkischer Allianz sowie rumänisch-türkischer Militärkonvention authentisch und kategorisch mit dem Beifügen dementiert werden, dass intimes und vertrauensvolles Verhältnis zwischen den Dreibundmächten gegenseitige Verständigung über die letzten Phasen der internationalen Politik in sich schliesse. Italienische öffentliche Meinung habe sich übrigens durch derartige unbegründete und tendenziöse Nachrichten nicht irreführen lassen. Minister des Äussern, welchen ich heute sah, sagte mir, er selbst habe dieses Communiqué redigiert, welches, wie ich

bestätigen kann, beruhigende Wirkung auf die meisten hierländigen Blätter ausgeübt habe. Auf eine schärfere Accentuierung der Provenienz und Tendenz jener Nachrichten habe sich Marquis San Giuliano, wie er sich ausdrückte, „mit Rücksicht auf hiesiges Milieu" nicht einlassen wollen. Mérey.

a) Vgl. n. 2255, 2259.

Nr. 2259. Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem türkischen Großvezier Hakki Pascha, 27. Sept. 1910.a) Konz. (S. Matscheko; V. und G. Aehrenthal).

Als mich der Großvezier heute auf der Rückreise von Paris nach Konstantinopel besuchte, begann er das Gespräch mit der Bemerkung, er habe mit Vergnügen die Gelegenheit wahrgenommen, mich wieder zu begrüssen. „Il est vrai", fügte er lächelnd hinzu, „qu'on a un peu beaucoup parlé et jasé sur notre dernière entrevue à Marienbad." Über seine, während des Aufenthaltes in Frankreich gewonnenen Eindrücke äußerte sich Hakki Pascha dahin, daß die französische öffentliche Meinung mehr als je impressionabel sei und daß daher auch die äußere Politik manchmal von Tag zu Tag Schwankungen unterliege und von Stimmungen beeinflußt werde. Der Gedanke, der Frankreich wie eine Obsession beherrsche, sei Deutschland und die Angst vor demselben. Auf diesem Moment basiere die Allianz mit Rußland und die Entente mit England, ebensowie die Versuche, Italien vom Dreibunde möglichst loszulösen. Jedes Vorkommnis und jede Nachricht, welche diesem Grundgedanken der französischen Politik entgegenläuft und geeignet scheint, die Machtstellung Deutschlands zu stärken, bringe die öffentliche Meinung in Frankreich aus dem Gleichgewicht. Dies sei zuletzt zu Tage getreten anläßlich der Gerüchte über den Anschluß der Türkei an den Dreibund und über das Zustandekommen einer türkisch-rumänischen Konvention. Er sei in Paris mehrfach interpelliert worden, was es mit der Nachricht des „Matin" für eine Bewandtnis habe und man habe ihn förmlich bestürmt, sie zu dementieren. Diesem Andrängen gegenüber habe er konsequent daran festgehalten, daß er mit Urlaub sich im Ausland befinde und daß sich in der Sache nur die Regierung in Konstantinopel offiziell äußern könne. Gesprächsweise habe er übrigens seinen Mitrednern gegenüber kein Hehl daraus gemacht, daß ihm ein enges Verhältnis zu Rumänien in der Situation zu liegen scheine; ein förmliches Übereinkommen zwischen den beiden Staaten, wenn es auch vielleicht heute nicht bestünde, könne morgen zustande kommen. Die Türkei müsse mit der Eventualität eines gleichzeitigen Konfliktes mit Griechenland und Bulgarien rechnen und Frankreich könne es der Türkei gewiß nicht verwehren, wenn sie sich für diesen Fall nach Bundesgenossen umsehe. Man habe ihn in Paris auch wiederholt recht eindringlich über die Beziehungen der Türkei zu Österreich-Ungarn inquiriert; er habe ganz offen erklärt, Österreich-Ungarn sei unter den Großmächten der nächste Nachbar der Türkei und könne ihr ebenso viel nützen als unter Umständen schaden; es sei daher nur natürlich, daß die Pforte darauf bedacht sei, das Verhältnis zur Monarchie zu einem möglichst freundschaftlichen zu gestalten. Meinerseits sagte ich Hakki Pascha, ich freue mich zu hören, daß er die Lage im Allgemeinen und die Be-

ziehungen zu uns im Besonderen so trefflich und durchaus ruhig beurtheile. Der Lärm, den die Presse Frankreichs und anderer Länder über seine Marienbader Reise und die damit zuammenhängenden Gerüchte angeschlagen, sei ein Symptom dafür, daß die türkische Diplomatie auf dem richtigen Wege sei. Vielleicht wäre die öffentliche Meinung Frankreichs weniger rasch irritirt worden, wenn sich die türkischen Zeitungen nicht seit einiger Zeit einer etwas unpolitischen Offenheit befleißigt hätten. Hakki Pascha theilte vollkommen diese Ansicht über die Haltung der türkischen Presse; er meinte, sie sei sowol bei der Besprechung der obenerwähnten Gerüchte als auch in der Anlehensfrage in ihren Angriffen gegen Frankreich viel zu weit gegangen. Nicht recht erklärlich sei ihm, bemerkte der Großvezier weiter im Laufe unserer Konversation, die Beunruhigung, welche in der italienischen Presse infolge der Gerüchte über den Anschluß der Türkei an die Kaisermächte und über die angebliche Konvention mit Rumänien zu Tage trat, wobei unleugbar ein gewisses Mißtrauen gegen die weiteren Absichten Österreich-Ungarns mitspielte. Hiezu sei aber doch absolut kein Grund vorhanden, da ja die Monarchie durch die Annexion und den Verzicht auf den Sandschak ihre dortige Stellung quasi liquidiert und den Beweis erbracht habe, daß sie den jetzigen Besitzstand für definitiv erachte. Über Herrn Pichon persönlich hat Hakki Pascha ein durchaus günstiges Urteil. Er schildert ihn als ruhig, verständig und besonnen; er habe auch eine für die Türkei wohlwollende Gesinnung an den Tag gelegt und ihn, Hakki Pascha, darüber beruhigt, daß es keineswegs in der Absicht Frankreichs und der anderen Schutzmächte liege, den Türken Kreta zu „eskamotieren". Über die innere Lage in der Türkei zeigte sich der Großvezier sehr reserviert, er machte bloß die Bemerkung, es liege in dieser Hinsicht kein wichtiges neues Moment vor. Die für uns freundschaftlichen Bemerkungen, die Hakki Pascha im Laufe des Gesprächs wiederholt fallen ließ, habe ich, wie schon an einer anderen Stelle erwähnt, entsprechend quittiert; man wisse in Konstantinopel, daß Österreich-Ungarn aufrichtig die Erstarkung des ottomanischen Reiches wünsche und darin die beste Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens am Balkan erblicke. Als die Rede auf die Nachrichten von der türkisch-rumänischen Konvention kam, bemerkte ich, es sei im Interesse des Friedens ganz erwünscht, daß in dieser Hinsicht eine gewisse Unsicherheit an manchen Stellen noch fortbestehe. Eben im Interesse des Friedens könnten wir auch ein freundschaftliches Verhältnis Rumäniens zur Türkei nur begrüssen und hätten uns jederzeit in Bukarest in diesem Sinne vernehmen lassen, so wie wir ja auch in Sofia immer zu einem korrekten und freundschaftlichen Verhalten zur Türkei gerathen haben. ... *Frage des Kultusprotektorats in Albanien.* ...

a) Vgl. n. 2230, 2258, 2262, 2276, 2303.

Nr. 2260. Aide-Mémoire des englischen Botschafters, 28. Sept. 1910.a) Ausfert.

Aide-Mémoire. Personnel et confidentiel. Sir Edward Grey est convaincu que la politique du Comte d'Aehrenthal est une politique paisible et qu'elle a pour but le maintien du „statu quo" dans les Balcans. Sir Edward

Grey comprend très bien le désir du Comte d'Aehrenthal de se tenir à l'écart de la question de la Crète, mais il espère que Son Excellence ne se servira pas de l'indépendance que lui donne sa position à l'égard de cette question pour créer à Constantinople des difficultés pour aucune des quatre Puissances Protectrices; Sir Edward Grey espère de plus que le Comte d'Aehrenthal, quoique se tenant officiellement à l'écart de cette question, fera son possible d'une façon non-officielle et indépendante pour conseiller à la Porte de poursuivre une politique modérée et empreinte de bon sens. Le Comte d'Aehrenthal peut être certain que Sir Edward Grey de son côté ne fera rien pour embrouiller les affaires dans les Balcans. Il est bon, tout de même, que Son Excellence comprenne la position exacte de Sir Edward Grey. Pour cela il faut expliquer clairement, pour l'information du Comte d'Aehrenthal, l'attitude précise que doit observer un Ministre des Affaires Etrangères de la Grande-Bretagne. Un pareil Ministre a de grandes responsabilités et doit s'occuper de questions qui surgissent dans toutes les parties du monde. L'Ambassadeur d'Angleterre peut assurer le Comte d'Aehrenthal que Sir Edward Grey ne se dérobera pas aux obligations qu'il a héritées de ses prédécesseurs, et qu'il tiendra loyalement l'engagement que l'Angleterre a pris avec les trois autres Puissances Protectrices de tenir l'île de Crète en dépôt pour la Turquie. Si les Crétois ne se conduisent pas bien, Sir Edward Grey est prêt à proposer et à prendre part, en conjonction avec les autres trois Puissances, dans un débarquement de troupes en l'île de Crète pour tenir de cette façon la promesse que les quatre Puissances ont donnée à la Porte de maintenir intacts ses droits. Quoique l'Angleterre soit prête à maintenir — en ligne avec les autres Puissances Protectrices — ses engagements envers la Turquie au sujet de l'île de Crète, Sir Edward Grey n'a aucune intention de se rendre responsable — à moins que ce ne soit avec les cinq autres Puissances — des actions de la Turquie en dehors de cette île.. Sir Edward Grey n'a pas le moindre désir de voir la paix troublée dans les Balcans, mais dans son opinion il y a d'autres Puissances — l'Autriche-Hongrie par exemple — qui ont un intérêt plus direct que la Grande-Bretagne dans le maintien de la paix en cette partie de l'Europe, et quoique Sir Edward Grey soit disposé à prendre part dans des mesures communes pour maintenir la paix, il est bien décidé à ne rien faire — par la voie diplomatique ou autrement — pour l'assurer à moins que les Puissances qui sont plus directement intéressées que l'Angleterre dans le maintien de cette paix, ne soient elles-mêmes prêtes à contribuer par leurs efforts à la maintenir. En cas où une crise éclaterait dans les Balcans et que Sir Edward Grey conseillerait avec instance aux trois Puissances de restreindre leur intervention à la question crétoise pure et simple, il est possible que la Grande-Bretagne serait accusée d'avoir cherché à créer des difficultés dans le but d'embarrasser l'Autriche-Hongrie à Constantinople. L'Ambassadeur d'Angleterre, en exposant dès-à-présent au Comte d'Aehrenthal les vues de Sir Edward Grey sur cer aines questions touchant l'Empire Ottoman, désire expliquer que l'attitude du Secrétaire d'Etat anglais est gouvernée uniquement par les grandes responsabilités qui retombent sur le Gouvernement de Sa Majesté le Roi à cause du grand étendu de l'Empire Britannique. Ainsi il n'est que

raisonnable et naturel que l'Angleterre hésite à ajouter plus que sa part aux reponsabilités qui lui sont déjà dévolues en cette partie du monde. D'après des informations qui sont parvenues à Sir Edward Grey il semble possible qu'un différend sérieux pourrait éclater d'un moment à l'autre entre la Turquie et la Grèce. Selon l'opinion de Sir Edward Grey, si les quatre Puissances Protectrices maintiennent strictement le „statu quo" dans l'île de Crète, elles ne seront en aucune façon responsables si un conflit entre la Turquie et la Grèce venait à se réaliser. Sir Edward Grey croit que le Comte d'Aehrenthal devrait compter sur la possibilité d'une pareille éventualité quoique les quatre Puissances poursuivent une politique irréprochable et maintiennent intacts les droits de la Turquie sur l'île de Crète. En outre il paraît à Sir Edward Grey que le Comte d'Aehrenthal devrait comprendre que si le conflit éclate, il faudra tous les efforts réunis des six Puissances pour éteindre la conflagration générale. Peut-être la Turquie elle-même cherchera à localiser le conflit et il est possible qu'elle réussira à le faire; en ce cas il y a à espérer qu'aucun grand mal ne sera fait, mais sur ce point Sir Edward Grey ne se croit pas à même de former un jugement certain. Le Comte d'Aehrenthal, étant plus proche du théâtre où se joueront ces évènements, est probablement en meilleure position que n'est Sir Edward Grey de former un jugement correct quant aux résultats futurs qui pourraient en découler.

[a]) Vgl. n. 2236, 2289, 2291.

N. 2261. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 28. Sept. 1910 Nr. 128 (eing. 9 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Herr Sasonoff sagte mir heute, ein Dekret werde in circa acht Tagen erscheinen, welches Ernennung Baron Giers' nach Wien und — wie ich seinen Worten zu entnehmen glaube — die Berufung Iswolsky's nach Paris enthalten wird. Bezüglich seiner eigenen Aussichten sagte mir Adjoint, er werde vielleicht, aber erst in sechs bis acht Wochen zum Minister ernannt werden. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2263.

Nr. 2262. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 28. Sept. 1910 Nr. 129 (eing. 9 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Ich konnte heute durch Gespräch mit Herrn Sasonoff und auch aus anderer Quelle konstatieren, dass russische Regierung an die Existenz einer wenigstens mündlichen Abmachung zwischen Türkei und Rumänien glaubt. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2259, 2446.

Nr. 2263. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 29. Sept. 1910 Nr. 131 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Zu meinem Telegramme Nr. 128 von gestern. Herr Sazonoff sagte einem meiner Kollegen, die Ernennung Herrn Iswolsky's zum Botschafter in Paris werde dieser Tage veröffentlicht werden. Szilassy.

Nr. 2264. Communiqué über den Besuch des Grafen Aehrenthal in Racconigi und Turin, 1. Okt. 1910.[a] Konz. (S. Szápáry; V. Aehrenthal).

Graf Aehrenthal, welchem die Ehre zuteil wurde vom König von Italien in Racconigi empfangen zu werden, hat bei diesem Anlasse Seiner Majestät ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers und Königs Franz Joseph[b] übergeben. Die von den Ministern des Äußern Italiens und Österreich-Ungarns in Turin gepflogenen Besprechungen bildeten die natürliche Fortsetzung jener, welche in Salzburg und Ischl[c] stattfanden, ohne daß sich in der Zwischenzeit neue die internationale Lage verändernde Tatsachen ergeben hätten.[d] Die beiden Staatsmänner haben neuerlich konstatiert, daß sie im Vereine mit dem Berliner Kabinet unentwegt und aufrichtig im Sinne der friedlichen Ziele des Dreibunds tätig sind.

[a] Vgl. n. 2271, 2272, 2285, 2290, 2439. — [b] Schreiben Kaiser Franz Josefs vom 23. Sept. 1910 (Konz., S. Schreibmaschine; V. Schießl) enthält nur Höflichkeitsbezeugungen und Dank für Glückwunsch zum 80. Geburtstag. — [c] Vgl. n. 2244. — [d] Amtsvermerk (Pirquet): „Auch über die Besprechungen in Turin und Racconigi soll eine Aufzeichnung abgefaßt worden sein, doch ist dieselbe bisher noch niemals ins Archiv gelangt. 4. Jänner 1911. Die Ergebnisse dieser Besprechungen sind aber z. B. wiedergegeben im Briefe des Ministers an den Reichskanzler vom 27. Okt. 1910.“ Hiezu Amtsvermerk (Szápáry): „Da sich die Besprechungen in Turin und Racconigi ganz im Rahmen jener von Salzburg und Ischl bewegt hatten, ist meines Erinnerns Graf Aehrenthal nachträglich davon abgekommen, hierüber eine besondere Aufzeichnung abzufassen. 13. März 1912.“ Vgl. auch n. 2265.

Nr. 2265. Tel. nach Rom Nr. 106 (1) und Berlin Nr. 86 (2), 8. Okt. 1910 (chiffr. 6 U. 15 M. p. m.).[a] Konz. (S. Calice; G. Aehrenthal).

1. und 2. Der hiesige italienische Botschafter hat vorgestern im Auftrage seiner Regierung folgenden Gegenstand zur Sprache gebracht: Die türkische Regierung habe sich, wie der italienische Botschafter in Konstantinopel melde, angeblich in Berlin über etwaige Absichten Italiens in Tripolis erkundigt und von dort sehr beruhigende Versicherungen erhalten. Trotzdem habe die Pforte dem Vali von Tripolis den Auftrag erteilt, Landerwerbungen von italienischer Seite zu verhindern. Marquis di San Giuliano wende sich nun mit der Bitte an mich, daß die k. u. k. Regierung sich in Konstantinopel dafür verwenden möge, daß diese Hindernisse des italienischen Handels in Tripolis beseitigt werden. Ich erwiderte dem Herzog Avarna, ich hätte bereits Gelegenheit gehabt, Hakki Pascha bei meinem letzten Gespräche mitzuteilen, daß ich auf Grund meiner Unterredungen mit dem Herrn italienischen Minister des Äußern in Salzburg und Ischl[b] die Überzeugung gewonnen habe, daß Italien in seiner Politik im nahen Osten ganz mit uns übereinstimme und gleich uns die Erhaltung des Status quo und die Erstarkung der Türkei aufrichtig wünsche. Eine direkte Intervention in dem vom Herrn Botschafter angedeuteten Sinne hielte ich aber in dieser rein kommerziellen Angelegenheit nicht nur nicht für angezeigt, sondern sogar eher für geeignet, türkischerseits ein erhöhtes Mißtrauen wachzurufen, da die Pforte dahinter politische Abmachungen vermuten würde. Ich sei jedoch gerne bereit, den Markgrafen Pallavicini, der sich

demnächst wieder nach Konstantinopel begebe, zu beauftragen, auch seinerseits den türkischen Staatsmännern gegenüber meine auch in Racconigi[c] neuerlich bestärkte Überzeugung von der Aufrichtigkeit und dem Wohlwollen der italienischen Regierung für die Türkei hervorzuheben. Ich hoffe, daß diese Sprache unseres Botschafters zu dem italienischerseits gewünschten Erfolge beitragen werde. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren persönlichen Orientierung und, falls italienischerseits (deutscherseits) die Sprache darauf kommen sollte, zur Regelung Ihrer Sprache.

[a]) Vgl. n. 2348, 2354. — [b]) n. 2244. — [c]) Vgl. n. 2264, 2271.

Nr. 2266. Bericht des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Belgrad, 9. Okt. 1910 Nr. 232 (eing. 11. Okt.).[a]) Ausfert.

Geheim. Von einem gewissen Bradvarović, der sich auch F. Brunetti nennt, und der im vorigen Jahre dem k. u. k. Generalstab gewisse, wie ich übrigens erfahren habe, meist wertlose Nachrichten gebracht hat, und der sich seit Monaten dieser k. u. k. Gesandtschaft als Konfident anbietet, ist mir Nachstehendes übermittelt worden: „Vor 5 Tagen ist aus Bosnien ein gewisser Dragomir Gjorgjević — Schauspieler und serbischer Infanterie-Reserveleutnant — in Belgrad eingetroffen. Er hat in Bosnien als Schauspieler gelebt, war aber überdies Konfident für den serbischen Hauptgeneralstab; er ist ein guter Krokist und guter Stenograph und ist Vertrauensmann der serbischen Regierung. Die letztere Zeit hat er in der Gegend von Višegrad und Uvac zugebracht. Um ungehinderter passieren zu können, hat er vor seinem Abgang nach Bosnien seinen Pass beim österreichischen Konsulate in Belgrad als Schauspieler vidiert." (Dies hat er nach Angabe des Konfidenten angegeben. Das Exhibitenprotokoll des k. u. k. Konsulates Belgrad weist zwar blos sub. Exh. Zahl 11444 ex 1908 vom 21. Oktober ein an einen serbischen Staatsangehörigen namens Dragoljub Gjorgjević, angeblich Fischer, für Ungarn erteiltes Passvisum auf; es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass Genannter auch mit diesem Visum nach Bosnien reisen konnte.) „Gleich nach seinem Eintreffen in Bosnien hat derselbe seine Rolle als Militärkonfident übernommen und das Schauspiel als Nebenbeschäftigung betrieben. Man schlagt die Dienste, welche er der serbischen Regierung geleistet hat oder noch immer leistet, hoch an und wird er dafür auch gut bezahlt. Leutnant Gjorgjević ist über Einberufung des Generalstabes nach Serbien zur Waffenübung eingerückt und wird nach Absolvierung derselben über Semlin nach Bosnien zurückkehren, um seine Tätigkeit dort wieder aufzunehmen. Von verdächtigen Personen, welche mit ihm verkehren, wäre ein gewisser Simo Stanojević-Šučur, sein Theaterdirektor, zu erwähnen, welcher von der bosnischen Regierung konzessioniert ist und auch jetzt in Sarajevo weilt. Auf diesen Gjorgjević wäre besonders Acht zu geben, da er alle Vertrauenspersonen der bosnischen Regierung kennt; er wird in einigen Tagen nach Bosnien zurückkehren. In Belgrad weilt ein gewisser Milivoje Čuković, ein gewesener Freund und Helfershelfer des Nastić, welcher mit Spalajković in Verbindung steht. Čuković ist als Freund Nastić's noch vor Beginn der Cettinjeer

Affaire mit der serbischen Regierung in Fühlung getreten und hat ihr alle Absichten desselben referiert; desgleichen auch im Hochverratsprozess. Es war ein Kollege des Nastić und hat als solcher Informationen gesammelt und an Spalajković weitergegeben. Diese Informationen haben der serbischen Regierung sehr viel genützt, weshalb er dafür auch gut belohnt wurde. Derselbe Čuković war auch Agent der bosnischen Regierung. All' das serbische Material, sowohl im Agramer Hochverratsprozess als auch im Friedjungprozess in Wien, stammt von Čuković, welcher ein Gehilfe des Nastić war und zu gleicher Zeit Spalajković auf dem Laufenden gehalten hat. Er tut dies auch jetzt. Er befindet sich in Belgrad und bezieht sein Honorar von Spalajković; ihm kann niemand etwas anhaben." (Zur Erläuterung dieser letzteren Bemerkung füge ich bei, dass Čuković — wenn ich mich recht erinnere — bei seinem Hieherkommen von irgend einer serbischen Zeitung als Intimus des Nastić angegriffen und seine Ausweisung aus Serbien verlangt wurde.) „Die letzte Affaire mit Anka Marjanović stammt von ihm. Er hat sie, wie auch Oberleutnant Rajaković aus Dôlnja Tuzla bei der serbischen Polizei denunziert. Er ist derjenige, welcher bei der serbischen Regierung am besten steht. Von diesem Čuković erwartet man viele Vorteile; er ist ein Angehöriger Österreich-Ungarns. Also kurz gesagt: er war für alle vergangenen Affairen der serbischen Regierung das Fundament, er ist alles und die Hauptperson; Dr. Boža Marković und Professor Mile Pavlović sind seine Freunde. Čuković geht oft nach Semlin und Agram. Der aus Bosnien desertierte Oberleutnant Slavuljević (hohe Weisung vom 2. Juli l. J. Z. 40749/11[b]) und hieramtlicher Bericht No. CXXVI vom 27. August d. J.)[b]) verkehrt vornehmlich mit dem Belgrader Geheimpolizeichef Žika Lazić; er ist sein Gehilfe in Angelegenheiten, welche Österreich betreffen. Milan Srškić, bosnischer Abgeordneter und Reserveleutnant, ist Korrespondent des Hauptgeneralstabes in Belgrad. Er ist bosnischer Landesangehöriger und in Sarajevo Advokat; er leistet der serbischen Regierung grosse Dienste. Also dieser Srškić steht seit langem mit der serbischen Regierung in Verbindung. Dr. Dušan Popović, Advokat in Mitrovitz und Abgeordneter des kroatischen Landtages, ist Vertrauensmann des „Slovenski Jug"; er schreibt Artikel für den Srbobran in Agram." Haymerle.

[a]) Vgl. n. 2223, 2296. — [b]) Nicht aufgenommen.

Nr. 2267. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 9. Okt. 1910 Nr. 137 (eing. 7 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Ich höre soeben von einem Mitgliede der Familie Herrn Stolypin's, dass die Ernennung Herrn Sazonow's zum Minister des Äussern beschlossene Sache ist. Kaiser Nikolaus hat vor Kurzem in Privatbrief Herrn Sazonow hiezu aufgefordert. Ernennung soll nach Rückkehr Seiner Majestät erfolgen. Ich bitte um streng vertrauliche Behandlung dieser Nachricht. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2269.

Nr. 2268. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 11. Okt. 1910 Nr. 138 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Heutiges Amtsblatt publiziert Enthebung des Fürsten Urussow vom Botschafterposten unter Verleihung der Obersthofmeisterwürde, sowie Ernennung Baron Giers.

Szilassy.

Nr. 2269. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 2./15. Okt. 1910 Nr. 41 B (eing. 17. Okt.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Ich habe gedacht, dass in diesem Momente (hieramtl. Telegramm Nr. 137 vom 9. Oktober/26. September l. J.), wo die auswärtige Politik der Monarchie endlich jetzt, nach langer Zeit, wieder einmal erwarten kann, an der Sängerbrücke eine objektivere Beurteilung zu finden, es nicht uninteressant wäre, diese Beurteilung möglichst kennen zu lernen, und dass andererseits eine die Ereignisse der letzten Jahre streifende Aussprache im Interesse unserer beiderseitigen Beziehungen läge. Wenn ich mir angemasst habe, eine solche Aussprache selbst zu provozieren, so erlaubte ich mir dies nicht nur in Anbetracht meiner guten persönlichen Beziehungen mit Herrn Sazonov zu tun, sondern weil ich dachte, dass auf alle Fälle eine solche Konversation mit mir ne tirerait pas à conséquence. Ich nahm mir also vor, am letzten Mittwochempfange, wo wenig aktuelles vorlag, in meiner diesbezüglichen Konversation über „Herrn Iswolsky" zur „Annexion" zu gelangen. Als ich nun Herrn Sazonov bemerkte: „Eh bien, le pauvre Mr. Iswolsky a eu une bien mauvaise presse en Russie!", sagte mir Herr Sazonov: „Oui, il était antipathique à tout le monde". Er bemerkte über seinen ehemaligen Chef, er habe sich immer von seinen Gefühlen hinreissen lassen, er wäre „un paquet de nerfs", „une vraie femme" gewesen! Ich glaube seinen Worten entnommen zu haben, dass Herr Iswolsky vielleicht früher entlassen worden wäre, hätte man nicht den Schein gefürchtet, dass er einer auswärtigen Presscampagne zum Opfer gefallen sei. Doch will ich mit dieser banalen Seite unseres Gespräches die kostbare Zeit Euer Exzellenz nicht länger in Anspruch nehmen. Wenn aber mein Mitredner für die Person Herrn Iswolsky's wenig Gutes zu sagen hatte, so war dies nicht der Fall, was dessen Politik anbelangt. Er betonte mehrmals seine Begabung. Als er nun einmal den „Aerger" Herrn Iswolsky's erwähnte, sagte ich ihm, ich verstünde offen gestanden nicht, warum das offizielle Russland unsere Sandschakbahn- und bosnische Politik so verübelt habe, wäre dieselbe doch von mehreren, gewiss nicht unfähigen russischen Staatsmännern gebilligt worden! Hier waren wir glücklich bei dem von mir gewünschten Thema angelangt, auf welches Herr Sazonov bereitwilligst einging, und es entspann sich sodann eine einstündige Konversation, im Laufe welcher, wenn auch in chaotischer Weise, die allgemeine europäische Politik besprochen wurde. Diejenigen Aeusserungen Herrn Sazonovs, welche wiederholt zu werden verdienen, waren ungefähr folgende: Der Herr Gerent meinte zuerst, dass die russischerseits gegebene Zustimmung zur Annexion Bosniens vornehmlich für den Fall einer Auflösung des ottomanischen Reiches gedacht worden wäre, gab aber, auf meine Einwendung

hin, bald dieses Argument ganz auf. Man habe gegen die Annexion selbst, sagte mir Herr Sazonov, wohl nichts einzuwenden gehabt, wohl aber habe die Weise, wie sie durchgeführt wurde, hier unangenehm berührt, was er auch verstünde. „Le Comte d'Aehrenthal est entré un peu vite en besogne. Cela a été une surprise d'autant plus désagréable que nous le croyions un ami de la Russie." Auf meine Bemerkung, dass die öffentliche Meinung Russland's zur Zeit der Balkankrise vielleicht künstlich aufgeregt wurde, gab mein Mitredner zu, dass die Zeitungen sich damals hier wie überall „sehr dumm benommen hätten". Von einer Einflussnahme England's bei dieser Gelegenheit wollte er indessen nichts wissen!! Meine diesbezügliche Frage verneinend, fragte er à son tour, was England davon gehabt hätte? Auf meine Bemerkung, es sei doch bekannt, dass man an der Themse gegen uns eine ganze Aktion inszeniert, dass man unsere Politik mit Deutschland dort identifizieren wollte, sagte er mehrmals: „Das ist später ganz natürlich gewesen, ich spreche nicht von Ihren offiziellen Kreisen, aber die öffentliche Meinung bei Ihnen a eu une reconnaissance trop bruyante pour l'Allemagne, on a voulu élever chez Vous des statues à Germania: c'est naturel, qu'en Angleterre on s'en soit ému!" Auf das englisch-russische Verhältnis übergehend meinte Herr Sazonov, diese Entente sei nur für konkrete Fragen in Asien geschlossen, und leugnete, dass Grossbritannien die europäische Politik Russland's beeinflusse. Die Entente sei „de la très bonne diplomatie". Russland habe nichts gegeben als die Versicherung Indien nicht anzugreifen, was es auch so wie so nicht vornehmen könnte! Er glaube auch gar nicht an die Wahrscheinlichkeit einer Invasion England's durch Deutschland, diese Furcht bestehe aber dort wie vor 20 Jahren gegen Russland und würde solange bestehen, bis Deutschland, wie damals Russland Grossbritannien von seiner Friedensliebe überzeugen würde. Dies würde, seiner Ansicht nach, einmal erfolgen. Ich bemerkte, der Unterschied zwischen beiden Fällen sei doch sehr gross, denn England verlange von Deutschland ein gewisses Mass in seinen Flottenbauten, eine Einmischung, welche sich keine Macht gefallen lassen könnte. Im Uebrigen glaube ich meine wenig Interesse bietenden Einwendungen nicht wiedergeben zu sollen. Ich verhielt mich möglichst reserviert, sagte nur, was ich opportun fand. Mein Zweck war zu hören, und nicht Herrn Sazonov zu einem neuen System zu bekehren! Auch vermied ich ängstlich Alles, was den Schein einer Sondierung zum Zwecke einer Annäherung mit uns hätte haben können. Nur in einem Punkte glaubte ich aus meiner Reserve heraustreten zu sollen, nämlich bezüglich unserer damaligen Balkanpolitik. Mein Mitredner sprach ohne die geringste Leidenschaft und machte nicht die entfernteste Allusion — was der freundschaftliche Ton unserer Konversation immerhin gestattet hätte — bei der Besprechung der Annexion an irgend etwas mehr als die „surprise désagréable", nur hatte er den Vorwurf hinzugefügt, dass wir in der Sache der Justizreform in Mazedonien von der Entente mit Russland abgegangen waren. Ich benützte also diesen Anlass, um Herrn Sazonov mein Erstaunen hierüber auszusprechen, da es doch Herr Iswolsky gewesen, welcher damals England zu Liebe andere Wege gegangen und uns im Stiche gelassen habe. Bezüglich der „surprise" sagte ich ihm, das Verhalten

Russland's wäre eher Euer Exzellenz eine solche unerklärliche und betrübende „surprise" gewesen. Ich verwies darauf, dass Hochdieselben immer ein Freund Russland's gewesen, dass noch lange vor Abschluss der Entente Euer Exzellenz in diesem Sinne gearbeitet hätten und dass die Entente selbst durch Hochdero Collaboration zu Stande gekommen sei. Ich bemerkte, ich hätte schon in den neunziger Jahren Euer Exzellenz in diesem Sinne sprechen gehört und dass ich nie einen Akt in der Hand gehabt habe, wo Euer Exzellenz von Russland anders als mit Sympathie gedächten. Unter solchen Umständen sei die Behauptung, Euer Exzellenz seien ein Feind Russland's, ein Mythos, welcher ohne Grundlage sei. Ich glaube, diese Worte machten einen sichtlichen Eindruck auf den Herrn Gerenten und jedenfalls wendete er dagegen nichts ein, was — ich erlaube es mir zu wiederholen — der Ton unserer Konversation in entsprechender Form wohl gestattet hätte. Um meine Eindrücke zu resumieren, möchte ich zwei Punkte hervorkehren, auf welche mein Mitredner mehrmals insistierte: 1) Seine Verwahrung dagegen, dass Russland's europäische Politik durch England in neue Bahnen gelenkt werde und sein Bestreben, die Beziehungen Russland's zu Oesterreich-Ungarn und Deutschland von den englisch-deutschen zu trennen. „Vous non plus ne feriez pas la guerre à l'Angleterre à cause de l'Allemagne" hatte er mir einmal gesagt, worauf ich nicht antwortete. 2) Sein Unwille über unsere „reconnaissance trop bruyante pour l'Allemagne", wo ich viel mehr als bei Besprechung der Annexion un point d'humeur bei ihm bemerkte. Dies wurde mehrmals betont und ohne à propos. Hiezu erlaube ich mir noch als Ergebnis früherer Konversationen hinzuzufügen: 3) Sein Aerger gegen die Undankbarkeit der Türkei. — Die ersten zwei Punkte ergänzen sich gegenseitig. Die drei zusammen lassen annehmen, dass [sich] Herr Sazonov, wenn er es auch nicht zugibt, der Fehler der Iswolsky'schen Politik bewusst ist und die Nachteile, welche dieselbe für Russland gehabt, klar erkennt. Es ist vielleicht die Annahme gestattet, dass er bestrebt sein dürfte, die Fehler dieser Politik zu neutralisieren. Ich habe mehrmals in meiner ergebensten Berichterstattung der Meinung Ausdruck zu geben mir erlaubt, dass Herr Sazonov ein Realpolitiker sei, welcher sich durch seine Gefühle nicht leiten lassen dürfte. Nach meiner letzten Konversation bin ich in dieser Ueberzeugung noch gestärkt. Da aber den Gefühlen eine, wenn auch nicht politische, so doch psychologische Rolle bei jedem Staatsmann zukommt, so möchte ich hier mit einem Worte dieser rein subjektiven Empfindungen bei Herrn Sazonov gedenken. Trachte ich seine Mentalität von diesem Standpunkte aus zu analysieren, so komme ich auf Grund vieler Gespräche mit ihm hauptsächlich zu negativen Resultaten. Für den Germanismus kann er als Slave natürlich nur Gefühle des Unwillens und des Misstrauens hegen. England und Japan liebt er gewiss nicht und zwar aus patriotischen Gründen, denn er hat das frühere klassische Verhalten der ersteren Macht Russland gegenüber nicht vergessen. Für das republikanische Frankreich dürfte ihm sein konservativer und religiöser Sinn wenig Sympathie gestatten. Amerika hat gegenwärtig mit seinem Mandschureiprojekte hier abgewirtschaftet. Gegen die „undankbare" Türkei ist er, wenn er auch als strenger Orthodoxer und praktischer Politiker

je für den Traum des Iswolsky-Tscharykov'schen Pan-Balkanbundes sich interessierte, was ich bezweifle, jedenfalls jetzt sehr aufgebracht. Rumänien ärgert und Griechenland embetiert ihn. Es blieben also eigentlich nur die slavischen Balkanstaaten, für welche er wirklich etwas übrig haben dürfte, wenn sie sich den russischen Instruktionen fügen werden, und Italien, für welches er persönliche Sympathien hegt, ohne gewiss sich dabei den politischen Illusionen seines Vorgängers hinzugeben. Was nun seine Empfindungen für die österreichisch-ungarische Monarchie anbelangt, glaube ich, dass, wenn man von unserem Zusammenhang mit dem Germanismus absieht, er gegen uns keine feindseligen Gefühle hegen dürfte. Erst vor Kurzem sagte er mir, dass die österreichisch-ungarische öffentliche Meinung nicht jene Gehässigkeit für Russland gehabt, welche die deutsche Presse auszeichne! So viel für die Gefühle. Praktisch wird von Seite Herrn Sazonov's uns gegenüber eine Rancune oder ein Ressentiment umsoweniger eine Rolle spielen, als, wie ich glaube, er eine solche überhaupt nicht fühlt, vielleicht aber ein gewisses Misstrauen gegen unsere Politik: das bange Gefühl, dass man einen Schlag erhalten hat, wenn man auch nicht genau weiss wo (aber es ist einem so oft erzählt worden!), die Angst einen neuen Schlag zu bekommen! Es dürfte sich aber hier, wie gesagt, um eine passive Besorgung handeln und um keine Rancune. Ferner dürfte sich Herr Sazonov, wie früher angedeutet wurde, der Erwägung nicht verschliessen, dass gerade die Politik Herrn Iswolsky's den Germanismus gestärkt und dem russischen Einfluss am Bosporus geschadet. Es wäre daher natürlich, wenn der gegenwärtige Leiter der russischen Auswärtigen Politik ein besonderes Gewicht darauf legt, mit der Monarchie die besten Beziehungen zu unterhalten in der Hoffnung es zu verhindern, dass unser Bund mit Deutschland noch kräftiger und die Türkei eine ausschliessliche Einflusssphäre dieses Bundes werde. Diesbezügliche Symptome habe ich Euer Exzellenz schon zu vermelden die Ehre gehabt. Deshalb würde es mich auch nicht wundern, wenn einmal Herr Sazonov sogar eine engere Annäherung, vielleicht wieder eine Entente mit uns anstreben würde. Dies ist eine rein persönliche Vermutung, vielleicht eine irrige. In diesem Sinne hat er mir nicht gesprochen und ich habe, wie oben erwähnt, peinlichst Alles vermieden, was den Eindruck hätte hervorrufen können, dass wir eine solche Entente wünschten. Unser Gespräch entwickelte sich auch auf so natürliche Weise, dass eine solche Annahme ausgeschlossen ist. Auf eine andere Seite der Frage übergehend, möchte ich mir noch erlauben die konservativen Sympathien Herrn Sazonov's wieder zu betonen. Er kennt nicht die liberalen Velleitäten Herrn Iswolsky's und steht mit Herrn Kokovzov, was bei Letzterem nicht der Fall war, auf dem besten Fusse. Die Cohäsion der konservativen Elemente dürfte hiedurch noch gewinnen. Ich weilte kürzlich im Stolypin'schen Familienkreise, als die Lissaboner Ereignisse dort besprochen wurden. Es wehte eine Atmosphäre des Ancien Régime; nicht Bedauern für den jungen König, sondern Tadel für sein Verlassen des Landes wurde ausgedrückt. Die Republik wurde nicht als unpolitisch, sondern als überhaupt sündhafte Staatsform verdammt! Unwillkürlich fragte ich mich, den Ministerpräsidenten ansehend, dessen jeder Zug Stärke aufweist, ob sein „Liberalismus" nicht eine

Maske, nicht eine Leiter zur Macht gewesen! Ich glaube unmassgeblich, dass das neue Régime in der russischen Auswärtigen Politik auf unsere gegenseitigen Beziehungen nur günstig wirken wird. Dass aber gegebenenfalls die slavophilen Gefühle Herrn Sazonov's ihn mit uns in Konflikt bringen könnten, halte ich nicht für ausgeschlossen. Ob er indessen das Temperament und die Fähigkeit hat, diesbezüglich oder auch sonst eine grosszügige Politik zu machen, kann ich nicht beurteilen. Jedenfalls dürfte sein erstes Augenmerk darauf gerichtet werden, ohne die internationalen Gruppierungen zu ändern, die Stellung Russland's in der Welt friedlich zu consolidieren und zu bessern. Szilassy.

a) Vgl. n. 2207, 2277.

Nr. 2270. Privatschreiben aus Belgrad, 18. Okt. 1910 (eing. 20. Okt.).a) Ausfert.

Sowohl der Herr Minister des Äussern als der italienische Geschäftsträger teilten mir mit, dass der Besuch König Peters am italienischen Hofe nunmehr für die Tage zwischen dem 25. und 30. November festgesetzt sei. Das genaue Datum sowie die Reiseroute und die Entscheidung darüber, ob der Pariser Besuch anschliessend an jenen in Rom stattfinden wird, sind noch in Schwebe geblieben, da die Bekanntgabe der Allerhöchsten Entschliessung, betreffend die von Herrn Milovanović Euer Exzellenz ausgedrückte Bitte König Peters, um einen Empfang bei Seiner Kaiserlichen und Königlichen Apostolischen Majestät, abgewartet wird. Die mir von Euer Exzellenz mündlich erteilte Weisung, dem Herrn Minister des Äussern mitzuteilen, dass Hochdieselben den Wunsch König Peters Unserem Allerhöchsten Herrn unterbreitet hätten, dass Seine Majestät hievon Allergnädigst Kenntnis genommen und sich die Allerhöchste Entschliessung noch vorbehalten habe, hatte ich nicht ermangelt, sofort nach meinem Eintreffen in Belgrad auszuführen. Momentan hängen die königlichen Reisepläne nicht nur von der Bekanntgabe der Entschliessung Unseres Allerhöchsten Herrn ab, sondern auch von dem Verlaufe der schweren Erkrankung des Kronprinzen. Forgách.

a) Vgl. n. 2235, 2273, 2290.

Nr. 2271. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 18. Okt. 1910 Nr. 93 B (eing. 21. Okt.).a) Ausfert.

Bei meiner letzten Anwesenheit in Wien haben Euere Excellenz mich beauftragt, Rifaat Pascha sowie dem Grossvezir auszurichten, dass Hochdieselben aus Racconigi, was das politische Verhalten Italiens anbelangt, die besten Eindrücke mitgebracht haben und überzeugt seien, dass Italien insbesondere in Bezug auf die Angelegenheiten des nahen Orients sich ganz in unserem Fahrwasser befinde und dass seine Politik gleich der unseren dahin geht, den Status quo auf der Balkanhalbinsel aufrechtzuerhalten. Rifaat Pascha nahm meine Mittheilung zur Kenntnis und bemerkte, dass sich Euere Excellenz in dem gleichen Sinne auch dem türkischen Botschafter

in Wien gegenüber ausgesprochen haben. Hakki Pascha konnte ich gestern, da er nicht auf die Pforte gekommen war, nicht sehen und ich werde mich demgemäss ihm gegenüber des hohen Auftrages erst im Laufe dieser Woche entledigen können.[b] Pallavicini.

[a] Vgl. n. 2264, 2265, 2272, 2354. — [b] Mit Bericht vom 26. Okt. 1910 Nr. 96 E (eing. 29. Okt.) meldet Pallavicini, daß er sich nunmehr auch Hakki Pascha gegenüber in ob gem Sinne ausgesprochen hätte. Hakki Pascha habe diese Mitteilung mit Genugtuung zur Kenntnis genommen und bemerkt, „daß auch er von einem conservativen und loyalen Verhalten Italiens in seiner Orientpolitik überzeugt sei."

Nr. 2272. Privatschreiben des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 19. Okt. 1910.[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Der Herr Staatssekretär wiederholte mir unlängst, dass er zu seinem lebhaften Bedauern nicht dazukomme, Euer Excellenz zu schreiben; er hätte Hochdenselben gern auch über den nachstehenden Gegenstand persönlich geschrieben, müsse aber nun mich ersuchen, Euer Excellenz hierüber, streng vertraulich und den privaten Charakter seiner Mitteilung wahrend, zu berichten. Vor Kurzem, so führte Herr von Kiderlen aus, seien ihm von einer dem Marquis di San Giuliano befreundeten, gewichtigen Persönlichkeit (nicht Diplomat) Mitteilungen über die Stellung des Herrn italienischen Ministers des Äussern in den parlamentarischen Kreisen Italiens gemacht worden, denen zufolge der Marquis — ich wiederhole hier die Worte des Staatssekretärs — „mit Grundeis zu gehen scheine"! Diesem Gewährsmanne hätte der italienische Minister des Äussern anvertraut, dass er mit Bangen dem Zusammentritt des italienischen Parlamentes entgegensehe, solange er nicht etwas „für diese Leute Greifbareres" von seinen Begegnungen in Salzburg und Turin mitbringen könne. Es handle sich hier, den vom Minister di San Giuliano gemachten Andeutungen nach, scheinbar vor Allem um Fragen der Grenzregulirung. Herr von Kiderlen meinte, er wisse sehr wol, dass Euer Excellenz es, ebenso wie die deutsche Regierung, bedauern würden, wenn die Stellung Marquis di San Giuliano's als Minister des Äussern tatsächlich gefährdet wäre; es entziehe sich natürlich seinem Ermessen, zu beurteilen, in wie weit Euer Excellenz etwa in der Lage sein könnten, dem Marquis in der angedeuteten Richtung einen „coup d'épaule" zu geben. Er glaubte nur anknüpfend an ein in Wien mit Euer Excellenz geführtes Gespräch, in welchem Hochdieselben erwähnten, den Eindruck zu haben, als ob der Herr italienische Minister des Äussern die Bedeutung des Irredentismus in Italien nicht richtig einschätzte, Eue Excellenz durch die Mitteilung dieser streng vertraulichen Information vielleicht dienlich sein zu können. Flotow.

[a] Vgl. n. 2264, 2271.

Nr. 2273. Tel. aus Belgrad, 21. Okt. 1910 Nr. 119 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Professor Chvostek teilte mir mit, dass er heute eine leichte Besserung im Befinden des Kronprinzen konstatiert habe und trotz des sehr schweren Zustandes Erhaltung des Lebens erhoffe. Geheim. Infolge der lebensgefähr-

lichen Erkrankung des Kronprinzen macht sich wegen der Frage der Thronfolge eine steigende Aufregung unter den Führern der Politik bemerkbar. Minister des Äussern sagte mir streng vertraulich, dass die Regierung auf dem Standpunkte stehe, Prinz Georg habe voriges Jahr „ohne jede Reserve" abdiziert, seine Rechte könnten also nicht wiederum aufleben. Der Bruder des Königs und dessen Sohn Prinz Paul kämen verfassungsmässig auch nicht in Betracht. Doch sei kein Zweifel, dass Prinz Georg seine vermeintlichen Rechte werde geltend machen wollen, was das Land vor katastrophale Ereignisse stellen könne. Die den Prinzen Georg hassende und fürchtende radikale Regierung und die Verschwörer sollen entschlossen sein, seine Bestrebungen sofort zu verhindern. Aus den Äusserungen der oppositionellen Politiker ersehe ich, dass dieselben auch die Thronanwartschaft des unberechenbaren Prinzen perhorreszieren und, um eine auf niedere Volksschichten und jüngere Offiziere eventuell gestützte Aktion seinerseits zu verhindern, bereit wären, mit den radikalen Führern und Ministern im Falle des Ablebens des Kronprinzen rasch gemeinsam vorzugehen. Es scheint bereits ein Gedankenaustausch sich vorzubereiten und im Gotha-Almanach wird nach geeignet scheinenden Kandidaten für den serbischen Thron gesucht. Für die montenegrinischen Prinzen scheint wenig Interesse vorzuliegen. Die meisten Politiker sprechen die Ansicht aus, dass der Tod des Kronprinzen unbestimmbare Verwicklungen und den Sturz der Dynastie Karageorgević herbeiführen dürfte. Forgách.

a) Vgl. n. 2270, 2275.

Nr. 2274. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 21. Okt. 1910 Nr. 319 (eing. 8 U. p. m.).a) Entziff.

Wie mir Hakki Pascha gestern sagte, stünden Verhandlungen mit französischer Regierung betreffend türkische Anleihe nicht gut. Das Pariser Kabinett stelle noch immer Forderungen, welche die Türkei nicht annehmen könne. Der Grossvezir fügte hinzu, und ich bestärkte ihn in dieser Auffassung, dass es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht wünschenswert wäre, dass die finanziellen Beziehungen der Türkei zu Frankreich abgebrochen werden. Er bemerkte aber, dass kein Staat Bedingungen, wie sie Frankreich stelle, annehmen könne. Hakki Pascha deutete im Laufe des Gespräches an, dass die Länderbank der türkischen Regierung ein Offert gemacht habe. Meinem deutschen Kollegen gegenüber sprach sich der Grossvezir gestern noch eingehender über die Frage aus. Danach würde französischerseits verlangt, dass je ein französischer Vertrauensmann im Finanzministerium und im Rechnungshof, allerdings als türkische Beamte, angestellt werden. Diese Beamten hätten die Kontrolle auszuüben, ob die Finanzgebarungsgesetze auch wirklich eingehalten werden. Das Pariser Kabinett verlangt überdies, dass die türkische Regierung sich hiezu in einer an dasselbe gerichteten Note verpflichte. Baron Marschall sieht im Vorstehenden einen Vorstoss der Ententemächte gegen die Türkei, respektive die Stellung, welche gegenwärtig Österreich-Ungarn und Deutschland hier einnehmen. Seiner Ansicht nach sind bereits jetzt die Verhandlungen über

das Anlehen als gescheitert zu betrachten. Er bemerkte, dass eine Gruppe deutscher Banken bereits das Offert gestellt hat, die erforderliche Summe in monatlichen Raten von einer Million Pfund gegen Schatzscheine der türkischen Regierung vorzustrecken. Der deutsche Botschafter glaubt voraussetzen zu können, dass österreichische Banken sich bei diesem Geschäfte beteiligen würden und hat den Eindruck, dass man hier mit Rücksicht auf Frankreich es lieber sehen würde, wenn die Operation formell mit unseren Banken abgeschlossen würde. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2282.

Nr. 2275. Erlaß nach Belgrad, 24. Okt. 1910 Nr. 2848.[a]) Konz. (S. Calice; V. Pogatscher; G. Müller).

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 119 vom 21. l. M. habe ich erhalten und dessen Ausführungen über die Thronfolgefrage in Serbien mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Wenngleich man den neuesten günstigeren Nachrichten über das Befinden des Kronprinzen zufolge hoffen kann, daß die Frage nicht mehr aktuell ist, so möchte ich doch auf einen Punkt näher zurückkommen. Euer Hochgeboren erwähnen, daß nach den Äußerungen des Herrn Milovanović die Prinzen Arsen und Paul „nicht in Betracht kämen." Diesbezüglich wäre mir eine nähere Aufklärung sehr erwünscht; selbst in Ermanglung eines verfassungsmäßigen Thronfolgerechtes derselben schiene es mir nämlich immerhin nicht ausgeschlossen, daß die Skupschtina auf die Prinzen, als auf die nächsten Verwandten des Königs, zurückgreifen könnte. Jedenfalls würde ich es, wie ich zu Ihrer persönlichen Orientierung beifüge, im Interesse einer ruhigen Weiterentwicklung des Königreiches für das Richtige halten, wenn das Land, anstatt auf auswärtige Kandidaturen zu greifen, bei der herrschenden Dynastie Karageorgević verbliebe. Dies wäre übrigens auch von unserem Standpunkte das Wünschenswerteste.

[a]) Vgl. n. 2290.

Nr. 2276. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 24. Okt. 1910 Nr. 95 B (eing. 29. Okt.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Im Laufe der Unterredung, welche ich am letzten Donnerstag mit dem Gross-Vezir hatte, kam auch die Cretafrage zur Sprache. Hakki Pascha hob mit Genugtuung die Erklärungen hervor, welche Euer Excellenz in den Delegationen[b]) gegeben haben. Ich erwiderte dem Gross-Vezir, dass er nunmehr doch zur Überzeugung gekommen sein dürfte, dass die von uns in der Frage eingenommene Haltung für die Türkei vorteilhafter sei als das von ihm noch kürzlich gewünschte activere Hervortreten Österreich-Ungarns und Deutschlands in der Angelegenheit. Hakki Pascha wollte sich wohl kein ausdrückliches Dementi geben, gab mir aber doch schließlich Recht, indem er nicht leugnete, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen unser passives Verhalten in der Frage die Position der Türkei stärke. Gesprächsweise erzählte er mir, dass er anläßlich der Zusammenkünfte mit Eurer Excellenz im letzten Sommer[c]) folgenden Gedanken

angeregt habe: Die Türkei würde sich über gewisse Punkte, so zum Beispiel Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität auf Creta etc., mit den beiden Centralmächten verständigen und sodann gemeinsam mit ihnen an die Cretaschutzmächte behufs Annahme derselben als Grundprinzipien herantreten. Euer Excellenz hätten, sagte mir Hakki Pascha, ihm geantwortet, Hochdieselben wollten sich die Sache überlegen und ihn seiner Zeit durch mich Hochderen Meinung wissen lassen. Ich antwortete dem Gross-Vezir, dass Euer Excellenz mir hiervon keine Erwähnung gethan hätten. Meine persönliche Meinung ginge aber dahin, dass der von ihm ins Auge gefasste modus procedendi gewisse Bedenken hervorzurufen geeignet sei. Es könnte nämlich hiedurch einerseits ein nicht wünschenswerter Gegensatz zwischen den Schutz- und Centralmächten, andererseits eine noch größere Divergenz als bisher zwischen der Pforte und den Ersteren entstehen. Hakki Pascha schloss sich dieser Argumentation an und meinte, es wäre besser, an seiner bisherigen Methode festzuhalten, welche darin bestehe, von Fall zu Fall Erfolge gegenüber den Schutzmächten zu erzielen und andererseits sozusagen Material gegen sie zu sammeln, um sie schliesslich auf den von der Türkei eingenommenen Standpunkt zu bringen. Der Gross-Vezir fügte hinzu, dass es allerdings um die eben jetzt auf dem Tapet befindliche Frage der Bestellung griechischer Richter auf der Insel schlecht stünde und in dieser Beziehung kaum auf einen Erfolg von Seiten der Pforte zu rechnen sei. Mein italienischer College bestätigte mir Letzteres, indem er mir vertraulich mittheilte, dass die Mächte entschlossen seien, das diesbezügliche Ansinnen der Pforte zurückzuweisen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2303. — *b)* Sitzung vom 13. Okt. Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1910, 471. — *c)* n. 2230, 2259.

Nr. 2277. Privatschreiben an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 24. Okt. 1910 Nr. 2844.a) Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Die Meldung, die mir Euer Hochwohlgeboren mit dem Berichte vom 15./2. l. M. Nr. 41 B über Ihre letzte längere Unterredung mit Herrn Sasonoff erstattet haben, hat mich lebhaft interessiert. Waren die Ausführungen des mutmaßlichen Nachfolgers Herrn Iswolsky's an sich schon beachtenswerth, so hat es mich andererseits auch sehr befriedigt, aus dem ganzen Tone Ihrer Aussprache mit dem Leiter des russischen Auswärtigen Amtes zu entnehmen, daß Sie es verstanden haben, zu Herrn Sasonov besonders gute persönliche Beziehungen herzustellen. Es ist jedenfalls diesen persönlichen Beziehungen zu danken, daß sich Herr Sazonov so offen zu Ihnen ausgesprochen hat und daß uns nun ein Einblick in seine politische Mentalität gestattet ist. Euer Hochwohlgeboren erwähnen in Ihrer Relation ausdrücklich, daß Sie in Ihrer Conversation alles vermieden hätten, was den Anschein einer Sondierung zum Zwecke einer Annäherung hätte haben können. Es ist mir sehr lieb, diese ausdrückliche Bestätigung seitens Euer Hochwohlgeboren zu erhalten, da ich allerdings den größten Werth darauf lege, daß nicht im gegenwärtigen Momente in Petersburg der Ein-

druck erweckt werde, als wollten wir den Abgang Herrn Iswolsky's zu dem Versuche einer Wiederannäherung an Rußland benützen. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren daher, sich in diesem Belange auch in Zukunft bei ihren etwaigen weiteren Unterredungen mit Herrn Sazonow oder anderen russischen Staatsmännern der größten Vorsicht zu befleißen. Es ist vollkommen richtig, daß ich auf gute Beziehungen zu Rußland heute wie früher großen Werth lege: so wie die Dinge liegen, halte ich aber dafür, daß eine etwaige politische Wiederannäherung der beiden Kaisermächte nur von Petersburg ausgehen kann.

[a] Vgl. n. 2207 Anm. e, 2279, 2287, 2288.

Nr. 2278. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 24. Okt. 1910 Nr. 148 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow sagte mir, er werde der Entrevue zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Nikolaus in Podsdam beiwohnen und sich Ende dieses Monates n. St. auf eine Woche nach Deutschland begeben. Szilassy.

[a] Vgl. n. 2280.

Nr. 2279. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 24. Okt. 1910 Nr. 149 (eing. 8 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Herr Sasonow, dem ich heute Euer Exzellenz Ausführungen in der ungarischen Delegation[b] bezüglich der Beziehungen zwischen der Monarchie und Russland erwähnte, sagte mir, er habe diese Erklärung Euer Exzellenz, welche hier den besten Eindruck gemacht habe, mit grosser Befriedigung gelesen. Namentlich habe es ihn gefreut, dass Euer Exzellenz auf die im verflossenen Winter zur Wiederherstellung der normalen Beziehungen geführten Pourparlers sich bezogen hatten, denn es gehe daraus hervor, dass unsere und Russland's Ziele am Balkan dieselben seien. Dies ermögliche uns, im Einvernehmen zu bleiben, was zur Sicherung des Weltfriedens von eminenter Bedeutung wäre. Gerent fügte noch gesprächsweise bei, er habe schon im letzten Winter bedauert, dass damalige Pourparlers zwischen uns nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, zu konkreteren identischen Erklärungen führten. Ich bemerkte nur, dass Art und Weise Herrn Iswolsky's hiefür die Schuld tragen, was mein Mitredner nicht bestritt. Szilassy.

[a] Vgl. n. 2277, 2284, 2287. — [b] Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1910, 475 (die Rede Aehrenthals in der österr. Delegation).

Nr. 2280. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 24. Okt. 1910 Nr. 151 (eing. 25. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Zu meinem Telegramm Nr. 148 von heute. Ohne vorläufig Schlüsse zu ziehen, erlaube ich mir folgende Meldung. Ich hatte gestern lange Unterredung mit deutschem Geschäftsträger, wo auch bevorstehende Entrevue zwischen Kaiser Nikolaus und Kaiser Wilhelm berührt wurde, ohne dass Graf Mirbach mit einem Worte deren politischer Bedeutung gedachte. Von Reise Herrn Sazonow's ist mir deutscherseits, trotz-

dem dass hiezu auch früher reichlich Gelegenheit war, nichts gesagt worden und habe ich erst durch Herrn Sazonow selbst heute davon erfahren. Angesichts besonders guter Beziehungen zur deutschen Botschaft muss dies auffallen. Szilassy.

a) Vgl. n. 2281.

Nr. 2281. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 25. Okt. 1910 Nr. 153 (eing. 26. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Zu meinem Telegramme Nr. 151. Habe heute, ohne geringstes Erstaunen zu bekunden, deutschem Geschäftsträger zufällig über Reise Herrn Sazonow's nach Deutschland gesprochen. Ich erfahre von ihm, dass Herr Sazonow vom Gesandten Savinsky und Herrn Klemm, Chef des persischen Departements des Auswärtigen Amtes, begleitet, sich am 30. dieses Monats neuen Styls von hier über Berlin nach Friedberg begeben wird. Am 3. November begleitet Herr Sazonow mit Suite und gedachten Herren Seine Majestät Kaiser Nikolaus nach Potsdam, wo Feierlichkeiten stattfinden. Am 5. reist Seine Majestät der Kaiser wieder nach Hessen und soll Herr Sazonow direkt hieher zurückkehren. Mein deutscher Kollege sagte mir, Herr Sazonow habe ihm von dieser Reise erst vor einer Woche gesprochen. Graf Mirbach fügte bei, er wisse noch nicht, ob Ernennung Herrn Sazonow's zum Minister des Äussern in Friedberg stattfinden werde, er besorge, daß es anderweitigen Einflüssen zu erreichen gelingen könnte, daß Herr Sazonow der Kaiserentrevue bloss als Gerent zugezogen werde. Durch solche Nuancierung würde Herr Sazonow ersten offiziellen Besuch als Minister später dann in London und Paris abstatten können.
Szilassy.

a) Vgl. n. 2283.

Tel. nach Berlin, 26. Okt. 1910 Nr. 92 (chiffr. 12 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 2282.

Nr. 2282. Tel. nach Konstantinopel Nr. 192 (1) und Berlin Nr. 92 (2), 26. Okt. 1910 (chiffr. 12 U. 15 M. p. m.).a) Konz. (S. Maschinschrift; G. Aehrenthal).

1. Auf die an mich gerichtete Anfrage unserer Finanzinstitute, ob ich gegen ihre Teilnahme an dem von den deutschen Banken nunmehr in Aussicht genommenen türkischen Anlehensgeschäfte irgendwelche Bedenken hätte, habe ich verneinend geantwortet.b) Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Großvezier, respektive dem Minister des Äußern hievon vertraulich Mitteilung zu machen und darauf hinzuweisen, daß diese meine entgegenkommende Haltung auf der Erwartung beruhe, daß die Pforte, wie es ja in ihrem Interesse liege, unsere freundschaftlichen Ratschläge berücksichtige, sie möge bei ihrem Vorgehen in Albanien c) darauf bedacht sein, sich die Bevölkerung, namentlich in den Grenzdistrikten, nicht zu entfremden und so die Stellung der Türkei in jenen Gegenden zu schwächen.

2. Ich telegraphiere an Markgrafen Pallavicini: (Inseratur Telegramm Nr. 192 nach Konstantinopel in extenso.) Ich ermächtige Euer Hochwohlgeboren, von Vorstehendem dem Herrn Staatssekretär vertraulich Kenntnis zu geben. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2274, 2285 Anm. d. — b) Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin vom 8. Nov. 1910 Nr. 46 D (Ausfert.) über das Zustandekommen des Anlehensgeschäftes wurde nicht aufgenommen. — c) Vgl. n. 2230 Anm. c.

Nr. 2283. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 26. Okt. 1910 Nr. 155 (eing. 27. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Deutscher Geschäftsträger sagte mir, Herr Sazonow habe ihm heute die Hoffnung ausgesprochen, dass bevorstehende Kaiser-Entrevue die Gelegenheit bieten würde, „Identität der Ansichten" zu konstatieren. Mir sagte Gerent, er hoffe, dass Entrevue universeller Festigung des Weltfriedens dienen würde; er habe keinen anderen Wunsch. Szilassy.

a) Vgl. n. 2281, 2284, 2286.

Nr. 2284. Erlaß an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 27. Okt. 1910 Nr. 2870.a) Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Wie aus der telegraphischen Meldung Herrn von Szilassys hervorgeht, die ich Euer Hochwohlgeboren hier in Abschrift zukommen lasse,b) haben meine jüngsten Bemerkungen in der ungarischen Delegation über unser Verhältnis zu Rußland in St. Petersburg eine freundliche Aufnahme gefunden. Ich bin hievon sehr befriedigt und namentlich darüber erfreut, daß Herr Sasonow, dessen definitive Betrauung mit der Leitung der russischen auswärtigen Politik bevorzustehen scheint, auf die Erhaltung des Einvernehmens mit der Monarchie, wie es sich aus den Pourparlers des letzten Winters ergeben hat, großen Wert legt und darin eine Sicherung des Weltfriedens erblickt. Eine Festigung des allgemeinen Friedens erwartet Herr Sasonow, wie aus einer weiteren Meldung aus St. Petersburg c) hervorgeht, auch von der bevorstehenden Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren; die günstige Disposition, die sonach auf russischer Seite offenbar vorhanden ist, gibt mir die feste Zuversicht, daß die Entrevue der beiden Majestäten eine günstige Rückwirkung auf die allgemeine Lage ausüben werde. Wie sehr ich auch von dem Tenor der Ausführungen Herrn Sasonows befriedigt bin, so halte ich es doch gegenwärtig nicht für angezeigt, auf dessen Bemerkungen und namentlich auf seine Äußerungen über die zwischen Wien und St. Petersburg geführten Pourparlers zurückzukommen und den k. u. k. Geschäftsträger in St. Petersburg diesbezüglich mit Weisungen zu versehen. Euer Hochwohlgeboren wollen dem Herrn Staatssekretär von dem Inhalte der angeschlossenen Petersburger Meldung Mitteilung machen und sich ihm gegenüber im Sinne des Vorstehenden aussprechen.

a) Vgl. n. 2286, 2293. — b) n. 2279. — c) n. 2283.

Nr. 2285. Privatschreiben an den deutschen Reichskanzler von Bethmann Hollweg, 27. Okt. 1910 Nr. 2860.a) Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Ich habe Herrn von Kiderlen-Wächter gelegentlich seiner jüngsten Anwesenheit in Wien ersucht, Euer Exzellenz für das gefällige Schreiben vom 19. Septbr. d. J. meinen verbindlichsten Dank auszusprechen, da ich in Folge meiner italienischen Reise und der mit den Delegationen verbundenen Arbeiten nicht dazugekommen war, dasselbe persönlich zu beantworten. Desgleichen wird der Herr Staatssecretär Euer Excellenz auch über die Eindrücke Bericht erstattet haben, die ich aus Racconigi und Turin[b]) mitgebracht habe. Sie haben mich entschieden in der Auffassung bestärkt, dass König Victor Emanuel und seine Regierung eine stärkere Betonung des Allianzverhältnisses wünschen und ich darf diesen erfreulichen Umstand wohl als eines der Ergebnisse der politischen Ereignisse des Vorjahres betrachten. König Victor Emanuel hat deutlich das Bestreben an den Tag gelegt, möglichst freundlich zu sein und hat auch die von ihm bisher beobachtete Reserve gegenüber Seiner Majestät, meinem Allergnädigsten Herrn aufgegeben, indem er Allerhöchstdessen Person wiederholt in der Conversation erwähnte. Auf politische Themata ist er bereitwillig eingegangen und bemerkte unter andern sehr zutreffend, dass die Zustände in der Türkei sich wesentlich geändert hätten, und dass die frühere Interventionspolitik jetzt dort nicht mehr am Platze sei, wie man dies in London und Paris noch zu glauben scheine. Er betonte das Friedensbedürfniss Italiens und bemerkte, dass auch die Balkanfürsten, die er in Cetinje zu treffen Gelegenheit gehabt habe, sich in demselben Sinne ausgesprochen hätten. Meine Unterredungen mit Marquis di San Giuliano über die Fragen der grossen Politik haben sich in ganz glatter Weise abgewickelt. Ich habe mit ihm auch die in Verhandlung stehende Action zur Vermeidung von Zwischenfällen an der Grenze besprochen und erwarte nunmehr nur noch eine zustimmende Antwort des Reichskriegsministeriums[c]), um die Angelegenheit finalisiren zu können. Es handelt sich hiebei vornehmlich nur darum, dass die beiderseitigen Grenzorgane — speciell aber die italienischen — sich im Nachbarverkehre eines Verhaltens und eines Tones befleissen, wie er bei den bestehenden bundesfreundlichen Beziehungen eigentlich selbstverständlich sein sollte. Dass die Intervention der beiden Minister des Äussern notwendig geworden ist, um hier Ordnung zu schaffen, ist ein Symptom der in Italien systematisch gegen uns betriebenen und von unverantwortlichen Elementen geschürten Verhetzung, welche bei uns Gegenmassregeln erforderlich gemacht hat. Ich thue zwar mein möglichstes, um unsere Behörden zu einer concilianten Behandlung von Grenzvorfällen zu veranlassen; meine Bemühungen werden aber nur dann Erfolg haben, wenn ich darauf hinweisen kann, dass auch die italienische Regierung den ernstlichen Willen und die Macht hat, bei ihren Organen eine gleiche Haltung durchzusetzen. Wie Herr von Kiderlen-Wächter Euer Exzellenz gesagt haben wird, habe ich das Gefühl, dass Marquis di San Giuliano von guten Absichten beseelt ist; er scheint mir aber die gegen uns in Oberitalien vorherrschende feindselige Richtung zu unterschätzen. Ein Beispiel für die letztere ist der italie-

nischerseits plötzlich erhobene Anspruch auf den Besitz der Cima dodici, die nach dem klaren Wortlaute der Grenzprotocolle oesterreichisches Territorium ist. Wenn ich also, gestützt auf unser gutes Recht, in dieser Frage nicht zu transigiren vermöchte, so glaube ich doch durch meine Ausführungen in den Delegationen,[d] die in Italien eine sehr gute Aufnahme gefunden haben, Marquis San-Giuliano einen wesentlichen und seiner Stellung im Parlamente sehr erspriesslichen Dienst erwiesen zu haben, und darf nun wohl erwarten, dass er es auch seinerseits an Entgegenkommen uns gegenüber nicht fehlen lassen wird. Euer Exzellenz werden es gewiß richtig gefunden haben, daß ich in meinem Exposé Deutschland und Italien hinsichtlich ihres Verhältnisses zu uns in eine Linie gestellt habe. Ich wollte damit unserm gemeinsamen auf die Erhaltung des Dreibundes gerichteten Interesse den stets so regen amour propre der italienischen Staatsmänner entsprechend in Rechnung ziehen. Ueber Albanien[e] wurde weder in Racconigi noch in Turin gesprochen. Ich kann aber nicht läugnen, dass mich die Lage in Nordalbanien stark preoccupirt. Durch die drakonischen Massregeln der türkischen Behörden wurden mehrere 1000 katholische Albanesen veranlasst nach Montenegro überzutreten. König Nicolaus hat mich fragen lassen, wie er sich dieser Einwanderung gegenüber verhalten solle, worauf ich ihm antworten liess, ich sähe keine andere Möglichkeit, als die Angelegenheit in freundschaftlichen Verhandlungen mit der türkischen Regierung in Ordnung zu bringen. Zum Capitel Türkei möchte ich noch bemerken, dass ich das Scheitern der Anlehensverhandlungen[e] mit Paris eher bedauert habe, allerdings aber die Ansicht des kaiserlichen Auswärtigen Amtes theile, dass Deutschland und Österreich-Ungarn unter den gegebenen Verhältnissen gewiss gut daran thun, der Türkei in ihrer Verlegenheit wenigstens für den Augenblick beizuspringen; dies war übrigens schon in meiner letzten Unterredung mit Herrn von Kiderlen unser Beider gemeinsamer Standpunkt. Mittlerweile lässt letztere in ihrer intransigenten Haltung nicht nach und droht, die Häuser der Ausgewanderten niederbrennen zu lassen. Ich habe in Constantinopel nachdrücklich gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, dass wenn man dort meine uneigennützigen und im eigensten Interesse der Türkei ertheilten freundschaftlichen Ratschläge so wenig berücksichtige, wir in unserm Glauben an die Lebensfähigkeit des jungtürkischen Regimes irre werden könnten. Bei unseren vertrauensvollen Beziehungen zur Türkei will ich noch immer auf eine Wirkung meiner Rathschläge hoffen. Ich war sehr glücklich jüngst Zeuge der Begegnung S. M. Kaiser Wilhelm's mit meinem Allergnädigsten Herrn zu sein und bei diesem Anlasse S. M. ehrfurchtvoll begrüssen zu dürfen. Der Besuch in Wien hat, wie Euer Exzellenz mit Recht hervorheben, nicht nur die Bande persönlicher Freundschaft zwischen den zwei Monarchen und Höchstihren Dynastien neuerdings zum Ausdrucke gebracht, sondern auch die intimen politischen, zwischen beiden Reichen bestehenden Beziehungen in wirkungsvoller Weise betont. Wir können also auf dieses Ergebniß, welches unseren Bestrebungen zu gute kommen wird, mit voller Befriedigung blicken.

[a] Vgl. n. 2253. — [b] Vgl. n. 2264, 2290 Anm. b. — [c] Vgl. n. 2212. — [d] Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1910, 471 ff. — [e] Vgl. n. 2282.

Nr. 2286. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 15./28. Okt. 1910 Nr. 44 B (eing. 31. Okt.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Durch die Umwandlung der fast jährlich stattfindenden Zusammenkunft der Monarchen Russland's und Deutschland's in mehrtägige Feierlichkeiten, welchen deutsche und russische Staatsmänner und vermutlich die beiderseitigen Botschafter beiwohnen werden, wird der Besuch Seiner Majestät Kaiser Nikolaus in Potsdam seines ursprünglich beabsichtigten privaten Charakters vollständig entkleidet, um sich zu einer beachtenswerten politischen Entrevue zu gestalten. Der Umstand, dass Herr wirklicher Staatsrat von Klemm, Referent für persische Angelegenheiten im hiesigen Auswärtigen Amte, welcher sich auch in Angelegenheiten des Nahen Orientes gut auskennen soll, sich mit Herrn Sazonov im Gefolge Kaiser Nikolaus befinden wird, deutet auf sachliche Absichten hin. Wie ich Euer Exzellenz mit meinem Telegramme vom 26./13. d. M. Nr. 155 zu melden die Ehre hatte, soll der Gerent des Auswärtigen Amtes dem Herrn deutschen Geschäftsträger gegenüber der Hoffnung Ausdruck gegeben haben, dass sich die Gelegenheit finden werde, die zwischen den beiderseitigen Regierungen bestehende „identité de vues" zu konstatieren. Mein deutscher Kollege, welcher ausser einer vor einiger Zeit gefallenen, ganz allgemein gehaltenen Bemerkung, dass es nun zwischen Russland und den Zentralmächten „besser gehen werde", mir mit keinem Worte die politische Tragweite der bevorstehenden Entrevue erwähnte, ist nun, seit ich von der Reise Herrn Sazonov's anderwärts erfahren habe, bemüht, diese Tragweite möglichst zu dokumentieren. Er sagte mir neulich, er wisse überhaupt nicht, ob Herr Sazonov à la hauteur de la situation wäre! Was die Reise Herrn Sazonov's betrifft, so hat mir Graf Mirbach erzählt, dass er nie beauftragt wurde, hier diesbezüglich eine Initiative zu ergreifen, und dass seiner Meinung nach dieselbe vollständig Seiner Majestät Kaiser Nikolaus zukomme. Ich neige aber zur Annahme des Herrn italienischen Botschafters, dass die Idee von deutscher Seite stammt und Seiner Majestät Kaiser Nikolaus in Deutschland souffliert wurde, dass, da Kaiser Wilhelm Ihn in Russland mehrmals mit feierlichem Gefolge aufgesucht habe, dasselbe Gepräge dem Besuche in Deutschland gegeben werden könnte. Bemerkenswert erscheint es mir, dass mein deutscher Kollege, mit dem ich auf dem freundschaftlichsten Fusse stehe, mir dieses politische Element der Kaiserentrevue so lange verschwiegen hat. Auch Herr Melegari hat hievon erst vor einer Woche durch Herrn Sazonov gehört. Letzterer, den ich auf Grund eines Zeitungsgerüchtes vor etwa vier Wochen gefragt hatte, ob er oder Herr Stolypin nach Friedberg gienge, verneinte damals meine Frage. Am letzten Montag aber, als ich ihn ganz zufällig wieder darum fragte, sagte er mir gleich, wie die Sachen stünden. Und ich hatte Tags zuvor mit dem Grafen Mirbach ein längeres Gespräch gehabt und auch sonst hätte er leicht die Gelegenheit gehabt, mich vom Sachverhalte zu verständigen! Um nun kein Erstaunen über sein Vorgehen zu bekunden, fragte ich meinen deutschen Kollegen, als ich ihn Dienstag sah, ob seiner Ansicht nach Herr Sazonov in Deutschland bereits als Minister fungieren werde und erhielt die Euer Exzellenz eingemeldete Antwort (hieramtliches Telegramm Nr. 151 und 153

vom 24./11. und 25./12. d. M.), worauf, als er sah, dass ich von der Sache bereits wusste, er mir alle Details bereitwilligst zur Verfügung stellte. Ob dieses Vorgehen des Grafen Mirbach ihm von Berlin vorgeschrieben wurde, entzieht sich meiner Kompetenz zu beurteilen. Dass es jedenfalls hier planmässig ausgeführt wurde, konnte ich beobachten. Ob man in Berlin nicht den Eindruck hat, dass Russland eventuell eine Annäherung an uns suchen könnte und es dort lieber wäre, wenn der Kontakt zwischen den Staatengruppen durch Deutschland selbst gepflogen werde, entzieht sich meiner Beurteilung. Ich neige aber zur Annahme, dass dies der Mentalität der hiesigen deutschen Botschaft entspricht, welche es wohl gerne sieht, dass wir mit Russland gut stehen, aber ein „zu gutes" Verhältnis wieder nicht fördern dürfte. Inzwischen ist die russische Presse über die deutsch-mahomedanische Manifestation und den Artikel der „Post" empört und wird eine Vorlage der Duma eingereicht (das Kolonistengesetz), welche das Deutschtum tangiert.

Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2284, 2287, 2305.

Nr. 2287. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 15./28. Okt. 1910 Nr. 44 C (eing. 31. Okt.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Mit meinem ergebensten Berichte vom 15./2. d. M. Nr. 41 B, streng vertraulich, habe ich versucht, die politische Mentalität Herrn Sazonov's auf Grund mehrerer Gespräche mit diesem Staatsmanne Euer Exzellenz gehorsamst zu schildern. Die Ereignisse der letzten Tage haben mir meine diesbezüglichen Eindrücke nur bestätigt. Dass das Bestreben, nach Möglichkeit den Fehler seines Vorgängers, welcher das Band zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland noch viel enger zusammenzog, zu paralysieren, ein Hauptpunkt seines politischen Bekenntnisses ist, scheint mir evident. Um diesem Ziele näher zu steuern, dürfte er auf möglichst gute Beziehungen mit uns einerseits und mit Deutschland anderseits Wert legen, sowie drittens trachten, dass das Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland nicht wieder für Russland unheimlich drohend auftrete. Wenn ich mir diese Kombination, trotz ihrer banalen „obviousness" zu erwähnen erlaube, so ist es, weil ich in den letzten Tagen Gelegenheit hatte, deren Illustration zu sehen, und weil, meiner unmassgeblichen Meinung nach, Herr Sazonov bei der Verfolgung dieser durch elementare Vernunft diktierten Wege eine ganz andere Geschicklichkeit als sein Vorgänger an den Tag zu legen scheint. Dass der mutmassliche neue Minister des Aeussern den grössten Wert auf die besten Beziehungen zur Monarchie legt, ist meiner früheren ergebensten Berichterstattung, sowie in letzter Linie seinen mir gemachten neuerlichen Ausführungen über Euer Exzellenz Rede in der ungarischen Delegation (hieramtliches Telegramm Nr. 149 vom 24./11. Oktober) zu entnehmen. Bei dieser Gelegenheit sagte mir Herr Sazonov, er freue sich darüber, dass unsere Politik am Balkan dieselben Ziele verfolge und bedauerte, dass die Pourparlers des vorigen Winters kein konkreteres, punctatim zusammengefasstes Ergebnis gehabt hätten, wie dies ursprünglich beabsichtigt gewesen sei. Als ich unberufen, in dieser Richtung weiter zu gehen, was auch meiner eigenen ganz unmassgeblichen Ueberzeugung nicht

entsprochen hätte, kurz hiefür die Schuld auf die „façon d'agir" Herrn Iswolsky's schob, wurde mir nur von meinem Mitredner bemerkt, dass jedenfalls auch dieses Ergebnis uns ermögliche, im Einvernehmen zu bleiben, was für die Sicherung des Friedens von grösster Bedeutung sei. Er wolle überhaupt nur den Frieden und die Ordnung auf dem Balkan, auch gegen die junge Türkei, sagte er mir bei dieser Gelegenheit, allerdings zum ersten Male, hege er keine Rancune, vorausgesetzt, dass sie die Ordnung nicht stören werde. Was die nun aktuellen Beziehungen Russland's zu Deutschland betrifft, so glaube ich, soferne ich die Lage von hier übersehen kann, dass die bevorstehende Potsdamer Entrevue dem Gerenten des russischen Auswärtigen Amtes willkommen ist, um, selbstredend ohne an der gegenwärtigen internationalen Gruppierung etwas zu ändern, gute Beziehungen, vielleicht eine gewisse Annäherung an das Deutsche Reich anzustreben, was gleichfalls in sein politisches Programm hineinpassen dürfte. Ich neige aber zur Annahme, dass, wie ich es unter Lit. B vom heutigen Tage zu berichten die Ehre habe, die Initiative zur Reise Herrn Sazonov's nach Deutschland deutscherseits stammt und möglicherweise direkt Seiner Majestät Kaiser Nikolaus souffliert wurde. In meinem eingangs citierten Berichte vom 15./2. d. M. Nr. 41 B hatte ich Herrn Sazonov als keinen Freund des Germanismus, doch als einen Staatsmann bezeichnet, welcher sich durch prononcierte Sympathien und Antipathien nicht leiten lassen dürfte und ich glaube nicht, dass seine projektierte Reise einen anderen Schluss impliciert. Abgesehen davon, dass diese Reise vermutlich gar nicht seiner eigenen Inspiration entsprang und von seinem Kaiserlichen Herrn beschlossen wurde, hat er mir wieder bei mehreren Gelegenheiten recht unfreundlich über Deutschland gesprochen, was allerdings auch seinem Bestreben, gegen unsere allzu intimen Beziehungen zu Deutschland zu wirken, entsprechen mochte. So hat er mehrmals den Unterschied zwischen unserer Presse und der deutschen mir gegenüber releviert, über die Sprache der letzteren, betreffend die russischen Majestäten, geklagt und, wie ich es Euer Exzellenz unter Lit. D[b]) von heute zu berichten die Ehre habe, das Berliner Kabinet für die deutsche Presscampagne gegen die englische Note an Persien verantwortlich gemacht. Ich habe mich bei diesen Gelegenheiten natürlich sehr vorsichtig benommen. Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, dass er meinem deutschen Kollegen gegenüber eine nicht liebenswürdigere Sprache über die Monarchie gehalten hat. Aber es fehlt mir hiefür jeder Beweis und ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, dass er eine Annäherung an Oesterreich-Ungarn, welche für die Balkanpolitik Russland's wichtiger sein dürfte, nicht weniger begrüssen würde, als eine Annäherung Russland's an Deutschland.

Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2277, 2288, 2292. — [b]) Nicht aufgenommen. Betrifft Verhandlungen über Persien.

Nr. 2288. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 15./28. Okt. 1910 Nr. 44 E (eing. 31. Okt.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Der englische Geschäftsträger hatte mir gestern früh gesagt, er würde einmal zu mir kommen, um sich eine Information

zu erbitten über etwas, was Herr Sazonov ihm vorgestern gesagt hatte. Er kam schon gestern abends und da er mich nicht zu Hause fand, erschien er heute vormittags wieder bei mir. Herr O'Beirne sagte mir, Herr Sazonov habe vor Kurzem seine Aufmerksamkeit auf die von Euer Exzellenz in den Delegationen bezüglich des Verhältnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland gehaltene Rede[b]) gelenkt und ihm bemerkt, dass er auch mir gegenüber seine Freude darüber betont habe, dass Euer Exzellenz sich auf die Pourparlers vom vorigen Winter bezogen hätten, woraus entnommen werden könnte, dass Oesterreich-Ungarn und Russland bezüglich des Balkans im Einvernehmen wären und dass ich diesem Ideengange zugestimmt hätte. Er, Herr O'Beirne, erinnere sich nun nicht der Worte Euer Exzellenz und habe Herrn Sazonov nicht gut verstanden, er komme daher zu mir, um eine Auskunft zu erbitten!!! Ich lehnte es ab, mit meinem englischen Kollegen, den ich seit Jahren kenne, in die von ihm gewünschte Erörterung über die Pourparlers des vorigen Winters mich einzulassen[1]) und bemerkte bloss, da Herr Sazonov ihm gesagt haben soll, „er selbst habe damals ein konkreteres Ergebnis erhofft und ich schiene diese Ansicht zu teilen", dass es sich damals nur um Differenzen in der Form handelte, dass aber der Zweck, die Wiederherstellung normaler Beziehungen, erreicht worden sei. Was die gegenwärtigen Beziehungen anbelangt, sagte ich Herrn O'Beirne, dass dieselben korrekte und freundliche seien, dass kein Novum vorliege, dass ich aber mit Vergnügen die guten Dispositionen Herrn Sazonov's uns gegenüber zu konstatieren in der Lage war. Ich bemühte mich, den Eindruck zu erwecken, dass wir keine Annäherung anstreben, aber zugleich die guten Dispositionen russischerseits anerkennen. Diese aussergewöhnliche Démarche des englischen Vertreters erscheint mir in zwei Hinsichten symptomatisch. Erstens erscheint seine unwahrscheinliche Nervosität nur durch die Angst vor einem Wechsel im Kurs der russischen Auswärtigen Politik erklärlich. Die bevorstehende Potsdamer Entrevue dürfte ihn nicht begeistern und die Worte des Gerenten über das Verhältnis zur Monarchie haben es auch augenscheinlich nicht getan. Ob noch innere Entente-Schwierigkeiten in Betracht kommen, entzieht sich meinem Urteile. Zweitens aber wirft der an und für sich unbedeutende Vorfall ein gewisses Licht auf den diplomatischen Verkehr des neuen Machthabers an der Sängerbrücke, welcher, weit davon, von einer bestimmten Kombination hypnotisiert zu sein, möglichst viele Karten in der Hand haben will. Noch vor einigen Monaten wäre eine solche englische Démarche auf dieser Botschaft kaum denkbar gewesen!! Aus den obigen Gründen glaube ich Euer Exzellenz diesen an und für sich unwichtigen Vorfall nicht verschweigen zu sollen, erlaube mir aber Hochdieselben gehorsamst um streng vertrauliche Behandlung dieser Nachricht zu bitten, da ich meinem englischen Kollegen auf seinen Wunsch hin eine solche Zusicherung gab. Szilassy.

[1]) sehr recht getan.

[a]) Vgl. n. 2277, 2287, 2292. — [b]) Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1910, S. 471 ff.

Nr. 2289. Privatschreiben nach London, 30. Okt. 1910 Nr. 2904.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).

Gelegentlich Ihres letzten Urlaubsaufenthaltes in Wien war ich in der Lage, mit Euer Exzellenz das in einer Kopie hier angeschlossene vertrauliche Aide-mémoire[b]) zu besprechen, das Sir F. L. Cartwright Ende September l. J. im Auftrage Sir Edward Greys hier überreicht hatte und das sich auf die aktuelle Situation am Balkan bezog. Ich habe bisher gezögert, Euer Exzellenz mit der Beantwortung dieses Aide-mémoires zu betrauen, teils weil Sir Edward Grey, wie Sie anher berichteten, einen längeren Landaufenthalt plante, während dessen Sie ihn zu sehen keine Gelegenheit hatten, teils weil eine dringende Veranlassung zu einer sofortigen Beantwortung des englischen Schriftstückes nicht vorlag. Indem ich Euer Exzellenz nunmehr einladen darf, dem Herrn Staatssekretär meine Rückäußerung auf die von ihm in dem Aide-mémoire vom 28. September l. J. niedergelegten Anschauungen zu überbringen, ersuche ich Euer Exzellenz, Ihre Darlegungen mit dem Ausdrucke meines Dankes für die interessanten Mitteilungen, die Sir F. L. Cartwright mir zu machen beauftragt war, zu beginnen. Euer Exzellenz wollen sodann dem Herrn Staatssekretär meine Auffassung der von ihm berührten Fragen ungefähr in der nachstehenden Weise auseinandersetzen: „Aus dem Mémoire des englischen Kabinettes haben wir entnommen, daß Sir Edward Grey lebhafte Befürchtungen wegen der Möglichkeit des Ausbruches eines griechisch-türkischen Krieges hegt. Wie nun Sir Edward Grey und auch Sir F. L. Cartwright bekannt ist, war die Auffassung des Wiener Kabinettes in diesem Belange stets weniger pessimistisch gewesen; übrigens hat sich ja seither, wie aus Aeußerungen Sir A. Nicolsons zu Euer Exzellenz hervorgeht, auch das englische Kabinett zu einer ruhigeren Auffassung bekannt. Das Wiener Kabinett war immer der Ansicht, daß die Gefahr eines türkisch-griechischen Konfliktes, die ja — dies soll keineswegs in Abrede gestellt werden — eine gewisse Zeit hindurch ziemlich nahe gerückt war, ausschließlich mit den Schwierigkeiten in der Kretafrage zusammenhängt. Wenn die vier Schutzmächte, wie es nunmehr den Anschein hat, entschlossen sind, bei der Behandlung des Kretaproblems die souveränen Rechte der Türkei zu berücksichtigen, tritt die Gefahr eines griechisch-türkischen Konfliktes ganz bedeutend zurück. In dieser Richtung sind die Erklärungen sehr erfreulich, die Sir Edward Grey in dem hier überreichten Aide-mémoire niederlegen ließ und die mit unserem Standpunkte vollkommen übereinstimmen. Diesen Standpunkt habe ich des öfteren, und vor kurzem bekanntlich erst wieder während der jetzt tagenden Delegationen in meinem Exposé dahin präzisiert, daß wir an der Kretafrage nur in zweiter Linie interessiert seien und jeder Lösung derselben von vorneherein unsere Zustimmung geben, die die souveränen Rechte des Sultans aufrechthält und im Einvernehmen mit der Pforte und den vier Mächten zustandegekommen ist. Angesichts dieser klaren und unzweideutigen Stellungnahme ist es uns unverständlich, wieso durch unsere Haltung die Lösung der Kretafrage verzögert, beziehungsweise den Kretamächten eine Schwierigkeit bereitet werden könnte. Wir müssen mit umso größerem Nachdrucke diese Annahme zurückweisen, als unsere Ratschläge

in Konstantinopel jederzeit nur in dem beruhigendsten und mäßigendsten Sinne gelautet haben. Für die von den vier Kretamächten seit der Bestellung des Prinzen Georg zu ihrem Oberkommissär auf Kreta befolgte Politik und die aus ihr erwachsenen Mißhelligkeiten können nicht wir verantwortlich gemacht werden. Es darf nicht wundernehmen, daß diese Politik in früheren Momenten in Konstantinopel zuweilen Zweifel in die Intentionen der vier Kretamächte und den Eindruck hat aufkommen lassen, daß man mit der von den vier Mächten geübten Behandlung des Kretaproblems auf die Union der Insel mit Griechenland hinziele. Wir sind demnach entschlossen, an unserer bisherigen Reserve in der Kretafrage festzuhalten. Im Übrigen werden wir bereit sein, wenn die Umstände es erheischen sollten, im Interesse des Weltfriedens mit den Mächten zu wirken. Wir werden uns aber hiebei vor Augen halten müssen, daß die Türkei und die anderen Balkanländer unabhängige Staaten sind und daß die Wirkung diplomatischer Schritte speziell in Konstantinopel nicht mehr mit dem früheren Maße gemessen werden kann. Wenn Sir Edward Grey in dem Mémoire vom 28. September l. J. hervorhebt, daß er nicht wünschen könne, seinen Anteil an den politischen Verantwortlichkeiten des Tages zu vermehren, so muß auch ich erklären, daß ich einen solchen Wunsch keineswegs hege: der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern hat zwar keine mondialen Interessen zu vertreten, wie der britische, aber seine Verantwortung ist nicht minder schwer und die Nachbarschaft des Orients macht dem Wiener Kabinett eine besonders vorsichtige und wohlerwogene Politik zur Pflicht. Es war mit ein Zweck der Annexion, die Führung dieser Politik dadurch zu erleichtern, daß die Monarchie nach Erledigung ihrer Sonderangelegenheiten auf dem Balkan der Türkei gegenüber mit den anderen Mächten auf eine Linie komme. Unsere friedlichen und konservativen Prinzipien sind erfreulicher Weise, wie ich aus den Mitteilungen Sir E. Greys neuerlich entnehme, auch diejenigen des englischen Kabinettes.“ Wie ich eingangs angedeutet habe, liegt es in meiner Absicht, daß Euer Exzellenz meine im Vorstehenden niedergelegten Anschauungen dem Herrn Staatssekretär mündlich darlegen; es unterliegt aber keinem Anstand, daß Euer Exzellenz, falls er dies wünschen sollte, Sir E. Grey auch eine Ausfertigung Ihrer Mitteilungen in deutscher oder englischer Sprache zurücklassen.

[a]) Vgl. n. 2291, 2304. — [b]) n. 2260.

Nr. 2290. Privatschreiben aus Belgrad, 31. Okt. 1910 (eing. 2. Nov.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Im Verfolge meines ergebensten Privatschreibens vom 18. d. Mts. erlaube ich mir, auf Grund einer Mitteilung des Herrn Ministers des Äussern, Euer Exzellenz zu melden, dass in Folge der Besserung im Befinden des Kronprinzen und der begründeten Hoffnung auf Seine vollkommene Genesung, die Reise König Peters nach Rom keinen Aufschub erleiden und nach dem 25. November, wahrscheinlich am 27. oder 28. stattfinden dürfte. Der Besuch in Paris ist für diesen Herbst nicht mehr projektirt. Aus den Ausführungen Herrn Milovanović's konnte ich entnehmen,

dass mit der Fixierung des Tages der römischen Reise noch gezögert wird, bis von Wien eine bestimmte Bekanntgabe der Allerhöchsten Entschliessung unseres Allergnädigsten Herrn erfolgt, und dass der Hof und die Regierung eine günstige Erledigung der vom Minister Euer Excellenz vorgebrachten, für Serbien so bedeutungsvollen Bitte erhoffen. Ganz ähnlich äusserte sich mein italienischer Kollege. Er fügte hinzu, König Victor Emmanuel hätte ihm gelegentlich seiner Abschiedsaudienz erwähnt, wie es Höchstdenselben freuen würde, falls Sein Schwager durch Seine Kaiserliche und Königliche Apostolische Majestät empfangen werden würde. Höchstderselbe hätte diese Frage auch in Seinem Gespräche mit Euer Excellenz in Racconigi[b]) vorgebracht und hiebei leider ersehen, dass noch Schwierigkeiten vorzuliegen schienen, da Euer Excellenz Sich nicht mit Bestimmtheit aussprachen. In meiner schriftlichen und mündlichen Berichterstattung hatte ich wiederholt die Ehre die Gründe darzulegen, welche mich zwangen, Euer Excellenz ergebenst zu empfehlen, bei Seiner Kaiserlichen und Königlichen Apostolischen Majestät alleruntertänigst zu beantragen, dass Unser Allerhöchster Herr im Interesse der Pflege unserer so schwierigen Beziehungen zu Serbien und im Hinblicke auf die Erleichterung der ruhigen nachbarlichen Entwicklung an unserer Südostgrenze, trotz aller so natürlichen und schwerwiegenden Bedenken die Gnade habe das grosse Opfer zu bringen, den Antrittsbesuch König Peters Allergnädigst zu gestatten. Heute will ich nur noch hinzufügen, dass die Stimmung während der schweren Erkrankung des Kronprinzen neuerlich bewiesen hat, auf wie schwanken Grundlagen die Dynastie steht. Deren Erschütterung wäre aber von unserem Standpunkte gar nicht wünschenswert. Die Aufwartung König Peters bei Unserem Allergnädigsten Herrn würde aber sicherlich ihre Stellung erleichtern, da die Gegner der Dynastie Karageorgević nicht mehr darauf verweisen könnten, sie werde von dem Herrscher der mächtigen Nachbarmonarchie nicht einmal als „empfangsfähig" betrachtet. Das Bestreben König Peters, Seiner Kaiserlichen und Königlichen Apostolischen Majestät einen Besuch abstatten zu dürfen, ist zwar noch nicht in die Zeitungen gedrungen, aber doch kein Geheimnis mehr. Eine Ablehnung — wenn auch in gemilderter dilatorischer Form — wäre in Belgrad sowohl den uns feindlich gesinnten Kreisen als den Gegnern der Dynastie willkommen. Für den Fall, als auf das serbische Ansuchen eine zustimmende Allerhöchste Entscheidung erfliessen sollte, erlaube ich mir noch ergebenst zu bemerken, dass der von Seiner Kaiserlichen und Königlichen Apostolischen Majestät bereits erwogenen Eventualität eines Empfanges in Budapest um den 25. November vom hierämtlichen Standpunkte aus nur alleruntertänigst beigepflichtet werden kann. Eine prinzipiell günstige, den Zeitpunkt aber nicht bestimmende oder zum Frühjahre verschiebende Antwort könnte ich aus politischen Gründen nicht befürworten. Da — falls die Rekonvalescenz des Kronprinzen normal fortschreitet — die römischen Reisepläne des Königs endgiltig fixirt werden müssen, und der Minister des Äussern mir gegenüber hierauf zu sprechen kommen dürfte, erlaube ich mir jedenfalls, Euer Excellenz um ehetunlichste Instruktionen behufs Regelung meiner Sprache zu bitten. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2275, 2329. — [b]) Vgl. n. 2264, 2285 Anm. b.

Nr. 2291. Tel. aus London, 31. Okt. 1910 Nr. 75 (eing. 1. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Während eines Privatgespräches, das ich mit dem Sekretär Sir E. Greys hatte, kamen wir auf das aide-mémoire zu sprechen, das Sir F. L. Cartwright vor seinem Urlaubsantritt Euer Excellenz übergeben hatte.[b] M. Tyrell sagte mir vertraulich, Sir E. Grey habe, nachdem er die Berichte Sir F. L. Cartwrights über die Konversation mit Euer Exzellenz in Marienbad[c] gelesen hatte, in einem Privatbriefe seine Ideen zusammengefasst, die er Cartwright mitteilte zur Regelung seiner Sprache bei ihm passend erscheinender Gelegenheit. Der Zweck war, dass Euer Exzellenz über den englischen Standpunkt informiert sein sollten, falls gewisse Eventualitäten, wie zum Beispiel ein griechisch-türkischer Krieg eintreten sollten. Von einer offiziellen Depesche, die Verhandlungen oder Besprechungen eröffnen sollte, war keine Rede. Mein Mitredner schien der Ansicht zu sein, dass Cartwright besser getan hätte, Unterredung mit Euer Exzellenz abzuwarten und nicht ein aide-mémoire zu überreichen. Er machte die Bemerkung: „Wenn Graf Aehrenthal darauf erwidern will, so ist es eine Freundlichkeit seinerseits, eigentlich erfordert aber die Mitteilung keine Antwort.“ Cartwright hatte den unglücklichen Gedanken, den Text seines französischen aide-mémoire dem Foreign Office einzusenden, wo das sehr mangelhafte Französisch einigermassen aufgefallen ist. Der Privatsekretär Sir E. Greys hat mit dem in England auf Urlaub weilenden Botschafter im vorstehenden Sinne gesprochen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 2289. — [b] n. 2260. — [c] Aufzeichnungen über diese Unterredungen konnten nicht gefunden werden.

Unterredung mit dem russischen Botschafter, 2. Nov. 1910. Siehe n. 2292.

Nr. 2292. Aufzeichnung über eine am 2. Nov. 1910 mit dem russischen Botschafter geführte Unterredung, 3. Nov. 1910.[a] Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Der russische Botschafter hat mich anläßlich des gestrigen Diplomatenempfanges aufgesucht und vor allem seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß er gerade in dem Augenblicke von seinem Posten scheide, in welchem die Beziehungen zwischen Wien und St. Petersburg eine erfreuliche Besserung erfahren haben. Fürst Ouroussoff schilderte mir sodann den Verlauf seiner Audienz bei Kaiser Nikolaus in Friedberg und hob hervor, daß ihn sein Allergnädigster Herr beauftragt habe, Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät den Ausdruck Höchstseiner Sympathie und Freundschaft zu verdolmetschen, wobei Kaiser Nikolaus ihn nicht weniger als dreimal daran erinnert habe, welch' großen Wert Er darauf lege, daß diese Message Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät zur Kenntnis gebracht werde. Er, Fürst Ouroussoff, habe sich dieses kaiserlichen Auftrages nunmehr entledigt und habe aus den Worten Seiner Majestät des Kaisers und Königs entnommen, daß Allerhöchstderselbe diese Gesinnungen Kaiser Nikolaus' sehr zu schätzen wisse und diese freundschaftlichen Tendenzen

des russischen Herrschers übrigens auch aus verschiedenen Vorkommnissen der jüngsten Zeit, so insbesondere aus dem an den scheidenden Botschafter gerichteten kaiserlichen Handschreiben entnehmen zu können geglaubt habe. Fürst Ouroussoff erzählte mir weiters, er habe seinem kaiserlichen Herrn die politische Lage Europa's im allgemeinen und die Situation auf dem Balkan im besonderen eingehend dargelegt und der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der Friede zwar augenblicklich von keiner Seite bedroht erscheine, daß die Verhältnisse am Balkan jedoch andauernd als labile bezeichnet werden müssen, da sowohl der Übermut der Jungtürken als der Fanatismus der Mohammedaner und die Schwäche der Regierungen in den Balkanstaaten zur Entstehung unerwarteter Verwicklungen Anlaß geben könnten. Er habe ferner darauf verwiesen, daß es gefährlich wäre, wenn die Großmächte in die möglicherweise am Balkan auftretenden Komplikationen hineingezogen würden und wenn solche Ereignisse die beiden nächstgelegenen und meist interessierten Mächte, Österreich-Ungarn und Rußland, unvorbereitet treffen würden. Er halte es im Interesse der Erhaltung des Friedens und zur Vermeidung überflüssiger Beunruhigung für geboten, daß beizeiten wieder eine intimere Gestaltung des Verhältnisses zwischen Rußland und Österreich-Ungarn herbeigeführt werde. Er denke hiebei nicht an das Wiederaufleben der seinerzeitigen Entente und glaube auch nicht, daß für die Verständigung der beiden Mächte die Form einer Entente ins Auge zu fassen sei; man müsse jedoch zu einem Accord gelangen, durch welchen die im Ganzen vorhandene Übereinstimmung in den Zielen der beiden Kabinette zu konkreterem Ausdruck gelange. Kaiser Nikolaus sei diesen Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit gefolgt und er habe den Eindruck gewonnen, daß Höchstderselbe seinen Darlegungen beizupflichten scheine. Ich habe dem Botschafter für seine vertraulichen Mitteilungen meinen Dank ausgesprochen und mich darauf beschränkt zu erwidern, daß, wie ich dies bereits vor den Delegationen ausgeführt habe, das Terrain für eine freundschaftliche Ausgestaltung unserer Beziehungen zu Rußland gegeben sei, indem wir wissen, daß die beiden Kaiserreiche im nahen Orient keine gegensätzlichen Ziele verfolgen. Fürst Ouroussoff schloß die Unterredung, indem er seiner Genugtuung über die derzeitige Entwicklung der österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen Ausdruck verlieh und hinzufügte, daß er unter diesen Umständen sein Amt mit Beruhigung seinem Nachfolger übergebe.

a) Vgl. n. 2287, 2288, 2313 Anm. b, 2347, 2349.

Nr. 2293. Tagesbericht über einen Besuch des Legationsrates der deutschen Botschaft Prinzen Hermann Hatzfeld, 7. Nov. 1910.[a] Konz. (S. und G. Müller).

Prinz Hatzfeld überbrachte in Abwesenheit des deutschen Botschafters soeben das inliegende für Seine kaiserliche und königlich Apostolische Majestät bestimmte Telegramm[b] Seiner Majestät Kaisers Wilhelm mit dem Ersuchen, dasselbe an seine Allerhöchste Bestimmung gelangen zu lassen. Er fügte im Auftrage des Reichskanzlers hinzu, dieser behielte

sich vor, Seiner Exzellenz dem Herrn k. u. k. Minister des Äußern eine eingehende Aufzeichnung über seine Unterredungen mit Herrn Sazonoff zugehen zu lassen, sobald Letztere abgeschlossen sein würden.

[a]) Vgl. n. 2284, 2294, 2298. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 2293.

Ich beeile mich, Dir mitzuteilen, daß der Besuch, den mir der Zar soeben abgestattet hat, auf das beste verlaufen ist. Wenngleich die unsichere Gesundheit der Zarin ersichtlich Sorge macht, war der Zar doch in heiterer und unbefangener Stimmung und hat frei und offen mit mir über die politische Lage gesprochen. Ich habe den festen Eindruck gewonnen, daß er ebenso wie Du und ich es tue, die Bewahrung des Friedens aufrichtig anstrebt, und daß er in Sonderheit auch für die Aufrechterhaltung des status quo auf dem Balkan eintritt. Seine auf die innere Konsolidation seines Reiches gerichteten Anstrengungen werden in seinem neuen Minister des Äußern, Herrn Sasonoff, der mir den Eindruck eines nüchternen und ruhigen Mannes macht, eine gute Unterstützung finden. Dies wird voraussichtlich, dem entschiedenen Wunsch des Zaren entsprechend, auch darin zum Ausdruck kommen, daß der diplomatische Kontakt seiner Regierung mit seinen Nachbarn wieder engerer wird, als es in den letzten Jahren der Fall war. In dankbarster Erinnerung an die schönen Tage, die Du mir im September in Wien und Schönbrunn bereitet hast, bin u. s. w.

Wilhelm.

Nr. 2294. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 8. Nov. 1910 Nr. 46 A (eing. 10. Nov.).[a]) Ausfert.

Mit dem Augenblicke, da die russischen Majestäten preussisches Gebiet passirten, um sich zu längerem Aufenthalt nach Hessen zu begeben, war die Frage nach einer Begegnung Seiner Majestät des Czaren mit dem Deutschen Kaiser gegeben. Deutscherseits wurde auch kein Hehl daraus gemacht, dass mit einem Besuche Kaiser Nikolaus am deutschen Kaiserhofe rechnete.[b]) Es wurde auch bald bekannt, dass eine Begegnung der beiden Herrscher stattfinden würde, der Zeitpunkt wurde aber abhängig gemacht von dem Befinden der Czarin; später als der Besuch nach einer zwischen den beiden Höfen geführten Correspondenz festgesetzt war, blieb es aber noch lange im Dunklen, ob der Leiter des russischen Auswärtigen Amtes demselben beiwohnen werde. Eine Unklarheit, die in den hiesigen massgebenden Kreisen eine leichte Nervosität erzeugte, da man hier begreiflicher Weise auf gar zu rigorose Wahrung des familiären Charakters des Besuches keinen besonderen Wert legte! Gerade 11 Jahre sind es, seitdem Czar Nikolaus das letzte Mal in Potsdam als Gast Kaiser Wilhelms geweilt. Ebenso wie damals machten es die polizeilichen Sicherheitsmaßregeln nötig, dass bis zum letzten Augenblick die Détails der Ankunft, der Abreise und so weiter geheim blieben. Nun ist alles nach Wunsch vor sich gegangen. Ueber den Verlauf des Kaiserbesuches herrscht hier nur eine Stimme hoher Befriedigung. Wie ich auch aus Hofkreisen höre, gestaltete

sich das Zusammensein der beiden Monarchen in sehr freundschaftlicher, herzlicher Weise. Zu concreten Abmachungen, so sagte mir der Herr Staatssecretär, hätte die Entrevue nicht geführt. Kaiser Wilhelm hätte in einem — mir freundlichst zur Einsicht gegebenen — Telegramm an Seine k. u. k. Apostolische Majestät, unseren Allergnädigsten Herrn,[a] Seine Eindrücke über Höchstseine Begegnung mit Kaiser Nikolaus niedergelegt. In den Gesprächen der beiden Kaiser, wie in jenen Herrn Sazonows mit dem Reichskanzler und mit dem Staatssecretär hätte ein freundschaftlicher Ton dominirt, der zu einem loyalen Meinungsaustausch über jene politischen Fragen geführt hätte, die Russland und Deutschland berührten. Herr von Kiderlen hob hiebei als erfreuliches Ergebnis hervor, dass man dahin übereingekommen sei, in Zukunft bei auftauchenden Schwierigkeiten eine offene Aussprache sogleich eintreten zu lassen. An anderer Stelle erlaube ich mir jene Mitteilungen wiederzugeben, die mir der Herr Staatssecretär über seine Unterredung mit Herrn Sazonow gemacht. ...*Pressestimmen*... Das politische Ergebnis der Potsdamer Entrevue fällt mit den politischen Folgen des Rücktrittes Herrn Iswolskis zusammen; die traditionelle russisch-deutsche Freundschaft dürfte wieder angesetzt haben. Der von Herrn Sazonow dem Reichskanzler zum Ausdruck gebrachte Wunsch einer collegialen Fühlungnahme der deutschen und russischen Diplomaten im Auslande scheint mir ein Fingerzeig, nach welcher Richtung hin wir vorerst einen praktischen Erfolg dieser Ereignisse werden beobachten können.

Flotow.

[a] Vgl. n. 2293, 2295. — [b] So!

Nr. 2295. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 8. Nov. 1910 Nr. 46 C (eing. 10. Nov.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Der Herr Staatssecretär äusserte sich heute mir gegenüber sehr befriedigt über den Verlauf der Potsdamer Entrevue und über seine und des Herrn Reichskanzlers Unterredungen mit Herrn Sazonow. Die Aussprachen mit Herrn Sazonow hätten einen durchaus freundschaftlichen Charakter gehabt. Herr von Kiderlen hätte dem Gerenten des russischen Ministeriums des Äussern gegenüber constatirt, dass Oesterreich-Ungarn niemals die Unterstützung Deutschland's für aggressive Pläne am Balkan angerufen hätte, es hätte im Gegenteile stets die Versicherung gegeben, dass ihm jede Expansionspolitik im nahen Orient fernliege. Sowol Oesterreich-Ungarn wie Deutschland wollen den status quo am Balkan erhalten sehen. Deshalb müssten sie Gewicht darauf legen, dass die Türkei erstarke, da dies das beste Mittel wäre, die kleinen Balkanstaaten im Zaume zu halten. Herr Sazonow hätte erklärt, auch seinerseits davon überzeugt zu sein, dass Oesterreich-Ungarn keine weitere Expansion am Balkan suche; auch Russland wolle die Erhaltung des status quo am Balkan und erblicke in der Consolidierung der Türkei eine Friedensgarantie.[b] Sollte sich der status quo aber nicht aufrecht erhalten lassen, so werde Russland ein Einverständnis mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn suchen, wie es auch jeden Conflict am Balkan im Einvernehmen mit den beiden Centralmächten

zu lokalisiren trachten werde. Die Cretafrage hätte er kurz mit den Worten berührt, er begreife, dass Deutschland und Oesterreich-Ungarn die günstige Stellung, die sie darin inne hätten, nicht aufgeben würden. Herr Sazonow versicherte den Herrn Staatssecretär, dass er sehnlichst wünsche die russischen Truppen aus Persien zurückziehen zu können, dies sei aber mit Rücksicht auf die in Nordpersien tatsächlich herrschenden anarchischen Zustände im gegenwärtigen Augenblicke leider noch nicht möglich. Herr Sazonow liess sich diesbezüglich in längere Betrachtungen ein und belegte seine Ausführungen mit Détails. Schliesslich hätte er sich auch noch dahin geäussert, die russische Politik müsse es unbedingt vermeiden eine langgezogene englisch-russische Grenze sich bilden zu sehen. Herr Sazonow habe dem hiesigen Standpunkte entgegenkommend eine häufigere Fühlungnahme mit den leitenden deutschen Staatsmännern als wünschenswert bezeichnet und einer offenen Aussprache bei allen etwa auftauchenden Schwierigkeiten oder Mißverständnissen auch seinerseits das Wort gesprochen. Flotow.

[a]) Vgl. n. 2294, 2298. — [b]) Randbemerkung: Nicht im Einklange mit Schreiben des Kanzlers (Vermerk Pirquets vom 14. Nov. 1910).

Nr. 2296. Tel. aus Belgrad, 9. Nov. 1910 Nr. 131 (eing. 7 U. 55 M. p. m.).[a]) Entziff.

Trotzdem die Telegramme des Korrespondenzbureaus nur kurze Notizen über gestrige Delegationsrede des Professors Masaryk[b]) enthielten, bringen hiesige Blätter gegen ihre Gewohnheit lange Spezialtelegramme aus Wien über den Inhalt der Rede und benützen diese „Aufdeckungen" zu den schärfsten, spaltenlangen Angriffen gegen Euere Excellenz, die der Dokumentenfälschung beschuldigte Gesandtschaft und speziell mich. Die Regierung wird aufgefordert, sich zu äussern und eventuell einzuschreiten. Es werden Drohungen wie vor zwei Jahren ausgestossen und wie alltäglich seit $3^1/_2$ Jahren meine Entfernung und Abberufung stürmisch verlangt. Die Aufregung wird sich, wie schon oft, wohl nach einigen Tagen legen. Geheim. Ich hege keinen Zweifel, dass es sich um einen zwischen Professor Masaryk und seinen hiesigen Freunden (Professoren, Journalisten, Mitgliedern des Slovenski Jug) abgekarteten Coup und vorbereiteten Sturm handelt, um Euer Excellenz und Ihre Politik anzugreifen und möglichst blosszustellen. Masaryk weilte vor Monatsfrist in Belgrad durch einige Tage und ich vermutete sofort, dass er Material für Angriffe in den Delegationen sammle. Wahrscheinlich ist er auch mit dem ehemaligen Konfidenten Stefanović in Verbindung getreten, welcher, wie ich Euer Excellenz meldete, öfters von der Gesandtschaft unter Drohungen Geld zu erpressen versuchte. Ich habe Grund anzunehmen, daß er seine „Enthüllungen" auch der serbischen Regierung anbot, von ihr aber abgewiesen wurde. Da er sich speziell an Spalajković wendete, ist es möglich, dass letzterer ihn mit Professor Masaryk zusammenbrachte. Ich bin überzeugt, dass Stefanović außer seinen eigenen Schriftstücken und teils wahren, teils falschen Erzählungen nichts in Händen hat, was die Gesandtschaft kompromittieren kann. Daher er oder seine Vermittler dem Professor Masaryk das Märchen aufgebunden haben, dass das von Professor Friedjung

benützte Materiale von den Beamten der Gesandtschaft fabriziert und gefälscht wurde. Forgách.

[a]) Vgl. n. 1972, 2044, 2049, 2050, 2198, 2223, 2266, 2297, 2302, 2314. — [b]) Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1910, 477.

Nr. 2297. Tel. aus Belgrad, 9. Nov. 1910 Nr. 132 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Extraausgaben der Blätter bringen die Nachricht, dass sich heute nach Einlangen der telegraphischen Berichte über die Delegationsrede Masaryks ein junger Mann, der angab, Vlasić zu heissen und Journalist zu sein, bei der Polizei meldete und erklärte, er sei in Rede Masaryks bezeichnete Person, welche mit den Beamten der Gesandtschaft Friedjung mitgeteilte Dokumente fälschte. Er wurde auf der Polizei in Haft genommen und versprach, Alles zu enthüllen. Nachricht erregt grösstes Aufsehen und Jubel aller uns feindlich gesinnten Elemente. Geheim. Wie ich schon telegraphierte, dürfte das Ganze eine von Professor Masaryk und gewissen hiesigen Kreisen verabredete Theaterkomödie sein. Ich vermute allerdings, dass das sich jetzt Vlasić nennende Individuum identisch ist mit dem ehemaligen Sekretär Stefanović.[b]) Mit Bericht vom 17. Juni Nr. 30 E hatte ich Euer Excellenz bereits die Annonce eines Buches „Enthüllungen über die österreichische Diplomatie" von Vlasić oder Stefanović vorgelegt. Dies kann eventuell jetzt benützt werden, um zu beweisen, dass die angeblichen Enthüllungen Masaryks und seiner Belgrader Freunde etwas verspätet kommen und schon früher als Erpressung verwendet werden sollten, von uns aber verächtlich abgewiesen wurden. Das fragliche Individuum hatte sich übrigens im Frühjahre schon auch an die Semliner Polizei und an unsere militärischen Behörden — ebenso wie jetzt an die Belgrader Polizei — gewendet, war aber an beiden Orten mit dem Anbote seiner angeblichen Enthüllungen über serbische Umtriebe abgewiesen worden. Da ich persönlich mit Stefanović nie in Berührung kam, können Euer Excellenz, falls es Hochdenselben angezeigt erscheint, diesbezüglich das kategorischeste Dementi erlassen. Auch hat das Individuum ausser seinen eigenen ganz phantastischen Erzählungen keine Beweise gegen die Beamten der Gesandtschaft in Händen. Der jetzige Inzidenzfall musste übrigens früher oder später erfolgen, wie ich dies auch im Berichte vom 1. Februar Nr. 6 voraussah. Professor Masaryk liess sich von unseren zahlreichen hiesigen Gegnern zu einem wenig patriotischen Angriffe gegen Euer Excellenz und die wegen ihres Erfolges hier noch nicht vergessene und verziehene Annexionspolitik ausnützen und ausspielen. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2296, 2299, 2300, 2302, 2314, 2334. — [b]) Vgl. n. 1769, 1972.

Nr. 2298. Tel. Kaiser Franz Josef I. an den Deutschen Kaiser Wilhelm II., 9. Nov. 1910.[a]) Konz. (S. Schießl, Kinsky; G. Müller).

Ich danke Dir herzlichst, dass Du in gewohnter Freundschaft anläßlich des Besuches, den der Zar Dir soeben abgestattet hat, mir eine telegraphische Mitteilung hast zugehen lassen und bin aufrichtig erfreut, dass

Du bei dieser Gelegenheit den festen Eindruck der friedlichen Bestrebungen des Zaren gewonnen hast. Auch ich würde es mit besonderer Befriedigung begrüßen, wenn der Kontakt mit der russischen Regierung wieder ein engerer werden könnte. Ich gedenke gleichfalls mit Freude Deines letzten Besuches usw. Franz Joseph.

a) Übermittelt mit Tel. nach Berlin, 9. Nov. 1910 Nr. 98 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Calice; G. Müller). Vgl. n. 2293, 2295, 2305, 2313.

Nr. 2299. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 9. Nov. 1910 Nr. 161 (eing. 4 U. 40 M. p. m.).a) Entziff.

Heutiger Rjetsch publiziert folgendes Telegramm von Professor Masaryk aus Wien: „Ich habe heute den Delegationen verschiedene Dokumente eingereicht, welche, sich auf Affaire Friedjung beziehend, Teilnahme des Grafen Forgách an den Fälschungen beweisen." Szilassy.

a) Vgl. n. 2297, 2300.

Nr. 2300. Tel. aus Belgrad, 10. Nov. 1910 Nr. 133 (eing. 5 U. p. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Minister des Äussern besprach mit mir durch Delegationsrede Masaryk's hervorgerufenen Inzidenzfall in ruhiger sachlicher Weise. Masaryk habe ihn vor einem Monat aufgesucht, als er hier war, um wegen der Friedjung-Affaire nachzuforschen und um, wie derselbe ihm erzählte, „die österreichischen Diplomaten zu enthüllen". Der Minister habe ihm damals erklärt, dass für die serbische Regierung diese Affaire abgeschlossen sei und nicht mehr der Politik, sondern der Geschichte angehöre. Serbien habe keinen Anlass und kein Interesse, Angelegenheit neuerlich aufzurühren und die sich beiderseitig beruhigende öffentliche Meinung wiederum aufzuregen. Minister des Äussern sagte mir, er würde eine eventuelle Interpellation in der Skupschtina in diesem Sinne beantworten und ermächtigte mich, dies Euer Exzellenz zu melden. Der Minister, welcher auch überzeugt ist, dass der ganze Inzidenzfall von Masaryk und hiesigen Kreisen planmässig arrangiert wurde, will trachten, auf die öffentliche Meinung beruhigend einzuwirken. Die Regierung scheint nur in Verlegenheit zu sein, was sie mit Vasić, der sich bei der Polizei befindet und welchen der Minister als eines jener Individuen bezeichnet, welche zwischen Belgrad und Semlin falsche Nachrichten zu kolportieren und Geld zu verdienen suchen, anfangen soll. Ich sagte dem Minister, dass mir persönlich Vasić ganz unbekannt sei, er aber vor einigen Monaten der Gesandtschaft die Annonce eines Buches sandte, in welcher er mit allerlei törichten Enthüllungen drohte. Dieser Erpressungsversuch sei meinerseits ignoriert worden und unbeantwortet geblieben. Forgách.

a) Vgl. n. 2297, 2299, 2301, 2314.

Nr. 2301. Tel. aus Belgrad, 10. Nov. 1910 Nr. 135 (kein Eingangsdat.).a) Telegrammbuch der Belgrader Gesandtschaft 1910—1913.

Die meisten Belgrader Blätter beginnen die Affaire Masaryk-Vasić ruhiger zu besprechen. Die offiziöse Samouprava mahnt in einem Com-

muniqué zur Vorsicht und bittet die Öffentlichkeit die Notwendigkeit der guten Beziehungen zum Nachbarstaate nicht ausser Acht zu lassen. Nur die Hetzblätter und an ihrer Spitze die „Politika" fahren mit den schärfsten Angriffen gegen die Monarchie, Euer Exzellenz und mich fort. Der Chefredakteur und Besitzer letzteren Blattes Herr Ribnikar kündigt an, er sei heute nach Wien gefahren, um mit Professor Masaryk zusammenzutreffen und Berichte zu senden. Da Ribnikar stets täglich infam beleidigende Artikel gegen Unseren Allerhöchsten Herrn, unsere Armee und die Monarchie publiziert, wäre es vielleicht empfehlenswert jetzt, wo er um Material für seine Umtriebe nach Wien gefahren ist, ihn aus Wien und unserem Staatsgebiete auszuweisen. Die ganze theatralische Aufbauschung der Affaire dürfte in der Redaktion der „Politika", die mit dem Delegierten Masaryk in Verbindung zu stehen scheint, arrangiert worden sein. Einige Zeitungen erwähnen, dass Vasić ihnen bereits seine „Enthüllungen" angeboten hatte, aber abgewiesen wurde und sie endlich durch Masaryk an die Öffentlichkeit bringen konnte. Es wird auch darauf hingewiesen, eine wie wenig vertrauenswürdige Quelle dieser Vasić sei. Die „Stampa" sagt direkt, er sei ein bekannter Verleumder, der in mehreren Wirtshäusern Erpressungsversuche mit falschen Handschriften machte. Für die überaus gütigen Worte, mit welchen Euer Exzellenz die Angriffe des Delegierten Masaryk[b] gegen meine Person erwiderten, bitte ich Euere Exzellenz meinen ergebensten aufrichtigsten Dank genehmigen zu wollen. Forgách.

[a] Vgl. n. 2300, 2302, 2314. — [b] Schultheß, Europ. Geschichtskal. 1910, 477.

Nr. 2302. Bericht aus Belgrad, 10. Nov. 1910 Nr. 59 B (eing. 11. Nov.).[a] Ausfert.

Im Verfolge meiner gestrigen Telegramme Nr. 131 und Nr. 132 beehre ich mich, zur Illustrierung des infolge von Professor Masaryks Delegationsrede ausgebrochenen Sturmes in der Belgrader öffentlichen Meinung, Euer Exzellenz die gestrige auf der k. u. k. Gesandtschaft verfaßte Zeitungsrevue, telle quelle, ergebenst vorzulegen.[b] Die gleichfalls beigebogene Übersetzung der Extraausgabe der „Politika"[b] enthält die Nachricht über die Selbststellung von Herrn Masaryks Informanten, dem angeblichen Journalisten V. Vasić, welcher identisch zu sein scheint mit dem ehemaligen M. Stefanović, dessen wiederholte Geldbegehren und Erpressungsversuche seitens der k. u. k. Gesandtschaft seit einem Jahre abgewiesen wurden. Es ist kein Zweifel, daß gewisse uns feindliche Kreise, mit denen der Delegierte Masaryk in Belgrad stets verkehrt, die ganze Sache arrangiert haben. Am Tage seiner Rede wurde hier dann der Zeitungssturm sowie die Komödie mit der Selbststellung des Vasić inszeniert. Forgách.

[a] Vgl. n. 2301, 2306, 2308. — [b] Nicht aufgenommen.

Nr. 2303. Erlaß nach Konstantinopel, 10. Nov. 1910 Nr. 3005.[a] Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Von dem Inhalte Euer Exzellenz letzter Unterredung mit dem Großvezier, deren Gegenstand die Kretafrage gebildet hat und über welche

Hochdieselben mir mit dem Berichte vom 24. v. M. Nr. 95 B relationierten, habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Zu den Ausführungen Hakki Paschas möchte ich zunächst bemerken, daß die Art und Weise, wie er sich in dieser Unterredung zu Euer Exzellenz äußerte, sich keineswegs vollkommen mit seiner früheren Aussprache mir gegenüber deckt. Wie Euer Exzellenz aus den Hochdenselben seinerzeit zugekommenen Aufzeichnungen über meine Konversation mit dem Großvezier in Marienbad[b]) und in Wien[c]) bekannt ist, hat Hakki Pascha bei unserer ersten Zusammenkunft allerdings den Wunsch geäußert, die beiden Kaisermächte mögen die Türkei in ihrem Bestreben unterstützen, die vier Schutzmächte zu einer offeneren Anerkennung der Souveränitätsrechte des Sultans über Kreta dadurch zu bewegen, daß sie sich selbst in irgend einer Form zu diesem Grundsatze, welcher die Basis der Lösung des kretensischen Problems zu bilden hätte, bekennen. Der Großvezier hob jedoch ausdrücklich hervor, es handle sich ihm nicht um einen formellen Vorschlag, der eine sofortige Stellungnahme meinerseits erfordern würde, sondern nur um eine Sondierung, auf die er sich vorbehalte, eventuell bei einer späteren Gelegenheit zurückzukommen. Ueberdies waren die damaligen Ausführungen Hakki Paschas ziemlich allgemein und vague gehalten und ließen den Grundgedanken, der ihm wohl damals schon vorschwebte und den er jetzt Euer Exzellenz gegenüber klar und präzis formuliert hat, keineswegs mit voller Deutlichkeit erkennen. In meiner Erwiderung konnte ich mich daher damals, wie Euer Exzellenz gleichfalls bekannt, darauf beschränken, ohne mich auf eine nähere Erörterung der vom Großvezier vorgebrachten Anregung einzulassen, ihm alle Argumente zu entwickeln, die, auch vom Standpunkte der türkischen Interessen aus betrachtet, für eine weitere reservierte Haltung der Monarchie und Deutschlands in der Kretafrage sprechen. Bei unserem zweiten Zusammentreffen in Wien[c]) hat Hakki Pascha bekanntlich das Thema Kreta nicht gestreift und ich konnte daher annehmen, daß er die Idee, die er mir bei unserer ersten Entrevue skizziert hatte, fallen gelassen habe. Ich bin sehr einverstanden damit, daß Euer Exzellenz nun, da der Großvezier Ihnen gegenüber wider Erwarten auf seine frühere Anregung zurückgekommen ist, sie weiter entwickelt und klar präzisiert hat, ihm Ihre persönliche Ansicht dargelegt und die Bedenken auseinandergesetzt haben, die dem von ihm proponierten Vorgehen entgegenstehen. Ich kann den diesbezüglichen Bemerkungen Euer Exzellenz nur vollkommen beipflichten; auch ich bin der Ansicht, daß der von Hakki Pascha ins Auge gefaßte modus procedendi, ohne die gegenwärtige, im allgemeinen günstige Position der Türkei in der Kretafrage wesentlich zu verbessern, die Divergenz zwischen der Pforte und den vier Mächten nur vertiefen und einen unerwünschten Gegensatz zwischen diesen letzteren und den beiden Zentralmächten hervorrufen würde. Es gereicht mir zur Befriedigung, daß sich der Großvezier der Stichhältigkeit dieser Argumente nicht verschlossen hat. Im Übrigen war und bin ich bemüht, den türkischen Wünschen möglichst entgegenzukommen. Eben aus diesem Grunde habe ich in meinem Exposé in den Delegationen öffentlich und mit vollster Bestimmtheit unseren Standpunkt in der Kretafrage dargelegt, eine Enunziation, die durch das darin enthaltene Princip der tür-

kischen Souveränitätsrechte auf die Insel den Intentionen der Pforte nur durchaus entsprechen kann. Ich bin erfreut, aus den Worten Hakki Paschas zu Euer Exzellenz, sowie aus den Aeußerungen der türkischen Presse konstatieren zu können, daß diese meine Erklärung in der Türkei nach ihrem vollen Wert gewürdigt wird. Was die Politik anbelangt, die die Pforte bezüglich Kretas weiter zu befolgen haben wird, so erscheint mir der Gedanke des Großveziers, den er Euer Exzellenz gegenüber entwickelt hat und der dahin geht, von Fall zu Fall auf diplomatischem Wege Erfolge auf Kreta anzustreben und etappenweise an Terrain zu gewinnen, ein durchaus glücklicher und den türkischen Interessen sowie der allgemeinen Situation entsprechender zu sein. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich bei nächster Gelegenheit dem Großvezier gegenüber im Sinne der vorstehenden Ausführungen auszusprechen.

[a]) Vgl. n. 2304. — [b]) Vgl. n. 2230 Anm. f. — [c]) Vgl. n. 2259.

Nr. 2304. Privatschreiben aus London, 10. Nov. 1910 (eing. 14. Nov.).[a]) *Ausfert.*

Das hohe Privatschreiben vom 30. Oktober l. J., mit welchem Euer Excellenz mich damit betrauen, Sir Edward Grey Hochdero Rückäusserung auf das von Sir Fairfax Cartwright übergebene aide-mémoire mitzuteilen, habe ich durch letzten Courier zu erhalten die Ehre gehabt. Ich wurde gestern von dem Herrn Staatssekretär, der zu Beginn dieser Woche nach London zurückgekehrt ist, empfangen und brachte nach einer kurzen Conversation allgemeiner Natur das Gespräch auf das aide-mémoire Sir Fairfax Cartwrights. Sir Edward sagte mir, er habe dem britischen Botschafter in Wien seine Ansichten in einem Briefe auseinandergesetzt, damit derselbe sie mündlich bei seinen Begegnungen mit Euer Excellenz verwerte. Es war nicht seine Absicht gewesen, dass Euer Excellenz ein Schriftstück übergeben werde, welches irgendwie den Charakter einer Note von ihm, Grey, an Euer Excellenz haben könnte. Nachdem aber damals Cartwright keine Gelegenheit hatte, von Euer Excellenz empfangen zu werden, so brachte er ein résumé der Greyschen Ausführungen zu Papier, wogegen der Staatssekretär füglich nichts einzuwenden hätte. Ich antwortete dem Staatssekretär, dass auch mein Auftrag dahin lautet, ihm die Rückäusserung Euer Excellenz mündlich mitzuteilen und ich nur einige Notizen mitgebracht hätte, um sicher zu sein, in meiner englischen Conversation nichts von dem auszulassen, was in dem Briefe Euer Excellenz enthalten war. Daraufhin teilte ich Sir Edward Grey in wortgetreuer Übersetzung den Inhalt der in dem hohen Privatschreiben Euer Excellenz enthaltenen Ausführungen mit. Der Staatssekretär erwiderte, seine Absicht sei darauf gerichtet gewesen, sich dagegen zu sichern, dass ihm nicht als Creta-Schutzmacht Verantwortlichkeiten zugeschoben werden, welche mit dem Creta-Problem eigentlich nicht im Zusammenhange stehen. Er sei ganz bereit, seine Verpflichtungen vollständig zu erfüllen und auch, wenn notwendig, die Insel abermals mit Truppen zu besetzen, um sie „en dépôt" für den Sultan zu halten. Er wolle aber nicht, dass, wenn aus irgend einem Grunde, der mit Creta nichts zu tun

habe, wie zum Beispiel türkische Beschwerden über griechische Truppenconcentrationen in Thessalien, es zu einem Conflicte komme, er als englischer Minister mehr Verantwortlichkeit zu tragen habe als irgend eine der anderen sechs Signatarmächte. Griechenland habe in letzter Zeit keinen Anlass zur Klage gegeben und trotzdem höre man von türkischer Seite Beschwerden und eine drohende Sprache wie zum Beispiel anlässlich der Wahlen der cretensischen Deputierten. Ich bemerkte, dass dies doch jedenfalls mit der cretensischen Angelegenheit in Zusammenhang stand, was er auch zugab. Ich machte ihn wiederholt darauf aufmerksam, dass Euer Excellenz die Lage nie so pessimistisch aufgefasst hätten wie er und dass übrigens er selbst ja auch jetzt anerkenne, dass die Gefahr eines Conflictes ihm nicht so imminent scheine, wie vor zwei Monaten. Auch das gab der Staatssekretär zu, wobei er die Bemerkung machte: „Vielleicht haben Ihre Ratschläge diese Verbesserung herbeigeführt!" Ich erwiderte, es sei mir zwar hievon nichts bekannt, er wisse aber so gut wie ich, dass Euer Excellenz stets in Constantinopel und Athen im Sinne der Mässigung und Ruhe wirkten, was er mir ja selbst in unseren früheren Unterredungen gesagt hätte. Der Staatssekretär anerkannte das, kam aber stets darauf zurück, er könne sich des Gefühles nicht erwehren, dass die Türkei irgend einmal den Versuch machen könnte, Creta zum Vorwande zu nehmen, um aus einem mit der Insel in keinem Connex stehenden Grunde einen Conflict mit Griechenland heraufzubeschwören. Ich erwiderte, dass diese Besorgnis bei uns nach den Euer Excellenz vorliegenden Informationen nicht geteilt wird. Sollte die von ihm befürchtete Eventualität eintreten, so wäre dies eben eine neue Frage, über welche die Mächte sich in Verbindung setzen und einen Gedankenaustausch pflegen könnten. Schliesslich ersuchte mich Sir Edward, Euer Excellenz seinen besten Dank für die interessanten Mitteilungen auszusprechen und bat mich, ihm meine Notizen zurückzulassen. Ich bezeichnete dieselben als ein résumé meiner ihm gemachten Ausführungen und er sagte mir zu, dieselben auch nur als solche (a verbal communication) anzusehen.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2303.

Nr. 2305. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 28. Okt./10. Nov. 1910 Nr. 50 A (eing. 14. Nov.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Der Herr Gerent des russischen Auswärtigen Amtes wurde gestern von so vielen Vertretern so oft über seine Berliner und Potsdamer Eindrücke ausgefragt, dass ich es meiden zu sollen glaubte, ihn auch meinerseits mit derlei Fragen zu belästigen. Spontan sagte mir Herr Sazonov, auf welchen die Persönlichkeit Kaiser Wilhelm's einen Eindruck gemacht hat, dass Alles in befriedigendster Weise abgelaufen sei. Man habe eine Identität der Ideen in grossen Zügen konstatieren können, doch wären konkrete Fragen nicht geregelt worden. Letztere, Persien und die Bagdad-Bahn betreffende Angelegenheiten, würden, wie abgemacht, den Gegenstand von zwischen ihm und dem heute zurückgekehrten deutschen Botschafter zu führenden Verhandlungen bilden. Der Verweser des Auswärtigen

Amtes, welcher sich gestern von einem Reporter der „Nowoje Wremja“ hatte interviewen lassen, bezeichnete mir den diesbezüglichen Bericht als das Résumé seiner in Deutschland geschöpften Eindrücke, nur bedauerte er, dass die Zeitung seine Ausführungen nicht in knapper und konkreterer Form wiedergegeben habe. In der diesbezüglichen Relation, welche ich mir ganz ergebenst beizuschliessen erlaube,[b] macht Herr Sazonov einen Unterschied zwischen dem „engen Verhältnis zu Frankreich“ und dem „herzlichen Uebereinkommen mit England“. Die russische Politik während der Balkankrise wird als eine rein im Interesse des Friedens zwischen den Balkanländern selbst geführte bezeichnet. Deutschland wisse dies zu schätzen und würde eventuellen türkischen aggressiven Absichten keine Hilfe bieten. Die Tätigkeit der Deutschen in Persien sei von der Presse stark übertrieben worden. Die Auslassungen der „Nowoje Wremja“ selbst werden als zeitweise gar zu gallig genannt. Herr Sazonov verwahrt sich dagegen, mit irgend einer einzigen politischen Farbe gefärbt zu sein. „Er schätze jede Frage vom Standpunkte der Rechte und Vorteile Russland's ab und entscheide sie nicht nach dieser oder jener Doktrin, sondern so, wie es ihm die Stimme seiner Vernunft und seines Gewissens diktiert.“ Hier möchte ich nur den Passus dieser Ausführungen, welcher sich auf Deutschland's Verhältnis zu Persien und der Türkei bezieht, relevieren. Von Potsdam ist Herr Sazonov, welcher in gehobener Stimmung zu sein scheint, offenbar über Deutschland's Absichten der mahomedanischen Welt gegenüber, sehr beruhigt zurückgekommen. Dies ist jedenfalls ein beachtenswertes Resultat. Wie ich Euer Exzellenz mehrmals und in letzter Linie unter Nro. 44 D[c] zu berichten die Ehre hatte, hatte sich der Leiter der russischen auswärtigen Politik über die diesbezüglichen deutschen Bestrebungen mir gegenüber zuweilen in starken Worten ausgesprochen. Graf Mirbach erzählte mir gestern, er habe sogar besorgt, dass dieses Misstrauen den politischen Wert der Entrevue beeinträchtigen könnte, denn Herr Sazonov habe ihn früher öfters vor den türkischen Machinationen gewarnt und ihm sogar vor Kurzem gesagt: „Croyez-moi, n'allez pas Vous encanailler avec ces gens-là!“ Nun scheint man in Deutschland es verstanden zu haben, dieses Misstrauen — wenigstens momentan — zu zerstreuen. Dass Herr Sazonov, welcher für die Presse wenig Liebe hegt und dies auch während seines Interview's bekanntzugeben verstanden, sich schon am Tage nach seiner Rückkehr der „Nowoje Wremja“ gegenüber so offen aussprach, dürfte seine besonderen Gründe haben. Die gedachte Zeitung hatte vorgestern einen für Herrn Iswolsky schmeichelhaften, für Herrn Sazonov aber weniger liebenswürdigen Artikel gebracht. „In Deutschland“ — ist die Teneur des Artikels — „lobt man den neuen russischen Minister nicht für sich selbst, sondern weil man voraussetzt, dass er auf die Erwerbungen verzichten wird, die sein Vorgänger für Russland gemacht hat.“ Wie ich nun aus guter Quelle höre, war der Artikel vom gegenwärtig hier weilenden russischen Botschafter in Paris inspiriert, und es liegt die Annahme nahe, dass das Interview Herrn Sazonov's die Antwort war.

Szilassy.

[a] Vgl. n. 2286, 2298, 2313. — [b] Wurde nicht aufgenommen. — [c] Nicht aufgenommen. Betrifft Verhandlungen über Persien.

Nr. 2306. Privatschreiben Dr. Heinrich Friedjungs an den Leiter des Pressedepartements im Ministerium des Äußern Koloman von Kánia, 10. Nov. 1910.[a] Ausfert.

Die beiden Erklärungen Seiner Excellenz des Grafen Aehrenthal über meinen Prozess[b] machen eine Feststellung von meiner Seite notwendig. Graf Aehrenthal sprach sich in seiner ersten Äußerung über den Gegenstand sehr reserviert, aber doch so aus, daß ich, wenn ich von einem einzelnen Punkte absehe, einverstanden sein konnte. Insbesondere erkenne ich gerne und ohne Vorbehalt die Absicht an, die Motive meines Auftretens in der Angelegenheit in das richtige Licht zu rücken. Die Einwendung, welche ich zu erheben hatte, bezog sich auf die Äußerung des Herrn Ministers des Äußern, wonach die von mir vorgebrachten Momente auf die Entschließungen der Regierung von keinem Einflusse gewesen wären. In seiner gestrigen Rede verweilte nun Graf Aehrenthal mit noch größerem Nachdruck bei diesem Punkte und gab ihm dadurch erhöhte Bedeutung, daß er hinzufügte, gerade dies sei das Wesentliche in seiner früheren Erklärung. Ich muß nun von meinem Standpunkte aus erinnern, daß Graf Aehrenthal in seinen Gesprächen mit mir die illegitimen Verbindungen von Politikern im südlichen Teile der Monarchie mit der Belgrader Regierung als ein, wenn auch nicht als das wichtigste Moment bezeichnete, das zur Klärung der Stellung Bosniens zu Österreich-Ungarn Veranlassung gab. Auf diesem Gerüst ist die Beweisführung meines Artikels aufgebaut und zu diesem Zwecke wurden mir auch die Aktenstücke zur Verfügung gestellt, welche ich mit Genehmigung Seiner Excellenz des Grafen Aehrenthal dem Gericht vorlegte. Da Seine Excellenz der Herr Minister des Äußern den Artikel vor der Drucklegung las, seine Gedankengänge billigte und hierauf seine Veröffentlichung veranlasste, so kann ich nicht umhin, auf diesen Widerspruch aufmerksam zu machen. Obwohl ich nun für mich keine Nötigung sehe, in dem gegenwärtigen Augenblick in die öffentliche Diskussion über den Gegenstand einzugreifen, so halte ich diese hiemit gegebene Feststellung doch für angezeigt, weil ich nicht zu übersehen vermag, ob nicht die Fortsetzung der Debatte in den Delegationen oder andere neue Umstände mir die Verpflichtung auferlegen werden, über die inneren Zusammenhänge bei der Führung des Prozesses öffentlich Rechenschaft zu geben.

Heinrich Friedjung.

[a] Amtsvermerk: Seiner Exzellenz Herrn Minister vorgelegt, der nichts zu verfügen befand. 18. 11. Macchio. Vgl. n. 2302, 2307. — [b] Schultheß, Europ. Geschichtskal. 1910, 477.

Nr. 2307. Erlaß nach Belgrad, 12. Nov. 1910 Nr. 3028.[a] Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Macchio).

Vertraulich. Anverwahrt beehre ich mich hier Euer Hochgeboren den Text der vom Delegierten Professor Masaryk in der österreichischen Delegation betreffend den Friedjung-Prozess gehaltenen Reden mit dem Ersuchen zu übermitteln, zu den Ausführungen des Redners, speziell was den angeblichen Verkehr von dort genannten Gesandtschaftsmitgliedern

mit dem angeblichen Fälscher Wassitsch betrifft, sich umgebend anher äussern zu wollen, um für den Fall auch von dieser Seite kommender Anfragen ein autentisches Antwortmaterial zur Verfügung zu haben.

[a]) Vgl. n. 2306, 2308, 2309, 2310, 2312.

Nr. 2308. Tel. aus Belgrad, 12. Nov. 1910 Nr. 136 (eing. 4 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Minister des Äussern sagte mir, dass die von dem Delegierten Masaryk und einigen hiesigen Zeitungen inszenierte Kampagne gegen die k. und k. Gesandtschaft von der Regierung sehr ruhig beurteilt werde und in den parlamentarischen Kreisen und in den Parteiklubs wenig Interesse hervorrufe. Er glaube nicht, dass es zu einer Anfrage an die Regierung in der Skupschtina kommen werde. Die in den uns feindlichen Blättern zu Tage tretende künstliche Aufregung dürfte sich in ein paar Tagen legen. Unangenehm ist es natürlich der Regierung, dass viele Zeitungen die gerichtliche Untersuchung gegen Vasić und dessen eventuelle Verurteilung wegen Landesverrates begehren. Der Minister des Äussern scheint jedoch der Ansicht zu sein, dass ein solcher Prozess schädlich und eigentlich lächerlich wäre und es am Vernünftigsten wäre, den Schwindler nicht ernst zu nehmen und in Freiheit zu setzen. Was Vasić auf der Polizei zu Protokoll gegeben hat, wird geheimgehalten und sind die bezüglichen Telegramme der „Zeit" ebenso aus der Luft gegriffen wie ihre Nachrichten über meinen Protest, Aufregung auf der Gesandtschaft und so weiter. Diese Zeitung hat übrigens unglaublich taktlose telegrafische Anfragen an Minister des Äussern und mich gerichtet, deren Beantwortung wir beide natürlich ablehnten. Zur Charakteristik der die ganze Kampagne leitenden hiesigen Zeitung „Politika" und ihres gegenwärtig bei seinem Freunde Masaryk zu dessen Information weilenden Chefredakteurs Ribnikar, eines aus Österreich gebürtigen Slowenen, sei erwähnt, dass dieses Blatt heuer zur Feier des 18. August[b]) das Bild des Sarajevoer Attentäters Žeraić und einen ihn verherrlichenden Artikel brachte. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2302, 2307, 2309, 2314. — [b]) Geburtstag K. Franz Josefs.

Nr. 2309. Tel. aus Belgrad, 13. Nov. 1910 Nr. 138 (eing. 4 M. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Während ein Teil der serbischen Presse sich beruhigt, benützt die uns feindlich gesinnte die vorgestrige Rede Masaryks und Antwort Euer Exzellenz zu neuen Ausfällen und behauptet, dass die Untersuchung gegen Vasić und dessen Depositionen Euer Exzellenz und mich Lügen strafen und vollständig bloßstellen werden. Ein grosser Teil der Presse greift den Minister des Äußern heftig an, wieso er sich im Vorjahre in Wien wegen meiner Belassung verwenden konnte,[b]) da ich doch nach Euer Exzellenz Ausspruch meinen Teil hatte an der Beilegung der für Serbien so unglücklichen Annexionskrise. Streng vertraulich. Minister des Äussern scheint um seine eigene Stellung besorgt zu sein und lässt bereits verbreiten, dass Herr Simić Euer Exzellenz gegenüber vielleicht zu weit gegangen sei; er

hätte Wiener Gesandten im Vorjahre nur mündlich beauftragt, gelegentlich in Wien zu sagen, dass trotz der verflossenen Krise und allen Schwierigkeiten serbische Regierung keinen Grund habe zu wünschen, daß ich den Belgrader Posten verliesse. Von mehreren Seiten wird mir versichert, dass die Angelegenheit sich auch zu einem persönlichen Kampfe zwischen Pašić und Milovanović zuspitzen könnte und dass der Ministerpräsident eventuell den Anlaß ausnützen will, um den ihm bekanntlich politisch wenig sympathischen Minister des Äussern zu Fall zu bringen. Inwiefern dies richtig ist, lässt sich noch nicht beurteilen. Forgách.

a) Vgl. n. 2308, 2310, 2314. — b) Vgl. n. 1877.

Nr. 2310. Tel. aus Belgrad, 13. Nov. 1910 Nr. 139 (eing. 14. Nov. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Erhalten Erlass Euer Exzellenz von gestern[b] mit Text der Reden Masaryks. Ich unterbreite umgehend Bericht mit meinen Äusserungen. Sofort will ich melden, dass Dragoman Swietochowski nie für seine Kinder serbischen Hauslehrer, geschweige einen solchen namens Vasić hatte. Ebenso erfunden sind alle Behauptungen Masaryks über die dem angeblichen Hauslehrer erteilten Aufträge zu Fälschungen und dessen Entsendung nach Wien mit Dokumenten. Der Erzählung Masaryks, dass Vasić ein Journalist gewesen sei, widersprechen selbst alle Belgrader Zeitungen. Also war er auch in diesem Detail leichgläubig. In seiner zweiten Rede sagt Masaryk, er habe mich im Vorjahr aufgesucht, obwohl er „schon damals so manches über mich und meinen Zusammenhang mit den Dokumenten wusste." Masaryk suchte mich am 19. April auf (mein Telegramm Nr. 195 vom 19. April 1909), also wenige Wochen nach Erscheinen des Artikels Professors Friedjung. Damals will er schon von meinem Zusammenhang mit Dokumenten gewusst haben, von welchen er doch in seiner ersten Rede behauptet hatte, sie seien im November 1909, also sieben Monate später, durch die Beamten der Gesandtschaft mit Hilfe des Vasić fabriziert worden! Geheim. Es scheint jetzt ziemlich sicher, dass Vasić mit dem früheren Konfidenten Stefanović identisch ist. Über die Art dessen Verkehrs mit dem Dragoman der Gesandtschaft habe ich unter Nr. 6 am 1. Februar l. J. ausführlich berichtet. Forgách.

a) Vgl. n. 1538, 1972, 2309, 2311, 2314. — b) n. 2307.

Nr. 2311. Tel. aus Belgrad, 14. Nov. 1910 Nr. 140 (eing. 2 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Ein liberaler oppositioneller Abgeordneter richtete heute vor der Tagesordnung Anfrage (keine formelle Interpellation) an Minister des Äussern über Professor Masaryks Delegationsrede und speziell über Euer Excellenz Erklärung, wonach serbische Regierung sich im Vorjahre für mein Verbleiben in Belgrad eingesetzt habe.[b] Falls die serbische Regierung keinen solchen Schritt getan habe, was wolle sie unternehmen zur Richtigstellung Euer Excellenz Worte. Diese Anfrage wurde in der Skupschtina

ohne Bemerkung und ohne Aufsehen angehört und der Präsident erwiderte, er werde dieselbe dem nicht anwesenden Minister des Äussern zustellen lassen.

Forgách.

[a]) Vgl. n. 2310, 2312, 2314. — [b]) Vgl. n. 1877.

Nr. 2312. Bericht aus Belgrad, 14. Nov. 1910 Nr. 61 (eing. 16. Nov.).[a]) *Ausfert.*

Streng vertraulich. Indem ich Euer Exzellenz für die mit dem hohen Erlasse Nr. 3028 von vorgestern herabgelangten Texte der den Friedjung-Prozess betreffenden Delegationsreden des Professor Masaryk ergebenst danke, beehre ich mich, zu denselben auftragsgemäss einige Äusserungen zu unterbreiten. Die Darstellung Professor Masaryks, daß der Gesandtschafts-Dragoman, Hauptmann Swietochowski, als serbischen Hauslehrer einen Journalisten, namens Vasić, gehalten und denselben beauftragt hätte, in kroatischer Sprache abgefasste Protokolle des „Slovenski Jug" und der „Narodna Odbrana" zu serbisiren und kurz vor dem Friedjung-Prozesse als Milan Stefanović zu unterschreiben, ist gänzlich erfunden. Dragoman Swietochowski hat nie bei seinen Kindern einen serbischen Hauslehrer gehabt und selbstverständlich nie Protokolle gefälscht. Auch wurde Vasić nie beauftragt, irgendwelche Dokumente nach Semlin, Agram oder Wien zu bringen. Vasić, von dem die hiesigen Zeitungen einstimmig behaupten, er sei nie Journalist gewesen, scheint tatsächlich mit Milan Stefanović identisch zu sein, welcher seinerzeit als Konfident von der Gesandtschaft verwendet wurde. Über seine Verbindung mit der Gesandtschaft, sowie über die Art seiner Verwendung habe ich Euer Exzellenz ausführlich sub Nr. 6 am 1. Feber l. Js. zu berichten die Ehre gehabt. Stefanović stand zuerst in Verbindung mit dem verstorbenen Dragoman Major Cvitaš, dann kurze Zeit mit dem Kanzleirate Tiefenbach und später mit Hauptmann Swietochowski. Kein anderer Beamter der Gesandtschaft ist mit Vasić-Stefanović im Verkehre gestanden; ich selbst habe ihn überhaupt nie gesehen, geschweige — wie Professor Masaryk behauptet — mit ihm verkehrt oder ihm eine „carrière" versprochen. Als der Friedjung-Prozess vor der Türe stand, wurde dem Stefanović durch Vermittlung Swietochowskis angetragen, sich auf unser Territorium zu begeben, wo wir ihn zur Beendigung seiner Universitätsstudien finanziell unterstützen würden. Er blieb aber in Serbien. Als die im hohen Ministerium vor dem Friedjung-Prozesse unternommenen Untersuchungen ergaben, daß mehrere Unterschriften auf den Protokollen gefälscht waren, und, als der Prozess selbst weitere Gebrechen dieser Schriftstücke zu Tage brachte, wurde natürlich an keine weitere Verbindung mit Stefanović gedacht, obwohl er als Konfident sonst in mancher Beziehung gute Dienste geleistet hatte und auch seine Fälschungen bewiesen, daß er mit in geheimen serbischen Vorgängen intim bewandert war. Diesbezüglich will ich heute nicht die langen Ausführungen meines ergebensten Berichtes Nr. 6 vom 1. Feber wiederholen. Durch mehrere Monate nach dem Friedjung-Prozesse ließ Stefanović nichts mehr von sich hören. Erst im Frühjahre tauchte er wiederum auf und ver-

langte vom Dragoman mündlich und schriftlich — unter Drohungen — Geld. Seine wiederholten Erpressungsversuche blieben stets unbeantwortet. Hierauf wendete er sich persönlich an die Semliner Polizei und an die Agramer Militärbehörden. An letzterem Orte suchte er den beim Korpskommando verwendeten und in Professor Masaryks Rede genannten Hauptmann Cvitaš auf, den Bruder des verstorbenen Gesandtschafts-Dragomans. An beiden Orten wurde er abgewiesen; doch glaube ich — ich erhielt darüber keine schriftlichen Nachrichten — daß er an diesen Stellen nicht mit Enthüllungen gedroht, sondern im Gegenteile sich wiederum als Enthüller serbischer Umtriebe angetragen hat. Im Sommer trat er endlich als Vl. S. Vasić auf und sandte an die Gesandtschaft, an Behörden, Zeitungen u. s. w. den mit meinem ergebensten Berichte Nr. 30 E vom 17. Juni l. Js. unterbreiteten Bücherzettel, in welchem bereits — ganz wie in Professor Masaryks Rede — von den unter meiner Leitung auf der Gesandtschaft gefälschten Dokumenten die Rede ist. Allerdings war in Belgrad das Interesse für den Friedjung-Prozess erloschen, also sollten die österreichischen Fälschungen sich mehr auf den Cetinjeer Bombenprozess beziehen. Er trug auch seine „Enthüllungen" der serbischen Regierung, speziell Sektionschef Spalajković (ich glaube auch Herrn Pašić) an, wurde aber als durchaus unglaubwürdig abgewiesen. Dasselbe Schicksal widerfuhr ihm bei den Zeitungen „Novo Vreme" und „Depeša", wie es beide Blätter jetzt melden. Endlich brachte er die Anklagen und Enthüllungen bei Professor Masaryk an den Mann. Wie er mit demselben in Verbindung kam, ist mir noch nicht bekannt und auch ziemlich gleichgültig; wahrscheinlich durch Herrn Spalajković, die Slovenski Jug-Kreise (Professoren Božo Marković und Mile Pavlović), sowie durch die „Politika". Mit der Redaktion dieses den Attentäter Žeraić verherrlichenden Schandblattes und den obgenannten Personen verkehrte nämlich Masaryk während seines öfteren Aufenthaltes in Belgrad. Am Tage nach dem Auftreten Professor Masaryks in den Delegationen brachte die „Politika" bereits dessen Rede sowie weitere Détails und stellte sich Vasić der Polizei. Das Ganze war eine abgekartete Komödie. Merkwürdig ist, daß, obwohl alle Blätter sich seitdem mit dem Vasić beschäftigten, über sein Vorleben und seine Belgrader serbischen Verbindungen nichts Authentisches erschien. Es ist ebenso wenig sicher, daß er Vasić, als Stefanović heißt; als ich diesbezüglich bereits vor einigen Monaten vorsichtig nachforschen ließ, konnte ich auch nichts Bestimmtes erfahren. Eine wenig verläßliche Information lautete, er heiße eigentlich Vl. Jovanović. In seiner Rede behauptete Professor Masaryk auch, er besitze verschiedene greifbare Beweise und zwar gefälschte, Euer Exzellenz zugedachte, aber nicht abgelieferte Protokolle, weiters Manuskripte Herrn von Swietochowskis und anderer Gesandtschaftsbeamten, corpora delicti und objektive Zeugen. „Nicht abgelieferte Dokumente" hat Vasić-Stefanović sicherlich in willkürlichem Ausmaße zur Verfügung Professor Masaryks. Was die Manuskripte des Dragomans anbelangt, so schrieb derselbe die serbischen Schriftstücke, welche Stefanović brachte, in seiner Wohnung mit lateinischen Lettern, also auf Kroatisch, ab. Sweitochowski erklärt es als ausgeschlossen, daß Stefanović eine solche von ihm geschriebene

Abschrift in Händen habe. Die „Gesandtschaftsbeamten", deren Zettel oder Manuskripte er besitze, nennt Professor Masaryk nicht. Die „Politika" ist ausführlicher und nennt die Legationssekretäre Franz und Baron Gautsch. Diese beiden nicht mehr hier befindlichen Beamten sprachen nicht serbisch, haben nie mit Stefanović verkehrt, ihn wahrscheinlich nie gesehen. Die einzige Hypothese wäre, daß der Konfident irgendwelche Zettel oder Handschriften bei dem Dragoman gestohlen hätte. Doch stellt Herr Swietochowski die Möglichkeit dessen entschieden in Abrede. Was Professor Masaryk unter „corpora delicti" und „objektiven Zeugen" meint, ist mir nicht verständlich. Corpora delicti kann es nur jene geben, die Vasić fabriziert. Falsche Zeugen wird er wohl auch genug finden; seine Freunde gleichen Kalibers würden ja sofort beschwören, ihn wo immer in meiner oder wessen immer Gesellschaft gesehen zu haben. In seiner zweiten Rede bemerkte Herr Masaryk, daß er mich im Vorjahre aufsuchte, obwohl er „schon so Manches von mir und meinem Zusammenhange mit den Dokumenten wusste". In seiner ersten Rede hatte er jedoch behauptet, Hauptmann Swietochowski hätte im November 1909 mit Vasić die Fälschungen fabriziert. Mich hat aber Professor Masaryk am 19. April (mein ergebenstes Telegramm von diesem Tage Nr. 195) aufgesucht; also hat er bereits sieben Monate früher von „meinem Zusammenhange mit Dokumenten" gewußt, von welchen er früher behauptete, sie seien erst sieben Monate später gefälscht worden! Professor Masaryk war merkwürdig leichtgläubig gegenüber hiesigen Informanten und speziell dem Schwindler Vasić-Stefanović, welcher ihm aus naheliegenden Gründen über seine wirklichen Beziehungen zur Gesandtschaft und seine konfidenziellen Dienste nicht die Wahrheit sagen konnte. Der Herr Reichsratsabgeordnete hat dadurch nicht nur der k. u. k. Gesandtschaft Unannehmlichkeiten bereitet und unser Verhältnis zu Serbien neuerlich erschwert, sondern auch in wahrhaft unpatriotischer Weise allen unseren Gegnern ein willkommenes Material gegeben, um, auf seine Autorität gestützt, unsere auswärtige Politik, deren Leiter und Vertreter anzugreifen und unlauterer Handlungen zu beschuldigen. Forgách.

a) Vgl. n. 1538, 2311, 2314, 2325, 2328, 2329.

Nr. 2313. Privatschreiben des deutschen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg; Berlin, 14. Nov. 1910.a) Ausfert.

Euerer Exzellenz habe ich meinen verbindlichsten Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 27. Oktober bereits durch Herrn von Flotow übermitteln lassen; ich wiederhole ihn hiermit von Herzen.

Ich habe mich sehr gefreut, von Ihnen direkt zu hören, was mir Herr von Kiderlen in Ihrem Namen bereits übermittelt hatte, dass Sie von den Unterredungen mit Marquis di San Giuliano befriedigt sind. Wenn immerhin noch, wie Euere Exzellenz andeuten, in den Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Italien Schwierigkeiten zu überwinden bleiben, so liegt dies an der Entwicklung der Vergangenheit. Ich bin aber überzeugt, dass es Euerer Exzellenz und dem Marquis di San Giuliano, von dessen guten Intentionen auch ich mich zu überzeugen Gelegenheit hatte, gelingen wird, auch die noch bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Dies wird um

so leichter zu erreichen sein, je mehr auf beiden Seiten die staatsmännische Auffassung der die auswärtige Politik leitenden Minister auch bei den oft die Lokalfragen überschätzenden inneren Behörden zur Geltung kommt.

Ich teile die Ansicht Euerer Exzellenz, dass das Zustandekommen einer türkischen Anleihe in Paris ohne politische Bedingungen als Folge des Eingreifens unserer beiderseitigen Finanzinstitute wohl das erstrebenswerteste Ziel war; nachdem sich das nicht hat ermöglichen lassen, glaube ich, dass wir auch mit der jetzigen Lösung sehr zufrieden sein können; sie wird meines Erachtens von günstigen politischen Folgen begleitet sein. Dass Euere Exzellenz trotzdem die Vorgänge in Albanien nicht ohne Besorgnis ansehen, begreife ich. Die Schwierigkeit in dieser Beziehung in Konstantinopel einzuwirken, liegt besonders darin, dass die Zeiten der Interventionspolitik definitiv vorüber sind und die neue Türkei gegen alles, was wie ein Eingriff in ihre inneren Angelegenheiten aussieht, besonders empfindlich ist. Die Hauptsache für uns bleibt, dass die gegenwärtige türkische Regierung, als die zur Zeit einzig mögliche, sich in den verschiedenen Provinzen Achtung zu verschaffen und die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten weiss. Wenn dabei da und dort etwas drastische Mittel angewandt werden, so liegt das in des Landes Brauch, und wir werden es mit in den Kauf nehmen müssen.

Euerer Exzellenz sage ich noch besonderen Dank für die Mitteilung Ihres Gedankenaustausches mit dem Londoner Kabinett; durch Herrn von Flotow wird Ihnen inzwischen ausser meinem Dank noch mein volles Einverständnis mit Ihrer Antwort an den englischen Minister übermittelt worden sein. Ich kann mich nur darüber freuen, dass Euere Exzellenz in höflicher aber bestimmter Form dem Versuch des englischen Kabinetts entgegengetreten sind, die Verantwortlichkeit für Vorgänge im Orient zu verschieben.

Über den Verlauf des Potsdamer Zarenbesuchs habe ich in grossen Umrissen Euerer Exzellenz bereits durch Herrn von Flotow Nachricht zugehen lassen und inzwischen ist auch Herr von Tschirschky über diesen Verlauf unterrichtet und zu entsprechenden Mitteilungen an Euere Exzellenz ermächtigt worden. Ich will aber doch nicht unterlassen, zu Euerer Exzellenz persönlicher Kenntnis die einzelnen Phasen des Besuches hier noch einmal zu rekapitulieren.

Der persönliche Verkehr der beiden hohen Herren war ein sehr freundschaftlicher und durchaus ungezwungener. Ich habe den bestimmten Eindruck gewonnen — und er ist mir von beiden Seiten bestätigt worden — dass beide Souveräne von ihrem Zusammensein und ihren gegenseitigen Aussprachen — sowohl hier wie nachher in Wolfsgarten — durchaus befriedigt gewesen sind.

Herr Sasonow hat hier einen sehr günstigen Eindruck hinterlassen, den Eindruck eines ruhigen ernsten und verständigen Politikers, mit dem eine offene Aussprache stets möglich sein wird.

Herr Sasonow ist infolge der immer wiederkehrenden Ausstreuungen aus Paris und noch mehr aus London offenbar von zwei Besorgnissen beseelt gewesen; einmal fürchtete er ganz entschieden eine expansive Politik Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan und unsere Unterstützung einer

solchen Politik, sodann glaubte er, dass wir die Türkei zu einer aggressiven Politik sowohl im Balkan wie ganz besonders nach der persischen Seite hin aufhetzen und dass wir bestrebt seien, ihr die dazu nötigen Mittel zu liefern. Es war nicht schwer, beide Besorgnisse zu zerstreuen,[1] und dadurch bekamen unsere Besprechungen von Anfang an einen besonders vertrauensvollen Charakter.

Bezüglich der Politik Euerer Exzellenz konnte ich Herrn Sasonow auf das bestimmteste versichern, dass ich die auf Grund wiederholter präciser Äusserungen Euerer Exzellenz basierte Überzeugung habe, dass Oesterreich-Ungarn an keinerlei expansive Politik im Balkan denke.[2] Desgleichen hätten wir uns niemals verpflichtet und seien auch niemals von Ihrer Seite darum angegangen worden, expansive Pläne Oesterreich-Ungarns im Balkan zu unterstützen. Diese Versicherungen machten auf Herrn Sasonow einen so erleichternden Eindruck, dass er mir spontan die Zusage machte, dass Russland bei allem Bestreben, sich mit England zu verständigen, sich niemals mit ihm in gegen Deutschland gerichtete feindselige Kombinationen einlassen werde. Euere Exzellenz darf ich bitten, diesen letzteren Punkt ganz sekret zu behandeln. Ich habe Ihnen daher auch durch Flotow nichts darüber sagen lassen.

Wir fanden uns dann in dem Gedanken zusammen, dass sowohl Russland wie wir mit unsern Verbündeten auf die Erhaltung des status quo im Orient hinarbeiten müssten. Zu dessen Erhaltung und zur Vermeidung von Friedensstörungen gehöre neben einer friedlichen inneren Entwicklung der Balkanstaaten vor allem die Schaffung und Erhaltung einer stetigen und kräftigen Regierung in der Türkei, stark genug, die Ordnung im Innern und an den Grenzen aufrecht zu erhalten. Sollte sich der status quo wider Erwarten nicht aufrecht erhalten lassen, so wäre es Aufgabe der Mächte, den entstehenden Konflikt zu lokalisieren und sich über weitere Massnahmen zu verständigen.

Wir haben uns bei dieser Gelegenheit auch über Persien ausgesprochen. Wir haben gewisse besondere Interessen Russlands in Nord-Persien anerkannt, uns dafür aber die freie Wahrnehmung unserer Handelsinteressen zusichern lassen. Insbesondere will Russland unserm Bagdadbahnunternehmen und der damit zusammenhängenden Anschlusstrecke nach Hanekin an der persischen Grenze keine Schwierigkeiten bereiten, auch seinerseits für einen Anschluss unseres Einfalltores nach Persien bei Hanekin an Teheran Sorge tragen. Bei den Besprechungen mit Herrn Sasonow lege ich den grössten Wert auf die Tatsache, dass wieder ein Anfang zu vertrauensvoller Aussprache mit Russland gemacht ist, der auch seine Rückwirkung auf die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Russland[b] haben wird, die übrigens Herr Sasonow wiederholt mit Befriedigung als korrekt bezeichnet hat. Ich glaube von dieser Entrevue eine wesentliche Erleichterung der Politik unserer beiden Reiche erwarten zu dürfen. Bethmann Hollweg.

[1] Ist dies auch wirklich gelungen in Betreff der Unterstützung der türkischen Politik durch Deutschland? — [2] Meine jüngste Erklärung in der österreichischen Delegation.

[a] Vgl. n. 2298, 2305, 2340, 2341, 2347, 2349, 2352, 2554. — [b] Vgl. n. 2292.

Nr. 2314. Tel. nach Belgrad, 15. Nov. 1910 Nr. 60 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Maschinschrift; V. Pogatscher u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Euer Hochgeboren Telegramme bis inklusive Nr. 140 erhalten. Bei der bekannten Mentalität des Professors Masaryk ist es nicht ausgeschlossen, daß er in den noch bevorstehenden Delegationssitzungen seine Angriffe gegen die k. u. k. Gesandtschaft in Belgrad wiederholt. Geschieht dies wirklich, so habe ich vor, nicht in Details einzugehen und das Hauptgewicht, wie ich es bereits gethan, auf zwei Momente zu legen. Ich werde erstens seine unqualifizierbaren Verdächtigungen von Organen des auswärtigen Dienstes mit allem Nachdruck zurückweisen und zweitens seine Verleumdungskampagne als einen Versuch charakterisieren, die endlich wieder hergestellten guten Beziehungen zwischen der Monarchie und Serbien zu trüben. Ich könne aber die Delegation versichern, daß ich jedem solchen Versuche entgegentreten und darauf bedacht sein werde, unseren Beziehungen zu Serbien ihren jetzigen befriedigenden Charakter zu wahren. Wie ich bereits erwähnt, habe ich Grund anzunehmen, daß auch die königlich serbische Regierung ihrerseits auf diesem Standpunkte stehe. Die beiden Regierungen werden und können nicht zugeben, daß durch eine unberechtigte Einmischung ihre gegenseitigen Beziehungen gestört werden. Ich ersuche Euer Hochgeboren, Herrn Milovanović auf Grund des Vorstehenden mitzuteilen, was ich auf einen neuerlichen Angriff des Genannten in der Delegation zu erwidern beabsichtige. Ich habe heute Herrn Simitch bei mir gehabt, mit ihm Zwischenfall Masaryk in freundschaftlicher Weise durchgesprochen und ihn über Inhalt vorstehender telegraphischer Weisung informiert. Mit Rücksicht auf Wahrung des Chiffre-Geheimnisses wollen Euer Hochgeboren eventuelle schriftliche Notiz Herrn Milovanović in französischer Sprache übergeben.

[a] Vgl. n. 2312, 2317, 2327.

Nr. 2315. Tel. aus Belgrad, 15. Nov. 1910 Nr. 143 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Kurzer Vorbericht wie n. 2316.

Nr. 2316. Bericht aus Belgrad, 15. Nov. 1910 Nr. 62 A (eing. 17. Nov.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes[b] beehre ich mich die Übersetzung[c] der vom serbischen Pressbureau veröffentlichten Antwort Herrn Milovanović's auf die gestrige Anfrage des Deputierten Džerasimović Euer Exzellenz in ergebenste Vorlage zu bringen. Der oppositionelle Fragesteller erklärte sich mit der Antwort nicht zufrieden, da dieselbe zwar mit Euer Exzellenz Erklärungen in den Delegationen nicht stimme, aber nach der üblichen Art Herrn Milovanović's nicht präcis sei. Er behalte sich vor, eventuell darauf zurückzukehren. Die Skupština hörte die vorgelesenen Worte des Ministers sowie die kurze Erwiderung des Abgeordneten ohne jede Bemerkung an und ging zur Tagesordnung über.

Da es sich um keine Interpellation, sondern um eine einfache Anfrage handelte, ist die Angelegenheit vorläufig erledigt. Die Antwort Herrn Milovanović's ist für ihn charakteristisch, mutlos und äusserst gewunden. Er vermeidet es irgendwie Euer Exzellenz direkt zu widersprechen, versucht aber den in Wien unternommenen Schritt möglichst abzuschwächen und die Verantwortung Herrn Simić zuzuschieben, obwohl er am Schlusse doch offen zugibt, daß der serbische Gesandte, gestützt auf seine Gespräche mit den maßgebenden Kreisen, Euer Exzellenz erklären konnte, daß die serbische Regierung mit der Belgrader Zeitungshetze nichts gemein habe, mit mir nicht unzufrieden sei und keinen meine Versetzung betreffenden Wunsch hege.*d)* Herr Milovanović hatte sichtlich das Bestreben, einerseits bei uns nicht anzustoßen, andererseits sich möglichst zu salvieren, da er wegen seines Schrittes in Wien von einem Teile der Belgrader Presse angegriffen wurde. Wie ich in meiner Berichterstattung öfters erwähnte, scheint Herrn Milovanović's Stellung schon seit längerer Zeit nicht mehr fest zu sein. Es war eine höchst undankbare Aufgabe, während der so schwierigen und für Serbien unglücklichen Annexionskrise das Portefeuille der Auswärtigen Angelegenheiten zu verwalten. Der vollkommene Mißerfolg Serbiens hat Herrn Milovanović momentan natürlich sehr unpopulär gemacht. Mit Herrn Pašić ist er stets auf wenig freundschaftlichem Fuße gewesen und hätte der Minister-Präsident sich seiner gern entledigt. Von mehreren Seiten höre ich, daß es Herrn Pašić nicht unwillkommen gewesen wäre, seinen Kollegen aus Anlaß des Inzidenzfalles Masaryk ganz zu diskreditieren und auszuschiffen. Mir scheint es zweifelhaft, daß der vorsichtige Minister-Präsident hiezu gerade eine Gelegenheit aussuchen würde, welche die so heiklichen Beziehungen Serbiens zu uns berühren und noch mehr erschweren würde. Auch ist die innerpolitische Lage so ungeklärt, daß das Koalitionskabinett, trotz seiner großen Majorität, keine Anwärter für die vakanten Portefeuilles des Innern und des Unterrichtes finden kann. Herr Milovanović als Diplomat hat zwar keinen festen Anhang in der Skupština, aber seine Ausschiffung würde das ganze Koalitionsministerium doch erschüttern. Die weitere Entwicklung und die Folgen des Inzidenzfalles Masaryk-Vasić sind noch nicht abzusehen. Die ernsten politischen Kreise mißbilligen und bedauern die ganze Angelegenheit. Desto gelegener kommt sie gewissen Hetzern und einem Teile der Presse. Die größte Verlegenheit verursacht der Regierung natürlich der im Polizeigefängnisse sitzende Vasić. Entweder stellt sie sich auf den naheliegenden Standpunkt, daß seine lügenhaften Depositionen und Denunziationen weder beachtenswert noch beweisbar seien, und läßt ihn in Freiheit setzen, oder gestattet sie die gerichtliche Verhandlung gegen ihn wegen Hochverrates und Betruges. Im ersteren Falle werden die Opposition und viele Blätter natürlich die Regierung angreifen und des feigen Einverständnisses mit uns zeihen. Dies könnte sie bei der relativen Bedeutungs- und Einflußlosigkeit der Belgrader Schandpresse noch über sich ergehen lassen. Viel schwieriger ist es aber, der Regierung durch Ignorierung von Vasić's „Enthüllungen" Professor Masaryk, seinen aus Agram bereits hergeeilten Gesinnungsgenossen Dr. Hinković und so weiter, mit einem Worte Serbiens Freunde in der Monarchie und ihre

Konsorten in Belgrad zu desavouieren, eigentlich bloßzustellen. Die gerichtliche Verfolgung Vasić's ist wiederum juristisch schwer konstruierbar, kaum möglich und würde zu für die Regierung auch nicht erfreulichen Skandalen und Aufsehen erregenden Inzidenzfällen führen. Der Herr Minister des Äußern sagte — wie ich glaube — die Wahrheit, als er mir gegenüber Professor Masaryks Auftreten als für die serbische Regierung ebenso unerwünscht als unangenehm bezeichnete. In unseren Gesprächen zeigt der Minister übrigens stets eine sehr vernünftige Auffassung und eine große, vielleicht unnatürlich große und unaufrichtige Ruhe. Er behauptet auch, daß seine Kollegen die ganze Angelegenheit ebenso ruhig beurteilen.

Forgách.

P. S. Die heutigen Belgrader Zeitungen reproduzieren Herrn Milovanović's Rede, fügen aber — wahrscheinlich wegen Zeitmangels — meist keine Kommentare an dieselbe. Überhaupt sprechen sie, im Gegensatze zu den Schimpfartikeln der letzten Tage, heute beinahe gar nicht über die ganze Angelegenheit.

Forgách.

a) Vgl. n. 1877, 1945, 2317, 2323. — *b)* n. 2315. — *c)* Beilage. — *d)* Vgl. n. 1877.

Beilage zu n. 2316.

Übersetzung der Antwort des Ministers des Äußern, Herrn Milovanović's, auf die Frage des Abgeordneten Džerasimović: Auf die an mich gestellte Frage des Abgeordneten Herrn Džerasimović beehre ich mich nachstehende Antwort zu geben. Die Erklärung des österreichisch-ungarischen Ministers des Äussern vor den österreichischen Delegationen, daß die serbische Regierung ihm durch den königlichen Gesandten in Wien den Wunsch mitgeteilt hat, daß Graf Forgách in Belgrad verbleibe,*a)* kann sich meines Erinnerns nach einzig auf jene Zeit des verflossenen Jahres 1909 beziehen, als nach der beendeten Annexionskrise durch unsere und die auswärtige Presse sich die Nachricht verbreitet hatte, Graf Forgách könne nicht weiter in Belgrad verbleiben, weil seine Stellung gegenüber der serbischen Regierung unmöglich geworden sei. Wenn ich auch weder damals noch je sonst, weder Herrn Simić noch irgend einem anderen unserer Gesandten bei fremden Staaten Weisungen solcher Natur gegeben habe, da dies nach meiner Auffassung nicht am Platze wäre, so kann ich doch behaupten, daß meines Erinnerns nach einzig von jener Zeit die Rede sein kann, denn es wurde damals eine Zeitungskampagne zum Zwecke des Abganges des Grafen Forgách aus Belgrad geführt, und bei dieser Gelegenheit ist es zu ämtlichen Konstatierungen gekommen, daß die serbische Regierung mit dieser Kampagne keinerlei Verbindungen hat. Herr Simić ergänzt mit seinem Briefe vom 28. Oktober/12. November l. J. mein Erinnern und präzisiert diese Sache, indem er mir darlegt, daß er tatsächlich im verflossenen Jahre, gelegentlich seines Aufenthaltes in Belgrad, gefragt hat, was wahr sei an den Blätternachrichten, daß die serbische Regierung mit dem Grafen Forgách unzufrieden ist, und daß sie wünsche, daß er aus Belgrad entfernt werde. Er hat auf diese Frage die Antwort erhalten, daß die serbische Regierung mit der erwähnten Kampagne nichts gemein hat,

daß sie mit Graf Forgách nicht unzufrieden ist und sie keinen Wunsch äußere, daß er durch einen anderen österreichisch-ungarischen Gesandten ersetzt werde. Als er darauf nach Wien zurückgekehrt ist, und als zwischen dem Grafen Aehrenthal und ihm auch auf diesen Gegenstand die Sprache kam, hat er das, was er von den maßgebenden Faktoren in Belgrad gehört hat, dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußern erklärt, begründeterweise annehmend, daß er damit sowohl der Wahrheit genüge getan habe als auch in den Grenzen der gewohnten internationalen Courtoisie geblieben sei.

[a]) Vgl. n. 1877.

Nr. 2317. Tel. aus Belgrad, 16. Nov. 1910 Nr. 144 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Ich habe Inhalt des Telegrammes Euer Excellenz Nr. 60 von gestern Minister des Äussern mitgeteilt und übergab ihm auf seinen Wunsch entsprechende Notiz in französischer Sprache. Minister las mir ganz konformes, soeben eingetroffenes Telegramm des Herrn Simić vor über dessen Unterredung mit Euer Excellenz. Minister des Äussern sagte mir, serbische Regierung teile vollkommen Standpunkt Euer Excellenz, durch keinerlei Einmischung und Inzidenzfall Störung der hergestellten guten Beziehungen eintreten zu lassen. Um öffentliche Aufmerksamkeit abzulenken und auf die gegenwärtigen Interessen zu verweisen, habe sie parlamentarische Verhandlung des Handelsvertrages beschleunigt und in der Skupschtina beginnen lassen. Vertraulich. Im Laufe des Gespräches sagte Minister des Äussern, er sei überzeugt, dass Masaryk und die ihn unterstützenden Zeitungen nur innerpolitische Zwecke verfolgen und durchaus nicht Serbien in irgendeiner Weise nützlich sein wollen. Er gab mir auch zu, dass die ganze Affaire von gewissen uns bekannten gegnerischen Elementen ausgenützt werde und in Belgrad keine wirkliche Aufregung erzeugt habe, sondern dass nur die Hetzblätter den Glauben an eine solche hervorrufen und dieselbe durch unverschämte Angriffe auf uns schüren wollen. Auf meine Bemerkung, dass eine etwas entschiedenere Stellungnahme der serbischen Regierung vielleicht nützlich gewesen wäre und eventuell zu erfolgen habe und dass ich in Kenntnis der Schwierigkeiten der Stellung des Ministers des Äussern gerne bereit sei, die ganze Angelegenheit mit Herrn Pašić selbst als dem Chef der Regierung zu besprechen, erwiderte Minister des Äussern, dass dies vielleicht ein glücklicher Gedanke sei. Er werde mich nächster Tage verständigen, ob und wann der Moment gekommen sei für den Versuch meiner persönlichen Einwirkung auf den Ministerpräsidenten. Bezüglich einer eventuellen, im offiziösen Organ zu publizierenden Zurückweisung der Angriffe der serbischen Presse gegen den k. u. k. Vertreter sagte ich dem Minister, dass dies vielleicht die Pflicht der Regierung wäre; sie möge sich aber darin durch ihre eigene Auffassung und die ihr gebotenen Rücksichten leiten lassen, da ich persönlich an den unglaublichen Ton der serbischen Presse gewöhnt sei und mich derselbe kühl lasse. Ich habe den Eindruck, dass Euer Excellenz freundschaftliche

Aussprache mit dem serbischen Gesandten und dessen Meldung auf Minister des Äussern sehr guten Eindruck machte und dass er hofft, Euer Excellenz Worte würden auf seine Kollegen auch entsprechend wirken. Wie ich in meinem Berichte von gestern Nr. 62 A ausführte, liegt für die serbische Regierung eine der Hauptschwierigkeiten darin, dass sie nicht weiss, was mit dem im Polizeigefängnis sitzenden Vasić anzufangen. Forgách.

a) Vgl. n. 2319, 2320.

Nr. 2318. Bericht aus Athen, 18. Nov. 1910 Nr. 55 B (eing. 26. Nov.).a) Ausfert.

Vertraulich. In der letzten Zeit spricht und schreibt man wieder einmal recht viel von einer griechisch-bulgarischen Annäherung. Auch die hiesige Presse beschäftigt sich ziemlich intensiv mit diesem Gegenstande. Unter Hinweis darauf streifte ich dieses Kapitel gelegentlich bei Herrn Gryparis. Die diesbezüglichen Äusserungen Seiner Excellenz konkludierten etwa dahin: Griechenland strebe es gegenüber allen Balkanstaaten an, mit ihnen auf den allerfreundschaftlichsten Fuss zu kommen, also auch mit Bulgarien. Von Verhandlungen mit diesem Staate zwecks besonderer Annäherung an denselben sagte Herr Gryparis nichts, aber er setzte jenen Gerüchten auch kein direktes formelles Dementi entgegen. Und das gibt doch zu denken. Als eine Bestätigung der nicht wenig verbreiteten Meinung, dass einschlägige Pourparlers, wenn auch vielleicht nicht von Regierung zu Regierung, so doch hinter den Koulissen durch Mittelspersonen wirklich stattgefunden haben, kann Nachstehendes gelten. Wie mir mein deutscher Kollege kürzlich vertraulich sagte, habe er unlängst mit unserem serbischen Kollegen, Herrn Boschkowitch, einen Ideenaustausch über dieses Thema gehabt. Dieser habe Baron Wangenheim erzählt, es hätten tatsächlich vor einiger Zeit Annäherungsversuche zwischen den beiden genannten Balkanstaaten stattgefunden und zwar auf Initiative Griechenlands hin. Dieselben wären in Sofia zwar sehr freundlich aufgenommen worden und hätten zu Versicherungen der Freundschaft geführt; diese wären aber platonisch geblieben und hätten somit kein greifbares Resultat ergeben. Die bulgarische Regierung hätte sich dabei wohl auch von dem Gedanken leiten lassen, dass ein griechisch-türkischer Krieg mehr im Bereiche der nächsten Zukunft liege als ein bulgarisch-türkischer Krieg, so dass Bulgarien, bei Eintreten eines Zusammenstosses Griechenlands mit der Türkei, in unabsehbare Komplikationen hineingezogen würde, falls ein Bündnis mit Griechenland bestünde, und dies umso mehr, als Bulgarien sich gewiss der Hauptmacht der türkischen Streitkräfte gegenüber sehen würde. Trotz dieser reservierten Haltung Bulgariens Griechenland gegenüber hat man aber hierzulande, dem hellenischen Temperament entsprechend, gewisse Erfolge jener angeblichen griechisch-bulgarischen Pourparlers bereits gewissermassen eskomptiert und weist in diesem Zusammenhange auf die Eventualität eines angeblich für nächstes Jahr in Aussicht genommenen Besuches Seiner königlichen Hoheit des Kronprinzen in Sofia hin. Das neue Kabinett Venizelos affichiert zweifellos jetzt das Streben einer Annäherung Griechen-

lands an die Türkei, namentlich auch dadurch, dass es sich in der Kretafrage scheinbar streng korrekt verhält, ja urbi et orbi verkündet, dass diese einzig und allein die Mächte angienge. Meinem deutschen Kollegen sagte Herr Venizelos kürzlich, eine Kretafrage existiere jetzt für Griechenland nicht! Es wirft sich aber die Frage auf, ob bei Fortdauer der Verfolgungstendenzen, welche das gegenwärtige, unter der Pression der Komités stehende Regime in der Türkei gegen das bulgarische und namentlich gegen das griechische Element betätigt, nicht der Moment eintreten wird, wo die griechische Regierung zu der Erkenntnis kommt, mit den gegenwärtigen Machthabern in der Türkei komme Griechenland doch auf keinen grünen Zweig, und in der Folge eine Schwenkung vollzieht. Dass durch die gegenwärtige, allerdings wenig verständliche türkische Politik die beiden sich bisher so spinnefeind gegenüber gestandenen Elemente, Bulgaren und Griechen, förmlich einander in die Arme getrieben werden (siehe diesfalls die doch ziemlich auffallende Haltung der Bulgaren und Griechen im Schosse des türkischen Parlaments einerseits und dem Patriarchate gegenüber andrerseits), ist jedenfalls ein Moment, das nicht übersehen werden darf. Auf diesen Punkt hat mir gegenüber auch der dieser Tage hier eingetroffene neue bulgarische Gesandte, Hadjimischeff, hingewiesen, der mir aber in einem Athem versicherte, von einer greifbaren Annäherung zwischen den Regierungen in Sofia und Athen sei keine Rede. Ich persönlich neige zu der Ansicht, dass die Tendenz nach Anbahnung möglichst guter Beziehungen zu Bulgarien unter den obwaltenden Umständen griechischerseits vor der Hand nicht so bald aus dem Auge gelassen werden wird. Als Symptom dafür kann unter anderem die vor einigen Monaten erfolgte Entsendung des bisherigen Generalsekretärs des hiesigen Ministeriums des Äussern, Herrn Panas, als Gesandten nach Sofia gelten. Aber auch bulgarischerseits scheint man die Beziehungen zu Griechenland intensiver als bisher pflegen zu wollen, was in der nach mehrjähriger Pause — wo Bulgarien hier nur durch einen Geschäftsträger vertreten war — jetzt erfolgten Neubesetzung des Gesandtenpostens in der Person des als besonders intelligent und versiert geltenden Titulärs Hadjimischeff — bisher in London — in die Erscheinung tritt.

Braun.

a) Vgl. n. 2254, 2339, 2341.

Nr. 2319. Tel. nach Belgrad, 19. Nov. 1910 Nr. 62 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Andrian; V. u. G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm vom 16. l. M. Nr. 144. Ich habe mit Befriedigung von der Erklärung des Herrn Ministers des Äußern Kenntnis genommen, wonach die serbische Regierung vollkommen meinen Standpunkt theilt, die jetzigen guten Beziehungen nicht durch irgendeine Einmischung oder einen Incidenzfall stören zu lassen. Mit Ihrer Absicht, die Lage auch mit dem Herrn Ministerpräsidenten zu besprechen, falls Ihnen Gelegenheit hiezu geboten wird, bin ich vollkommen einverstanden. Euer Hochgeboren wollen bei diesem Anlasse auch in meinem Namen der Befriedigung über die oberwähnten Erklärungen des Herrn

Milovanović Ausdruck geben. Hiebei wollen Euer Hochgeboren betonen, dass wir allerdings die Schwierigkeiten nicht verkennen, welche der serbischen Regierung aus den jüngsten Incidenzfällen erwachsen und ihr eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, dass wir uns aber der sicheren Erwartung hingeben, dass die königliche Regierung auch weiterhin eine solche Haltung einnehmen wird, welche mit den eingangs erwähnten Erklärungen vollkommen im Einklange steht. In diesem Sinne rechnen wir auf das bestimmteste, daß der Herr Ministerpräsident Mittel und Wege finden werde, den von unberufenen Elementen ausgehenden Versuch einer Störung unserer Beziehungen zu vereiteln und der Agitation gegen den k. u. k. Gesandten entgegenzuwirken. Euer Hochgeboren können zu verstehen geben, dass die Fortdauer einer solchen Agitation eine bedauerliche Rückwirkung auf die durch die gemeinsamen Bemühungen beider Regierungen hergestellten guten Beziehungen hervorrufen und das auf diesem Gebiete Erreichte wieder in Frage stellen könnte. Ich stelle es Euer Hochgeboren anheim, je nach den Umständen auch dem Herrn Minister des Äußern in diesem Sinne zu sprechen. Ich erhalte eben Telegramm Nr. 145.[b]) Ohne mich in die rein interne serbische Angelegenheit der Pensionierung des Gesandten Simitsch einmengen zu wollen, könnte ich in der Verlautbarung und Durchführung dieses Beschlußes, nach dem, was vorgefallen, im gegenwärtigen Augenblicke eine gegen uns gerichtete Spitze erblicken. Es scheint mir angezeigt, nach Glaubwürdigkeit fraglicher Information sich umzusehen und im Bestätigungsfalle nicht zu zögern, serbische Regierung auf oben erwähnten, üblen Eindruck aufmerksam zu machen.

[a]) Vgl. n. 2321. — [b]) Vom 19. Nov.

Nr. 2320. Tel. aus Belgrad, 19. Nov. 1910 Nr. 145 (eing. 5 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Infolge des kürzlich in der „Neuen Freien Presse" enthaltenen Interviews des Herrn Simić fallen Belgrader Blätter seit einigen Tagen mit groben Beschimpfungen über ihn her. Heute melden alle Zeitungen übereinstimmend, dass Ministerrat gestern seine Pensionierung beschlossen habe. Letztere Nachricht soll vom Pressbureau stammen und dürfte also richtig sein. Doch scheint es mir sehr zweifelhaft, dass seine Abberufung sofort erfolgen würde. Die Pensionierung des Herrn Simić war, wie Euer Excellenz bekannt, schon seit Jahresfrist in Aussicht genommen, seitdem er das 40. Dienstjahr erreicht hatte. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2317, 2319, 2321, 2324.

Nr. 2321. Tel. aus Belgrad, 20. Nov. 1910 Nr. 146 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm No. 62 von gestern, in dessen Sinne ich Gelegenheit hatte, sofort mit Minister des Äussern zu sprechen. Er ersuchte mich, mit dem Ministerpräsidenten erst Mittwoch Rücksprache zu pflegen, da er vorher morgen oder übermorgen mit ihm konferieren wolle. Minister des Äussern sagte mir, ich könne Euer Excellenz seine

kategorische Erklärung wiederholen, dass er fest entschlossen sei zu verhindern, dass der Inzidenzfall, welchen er als unsere innere Angelegenheit betrachte, die jetzigen guten Beziehungen zwischen der Monarchie und Serbien stören könne. Die Agitation habe nur in einem Teile der serbischen Presse Bestand und sei schon im Abflauen begriffen; wenn der richtige psychologische Moment eintrete, werde die serbische Regierung, falls noch notwendig, auch gegen dieselbe auftreten. Da der Minister im Laufe des Gespräches erwähnte, dass in den letzten Tagen dieselben Pressorgane sich mehr gegen Herrn Simić als gegen Euer Excellenz und mich gewendet hätten, frug ich ihn, ob die Zeitungsnachrichten über die Pensionierung des Gesandten wahr seien. Er erwiderte mir, dass, wie ich wisse, hievon seit Jahresfrist wegen des Alters und der Dienstzeit des Herrn Simić die Rede sei, doch sei gegenwärtig kein Beschluss gefasst worden, da gerade im jetzigen Moment die Pensionierung oder Abberufung des serbischen Gesandten in Wien selbstverständlich ausgeschlossen sei. Ich sagte dem Minister des Äussern, dass dieses entschiedene Dementi mich freue, da eine solche Massnahme gegenwärtig den schlechtesten Eindruck hervorgerufen hätte. Der Minister sprach mir natürlich auch über seine schwere Lage und trachtete das bisher wenig energische Auftreten der Regierung zu entschuldigen. Auch meinte er, dass in Kenntnis der hiesigen Verhältnisse man die Angriffe gewisser Belgrader Blätter gegen den k. u. k. Vertreter nicht zu ernst einschätzen dürfe. Forgách.

a) Vgl. n. 2320, 2322.

Nr. 2322. Tel. nach Belgrad, 22. Nov. 1910 Nr. 63 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Andrian; V. u. G. Aehrenthal).

Als mich heute der serbische Gesandte in Angelegenheiten der Verlassenschaft Stojanović aufsuchte, kam die Rede auch auf die seitens serbischer Zeitungen gegen ihn neuestens gerichteten Angriffe und die von derselben Seite gebrachten Nachrichten über dessen angeblich bevorstehende Pensionirung. Herr Simić sagte mir, daß er erst aus der heute angekommenen Belgrader Post ersehen habe, in welch' vehementer Weise er von einem großen Theil der Belgrader Presse nicht nur wegen der Vorfälle der letzten Zeit, sondern wegen seiner gesammten Thätigkeit als Vertreter Serbiens (in Constantinopel etc.) angegriffen werde. Er habe daher heute mittels Privatschreiben seinen Minister ersucht, ihn gegen diese Invectiven in Schutz zu nehmen oder aber ihn zu ermächtigen, dies selbst zu tun. Bei diesem Anlasse constatirte der Herr Gesandte, daß es seinerzeit Herr Pašić war, der ihn ermächtigte, die bekannte Erklärung, betreffend Verbleib Euer Hochgeboren auf dem Belgrader Posten, abzugeben.b) Vorstehendes zu Euer Hochgeboren persönlichen Information. Von den mit Telegramm vom 20. l. M. No. 146 anher gemeldeten Erklärungen des Herrn Milovanović habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich ersuche Euer Hochgeboren, in meinem Namen dem Herrn Minister des Äußern, eventuell auch dem Herrn Ministerpräsidenten, mitzutheilen, daß ich mit Befriedigung von der ausdrücklichen Erklärung Act genommen habe, wonach die Ab-

berufung des serbischen Gesandten in Wien, in welcher ich eine gegen mich gerichtete Spitze hätte erblicken müssen, dermalen selbstverständlich ausgeschlossen sei. Daraus hätte ich ersehen, daß die serbische Regierung die von Euer Hochgeboren gemeldete categorische Erklärung, sie sei fest entschlossen, die jetzigen guten Beziehungen zwischen der Monarchie und Serbien durch den Incidenzfall nicht stören zu lassen, auch durch ihre Handlungen documentiren wolle. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2323, 2326. — b) Vgl. n. 1877.

Nr. 2323. Bericht aus Belgrad, 22. Nov. 1910 Nr. 63 B (eing. 23. Nov.).a) Ausfert.

Vertraulich. Der durch die Affäre Masaryk-Vasić hervorgerufene Belgrader Zeitungssturm scheint momentan im Abflauen begriffen zu sein. Es fehlt nicht an gelegentlichen Ausfällen gegen Euer Exzellenz und mich, aber in den letzten Tagen beschränkten sich die meisten Blätter auf die Reproduktionen von Artikeln aus der „Zeit" und anderen aus innerpolitischen Gründen bei uns die Angelegenheit besprechenden Organen. Im großen Publikum wurde der Zwischenfall sehr rege besprochen, aber relativ ruhig beurteilt; aus allen ernsteren Kreisen kamen mir eher „verdrießliche" Äußerungen zu. Unsre Entgegennahme konfidenzieller falscher oder richtiger Nachrichten und Schriftstücke wurde allgemein — mitunter heftig — kritisiert, aber der jetzige die Vergangenheit betreffende Inzidenzfall sei am besten schnell abgetan. Serbien wolle und brauche Ruhe und sei zufrieden, mit uns besonders durch den Handelsvertrag in bessere Beziehungen zu treten. Für jeden, der die letzten bewegten Jahre hier verlebte, ist es auffallend, mit wie verminderter Gehässigkeit die maßgebenden Elemente bisher die unangenehme Affäre aufnahmen. Die Stimmung gegen uns hat sich seit einem Jahre stark geändert. Wie vorauszusehen war, hat der Abschluss des Handelsvertrages hiezu beigetragen; auch die Abschaffung des Paßzwanges im Verkehre mit dem gegenüberliegenden Saveufer hat das Belgrader Publikum angenehm berührt. Noch bessere Folgen werden das Inslebentreten des Handelsvertrages und die dadurch erzeugten zahlreichen gemeinsamen Interessen haben. In der Skupština ist außer durch die Anfrage des Abgeordneten Džerazimović und die Antwort Herrn Milovanović's (mein ergebenster Bericht Nr. 62 A vom 15. d. Mts.) die ganze Angelegenheit bisher weiter nicht zur Sprache gekommen. Ob es hier zu neuen Aufregungen und Schwierigkeiten kommen wird, hängt teilweise vom Gange des Prozesses gegen Vasić, aber noch viel mehr davon ab, ob bei uns die Sache in den verschiedenen parlamentarischen Körperschaften — besonders in den nächsten Delegationen, im Wiener Reichsrate, oder in Agram — und in unseren Zeitungen neuerlich aufgegriffen werden wird. Wieso Professor Masaryk mit Vasić-Stefanović und seinen Hintermännern in Verbindung kam, ist durch Herrn Supilos Veröffentlichungen in seinem „Novi List" etwas klarer geworden. Vasić, welcher im Frühjahre und Sommer überall Geld zu erpressen suchte und vergeblich seine Enthüllungen antrug, schrieb auch an Supilo, seine Hilfe zur Publikation einer Broschüre erbittend, durch

welche jene Fälschungen aufgedeckt werden sollten, welche die Gesandtschaft, über Euer Exzellenz Auftrag, ausführen ließ. Supilo erzählt selbst, daß er hievon Professor Masaryk verständigte, mit demselben in Triest im September zusammentraf und daß sie den ganzen „Plan" festsetzten, worauf Masaryk sich das notwendige Material in Belgrad holte. Supilo, welcher zu den Typen à la Vasić in naher Wahlverwandtschaft steht, hat Letzterem gegenüber sicherlich das richtige Mißtrauen gehabt und es daher vorgezogen, die „Enthüllungen" durch Professor Masaryk erfolgen zu lassen. Ob Letzterer, als er die Verleumdungen gegen die k. und k. Gesandtschaft vorbrachte, selbst bona fide handelte, kann ich nicht beurteilen. Jedenfalls benützte er sein Delegiertenmandat zur Inszenierung einer wenig patriotischen Komödie, da in Belgrad für den Tag seiner Rede alles weitere — die Artikel in der „Politika", die Selbststellung des Vasić und so weiter — bereit gehalten wurde. Bei den theatralischen Vorgängen ist übrigens Vasić arg „hereingefallen". Seine Hintermänner gaben ihm vermutlich Geld und versicherten ihm, es könne ihm nichts geschehen. Wie der Minister des Äußern mir erzählte, rühmt er sich in seinen Depositionen vor der Polizei seiner Taten und scheint die strafgerichtlichen Konsequenzen nicht im geringsten zu ahnen. Nun hat aber bereits das erstinstanzliche Gericht seine weitere Inhaftbehaltung genehmigt und aus den Äußerungen Herrn Milovanović's ersah ich, daß seine Verfolgung auf Grund des § 86 des Strafgesetzes (Hochverrat, speziell Veröffentlichung oder Fälschung von dem Staate schädlichen Schriftstücken) wahrscheinlich angeordnet werden wird. Der Minister bemerkte auch, daß die gerichtlichen Verhandlungen mit Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden würden. Ich beschränkte mich, zu erwidern, daß, falls die juridische Basis gefunden werde, es mich nur freuen könne, wenn der Schwindler einige Jahre im Zuchthause verbringe. Über die früheren Verbindungen und Informanten des Vasić-Stefanović ist hier eigentlich noch immer nichts verlautbart worden. Nur eine Zeitung erwähnte, er sei mit Nestorović, dem Chefredakteur der offiziösen „Samouprava" gut bekannt gewesen. Dies stimmt mit seinerzeitigen Erzählungen des Stefanović. Nestorović — übrigens auch ein ehemaliger Zuchthäusler — hatte als Redacteur des offiziösen Parteiorganes Kenntnis von manchen intimen Vorgängen in der Regierung. Vielleicht ist es derselben garnicht ungelegen, Vasić für eine Weile in den Kasematten der Belgrader Festung unschädlich und stumm zu machen. Weiters ist es der Regierung, wie ich es schon im Berichte Nr. 62 A ausführte, beinahe unmöglich, ihn einfach laufen zu lassen, hiemit seine Angaben als fantastische, nicht zu beachtende Märchen zu charakterisieren und dadurch Professor Masaryk sowie seine Gesinnungsgenossen in der Monarchie — die angeblichen Freunde und moralischen Retter Serbiens — zu désavouieren. Zum Schlusse will ich noch erwähnen, daß — mit Ausnahme des russischen Gesandten — alle meine Kollegen, ohne allzuviel Interesse zu zeigen, mit mir über die Angelegenheit sprachen, ihr wenig Bedeutung beimaßen und über die gegen die Gesandtschaft erhobenen Beschuldigungen lachten. Die meisten halten es für einen durch die Schwäche des Kabinetts und speziell der Stellung Herrn Milovanović's erklärlichen Fehler, daß die Regierung auf die öffentliche Meinung nicht

mehr einzuwirken wagte und es auf einen Prozess gegen Vasić ankommen läßt. Auf Fragen der fremden Vertreter erwiderte ich im Geiste Euer Exzellenz Erklärung im Ausschusse der österreichischen Delegation. In bewegten Zeiten gebe es natürlich viele Individuen, welche Behörden im In- und Auslande, militärischen Organen oder einzelnen Persönlichkeiten Informationen zutragen wollen. Es sei selbstverständlich, daß hiebei auch falsches Material einfließen könne. Daher hätten solche Quellen und Nachrichten bei uns weder auf die politischen Vorgänge noch auf den Agramer Hochverratsprozess den geringsten Einfluß ausgeübt. Zufällig sei einiges in unsere Blätter gekommen und leider habe Dr. Friedjung, gegen welchen wegen eines Zeitungsartikels ein privater Ehrenbeleidigungsprozess angestrengt wurde, nicht rechtzeitig eingesehen, daß sein Material sich nicht für den Gerichtssaal eignete. Daraus seien bei uns innerpolitische, von Wirrköpfen wie Professor Masaryk aufgegriffene Polemiken entstanden. Für die k. und k. Gesandtschaft sei dies, sowie das in Serbien erzeugte Echo natürlich unerfreulich. Doch sei ich hier an Inzidenzfälle der verschiedensten Art, Schwierigkeiten und persönliche Angriffe gewöhnt. Auch habe die ganze Angelegenheit keinerlei Konsequenzen und Einfluß für unsere jetzt befriedigenden Beziehungen zu Serbien. Forgách.

a) Vgl. n. 2322, 2324, 2328.

Nr. 2324. Bericht aus Belgrad, 22. Nov. 1910 Nr. 63 C (eing. 23. Nov.).a) Ausfert.

Vertraulich. Die wenigen Worte, welche Herr Simić einem Berichterstatter der Neuen Freien Presse gegenüber fallen ließ und in denen der Gesandte konstatierte, daß Euer Exzellenz Äußerungen in den Delegationen über den vorjährigen Wunsch der serbischen Regierung bezüglich meines Verbleibens in Belgrad vollkommen den Tatsachen entsprachen, sind ihm in Belgrad sehr verübelt worden. Trotz seiner nahen Verwandtschaft mit der Dynastie — seine erste Frau war König Peters Schwester — trotz seiner verdienstvollen Tätigkeit als Minister-Präsident und Gesandter wurde er von der Belgrader Schandpresse mit groben Schimpfworten überschüttet. Selbst das offiziöse Preßbureau verbreitete die Nachricht, der Ministerrat habe seine seit einiger Zeit in Aussicht genommene Pensionierung nunmehr beschlossen. Herr Milovanović leugnete dies allerdings und erklärte mir kategorisch, daß selbstverständlich im gegenwärtigen Momente die Abberufung Herrn Simić's aus Wien ausgeschlossen sei. Er fügte jedoch hinzu, daß, wie ich wisse, die Pensionierung des Gesandten, der über 40 Jahre diene, seit Jahresfrist in Erwägung gezogen und eigentlich nur aus persönlichen Gründen verschoben worden sei. Auch gebe die Tätigkeit der ganzen Wiener Gesandtschaft und ihres Chefs manchen Grund zur Unzufriedenheit. Wie ich von anderer Seite erfuhr, soll die Pensionierung Herrn Simić's vom Ministerrate tatsächlich im Prinzipe beschlossen worden sein, doch wolle die Regierung mit der Ausführung der Maßregel warten, bis dieselbe nicht mehr als mit der Affaire Masaryk in Verbindung stehend betrachtet werden könne. Darüber kann einige Zeit verstreichen und die gegenwärtige Zu-

sammensetzung der Regierung sich auch ändern. Bekanntlich ist es Herrn Milovanović's Wunsch, wenn er das Auswärtige Amt verlassen muß, den Wiener oder Berliner Gesandtenposten zu erhalten. Forgách.

a) Vgl. n. 2320, 2323, 2325.

Nr. 2325. Privatschreiben des Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio nach Belgrad, 23. Nov. 1910 Nr. 3110.a) Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Macchio).

Streng vertraulich. Anknüpfend an Ihren Bericht vom 14. d. M. N. 61 beehre ich mich Euer Hochgeboren um die in Nachstehendem erörterten ergänzenden Informationen zu ersuchen. Es handelt sich einerseits um den in Ihrem Berichte erwähnten Umstand, dass der Gesandtschafts-Dragoman Hauptmann Swietochowski in seiner Wohnung die vom Confidenten Stefanović-Vasić gebrachten serbischen Schriftstücke mit lateinischen Lettern abschrieb, andererseits um die Behauptung des Professors Masaryk, dass Swietochowski dem Stefanović-Vasić in kroatischer Sprache abgefaßte Protokolle des „Slovenski Jug" zum Serbisieren übergeben habe und dass er, Professor Masaryk, diesbezügliche Manuskripte des Gesandtschafts-Dragomanes besitze. Es liegt auf der Hand, dass für den Fall, als Professor Masaryk tatsächlich eine der vorerwähnten, vom Hauptmann Swietochowski angefertigten Copien vorweisen könnte, Niemand glauben würde, dass der Gesandtschafts-Dragoman ein serbisches Original in lateinischen Schriftzeichen abgeschrieben habe, vielmehr dürfte dieser Umstand als eine volle Bestätigung der von Professor Masaryk gebrachten Version angesehen werden. Wenn nun auch Ihr eingangs erwähnter Bericht besagt, Swietochowski erkläre es für ausgeschlossen, daß Stefanović-Vasić eine solche Abschrift in Händen habe, sowie dass Swietochowski auch die Möglichkeit eines diesbezüglich vom Confidenten begangenen Diebstahles entschieden in Abrede stellt, so würde doch Seine Excellenz der Herr Minister angesichts der eminenten Gefahr, welche die vorerwähnte Möglichkeit einer Interpretation zu Gunsten der Version des Professors Masaryk involviren würde, Wert darauf legen, tunlichst zuverlässig festzustellen, ob die Behauptungen des Dragomans nicht etwa doch durch Tatsachen desavouirt werden könnten. Es wäre daher wünschenswert, dass Hauptmann Swietochowski seine diesbezüglichen Aussagen in einer bindenden Weise, unter der Kraft seines beim Beginn seiner Funktionen hieramts abgegebenen Gelöbnisses wiederhole. Bei diesem Anlasse wäre auch festzustellen, ob Stefanović-Vasić stets oder nur manchmal zugegen war, als Swietochowski die in Rede stehenden Abschriften in seiner Wohnung anfertigte, ob Ersterer vielleicht vorlas oder diktirte, während der Letztere schrieb, ob Swietochowski die Copien ausser in seiner Wohnung auch dann anfertigte, wenn er mit Stefanović-Vasić an anderen Orten zusammenkam und ob, im bejahenden Falle, letzterer auch bei diesen Copiaturen anwesend war. Überdies wäre es wünschenswert, festzustellen, ob Swietochowski den Stefanović-Vasić auch schriftlich zu Zusammenkünften aufforderte, so dass Letzterer vielleicht mehrere solche handschriftliche Einladungen als Belege besitzt.

Schließlich wäre es von Interesse, ob Stefanović auch bei dem Photographieren der von ihm gebrachten Schriftstücke zugegen war. Ihren diesbezüglichen tunlichst baldigen Mitteilungen entgegensehend etc.

a) Vgl. n. 2324, 2326, 2329.

Nr. 2326. Tel. aus Belgrad, 23. Nov. 1910 Nr. 147 (eing. 8 U. 40 M. p. m.).a) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 63 von gestern. Ich hatte lange Unterredung mit Ministerpräsidenten über die ganze Angelegenheit Masaryk. Er versicherte mir, dass serbische Regierung Versuchen, die sich jetzt so befriedigend gestaltenden Beziehungen zur Monarchie zu stören, entgegentreten werde. Es sei der Wunsch der serbischen Regierung, dass sich das Verhältnis zu uns immer besser und freundschaftlicher gestalte und sie hätte ihr bezügliches ernstes Bestreben in dem schwierigen Falle der Freilassung des Oberleutnants Rajaković bewiesen. Den Beschuldigungen eines Vasić können die ernsten massgebenden Kreise natürlich gar keinen Glauben entgegen bringen und seine Angaben hätten hier auch im Publikum kein Echo gefunden, wenn Professor Masaryk sie leider nicht vor das Forum der Delegation gebracht hätte. Die serbische Regierung trachte und werde trachten, die Angelegenheit möglichst zu unterdrücken und hoffe besonders, jedwede Erwähnung derselben in der Skupschtina verhindern zu können. Allerdings gebe es einige Abgeordnete, welche sie nicht beeinflussen könne. Die Zeitungen hätten sich momentan beruhigt und die Regierung würde sehen, ob sie einer eventuellen neuen Agitation gegen den k. u. k. Vertreter entgegenwirken könne. Vasić würde vorläufig in Haft behalten. Der Ministerpräsident hoffe, dass ein Prozess gegen ihn vermieden werden könne; doch sei dies eine gerichtliche, von der Regierung nicht ganz abhängige Angelegenheit. Wenn es zu einem Prozesse kommen müsse, werde derselbe jedenfalls mit Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Der serbische Gesandte in Wien würde vielleicht bei den nächsten diplomatischen Ernennungen pensioniert werden, momentan sei seine Abberufung ausgeschlossen. Über meine Sprache und einzelne Details berichte ich Euer Excellenz schriftlich. Ich sagte Herrn Pašić, dass seine präzisen Erklärungen und kluge ruhige Auffassung sicherlich Euer Exzellenz angenehm berühren werden. Ich hatte zufällig auch Gelegenheit, mit Minister des Äussern zu sprechen, welcher über Euer Exzellenz Befriedigung wegen seiner auf Herrn Simić bezüglichen Erklärung sichtlich geschmeichelt war. Er wiederholte mir, dass eine Abberufung des Gesandten aus Wien momentan selbstverständlich nicht in Frage kommen könne. Forgách.

a) Vgl. n. 2325, 2327, 2332.

Nr. 2327. Bericht aus Belgrad, 24. Nov. 1910 Nr. 64 A (eing. 26. Nov.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Ich hatte gestern die vereinbarte, von Euer Exzellenz gebilligte Unterredung mit Herrn Pašić über die Affaire Masaryk und deren

Folgeerscheinungen. Ich sagte dem Minister, daß ich es für notwendig gefunden habe, mit ihm, als dem verantwortlichen Chef der serbischen Regierung, die ganze Angelegenheit offen und klar zu besprechen, um ihn aufmerksam zu machen, daß dieselbe, falls in unrichtiger Weise fortgesponnen, geeignet wäre, eine bedauerliche Rückwirkung auf die durch die beiderseitigen Bemühungen hergestellten guten Beziehungen hervorzurufen. Euer Exzellenz hätten bereits in den Delegationen, vor unserem für auswärtige Angelegenheiten kompetenten Forum, sich dahin geäußert, daß Hochdieselben jedem Versuche, die Beziehungen zwischen der Monarchie und Serbien neuerlich zu trüben, entgegentreten würden. Hochdieselben hätten daher mit aufrichtiger Befriedigung von der mir abgegebenen Erklärung Herrn Milovanović's Kenntnis genommen, daß die serbische Regierung denselben Standpunkt einnehme und das jetzige gute Verhältnis durch keinen Zwischenfall und keine Einmischung stören lassen wolle. Ich sei ermächtigt, diese Befriedigung Euer Exzellenz sowohl dem Herrn Minister-Präsidenten als dem Herrn Minister des Äussern mitzuteilen und hinzuzufügen, daß Hochdieselben mit Bestimmtheit erwarten, daß die serbische Regierung trotz gewisser, von uns nicht verkannter Schwierigkeiten im Einklange zu ihren Erklärungen vorgehen werde. Speziell die letzten Veröffentlichungen Supilos in Fiume und Masaryks in Prag hätten deutlich erwiesen, daß diese zwei Herren in Verbindung mit Belgrader Elementen, denen das gute Verhältnis zur Monarchie ein Dorn im Auge sei, die ganze Affaire inszeniert und aufgebauscht hätten, um den beiden Regierungen, ihren Vertretern und den gegenseitigen Beziehungen Hindernisse zu bereiten. Das könne nicht geduldet und solchen Treibereien müsse Einhalt geboten werden. Die Herren Masaryk, Supilo, Marković, Vasić und Konsorten dürften nicht die Beziehungen der Nachbarstaaten leiten und vergiften. Herr Pašić begleitete meine Worte meist mit deutlicher Zustimmung. Er könne mich versichern, daß die serbische Regierung alles verhindern wolle, was unsere Beziehungen trüben könnte. Es sei sogar ihre feste Absicht, dieselben noch freundschaftlicher und noch besser zu gestalten; ihr bezügliches ernstes und aufrichtiges Bestreben habe sie kürzlich in einem für sie besonders schwierigen Falle durch die Freilassung des k. und k. Oberleutnants Rajaković bewiesen. Die Regierung hätte vom ersten Augenblicke an versucht, in der durch Professor Masaryk aufgewühlten, der Vergangenheit angehörenden und ihr höchst unwillkommenen Angelegenheit kalmierend zu wirken, dieselbe möglichst zu ignorieren und tot zu schweigen. Für sie sei es die Hauptsache, daß keine Debatten darüber in der Skupština entstehen. Bisher habe sie dies erfolgreich verhindert und hoffe es auch in Zukunft zu erreichen, obwohl natürlich einzelne Abgeordnete von ihr nicht beeinflußbar seien, also möglicherweise die Sprache darauf bringen würden. Der Minister sei übrigens der Ansicht, daß, falls Masaryk oder jemand anderer nicht neuerlich in unseren parlamentarischen Körperschaften oder in unseren Zeitungen Lärm schlage, das Interesse in Serbien für die Affaire bereits im Erlöschen begriffen sei. Vasić habe mit seinen „Enthüllungen" durch den ganzen Sommer bei jedermann in Belgrad hausiert, niemand habe ihn und seine angekündigte Broschüre beachtet und so wäre

es auch geblieben, wenn Professor Masaryk die Sache nicht vor die Delegationen gebracht hätte. Den Beschuldigungen eines Vasić gegen die Gesandtschaft können natürlich Kenner der hiesigen Verhältnisse und ernste Elemente absolut keinen Glauben schenken. Ich machte den Minister darauf aufmerksam, daß, falls die Affaire in der Skupština zur Sprache käme, die serbische Regierung in den Delegationsreden Euer Exzellenz, in Hochderselben Mitteilungen an Herrn Simić (Telegramm Euer Exzellenz Nr. 60 vom 15. d. M.), sowie in meinen wiederholten Rücksprachen mit Herrn Milovanović, das notwendige Material hätte, um die Verdächtigung der Gesandtschaft autoritativ als Verleumdungen zurückzuweisen. Über Vasić sprach ich mit dem Ministerpräsidenten im ähnlichen Sinne wie öfter mit Herrn Milovanović. Er wisse ebenso wie ich, daß es einen Haufen Individuen gäbe, welche professionsmäßig konfidentielle Nachrichten zwischen Semlin und Belgrad kolportieren und sie abwechselnd den beiderseitigen Behörden antragen. Es sei beinahe ausgeschlossen, solche Nachrichten nicht entgegenzunehmen; dies geschehe auch beiderseits. Doch würden sie einfach angehört oder gelesen und damit sei ihre Rolle beendigt. Politische Bedeutung oder Konsequenzen hätten solche Quellen nicht. Vasić, welchen ich persönlich übrigens nie gesehen habe, gehöre offenbar zu den erwähnten dunklen Ehrenmännern und habe sich auch, wie er selbst gestand, zur Semliner Polizei und zu den Agramer Militärbehörden begeben; da er dort kein Gehör fand und kein Geld erhielt, und da seine bekannten Erpressungsversuche und Ankündigungen von Schauergeschichten seitens der Gesandtschaft ignoriert wurden, so habe er sich gewissen Elementen als willkommenes Werkzeug angetragen, um in Belgrad die Gesandtschaft zu „enthüllen", ebenso wie täglich andere Leute, zum Beispiel gerade momentan der bekannte Pera Popović in Semlin, uns die „schwarzen Pläne der serbischen Regierung" enthüllen. Herr Pašić stimmte meinen Worten zu und sagte lachend, daß ihm natürlich auch fortwährend Rapporte mit ähnlichen, nicht ernst zu nehmenden Angaben zukommen. Dem Vasić hätte leider Masaryk ein Relief verliehen und habe er sich dadurch zu einer großen Unannehmlichkeit entwickelt. Vorläufig solle er ruhig im Polizeigefängnisse sitzen. Er — der Ministerpräsident — wünsche nicht, daß es überhaupt zu einem Prozesse komme (ich stimmte Herrn Pašić zu, daß die Vermeidung eines Aufsehen erregenden, für Vasić Reklame machenden Gerichtsverfahrens klüger wäre), doch sei es der Regierung recht schwer, wenn nicht unmöglich, die bezügliche Entscheidung des Belgrader Gerichtshofes zu beeinflussen. Falls es zum Prozesse käme, werde aber die Regierung jedenfalls darauf bestehen, daß derselbe mit Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinde. Auch über die Zeitungskampagne, welche durch einige Tage in Belgrad gegen mich tobte, sprach ich einige Worte mit Herrn Pašić. Ich sagte ihm, daß ich durch meine lange hiesige Tätigkeit an die persönlichen Invectiven gewöhnt sei und täglich sehe, daß ebensolche nicht nur gegen die serbischen Minister und Funktionäre, sondern auch gegen den König und Dessen Familie gerichtet würden. Wie er wisse, hätte ich auch in der Vergangenheit die mich betreffenden Beschimpfungen nur mit Heiterkeit aufgenommen. Immerhin sollte aber die Regierung gewisse Rücksichten

walten lassen und einer neuen Agitation eventuell entgegentreten, schon um Mißdeutungen ihrer Passivität zu vermeiden. Der Minister erwiderte, daß die Regierung das Treiben der Presse mißbillige, derselben aber leider ziemlich machtlos gegenüberstehe; gegebenen Falles würde sie versuchen, was sie tun könne. Bezüglich Herrn Simić's wiederholte der Ministerpräsident die Erklärung Herrn Milovanovć's, daß selbstverständlich im gegenwärtigen Momente von seiner Abberufung nicht die Rede sein könne. Allerdings bestehe schon lange der Plan, den Gesandten, welcher 40 Dienstjahre überschritten habe, gelegentlich des nächsten diplomatischen Reviements in den Ruhestand zu versetzen. Mein eingehendes Gespräch mit Herrn Pašić war wie immer in den freundschaftlichsten, beinahe herzlichen Formen gehalten. Durch die Präzision seiner Denkungsart und seiner Worte ist er ein wohltuender Gegensatz zu dem überschlauen Herrn Milovanović, mit dem mein täglicher geschäftlicher und sozieller Verkehr zwar auch nichts zu wünschen übrigt läßt. Zum Schlusse sagte ich dem Minister-Präsidenten, daß ich über unsere Unterredung Euer Exzellenz Bericht erstatten werde und daß ich überzeugt sei, daß seine korrekten Worte und Versicherungen auf Hochdieselben einen angenehmen Eindruck machen werden. Forgách.

a) Vgl. n. 2326, 2328, 2329, 2332.

Nr. 2328. Bericht aus Belgrad, 24. Nov. 1910 Nr. 64 C (eing. 26. Nov.).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Durch Herrn Masaryks Redseligkeit in Prag (Morgenblatt der „Zeit" vom 22. d. Ms.) ist man nun genauer über die Art seiner Verbindung mit Vasić unterrichtet. Das Verdienst kommt also nicht ausschließlich Supilo zu, trotzdem Letzterer sich dessen rühmte (mein ergebenster Bericht Nr. 63 B vom 22. d. Ms.), sondern in erster Reihe, wie ich es gleich Anfangs vermutete (mein ergebenster Bericht Nr. 61 vom 14. d. Ms.), den Kreisen des „Slovenski Jug" und speziell dessen Präsidenten, Professor B. Marković, welcher Masaryk aufsuchte und ihm Vasić zuführte. Es ist auffallend, daß der „Slovenski Jug", dessen Existenz während des Wiener Prozesses beinahe in Abrede gestellt wurde, jetzt garnicht mehr im Verborgenen blüht, sondern offen eine „kulturelle" Tätigkeit entfaltet und daß die „Politika" in Leitartikeln für ihn die Werbetrommel rührt. Auch ist dessen Präsident plötzlich in Verbindung mit Vasić-Stefanović und in rührendem Einvernehmen versehen sie Masaryk mit „auf der Gesandtschaft gefälschtem" Material. Es würde zu weit führen, alle daraus möglichen Hypothesen und Schlussfolgerungen zu ziehen. Jedenfalls hat Professor Masaryk in Prag zugestanden, daß er die ganze Komödie mit Marković, Vasić und so weiter inszenirte, sogar Vasić's berühmte Broschüre „konfiszierte", nur um gelegentlich seines Auftretens in den Delegationen mehr Effekt zu erzielen. Man frägt sich, ob Masaryk selbst mit mala fides vorgieng, oder wirklich die naive Erfindung glauben konnte, daß der Hauslehrer des Dragomans als Kurier mit geheimen, gefälschten Dokumenten nach Wien gesandt wurde. Bemerkenswert ist es auch, daß Masaryk, welcher sich wundert, daß ich in den Zeitungen keine Warnungen gegen Vasić veröffent-

lichte (!), zugiebt, gewußt zu haben, daß ich, über Vasić's Absichten seit langer Zeit unterrichtet, mich über ihn und seine Broschüre einer offiziellen Persönlichkeit gegenüber verächtlich geäußert habe. Diese offizielle Persönlichkeit dürfte der seit dem Friedjung-Prozesse mit Masaryk gut bekannte Sektionschef Spalajković sein. Ich erfuhr nämlich, daß Vasić auch diesen Funktionnär aufgesucht hatte und sprach daher im Laufe des Jahres — ich glaube sogar mehrmals — mit ihm darüber.[b]) Ich sagte ihm, daß verschiedene Individuen, um Geld zu erpressen, sich an die Gesandtschaft mit Drohungen und Ankündigungen von sensationellen Eröffnungen gewendet hätten. Ich hätte solche Begehren selbstverständlich immer mit der gebührenden Verachtung behandelt und unbeantwortet gelassen. Sektionschef Spalajković erzählte mir hierauf, daß dieselben Individuen auch bei ihm im Auswärtigen Amte gewesen und abgewiesen worden seien.

Forgách.

[a]) Vgl. n. 2312, 2327, 2329. — [b]) Vgl. n. 2223.

Nr. 2329. Privatschreiben aus Belgrad an Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 26. Nov. 1910 (eing. 27. Nov.).[a]) Eigh. Ausfert.

Streng vertraulich. In umgehender Beantwortung des geschätzten Schreibens vom 23. d. Mts. unterbreite ich Euer Excellenz die beiliegende Erklärung[b]) Hauptmann von Swietochowskis. Dieselbe beantwortet genau alle berührten Fragen. Swietochowski sagt darin auch, dass er die in meinem Berichte 61[c]) erwähnten Abschriften in lateinischen (croatischen) Buchstaben nur Anfangs durch kurze Zeit machte und später die von Vasić-Stefanović gebrachten Schriftstücke nie mehr abschrieb, sondern gleich ins Deutsche übersetzte. Sowohl der Dragoman als Kanzleirath Tiefenbach, welcher auch mitunter mit Vasić verkehrte, wiederholten mir auf das Bestimmteste, dass außer kleinen, bedeutungslosen Zetteln, auf welche nur Namen oder Zahlen und nichts Anderes aufgeschrieben war, Vasić nichts in Händen haben könne. Da jedoch Professor Masaryk sowohl in Wien als in Prag versicherte, er besitze Manuscripte des Swietochowski, so kann ich die Hypothese nicht als ausgeschlossen betrachten, dass Vasić sich einmal irgendeine Handschrift des Dragomans angeeignet hat und auf deren Basis ein Schriftstück mit dessen nachgeahmter Handschrift fabricirte. Übrigens ist vielleicht das „Manuscript" Swietochowskis nicht sehr inhaltsvoll oder beweiskräftig, da Masaryk dasselbe nicht vorlas, während er in seinem Prager Realistenclube die auf der Gesandtschaft gefälschten, aber von Vasić entführten (!) Protokolle des Slovenski Jug vorgewiesen zu haben scheint. Solches Material dürfte in willkürlicher Menge vorhanden sein, da — wie ich zufällig erfuhr — Vasić in den letzten Monaten oft bei Professor B. Marković, dem Präsidenten des Slovenski Jug, steckte. Sie stellten hiebei das Material für Masaryk zusammen, wie Letzterer es auch ungefähr in Prag erzählte. Ich glaube, meine Aussprache mit Pašić war nützlich (Bericht 63 A),[d]) da ich hiedurch ihn und Milovanović mehr zusammenspannte und sie zwang, die Angelegenheit einträchtig zu behandeln. Beiden gegenüber ist eine gute Dosis Misstrauen immer notwendig, aber schliesslich

haben sie auch gute Gründe, die Affaire ruhig und vernünftig erledigen zu wollen. Mit Milovanović besprachen wir gestern, was eigentlich mit Vasić geschehen solle, da beide Minister über die Möglichkeit nachdenken wollen, einem Skandalprocesse überhaupt auszuweichen. Milovanović hält es für beinahe unmöglich, das Gericht hiezu zu bewegen, und meint ein Process mit Ausschluss der Öffentlichkeit sei eine vielleicht günstigere Lösung, da der verurtheilte Vasić auf mehrere Jahre unschädlich gemacht wäre und nicht weiter Masaryk und die „Politika" „informiren" könnte. Ich bemerkte, dass eine Niederschlagung der Untersuchung und Freilassung Vasić's wohl von einem Communiqué der Regierung begleitet sein müsste, dahin lautend, dass sie sich überzeugt [habe], Vasić sei ein Schwindler, seine Depositionen nur Märchen, daher lasse sie ihn laufen. Darauf schwieg Milovanović; muthige, offene Erklärungen sind nicht sein Fall. Ich liess das Thema auch fallen, denn bevor ich versuche in einer bestimmten Richtung auf die Serben einzuwirken, müsste ich die bezügliche Auffassung Seiner Excellenz des Herrn Ministers kennen. Meiner ergebensten Ansicht nach sollen wir uns nur von internen, innerpolitischen Beweggründen leiten lassen und jene Entwicklung oder Lösung anstreben, welche uns unserer Öffentlichkeit gegenüber am Besten passt. In Serbien ist nichts zu ernst zu nehmen, aber am allerwenigsten die sogenannte öffentliche Meinung. Die Situation ist für mich keine angenehme, aber ich werde — wie schon so manches — die Belgrader Zeitungsstürme ruhig übertauchen können, falls sich die Regierung halbwegs anständig benimmt. Letzteres lässt sich vielleicht erreichen. Es kommt auch gerade die Frage des Königsbesuches *e)* hinzu, welche endlich spruchreif werden muss, da die Serben die zwei speciellen Wünsche des Herrn Ministers (Erledigung des Handelsvertrages in Serbien und Freilassung Oberleutnants Rajaković) voll honorirt haben. Wenn wir nicht demnächst eine bestimmte Antwort auf das serbische Ansuchen ertheilen, so ist unsere Politik in Serbien überhaupt an einen todten Punkt gelangt und ich weiss nicht, wie weiter zu laviren. Dem Königsbesuche können wir nicht entgehen und wenn wir im jetzigen Momente eine freundliche, hier seit Monaten erwartete Message (zum Beispiel Andeutung eines Empfanges in Budapest im Februar) anher gelangen lassen, haben wir eine mächtige Waffe, um die Regierung in der Affaire Vasić an die Stange zu halten. Speciell können wir, je nachdem es uns innerpolitisch passt, verlangen, dass Vasić rasch, sofort, vor dem Besuche erledigt werde, oder können wir die Verschleppung der Angelegenheit bis nach dem Besuche begehren. Es wäre noch zu überlegen, ob wir der serbischen Regierung nicht eine officielle Erklärung abgeben sollten, ungefähr in folgendem Sinne: Vasić habe sich, wie Individuen dieser Sorte, sowohl an untergeordnete Beamte der Gesandtschaft als an Organe in Agram und Semlin freiwillig herangemacht. Seine theatralischen Denunciationen und die Komödie mit der Selbststellung seien der beste Beweis, dass seine Verwendung, insofern eine solche bestand, lange gelöst sei und nicht hoch eingeschätzt wurde. Seine Angaben über durch Beamte der k. u. k. Gesandtschaft vorgenommene Fälschungen irgendwelcher Schriftstücke seien absurde Erfindungen, welche autorativ und kategorisch als vollkommen

unwahr bezeichnet werden. Eine Erklärung dieser Art könnte von der serbischen Regierung verwerthet werden entweder in dem Communiqué, welches der Öffentlichkeit gegenüber die Einstellung der Untersuchung und so weiter begründen würde, oder im Gerichtssaale, damit die Richter nicht ausschliesslich die unwidersprochenen Aussagen Vasić's vor sich haben. Je nach der Bestimmung dieser Erklärung wäre sie abzufassen. Ihre Redaction, bei welcher jedes Wort sorgfältig abzuwiegen wäre, hätte im Einverständnisse mit Milovanović stattzufinden; überhaupt würden wir uns vor ihrer Abgabe über ihre Verwendung streng vertraulich mit der serbischen Regierung einigen. Eine Art gemeinsamen Communiqués wäre vielleicht auch für unsere Öffentlichkeit günstig. Da Pašić und Milovanović hoch und theuer versichern, alles tun zu wollen, um die gegenseitigen Beziehungen nicht zu trüben, so sollen sie an der glatten und beruhigenden Lösung der Affaire mitwirken. Das Ganze ist meinerseits nur ein Anwurf und eine Idee, welche ich bitte, Seiner Excellenz dem Herrn Minister eventuell zu unterbreiten. Der hier erreichbare Erfolg hängt sehr von der Erledigung der Besuchsfrage ab;[1] in derselben müsste eine bestimmtere Äusserung als bisher baldigst erfolgen. Ich habe Euer Excellenz Privatschreiben gleichfalls brieflich beantwortet, weil mir der Inhalt für die vertraulichste Art der Berichterstattung geeignet scheint. Wegen eines eventuellen Versuches der Einwirkung auf die serbische Regierung müsste ich wohl baldigst eventuelle, vielleicht telegrafische Instructionen erhalten.

Forgách.

P. S. Wenn man der soeben eingetroffenen, dem Ministerium doch gar nicht wohlgesinnten Publikation „Die Information“ (Nummer 118 vom 24. November) Glauben schenken kann, so beginnen selbst böhmische Kreise über Masaryks Leichtgläubigkeit und seine Benützung der Quelle Vasić den Kopf zu schütteln. Forgách.

[1]) umgekehrt.

[a]) Vgl. n. 2328, 2331, 2333, 2423. — [b]) Beilage. — [c]) Vom 14. Nov. — [d]) Irrtümlich statt 64 A. — [e]) n. 2290, 2333.

Beilage zu n. 2329. Erklärung des Dragomans Swiętochowski; Belgrad, 25. Nov. 1910. Ausfert.

Kraft meines beim Beginne meiner hieramtlichen Funktion abgegebenen Gelöbnisses, beehre ich mich bezüglich meines Verkehrs mit dem Konfidenten Stefanović-Vasić nachstehende bindende Erklärung abzugeben: Die ersten Zusammenkünfte mit dem genannten Konfidenten hatte ich in der Wohnung des Gesandtschafts-Kanzleirates Tiefenbach. Dort diktierte mir Stefanović die mitgebrachten Protokolle, die serbisch geschrieben waren, und ich schrieb sie in der mir zum rascheren Schreiben geläufigeren kroatischen Schrift nieder. Diese Manuskripte brachte ich am nächsten Morgen — da diese Zusammenkünfte zumeist spät abends stattfanden — in die Kanzlei, wo ich sie dann ins Deutsche übersetzte. Zur Kollationierung der Übersetzungen legte ich die kroatischen Manuskripte bei, die dann in der Kanzlei verbrannt wurden. Ein solcher Vorgang wurde von mir,

wie schon gesagt, nur anfänglich beobachtet und konnte sich nur auf die ersten drei oder vier Protokolle, die innerhalb meiner hieramtlichen Dienstverwendung zugestellt wurden, bezogen haben. Da mir dann die hiesige schriftliche Ausdrucksweise in der kürzesten Zeit geläufig geworden war, schrieb ich die weiteren Protokolle und alle anderen schriftlichen konfidentiellen Zustellungen direkte nach serbischem Diktate deutsch nieder. Nachdem ich derartige Manuskripte niemals abgeschrieben habe und alle so erhaltenen Zustellungen tel quel, kurz nach ihrer Abfassung dem Herrn Gesandten oder in dessen Abwesenheit dem mit der Leitung der Gesandtschaft betrauten Geschäftsträger übergab, so ist es ganz und gar ausgeschlossen, dass Stefanović-Vasić irgend ein Manuskript aus meiner Wohnung, wo wir dann später arbeiteten, entwenden konnte. Ich machte niemals, wie schon eingangs erwähnt, welche Abschriften von den mir durch ihn zugestellten schriftlichen Mitteilungen und übergab alles in Primaausfertigung. Da ich mich überdies der kroatischen Sprache für den schriftlichen Verkehr garnicht bediene, so ist es auch ausgeschlossen, dass Stefanović überhaupt etwas von mir kroatisch geschriebenes erlangen konnte, am wenigsten aber etwas, was sich auf die Tätigkeit des „Slovenski Jug" beziehenk önnte. In der Zeit, wo die Affaire Müller[a]) die hiesige Öffentlichkeit beschäftigte und wo die Polizei auch auf meine Wohnung und meinen Verkehr ein schärferes Augenmerk gerichtet hatte, traute sich Stefanović nicht in meine Wohnung zu kommen. Wir hatten damals unsere Zusammenkünfte in der weiteren Peripherie der Stadt. Zu dieser Zeit übergab mir Stefanović den Inhalt der Sitzungsprotokolle des „Slovenski Jug", sowie sonstige Aufzeichnungen, die sich auf die Tätigkeit dieses Vereines bezogen, in Abschrift und zeigte mir dabei, sobald sich die Möglichkeit dafür bot, die Originale, um mich von der Richtigkeit seiner Kopien zu überzeugen. Bei diesen Zusammenkünften im Freien kam es einige male vor, dass Stefanović-Vasić von mir kleine Zettelchen erhielt, auf denen bloß einzelne Namen oder welche Ziffern verzeichnet waren. Dies geschah, wenn es nötig war, dass Stefanović über einzelne Personen Informationen einhole. Auf diesen Zetteln war jedoch zu den Namen niemals irgend eine Erläuterung hinzugefügt. Diese wurden immer mündlich gegeben. Wenn sonach Professor Masaryk behauptet, Manuskripte, die von mir stammen sollten, vorweisen zu können, so könnte sich dies nur auf solche Zettel beziehen. Jedes andere als mein Manuskript deklariertes Stück kann nur eine Fälschung sein. Bemerken muss ich noch dabei, dass selbst diese Zettel nicht kroatisch, sondern mit der üblichen serbischen Schrift (Cirilika) geschrieben waren. Während der ganzen Zeit, wo unsere Zusammenkünfte in meiner Wohnung stattfanden, diktierte mir Stefanović stets seine mitgebrachten Dokumente in der serbischen Sprache, da er außer dieser keine andere kannte. Ich übersetzte den so diktierten Text gleich ins Deutsche und schrieb es deutsch in deutscher Kurrentschrift, in der letzten Zeit mit der Schreibmaschine, nieder. Stefanović-Vasić war sonach in dieser Zeit stets zugegen, wenn ich die Übersetzungen machte. Unsere Zusammenkünfte, die in meiner Wohnung stattfanden, wurden von Stefanović meist im voraus angesagt, so dass ich ihn in derselben erwartete. Für die Zusammenkünfte im Freien

bestimmte er selbst zumeist den Ort und die Stunde. Schriftliche Verständigungen fanden in keiner Richtung zwischen mir und ihm statt, da er sehr oft seine Wohnung wechselte und auch keine Möglichkeit gegeben war, ihm unauffällig und ohne Einweihung einer dritten Person, solche zustellen zu lassen. Die hiesige Post wurde ihrer Unzuverlässigkeit wegen auch niemals benützt. Beim Photographieren der von ihm vorgewiesenen Dokumente war Stefanović stets zugegen, da er die Dokumente sehr ungerne aus der Hand gab und sehr besorgt war, dass durch das Aufspannen auf einem Brette irgend welche sichtbaren Spuren zurückbleiben, welche auf einen Mißbrauch schliessen lassen könnten. Das Photographieren fand nur in meiner Wohnung statt, zumeist bei Magnesium-Blitzlicht und in einem Kellerraume, damit das Aufblitzen des Lichtes von niemandem bemerkt werden könne. Swiętochowski, Hauptmann.

a) Vgl. n. 1769 Anm. c.

Nr. 2330. Bericht des Gesandten Grafen Albert Nemes aus Paris, 26. Nov. 1910 Nr. 28 E (eing. 28. Nov.). Ausfert.

Lord Kitchener hat sich auf der Reise nach Egypten einige Tage in Paris aufgehalten, und gab sein hiesiger Séjour zu verschiedenen Gerüchten über eine ihm angeblich übertragene Mission Anlass. Unter anderem wurde auch die weniger wahrscheinlich klingende Nachricht lanciert, es habe sich um Vorbesprechungen über den Abschluss einer französisch-englischen Militärkonvention gehandelt. Auf der hiesigen englischen Botschaft war man bemüht, dem Pariser Aufenthalte Lord Kitcheners jede Bedeutung abzusprechen und wurde behauptet, dass derselbe weder mit Herrn Pichon noch mit irgend welchen Regierungsfunktionären über politische oder militärische Gegenstände zu verhandeln Gelegenheit gehabt habe. Nach einer mir von glaubwürdiger Seite zugekommenen Meldung hätte jedoch Lord Kitchener, sowohl mit dem Minister des Äussern als auch mit anderen politischen Persönlichkeiten längere Unterredungen gehabt, was die Hast, mit welcher Sir Francis Bertie ungefragt einem seiner Kollegen erklärte, Lord Kitchener sei mit keiner politischen Mission betraut gewesen und widme seine Pariser Zeit ausschliesslich dem eigenen Vergnügen, in einem eigentümlichen Lichte erscheinen lässt. Etwas Positives über den von Lord Kitchener verfolgten Zweck zu erfahren, war mir nicht möglich, doch scheint mir jene Version nicht unglaubwürdig, der zu Folge er hier über etwaige Massregeln zur Bekämpfung der panislamitischen Bewegung verhandelt hätte, welche in Paris wie in London wachsende Beunruhigung verursache.

Nemes.

Nr. 2331. Tel. nach Belgrad, 28. Nov. 1910 Nr. 64 (chiffr. 6 U. 45 M. p. m.).a) Konz. (S. Calice; G. Pogatscher).

Mit der heute Abends abgehenden Post erhalten Euer Hochgeboren Instructionen bezüglich einer neuerlichen Aussprache mit der serbischen Regierung in der Affaire Vasić. Ich ersuche Euer Hochgeboren demnach, für

einen der nächsten Tage eine Zusammenkunft mit dem Ministerpräsidenten beziehungsweise dem Minister des Äußern zu verabreden. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2329, 2332, 2334.

Nr. 2332. Erlaß nach Belgrad, 28. Nov. 1910 Nr. 3142.a) Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Euer Hochgeboren mir eben zugekommene Berichterstattung vom 24. d.b) enthält auch die ausführliche Darstellung Ihrer Unterredung mit dem Herrn Ministerpräsidenten, über die Sie bereits früher in Kürze telegrafischc) berichtet hatten. Es hat mich angenehm berührt, dass der immerhin für beide Teile heikle Inzidenzfall Masaryk-Vasić zwischen Herrn Pašić und Ihnen in so eingehender, ruhiger Weise und, soweit es die Umstände zuließen, mit großer Offenheit besprochen wurde. Was den Inhalt der Äusserungen des Herrn Ministerpräsidenten anbelangt, die sich ja teilweise mit früheren Äusserungen Herrn Milovanović decken, so können sie, wenn man die schwierige Lage der serbischen Regierung berücksichtigt, als befriedigend bezeichnet werden, wenn man auch nicht übersehen darf, dass Herr Pašić es in mancher Hinsicht vermied, sich durch präzise Erklärungen zu engagieren. Bei dem maßgebenden Einfluss des Herrn Ministerpräsidenten und auch angesichts des nicht ganz klaren Verhältnisses zwischen ihm und Herrn Milovanović lege ich unter den gegenwärtigen Umständen Wert darauf, dass Euer Hochgeboren mit Herrn Pašić in steter Fühlung bleiben und eine ehebaldigste Gelegenheit suchen, um sich im Sinne des Folgenden ihm gegenüber auszusprechen. Selbstverständlich erscheint es notwendig, dass Euer Hochgeboren auch Herrn Milovanović in demselben Sinne informieren. Euer Hochgeboren wollen Ihre Aussprache mit Herrn Pašić einleiten, indem Sie in meinem Namen der Befriedigung darüber Ausdruck geben, dass auch er, ebenso wie der Minister des Äußern, die Versicherung abgegeben habe, die serbische Regierung werde nicht nur alles verhindern, was unsere Beziehungen trüben könnte, sondern es sei vielmehr ihre feste Absicht, das Verhältnis zur Monarchie noch freundschaftlicher und besser zu gestalten. Die von Professor Masaryk und Konsorten in Szene gesetzte Aktion sei nun als ein von unberufener Seite unternommener Versuch anzusehen, unsere Beziehungen zu stören, und die serbische Regierung habe uns auch in richtiger Erkenntnis der Situation wiederholt die Erklärung abgegeben, dass sie, ebenso wie wir, entschlossen sei, diesem Versuche entgegenzutreten. Zu diesem Behufe erscheint es aber notwendig, dass die serbische Regierung, falls gewisse von Herrn Pašić in Betracht gezogene Eventualitäten eintreten sollten, ihre Haltung offenkundig den uns gegebenen Erklärungen konformiere. Der Herr Ministerpräsident habe nämlich in seinem Gespräche mit Euer Hochgeboren bemerkt, er wünsche nicht, dass es zur Durchführung des Prozesses gegen den inhaftierten Vasić komme, doch sei die Entscheidung darüber nicht ganz in der Hand der Regierung gelegen; jedenfalls würde die Regierung darauf dringen, dass der Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinde. Die Frage, ob ein Strafverfahren gegen Vasić durchzuführen sei oder nicht, bilde selbstverständlich eine interne serbische Angelegenheit, in die wir uns nicht

einzumengen hätten. Allerdings stimme aber unsere Ansicht mit der des Herrn Ministerpräsidenten darin überein, dass es vom Gesichtspunkte der beiden Regierungen am wünschenswertesten wäre, wenn von dem Prozesse überhaupt abgesehen werden könnte. Falls sich dies aber als unmöglich erweisen sollte, so könne nicht übersehen werden, daß die von der Gruppe Masaryk-Supilo-Marković-Vasić eingeleitete Kampagne nach ihren wiederholten Enuntiationen in der gegen den k. u. k. Gesandten in Belgrad gerichteten Beschuldigung gipfle, Vasić habe die Fälschungen in seinem (des Gesandten) Auftrage begangen. Wie auch immer die juridische Basis eines gegen Vasić durchzuführenden Prozesses konstruiert sei, so wäre es zweifellos unvermeidlich, daß die erwähnte Beschuldigung in dem Verfahren in bestimmterer oder unbestimmterer Form wiederkehre und trotz des von Herrn Pašić in Aussicht genommenen Ausschlusses der Öffentlichkeit den Gegenstand der allgemeinen Diskussion bilde. Es wäre nun mit der Stellung und Würde des k. u. k. Vertreters in Belgrad unvereinbar, wenn eine derartige, von welcher Seite immer ausgehende Beschuldigung vor einem serbischen Gerichtshofe erörtert würde, ohne daß die königliche Regierung in der kategorischesten Weise ihre Überzeugung von der gänzlichen Unstichhältigkeit dieser Anschuldigungen öffentlich manifestiert hätte. Eine derartige Enuntiation könne der serbischen Regierung umsoweniger schwer fallen, als die Herren Pašić und Milovanović Euer Hochgeboren gegenüber bereits spontan erklärt hätten, daß die Behauptungen eines Vasić selbstverständlich in ernsten und maßgebenden Kreisen nicht den geringsten Glauben finden könnten. Nach dem Gesagten rechne das k. u. k. Kabinett daher mit Bestimmtheit darauf, daß die serbische Regierung, falls der Prozeß gegen Vasić nicht vermieden werden könnte, in Betätigung ihrer wiederholt geäußerten Intentionen noch vor Beginn des Verfahrens eine Erklärung des eben skizzierten Inhaltes in der Skupschtina abgeben oder im Wege eines offiziellen Communiqués veröffentlichen werde. Wenn Euer Hochgeboren bei dem serbischen Minister nicht auf volles Verständnis für diesen unseren Standpunkt stoßen sollten, so wollen Sie Ihren Mitredner nicht im Zweifel darüber lassen, daß Sie, falls der serbischen Regierung ganz wider Erwarten die Abgabe der von uns gewünschten Erklärung untunlich erscheinen sollte, würden angewiesen werden, Belgrad vor Beginn eines etwaigen Prozesses mit Urlaub zu verlassen; der Zeitpunkt, in welchem ein k. u. k. Vertreter wieder nach Belgrad entsendet werden würde, könnte begreiflicher Weise im voraus nicht bestimmt werden. Ich ersuche Euer Hochgeboren schließlich, mir darüber zu berichten, ob es Ihrer Ansicht nach der serbischen Regierung ein Eingehen auf unsere Wünsche erleichtern und ihre Position gegenüber der serbischen öffentlichen Meinung stärken würde, wenn wir der Öffentlichkeit über die Art und Weise, wie Vasić-Stefanović mit der Gesandtschaft in Verbindung stand, unsererseits im Wege der Presse nähere Anhaltspunkte geben würden, als aus meinen Andeutungen in den Delegationen gewonnen werden konnten, etwa in der Richtung der von Ihnen im Gespräche mit dem Ministerpräsidenten Paschitch gethanen Äußerungen, die ich durchaus billige.

a) Vgl. n. 2331, 2333, 2336, 2368. — *b)* n. 2327. — *c)* n. 2326.

Nr. 2333. Privatschreiben nach Belgrad, 28. Nov. 1910 Nr. 3146.[a] Konz. (S. Calice; G. Aehrenthal).

Baron Macchio hat mir den Inhalt Ihres an ihn gerichteten streng vertraulichen Schreibens vom 26. l. M. soeben mitgeteilt. Euer Hochgeboren Appreciationen bezüglich der Haltung, welche wir in der Affaire Vasić weiterhin in Belgrad zu beobachten hätten, bewegen sich in derselben Richtung wie mein eigener Gedankengang. Wie Sie aus dem Ihnen gleichzeitig zukommenden Erlasse,[b] der vor Erhalt Ihres Schreibens bereits fertiggestellt war, ersehen, ist Ihrer Anregung bezüglich einer öffentlichen Enunziation der serbischen Regierung, falls es zu einem Prozesse Vasić kommen sollte, bereits im Vorhinein entsprochen. Zweifellos wäre es das Beste, wenn von einem Processe überhaupt abgesehen werden würde; dies scheint aber auch nach Ihrem Briefe sehr zweifelhaft. Kommt es aber zu einem solchen, so sind wir gewiss voll berechtigt, von der serbischen Regierung eine kategorische Erklärung zu verlangen, dass sie von der gänzlichen Grundlosigkeit der erhobenen Anschuldigungen gegen die Person unseres Gesandten überzeugt sei. Ich kann mir übrigens auch nicht denken, dass Herr Pašić dies verweigern könnte, denn diese Erklärung ist ja nur die natürliche Folgerung aus der Aussprache, welche die beiden Regierungen in dieser Angelegenheit bereits gepflogen, und der Versicherungen, welche uns die Herren Pašić und Milovanović wiederholt gegeben haben. Ich hoffe also, dass es Euer Hochgeboren gelingen wird, die serbischen Minister in freundschaftlicher Aussprache dazu zu bestimmen, unserem Wunsche zu entsprechen. Sollte aber unerwarteter Weise dieser unser Standpunkt nicht gleich gewürdigt werden, so wollen Euer Hochgeboren nicht zögern, auf die notwendige Consequenz einer solchen Haltung hinzuweisen, die darin bestünde, dass Euer Hochgeboren angewiesen würden, Belgrad mit Urlaub zu verlassen. Ich bin fest entschlossen, dies auch gegebenen Falles durchzuführen, denn ein solches nachdrückliches Vorgehen erscheint mir für die Wahrung des Prestiges und der Stellung der k. u. k. Regierung sowohl in Belgrad, als auch gegenüber der öffentlichen Meinung im Inlande unumgänglich notwendig. Wenn es auch richtig ist, dass der Wunsch der serbischen Regierung nach einem möglichst baldigen Empfange des Königs am allerhöchsten Hoflager ein wesentliches Moment in der Situation bildet, wie sie gegenwärtig zwischen uns und Serbien besteht, so erscheint mir eine Verquickung der Besuchsfrage mit der Angelegenheit Vasić ausgeschlossen.[c] Ich könnte höchstens Euer Hochgeboren anheimstellen, Ihrerseits sich etwa in folgendem Sinne zu äußern, falls Ihnen dies als ein geeignetes Mittel erschiene, unseren Wunsch bezüglich eines Communiqués durchzusetzen: Sie glaubten sich zu der Hoffnung berechtigt, bald eine concretere Mitteilung in der Angelegenheit des Empfanges König Peters durch Seine k. u. k. Apostolische Majestät machen zu können, es sei Ihnen aber ganz unmöglich, auf die Frage in Wien überhaupt zurückzukommen, solange die serbische Regierung zögere, in der ihr obliegenden Weise für den k. und k. Gesandten einzutreten.

[a] Vgl. n. 2334, 2336, 2418. — [b] n. 2332. — [c] Vgl. n. 2329 Anm. e, 2363 Anm. b, 2483.

Nr. 2334. Tel. aus Belgrad, 29. Nov. 1910 Nr. 149 (eing. 30. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm Nr. 64 von gestern. Da Minister des Äußern morgen in der Skupschtina bei Schluß der Debatte über unseren Handelsvertrag eine Rede hält und bei Abstimmung anwesend sein will und nachmittags Ministerrat stattfindet, vereinbarten wir für Donnerstag Vormittag Zusammenkunft, an welche sich eventuell Besprechung mit Ministerpraesidenten anschließen wird. Minister sagte mir, dass Interesse für Affaire sich so gelegt hat, dass während der langen Debatten über den Handelsvertrag, während welcher mein Name sehr oft genannt wurde, derselbe weder zu einer Bemerkung, noch zu einem Zwischenruf Anlass gab. Minister teilte mir vertraulich mit, dass die polizeiliche Untersuchung ergab, dass Professor Masaryks Informant nicht Vasić heisst. Dies dürfte der Familienname seiner Mutter gewesen sein. Er heißt richtig Sergian und hat einen in Belgrad lebenden Bruder dieses Namens, welcher von dem verkommenen Bruder nichts wissen will. Der Vater, ein aus Ungarn eingewanderter Kutzowallache, fristet sein Leben als Zeitungsausträger in Semendria und hat die serbische Staatsangehörigkeit nie erworben, so dass die Söhne auch kein Recht auf dieselbe haben. Das Individuum, auf dessen Informationen Masaryk leichtfertig öffentliche Verleumdungen erhoben hat, war also weder Journalist noch Hauslehrer bei dem Dragoman und hat nicht einmal je Vasić geheißen. Forgách.

[a]) Vgl. n. 1769, 1972, 2297, 2333, 2335.

Nr. 2335. Tel. nach Belgrad, 30. Nov. 1910 Nr. 65 (chiffr. 5 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Calice; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm vom 29. d. M., Nr. 149. „Temps" vom 28. XI. veröffentlicht ein Interview seines Belgrader Correspondenten mit dem Ministerpräsidenten, in welchem folgende auf die Affaire Vasić bezügliche Stellen vorkommen: „Les révélations de Massarik devant le Parlement de Vienne ont suscité en Serbie le plus vif intérêt. Nous nous sommes contentés cependant d'en prendre connaissance, sans nous mêler en rien dans l'affaire. Le procès Friedjung avait déjà montrè à tous les yeux la fausseté des documents dont il fut fait un si regrettable emploi contre la coalition croate-serbe. Massarik a voulu débusquer l'auteur de ces faux. Pour nous et pour l'Europe, l'essentiel, c'est que les documents sur lesquels on prétendait s'appuyer pour incriminer la politique de la Serbie, aient été reconnus faux. Savoir qui en a dirigé la confection et qui y a participé offre beaucoup moins d'importance pour nous que pour l'Autriche-Hongrie, surtout si les sphères dirigeantes de cette monarchie ont ressenti dans leur action politique les désagréments d'une pareille façon de procéder. L'Autriche, selon toutes probabilités, jugera qu'un nettoyage s'impose, et elle chassera les faussaires des cercles et des chancelleries, où la vérité seule doit être utilisée. Nous ne négligeons rien, quant à nous, pour que cet incident n'influe pas défavorablement sur nos relations avec notre puissante voisine, en ce moment surtout où nous sommes en train

de négocier avec elle différentes conventions et à la veille de l'adoption du traité de commerce austro-serbe par les trois Parlements intéressés." Die Herrn Pašić hier zugeschriebenen, höchst zweideutigen Äußerungen können die Interpretation zulassen, als ob der Herr Ministerpräsident die Anklagen gegen die k. u. k. Gesandtschaft sich zu eigen machen wollte und werden von Masaryk und Genossen gewiß in diesem Sinne ausgenützt werden. Unter diesen Umständen erscheint es mir geboten, daß Euer Hochgeboren umso bestimmter darauf bestehen, daß die serbische Regierung baldigst und in kategorischer Weise die von uns gewünschte öffentliche Erklärung betreffs der gegen die k. u. k. Gesandtschaft erhobenen Beschuldigungen abgebe. Es ist mir gelegen, daß Euer Hochgeboren, wie ich aus Ihrem Telegramme entnehme, morgen Gelegenheit haben, den Ministerpräsidenten selbst zu sprechen und unseren Standpunkt mit allem Nachdrucke zu vertreten. Einer telegrafischen Berichterstattung im Gegenstande sehe ich entgegen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2336.

Nr. 2336. Tel. aus Belgrad, 1. Dez. 1910 Nr. 150 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Erlass[b]) und Privatschreiben vom 28. v. M. und Telegramm Nr. 65 von gestern. Ich hatte mit dem Minister des Äussern eindringliche Unterredung, in der ich ihm in ernstester Weise vorhielt, dass die serbische Regierung ihre bisherige Passivität verlassen und ihre Handlungen den uns gegebenen Erklärungen anpassen müsse. Ein gemeiner gestriger Leitartikel der „Politika" gegen Euer Exzellenz, mich und die Gesandtschaft als Mitwisser und Ausführer der Fälschungen, gab mir einen weiteren Anlass, dem Minister zu erklären, dass die Regierung die allen internationalen Gebräuchen widersprechende Sprache der Presse nunmehr direkt und entschieden missbilligen müsse, da sonst die k. u. k. Regierung keinen Gesandten in Belgrad belassen könne. Meine sehr deutlichen Erklärungen über die Unmöglichkeit, unter solchen Umständen auf die angeblich von Serbien gewünschte Ausgestaltung der freundlichen Beziehungen zu rechnen, schienen auf den Minister Eindruck zu machen. Er wiederholte mir, dass die ganze Angelegenheit der serbischen Regierung äusserst unwillkommen sei und sie versucht hätte, Masaryk und seine hiesigen Konsorten von ihrer Absicht, die Friedjung-Affaire neuerlich aufzuwärmen, abzubringen. Als dies doch eintrat, sei es das Bestreben der Regierung gewesen, die Angelegenheit als unsere innerpolitische zu behandeln und von Belgrad fernzuhalten. Er sehe ein, dass dies nicht mehr gehe und dass speziell der Fall Vasić — ob es nun zum Prozesse komme oder nicht — eine Erklärung seitens der serbischen Regierung notwendig mache, um den Anschein zu vermeiden, dass sie die direkten Anschuldigungen gegen die Gesandtschaft unterstütze und glaube. Auch sehe er ein, dass die neuerlichen Angriffe einiger serbischer Zeitungen, obwohl durchaus nicht im Einklange mit der allgemein eingetretenen Beruhigung, von der Regierung nicht mehr unwidersprochen bleiben können, besonders da der mir zu Teil gewordene Allerhöchste Gnadenakt[c]) seitens dieser Pressorgane sicherlich

zu neuen Ausfällen gegen mich führen werde. Er werde es sich überlegen, was er tun könne, und mit seinen Kollegen sprechen. Ich möge sofort, wie wir es vereinbart hatten, selbst mit dem Ministerpräsidenten sprechen. Das Interview Herrn Pašić's im „Temps" war dem Minister des Äussern nicht bekannt und er war durch dasselbe unangenehm überrascht. Ich sagte dem Minister, dass, wenn er diesmal seinen Worten auch Taten folgen lassen werde, wir uns wegen der Modalitäten und seiner eventuellen Unterstützung unserseits im Sinne der von Euer Exzellenz in den Delegationen oder gegenüber Herrn Simić gebrauchten Worte oder meiner Gespräche mit ihm verständigen könnten. Ich überlasse es seiner Beurteilung, ob er eine Antwort in der Skupschtina auf eine bestellte Anfrage oder ein Communiqué vorziehe. Da der Ministerpräsident bei dem König war, konnte ich ihn heute vormittags nicht sehen; ich hoffe, ihn noch nachmittags oder morgen sprechen zu können. Forgách.

a) Vgl. n. 2337. — *b)* n. 2332. — *c)* Forgách wurde am 30. Nov. 1910 zum Geheimen Rat ernannt.

Nr. 2337. Tel. aus Belgrad, 2. Dez. 1910 Nr. 151 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Statim. Im Verfolge meines Telegrammes[b] von gestern. Nach meinen im Sinne der hohen Weisungen gehaltenen Darlegungen erklärte mir der Ministerpräsident, dass er einsehe und fühle, dass die serbische Regierung aus ihrer Passivität heraustreten und öffentlich bekunden müsse, dass sie von der Unstichhältigkeit der gegen die Gesandtschaft erhobenen Anschuldigungen überzeugt sei und die Hetze einiger Belgrader Zeitungen missbillige. Hiedurch wäre auch in der Affaire Vasić die Gesandtschaft ausser Frage gesetzt, was immer für ein weiteres Vorgehen gegen denselben das Gericht beschliessen würde. Er werde mit dem Minister des Äussern sprechen und über die einzuschlagenden Schritte einen Entschluss fassen. Eine Erklärung in der Skupschtina wolle er lieber nicht ins Auge fassen, da die Opposition, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, jedenfalls daran eine unangenehme Debatte knüpfen würde. Ich sprach hierauf sofort auch mit dem Minister des Äussern, welcher mir sagte, er werde nach Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten wahrscheinlich morgen Vorschläge dem Ministerrate machen. Beiden Ministern sagte ich, dass ein eventuelles Communiqué ungefähr folgenden Inhalt haben sollte. Fortsetzung folgt. Forgách.

a) Vgl. n. 2338. — *b)* n. 2336.

Nr. 2338. Tel. aus Belgrad, 2. Dez. 1910 Nr. 152 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 151. Entschiedene Missbilligung seitens der Regierung der gegen einen am serbischen Hofe akkreditierten Gesandten von einem Teile der Presse geführten Angriffe. Daran anknüpfend solle die Regierung erklären, dass sie von der Unrichtigkeit der gegen die Gesandtschaft erhobenen Anschuldigungen überzeugt sei. Ihre diesbezügliche Überzeugung komme in den guten Beziehungen, welche sie zur k. u. k.

Gesandtschaft unterhalte, zum Ausdruck. Auch seien die Verdächtigungen autoritativ von Euer Exzellenz in den Delegationen und in Gesprächen mit dem serbischen Gesandten in Wien zurückgewiesen worden. Weiters solle die Regierung die Öffentlichkeit warnen, einem Vasić Glauben zu schenken, von dem die polizeiliche Untersuchung schon ergeben habe, dass er weder Hauslehrer bei dem Gesandtschaftsdragoman noch Journalist war und nicht einmal Vasić heisst. Derselbe habe seine Enthüllungen seit einem Jahre jedermann in Belgrad zwecks Erpressung angetragen; auch der k. u. k. Gesandtschaft, welche hievon in loyaler Weise vor Monaten im serbischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Erwähnung getan hat. Beide Minister waren mir gegenüber wie immer entgegenkommend und versicherten mir, alles ihnen mögliche tun zu wollen, um eine schädliche Rückwirkung auf die gegenseitigen Beziehungen zu vermeiden. Der Gedanke, dass durch meine Beurlaubung das mit Mühe hergestellte Verhältnis neuerlich gefährdet wäre, schien sie zu impressionieren. Ihre Aufrichtigkeit und ihr Mut zu öffentlichen klaren Erklärungen sind natürlich immer höchst zweifelhaft. Bezüglich des Interviews im „Temps" sagte mir der Ministerpräsident, dass der Satz über die Fälschung in den Kanzleien durch Auslassung eines einschränkenden Zwischensatzes unrichtig wiedergegeben worden sei. Er hatte keine Korrektur veranlasst, um nicht unnötigerweise die Aufmerksamkeit auf das Interview zu lenken. Forgách.

a) Vgl. n. 2342.

Nr. 2339. Erlaß nach Berlin Nr. 3178 (1), London Nr. 3179 (2) und St. Petersburg Nr. 3180 (3), 2. Dez. 1910.a) Konz. (S. Calice; G. Pogatscher).

1.—3. Geheim. Wie der k. u. k. Botschafter in Constantinopel mir mitteilt,*b)* hat derselbe aus absolut verlässlicher Quelle die Nachricht erhalten, dass man anlässlich der Besuche der Könige Peter*c)* und Ferdinand*d)* in Constantinopel, sowie auch später, als Rifaat Pascha bei den Begräbnisfeierlichkeiten in London weilte, die Türkei zum Abschluss eines Allianzvertrags mit Serbien zu drängen versucht habe. Rifaat Pascha habe sich entschieden dagegen ausgesprochen und ein solches Bündnis als „eine Schande" für die Türkei bezeichnet. Diese Nachricht ist jedenfalls bezeichnend für die Richtung, welche die Politik der Tripleentente noch lange nach dem Abschluss der Annexionskrise eingehalten hatte und würde darauf hinweisen, dass die Bestrebungen der russischen und englischen Politik in jener Zeit nicht so harmloser Natur gewesen sind, als sie von jener Seite dargestellt wurden.

1. Vorstehendes wollen Euer Exzellenz in ganz vertraulicher Weise auch dem Herrn Staatssekretär zur Kenntnis bringen.

2. u. 3. Vorstehendes dient zu Euer Hochwohlgeboren rein persönlicher Information.

a) Vgl. n. 2318, 2353. — *b)* Eine schriftliche Aufzeichnung über diese Mitteilung außer der oben vorliegenden hat sich nicht gefunden. — *c)* Vgl. n. 2115. — *d)* Vgl. n. 2080.

Tel. nach Berlin, 3. Dez. 1910 Nr. 104 (chiffr. 2 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 2340.

Nr. 2340. Tel. nach Konstantinopel Nr. 219 (1) und Berlin Nr. 104 (2), 3. Dez. 1910 (chiffr. 2 U. 10 M. p. m.).[a] Konz. (S. Musulin und Pogatscher; V. und G. Aehrenthal).

1. Der türkische Botschafter hat mich beim letzten Diplomatenempfang unter Anderem befragt, welche Nachrichten ich über die Potsdamer Kaiserentrevue erhalten hätte. Ich war in der Lage, Reschid Pascha mitzutheilen, daß die Entrevue sehr gut verlaufen sei, daß der Verkehr der beiden Kaiser ein vertrauensvoller und herzlicher gewesen und daß Herr Sassonoff den sehr günstigen Eindruck eines ruhig denkenden und überlegten Staatsmanns hinterlassen habe. Ich habe diesen Mittheilungen hinzugefügt, daß der Potsdamer Czarenbesuch aller Voraussicht nach der Erhaltung des status quo am Balkan zu Gute kommen werde und daß also die Pforte mit noch größerer Wahrscheinlichkeit als bisher damit rechnen könne, daß es ihr möglich sein werde, in nächster Zukunft ungestört an der inneren Consolidirung des Reiches zu arbeiten. Vom Standpunkte der Türkei gesehen, liege der Vortheil jeder Besserung in den Beziehungen zwischen den Centralmächten und Rußland eben darin, daß sie die ersteren in die Lage setzen dürften, in conservativem Sinne auf die russische Politik Einfluß zu nehmen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und zur Regelung Ihrer Sprache.

2. Ich telegraphiere an Markgraf Pallavicini wie folgt: (Inseratur vorstehendes Telegramm). Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2313, 2347.

Nr. 2341. Erlaß nach Athen, 4. Dez. 1910 Nr. 3185.[a] Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Gelegentlich des letzten Diplomatenempfanges ist auch der hiesige griechische Gesandte bei mir erschienen, um den gegenwärtigen Stand der Kretafrage zu besprechen und mich über meinen Eindruck von der griechisch-bulgarischen Annäherung auszuholen. Was Kreta anbelangt, habe ich dem Gesandten gegenüber unter Betonung unseres bekannten Standpunktes meiner Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, dass die ganze Angelegenheit in ein ruhigeres Fahrwasser gelangt ist und dass auch die letzten Beschlüsse der kretensischen Nationalversammlung keine neuerliche Verschärfung der Situation herbeigeführt haben. Die k. u. k. Regierung, so fuhr ich fort, steht überhaupt allen Momenten sympathisch gegenüber, die ihr geeignet erscheinen, günstig für die Ruhe und die Erhaltung des Friedens am Balkan zu wirken. Auch von den Versuchen und Bestrebungen, das griechische und das bulgarische Element in Mazedonien einander zu nähern und zu versöhnen, erwarten wir eine günstige Rückwirkung auf die Entwicklung der Dinge in den drei Vilajets, und wir hätten nur gewünscht, dass diese versöhnlichen Tendenzen sich damals manifestiert hätten, als Österreich-Ungarn im Verein mit Russland bemüht war, in Mazedonien Reformen durchzuführen, und ein durchgreifender Erfolg durch die heutigen Kämpfe und den Fanatismus gerade der christlichen Elemente vereitelt

wurde. Aber auch heute würde eine Aussöhnung der christlichen Bevölkerungsgruppen der türkischen Regierung vermutlich die Durchführung ihrer Absicht erleichtern, die liberalen Prinzipien des neuen Régimes in den mazedonischen Vilajets ernstlich zu verwirklichen. Ich hielte es deshalb nicht für wahrscheinlich, dass man in Konstantinopel die Symptome einer griechisch-bulgarischen Annäherung mit Misstrauen verfolge oder durch sie beunruhigt werde; wenigstens lägen mir keine Anhaltspunkte für eine solche Annahme vor. Meines Erachtens wäre es für alle Teile am erspriesslichsten, wenn sich die Griechen und Bulgaren in jenen Gebieten, statt das Land, wie noch bis vor kurzem, durch den Bandenkrieg zu zerfleischen, mit den Türken zur gemeinsamen Arbeit an der Konsolidierung und dem kulturellen Fortschritte Mazedoniens vereinigen würden. Indem ich hinzufüge, dass ich das Vorstehende Euer Exzellenz zu Ihrer Information und zur eventuellen Regelung Ihrer Sprache mitteile, erneuere ich ...

[a]) Vgl. n. 2313, 2318, 2347 Anm. e, 2405.

Nr. 2342. Tel. aus Belgrad, 4. Dez. 1910 Nr. 155 (eing. 8 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern teilt mir mit, dass Ministerrat ihn ermächtigt habe, morgen, Montag, in der offiziösen „Samouprava" Artikel mit Charakter eines Communiqués zu veröffentlichen. Er werde heute nachmittag noch mit seinen Kollegen über endgiltigen Inhalt beraten und Artikel mit folgendem Gedankengang persönlich heute abends verfassen: „L'affaire soulevée par Monsieur Masaryk est une question intérieure austro-hongroise à laquelle le Ministre des affaires étrangères Impérial et Royal a déjà répondu dans la délégation autrichienne et qui ne regarde pas la Serbie. C'est un incident parlementaire austro-hongrois qui ne donne à la Serbie aucune raison pour une action quelconque. Le gouvernement Royal condamne sévèrement l'attitude de quelques journaux serbes qui ont saisi cet incident pour en faire des attaques personnelles contre le Ministre d'Autriche-Hongrie, attaques contraires à toutes les convenances internationales. Quant à ce qui concerne Vasić qui s'est présenté lui-même à la police l'enquête se poursuit avec toutes les précautions qu'imposent ce genre d'affaires et de personnes. Les tribunaux auront à décider ou s'il y a lieu de procéder contre lui ou non. En tout cas un procès ne se dirigerait que contre Vasić, l'unique personne accusée, la légation Impériale et Royale étant absolument hors de la cause. Après un procès le gouvernement aurait à décider, si des démarches quelconques sont à faire." Ich sagte dem Minister, dass der letzte ebenso überflüssige als zweideutige Gedanke unbedingt nicht zum Ausdrucke kommen dürfe. Er willigte in dessen Auslassung. Die Verurteilung der Angriffe einiger Blätter und die Erklärung, dass ein eventueller Prozess sich nur gegen Vasić richte und die Gesandtschaft gar nicht in Frage komme, entsprechen unserem Gesichtspunkte. Dagegen vermisse ich jede ausdrückliche Betonung dessen, daß die serbische Regierung die gegen die Gesandtschaft erhobene Beschuldigung für ganz unstichhältig halte. Der Minister sagte, dass der Regierung solche zu scharfe Worte die

grössten Schwierigkeiten bereiten würden, dass sie nicht berufen sei, über die Gesandtschaft zu urteilen und dass die Verurteilung der Angriffe in der Presse sowie der Hinweis auf Euer Exzellenz Erklärungen in den Delegationen deutlich und genügend seien. Ich erwiderte, dass es sich um kein Wohlverhaltungszeugnis seitens der serbischen Regierung handle, dessen die k. u. k. Gesandtschaft nicht bedürfe, sondern um die öffentliche Wiederholung der mir mündlich oft gegebenen Versicherung, dass die serbische Regierung selbstverständlich den Verleumdungen eines Vasić und Genossen nicht den mindesten Glauben schenken könne. Nach langen Auseinandersetzungen versprach der Minister einen Satz, ungefähr folgenden Inhalts, einzuschalten: „Que le gouvernement Royal n'avait aucune raison pour attacher la moindre croyance aux accusations formulées contre la légation Impériale et Royale." Je n'ai pas caché au Ministre que j'aurais préféré de beaucoup un communiqué court, clair et précis à un article rempli de verbiage. Je l'ai sérieusement prié d'éviter toute phrase ambiguë et de tâcher de nous contenter pleinement pour que l'affaire, en ce qui concerne son côté politique et gouvernemental puisse être considérée comme liquidée et ne puisse en aucun cas influencer ou troubler nos relations. Fortsetzung folgt. Forgách.

a) Vgl. n. 2338, 2343, 2362, 2368.

Nr. 2343. Tel. aus Belgrad, 4. Dez. 1910 Nr. 156 (eing. 5. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Ich sagte dem Minister, dass ich bei Euer Excellenz beantragen werde, dass Hochdieselben, falls die Enunziation der serbischen Regierung Sie befriedigt, gleichfalls in einem offiziellen Communiqué dies konstatieren und hinzufügen, dass der tägliche gute Verkehr der k. u. k. Gesandtschaft mit der serbischen Regierung der beste Beweis dessen sei, wie wenig Bedeutung und Glauben die serbische Regierung den Verdächtigungen gegen die Gesandtschaft geschenkt hätte, Verdächtigungen, welche übrigens nur in einem kleinen, immer gegen uns hetzenden Teile der serbischen Presse wiederholt wurden. Was speziell das unter dem Namen eines Journalisten Vasić aufgetretene Individuum anbelange, so habe die Belgrader Polizei bereits konstatiert, dass er nie Journalist war, auch nicht Vasić, sondern Mladen Sergian heisse. Das jeder Schulbildung bare Individuum sei auch nie Hauslehrer bei dem Gesandtschaftsdragoman gewesen, welcher bei seinen Kindern, die im Februar und November (den zwei vom Delegierten Masaryk genannten Daten) überhaupt nicht in Belgrad, sondern in Österreich waren, nie einen Hauslehrer gehabt hat. Vasić habe, um Geld zu erpressen, seine „Enthüllungen" schon im Frühjahre jedermann in Belgrad, einigen Zeitungen und auch unseren Behörden angetragen, aber nirgends Gehör gefunden. Seine gedruckte, in zahlreichen Exemplaren verbreitete Annonce, in welcher er die Gesandtschaft auch der Teilnahme am Cetinjer Bombenprozesse beschuldigt, sei von der Gesandtschaft nicht nur verachtet und nicht beantwortet worden, sondern auch in korrekter Weise im serbischen Auswärtigen Amte erwähnt worden. Letzteres habe

in ebenso loyaler Weise Vasić, der sich daselbst meldete, einfach abgewiesen. Der Minister sagte, dass er gegen solche Veröffentlichung unserseits nichts einzuwenden habe. Die serbische Regierung könne in ihrem eigenen Communiqué die Details der gerichtlichen Untersuchung gegen Vasić nicht erwähnen, da dies vor ihrem Abschlusse gesetzlich streng verboten sei; daher seien auch keine Details bisher in die serbischen Blätter gedrungen. Euer Excellenz werden hochgeneigtest beurteilen, ob eine solche Publikation unserseits und in welchem Umfange am Platze wäre. Mich leiten bei meinem Antrage folgende Erwägungen: das Communiqué des Ministers wird bei seinem bekannten Charakter gewunden und zweideutig sein, dabei aber, da die serbische Regierung jede Trübung der Beziehungen wirklich vermeiden will, auch uns befriedigende Stellen enthalten. Die Hauptsache ist die Deutung, welche wir offiziell der serbischen Erklärung geben. Wenn wir deren befriedigende Teile öffentlich konstatieren und annageln, wird die serbische Regierung natürlich diese Deutung unwidersprochen lassen und unsere Öffentlichkeit, auf welche es uns ankommt, dieselbe akzeptieren. Der Angelegenheit wird hiemit jede bedeutendere Tragweite genommen. Eine weitere Zuspitzung und meine daraus notwendig resultierende Beurlaubung würde dagegen von allen unseren Gegnern freudigst ausgenützt, entsprechend missdeutet und als ihr Triumph betrachtet werden. Minister des Äussern sagte mir noch streng vertraulich, dass das Resultat der Untersuchung gegen Vasić ausser dessen Selbstanklage so wenig Materiale ergeben habe, dass ihm die juridische Möglichkeit eines Prozesses zweifelhaft scheine.

Forgách.

a) Vgl. n. 2342, 2344.

Nr. 2344. Tel. aus Belgrad, 5. Dez. 1910 Nr. 157 (eing. 4 U. p. m.).a) Entziff.

Ich habe Veranlassung getroffen, dass heute nachmittags erscheinendes Communiqué vollinhaltlich durch Vertreter des Korrespondenzbureaus sofort nach Wien telegraphiert werde. Minister des Äussern konnte mir soeben nur in Eile sein Konzept vorlesen. Er hatte es meinem gestrigen Rate gemäss etwas gekürzt, doch ist es noch immer zu weitschweifig und enthält, wie es mir bei dem flüchtigen Vorlesen in serbischer Sprache erschien, neben befriedigenden Stellen doch überflüssige, beinahe zweideutige Sätze. Der von mir gestern telegraphisch vorgeschlagene Kommentar wird unserseits vielleicht nützlich sein. Minister des Äussern ersuchte mich, Euer Exzellenz Aufmerksamkeit auf die schwierige Lage zu richten, in welcher die serbische Regierung ganz ohne ihr Zutun in dieser heiklen Angelegenheit geraten sei. Wegen des Communiqués werde sie im Inlande sicherlich heftige Angriffe erdulden müssen; sie hoffe, wenigstens Euer Exzellenz zu befriedigen. Das Communiqué konstatiere ganz im Sinne Hochderselben Worte, dass die Regierung die guten Beziehungen mit uns aufrechterhalten und durch keinen Zwischenfall stören lassen wolle. Der Fall Masaryk sei durch Euer Exzellenz in den Delegationen entsprechend beantwortet und erledigt worden. Die Regierung verurteile auf das schärfste die Sprache

der Blätter gegen den k. u. k. Gesandten und hebe die für sie autoritativen Erklärungen hervor, welche Euer Exzellenz und ich gaben. Auch wäre deutlich betont, dass der eventuelle Prozess sich nur gegen Vasić und nicht gegen die Gesandtschaft richte. Die daran gefügten Phrasen, welche ich als zweideutig beanständete, seien bedeutungslos und hätten nur den Zweck, der Regierung den Vorwurf zu ersparen, dass sie vor dem gerichtlichen Urteil sich definitif über Prozess äussere. Selbstverständlich würde bei dem Prozesse nichts herauskommen und der Minister könne mir versichern, dass die Regierung danach gar keine Konsequenzen ziehen oder irgend welche Schritte unternehmen würde. Forgách.

a) Vgl. n. 2343, 2345, 2368.

Nr. 2345. Tel. nach Belgrad, 6. Dez. 1910 Nr. 68 (chiffr. 7 U. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko u. Musulin; G. Aehrenthal).

Da ich nicht in der Lage bin, das von der serbischen Regierung veröffentlichte Communiqué als befriedigend anzusehen, — die von Euer Exzellenz selbst als notwendig empfundene und von der serbischen Regierung versprochene Einschaltung eines Satzes, in welchem sie feststellt, daß sie den gegen die k. u. k. Gesandtschaft gerichteten Beschuldigungen keinen Glauben schenke, fehlt darin, während andererseits an zwei Stellen die zweideutige Bemerkung wegen eventueller weiterer Konsequenzen enthalten ist — habe ich veranlaßt, daß in dem heutigen Abendblatt des „Fremdenblatt“*b)* gleichzeitig mit der Wiedergabe der serbischen offiziösen Enunziation auch unsererseits ein Communiqué erscheine. In diesem Communiqué wird ausdrücklich auf die Versicherungen hingewiesen, die die serbische Regierung Euer Exzellenz darüber abgab, daß die maßgebenden Kreise Belgrads den absurden Verleumdungen eines Vasić niemals auch nur den geringsten Glauben geschenkt hätten. Das Communiqué faßt im Schlußsatze die in der serbischen Verlautbarung enthaltenen Bemerkungen wegen eventueller weiterer Konsequenzen absichtlich dahin auf, es solle damit gesagt sein, daß die serbische Regierung den Ergebnissen des anhängigen Verfahrens, abgesehen von ihren so bestimmten Erklärungen betreffs der Stellung der k. u. k. Gesandtschaft, im übrigen nicht vorgreifen wolle. Euer Exzellenz wollen sich unverzüglich zu Herrn Milovanović begeben und ihm mitteilen, daß wir wegen des uns nicht befriedigenden Inhaltes des serbischen Communiqués genötigt gewesen seien, selbst ein Communiqué zu veröffentlichen, in welchem ausdrücklich darauf Bezug genommen wird, daß wir im Besitze serbischer Erklärungen zu Euer Exzellenz seien, wonach die serbische Regierung den Beschuldigungen des Vasić niemals Glauben geschenkt hätte. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Minister nachdrücklichst bemerken, daß wir mit Bestimmtheit erwarteten, es würde unserem auf Tatsachen beruhenden Communiqué serbischerseits weder in der „Samo Uprawa“ noch überhaupt in offiziöser Form entgegengetreten werden. Sollten Euer Exzellenz in dieser Beziehung nicht die bündigsten Zusicherungen seitens des Herrn Ministers erhalten, so wollen Hochdieselben Herrn Milovanović erklären, daß die k. u. k. Regierung in

jedem Versuche, der Darstellung unseres Communiqués entgegenzutreten, ein Désaveu der Ihnen gegenüber abgegebenen mündlichen Erklärungen erblicken und hieraus für das weitere Verbleiben des k. u. k. Gesandten in Belgrad die unvermeidlichen Konsequenzen ableiten müßte.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2344, 2346, 2350, 2363, 2366. — [b]) Nr. 335 vom 6. Dez. 1910 (Abendblatt); das serbische Communiqué in der „Samouprava" vom 5. Dez. 1910 erschien in derselben Nummer des Fremdenblattes an erster Stelle.

Nr. 2346. Tel. aus Belgrad, 6. Dez. 1910 Nr. 158 (eing. 3 U. p. m.).[a]) Entziff.

Den mir bisher zugekommenen Informationen zufolge macht Communiqué der Regierung in ernsten Kreisen guten Eindruck und wird dahin gedeutet, dass Regierung Angriffe gegen die Gesandtschaft entschieden zurückweist, in korrekter Weise Angelegenheit als in unseren Delegationen bereits erledigt betrachtet und Prozess gegen Vasić, dessen Glaubwürdigkeit zu bezweifeln sei, als Nebensache behandeln will. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2345, 2350.

Nr. 2347. Privatschreiben an den deutschen Reichskanzler von Bethmann Hollweg, 6. Dez. 1910 Nr. 3187.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Musulin u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Das sehr freundliche Schreiben Euer Exzellenz vom 14. November l. J. habe ich mit dem verbindlichsten Danke erhalten und benütze, um es zu beantworten, mit Vergnügen den ersten freieren Augenblick nach der Tagung der Delegationen.

Von den Nachrichten, die mir Euer Exzellenz über den Verlauf des Potsdamer Zarenbesuches freundlichst zukommen lassen, habe ich mit lebhafter Befriedigung Kenntnis genommen; ich bin sehr erfreut darüber, dass Euer Exzellenz mir die günstigen Mitteilungen, die ich über den Verlauf der Entrevue erhalten, dahin bestätigen, dass die Aussprache der beiden Souveräne eine vertrauensvolle war und dass die Stimmung eine gute gewesen ist. Ich für meinen Theil halte dafür, daß jede persönliche Begegnung der Herrscher der großen europäischen Staaten nur wärmstens begrüßt werden kann, da in diesen Begegnungen die Solidarität der europäischen Monarchen zum Ausdruck kommt und eben hiedurch auch der monarchische Gedanke selbst eine unleugbare Kräftigung erfährt. Ich erinnere mich hier eines Ausspruches, den Kaiser Nikolaus im Jahre 1905 zu mir getan hat und der ungefähr lautete, dass jeder der drei Kaiser allein heute nicht mehr mächtig genug wäre, um dem Ansturm gegen die monarchische Idee zu begegnen, dass dies aber nur den drei Kaisern vereint gelingen könne, wenn ihre Anstrengungen auf dasselbe Ziel gerichtet wären. Dieser Ausspruch fiel in die Zeit nach dem unglücklichen Kriege mit Japan und mitten in die Revolutionsstürme. Kaiser Nicolaus hatte kurz vorher in Björkö eine Begegnung mit Ihrem Allergnädigsten Herrn, wobei die Situation wohl im Sinne der früher erwähnten Solidarität der drei Kaisermächte einer Durchbesprechung unterzogen worden sein mag.

Rückblickend muss ich allerdings konstatieren, dass die russische Politik der letzten Jahre den Gedanken der monarchischen Solidarität nicht sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Ich will jedoch hoffen, dass das Regime Herrn Sasonows hierin eine Wandlung herbeiführen wird.

Ebenso wie ich mit Vergnügen durch Euer Exzellenz erfahre, dass Sie sich von der Zusammenkunft in Potsdam eine günstige Rückwirkung auf die deutsch-russischen Beziehungen erwarten, entnehme ich aus Ihren freundlichen Zeilen mit Befriedigung, dass Sie sich aus der Begegnung der beiden Herrscher einen günstigen Einfluss auch auf unser Verhältnis zu Russland versprechen. Ich teile die Auffassung Euer Exzellenz umso mehr, als auch ich meinerseits mehrere Momente zu verzeichnen in der Lage bin, die dafür sprechen, dass Russland bestrebt ist, zwischen Wien und St. Petersburg eine wärmere Athmosphäre zu schaffen. Schon das Handschreiben Kaiser Nikolaus' an seinen scheidenden Wiener Botschafter, Fürst Urussow, hat eine herzlichere Note angeschlagen. Der Botschafter selbst hat bei dem Abschiedsbesuche, den er mir vor mehreren Wochen abstattete, seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck gegeben, dass er gerade in dem Augenblicke von seinem Posten scheide, in dem die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland eine erfreuliche Besserung erfahren hätten.*b)* Fürst Urussow, der bei diesem Anlasse eine sehr herzliche Message seines Kaisers an meinen Allergnädigsten Herrn zur Sprache brachte, teilte mir auch vertraulich mit, dass er gelegentlich seiner Abschiedsaudienz bei Kaiser Nikolaus in Friedberg Diesem eine Art von Programm für die künftige Entwicklung der oesterreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen entwickelt habe, wobei er jedoch nicht auf die Wiederherstellung einer Entente konkludiert habe, sondern von der in den Grundzügen vorhandenen Übereinstimmung der Balkanpolitik der beiden Mächte ausgegangen sei. Kaiser Nikolaus sei diesen Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit gefolgt und er — Fürst Urussow — habe den Eindruck gewonnen, dass sein höchster Herr seinen Darlegungen beipflichte.

Aus den Bemerkungen Euer Exzellenz über Ihre Unterredungen mit Herrn Sasonow habe ich entnommen, dass der russische Minister, der erfreulicher Weise bei Euer Exzellenz einen günstigen Eindruck hinterlassen hat, sich doch nicht enthalten konnte, einer gewissen Besorgnis wegen einer expansiven Politik Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan Ausdruck zu geben. Diese Tatsache hat mich nicht überrascht, denn ich kenne derartige Äußerungen russischen Mißtrauens gegen unsere Pläne am Balkan schon seit mehr als dreißig Jahren als einen eisernen Bestandteil der russischen Politik. Die russische Taktik geht seit jeher dahin, Rußland nicht selbst zu binden, uns aber eine profession de foi zu entlocken, an der wir dann festgehalten werden sollen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass wir uns durch dieses Manöver nicht irreführen lassen. Euer Exzellenz haben vollkommen recht gehabt, Herrn Sasonow bezüglich der uns unterschobenen Absichten zu beruhigen und hinzuzufügen, dass Deutschland sich niemals verpflichtet hätte, expansive Pläne Oesterreich-Ungarns am Balkan zu unterstützen. Ich war bekanntlich ungefähr zur selben Zeit in der Lage, in den Delegationen*c)* offiziell zu erklären, dass wir territorial saturiert sind und

unsere Interessen am Balkan nicht im Wege einer Expansionspolitik wahrzunehmen gedächten.

Wenn ich nach dem Gesagten meine Anschauung über unser Verhältnis zu Russland zusammenfasse, so möchte ich dies dahin tun, dass dieses Verhältnis heute ein normales und korrektes ist und dass es in Hinkunft ein besseres werden dürfte. Wir werden aber Russland nicht nachlaufen und bei der zukünftigen Gestaltung unserer Beziehungen von dem Prinzipe der politischen Reciprocität ausgehen. Was speziell Herrn Sasonow anbelangt, so bin ich gerne bereit, ihm einen größeren politischen Kredit als seinem Vorgänger einzuräumen, ohne die russischen Diplomaten gegenüber empfehlenswerte Vorsicht aus dem Auge zu verlieren.

Aus dem freundlichen Schreiben Euer Exzellenz ersehe ich ferner, dass in Berlin zwischen Ihnen und Herrn Sasonow auch von Persien die Rede war, und zwar in dem Sinne einer Verständigung und einer Versöhnung der deutschen und russischen Interessen in jenem Gebiete. Die Wirkung dieser Aussprache kann meines Erachtens nur eine günstige sein, und zwar auch nach der Richtung, dass Russland nunmehr, da es mit einer eventuellen Gegnerschaft Deutschlands in Persien nicht mehr zu rechnen hat, dort England gegenüber selbständiger aufzutreten in der Lage ist.

Was die Türkei anbelangt, hat es mich sehr befriedigt zu erfahren, dass Herr Sasonow Euer Exzellenz zugestanden hat, dass die Schaffung und Erhaltung einer stetigen und kräftigen Regierung in der Türkei zur Erhaltung des status quo und zur Vermeidung von Friedensstörungen notwendig sei; es ist sonach die Hoffnung vorhanden, dass die russische Balkanpolitik sich von dem englischen Einflusse allmälig befreien und dass der Türkei eine längere Frist zu ihrer inneren Konsolidierung gegönnt sein wird, wie dies ja im deutschen und in unserem Interesse gelegen ist.

Euer Exzellenz bemerken, dass die türkische Regierung bei ihren Bemühungen, Ruhe und Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten, da und dort auch die landesüblichen drastischen Mittel anwende, die wir eben mit in den Kauf nehmen müssten. Ich will gerne zugestehen, dass die türkischen Machthaber nicht immer mit Sammthandschuhen zugreifen können. Ich kann aber doch nicht umhin festzustellen, dass die Art und Weise, wie die türkische Regierungsgewalt in der Provinz gehandhabt wird, manche nicht ganz unbedenkliche Zeichen des Missbehagens und der Misstimmung gezeitigt hat. Ich will hier nur auf die albanesische Emigration nach Montenegro,[d] auf das Wiederauftauchen von Banden in Mazedonien und schließlich auf den Umstand hinweisen, dass der Gedanke einer gemeinsamen Abwehr türkischer Übergriffe zu einer Annäherung zweier so disparater Milieus, wie des bulgarischen und des griechischen,[e] geführt hat. Nach den letzten vorliegenden Nachrichten scheint man übrigens in Konstantinopel zu einem gewissen Einlenken entschlossen zu sein; wenigstens deutet die mildere Behandlung der Albanesen sowie die Sistierung des Bandengesetzes auf eine solche Disposition hin.

Um den Kreis der aktuellen Fragen zu schließen, erübrigt mir nur noch, mit einigen Worten unserer Beziehungen zu Italien zu gedenken. Wie Euer Exzellenz meinen weiteren Ausführungen in den Delegationen[c]

entnommen haben werden, habe ich nach Möglichkeit getrachtet, Marquis di San Giuliano zu stützen; ich habe von den in unseren Beziehungen noch immer bestehenden Schwierigkeiten in der freundschaftlichsten Weise gesprochen. Mit Vergnügen constatiere ich, daß mein Entgegenkommen in Italien gut aufgenommen wurde. Marquis San Giuliano hat auch in seiner jüngsten Rede mir Gleiches mit Gleichem vergolten. Seine ebenso loyalen wie präcisen Erklärungen über den Dreibund und das Verhältniß Italiens zu Oesterreich-Ungarn werden sicher wie meinen so auch Ihren Beifall gefunden haben. ... *Innere Angelegenheiten des Deutschen Reiches.* ...

a) Vgl. n. 2340, 2349, 2385. — *b)* Vgl. n. 2292. — *c)* Schultheß, Europ. Geschichtskal. 1910, 471 ff. — *d)* Vgl. n. 2390 Anm. c. — *e)* Vgl. n. 2341.

Nr. 2348. Tel. aus Rom, 6. Dez. 1910 Nr. 178 (eing. 7. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Minister des Äussern, welchen ich schon vorgestern (vide meinen Bericht Nr. 55 D)*b)* über die intransigente Haltung der Türkei gegenüber Italien in Tripolis und bezüglich des Zwischenfalles von Hodeida*c)* sowie über die einschlägige Irritation der Kammer besorgt fand, bat mich zu sich, um mir anzuvertrauen, dass die auf Grund seiner letzten energischen Instruktionen an den Botschafter in Konstantinopel von dem letzteren eingelangten Telegramme abermals kein Entgegenkommen der Pforte ankündigen. Er, welcher ein freundschaftliches Verhältnis zur Türkei auf sein Programm geschrieben und sich noch in seiner Budgetrede in diesem Sinne ausgesprochen habe, mit dem Drucke des irritierten Parlaments aber rechnen müsse, verhehle sich nicht, dass unter diesen Umständen jeden Augenblick ein ernster Konflikt ausbrechen könne. Er werde nämlich eventuell sehr gegen seine innerste Überzeugung genötigt sein, zu irgendwelchen Zwangsmassregeln zu schreiten. Dies wollte er mir und werde er morgen meinem deutschen Kollegen vertraulich mitteilen, da er die alliierten Mächte vor keine Überraschung zu stellen wünsche. Auf meine Frage nach der Form der eventuellen Repressivmassregeln behauptete Marquis San Giuliano, sich hierüber noch keinen Plan gemacht zu haben. Es scheint mir aber nach Allem sich gegebenenfalls um eine maritime Aktion, sei es im Roten Meere oder anderwärts zu handeln. Minister des Äussern versprach mir auf meine Bitte, mich auf dem Laufenden zu halten. Dass das Parlament gegen die Türkei und die türkische Presse gereizt ist, steht ausser Frage. Immerhin wäre es auch denkbar, dass der Minister des Äussern sein verblasstes Prestige durch eine energische Aktion zu heben versucht. Mérey.

a) Vgl. n. 2265, 2354, 2355, 2365. — *b)* Bericht aus Rom, 6. Dez. 1910 Nr. 55 D, nicht abgedruckt. — *c)* Beschlagnahme eines italienischen Schiffes in Hodeida wegen angeblicher Konterbande.

Nr. 2349. Erlaß nach St. Petersburg, 6. Dez. 1910 Nr. 3186.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Euer Exzellenz treffen bei Ihrer Rückkehr nach St. Petersburg an der Stelle Herrn Iswolskys einen neuen Mann im Palais

an der Sängerbrücke. Dieser Umstand scheint mir ein genügender Anlaß, die Frage unseres Verhältnisses zu Rußland einer kurzen Besprechung zu unterziehen und Euer Exzellenz im nachfolgenden meine bezügliche Auffassung mitzuteilen. Wenn auch nichts zu der Annahme berechtigt, daß in der russischen Politik durch die Berufung Herrn Sasonows eine gründliche Wandlung in dem Sinne einer Abkehr von den Westmächten und eines Anschlusses an die Zentralmächte zu erwarten sei, so ist durch den Rücktritt Herrn Iswolskys jedenfalls das irritierende persönliche Moment in Wegfall gekommen und damit zum wenigsten die Voraussetzung für eine rein sachlichen Erwägungen entspringende Besserung unseres Verhältnisses zu Rußland gegeben. Es sind auch bereits verschiedene Momente zu verzeichnen, die von dem Bestreben der russischen Politik zeugen, das Terrain der kühlen Korrektheit, auf dem sich unsere Relationen derzeit bewegen, zu verlassen und eine wärmere Atmosphäre zwischen Wien und Petersburg zu schaffen. Ich brauche hier nur auf das Handschreiben Kaiser Nikolaus' an seinen scheidenden Wiener Botschafter, Fürst Urusov, hinzuweisen, in dem bereits eine herzlichere Note angeschlagen wird. Auch bei meiner letzten Unterredung mit dem Fürsten konnte ich analoge Symptome in den Aeußerungen des Botschafters konstatieren. Wie Euer Exzellenz der hier mitfolgenden Aufzeichnung meiner Unterredung mit Fürst Urusov[b]) entnehmen wollen, hat dieser seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß er gerade in dem Augenblicke von seinem Posten scheide, in dem die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland eine erfreuliche Besserung erfahren hätten. Indem der Botschafter eine sehr herzliche Message seines Kaisers an unseren Allergnädigsten Herrn erwähnte, teilte er mir vertraulich mit, daß er gelegentlich seiner Abschiedsaudienz bei Kaiser Nikolaus in Friedberg Diesem eine Art von Programm für die künftigen Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Rußland entwickelt habe, wobei er jedoch nicht auf die Wiederherstellung einer Entente konkludiert habe, sondern von der in den Grundzügen vorhandenen Uebereinstimmung der Balkanpolitik der beiden Mächte ausgegangen sei. Kaiser Nikolaus sei diesen Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit gefolgt und er, Fürst Urusov, habe den Eindruck gewonnen, daß sein höchster Herr seinen Darlegungen beipflichte. Wenn also nach dem Vorhergesagten gegenwärtig unter dem Régime Herrn Sasonows günstigere Dispositionen für die Pflege guter Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn vorhanden sein dürften, so bin ich auch meinerseits, wie Euer Exzellenz wissen, immer bereit, einer derartigen Tendenz des Petersburger Kabinettes entgegenzukommen. Nach der glücklichen Durchführung der Annexion würde ich die Wiederherstellung eines guten Verhältnisses zu Rußland nur als die Fortsetzung eines politischen Gedankens betrachten, den ich niemals fallen gelassen habe. In dieser Beziehung werden die guten persönlichen Beziehungen, die Euer Exzellenz mit Herrn Sasonow noch während der Zeit, wo er als erster Mitarbeiter Iswolskys tätig war, unterhalten haben, sehr nützlich sein. Da aber, wie ich eingangs bemerkte, nichts darauf schließen läßt, daß sich eine grundlegende Wandlung in dem System der auswärtigen Politik Rußlands vorbereitet und als Aktivum einstweilen nur das eine Moment zu buchen ist,

daß der persönliche Gegensatz zwischen mir und Herrn Iswolsky in Wegfall kam, so wird in der jetzigen neuen Phase unserer Beziehungen zu Rußland die größte Vorsicht am Platze sein. Ich bin gerne bereit, Herrn Sasonow einen größeren politischen Kredit als seinem Vorgänger einzuräumen, aber wir haben ihn noch nicht am Werke gesehen und müssen daher in unserer bisherigen Reserve verbleiben. Wie ich streng vertraulich aus Berlin erfahre,[c] hat Herr Sasonow dort, als er der Potsdamer Kaiser-Entrevue beiwohnte, einen sehr günstigen Eindruck hinterlassen; Herr von Bethmann Hollweg und er haben sich in dem Gedanken begegnet, daß der status quo am Balkan aufrechterhalten werden müsse und daß hiezu neben einer friedlichen inneren Entwicklung der Balkanstaaten die Schaffung und Erhaltung einer stetigen und kräftigen Regierung in der Türkei gehöre. Sollte sich der status quo nicht aufrecht erhalten lassen, so wäre es die Aufgabe der Mächte, den entstehenden Konflikt zu lokalisieren. Neben diesen sehr klugen und einwandfreien Erwägungen hat aber Herr Sasonow sich doch nicht enthalten können, in Berlin auch einer gewissen Besorgnis wegen einer expansiven Politik Oesterreich-Ungarns am Balkan Ausdruck zu geben. Ich will diese Tatsache nicht gegen ihn ins Feld führen, es gibt mir aber zu denken, daß der neue russische Minister des Aeußern bereits mit den traditionellen Aeußerungen des russischen Mißtrauens gegen unsere Balkanpolitik hervorgetreten ist, die ich schon seit mehr als 30 Jahren als einen eisernen Bestandteil der russischen Politik kenne. Diese immer wieder geäußerten Zweifel an der Loyalität unserer Balkanpolitik verfolgen den durchsichtigen Zweck, uns zu beruhigenden und unsere Uneigennützigkeit betonenden Erklärungen zu bewegen, an denen wir festgehalten werden sollen, während analoge Erklärungen russischerseits nicht vorliegen. Unser politisches Verhältnis zu Rußland aber kann sich nur auf der Basis vollkommener politischer Reziprozität entwickeln. Wenn Rußland ernstlich gute Beziehungen zu uns will, so muß es ebenso unsere eigenen politischen Interessen berücksichtigen, wie wir bereit sind, es mit den seinen zu tun. Dieses Resultat werden wir aber am ehesten erreichen, wenn wir in unserem politischen Verkehr mit dem russischen Kabinett jeden demonstrativen Eifer vermeiden; wir dürfen unter keinen Umständen den Eindruck aufkommen lassen, als ob wir jetzt, wo sich in Petersburg ein Personenwechsel vollzogen hat, den Moment zu einer Anbiederung für gekommen erachteten. Glücklicherweise ist unsere internationale politische Stellung eine derartige, daß sie uns eine freundliche, aber abwartende Politik Rußland gegenüber gestattet: unser Bündnis mit Deutschland hat seine Proben bestanden, unser Verhältnis zu Italien ist besonders jetzt ein erfreulich gutes und schließlich hat die durch die Annexion gegebene klare Situation die Möglichkeit vertrauensvoller Beziehungen zum türkischen Reiche geschaffen. Der bewährten Einsicht Euer Exzellenz überlasse ich es, Ihre Konversationen mit Herrn Sasonow auf den diesen Tatsachen entsprechenden Ton zu stimmen: man soll in Petersburg erkennen, daß wir immer bereit sind, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und Entgegenkommen mit Entgegenkommen zu erwidern, daß wir aber um niemandes Gunst zu werben gezwungen sind.

[a] Vgl. n. 2347, 2352, 2382. — [b] Vgl. n. 2292. — [c] Vgl. n. 2313.

Nr. 2350. Tel. aus Belgrad, 7. Dez. 1910 Nr. 160 (eing. 4 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm von gestern Nr. 68. Ich teilte Minister des Äussern mit, dass Euer Excellenz, wie es vorauszusehen war und ich es ihm vorausgesagt hatte, vom Communiqué nicht befriedigt waren. Ich hielt dem Minister vor, dass das am Montag erschienene Communiqué sehr verschieden war von dem Gedankengang, den er mir am Tage vorher skizziert hatte und welchen ich vor ihm mir notiert hatte. Speziell der von mir beanständete Satz sowie die von mir geforderten Einschaltungen seien trotz seines ausdrücklichen Versprechens intakt geblieben, respektive nicht vorgenommen worden. Trotzdem wollten Euer Exzellenz mit grossem Entgegenkommen und in Würdigung der Lage der serbischen Regierung gegen die serbische Enunziation nicht direkt remonstrieren, sondern hätten dieselbe im Fremdenblatt erscheinen, aber von einem Communiqué unsererseits begleiten lassen. Der Minister war durch meine in entschiedenen Ausdrücken gehaltene Einleitung so erschrocken, dass er sichtlich erleichtert aufatmete, als ich ihm die mir telegrafierten zwei Punkte unseres Communiqué's auseinandersetzte und ihn nur zu der bündigsten Versicherung aufforderte, dass die serbische Regierung in keinerlei offiziöser Weise uns widersprechen oder entgegentreten werde. Er gab mir bereitwillig die geforderte Vollmacht, dies Euer Exzellenz zu telegrafieren, und meinte, dass beide Punkte vollkommen mit seiner Auffassung stimmen, nur im zweiten Punkte hätte er eine Einschränkung auf die Stellung meiner Person (statt auf jene der k. u. k. Gesandtschaft) vorgezogen. Doch akzeptiere er auch diese Deutung ohne Widerspruch. Er war anfangs von meinen Worten so impressioniert, dass er mich sogar unterbrach, um mir zu sagen, dass die deutsche Übersetzung unserer Blätter an den beanständeten Stellen schärfer klingt als der serbische Text und dass auch in der „Samouprava" ein verschärfender Druckfehler unterlaufen sei. Fortsetzung folgt.

Forgách.

[a] Vgl. n. 2346, 2351.

Nr. 2351. Tel. aus Belgrad, 7. Dez. 1910 Nr. 161 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 160. Einem eventuellen Proteste gegenüber wollte er sich bereits in recht charakteristischer Weise mit Druck- und Übersetzungsfehlern heraushelfen! Er versicherte mir im Laufe des Gespräches, dass bei dem Prozesse nichts herauskommen werde. Er habe nunmehr das Untersuchungsmaterial gesehen und dasselbe enthalte eigentlich gar nichts, ausser der durch Masaryk bereits publizierten Erzählung Vasić's. Höchstens könne man sagen, dass Vasić durch detailierte Beschreibung ihrer Wohnungen und so weiter ungefähr beweisen könne, dass er zwei untergeordnete Beamte der Gesandtschaft gekannt und aufgesucht habe. Ich sagte dem Minister, dass ich ihm gegenüber oft erwähnt hätte, dass viele zweifelhafte Individuen sich an unsere Organe, ebenso wie an die Semliner oder Belgrader Polizei, mit Mitteilungen oder dem Anbote

ihrer Dienste wendeten. Er bestätigte dies und fügte hinzu, dass daraus keiner Gesandtschaft ein Vorwurf gemacht werden könne; jede Vertretung müsse Informationen annehmen, besonders in Zeiten, wie vor zwei Jahren. Minister hofft, dass der Prozess spätestens in nächster Woche durchgeführt und damit ganze Affaire hier erledigt sein wird. Die Regierung werde mit aller Entschiedenheit fordern, dass die Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinde. Öffentlich bekannt würden nur der Anklageakt und das Urteil. Über die juridische Konstruktion und Basis des Prozesses sind weder die Regierung noch die Richter zu einer Entscheidung gekommen. Ich machte ihn aufmerksam, dass, falls der Anklageakt auf Fälschung laute, Worte wie „über fremden Auftrag" in demselben nicht vorkommen dürfen. Streng vertraulich. Mein italienischer Kollege, der öfters und stets in sehr loyaler Weise mit Minister des Äussern sprach, sagte mir, dass gewisse Worte desselben in ihm den Eindruck erwecken, dass die Regierung Interesse habe, Vasić für mehrere Jahre in das Zuchthaus verschwinden zu lassen. Forgách.

a) Vgl. n. 2357.

Tel. nach Berlin, 7. Dez. 1910 Nr. 105 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2354.

Nr. 2352. Bericht aus Berlin, 7. Dez. 1910 Nr. 51 A (eing. 8. Dez.).a) Ausfert.

Vertraulich! Der Hauptgegenstand der langen Unterredung, die ich gleich nach Rückkehr von meinem Urlaube mit dem Reichskanzler hatte, war, wie ich Euer Excellenz schon telegrafisch zu melden mich beehrt habe, der Potsdamer Zarenbesuch und die vertraulichen Besprechungen, die bei diesem Anlasse zwischen Herrn von Bethmann Hollweg, Herrn von Kiderlen und Herrn Sasonow stattfanden. Die Mitteilungen, die mir der Reichskanzler über den vertrauensvollen und herzlichen Verkehr der beiden Kaiser und über seine und des Staatssekretärs wiederholten Konferenzen mit dem Leiter der russischen auswärtigen Angelegenheiten machte, decken sich vollkommen mit dem Inhalte jenes vertraulichen Schreibens, welches Herr von Bethmann Hollweg b) über diesen Gegenstand Euer Excellenz zukommen liess. Euer Excellenz hatten gelegentlich meines letzten Aufenthaltes in Wien die Güte, mir in dieses Schreiben Einblick zu gewähren, und ich kann konstatieren, dass die mir gemachten Mitteilungen des Reichskanzlers beinahe wörtlich mit seinen an Euere Excellenz gerichteten Auseinandersetzungen übereinstimmten. Im Laufe unseres Gespräches erwähnte ich, dass mein russischer Kollege mir mit besonderem Nachdruck versicherte, die Erklärung Herrn Sasonow's, dass die russisch-englische Entente nie eine Spitze gegen Deutschland gehabt und dass sie auch in der Zukunft unter keinen Umständen eine solche haben werde, hier einen überraschend guten Eindruck hervorgerufen habe. Herr von Bethmann Hollweg erwiderte, in der Tat habe diese Erklärung ihn sehr angenehm berührt; von der Vergangenheit wolle er jetzt nicht sprechen, und was die Zukunft betreffe, so müsse eben abgewartet werden, ob die Haltung der

russischen Politik den abgegebenen Erklärungen des russischen Ministers entsprechen werde. Persien betreffend habe zwischen ihm und Herrn Sasonow nur ein, allerdings recht eingehender Gedankenaustausch stattgefunden, wobei der russische Minister beteuerte, dass Russland für die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität Persiens und des Prinzipes des offenen Tores fest einzutreten entschlossen ist. Auch dies seien wertvolle Zusagen, denen aber ebenfalls entsprechende Taten nachfolgen sollten; übrigens habe Herr Sasonow versprochen, bezüglich Persiens und der in Aussicht genommenen russisch-persischen Bahnverbindung, welche wegen der Bagdadbahn deutscherseits begreiflicherweise mit grossem Interesse verfolgt werde, hierher noch schriftliche Mitteilungen zu machen. Dieselben seien aber bisher noch nicht erfolgt, und werden wohl noch weiter auf sich warten lassen. Von dem Interview Herrn Sasonow's mit einem Redakteur der „Nowoje Wremja" ist der Reichskanzler keineswegs erbaut. Er wundert sich, dass der neue Minister des Äussern sich überhaupt zu einer Aussprache mit einem Journalisten hergegeben hat. Im Übrigen gibt aber Herr von Bethmann Hollweg zu, dass das in dem genannten russischen Blatte publizierte Interview nichts enthalte, was den Tatsachen nicht entspreche. Dasselbe sei allerdings „ad majorem gloriam Herrn Sasonow's" im russischen Sinne redigiert. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2349, 2360. — [b]) Vgl. n. 2313.

Nr. 2353. Bericht aus Berlin, 7. Dez. 1910 Nr. 51 B (eing. 8. Dez.).[a]) Ausfert.

Geheim. Staatssekretär von Kiderlen-Wächter ersucht mich, Euer Excellenz seinen verbindlichsten Dank für die interessante Nachricht über die englischen und russischen Bestrebungen, die Türkei zum Abschluss eines Allianzvertrages mit Serbien zu bewegen, auszusprechen (Euer Excellenz geheimer Erlass Nr. 3178 d. d. 2. l. Mts.). Bisher sei hier, wie mir der Staatssekretär versichert, eine gleiche Meldung nicht eingetroffen. Jedenfalls werfe die in Rede stehende Nachricht ein scharfes Licht auf die Haltung und das Vorgehen der Tripelentente, — auch nach dem Abschluss der Annexions-Krise. Sollten in dieser Angelegenheit hier Berichte einlangen, so werde er, der Staatssekretär, nicht ermangeln, Euere Excellenz sofort zu verständigen. Szögyény.

[b]) Vgl. n. 2369.

Nr. 2354. Tel. nach Konstantinopel Nr. 220 (1) und Berlin Nr. 105 (2), 7. Dez. 1910 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Musulin und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

1. u. 2. Streng vertraulich. Herr von Mérey telegraphiert aus Rom vom 6. l. M.: ... *wie n. 2348 bis: „vor keine Überraschung zu stellen wünsche."*

1. Die vorstehende Meldung ist nur zu Euer Exzellenz persönlicher Kenntnis bestimmt; falls Euer Exzellenz jedoch auch selbst der Ansicht

sein sollten, daß aus den im Telegramm Herrn von Méreys erwähnten Gründen Schwierigkeiten in den Beziehungen der Türkei zu Italien zu gewärtigen seien, so können Hochdieselben bei einer sich ergebenden passenden Gelegenheit und in vorsichtiger Weise (so wie Sie dies anfangs Oktober l. J.,[b]) ohne Tripolis zu erwähnen, schon einmal getan haben) den türkischen Staatsmännern gegenüber dem Gedanken Ausdruck geben, es sei im Interesse der Türkei gelegen, ihr Verhältnis zu Italien tunlichst vor Trübungen zu bewahren. Euer Exzellenz können weiters auf die uns bekannten, für die Türkei freundschaftlichen Intentionen der italienischen Regierung hinweisen, die neuestens in dem für die Türkei besonders sympathischen Tenor der jüngsten Parlamentsrede Marquis di San Giulianos zum Ausdruck gekommen seien. Es wird mich interessieren zu erfahren, ob und in welcher Weise Sie Gelegenheit hatten, dieser Weisung, welche ich auch nach Berlin mitteile, zu entsprechen. Es wird sich empfehlen, in der Angelegenheit in enger Fühlung mit Baron Marschall vorzugehen.

2. Ich habe die vorstehende Meldung dem k. u. k. Botschafter in Konstantinopel zu seiner persönlichen Kenntnis mitgeteilt; Markgraf Pallavicini wird keine Demarche unternehmen und nur, falls er selbst der Meinung sein sollte, daß Schwierigkeiten in den Beziehungen der Türkei zu Italien bevorstünden, bei passendem Anlaß den türkischen Staatsmännern gegenüber, wie er dies bereits einmal getan hat (mein Telegramm Nr. 86 vom 8. Oktober l. J.), auf die für die Türkei freundschaftlichen Intentionen des italienischen Kabinettes hinweisen; der Botschafter wird hinzufügen, daß diese freundschaftlichen Intentionen in der jüngsten Kammerrede Marquis di San Giulianos in besonders prägnanter Weise zum Ausdrucke gelangt seien. Markgraf Pallavicini hat die Weisung, sich vorher mit Baron Marschall über die Angelegenheit auszusprechen. Euer Exzellenz wollen das Vorstehende vertraulich zur Kenntnis des Herrn Staatssekretärs bringen; es würde mich interessieren zu erfahren, was der Herr kaiserlich deutsche Botschafter in Rom über die Besorgnisse Marquis die San Giulianos nach Berlin berichtet hat. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2355, 2370, 2421. — [b]) Es handelt sich wohl um den mit n. 2271 einberichteten Schritt.

Nr. 2355. Tel. aus Rom, 7. Dez. 1910 Nr. 179 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Mein deutscher Kollege suchte mich auf, um mir mitzuteilen, dass Minister des Aeussern ihm soeben die mit meinem gestrigen Telegramme Nr. 178 gemeldeten Konfidenzen gemacht habe, mit dem Beifügen, ein heute eingelangtes Telegramm aus Konstantinopel lasse Intransigenz der Pforte noch krasser erscheinen. Herr von Jagow teilt meinen Eindruck, dass Marquis San Giuliano unter der Pression des Parlamentes und vielleicht auch in der Sucht nach einem persönlichen Erfolge an eine Aktion gegen die Türkei denke, sieht aber auch in dem nervösen Ministerpräsidenten und dem ehrgeizigen Botschafter in Konstantinopel treibende Elemente. Während ich gestern, um den Standpunkt Euer Excellenz nicht zu präjudizieren, nur akademisch und als persönliche Ansicht Inopportunität

und Risiko der fraglichen Aktion gegenüber Minister des Aeussern erörterte, hat mein deutscher Kollege diese Auffassung viel nachdrücklicher vertreten. Er zweifelt aber am Erfolge seiner Ratschläge. Mérey.

a) Vgl. n. 2354, 2356, 2365.

Nr. 2356. Tel. aus Rom, 8. Dez. 1910 Nr. 180 (eing. 5 U. 35 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Minister des Aeussern teilte mir gestern abends vertraulich Wortlaut seines letzten Telegrammes an den Botschafter in Konstantinopel sowie Notizen über die hauptsächlichsten Differenzpunkte mit der Türkei mit. Ich sende diese Pièces samt ausführlichem Berichte[b] übermorgen durch sichere Gelegenheit. Die Notizen betreffen: 1.) Zwischenfall von Hodeida. 2.) Citierung des Dragomans des italienischen Generalkonsulates in Tripolis vor das Strafgericht unter der falschen Anklage, bei Intervention zum Schutze eines Italieners (vide dritten Punkt) einen Gendarmen misshandelt und den Sanitätskordon durchbrochen zu haben. 3.) Citierung eines italienischen Staatsangehörigen in Tripolis vor das Strafgericht unter der Anklage, einen Sanitätsarzt geprügelt zu haben, während der Fall umgekehrt liegt. 4.) Weigerung der Behörden in Tripolis, von Italienern erworbene Grundstücke grundbücherlich einzutragen. 5.) Weigerung der Behörden in Tripolis, einem von italienischen Kapitalisten für die Ausbeutung von Phosphorlagern gebildeten Syndikat die angesuchte Konzession zu erteilen. — Das Telegramm enthält vor Allem den Auftrag, die für heute Donnerstag von Rifaat Pascha versprochene Inhibierung der Zeitung „Jeune Turc" abzuwarten. Darnach soll Botschafter sofort Satisfaktion für alle Zwischenfälle verlangen und zwar: ad 1.) sofortige Freigabe der Barke, später zu beziffernde Entschädigung und Bestrafung des Mutessarifs von Hodeida, wobei letztere Forderung im Laufe der Verhandlungen fallen gelassen werden könnte; ad 2.) sofortige Zurückziehung der kapitulationswidrigen Klagen; ad 3.) Trennung und korrekte kapitulationsmässige Durchführung der beiden Prozesse gegen den italienischen Untertanen; ad 4.) grundbücherliche Eintragung der von Italienern erworbenen Grundstücke; ad 5.) Erteilung der Konzession. — Botschafter soll ferner sich weitere Demarche bezüglich anderer Reklamationen vorbehalten und Protest gegen systematisch feindliche Haltung der Behörden in Tripolis gegen jede italienische Initiative einlegen. Das Telegramm rekapituliert weiter eine ernste Unterredung des Marquis San Giuliano mit dem hiesigen türkischen Botschafter über Irritation in Italien gegen die Türkei. Schliesslich erhält Botschafter Auftrag, vor seiner Demarche bei türkischer Regierung mündlich und nicht offiziell unseren und deutschen Botschafter zu verständigen, um sie zu überzeugen, daß Italien eine gerechte und billige Sache vertrete. Obgleich die Politik Italiens wie jene seiner Alliierten die Konsolidierung der Türkei anstrebe, könne es doch nicht zugeben, dass die letztere diese freundschaftlichen Absichten missbrauche, um Italiens legitime Interessen und Würde zu verletzen. Mérey.

a) Vgl. n. 2355, 2365, 2370. — b) Bericht aus Rom, 10. Dez. 1910 Nr. 56 A (eing. 12. Dez.), nicht abgedruckt.

Nr. 2357. Tel. aus Belgrad, 9. Dez. 1910 Nr. 164 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Gelegentlich einer Handelspolitik und administrative Reklamationen betreffenden Unterredung mit dem Finanzminister Protić, welcher gegenwärtig auch das Ministerium des Innern leitet und neben dem Ministerpräsidenten das massgebendste Mitglied des Kabinettes ist, kamen wir auch auf die Affaire Masaryk zu reden. Minister sagte mir, der Prozess gegen Sergian-Vasić werde nächste Woche bei Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden und hiemit die ganze Affaire definitif erledigt sein; er sprach auffallend abfällig über Professor Masaryk, dessen Aktion und Leichtgläubigkeit gegenüber den Aussagen eines solchen Individuums. Seit zwei Tagen sind die hiesigen Zeitungen über die Angelegenheit beinahe ganz verstummt, was mir zukommenden vertraulichen Nachrichten zufolge auf energische Weisungen der Regierung zurückzuführen sein soll. Forgách.

[a] Vgl. n. 2351, 2358.

Nr. 2358. Tel. aus Belgrad, 9. Dez. 1910 Nr. 165 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Die „Samouprava" reproduziert das Communiqué des „Fremdenblatt" und fügt am Schlusse folgenden Absatz hinzu: „Da unser Communiqué in diesem Gegenstande am 5. d. M. verlautbart worden ist, haben wir an massgebender Stelle Aufklärungen verlangt und die Antwort erhalten, dass die serbische Regierung alles, was sie in dieser Sache zu sagen für nötig hielt, in dem in unserem Blatte enthaltenen Communiqué verlautbart hat und dass sie weder etwas hinzuzufügen, noch etwas wegzunehmen habe." Diese Erklärung ist nicht ganz klar, da darin teils die Redaktion, teils die Regierung spricht. Ich werde sofort entweder noch heute abends oder morgen früh vom Minister des Äussern Aufklärungen verlangen.

Forgách.

[a] Vgl. n. 2357, 2359, 2361, 2368.

Nr. 2359. Tel. aus Belgrad, 9. Dez. 1910 Nr. 166 (eing. 10. Dez. 6 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 165. Ich habe Minister des Äussern wegen Veröffentlichung im offiziösen Organ zur Rede gestellt. Er sagte mir, Communiqué des Fremdenblattes habe in parlamentarischen Kreisen Aufsehen erregt und es wurde beabsichtigt, die Regierung zu interpellieren und ihr besonders vorzuwerfen, dass sie alles, was sie selbst über pendente gerichtliche Angelegenheit nicht zu veröffentlichen gewagt hatte, im Einvernehmen mit uns in Wien publizieren liess. Um einer unangenehmen Interpellation zu entgehen, habe daher Kabinett heute vormittag in der Skupschtina Ministerrat abgehalten und beschlossen, in einer Form, an welcher wir keinen Anstoss finden können, anzudeuten, dass das Communiqué des Fremdenblattes nicht zwischen den beiden Regierungen verabredet

worden war. Der kurze, möglichst anodyn gehaltene Satz in der „Samouprava" beabsichtigte nur dies. Die Regierung sei nicht nur, wie er mir vor zwei Tagen versprochen hatte, unserem Communiqué nicht entgegengetreten oder habe demselben nicht widersprochen, sondern enthalte sich auch jeder Kritik oder Diskussion. Er habe daher Herrn Simić telegraphiert, er solle unverzüglich, um einen schlechten Eindruck zu vermeiden, Euer Excellenz von dem Erscheinen der anodynen offiziösen Erklärung verständigen und hinzufügen, dass die Regierung damit nur bezwecke, jede Diskussion im Inlande über unser Communiqué abzulehnen, obwohl dasselbe die Regierung in eine schwierige Lage gebracht habe. Ich machte dem Minister kein Hehl daraus, dass ich über diese neue unnötige Enunziation sehr aufgebracht sei und dass ich im Interesse der Aufrechterhaltung der Beziehungen nur wünschen und hoffen könne, dass Euer Excellenz mehr Nachsicht und Geduld hätten, als ich. Der Minister erschöpfte sich hierauf in seinen gewöhnlichen Beteuerungen über seinen besten Willen, Schwierigkeiten und so weiter. Er liess mich verstehen, dass er in dem ersten Communiqué meinen Forderungen hätte nachkommen wollen, aber bei einigen seiner Kollegen auf Widerstand gestossen sei; nun hätte es den Anschein gehabt, als ob er sich mit mir verständigt hätte, dass die betreffenden Stellen in Wien zu publizieren seien. Ich möchte doch einsehen, mit welchem guten Willen die serbische Regierung den Inzidenzfall schnell aus der Welt schaffen wolle. Es sei Vorsorge getroffen, dass der Prozess unbedingt nächste Woche, vielleicht schon Montag oder Dienstag stattfinde. Er werde in einem Tage mit Ausschluss der Öffentlichkeit beendigt werden und das Urteil und dessen Motivierung würden nichts enthalten, was bei uns Anstoss erregen könnte. Der Verteidiger werde von Amts wegen bestellt und ein solcher ausgesucht, welcher keine Unannehmlichkeiten bereiten und nichts publizieren werde. Alle Jene, besonders Professor Masaryk, welche hofften, dass bei dem Prozesse neue Enthüllungen herauskommen, würden vollkommen enttäuscht werden. Er könne mir besonders versichern, dass die heutige Veröffentlichung absolut nicht aus Rücksicht auf Masaryk erfolgt sei. Euer Excellenz werden über die Verlogenheit der serbischen Regierung und unverschämte Tücke ihrer offiziösen Enunziation wohl ebenso empört sein, wie ich. Da aber ein aus dieser ganz heiklen Angelegenheit resultierender Bruch zu unseren Ungunsten missdeutet würde und soweit als möglich vermieden werden muss, kann ich leider wiederum nur beantragen, dass Euer Excellenz, falls es Hochdenselben überhaupt möglich erscheint, die wenigen, aber trotz ihrer Kürze möglichst verdrehbaren Worte des offiziösen Organes totschweigen oder in einer uns akzeptablen Weise deuten lassen und daher mir befehlen, weiter hier auszuharren. Das Communiqué des Fremdenblattes ist hier von keiner Zeitung reproduziert worden und wurde kaum erwähnt. Ich werde telegraphisch berichten, ob dies in Verbindung mit dem serbischen offiziösen Nachsatze morgen geschieht oder ob die öffentliche Meinung hier weiter schweigt. Im Publikum scheint das Interesse stark erloschen zu sein. Forgách.

a) Vgl. n. 2361, 2362, 2363, 2368.

Nr. 2360. Bericht aus Bukarest, 9. Dez. 1910 Nr. 55 A (eing. 11. Dez.).[a]
Ausfert.

In der Audienz, welche mir Seine Majestät der König am Ende der vorigen Woche zu gewähren geruhte, war, obwohl dieselbe über 2 Stunden währte, dank der eminent ruhigen politischen Lage diesmal weniger von actuellen Angelegenheiten als vielmehr von Reminiscenzen und Fragen allgemeineren Charakters die Rede, so dass ich meine ergebenste Meldung über den Verlauf meiner Audienz verhältnismäßig kürzer fassen kann. Der König constatierte mit Genugtuung, dass, soweit die Höchstdemselben zugekommenen Informationen reichten, die Entrevue von Potsdam ein zufriedenstellendes Resultat aufweise und knüpfte hieran die Bemerkung, dass Seines Erachtens die Zeit möglicherweise nicht ferne liege, wo etwas wie ein Drei-Kaiser-Bund der politischen Lage seinen Stempel aufdrücken würde. England sowohl als Frankreich schwenkten immer mehr und mehr nach links zum Radicalismus ab und könnte dies Russland auf die Dauer eben doch nicht passen, so dass sich nach Ansicht Seiner Majestät das russische Kaiserreich gezwungen sehen könnte, sich einer etwas anderen politischen Constellation anzupassen. Indem Seine Majestät ferner das allseitig wachsende Bedürfnis nach Frieden feststellte, ging Höchstderselbe auf einige politische Fragen über, welche Rumänien zunächst tangieren. König Ferdinand, so meinte Seine Majestät, scheine „auf alle Welt böse zu sein", so auch auf Berlin, vermutlich auch auf Wien und, wie Er annehmen müsse, auch auf Rumänien; denn eine freundschaftliche Message, die Er vor einiger Zeit habe an den König nach Sophia ergehen lassen, sei bisher unbeantwortet geblieben. Dies beunruhige Ihn aber keineswegs und sehe Er auch einem eventuellen Régimewechsel, sei es nun ein Cabinett Daneff oder (nach der erfolgten Aussöhnung) Geschow, mit Vertrauen entgegen, zumal einem Cabinett Geschow, denn dieser sei ein ausgesprochener Rumänophile. Betreffs des Brückenbaues nach Bulgarien hinüber stünden die Dinge noch immer am selben Fleck. Die Brücke bei Turn-Severin aber könne erst gebaut werden, wenn Serbien wieder Geld habe, was jetzt nicht der Fall sei. „Auch müsse vorher" so fügte Seine Majestät hinzu, „die Donau-Adria-Bahn fertiggestellt sein." Über die Consolidierung des neuen Régimes in der Türkei könne man nach wie vor etwas Bestimmtes nicht sagen, und was die innere Lage in Griechenland betreffe, so scheint dem König, dass man die letzte Hoffnung auf die Tüchtigkeit Venizelos setzen müsse. Gelinge auch dieser Versuch nicht, dann sei die weitere Entwicklung der Dinge unabsehbar. „Es liegt übrigens," so fuhr Seine Majestät fort, „kein Grund vor, dass wir nicht mit Griechenland mit der Zeit wieder auf einen ganz normalen Fuß kommen. Auch machen wir jetzt den hier lebenden Griechen keinerlei Schwierigkeiten." ... *Folgen Äußerungen des Königs über wirtschaftliche Fragen Rumäniens.* ... Mit Wärme sprach Sich der König über den Herrn königlich ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Khuen aus und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Verhandlungen mit den ungarländischen Rumänen zu einem Resultate führen würden, was nach vielen Richtungen die segensreichsten Folgen zeitigen könnte. ... *Folgen Äußerungen des Königs über Aufhebung des gegenseitigen Paßzwanges*

und die innere Politik in Rumänien. ... Ich fand Seine Majestät gut aussehend und höre auch allgemein, dass das Befinden des Königs sowohl wie dasjenige Ihrer Majestät der Königin jetzt durchaus zufriedenstellend ist.

Schönburg.

[a]) Vgl. n. 2352, 2382.

Nr. 2361. Tel. nach Belgrad, 10. Dez. 1910 Nr. 71 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Maschinschrift u. Pogatscher; G. Aehrenthal).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 165 und 166. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich unverzüglich zu Herrn Milovanović zu begeben und dem Herrn Minister gegenüber feststellen zu wollen, daß angesichts der jüngsten Veröffentlichungen der „Samo-Uprawa" die Euer Exzellenz erteilten Versicherungen, daß die serbische Regierung unserem Communiqué weder widersprechen noch entgegentreten werde, nur als eine Irreführung gedeutet werden könnten. Euer Exzellenz wollen Herrn Milovanović daran erinnern, daß er Ihnen ausdrücklich die Vollmacht gab, mir seine bezüglichen Versicherungen telegraphisch einzuberichten. In dem Wunsche, solange als möglich die Beziehungen zwischen der Monarchie und Serbien vor einer Trübung zu bewahren, wolle ich heute bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gehen und mich darauf beschränken, im morgigen „Fremdenblatt" im Anschlusse an die Wiedergabe der jüngsten Veröffentlichung der „Samo-Uprawa" konstatieren zu lassen, daß die authentischen Feststellungen unseres Communiqués vom 6. d. hiedurch selbstverständlich in keiner Weise berührt werden. Euer Exzellenz wollen aber dem Herrn Minister nicht verhehlen, daß mein Vertrauen darauf, daß auch die serbische Regierung fest entschlossen sei, ebenso wie wir eine Störung des eben hergestellten guten Verhältnisses durch den Zwischenfall Vasić nicht eintreten zu lassen, in hohem Grade erschüttert ist. Unsere zukünftige Haltung wird also davon abhängen, ob die serbische Regierung wenigstens fortan ihr Verhalten mit ihren loyalen Versicherungen in Einklang zu bringen wissen wird. Sollte dies auch in Hinkunft nicht der Fall sein, so würden Euer Exzellenz unverzüglich abberufen und die Öffentlichkeit zugleich über die eigentümliche Haltung unterrichtet werden, die die serbische Regierung bei den jüngsten Verhandlungen an den Tag gelegt hat. Die vorstehenden Erklärungen wollen Euer Exzellenz dem Herrn Minister in sehr förmlicher Weise abgeben und sodann, ohne sich in eine Erörterung derselben einzulassen, die Konversation abbrechen. Fortsetzung folgt. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2362, 2366.

Nr. 2362. Tel. nach Belgrad, 10. Dez. 1910 Nr. 72 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) *Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).*

Herr Simić war eben bei mir, um den in Ihrem Telegramm vom 9. d. Nr. 166 erwähnten Auftrag auszuführen. Hiebei machte er betreffs unseres Communiqués vom 6. d. M. die Bemerkung, daß dasselbe die Regierung in Belgrad unangenehm überrascht habe. Herr Simić teilte mir ferner mit, Herr Pašić und Herr Milovanović hätten Euer Exzellenz

gegenüber nicht eine formelle Erklärung des Inhaltes abgegeben, daß den Anschuldigungen eines Vasić in den maßgebenden Kreisen Belgrads kein Glaube geschenkt werde, sondern die in diesem Sinne gehaltenen Äußerungen der beiden Minister seien nur gesprächsweise gefallen, nachdem Euer Exzellenz dieses Thema berührt hätten. Schließlich war der Gesandte beauftragt, mir zu sagen, Herr Milovanović habe in das erste Communiqué der Samo-Uprawa alles dasjenige aufgenommen, was Euer Exzellenz gewünscht hätten und man hätte bei der Abfassung desselben das äußerste Maß des Entgegenkommens an den Tag gelegt. Ich setzte Herrn Simić auseinander, daß das Erscheinen unseres Communiqués vom 6. d. nur die Folge der unbefriedigenden und unvollständigen Textierung des serbischen Communiqués vom Tage vorher gewesen sei; in letzterer Beziehung wies ich auf die telegraphische Berichterstattung Euer Exzellenz vom 4. d. M. Nr. 155 hin, derzufolge Herr Milovanović Ihnen ausdrücklich die Einschaltung eines Satzes versprochen hat, des Inhaltes, que le Gouvernement Royal n'avait aucune raison pour attacher la moindre croyance aux accusations formulées contre la Légation Impériale et Royale. Ebenso hätten Euer Exzellenz gegen die Aufnahme eines Satzes, wonach sich die serbische Regierung je nach den Umständen weitere Schritte nach dem Prozesse vorbehalte, wegen der Zweideutigkeit dieser Phrase Einspruch erhoben und der Herr Minister des Äußern habe dem zugestimmt. Diesen Zusicherungen hätte jedoch die tatsächliche Textierung des Communiqués sowohl in dem einen als in dem anderen Punkte widersprochen. Was die Äußerungen der beiden serbischen Minister über die Glaubwürdigkeit des Vasić anbelangt, so replicierte ich dem Herrn Gesandten, die Herren Milovanović und Pašić hätten mit Euer Exzellenz hierüber doch nicht als Privatpersonen sondern als Minister gesprochen und wir waren daher jedenfalls berechtigt, diese Äußerungen als den Ausdruck der Auffassung der serbischen Regierung anzusehen. Im Übrigen sprach ich mich zu Herrn Simić in kategorischer Weise im Sinne meines heutigen Telegrammes Nr. 71 an Euer Exzellenz aus. Vorstehendes zu Ihrer Information und eventuellen Verwertung bei der Ausführung meiner eben erwähnten telegraphischen Weisung.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2366, 2368.

Nr. 2363. Tel. aus Belgrad, 10. Dez. 1910 Nr. 167 (eing. 4 U. p. m.).[a])
Entziff.

Meinem heute Nacht gesendeten Telegramme[b]) habe ich noch hinzuzufügen: Auf meinen Vorwurf antwortete Minister des Äussern auch mit der Ausflucht, dass das uns bei unserem letzten Gespräche noch nicht textuell vorgelegene Fremdenblatt-Communiqué schärfer, ausführlicher und kategorischer war als die zwei Punkte, welche ich ihm auf Grund der Weisung Euer Excellenz (Telegramm Euer Excellenz Nr. 68) vorgehalten hatte. Trotzdem sei die Regierung in keiner Beziehung direkt unserem Communiqué entgegengetreten, sondern habe im Gegenteile dessen Diskussion abgelehnt und um Diskussionen auszuweichen, in möglichst anodyner Form

angedeutet, dass unser Communiqué nicht im Einverständnisse mit ihr als Ergänzung ihres Communiqué's publiziert wurde. Er sei überzeugt, Euer Excellenz würden mit objektiver Ruhe dies auch so deuten und keine anderen Konsequenzen daraus ziehen. Streng vertraulich. Falls wir aus der so leidigen Angelegenheit keine wirklich ernsten Konsequenzen ziehen können, würde die einfache Beurlaubung des k. u. k. Gesandten keine von uns erwünschte Wirkung haben. Sie wäre der serbischen Regierung als Störung ihrer momentan beabsichtigten politischen Richtung unwillkommen; andererseits verhehle ich Euer Excellenz nicht, dass dieser Vorgang ihr geradezu Popularität verschaffen würde. Mein Name ist hier mit der schmerzlichen Erinnerung an die demütigende Annexionskrise und -Kampagne so verknüpft, dass mein unfreiwilliger Abgang von dem grössten Teile der Öffentlichkeit als eine Art Satisfaktion, Erfolg und Triumph mit Jubel begrüsst werden würde. Auch ist die Regierung überzeugt, dass die momentan wichtigen materiellen gegenseitigen Beziehungen eigentlich keine Änderung erfahren und wir mit Rücksicht auf unsere Industriellen und Konsumenten doch den Handelsvertrag durchführen, auch die Konventionen abschliessen müssten und so weiter. Die Entfernung des Gesandten wäre also nur eine nach einigen Monaten reparable Formalität. Auch die Frage des Königsbesuches *c)* hat etwas an Wirksamkeit verloren. Da wir auf die im Monate August gestellte Anfrage trotz Fortschrittes des Handelsvertrages und trotz des Entgegenkommens im Falle Rajaković keine positive Andeutung fallen liessen, so befürchtet ein Teil der massgebenden Kreise ohnehin, dass unser monatelanges Schweigen nur eine verbindliche Verhüllung einer Ablehnung sei. Forgách.

a) Vgl. n. 2364, 2368. — *b)* n. 2359. — *c)* Vgl. n. 2333 Anm. c, 2410.

Nr. 2364. Tel. aus Belgrad, 10. Dez. 1910 Nr. 170 (eing. 8 U. 50 M. p. m.).a) Entziff.

Ausser dem im Telegramme No. 169*b)* erwähnten Artikel der „Politika" berührte keine heutige Belgrader Zeitung die Communiqués. Mein italienischer Kollege teilt mir mit, Minister des Äussern sei ihm gegenüber von selbst auf die Angelegenheit zu sprechen gekommen und habe erstaunt getan, warum ich mit gestriger offiziöser Enunziation gar so unzufrieden sei. Die Regierung sei hiezu aus parlamentarischen Rücksichten gezwungen gewesen, sei uns doch nicht entgegengetreten und hätte nur in Form einer Antwort auf die Frage der Redaktion gesagt, sie lehne jede Diskussion über Fremdenblatt-Communiqué ab, da sie sich bereits in der ihr nötig scheinenden Form geäussert habe. Streng vertraulich. Italienischer Gesandter sagte mir, dass bei Verlogenheit des Ministers des Äussern mit ihm über Communiqués und so weiter zu rechten unmöglich sei. Als loyaler Freund und Bundesgenosse könne er mir aber nur entschieden abraten, meine bisherige konziliante Art und Auffassung zu verlassen und eventuell in Wien meine Beurlaubung zu beantragen. Sowohl er als, soweit er wisse, die meisten Kollegen würden einen solchen Schritt unverständlich und unnötig finden, da dies nur den Triumph des extremen, uns bekämpfenden Teiles der

öffentlichen Meinung sowie der jetzt aktiv hier gegen uns arbeitenden russischen Politik wäre und daher im jetzigen Momente und aus Anlass der Affaire Masaryk auf die serbische Regierung nicht allzuviel Eindruck machen würde. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2363, 2366, 2367, 2369. — [b]) Mit Tel. Nr. 169 vom 10. Dez. 1910 (eing. 6 U. 15 M. p. m.) wurde nur ein Artikel der „Politika" mitgeteilt.

Nr. 2365. Tel. nach Rom, 10. Dez. 1910 Nr. 127 (chiffr. 11 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Andrian; V. Musulin und Pogatscher; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 178—180. Euer Exzellenz wollen Marquis di San Giuliano mitteilen, daß ich von Ihren Meldungen über den gegenwärtig weniger befriedigenden Stand der türkisch-italienischen Beziehungen Kenntnis genommen hätte. Der Herr Minister könne überzeugt sein, daß wir nichts aufrichtiger wünschten, als daß diese Beziehungen wieder bald gute und herzliche würden und daß wir gerne bereit seien, zu diesem Zwecke das Unsere beizutragen. In diesem Sinne hätten wir bereits Anfang Oktober l. J., als gewisse Schwierigkeiten zwischen Rom und Konstantinopel auftauchten, auf die Pforte einzuwirken versucht und hätten nunmehr nach Erhalt Euer Exzellenz Telegramme den Markgrafen Pallavicini neuerdings eingeladen, sich dahin vernehmen zu lassen, es sei im Interesse der Türkei gelegen, ihr Verhältnis zu Italien tunlichst vor Trübungen zu bewahren; der k. u. k. Botschafter in Konstantinopel habe speziell den Auftrag, auf die uns bekannten, für die Türkei freundschaftlichen Intentionen der italienischen Regierung hinzuweisen, die erst kürzlich in dem für die Türkei besonders sympathischen Tenor der Parlamentsrede Marquis di San Giulianos zum Ausdruck gekommen seien. Wie ich aus dem Telegramme Nr. 179 ersehe, haben Euer Exzellenz bereits von Ihrem persönlichen Standpunkte aus dem Herrn italienischen Minister gegenüber auf die Inopportunität und das Risiko einer Aktion gegen die Türkei hingewiesen. Ich billige vollkommen die von Euer Exzellenz geführte Sprache und es ist mir angenehm, daß auch der deutsche Botschafter bereits Ratschläge zur Mäßigung erteilt hat. Die einschlägigen Konsiderationen, die Euer Exzellenz dem Herrn Minister des Äußern gegenüber noch vertreten könnten, wären ungefähr die, daß die italienischerseits formulierten griefs doch vielleicht nicht gewichtig genug seien, um ein Abweichen Italiens von der auf die ruhige Konsolidierung der Türkei und die Erhaltung des status quo gerichteten Balkanpolitik der Dreibundmächte zu erklären; Euer Exzellenz könnten weiter hervorheben, daß die geänderten politischen Verhältnisse in Konstantinopel jede Pression von außen wegen der besonderen Empfindlichkeit des neuen Regimes als nicht unbedenklich erscheinen ließen. Auch wir hätten bei unseren mannigfachen Beziehungen zur Türkei mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen, die wir aber, eben mit Rücksicht auf die von uns angestrebte innere Konsolidierung derselben im guten zu überwinden trachten. Von demselben Gedanken habe sich bekanntlich auch die deutsche Regierung leiten lassen, als es sich um Beilegung der Konflikte in Caipha und Serres gehandelt habe. Was einzelne hostile

Artikel in der türkischen Presse betreffe, so wollen Euer Exzellenz darauf hinweisen, wie oft in ausländischen Blättern die ungehörigsten Angriffe gegen die Monarchie enthalten seien, ohne daß wir dies zum Gegenstande von Reklamationen bei der betreffenden Regierung machen würden. Wenn Euer Exzellenz sich im vorstehenden Sinne vernehmen lassen, so wollen Euer Exzellenz natürlich betonen, daß der k. u. k. Botschafter in Konstantinopel beauftragt wurde, eine den italienischen Standpunkt tunlichst fördernde Sprache zu führen und daß wir eine baldige, das italienische Kabinett befriedigende Beilegung des Zwischenfalles erhoffen. Ich habe heute Gelegenheit gehabt, dem italienischen Geschäftsträger gegenüber mich in obigem Sinne zu äußern. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2370, 2374, 2421.

Nr. 2366. Tel. aus Belgrad, 11. Dez. 1910 Nr. 171 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramme Nr. 71 und 72. Ich habe den Minister des Äussern aufgesucht und telegrafische Weisung Euer Excellenz genau textuell und formell wiedergegeben und ausgeführt. Minister sagte mir, er habe soeben auch Herrn Simić's Telegramm erhalten und ersuchte mich um Wiederholung des Wortlautes, welcher heute früh im „Fremdenblatt"[b]) erscheinen werde. Ich tat dies, worauf er meinte, serbische Regierung werde erst nach Einlangen dieser Zeitung schlüssig werden, doch glaube er, dass kein Grund vorliege, unserer Bemerkung irgendwie entgegenzutreten. Er hoffe, Euer Excellenz hätten aus dem Gespräche mit Herrn Simić entnommen, dass serbische Regierung unser erstes Communiqué überhaupt nicht diskutieren, sondern nur mit Rücksicht auf ihre schwierige Situation verhindern wollte, dass dasselbe als eine von ihr arrangierte Kompletierung ihres Communiqués aufgefasst werde. Es sei auch ihr Bestreben, dass eine Störung unserer Beziehungen vermieden werde. Minister wollte seine gewohnten Erörterungen fortsetzen, doch brach ich gemäß Euer Excellenz Weisung das Gespräch ab. Mein Besuch dauerte nur wenige Minuten. Minister erwähnte noch missbilligend die Artikel der „Politika" und sagte, dies sei das einzige halbwegs in Betracht kommende Blatt, welches sich in dieser Angelegenheit jeder Beeinflussung seitens der Regierung widersetze. Tatsächlich ist auch heute mit Ausnahme des erwähnten Blattes die ganze Belgrader Presse still. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2345, 2364, 2367. — [b]) Vgl. „Fremdenblatt" vom 11. Dez. 1910.

Nr. 2367. Tel. nach Belgrad, 12. Dez. 1910 Nr. 73 (chiffr. 5 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 170 und 171 erhalten. Ich ersuche Euer Exzellenz, Herrn Milovanović von nun an nur dann aufzusuchen, wenn Sie hiezu von hier aus angewiesen werden oder wenn wichtige Gründe eine persönliche Rücksprache erheischen sollten. Auch in diesen Fällen wollen Euer Exzellenz sich darauf beschränken, dem Herrn Minister, ohne sich in eine Diskussion einzulassen, die erforderlichen meritorischen Mit-

teilungen zu machen; den Inhalt derselben wollen Euer Exzellenz in eine kurze schriftliche Aufzeichnung zusammenfassen und ihm diese hinterlassen. Die etwaigen tatsächlichen Gegenäußerungen Herrn Milovanović' wollen Euer Exzellenz gleichfalls, und zwar in seiner Gegenwart, schriftlich fixieren und ihm diese Niederschrift behufs Anerkennung ihrer Richtigkeit vorlesen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2368, 2392.

Nr. 2368. Bericht aus Belgrad, 12. Dez. 1910 Nr. 68 A (eing. 13. Dez.).a) Ausfert.

Die Verhandlungen mit der serbischen Regierung in der Affaire Masaryk—Vasić zwangen mich in letzter Zeit so oft und so ausführlich Euer Exzellenz zu telegraphieren, dass für die schriftliche Berichterstattung kaum Stoff und Zeit erübrigte. Betreffs der Schwierigkeit die serbische Regierung und speziell den geriebenen Herrn Milovanović zu irgendwelchen klaren und akzeptablen Erklärungen und Veröffentlichungen zu bewegen, haben wir in einem weit ernsteren Momente vor 2 Jahren bereits genügende Erfahrungen gesammelt. Die mala fides und Verlogenheit, welche diesmal serbischerseits an den Tag gelegt wurde, hat jedoch selbst unsere, seit so vielen Jahren in Belgrad an manches gewöhnten Erwartungen übertroffen. Die Kniffe und Wendungen Herrn Milovanović's vor, während und nach allen Kommuniqués sind Euer Exzellenz aus meinen Telegrammen sattsam bekannt, und ich will nur wenige Details hinzufügen. Als ich am 4. den Minister aufsuchte (mein Telegramm Nr. 155) und er mir mitteilte, er sei vom Ministerrate ermächtigt, ein Kommuniqué zu verfassen und zu veröffentlichen, schlug ich ihm vor, ein Blatt Papier zu nehmen, damit wir dasselbe gemeinsam aufsetzen und so eine befriedigende Lösung sichern. Er wich diesem Antrage aus, da er noch mit seinen Kollegen endgiltig reden müsse und den Text erst dann abends redigieren werde; er könne mir aber den beabsichtigten Inhalt skizzieren. Hierauf nahm ich einen Bleistift und schrieb, vor dem Minister, auf die Rückseite des bei mir befindlichen hohen Erlasses Nr. 3142 vom 28. November den Gedankengang meines Mitredners, so wie er ihn mir entwickelte. Diese Vorgangsweise, welche seine Worte fixierte, schien ihm nicht sehr gelegen, und er wiederholte fortwährend, er müsse über den endgiltigen Text noch mit seinen Kollegen beraten; doch stellte er mir die von mir gewünschte Auslassung der eventuellen aus dem Prozesse zu ziehenden Konsequenzen sowie die Hinzufügung eines Passus, dass die Regierung den Beschuldigungen des Vasić gegen die Gesandtschaft keinen Glauben schenke, in bestimmte Aussicht. Als er mir am 5. Dezember sein serbisches Konzept — zur Stunde als dasselbe in der „Samouprava" bereits gedruckt war oder eben gedruckt wurde — vorlas, sagte ich ihm sofort, dass dasselbe unserer Unterredung des Vortages nicht entspreche. Seine darauf abgegebenen Erklärungen wurden im Telegramme Nr. 157 Euer Exzellenz gemeldet. Gelegentlich seines Versuches, das zweite serbische Kommuniqué (mein Telegramm Nr. 165 vom 9. d. M.) zu begründen (Telegramme Nr. 166 und Nr. 167), verwies Herr Milovanović

auch darauf, dass das Kommuniqué des „Fremdenblattes“ zu viel enthielt, da es sich nicht nur auf meine Person, sondern auf die ganze Gesandtschaft bezog, während er und Herr Pašić in ihren Gesprächen mit mir — welche er in seiner Weisung an Herrn Simić (Telegramm Euer Exzellenz Nr. 72) zu belanglosen privaten Unterredungen degradieren wollte! — immer nur von mir gesprochen hätten. Ich replizierte, dass ich mich an eine Distinktion zwischen mir und dem übrigen Personale der Gesandtschaft nicht erinnern könne, dieselbe auch nicht unwidersprochen gelassen hätte, da die serbische Regierung ebenso wenig wie von mir auch von keinem anderen Beamten der k. und k. Gesandtschaft annehmen könne, dass er irgendeine Fälschung begangen hätte. Weiters sagte ich dem Minister, dass ich viel eher ihm den Vorwurf machen sollte, mir ohne mein Befragen, Erklärungen in den Mund gelegt zu haben, die ich nie abgab. Ich hätte ihn ermächtigt, wann immer von meinen Worten Gebrauch zu machen, „que personnellement je n'avais pas même vu ou connu Vasić“. Die Behauptung des ersten Kommuniqués, ich hätte kategorisch erklärt, dass ich „weder Anteil an den Fälschungen des Vasić noch irgendwelche Verbindung oder Bekanntschaft mit Vasić hatte,“ sei viel weitergehend, stimme durchaus nicht mit meinen Worten und imputiere mir beinahe die direkte Anerkennung irgendwelcher Fälschungen Vasić's. Mir sei es natürlich nie eingefallen, dies irgendwie zum Ausdrucke zu bringen, da ich damit quasi den Blödsinn zugeben würde, dass die nach Vasić's und Masaryks Angaben doch nur auf der Gesandtschaft begangenen Fälschungen — allerdings ohne meine Anteilnahme — überhaupt stattfinden konnten. Für Herrn Milovanović's Charakter und seine serbische Verachtung jeder Wahrheitsliebe ist noch folgendes Detail bezeichnend. Obwohl Euer Exzellenz und ich meinen Verkehr mit Vasić kategorisch in Abrede gestellt hatten und der Minister dies noch mit einer willkürlichen Erweiterung publiziert hatte, frug er mich, als wir am 9. d. M. über das Vorleben des Sergian-Vasić und über ähnliche, ihre Dienste abwechselnd in Belgrad und Semlin den beiderseitigen Behörden anbietende Personen sprachen, ob ich wirklich mit Vasić nie selbst gesprochen und dieses merkwürdige Individuum nicht kennen gelernt habe? Er hätte es also für ganz natürlich gefunden, wenn ich ihn bisher, mit einer ganz unnötigen Entschiedenheit, glatt angelogen hätte. Forgách.

a) Vgl. n. 2367, 2369, 2372.

Nr. 2369. Bericht aus Belgrad, 12. Dez. 1910 Nr. 68 B (eing. 13. Dez.).[a] *Ausfert.*

Streng vertraulich. In meinem Telegramm Nr. 170 vom 10. d. Mts. reproduzierte ich einen Ausspruch meines italienischen Kollegen über die hier jetzt aktiver gegen uns arbeitende russische Gesandtschaft. Herr Baroli hatte noch lachend hinzugefügt, daß die russische Politik am Balkan sich jetzt eigentlich nur Misserfolge geholt habe, und zwar, sowohl bezüglich Russlands Stellung in Konstantinopel als auch betreffs des steten, wenig ergebnisvollen Bestrebens, die drei slavischen Balkanstaaten zu innigen, gegenseitigen Beziehungen zu bringen. Die Besserung unseres Verhält-

nisses zu Serbien bereite Russland auch gerade kein Vergnügen, und ein Zwist wegen der Affaire Masaryk-Vasić[b]) oder gar mein Abgang von Belgrad würde speziell von der russischen Gesandtschaft, beinahe als ein politischer Erfolg, freudig begrüsst werden. Tatsächlich hat sich der russische Gesandte seit einigen Monaten in das Fahrwasser eines deutlich betonten Gegensatzes zur k. und k. Vertretung verleiten lassen. Er steht in intimem, täglichen Verkehr mit unserem Todfeinde, Sektionschef Spalajković, welcher mit seiner Gemahlin (einer Jeftanović aus Serajevo) die russische Mission beinahe nie verlässt. Ich glaube, Herr Hartwig hat sich unbewusst von Herrn Spalajković beeinflussen und in die erwähnte Richtung lenken lassen. Von meinem deutschen Kollegen hörte ich, dass Herr Hartwig die Schuld an unserer Entfremdung mir und meinen Bestrebungen zuschreibt. Als Antwort brauchte ich nur anzuführen, dass ich in kritischen Zeiten mit Herrn Hartwigs Vorgänger freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen unterhielt, und doch jetzt, wo keine akuten politischen Gegensätze vorliegen, schon gar keinen Grund hätte, meine Haltung zu ändern. Allerdings hatte Herr Hartwig Recht, als er meinte, „dass ich es nicht anerkennen wolle, dass in diesem slavischen und orthodoxen Lande der russische Vertreter eine besondere Stellung haben müsse". Es ist bezeichnend für Herrn von Reichenau, dass er dies widerspruchslos anhörte und mir beinahe zustimmend wiedererzählte, allerdings mit der Absicht, womöglich vermittelnd zu wirken. Wie der türkische Gesandte mit Recht öfters bemerkt, benimmt sich Herr Hartwig immer mehr als „Resident", als ob er in Buchara wäre. Infolge seiner Schroffheit ist er auch bei den Serben unbeliebt. Aber für Herrn Pašić und seine Altradikalen ist die Russophilie ein Glaubensbekenntnis, und seitdem Herr Hartwig den König nach Petersburg brachte, von der Möglichkeit einer russischen Grossfürstin als Braut für den Kronprinzen sprach, 4 Millionen Francs für die Entschuldung des serbischen Offizierskorps beschaffte und so weiter, liegen begreiflicherweise sowohl die Dynastie als die Regierung vollkommen vor ihm auf dem Boden. Er gibt ihnen auch für die innere Politik seiner konservativen Gesinnung und seiner langen Laufbahn im russischen Ministerium des Äussern entsprechende, meist kluge Ratschläge. Was aber gar das Auswärtige Amt anbelangt, so kommt Sektionschef Spalajković mit allen Akten und Berichten täglich zum Rapporte auf die russische Mission. Herr Milovanović ist damit wohl nicht einverstanden, aber bei seiner Einflusslosigkeit und Falschheit muss er sich in alles hineinfinden. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2353. — [b]) Vgl. n. 2368.

Nr. 2370. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. Dez. 1910 Nr. 378 (eing. 8 U. p. m.).[a]) Entziff.

Der italienische Botschafter hat mich soeben aufgesucht und über die einzelnen Reklamationspunkte der italienischen Regierung eingehend informiert. Er sagte mir, dass die Suspendierung des „Jeune Turc" wenn sie auch nur formell und um einige Tage später als sie zugesagt war, erfolgte, akzeptabel erscheine. Er werde infolge dessen die ursprünglich in Aussicht

genommene scharfe Note an die Pforte nicht richten, sondern die fünf Reklamationspunkte, um die es sich handelt (siehe Telegramm des k. und k. Botschafters in Rom vom 8. d. Mts. Nr. 180), wohl zusammengefasst, aber in einer milderen Form bei der Pforte geltend machen. Baron Mayor teilte mir gleichzeitig mit, dass er gestern eine ganz unbefriedigende Antwortnote der Pforte in Angelegenheit des Zwischenfalles in Tripolis, betreffend den Dragoman des italienischen Generalkonsulates (Punkt zwei der italienischen Reklamation) erhalten habe. Auf diese Note müsse er sofort antworten. Mein italienischer Kollege wies ferner namentlich auf Punkt fünf der italienischen Forderungen in Betreff der Phosphorlager hin, indem er hervorhob, dass türkischerseits die Absicht zu bestehen scheine, nunmehr deutsche Interessenten gegen das italienische Syndikat auszuspielen. In dieser Beziehung sei daher Gefahr im Verzuge. Baron Mayor sagte mir, dass seine Regierung die Lage sehr ernst auffasse; er las mir hiebei einen sehr scharf gehaltenen Passus einer Depesche des Marquis di San Giuliano vor. Der italienische Botschafter fügte hinzu, er trachte in Rom zu beschwichtigen, indem er darauf hinweise, dass auch die türkische Regierung mit Rücksichten auf das Parlament und die öffentliche Meinung zu rechnen habe. Schliesslich sagte mir Baron Mayor, er werde keinen weiteren Schritt bei der Pforte unternehmen, bis nicht Baron Marschall und ich mit dem Grossvezir gesprochen haben werden. Ich sehe Rifaat Pascha morgen und den Grossvezir übermorgen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2354, 2365, 2371.

Nr. 2371. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Dez. 1910 Nr. 379 (eing. 15. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Im Verfolge des gestrigen Telegrammes Nr. 378: Ich habe soeben mit Rifaat Pascha eine Unterredung über die italienisch-türkischen Differenzen gehabt. Minister des Äussern sagte mir, dass die türkische Regierung zum grössten Entgegenkommen bereit sei. Dies habe sie bewiesen, indem sie den „Jeune Turc" auf Wunsch des italienischen Botschafters suspendiert hat. Wenn es jedoch der italienischen Regierung darum zu tun sein sollte, auf Kosten der Türkei einen Erfolg zu erzielen, so würde der Pforte nichts anderes übrigbleiben, als den Dingen ihren Lauf zu lassen. Während des Gespräches bemerkte Rifaat Pascha einige Male, dass unter den heutigen Verhältnissen Flottendemonstrationen und dergleichen auf die Türkei nicht mehr jene Wirkung ausüben könnten, wie in früheren Zeiten; wenn aber Italien noch weitergehen wollte, so würde die Frage eine europäische werden. Auf die einzelnen strittigen Punkte eingehend, sagte Rifaat Pascha, dass die Türkei einwilligen werde, den Fall von Hodeida einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Er habe bereits vor einigen Tagen dem italienischen Botschafter dies vorgeschlagen. Was die beiden Punkte betreffs der Straffälle in Tripolis anbelangt, versicherte mich der Minister, dass die fragliche Reklamation genau untersucht werden würde und dass man sich strenge an die bestehenden Verträge halten werde. Der Punkt betreffend die Besitzübertragungen sei ganz gegenstandslos, weil die in Be-

tracht kommenden Übertragungen, wie er dies der hiesigen italienischen Botschaft wiederholt mitgeteilt habe, bereits erfolgt sind. Was schliesslich die Phosphorlager in Tripolis anbelangt, so könne die türkische Regierung diesbezüglich unter keiner Bedingung irgendwelche Konzessionen machen; es sei ein Gesetz in Vorbereitung und nach Votierung dieses Gesetzes soll die Konzession der betreffenden Lager im Wege einer öffentlichen Ausschreibung vergeben werden. Ich habe mich selbstverständlich in keine Diskussion der einzelnen Punkte eingelassen, sondern mich darauf beschränkt, Rifaat Pascha auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen und ihm möglichstes Entgegenkommen zu empfehlen. Mein Eindruck war, dass die türkische Regierung an ihrem Standpunkte festhalten werde und dass man hier an die Möglichkeit eines planmässigen Vorgehens Italiens zur Hebung des eigenen Prestiges zu glauben scheint. Wie bereits gemeldet, werde ich morgen eine Unterredung mit dem Grossvezir haben.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2373, 2374.

Nr. 2372. Tel. nach Belgrad, 15. Dez. 1910 Nr. 75 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).*

Herr Simić ist gestern bei mir erschienen und hat Namens seiner Regierung die nachfolgende Mitteilung gemacht: Die serbische Regierung beabsichtige nicht, in der Presse auf die letzte Enunziation des Fremdenblattes zurückzukommen; sie bleibe auf ihrem Standpunkte, daß sie im Interesse der guten Beziehungen eine Besprechung unseres Communiqués unterlasse. Was den unsererseits gegen das serbische Cabinet erhobenen Vorwurf anlange, daß die versprochene Einschaltung in dem serbischen Communiqué ausgeblieben sei, so könne die serbische Regierung nur darauf hinweisen, daß Euer Exzellenz ausdrücklich gesagt wurde, man könne serbischerseits über das Communiqué der „Samouprava“ nicht hinausgehen, die ganze Angelegenheit sei überdies keine politische, sondern eine rein gerichtliche. Von ausdrücklichen Erklärungen zu Euer Exzellenz, daß die serbische Regierung den Beschuldigungen des Vasić keinen Glauben schenke, sei nie die Rede gewesen, wohl aber beobachte die serbische Regierung Euer Exzellenz gegenüber die zuvorkommendste Haltung und nehme keinerlei Stellung in dem durch das Auftreten Masaryks entstandenen Zwischenfall. Sollte man unsererseits daran denken, an die Öffentlichkeit zu appellieren, so würde sich auch die serbische Regierung nicht scheuen, das Gleiche zu tun. Ich habe den serbischen Gesandten, der die vorstehenden Äußerungen in seiner gewohnten konzilianten Weise vorgebracht hatte, angehört und ihm erwidert, daß, wenn seine Mittheilungen auch zu manchen Bemerkungen Anlaß geben könnten, ich mich doch kurz fassen wolle: Die Sache stünde einfach so: Sowohl ich wie Graf Forgách hätten der serbischen Regierung in offizieller Weise erklärt, daß die gegen die k. u. k. Gesandtschaft in Belgrad gerichteten Fälschungs-Anschuldigungen des sich Vasić nennenden Individuums unwahr sind. Die serbische Regierung habe in korrekter Weise von diesen Versicherungen Kenntnis genommen,

als es sich aber darum handelte, auch öffentlich zu erklären, daß sie diesen Versicherungen Glauben schenke, habe sie sich bloß in ausweichender Weise geäußert. Alle internationalen Beziehungen basierten darauf, daß den offiziellen Äußerungen diplomatischer Vertreter von Cabinet zu Cabinet Glauben geschenkt werde. Da die serbische Regierung in der Angelegenheit Vasić von diesem Grundsatze des internationalen Verkehres abgewichen sei, sei ich berechtigt gewesen zu sagen, daß mein Vertrauen in den guten Willen der serbischen Regierung, die Beziehungen zur Monarchie ungetrübt zu erhalten, erschüttert sei. Ich würde auch fortan mein Verhalten zur serbischen Regierung nicht mehr nach ihren Erklärungen sondern nur mehr nach ihren Handlungen einrichten. Als ich geendet hatte, frug mich Herr Simić noch, ob nunmehr der Zwischenfall als abgeschlossen gelten könne, da ja die serbische Regierung, wie gesagt, auf die letzte Äußerung des Fremdenblattes nicht mehr repliciren wolle. Ich antwortete Herrn Simić, daß in Anbetracht dieser Sachlage die Angelegenheit des Communiqués wohl erledigt sei, daß ich aber im übrigen nur wiederholen könne, daß für mich in Zukunft nur mehr die Handlungen des Belgrader Cabinets maßgebend sein würden. Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Information. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2368, 2377.

Nr. 2373. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Dez. 1910 Nr. 381 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 379. Der Grossvezir sagte mir heute, dass er gestern nach meiner Unterredung mit Rifaat Pascha mit letzterem über die italienischen Reklamationen eine Beratung hatte und dass er nunmehr den Beschluss gefasst habe, der italienischen Regierung in offizieller Form den Antrag zu stellen, die Hodeida-Affaire einem Schiedsgerichte zu unterbreiten; im Falle der Annahme würde die türkische Regierung den beschlagnahmten Segler nach durchgeführter Schätzung der Ladung desselben sofort freigeben. Betreffs der Immobiliar-Umschreibungen in Tripolis sagte mir Hakki Pascha, dass die Pforte die nötigen Befehle an die Vilajetsregierung behufs Durchführung der betreffenden Umschreibungen bereits vor längerer Zeit erteilt habe; die Pforte werde die Vilajetsregierung zur Äusserung über die italienischen Angaben, dass die betreffenden Übertragungen noch nicht in ihrer Gänze erfolgt seien, auffordern. In Bezug auf die beiden strafgerichtlichen Fälle bemerkte Hakki Pascha, dass das Verfahren in beiden Fällen sistiert wurde und dass man sich jetzt mit dem Studium dieser Angelegenheiten befasse. Was den letzten Punkt der italienischen Forderungen, nämlich die Phosphorlager, anbelangt, sagte der Grossvezir mit grosser Bestimmtheit, dass er diesen Punkt nicht als Reklamationsangelegenheit ansehen könne, da die italienische Forderung nach einer speziellen Begünstigung der italienischen Untertanen eine Unzulässigkeit sei. Hakki Pascha fügte den obigen Mitteilungen hinzu, dass, wenn die einzelnen Punkte mit einem gewissen Entgegenkommen beiderseits untersucht werden würden, man ohne Zweifel zu einer Einigung

kommen müsse. Wenn jedoch die italienische Regierung alle diese Punkte in eine Gesamtreklamation zusammenfassen sollte, so müsse er schon jetzt mit der grössten Entschiedenheit erklären, dass die türkische Regierung ein solches Vorgehen als eine Drohung auffassen müsste. Er gebe sich über den Ernst der Lage vollkommen Rechenschaft, aber die Türkei könne sich nicht dazu hergeben, dass eine andere Regierung sich auf ihre Kosten Erfolge zu verschaffen trachte. Aus den Auslassungen des Grossvezirs gewann ich den Eindruck, dass er italienischer Regierung in jeder Beziehung entgegenkommen will, dass er aber, wenn er auf italienischer Seite ein solches Entgegenkommen nicht finden sollte, hinter den italienischen Forderungen weitergehende Pläne sehen würde. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2374, 2375, 2376.

Nr. 2374. Tel. nach Rom, 15. Dez. 1910 Nr. 130 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.).a) Konz. (S. Calice; G. Aehrenthal).

Markgraf Pallavicini telegrafirt unter dem Gestrigen: ...*wie n. 2371*... Vorstehendes zu Euer Exzellenz Orientierung und entsprechender Verwertung. Meines Erachtens könnte die Verweisung des Zwischenfalles von Hodeida an ein Schiedsgericht als ein sehr befriedigender Erfolg für Italien angesehen werden. Auch die folgenden Punkte scheinen mir nach obiger Darstellung einer befriedigenden Lösung entgegenzugehen. Was endlich die Frage der Phosphorlager betrifft, so will es uns scheinen, dass sich diese ihrer ganzen Natur nach schwerlich zum Gegenstande von Coercitivmassregeln eignet. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne gelegentlich dem Herrn Minister des Aeussern gegenüber aussprechen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2365, 2373, 2375, 2376.

Nr. 2375. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Dez. 1910 Nr. 382 (eing. 7 U. p. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Im Verfolge meines Telegrammes von gestern Nr. 381: Ich habe meinem italienischen Kollegen gestern über meine Konversation mit Rifaat Pascha und Hakki Pascha in Angelegenheit der italienisch-türkischen Differenzen Mitteilung gemacht. Baron Mayor dankte bestens. Er meinte, dass er persönlich die Idee des Schiedsgerichtes in der Hodeida-Angelegenheit annehmbar finde. Auch sonst sei er bestrebt, bei seiner Regierung dafür zu wirken, dass die einzelnen Reklamationspunkte nicht vereint, sondern getrennt behandelt werden. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2374, 2376, 2421.

Nr. 2376. Tel. nach Rom, 16. Dez. 1910 Nr. 132 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.).a) Konz. (S. Calice; G. Aehrenthal).

Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 130. Markgraf Pallavicini telegraphiert unter dem gestrigen: ... *wie n. 2373 bis „Erfolge zu verschaffen trachte."* ... Diese Erklärungen des Großveziers decken sich im wesentlichen mit denen des Ministers des Äußern und ich glaube, daß die

darin dargelegte Haltung der Pforte als eine für Italien befriedigende angesehen werden kann, welche den berechtigten Forderungen der italienischen Regierung Rechnung trägt. Wie ich streng vertraulich beifüge, erscheint mir der türkische Standpunkt in der Konzessionsfrage durchaus verständlich und eine aktive Unterstützung der diesbezüglichen Wünsche Italiens durch dessen Bundesgenossen wohl schwer möglich. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2375, 2398.

Nr. 2377. Tel. aus Belgrad, 21. Dez. 1910 Nr. 179 (eing. 3 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Zeitung „Tribuna" bringt die mir bisher von keiner anderen Seite bestätigte Nachricht, dass „Professor Masaryk heute in Belgrad angekommen sei, da er die telegrafische Erlaubnis erhielt, dem Prozesse beizuwohnen". Forgách.

[a]) Vgl. n. 2372, 2378.

Nr. 2378. Tel. aus Belgrad, 21. Dez. 1910 Nr. 180 (eing. 22. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 179 von heute. Professor Masaryk ist tatsächlich heute nachmittags in Belgrad eingetroffen. Da hier auch bei einer geheimen Verhandlung sowohl der Ankläger als der Angeklagte das Recht haben zu fordern, dass einige Vertrauensmänner der Verhandlung beiwohnen, so scheint es wahrscheinlich, dass Masaryk als Vertrauensmann des Vasić der Gerichtsverhandlung beiwohnen wird. Weiters sollen der bekannte Verteidiger im Agramer Prozesse Hinković und der Journalist Kraus aus Agram als Spezialkorrespondenten der „Zeit" und der „Times" eintreffen. Angeblich dürften der geheimen Verhandlung auch einige Korrespondenten der fremden Presse, aber nicht der Belgrader Blätter beiwohnen. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2379, 2399.

Nr. 2379. Tel. aus Belgrad, 22. Dez. 1910 Nr. 181 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Die zur Mittagszeit erschienenen Blätter melden, dass der Prozess Vasić sofort nach Eröffnung auf Vorschlag des Staatsanwaltes als geheim erklärt wurde. Das Publikum, ungefähr 40 Personen, sowie die Vertreter der Belgrader Presse hätten hierauf den Gerichtssaal verlassen müssen; doch durften Masaryk, Hinković und ein zweiter, aus Agram zugereister Advokat, sowie die Korrespondenten ausländischer Zeitungen im Saale verbleiben. Eine Zeitung sagt, dass mehrere Belgrader serbische Journalisten sich als Korrespondenten fremder Blätter legitimierten und daher im Saale verblieben. In der Skupschtina stellte heute ein Abgeordneter die kurze Anfrage an Justizminister, warum Prozess nicht öffentlich sei. Minister erwiderte, dies gehöre in Kompetenz des Gerichtes, auf welches Regierung keinen Einfluss habe. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2378, 2380, 2399.

Nr. 2380. Tel. aus Belgrad, 22. Dez. 1910 Nr. 182 (eing. 8 M. p. m.).[a] Entziff.

Auf Grund der Mitteilungen des Vertreters des Korrespondenzbureaus über die Gerichtsverhandlung, welche zu Mittag unterbrochen wurde und nachmittags fortgesetzt wird: Anklage des Staatsanwaltes basiert auf § 86 A wegen Teilnahme an Fälschung von Dokumenten des Slovenski Jug, durch welche Verbindung serbischer offizieller Personen mit der kroatisch-serbischen Koalition nachgewiesen werden sollte und welche Dokumente nach Aussage des Ministeriums des Äussern, ob echt oder falsch, geeignet waren, serbische Staatsinteressen zu schädigen. Nachdem Vasić keine Teilnehmer hatte, welche vom serbischen Gericht vorgeladen werden könnten, richtet sich Anklage gegen ihn auf Basis des oberwähnten Paragraphen. Das Beweisverfahren richtete sich auf 17 Punkte zum Beweis seiner Verbindung mit Swietochowski und Kanzleirat Tiefenbach sowie Gesandtschaft ...[b] Dokumente in Ziffern, besonders ein Telegramm über Banden aus Ložnica, von welchem Sachverständige konstatiert hätten, dass es von der Hand des Dragomans geschrieben sei. Die vorgeladenen Zeugen, Hausbesitzer, Ärzte und so weiter hatten die Richtigkeit jener Punkte zu bestätigen, welche Masaryk schon in der „Zeit" publiziert hat. Auch wurde ein Polizeirapport vorgelesen, laut welchem ich einmal auf demselben Schiffe wie Vasić nach Semlin gefahren wäre. Die Polizeipräfektur bestätigte, dass tatsächlich an jenem Tage Vasić einen Pass nach Semlin erhalten habe. Die Aussage des Angeklagten selbst bewegte sich in jenen phantastischen Erfindungen, welche aus der Rede des Abgeordneten Masaryk bekannt sind. Er sei vom Dragoman als Lehrer engagiert worden, habe jedoch die Kinder nie zu sehen bekommen und sei nur zu Fälschungen benützt worden. Mit mir sei er zweimal zusammengekommen, einmal im März 1909 in der Wohnung des Kanzleirates Tiefenbach in Anwesenheit des Legationssekretärs Franz und des Dragomans, der ihn mir vorstellte. Das zweitemal hätte er mich zufällig im Herbst 1909 in Topčider bei Belgrad begegnet. Berichterstatter sagt mir, dass Verlesungen und Vernehmungen so schnell gingen, dass er für Genauigkeit der gemeldeten Details nicht einstehen könne. Er glaube, dass Verhandlung heute spät abends beendigt wird. Forgách.

[a] Vgl. n. 2379, 2381, 2383, 2399. — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 2381. Tel. aus Belgrad, 22. Dez. 1910 Nr. 183 (eing. 23. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Heute nachmittags erfolgten nur belanglose Zeugenaussagen über Vorgänge im Hause des Dragomans und Rede des Staatsanwaltes, welche die strenge Bestrafung des in fremden Diensten gestandenen Angeklagten forderte. Von Fälschung durch die Gesandtschaft soll Staatsanwalt nicht gesprochen haben. Morgen finden die Verteidigungsreden des Angeklagten und die seines Anwaltes sowie Urteilsfällung statt. Vertreter des Korrespondenzbureaus sagt, dass Verhandlung so schnell geführt wurde, dass sie meist unverständlich war. Der Angeklagte benahm sich, wie wenn er seiner Sache ganz sicher wäre und trat als Kläger gegen die Gesandtschaft auf. Seine Erzählungen waren teilweise von unglaublicher Naivität, zum Beispiel,

er sei nicht nach Wien gegangen, obwohl ihn Sektionschef Graf Esterházy und Baron Pitner persönlich daselbst am Bahnhof erwarteten. Ein kontradiktorisches Verfahren fand, da nie Jemand widersprach, natürlich nicht statt. Zeugenaussagen bezogen sich auf die wenig Bedeutung besitzenden, von Masaryk in der „Zeit" bekanntgegebenen Punkte (serbischer Kuchen, Erscheinen der Polizei im Hause und so weiter). Durch zwei Sachverständige im Schreibfache wurde erhärtet, dass ein Telegramm über Banden vom Dragoman geschrieben sei. Bekanntlich hat der seinerzeitige Konfident öfters solche Telegramme auf dem Originalblankette des Telegrafenamtes geliefert. Dieselben wurden vom Dragoman abgeschrieben und eine solche Kopie scheint der Konfident eingesteckt oder gefälscht zu haben. Doch figurierten, wie ich glaube, solche Telegramme nie im Friedjung-Prozess. Um behufs Vergleiches eine Handschrift des Dolmetschers zu erhalten, wurde der Kaufmann, bei welchem er seine Kücheneinkäufe besorgte, bewogen, unseren Beamten zu ersuchen, ihm die Adresse eines Agramer Caféhändlers aufzuschreiben. Auf Basis dieser handschriftlichen Adresse erfolgte die Aussage der Experten. Der von der serbischen Regierung versprochene und vom Gericht ausgesprochene Ausschluss der Öffentlichkeit war nur eine Komödie, da ungefähr zwanzig Personen anwesend waren, darunter viele Belgrader Journalisten, welche behaupteten, fremde Blätter zu vertreten. Bei der, wie es mir scheint, ziemlichen Inhaltslosigkeit des Prozesses ist übrigens das Publikwerden vielleicht nicht zu bedauern. Alles vorgebrachte Material war aus Reden Masaryks bereits bekannt. Die heutigen Belgrader Blätter brachten noch wenige Details und es zeigte sich in der Öffentlichkeit kein geräuschvolles Interesse. In meinem heutigen Telegramm Nr. 182 soll es statt „auf demselben Schiffe" heissen „am selben Tage".

Forgách.

[a]) Vgl. n. 2383, 2399.

Nr. 2382. Erlaß nach Bukarest, 22. Dez. 1910 Nr. 3311.[a]) Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).

Vertraulich. In der Audienz, die Seine Majestät König Karol Euer Durchlaucht im Anfang dieses Monats zu gewähren geruhte, ist — wie Euer Durchlaucht in dem Berichte vom 9. l. M. Nr. 55 A melden — neben anderen Gegenständen von allgemein politischem Interesse auch die Entrevue von Potsdam zur Sprache gekommen. Seine Majestät hat hiebei mit Befriedigung constatirt, daß Seinen Informationen zufolge die Entrevue von Potsdam zufriedenstellende Resultate aufweise und hieran die Bemerkung geknüpft, daß Seines Erachtens die Zeit möglicherweise nicht ferne liege, wo etwas wie ein Dreikaiserbündnis der politischen Lage seinen Stempel aufdrücken würde. Nach der Ansicht Seiner Majestät könnte sich Rußland, angesichts des zunehmenden Radikalismus in England und Frankreich, leicht veranlaßt sehen, an Stelle der Entente mit den Westmächten eine andere politische Constellation aufzusuchen. Die enge politische Fühlung, die wir mit Rumänien unterhalten und mein Wunsch, Seine Majestät den König durch Euer Durchlaucht fallweise über die politischen Anschauungen des Wiener Cabinetes zu informiren, veranlassen mich, auf die Bemerkungen

Seiner Majestät im nachfolgenden zu reflektiren. Es ist vollkommen richtig, daß die Entrevue von Potsdam ein sehr zufriedenstellendes Resultat ergeben hat. Ich weiß durch Herrn von Bethmann Hollweg, daß der Verkehr der beiden Kaiser ein sehr herzlicher war und daß der neue russische Minister des Aeußern in Berlin einen guten Eindruck hinterlassen hat. Herr Sasonoff und der deutsche Kanzler haben sich — abgesehen von der in der persischen Angelegenheit erfolgten Aussprache — in dem Gedanken begegnet, daß der status quo am Balkan aufrechterhalten werden müsse und daß hiezu neben einer friedlichen inneren Entwicklung der Balkanstaaten die Erhaltung einer stetigen und kräftigen Regierung in der Türkei nothwendig sei. Weniger durch die thatsächlichen Verhältnisse gerechtfertigt scheinen mir die Erwägungen, die Seine Majestät, an den guten Verlauf der Potsdamer Entrevue anknüpfend, betreffend die zukünftigen Beziehungen Rußlands zu den Centralmächten[b]) Euer Durchlaucht gegenüber zum Ausdruck gebracht hat. Wenn auch in den letzten Monaten in dem Verhältnisse Rußlands zu Deutschland eine merkliche Besserung zu verzeichnen ist und unsere eigenen Beziehungen zu Rußland — seit dem Rücktritte Herrn Iswolskys, also seit dem Wegfall des irritirenden persönlichen Momentes — eine wärmere Note aufweisen, so berechtige doch keinerlei Symptom zu der Annahme, daß sich durch die Berufung Herrn Sasonoffs eine grundlegende Wandlung in dem Systeme der auswärtigen Politik Rußlands in dem Sinne einer Abkehr von den Westmächten und eines Anschlusses an die Centralmächte vorbereite. So wie die Dinge heute liegen, kann also wohl von einer Besserung in den Beziehungen der Centralmächte zu Rußland, aber doch nur in dem Sinne gesprochen werden, daß der Bestand der beiden Mächtegruppen unverändert aufrecht bleibe und in absehbarer Zukunft auch aufrecht bleiben dürfte. Was uns selbst anbelangt, so werden wir auch dem neuen Leiter der russischen Politik gegenüber (wenn wir auch gerne bereit sind, ihm einen größeren politischen Credit als seinem Vorgänger einzuräumen), in der bisherigen Reserve verbleiben. Wir werden jedes Entgegenkommen Rußlands mit Entgegenkommen erwidern, im übrigen aber darauf bedacht sein, unser politisches Verhältnis zu dem Czarenreiche auf der Basis vollkommener Reciprocität einzurichten. Die vorstehenden Mittheilungen sind zu Euer Durchlaucht persönlichen Information bestimmt, und es ist natürlich nicht meine Absicht, daß Euer Durchlaucht Seiner Majestät dem König den Inhalt dieses Erlasses etwa unter Bezugnahme auf Höchstdessen Aeußerungen über die vielleicht nahe bevorstehende Möglichkeit eines Wiederauflebens des Dreikaiserbündnisses zur Kenntnis bringen; hingegen könnten Euer Durchlaucht, wenn sich hiezu ein passender Anlaß bieten sollte, Seiner Majestät gegenüber ungefähr im Sinne der vorstehenden Ausführungen darlegen, wie ich das gegenwärtige Verhältnis der Centralmächte zu Rußland und dessen eventuelle weitere Entwicklung auffasse.

[a]) Vgl. n. 2385, 2391, 2458. — [b]) Vgl. n. 2349.

Nr. 2383. Tel. aus Belgrad, 23. Dez. 1910 Nr. 184 (eing. 2 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 182. Auf Grund nachträglicher Informationen des Vertreters des Korrespondenzbureaus: Vasić

sagte aus, mich nicht zweimal, sondern dreimal begegnet zu haben. Das erste Mal im März 1909 bei dem Kanzleirat, wo ihn Dragoman in Anwesenheit des Legationssekretärs Franz mir als seinen Lehrer vorstellte, worauf ich ihm die Hand reichte und meinen Namen nannte! Die zweite Begegnung war abermals in der Wohnung des Kanzleirates, die dritte im Herbst 1909 in Topčider. Einmal gab ich ihm hiebei 5 Napoleons. Im Anklageakte sei auch ein Passus gewesen, dass die Dokumente, welche die Verbindung serbischer offizieller Kreise mit der kroatischen Koalition nachweisen sollten, zur Übergabe an die österreichisch-ungarische Gesandtschaft bestimmt waren. Die direkten ausführlichen telegrafischen Berichte des Vertreters des Korrespondenzbureaus dürften übrigens heute in Wien eingetroffen sein und Euer Exzellenz vorliegen. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2381, 2384, 2399.

Nr. 2384. Tel. aus Belgrad, 23. Dez. 1910 Nr. 185 (eing. 24. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Auf Grund der Mitteilung des Vertreters des Korrespondenzbureaus: Heute vormittags hielten Vasić und sein Anwalt die Verteidigungsreden. Vasić sprach mit mehr Phantasie denn je von Ausflügen nach Semlin, bei welchen Baron Haymerle ihm als Nachfolger Baron Franz' gezeigt wurde, von besonderen Anmerkungen, die er in die Protokolle machte und so weiter. Verteidiger wollte die Monarchie angreifen, worauf Präsident ihn ermahnte, fremde Staaten nicht in Diskussion zu ziehen. Nach einstündiger Beratung verkündigte Gerichtshof in öffentlicher Sitzung Urteil, in welchem Vasić auf Basis des § 86 a wegen Landesverrates zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wird. Motiviert wird das Urteil durch das Geständnis des Angeklagten bezüglich seiner Teilnahme an Fälschungen von Dokumenten, von welchen das Ministerium des Äussern erklärt hatte, sie hätten die serbischen staatlichen Interessen geschädigt, weiters sei durch Zeugen und andere Beweisstücke Verbindung mit einer fremden Gesandtschaft bewiesen. Unter den Beweisen wird das Telegramm über Bande aus Ložnica angeführt, welches nach Aussage der Experten Handschrift Herrn von Swiętochowskis sei. Die österreichisch-ungarische Gesandtschaft wird in der Motivierung nicht direkt genannt, auch wird nicht gesagt, dass Fälschungen in fremdem Auftrage erfolgten. Das Urteil samt Motivierung ist von speziellem Interesse als einziger öffentlicher Akt. Alles andere, selbst die Anklage, wurde in der theoretisch geheimen Verhandlung vorgebracht, so dass jeder Bericht darüber, sowie jede Reproduktion keinen Anspruch auf Authentizität hat. Juridisch ist das Urteil auf Basis des § 86 a schwer zu begründen, da dasselbe sich nur auf staatliche und echte Dokumente bezieht und deren Veröffentlichung bestraft. Innerhalb 3 Tagen kann der Verurteilte appellieren. Attaché Graf Strassoldo trifft morgen früh in Wien ein (Hotel Imperial) und ich beauftrage ihn, sich sofort wegen eventueller weiterer mündlicher Aufklärungen bei Sektionschef Baron Macchio zu melden. Die heutigen mir bis jetzt zugekommenen Zeitungen, sogar die „Politika", sind sehr ruhig. Details über die geheime Verhandlung dürfen sie nicht veröffentlichen;

dagegen wird es ihnen unbenommen sein, in den nächsten Tagen die Berichte Agramer oder Wiener Zeitungen zu reproduzieren. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2383, 2386, 2399.

Nr. 2385. Privatschreiben des deutschen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg; Berlin, 23. Dez. 1910.[a]) Ausfert.

Die so freundlichen Worte der Zustimmung zu meinen Reden im Reichstage, die mir Graf Szögyény in Ihrem Auftrage ausgesprochen hat, haben mich ganz besonders freudig berührt. Mich in meinen politischen Überzeugungen mit Ihnen in Einklang zu wissen, ist mir menschlich und politisch von gleich hohem Werte und bestärkt mich darin, an den Richtlinien festzuhalten, die ich trotz aller Kritik meiner Landsleute als die richtigen und notwendigen erkenne. Unser Bundesverhältnis, das ich mit Ihnen gemeinsam pflegen darf, tritt immer schärfer als der Angelpunkt der gesamten europäischen Politik hervor, und es liegt mir am Herzen, Ihnen nochmals meinen wärmsten Dank für die Art und Weise zu sagen, mit der Sie in den Delegationen diese Politik vertreten haben. Welche Empfindungen unbedingtester Zustimmung Sie damit in Deutschland ausgelöst haben, brauche ich nicht zu betonen. Darüber hinaus schätze ich den Eindruck, den Sie auf Italien ausgeübt haben, besonders hoch ein. Leider berichtet mir Jagow, daß das unruhige Land sich bald wieder eine Ministerkrisis gönnen will, und daß der arme San Giuliano, mißmutig darüber, daß ihm in der Kammer der Applaus gefehlt hat, daran zweifelt, ob er in ein neues Ministerium übertreten könne. Ich würde das lebhaft beklagen, denn er hat mir bei unseren Begegnungen entschiedenes Vertrauen eingeflößt, und ich halte seine Absicht, das Verhältnis seines Landes zu dem Ihrigen wirklich zu bessern, für ernst und ehrlich. Zweifellos empfindet er die Hemmungen seiner Politik, die ihm von Luzzatti und vielleicht auch aus Militärkreisen kommen, sehr peinlich. Wenn sich Rußland jetzt freundlicher gegen Deutschland gestellt hat, und wenn ich das Gleiche auch von England erhoffe, so ist auch das eine Konsequenz des Verhältnisses, das uns verbindet. Über Rußland erlaubte ich mir Ihnen schon zu schreiben; im Reichstage habe ich dann lückenlos der Öffentlichkeit alles mitgeteilt. Ihnen gegenüber möchte ich nur noch nachholen, daß die Politik des völligen désintéressements im fernen Osten, die Iswolsky zu inaugurieren schien, nach meinen Eindrücken unter Sassonow nicht fortgesetzt werden wird. Das ist in Verbindung mit der Zusicherung Rußlands, auf dem Balkan einer dem Frieden und der Aufrechterhaltung des status quo dienenden Politik folgen zu wollen, wie mir scheint, von grosser Bedeutung.[b]) Über England kann ich Ihnen noch nichts unmittelbar Greifbares mitteilen. Aber wenn ich die letzten anderthalb Jahre überblicke, so glaube ich doch mit gutem Gewissen sagen zu können, daß die anfangs nur ziemlich vage in die Erscheinung tretenden Absichten der englischen Politik, sich besser mit uns zu stellen, allmählich aus dem Zustande der Flüssigkeit in den der Krystallisation übergehen. ... *Innere Angelegenheiten des Deutschen Reiches.* ... Bethmann Hollweg.

[a]) Vgl. n. 2347, 2470. — [b]) Vgl. n. 2382, 2390.

Nr. 2386. Tel. aus Belgrad, 24. Dez. 1910 Nr. 187 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Minister des Aeussern lud mich für Dienstag den 27. d. Mts. zu einer Sitzung mit serbischen Fachdelegierten in Angelegenheit der vier juridischen Konventionen. Er teilte mir zugleich mit, dass ausser wenigen, nicht bedeutenden Punkten im Auslieferungsvertrage eigentlich keine Differenzen vorliegen. Ich halte daher Hieherkommen unserer Fachdelegierten vorläufig für nicht notwendig. Forgách.

[a] Vgl. n. 2384, 2387, 2392.

Nr. 2387. Tel. aus Belgrad, 24. Dez. 1910 Nr. 188 (eing. 4 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Laut Zeitungsmeldungen beabsichtigen sowohl Staatsanwalt als Verteidiger gegen gestriges Urteil zu appellieren. Die Verhandlung vor dem Appellationsgerichte wäre weder mündlich noch öffentlich. Belgrader Zeitungen sagen natürlich, alle Erzählungen Masaryks und Vasić' seien nunmehr erwiesen und Euer Excellenz sowie die Gesandtschaft schwer kompromittiert. Serbische Regierung müsse meine Abberufung verlangen, falls Euer Excellenz nicht so viel Einsehen haben, dieselbe freiwillig vorzunehmen. Für hiesige Verhältnisse sind übrigens Zeitungen eher gemässigt und weniger heftig als gelegentlich der Enthüllungen Masaryks in den Delegationen. Das Interesse für die Angelegenheit scheint hier schon etwas erschöpft zu sein. Forgách.

[a] Vgl. n. 2386, 2388, 2399.

Nr. 2388. Tel. aus Belgrad, 24. Dez. 1910 Nr. 189 (eing. 25. Dez. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Très confidentiel. Ministre des affaires étrangères vient de dire à mon collègue italien que le gouvernement serbe, désireux de maintenir de bonnes relations avec l'Autriche-Hongrie, a tâché d'éviter tout esclandre en connexion avec le procès Vasić et espère y avoir réussi. Pour le gouvernement serbe Vasić seul était en cause et il considère l'affaire terminée par le procès et n'a aucune intention d'en tirer des conséquences quelconques. En me communiquant ce qui précède ministre d'Italie ajoute qu'il croit inutile de me faire remarquer combien toute parole ou déclaration du ministre des affaires étrangères est sujette à caution. Forgách.

[a] Vgl. n. 2387, 2389, 2399.

Nr. 2389. Bericht des Militärattachés in Belgrad an den Chef des Generalstabs, 24. Dez. 1910 Nr. 243 (eing. als Einsichtstück des Chefs des Generalstabs vom 30. Dez. 1910 Nr. 4581 am 18. Jan. 1911).[a] *Abschrift.*

Anschließend an die Angriffe des Professors Masaryk gegen österr.-ung. Diplomatie begann in Belgrad der Prozeß gegen Vasić (richtig Sergian) (vermeintlichen Sekretär des Slovenski Jug Milan Stefanović), der sich

selbst beschuldigte, die sogenannten Protokolle des Slovenski Jug der k. u. k. Gesandtschaft geliefert zu haben. Anwesend waren außer Zeitungsberichterstattern Prof. Masaryk, Dr. Hinković und Dr. Teodorović. Die Tendenz des Prozesses (Hochverrat nach § 86): die Richtigkeit der Masarykschen Anschuldigungen gegen Gesandtschaft zu beweisen. Bewiesen wurde jedoch nur, daß Vasić mit dem Gesandtschafts-Dragoman verkehrte und aus der Kopie eines Telegrammes des letzteren aus Ložnica sah das Gericht den Beweis, daß der Dragoman Verfasser der Fälschungen sei und Vasić nur Teilnehmer (durch Übersetzung). Im Urteil (5 Jahre Zuchthaus) wurde versteckt hingewiesen, daß die Fälschungen auf der Gesandtschaft verfertigt worden sind. Der Prozeß macht den Eindruck raffinierter Intrigue. Es ist auffallend, daß Vasić von den serbischen Behörden unbehelligt blieb, (auch als er eine Brochure über die Hinterkulissenarbeit der österr.-ung. Diplomatie und über die Geheimnisse des Agramer und Friedjungprozesses ankündigte). Obwohl die serbischen Richter nicht daran zweifeln konnten, daß nur ein Funktionär im serbischen Ministerium des Äußern die Daten zu den Fälschungen liefern konnte, wurde kein Wort über die Beschaffung des Materiales verloren und nicht versucht, die Anschuldigungen eines Gauners gegen die Gesandtschaft zu prüfen. Auch der Angeklagte schien über sein Schicksal unbesorgt zu sein. So scheint auch die Verurteilung Vasić's eine abgekartete Sache gewesen zu sein.

[a]) Vgl. n. 2388, 2392.

Nr. 2390. Bericht aus St. Petersburg, 11./24. Dez. 1910 Nr. 58 A (eing. 26. Dez.).[a]) Ausfert.

Am Tage nach meiner Ankunft — Dienstag, den 20./7. l. M. — habe ich Herrn Sazonov meinen ersten Besuch abgestattet. Beim Betreten des Arbeitskabinetes des Ministers kam mir der Nachfolger Herrn Iswolsky's mit grosser Herzlichkeit entgegen und sprach mir in warmen Worten seine freudige Genugtuung aus, mich wieder hier begrüssen zu können. Es lag in dieser entrée chaude etwas Demonstratives, als sollte dadurch gezeigt werden, dass mit dem Personenwechsel auch eine neue Atmosphäre in das Palais an der Sängerbrücke eingezogen sei. Auf den freundschaftlichen Ton des Ministers eingehend, gedachte ich des Briefwechsels, der anlässlich der Ernennung Herrn Sazonov's zwischen uns stattgefunden. Unsere Uebereinstimmung in dem Wunsche mit einander gut auszukommen, sei darin schriftlich niedergelegt, eine Harmonie, die für die Zukunft nur von erfreulicher Vorbedeutung sein könne. Wir begegneten uns in dem Gedanken, dass keine tiefgehende Meinungsverschiedenheit die beiden Kabinete trenne, im Gegenteile in den grundlegenden Fragen der Orientpolitik vollkommene Uebereinstimmung herrsche. Bereits anlässlich der Wiederanknüpfung normaler Beziehungen im vergangenen Frühjahre sei dies zum Ausdrucke gelangt, wenn auch damals bedauerlicher Weise in der schliesslichen Formulierung und Publizierung keine Einigung erzielt werden konnte. Ganz spontan und mit fühlbarer Betonung gab der Minister der Auffassung Ausdruck, dass die Worte, die Euer Exzellenz in dieser Richtung vor den

Delegationen[b]) gesprochen, hier einen ausgezeichneten Eindruck hervorgerufen hätten. Sie seien die Formulierung des Gedankens gewesen, welcher damals — zur Zeit der Frühjahrsverhandlungen — dem russischen Kabinete vorgeschwebt habe. Meinerseits bemerkte ich, gleichfalls mit Nachdruck, dass darin unsere Auffassung festgelegt erscheine: Es sei nichts davon wegzunehmen und auch nichts dazu hinzuzufügen. Anknüpfend an diese Konstatierung eines einheitlichen Ausgangspunktes meinte der Minister, dass es eigentlich nur ein Terrain gebe, auf welchem beide Mächte interessiert seien, die Balkanhalbinsel. Gegenwärtig herrsche dort anscheinend Ruhe, doch wie lange werde dies dauern? Aus Albanien lägen Informationen vor, die den Wiederausbruch der aufständischen Bewegung für das kommende Frühjahr besorgen liessen.[c]) Die letzte Insurrektion sei allerdings von den türkischen Streitmächten niedergeschlagen worden. Vielfach hätten sich aber diese Elemente von neuem gerüstet und Anzeichen deuteten darauf hin, dass sie im geeigneten Momente wieder loszugehen gesonnen seien. Auf meine Bemerkung, dass die Prophezeiung von nationalen Bewegungen am Balkan ein altes Lied sei, welches alljährlich um diese Zeit angestimmt zu werden pflege, dass es mir aber nicht wahrscheinlich vorkomme, etwaige lokale Unruhen könnten angesichts der Verfassung der türkischen Armee und der Klarheit der internationalen Lage zu ernsteren Komplikationen führen, entgegnete Herr Sazonov, die Albaner allein flössten ihm keinen Schrecken ein und seien ihm überhaupt ziemlich gleichgiltig; dagegen müsse bedacht werden, dass Mazedonien an Albanien angrenze und ein Uebergreifen eines albanischen Aufstandes nach jenem, einem Pulverfasse gleichenden Gebiete nicht ausser Calcul gesetzt werden dürfe. Et qui peut savoir, où cela mènerait? Im Uebrigen konstatierte der Minister, dass gegenwärtig keine Streitfragen zwischen den beiden kaiserlichen Kabineten bestünden, es seien denn hie und da auftauchende Auseinandersetzungen, die sich aus dem Nachbarverkehre ergeben. Ich erwähnte, dass in diesem Belange durch übereifrige Organe der Staatsverwaltung öfters gesündigt werde, namentlich in Zeiten, wo die wechselseitigen Beziehungen eine Abkühlung erlitten hätten und die betreffenden Autoritäten durch besonders strikte Handhabung der einschlägigen Vorschriften einen Beweis von Patriotismus zu liefern wähnten. Demgegenüber versicherte mich der Herr Minister seinerseits, aus derlei Angelegenheiten keine Staatsaffaire machen, vielmehr dieselben „avec tout le mépris qu'elles méritent" behandeln zu wollen. Die Nomination Herrn von Giers zum Botschafter in Wien berührend, bezeichnete Herr Sazonov diesen Diplomaten als, seiner Ansicht nach, den geeigneten Mann, um die Beziehungen zwischen den beiden Kaisermächten inniger zu gestalten. Derselbe sei mit den allerbesten Dispositionen nach Wien gegangen und habe, wie es scheint, daselbst unter günstigen Auspizien sein Amt angetreten. Es sei bereits die Relation Herrn von Giers' über seine Antrittsaudienz bei Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn hier eingelaufen, worin der Botschafter in begeisterten Worten die huldvolle Aufnahme schildert, die ihm von Allerhöchster Seite zu Teil geworden. Abschliessend meinte Herr Sazonov, dass allerdings die durchlebten Krisen beiderseits gewisse Spuren — „des aspérités" — hinterlassen

hätten. Er rechne aber mit voller Zuversicht darauf, dass sich diese Spuren von selbst abschleifen werden. Man könne dies getrost der heilenden Zeit überlassen. Im ganzen Verlaufe dieser in Kürze wiedergegebenen Unterredung hat der Minister in seiner einfachen, natürlichen und geraden Weise das Bestreben gezeigt, die Schatten seines Vorgängers aus den Räumen, in welchen derselbe so unheilvoll gewaltet, zu bannen, einen grossen Strich durch die Vergangenheit zu ziehen und den abgerissenen Faden vertrauensvoller Beziehungen wieder anzuknüpfen. Es scheinen somit keine ungünstigen Vorbedingungen für die weitere Ausgestaltung des wechselseitigen Verhältnisses der benachbarten Kaisermächte gegeben. Was die bekanntlich im Laufe der Frühjahrsverhandlungen beregte Frage einer dokumentarischen Festlegung der Grundsätze der beiderseitigen Orientpolitik anbelangt, ist dieses heikle Thema von Herrn Sazonov nicht angeschnitten worden. Ob Velleitäten hiezu in dem Sinne bestanden haben, eine von wirklichem oder fingiertem Misstrauen eingegebene Proposition auf Anerkennung des Status quo oder dergleichen zu stellen, vermag ich nicht zu beurteilen. Zutreffenden Falles wäre derselben von vorneherein der Boden entzogen durch meine Erklärung, dass zu den einschlägigen Deklarationen Euer Exzellenz nichts hinzuzusetzen sei. Das Feld erscheint dadurch abgesteckt, auf welches etwaige derartige Vorschläge beschränkt bleiben müssten. Berchtold.

a) Vgl. n. 2385 Anm. b, 2391, 2403, 2406. — *b)* Schultheß, Europ. Geschichtskal. 1910, 471 ff. — *c)* Vgl. n. 2347.

Nr. 2391. Privatschreiben aus St. Petersburg, 11./24. Dez. 1910 Nr. 1 (eing. 26. Dez.).a) Ausfert.

Meinem heutigen Berichte lit. ...*b)* wirst Du entnehmen, dass meine erste Unterredung mit Sazonoff befriedigend ausgefallen ist, indem beiderseits gute Dispositionen zum Ausdrucke gelangt sind, gleichzeitig aber auch einem etwaigen Zurückkommen auf das russischerseits in Berlin zum Ausdrucke gebrachte Misstrauen gegen unsere Orientpolitik meinerseits von vornherein begegnet wurde. Ein Hervortreten aus der Reserve ist also vorläufig weder von dort noch viel weniger von mir versucht worden. Für mich war umsoweniger Anlass hiezu, als nun, wo Sazonoff gewissermassen gestärkt durch die in Berlin erhaltenen Zusicherungen, ein solches Auftreten unzweifelhaft als „Nachlaufen" interpretirt hätte, eingegeben durch ein angesichts der Potsdamer Entrevue*c)* eingegebenes Gefühl von Isolirung und Schwäche. Bis auf weiteres scheint es mir die klügste Politik zu sein, unter Pflege der gebesserten Stimmung an der Sängerbrücke eine abwartende Haltung einzunehmen, was sich auch mit den mir an die Hand gegebenen Instructionen vollkommen deckt. Was mir für die Zukunft als anzustrebendes Ziel vorschwebt, wäre eine von Sazonoff ausgehende Initiative, im Laufe der Zeit — etwa auf der Rückkehr von seiner projektierten Reise nach Paris und London — in Wien Etappe zu halten und solchergestalt Gelegenheit zu einer Aussprache mit Dir zu finden, was gewiss unter den gegenwärtigen Umständen und Zeitläuften nur von gedeihlicher Wirkung sein könnte. Symptomatisch scheint mir das Interesse zu sein, welches

Sazonoff der Lage in Albanien entgegenbringt, wenn er dasselbe auch nachträglich durch die Versicherung, die Albaner seien ihm schliesslich gleichgiltig, abzuschwächen suchte. Ich denke aber es ist Deinen Intentionen nicht zuwiderlaufend, wenn wir in Bezug auf die Balkanangelegenheiten einen gewissen Contakt mit dem russischen Cabinett aufrechthalten und uns nicht — wie es Iswolskysche Politik war — dort wie überall boudiren. ... *Personalangelegenheiten der Botschaft.* ... Berchtold.

[a]) Vgl. n. 2396, 2406. — [b]) Buchstabe fehlt, es handelt sich um Nr. 58 A; vgl. n. 2390. — [c]) Vgl. n. 2382, 2394.

Nr. 2392. Tel. nach Belgrad, 26. Dez. 1910 Nr. 83 (chiffr. 6 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 24. d. Nr. 187. Euer Exzellenz sind selbstverständlich ermächtigt, der in dem obigen Telegramm erwähnten Einladung des Herrn Ministers des Äussern Folge zu leisten. Euer Exzellenz können auch im Allgemeinen die reservierte Haltung, welche Ihnen durch mein Telegramm vom 12. d. M. Nr. 73 aufgetragen wurde, allmählich modifizieren. Wie ich zu Euer Exzellenz Orientierung bemerke, sehe ich mich hiezu durch den Umstand bestimmt, dass der Verlauf des Prozesses Vasić, soweit ich darüber informiert bin, zu keinen Bemerkungen Anlass gibt. Ich gedenke auch auf die Sache weder in den Delegationen noch durch ein Communiqué zurückzukommen, es wäre denn, dass ich durch neuerliche Angriffe seitens Professor Masaryks oder anderer Delegierter hiezu genötigt würde. Was die Anfrage Euer Exzellenz bezüglich Ihres eventuellen Hieherkommens betrifft, behalte ich mir vor, Ihnen nach der bevorstehenden kurzen Vorsession der Delegationen eine Mitteilung zukommen zu lassen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2389, 2393.

Nr. 2393. Bericht aus Belgrad, 26. Dez. 1910 Nr. 70 (eing. 27. Dez.).[a]) Ausfert.

Belgrader Blätter brachten den vermutlich authentischen Text des gegen Mladen Sergian alias Vladimir Vasić erflossenen Urteiles des erstinstanzlichen Gerichtshofes. Da dies das einzige öffentliche Dokument des Processes ist, erlaube ich mir dasselbe in Übersetzung[b]) Euer Exzellenz ergebenst vorzulegen. Auf den Verlauf des Processes werde ich in den nächsten Tagen noch ausführlicher zurückkommen; heute will ich nur bemerken, dass wir, meiner ergebensten Ansicht nach, in Anbetracht der leider obwaltenden Umstände keinen Grund haben, mit demselben unzufrieden zu sein. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2392, 2395, 2399. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 2393. Amtliche Übersetzung.

Urteil des Belgrader Gerichtshofes im Prozesse gegen Sergian alias Vasić. „Das vor die Verhandlung gelangte Beweismaterial prüfend und

jene Dokumente des „Slovenski Jug" ausscheidend, welche bloß die Verbindung dieses Kulturvereines mit den Serben außerhalb des Königreiches enthalten, hat sich das Gericht an jene Protokolle gehalten, welche die Staatsinteressen tangieren, die Verbindung der königlichen Regierung mit dem „Slovenski Jug", mit politischen Persönlichkeiten und politischen Gruppen in Kroatien, Bosnien und der Herzegowina hervorheben. Und berührend die Staatsinteressen, als Rechtsbasis für den Beschluß des Gerichtes in der Frage über das Vorhandensein des Vergehens des Verrates; und die Feststellung, daß die Mitteilung von Berichten, welche die Dokumente in der Frage von Objekten enthalten, die von Seite der berufenen Behörde als Staatsgeheimnisse betrachtet werden; und auf diese Art aus der Beurteilung der Tat als Verrat die Frage über die Autentizität der Berichte und Dokumente, welche sich ausschließlich auf die Quelle bezieht und demzufolge eine größere oder kleinere Gefahr für die Staatsinteressen bildet, ausschliessend; in Rücksicht nehmend, daß der angeklagte Sergian nach seinem Einbekenntnisse als Konfident einer fremden Mission Mitteilungen machte und an der Ausarbeitung von Dokumenten, die sich auf die Tätigkeit und die Sitzungen des „Slovenski Jug" bezogen, teilnahm, und welche für die Verwendung in einem auswärtigen Strafprozesse bestimmt waren und in Gebrauch kamen; konstatierend, daß der Inhalt dieser Dokumente die Verbindung der serbischen Regierung mit der serbokroatischen Koalition in Agram und der serbo-muselmanischen Organisation in Bosnien und der Herzegovina darlegt, und daß diese Verbindung die Einmischung der serbischen Regierung in die inneren Verhältnisse der Nachbarmonarchie darzustellen hatte; betrachtend, daß durch die Kommunikation dieser Dokumente im genannten Strafprozesse ein solcher Charakter dieser Verbindung klargelegt hätte werden sollen; und in Erwägung ziehend, daß durch die in den gemachten Dokumenten enthaltene Konstatierung dieser Verbindung der serbischen Regierung mit dem „Slovenski Jug" diese Berichte und Mitteilungen des beschuldigten Vasić die Form erhalten haben, welche die Glaubwürdigkeit in die Ernsthaftigkeit und Wahrheit der Fakten erbringt und diese Einmischung der serbischen Regierung durch ihre materielle Unterstützung verzeichnet und der beschuldigte Vasić an dieser Konfektionierung der Dokumente nach seinem Einbekenntnisse mit Organen einer fremden Mission teilgenommen hat: findet das Gericht, daß die Kommunikation solcher Berichte und die Ausfertigung solcher Dokumente eine Form von Verrat nach § 86 a des Strafgesetzes darstellt, ohne Rücksicht darauf, daß die verfertigten Dokumente, nach Berichten des Ministeriums des Äußern, jeder Grundlage entbehren; denn der Angeklagte hätte, durch das Geben von Mitteilungen sowohl für schon vorbereitete Dokumente als auch für solche, an deren Ausarbeitung er mitgewirkt hat, nicht nur glauben, sondern sicher wissen sollen, daß die Mitteilungen solcher Berichte und die Verwendung solcher Dokumente zweifellos dem Staatsinteresse Schaden zufügen, nachdem deren Natur solcher Art ist, daß deren Mitteilung die Staatsinteressen in Frage bringt und die Staatssicherheit kompromittiert und daher, ohne Rücksicht auf ihre Autentizität, einem fremden Staate nicht gegeben werden dürfen. Durch

sein Geständnis wird das Bestehen des Vergehens des beschuldigten Vasić bestätigt, daß er als Konfident einer fremden Mission Mitteilungen und Berichte, die sich auf die Komiteebanden und auf die Tätigkeit des „Slovenski Jug" bezogen, gegeben hat, und daß er mit Organen der Mission Dokumente des „Slovenski Jug" ausgearbeitet hat, laut welcher die serbische Regierung an der Arbeit der serbokroatischen Koalition und der serbo-muselmanischen Organisation mitwirkte, und daß auf Grund von Berichten des Ministeriums des Äußern und des Kriegsministeriums konstatiert wird, daß sich solche Dokumente und Mitteilungen auf die Landesverteidigung und Staatssicherheit beziehen, und hiemit ohne Rücksicht auf ihre Autentizität ihrer Natur nach verlangen, daß derartige Mitteilungen nicht gemacht werden, — § 224, 225 und 234 des Strafgerichtsverfahrens. Das Geständnis des Angeklagten enthält alle Bedingungen des § 225 des strafgerichtlichen Verfahrens, denn es sind in seinem Geständnisse die einzelnen Fakten dargelegt, welche seine Verbindung mit Organen einer fremden Mission enthalten; unabhängig von dem Geständnisse, das durch andere Beweise bestätigt ist, welches genügt, um die Überzeugung von der Wahrhaftigkeit der allegierten Fakten des Geständnisses zu bieten. An erster Stelle ist durch die Zeugenaussagen, Herrn Dr. Simonović und Dr. Vučetić, der Umstand bestätigt, daß sie ärztliche Hilfeleistungen im Hause des Dragomans Swietochowski zu jener Zeit geleistet haben, welche der Angeklagte bei seiner Einvernahme angegeben; und desgleichen sind durch die Zeugenaussagen des Dr. Herniček seine und seiner Frau Bekanntschaft mit dem Hause des Gesandtschaftsbeamten Tiefenbach bekräftigt, ein Faktum, welches in der Erklärung des Angeklagten ebenfalls vorgebracht wurde. An zweiter Stelle besteht die Zeugenaussage des Zeugen Alex. Obradović, welcher im selben Hause, wo Swietochowskis sind, im unteren Stockwerke wohnt, daß bei einer Gelegenheit Frau Obradović in die Wohnung des Swietochowski ein Dessert gesendet hat und zwar zu jener Zeit, die der Angeklagte in seiner Einvernahme angegeben hat; und desgleichen ist durch die Erklärung des Herrn Obradović der Umstand bestätigt, daß bei einer Gelegenheit ein Polizeischreiber in sein Haus zu einer Zeit kam, die der Beschuldigte angegeben, und dadurch ist der Umstand über seine und Swietochowskis Verwirrung, die diese Ankunft, nach Darlegung des beschuldigten Vasić hervorgerufen, bekräftigt. Außerdem ist durch die Zeugenaussage des Sreten Stojanović die Einteilung und besonders das Vorhandensein der Doppeltür an der Kanzlei des Swietochowski festgestellt, und mit der Zeugenaussage des Milan Mihajlović die Wohnungseinteilung Herrn Tiefenbachs erwiesen, wie sie der Angeklagte in seinen Aussagen darstellte. An dritter Stelle hat die Meinung der Sachverständigen die Tatsache, welche der Angeklagte in Hinblick auf die Depesche aus Ložnica, welche als Konzept beim Angeklagten vorgefunden wurde und an Professor Božo Marković gerichtet war, anführt, daß nach seiner Angabe Herr Swietochowski dieselbe geschrieben und daß sie als Dokument photographiert und verwendet wurde, bestätigt, daß dieselbe Hand die Depesche und die Adresse an Frank Söhne in Agram, welche als autentische Handschrift Swietochowskis die Untersuchungsbehörde den

dem Gerichte vorgelegten Akten beigeschlossen hat, geschrieben habe. Alle diese Fakten, welche unabhängig von dem Geständnisse festgestellt wurden, bilden die Überzeugung, daß eine nahe Bekanntschaft des Angeklagten mit Organen einer fremden Mission bestanden haben, welche Bekanntschaft dem Angeklagten gestattete, jene Dienste zu erweisen und Dokumente auszuarbeiten, die der Angeklagte in seinem Verhör gelegentlich der Verhandlung genannt und hat auf diese Art die Aussage des Angeklagten, in welcher er seine Mitwirkung in der Ausarbeitung von Dokumenten einbekennt, die vollkommene Kraft eines wahrhaften Eingeständnisses nach § 225 des strafgerichtlichen Verfahrens erwiesen. Dem Angeklagten wird das Anerkennen von T 7, § 59 des Strafgesetzes und die gute Konduite T 4, § 59, des gleichen Gesetzes zugesprochen. Demzufolge findet das Gericht, daß dem Angeklagten die Strafe nach § 86 a des Strafgesetzes, unter Rücksichtnahme auf § 61 des Strafgesetzes zuzuerkennen ist. Mit Hinblick auf die Höhe und Art der Strafe hat das Gericht in Rücksicht genommen, daß die Falschheit der Dokumente auch dem Angeklagten anläßlich ihrer Ausarbeitung augenscheinlich bekannt war, daß die Falschheit nach Bericht des Ministeriums des Äußern auch beim Prozesse, bei welchem diese Dokumente verwendet wurden, aufgehellt wurde und daß demzufolge die Gefahr ihrer Verwendung vollständig beseitigt ist; denn der Glaube in ihre Autentizität war bei diesem Prozesse selbst vollkommen ausgeschlossen. Aus diesen Ursachen und so weiter verurteilt das Gericht Mladen Sergian-Vladimir Vasić für das vorangeführte Vergehen des Verrates mit der Strafe von fünf Jahren Zuchthaus (robia), gerechnet vom Tage an, wo die Strafe publiziert wurde."

Nr. 2394. Tel. nach London, 26. Dez. 1910 Nr. 78 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] Konz. (S. Musulin; V. u. G. Aehrenthal).

Ich habe kürzlich mit Sir F. L. Cartwright nach seiner Rückkehr vom Urlaube eine Konversation gehabt. Bezüglich der Lage in der Türkei habe ich mich dahin geäußert, daß ich zwar die Schwierigkeiten, mit denen Hakki Pascha zu kämpfen habe und die zum Teil in der parlamentarischen Situation begründet seien, ebensowenig verkenne, wie manche nicht sehr günstige Erscheinungen in den Provinzen, daß ich die Situation im großen und ganzen aber auch weiterhin nicht als irgendwie beunruhigend anzusehen vermöchte. Es wäre zwar noch verfrüht, von einer Konsolidierung der neuen Verhältnisse des ottomanischen Reiches zu reden, immerhin entspreche aber die Situation den Erwartungen, denen man sich bezüglich der Entwicklung der Dinge in der Türkei vernünftigerweise hingeben konnte. Was das Verhältnis Deutschlands zu England anbelangt, habe ich zu dem Herrn Botschafter bemerkt, daß die jüngsten bezüglichen Auslassungen Herrn von Bethmann Hollwegs nur eine neuerliche Bekräftigung der versöhnlichen Dispositionen des deutschen Reichskanzlers enthalten hätten, wie sie dieser (was ich ja Sir F. L. Cartwright vor nahezu Jahresfrist bereits mitgeteilt hätte) mir gegenüber bereits zum Ausdrucke gebracht habe. Sei auch noch kein positives Resultat erzielt, so verdienten diese günstigen Dispositionen

immerhin als ein gutes Moment verzeichnet zu werden und sei daher der freundschaftliche Geist der Erklärungen Herrn von Bethmann Hollwegs nur lebhaft zu begrüssen. Ebenso wie eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen uns nur erwünscht sein könne, könne es uns nur recht sein, wenn bei der Potsdamer Entrevue die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu ostensiblem Ausdruck gelangt seien; als besonders erfreulich bezeichnete ich meinem Mitredner den Umstand, daß sich Rußland in Potsdam neuerlich auf die Erhaltung des status quo am Balkan verpflichtet habe. Auf eine Frage Sir F. L. Cartwrights über unser eigenes Verhältnis zu Rußland antwortete ich, daß dieses Verhältnis seit dem Rücktritte Herrn Iswolskys, also seit dem Wegfalle des irritierenden persönlichen Momentes, eine wärmere Note aufweise und daß ich auch seiner weiteren Entwicklung ruhig und zuversichtlich entgegen sehe. Euer Exzellenz wollen die nächste Gelegenheit benützen und sich im Sinne meiner Aussprache mit dem Herrn englischen Botschafter auch selbst zu dem Herrn Staatssekretär aussprechen, wobei Euer Exzellenz bemerken wollen, Sie seien informiert worden, daß ich mich in derselben Weise, wie Sie dies dem Staatssekretär gegenüber täten, Sir F. L. Cartwright gegenüber geäußert hätte. Geheim. Da, wie ich streng vertraulich erfahre, Sir F. L. Cartwright sich Kollegen gegenüber geäußert haben soll, daß ich in meiner letzten Unterredung mit ihm einen alarmierenden Ton angeschlagen hätte, lege ich Wert darauf, daß der Herr Staatssekretär durch Euer Exzellenz über den Tenor meiner Auslassungen zu dem Herrn englischen Botschafter die richtige Information erhalte. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2391, 2402, 2419.

Nr. 2395. Tel. nach Belgrad, 27. Dez. 1910 Nr. 84 (chiffr. 6 U. p. m.).[a]) Konz. (S. u. G. Oppenheimer).

Euer Exzellenz sind die officiösen Ausführungen, mit welchen der „Pester Lloyd" vom 25. d. M. den Prozeß Vasić commentiert, gewiß bekannt. Dieselben betonen hauptsächlich, daß Euer Exzellenz mit Vasić nicht verkehrt haben, daß derselbe nur mit dem Dragoman in Verbindung stand, welch letzterer die angeblich echten, vom Confidenten gebrachten Pièces abschrieb und daß es Vasić möglicherweise gelungen ist, sich in den Besitz solcher, von der Hand des Dragomans herrührenden Copien zu setzen. In demselben Sinne beabsichtige ich mich, eventuell in den Delegationen im Gegenstande zu äußern. Nun behauptet Professor Masaryk in einem in der heutigen Nummer der „Zeit" reproducirten Artikel des „Čas", daß das in dem Prozesse Vasić zur Sprache gebrachte Telegramm aus Ložnica nicht eine Copie sein könne, sondern ein von Swietochowski gefälschtes Telegramm sei. Als Beweis hiefür wird angeführt, daß die angebliche „Copie" auf einem serbischen Telegrammblatt, sowie mit dem üblichen Tintenstift geschrieben und in allen Details ein Telegramm sei. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich hierüber sowohl nach Wien als auch nach Budapest (Hotel Hungaria), wohin ich heute abreise, telegrafisch äußern zu wollen. Da bei der Beurteilung dieser Frage auch der Umstand eine gewisse Bedeutung

hat, ob der Dragoman überhaupt, respektive genug geläufig mit cyrillischen Lettern schreiben kann, so wollen Euer Exzellenz mich auch hierüber orientieren. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2393, 2397.

Nr. 2396. Privatschreiben aus Konstantinopel, 27. Dez. 1910 (eing. 30. Dez.).a) Eigh. Ausfert.

... *Urlaubsverschiebung* ... Seit meinem letzten Schreiben hat sich die politische Lage in der Türkei noch weiter verschlechtert und obwohl ich im allgemeinen an meiner eher optimistischen Auffassung festhalte, so möchte ich doch nicht unterlassen, Deine besondere Aufmerksamkeit auf gewisse recht bedenkliche Symptome, die in ganz letzter Zeit an Intensität gewonnen haben, zu lenken. Die in einem meiner heutigen Berichte berührte Spaltung im Lager der Partei Union et Progrès möchte ich ganz besonders als äußerst bedenklich hervorheben. Diese Spaltung ist in der sich immer mehr fühlbar machenden Reaction gegen die jüdisch-freimaurerische Richtung, die bekanntlich in der türkischen Revolution eine so große Rolle gespielt hat, begründet. Mahmud Chefket Pascha dürfte früher oder später den Kampf gegen letztere Richtung, die ihm verhaßt ist, aufnehmen. Ob es zu diesem Kampfe kommen wird und ob derselbe mit Erfolg geführt werden kann, wird davon abhängen, wie sich die Dinge in der Armee weiterentwickeln. Vielfach wird behauptet, daß der Kriegsminister die Offiziere, namentlich die des III. Corps, keineswegs in der Hand hat. Ich sprach gestern Mahmud Chefket Pacha. Er machte mir den Eindruck weniger selbstbewußt zu sein, als dies bei früheren Anlässen, wo wir uns trafen, der Fall war. Auch an den Peripherien des Reiches geht es wieder bedeutend schlechter. In Syrien, im Yemen und auch in Albanien. Die Jungtürken werden schließlich zur Einsicht gelangen, daß ihre Mittel nicht ausreichen, um die schönen Theorien von Geltendmachung der Staatsgewalt im ganzen Reiche zu verwirklichen. Sie werden gezwungen sein, wenigstens theilweise, zu den bekannten Methoden des alten Regimes zurückzukehren. Wenn ich im Obigen die heutige Lage in etwas düsteren Farben schildere, liegt es mir ferne, den Teufel an die Wand malen zu wollen. Wie Du ganz richtig sagst, haben sich die Dinge in der Türkei „immer wieder eingerenkt", aber trotz allem Optimismus ist doch große Vorsicht geboten, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen will, von den Ereignissen gar zu sehr überrascht zu werden. Von diesem Gesichtspunkte aus, scheint es mir von Vortheil zu sein, daß wir, selbst in der jetzigen Phase, wo die Türkei sichtlich Annäherung an die Centralmächte sucht, nicht zu sehr hervortreten, sondern den Vortritt eher Deutschland überlassen. Es könnte ja auch in dieser Beziehung, nämlich was die Orientierung der äußeren Politik dieses Reiches anbelangt, mit einem Schlage wieder eine Änderung eintreten. Der türkisch-italienische Conflikt scheint nun in eine ruhige Phase eingetreten zu sein, aber die Nachwehen dieses Conflictes werden sich noch lange fühlbar machen.

P. S. ... *Kultusprotektorat in Albanien.* ... Pallavicini.

a) Vgl. n. 2391, 2405.

Nr. 2397. Tel. aus Belgrad, 28. Dez. 1910 Nr. 191 (eing. 7 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm Euer Excellenz Nr. 84. Dragoman kann genug praktisch mit cyrillischen Buchstaben schreiben. In allen mir zugekommenen Berichten über Gerichtsverhandlung hiess es, dass die ...[b] Kopie einer Depesche aus Ložnica mit Dragomanhandschrift vorgewiesen wurde. Im Urteil heisst es „Konzept" einer Depesche von derselben Hand geschrieben, wie die Adresse nach Agram. Wenn dagegen die Version Professor Masaryks in seinem Blatte richtig wäre, so könnte es sich nur um eine Fälschung durch Vasić handeln, welcher oft mit Tintenstift schrieb und die Telegramme immer auf offiziellen serbischen Telegrafenblättern brachte. Da er kleine Zettel des Dragomans mit Namen in cyrillischen Lettern mitunter erhielt, ist es nicht ausgeschlossen, dass er mit Nachahmung seiner Handschrift ein ganz kurzes Telegramm fälschte. Die serbischen Experten im Schriftfache hätten natürlich was immer als Handschrift des Dragomans bestätigt. Während alle anderen Zeitungen schweigen, schreibt die „Politika" seit mehreren Tagen ganz im Sinne des Artikels im böhmischen Blatte Masaryk's über „Geständnis und Selbstverurteilung des Grafen Forgách" wie wenn die ...[b] Veröffentlichung des „Pester Lloyd" meine Unterschrift trüge. Ich muss Euer Exzellenz ergebenst darauf aufmerksam machen, dass, was immer wir sagen mögen, von Masaryk und seinen Genossen verdreht und mit angeblich authentischen Gegenbehauptungen, geschöpft aus Vasić's Märchen und der uns geheimen Verhandlung, widersprochen werden wird. Ich könnte daher nur eine wenig in Details eingehende, kategorische Zurückweisung anempfehlen mit dem Hinweis, wie die Falschheit aller durch Masaryk in seiner ersten Delegationsrede vorgebrachten Verleumdungen (Umgang mit mir, Anweisung zu Fälschung, Unkenntnis Masaryks selbst über den Namen und die Profession und Vorleben seines Vertrauensmannes Vasić, der nie Hauslehrer oder Journalist war und so weiter) erwiesen sei. Zu Masaryk's letztem Artikel will ich noch bemerken, dass Vasić mir nach seiner Fahrt nach Agram nie geschrieben hat. Sein angeblicher Brief ist also eine seiner vielen Lügen; damit entfallen auch alle daran geknüpften Erörterungen Masaryks. Gleichlautend Budapest. Forgách.

[a] Vgl. n. 2399, 2400. — [b] Chiffre verstümmelt.

Erlaß nach Berlin, 28. Dez. 1910 Nr. 3352. Siehe n. 2398.

Nr. 2398. Erlaß nach Rom Nr. 3351 (1) und Berlin Nr. 3352 (2), 28. Dez. 1910.[a] Konz. (S. Calice; G. Müller).

1. und 2. Streng vertraulich.

1. Die neuesten Nachrichten über den Stand der italienisch-türkischen Differenzen wegen Hodeida und Tripolis berechtigen glücklicherweise zu der Hoffnung, daß dieser Zwischenfall nunmehr einer friedlichen Beilegung entgegengeht, was wohl nicht zum geringsten Teile auch der Einwirkung der Verbündeten Italiens sowohl in Konstantinopel als in Rom zuzuschreiben

ist. Dabei drängt sich der Gedanke auf, daß die Zusputzung des italo-türkischen Konfliktes, der ja einen Augenblick lang bedrohliche Gestalt annehmen zu wollen schien, vielleicht ganz hatte vermieden werden können, wenn der italienische Botschafter in Konstantinopel mit seinen Kollegen von den anderen Dreibundmächten in engerer Fühlung gewesen wäre, als dies tatsächlich der Fall gewesen zu sein scheint. Dies ist umso auffälliger, als eine solche enge Fühlung unter den Vorgängern des Baron Mayor, zum Beispiel Marquis Imperiali, zu Zeiten bestanden hat, wo die italienische Regierung in Konstantinopel keineswegs so ausgesprochen ihre Dreibundzugehörigkeit an den Tag legte, wie dies seit der Amtsführung des Marquis San Giuliano erfreulicherweise geschieht. Italien hätte von der stärkeren Betonung seiner Stellung als Mitglied des Dreibundes in Konstantinopel gewiß keine Nachteile zu besorgen. Im Gegenteil ist aus der Berichterstattung des Markgrafen Pallavicini zu entnehmen, daß gerade die unausgesprochene Mittelstellung Italiens zwischen Zentral- und Westmächten seinem Prestige bei den türkischen Regierungskreisen Eintrag zu tun scheint. Ich ersuche Euer Exzellenz daher, sobald sich dafür eine geeignete Gelegenheit ergeben sollte, Marquis San Giuliano nahezulegen, er möge die besondere Aufmerksamkeit Baron Mayors darauf lenken, in Hinkunft mit den Vertretern der beiden verbündeten Reiche in engem Kontakt zu bleiben. Ich muß es Euer Exzellenz überlassen, hiefür einen Zeitpunkt sowie eine Form zu wählen, welche geeignet sind, etwaige Empfindlichkeiten des Herrn Ministers des Äußern nicht zu wecken. Indem ich schließlich beifüge, daß ich eine Abschrift dieses Erlasses dem Herrn deutschen Staatssekretär zur Kenntnis bringen lasse, erneuere ich ...

2. In der Anlage erhalten Euer Exzellenz Abschrift eines unter Einem an Herrn von Merey in Rom ergehenden Erlasses. Ich ersuche Euer Exzellenz denselben dem Herrn Staatssekretär mitteilen, und den Erlaß ähnlicher Instruktionen an Herrn von Jagow bei ihm anregen zu wollen.

a) Vgl. n. 2376, 2421.

Nr. 2399. Bericht aus Belgrad, 29. Dez. 1910 Nr. 71 C (eing. 30. Dez.) a)
Ausfert.

Streng vertraulich. Aus meinen Telegrammen Nr. 180—184, 188 und 189, aus den Berichten des Korrespondenz-Bureaus sowie der Tagesblätter ist Euer Exzellenz der Verlauf des Prozesses gegen Mladen Sergian alias Vladimir Vasic bekannt. Der von der serbischen Regierung so oft versprochene, vom Gerichts-Präsidenten gleich zu Beginn angeordnete Ausschluß der Öffentlichkeit war, wie der ganze Prozess, eine Komödie. Alle serbischen Journalisten, welche sich als Korrespondenten auswärtiger zum Beispiel kroatischer Zeitungen vorstellten, konnten ruhig im Saale verbleiben. Im ganzen waren ungefähr 20 Personen anwesend, darunter Professor Masaryk und die zwei aus Agram zugereisten Advokaten Hinkovic und Teodorović. Masaryk fungierte nach einer Version als Vertrauensmann Sergian-Vasic's, nach einer anderen, authentischer erscheinenden Behauptung, hätte der Gerichts-Präsident Masaryk als am Prozesse „Interessierten" auf

seine Anfrage telegraphisch verständigt, daß er der Verhandlung beiwohnen dürfe. Die Regierung wollte durch ihre halben Maßregeln einerseits hier einem eventuellen zu argen Geschrei vorbeugen, andererseits nicht verhindern, daß das Ausland über die serbische Unschuld und die österreichisch-ungarischen Fälschungen umständlich unterrichtet werde. Bei der relativen Inhaltslosigkeit der Verhandlungen war übrigens ihre öffentliche Verbreitung nicht zu bedauern. Jedenfalls hatte die Regierung es vereitelt, daß die Belgrader Zeitungen einen zu großen Lärm schlagen konnten, da sie die Details des geheimen Prozesses erst verspätet reproduzierten, als das Interesse bedeutend nachgelassen hatte. Diesbezüglich war der Prozess geschickt inszeniert und der Präsident führte ihn, den Weisungen der Regierung gemäß, in relativ korrekter Weise und mit solcher Beschleunigung, daß alle auf die Voruntersuchung bezüglichen Protokolle und Schriften so schnell verlesen wurden, daß niemand sie verstand. Es war eben beabsichtigt, einerseits jeden Skandal und Konflikt mit uns zu vermeiden, andererseits Masaryks Behauptungen zu bekräftigen, insofern dieselben überhaupt bekräftigbar waren. Als judizieller Vorgang war der Prozess einfach ein Hohn. Um den angeblichen Angeklagten kümmerte sich die Justiz weder im Prozesse noch, wie es scheint, bei der Voruntersuchung. Über sein Vorleben, seine Freunde, seine Quellen und Verbindungen wurde gar nicht gesprochen. Wie und wann er sich der Gesandtschaft genähert hatte, wieso er „Teilnehmer an Fälschungen" wurde, was er früher und später tat, schien niemanden zu interessieren. Es wurde ihm einfach Gelegenheit gegeben, seine von Masaryk den Delegationen aufgetischten Märchen vor Gericht zu wiederholen und die einzigen Umstände, welche beweisbar waren, durch Zeugen zu erhärten, nämlich seinen, von uns nie geleugneten Umgang mit dem Dragoman und seine Kenntnis der Wohnungen Herrn von Swietochowskis und des Kanzleirates Tiefenbach. Vasić's Glaubwürdigkeit wurde überhaupt nie in Frage gestellt, und das Beweismaterial auf den einzig beweisbaren Teil seiner Märchen konzentriert. Als Dokument fungierte nur die Abschrift eines Telegrammes aus Ložnica über serbische Banden. Der Kaufmann, bei welchen der Dragoman seine Hauseinkäufe besorgt, war bewogen worden, unseren Beamten zu ersuchen, ihm die Adresse eines Agramer Kaffeehändlers aufzuschreiben. Die wenigen Worte der Adresse genügten den serbischen Experten im Schreibfache, um die Identität der Handschrift zu konstatieren. Was das Telegramm anbetrifft, so hat bekanntlich seinerzeit der Konfident viele solche Telegramme über serbische Banden — stets auf dem Originalblankette des Telegraphenamtes, oft mit Vormerknummer und Stampiglie des Slovenski Jug und so weiter — dem Dragoman überbracht. Da er immer zugleich Protokolle, Berichte, Briefe und so weiter aus dem Slovenski Jug mitbrachte und die Abschrift oder Übersetzung dieser Dokumente oft eine mehrstündige Arbeit in der Wohnung des Dragomans in Anwesenheit des Konfidenten verursachte, so ist es möglich, daß eine Telegrammabschrift in das Material hineinrutschte, welches der Konfident wiederum wegtrug. In diesem Falle ist die Übersetzung des Telegrammes überhaupt nicht nach Wien unterbreitet worden. Vielleicht hat Sergian übrigens auch das kurze Telegramm mit der Hand-

schrift des Dragomans gefälscht. Dies wäre sogar die wahrscheinlichste Erklärung, falls die in der „Zeit" vom 27. d. Mts. reproduzierte Version Professor Masaryks richtig ist, nämlich, daß dem Gerichte keine Kopie von Swietochowskis Hand vorlag, sondern ein mit Tintenstift geschriebenes Telegramm auf offiziellem serbischen Telegraphenblankette. War schon der Prozess, in welchem der Angeklagte eigentlich als Kläger auftrat, kein Kreuzverhör erdulden mußte und nur mit solchen Zeugen konfrontiert wurde, welche seine Aussagen bestätigten, eine Komödie, so muß das Urteil (Beilage meines ergebensten Berichtes Nr. 70 vom 26. d. Mts.) juridisch als noch erstaunlicher bezeichnet werden. Paragraph 86 a straft als Landesverrat die Preisgabe von geheimen Dokumenten, deren Veröffentlichung das Staatsinteresse gefährdet. Wieso die Slovenski Jug Dokumente, welche doch Sergian-Vasić nur „mit der Gesandtschaft fälschte", als Preisgabe geheimer Dokumente betrachtet werden können, ist wohl schwer zu begründen. Dem Verfasser der gewundenen Motivierung — vermutlich der große Jurist und ehemalige Justizminister Herr Milovanović selbst — scheint es auch bedenklich gewesen zu sein, daß auf Umwegen eingestanden wurde, daß das Aufdecken der Umtriebe des südslavischen Klubs, der Banden und so weiter für Serbien unerfreulich oder gefährlich war; daher wird, am Schlusse der Motivierung, dem Prozesse eigentlich das ganze Substrat entzogen, indem feierlich im Namen des Auswärtigen Amtes erklärt wird, daß selbstverständlich die absolute Falschheit der Dokumente jedermann bekannt und ihre Verwendung daher ganz ungefährlich war. Dennoch erhielt Sergian-Vasić 5 Jahre Zuchthaus. Sein Verteidiger appellierte, also ist das Urteil nicht rechtskräftig. Vor der zweiten Instanz ist das Verfahren weder öffentlich noch mündlich. Sergian schien sich in vollkommener Sicherheit zu fühlen, benahm sich während des ganzen Prozesses frech und gerierte sich als Ankläger der Gesandtschaft. Jetzt werden seine Hintermänner den hereingefallenen Mann wahrscheinlich mit der Aussicht auf eine baldige Begnadigung vertrösten. Ich zweifle an derselben; denn die Regierung, welche so gar nicht nach Sergians Freunden und Verbindungen forschen wollte, hat den sichtlichen Wunsch, daß er je länger im Zuchthaus verstumme. Das Interesse in Belgrad für die Affaire war kein übergroßes und dürfte ganz erlöschen, falls Masaryk ihr nicht neues Leben und Interesse einflößt. Die Regierung ist froh, den Belgrader Prozeß los zu haben, erwartet aber mit Schadenfreude die Konsequenzen, welche Masaryk ziehen wird, sowie seine neuerlichen Angriffe gegen Euer Exzellenz. Seine Wiederwahl in den Delegationen hat hier große Befriedigung hervorgerufen. Mit Vergnügen wurden auch die „von informierter Seite" stammenden, am 24. in der Neuen Freien Presse und im Pester Lloyd erschienenen Entrefilets begrüßt. Unsere „lügenhaften Geständnisse" über das Abschreiben der Slovenski Jug Dokumente durch den Dragoman kamen hier sehr gelegen. Zum Schlusse will ich noch erwähnen, daß die „Politika" die in der Untersuchungshaft geschriebenen „Geständnisse" Sergians um „ein gutes Honorar" von ihm im Wege seines Verteidigers erworben hat, und den von den plumpsten, naivsten Erfindungen strotzenden, allgemeine Heiterkeit erregenden Roman seit mehreren Tagen in fortlaufenden Fortsetzungen

publiziert. Die Beschreibung meines Empfanges gelegentlich meiner Zusammenkunft mit Vasić in der Wohnung des Kanzleileiters Tiefenbach ist eines Witzblattes würdig. Nebenbei bemerkt, habe ich die Wohnung des genannten Beamten nie betreten. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2397, 2400.

Nr. 2400. Tel. aus Belgrad, 30. Dez. 1910 Nr. 192 (eing. 3 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 191 vom 28. d. M. Vertreter des Korrespondenzbureaus, den ich genau befragte, sagte mir, dass, soweit er sehen konnte, Sachverständige im Schreibfache tatsächlich ein ihnen vom Präsidenten überreichtes serbisches Telegrammformular in der Hand hielten und mit der auf einem Kuvert in lateinischen Lettern geschriebenen Agramer Adresse verglichen. Sie sagten, dass trotz der Verschiedenheit der zyrillischen und lateinischen Buchstaben sie aus dem Zuge der Schrift und so weiter dahin concludieren, dass die beiden Schriftstücke von derselben Hand sind. In diesem Falle ist es zweifellos, dass es sich um eine von Vasić — vielleicht sogar erst in der Voruntersuchung — begangene Nachahmung der Handschrift des Dragomans handelt. Ein kurzes Telegramm mit wenigen Worten eignet sich hiezu am besten. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2399, 2401.

Nr. 2401. Tel. aus Belgrad, 30. Dez. 1910 Nr. 193 (eing. 7 U. 5 M. p. m.).[a]) Entziff.

Da Minister des Äussern morgen über orthodoxe Weihnachten zur Familie seiner Frau nach Bukarest fährt, hatte ich heute Besprechung mit ihm wegen Vorbereitung des Austausches der Ratifikationen des Handelsvertrages. Er wird jedenfalls am 13. Jänner zurück sein, um persönlich Austausch vorzunehmen. Wir sprachen auch ganz kurz über gestrige Sitzung der Delegationen. Da hiesiges Pressbureau Rede in einer schlecht französischen, schwer verständlichen Übersetzung gebracht hatte, teilte mir Minister auf Basis des deutschen Originaltelegrammes des Korrespondenzbureaus Rede Euer Exzellenz mit, selbstverständlich sei serbischerseits hiezu gar keine Bemerkung zu machen; Sektionschef Spalajković habe dem Minister seinerzeit meine Mitteilungen über mit Enthüllungen drohendes Individuum gemeldet. Ich frug noch den Minister ob — da in der „Zeit" darüber polemische Artikel erschienen seien — er mir vertraulich sagen könnte, welcher Art eigentlich das in der geheimen Gerichtssitzung produzierte Telegramm aus Ložnitza gewesen wäre. Er erwiderte, nicht ganz authentisch unterrichtet zu sein, doch glaube er, dass dasselbe tatsächlich auf ein Telegrammformular geschrieben war, doch nicht auf Formular der ankommenden Telegramme, sondern auf dem jedermann erhältlichen Blankette für abgehende Telegramme, also eine Art Konzept eines verfassten, aber nicht abgegangenen Telegrammes. Ich sagte dem Minister, dass es sich in diesem Falle nur um eine neuerliche Fälschung Vasić's handeln

könne. Ich benützte den Anlass, um dem Minister zu sagen, dass ich die anderweitige Verwendung des Dragomans beantragt habe, da nach den Angriffen, denen er unschuldiger Weise ausgesetzt war, seine private Existenz und amtliche Tätigkeit in Belgrad erschwert sei. Forgách.

a) Vgl. n. 2400, 2407, 2410.

Nr. 2402. Bericht des Legationsrates Grafen Adam Tarnowski aus London, 30. Dez. 1910 Nr. 69 (eing. 1. Jan. 1911).a) Entziff.

In Befolgung des hohen Telegrammes Nr. 79b) vom 28. d. M. habe ich mich schon gestern im Sinne Euer Excellenz telegrafischer Weisung vom 26. d. M. Nr. 78 Sir A. Nicolson gegenüber ausgesprochen.

Um einerseits im eigenen Namen zu sprechen und nicht gleich den Eindruck zu erwecken, dass ich die bewusste Mitteilung im höheren Auftrage mache und um andererseits die Aufmerksamkeit des Unterstaatssekretärs mehr zu fesseln, habe ich ihm vorerst erwähnt, dass ich ganz unlängst in Wien gewesen bin und dort die Ehre hatte, von Euer Excellenz in politische Gespräche gezogen zu werden.

Diese Einleitung nahm Sir A. Nicolson zum Anlasse, um sich sehr eingehend nach dem Befinden Euer Excellenz zu erkundigen, worauf sich eine angeregte Konversation entwickelte, in der ich zuerst mit grösster Genauigkeit Punkt für Punkt mich so ausgesprochen habe, wie — laut des obbezeichneten Telegrammes — Euer Excellenz sich zu Sir F. L. Cartwright ausgelassen hatten.

Nicolson hörte mir mit sichtlichem Interesse zu und liess ab und zu seinerseits eine zustimmende oder meine Gedanken ergänzende Bemerkung fallen. Als ich von der Lage in der Türkei sprach, nickte er bejahend mit dem Kopfe und murmelte etwas im selben Sinne. Er reagierte besonders auf das, was ich über die konzilianten Dispositionen Herrn von Bethmann Hollwegs sagte und kam auch später, nachdem ich bereits die ganze Mitteilung gemacht hatte, auf diesen Punkt zu sprechen, wobei er meine Appretiationen analysierte und sich zugleich seinerseits dahin äusserte, dass die Atmosphäre klarer und freundlicher sei. Als ich dazu bemerkte, dass mir der freundlichere Ton der Presse anlässlich des Leipziger Urteiles aufgefallen ist und dass die hiesige öffentliche Meinung die guten Absichten Deutschlands in diesem Falle anzuerkennen scheine, stimmte Sir Arthur zu, und bemerkte mit Nachdruck, wie richtig, taktvoll und würdig diese Angelegenheit, die leicht viel böses Blut hätte machen können, in Deutschland behandelt wurde. Wir haben nie versucht, — fügte Sir A. Nicolson hinzu — die „närrischen jungen Offiziere", welche auf eigene Faust gehandelt haben, zu decken und haben nie mit der deutschen Regierung darüber verkehrt, den guten Willen der letzteren müssen wir aber anerkennen.

Meine Äusserung über die Potsdamer Entrevue gab Nicolson zu keiner Bemerkung Anlass.

Während ich von unseren Beziehungen zu Russland sprach und die Erwähnung machte, dass dieselben „seit dem Verschwinden des irritierenden persönlichen Momentes eine wärmere Note aufweisen etc." lächelte der

Unterstaatssekretär und führte den Gedanken dahin aus, dass nunmehr eine gewisse Détente zwischen Wien und Petersburg eingetreten sei.

Ich liess obige Bezeichnung nicht gelten, sondern wiederholte die Phrase von der warm gewordenen Note.

Nachdem wir dann einige Gedanken über die allgemeine politische Lage gewechselt haben und Sir Arthur hiebei konstatierte, dass derzeit der Horizont in ganz Europa klar sei und nirgends alarmierende Symptome entdeckt werden können, bemerkte ich, dass mir die Welt denselben friedlichen Eindruck mache und dass Euer Excellenz jedenfalls auch dieser Ansicht sind, da ich informiert wurde, dass Hochdieselben sich vor Kurzem zum englischen Botschafter ganz und absolut identisch in demselben Sinne ausgesprochen haben als ich soeben zu ihm, dem Unterstaatssekretär.

Die Unterredung dauerte noch länger und als ich mich schliesslich zum Abschiede erhob, dankte mir Sir A. Nicolson für die „sehr interessante" Mitteilung und sagte noch einmal, wie es ihn freue, gute Nachrichten über die Gesundheit Euer Excellenz zu hören und sich auf die Petersburger kollegialen Beziehungen zu Hochdemselben berufend, ersuchte er mich, Euer Excellenz, wenn ich Hochdemselben schreiben werde, seine respektvollen Grüsse auszurichten.

Obwohl ich bemüht war, die Mitteilung in der Weise zu machen, dass sie den Eindruck meiner eigenen mache und bloss als auf Informationen, die ich in Wien erhielt, gestützt erscheine, bin ich überzeugt, dass Nicolson keinen Moment zweifelt, dass Euer Excellenz mich zu ihm geschickt haben.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 2419. — [b]) Ermächtigung, sich gegenüber Sir A. Nicolson im Sinne des Tel. nach London vom 26. Dez. 1910 Nr. 78 zu äußern.

Nr. 2403. Privatschreiben des Londoner Botschafters; Paris, 2. Jan. 1911 (eing. 9. Jan.).[a]) Ausfert.

Während meines jetzigen Pariser Aufenthaltes begegnete ich in einem Salon Herrn Iswolsky, der eben seinen hiesigen Posten angetreten und den ich seit October 1908[b]) nicht gesehen hatte. Er begrüsste mich in überaus freundlicher Weise, sagte mir wiederholt, er wünsche sehr mit mir zu reden, sei in seiner Botschaft noch nicht installirt, würde aber doch versuchen, mich zu bewegen „de venir à un déjeuner tout à fait improvisé" etc. Ich versicherte ihm, dass beinahe alle meine Tage besetzt seien und sagte ihm, ich würde auf gut Glück versuchen, ihn zu Hause zu treffen. Ungefähr eine Woche nachher gab ich meine Karte für ihn auf der Botschaft ab und Tags darauf erschien er bei mir. Der Zufall wollte, dass ich seit dem Abende vorher mit Influenza zu Bette war; er blieb ein einhalb Stunden bei mir, der ich mit Fieber und ziemlich abgespannt wirklich nicht in der Verfassung war, eine ernste Conversation zu führen und schüttete mir sein Herz aus. Es ist mir räthselhaft, was ihn dazu bewog, so besonderen Wert darauf zu legen, mir, mit dem er ja nie irgendwie befreundet war, seine Griefs vorzutragen. Ist es nur der ihm eigenthümliche Drang, immer über seine eigene Persönlichkeit zu sprechen oder verfolgt er dabei einen anderen Zweck? Ich vermag es nicht zu beurtheilen, glaube aber doch mit wenigen

Worten Dir von dieser merkwürdigen Conversation, die eigentlich mehr ein Monolog des russischen Botschafters an meinem Krankenbette war, Meldung erstatten zu sollen und benütze die Gefälligkeit der hiesigen Botschaft, um diese Zeilen an Dich gelangen zu lassen. Die meisten seiner Griefs dürften Dir schon wiederholt von verschiedenen Seiten zugekommen sein und ich werde sie nicht wiederholen. Er holte weit aus und griff noch auf die Sandjakbahn-Affaire zurück. Sein Hauptgewicht legte er aber — wie mir scheint mit Absicht — darauf, dass sein kaiserlicher Herr durch die Politik der k. und k. Regierung auf das tiefste verletzt worden sei und dass er, weit entfernt, Kaiser Nicolaus gegen uns aufzubringen, stets versucht habe, beruhigend auf Höchstdenselben einzuwirken. So sei der Umweg, welchen der kaiserliche Sonderzug auf der Reise nach Racconigi machte, um das Territorium der Monarchie zu vermeiden, der eigensten Initiative Seiner Majestät entsprungen. Er, Iswolsky, habe davor gewarnt, der Kaiser sei aber fest geblieben. „On ne peut pas froisser un Empereur et un grand pays comme la Russie de cette façon. Je ne comprendrai jamais pourquoi on l'a fait. Peut être y a-t-il une raison inconnue qui m'échappe. Je devrai mettre sur papier les évènements de ces deux dernières années, dans lesquels j'ai joué un des rôles principaux, mais je laisserai une page blanche, car il y a là un phénomène que je ne comprends pas. Vous auriez tout obtenu sans dépenser un sou, sans mobilisation et sans froisser la Russie. Le 15 Septembre à Buchlau[c]) nous avions tout discuté, Aehrenthal et moi, même l'endroit de la conférence, et le 2 Octobre en débarquant à Paris, j'apprends que Khevenhuller avait déclaré que l'annexion ne concernait que l'Autriche-Hongrie et la Turquie et que jamais l'Autriche-Hongrie n'accepterait une conférence! Il y a eu une fatalité que je ne comprendrai jamais. Aehrenthal est arrivé au Ballplatz avec l'idée de maintenir et de resserrer l'entente avec nous; mais il a vu la Russie par les yeux d'un homme qui était un ennemi personel acharné de Stolypin et de moi et qui lui faisait croire que notre gouvernement ne durerait que quelques semaines, que cela ne valait pas la peine de s'occuper de nous et que le groupe réactionnaire ne tarderait pas de reprendre le pouvoir. Schwanebach s'est trompé, mais Aehrenthal croyait tout ce qu'il lui disait. Moi, je suis arrivé au Ministère comme un ami de l'entente avec l'Autriche-Hongrie „d'avant la lettre". Disciple du Prince Lobanoff, j'ai toujours été pénétré de la nécessité de cette entente. Comme je vous l'ai dit il y a deux ans, il faut ou bien nous entendre sur les questions d'Orient ou bien nous arriverons fatalement à une des plus grandes guerres — car cela deviendrait une guerre universelle. Loin d'être Austrophobe, je dis que si mon départ du Ministère peut faciliter un accord entre nos deux gouvernements, je me félicite d'y avoir contribué par ma démission. Le régime actuel à Constantinople est si peu stable, si peu assuré, que nous risquons tous les jours d'être surpris par des évènements inattendus. S'il n'y a aucune entente entre Vienne et Petersbourg, rien que de la méfiance et le souvenir de froissements, nous pourrions arriver en quelques semaines à des crises d'une gravité incalculable." Als ich seinen Wortschwall manchmal unterbrechend darauf hinwies, dass man gewiss bei uns nicht abgeneigt sein dürfte, die frühere vertrauensvolle Verständigung über eventuell sich

ergebende Fragen mit Petersburg wieder aufzunehmen, ging er wieder los mit Klagen über „mesures vexatoires vis à vis de sujets russes qui rendrait tout rapprochement bien difficile etc.“ Bei manchen seiner Griefs bemerkte ich, das ich seine Auffassung nicht acceptieren könne, dass aber einiges, was er citire, mir nie unter die Augen gekommen, anderes wieder meinem Gedächtnis nicht gegenwärtig sei. Als er aber perorirte „j'ai eu le courage de monter à la tribune de la Duma et malgré le courant d'opinion très décidé en Russie de m'expliquer au sujet de l'annexion“ unterbrach ich ihn mit ungefähr folgenden Worten. „Eh bien, j'espère que vous ne trouverez pas impertinente la réflexion que je me permets ici. Mais je me suis souvent demandé pourquoi vous n'aviez pas fait une déclaration à cet effet dès le premier moment, disant que par les engagements antérieurs des Empereurs défunts et de vos prédécesseurs vous aviez les mains liées et que vous ne pouviez pas vous opposer à l'annexion. Il me semble qu'en ce cas l'apparence de ce que vous appelez une humiliation n'aurait pas existé.“ Daraufhin antwortete er: „Mais c'est ce que j'ai fait!“ Als ich ein sehr zweifelndes Gesicht machte, wiederholte er: „Dès mon arrivée à Paris au commencement d'Octobre 1908, j'ai déclaré publiquement que je ne pouvais pas m'opposer au fond de l'annexion seulement à la forme.“ Die Sprache, die er damals führte, war, wenn mein Gedächtnis mich nicht täuscht, denn doch etwas anders. Ich kenne Iswolsky nicht genug, um zu beurtheilen, was in den Reden dieses unendlich eitlen Staatsmannes ernst zu nehmen ist und was nicht. Ich wollte deshalb nur hervorheben, dass er stets mit Insistenz auf die Notwendigkeit einer Entente zwischen Wien und Petersburg über Fragen des europäischen Orientes zurückkehrte und ich kann nicht leugnen, dass er auch mir gegenüber im October 1908[b] diese Notwendigkeit betonte. Er sprach dabei viel von der Entente mit England über Persien. „Nous avions des moments bien difficiles et pénibles, mais nous avons réussi à maintenir l'entente grâce à la franchise absolue avec laquelle Sir Edward Grey et moi nous nous communiquions tout.“ Er ist offenbar noch sehr bitter auf Dich und auch etwas auf Leopold Berchtold, dem er nicht verzeihen kann, Dillon bei sich auf dem Lande empfangen zu haben, wodurch, wie er sagt, dem bekannten Artikel Dillon's das „imprimatur“ von Buchlau gegeben wurde. Auch der Ton der Wiener Presse bei seinem Abgang hat ihn sehr verletzt und er beklagte sich heftig über die „Neue Freie Presse“. Meine Einwendungen, dass derartige Zeitungsartikel gewiss nichts mit dem Ballplatz zu thun haben, will er nicht recht gelten lassen. Sollte diese kurze Skizze eines sehr langen Besuches an meinem Krankenlager ganz uninteressant sein, so bitte zu verzeihen, dass ich sie Dir unterbreite. Ich weiss nicht, ob und in wie weit die Confidencen und Klagen des neuen russischen Botschafters in Paris Wichtigkeit haben. Obwohl er mir immer fort sagte „je vous parle dans la plus stricte confidence et je ne suis plus ministre“ glaube ich wohl annehmen zu dürfen, dass er auch anderen gegenüber in ähnlicher Weise sprechen dürfte, was vielleicht seinem verbitterten Gemüthe etwas Erleichterung verschaffen, schwerlich aber sein persönliches Prestige erhöhen dürfte. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 2390, 2406, 2417, 2454. — [b] Vgl. n. 302. — [c] n. 79.

Nr. 2404. Privatschreiben des Chefs des Generalstabes, 3. Jan. 1911 Evb. Nr. 11 (eing. 4. Jan. 1911).[a] Ausfert.

Mit Beziehung auf unsere Unterredung vom 19. Dezember 1910 beehre ich mich, die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz auf den Umstand zu lenken, dass mehrfache Nachrichten über militärische Rüstungen und Bereitstellungen in Italien übereinstimmend den Termin Ende April 1912 als Zeitpunkt der angestrebten Schlagfertigkeit erkennen lassen. So sind die Massnahmen für den Ausbau der Flotte, die Durchführung der neuen Artillerieorganisation und -Umbewaffnung, die Fertigstellung der wesentlichsten gegen die Monarchie gerichteten Befestigungen, der Ausbau strategischer Eisenbahnlinien, die Vermehrung des rollenden Eisenbahnmaterials, endlich die erst kürzlich angeregte Schaffung eines radiotelegraphischen Netzes über ganz Italien auf diesen Zeitpunkt gestellt. Es erscheint mir der Schluss naheliegend, dass Italien zu dem bezeichneten Termin an eine politische Lage denkt, für welche es seine absolute Schlagfertigkeit gesichert wissen will. Weitere Schlüsse politischer Natur muss ich selbstredend der Wohlmeinung Eurer Exzellenz überlassen, doch erachte ich mich verpflichtet, dieses Resultat hierseitiger Studien und Nachrichten Eurer Exzellenz bekanntzugeben. Conrad.

[a] Vgl. n. 2408.

Nr. 2405. Bericht aus Rom, 4. Jan. 1911 Nr. 1 B (eing. 6. Jan.).[a] Ausfert.

In den Beziehungen Italiens zur Türkei spielen seit Langem das Kretensische Problem und die albanesische Frage eine hervorragende Rolle. In ersterer Hinsicht ist die anverwahrte Veröffentlichung des als Griechen- und Kretenser-Freund bekannten Abgeordneten Galli in der „Tribuna" vom 24. v. M.[b] bemerkenswert. Sie drückt nur in krasserer Form das aus, was seit zwei Jahren, nämlich seit der grösseren Berücksichtigung des türkischen Standpunktes in der Kretafrage seitens der Schutzmächte, eine in Italien sehr verbreitete Meinung ist. Die letztere geht dahin, dass es ebenso den Traditionen wie den Interessen Italiens widerspreche, ein um seine Unabhängigkeit kämpfendes Volk an der Erreichung derselben zu hindern. Demselben Zweck nämlich der Herausdrängung Italiens aus dem Kreise der Schutzmächte, dürfte auch der anverwahrte, kürzlich in Rom an Journalisten und Politiker verteilte Aufruf der Kretenser dienen. Vermutlich als Antwort auf diese Bestrebungen ist einige Tage später in der „Tribuna" eine sichtlich von der Consulta inspirirte Notiz erschienen, wonach Italien nie und nimmer daran denken dürfe, sich von den anderen Schutzmächten zu trennen. Was Albanien anlangt, so wendet sich neuestens die Mazzinianische Partei, vielleicht auf Betreiben der Italo-Albanesen, einer Agitation für Albanien zu. Die beiliegende Nummer des Mazzinianischen Organes „La Terza Italia" vom 1. l. M.[b] ist fast ganz dieser Agitation gewidmet, welche sich diesmal nicht gegen uns sondern die Jungtürken richtet. Ein Brief des Generals Ricciotto Garibaldi fordert die jungen Mazzinianer auf, im Frühjahr ein Freicorps nach Albanien zu schicken. Bei meiner letzten Unterredung

mit dem Minister des Äussern fiel mir auch auf, mit welchem Nachdrucke derselbe die Schwierigkeiten und Gefahren schilderte, mit welchen das jungtürkische régime infolge der Unzufriedenheit fast aller Volksstämme des türkischen Reiches, ganz besonders aber der Albanesen und der Araber zu kämpfen habe. Mérey.

[a]) Vgl. n. 2341, 2396, 2447, 2457. — [b]) Nicht aufgenommen.

Nr. 2406. Erlaß nach St. Petersburg, 6. Jan. 1911 Nr. 34.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Musulin, Pogatscher und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Aus der vom 24. Dezember v. J. datierten letzten Berichterstattung Euer Exzellenz, im Besonderen aus Ihrem Privatschreiben und dem Berichte Nr. 58 A, habe ich mit Befriedigung entnommen, daß Ihre erste Unterredung mit Herrn Sasonow gut verlaufen ist und einen herzlichen Charakter getragen hat. Es war mir angenehm zu erfahren, daß Euer Exzellenz und der neue russische Minister des Aeußern gleich bei der ersten Begegnung die in den grundlegenden Fragen vorhandene Übereinstimmung in der Orientpolitik der beiden Kabinete konstatirten und daß Sie bei Ihrer weiteren Konversation bereits von dieser gegebenen gemeinsamen Basis ausgiengen. Auch daß Herr Sasonow spontan Ihnen gegenüber betonte, meine Rußland betreffenden Aeußerungen in den letzten Delegationen seien geradezu die Formulierung des Gedankens gewesen, der bei den Verhandlungen im Frühjahre 1910 dem russischen Kabinete vorgeschwebt habe, ist als ein erfreuliches Moment zu verzeichnen; es ist damit der Gegenstand erledigt und eine neuerliche Aeußerung russischen Mißtrauens in unsere Orientpolitik wenigstens in nächster Zukunft wohl kaum zu erwarten. In diesem Sinne habe ich anläßlich des letzten Diplomatenempfanges dem Herrn russischen Botschafter gegenüber mit dem Ausdrucke meiner Befriedigung auf die Äußerungen Herrn Sasonow's in seiner Konversation mit Ihnen Bezug genommen. Euer Exzellenz erwähnen in Ihrem Privatschreiben, daß Sie bei Ihrer Unterredung mit Herrn Sasonow umso weniger Anlaß gehabt hätten, aus der meinen Intentionen entsprechenden Reserve herauszutreten, als der Herr Minister, gestärkt durch die in Berlin erhaltenen Zusicherungen, ein gegenteiliges Verhalten Ihrerseits als ein „Nachlaufen" interpretiert hätte, das uns angesichts der Potsdamer Entrevue von einem Gefühle der Isolierung eingegeben worden sei. Ich halte diese Ihre Konklusionen für vollkommen richtig; wir werden zwar die Pflege guter Beziehungen zur Sängerbrücke uns angelegen sein lassen, im Übrigen aber in unserer abwartenden Haltung verharren. Mit diesem Grundsatze ist es sehr wohl vereinbar, daß Euer Exzellenz in allen politischen Fragen, also auch in Balkanangelegenheiten, einem gewissen Kontakt mit dem russischen Kabinet nicht aus dem Wege gehen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit einschalten, daß ich die etwas pessimistische Anschauung, die Herr Sasonow von der Entwicklung der Dinge am Balkan zu haben scheint, nicht ganz zu teilen vermag. Ich verkenne zwar ebensowenig die Schwierigkeiten, mit denen Hakki Pascha zu kämpfen hat und die zum Teil in der parlamentarischen Situation begründet sind, wie ich mir manche nicht sehr

günstige Erscheinungen in den Provinzen vor Augen halte; trotzdem glaube ich aber, daß die Situation im Großen und Ganzen auch weiterhin nicht als beunruhigend angesehen zu werden braucht. Es ist gewiß noch verfrüht, von einer Konsolidierung der inneren Verhältnisse des ottomanischen Reiches zu reden, immerhin scheint mir aber die Lage in der Türkei den Erwartungen, denen man sich diesbezüglich vernünftiger Weise hingeben konnte, zu entsprechen. Bevor ich schließe, will ich noch auf einen Passus in Ihrem Privatschreiben vom 24. v. M. eingehen, in welchem Euer Exzellenz von einem eventuellen Besuche Herrn Sasonows in Wien sprechen. Ich hielte es ebenso wie Euer Exzellenz für sehr erfreulich, wenn der Herr russische Minister des Aeußern sich auch zu einer Reise nach Wien entschließen würde, um Seiner Majestät, unserem Allergnädigsten Herrn, seine Aufwartung zu machen und bei diesem Anlasse auch mit mir zusammenzutreffen. Es scheint mir jedoch nicht recht denkbar, daß Herr Sasonow die Absicht haben könnte, seinen eventuellen Besuch in Wien auf dem Rückwege von seiner projektierten Reise nach Paris und London abzustatten. Herr Sasonow wird eine solche Konnexität mit Rücksicht auf das Ententeverhältnis Rußlands zu England und Frankreich, das ja unverändert aufrecht bleibt, und auch, um Italien nicht zu froissieren, jedenfalls vermeiden wollen. Für eher möglich halte ich es, daß der Herr Minister etwa im Sommer oder Herbste eine neue Reise nach Wien und dann auch nach Rom unternimmt. Unter diesen Umständen bin ich der Meinung, daß Euer Exzellenz, um einen möglichen Refus zu vermeiden, am besten tun, sich in der Frage eines Besuches Herrn Sasonows in Wien wenigstens vorläufig jeder Anregung zu enthalten und die Angelegenheit reifen zu lassen.

[a]) Vgl. n. 2403, 2409.

Nr. 2407. Erlaß nach Belgrad, 9. Jan. 1911 Nr. 61.[a]) Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Macchio).

Vertraulich. Im Sinne der mit Euer Exzellenz anlässlich Ihrer letzten Anwesenheit in Wien erfolgten Besprechungen beehre ich mich Euer Exzellenz zu ersuchen, das gesamte durch die Verwendung des Confidenten Stefanović-Vasić bei der k. u. k. Gesandtschaft aufgelaufene confidenzielle Aktenmateriale mit der gebotenen Vorsicht umgehend Behufs Reponierung im Ministerialarchive anher gelangen lassen zu wollen.

[a]) Vgl. n. 2401, 2410.

Nr. 2408. Erlaß nach Rom, 10. Jan. 1911 Nr. 77.[a]) Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Müller).

Streng vertraulich. Der Chef des Generalstabes hat in dem abschriftlich anverwahrten Schreiben[b]) meine Aufmerksamkeit auf den Umstand gelenkt, dass die ihm aus Italien zukommenden Nachrichten übereinstimmend den Termin Ende April 1912 als Zeitpunct der angestrebten Schlagfertigkeit der italienischen Wehrmacht erkennen lassen. In meiner Antwort an Freiherrn von Conrad habe ich darauf hingewiesen, dass in den massgebenden Regierungs- und parlamentarischen Kreisen sowie in der öffentlichen Meinung

Italiens der Gedanke an die Wiedererneuerung des Bundesverhältnisses gerade in der letzten Zeit vielfach im zustimmenden Sinne besprochen wird und dass Italien, wenn es gleichwol seine Rüstungen fortsetze, damit nur dem Beispiele der anderen Grossmächte folge und dabei wohl auch von der Absicht geleitet werde, noch vor Beginn der Vertragsverhandlungen eine möglichst hohe Einschätzung seiner Bundesgenossenschaft zu erreichen. Es wäre mir aber immerhin von Interesse zu erfahren, ob die an den Chef des Generalstabes gelangten Meldungen mit den von Euer Exzellenz gemachten Wahrnehmungen übereinstimmen und ob sich also in der Tat sagen lässt, dass in Italien darauf hingearbeitet wird, bis zum Jahre 1912 die Ausrüstung der Land- und Seestreitkräfte bis zur Kriegsbereitschaft zu vollenden. Ich beehre mich demnach, Euer Exzellenz zu ersuchen, den Maassregeln der italienischen Regierung auf diesem Gebiete auch künftighin Ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und mir Ihre aus den etwa bisher schon gemachten Beobachtungen und aus eingehenden Besprechungen mit dem Militär- und Marine-Attaché gewonnene Beurteilung der vorliegenden Frage mitteilen zu wollen.

[a]) Vgl. n. 2438. — [b]) n. 2404.

Nr. 2409. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Jan. 1911 Nr. 5 (eing. 15. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Wie mir von einer der deutschen Botschaft nahestehenden Seite streng vertraulich mitgeteilt wird, hat heute Baron Marschall in Angelegenheit des Ergebnisses der Potsdamer Entrevue auf der Pforte auftraggemäss beiläufig nachstehendes erklärt: Dem Berliner Kabinette sei nach dem vom Reichskanzler im Reichstage abgegebenen Erklärungen, sowie den dem türkischen Botschafter in Berlin gemachten Mitteilungen, die hier herrschende Aufregung wegen des angeblichen Resultates der Potsdamer Entrevue nicht verständlich. Die deutsche Regierung hält sich weder für verpflichtet noch für berechtigt, über noch in Schwebe befindliche Verhandlungen mit einer anderen Regierung nähere Mitteilungen zu machen; sie glaubt vielmehr verlangen zu können, dass die Pforte, namentlich bei den freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen Deutschland und der Türkei bestehen, ihren amtlichen Erklärungen volles Vertrauen schenke. Im übrigen war Baron Marschall ermächtigt, der Pforte nochmals zu versichern, dass die Potsdamer Verhandlungen nur Fragen zum Gegenstande hatten, die Persien betreffen und dass keinerlei Abmachungen getroffen worden seien, die irgendwie türkische Interessen tangieren könnten. Gleichzeitig liess die deutsche Regierung in Bezug auf die Gerüchte, wonach Deutschland mit England über die Frage, in welchem Hafen die Bagdad-Bahn enden solle, verhandle, erklären, dass, nachdem Mesopotamien einen Bestandteil des türkischen Reiches bilde, solche Verhandlungen nicht stattfinden könnten. Aus derselben Quelle erfahre ich des weiteren, dass der von der Evening Times gebrachte Wortlaut angeblichen deutsch-russischen Akkordes sofern authentisch ist, als derselbe den Text der der deutschen Regierung gemachten russischen Propositionen darstellt. Die deutsche Re-

gierung habe dieselben in dieser Fassung nicht angenommen und insbesonders jenen Punkt, welcher hier am meisten Anstoss erregt hat und welcher sich auf die von Deutschland zu übernehmende Verpflichtung bezieht, innerhalb einer gewissen Zone nördlich von der Bagdader Linie keine Bahnen zu bauen, beanständet. Einen im Wesen identischen Text soll Herr Iswolsky Naum Pascha mitgeteilt haben, welch letzterer denselben als den definitiven Text der Abmachungen hieher meldete. Ich glaube, dass ungeachtet der deutscherseits hier abgegebenen Erklärungen ein starker Bodensatz von Misstimmung gegen Deutschland sowohl in den türkischen Regierungskreisen, als auch in der hiesigen öffentlichen Meinung zurückbleiben wird. Ich kann sogar die Befürchtung nicht unterdrücken, dass diese Mißstimmung auch auf unsere jetzt so guten Beziehungen zur Türkei nicht ohne Einfluss bleiben könnte.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 2406, 2412, 2422.

Nr. 2410. Privatschreiben aus Belgrad, 15. Jan. 1911 (eing. 16. Jan.).a) Ausfert.

Wie ich Euer Exzellenz in meinem heutigen ergebensten Berichte Ab) meldete, haben sowohl der König als die Minister Pašić und Milovanović Erkundigungen bezüglich des Befindens Seiner k. und k. Apostolischen Majestät eingezogen. Den sehr günstigen Nachrichten, welche ich zu erteilen in der Lage war, fügte ich instruktionsgemäss gesprächsweise bei, dass Seine Majestät die Allerhöchste Residenz für den Monat Februar nach Budapest zu verlegen gedenkt. Eine eventuelle Aufwartung König Peters wurde von keiner serbischen Seite und selbstverständlich auch nicht von mir zur Sprache gebracht. Wie ich Euer Exzellenz mündlich darzulegen mir erlaubte, ist der Hauptgrund der serbischen Reserve natürlich in dem Umstande zu suchen, dass auf das durch Herrn Milovanović Hochdenselben in Marienbad direkt ausgesprochene Ansuchen eigentlich unserseits noch keine Antwort erflossen ist, und dass daher eine neue Demarche gescheut wird. Es ist jedoch zweifellos, dass das Unterbleiben jeder Anspielung oder versteckten Anfrage auch durch die Affaire Masarykc) verursacht wird. Die serbische Regierung weiss, dass ihre Haltung in dieser Angelegenheit uns nicht befriedigen konnte, und fühlt, dass die durch Professor Masaryks so törichtes Auftreten erzeugte Atmosphäre einen Besuch König Peters momentan kaum sehr opportun erscheinen lässt. Sie ist speziell gut unterrichtet, — und im Geheimen vielleicht recht erfreut — dass Masaryk gerade im Februar in Budapest neuerlich sprechen, Euer Exzellenz und die k. und k. Gesandtschaft angreifen und unsere Politik gegen Serbien möglichst kompromittieren und verleumden wird. Die serbische Regierung nimmt Masaryk nicht sehr ernst und die vernünftigen Elemente hier sind der lächerlichen Affaire Vasić satt und wünschen Ruhe, doch werden einige zügellose, uns feindliche Belgrader Hetzblätter Herrn Masaryk im Februar natürlich wiederum in einer Weise sekundieren, welche einem eventuell gerade zur selben Zeit stattfindenden Besuche König Peters arge Misstöne beimengen könnte. In meinem Berichte Bb) hatte ich weiters noch die Ehre Euer

Exzellenz zu melden, dass im Februar König Peter nur nach Rom zu reisen gedenkt, und dass der Pariser Besuch auf den Monat Mai verschoben wurde. Ich muss Euer Exzellenz hohe Aufmerksamkeit nun darauf lenken, dass, falls — wie zu erhoffen ist — Masaryks neuerliches Geschrei im Februar ohne Nachwirkung verbleibt und diese Angelegenheit die sonst normalen gegenseitigen Beziehungen nicht mehr beeinflusst und erschwert, wir mit der Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit zu rechnen haben, dass im März oder April in irgendeiner Art eine Anfrage erfolgt, ob der Besuch des Königs im Mai genehm wäre. Dies ist umso naheliegender, als für Rom voraussichtlich die kürzeste Strecke via Semlin-Agram eingeschlagen werden wird, während der Weg nach Paris wohl über Wien genommen werden dürfte.

Forgách.

a) Vgl. n. 2363 Anm. b, 2418. — b) Nicht aufgenommen, weil der Inhalt im wesentlichen oben wiedergegeben erscheint. — c) Vgl. n. 2401, 2407, 2411.

Nr. 2411. Bericht aus Belgrad, 16. Jan. 1911 Nr. 5 (eing. 19. Jan.).a) Ausfert.

Geheim. In gehorsamster Befolgung des hohen Erlasses vom 9. d. Mts. Nro. 61 beehre ich mich in der Anlage das gesamte von Ende 1907 bis Ende 1909 durch die Verwendung des Konfidenten Stefanović-Vasić auf der k. und k. Gesandtschaft aufgelaufene konfidentielle Aktenmaterial, behufs Deponierung im Ministerialarchive, in ergebenste Vorlage zu bringen. Das Aktenkonvolut ist mit einer genauen Konsignation versehen worden und wird von dem zur Dienstleistung in das k. und k. Ministerium des Aeussern einberufenen Honorardolmetsch Hauptmann von Swiętochowski nach Wien überbracht.

Forgách.

a) Vgl. n. 2410 Anm. c, 2413.

Nr. 2412. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Jan. 1911 Nr. 6 (eing. 17. Jan. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Mit Bezug auf mein Telegramm vom 14. d. Mts. Nr. 5. Rifaat Pascha sagte mir heute, dass die türkische Regierung insbesonders infolge der verschiedenen in den Zeitungen erschienenen Kommentare zu den russisch-deutschen Abmachungen beunruhigt war, und zwar weil sie annehmen musste, dass man in Potsdam über interne türkische Angelegenheiten, wie dies die Bagdadbahn ist, verhandelt hat, ohne die Pforte hievon zu verständigen, anderseits aber auch, weil sie den Eindruck hatte, dass Deutschland das englisch-russische auf Persien bezügliche Abkommen vom Jahre 1907 seinerseits anerkannt hat. Die am letzten Samstage von Baron Marschall im Namen der deutschen Regierung abgegebenen Erklärungen, fügte der Minister hinzu, mussten indessen die Pforte beruhigen, um so mehr als aus denselben hervorgehe, dass die Verhandlungen zwischen Berlin und Petersburg vorläufig zu keinem Abschlusse gelangt sind.

Streng vertraulich. Ich fragte Rifaat Pascha, ob die mir zugekommene in meinem obzitierten Telegramme erwähnte Nachricht, wonach Herr Iswolsky Naum Pascha einen im Wesen der Publikation der Evening Times

entsprechenden Text eines deutsch-russischen Abkommens mitgeteilt habe, auf Wahrheit beruhe. Der Minister stellte dies entschieden in Abrede und bemerkte, er hätte gar keinen Anhaltspunkt zur Annahme, dass Herr Iswolsky bei der Veröffentlichung des bewussten Textes irgendwie mitgewirkt hätte. Er fügte hinzu, dass auch er übrigens obige Version von einer hiesigen diplomatischen Stelle vernommen habe. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2419, 2420.

Nr. 2413. Privatschreiben aus Belgrad an den Sektionschef Karl Freiherrn von Macchio, 17. Jan. 1911.[a]) Eigh. Ausfert.

Geheim. Noch eine kurze Meldung in der Affaire Masaryk. Der mit mir und der Gesandtschaft sehr befreundete, in Bucarest residirende holländische Gesandte kam für den Hofball her und erzählte bei seiner Abreise Baron Haymerle, mit der ausdrücklichen Bitte, ihn nicht als Quelle zu nennen, dass Masaryks in den nächsten Delegationen vorzubringende Behauptung (welche eventuell gar als von mir kommend dargestellt wird), ich sei nur des Ministers Werkzeug gewesen und habe nur $^2/_3$ des mir Aufgetragenen (Fälschungen?) ausgeführt, stamme von Spalajković.[b]) Weiters erzählte Herr von Vredenborg, dass während sonst gar kein fremder Vertreter auch nur im Mindesten an die Fabel meiner oder der Gesandtschaft activen Betheiligung an Fälschungen glaube, Herr Hartwig Äusserungen fallen lasse, als ob er davon überzeugt sei. Der russische Gesandte sprach auch seine Befriedigung darüber aus, dass die in der „Politika" noch immer fortlaufend publicirten (nebenbei bemerkt nicht nur erlogenen, sondern auch läppisch-langweiligen) „Geständnisse" Vasić's, welche meine und der Gesandtschaft Fälschungen aufdecken, in alle Cultursprachen übersetzt werden sollen. Falls Letzteres geschieht, so dürften dazu Masaryks Mittel wohl nicht genügen, sondern es würde wohl zweifellos auf Kosten des russischen oder serbischen Dispositionsfonds geschehen. Hinter der „Politika" — alle anderen Blätter sind schon verstummt — und der Belgrader Hetze steht ja zweifellos das Consortium Hartwig-Spalajković; das Ganze ist ein kleiner Nebenschauplatz, der von gewissen russischen Kreisen gegen Seine Exzellenz den Herrn Minister gerichteten Intriguen. Speciell in Belgrad hat aber das Interesse für die Angelegenheit Masaryk-Vasić sehr nachgelassen und wird, falls Masaryk und die Delegationsverhandlungen ihr nicht neues Leben einflössen, wohl ganz aufhören. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2411, 2415, 2433. — [b]) So!

Nr. 2414. Bericht aus Rom, 17. Jan. 1911 Nr. 3 B (eing. 19. Jan.). Ausfert.

Während durch lange Jahre der Austausch von Freundschaftsbezeugungen zwischen Italien und Österreich — ich sage absichtlich nicht: Österreich-Ungarn — sich fast ausschliesslich auf die Emanationen der beiderseitigen verantwortlichen Minister beschränkte, ist nicht zu verkennen, dass in der letzten Zeit hüben und drüben auch ausserhalb der Regierungen Kräfte am Werke sind, das wechselseitige Verhältnis besser zu gestalten. Ich denke hiebei an die Reden und Artikel des Herrenhausmitgliedes

Dr. von Grabmayr, an den hiesigen Aufenthalt des Vicepräsidenten des Reichsrates Dr. Steinwender und die von demselben angekündigte Hieherkunft einer grösseren Gruppe deutschnationaler Abgeordneter, an die für den Monat Mai in Aussicht stehende Romfahrt des Wiener Männergesangvereines, an die in den letzten Wochen in hiesigen und österreichischen Zeitungen erschienenen Interviews italienischer, verschiedenen politischen Richtungen angehörender Abgeordneter und an die markante Stellungnahme der Sozialisten beider Länder. Mag auch an dem Auftreten des einen oder anderen dieser Faktoren Manches auszusetzen sein, so lässt sich doch nicht leugnen, dass die öffentliche Meinung durch derlei, von inoffizieller Seite ausgehende Sympathie-Kundgebungen ungleich stärkere Impressionen erhält, als von ministeriellen Erklärungen. Einer der meist bekrittelten Punkte in dem Verhältnisse zwischen den beiden Alliirten war ja stets der Umstand, dass der Bündnisgedanke und die Freundschaft ein künstliches Produkt der Regierungen, aber weder hierzulande noch in Österreich in das Bewusstsein der Völker eingedrungen seien. Diesbezüglich erblickt man nun einen, wenn auch vorläufig noch sehr mässigen Wandel in dem Auftauchen freundlicher Stimmungen in den unverantwortlichen politischen Kreisen und in der davon erhofften allmäligen Annäherung von Volk zu Volk. Ich möchte diesen Erscheinungen, so symptomatisch sie auch sind, fürs Erste noch keine wesentliche Bedeutung beimessen, vor Allem schon deshalb nicht, weil ich nicht den Optimismus aufbringe, zu glauben, dass sich diese isolirten Versuche zu einer einheitlichen und zielbewussten Aktion verdichten werden, und weil ich überdies, selbst wenn dies gelänge, zu viele und zu mächtige Faktoren im gegenteiligen Sinne tätig weiss. Am Ehesten dürften noch die Sozialisten hier und in Österreich zu einer Verständigung über eine gemeinsame Aktion behufs Beseitigung der Konflikts-Möglichkeiten zwischen den beiden Ländern gelangen, wobei natürlich auch antimilitaristische Gesichtspunkte massgebend sind. Der sozialistische Abgeordnete Bissolati, welcher bereits anlässlich der Debatte über das Budget des Auswärtigen in einer vielbemerkten Rede und einem Artikel im „Secolo" sich in jener Richtung bethätigt hatte, hat neuestens in der „Vita Internazionale", einer pazifistischen Zeitschrift, einen interessanten Artikel veröffentlicht, in welchem er dem Einvernehmen zwischen Italien und Österreich-Ungarn das Wort redet. Dieser Artikel hat ein lebhaftes Echo in der italienischen Presse gefunden. Aus alledem will ich, wie gesagt, keine wirkliche, wesentliche Besserung des österreichisch-italienischen Verhältnisses deduziren, sondern nur die immerhin bemerkenswerte Tatsache konstatiren, dass in der letzten Zeit die, wenn auch noch spärlichen und isolirten Anhänger einer wärmeren Stimmung zwischen den beiden Staaten aktiver und energischer auftreten. Mérey.

Nr. 2415. Tel. des Sektionschefs Karl Freiherrn von Macchio nach Belgrad, 18. Jan. 1911 Nr. 4 (chiffr. 12 U. 50 M. p. m.).a) Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Macchio).

Brief erhalten. Ersuche nur um genaue telegrafische Mitteilung, wann Hauptmann von Swiętochowski mit den bewussten Akten, welche

hier vor Zusammentritt der Delegationen einer Durchsicht unterzogen werden sollen, sicher in Wien eintreffen wird. Macchio.

a) Vgl. n. 2413, 2416.

Nr. 2416. Tel. aus Belgrad, 18. Jan. 1911 Nr. 10 (eing. 7 U. 15 M. p. m.).a) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 4. Hauptmann Swiętochowski heute früh mit den bewussten Akten abgereist und soll selbe nach seiner Ankunft heute abends sofort im Ministerium abgeben. Er dürfte sich auch persönlich morgen oder spätestens in 2 oder 3 Tagen bei Hofrat Baron Schlechta melden. Forgách.

a) Vgl. n. 2423.

Nr. 2417. Privatschreiben nach St. Petersburg; Gries bei Bozen, 18. Jan. 1911.a) Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Aehrenthal).

Ich sende Dir im Anbuge gegen Rückschluss einen Brief Albert Mensdorffs*b)* über eine Conversation, die er in Paris mit Iswolski gehabt hat. Wie Du dem Schreiben entnehmen wirst, hat dieser ihm alle seine alten Jeremiaden aufgetischt und dabei Nichts Neues vorgebracht. Ich sende Dir den Brief Mensdorff's auch nur wegen eines Passus, den ich nicht unwidersprochen lassen möchte. An dieser Stelle seiner Ausführungen kam Iswolski auf gewisse Verläumdungen zurück, die einen Todten betreffen und die schon in früheren von ihm ausgehenden Veröffentlichungen angedeutet worden sind. Ich halte es daher für meine Pflicht, Dich zu ersuchen, im Laufe des Winters eine Gelegenheit zu ergreifen, um Stolypine gegenüber den wahren Sachverhalt festzustellen. Die Legenden, mit denen Iswolski sich immer wieder zu rechtfertigen sucht, lassen mich im allgemeinen ganz indifferent. Es kann mir jedoch nicht gleichgiltig sein, wenn Stolypine etwa in dem Glauben befangen wäre, dass Schwanebach gegen ihn und Iswolsky intriguirt und ich auf Schwanebachs Mittheilungen hin, meine politischen Combinationen aufgebaut hätte. Ich lege daher großen Werth darauf festzustellen, dass dies niemals der Fall gewesen ist. Seitdem ich Russland verlassen habe, und Schwanebach sich von Stolypine getrennt hat und aus dem Cabinete geschieden ist, bin ich ein einziges Mal mit Schwanebach zusammengekommen. Dies war im Monate September 1907, somit zu einer Zeit, wo unsere Beziehungen zu Russland ungetrübte waren. Schwanebach hat sich bei dieser Gelegenheit jeder Kritik Stolypines sorgfältig enthalten. Ferner ersuche ich Dich Stolypine gegenüber zu betonen, dass sich Schwanebach auch früher schon, aber speciell von dem Momente an, wo ich Minister wurde, trotz unseres freundschaftlichen Verhältnisses in Betreff der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns und Rußlands in seinem mündlichen Verkehr mit mir und in den Briefen, die wir bei gewissen Zeitpuncten, wie Jahreswechsel wechselten, stets der grössten Reserve befleissigt hat. Deinen interessanten Bericht Nr. 1 A vom 9. Jänner/27. Dezember habe ich soeben gelesen und auf diese Weise einen Blick werfen können, auf die petites et grandes misères, mit denen Sazonoff zu kämpfen

hat. Daß die im Palais an der Sängerbrücke zurückgebliebene alte Garde Iswolskys noch immer ihr mot d'ordre von Paris erhält, war zu erwarten und dieses Übel wird nicht so leicht zu beseitigen sein. Im Lichte Deiner Berichterstattung gesehen, macht die Persönlichkeit Sazonoffs einen sympathischen Eindruck. Du wirst es am besten beurtheilen, ob es sich nicht empfiehlt, auch ihm gelegentlich von dem Inhalt des Schreibens Mensdorff „à titre de curiosité et d'information" Kenntniß zu geben. Es ist ohnehin anzunehmen, daß Stolypine seinem Schwager seiner Zeit Euere Conversation mittheilen wird.

[a]) Vgl. n. 2454. — [b]) n. 2403.

Nr. 2418. Privatschreiben an den Sektionschef Ladislaus Freiherrn von Müller; Gries bei Bozen, 18. Jan. 1911.[a]) Konz. (S. u. G. Franckenstein).

... *Presseweisungen* ... Ich schließe bei ... *verschiedene Schriftstücke* ... ein Schreiben Forgáchs über die Frage des Besuchs König Peters.[b]) Ich möchte, daß dieses Schreiben, nachdem es von Macchio und Pogatscher eingesehen worden ist, mir wieder vorgelegt werde, bevor ich Seiner Majestät von dem Inhalt spreche. Es ist evident, daß der günstige Moment für die Effectuierung des Besuches in Budapest verloren gehen wird. Schuld daran tragen die Falschheiten Milovanović's und Pašić's".

[a]) Vgl. n. 2333, 2483. — [b]) n. 2410.

Nr. 2419. Bericht des Legationsrates Grafen Adam Tarnowski aus London, 20. Jan. 1911 Nr. 4 A (eing. 23. Jan.).[a]) Ausfert.

...*Gespräch mit Grey, Persönliches* ... Nach dieser Einleitung machte ich den Versuch, das Gespräch auf das politische Gebiet zu lenken, und erwähnte, dass ich nicht im Auftrage sondern proprio motu vorspräche, um vor Allem dem Staatssekretär meine Neujahrswünsche auszudrücken und um bei der Gelegenheit auch zu erfahren, was Sir Edward von der gegenwärtigen politischen Lage halte. Der Staatssekretär erwiderte meine Wünsche und sagte, dass von politischen Fragen jene, die mich im Verkehre mit ihm vornehmlich interessiren dürfte, nämlich „die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und England", zu keiner anderen Bemerkung Anlass geben würden als zu der, dass „zwischen uns jetzt alles ganz glatt und gut gienge", was ihn, den Staatssekretär, „sehr freue". Ich glaubte auf diese Bemerkung erwidern zu sollen, dass Euer Excellenz, wie mir bekannt, „diese Befriedigung über unsere guten Beziehungen gänzlich teilten." Ausser der etwas scharfen Ecke (sharp corner) während der Annexionskrise wären ja unsere Beziehungen immer glatt (smooth) gewesen, antwortete lächelnd Sir Edward, und fügte hinzu, dass er seinerseits immer alles tun würde, um das Verhältnis gut zu erhalten. Nachdem ich darauf erwidert hatte, dass „Euer Excellenz gewiss das gleiche Ziel verfolgen würden", fieng der Staatssekretär an, vom Balkan zu reden und erwähnte, dass nicht alle Meldungen, die ihm von dort zugiengen, ganz beruhigend wären. Ich benützte diese Gelegenheit, um Sir Edward Grey zu sagen, dass ich unlängst in der Lage war, Sir Arthur Nicolson die Anschauung Euer Excellenz über verschiedene

politische Fragen und auch über die Lage in der Türkei bekannt zu geben (vide meinen Bericht vom 30. v. Mts. Nr. 69), aus welchen hervorgegangen wäre, dass Hochdieselben die Schwierigkeiten der türkischen Regierung zwar nicht verkennen, jedoch zur Beunruhigung keinen Grund sehen. Als mir Sir Edward darauf erwiderte, dass er von meiner Unterredung mit Sir Arthur Nicolson Kenntnis hätte, bemerkte ich noch — ohne weiter den Inhalt des hohen Telegrammes vom 26. Dezember v. J. Nr. 78 auszuführen — dass dem Staatssekretär in diesem Falle auch bekannt sein müsste, dass Euer Excellenz in der gegenwärtigen politischen Lage in keiner Richtung etwas Alarmirendes erblicken. „Es wäre sehr zu wünschen" — so sprach weiter Sir Edward Grey — „dass uns Macedonien möglichst wenig beschäftige und dass uns das Frühjahr keine Unruhen bringe; es wären die Türken selbst, die die Situation am Balkan durch ihre Roheiten und Grausamkeiten anlässlich der Entwaffnung verschlimmert hätten. Es wäre ein Glück — meinte weiter Sir Edward Grey — dass diese Dinge im türkischen Parlament zur Sprache gebracht worden sind; das werde vielleicht für die Zukunft nützen." Ohne auf dieses Thema zu reagiren erwiderte ich bloss, dass mir die momentane Situation in Macedonien nicht genau bekannt ist, und auf einen anderen Gegenstand überspringend, machte ich die Bemerkung, dass die Presse sich letzter Zeit „über die Potsdamer Entrevue viel aufgeregt hätte." Zögernd, als ob er keine Lust hätte, auf das Thema einzugehen, antwortete Sir Edward Grey, dass allerdings viel Unsinn geschrieben worden wäre, dass aber die Rede Herrn Pichons, die wieder alles in das richtige Verhältnis zurückgebracht habe, der Aufregung ein Ende gemacht hätte. Diese Aufregung liesse sich dadurch erklären, dass man von der ganz falschen Auffassung ausgienge, wonach, wenn es zwei Mächtegruppen gebe, diese zwei Gruppen unbedingt in Opposition zu einander stehen müssten. Diese unrichtige und schädliche Anschauung sei bereits einmal durch die deutsch-französische Entente bezüglich Marokkos gewissermassen entkräftet worden und die nunmehrige Verständigung zwischen Berlin und Petersburg hätte endgültig bewiesen, wie falsch die oberwähnte Ansicht sei. Die Differenzen zwischen der Tripel-Allianz und den drei anderen Mächten wären nur illusorisch und bestünden in der Wirklichkeit nicht. Sobald die Regierungen sich in Pourparlers einliessen, gelangten sie bald zu dieser Überzeugung, wie es eben durch die deutsch-russische Entente bewiesen worden wäre. Auf meine Frage, ob England von seinem Standpunkte mit dieser Entente zufrieden wäre, erhielt ich eine bejahende Antwort mit der Bemerkung, dass Sir Edward Grey sich über alles, was dem Frieden förderlich sein könne, stets freue. Um mir offenbar keine Gelegenheit zu weiteren Fragen über die auswärtige Politik zu geben, fieng Sir Edward nach jener letzteren Antwort sofort an, von dem bevorstehenden Zusammentritt des Parlamentes und von der inneren Lage zu reden, worauf ich mich sehr bald verabschiedete. Was immer für eine Miene die englische Regierung zu der deutsch-russischen Entente macht, kann sie mit derselben in Wirklichkeit nicht zufrieden sein. Abgesehen von den Konsiderationen der grossen Politik, die schon allein die Enttäuschung Englands erklärlich erscheinen lassen, handelt es sich auch um

die Bagdadbahnfrage, in der die Engländer bis jetzt dem Standpunkte Deutschlands im Vereine mit zwei anderen Mitinteressenten Opposition gemacht haben. Es kann — wenn auch Mr. Tyrell das Gegenteil behauptet — der englischen Regierung schwerlich passen, wenn einer ihrer Partner in diesem Prozesse, und zwar der mehr interessirte, sich sans crier gare mit dem Gegner ausgeglichen hat. Tarnowski.

a) Vgl. n. 2412, 2420.

Nr. 2420. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Jan. 1911 Ni. 7 (eing. 22. Jan. 9 U. a. m.).a) Entziff.

In Beantwortung einer Anfrage betreffend die Potsdamer Kaiser-Entrevue erklärte heute Rifaat Pascha im Abgeordnetenhause, dass laut einer Meldung des ottomanischen Botschafters in St. Petersburg Herr Sasonow letzterem mitgeteilt habe, dass er sich den von Baron Marschall im Auftrage der deutschen Regierung der Pforte gegenüber gemachten Erklärungen (siehe mein Telegramm Nr. 6 vom 16. d. Mts.) seinerseits anschliesse. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2419, 2422, 2427.

Nr. 2421. Tel. nach Konstantinopel Nr. 2 (1) und Rom Nr. 1 (2), 23. Jan. 1911 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.).a) Konz. (S. Musulin; G. Aehrenthal).

1. Unterm 21. l. M.b) hat mir Herr von Mérey über die Beziehungen zwischen Italien und der Türkei die nachfolgende telegraphische Meldung erstattet: „Situation zwischen Italien und der Türkei ist neuerdings sehr gespannt; speziell wegen weiterer Zwischenfälle im Roten Meere und in Tripolis, wo trotz Protestes italienischen Konsuls ein seinerzeit auf Verlangen des letzteren ausgewiesenes Individuum kürzlich unter Intervention türkischer Polizeiorgane wieder gelandet ist. Auf die mir zugekommene Nachricht, daß italienische Regierung neuerlich an eine Flottendemonstration denke, habe ich Minister des Äußern soeben während eines Ministerrates einen Moment sprechen können. Er bestätigte mir, daß das Kabinett speziell den obigen Zwischenfall als sehr ernst betrachte und mindestens Entschuldigung des Vali verlangen müsse. Er persönlich hoffe und wünsche, daß auch dieser Zwischenfall seine Beilegung finde, stellte aber nicht in Abrede, daß im gegenteiligen Falle Repressivmaßregeln in Betracht kommen würden und sich Ministerrat eben mit diesem Gegenstande beschäftige. Marquis San Giuliano fügte hinzu, daß er Euer Exzellenz für geeignete Einwirkung in Konstantinopel sehr dankbar wäre.“ Der Herr Botschafter hat diesem Telegramm am 23. l. M.c) ein zweites folgen lassen, des Inhalts, daß ihm Marquis di San Giuliano inzwischen gesagt habe, „nach den bisherigen Nachrichten aus Konstantinopel zeige die Pforte eine gewisse Geneigtheit, den letzten Zwischenfall auszugleichen“. Mit Rücksicht auf diese letztere Meldung sehe ich davon ab, Euer Exzellenz im Gegenstande mit speziellen Weisungen zu versehen; ich stelle es aber Euer Exzellenz und Ihrer Beurteilung der Opportunität eines solchen Schrittes anheim, falls die Stimmung zwischen Rom und Konstantinopel doch wieder eine gespanntere

werden sollte, sich im Rahmen meiner Weisung vom 7. v. M. Nr. 220 den türkischen Staatsmännern gegenüber vernehmen zu lassen. Eine Fühlungnahme mit Baron Marschall wird sich auch in der gegenwärtigen Phase der Angelegenheit empfehlen.

2. Mit Rücksicht auf Euer Exzellenz telegraphische Meldung vom 23. l. M. Nr. 2[c]) sehe ich davon ab, Markgraf Pallavicini mit speziellen Instruktionen im Sinne Ihres Telegrammes vom 21. l. M. Nr. 1[b]) zu versehen. Ich beschränke mich darauf, ihm die genannten beiden Telegramme mitzuteilen und stelle ihm anheim, sich, falls die Stimmung zwischen Rom und Konstantinopel doch wieder eine gespanntere werden sollte, den türkischen Staatsmännern gegenüber in dem Sinne zu äußern, wie er dies zuletzt anfangs Dezember v. J. getan hat, um auftragsgemäß die Geltendmachung des italienischen Standpunktes tunlichst zu fördern (hieramtliches Telegramm vom 10. v. M. Nr. 127). Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2375, 2398, 2485, 2573. — [b]) Tel. aus Rom, 21. Jan. 1911 Nr. 1 (eing. 9 U. 40 M. p. m.). Entziff. Nicht aufgenommen, weil wesentlicher Inhalt oben wiedergegeben. — [c]) Tel. aus Rom, 23. Jan. 1911 Nr. 2 (eing. 2 U. 45 M. p. m.). Entziff. Ebenfalls nicht aufgenommen.

Nr. 2422. Bericht aus Konstantinopel, 23. Jan. 1911 Nr. 3 A (eing. 28. Jan.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Die Potsdamer Entrevue und die sich an dieselben anschliessenden deutsch-russischen Verhandlungen stehen gegenwärtig, was die auswärtigen Fragen anbelangt, im Vordergrunde des Interesses der hiesigen politischen Kreise. Wenn man sich auch vorläufig enthalten muss, ein Urtheil über die Tragweite jener Abmachungen und Verhandlungen zu fällen, so empfiehlt es sich doch schon jetzt der Frage näher zu treten, welche Wirkung die bisher in die Öffentlichkeit gedrungenen Mittheilungen über dieselben auf die hiesige öffentliche Meinung sowie auf die hiesigen Regierungskreise gemacht haben. In meinem Telegramme vom 14. d. M. Nr. 5 habe ich bereits meiner Meinung Ausdruck gegeben, dass die in letzterer Zeit so ausserordentlich gute Stellung Deutschlands in der Türkei eine gewisse Einbusse erleiden dürfte. Ich habe sogar auf die Gefahr hingewiesen, dass hiedurch auch unsere Stellung in diesem Lande bis zu einem gewissen Grade beeinträchtigt werden könnte. Baron Marschall, mit dem ich kürzlich eine längere Unterredung hatte, gibt sich der Hoffnung hin, dass die Erklärungen, welche er auf der Pforte abgegeben hat (siehe mein Telegramm No. 5 vom 14. d. M.), den, wie er selbst sagte, äusserst üblen Eindruck, der hier hauptsächlich durch die von der englischen und französischen Presse lancirten Commentare zur Potsdamer Entrevue hervorgerufen wurde, so ziemlich verwischt hätten. Man sei nun, glaubt er, hier zur Überzeugung gelangt, dass es sich in Potsdam thatsächlich um keine Abmachungen gehandelt habe, die irgendwie die Interessen der Türkei tangieren würden. Ich kann diesen Optimismus meines deutschen Collegen vorläufig nicht theilen. Wenn es auch Baron Marschall gelungen sein mag, die türkischen Staatsmänner darüber aufzuklären, dass die von den englischen und französischen Zeitungen gebrachten Mittheilungen über die im Zuge befindlichen

Verhandlungen zum grossen Theile auf willkürlichen Combinationen beruhen und dass namentlich der von der Evening Times gebrachte Wortlaut eines bereits formulierten Accords auf Erfindung basirt, so liegen doch die Erklärungen des Reichskanzlers vor, aus denen klar hervorgeht, dass Deutschland speciellere wirthschaftliche, politische und strategische Interessen Russlands in Persien anerkannt hat. Dies ist aber, meiner Überzeugung nach, gerade jener Punkt, welcher hier die grösste Beunruhigung hervorruft, da man hierin eine Anerkennung des englisch-russischen Abkommens von 1907 seitens Deutschlands erblickt. Ein grosser Theil der türkischen leitenden Kreise hat sich in letzterer Zeit den Zentralmächten zugewendet, hauptsächlich wegen des Antagonismus, der zwischen diesen Mächten und Russland besteht und von welchem Antagonismus man gehofft hatte, dass er ein Vordringen der letzteren Macht, sei es in Europa, sei es in Asien, verhindern wird. Nun sieht man sich in seinen Hoffnungen enttäuscht und gerade in Bezug auf jene Macht, von der man, namentlich was Persien anbelangt, eine Unterstützung der türkischen Interessen erhofft hatte. Unter diesen Umständen muss damit gerechnet werden, dass die anderen Mächte namentlich Frankreich und England nunmehr alles aufbieten werden, um ihre frühere exceptionelle Position in der Türkei wieder zu gewinnen. Für England dürfte dies wohl nicht so leicht fallen, da es sich ja gegenwärtig vor Allem um die persische Frage handelt. Wesentlich anders stehen aber die Dinge, was Frankreich anbelangt. Die Stellung der letzteren Macht in der Türkei beginnt sich überhaupt wieder zu bessern.[1]) Es werden auch von Seiten der französischen Botschaft die grössten Anstrengungen in dieser Richtung gemacht. Die kürzliche sehr geschickte Rede Herrn Pichons dürfte dazu beitragen, diese Aufgabe zu erleichtern. Was also speciell die Türkei anbelangt, kann man schon heute mit einem praktischen Resultate der Potsdamer Entrevue und zwar mit einem ungünstigen für Deutschland rechnen. Mein deutscher College war übrigens von Anfang an, als die ersten Nachrichten über die Ergebnisse der Potsdamer Entrevue hieher kamen, etwas beunruhigt. Jetzt gibt er sich allerdings den Anschein, als ob seine Befürchtung nicht begründet gewesen wäre, ich glaube aber, dass ihm die Sache doch von seinem hiesigen Standpunkte aus recht ungelegen gekommen ist. Ich konnte dies einigen Äusserungen entnehmen, die er im Laufe unseres oben erwähnten streng vertraulichen Gespräches fallen liess. Er unterzog hiebei die Resultate der Potsdamer Entrevue, insoweit sie bisher bekannt sind, einer strengen Kritik und kam zu dem Schlusse, dass man vorderhand nicht konstatieren könne, welche besonderen Vortheile Deutschland aus den Abmachungen zieht. Namentlich die Anerkennung der russischen Machtsphäre in Nordpersien scheine ein so grosses Zugeständnis an Russland zu sein, dass das russischerseits gemachte Zugeständniss in Bezug auf die Bagdadbahn als keine genügende Gegenleistung dafür angesehen werden könne. Seiner Ansicht nach hätte Russland schon aus eigenem Interesse den Anschluss der persischen Bahnen an die Bagdadbahn früher oder später zugestanden. Ausserdem wäre es gar nicht nothwendig gewesen, die Zustimmung Russlands für den weiteren Ausbau der Bagdadbahn zu erwirken, zumal, wie es scheint, nicht einmal die Einwilligung desselben zur 4%igen

Zollerhöhung erreicht worden ist. Nur ein Punkt, sagte mir der deutsche Botschafter, könnte für die allgemeine politische Constellation von grosser Wichtigkeit werden, nämlich jener, der sich auf die vom Reichskanzler in seiner Reichstagsrede erwähnte Erklärung bezieht, dass sich die beiden Theile darüber geeinigt hätten, an keiner politischen Combination theilzunehmen, die ihre Spitze gegen den einen oder den anderen richtet. Wenn es, sagte Baron Marschall, gelingt, Russland zu veranlassen, eine derartige Erklärung in das geplante schriftliche Abkommen aufzunehmen,[2] so wäre hiedurch allerdings sehr viel gewonnen. Auch ich bin der Ansicht, dass eine solche Erklärung bedeutende politische Folgen haben könnte und zwar nicht so sehr in Bezug auf die französisch-russische Allianz, als vielmehr in Bezug auf die Tripelentente. Speciell Englands Interesse an der Freundschaft Frankreichs dürfte eine schwere Einbusse dadurch erleiden, wenn es einmal vertragsmässig festgelegt ist, dass sich Russland nicht dazu hergeben würde, einer Combination beizutreten, die gegen Deutschland gerichtet wäre. Würde es aber Deutschland gelingen, den Keim des Zerfalles in die Tripelentente zu legen, so wären dadurch allerdings die Nachtheile, die sich vorübergehend aus der Potsdamer Entrevue für die Stellung Deutschlands in der Türkei ergeben, reichlich aufgewogen. Übrigens steht es ja auch noch gar nicht fest, ob man nicht mit der Zeit hier zur Constatierung und Einsicht gelangen wird, dass gerade das russisch-deutsche Abkommen über Persien eine weitere Verständigung Englands und Russlands über letzteres vereitelt und sohin die Theilung Persiens verhütet hat. Pallavicini.

[1] Ist wegen finanzieller Unterstützung nützlich. — [2] Scheint nicht beabsichtigt.

[a] Vgl. n. 2420, 2427, 2444.

Tel. nach Rom, 23. Jan. 1911 Nr. 1 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 2421.

Nr. 2423. Protokoll über die Einvernahme des Hauptmanns Viktor von Swiętochowski, 23. Jan. 1911.[a] Ausfert.

Anwesend: Se. Exzellenz Sektionschef Freiherr von Macchio, Generalkonsul I. Kl. Oppenheimer, Hof- u. Ministerialsekretär Freiherr von Matscheko.

Schriftführer: Vizekonsul Čudić.

Nachdem Seine Exzellenz der Herr Sekt. Chef an den bei der k. u. k. Gesandtschaft in Belgrad in Verwendung gestandenen k. u. k. Hauptmann von Swiętochowski die Aufforderung gerichtet hat, die ihm zu stellenden Fragen nach seinem besten Wissen und Gewissen zu beantworten, legt Seine Exzellenz ihm zunächst die Frage vor, in welcher Weise der Verkehr mit dem Konfidenten Stefanović-Vasić sich abgespielt habe?

Hauptmann von Swiętochowski: Kurz nach meinem am 13. Juni erfolgten Eintreffen in Belgrad wurde mir der Auftrag zu Teil, den Verkehr mit dem Konfidenten Stefanović-Vasić, den bis dahin der k. u. k. Gesandtschaftskanzleirat Tiefenbach besorgte, zu übernehmen. Die ersten Zusammenkünfte mit Stefanović-Vasić fanden denn auch in der Wohnung des Herrn Tiefenbach in vorgerückter Abendstunde statt. Der Konfident

brachte selbstverfertigte Abschriften der Protokolle des „Slovenski Jug", welche zumeist mit Tintenstift geschrieben waren, diktierte mir den serbischen Text, den ich, da mir die cyrillische Schrift wenig geläufig war, mit lateinischen Lettern nachschrieb.

Diese mit lateinischen Lettern geschriebenen Textabschriften dienten mir als Grundlage für die Übersetzungen ins Deutsche, welche ich in meiner Wohnung in der Weise vornahm, dass ich zunächst ein Vorkonzept und dann eine Reinschrift anfertigte. Sobald ich die Übersetzung beendet hatte, übergab ich Vorkonzept, die mit lateinischen Lettern von mir abgeschriebenen serbischen Texte sowie die Reinschrift der deutschen Übersetzung dem Herrn k. u. k. Gesandten.

Nachdem die Übersetzung geprüft und korrigiert worden war, wurden Vorkonzept sowie die mit lateinischen Lettern von mir angefertigten Abschriften serbischer Texte in der Gesandtschaftskanzlei verbrannt. Dieser Vorgang wurde jedoch nur bei den ersten 4 oder 5 Sitzungsprotokollen eingehalten.

Nachdem er die Zwischenfrage Seiner Exzellenz des Herrn Sektionschefs, ob er nicht möglicherweise Übersetzungskonzepte mit nach Hause genommen habe, verneinend beantwortet hatte, fährt Hauptmann von Swiętochowski in seiner Darstellung fort, wie folgt:

Von der 5. bezw. 6. Sitzung angefangen, lieferte der Konfident Originalprotokolle, wozu ihm, seinen Angaben zufolge, der Auftrag des Präsidiums des „Slovenski Jug" Gelegenheit bot, die Unterschriften der einzelnen Mitglieder der Leitung des „Slovenski Jug" einzusammeln. Die Übersetzung erfolgte von dieser Zeit an in der Weise, dass ich den mir vom Konfidenten langsam vorgelesenen serbischen Text unmittelbar ins Deutsche übertrug, und zwar anfänglich mit Handschrift auf gewöhnlichem Konzeptpapier, später mit der Schreibmaschine. Die Originale wurden dann überdies von mir mittels eines dem k. u. k. Legationssekretär Franz gehörigen photographischen Apparates aufgenommen. Die Aufnahme begegnete mitunter bedeutenden Schwierigkeiten, da die Originalprotokolle auf zirka 40 cm breitem, zuweilen bis zu einem Meter langem weissen Papier geschrieben waren, weshalb die Aufnahme mit Rücksicht auf das kleine Format (13 : 18 cm) der in Verwendung stehenden Kamera auf 2 Platten erfolgen musste. Die Aufnahmen wurden von mir sofort entwickelt und die Negative waren auf diese Art am nächsten Morgen bereits kopierfähig. Das Kopieren erfolgte zumeist während der Amtsstunden in der Gesandtschaft. Nach Fertigstellung der Kopien wurde alles Materiale an die Gesandtschaft abgeliefert, die Platten sorgfältig aufbewahrt. In meiner Wohnung blieb nichts zurück.

Vorsitzender: Wie lange hat Stefanović-Vasić in Ihrer Wohnung sich aufgehalten und hat er die Möglichkeit gehabt, Zettel mit ihrer Handschrift zu entwenden?

Hauptmann von Swiętochowski: Mitunter blieb der Konfident zirka fünf bis sechs Stunden in meiner Wohnung, da das Übersetzen der vielfach weitläufigen serbischen Schriftstücken sowie das Photographieren derselben viel Zeit in Anspruch nahm, der Konfident aber um die gebrachten Originale sehr besorgt schien und dieselben stets wieder mitnahm. Was die Möglich-

keit anbelangt, dass der Konfident Zettel mit meiner Handschrift bei solchen Gelegenheiten sich angeeignet habe, so halte ich dieselbe für sehr unwahrscheinlich, nachdem ich das Fehlen solcher bemerkt haben müsste.

Die Frage des Generalkonsuls Oppenheimer, ob es sich bei den in den Akten der k. u. k. Gesandtschaft Belgrad erliegenden, fast keinerlei Korrekturen von seiner Hand aufweisenden Übersetzungskonzepten um Konzeptreinschriften handle, zu welchen Vorkonzepte seinerzeit angefertigt wurden, die dann als überflüssig den Akten nicht beigeschlossen worden sind, beantwortet Hauptmann von Swiętochowski wie folgt: Die Übertragung der serbischen Texte ins Deutsche habe ich von der 5. bezw. 6. Sitzung angefangen direkt, ohne Vorkonzept vorgenommen; dass die späteren Konzepte sauber geschrieben sind und nur wenig Korrekturen von meiner Hand aufweisen, erklärt sich dadurch, dass dieselben nach serbischen Textabschriften angefertigt wurden, die mir Stefanović-Vasić zur Benützung überliess, als die durch den Spionageprozess Müller[b]) verursachte scharfe Invigilierung des k. u. k. Gesandtschaftspersonales ihm die Mitnahme der Originale und Besuche in meiner Wohnung untunlich erscheinen liess.

Freiherr von Matscheko: In welcher Weise sind die den Akten beigeschlossenen, an den „Slovenski Jug" gerichteten serbischen Telegrammtexte und deren deutsche Übersetzungen zu Stande gekommen?

Hauptmann von Swiętochowski: Der Konfident brachte die Telegramme stets im Originale (auf Telegrammblanketten mit Verschlussmarke), worauf ich auf gewöhnlichem Kanzleipapier den serbischen Text — zwecks Festhaltung des Telegrammstiles — abschrieb, um später die deutsche Übersetzung darüberzuschreiben. Eines Telegrammblankettes habe ich mich hiebei niemals bedient, ebensowenig habe ich irgend welche auf diese Affaire bezüglichen Notizen in cyrillischer Schrift niedergeschrieben. Ich erinnere mich lediglich, Stefanović-Vasić einige Zettel übergeben zu haben, auf denen kurze Angaben in cyrillischer Schrift über Personen (Name, Stand et caetera) enthalten waren, über die er Informationen einzuholen hatte.

Über Befragen Freiherrn von Matschekos erklärt Hauptmann von Swiętochowski, dass seine dem serbischen Gerichte vorgelegene Schriftprobe folgende in lateinischen Lettern geschriebene Adresse bildete: „Blagorodnom Gospodinu Franka Sinovi Zagreb." Viktor von Swiętochowski, Čudić.

[a]) Vgl. n. 2329, 2416, 2424, 2429. — [b]) Vgl. n. 1769 Anm. c.

Nr. 2424. Tel. nach Belgrad, 24. Jan. 1911 Nr. 9 (chiffr. 5 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Oppenheimer; G. Macchio).

Bei Durchsicht des mit Hauptmann Swiętochowski übersandten dortamtlichen confidentiellen Aktenmateriales hat sich ergeben, dass drei Concepte von anher gelangten Beilagen zu Euer Exzellenz Berichten fehlen, somit eventuell in unrechte Hände gelangt sein können. Es sind dies folgende Pièces:[b]) 1. Rechnungslegung des Rista Odavić über die ihm vom Slovenski Jug zur Verwendung übergebenen 1350 Francs (Beilage zum

Berichte No. 18 C vom 4. April 1908). 2. Telegramm des serbischen Konsuls in Budapest an Professor Marković (dienstlich, Chiffre) vom 30. November 1908 (Beilage zum Berichte N. 92 I. B. vom 19. December 1908). 3. Kassaanweisung des serbischen Ministeriums des Aeussern an Professor Marković vom 10. December 1908 auf 8000 Francs (in deutscher und serbischer Sprache anher vorgelegt mit Bericht N. 94 F vom 28. December 1908). Euer Exzellenz wollen sich, soweit dies aus der Erinnerung möglich ist, telegrafisch darüber äussern, welches Bewandtnis es mit diesen fehlenden Concepten haben dürfte. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2423, 2426, 2429. — [b]) Vgl. n. 98 Anm. b.

Nr. 2425. Tel. aus London, 24. Jan. 1911 Nr. 3 (eing. 25. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich habe heute zum ersten Male nach meiner Rückkehr Sir A. Nicolson besucht, der sich sehr angelegentlich nach Euer Exzellenz Befinden erkundigte und der sicheren Hoffnung Ausdruck gab, dass Euer Exzellenz Gesundheit es Hochdenselben auch ferner gestatten werde, die auswärtige Politik der Monarchie zu leiten, da man heute in Europa Euer Exzellenz nicht missen könne. Daran anknüpfend sprach er spontan von den ausgezeichneten Beziehungen, die zwischen uns bestehen. Ich erwiderte, ich erblicke darin nur eine Rückkehr zu dem normalen traditionellen Verhältnisse, dessen vorübergehende Störung vor zwei Jahren mich tief betrübt hatte. Ich sprach die Hoffnung aus, dass die Spuren dieser Entfremdung mit der Zeit sich verwischen würden. Er fiel lebhaft ein, dass die Entfremdung der Geschichte angehöre und es das Beste sei, überhaupt nicht mehr darauf zurückzukommen. Von Macedonien hat das Foreign Office ungünstige Nachrichten. Türken hätten dort mit grosser Härte gewirtschaftet und Unzufriedenheit in der Bevölkerung gesteigert, was ein grosser Fehler sei. In der Öffentlichkeit ist hier zum Glücke wenig davon bekannt. Das alte Balkan-Komitee regt sich vorläufig nicht. Das Foreign Office werde die ungünstigen Konsularberichte nicht veröffentlichen. Unterstaatssekretär hofft, dass trotz wachsender Unzufriedenheit Bulgarien ruhig bleiben werde und rechnet auf Friedensliebe König Ferdinands und das in Sofia herrschende Bewusstsein, dass Bulgarien einen Kampf mit der Türkei umsoweniger aufnehmen könne, als es sicher sei, dass Rumänien in diesem Falle eine feindselige Haltung einnehmen werde. Bezüglich der Presskommentare über Hollands Befestigungen in Vlissingen meint Sir A. Nicolson, es sei keine akute Frage; die diesbezügliche holländische Regierungsvorlage ist noch nicht eingebracht und es ist nicht unwahrscheinlich, dass diese Frage, die eigentlich eine juridische sei, im Sande verlaufen werde. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2440.

Nr. 2426. Tel. aus Belgrad, 25. Jan. 1911 Nr. 16 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm No. 9 von gestern. Bei Zusammenstellung des confidenziellen Aktenmateriales wurde auch hieramts konstatiert, dass

einige kürzere Beilagen bei den Konzepten der Berichte fehlten. Ich legte diesem Umstande insoferne keine grössere Bedeutung bei, als es mir ausgeschlossen scheint, dass die fehlenden Stücke in unberufene Hände gelangten. Das der Gesandtschaft abgelieferte Material hat nämlich meines Wissens die Gesandtschaftsgebäude nie verlassen, ist speziell auch nicht mehr in die Hände des Dragomans gekommen, also auch nicht in seine Privatwohnung, wo der Konfident eventuell etwas hätte entwenden können. Hierüber könnte der in das Ministerium einberufene Dragoman, sowie der gegenwärtig in Wien, Hôtel Imperial, befindliche Legationssekretär Graf Strassoldo genauere Auskünfte geben. Übrigens haben, soviel ich weiss, weder Professor Masaryk noch Vasić in seinen gedruckten „Geständnissen" behauptet, im Besitze von in deutscher Sprache von einem Gesandtschaftsbeamten geschriebenen, auf den Slovenski Jug bezüglichen Stücken zu sein. Speziell die Akten aus dem Jahre 1908 wurden als fortwährend benötigt, im März 1909 nicht nach Wien gesendet, sondern ich hatte angeordnet, dass bei unserer eventuellen Abreise einer der Attachés sie in seiner Handtasche mitnehme. Die Beilagen können also auch bei der Verpackung und dem Hin- und Zurücktransporte nicht verloren gegangen sein. Dagegen ist es möglich, dass die Beilagen den Konzepten überhaupt nie beigelegt, sondern aus Versehen mit dem überflüssigen, als wertlos betrachteten und nicht vorgelegten Material, welches der Konfident oft brachte, vernichtet wurden. Speziell die Beilage (serbisches Chiffretelegramm) des Berichtes No. 92 I. B. vom 19. Dezember 1908 ist vielleicht unter besonderen Umschlägen (Reservat 253 oder 260, beide unter dem konfidenziellen Aktenmaterial, jetzt in Wien befindlich) dem Chiffredepartement des Ministeriums eingesendet worden. Das ganze Material wurde öfters aus verschiedenen Gründen gesichtet und habe ich selbst gelegentlich viele überflüssige Beilagen, besonders die serbischen Handschriften des Konfidenten, verbrannt; wahrscheinlich ist dabei auch eine oder die andere der fehlenden Beilagen vernichtet worden. Forgách.

a) Vgl. n. 2429, 2431.

Nr. 2427. Bericht aus Konstantinopel, 25. Jan. 1911 (Nr. 4 B (eing. 28. Jan.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Wie Euere Excellenz aus meinem ergebensten Telegramme vom 21. d. M. No. 7 ersehen haben, hatte Rifaat Pascha am vergangenen Samstag in der Kammer eine von dem hervorragenden jungen oppositionellen Abgeordneten Ferid Bey gestellte Anfrage im Gegenstande der Potsdamer Kaiser-Entrevue und der deutsch-russischen Abmachungen zu beantworten. Ich lege den Text der Erklärungen des Ministers, deren Wortlaut vielleicht für Euere Exzellenz von Interesse sein könnte, im Anbuge vor.b) Im Wesen wiederholte Rifaat Pascha vor dem Abgeordnetenhause die ihm betreffs der deutsch-russischen Verhandlungen vom Baron Marschall gemachten Mitteilungen und fügte hinzu, dass sich auch Herr Sazonow seinerseits den Erklärungen des deutschen Vertreters dem ottomanischen Botschafter in Petersburg gegenüber angeschlossen habe. Ange-

sichts des freundschaftlichen Verhältnisses der Türkei zu Deutschland und Russland müssten die vorerwähnten Erklärungen die Pforte darüber beruhigen, dass auch im weiteren Verlaufe der zwischen den beiden genannten Mächten obschwebenden Verhandlungen keine Vereinbarungen getroffen würden, welche geeignet wären, Rechte der Türkei zu verletzen, oder ihre Susceptibilät wachzurufen. Die Note, dass die Erklärungen des deutschen und russischen Cabinetes vorläufig als zufriedenstellend zu betrachten seien, tritt auch in sonstigen mir gegenüber getanen Äusserungen Rifaat Paschas und des Grossvezirs, sowie in den von der türkischen Regierung inspirierten Zeitungsartikeln hervor. Es soll dies nebst der Beschwichtigung der öffentlichen Meinung offenbar ein avis an die deutsche Adresse sein, augenscheinlich in der Hoffnung, dass dadurch feste, das Interesse der Türkei schädigende Abmachungen vielleicht noch verhindert werden könnten. Im Laufe der Kammersitzung bemerkte Rifaat Pascha auf einen Zwischenruf des anfragenden Abgeordneten, dass Baron Marschall die Richtigkeit des Punktes 3 der Publikation der Evening Times (betreffend die von Deutschland übernommene Verpflichtung, in der Zone nördlich der Linie Bagdad-Chanikin keine Bahnen zu bauen) ausdrücklich dementiert habe; er fügte seiner Bemerkung ebenfalls über eine Anfrage des genannten Abgeordneten noch hinzu, dass er keine schriftliche Erklärung der deutschen Botschaft verlangt habe, da die Worte des Botschafters ihm eine genügende Gewähr böten. Aus einem streng vertraulichen Gespräche mit meinem deutschen Collegen weiss ich, dass er zur Dementierung des obgedachten Artikels 3 der angeblichen deutsch-russischen Abmachungen keinen speziellen Auftrag seiner Regierung hatte und dass er sich im Laufe seiner Unterredung mit Rifaat Pascha nur auf Grund des ersten Punktes seiner Instructionen, wonach in Potsdam nur Persien betreffende Angelegenheiten verhandelt worden seien, sich in diesem Sinne auszusprechen bemüssigt sah. Es wäre demnach nicht ausgeschlossen, dass wenn eine Abmachung etwa im Sinne des mehrerwähnten Punktes 3 zwischen Deutschland und Russland doch vereinbart, und dies hier bekannt werden sollte, die Stellung meines deutschen Collegen hier eigentlich ernstlich gefährdet sein würde. Hakki Pascha erwähnte mir dieser Tage, dass nach den Berichten Turkhan Paschas Herr Sazonow sich jedesmal, wenn der türkische Botschafter ihm gegenüber auf Persien zu sprechen komme, äusserst ungehalten zeige. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2422, 2428, 2444. — *b*) Wurde nicht abgedruckt.

Nr. 2428. Privatschreiben aus Konstantinopel. 25. Jan. 1911.[a]) *Eigh. Ausfert.*

Ich habe vorgestern Deinen Brief aus Gries vom 17. d. M.[b]) erhalten und erlaube mir Dir meinen innigsten Dank für das große Vertrauen zu wiederholen, welches Du mir entgegenbringst. Das Bewußtsein, daß ich vielleicht dazu beitragen kann Deinen Urlaub so zu gestalten, daß derselbe eine wirkliche Erholung Dir verschaffe und Dich in die Lage versetze recht bald Deine Thätigkeit mit voller Kraft wieder aufzunehmen, gibt mir den Muth mich der schwierigen Aufgabe zu unterziehen, die ich zu übernehmen

mich entschlossen habe. Hoffentlich werden meine schwachen Kräfte ausreichen, um das in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Meine heutige Courier-Expedition[c]) enthält einen Bericht über die Wirkung, welche die deutsch-russischen Verhandlungen auf die hiesigen leitenden Kreise gemacht hat.[d]) Vorgestern hatte ich mit Hakki Pascha ein Gespräch über dasselbe Thema. Er verhehlte mir nicht, daß der üble Eindruck, den die Sache hier gemacht hat, noch keineswegs verwischt ist. „Unsere Beziehungen zu Deutschland", sagte er, „sind mehr als vertrauensvoll, aber eben deshalb haben wir uns so sehr gewundert, daß man in Potsdam vergessen zu haben scheint, daß auch die Türkei Interessen in Persien hat." Diese Worte bestätigen meinen ersten Eindruck, daß speciell die Anerkennung der „besonderen" russischen Interessen in Nordpersien hier so sehr verstimmt hat, nicht aber die Abmachungen, die die Bagdadbahn betreffen; diese, sagte mir der Großvezir, seien ja auch im türkischen Interesse gelegen. Hakki Pascha betonte übrigens ausdrücklich, er wolle sich noch eines abschließenden Urtheiles enthalten, da ja noch nichts Positives vorliege. Trotz dieser reservirten Sprache habe ich den Eindruck, daß die hiesigen Gegner Deutschlands jetzt ein leichtes Spiel hätten, um die früher begangenen Fehler wieder gut zu machen. Es ist wohl selbstverständlich, daß, wenn dies gelingen sollte, auch unsere Stellung in diesem Lande eine merkliche Einbuße erleiden würde. Ich werde nicht verfehlen, wenn der richtige Moment hiezu gekommen sein wird, mich im Sinne der in Deinem Briefe enthaltenen Andeutungen hier vernehmen zu lassen. Dieser Moment könnte eintreten, wenn die Frage der albanesischen Bahnen wirklich acut werden sollte. Über mein Gespräch mit dem Großvezir den letzteren Gegenstand betreffend, berichte ich heute. Es ist auffallend, daß die Frage der Adriabahn so plötzlich aufs Tapet gebracht wurde. Sollte dies vielleicht schon eine Folge der Verstimmung über Potsdam sein?! Man muß die Sache jedenfalls mit großer Vorsicht behandeln und sich vor allem darüber klar sein, daß wir den Bau einer Bahn zur Adria à la longue nicht verhindern werden können; wir müssen aber, glaube ich, dahin trachten, daß diese Bahn nicht in uns feindliche Hände komme, ferner, daß gleichzeitig die Sandschakbahn gebaut werde. Für die nächste Zukunft dürfte dies unsere wichtigste Aufgabe in Constantinopel sein. Meiner Ansicht nach ist die Sache aber noch nicht in ein acutes Stadium getreten. ... *Lage im Yemen, Handelsvertragsverhandlungen mit der Türkei.* ... Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2437, 2467. — [b]) Nicht aufgenommen. Inhalt oben angedeutet. — [c]) n. 2427. — [d]) So!

Nr. 2429. Amtsaufzeichnung, 25. Jan. 1911.[a]) Ausfert.

Äußerungen des k. u. k. Hauptmannes Victor von Swiętochowski, über seinen Verkehr mit dem Konfidenten Stefanović-Vasić und das Zustandekommen der dem Ministerium vorgelegten Übersetzungen serbischer Schriftstücke:

Kurz nach seinem Eintreffen in Belgrad wurde von Swiętochowski beauftragt, den Verkehr mit dem Konfidenten Stefanović-Vasić zu übernehmen. Die ersten Zusammenkünfte fanden in der Wohnung des k. u. k.

Gesandtschafts-Kanzleirates Tiefenbach, zumeist in vorgerückter Abendstunde, statt. Stefanović-Vasić brachte anfangs in cyrillischen Lettern geschriebene (serbische) Kopien der Protokolle des „Slovenski Jug", die Swiętochowski, da ihm die cyrillische Schrift weniger geläufig war, nach dem Diktat des Konfidenten in lateinischen Lettern abschrieb. Er fertigte zunächst Übersetzungen dieser Schriftstücke im Vorkonzepte an, schrieb die Übersetzung dann ins Reine und übergab die Reinschriften samt den von ihm in Lateinschrift angefertigten Kopien dem Herrn Gesandten beziehungsweise dem Herrn Geschäftsträger. Die Vorkonzepte hat er stets sofort vernichtet. Dieser Vorgang wurde nur bei den ersten fünf bis sechs Zusammenkünften mit Stefanović-Vasić eingehalten. Von da an ließ sich Herr von Swiętochowski den serbischen Text vom Konfidenten langsam vorlesen und übertrug ihn sofort ohne Vorkonzept direkt ins Deutsche. Später brachte Stefanović-Vasić an Stelle von Kopien in der Regel Originalprotokolle beziehungsweise Beratungsbeschlüsse, wobei bezüglich der Übertragung des Textes ins Deutsche die eben geschilderte Vorgangsweise beibehalten wurde, die Originaldokumente überdies von Hauptmann von Swiętochowski zumeist photographisch aufgenommen worden sind. Die an den „Slovenski Jug" eingelangten Telegramme brachte Stefanović-Vasić bis in die letzte Zeit durchwegs im Originale mit amtlicher Verschlußmarke. Von den beim serbischen Ministerium des Äussern eingetroffenen, für gewisse Persönlichkeiten des „Slovenski Jug" bestimmten Chiffretelegrammen lieferte der Konfident dechiffrierte, mit roter Tinte auf Telegrammblanketten geschriebene Abschriften. Von allen Telegrammen hat von Swiętochowski Abschriften in lateinischen Lettern angefertigt, welche nachträglich durch die deutsche Übersetzung ergänzt und den Akten beigeschlossen wurden. Eine Änderung erfuhr dieser Vorgang infolge der verschärften Invigilierung des k. u. k. Gesandtschaftspersonales durch die serbischen Behörden zur Zeit des Spionageprozesses Müller.*b)* Der Konfident brachte zu dieser Zeit nur mehr selbstverfertigte Kopien der Protokolle und Beratungsbeschlüsse und lieferte auch von den Telegrammen bloß Abschriften, da die Zusammenkünfte nur sehr unregelmäßig und meist an entlegenen Orten stattfinden konnten. Nach dem Abflauen der durch die Affaire Müller verursachten erregten Stimmung wurde der frühere Vorgang wieder aufgenommen und blieb, mit vereinzelten Ausnahmen bis zum Abbruch der Verbindung mit Stefanović-Vasić in Übung. Von Swiętochowski erklärt es für ausgeschlossen, daß der mehrfach genannte Konfident in den Besitz von ihm (Swiętochowski) mit lateinischen Lettern geschriebener serbischer Texte oder deutscher Übersetzungen derselben sich gesetzt haben könnte, da diese ausnahmslos vernichtet, beziehungsweise seinen Vorgesetzten abgeliefert worden seien. Dagegen erinnert er sich, einige, kurze Angaben (Name, Stand etc.) in cyrillischen Lettern enthaltende Zettel Vasić mit dem Auftrage übergeben zu haben, darüber Informationen einzuholen. Hinsichtlich der Form der vom Konfidenten gelieferten Schriftstücke gibt von Swiętochowski an, daß die Protokolle auf ziemlich kräftigem, weißem, zirka 40 cm breitem Papier in zwei Kolumnen mit breitem Rand geschrieben waren, wobei die Länge des Papiers, dem jeweiligen Inhalte entsprechend,

mitunter bis zu einem Meter betrug. Die Beratungsbeschlüsse wiesen dagegen rastriertes Papier größeren Kanzleiformates auf. Bezüglich seiner im Prozesse Vasić dem serbischen Gerichte vorgelegenen Schriftprobe erklärt von Swiętochowski, daß es sich um folgende, seinem Spezereilieferanten aus Gefälligkeit längere Zeit vor dem Prozesse geschriebene Adresse in lateinischen Lettern handle: „Blagorodnom Gospodinu Franka Sinovi Zagreb." Am ersten Tage des Vasićprozesses, als er abermals in dem Laden dieses Kaufmannes Einkäufe besorgte, sagte ihm dieser, daß er vors Gericht geladen sei, um die Provenienz dieser Adresse zu bezeugen, die ihm seinerzeit, unmittelbar nachdem Herr von Swiętochowski den Laden verlassen hatte, von einem Detektiv abverlangt worden sei.

[a]) Vgl, n. 2423, 2424, 2426, 2431, 2432. — [b]) n. 1769 Anm. c.

Nr. 2430. Erlaß nach St. Petersburg, 26. Jan. 1911 Nr. 180. Konz. (S. Oppenheimer; V. u. G. Macchio).

Vertraulich. Anverwahrt beehre ich mich, Euer Exzellenz zu ausschließlich persönlicher Kenntnisnahme mir zugekommene confidentielle Informationen[a]) zu übermitteln, welche auf eine zunehmende Fermentation in den polnischen Landesteilen Rußlands hindeuten. Ich bemerke hiezu, daß diese Informationen nicht die ersten sind, welche mir im Gegenstande vorliegen. Ohne dieser confidentiellen Quelle eine allzugroße Bedeutung beizumessen — was sich schon aus dem Grunde nicht empfehlen würde, weil eine Überprüfung dieser Nachrichten auf ihre Tendenz hin naturgemäß untunlich ist — könnte eine solche Situation — wenn wirklich bestehend — zum Wunsche Rußlands, eine Annäherung an Deutschland anzubahnen, immerhin beigetragen haben; denn beim Ausbruche einer revolutionären Bewegung in Congreßpolen wäre die Stellung der russischen Regierung zweifellos eine wesentlich vorteilhaftere, wenn sie seitens der preußischen Regierung eine freundliche Haltung gewärtigen könnte. Hiebei könnte auch der Umstand in Betracht gezogen werden, daß in einem solchen Calcul das die Polen betreffende stramme Verwaltungsregime in Preußen einen wesentlich wertvolleren Factor darstellt, als die analoge Stellungnahme der galizischen Administration.

[a]) Es handelt sich um Nachrichten über „die polnischen revolutionären Parteien in Russisch-Polen", einen konfidentiellen Bericht aus Warschau vom 27. Dez. 1910.

Nr. 2431. Gutachten der im Ministerium des Äußern eingesetzten Kommission, 27. Jan. 1911.[a]) Ausfert.

Die Unterzeichneten haben den Auftrag erhalten, das von der Gesandtschaft in Belgrad eingesendete, auf den Verkehr der Gesandtschaft mit Stefanović-Vasić (Oktober 1907—November 1909) bezügliche Aktenmaterial daraufhin einer Prüfung zu unterziehen, ob darin für alle seinerzeit von Stefanović-Vasić gelieferten konfidentiellen Schriftstücke, deren Reinschriften in den entsprechenden Belgrader Berichten im hiesigen politischen Archiv erliegen, die korrespondierenden Konzepte vollständig enthalten

sind; weiters, jene für die Affaire Masaryk-Vasić relevanten Momente hervorzuheben, welche bei der durch die Kürze der Zeit bedingten kursorischen Durchsicht des Aktenmateriales etwa auffallen sollten.

Diesem Auftrage gemäss haben die Unterzeichneten das Belgrader Aktenmaterial von dem oben gekennzeichneten Standpunkte aus einer möglichst genauen Durchsicht unterzogen und im Anschlusse daran den Honorardragoman von Swiętochowski über einige Punkte einvernommen.

Die Durchsicht des Aktenmaterials ergab, dass in den vorgelegten Akten der Belgrader Mission die in Frage kommenden Konzepte mit 3 Ausnahmen vollzählig vorhanden sind. Hinsichtlich des Fehlens dieser Konzepte hat sich Graf Forgách über hierortige Aufforderung in dem zuliegenden Telegramm vom 25. d. M. Nr. 16 eingehend geäussert; zu dieser Meldung ist ergänzend zu bemerken, dass nach der im hiesigen Chiffre-Departement vorgenommenen Konstatierung das fehlende Konzept der Beilage des Berichtes 92 I. B. vom 19. Dezember 1908 tatsächlich dem Chiffre-Departement vorgelegt wurde, welches dasselbe, nachdem kein korrespondierender Zifferntext aus Budapest eingelangt war, als unverwendbar vernichtet hat. Es muss jedoch hervorgehoben werden, dass in einer Anzahl von Fällen in den Belgrader Akten Durchschlagskopien der hieher vorgelegten Reinschriften (Uebersetzungen der Protokolle und Beratungsbeschlüsse des Slovenski Jug) als Konzepte einliegen; wie aus der Berichterstattung des Grafen Forgách hervorgeht, erklärt sich dieser Umstand daraus, dass die ursprünglichen Konzepte der vielfachen Korrekturen halber vernichtet und durch die erwähnten Durchschlagskopien ersetzt worden sind.

Bei der Prüfung des Materials ergab sich die weitere Frage, ob die in den Belgrader Akten erliegenden Beilagen-Konzepte nicht etwa auf Grund von Vorkonzepten zustande gekommen seien und was mit letzteren geschehen sei. Nach der zuliegenden Aussage Herrn Swiętochowskis beantwortet sich diese Frage dahin, dass, abgesehen von einem kurzen Anfangsstadium, wo Vorkonzepte hergestellt, jedoch zuverlässig vernichtet worden sind, keine Vorkonzepte in Anwendung kamen. Eine mit Swiętochowski vorgenommene Uebersetzungsprobe[b]) nach einem serbischen Diktat ergab, dass er tatsächlich imstande ist, die deutsche Uebersetzung des serbischen Textes in einer dem Belgrader Material konformen äusseren Form direkt zu Papier zu bringen.

Ganz besonders ist die Tatsache aufgefallen, dass sich im ganzen Uebersetzungsmaterial eklatante Serbizismen vorfinden, die soweit gehen, dass die von Swiętochowski angefertigten Uebersetzungen ins Deutsche stellenweise geradezu unverständlich waren und erst von den Konzeptsbeamten sinngemäss korrigiert werden mussten. Der der serbischen Sprache mächtige Vizekonsul Čudić erklärte diesbezüglich, diese im Deutschen unverständlichen oder unrichtigen Passagen liessen es jedem Kenner beider Sprachen unzweifelhaft erscheinen, dass es sich um Uebertragungen à la lettre aus dem Serbischen ins Deutsche handle und keineswegs umgekehrt; es müsse nämlich als ausgeschlossen gelten, dass in einer langen Reihe deutscher Urkonzepte konsequent solche, vielfach sinnstörende, dem Charakter der Sprache gänzlich zuwiderlaufende Fehler in der Absicht eingeflochten

worden seien, bei der buchstäblichen Uebertragung derselben ins Serbische einen sinnklaren, sprachlich einwandfreien serbischen Text zu erhalten.

Im Ganzen hat die Ueberprüfung des Belgrader Materiales im Zusammenhalte mit den Aeusserungen des Dragomans von Swiętochowski nichts ergeben, was mit den vom Grafen Forgách abgegebenen Erklärungen über die Art und Weise, wie das vom Konfidenten dem Dragoman übergebene Material übernommen, verarbeitet und reponiert, beziehungsweise vernichtet worden ist, irgendwie kollidieren würde.

Oppenheimer. Th. Pirquet. F. Matscheko. Čudić.

a) Vgl. n. 2426, 2429, 2432, 2433. — b) Vgl. n. 2432 Anm. a.

Nr. 2432. Gutachten des Haus-, Hof- und Staatsarchivs, 27. Jan. 1911.a) Urschriftliche Ausfert. (S. Paukert; G. Károlyi).

Siehe beiliegende Lichtbildaufnahme.

a) Vgl. n. 2431, 2433. Das Gutachten des Haus-, Hof- und Staatsarchivs liegt im Politischen Archiv des k. u. k. Ministeriums des Äußern in urschriftlicher Ausfertigung vor, der die zweite Beilage zu n. 2432 sowie n. 2429 beigeschlossen sind. Das im obigen Gutachten mit „Blankett" bezeichnete Schriftstück ist identisch mit der ersten Beilage zu n. 2432, das mit „Handschrift" bezeichnete identisch mit der zweiten Beilage zu n. 2432. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese zweite Beilage eine von der Ministerialkommission gelegentlich der Übersetzungsproben (n. 2431 Anm. b) veranlaßte Niederschrift des Wortlautes der ersten Beilage durch Swiętochowski darstellt. Dafür spricht der Vergleich mit andern vorliegenden, allerdings nur in Lateinschrift ausgefertigten eigenhändigen Niederschriften Swiętochowskis (Schriftprobe zur zweiten Beilage), der Wortlaut von n. 2432 sowie die am Beginn dieser Fußnote geschilderte Lagerung der Akten.

Erste Beilage zu n. 2432. Lichtbildaufnahme in der Zeitung „Čas" vom 13. Jan. 1911 Nr. 13 S. 5.a)

Siehe beiliegende Lichtbildaufnahme.

a) Diese Lichtbildaufnahme wurde im Februar 1929 nach dem „Čas" angefertigt, den Akten lag sie nicht bei.

Zweite Beilage zu n. 2432. Niederschrift des Wortlautes der ersten Beilage durch Hauptmann Swiętochowski(?).a)

Siehe beiliegende Lichtbildaufnahme.

a) Vgl. Anm. a zu n. 2432. Diese zweite Beilage liegt der urschriftlichen Ausfertigung des Gutachtens des Haus-, Hof- und Staatsarchivs bei.

Nr. 2433. Tel. aus Belgrad, 30. Jan. 1911 Nr. 23 (eing. 9 U. p. m.).a) Entziff.

Zu gestrigem Artikel des Delegierten Masaryk in der „Zeit". Die verschiedenen, Euer Excellenz betreffenden, mir in perfider (Weise)b) in den Mund gelegten Äusserungen sind natürlich glatt erfunden. Wie ich vor einiger Zeit in einem geheimen Privatschreibenc) an Baron Macchio meldete, erzählte russischer Gesandter einem Kollegen, ich hätte mich in solcher Weise gegenüber Sektionschef Spalajković ausgesprochen. Der

ganze Artikel trägt deutliche Spuren, dass Spalajković der Informant Professor Masaryks ist. Die Erwähnung des deutschen und italienischen Gesandten kann sich darauf beziehen, dass gelegentlich der verschiedenen Communiqués ich den darüber mit mir sprechenden zwei Kollegen erwähnte, eine unkorrekte Haltung serbischer Regierung würde natürlich eventuell meine Beurlaubung zur Folge haben. Beide brachten dies in wohlmeinender Weise gelegentlich gesprächsweise dem Minister des Äussern vor, um ihn zur Vorsicht zu mahnen. Von irgend einer formellen Demarche war natürlich keine Rede. Bezeichnend ist die spezielle Erwähnung, dass Masaryk in Belgrad erfahren habe, der italienische Gesandte hätte keine bezügliche Instruktion von Rom gehabt. Es ist dies eine Intrigue des Sektionschefs Spalajković gegen meinen italienischen Kollegen, dessen speziell herzliche Beziehungen zu mir ihm bekannt und unangenehm sind. Geheim. Ich erfuhr aus sicherer, nicht serbischer Quelle weitere Details über die unglaubliche Art, in welcher der russische Gesandte die Angelegenheit zu Intriguen gegen Euer Exzellenz Politik und mich ausnützte. Er erzählte selbst, dass er König Peter, Höchstwelcher von unserer offiziellen Teilnahme an den Fälschungen überzeugt sei, aufgefordert habe, mich am letzten Hofball nicht anzusprechen und mir nicht die Hand zu reichen! Der russische Druck macht die schwankende Haltung der serbischen Regierung überhaupt viel erklärlicher. Auch muss ich die stets vollkommen korrekten persönlichen Beziehungen der serbischen Minister zu mir würdigen. Gegenüber den törichten Behauptungen im Artikel der „Zeit" muss ich erwähnen, dass meine Beziehungen zu allen meinen Kollegen die freundschaftlichsten, und selbst zu russischer Gesandtschaft äusserlich normale (üblicher Austausch von Besuchen und Einladungen) sind. Der Minister des Äussern zum Beispiel gibt morgen sein erstes Diner und hat mich dazu geladen und so weiter. Gegenüber den russischen Intriguen und dem Auftreten Professor Masaryks wäre schleunige Festsetzung eines Tages für den gegenseitigen auch serbischerseits geplanten Ordensaustausch aus Anlass des Handelsvertrages sehr zu empfehlen. Dies würde wenigstens in Belgrad starken Eindruck machen. Ich bitte auch um geneigte Entscheidung über in meinem vorgestrigen Privatbrief an Baron Müller[d] begründete, eventuelle Ausdehnung der Dekorierung auf den Ministerpräsidenten. Gleichlautend Budapest. Forgách.

[a] Vgl. n. 2431, 2432, 2434. — [b] Chiffre fehlt. — [c] n. 2413. — [d] Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 2434. Tel. aus Belgrad, 30. Jan. 1911 Nr. 24 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes No. 23. Ich hielt es für angezeigt, Artikel des Professors Masaryk in der „Zeit" als Zeichen einer neuen Campagne mit Minister des Äussern zu besprechen und ihm zu bemerken, dass einzelne allerdings ganz entstellte Details vielleicht auf Indiskretionen aus dem hiesigen Auswärtigen Amte schliessen lassen. Minister las den Artikel mit mir, sagte, derselbe enthalte entweder ganz falsche oder ungenaue Details, die teilweise schon in Zeitungen

erschienen seien. Die mir in den Mund gelegten gegen Euer Exzellenz gerichteten Worte hätte ich ihm gegenüber natürlich nie fallen lassen und hätte er auch überhaupt nie gehört, dass ich mich in dieser Weise irgend Jemandem gegenüber in Belgrad geäussert hätte. Der von Masaryk textuell zitierte, dem Minister in den Mund gelegte Satz sei auch erfunden, ebensowie die Details über die angebliche Korrespondenz mit Herrn Simić. Falls Masaryk in den Delegationen sich bei seinen Darlegungen direkt auf die Autorität der serbischen Regierung berufen würde, so werde dieselbe eventuell über die Notwendigkeit eines offiziellen Démenti schlüssig werden, da sie sich nicht von Masaryk in eine Angelegenheit einbeziehen lassen werde, von der sie nach wie vor nur wünsche, dass sie endlich erledigt werde und die Beziehungen zu uns in keiner Weise störe. Der deutsche und italienische Gesandte hätten bei ihm keine offizielle Demarche gemacht, mein italienischer Kollege hätte mit ihm nur nach einem Diner darüber gesprochen, ausdrücklich hervorhebend, er habe keinerlei Weisungen, aber wisse, dass er im Sinne seiner Regierung handle, wenn er freundschaftliche Ratschläge gebe. Gleichlautend Budapest. Forgách.

[a] Vgl. n. 2435, 2461.

Nr. 2435. Tel. aus Belgrad, 30. Jan. 1911 Nr. 25 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme No. 24. Mein italienischer Kollege sagte mir, er habe sein bezügliches Gespräch mit Minister des Äussern nach Rom berichtet und Marquis San Giuliano habe ihm in einem speziellen Erlasse geantwortet, seine vollkommene Zustimmung aussprechend. Gleichlautend Budapest. Forgách.

[a] Vgl. n. 2459.

Nr. 2436. Tel. aus Belgrad, 31. Jan. 1911 Nr. 26 (eing. 3 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Herr Simić, welcher erst Ende der Woche nach Wien zurückreisen dürfte, sagte mir, dass die Details in Professor Masaryks Artikel in der „Zeit" betreffend seine Gespräche mit Euer Exzellenz, seine Meldungen nach Belgrad sowie seine erhaltenen Weisungen glatt erfunden seien. Gleichlautend nach Budapest. Forgách.

Nr. 2437. Privatschreiben aus Berlin, 31. Jan. 1911 (eing. 2. Feb.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. ... *Gespräch mit Kaiser Wilhelm II. Persönliches und Hofnachrichten* ... Mit ausserordentlich grosser Wärme sprach sich Kaiser Wilhelm über Euer Excellenz Persönlichkeit, deren zielbewusstes Wirken und die bisher errungenen Erfolge aus. „Ich brauche Sie wol nicht zu versichern," — so sagte mir Seine Majestät — „dass Ich die Tätigkeit des Grafen Aehrenthal als Minister des Äusseren mit überzeugter Anerkennung verfolge und die meisterhafte Art, mit der er die Krisen der letzten Zeit zum Vorteile nicht nur Österreich-Ungarns, sondern auch seiner Verbündeten über-

wunden hat, voll einzuschätzen weiss. Graf Aehrenthal hat sich als ein ganz bedeutender Staatsmann bewährt, und dies müssen auch seine Gegner, deren ihm ja die kampfvollen Zeiten nicht wenige brachten, nachträglich vollauf anerkennen." Euer Excellenz gestern im Ausschuss der österreichischen Delegation[b]) gehaltene Reden, die gewiss den warmen Beifall Kaiser Wilhelms gefunden haben, waren Seiner Majestät damals noch nicht bekannt; der Kaiser äusserte sich mir gegenüber dahin, dass Er mit dem regsten Interesse dem Verlaufe der gegenwärtigen Delegationssession entgegensehe, welche für die Wehrkraft und Schlagfertigkeit der k. u. k. Armee und Marine von grösster Bedeutung sei. Leider hätten parlamentarische Körperschaften für derartige von höheren Gesichtspunkten zu beurteilende Bedürfnisse, die grosse finanzielle Opfer erfordern, nur wenig Verständnis; doch böten die Delegationen den unstreitbaren Vorteil, dass man dabei mit weniger Köpfen zu rechnen hätte, als bei den aus Hunderten von Mitgliedern bestehenden Parlamenten der anderen Grossmächte. Auf das Verhältnis zwischen Russland und Deutschland übergehend wiederholte mir Seine Majestät, die Potsdamer Entrevue betreffend, nahezu wörtlich dasselbe, was der Reichskanzler Euer Excellenz seinerzeit in einem Privatschreiben hierüber mitgeteilt. Es seien, abgesehen von dem bekannten Gedankenaustausch, nur Persien betreffende Vereinbarungen getroffen worden, die übrigens noch nicht zum Abschlusse gekommen seien. Trotzdem sei es von weittragender Bedeutung, dass Kaiser Nikolaus und Sein Minister des Äusseren die Erklärung abgegeben hätten, dass die Entente mit den Westmächten niemals eine Spitze gegen Deutschland haben werde. Unter diesen Bedingungen könne man sich ja mit dem weiteren Fortbestehen der bisherigen Gruppirung der Mächte zufriedenstellen, da ja dann von einer Einkreisung Deutschlands, in welche Österreich-Ungarn unbedingt hätte hineingezogen werden müssen, — eine Constellation, auf die die Politik Iswolsky's hinarbeitete, — keine Rede mehr sein könne. Herr Iswolsky sei zwar glücklicher Weise nicht mehr in der Lage die Politik Russlands zu leiten, doch auch auf seinem jetzigen Posten in Paris scheine er überall, wo Unfrieden gestiftet werden könne, seine Hand mit im Spiele zu haben. Er, Kaiser Wilhelm, brauche da nur an die, sans rime et raison aufgebauschte, Vlissinger Affaire zu erinnern. Seine Majestät hegt übrigens die Hoffnung, dass Herr Sazonow, der ein besonnener und auch verlässlicher Mann zu sein scheine, bald Mittel und Wege finden werde, diesen gemeingefährlichen Politiker unschädlich zu machen. Der jetzige russische Minister des Äusseren habe ja hiezu, so meint Kaiser Wilhelm, den besten Willen — das gehe auch aus den Berichten des Grafen Pourtalès hervor — es werde sich nur darum handeln, ob Herr Sazonow die nötige Energie dazu finden werde. Vorderhand müsse aber noch immer damit gerechnet werden, dass Herr Iswolsky in jeder Weise trachten werde, das Pariser Terrain zu seinen Machenschaften auszunützen. Unser neuer Botschafter bei der französischen Republik, Graf Szécsen, den Er leider persönlich nicht kenne, werde wohl genug Gelegenheit haben das Treiben „dieses Herrn" zu beobachten. In Constantinopel scheine sich die Aufregung, die infolge der Potsdamer Entrevue Platz gegriffen hatte, wieder zu legen. Er habe vor Kurzem Gelegenheit gehabt sich dem tür-

kischen Botschafter gegenüber hierüber eingehend auszusprechen. Nizamy Pascha sei ein vernünftiger Mann und sehe es vollkommen ein, dass die Persien betreffenden Abmachungen den Interessen der Türkei in keiner Weise zuwiderlaufen und den Souveränitätsrechten des Osmanischen Reiches keinerlei Abbruch thäten. Die Bagdadbahn sei ein türkisches Unternehmen, in welches wie bekannt sehr bedeutendes deutsches Kapital investirt sei. Schon aus diesem Grunde sei es Pflicht und Schuldigkeit Deutschlands dessen Durchführung und endgiltige Fertigstellung auf jede Weise zu unterstützen; doch werde hiebei selbstredend bei der Übereinstimmung der beiderseitigen Interessen die entsprechende Fühlung mit der Türkei immer aufrecht erhalten werden. Was das Verhältnis Deutschland's zu England betreffe, könne Er — Kaiser Wilhelm — nur wiederholen, dass Deutschland nichts unterlassen werde, um ein gutes Verhältnis mit dem Inselreiche aufrecht zu halten; dies sei aber hauptsächlich aus dem Grunde erschwert, da man heute mit einem ganz neuen England zu thun habe! Das alte England, wie wir alle und Er selbst es bisher gekannt haben, existire heute nicht mehr. Die alten Parteien, die bisher bestanden, seien ganz aus den Fugen gebracht und es müsse mit neuen Faktoren gerechnet werden, die niemand im Auslande genau kenne und die nicht nur auf die innere, sondern auch auf die äussere Politik Grossbritanniens einen entscheidenden Einfluss ausüben werden. ... *Innere Angelegenheiten des Deutschen Reiches* ... Zum Schlusse bemerkte Kaiser Wilhelm, dass auch Er Anrecht auf wohlverdiente Ruhe sich erworben habe und voraussichtlich im Laufe des Monats März[c]) in Begleitung Ihrer Majestät der Kaiserin und der Prinzessin Viktoria Luise sich nach Corfu zu begeben gedenke. Höchstderselbe beabsichtige eine Anfrage in Wien zu stellen, ob bei Seiner Rückreise etwa Ende April oder Anfang Mai ein kurzer Besuch bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät genehm wäre. ... *Auslandsreise des deutschen Kronprinzen.* ...

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2428, 2440. — [b]) Polit. Chronik der öst.-ung. Mon. 1911, Beilage: Parlament. Verhandl. S. 6. — [c]) Vgl. n. 2471.

Nr. 2438. Bericht aus Rom, 31. Jan. 1911 Nr. 4 D (eing. 2. Feb.).[a]) *Ausfert.*

Streng vertraulich. Indem ich mich anschicke, den hohen streng vertraulichen Erlass vom 10. l. Mts. Nr. 77 zu beantworten, darf ich vor Allem betonen, dass ich den militärischen Vorgängen in Italien unausgesetzt meine volle Aufmerksamkeit zuwende und mich speziell über die militärpolitische und budgetäre Seite der Rüstungen Italiens in großen Zügen auf dem Laufenden zu halten trachte, insoweit diess bei meiner naturgemäss geringen fachlichen Competenz möglich ist. Ich muss hiebei annehmen, dass die beiden militärischen Organe dieser Botschaft über diese Fragen, speziell nach ihrer organisatorischen und technischen Seite hin, an ihre vorgesetzten Stellen erschöpfend berichten. Bei dem vorliegenden Anlasse habe ich über die von Euerer Excellenz, beziehungsweise dem Herrn k. u k. Chef des Generalstabes aufgeworfene Frage, obwohl mein Urtheil über dieselbe schon auf Grund meiner eigenen früheren Eindrücke und Informationen

ziemlich feststand, mit dem Militär-Attaché und dem Marine-Attaché speziell eingehend Rücksprache gepflogen. Zunächst möchte ich, ohne mich selbstverständlich mit einem Manne von der Competenz des Chefs unseres Generalstabes in militärpolitische Controversen einlassen zu wollen, lediglich als eine auch dem Laien naheliegende Erwägung Zweifel darüber äussern, ob man von irgend einer Armee oder Marine, also auch der italienischen, überhaupt ernsthaft und sachlich sagen könne, dieselbe werde in diesem oder jenem Jahre ihre Schlagfertigkeit erreichen. Meine eigene Anwesenheit bei circa 25 Delegationen und somit ebensovielen Debatten über unsere Kriegs- und Marinebudgets sowie meine Erfahrungen über die Entwicklung der militärischen Streitkräfte anderer Staaten lassen mich diese Frage eher verneinen. Eine Armee und eine Marine scheint mir heute weniger als je eine Instrument zu sein, welches man wie ein Shrapnel auf einen bestimmten Zeitpunkt tempiren kann. Armee und Marine sind vielmehr wie alle anderen Institutionen — und bei der rapiden Vervollkommnung der Kriegsmittel noch weit mehr als diese — ein lebendiger, in einer steten Entwicklung und in einer rastlosen Concurrenz mit anderen Staaten begriffener Körper. Armee- und Flottenprogramme sind daher in meinen Augen nichts anders als finanzpolitische und parlamentarische Behelfe, dazu bestimmt, gewisse Zuwendungen für eine gewisse Zeit zu erhalten. Aber die Ausführung keines dieser Programme kann wirklich die Schlagfertigkeit oder einen bestimmten Grad derselben im Voraus verbürgen, weil kein Kriegsminister, kein Generalstabschef und kein Marine-Chef vorhersehen kann, welche Fortschritte mittlerweile die rivalisierenden Armeen und Marinen gemacht haben werden und welche neue Erfindung oder Vervollkommnung auf dem Gebiete der Kriegs-Technik eingetreten sein wird. In diesem Gedankengange halte ich es daher überhaupt nicht für richtig, davon zu sprechen, dass die italienischen Streitkräfte in diesem oder jenem Zeitpunkte ihre Schlagfertigkeit, ihre Kriegsbereitschaft erreichen werden. Die Kriegsbereitschaft ist meiner Ansicht nach nicht etwas Absolutes, sondern etwas Relatives, hängt von dem Grade der gleichzeitigen Fortschritte der eventuellen Gegner ab, sie ist aber auch nicht ein Endpunkt, sondern, wenn man sich keiner Täuschung hingeben will, nur eine Etappe im Verlaufe einer vorläufig noch unabsehbaren Entwicklung. Dies vorausgeschickt und mit den in dieser unvorgreiflichen Deduction enthaltenen, sehr wesentlichen Reserven, kann ich, wenn ich mir zu diesem Zwecke die Terminologie des Herrn Chefs des Generalstabes zu eigen mache, die Frage, ob die Erreichung der Schlagfertigkeit der italienischen Armee und Marine auf das Jahr 1912 eingestellt ist, hinsichtlich der Marine vollständig, hinsichtlich der Armee zum Theile verneinen. Bezüglich der Marine galt bis vor Kurzem das Flottenprogramm vom Jahre 1909, welches auch den Bau von vier Dreadnoughts vorsah und dessen Ausführung von Hause aus nie für das Jahr 1912, sondern für das Jahr 1914 intendirt war. Es ist auch dermalen noch fraglich, ob die Durchführung dieses Programmes im Frühjahre oder im Spätherbste 1914 erreicht sein wird und bei der Unpünktlichkeit, Saumseligkeit und Mangelhaftigkeit aller hierländischen Einrichtungen scheint mir auch eine weitere Verzögerung nicht als absolut

ausgeschlossen. Bevor aber noch dieses Programm zur Hälfte durchgeführt ist, hat die italienische Marine-Leitung — ein Schulbeispiel für meine eingangs aufgestellten Thesen — bereits ein weiteres Programm entworfen, welches den Ersatz der Schiffe der „Sardegna"-Klasse durch zwei Dreadnoughts mit dem Kostenbetrage von zusammen 130 Millionen, ferner 90 Millionen für Überschreitungen bei den Ausgaben für das bisherige Flottenprogramm und 28 Millionen für kleinere Schiffsbauten, im Ganzen also 250 Millionen umfasst und ausdrücklich bis in das Jahr 1918 reicht. Hinsichtlich der Marine spielt also das Jahr 1912 gar keine Rolle und wird — den eher unwahrscheinlichen Fall der pünktlichen Einhaltung der projectirten Termine angenommen — die dermalen intendirte Ausgestaltung der italien schen Kriegsmarine erst im Laufe des Jahres 1918 durchgeführt sein. Was die Armee anlangt, so ist allerdings ein gewisses Streben erkennbar, die bisherige Rückständigkeit des italienischen Heeres bis zu dem Jahre 1912 oder 1913 in den wesentlichsten Punkten zu beheben. Aber schon heute lässt sich nach dem Stande der Dinge sagen, dass dieses — wie ich wieder betonen möchte, keinen Schlusspunkt kennende — Ziel bis dahin kaum vollständig erreicht sein dürfte. So ist beispielsweise dermalen, wo uns nur mehr ein Jahr von dem fraglichen Zeitpunkte trennt, die Umgestaltung der Artillerie kaum zu zwei Drittheilen vollendet. Ein Drittel der Geschütze harrt noch der Auswechslung oder Umgestaltung und es ist dermalen noch nicht einmal die Entscheidung darüber gefallen, ob diese alten Geschütze durch solche von Krupp oder von einer französischen Firma oder anderswie werden ersetzt werden. Weiter fortgeschritten, wenn auch an manchen Punkten, z. B. in Brindisi, der Vollendung noch keineswegs nahe, scheinen die Befestigungen zu sein. Hinsichtlich der strategischen Bahnen will ich, ohne in Details einzugehen, nur erwähnen, dass die Legung des zweiten Geleises auf der venetianischen Hauptbahn vorläufig nur bis Treviso erfolgt ist und dass bezüglich einzelner strategischer Bahnen im Norden Italiens die Regierung bisher, angesichts der dabei sich geltend machenden widerstreitenden regionalen Interessen, noch keine endgiltige Entscheidung getroffen hat. Bezüglich des rollenden Eisenbahn-Materials ist erst kürzlich bekannt geworden, dass die Regierung aus Ersparungsrücksichten beschlossen hat, nur die Hälfte der in Aussicht genommenen Waggon-Anschaffungen zu bewerkstelligen. Was endlich das radiotelegraphische Netz anlangt, so scheint mir dasselbe seiner Natur nach eine Massregel von eminent defensivem Charakter zu sein. Alles in Allem möchte ich also zu dem Schlusse kommen, dass das Jahr 1912 keinen entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der italienischen Armee und noch weniger in jener der italienischen Marine bedeuten wird. Unleugbar ist im Vergleiche mit früheren Zeiten dermalen eine grössere Activität und ein rascheres Tempo in den italienischen Rüstungen bemerkbar. Auch ich möchte der Ansicht Euerer Excellenz beipflichten, dass Italien hiebei von dem Streben geleitet wird, seine militärische Potenz höher eingeschätzt zu sehen. Nur möchte ich den hiebei in letzter Analyse verfolgten Zweck zum geringeren Theile in einer Verbesserung der Chancen Italiens gelegentlich der Frage der Erneuerung

der Tripel-Allianz, hauptsächlich aber in dem Umstande erblicken, dass Italien, und zwar die Regierung, die Armee und Marine, das Parlament, die Presse und ein grosser Theil der Bevölkerung von dem italienischesten aller Gefühle der „paura" beherrscht, ernstlich mit der Gefahr eines Angriffskrieges von unserer Seite rechnet und durch eine möglichst rasche und umfassende Vermehrung und Entwicklung seiner Streitkräfte dieser Eventualität entweder vorzubeugen oder aber ihrem Eintritte doch mit besseren Chancen die Stirne bieten zu können trachtet. Mérey.

a) Conrad a. a. O. II 222. — Dem Reichskriegsminister mit Note vom 14. Feb. 1911 N. 348 mit dem Ersuchen um Vorlage an den Chef des Generalstabes mitgeteilt. — Vgl. n. 2439.

Nr. 2439. Bericht aus Rom, 31. Jan. 1911 Nr. 4 E (eing. 2. Feb.).a) Ausfert.

Um den 1. September v. J. fand die Begegnung Euer Excellenz mit dem italienischen Minister des Äussern in Salzburg und Ischl[b]) und die Aufwartung des Marchese die San Giuliano bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät statt. Die beiderseits veröffentlichten Communiqués konstatirten den durchaus befriedigenden Verlauf der betreffenden Unterredungen. Um den 1. Oktober v. J. erfolgte die Entrevue Euer Excellenz mit dem italienischen Minister des Äussern in Turin und der Empfang Hochderselben seitens des Königs von Italien in Racconigi.[c]) Auch diesmal bestätigten die offiziösen Communiqués den erfreulichen Verlauf der Aussprachen. Im November v. J. fanden die Delegationen statt. In der österreichischen Delegation äusserten sich Euere Excellenz in ebenso offener wie freundschaftlicher und vertrauensvoller Weise über unser Verhältnis zu Italien. In der ungarischen Delegation sprach sich im Namen Euer Excellenz Sektions-Chef Graf Esterházy im gleichen Sinne aus und gebrauchte sogar die vielbemerkte Wendung, die beiderseitigen Rüstungen seien nicht gegeneinander gerichtet, sondern Österreich-Ungarn und Italien könnten eventuell in die Lage kommen, gemeinsam gegen einen dritten Gegner vorzugehen. In beiden Delegationen hielten mehrere Delegirte für Italien sympathische Reden. Unfreundlich gegen Italien sprach niemand. Im Dezember v. J. hielt der italienische Minister des Äussern seine Budgetrede und schlug hiebei in dieser Rückhaltslosigkeit in dem italienischen Parlamente wohl noch nie gehörte freundschaftliche Accente gegenüber Österreich-Ungarn an. Auch die Reden einer ganzen Anzahl von Abgeordneten waren auf einen ungewohnt sympathischen Ton für uns gestimmt. Barzilai und Konsorten schwiegen. Dies Alles geschah im Herbste und Spätherbste v. J. Am 14. Jänner l. J. liess sich der k. u. k. Marine-Kommandant interviewen und erklärte einen Krieg mit einer „eine bedeutende Küstenentwicklung besitzenden "Macht als nicht ausgeschlossen. Am 20. Jänner l. J. lässt sich der bekannte k. u. k. Vice-Admiral a. D. und frühere Präsident des Flottenvereines Chiari von dem Wiener Korrespondenten der „Stampa" interviewen und erklärt den Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Italien als früher oder später unvermeidlich. Am 22. Jänner l. J. veröffentlicht das „Fremdenblatt",[d]) also das im Auslande als offiziöses

Organ unseres Auswärtigen Amtes betrachtete Journal, einen sichtlich offiziös inspirirten Artikel, welcher die Nachteile unserer adriatischen Küste vom Standpunkte der Vertheidigung schildert,[2] wobei die Besorgnis vor einem italienischen Angriff zwischen den Zeilen zu lesen ist. Ich beschränke mich auf die Konstatirung dieser Tatsachen, ohne jeglichen Kommentar, welcher übrigens auch mir, der ich nicht Italiener bin, schwer fiele.

Mérey.

[1] ! [2] !?!

[a] Vgl. n. 2438. — [b] n. 2244. — [c] n. 2264.

Nr. 2440. Tel. aus London, 1. Feb. 1911 Nr. 5 (eing. 2. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe heute Sir Edward Grey zum ersten Male nach meiner Rückkehr gesehen. Er sprach seine Freude darüber aus, zu hören, dass Euer Exzellenz sich besser befinden, und bemerkte, er hätte es sehr bedauert, wenn Hochderen Gesundheit Euer Exzellenz gezwungen hätte, sich zurückzuziehen. Nachdem die Differenzen, die während der Annexionskrise sich geltend machten, definitiv behoben sind, sei er glücklich, die Leitung der auswärtigen Politik der Monarchie in denselben bewährten Händen zu sehen. Jeder Personenwechsel an so hervorragender Stelle müsste notwendigerweise zuerst eine gewisse Ungewissheit hervorrufen. Ganz im allgemeinen von der Unruhe sprechend, welche ein Teil der Öffentlichkeit bezüglich der Potsdamer Entrevue gezeigt hatte, meinte der Staatssekretär, es sei sehr bedauerlich, dass die Presse so vielfach den Standpunkt einnehme, jede Verständigung zwischen zwei Staaten müsse einem dritten zum Nachteile gereichen. Man wolle nicht verstehen, dass die Mächte „getrennte Gruppen, aber nicht gegnerische Gruppen" bilden. Als ich bemerkte, dies sei eine vortreffliche Definition, die auch nur gute Wirkung haben würde, wenn er sie öffentlich gebrauchte, meinte er, falls er interpelliert würde, was er aber nicht erwarte, würde er ungefähr in diesem Sinne sprechen. Fortfahrend sagte er, dass, während zwischen Deutschland und Frankreich die Marokko-Differenz schwebte, oder zwischen uns und Russland Verstimmung herrschte, die Situation nicht so definiert werden konnte. Jetzt schiene ihm aber wirklich das Verhältnis zwischen allen Mächten ein sehr gutes zu sein. Die einzige Frage, die uns vielleicht allen Sorge bereiten wird, sei Macedonien, aber auch dabei sei keine Gegnerschaft der Mächte im Spiele. In gewissen Kreisen, meinte er, werde behauptet, das Verhältnis zwischen England und Deutschland sei schlecht. Er sei der Ansicht, dass es sich fortlaufend wesentlich gebessert habe, was auch in der ihm vorher mitgeteilten und von ihm gutgeheissenen Rede des Reichskanzlers zum Ausdrucke kam. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 2425, 2437, 2442, 2443, 2445.

Nr. 2441. Tel. aus St. Petersburg, 1. Feb. 1911 Nr. 7 (eing. 9 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Im Laufe der heutigen Unterredung mit Herrn Sasonov kam Gespräch auch auf gestriges Exposé Euer Exzellenz in den Delegationen.[a] Minister

anerkannte im allgemeinen konservativen Charakter der Ausführungen Euer Exzellenz und hob in dieser Hinsicht Replik auf Kramař (hervor).[b] Schlusspassus des Exposés klinge allerdings etwas beunruhigend, finde aber in dem Mehrerfordernisse des Marinebudgets Erklärung. Berchtold.

[a] Vgl. n. 2437 Anm. b. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 2442. Tel. aus London, 2. Feb. 1911 Nr. 6 (eing. 4 U. 55 M. p. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meines Telegrammes Nr. 5 erlaube ich mir noch zu melden, dass, als Sir E. Grey von Euer Exzellenz Rede in der Delegation sprach, die er nur aus den Zeitungstelegrammen kannte, und ich bemerkte, es sei einer gestrigen Times-Depesche zu entnehmen, dass Euer Exzellenz wieder erklärt hätten, die kaiserliche und königliche und englische Regierung wären bereit, ihre früheren intimen Beziehungen aufzunehmen, der Staatssekretär mir folgendes sagte: „Ich wäre, wenn Graf Aehrenthal eine derartige Erklärung abgegeben hat, gerne bereit, bei sich darbietender Gelegenheit dieselbe zu erwidern (to reciprocate)." Mensdorff.

[a] Vgl. n. 2445.

Nr. 2443. Bericht aus London, 3. Feb. 1911 Nr. 5 D (eing. 6. Feb.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Als ich vor vierzehn Tagen hierher zurückkehrte, versuchte ich zunächst, einige meiner Kollegen zu sehen, da es mir von Interesse schien, ihre Eindrücke über die Wirkung der deutsch-russischen Verhandlungen zu erfahren. Übereinstimmend sagten sie mir, dass die britische Regierung und die offiziellen Kreise ganz ruhig geblieben wären und absolut keine Erregung oder Enttäuschung gezeigt hätten. Graf Benckendorff erklärte mir, man sei hier ganz beruhigt, habe gar nichts gesagt und auch die englischen Blätter — so meinte er — hätten nicht einen so aufgeregten Ton angeschlagen wie die französischen. Dass trotzdem die ganze Sache meinem russischen Kollegen nicht sehr angenehm war, glaube ich doch durchzufühlen. Während er mir im Dezember, bevor ich abreiste, ganz vergnügt sagte, die Potsdamer Verabredungen hätten „viel mehr als eine Détente" bedeutet, schien er diesmal, bei aller Anerkennung für Herrn Sazonoff, doch zu finden, er sei in gewissen Form-Sachen noch etwas jung und unerfahren. Offenbar hätte es Graf Benckendorff lieber gesehen, wenn seine Regierung dem Foreign Office eine vorherige Mitteilung über ihre Pourparlers mit Deutschland gemacht hätte. Von anderer Seite höre ich übrigens vertraulich, dass während Benckendorffs Abwesenheit der Geschäftsträger den Auftrag erhalten hatte, „irgend etwas sehr vagues" über die damals bevorstehende Konversation zwischen der deutschen und der russischen Regierung hier zu sagen. Es war gerade die Zeit des Interregnums zwischen Hardinge und Nicolson und der betreffende Funktionär des Foreign Office, mit welchem Herr Etter sprach, fasste diese Konversation nicht wie eine Mitteilung des russischen Kabinetts an Sir Edward Grey auf und nahm überhaupt keine Notiz davon. Ob vorstehende Version, die mir von verlässlicher diploma-

tischer Seite zukommt, richtig ist, vermag ich nicht festzustellen. Ganz unwahrscheinlich scheint sie mir aber nicht! Graf Metternich, mit dem ich wiederholt sprach, versicherte mir, man habe ihn mit keinem Worte und mit keiner Miene fühlen lassen, dass die Potsdamer Entrevue hier irgendwie unangenehm berührt hätte. In den Presstimmen klinge wohl eine merkliche Enttäuschung durch, in Regierungskreisen habe man aber davon absolut nichts merken lassen. Die „gute Lebensart" der Engländer, meinte Graf Metternich, welche bewirkt, dass sie sich nie beklagen und nie rekriminiren, macht sich auch in der internationalen Politik geltend und wird darin zur höchsten diplomatischen Geschicklichkeit, gerade wie im Privatleben der Mann mit guten Manieren stets einen Vorteil vor seinen Gegnern bewahrt. Mein deutscher Kollege möchte natürlich sehr gerne „le fond de la pensée" Greys und Nicolsons über die gegenwärtige Phase entdecken, vermag sie aber nicht zu ergründen. Seine Mutmassung ist, dass doch eine gewisse Enttäuschung besteht. Dies ist auch der Eindruck des Marquis Imperiali, der, sehr tätig, mit vielen Leuten gesprochen und zahllose Zeitungen durchstudirt hat und zu dem Resultate kommt, „qu'il y a un léger désappointement, on s'attendait à d'autres procédés de la part de la Russie." Gegen eine Aufnahme von Verhandlungen zwischen Petersburg und Berlin könne man nichts einwenden, man habe aber unangenehm empfunden, davon überrascht zu werden. Mein italienischer Kollege will übrigens den Eindruck gewonnen haben, dass der gegenwärtige Augenblick sehr günstig wäre, um auch zwischen London und Berlin Konversationen aufzunehmen. Er glaubt, dass hier eine Neigung vorherrscht, sich entgegenkommend zu zeigen, wenn die deutsche Regierung den geringsten Schritt machen würde. Ich habe mit Graf Metternich darüber gesprochen. Derselbe ist nicht so sanguinisch wie unser italienischer Kollege. Auf meine Frage gab er mir zu, dass er ja gewisse Konversationen von Zeit zu Zeit hier immer wieder aufnehme, sie führten aber zu nichts. Der deutsche Botschafter ist bei allen seinen sonstigen grossen Eigenschaften seiner Natur nach eher pessimistisch und jedenfalls eher passiv als aktiv. Es müsste allerdings von Berlin aus, nicht aus seiner — Metternichs — Initiative, der Impuls kommen, hier Berührungspunkte zu suchen und den Faden der Besprechungen aufzunehmen. In wie weit dies tunlich ist, entzieht sich meiner Beurteilung um so mehr, als mir auch nicht bekannt ist, ob überhaupt und welche Fragen zwischen beiden Reichen bestehen, deren Regelung einer Wiederannäherung zu Gute kommen könnte. In der besten und mit der Regierung in Verbindung stehenden liberalen Zeitung, der „Westminster Gazette", konstatire ich wiederholt einen freundlichen Ton für Deutschland und namentlich eine Abwehr gegen die von anderer Seite kommenden unsinnigen anti-deutschen Angriffe. Dass die gegenwärtige liberale Regierung ein gutes Verhältnis mit Deutschland wünscht, glaube ich bestimmt annehmen zu können und die an anderer Stelle gemeldeten Äusserungen Sir Edward Greys lassen auch darauf schliessen. Das Foreign Office als Département und die englische Diplomatie überhaupt ist allerdings schon seit Jahren entschieden nicht deutschfreundlich, aber muss doch schliesslich den Weisungen der Regierung folgen. In der Öffentlichkeit mag die Stimmung einer eventuellen Ver-

ständigung mit Deutschland in dem Falle günstig werden, als die Enttäuschung über die Haltung Russlands mehr um sich greift. Das alte, bis vor Kurzem tief eingewurzelte Misstrauen gegen Russland mag in weiten Kreisen des englischen Publikums wieder erwachen und dadurch die Politik der Entente mit dem nordischen Kaiserreich unpopulär werden.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2440, 2444, 2452.

Nr. 2444. Erlaß nach Berlin; Budapest, 4. Feb. 1911 Nr. 263.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. und G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Ich beehre mich, Euer Exzellenz in der Anlage den interessanten Bericht des Markgrafen Pallavicini vom 23. v. M. Nr. 3 A zu Ihrer rein persönlichen Information gegen seinerzeitige Rückvorlage zu übermitteln. In diesem Berichte spricht sich der Herr Botschafter in sehr bemerkenswerter Weise über den Eindruck aus, den die Potsdamer Entrevue in den politischen Kreisen der Türkei hervorgerufen, sowie über die Rückwirkung, die dieses Ereignis auf das Verhältnis des Berliner Kabinets zur Pforte ausgeübt hat und voraussichtlich noch ausüben dürfte. Nach beiden Richtungen hin kommt Markgraf Pallavicini zu einem ungünstigen Ergebnis. Die Entrevue von Potsdam und das, was über die dort entrierten oder abgeschlossenen Abmachungen in die Öffentlichkeit gedrungen ist, hat in Konstantinopel entschieden verstimmt und enttäuscht. Den Hauptanteil an dieser Wirkung schreibt der Herr Botschafter der von der deutschen Regierung abgegebenen Erklärung zu, die besonderen Interessen Rußlands im nördlichen Persien anzuerkennen. Markgraf Pallavicini befürchtet, diese Verstimmung und Enttäuschung werde sich konkret darin äußern, daß die Stellung und der Einfluß Deutschlands am Bosporus eine Schmälerung erfahre, die Westmächte aber, und namentlich Frankreich, dort wieder mehr zur Geltung kommen. Der Herr Botschafter fügte dieser Prognose jedoch sofort hinzu, wenn es den deutschen Staatsmännern in Potsdam gelungen sein sollte, den Keim zum Zerfall der Triple-Entente zu legen, so würde dieser Erfolg die wol nur vorübergehende Einbuße an politischem Terrain in Konstantinopel reichlich aufwiegen. Ich kann mich dieser Auffassung nur anschließen. Jede politische Aktion hat notwendigerweise auch ungünstige Konsequenzen und kein Erfolg läßt sich auf politischem Gebiet umsonst erzielen. Man wird aber den Preis gerne zahlen, wenn beim Abwägen der Vor- und Nachteile die Schale entschieden zugunsten der ersteren sinkt. In der an sich unerfreulichen Wirkung, welche die Potsdamer Entrevue in Konstantinopel ausgeübt hat, kann ich daher nicht unbedingt ein stichhältiges Argument gegen die vom deutschen Kabinett in Potsdam eingeschlagene politische Richtung erblicken. Wenn Markgraf Pallavicini in seinen weiteren Ausführungen besorgt, daß eine ungünstigere Gestaltung der deutsch-türkischen Beziehungen auch zu einer Verschlechterung unseres Verhältnisses zur Türkei führen könnte, so vermag ich diese Besorgnis nicht recht zu teilen; die türkischen Staatsmänner können bei der Regelung ihres Verhaltens zur Monarchie doch nicht ausschließlich davon ausgehen, daß diese in einem engen Bündnis zu Deutschland steht,

sondern sie müssen hiebei wol in erster Linie die Tatsache berücksichtigen, daß Österreich-Ungarn schon vermöge seiner geographischen Lage am Balkan ein gewichtiges Wort zu reden hat. Ich glaube und hoffe daher nicht, daß eine Trübung des Verhältnisses Deutschlands zur Türkei gewissermaßen automatisch auch unsere Beziehungen wesentlich ungünstiger gestalten würde. Außer dem eben besprochenen beehre ich mich, Euer Exzellenz noch einen zweiten Bericht des Markgrafen Pallavicini, Nr. 4 B, hier zur Einsicht zu übermitteln. Wie Euer Exzellenz diesem Berichte entnehmen werden, hat Baron Marschall über den Inhalt der deutsch-russischen Abmachungen in einem konkreten Punkte den türkischen Ministern Erklärungen abgegeben, zu denen er von Berlin aus nicht speziell ermächtigt war, so zwar, daß dem Markgrafen Pallavicini das Verbleiben Baron Marschalls in Konstantinopel als sehr fraglich erscheint, falls sich die Vereinbarungen zwischen dem Berliner und dem St. Petersburger Kabinet mit den Erklärungen des deutschen Botschafters nicht decken sollten. Meines Erachtens wäre aber selbst in diesem Falle ein Ausweg wol in der Weise denkbar, daß die betreffenden Bestimmungen in gesonderten geheimen Punktationen niedergelegt würden. Die anverwahrten zwei Informationsstücke sind ebenso wie dieser Erlaß selbst nur zur Orientierung Euer Exzellenz und nicht zur Weitergabe an das Auswärtige Amt bestimmt. Ich möchte nämlich in Berlin nicht den Eindruck aufkommen lassen, als ob wir unter der Impression der Berichterstattung des Markgrafen Pallavicini dort Vorstellungen erheben wollten, dies umso weniger, als gerade in dieser Hinsicht zwischen dem Staatssekretär von Kiderlen und Baron Marschall Meinungsverschiedenheiten zu bestehen scheinen.

a) Vgl. n. 2443, 2452.

Nr. 2445. Tel. nach London; Budapest, 4. Feb. 1911 ohne Nr. (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramme Nr. 5 und Nr. 6. Ich bin dem Herrn Staatssekretär für seine neuerlichen freundlichen Äußerungen betreffend meine Person sehr verbunden. Mit besonderer Befriedigung haben mich auch seine wiederholten Versicherungen über die freundschaftlichen Dispositionen des englischen Kabinettes uns gegenüber erfüllt. Was die von Euer Exzellenz Sir E. Grey gegenüber auf Grund einer Zeitungsmeldung erwähnte Erklärung anbelangt, die ich in einer Ausschußsitzung der österreichischen Delegation in Beantwortung einer Anfrage eines Delegierten am 1. d. Mts. abgab, so teile ich Euer Exzellenz im folgenden zu Ihrer genauen Information und Verwertung den Wortlaut derselben mit: „Ich habe schon gestern in meinem Exposé gesagt, daß in unserem Verhältnis zu den beiden Westmächten Frankreich und England, das ein gutes ist, keine Änderung eingetreten ist. Ich kann dem noch die Versicherung hinzufügen, daß, was unser Verhältnis zu England betrifft, bei beiden Regierungen die Geneigtheit besteht, zu den alten vertrauensvollen Beziehungen zurückzukehren." Ich könnte es nur begrüßen, wenn Sir Edward Grey die Euer Exzellenz gegenüber ausgesprochene Absicht ausführt und sich

im Sinne meiner Erklärungen bei sich bietender Gelegenheit seinerseits ausspricht. Euer Exzellenz wollen sich im Sinne des Vorstehenden dem Herrn Staatssekretär gegenüber aussprechen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2455.

Nr. 2446. Privatschreiben aus Konstantinopel, 6. Feb. 1911 (eing. 9. Feb.).[a]) Eigh. Ausfert.

Geheim. Meine heutige Expedition enthält einen Bericht über meine Besprechungen mit Rifaat Pascha in der Adriabahn-Angelegenheit und über den dermaligen Stand dieser Angelegenheit.[b]) Du wirst diesem Berichte, sowie auch meinem Telegramme vom letzten Samstag entnommen haben, daß ich meine ursprüngliche Ansicht, nämlich daß wir das Zustandekommen des Projectes einer Transversalbahn zur Adria nicht verhindern können, insoferne modifizirt habe, als ich nunmehr zur Ueberzeugung gekommen bin, daß dies, was die Trace Mrdare—St. Giovanni di Medua anbelangt, doch möglich wäre, wenn wir dies ernstlich wollen. Es würde sich hiebei hauptsächlich darum handeln, die türkische Regierung bezüglich der Gefahr einer eventuellen Cooperation Serbiens mit Bulgarien gegen die Türkei zu beruhigen. Dies könnte meiner Ansicht nach entweder durch eine Erklärung unsererseits geschehen, daß wir eine solche Cooperation nicht zugeben würden, oder aber durch ein Zurückgreifen auf die Idee, welche dem vor 2 Jahren geplanten und in's Wasser gefallenen Sandschak-Abkommen[c]) zu Grunde lag. Selbstverständlich müßte im letzteren Falle die Anregung hiezu von türkischer Seite kommen; eine solche Anregung zu provociren, schiene mir aber nicht schwer. Die vorstehenden Zeilen haben lediglich den Zweck, obigen Gedanken bei Dir anzuregen; ob die Realisirung desselben Dir im Hinblicke auf die allgemeine politische Lage passen würde, kann ich von hier aus natürlich nicht beurtheilen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2262, 2447, 2448, 2450. — [b]) Bericht aus Konstantinopel, 6. Feb. 1911 Nr. 5 C. Nicht aufgenommen. — [c]) n. 1521.

Nr. 2447. Tel. nach Konstantinopel; Budapest, 10. Feb. 1911 ohne Nr. (chiffr. 2 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz ist aus meinem Telegramm vom 6. l. Mts.[b]) sowie aus dem gleichzeitigen Wiener Telegramm Nr. 8[b]) bekannt, daß die serbische Regierung sich über die Gefahr eines albanesischen Aufstandes im Frühjahre sowie über die diesbezügliche Haltung Montenegros beunruhigt zeigt. Ebenso wissen Euer Exzellenz aus diesen Depeschen, daß man von serbischer Seite die Meldungen über die angeblich vollständige Entblößung des Sandschaks von türkischen Truppen dazu benützt, um die Legende von einem geheimen Abkommen zwischen uns und der Türkei bezüglich des Sandschaks zu verbreiten. Auch uns sind seit geraumer Zeit bekanntlich wiederholt Konsularberichte zugekommen, die die Rückverlegung türkischer Truppenkörper aus dem Raume Plevlje-Mitrovitza meldeten. Da solche Maßregeln naturgemäß Aufsehen erregen und begreiflicher Weise zu vielfachen Kommentaren Anlaß geben, wäre es von Interesse, über die gegenwärtige militärische

Situation im ganzen Sandschak näheres zu erfahren, und ich ersuche Euer Exzellenz daher, sowohl im Wege des k. u. k. Militär-Attachés als auch durch das k. u. k. Konsulat in Mitrovitza hierüber vertrauliche Informationen einzuholen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2405, 2446, 2448, 2449. — *b)* Wurde nicht aufgenommen, da der wesentliche Inhalt oben wiedergegeben ist.

Nr. 2448. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 12. Feb. 1911 Nr. 29 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Antwort auf Telegramm de dato Budapest 10. d. Mts. in Angelegenheit der militärischen Situation in Plevlje. Wie Militärattaché Oberst Pomiankowski gestern im Kriegsministerium vertraulich konstatierte, stehen im Sandschak derzeit 7 Bataillone Infanterie und eine Batterie; in letzter Zeit sind von dort keine Truppen zurückgezogen worden. Der Grossvezir, welchem ich über Angelegenheit an der Hand des obzitierten Telegrammes sowie diesseitigen ...*b)* vom 6. d. Mts. gestern gleichfalls vertraulich sprach, sagte mir, dass die Garnisonen im Sandschak sich auf normalem Stande befinden. Antwort des Konsulates in Mitrovitza werde ich nachtragen.*c)* Gleichlautend Budapest 29. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2451. — *b)* Chiffre fehlt. Vgl. n. 2446. — *c)* Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 2449. Tel. nach St. Petersburg, 13. Feb. 1911 Nr. 4 (chiffr. 3 U. p. m.).a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Der hiesige russische Botschafter hat mich am letzten Samstag aufgesucht, um mir zwei die Pestgefahr betreffende Mitteilungen zu überbringen. Ich habe bei dieser Gelegenheit mit Herrn von Giers die Verhältnisse am Balkan besprochen, die eine Zeit hindurch wieder unter dem Zeichen beunruhigender Gerüchte gestanden haben. Wie ich aus meiner Konversation mit dem russischen Botschafter entnahm, ist seine Beurteilung der Situation eine ruhige und gelassene. Ich habe Herrn von Giers in seiner Auffassung bestärkt und mich dahin geäußert, daß eine Rückwirkung der Ereignisse in Arabien auf das mazedonische Milieu allerdings nicht ausgeschlossen sei, daß ich es aber vorderhand doch nicht für wahrscheinlich hielte. König Nikolaus schmiede — wie man in Belgrad behauptet — im Bunde mit Bulgarien konkrete Pläne für das Frühjahr. Herr von Giers äußerte sich auch zu dieser meiner Bemerkung in zustimmendem Sinne. Da der Herr Botschafter in diesem Zusammenhange und mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß er der Sache keinen Glauben beimesse, die den Sandschak betreffenden Gerüchte streifte, habe ich darauf hingewiesen, daß diese Gerüchte aus gewissen serbischen Kreisen herstammten, welche seit jeher und besonders wieder in letzterer Zeit sehr freigebig in Verdächtigungen der Monarchie gewesen wären; ich sei sehr erfreut zu konstatieren, daß diese Verdächtigungen auf ihn ohne Eindruck geblieben seien. Anknüpfend hieran habe ich Herrn von Giers gesagt, daß mir seit

einiger Zeit von verschiedenen Seiten Nachrichten über eine uns wenig freundliche Haltung des kaiserlich russischen Gesandten in Belgrad Herrn Hartwig zukämen, der sich zum Sprachrohr serbischer Informationen hergebe; ich sei überzeugt, daß er damit nicht den Intentionen seiner Regierung entspreche und wolle auch keineswegs eine Reklamation erheben, mein Wunsch sei nur, Herrn Sazonow wissen zu lassen, welche Informationen mir über die Tätigkeit des russischen Gesandten in Belgrad vorliegen. Herr von Giers nahm meine Bemerkungen freundschaftlich entgegen, indem er hervorhob, daß die Berichterstattung Herrn Hartwigs, die er auf ihrem Wege über Wien einsehe, nichts enthielte, was geeignet wäre, die mir zugekommenen Informationen zu bestätigen. Mit meiner vorstehenden Äußerung zu Herrn von Giers verfolgte ich ausschließlich den Zweck, zur Kenntnis Herrn Sazonows zu bringen, daß mir die Intriguen Herrn Hartwigs nicht unbekannt geblieben sind. Euer Exzellenz wollen den Gegenstand daher nicht berühren und sich nur informiert zeigen, falls man denselben Ihnen gegenüber zur Sprache bringen wollte. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2447.

Nr. 2450. Privatschreiben nach Konstantinopel; Budapest, 14. Feb. 1911. Abschrift.

Ich danke Dir bestens für Deinen Brief vom 6. d. M. Gleichzeitig mit diesen Zeilen erhältst Du eine Weisung über unsere Auffassung zur jetzt wieder in den Vordergrund getretenen Frage der Donau-Adriabahn.[a]) Wir müssen trachten, diese Angelegenheit dilatorisch zu behandeln. Damit hast Du bereits und, wie mir scheint, mit Erfolg den Anfang gemacht, indem Du bemüht warst, die türkischen Minister zu impressionieren. Weiter zu gehen, schiene mir mit Rücksicht auf unsere allgemeine Politik nicht richtig. — Nebst der Sicherung der Annexion von Bosnien, war ich in den letzten 2 Jahren bestrebt, die Politik der Monarchie von den tausend Zufälligkeiten der jeweiligen Ereignisse am Balkan thunlichst loszulösen. Hiezu gehört die Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zur Türkei und moralische Unterstützung ihrer Bemühungen, sich zu sammeln und zu stärken, jedoch ohne Eingehen auf ein positives Engagement unsererseits. Du ersiehst aus der gleichzeitig Dir zukommenden officiellen Instruction, wie ich heute die politischen wie wirtschaftlichen Nachtheile, die aus dem effectiven Bau der Donau-Adriabahn für uns entstehen dürften, einschätze. Mir scheinen diese Nachtheile nicht derart zu sein, um unsere vortheilhafte Lage gegenüber den Möglichkeiten der Zukunft am Balkan zu verändern. Würden wir den Türken in Aussicht stellen, eine Cooperation Serbiens mit Bulgarien gegen das ottomanische Reich nicht zuzulassen, dann wäre unsere Entschliessungsfreiheit eingeengt und die Bestimmung über unser Verhalten, von Wien nach Constantinopel verlegt. Du wirst mit mir gewiss darüber übereinstimmen, dass eine solche Verlegung nicht in unserem Interesse gelegen ist. Ein Zurückkommen auf das vor 2 Jahren ins Wasser gefallene Sandschak Novibazar-Abkommen wäre mir gegenwärtig auch nicht genehm. Es schwirren jetzt eben viele Gerüchte herum über solche Ver-

handlungen zwischen uns und Constantinopel. Die Türken würden sicher, wenn wir ihnen in der Sache nur eine Andeutung machen, keinen reinen Mund bewahren und die Nachricht transpirieren lassen, was selbstverständlich für uns eine überflüssige Verlegenheit bedeuten würde. Vielleicht ergibt sich später, wenn es einmal zum Bau der Sandschakbahn kommt, eine Gelegenheit, einen Austausch von Erklärungen mit der Türkei zu fixieren. Das beste Argument gegen Concessionen an Serbien scheint mir in dem gelegen, dass man den Türken auseinandersetzt: sie sollen den aus Belgrad kommenden Vorspiegelungen über eine Cooperation mit Bulgarien nicht aufsitzen. König Ferdinand und seine Bulgaren werden nichts Aggressives unternehmen, weil sie wissen, dass Österreich-Ungarn, Russland sowie alle anderen Mächte den Frieden ernstlich wollen. Wenn aber einmal Russland oder eine Westmacht diese Willensmeinung modificieren sollte und Bulgarien mit Montenegro ins Feld zu rücken sich entschlössen, wird Serbien sicherlich nicht zu halten sein, gleichgültig ob dieses jetzt von der Türkei mit Concessionen gefüttert wird oder nicht. Es wäre den sogenannten türkischen Staatsmännern begreiflich zu machen, welchen Vortheil sie darin haben, mit Wien auf einen vertrauten Fuss zu sein und dort über den europäischen Barometerstand zuverlässige Informationen einzuziehen. Solange wir die Lage ruhig beurtheilen, brauchen sie nicht serbischen Drohungen und den vielleicht gleichzeitig erfolgenden pressanten Demarchen einiger Vertreter von Grossmächten, allzu viel Bedeutung beizulegen oder gar sich dadurch einschüchtern zu lassen. In diesem Sinne werde ich mich auch bei nächster Gelegenheit gegenüber Reschid Pascha aussprechen. Den heutigen Nachrichten zufolge criselt es wieder einmal im Cabinet wie im Comité! Aehrenthal.

a) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 2451. Bericht aus Konstantinopel, 15. Feb. 1911 Nr. 6 G (eing. 18. Feb.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Wie Euere Excellenz aus meinem Telegramme Nr. 29 vom 12. d. Mts. ersehen haben, hatte ich am letzten Samstag Gelegenheit genommen, dem Grossvezir gegenüber den Gegenstand des hohen vertraulichen Telegrammes d. d. Budapest, 10. II. l. J. betreffend die angeblichen confidentiellen Nachrichten der serbischen Regierung über den für den 1./14. kommenden Monates zu gewärtigenden Ausbruch eines Aufstandes in Albanien und die serbischerseits daran geknüpften Combinationen und Verdächtigungen in entsprechender Weise zur Sprache zu bringen. Aus den Bemerkungen Hakki Paschas gewann ich nicht den Eindruck, als ob die betreffenden serbischen Verdächtigungen auch hier bereits an den Mann gebracht worden wären, oder wenigstens, dass dies von Erfolg begleitet gewesen sei. Hakki Pascha wies im Laufe unseres Gespräches selbst auf den Widerspruch hin, welcher darin bestehe, dass man davon spräche, dass wir der Türkei den Besitz des Sandjakes garantiert hätten, andererseits aber den Aufstand der Albanesen herbeiführen wollten. An die Wahrscheinlichkeit eines solchen im kommenden Frühjahre glaubt

übrigens Hakki Pascha auch heute nicht. Meinem obcitirten Telegramme haben Euere Excellenz des Weiteren entnommen, dass ich auch die im hohen Telegramme d. d. Budapest, 10. II. l. J. behandelte Angelegenheit der türkischen Besatzungstruppen im Sandjak bei Hakki Pascha vertraulich berührt habe. Wie ich diesfalls zu melden in dem Falle war, erklärte mir der Grossvezir, dass sich die dortigen Besatzungstruppen auf normalen Stande befänden und in letzter Zeit keine Reduzierung erfahren hätten. Hier möchte ich noch erwähnen, dass während unseres Gespräches Hakki Pascha andeutungsweise auch die Anspielung einflocht, dass es bekannt sei, dass wir gleich der Türkei niemals zugeben würden, dass der Sandjak serbisch oder montenegrinisch werde Den gleichen Gedanken nur in positiverer Form brachte, wie Euere Excellenz aus meiner Berichterstattung aus dem Frühjahre v. J. aus Anlass der albanesischen Aktion der türkischen Regierung erinnerlich sein wird, auch Rifaat Pascha mir gegenüber seiner Zeit zum Ausdrucke. Ich quittierte dies damals mit der Bemerkung, dass unser Interesse an der Erhaltung des Status quo ja die Pforte nicht davon abhalten dürfe, in ihrem eigenen Hause Ordnung zu halten und für dessen Sicherheit selbst zu sorgen.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 2457.

Nr. 2452. Bericht aus London, 17. Feb. 1911 Nr. 12 B (eing. 20. Feb.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Mit meinem Berichte Nr. 5 D vom 3. l. Mts. habe ich Euer Excellenz gemeldet, wie alle meine Kollegen darin übereinstimmten, dass die hiesige Regierung mit keiner Miene den Eindruck verraten hat, den die Potsdamer Entrevue und die russisch-deutschen Verhandlungen auf sie gemacht haben. Im Foreign Office habe auch ich nicht mehr erfahren oder durchfühlen können als meine Kollegen; es sind mir aber von zwei anderen sehr massgebenden Seiten, Lord Knollys und Mr. Asquith, Äusserungen gemacht worden, welche keinen Zweifel darüber lassen, wie wenig günstig der gegenwärtige Leiter der russischen auswärtigen Politik hier beurteilt wird. Vorige Woche, als Lord Knollys bei mir dinirte, sagte er mir nach Tisch, es scheine ihm Herr Sazonow jedenfalls kein starker Staatsmann zu sein (not strong). Es war mir klar, dass der Vertrauensmann König Eduards, der die selbe Stelle bei König Georg einnimmt, die Ansicht aussprach, die an höchster Stelle und bei der Regierung vorherrscht. Eine Bestätigung davon erhielt ich gestern abend aus dem Munde des Premier-Ministers. Ich begegnete ihm beim Diner und wir hatten nach Tisch, als die Damen uns verliessen, eine conversation en tête à tête. Im Laufe derselben fragte mich Mr. Asquith, ob ich Herrn Sazonow kenne, was ich bejahte, denn ich habe ihn seinerzeit hier ziemlich viel gesehen, namentlich als er das erstemal als Sekretär hier war. Der Premier Minister meinte, er mache nach Allem, was er von ihm höre, keinen besonderen Eindruck auf ihn (he does not impress me much). Als ich darauf fragte, „inwiefern?“, gab Mr. Asquith zu verstehen, er halte ihn für unbedeutend, „he is not

clever", was er mehrmals wiederholte. Er motivierte es damit, dass Herr Sazonow jedenfalls den Herren von Bethmann und von Kiderlen Wächter nicht gewachsen sei und in seinen Konversationen und Verhandlungen mit den deutschen Staatsmännern den Kürzeren zog (they got the best of him). Ich machte die Bemerkung, dass ich von Herrn Sazonow viel Günstiges und Vorteilhaftes wisse und dass ich der Meinung sei, Verständigungen zwischen Petersburg und Berlin könnten nur gut wirken und der allgemeinen Détente zustatten kommen, welche ja gerade Mr. Asquith und seine liberale Regierung — wenn ich nicht irre — anstreben! Der Premier-Minister stimmte mir widerstrebend zu, kam aber immer darauf zurück: „no, he is not clever." Aus diesen Äusserungen scheint mir ziemlich deutlich eine gewisse Unzufriedenheit über die deutsch-russische Annäherung — wenigstens in der Weise wie sie zu Stande kam — hervorzugehen. Von Herrn Iswolsky hatte man hier auch keine hohe Meinung, er war aber den Leitern der englischen Politik bequem und wurde denn auch von ihnen in jeder Weise unterstützt. Herr Sazonow hingegen ist den hiesigen Machthabern heute entschieden nicht sympathisch. Über die Gefühle des russischen Ministers England gegenüber sind Euer Excellenz gewiss besser informiert als ich. Zur Zeit als wir vor vielen Jahren als junge Sekretäre in London zusammen waren und Herr Sazonow namentlich mit meinem damaligen Kollegen Elemér Lónyay sehr befreundet war, schien er mir einer jener Russen zu sein, die alles Fremde mit Abneigung ansehen, den Engländer mindestens ebensosehr wie den Deutschen. Später war Sazonow als Botschaftsrat durch kurze Zeit wieder hier und ist wenig hervorgetreten und in der englischen Gesellschaft so gut wie gar nicht bekannt geworden, während sein tätiger und etwas vordringlicher Kollege Poklewski sich hier eine sehr gute Stellung machte, alle Leute kannte und viel populärer wurde als der Durchschnittsdiplomat in London. Ich sollte unvorgreiflich meinen, dass der zweite Aufenthalt Sazonows in London seine Sympathien für dieses Land nicht gesteigert haben dürfte. Ich erlaube mir die Bitte, die oben wiedergegebenen Äusserungen Mr. Asquiths als absolut streng vertraulich ansehen zu wollen.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2444, 2453.

Nr. 2453. Bericht des Gesandten Grafen Albert Nemes aus Paris, 18. Feb. 1911 Nr. 4 A (eing. 20. Feb.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Als ich bald nach der Ankunft Baron Schoens das erstemal Gelegenheit hatte, mit demselben einen längeren Gedankenaustausch zu pflegen, sagte mir der Herr Botschafter, dass er es als eine besonders wichtige Aufgabe betrachte, die Tätigkeit seines russischen Kollegen zu überwachen. ... *Vlissinger Frage* ... Baron Schoen erzählte mir, Herr Isvolsky habe ihn aufgesucht und auf die feindselige Haltung der deutschen Presse hingewiesen, die allerhand Verdächtigungen gegen ihn ausstreue. Wie ungerechtfertigt dies sei, so meinte der Herr russische Botschafter, gehe schon aus dem Umstande hervor, dass er bisher weniger als alle anderen Botschafter mit Herrn Pichon verkehrt hätte, er habe den Minister vor

seinem Zusammentreffen mit demselben bei dem Bankette der russischen Handelskammer (mein Bericht Nr. 3 E vom 4. d. M.)[b] überhaupt nur einmal gesprochen; er sei seit der Übernahme der Botschaft mehr ausserhalb Paris als in der Hauptstadt gewesen, habe sich mehr in gesellschaftlichen als in politischen Kreisen bewegt und habe nur den einen Wunsch, hier ein ruhiges und ungestörtes Leben fern von allen diplomatischen Intriguen zu führen. Ganz unverständlich sei es ihm, wieso man seinen Namen mit der Vlissinger Affaire und der Publikation des Textes des deutsch-russischen Abkommens in der „Evening Times" in Zusammenhang gebracht habe. Obwohl Baron Schoen seinen russischen Kollegen genügend kennt, um im allgemeinen wenig Vertrauen in seine Aufrichtigkeit zu setzen, scheint er doch überzeugt zu sein, dass die Vermutungen der Berliner Presse, speziell was die beiden oberwähnten Angelegenheiten anbelangt, unzutreffende seien. Wie man in Frankreich einst immer alles auf das Conto Bismarcks zu schreiben gewohnt war, so sei man heute in Berlin geneigt, hinter jeder auftauchenden Frage, ohne die Umstände näher zu prüfen, den Einfluss Isvolskys zu wittern. In seinen Berichten nach Berlin hat sich Baron Schoen jedoch, wie er mir sagte, darauf beschränkt, die Äusserungen des russischen Botschafters ohne weitere Appreciationen zu melden, da dort eine für Isvolsky sehr feindliche Stimmung vorherrsche und er nicht in den Verdacht allzu freundschaftlicher Gesinnungen für denselben kommen wolle. Betreffs der vielverbreiteten Version, dass Herrn Isvolskys Hand hinter der erwähnten Publikation der „Evening Times" zu suchen sei, sagte mir der Herr deutsche Botschafter, dieselbe sei offenbar auf eine irrige Kombination des hiesigen Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung" zurückzuführen, welcher aus dem Umstande, dass eine am Nachmittage desselben Tages erschienene Londoner Havasdepesche bereits denselben Text brachte, den Schluss zog, der Ursprung dieser Nachricht sei in Paris zu suchen. In der Folge habe es sich aber herausgestellt, dass die fragliche Veröffentlichung bereits in der ersten Nachmittagsausgabe der „Evening Times" erschienen war und deren Wortlaut telephonisch an Havas übermittelt worden sein kann. Baron Schoen glaubt eher, dass das englische Blatt den von ihm publicirten Text aus Petersburg erhalten habe und fügte hinzu, er wisse aus eigener Erfahrung, dass es Mittel und Wege gäbe, um in den Besitz von nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Dokumenten des russischen Auswärtigen Amtes zu gelangen. Es wäre ihm übrigens unverständlich, warum Herr Isvolsky durch eine solche Indiskretion sein eigenes Werk zu kompromittiren versucht hätte. Der von dem Londoner Blatte veröffentlichte Wortlaut stimme überdies nicht durchwegs mit jenem überein, den er, Baron Schoen, seinerzeit mit Herrn Isvolsky verabredet habe. Von den Potsdamer Abmachungen sprechend, bemerkte dann der deutsche Botschafter, dass er bestimmt wisse, der Passus über die Aufrechterhaltung des status quo am Balkan rühre noch von Herrn Isvolsky selbst her. Zum Schlusse der Unterhaltung erwähnte Baron Schoen, sein russischer Kollege habe ihm im Laufe des Gespräches, in welchem er sich über die Angriffe der deutschen Presse beklagte, auseinandergesetzt, dass er persönlich ein Anhänger der Idee eines Dreikaiserbündnisses sei, eine Bemerkung, welcher der Herr deutsche

Botschafter mit der Erwiderung entgegengetreten sein will, er, Isvolsky, hätte ja als Minister nur seine Unterschrift dazu zu geben gebraucht. Nemes.

[a]) Vgl. n. 2452, 2467. — [b]) Nicht aufgenommen. Enthält einen Bericht über dieses Bankett, sowie über Presseäußerungen und Kammerverhandlungen.

Nr. 2454. Privatschreiben aus St. Petersburg, 6./19. Feb. 1911 (eing. 21. Feb.).[a]) Ausfert.

Das Schreiben Albert Mensdorff's ddo. Paris, 2. Jänner l. J., in welchem der wesentliche Inhalt einer Aussprache Iswolsky's am Krankenlager des Botschafters wiedergegeben ist, habe ich erhalten und mit lebhaftem Interesse gelesen. Es ist ein treues Spiegelbild der wohlbekannten pro foro externo zu Recht gelegten Anschauungsweise des selbstgefälligen Staatsmannes und entspringt wohl dem Wunsche, sich in der Geschichte einen besseren Platz zu sichern, als er verdient und Dir einen Freundschaftsdienst à sa façon zu leisten! Deinen Intentionen[a]) gemäss liess ich es mir angelegen sein, Stolypin von dem Schwanebach betreffenden Passus Mitteilung zu machen. Ich habe hiebei betont, dass Du nicht auf die bei dieser Gelegenheit von Iswolsky vorgebrachten Rekriminationen eingehen wollest, dass Du aber nicht zulassen könnest, dass durch grundlose Verdächtigungen ein Schatten auf das Andenken eines Verstorbenen falle. Wenn von Iswolsky behauptet werde, Schwanebach habe gegen ihn und Stolypin intrigiert und Deine Politik habe sich auf diese Information aufgebaut, so entbehre eine solche Behauptung jeder tatsächlichen Begründung. Du seiest, seit Du Russland verlassen und Schwanebach aus dem Kabinete Stolypins ausgetreten, ein einziges Mal und dies im September 1907 mit Ersterem zusammengekommen, somit zu einer Zeit, wo unsere Beziehungen zu Russland noch ungetrübt waren. Schwanebach habe sich bei diesem, meines Wissens am Semmering stattgehabten Zusammentreffen in keinerlei Kritik der Persönlichkeit meines Mitredners eingelassen. Aber auch früher habe sich Schwanebach in seinem mündlichen Verkehr wie in gelegentlichen Korrespondenzen mit Dir der grössten Zurückhaltung in Bezug auf die auswärtige Politik Österreich-Ungarns und Russlands enthalten.[b]) Ich müsse Stolypin bitten, dies zur Kenntnis nehmen zu wollen, „puisqu'il s'agit de la mémoire d'un défunt". Stolypin hörte mir aufmerksam bis zum Ende zu und liess sich dann in eine kurze Charakteristik Schwanebachs ein, dessen intellektuelle Begabung er nicht in Abrede stellte und der Zeit gedachte, wo auch er in freundschaftlichen Beziehungen zu ihm stand. Er erinnerte sich noch des Abschieds-Diners, das Schwanebach Dir gegeben, wobei Ersterer die Bemerkung getan hätte: „Je réunis mes deux meilleurs amis à ma table: Aehrenthal et Vous". Schwanebach sei aber, meinte Stolypin, ein alter Schwätzer gewesen, der immer eine besondere Rolle spielen wollte, sich von[b]) den merkwürdigsten Leuten, Journalisten und dergleichen umgab und im Reichsrate mit seinen besonderen Beziehungen gross tat. Es sei bekannt geworden, dass er durch Vermittlung der Botschaft mit Dir korrespondiere. Nach seinem Tode sei ein Tagebuch bei ihm vorgefunden worden, worin er allerhand gehässige Bemerkungen über Stolypin niedergeschrieben habe u. s. w. Nun sei er aber tot und da müsse man sich an

das „De mortuis nil nisi bene" halten. Was das Zurückgreifen Iswolskys auf die Vergangenheit anbelange, sprach sich Herr Stolypin dahin aus, dass er Deine Ansicht teile, es sei am Besten, diese Zeiten nicht wieder aufzuwühlen. Auch schien er erstaunt, dass Iswolsky diesen Weg betreten, worauf ich erwähnte, der Botschafter hätte eine Bemerkung fallen lassen, dahin lautend: „Je devrai mettre sur papier les évènements de ces dernières années." Der Ministerpräsident frug sich, was er damit meinen könne. Auch Sazonow habe ich von der Sache kurz Mitteilung gemacht. Als ich den Namen Iswolskys erwähnte, machte er eine vielsagende ungeduldige Gebärde, die so viel zu sagen schien: „Wenn uns der nur schon in Ruhe lassen wollte!" Berchtold.

[a]) Vgl. n. 2417. — [b]) So!

Nr. 2455. Tel. aus London, 20. Feb. 1911 Nr. 8 (eing. 21. Feb. 9 U. a. M.).[a]) Entziff.

In Ergänzung meines Berichtes vom 17. d. M.[b]) Ich habe heute Sir E. Grey wiedergesehen und den im Telegramme de dato Budapest 4. d. M. enthaltenen Auftrag ausgeführt. Staatssekretär wiederholte, er wäre gerne bereit, eine analoge Erklärung, wie diejenige Euer Exzellenz vor den Delegationen, bezüglich der Geneigtheit beider Regierungen, zu den alten vertrauensvollen Beziehungen zurückzukehren, abzugeben. Er hält es aber nicht für wahrscheinlich, dass sich hiezu bald eine Gelegenheit findet. Während der Adressdebatte wurden so gut wie keine Fragen über auswärtige Politik gestellt und das Budget des speziellen Ressorts Greys dürfte erst im April zur Verhandlung kommen. Er fügte bei, hier scheine man sich, was auswärtige Fragen betrifft, zunächst nur für die Londoner Deklaration zu interessieren, aus der man eine Parteifrage macht. Bezüglich der in der Presse vielbesprochenen bevorstehenden anglo-türkischen Pourparlers sagte mir Sir E. Grey, Rifaat Pascha habe ihm schon wiederholt sagen lassen, die türkische Regierung werde mit Propositionen bezüglich der Bagdadbahn an ihn herantreten. Er habe jedesmal geantwortet, dass er gerne bereit sei, dieselben zu erwägen, bisher sind ihm aber Vorschläge noch nicht zugekommen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2460, 2486. — [b]) Vgl. Anm. b zu n. 2460.

Nr. 2456. Bericht aus Rom, 20. Feb. 1911 Nr. 6 A (eing. 22. Feb.). Ausfert.

Vertraulich. ... *Besuch des Königs von Serbien in Rom, Hof- und Pressenachrichten* ... Wie ich Euerer Excellenz bereits telegraphisch zu melden die Ehre hatte,[a]) benützte der Minister des Äussern das Zusammentreffen mit mir beim Hofdiner, um mir vertraulich mitzutheilen, der serbische Minister des Äussern habe in seinen Unterredungen mit ihm dem absoluten und tiefen Friedensbedürfnisse Serbiens Ausdruck gegeben, sich aber eben im Zusammenhange hiemit über gewisse Eventualitäten auf dem Balkan ernstlich praeoccupirt gezeigt. Die Besorgnisse Herrn Milovanovichs bezögen sich einerseits auf einen zu befürchtenden Rückschlag gegen das Vorgehen der türkischen Regierung in Albanien und Mazedonien, andererseits und hauptsächlich auf die Velleitäten des Königs von Montenegro, ein kriegerisches Abenteuer zu wagen. Der serbische Minister des Äussern habe daher darauf hingewiesen, wie wünschenswerth es sei, dass auf die monte-

negrinische Regierung entsprechend eingewirkt werde, wobei speciell Russland, qui détenait les cordons de la bourse du Monténégro, eine entscheidende Rolle zufiele. Als ich einige Tage später den Minister des Äussern aufsuchte, wiederholte er mir das Vorstehende, wobei er auf eine Zwischenfrage von meiner Seite mit Nachdruck betonte, dass man es hier serbischerseits nicht mit tendenziösen Ausstreuungen, sondern mit einer ehrlichen Besorgnis vor einer kriegerischen Unternehmung Montenegros und einer davon zu befürchtenden, grösseren Conflagration auf dem Balkan zu thun habe. Da ich diessbezüglich eine gewisse Skepsis zur Schau trug, fügte Marchese di San Giuliano hinzu, er selbst könne diese serbischen Befürchtungen nicht als ganz unbegründet bezeichnen, da die der Consulta vorliegenden Nachrichten aus Cetinje in der That auch nicht völlig beruhigend lauteten[1]) und überdies die bedeutenden türkischen Truppensendungen nach Arabien eine eher bedenkliche Verminderung der türkischen Streitkräfte in Europa bedeuteten. Sowohl die eingehende Darlegung des Ministers des Äussern wie auch seine Antwort auf einen leisen Anwurf von meiner Seite gaben mir die Überzeugung, dass bei den hiesigen Unterredungen, speciell über das Balkan-Thema, keine Insinuationen über eventuelle Ränke oder Pläne Österreich-Ungarns vorgebracht wurden. Es liegt immerhin eine gewisse Pikanterie darin, dass serbischerseits im Hause des Schwiegersohnes des Königs von Montenegro über die angeblichen kriegerischen Pläne des Letzteren Klage geführt wird. Dass aber diese Klagen willig aufgenommen und der eigene italienische Einfluss in Cetinje gar nicht in Bewegung gesetzt wird, sowie die abfällige Art, in welcher Marchese di San Giuliano mir auch diesmal wieder von dem Hofe und der Regierung von Montenegro sprach, bewiesen mir neuerlich, dass die hiesigen Sympathien ungleich mehr nach Belgrad als nach Cetinje neigen. An dieser Stelle möchte ich auch erwähnen, dass mir König Victor Emanuel anlässlich des Hofdiners mit einer gewissen Absichtlichkeit seine gute Meinung über seinen königlichen Schwager auseinandersetzte. In seiner trockenen und bestimmten Art sagte er mir: „Je connais le Roi Pierre depuis vingt ans — bien avant mon mariage — et j'ai toujours pu constater que c'était un homme très droit et tout-à-fait loyal." Gelegentlich meines letzten Besuches bei dem Minister des Äussern warf ich auch die Frage hin, ob die Donau-Adria-Bahn nicht gleichfalls einen Gegenstand seiner Besprechungen mit seinem serbischen Collegen gebildet habe. Marchese di San Giuliano bejahte diese Frage. Herr Milovanovich habe neuerlich die Unterstützung der italienischen Regierung für jenes Bahnproject erbeten und dieselbe sei ihm im Principe umso bereitwilliger zugesagt worden, als ja auch Italien an dem Zustandekommen dieser Bahn ein Interesse habe. Wenn ich meinen Eindruck über den Aufenthalt des Königs von Serbien in Rom kurz zusammenfassen soll, so möchte ich denselben dahin präzisieren, daß die bei derartigen Besuchen übliche Version, es handle sich um einen Courtoisie-Akt ohne concreten politischen Zweck, diesmal der Wahrheit näher gekommen ist, als vielleicht nach der Lage der Dinge vorher angenommen werden durfte. Mérey.

[1]) siehe Sazonoffs ruhige Äußerung.
[a]) Tel. vom 17. Feb. 1911 Nr. 15. Kurzer Vorbericht, nicht aufgenommen.

Nr. 2457. Bericht aus Rom, 20. Feb. 1911 Nr. 6 C (eing. 22. Feb.).[a] *Ausfert.*

Meine Berichte vom 4. v. M. Nr. 1 B, 17. v. M. Nr. 3 H[b] und 31. v. M. Nr. 4 B[c] beschäftigten sich mit der Situation in Albanien und ihrer Rückwirkung auf die hiesige öffentliche Meinung. In den letzten Wochen war eine gesteigerte Thätigkeit jener Elemente bemerkbar, welche ein wirkliches oder fingirtes Interesse an Albanien nehmen. Es bildete sich ein italienisches Komitee für Albanien, dessen Präsidium der Abgeordnete Barzilai übernahm und welchem hauptsächlich Parteigänger der äussersten Linken angehören. General Ricciotti Garibaldi, welcher seinerzeit den Aufruf an die italienische Jugend zur Bildung einer Freischaar zur Hilfeleistung an Albanien erlassen hatte, organisirte mit Hilfe der republikanischen Partei Werbe-Bureaux in verschiedenen italienischen Provinzstädten und gab sich den Anschein, eine gross angelegte Aktion ins Werk zu setzen. Die italienische Regierung, welche diesem Treiben eine Weile zugesehen hatte, empfand schliesslich die Notwendigkeit, demselben entgegenzutreten. Sie veröffentlichte ein offiziöses Communiqué, welches rundweg erklärt, dass man die Freischaaren-Bildung absolut verhindern werde. Die äusserste Linke war hierüber umso erboster, da das Kabinett Rudini, als im Jahre 1897 italienische Freischaaren nach Griechenland giengen, sich nicht zu diesem rückhaltlosen Vorgehen entschliessen konnte, angeblich aus Rücksicht auf das „Erbe der Garibaldinischen Tradition." Gleichzeitig liess Herr Luzzatti in mehreren Journalen die Inopportunität dieser ganzen albanophilen Agitation entsprechend beleuchten. Wie ich endlich einer vertraulichen Äusserung des Ministers des Äussern entnahm, scheint man zu dem der Mentalität Ricciotti Garibaldis richtig angepassten und daher wohl wirksamsten Mittel gegriffen und den dubiosen Heroismus dieses Operetten-Generals durch klingende Münze gedämpft zu haben. Tatsächlich hat dieser Maulheld, der bis vor Kurzem von den geplanten Kämpfen seiner Freischaar in den albanesischen Bergen faselte, jetzt einen recht dürftig verschleierten Rückzug angetreten, indem er, die heroische Pose mit der staatsmännischen vertauschend, die albanesische Expedition aufgeben zu wollen erklärt, falls die diplomatischen Interessen Italiens dadurch geschädigt werden. Es wäre wirklich schwer, von Ricciotti Garibaldis Thaten zu berichten und keine Satire zu schreiben. Mérey.

[a] Vgl. n. 2451, 2467. — [b] Nicht aufgenommen, enthält Mitteilung von Pressestimmen. — [c] Nicht aufgenommen, enthält einen Bericht über einen unter Teilnahme einflußreicher Persönlichkeiten gehaltenen Vortrag des albanischen Flüchtlings Ivanaj Bey.

Nr. 2458. Bericht aus Bukarest, 21. Feb. 1911 Nr. 9 A (eing. 23. Feb.).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. In einer Ende der vorigen Woche stattgehabten Audienz ergab sich mir der Anlaß, Seiner Majestät gegenüber den Inhalt des hohen vertraulichen Erlasses vom 22. Dezember vorigen Jahres Nr. 3311 zu verwerten. Im Sinne des letzten Alineas[b] desselben bin ich aber auf die mir seinerzeit von Seite Seiner Majestät gemachte Bemerkung über die Even-

tualität eines Wiederauflebens des Dreikaiserbündnisses mit keinem Worte zurückgekommen, sondern habe an eine Stelle der von Euer Exzellenz im Ausschuß der ungarischen Delegation zu Beginn dieses Monates gemachten Darlegungen über die Gruppierung der Mächte[c]) angeknüpft, um mich Seiner Majestät gegenüber im Sinne des erwähnten hohen Erlasses darüber zu äußern, wie Euer Exzellenz das gegenwärtige Verhältnis der Zentralmächte zu Rußland auffassen. Seine Majestät kam im Laufe des Gespräches unter vielem anderen auch auf Bulgarien zu sprechen. Die Überwachung und Ausspioniererei, die dort seit einiger Zeit der einen oder anderen Mission gegenüber betrieben werde, sei für die betreffenden Vertreter (darunter in erster Linie der türkische und der rumänische) äußerst peinlich. Diese Maßnahmen seien noch immer eine Folge des bekannten Artikels im „Matin" und hätten, so weit Rumänien in Betracht komme, offenbar den Zweck, die hiesige Regierung zu einer Erklärung zu treiben, daß zwischen Rumänien und der Türkei kein Vertrag existiere (Seine Majestät vertritt bekanntlich die Auffassung, daß es im Interesse der Erhaltung des Friedens viel besser ist, die Bulgaren in der glücklicher Weise noch bestehenden Unklarheit zu belassen). Seine Majestät machte dann noch eine Bemerkung, welche möglicher Weise wieder unter die Äußerungen eines von mir häufig beobachteten und Euer Exzellenz bei einem früheren Anlasse einberichteten Mißtrauens über unsere Beziehungen zu Bulgarien eingereiht zu werden verdient. Der König sprach diesmal allerdings ganz ausdrücklich von Bemühungen, welche („voraussichtlich in nächster Zeit") bulgarischerseits gemacht werden würden. Es war nur eine ganz kurze Bemerkung: „Ich glaube", so sagte Seine Majestät, „daß König Ferdinand jetzt wieder Bemühungen machen wird, um Sich Ihnen zu nähern." In einem vielleicht gewollten Zusammenhange damit sprach der König dann auch von der geplanten Aufnahme des Passus über geheime Verträge in die bulgarische Konstitution. In Dingen der äußeren Politik seien die Bulgaren, so fügte der König gesprächsweise hinzu, offenbar noch sehr wenig bewandert, sonst hätten sie von ihrem Könige kaum verlangen können, daß Er geheime Verträge nur mit Wissen Seiner Regierung abschließe. „Es ist doch nicht sehr wahrscheinlich," sagte Seine Majestät, „daß ein König Seinen geheimen Vertrag selbst zu Papier bringt. Seine Regierung braucht Er also selbstredend dazu." ... *Es folgen Äußerungen des Königs über den Patriotismus der Delegationen bei den Bewilligungen für Heer und Flotte, über den russisch-chinesischen Konflikt, über innere Politik Rumäniens und seine Finanzen, die Erfordernisse des rumänischen Heeresbudgets.* ...

Schönburg.

[a]) Vgl. n. 2487. — [b]) Letztes Alinea von n. 2382 beginnt mit „Die vorstehenden Mittheilungen". — [c]) 4. Feb. 1911. Polit. Chronik der österr.-ung. Monarchie 1911, Beilage: Parlamentarische Verhandlungen S. 235.

Nr. 2459. Tel. aus Belgrad, 25. Feb. 1911 Nr. 47 (eing. 26. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

In später Nachmittagsstunde erhielt ich Zeitungen mit Bericht über die gestrigen neuerlichen Lügen und Verleumdungen Professor Masaryks.

Ich begab mich sofort zum Minister des Äussern und fragte ihn, was wahr sei an den angeblichen Angaben eines Polizeikommissärs, welcher mich mit Vasić, den ich nie in meinem Leben gekannt oder gesprochen habe, in einem Parke gesehen haben will.[b] Minister des Äussern sagte mir, er habe zwar keine genaue Kenntnis von den Akten des geheimen Prozesses, doch habe er nie davon gehört, dass ein Polizeikommissär so ausgesagt habe. Die Worte des Delegierten „Minister Milovanović hat diese Tatsache als richtig und wichtig anerkannt", sind vom ersten bis zum letzten Worte glatt erfunden, da der Minister sich über eine ihm unbekannte Tatsache überhaupt nie aussprechen konnte oder ausgesprochen hat. Ich verlangte und erhielt die ausdrückliche Autorisation, Vorstehendes Euer Exzellenz zu melden und Hochdieselben zu ermächtigen, hievon jeden beliebigen Gebrauch, eventuell in öffentlicher Sitzung, zu machen. Übergehend auf die zweite Lüge des Delegierten sagte mir der Minister, dass ich die unsinnigen, mir durch Masaryk in perfider Weise textuell in den Mund gelegten Worte über Euer Exzellenz ihm gegenüber nie gebraucht habe und dass er nie gehört hätte, dass ich irgend jemandem gegenüber mich so geäussert hätte. Ich sagte dem Minister, dass bei den Worten „ein serbischer Würdenträger, ebenso bekannt wie Minister Milovanović" jeder Kenner der Verhältnisse an Sektionschef Spalajković denken müsse, ich bitte ihn, den Sektionschef hereinzurufen, damit ich in des Ministers Gegenwart ihn befrage, ob er von den glatt erfundenen, mir in den Mund gelegten Worten etwas wisse. Der Minister willfahrte sofort meinem Wunsche, leider hatte infolge der vorgeschrittenen Stunde Spalajković das Ministerium bereits verlassen. Doch sagte der Minister, dass es natürlich ausgeschlossen sei, dass ich gegenüber Herrn Spalajković die fraglichen Worte fallen liess, da derselbe sie ihm sonst gemeldet hätte. Ich fügte hinzu, dass ich nicht einmal annehmen wolle, dass der erste Beamte des auswärtigen Amtes mit Masaryk in Verbindung stehe und ihm Material gegen eine fremde Regierung und ihren Vertreter in Belgrad liefere. Gegen einen Beamten, der dies tun würde, müsste seine Regierung sofort einschreiten. Streng vertraulich. Ich bin überzeugt, dass das ganze lügenhafte Material an Masaryk direkt oder indirekt vom Herrn Spalajković geliefert wird. Gleichlautend Budapest.

Forgách.

[a] Vgl. n. 2435, 2461, 2464, 2469. — [b] Polit. Chronik der öst.-ung. Monarchie 1911, Beilage: Parlamentarische Verhandlungen S. 135.

Nr. 2460. Erlaß nach London; Budapest, 25. Feb. 1911 Nr. 441.[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).

Nach dem Empfang des am 20. l. M. in Wien eingelangten Berichtes vom 17. l. M. Nr. 12 C,[b] in dem Euer Exzellenz zum Schlusse von Ihrer Intention sprechen, bei der nächsten Begegnung mit Sir Edward Grey sich auch ihm gegenüber im Sinne meines Telegrammes vom 4. d. M. zu äußern, hatte ich die Absicht, Euer Exzellenz telegraphisch anzuweisen, die Berührung dieses Themas der Initiative des Herrn Staatssekretärs zu überlassen, der von meiner Message sowohl durch Sir A. Nicolson als auch durch

Mr. Tyrell jedenfalls bereits Kenntnis erhalten hat. Unmittelbar nach dem erwähnten Berichte ist mir jedoch Euer Exzellenz Telegramm vom 20. l. M. Nr. 8 zugekommen, in dem Euer Exzellenz melden, daß Ihre Unterredung mit dem Herrn Staatssekretär bereits stattgefunden habe und Hochdieselben sich ihm gegenüber in der beabsichtigten Weise geäußert hätten. Die von mir in Aussicht genommene Weisung ist hiedurch natürlich gegenstandslos geworden; ich kann aber nicht umhin zu bemerken, daß ich es vorgezogen hätte, wenn Euer Exzellenz, wiewohl Ihre Äußerungen zu Sir E. Grey dem Wortlaute meiner telegraphischen Instruktion vom 4. d. M. entsprachen, eben mit Rücksicht darauf, daß Sie meine Message schon dem Herrn Unterstaatssekretär sowie Mr. Tyrell mitgeteilt hatten, es abgewartet hätten, daß Sir Edward Grey selbst auf diesen Punkt Euer Exzellenz gegenüber zu sprechen kommt. Es würde nämlich meinen Intentionen keineswegs entsprechen, wenn die englischen Staatsmänner durch ein zu grosses Empressement unsererseits den Eindruck gewännen, als ob es uns ganz besonders am Herzen liege, daß die vom Herrn Staatssekretär spontan geäußerte Absicht, auf meine Erklärungen in den Delegationen mit einer analogen öffentlichen Enunziation zu reagieren, auch tatsächlich ausgeführt werde. Ich ersuche Euer Exzellenz daher, Ihrerseits auf den Gegenstand nicht mehr zurückzukommen.

[a]) Vgl. n. 2486. — [b]) Nicht aufgenommen, da er außer der oben wiedergegebenen Wendung nur einen Bericht über den Tod von Greys Bruder enthält.

Nr. 2461. Tel. aus Belgrad, 26. Feb. 1911 Nr. 48 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme[b]) will ich noch melden, dass ich meine dringenden Démarchen bei dem Minister des Äussern damit begründete, dass, nachdem Delegierter Masaryk in öffentlicher Sitzung Minister persönlich und quasi als Zeugen gegen uns genannt habe, ich den Minister fragen müsse, was an seinem angeblichen Ausspruch Wahres sei. Ich sagte dem Minister, dass nun eingetreten sei, was ich ihm bei Besprechung des Artikels der „Zeit“ vom 29. v. M. (mein Telegramm Nr. 24 vom 30. v. M.) vorhergesagt hätte, dass nämlich der in die Enge getriebene Masaryk die serbische Regierung hineinziehen und seine Belgrader falschen Informanten nennen werde. Minister schien über Masaryk und die Nennung seines Namens aufrichtig aufgebracht, umsomehr als er mir wenige Stunden früher gesagt hatte, dass [er] nach Euer Exzellenz Antwort, zu welcher nichts zu bemerken sei, hoffe und glaube, dass die Angelegenheit endgiltig erledigt sei und Masaryk nunmehr auch schweigen sollte. In Belgrad sei das Interesse erloschen. Tatsächlich haben bisher alle Zeitungen geschwiegen, bis auf die „Politika“, welche in gemeinem Artikel Euer Exzellenz als den wahren, durch Masaryk enthüllten Fälscher bezeichnet. Geheim. Leiter des k. u. k. Konsulates teilt mir mit, von drei verschiedenen Seiten gehört zu haben, dass die „Politika“ jetzt von der russischen Gesandtschaft gezahlt werde. Gleichlautend Budapest. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2462, 2464, 2469. — [b]) n. 2459.

Nr. 2462. Tel. aus Belgrad, 26. Feb. 1911 Nr. 49 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Soeben erhalte ich einen Brief Sektionschef Spalajković's, welchen ich express heute nachmittag Euer Excellenz nach Budapest sende. Minister des Äussern habe ihn verständigt, dass und warum ich ihn gestern suchte. Nach einer gewundenen Erklärung behauptet er, dass im Verlaufe einer Unterredung im November, dem letzten Gespräche, das wir überhaupt zusammen hatten, ich „Euer Excellenz moralisch für den Friedjung-Prozess verantwortlich machte", dass ich ihm erzählte, „ich hätte das ihn betreffende Dokument nicht für echt gehalten und sein von mir nach Wien geschickter Text sei auf deutsch gewesen." Dann schreibt der Sektionschef noch, er hätte weder direkt noch indirekt jemanden ermächtigt, von den Mitteilungen, die ich machte, Gebrauch zu machen, und dass ausser dem Vorangesagten nichts in seinem Namen gesagt werden dürfe. Wie erlogen die ganzen (Erfindungen)[b] Spalajković's sind, erhellt schon aus dem Euer Exzellenz bekannten Umstande, dass gerade das betreffende Dokument nie von der Gesandtschaft nach Wien geschickt wurde. Ich erwiderte dem Sektionschef sofort schriftlich, dass seine beiden Behauptungen unrichtig seien; nie hätte ich gesagt, dass Euer Excellenz für den Prozess verantwortlich wären, ein solcher Ausspruch meinerseits wäre ebenso ungerechtfertigt als unverständlich. Noch weniger hätte ich erzählt, ich hätte jenes Dokument Euer Excellenz auf deutsch unterbreitet, da dieses Dokument überhaupt nicht von der Gesandtschaft unterbreitet worden wäre. Schliesslich schrieb ich Herrn Spalajković, dass er aufklären müsse, wieso Gespräche, welche fremde Gesandte in seinem Kabinette haben, in falscher und tendenziöser Form zur Kenntnis von Personen gelangen, welche fremde Regierungen und ihre Vertreter in Belgrad angreifen wollen. Gleichlautend Budapest.

Forgách.

[a] Vgl. n. 2461, 2463, 2464, 2465, 2469. — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 2463. Tel. aus Belgrad, 26. Feb. 1911 Nr. 50 (eing. 8 U. 5 M. p.m.).[a] *Entziff.*

Ich habe Abschrift des Briefes Herrn Spalajković's und meine Antwort Minister des Äussern gezeigt, meine Freude ausdrückend, dass der Informant des Delegierten Masaryk sich habe endlich melden müssen. Da ich Brief Euer Exzellenz unterbreitet habe, erwarte ich Entscheidung, ob Euer Exzellenz der Angelegenheit überhaupt eine weitere Folge geben wollen. Dass Spalajković mir falsche Worte in den Mund lege, lasse mich sehr kühl, vielleicht werde aber serbischer Minister des Äussern sich darum interessieren, wieso sein Sektionschef Gespräche mit Gesandten in indiskreter Weise ausbeuten und weitergeben könne. Minister des Äussern erwiderte, Herr Spalajković habe ihm im November Gespräch gemeldet, von meinem angeblichen Ausspruche über die moralische Verantwortlichkeit Euer Exzellenz jedoch keine Erwähnung getan und nur mit Befriedigung erzählt, dass ich das ihn betreffende Dokument nicht als echt zu betrachten scheine. Jedenfalls werde er mit Spalajković Rücksprache pflegen, um zu

konstatieren, durch welche Mittelsperson in bedauerlicher Weise Mitteilungen an Masaryk gelangt; übrigens decke sich Masaryks Behauptung auch nicht mit jenen Worten, welche Spalajković von mir gehört haben will. Mein Gespräch mit Minister war in freundschaftlicher, ruhiger Form; bei seiner geheimen Abneigung gegen den von Herrn Pašić gehaltenen Spalajković ist er über dessen unangenehme Lage gar nicht betrübt. Gleichlautend Budapest. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2462, 2464, 2465, 2469.

Nr. 2464. Privatschreiben aus Belgrad, 26. Feb. 1911.[a]) Eigh. Ausfert.

Im Anschlusse an meine Telegramme[b]) beehre ich mich in Eile vor Postschluss Euer Excellenz den beiliegenden Brief Spalajkovitch's[c]) zu unterbreiten, dessen gewundenen ersten und letzten Sätze das schlechte Gewissen verrathen. Endlich ist dieser elende Intriguant und lügnerische Informant Masaryks gezwungen, selbst herauszutreten. Ich antwortete ihm sofort mit folgenden Zeilen: „Monsieur le Secrétaire-Général, En réponse à votre lettre que je viens de recevoir en ce moment, je ne puis exprimer que mon profond étonnement sur vos mots concernant notre conversation au mois de novembre. Jamais je n'ai rendu le Comte d'Aehrenthal moralement responsable du procès Friedjung — assertion que de ma part aurait été tout aussi injustifiée que inconcevable. Encore moins vous ai-je pu dire que le texte du „document" qui vous était attribué aurait été envoyé par moi en allemand à Vienne. Ce document n'a pas été soumis par la Légation Impériale et Royale aux autorités de Vienne, par conséquent il est tout-à-fait exclu, que je vous aie fait l'assertion que vous mentionnez. Je me souviens très exactement de notre conversation. Ce sera à vous, Monsieur le Sécrétaire Général, à vous expliquer comment les conversations, qu'ont les Ministres étrangers dans votre bureau parviennent — d'une manière tendencieuse et fausse — à la connaissance de personnes qui veulent attaquer un gouvernement étranger ou son représentant à Belgrade. Veuillez etc. Auf den Blödsinn betreffend Euer Excellenz „moralische" Verantwortung für den Process (woraus Masaryk übrigens Verantwortung für die Fälschungen machte) brauche ich wohl nicht einzugehen. Die Wärme meiner Beziehungen zum ersten Sektionschef wird übrigens durch seine richtige Bemerkung in seinem Briefe illustrirt, dass wir seit November überhaupt keine Unterredung zusammen hatten! Ihm hätte ich mein Herz über Euer Excellenz ausgeschüttet!! Als ich ihn im November aus irgendeinem Grunde — wahrscheinlich eine dringende administrative Sache — aufsuchte, kamen wir auf die gerade damals tobenden Zeitungsangriffe zu sprechen. Er bemerkte in sehr anständiger Weise, dass er den Journalisten stets sage, sie sollten eventuell Österreich, dessen Politik und so weiter angreifen, aber doch nicht Personen, Euer Excellenz oder mich, gröblichst beschimpfen. Hierauf erwiderte ich, dass mir dies sowie Masaryks Angriffe gleichgültig seien, da sie mir eine seltene öffentliche Belobung und Vertheidigung seitens Euer Excellenz eingebracht hätten; ich könne Hochdenselben dafür nicht genug dankbar sein. Hieran fügte sich ein kurzes Gespräch über die Fäl-

schungen. Ich belachte Vasić's in der „Politika" enthaltene Aussagen und sagte, ich hätte gar nichts einzuwenden, wenn die wirklichen Fälscher gefunden würden. Speciell mit dem Herrn Spalajković interessierenden Dokumente habe Vasić nichts zu thun. Mit einem Worte, das kurze Gespräch war ganz im Tenor meiner vielen Unterredungen mit dem Minister des Äussern, welcher mir sowohl im Jänner als gestern ganz loyal erklärte, dass ich die von Masaryk mir in den Mund gelegten Worte ihm gegenüber nie fallen liess und er auch nie hörte, dass ich anderen gegenüber so gesprochen hätte. Also hat Spalajković nie seinen Minister, sondern nur Masaryk oder dessen Mittelsmänner informirt!! Ob der Sache eine weitere Folge gegeben werden soll, hängt von Euerer Excellenz Entscheidung ab. Mein und der Mitglieder der k. u. k. Gesandtschaft Umgang mit Spalajković ist ohnehin gleich Null, da er uns allen als unser halbverrückter Todfeind und russischer Spion bekannt ist. Um die Form dieses sehr eiligen Briefes um Entschuldigung bittend ersuche ich Euer Excellenz den Ausdruck meiner dankbaren Ehrfurcht genehmigen zu wollen. Forgách.

a) Vgl. n. 2465, 2466. — *b)* Vgl. n. 2459, 2461, 2462, 2463. — *c)* Beilage.

Beilage zu n. 2464. Schreiben des Generalsekretärs im serbischen Ministerium des Äußern an Graf Forgách; Belgrad, 13./26. Feb. 1911. Eigh. Ausfert.

Monsieur Milovanovitch a eu la bonté de me dire que Vous m'avez cherché hier soir au Ministère, et il m'a expliqué en même temps le but de votre démarche. Je m'empresse de Vous répondre ce qui suit. Mêlé, malgré moi, dans l'affaire Friedjung, qui fut judiciaire, je ne veux et ne peux, d'aucune manière, me mêler de l'actuelle discussion politique que je considère purement comme votre affaire intérieure. En faisant ainsi, je me conforme à l'attitude observée par mon chef dès le commencement de cette discussion engagée dans vos Délégations. Je tiens, toutefois, à Vous faire cette déclaration relative à notre conversation du mois novembre dernier — ce fut, d'ailleurs, l'unique conversation que nous avons eue ensemble depuis cette époque — au cours de laquelle Vous rendiez le Comte d'Aehrenthal moralement responsable du procès Friedjung, et Vous me donniez notamment l'explication sur l'origine du „document" qui m'était attribué, en me disant que Vous n'avez jamais ajouté foi à ce „document" et que son texte, envoyé par Vous à Vienne, était en allemand, etc. Jamais je n'ai autorisé ni directement ni indirectement, quiconque que ce soit, à faire usage public des communications que Vous m'aviez faites alors. De même, à présent, je ne puis admettre qu'aucune autre déclaration soit faite en mon nom que celle que je viens de Vous faire. Spalaïkovitch.

Nr. 2465. Tel. aus Belgrad, 27. Feb. 1911 Nr. 53 (eing. 28. Feb. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Herr Spalajković sendet mir nach langem Überlegen einen zweiten Brief,*b)* in welchem er sagt, dass Einen von uns sein Gedächtnis täuschen

müsse und dass mit seiner Einwilligung und Kenntnis keine Indiskretion über unser Gespräch erfolgen konnte und niemand in seinem Namen das Recht habe, irgend etwas über unsere Konversation zu sagen. Nach diesem eigentlichen Rückzuge weist der Sektionschef meine Bemerkungen über die falschen Mitteilungen, die von ihm kommen und so weiter, zurück. Ich lege Euer Exzellenz den Brief vor und werde dem Sektionschef gar nicht antworten, sondern schreibe gleichzeitig dem Minister des Äussern, dass er Spalajković mitteilen solle, ich habe nichts zu antworten und meinem gestrigen Briefe nichts hinzuzufügen. Da er in seiner unangenehmen Lage, die ich verstehe, jede Indiskretion und so weiter in Abrede stelle, so solle er sich darüber, wenn er wolle, mit Masaryk auseinandersetzen, welcher ihn und mein angebliches Gespräch mit ihm in ganz deutlicher Weise als Beweis für seine lächerlichen Verleumdungen zitiert habe. Gleichlautend Budapest. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2462, 2463, 2464, 2469. — [b]) Vgl. Beilage zu n. 2466.

Nr. 2466. Privatschreiben aus Belgrad, 27. Feb. 1911.[a]) Eigh. Ausfert.

Im Anschlusse an mein soeben abgegangenes Telegramm[b]) beehre ich mich einen weiteren Brief Herrn Spalajković's[c]) Euerer Excellenz zu unterbreiten. Die zwei ersten Absätze klingen schon ganz anders wie der gestrige Brief, bedeuten eigentlich einen Rückzug und bereiten — sicherlich bereits unter Herrn Milovanović's Inspiration — bereits die Möglichkeit vor, eventuell alle Berufungen Masaryks zu dementiren! Dann kommt natürlich eine Zurückweisung meiner unsanften Worte, welche dem Herrn Sectionschef sehr unangenehm gewesen sein mögen. Ich antwortete ihm gar nicht, sondern schrieb nur Herrn Milovanović: „Monsieur le Ministre. M. Spalajković vient de m'écrire encore une lettre que je vous montrerai aussitôt que j'aurai le plaisir de vous voir. Vous m'obligeriez, M. le Ministre, en disant à M. le Sécrétaire-Général que de ma part je juge toute correspondance ultérieure superflue, car je n'ai rien à ajouter ou à changer à ma lettre d'hier. Je comprends la situation pénible de Mr. Spalajković, mais s'il affirme „qu'à son su et avec son approbation aucune indiscretion n'a pu être commise et que personne n'avait le droit de dire quoi que ce fût en son nom au sujet de notre conversation" il n'a, s'il le trouve utile ou nécessaire, qu'à demander des éclaircissements de Mr. Masaryk qui d'une manière bien claire designait dans ses discours Mr. Spalajković et le prétendu contenu de ma conversation avec ce haut fonctionnaire comme une des preuves de ses calomnies ridicules. Veuillez. . . ." Spalajković, Masaryk und Consorten können unter einander auskochen, wer von ihnen mehr gelogen hat oder belogen wurde. Mit Spalajković hatte die Gesandtschaft ohnehin keinen Verkehr; ich glaube, Euer Excellenz werden es billigen, wenn ich dies jetzt auch formell vollständig zum Ausdruck bringe. Schon im Jahre 1909 sandten Euer Excellenz mir einen Erlass, ich solle die Entfernung Spalajković's, des größten Hindernisses einer halbwegs aufrichtigen Verständigung, verlangen. Es misslang, da Herr Pašić ihn gegen Milovanović als seinen (und jetzt der Russen) Spion im Auswärtigen Amte haltet.[d]) Sobald der Zeitpunkt meiner Abberufung

sich nähert, könnte man vielleicht — obwohl der Mann dies kaum werth ist — hier erklären, dass kein neuer Gesandter kommen würde, bevor nicht der uns so notorisch feindlich gesinnte erste Sectionschef seinen Platz verlässt? In einem Privatbriefe darf ich es noch erwähnen, dass Madame Milovanovitch erzählte, Masaryk habe während seines Aufenthaltes in Belgrad öfters mehrere Stunden auf der russischen Gesandtschaft zugebracht. Er betrat dieselbe immer durch eine entlegene Gartenthür. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2464, 2469. — [b]) Vgl. n. 2465. — [c]) Beilage. — [d]) So!

Beilage zu n. 2466. Schreiben des Generalsekretärs im serb. Ministerium des Äußern an Grafen Forgách; Belgrad, 14./27. Feb. 1911. Eigh. Ausfert.

De votre réponse d'hier je tire la conclusion que l'un de nous deux a été trahi par sa mémoire et que, par conséquent, faute de témoins de notre conversation de novembre, il ne nous reste qu'à en garder chacun sa version. Je Vous renouvelle ma déclaration d'hier qu'aucune indiscrétion n'a pu être commise ni à mon su ni avec mon approbation, et que personne n'avait le droit de dire en mon nom, quoi que ce fût au sujet de cette conversation. Je repousse, donc, catégoriquement votre assertion que „des conversations, qu'ont les Ministres étrangers dans mon bureau, parviennent d'une manière tendancieuse et fausse à la connaissance de personnes qui veulent attaquer un gouvernement étranger ou son représentant à Belgrade." J'en appelle, sous ce rapport, à tous mes chefs dont j'ai toujours joui la pleine confiance, ainsi qu'à tous les représentants étrangers avec lesquels j'ai eu à faire et qui n'ont jamais manqué de rendre justice à ma loyauté et à ma franchise. Et j'affirme, tout particulièrement, que rien de faux n'est jamais sorti de mon bureau, en soulignant que Vous êtes le premier qui m'accusez du contraire.

Spalaïkovitch.

Nr. 2467. Tel. nach Konstantinopel; Budapest, 28. Feb. 1911 ohne Nr. (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).

Der türkische Botschafter, mit dem ich dieser Tage hier eine Konversation hatte, kam auf die Potsdamer Entrevue zurück und bemerkte, es seien der Pforte Nachrichten zugekommen, wonach Deutschland und Rußland vereinbart hätten, falls Bulgarien und Griechenland aggressiv gegen die Türkei vorgingen, neutral zu bleiben; dieser Vereinbarung sei auch Oesterreich-Ungarn beigetreten. Indem ich meine Verwunderung zum Ausdruck brachte, daß die Pforte sich mit so weitgehenden und unbegründeten Kombinationen abgebe, verwies ich Reschid Pascha auf die Mitteilungen, die ich ihm betreffs Potsdam gemacht habe, und meine neulichen Enunziationen über denselben Gegenstand in den Delegationen.[b]) Ich hätte dort ausdrücklich erklärt, wir wären an jenen Pourparlers nicht beteiligt gewesen; nach den uns von unserem Verbündeten zugekommenen Informationen hätten aber Deutschland und Rußland ihre Absicht neuerlich ausgesprochen, im nahen Orient ihre Politik auf die Aufrechterhaltung des status quo zu richten; ebenso hätten bekanntlich bereits früher das Wiener und das Peters-

burger Kabinett Erklärungen in demselben Sinne ausgetauscht und auch die Regierungen der drei anderen Großmächte sich in unzweideutiger Weise zu demselben Grundprinzipe ihrer Politik im nahen Osten bekannt. Die Potsdamer Entrevue sei also eine neue Gewähr dafür, daß alle Mächte bestrebt seien, auf die Erhaltung der Ruhe am Balkan hinzuwirken, deren das neue Regime in der Türkei zur Konsolidierung des Reiches bedarf. Das Ergebnis jener Entrevue, welches eine Annäherung zweier zu verschiedenen Gruppen gehöriger Mächte darstellt, sei ferner ein Moment welches zur Détente der europäischen Lage beitrage; es sei an der Türkei, sich diese für sie so günstige Konjunktur zunutze zu machen und sich in ihrem konsequenten Reformwerk nicht durch Gerüchte über Aspirationen und Pläne dieses oder jenes Balkanstaates beirren zu lassen; solchen Velleitäten brauche die Pforte keine allzu große Bedeutung beizulegen, da aus der geschilderten europäischen Lage die Beruhigung gewonnen werden könne, daß dieselben von keiner Großmacht ermutigt oder unterstützt würden. Daß ich mich tatsächlich einer ruhigen Auffassung der allgemeinen politischen Situation hingebe, dafür möge der Herr Botschafter einen Beleg auch in dem Umstande finden, daß ich vorhätte, nach dem Abschluß der Delegationsverhandlungen einen zweimonatlichen Urlaub anzutreten. Nicht in der europäischen Situation und bei den Großmächten lägen die Gefahren, welche das ottomanische Reich bedrohen könnten, sondern in seinen inneren Verhältnissen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die durch die häufigen Ministerwechsel und die fortwährenden Krisengerüchte gekennzeichnete Unsicherheit und Unklarheit der Lage in Konstantinopel selbst ein Ende nehme und daß es der Regierung gelinge, sich die notwendige Autorität und Stabilität mit Unterstützung aller maßgebenden Faktoren zu sichern. Ebenso lasse auch die Lage in den Provinzen einigermaßen zu wünschen übrig. In Mazedonien und in Albanien, speziell in den nördlichen Teilen, habe die sehr gegen unsere wohlgemeinten Ratschläge befolgte verkehrte Politik der Pforte, die bei der Entwaffnungsaktion angewendete Härte und Rücksichtslosigkeit, endlich die Mißachtung der nationalen Eigenart der Albanesen selbst bei bisher loyalen Elementen der Bevölkerung eine tiefe Mißstimmung, um nicht zu sagen, Erbitterung hervorgerufen. Auch an der montenegrinischen Grenze habe die Verkennung der dort bestehenden besonderen Verhältnisse eine ziemlich unerquickliche Situation geschaffen. Wir könnten nur vor einer Wiederholung solcher Fehler unsere warnende Stimme erheben und die Hoffnung aussprechen, daß die Pforte durch eine kluge und mäßige Politik die Lage in jenen Gebieten saniere. Was den Yemen anbelangt, so sei ich nicht in der Lage gewesen, mir ein Urteil über die dort zu befolgende Methode zu bilden. Ich möchte nur neuerlich eindringlich darauf aufmerksam machen, wie bedenklich es wäre, die militärische Stellung der Türkei am Balkan durch namhafte Truppensendungen nach dem Yemen zu schwächen. Ich ersuche Euer Exzellenz, bei Ihren bevorstehenden Abschiedsbesuchen bei den türkischen Ministern sich nachdrücklich im obigen Sinne vernehmen zu lassen. Ich stelle es Euer Exzellenz anheim, den türkischen Staatsmännern zu bemerken, Ihre Berufung zur interimistischen Führung des Wiener Auswärtigen Amtes könne

der Pforte eine Gewähr dafür sein, daß alle Angelegenheiten, welche die Türkei betreffen, in Wien stets mit wohlwollendem Interesse und Verständnis verfolgt werden. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2428, 2453, 2457, 2470, 2472, 2479. — [b]) Pol. Chronik der ö.-u. Mon. 1911, Beilage: Parlam. Verhandlungen S. 235.

Nr. 2468. Eigenhändiges Privatschreiben des Sektionschefs Grafen Paul Esterházy nach Sofia; Budapest, 28. Feb. 1911.[a]) Abschrift.

Streng geheim. Ihr Schreiben vom 16. l. Mts. an den Herrn Minister sowie der Brief Mittags an mich vom 19.[b]) — welchen ich dem Grafen Aehrenthal vorgelegt habe — geben zu folgenden Bemerkungen Anlaß, die ich Ihnen auftragsgemäß mitteile. König Ferdinand scheint von der Vorstellung beherrscht zu sein, daß er — solange ihm das goldene Vließ vorenthalten bleibt — am Hoflager Seiner Majestät, unseres Allerhöchsten Herrn, oder vor seinem k. u. k. Regiment sich nicht zeigen dürfe. Vielleicht ist diese Auslegung der Motive seiner befremdenden Haltung gegenüber dem Kaiser nicht ganz aufrichtig: dann läge der Schluß nahe, daß er durch sein konsequentes unhöfliches Benehmen, die Verleihung des Vließes von Seiner Majestät ertrotzen möchte. Wie dem auch sei, sollte König Ferdinand darüber nicht im Zweifel gelassen werden, daß seine Taktik nur dazu angetan sein kann, die Aussichten, die er auf die Erfüllung seines Herzenswunsches haben mag, zu vernichten. Wiewohl niemand — auch der Minister nicht — imstande wäre, dem König unter irgendwelchen Voraussetzungen die Erlangung des Vließes zu verbürgen, so kann ihm hingegen mit der größten Bestimmtheit vorhergesagt werden, daß, solange er seine persönlichen Beziehungen zu Seiner Majestät nicht in das normale Geleis gebracht haben wird, er auf die Berücksichtigung seiner Wünsche umsonst rechne. Die letzten einschlägigen Demarchen des Königs dürften Ihnen und auch Mittag die Handhabe bieten, ihm diesfalls den Standpunkt des Ministers klar zu machen. Wenn Mittag in die Lage käme, mit der Königin persönlich über die Angelegenheit zu sprechen, so kann er, unter Betonung des aufrichtigen Bedauerns des Grafen über die zwischen den beiden Herrschern bestehende Verstimmung, Ihre Majestät nicht im Zweifel darüber lassen, daß trotz seines (des Ministers) besten Willens, dem König und der Königin eine Gefälligkeit zu erweisen, er unter den geschilderten Verhältnissen außer Stande ist, irgendeine Initiative zu ergreifen. Esterházy.

[a]) Vgl. n. 2224 Anm. d, 2478. — [b]) Enthielten Berichte über die von der Königin von Bulgarien und von dem Kabinettssekretär Dobrovič vorgebrachten Wünsche wegen Verleihung des Goldenen Vließes an König Ferdinand und dessen Besuch in Wien.

Nr. 2469. Erlaß nach Belgrad; Budapest, 2. März 1911 Nr. 467.[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 47—50 und Nr. 53 habe ich erhalten und bin mit der Antwort, die Sie Herrn Spalajković erteilt haben, wie auch damit einverstanden, daß Sie auf den zweiten Brief des Herrn Generalsekretärs hin sich nicht mehr direkt an diesen selbst, sondern an Herrn

Milovanović gewendet haben. Euer Exzellenz wollen nunmehr den Herrn Minister des Äußern offiziell und schriftlich davon verständigen, daß Hochdieselben Ihren Briefwechsel mit Herrn Spalajković sowie Ihr letztes Schreiben an Herrn Milovanović selbst mir zur Kenntnis gebracht hätten und daß Ihr Vorgehen meine Billigung gefunden habe. Zugleich hätten Euer Exzellenz die Weisung erhalten, für Ihre Person sowie für die Mitglieder der k. u. k. Gesandtschaft jeglichen Verkehr mit dem Herrn Generalsekretär abzubrechen. Dem Herrn Ministerpräsidenten gegenüber wollen Euer Exzellenz sich im gleichen Sinne mündlich aussprechen.

[a]) Vgl. n. 2466, 2476, 2490, 2527, 2535, 3598.

Nr. 2470. Privatschreiben an den deutschen Reichskanzler von Bethmann Hollweg; Budapest, 2. März 1911 Nr. 473.[a]) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Mit herzlichstem Danke für die Mittheilungen, welche Sie so gütig waren, mir durch Ihr Schreiben vom 23. Dezember v. J. zukommen zu lassen, muss ich vor allem Ihre freundliche Nachsicht in Anspruch nehmen, dass ich infolge meiner Abwesenheit auf Urlaub und durch die noch andauernden Delegationsverhandlungen bisher verhindert war, auf Ihre liebenswürdigen Zeilen zu antworten. Ich glaube, Euer Exzellenz können im Großen und Ganzen mit den Folgeerscheinungen der Potsdamer Entrevue zufrieden sein. Die deutlich wahrnehmbaren Symptome einer Lockerung des Verhältnisses zwischen England und Russland sind für die gesamte politische Situation in- und ausserhalb Europas und insbesondere für Deutschland von der höchsten Bedeutung. Sehr bezeichnend ist die Haltung der englischen massgebenden Kreise; dieselben trachten nach aussen hin ihre Contenance zu bewahren und sich nicht alarmirt zu zeigen. In privaten Gesprächen machen jedoch führende englische Persönlichkeiten kein Hehl daraus, daß Herr Sazonow nach ihrer Ansicht nicht auf der Höhe seiner Aufgabe stehe, was wohl heissen soll, dass er nicht, wie sein Vorgänger Iswolsky, gewillt ist, die russische Politik im Kielwasser der englischen segeln zu lassen und daß er den deutschen Wünschen in der Bagdadbahnfrage mehr entgegengekommen ist, als es in London genehm ist. Diese Appreciation der englischen Staatsmänner, welche mir auf streng vertraulichem Wege zukommt,[b]) und um deren streng vertrauliche Behandlung ich Sie auch meinerseits bitten darf, wird von mir keineswegs getheilt. Aus der Berichterstattung Graf Berchtolds gewinne ich vielmehr den Eindruck, daß Sazonow ein ruhiger und klar denkender Mann ist, welcher frei von der Einseitigkeit seines Amtsvorgängers die russischen Interessen nach verschiedenen Richtungen hin wirkungsvoller als letzterer vertreten wird. Ich kann Ihrer Auffassung nur beipflichten, dass der russische Minister des Äussern, sich die wahren Interessen Russlands vor Augen haltend, seine Aufmerksamkeit in erster Linie den asiatischen Problemen zuwendet — ich brauche diesbezüglich blos auf die jüngste russische Démarche in China hinzuweisen — und daß diese Tendenz, deren natürliches Complement das Festhalten an der status quo-Politik im nahen Orient bildet, für die

beiden Kaisermächte, welche eine ruhige und friedliche Entwicklung in Europa wünschen, von höchstem Werthe ist. Weniger günstig war die Rückwirkung der Potsdamer Besprechungen auf die Situation in Konstantinopel, über welche Sie übrigens durch die Berichterstattung des Freiherrn von Marschall vollkommen informirt sind. Es läßt sich leider nicht in Abrede stellen, dass die türkische Regierung seit dem vorigen Sommer zahlreiche Fehler begangen hat. Unter diese ist ihr unmotivirtes, gewaltthätiges Vorgehen in Albanien und Mazedonien, von welchem ich vergebens abzumahnen versucht habe, in erster Linie zu zählen. Die Folgen dieses unzeitgemässen Bedürfnisses, die Regierungsautorität zur Geltung zu bringen, haben sich alsbald nicht nur in Europa, sondern auch in Arabien eingestellt. Als die Türkei sich eben mitten in diesen Schwierigkeiten befand, trafen die Nachrichten über die deutsch-russische Annäherung ein, welche die Türken entschieden desorientirt haben. Eine solche Eventualität war von den türkischen Staatsmännern offenbar nicht in ihr Kalkül einbezogen worden und die hiedurch entstandene Verwirrung wird nun von englischer und französischer Seite weidlich dazu ausgenützt, das verlorene Terrain in Konstantinopel wieder zu gewinnen. Ich hoffe, daß die beruhigenden Mittheilungen, welche Baron Marschall über die deutsch-russischen Abmachungen in Betreff der persischen Bahnen Hakki Pascha zu machen in der Lage war, die Nervosität der Türkei wenigstens in dieser Richtung abgeschwächt haben. Meinerseits bin ich bemüht, den türkischen Staatslenkern sowohl durch Pallavicini als durch meine eigenen Konversationen mit dem türkischen Botschafter vor Augen zu führen, dass die allgemeine Lage der Türkei und ihren Konsolidirungsbestrebungen günstig sei und daß sich die Pforte durch alberne Gerüchte und leicht zu durchschauende Intrigen nicht imponiren lassen solle. In letzterer Hinsicht ist charakteristisch, daß mich Reschid Pascha vor wenigen Tagen in vollem Ernste fragte, ob es wahr sei, dass zwischen Deutschland, Russland und Österreich-Ungarn vereinbart worden sei, für den Fall eines bulgarisch-griechischen Angriffskrieges gegen die Türkei ruhige Zuschauer bleiben zu wollen. Es ist dies zweifellos eine Ausstreuung von englischer oder England nahestehender Seite, welche damit rechnet, daß nichts die Türken mehr alarmiren kann, als ein Wiedererstehen des Dreikaiserbündnisses. Ich lasse es mir angelegen sein, in Konstantinopel den dringenden Rat zu ertheilen, dass die Türkei genügend Truppen in Europa belasse, um nicht etwa im nächsten Frühjahre der Gefahr einer Überrumpelung durch die Ereignisse ausgesetzt zu sein. In Betreff der — übrigens recht zweideutigen — Haltung Montenegro's bin ich nicht besonders besorgt. Der König von Montenegro wird keinen Krieg führen, es sei denn, daß die Zustände in den benachbarten türkischen Provinzen so desolate würden, daß ein Eingreifen Montenegro's mit geringem Risiko verbunden wäre. Die Zustimmung zu meinen Erklärungen in den Delegationen, *c)* welche Euer Exzellenz die Güte hatten, mir durch Graf Rantzau ausdrücken zu lassen, hat mich mit lebhafter Genugthuung und Dankbarkeit erfüllt. Wir können mit dem Verlaufe der Delegationssession zufrieden sein und hoffen, dass es uns gelingen wird, dieselbe bis zum Ende dieser Woche auch formell zum Abschluß zu bringen. Durch

die Bewilligung namhafter Mittel für Heer und Flotte wird Österreich-Ungarn in der Lage sein, im Bewusstsein seiner militärischen Stärke seine friedliche Politik fortzusetzen und dazu beizutragen, daß unser Bundesverhältnis auch weiterhin den Angelpunkt der europäischen Politik bilde. Wie gesagt, gebe ich mich der Hoffnung hin, daß das kommende Frühjahr am Balkan kein zu unruhiges sein werde. Wie immer sich die Zukunft aber gestalten möge, ist es nach wie vor mein Bestreben, uns von den etwa am Balkan eintretenden Zufälligkeiten thunlichst fernzuhalten. Was Italien betrifft, darf ich gleichfalls mit Befriedigung den Widerhall registriren, welchen meine Erklärungen sowohl in Italien wie hierzulande gefunden haben. Marquis San Giuliano liess mich durch den italienischen Botschafter versichern, dass bei erster sich ergebender Gelegenheit im italienischen Parlamente sowohl von der Regierungsbank als auch von den Bänken der Deputirten analoge Erklärungen wie jene in den Delegationen abgegeben werden würden. Ich bin sehr erfreut, dass die infolge der freimaurerischen Hetze in Betreff der Monarchenbesuche in Rom entstandene Schwierigkeit sich auf so glückliche Art hat lösen lassen, indem das über Italien heimkehrende Kronprinzenpaar einen Besuch in der italienischen Hauptstadt abstattet. Zur vollständigen Erholung von meinem im Laufe des Winters überstandenen Unwohlsein hat mein Allergnädigster Herr mir einen zweieinhalbmonatlichen Urlaub ertheilt, welchen ich Mitte März anzutreten gedenke. Während meiner Abwesenheit wird Botschafter Markgraf Pallavicini die Geschäfte führen, eine bewährte Kraft, die mit meiner Politik vollkommen vertraut ist. Herr von Kiderlen, welcher mit Pallavicini gleichzeitig als Gesandter in Bukarest wirkte, wird Ihnen nur Günstiges über ihn sagen können.

[a] Amtsvermerk (Franckenstein) auf einer Abschrift: „Über Auftrag Seiner Exzellenz des Baron Müller soll dieses Schreiben nicht in Circulation gesetzt werden." Vgl. n. 2467, 2471, 2472, 2479, 2735. — [b] n. 2452. — [c] Polit. Chron. der ö.-u. Monarchie 1911, Beilage: Parlament. Verh. S. 235.

Nr. 2471. Privatschreiben aus Berlin, 2. März 1911.[a] Ausfert.

An anderer Stelle hatte ich heute die Ehre Euerer Exzellenz zu melden, dass Kaiser Wilhelm Seinen ursprünglichen Plan auf der Rückreise von Corfu Wien zu berühren, um Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn einen Besuch abzustatten, nachträglich aufgegeben habe. Herr von Kiderlen theilte mir vor Kurzem vertraulich mit, der Reichskanzler und er selbst seien der Ansicht, dass ein gar zu oft sich wiederholender Besuch in Wien Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn lästig fallen könnte. Die letzte Anwesenheit Kaiser Wilhelms in Wien hätte zu so lebhaften Kundgebungen geführt, die sich gegebener Weise diesmal nicht wiederholen könnten, dass ein in so rascher Folge sich wiederholender Besuch, dem diese äusseren Zuthaten fehlen würden, nicht nur hier und bei uns, sondern auch in der internationalen Presse zu Commentaren Anlass geben könnte, die wohl besser vermieden würden. Ausserdem sei zu bedenken gewesen, dass der deutsche Kaiser bei Seiner Rückfahrt von Wien nach Deutschland hätte Bayern passiren müssen, wobei Er mit Rücksicht auf das Jubiläum

des Prinz-Regenten es Sich nicht hätte nehmen lassen, Seiner Königlichen Hoheit Seine Glückwünsche persönlich darzubringen. Von bayerischer Seite wurde aber hier nachdrücklichst gebeten, dem Prinz-Regenten die Anstrengungen eines Kaiserbesuches zu ersparen. Alle diese Gründe hätten dazu geführt, Kaiser Wilhelm dazu zu bewegen, Seinen Ihm sehr am Herzen liegenden Besuch für dieses Mal aufzugeben. Über die im Laufe befindlichen Verhandlungen mit St. Petersburg bin ich nicht in der Lage Euer Exzellenz etwas Neues berichten zu können. Der Reichskanzler, den ich auf dem letzten Hofballe zu sprechen Gelegenheit hatte, sagte mir, dass die Verhandlungen einen sehr ruhigen, aber langsamen Verlauf nehmen; es werde wohl noch einige Zeit brauchen, bis diese zu einem entgültigen Resultat geführt haben werden. Wie ich von anderer bestinformirter Seite vernehme, hat Graf Pourtalès in der Sache vor einigen Tagen hier eine Mittheilung Herrn Sazonows übermittelt, die nunmehr im Auswärtigen Amte geprüft wird und deren Beantwortung gegenwärtig vorbereitet wird. In Betreff der französischen Ministerkrise nimmt man hier — wenigstens anscheinend — eine sehr ruhige Haltung ein. Dass Herr Delcassé, wenn auch nicht als Minister des Äussern so doch als einflussreiches Mitglied des neuen Cabinettes wieder auf der Plattform erscheint, berührt hier gewiss nicht angenehm. Herr von Kiderlen sagte mir letzthin in seiner bekannten oft etwas burschikosen Manier, wenn sich die Franzosen mit einem so zusammengewürfelten Ministerium als Nothbehelf begnügten, könne es hier nur recht sein! Die Militärvorlage ist in der zweiten Lesung nach einer ungewöhnlich kurzen Debatte im Reichstage zur Annahme gelangt. Ein Erfolg, den andere Vorlagen der Regierung noch nicht zu verzeichnen gehabt haben. Die zwei wichtigen Vorlagen über die Schiffahrtsabgaben und die elsass-lothringische Verfassung sind bisher um keinen Schritt weitergekommen. Trotzdem giebt sich der Reichskanzler der Hoffnung hin, dass diese beiden Angelegenheiten noch während dieser Session zum Abschlusse gelangen werden. Szögyény.

a) Vgl. n. 2437 Anm. c, 2470, 2472, 2481.

Nr. 2472. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 3. März 1911 Nr. 40 (eing. 4 U. 10 M. p. m.).a) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm de dato Budapest, 28. v. M. erhalten. Ich habe mich vorgestern respektive gestern in dessemb) Sinne Rifaat Pascha und dem Grossvezir gegenüber ausgesprochen. Der Minister sagte mir bei diesem Anlasse, dass die von Reschid Pascha Euer Exzellenz gegenüber erwähnte Nachricht über angebliche deutsch-russische Abmachungen von letzterem der Pforte signalisiert wurde. Der Botschafter sei hierauf angewiesen worden, der Nachricht nachzugehen, er habe aber keinen Auftrag gehabt, dieselbe bei Euer Exzellenz zur Sprache zu bringen. Rifaat Pascha fügte hinzu, dass er von allem Anfang an an die Richtigkeit der Nachricht nicht geglaubt habe. Weiteres über meine Unterredung mit dem türkischen Minister berichte ich schriftlich.c) Pallavicini.

a) Vgl. n. 2470, 2471, 2479. — b) Amtsvermerk: sic! — c) Vgl. n. 2473.

Nr. 2473. Bericht aus Konstantinopel, 4. März 1911 Nr. 9 A (eing. 7. März).[a] Ausfert.

Ich habe Euerer Excellenz die erfolgte Ausführung des hohen telegraphischen Auftrages de dato Budapest 28. v. M. betreffend die der Pforte zugekommenen Nachrichten über gewisse, angebliche deutsch-russische Abmachungen aus Anlass der Potsdamer Entrevue und die Rathschläge, welche Euere Excellenz aus diesem Anlasse der türkischen Regierung zu ertheilen sich bestimmt gefunden haben, Meldung erstattet. In meinem Telegramme[a] habe ich auch angeführt, dass die obigen, von Reschid Pascha Euerer Excellenz gegenüber zur Sprache gebrachten Nachrichten der Pforte eben von dem genannten Botschafter signalisiert wurden und dass Rifaat Pascha mir erklärte, denselben von Anfang an keinen Glauben beigemessen zu haben. Ich empfieng den Eindruck, dass dies auch thatsächlich der Fall war. Immerhin scheinen unsere Erklärungen, da es ja nicht ausgeschlossen ist, dass die mehrerwähnten Gerüchte an gewissen hiesigen Stellen doch geglaubt worden sein dürften, hier angenehm gewirkt zu haben. Wenn man auch überzeugt ist, dass Deutschland und Russland im Falle eines Angriffs der Türkei seitens Bulgariens und Griechenlands keinen Krieg führen würden, um erstere zu schützen, so müssten doch die türkischen Staatsmänner es gewiss als eine Ermunterung jener beiden Länder ansehen, wenn eine Vereinbarung in dem Sinne, wie das betreffende Gerücht lautete, thatsächlich getroffen worden wäre. ... *Lage in Albanien und Mazedonien.* ... Pallavicini.

[a] Vgl. n. 2472, 2481, 2554.

Nr. 2474. Tel. nach St. Petersburg; Budapest, 4. März 1911 o. Nr. (chiffr. 8 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Der russische Botschafter in Wien kam vor einigen Tagen gegenüber Baron Müller auf seine Bemühungen zu sprechen, zu einer freundschaftlichen Entwicklung der Beziehungen zwischen der Monarchie und Rußland möglichst beizutragen, sowie auf die Schwierigkeiten, denen er hiebei begegne. Er erwähnte in diesem Zusammenhange die jüngste Rede des ruthenischen Delegierten von Wassilko und äußerte unter Betonung dessen, daß er nur als Privatmann spreche, die Befürchtung, gewisse russische Blätter würden auch die Bemerkung Seiner Majestät des Kaisers und Königs anläßlich des Cercles nach einem Delegationsdiner, wonach Wassilkos Haltung eine sehr patriotische sei, zu neuen Hetzereien mißbrauchen. Auf die Einwendung Baron Müllers, daß sich die Anerkennung Seiner Majestät auf die Bewilligung der großen Militärkredite bezog, erwiderte der Herr Botschafter, er wisse dies selbst sehr gut, die übelwollende Presse jedoch werde, wie befürchtet werden müsse, unter die anerkennenden Worte Seiner Majestät auch die Ausfälle des genannten Delegierten gegen Rußland subsumieren. Er habe seinerseits nicht verfehlt, seine Regierung im richtigen Sinne aufzuklären, würde es aber für nützlich halten, wenn der k. u. k. Botschafter in Petersburg beauftragt werden könnte, ihn hierin durch analoge

Äußerungen zu unterstützen. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich, falls sich hiezu eine ganz geeignete Gelegenheit ergeben sollte, im Sinne der bereits von Baron Müller dem russischen Botschafter gegebenen Darstellung zu äußern und hiebei zu bemerken, daß die Anerkennung Seiner Majestät sich auf die beiden ruthenischen Mitglieder der Delegation bezog, welche für die Militärvorlagen der Regierung gestimmt haben. Zu Ihrer Orientierung füge ich bei, daß in der Rede des Delegierten Wassilko allerdings einige recht unfreundliche Bemerkungen gegen den russischen Zarismus enthalten waren; diese Bemerkungen sind jedoch bei der Besprechung der inneren Lage der Bukowina und Galiziens sowie der Umtriebe der gegnerischen ruthenischen (russophilen) Partei gefallen. Der Delegierte Wassilko konstatierte aber ausdrücklich, daß seine Aeußerungen nicht die ihnen zugeschriebene kriegerische Tendenz hätten; im Gegenteile begrüße er und seine Partei die Herstellung besserer Beziehungen zu Rußland im Interesse des Weltfriedens und sehe darin einen nicht genug anzuerkennenden Erfolg meiner Politik. Die stenographischen Protokolle mit dem Wortlaute der bezüglichen Reden des Delegierten Wassilko werde ich Euer Exzellenz demnächst zu Ihrer vollständigen Orientierung zusenden.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2477.

Nr. 2475. Vortrag an den Kaiser; Budapest, 4. März 1911.[a]) Konz. (S. Pogatscher; V. u. G. Aehrenthal).

Geruhen Eure Majestät allergnädigst die nachfolgenden Ausführungen zu der mir in Allerhöchstderselben Auftrage übermittelten, im Anbuge wieder gehorsamst angeschlossenen Denkschrift des k. u. k. Generalstabschefs[b]) entgegenzunehmen. In derselben wird die Ermächtigung Eurer Majestät erbeten mit dem Chef des deutschen Generalstabes in Verkehr treten zu dürfen um militärische, Abmachungen für den Fall zu treffen, als Deutschland von Frankreich und England angegriffen würde. Gemäss Artikel III. des in Kraft stehenden Dreibundvertrages vom 28. Juni 1902[c]) wäre, sobald einer der vertragschliessenden Theile von zwei oder mehreren Mächten ohne Provocation angegriffen würde, also auch in dem eben bezeichneten Falle, für alle drei Mächte der casus foederis gegeben; nach diesem Wortlaute wären also die Monarchie, sowie Italien zur Hilfeleistung verpflichtet. Es kann jedoch nicht ganz übersehen werden, daß der Dreibundvertrag seinem Geiste nach gegen Frankreich und Rußland, nicht gegen Grossbritannien gerichtet war; ja, der ursprüngliche Vertrag vom 20. Mai 1882 war sogar von einer zwischen den drei Mächten am 28. Mai desselben Jahres ausgetauschten „ministeriellen Erklärung"[d]) gefolgt, dass die Vertragsstipulationen keinesfalls als gegen England gerichtet angesehen werden können. Diese Erklärung wurde wohl nicht erneuert, allein auch dem jetzt in Kraft stehenden Texte vom 28. Juni 1902 wurde ein „Protocole"[e]) angeschlossen, in welchem im Prinzipe der Beitritt Englands zu einigen Stipulationen des Vertrages als „acquise" angenommen wird, — ein Beweis wenigstens dafür, dass man nicht an England als eventuellen Gegner gedacht

hat. Es liegt nun gewiss im Bereiche der Wahrscheinlichkeit, dass Italien, welches vermöge seiner Configuration einer englisch-französischen Flotte sozusagen wehrlos preisgegeben wäre, sich der Hilfeleistung gegen diese beiden vereinten Mächte unter Berufung auf die oben angeführten Umstände, welche den Geist des Dreibundes kennzeichnen, entschlagen würde. Ausserdem wäre es auch nicht unmöglich, dass falls Deutschland, vor oder in einem Kriege mit England, durch eine zweideutige Haltung Frankreichs genötigt wäre, diesem den Krieg zu erklären und so formell der Angreifer zu sein, Italien sich auf den Artikel IV. des Vertrages berufen könnte, der in gewissen Fällen den Compaciscenten die latitude gewährt, sich auf eine wohlwollende Neutralität zu beschränken statt active Hilfe zu leisten. Der Artikel IV lautet: „Dans le cas où une Grande Puissance non signataire du présent Traité menacerait la securité des Etats de l'une des Hautes Parties contractantes, et la Partie menacée se verrait par là forcée de lui faire la guerre, les deux autres s'obligent à observer à l'égard de leur allié une neutralité bienveillante. Chacune se réserve, dans ce cas, la faculté de prendre part à la guerre, si Elle le jugeait à propos pour faire cause commune avec Son allié." *c)* Ob nun aber Italien im Falle eines Conflictes Deutschlands mit Frankreich und England sich activ auf die Seite des Erstern stellt oder nicht, so scheint es mir, dass die bezüglichen militärischen Abmachungen zwischen uns und Deutschland nicht erst zu pflegen sind; denn für die erste Alternative, den Durchzug italienischer Truppentheile durch österreichisches Gebiet nach Süddeutschland, wurden ja periodisch, zum letzten Male wenn ich nicht irre, vor 2 Jahren Besprechungen zwischen dem Generalstabe der drei Mächte abgehalten und Vereinbarungen getroffen; für die zweite Eventualität, eine zweideutige oder feindselige Haltung Italiens bestehen aber seit dem Jahre 1908 militärische Abmachungen mit Deutschland. *f)* Was die Monarchie betrifft, so liegt, meiner Überzeugung nach, der Werth ihrer Hilfeleistung für Deutschland, im Falle Letzteres mit Frankreich oder mit Frankreich und England in Krieg geräth, in der Rückendeckung, die wir dem verbündeten Reiche gegen Russland gewähren würden, durch die Erklärung, uns an die Seite Deutschlands zu stellen, falls Russland aus seiner Neutralität herausträte. Nach dem im Frühern Ausgeführten erscheint mir zu einem Herantreten unseres Generalstabes an den Deutschen behufs militärischer Abmachungen für den in der Denkschrift des Herrn Generalstabschefs berührten Fall ein Anlass nicht vorzuliegen, umsoweniger als, wie erwähnt, hiefür bereits Vorsorge getroffen wurde. Eine solche Initiative erschiene mir aber gegenwärtig auch deshalb inopportun, weil dieselbe in Berlin den Eindruck einer gewissen Unruhe und Präoccupation auf unserer Seite hervorrufen würde, und dies für einen Fall, der ja das deutsche Reich unmittelbarer berührt als uns.

a) Vgl. 2002. — *b)* Vortrag des Chefs des Generalstabs vom 31. Jänner 1911 laut einer Zuschrift des Chefs der Militärkanzlei des Kaisers vom 10. Feb. 1911. Dieser Vortrag ist nicht in den Akten, auch bei Conrad, II nicht abgedruckt. Er wurde, wie aus n. 2480 hervorgeht, dem Kaiser am 6. Feb. 1911 unterbreitet. — *c)* Pribram a. a. O. I 93; Martens N. R. G. 3. S. X 76. — *d)* Pribram, a. a. O. I 27; Martens N. R. G. 3. S. X 19. — *e)* Pribram, a. a. O. I 96; Martens N. R. G. 3. S. X 79. — *f)* Vgl. n. 838 Anm. b, 855 Anm. d.

Nr. 2476. Bericht aus Belgrad, 5. März 1911 Nr. 15 B (eing. 7. März).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. In Befolgung des hohen Erlasses vom 2ten März No. 467 habe ich den Minister des Äussern schriftlich und offiziell, den Minister-Präsidenten mündlich verständigt, dass Euer Exzellenz die Gewogenheit hatten, meine Vorgangsweise in der Affaire Spalajković zu billigen und sowohl mich als alle Mitglieder der k. und k. Gesandtschaft angewiesen haben, jeglichen Verkehr mit dem Herrn General-Sekretär abzubrechen. Da ich zufällig den Minister des Äussern wegen einer dringenden, dem Ministerrat vorliegenden Reklamation (Cautionsrückerstattung der Firma Nobel) aufsuchen musste, wurde der Gegenstand meines Briefes auch mit ihm mündlich besprochen. Die Unterredungen mit beiden Ministern waren ziemlich kurz. Ich sagte ihnen, für mich sei die Angelegenheit durch die Billigung und Entscheidung Euer Exzellenz abgetan. Es sei Sache der serbischen Regierung, wie sie die Indiskretionen eines Beamten, dessen unrichtige, tendenziöse Widergabe seines Gespräches mit fremden Gesandten sowie seine Verbindungen mit Leuten, welche fremde Regierungen angreifen wollen, beurteile. Beiden Ministern waren meine Worte natürlich wenig angenehm. Sie enthielten sich irgend einer abfälligen Beurteilung des Sektionschefs, missbilligten es aber, dass Herr Spalajković den Briefwechsel angefangen habe. Sie würden die Angelegenheit noch besprechen und überlegen. Herr Pašić gieng hierauf sofort auf das sub A[b]) einberichtete Gespräch über. Mit Herrn Milovanović dauerte meine Unterredung etwas länger, da wir auf die gerade eingetroffenen Artikel der Zeit vom 2ten und 3ten März — Masaryks Expektorationen und Professor Friedjungs, Spalajković's Behauptungen desavouierende Antwort — zu sprechen kamen. Der Minister schimpfte über Masaryk, worauf ich ihm sagte, es sei nur eingetroffen, was ich ihm vor einiger Zeit vorhergesagt habe, dass nämlich der in die Enge getriebene Masaryk seine Belgrader Informanten aufdecken werde. Hiezu bemerkte Herr Milovanović, Spalajković habe weder direkt noch indirekt durch Professor Božo Marković mit Masaryk Verbindungen unterhalten, leider aber mit jemand anderem gesprochen, welcher davon Missbrauch gemacht und Masaryk informiert hätte. Die serbische Regierung wird sicherlich weder das Anstandsgefühl noch den Mut haben, gegen den solcher Indiskretionen und perfider Lügen überführten General-Sekretär vorzugehen. Seine Verbindung mit der russischen Gesandtschaft, welche in der Angelegenheit eine grosse Rolle spielte, schützt ihn. Nachdem die ganze russisch-serbische auf den Zuchthäusler Vasić und auf den Abgeordneten Masaryk aufgebaute Intrigue eigentlich jämmerlich gescheitert ist, wäre es eine comble, wenn derselben nicht, wie hier manche Leute wirklich hofften, Euer Exzellenz und ich, sondern unser Todfeind Spalajković zum Opfer fallen würde. Jedenfalls ist seine Situation nicht angenehm, obwohl in Serbien Indiskretionen und Lügen durchaus nicht verurteilt, sondern eventuell als Verdienste aufgefasst werden. Vielleicht wird aber die Regierung doch mit der Zeit

einsehen, dass er nicht zum Sektionschef im Auswärtigen Amte passt und ihn mit einem Gesandtenposten bedenken. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2490. — [b]) In diesem Gespräch bemerkte Pašić, daß Serbien auf der Grundlage des status quo auf dem Balkan stehe, jedoch, falls der status quo durch andere gestört würde, auch seinen Anteil wünsche. Der Wert, welchen in diesem Falle die Haltung der benachbarten Großmacht haben würde, sei klar. Er möchte freundlichere Beziehungen hervorrufen, welche in der Zukunft nicht nur zwischen den Regierungen, sondern auch in der Volksstimmung sich vertrauensvoll gestalten könnten. Vgl. n. 2483.

Nr. 2477. Bericht aus St. Petersburg, 23. Feb./8. März 1911 Nr. 6 A (eing. 10. März). Ausfert.

Mit dem hohen Telegramme ddo. Budapest, den 4. l. M., hatten mich Euer Exzellenz aufgefordert, mich im Falle sich eine geeignete Gelegenheit ergeben sollte, im Sinne der bereits vom Sektionschef Baron Müller dem russischen Botschafter gegebenen Darstellung zu äussern, wonach die Anerkennungsworte Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn an die zwei ruthenischen Mitglieder der österreichischen Delegation lediglich auf die Bewilligung der großen Militärkredite Bezug gehabt hätten. Seither ist in der Montagsnummer der „Nowoje Wremja“ der in deutscher Übersetzung mitfolgende Leitartikel,[a]) offenbar der Feder Herrn Jegorow's entstammend, erschienen, worin die Allocution unseres erhabenen Monarchen als eine Belobung der russenfeindlichen Äusserungen der ruthenischen Delegierten und als eine Aufmunterung jener Tendenzen hingestellt wird, die auf die Lostrennung der Ukraine von Russland gerichtet sind. Diese Presskundgebung gab mir die erwünschte Gelegenheit den Incidenzfall im Auswärtigen Amte zur Sprache zu bringen. Dank der ungeschickten Redaktion des fraglichen Artikels war es mir leicht, von vornherein den Spiess umzudrehen. Indem ich betonte, ohne Auftrag zu sprechen, nachdem der in Rede stehende Leader erst heute in Wien bekannt geworden sein dürfte, machte ich den, den erkrankten Minister stellvertretenden Ministeradjoint Herrn Neratow auf die verschiedenen Ungereimtheiten des Artikels aufmerksam, der, von falschen Annahmen ausgehend, zu falschen Konklusionen führe. Von einem „demonstrativ“ an die Ukrainer Delegierten gerichteten Lobe sei vor Allem nicht die Rede. Seine Majestät habe bei dieser Gelegenheit nur wenige Worte fallen lassen, welche, wie es bei solchen Anlässen wiederholt geschieht, für die Bewilligung der Militärkredite Anerkennung ausdrücken sollten. Diese Worte auf etwaige russenfeindliche Äusserungen des Delegierten Wassilko beziehen zu wollen, sei schon deshalb unangebracht, da Herr Wassilko selbst ausdrücklich konstatiert hatte, dass sein Votum keine Spitze gegen Russland habe, dass er und seine Partei vielmehr die Herstellung besserer Beziehungen zu Russland freudig begrüssen. Abgesehen hievon müsse aber eine solche übelwollende Interpretation auch im Hinblicke auf die Person unseres erhabenen Monarchen und Dessen loyale Gesinnungsweise als absurd zurückgewiesen werden. Des Weiteren hob ich die Frivolität der Behauptung hervor, dass unser Allergnädigster Herr bloss in Seinen ersten Regierungsjahren ein Freund

Russland's gewesen. Indem ich die von Seiner Majestät bei jeder Gelegenheit zum Ausdrucke gebrachten Freundschaftsgefühle für Seine Majestät den Kaiser Nikolaus und das russische Reich betonte, liess ich es mir auch angelegen sein, an der Hand der Geschichte der letzten 60 Jahre den Nachweis zu führen, dass, wenn Verstimmungen zwischen den beiden Nachbarreichen vorübergehend platzgegriffen haben, dieselben stets gegen den Willen unseres Monarchen in Erscheinung traten und jedesmal infolge der persönlichen Freundschaft und Interessen-Solidarität der beiderseitigen Herrscher rasch wieder verflüchtigt sind. Ich schloss damit, dass es bedauerlich sei, wenn die öffentliche Meinung auf solche Weise irregeführt werde und gab hiebei zu verstehen, dass es Sache einer klugen Regierung wäre, derartigen Verirrungen aufklärend entgegenzutreten. Herr Neratow, der den Reflexionen über die falsche Auslegung der Worte unseres erhabenen Monarchen seine Zustimmung nicht versagte, verwies im Übrigen auf die Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung in Russland bezüglich der durch den Delegierten Wassilko berührten Verhältnisse und gab der Ansicht Ausdruck, dass eine solche Sprachweise, wie sie der Genannte über den „russischen Czarismus" geführt, notwendigerweise eine Repercution in den hiesigen politischen Kreisen provozieren musste. Er kenne übrigens nicht den genauen Wortlaut der Äusserungen Herrn Wassilko's und müsse das Eintreffen des betreffenden Originaltextes abwarten, um sich ein definitives Urteil zu bilden. Nach den mir zur Verfügung stehenden Zeitungsrelationen über die beiden Reden des Delegierten Wassilko scheint sich allerdings der Genannte nicht ganz einwandfreie Ausfälle gegen das Nachbarreich und auch unbefugte Einmischung in dessen innere Verhältnisse erlaubt zu haben. Vom Standpunkte der wünschenswerten Besserung unserer Beziehungen zu Russland ist dies gewiss zu bedauern. Nachdem an dieser Tatsache aber nichts mehr zu ändern ist, bleibt wohl die Stellungnahme die richtige, der Anschauung oder Insinuation, als ob sich die Worte Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn auch auf jene verfänglichen Stellen bezogen hätten, mit allem Nachdrucke entgegenzutreten. Die plumpe Art, mit welcher sich das leitende russische Blatt der Angelegenheit bemächtigt hat, scheint speziell geeignet, unserer Presse eine dankbare Gelegenheit für eine ruhige und würdige Replik zu bieten. Berchtold.

a) Wurde nicht abgedruckt.

Nr. 2478. Tel. aus Sofia, 8. März 1911 Nr. 23 (eing. 9. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng geheim. Bei meinem heute Herrn Dobrovič abgestatteten Abschiedsbesuche erschien plötzlich König Ferdinand und verlieh seiner „peinlichen Überraschung" Ausdruck, dass Seine k. u. k. Apostolische Majestät diesmal nicht geruht habe, ihm die hohe Auszeichnung eines Gegenbesuches zu erweisen, dessen er selbst als Vasallenfürst seinerzeit immer teilhaftig geworden sei. Ich antwortete Mitredner, ich hielte, wenn auch nicht berufen Allerhöchste Handlungen zu interpretieren, Intention der Kränkung seitens Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, des gütigsten

und nachsichtigsten Monarchen, der überhaupt nie jemanden verletzen wolle, für ausgeschlossen. ... *Persönliches.* ... Giskra.

[a]) Vgl. n. 2468, 2482, 2502.

Nr. 2479. Erlaß an den Leiter der Botschaft in Konstantinopel, Ladislaus Freiherrn von Müller, 10. März 1911 Nr. 537.[a]) Konz. (S. ?; V. Musulin; G. Aehrenthal).

Wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme an den Markgrafen Pallavicini vom 28. v. M. bekannt ist, habe ich mich veranlaßt gesehen, den genannten k. u. k. Botschafter kurz vor seiner Berufung zur interimistischen Führung des Wiener auswärtigen Amtes mit einer Message an die türkischen Minister zu betrauen, deren Inhalt mir durch meine Auffassung der gegenwärtigen Situation des türkischen Reiches eingegeben war. Um den Eindruck dieser meiner Mitteilungen bei den türkischen Staatsmännern zu vertiefen, halte ich es für wünschenswert, daß Euer Exzellenz bei Ihren ersten Unterredungen mit dem Großvezier und dem Minister des Aeußern sich ungefähr in demselben Sinne, nur womöglich in noch nachdrücklicherer Weise, vernehmen lassen und sich hiebei auf neuerliche mündliche Instruktionen meinerseits berufen. Euer Exzellenz wollen in Ihren Darlegungen zwei Momente besonders hervorheben, die ich auch in meiner Weisung an Markgrafen Pallavicini bereits des näheren auseinandergesetzt habe. Bezüglich der äußeren politischen Situation können Euer Exzellenz darauf hinweisen, daß dieselbe für die Türkei eine allgemein günstige sei, daß alle Mächte bestrebt wären, auf die Erhaltung der Ruhe am Balkan hinzuwirken und daß das neue Regime in der Türkei daher volle Aussicht habe, an seiner inneren Konsolidierung ungestört arbeiten zu können; etwaige Velleitäten dieses oder jenes Balkanstaates, ein Element der Störung in die ruhige Entwicklung der Dinge zu bringen, würden von keiner Großmacht ermutigt oder unterstützt werden. Wenn sonach die äußere Situation der Türkei ihren Freunden zu keinerlei Beunruhigung Anlaß gebe, so könne bedauerlicherweise von der inneren Lage des türkischen Reiches nicht dasselbe gesagt werden, die sich tatsächlich nicht als sehr befriedigend darstelle und die es an der Zeit erscheinen lasse, daß die Türkei baldmöglichst den richtigen Weg finde, um der Schwierigkeiten, die sie sich zum Teil selbst geschaffen, Herr zu werden. Während im Schoße der Regierung in Konstantinopel Unsicherheit und Unklarheit herrschten, wovon die häufigen Ministerwechsel und die fortwährenden Krisengerüchte Zeugnis gäben, seien in der Provinz, in Mazedonien und besonders in Albanien, die Zustände höchst unerfreulich. Euer Exzellenz wollen den Großvezier und Rifaat Pascha daran erinnern, daß ich speziell bezüglich der Behandlung der albanesischen Frage zu wiederholten Malen sowohl im Wege des Markgrafen Pallavicini wie durch den hiesigen türkischen Botschafter die bestgemeinten, freundschaftlichsten Ratschläge an die Pforte gelangen ließ. Die Pforte habe es vorgezogen, diese Ratschläge nicht zu beachten und habe es durch die Fortsetzung einer die eigensten Interessen des türkischen Reiches verkennenden Politik durch die bei der Entwaffnung der Albanesen angewendete Härte und Rücksichtslosigkeit und durch die Nichtberücksichti-

gung der nationalen Eigenart der Arnauten dahin gebracht, daß das festeste Bollwerk der ottomanischen Herrschaft in Europa erschüttert und an der montenegrinischen Grenze eine höchst unerquickliche Situation geschaffen worden sei. Angesichts dieser Tatsachen sei es begreiflich, daß mich die Unzugänglichkeit der türkischen Staatsmänner für die ihnen in der besten Absicht vermittelten Ratschläge und Warnungen einigermaßen enttäuscht und verstimmt habe. Ich könne nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie nicht erst durch ernste Komplikationen zur Umkehr auf dem begangenen Wege und zur Ueberzeugung von der Richtigkeit meiner Ratschläge gezwungen werden mögen.

[a]) Vgl. n. 2470, 2472, 2487, 2494, 2539.

Nr. 2480. Vortrag des Chefs des Generalstabs an den Kaiser, 10. März 1911 Res. Nr. 920 (eing. 9. Juni 1911 mit Zuschrift des Chefs der Militärkanzlei vom 9. Juni Nr. 1527). Abschrift.

In Ergänzung meiner am 6. Februar 1911[a]) unterbreiteten Denkschrift bitte ich, Euer Majestät in tiefster Ehrfurcht melden zu dürfen: Mit der mir am 9. März l. Js. zur Kenntnis gelangten Denkschrift des Ministers des Aeußern vom 4. März[a]) erscheint mir die Frage hinsichtlich der Haltung der Monarchie im Falle eines französisch-englischen Angriffes auf Deutschland nicht gelöst. Ich bitte daher Euere Majestät, Allergnädigst gestatten zu wollen, daß ich die Grundlagen der hiefür in Betracht kommenden Situation ganz kurz, wie folgt, kennzeichne: I. Frankreich und England greifen Deutschland an oder zwingen es zum Krieg, II. Italien und Rußland erklären sich neutral. III. Wie verhält sich in diesem Falle die Monarchie? Bleibt sie nur neutral oder unterstützt sie Deutschland aktiv? Ist letzteres überhaupt auch nur im Bereiche der Möglichkeit, dann sind jetzt schon militärische Vereinbarungen mit Deutschland unerläßlich, weil sich ansonst bei dem Charakter der heutigen Kriegsführung und Kriegsvorbereitung die erforderlichen Maßnahmen nicht rechtzeitig durchführen lassen. Die Zahl der beizustellenden Kräfte, ihre Ziele, der Raum für die Versammlung, die Instradierung in den Versammlungsraum sind Maßnahmen, die unbedingt schon im Frieden festgelegt sein müssen. Sollte jedoch für den gedachten Fall jedwede aktive Teilnahme der Monarchie am Kriege von vorneherein als ausgeschlossen betrachtet werden, dann könnte allerdings von den militärischen Vereinbarungen abgesehen werden. Dies zu entscheiden, fällt jedoch nicht in meinen Pflichtenkreis. Diese Frage müßte der Minister des Aeußern in dezidierter Weise klären, worüber ich eine Allergnädigste Entscheidung Euerer Majestät alleruntertänigst erbitte.

Conrad.

[a]) Vgl. Anm. b zu n. 2475 und n. 2543.

Nr. 2481. Privatschreiben nach Berlin, 11. März 1911.[a]) Konz. (S. Franckenstein; V. u. G. Aehrenthal).

Ich möchte heute auf einen Passus in Deinem Privatschreiben vom 31. Jänner l. J. zurückkommen, in welchem Du mir mitgeteilt hast, dass

Kaiser Wilhelm Dir gegenüber die Absicht geäussert habe, im Laufe dieses Frühjahres einen kurzen Besuch bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät abzustatten, ein Plan, der dann, wie Du mir am 2. l. M. geschrieben hast, nachträglich aufgegeben worden ist. Du wirst gewiss meine Empfindung teilen, dass diese Vorgangsweise unserem Allergnädigsten Herrn gegenüber nicht gerade die aufmerksamste ist. Wenn auch die Argumente, mit denen Herr von Kiderlen im Gespräche mit Dir das Unterbleiben des Besuches Kaiser Wilhelms zu erklären suchte, ziemlich klar und verständlich sind, so trägt doch, nachdem dieser Besuch einmal so gut wie angekündigt war, die spätere gegenteilige Entschliessung nicht den Charakter eines verbindlichen Vorgehens. Selbstverständlich ist es ja ganz zutreffend, wenn Kiderlen Dir sagte, dass zu häufige Begegnungen unserer Monarchen, wenn die Begleitumstände nicht die gleichen bleiben, zu unerwünschten Kommentaren im In- und Auslande Anlass geben können. Du kennst ja seit Jahren meine Anschauung, dass unser Bündnis, welches sich so bewährt hat, sicher fortbestehen wird, wenn auch nicht alle Jahre eine Zusammenkunft der Herrscher der beiden Kaiserreiche stattfindet. Es erscheint mir aber immerhin einigermassen auffallend, dass Kiderlen, da es doch unserem Allergnädigsten Herrn unberufen sehr gut geht und Er in völliger Frische seinen schwierigen Herrscheraufgaben nachkommt, Sich überdies immer sehr gefreut hat, Kaiser Wilhelm hier zu sehen, gerade das Moment der Rücksichtnahme auf Seine k. u. k. Apostolische Majestät besonders herangezogen hat, um das Unterbleiben des Besuches zu motivieren. Diese Rücksichtnahme hat offenbar dem Reichskanzler wie auch dem Staatssekretär ins Konzept gepasst. Seit vorigem Winter ist es mir vollkommen klar, dass Herr von Bethmann Hollweg seine vornehmste Aufgabe darin erblickt, die Beziehungen Deutschlands zu England und Russland zu verbessern. In solche Bestrebungen scheint ihm eine zu häufige Verbrüderung der beiden Souveräne sowie Österreich-Ungarns und Deutschlands nicht ganz hineinzupassen. Selbstverständlich habe ich gegen diese Absichten der deutschen Politik, die, wie mir scheint, den Interessen Deutschlands entsprechen, nichts einzuwenden, denn sie sind geeignet, den allgemeinen Frieden zu befestigen und kommen dadurch auch uns zugute. Ich hätte nur, wie gesagt, eine etwas andere Vorgangsweise gewünscht. ... *Auslandsreise des deutschen Kronprinzen, Behandlung der österreichischen Arbeiter im Deutschen Reich.* ... Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2473, 2484, 2554.

Nr. 2482. Tel. an den Legationsrat Rudolf Freiherrn von Mittag in Sofia, 11. März 1911 Nr. 6 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Matscheko; G. Pallavicini).*

Zum Telegramm Baron Giskras vom 8. v. M., Nr. 23. Euer Hochwohlgeboren wollen sich zu Herrn Dobrowitsch begeben und ihm behufs Weiterleitung an Seine Majestät König Ferdinand folgendes eröffnen: Der Gegenbesuch Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät sei aus dem Grunde unterblieben, weil unser Allergnädigster Herr aus dem Gespräche mit Seiner Majestät König Ferdinand zu entnehmen glaubte, daß der König

sofort abreise. Der Kaiser und König, Allerhöchstwelcher Sich über den Besuch Seiner Majestät König Ferdinands sehr gefreut habe, bedauere selbstredend dieses Malentendu. Euer Hochwohlgeboren wollen hinzufügen, daß hiedurch die Auffassung vollkommen bestätigt werde, die der Herr Gesandte gegenüber Seiner Majestät schon als seine persönliche Meinung vertreten habe und derzufolge jedenfalls der unterbliebene Gegenbesuch durch ein Mißverständnis zu erklären sei. Zu Ihrer Information bemerke ich, daß Herrn Sallabaschew hier eine analoge Mitteilung gemacht wurde. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 2502.

Nr. 2483. Erlaß nach Belgrad, 13. März 1911 Nr. 564.[a] Konz. (S. Matschekò; G. Pallavicini).

Streng vertraulich. Unter dem 3. l. Mts. Nr. 14[b] und dem 5. l. Mts. Nr. 15 A[c] haben Euer Exzellenz über zwei Unterredungen mit dem Herrn serbischen Minister-Präsidenten berichtet, in welchen letzterer aus Anlaß des abgeschlossenen Handelsvertrages und des darauf folgenden Austausches von Ordensauszeichnungen von einer neuen Epoche in den Beziehungen zwischen der Monarchie und Serbien sprach und hiebei in lebhafter Weise dem Wunsche nach einer Annäherung an uns Ausdruck verlieh. Wie dies Graf Aehrenthal wiederholt und unter anderem erst kürzlich in den Delegationen betont hat, ist auch die k. u. k. Regierung davon befriedigt, daß die Beziehungen zu Serbien gegenwärtig normale und gute seien und wünscht, daß sich dieselben in freundschaftlicher Weise weiter entwickeln mögen. Bei der Sinnesart der serbischen Staatsmänner und nach den gemachten Erfahrungen haben aber Euer Exzellenz recht daran getan, die Versicherungen Ihres Mitredners zwar in entgegenkommender Weise, aber ohne allzu großes Empressement zu quittieren. Auf den gleichen Ton wollen Euer Exzellenz bis auf weiteres im allgemeinen Ihre Sprache gegenüber den serbischen Ministern stimmen. Auf einen Punkt der Äußerungen Herrn Pašić' ersuche ich indes Euer Exzellenz ihm gegenüber bei nächster sich ergebender Gelegenheit zurückzukommen. Im Laufe des Gespräches bemerkte nämlich der Herr Ministerpräsident, er glaube annehmen zu können, daß dem Besuche des Königs bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät keine Hindernisse mehr im Wege stünden und daß derselbe noch im Laufe des Jahres stattfinden könnte. Euer Exzellenz wollen in Anknüpfung an Ihre frühere Konversation Herrn Pašić eröffnen, daß diese seine Annahme zutreffend ist und daß die k. u. k. Regierung der üblichen offiziellen Anfrage betreffs des Zeitpunktes jenes Besuches entgegensieht. Ich stelle es Euer Exzellenz anheim, dem Herrn Minister des Äußern eine analoge Mitteilung zu machen.

[a] Vgl. n. 2333, 2418, 2487, 2489. — [b] Mit Bericht Nr. 14, 3. März 1911 (eing. 4. März) wurde aus Belgrad die Überreichung der Großkreuze des Leopoldsordens an Pašić und Milovanović gemeldet, wobei Pašić äußerte, er hoffe Kaiser Franz Josef persönlich seinen Dank abstatten zu können, wenn König Peter vom Kaiser empfangen werde, da er unbedingt Wert darauf legen würde, im Gefolge des Königs zu sein. Er glaube annehmen zu dürfen, daß dem Besuche des Königs keine Hindernisse mehr im Wege stünden und daß derselbe noch im Laufe des Jahres stattfinden könnte. — [c] Vgl. Anm. b zu n. 2476.

Tel. nach Berlin, 14. März 1911 Nr. 20 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 2485.

Nr. 2484. Privatschreiben aus Berlin, 14. März 1911.[a]) Ausfert.

Vertraulich. Ich theile Euer Exzellenz Meinung, dass die Bestrebungen des Reichskanzlers und Herrn von Kiderlens, die dahingehen, die Beziehungen Deutschlands zu England und hauptsächlich zu Russland zu verbessern, es ihnen angezeigt erscheinen lassen, dass der ganz besonders intime Charakter des Freundschaftsverhältnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn nicht immer wieder durch Besuche Kaiser Wilhelms in Wien besonders markirt werde. Ich habe auch nie daran gezweifelt, dass die beiden Staatsmänner auch aus diesem Grunde Seiner Majestät den Rath ertheilen zu müssen glaubten, aus Anlass der Reise nach Corfu diesmal Seinen Besuch in Wien zu unterlassen. Kaiser Wilhelm hatte aber von allem Anfange an das richtige Gefühl, dass, nachdem Sein Besuch einmal schon so gut wie angekündigt war, eine spätere gegentheilige Entschliessung nicht mit Seinen Gefühlen vereinbar wäre, denen die Manifestirung Seiner intimen, von wahrer Anhänglichkeit und Verehrung getragenen Beziehungen zu unserem Allergnädigsten Herrn ein Herzensbedürfnis ist. Zu jenen Argumenten, die mir Herr von Kiderlen zur Begründung des Nicht-Stattfindens des Kaiser-Besuches in Wien mitgeteilt und die ich Euer Exzellenz einberichtet hatte, kam noch nachträglich jenes der Einladung des Königs von England zur Enthüllung des Denkmales der Königin Victoria nach London. Da Seine Majestät der deutsche Kaiser nach der Rückkehr von Corfu einen Séjour in den Reichslanden und in Wiesbaden schon früher beschlossen hatte und die diesbezüglichen Verfügungen schon getroffen waren, wäre es schwer möglich gewesen, die Zeit zu finden, die Rückreise über Wien leiten zu können. Den Ausweg hat Kaiser Wilhelm selbst gefunden, indem Er dem Reichskanzler erklärte, Er sei entschlossen in Wien anzufragen, ob Sein Besuch — auf der Hinreise nach Corfu — Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät genehm wäre. Bei dem vor einigen Tagen stattgefundenen sogenannten Botschafterdiner im Schlosse sagte mir Seine Majestät Kaiser Wilhelm, Er gebe Sich der bestimmten Hoffnung hin, dass Seine k. u. k. Apostolische Majestät unser Allergnädigster Herr, Sich mit diesem Projekte einverstanden erklären werde. Inzwischen ist nun die gnädige zustimmende Antwort hiezu eingetroffen. ... *Hofnachrichten, Besuch des deutschen Kronprinzenpaares in Wien.* ... Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2481, 2554.

Nr. 2485. Tel. nach Rom Nr. 18 (1) und Berlin Nr. 20 (2), 14. März 1911 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Andrian; G. Pallavicini).

1. Der italienische Botschafter hat dieser Tage mir gegenüber, offenbar im Auftrag seiner Regierung, das nicht ganz befriedigende Verhältnis Italiens zur Pforte zur Sprache gebracht und Befürchtungen betreffs der weiteren Entwicklung desselben geäußert, falls die Türkei nicht durch einen öffentlichen Akt des Entgegenkommens ihre freundschaftliche Gesinnung an den Tag lege. Ich bemerkte dem Herzog von Avarna, es sei mir wohl-

bekannt, daß in der letzten Zeit einzelne Divergenzen zwischen den beiden Regierungen vorgekommen seien, an solchen fehle es auch zwischen der Pforte und den anderen Mächten, zum Beispiel Österreich-Ungarn, keineswegs, man bemühe sich in solchen Fällen der aufgetauchten Schwierigkeiten einzeln mit Geduld Herr zu werden. Übrigens seien, soweit mir bekannt, dermalen keine akuten Differenzpunkte zwischen Italien und der Türkei mehr vorhanden. Der Herr Botschafter stellte dies nicht in Abrede. Gesprächsweise fügte ich auf Grund meiner persönlichen Wahrnehmungen in Konstantinopel hinzu, daß in der türkischen Hauptstadt dermalen die Ansicht weit verbreitet sei, Italien suche einen Vorwand, um auf Kosten der Türkei einen Erfolg zu erringen. Alle Schritte italienischerseits, welche geeignet seien, diesen Verdacht zu bekräftigen, könnten angesichts des erstarkten Nationalgefühles der ottomanischen Öffentlichkeit leicht zu unliebsamen Folgen, zum Beispiel zu einem anti-italienischen Boykott in der Türkei führen. Etwaige Koerzitivmaßregeln Italiens aber, wie zum Beispiel eine Flottendemonstration, könnten geradezu unübersehbare Konsequenzen nach sich ziehen und vor allem den status quo im ottomanischen Reiche auf das Ernsteste bedrohen, was ja doch keineswegs in den Zielen der italienischen Politik gelegen sei. Ich erwähnte schließlich noch, daß ich wiederholt in diesem Sinne mit meinem italienischen Kollegen in Konstantinopel gesprochen habe. Vorstehendes teile ich Euer Exzellenz zur vertraulichen Information mit und stelle anheim, falls sich eine Gelegenheit ergibt, den Inhalt gegenüber dem Herrn Minister des Äußern zu verwerten.

2. Ich telegraphiere an Herrn von Mérey: (Inseratur Telegramm ad 1).

[a]) Vgl. n. 2421, 2573.

Nr. 2486. Bericht aus London, 17. März 1911 Nr. 18 B (eing. 20. März).[a]) *Ausfert.*

In der Rede Sir Edward Greys vom vorigen Montag[b]) ist — nach dem Passus, in welchem er die freundlichen Erklärungen Euer Excellenz in den Delegationen über die Beziehungen zwischen der Monarchie und England erwidert (mein Telegramm Nr. 11 vom 14. l. Mts.)[c]) — für uns wohl das Interessanteste die Art, in welcher er sich über das deutsch-englische Verhältnis ausspricht. Der Ton, den er anschlägt, ist durchaus freundlich und entgegenkommend. Seine Bemerkung, dass bei neuen Freundschaften die alten, bestehenden „mitgebracht" werden sollen („we carry with us the friendships we already have got"), stimmt vollständig mit Allem überein, was er bisher gesagt hat. Sein Grundsatz ist der, dass gute Beziehungen mit Deutschland erwünscht sind, aber mit Beibehaltung der russischen Freundschaft und namentlich der entente cordiale mit Frankreich. Darin dürfte der Staatssekretär konsequent bleiben. Jedenfalls hat Sir Edward in seiner Rede öffentlich erklärt, dass die Beziehungen zwischen den Regierungen von London und Berlin in letzter Zeit gut waren und dass „die Leute erstaunt wären, wenn sie wüssten, wie leicht es in den letzten Jahren war, zwischen den beiden Regierungen über Differenzen in aufrichtiger

Weise zu diskutiren." Dies ist eine öffentliche Bekräftigung dessen, was mir Sir Edward Grey vor sechs Wochen sagte, das nämlich nach seiner Ansicht die Beziehungen zwischen England und Deutschland sich in den letzten Jahren dauernd und fortlaufend gebessert hätten (mein Telegramm Nr. 5 vom 1. Februar und Bericht Nr. 5 C*d)* vom 3. Februar l. J.). Ich hatte Gelegenheit, gestern mit dem Privatsekretär Sir Edwards auch über diesen Teil der Rede seines Chefs und über die anglo-deutschen Beziehungen überhaupt zu sprechen. Mr. Tyrrell bestätigte mir, dass die Kabinette von London und Berlin in freundschaftlichem Verkehre stehen. Als Beweis dafür führte er an, dass jede Frage, auch wenn sie schwierig sei, in vertrauensvoller Weise besprochen wird. Herrscht zwischen zwei Regierungen Spannung und Misstrauen, so könne man — wie im Privatleben — nur de la pluie et du beau temps reden. In Südwest-Afrika hätte es einige recht heikle Fragen gegeben, von denen die Öffentlichkeit nichts oder nur wenig wusste, die aber im versöhnlichsten Geiste besprochen und geregelt wurden. Bezüglich Persiens habe Deutschland gewiss nicht unberechtigte Bedenken wegen der Zukunft seines Handels vorgebracht; sobald aber von England die Aufklärung gegeben war, dass eine Behinderung des Handels anderer Staaten in Persien durchaus nicht beabsichtigt sei, habe Deutschland sich vollständig zufrieden gegeben. Mr. Tyrrell erklärte mir weiter, man habe hier vollständiges Vertrauen in die Aufrichtigkeit des deutschen Reichskanzlers, den man für absolut ehrlich und sehr verständig (honest and sensible) hält (im Gegensatz zu seinem Vorgänger). Das einzige Bedenken, das er habe — fuhr Mr. Tyrrell fort — sei, ob die deutsche Regierung die Macht haben werde, sich der weiteren Agitation des deutschen Flottenvereines und der mit demselben in Verbindung stehenden mächtigen Kreise entgegenzusetzen. Zu diesen zählt er die grossen Schiffsrheder, Krupp und alle diejenigen, welche an einer weiteren Entwicklung des Baues und der Ausrüstung von Kriegsschiffen Interesse haben und vermöge ihrer Finanzkraft über einen grossen Teil der deutschen Presse zu verfügen in der Lage sind. Der kritische Moment für die deutsch-englischen Beziehungen wird im nächsten Jahre kommen, wenn die deutschen Schiffsbauten programmässig abzunehmen beginnen. Kommt da eine neue grosse deutsche Flottenvorlage zum Vorscheine, so würde sich in England die Frage aufwerfen „gegen wen bauen die Deutschen?" und die Alarmisten à la Maxse, die sich in der Londoner Presse so breit machen, würden in weiteren Kreisen noch mehr Gehör finden. Bleibt hingegen die deutsche Flottenentwicklung in bescheidenen Grenzen, so werden in England diejenigen Recht behalten, welche die Alarmrufe als übertrieben bezeichneten und es würde Sir Edward die Möglichkeit geboten, an der weiteren Entwicklung der guten Beziehungen mit Berlin zu arbeiten. Ich habe seit meiner Unterredung mit Mr. Tyrrell Gelegenheit gehabt, mit meinem deutschen Kollegen zu sprechen. Derselbe ist der Ansicht, dass es seiner Regierung nicht schwer fallen würde, einer Agitation zu erhöhten Flottenrüstungen in Deutschland erfolgreich entgegenzutreten. Er stimmt mit mir darin überein, dass der Moment günstig ist, um an einer Verbesserung der Beziehungen zu arbeiten, während hier ein liberales Régime am Ruder steht und das Foreign Office von Sir

Edward Grey geleitet wird, der ohne Zweifel das Ziel verfolgt, alle auswärtigen Streitfragen nach Möglichkeit zu schlichten und jede Komplikation zu vermeiden. Nur bringt Graf Metternich immer das Bedenken vor: „ja, die Opposition!“ Er ist der Ansicht, dass eine dauernde Entspannung zwischen hier und Berlin nur dann erfolgreich zu Stande gebracht werden kann, wenn die beiden grossen englischen Parteien darin übereinstimmen. Ich bemühe mich stets, Graf Metternich davon zu überzeugen, dass wir vorläufig mit der liberalen Regierung zu rechnen haben, die voraussichtlich durch Jahre im Amte bleiben wird. Er scheint mir, wie so viele Leute, etwas zu sehr von der Presse impressionirt, die in überwältigender Majorität auf Seite der unionistischen Partei steht. Meiner Ansicht nach ist für die Beurteilung der englischen inneren Lage nichts irreführender als die grossen Londoner Blätter. Wenn man denselben Glauben schenken wollte, müsste man erwarten, dass die Tarif-Reform-Bewegung das ganze Land gewonnen habe und dass die Konservativen mit einer Mehrheit von über 100 Stimmen aus der Wahlurne hervorgehen würden. Gerade das Gegenteil davon ist geschehen und wird voraussichtlich noch durch absehbare Zeit der Fall sein. Ich kann also nicht umhin, unvorgreiflich zu glauben, dass, falls die leitenden deutschen Staatsmänner wirklich die détente wünschen, zu welcher der Beginn ja gemacht ist, die jetzige Zeit günstig wäre, um fortlaufend in ruhiger, durchaus nicht überstürzter und — wenn möglich — taktvoller Weise auf dieses Ziel hinzuarbeiten. Mensdorff.

a) Vgl. n. 2455, 2460, 2488. — *b)* Pol. Chronik der ö.-u. Mon. 1911, 205. — *c)* Kurzer Vorbericht; nicht aufgenommen. — *d)* Ausführlicher Bericht über die in den Telegrammen vom 24. Jan. 1911 Nr. 3, vom 1. Feb. 1911 Nr. 5 und vom 2. Feb. 1911 Nr. 6 gemeldeten Unterredungen, der jedoch nicht aufgenommen wurde, weil die genannten Telegramme bereits alles wesentliche bringen.

Nr. 2487. Note des Chefs des Generalstabs, 17. März 1911 Res. Nr. 1047.a). Ausfert.

Geheim. Die rasch fortschreitende Entwicklung der Wehrmacht Serbiens und Montenegros veranlaßt mich, die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz auf die Folgeerscheinungen zu lenken, welche sich aus der jeweiligen Balkanpolitik für die konkreten Kriegsvorbereitungen ergeben. Bis zum Jahre 1904 wurde von der Voraussetzung ausgegangen, daß bei einem Konflikt mit einem der Großstaaten auf das freundschaftliche Verhalten Serbiens gerechnet werden könne und bis zum Jahre 1907 wurde wenigstens von montenegrinischer Seite eine größere feindliche Aktion nicht erwartet. Dieses Verhältnis hat sich nunmehr radikal geändert und wir dürften in absehbarer Zeit bei jeder anderweitigen Komplikation Serbien und voraussichtlich auch Montenegro auf Seite unserer Gegner finden. In den Kriegsvorbereitungs-Arbeiten seit dem Jahre 1908 muß daher für den Fall eines Konfliktes mit einem Großstaate auf das Einsetzen eines relativ bedeutenden Teiles der Kräfte verzichtet werden, weil dessen Verwendung am Balkan unerläßlich erscheint. Inzwischen hat die serbische Wehrmacht eine überraschende Entwicklung erfahren. Während früher damit gerechnet werden konnte, daß bei einer serbischen Mobilisierung sich die schwerwiegendsten

Friktionen ergeben und daß der Aufmarsch der serbischen Streitkräfte infolge des Mangels an Eisenbahnen einen schleppenden Verlauf nehmen würde, muß heutzutage infolge der außerordentlichen Opfer, welche für die materielle Ausgestaltung der Armee und für den Ausbau der Bahnen gebracht wurden, die serbische Armee als gewichtiger Kraftfaktor eingeschätzt werden, was noch bedeutend gesteigert würde, falls tatsächlich die beabsichtigte Aufstellung von acht Infanterietruppendivisionen durchgeführt wird. Die Bedeutung Montenegros als Gegner ist wohl allgemein bekannt. Der Volkscharakter der Montenegriner, die Grenzkonfiguration in Süd-Dalmatien und die Unmöglichkeit, eigene Truppenverstärkungen infolge des Mangels einer normalspurigen Bahn frühzeitig hinunterzubringen, schufen hier eine wohl einzig dastehende schwierige Situation. Diese wird neuerdings durch die besonders von Italien und Russland unterstützte artilleristische und sonstige Ausrüstung der montenegrinischen Armee und durch den Ausbau der dortigen an unsere Grenze führenden Kommunikationen wesentlich verschärft. Ich möchte durch Anführung dieser Tatsachen andeuten, daß wir infolge der wachsenden militärischen Bedeutung Serbiens und Montenegros einer kritischen Situation entgegengehen, weil wir unsere Kräfte am Hauptkriegsschauplatz nicht derart schwächen dürfen, daß der entscheidende Erfolg auf diesem in Frage gestellt wird. Ich bitte daher Euere Exzellenz allen jenen Momenten eine besondere Würdigung zukommen zu lassen, welche es ermöglichen, im Falle eines Konfliktes mit einem Großstaate tunlichst geringe militärische Kräfte am Balkan zu binden.*1)* Ich brauche wohl nicht besonders zu betonen, daß die beste Grundlage hiefür in der verläßlichen patriotischen Haltung der Bevölkerung von Bosnien, der Herzegovina und Dalmatien zu suchen wäre, hervorheben möchte ich aber, daß alle Bestrebungen durch Konnivenz ein freundschaftliches Verhalten Serbiens und Montenegros zu erzielen, infolge der eigentümlichen Verhältnisse in diesen Staaten vom Standpunkt der Kriegsvorbereitungen immer wertlos sein werden, solange nicht durch eine radikale Änderung der politischen Verhältnisse ein förmlicher Anschluß dieser Staaten an die Monarchie erreicht wird. Auf Basis der bestehenden Verhältnisse erlaube ich mir aber die besondere Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz auf die Bedeutung des militärischen Verhaltens der Türkei in einem Kriegsfalle mit Serbien und Montenegro zu lenken. Schon die Belassung der in den Grenzräumen befindlichen türkischen Truppen, ferner die Verhinderung der Bildung von serbisch-montenegrinischen Banden im Sandžak Novibazar und die strenge Wahrung der Neutralität desselben, wäre militärisch für uns sehr wertvoll. Von umso höherer Bedeutung wäre jede in größerem Stil angelegte militärische Unternehmung der Türkei gegen die genannten Staaten, weil sie infolge der geographischen Verhältnisse gerade gegen den Rücken der serbischen und montenegrinischen Streitkräfte wirken würde. Vom militärischen Standpunkte erschiene mir daher jede Fortentwicklung des in der letzten Zeit angebahnten Anschlusses der Albanesen an Montenegro ebenso unerwünscht wie ein fortgesetzter Widerstand in Albanien gegen das jungtürkische Regime. Ich bitte Euere Exzellenz diese Ausführungen berücksichtigen und mir gütigst mitteilen zu wollen, ob ich bei

Bearbeitung von Kriegsvorbereitungen auf eine außerpolitische Situation rechnen könnte, welche ein Verhalten der Türkei im angedeuteten Sinne erwarten läßt. Conrad.

[1]) Sehr einverstanden.
[a]) Vgl. n. 2458, 2479, 2483, 2489, 2492.

Nr. 2488. Bericht aus London, 31. März 1911 Nr. 23 A (eing. 3. April).[a]) Ausfert.

Ich habe vorgestern Sir Edward Grey besucht, den ich seit drei Wochen nicht gesehen hatte. Der Herr Staatssekretär sprach mir zunächst von seinen Reden der letzten Zeit — über die ich bereits berichtet habe[a]) — und betonte, er habe die erste Gelegenheit wahrgenommen, um, wie er es mir in Aussicht gestellt hatte, auf die freundlichen Erklärungen Euer Exzellenz in den Delegationen bezüglich unserer beiderseitigen Beziehungen zu reagieren. Ich erwiderte, dass ich dies mit Freude wahrgenommen und meiner Regierung berichtet hätte. Im Übrigen schien mir Sir Edward mit dem Erfolge seiner Reden zufrieden zu sein, soweit ich seinen Äusserungen während unserer ganz allgemein gehaltenen Konversation entnehmen konnte. Er glaubt, der Ton den er anschlug, habe überall guten und beruhigenden Eindruck gemacht. Von der allgemeinen äusseren Lage sprechend, sagte mir Sir Edward, er verstehe absolut nicht die gegenwärtige Situation in Russland und könne die Handlungsweise Herrn Stolypines in Folge dessen vorläufig nicht beurteilen. Die chinesisch-russische Schwierigkeit sei glücklich behoben; übrigens habe dieselbe einen Teil der Erde betroffen, in welchem wirklich nur Russland und China Interessen hätten. In Folge dessen habe er sich auch nicht viel darum gekümmert. Vom Balkan habe Sir Edward — wie er mir sagte — in letzter Zeit wenig gehört, wisse also nicht mehr, als was in den Zeitungen steht. Sir Edward sagte mir ferner, die türkischen Propositionen betreffs der Bagdadbahn seien seit einiger Zeit eingetroffen und werden gegenwärtig eingehend studiert, wobei auch die Meinungen anderer Regierung-Departements eingeholt werden müssen, so namentlich des India Office und des Board of Trade. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2486.

Nr. 2489. Tel. aus Belgrad, 1. April 1911 Nr. 61 (eing. 4 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Zu Erlass Nr. 564 vom 13. v. M. Gelegentlich einer Audienz, welche ich heute bei König Peter hatte, sprach mir Seine Majestät seine Freude und Hoffnung aus, demnächst seinen Besuch bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät abstatten zu können. Hierauf ersuchte mich Minister des Äussern, die offizielle Anfrage zu übermitteln, ob der Besuch ungefähr um den 17. oder 18. Mai genehm wäre. Falls dieser Zeitpunkt den Dispositionen unseres Allerhöchsten Herrn entspricht, würde sofort hier das Datum genauer festgestellt und behufs endgiltiger Fixierung und Genehmigung bei uns angefragt werden. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2487, 2491, 2493.

Nr. 2490. Bericht aus Belgrad, 1. April 1911 Nr. 18 C (eing. 3. April).a) Ausfert.

Streng vertraulich. In meinem ergebensten Berichte Nr. 15 B vom 5. v. Mts. hatte ich die Vermutung ausgesprochen, dass die serbische Regierung zwar nicht den Mut haben werde, irgendwie gegen den der indiskreten Verbindung mit Masaryk und der perfidesten Lügen überwiesenen Sectionschef Spalajković vorzugehen, dass sie aber wohl trachten werde, ihn aus dem Ministerium auf einen Gesandtenposten zu entfernen. Seine auf Euer Exzellenz Befehl erfolgte, dem ganzen hiesigen diplomatischen Corps natürlich bekannt gewordene und, wie ich von mehreren unsere Vorgangsweise vollkommen billigenden Kollegen hörte, von ihnen ihren Regierungen gemeldete Boykottierung durch die k. und k. Gesandtschaft lässt seine Stellung in Belgrad ziemlich schwierig erscheinen. Tatsächlich beabsichtigte Herr Milovanović ihn auf den durch Herrn Sveta Simić's Tod frei gewordenen Sofioter Posten zu senden. Doch findet der Herr Sektionschef diese Gesandtschaft als für ihn zu unbedeutend und nimmt den Petersburger Posten in Anspruch. In diesem Falle sollte Herr Popović aus Petersburg mit der seit zwei Jahren unbesetzten Berliner Gesandtschaft betraut werden. Herr Spalajković wird in seinem Begehren von dem Herrn russischen Gesandten, dessen gehorsamer Diener, Berater und Zuträger er hier war, tatkräftig unterstützt, während der Minister des Äussern den Sektionschef als für Petersburg noch zu jung und eben wegen seiner übertriebenen Russophilie als nicht dahin passend betrachtet. Wie immer dieser Streit ausfallen mag, so wird es hier als wahrscheinlich betrachtet, dass der Herr Sektionschef nach Ostern nach Petersburg oder Sofia ernannt werden dürfte. Die Haltung unserer dortigen Missionen diesem eventuellen serbischen Gesandten gegenüber muss daher in Erwägung gezogen werden. In Befolgung des hohen Erlasses aus Budapest Nr. 467 vom 2. März l. J. haben sowohl ich als alle Mitglieder der k. und k. Gesandtschaft jeglichen Verkehr mit Herrn Spalajković abgebrochen und habe ich dies auch schriftlich der k. serbischen Regierung notifiziert. Schon von dem Standpunkte des Prestiges dieser k. und k. Gesandtschaft halte ich es für unbedingt empfehlenswert, dass seitens aller unserer anderen Vertretungen ein analoges Verhalten beobachtet werde, also weder die Chefs noch die Beamten der k. und k. Missionen in Petersburg und Sofia irgend einen offiziellen oder soziellen Verkehr mit diesem Herrn pflegen, ihn überhaupt nicht kennen lernen und auf seine Antrittsbesuche verzichten oder dieselben nicht erwidern. Es erfordert dies schon der Umstand, dass einzelne Mitglieder der Belgrader Mission zufällig nach Petersburg oder Sofia versetzt werden könnten. Die Boykottierung des genannten serbischen Beamten durch die ganze österreichisch-ungarische Diplomatie wäre wohl begründet, da er der Hauptinspirator der Masaryk-Vasić'schen Komödie war, um unsere Diplomatie und ihre Leitung international als eine Fälscherbande darzustellen. Besonders gravierend ist es, dass als die ganze Intrigue eigentlich kläglich scheiterte, Spalajković erfundene Äusserungen von mir an Masaryk übermitteln liess, um denselben zur Beweisführung zu bewegen, dass meinem eigenen Geständnisse gemäss, Euer Exzellenz deutsche Konzepte in Wien auf

serbisch fälschen liessen! Auch diese blödsinnige Erfindung hatte wenig Erfolg. Das Verhalten Herrn Spalajković's schliesst es aber, meiner ergebensten Ansicht nach, aus, dass je ein Mitglied unseres auswärtigen Dienstes mit ihm verkehrt. Übrigens ist der stets überspannt gewesene Mann in mancher Beziehung nicht ganz zurechnungsfähig. Sein Hass gegen die Monarchie hat sich seit der Annexion beinahe zu einer Geisteskrankheit entwickelt; einzig dies kann sein unglaubliches, im Einvernehmen mit dem hiesigen russischen Gesandten eingeschlagenes Vorgehen in der Affaire Masaryk erklären. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2527, 2535.

Nr. 2491. Tel. nach Belgrad, 3. April 1911 Nr. 26 (chiffr. 7 U. p. m.). Konz. (S. Buschmann; G. Rhemen).

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 61. Euer Exzellenz wollen dem Minister des Äußern mitteilen, dass der Zeitpunkt um den 17. oder 18. Mai Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät für den Besuch des Königs von Serbien vollkommen genehm wäre. Pallavicini.

Nr. 2492. Note an den Chef des Generalstabs, 3. April 1911 Nr. 719.[a]) Konz. (S. Maschinschrift; V. Pogatscher; G. Pallavicini).

Geheim. In dem sehr geschätzten Schreiben vom 17. März l. J. Nr. 1047 besprechen Euer Exzellenz die Konsequenzen, die sich aus der jeweiligen politischen Lage am Balkan für die konkreten Kriegsvorbereitungen ergeben. Aus den Ausführungen Euer Exzellenz geht hervor, wie wertvoll es vom militärischen Standpunkte wäre, wenn im Falle anderweitiger Komplikationen mit einem der Großstaaten nur verhältnismäßig geringe Kräfte für die Verwendung am Balkan gebunden zu werden brauchten. Euer Exzellenz weisen in diesem Zusammenhange auf die wahrscheinliche Stellungnahme Serbiens und Montenegros hin und gelangen schließlich zu der Frage, ob eventuell mit einer militärischen Aktion der Türkei gegen die genannten Staaten gerechnet werden könne. Ich kann nur vollkommen mit Euer Exzellenz in der Auffassung übereinstimmen, daß unsere politischen Bemühungen am Balkan dahin gerichtet sein müssen zu ermöglichen, daß im Falle eines Konfliktes der Monarchie mit einer europäischen Großmacht ein möglichst großer Teil unserer militärischen Kräfte für den Hauptkriegsschauplatz disponibel bleibe und ich darf wohl daran erinnern, daß die Durchführung der Annexion Bosniens und der Herzegowina mittelbar auch diesem Zwecke gedient hat. Es wurde durch die Annexion der Türkei gegenüber eine klare Situation und die Vorbedingung für die jetzige freundschaftliche Gestaltung unserer Beziehungen zu dem ottomanischen Reiche geschaffen. Auch Serbien gegenüber hat die Annexion den politischen Vorteil ergeben, daß es nunmehr für die serbischen Staatsmänner an der Verlockung fehlt, in krisenhaften Zeiten von der ungeklärten staatsrechtlichen Situation zu profitieren, die in den bloß okkupierten Provinzen vor der Annexion bestanden hat. Was die wachsende militärische Bedeutung Serbiens und Montenegros anbelangt und die Annahme Euer Exzellenz, daß

die voraussichtliche feindselige Haltung dieser Staaten im Falle einer europäischen Komplikation uns zu bedeutenden militärischen Aufwendungen an unserer Südseite zwingen würde, so möchte ich darauf hinweisen, daß man meiner Ansicht nach mit einer militärischen Aktion Serbiens und Montenegros gegen unsere Grenze zwar gewiß rechnen, daß dieselbe jedoch nicht unter allen Umständen eintreten muß. Es scheint mir nämlich durchaus nicht ausgeschlossen, daß die beiden slavischen Königreiche den Moment einer europäischen Konflagration zunächst dazu benützen würden, um ihre Ansprüche auf den türkischen Besitzstand anzumelden und daß sie dann einen Krieg gegen zwei Fronten jedenfalls werden vermeiden wollen. Anders steht es gegenwärtig mit der von Euer Exzellenz zuletzt berührten Frage eines eventuellen angriffsweisen Vorgehens der Türkei gegen die beiden genannten Balkanstaaten. Die türkische Politik ist im Augenblicke und mit Rücksicht auf den ihr gefährlicher erscheinenden bulgarischen Faktor darauf gerichtet, möglichst gute Beziehungen zu Serbien herzustellen und zu erhalten. Mit einer militärischen Aktion der Türkei gegen Serbien dürfte also in nächster Zukunft nicht zu rechnen sein. Diese Situation kann sich aber natürlich von einem Tage zum anderen modifizieren. Zusammenfassend möchte ich meine Auffassung dahin aussprechen, daß die äußere Politik der Monarchie zwar nach wie vor dahin gerichtet ist, durch die Pflege guter politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu den Balkanstaaten dahin zu wirken, daß (ich verweise hier auf die jüngst abgeschlossenen Verträge mit Serbien[b]) und auf die in Vorbereitung befindlichen Konventionen mit Montenegro) im Falle eines anderweitigen Engagements der Monarchie der Friede an unserer südlichen Grenze erhalten bleibe, daß aber natürlich eine Gewähr für die unter allen Umständen neutrale Haltung Serbiens und Montenegros nicht geboten werden kann.

[a]) Vgl. n. 2495. — [b]) Bittner, Chronol. Verz. d. österr. Staatsverträge III 618 Nr. 5413—5416.

Nr. 2493. Tel. aus Belgrad, 5. April 1911 Nr. 63 (eing. 6. April 9 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Inhalt des Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 26 Minister des Äussern mitgeteilt, welcher von Genehmigung des Zeitpunktes durch Seine k. u. k. Apostolische Majestät sehr dankbar Kenntnis nahm. Er wird sofort mit König sprechen und hofft gegen Ende der Woche genaue Vorschläge wegen Tag der Ankunft machen zu können. Wegen Festsetzung der Details der Reise frug der Minister mich, ob unser Allergnädigster Herr im Mai in Wien oder in Budapest zu residieren gedenke. Ich erwiderte, die Allerhöchsten Dispositionen seien mir noch nicht bekannt, doch würde ich alleruntertänigst anfragen.

Forgách.

[a]) Vgl. n. 2489, 2496.

Nr. 2494. Bericht des Legationsrates Stephan von Ugron aus Bukarest, 7. April 1911 Nr. 19 A (eing. 10. April).[a]) *Ausfert.*

Streng vertraulich. In einer längeren Audienz, die Seine Majestät der König mir gestern zu gewähren geruhte, hat Höchstderselbe — wie Er

dies gerne tut — alle bedeutenderen Fragen der Tagespolitik besprochen. Bezüglich der Vorkommnisse in der Türkei hat sich Seine Majestät ziemlich beruhigt geäußert. Höchstderselbe glaubt, daß die Regierung mit den Albanesen fertig und die Ruhe in absehbarer Zeit hergestellt werden wird. Allerdings muß ich bemerken, daß mir Herr Majorescu unlängst zugestanden hat, daß die Berichte ihres Gesandten in Konstantinopel ziemlich optimistisch gefärbt sind und nicht immer auf ganz guter Information beruhen, so daß es immerhin möglich ist, daß die optimistische Beurteilung der Lage in der Türkei seitens Seiner Majestät teilweise auf Rechnung des Berichtes des Herrn Papiniu zu setzen ist. Seine Majestät der König behauptet auch, aus ganz sicherer Quelle — wahrscheinlich durch den momentan hier anwesenden und in der Regel gut informierten Gesandten in Sofia, Herrn Diamandi — zu wissen, daß seitens Rußlands ein „namhafter Druck" auf König Ferdinand ausgeübt wurde, damit Bulgarien bei diesem Anlaß ruhig bleibe und dadurch eine „europäische Konflagration" vermieden werde. König Ferdinand sei überhaupt — meinte Seine Majestät — nicht sehr kriegslustig und es wird ihm wohl gelingen, sein Land von unüberlegten Schritten zurückzuhalten. Auch bezüglich der friedlichen Absichten König Nikolaus will Seine Majestät keinen Anlaß zu Besorgnissen haben. Besonders eingehend besprach der König die Angelegenheit der durch die königlich ungarische Regierung eingeleiteten Annäherungsaktion zwischen Ungarn und Rumänien.*b)* „Wir sind hier alle sehr an dieser Frage interessiert und wünschen aus ganzem Herzen, daß die Aktion zu einem befriedigenden Resultat führe." Allerdings meint Seine Majestät, daß dies nicht so leicht und schnell gehen wird; aber der bestehende gute Wille zur Annäherung ist beiderseits konstatiert und das ist schon ein großer Gewinn. ... *Der König zollt den Grafen Khuen und Tisza Anerkennung, betont, daß es selbstverständlich sei, daß die ungarländischen Rumänen bei Beibehaltung ihrer nationalen Individualität und ihrer Religion an der Idee des ungarischen Staates festhalten, gedenkt lobend Kállays, der ihm gegenüber schon vor 20—25 Jahren den ungarländischen Rumänen gegenüber den Standpunkt eingenommen habe, den die leitenden Politiker Ungarns heute vertreten. Endlich folgen Äußerungen über den Gesundheitszustand der Königin.* ...

Ugron.

a) Vgl. n. 2479, 2518. — *b)* Vgl. n. 2546.

Nr. 2495. Note des Chefs des Generalstabs, 7. April 1911 Res. Nr. 1345 (eing. 9. April).a) Ausfert.

Geheim. Für die unter Nr. 719 geheim vom 3. April mir übermittelte Beantwortung meiner Zuschrift Res. Glstbs. Nr. 1047 vom 14. März l. J. beehre ich mich Euerer Exzellenz meinen verbindlichsten Dank zu sagen. Die Ausführungen Euerer Exzellenz, dass im Falle einer grösseren Komplikation eventuell auch mit einer militärischen Aktion Serbiens und Montenegros gerechnet werden muss und dass trotz aller Bemühungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete unmöglich ist, eine Gewähr für die neutrale Haltung dieser Staaten zu bieten, decken sich vollständig mit meinen

Anschauungen. Gerade aus diesen Verhältnissen ergeben sich aber vom militärischen Standpunkte wichtige Konsequenzen. Vor allem zeigt es sich, dass für die konkreten Kriegsvorbereitungen auch eine sogenannte Besserung der Beziehungen zu Serbien und Montenegro geradezu als wertlos bezeichnet werden muss. Im Gegensatz hiezu besitzt ein gutes Einvernehmen mit der Türkei militärisch hervorragende Bedeutung, weil schon eine wohlwollende Neutralität, in umso größerem Maße natürlich eine militärische Betätigung dieses Staates unseren eigenen Kräften die Lösung der ihnen am Balkan zufallenden Aufgaben sehr erleichtern würde. Diese Aufgaben sind sehr schwierige und dürfen in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden. Ich möchte die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz darauf lenken, dass das weit verbreitete Schlagwort von dem alles mitreissenden Erfolge auf dem Hauptkriegsschauplatz für unsere Verhältnisse nur bedingte Geltung hat, weil ein Misserfolg auf den Balkan unter allen Umständen von unabsehbaren politischen und militärischen Konsequenzen begleitet wäre. Dies illustriert, — wie ich weiters die Anschauungen Euerer Exzellenz vom militärischen Standpunkte interpretieren möchte — dass Österreich-Ungarn tatsächlich für einen Krieg nach mehreren Fronten gerüstet sein muss und dass daher der von mir verlangte Ausbau der Wehrmacht im Interesse des Staates einer baldigsten Realisierung zugeführt werden sollte, — was meinerseits an den kompetenten Stellen stets vertreten werden wird. Ich bitte daher Euere Exzellenz diese Bestrebungen auch von Ihrem Ressortstandpunkte tatkräftigst zu unterstützen.

Conrad.

[a]) Vgl. n. 2539, 2567.

Nr. 2496. Privatschreiben nach Belgrad, 8. April 1911 Nr. 775.[a]) Konz. (S. Musulin; G. Pallavicini).

Streng vertraulich. In dem Berichte vom 1. April l. J. Nr. 18,[b]) der in dem Erlasse vom heutigen Tage Z. 22579/1[c]) seine offizielle Erledigung findet, erwähnen Euer Exzellenz, daß König Peter Ihnen gegenüber bemerkt habe, er hoffe mit Rücksicht auf seinen labilen Gesundheitszustand den Besuch bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät mit der Reise nach Paris verbinden zu können. Eine ähnliche Anspielung habe Euer Exzellenz nachher auch Herr Milovanović gemacht. Aus dem Umstande, daß in der offiziellen Antwort, die Euer Exzellenz auf Grund des eingangs zitierten Erlasses der königlich serbischen Regierung zu überbringen haben, der eventuellen Verbindung des Besuches König Peters am Allerhöchsten Hoflager mit jenem in Paris keine Erwähnung geschieht, können Euer Exzellenz entnehmen, daß eine Trennung dieser beiden Reisen, also eine Rückkehr König Peters nach Belgrad vor dem Antritte seiner Fahrt nach Paris, nicht zur Bedingung seines Empfanges durch Seine k. u. k. Apostolische Majestät gemacht wurde. Ich kann aber doch nicht umhin zu bemerken, daß eine Aufwartung König Peters bei unserem Allergnädigsten Herrn, gewissermaßen auf der Durchreise nach einem anderen Besuchsziel, nicht gerade einer richtigen Einschätzung der Auszeichnung entspricht, die dem serbischen Herrscher durch die Realisierung des lang gewünschten Empfanges am

Allerhöchsten Hoflager zutheil wird. Herr Milovanović scheint diesen Eindruck — der sich sehr leicht auch der Öffentlichkeit mittheilen könnte — auch selbst gehabt zu haben, da er Euer Exzellenz gegenüber gewissermaßen entschuldigend und beschönigend bemerkte, daß der Besuch in Paris sich nicht unmittelbar an jenen am Allerhöchsten Hoflager anschließe und zwischen beiden ein 2—3tägiger Aufenthalt in der Schweiz geplant sei. Diese Bemerkung Herrn Milovanović' wird Euer Exzellenz den Anlaß bieten, um in streng vertraulicher Weise das Gespräch auf die geplante Connexität der beiden Besuche zu lenken; Euer Exzellenz wollen darauf aufmerksam machen, daß die Nähe Budapests, wo der Besuch stattfinde, es König Peter bei aller Rücksichtnahme auf seinen Gesundheitszustand doch gestatten würde, nach dem Empfange durch Seine k. u. k. Apostolische Majestät wieder nach Belgrąd zurückzukehren und dort vor der Reise nach Paris jene Erholung zu finden, für die jetzt der 2—3tägige Aufenthalt in der Schweiz geplant sei; hinzufügen können Euer Exzellenz, daß angesichts des Umstandes, daß von der Pariser Reise König Peters schon seit Monaten die Rede sei, die Verbindung derselben mit dem Besuche König Peters am Allerhöchsten Hoflager in der Öffentlichkeit leicht den Eindruck erwecken könnte, als ob König Peter gerade nur gelegentlich seiner Pariser Reise sich in Budapest „auf der Durchfahrt" aufgehalten hätte. Diese Deutung wäre aber der königlich serbischen Regierung gewiß ebenso unerwünscht wie uns und daher seien Euer Exzellenz beauftragt, maßgebenden Ortes auf diese wahrscheinliche Consequenz des serbischen Reiseplanes aufmerksam zu machen und zu bemerken, daß eine Änderung desselben in Wien jedenfalls sehr appreciirt werden würde. Ich bemerke rein persönlich zu Euer Exzellenz, daß Rücksichten auf den Gesundheitszustand König Peters bei dem Plane, den Besuch am Allerhöchsten Hoflager mit jenem in Paris zu verbinden, kaum ausschlaggebend gewesen sein dürften; die Reise von Belgrad nach Budapest nimmt nur wenige Stunden in Anspruch und König Peter hat im Vorjahre die Strecke Petersburg—Konstantinopel beinahe ohne Aufenthalt zurückgelegt.

[a] Vgl. n. 2493, 2497, 2498, 2499. — [b] In dem Berichte Nr. 18 A, 1. April 1911 (eing. 3. April) wurde aus Belgrad die Audienz bei König Peter am 1. April 1911 geschildert. — [c] Mit dem Erl. Nr. 22579/1, 8. April 1911 wurde mitgeteilt, daß der 17. u. 18. Mai, die für den Besuch des Königs Peter vom Kaiser genehmigt wurden, in die Zeit des kaiserlichen Aufenthaltes in Budapest fallen.

Nr. 2497. Tel. nach Belgrad, 11. April 1911 Nr. 27 (chiffr. 7 U. p.m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Pogatscher).

Streng vertraulich. Zu meinem Privatbriefe vom 8. d. M. Wir sind vor kurzem von französischer Seite vertraulich sondiert worden, ob es den Tatsachen entspricht, daß König Peter „auf der Durchreise nach Paris" auch Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät seine Aufwartung machen wird. Diese Anfrage, auf die unsererseits ausweichend geantwortet wurde, dürfte zweifellos auf serbische Informationen zurückzuführen sein; sie bestärkt mich in meiner Ansicht, daß der Besuch König Peters in Budapest oder in Wien, wenn er in unmittelbarer Verbindung mit

jenem in Paris stattfände, von serbischer Seite als ein nicht zu umgehender Akt der Courtoisie hingestellt werden würde, eine Deutung, die wir nicht wünschen können und die den Tatsachen in keiner Weise entspricht. Ich muß demnach den größten Wert darauf legen, daß es Euer Exzellenz gelingt, im Sinne der in meinem zitierten Privatschreiben enthaltenen Instruktionen unseren Standpunkt in Belgrad zur Geltung zu bringen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2498, 2499.

Nr. 2498. Tel. aus Belgrad, 12. April 1911 Nr. 64 (eing. 3 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Telegramm Nr. 27 erhalten. Antwort [b]) auf Privatbrief Euer Exzellenz vom 8. d. M. ist gestern mittags abgegangen und dürfte heute nachmittags Euer Exzellenz zukommen. Ich bitte nach Erhalt derselben um eine dringende telegrafische Weisung, ob ich neuerlich in schärferer Weise Trennung des Besuches verlangen soll und die bereits von französischer Seite gebrauchten Worte „auf der Durchreise nach Paris" entsprechend verwerten darf. Da eine Rückkehr des Königs nach Belgrad auf 2—3 Tage kaum erreichbar wäre und auch einen für den König unangenehmen Eindruck hier hervorrufen würde, so wäre unser Verlangen sehr erleichtert, falls ich zur Mitteilung ermächtigt wäre, dass Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät der Besuch des Königs in Budapest am 10. Mai (eventuell noch 1—2 Tage früher) genehm wäre. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2499, 2500. — [b]) Vgl. n. 2499 Anm. d.

Nr. 2499. Vortrag an den Kaiser, 12. April 1911.[a]) Konz. (S. Calice; G. Pallavicini) u. Ausfert.

In Befolgung des mir von Euer Majestät mündlich erteilten Allerhöchsten Auftrages habe ich mittelst des hier ehrfurchtsvollst angeschlossenen Erlasses vom 8. April laufendes Jahres Nr. 22579/1[b]) den kaiserlichen und königlichen Gesandten in Belgrad angewiesen, der serbischen Regierung zu notifizieren, daß der Besuch Seiner Majestät des Königs von Serbien am 17. und 18. Mai Euer Majestät genehm wäre und daß Allerhöchstdieselben Sich um diese Zeit in Budapest befinden werden. Gleichzeitig habe ich Grafen Forgách aus den von mir Euer Majestät alleruntertänigst vorgetragenen Gründen mittelst des ehrerbietigst weiter angeschlossenen Privatschreibens gleichen Datums eingeladen, bei der serbischen Regierung dahin zu wirken, daß jener Besuch nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit der schon seit längerem feststehenden Reise des Königs nach Paris stattfinde, sondern daß Hochderselbe von Budapest nach Belgrad zurückkehre. Auf jenen Erlaß antwortete Graf Forgách mit dem an dritter Stelle gehorsamst beigelegten Berichte Nr. 19 A[c]) vom 11. laufenden Monats, mittelst welchem er nunmehr einen präzisen Vorschlag der serbischen Regierung einberichtet und die Anfrage unterbreitet, ob Euer Majestät die Ankunft König Peters in Budapest Montag, den 15. Mai und Höchstdessen Verweilen bis zum 17. vormittags genehm wäre. Zugleich hat mir Graf Forgách das hieneben ebenfalls alleruntertänigst unterbreitete Privatschreiben[d]) zukommen lassen,

in welchem er auf Grund seiner Unterredungen mit dem serbischen Minister des Äussern die Meldung erstattet, daß dem König augenscheinlich mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand an seiner direkten Weiterreise in die Schweiz und nach Frankreich gelegen wäre. Inzwischen hatte ich das ehrerbietigst an fünfter Stelle angeschlossene Telegramm[e] an den kaiserlichen und königlichen Gesandten in Belgrad ergehen lassen, um ihm mit Rücksicht auf den mir bekannt gewordenen Umstand, daß von serbischer Seite die Version verbreitet wird, König Peter werde sich „auf der Durchreise nach Paris" in Wien oder Budapest aufhalten, einzuschärfen, er möge unseren Standpunkt bezüglich der Trennung beider Reisen mit allem Nachdrucke zur Geltung bringen. Mittelst des heute eingetroffenen Telegrammes Nr. 64, welches ich schließlich ehrfurchtsvollst unterbreite, meldet Graf Forgách, daß unser Verlangen sehr erleichtert würde, falls er ermächtigt wäre, mitzuteilen, daß der Besuch des Königs in Budapest Euer Majestät bereits am 10. Mai (eventuell 1 bis 2 Tage früher) genehm wäre. Um mich in die Lage zu versetzen, den kaiserlichen und königlichen Gesandten in letzterem Punkte mit einer Weisung zu versehen, nehme ich mir die ehrerbietigste Freiheit, Euer Majestät zu bitten, mir Allerhöchstderen Entscheidung zukommen zu lassen. Pallavicini.

Auf der Ausfertigung: Mit Eintreffen des Königs in Buda-Pest am 10. Mai (wo möglich nicht früher) bin ich einverstanden. Franz Joseph *(eigenhändig).*

[a] Vgl. n. 2500, 2526. — [b] Vgl. n. 2496 Anm. c. — [c] Nicht abgedruckt, da der Inhalt im Wesentlichen oben wiedergegeben ist. — [d] In dem Privatschreiben aus Belgrad, 11. April 1911 (eing. 12. April) wurde über den Versuch berichtet, König Peter durch Milovanovic zu bewegen, nach dem Budapester Besuche wieder nach Belgrad zurückzukehren. Dieser Versuch scheiterte an der krankhaften Furcht König Peters vor Übermüdung (durch neuerliche Abschiedszeremonien in Belgrad), der bat, von Wien aus direkt weiterfahren zu dürfen, um sich auf dem Wege nach Paris noch einige Tage in der Schweiz ausruhen zu können. — [e] n. 2497.

Nr. 2500. Tel. nach Belgrad, 14. April 1911 Nr. 28 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Musulin; G. Pallavicini).

Euer Exzellenz Telegramm vom 12.[b] und Privatschreiben vom 11. l. M.[c] erhalten. Mit Rücksicht auf Euer Exzellenz Bemerkung, daß eine Rückkehr des Königs nach Belgrad auf 2 bis 3 Tage kaum zu erreichen wäre, habe ich mich veranlaßt gesehen, Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät unterthänigsten Vortrag zu erstatten und haben Allerhöchstdieselben sich damit einverstanden erklärt, den König eventuell schon am 10. Mai in Budapest zu empfangen. Wenn Euer Exzellenz also Ihre Bemühungen fortsetzen, eine Trennung der beiden Reiseprojekte zu erreichen, können Euer Exzellenz Herrn Milovanović sagen, daß Sie über die gesundheitlichen Bedenken König Peters, die es ihm wünschenswerth erscheinen ließen, nicht kurz vor der Reise nach Paris wieder nach Belgrad zurückzukehren, nach Wien berichtet hätten; Seine k. u. k. Apostolische Majestät habe sich daraufhin Allergnädigst bereit erklärt, König Peter eventuell schon am 10. Mai in Budapest zu empfangen. Die Einräumung dieser Latitude sei ein Akt ganz besonderer Rücksichtnahme auf den Gesundheitszustand und die

Schonungsbedürftigkeit König Peters. Der serbische Herrscher wäre sonach in der Lage sich — nach der kurzen und wenige Stunden währenden Rückreise von Budapest nach Belgrad — noch eine ganze Woche in seiner Hauptstadt auszuruhen und habe dann noch immer Zeit, die Reise nach Paris durch einen 2 bis 3tägigen Aufenthalt in Luzern zu unterbrechen. Es unterliegt keinem Anstand, daß Euer Exzellenz zur Unterstützung unseres Standpunktes, ohne die Quelle zu nennen, auch darauf verweisen, daß wir bereits darüber befragt worden wären, ob es wahr sei, daß König Peter sich auf der Durchreise nach Paris in Wien aufhalten werde. Rein persönlich bemerke ich zu Euer Exzellenz, daß wir nunmehr, wo durch die Möglichkeit des Empfanges am 10. Mai den gesundheitlichen Bedenken König Peters im vollsten Maße Rechnung getragen würde, den größten Werth darauf legen müssen, daß Höchstderselbe von diesem besonderen Entgegenkommen auch Gebrauch mache. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 2499, 2503. — [b] Nr. 64; vgl. n. 2498. — [c] Vgl. n. 2499 Anm. d.

Nr. 2501. Privatschreiben aus Paris an den Grafen Aehrenthal, 14. April 1911. Eigh. Ausfert.

Vertraulich. Iswolsky, den ich, als ich im Monat Jänner hier war, sehr gut gelaunt und zufrieden fand, scheint mir seit einiger Zeit eher missgestimmt. Auch die hiesigen Verhältnisse scheint er nicht mehr so rosig zu beurtheilen wie vor drei Monaten. Ich habe es natürlich vermieden, mit ihm über unsere Beziehungen zu Russland zu sprechen. Neulich erwähnte ich im Gespräche den Abgang Berchtolds von seinem Posten, was Iswolsky zum Anlass nahm, um sich recht absprechend über Berchtold zu äussern. „A part les griefs personnels que j'ai contre lui, et il y a certains de ses agissements qui auraient besoin d'être éclaircis, je crois que Berchtold n'est pas un homme politique vraiment sérieux. Personnellement il est peut-être très agréable. Mais je crois que, si pendant l'affaire de l'annexion nous avions eu un Ambassadeur à Vienne, ce qui malheureusement n'était pas le cas, et si, à la place de Berchtold il y avait eu un vrai homme politique, ayant du poids auprès de son Gouvernement et connaissant bien les affaires, beaucoup de malentendus auraient pu être évités." Ich antwortete Iswolsky, dass ich über die näheren Details der Verhandlungen und speciell über seine griefs personnels nicht unterrichtet sei, dass ich aber die Überzeugung habe, dass Berchtold, den Intentionen der Regierung entsprechend, stets in versöhnlichem Sinne gewirkt haben dürfte und lenkte dann das Gespräch auf einen anderen Gegenstand. Deinen Namen hat Iswolsky bei diesem Anlasse nicht erwähnt. Dass er aber jetzt versucht, die Verantwortung für gewisse malentendus auf die vermittelnden Organe zu wälzen, scheint mir nicht uninteressant. ... *Persönliches.* ... Szécsen.

Nr. 2502. Tel. aus Sofia, 14. April 1911 Nr. 46 (eing. 1 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

König Ferdinand hat mich, durch das so rasch stattgefundene Eintreffen goldenen Vliesses auf das Höchste beglückt, über mein laut Telegramm

Nr. 44[b]) vorgebrachtes Audienzansuchen zwei Stunden darauf noch gestern spät abends vor seiner in der Nacht erfolgten Abreise nach Philippopel in feierlicher einhalbstündiger Audienz, umgeben von Hofwürdenträgern und mit Insignien des Grosskreuzes des Stefans-Ordens angetan, in denkbar huldvollster Weise empfangen. Höchstderselbe hat mich in gross angelegter, von sichtlich tiefer Bewegung wiederholt unterbrochener Rede dringend ersucht, den Ausdruck seiner unsagbaren, unauslöschlichen Dankbarkeit, für die er vergebens nach Worten ringe, durch Euer Exzellenz an Stufen Allerhöchsten Thrones gelangen zu lassen. „Der höchste Orden der Christenheit erstrahlt zum ersten Male in den Ländern diesseits des Balkans und er betrachte dies als „d'heureux augure pour l'avenir." Giskra.

[a]) Vgl. n. 2478, 2482, 2507. — [b]) Nicht aufgenommen. Inhalt oben wiedergegeben.

Nr. 2503. Tel. aus Belgrad, 15. April 1911 Nr. 65 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 28. Ich habe in entsprechender Weise auf Minister des Äussern eingewirkt, welcher seinen und eventuell der Regierung Einfluss aufzubieten versprach, um König Peter in Anbetracht des Allergnädigsten, das Datum betreffenden Entgegenkommens Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, zur Trennung beider Reisen zu bewegen. Er wird Antwort mir spätestens morgen mitteilen. Durch Telegramme aus Wien und gestriges Wiener Abendblatt ist Nachricht über Besuch des Königs hier bekannt worden und erregte grosse Sensation und wird meist mit freudiger Befriedigung kommentiert. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2506.

Nr. 2504. Bericht aus St. Petersburg, 2./15. April 1911 Nr. 9 A (eing. 18. April). Ausfert.

Wie bereits telegraphisch gemeldet, habe ich das meine Abberufung notifizierende Allerhöchste Schreiben am 31. März/13. April l. J. in feierlicher Abschieds-Audienz in Tsarskoe Sselo Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus übergeben. Gleichzeitig habe ich Gelegenheit genommen mich beim höchsten Herrn für die Tags zuvor zugestellt erhaltenen Insignien des St. Alexander Newsky-Ordens zu bedanken. Seine Majestät sprach mir in gnädigster Weise mit warmen Worten Sein Bedauern über den Anlass der Audienz, wie auch die Hoffnung aus, mich noch im Leben zu begegnen. Auch erwähnte Kaiser Nikolaus, dass es Ihrer Majestät der Kaiserin sehr leid getan hätte, in Folge einer vergangene Woche zugezogenen starken Erkältung nicht an der Audienz teilnehmen und auch meine Frau nicht mehr empfangen zu können. Der höchste Herr liess mich dann niedersitzen und erkundigte Sich, was nun meine weiteren Pläne seien, ob ich die Carrière gänzlich zu verlassen gedenke und so weiter. Sodann gieng Seine Majestät auf das politische Gebiet über und frug mich um meine Ansicht über die gegenwärtige Lage auf der Balkan-Halbinsel. Meine Äusserungen über das Verhältnis der jung-türkischen Regierung zu den Albanern im Vergleiche

zu den diesfälligen hamidischen Traditionen brachte Kaiser Nikolaus auf das Thema der Gebrechen des gegenwärtigen Régime's in Konstantinopel. Mit lebhaftem Nachdrucke betonte der höchste Herr, dass die Erfahrungen, die man mit dem neuen Systeme gemacht habe, sehr ungünstig seien. Es zeige sich nun, wie voreilig und albern die Beifalls- und Sympathie-Kundgebungen der öffentlichen Meinung gewesen seien. Die gegenwärtige Regierung sei derzeit nichts als ein Werkzeug in den Händen des Komité's in Saloniki. Die Freiheits- und Gleichheits-Phrasen des Letzteren aber wären nur die Maske ihrer bodenlos egoistischen Intentionen und Ziele. Gerade so sei es mit den Wortführern der französischen Revolution gewesen und zeige sich nun wiederum, wie leicht sich die Welt betören lasse. Mit einer Nuance von Befriedigung fügte Kaiser Nikolaus bei, dass man nun in Konstantinopel gezwungen sei, nach zwei Seiten hin Front zu machen, in Albanien und im Yemen-Gebiete, eine Folgeerscheinung der verkehrten Politik der derzeitigen Machthaber. Wie geringer Gunst sich das neue Régime beim russischen Monarchen erfreut, konnte schon aus der vom höchsten Herrn gebrauchten Bezeichnungsweise Seiner Majestät des Sultans als „le Sultan actuel, je ne sais pas comment il s'appelle" ersehen werden. Der Zar kam im weiteren Verlaufe der Audienz auf den Besuch des deutschen Kronprinzenpaares in Wien zu sprechen und gab Seiner freudigen Genugtuung über das Wohlbefinden unseres Allergnädigsten Herrn Ausdruck, welches Seiner Majestät gestattet habe, den Festlichkeiten anzuwohnen. Den Gedanken einer asiatischen Reise des deutschen Kronprinzenpaares als sehr nützlich bezeichnend, da man die dortigen Verhältnisse nur durch eigene Anschauung richtig kennen und einschätzen lernen könne, ergieng Sich der höchste Herr in längeren Betrachtungen über die Situation in China, Betrachtungen, die dahin ausklangen, dass bei unbehinderter Fortentwicklung des chinesischen Neugestaltungsprozesses Russland in 10 bis 12 Jahren an seiner langgestreckten östlichen Festlandsgrenze einen sehr gefährlichen Nachbar haben werde. Die schliessliche Bemerkung „pour le moment ils ne sont pas encore dangereux" schien geeignet, eine Illustration abzugeben zu den trotz Beilegung des akuten Konfliktes in der hiesigen Presse anhaltend fortdauernden Treibereien gegen das Reich der Mitte. Seine Majestät sprach die Hoffnung aus, das deutsche Kronprinzenpaar, welches durch die Pestepidemie im Fernen Osten verhindert worden war, den geplanten Rückweg über die sibirische Bahn zu nehmen, im Mai in St. Petersburg begrüssen zu können. Der schweren Erkrankung des Herrn Ministers des Äussern Erwähnung tuend, stimmte Kaiser Nikolaus lebhaft ein, als ich der ausgezeichneten Eigenschaften Herrn Sazonows gedachte und der Hoffnung Ausdruck gab, dass es doch noch möglich sein werde ihn zu retten. Aus den Worten Seiner Majestät konnte ich entnehmen, dass der Höchste Herr mit den Débuts Seines Ministers ausserordentlich zufrieden sei und dass Er es als einen schweren Verlust ansehen würde, den Mann „qui avait justement si bien engagé la partie" zu verlieren. Nach der Audienz wurde mir und den Mitgliedern der Botschaft die Ehre zu Teil, zur Frühstückstafel zugezogen zu werden, an welcher ausser den obersten Hofchargen und der Suite des Kaisers der temporäre Kommandierende des kaiserlichen

Hauptquartieres General-Adjutant Strukow, der Verweser des Auswärtigen Amtes Neratow und der General-Gouverneur von Kiew, General-Adjutant Trepow, Anteil nahmen. Bei dem darauf folgenden Cercle geruhte mich Seine Majestät noch einmal in ein längeres Gespräch zu ziehen, wobei jedoch das politische Gebiet nicht mehr berührt wurde. Berchtold.

Nr. 2505. Bericht aus St. Petersburg, 2./15. April 1911 Nr. 9 B (eing. 18. April). Ausfert.

... Erkrankung des Ministers des Äußern ... Vorläufig hat die Fernhaltung Herrn Sazonow's von der Geschäftsführung jenen dunklen Elementen im Auswärtigen Amte Vorschub geleistet, die mit der versöhnlichen Politik des Ministers Deutschland und Österreich-Ungarn gegenüber nie sympathisiert, vielmehr dieselbe nach Tunlichkeit contrecariert haben. In der Haltung der inspirierten Presse, welche sich seit einiger Zeit wieder ganz im alten Fahrwasser bewegt, ist dies deutlich zu erkennen. Die gegen die deutsche Politik vorgebrachten Lästerungen und Verdächtigungen haben bereits einen Grad erreicht, der die „Kölnische Zeitung" zu einer scharfen Zurückweisung veranlasst hat. Parallel mit dieser der Potsdamer Verbrüderung Hohn sprechenden Vorgangsweise wird auch keine Gelegenheit versäumt, die österreichisch-ungarische Politik zu verleumden. So sind die für den Sommer in Aussicht stehenden galizischen Manöver als Vorbereitung für den Vormarsch nach Lublin und Kiew interpretiert und die tendenziöse Meldung eines russischen Zeitungskorrespondenten aus Konstantinopel über eine angebliche Démarche des Baron Müller bei Rifaat Pascha als Ausgangspunkt für Hetzartikel genommen worden, worin die Insinuation eines bevorstehenden Einmarsches der österreichisch-ungarischen Truppen in Nowi Bazar breitgetreten wird. Es verdient hervorgehoben zu werden, dass diese unerfreulichen Symptome zeitlich zusammenfallen mit dem auffällig raschen Avancement eines der unruhigen Geister im Auswärtigen Amte, des wirklichen Staatsrates Nelidow, welcher vor Kurzem zum Beamten für besondere Aufträge ernannt wurde und neuestens zum Vizedirektor des I. Departements vorgerückt ist. Herr Neratow scheint diesen Vorgängen willen- und machtlos gegenüber zu stehen.

Berchtold.

Nr. 2506. Tel. aus Belgrad, 16. April 1911 Nr. 66 (eing. 17. April 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Seine Majestät König Peter ist Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät für die Allergnädigste Rücksichtnahme auf seinen Gesundheitszustand bei Bestimmung des Datums sehr zu Dank verpflichtet. Unserem Vorschlage und Wunsche gemäss werden die zwei Reisen nach Budapest und nach Paris getrennt und durch die Rückkehr nach Belgrad unterbrochen. Damit der König aber eine volle Woche in Belgrad verweilen und während der Reise zwei Tage in der Schweiz sich ausruhen könne, lässt König Peter unseren Allergnädigsten Herrn bitten, zu geruhen, seine Ankunft und seinen Besuch in Budapest bereits für Sonntag den 7. nachmittags zu genehmigen.

Streng vertraulich. Minister des Äussern sagte mir, dass Änderung der Pläne und Berücksichtigung unseres Wunsches bei der eigentümlichen Natur des Königs nicht leicht zu erreichen war. Er bittet daher Euer Exzellenz dringend, die Bitte des Königs unserem Allergnädigsten Herrn, falls es die Allerhöchsten Dispositionen gestatten, befürwortend vorzutragen. Die Nachricht des Besuches in Budapest fährt fort, das grösste Aufsehen zu erregen und wird von einzelnen, stets gegen uns hetzenden Pressorganen zu Angriffen gegen die Regierung und uns ausgenützt. Der Artikel des Neuen Wiener Tagblattes, welcher zuerst die Nachricht brachte, wurde hier allgemein reproduziert. Dessen unglückliche Form sowie der bedauerliche Umstand, dass die Begnadigung unserer als Spione verurteilten Staatsangehörigen mit dem Königsbesuche in Verbindung gebracht wurde, erweckt den Verdacht, dass dieser Artikel von einer Seite inspiriert wurde, welche den Besuch hier kompromittieren wollte. Forgách.

[a]) Vgl. n. 2503, 2508.

Nr. 2507. Tel. aus Sofia, 16. April 1911 Nr. 49 (eing. 17. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Wie aus meinem Telegramme Nr. 47[b]) bekannt, beabsichtigt König Ferdinand, sich demnächst zwecks Abstattung seines offiziellen Besuches nach Wien zu begeben. Nähere Aussprache nach seiner Rückkehr aus Philippopel, die morgen oder übermorgen erfolgen dürfte. Diese tournure de phrase könnte Bedeutung haben, ich möge in Wien sondieren, wann sein Besuch genehm wäre? Ich vermöchte nun dem König bei oberwähnter Unterredung vielleicht zu sagen, ich hätte auf seine blosse Andeutung hin natürlich noch nicht Anfrage nach Wien gerichtet und sei demzufolge auch noch ohne irgend welche Orientierung Euer Excellenz, wann sein Besuch stattfinden könnte. Anderseits vermöchte ich aber — gerade diese Unwissenheit vorschützend — dem König irgend einen Zeitpunkt als den nach meiner privaten unbefangenen Meinung geeignetsten nahezulegen, woferne Euer Excellenz mich über einen solchen Termin zu orientieren geruhen. Ich gestatte mir, diese etwas komplizierte Vorgangsweise angesichts der bekanntlich auch ungemein komplizierten, namenlos empfindlichen Individualität König Ferdinands anzuregen, da dieser im Stande wäre, aus der Ablehnung eines von ihm ins Auge gefassten Zeitpunktes oder Ortes vielleicht wieder eine „Beleidigung" zu konstruieren. Da heutige Agence bulgare Besuch König Peters in Wien ankündigt und König Ferdinand vielleicht beabsichtigen könnte, ihm zuvorzukommen oder doch baldigst nachzufolgen, erbitte ich Drahtantwort. Ich brauche Euer Excellenz Augenmerk bestimmt nicht darauf zu lenken, dass es mir kaum in unserem politischen Interesse gelegen erscheint, dass dieser Besuch allzu früh erfolgt, da wir bis zu diesem Zeitpunkte König Ferdinand gewiss insoferne in der Hand haben, als er es durchaus wird vermeiden müssen, uns irgendwie Unliebsames zu unternehmen, um nicht derart Realisierung seines Besuches zu kompromittieren. Giskra.

[a]) Vgl. n. 2502, 2522, 2547. — [b]) Nicht aufgenommen. Wesentlicher Inhalt oben wiedergegeben.

Nr. 2508. Tel. aus Belgrad, 19. April 1911 Nr. 68 (eing. 7 U. 10 M. p. m.).[a] Entziff.

Telegramm Euer Exzellenz Nr. 29[b] erhalten und Minister des Äussern verständigt. Derselbe nahm dankend von der Allerhöchsten Entschliessung Kenntnis, so dass Ankunft des Königs von Serbien endgiltig für den 7. Mai nachmittags in Budapest bestimmt erscheint. Bezüglich der Rückreise hat König Peter ersucht, dieselbe, zur Vermeidung einer Nachtreise, für den 9. in Aussicht zu nehmen; Abreise von Budapest würde am 9. Vormittags erfolgen. Das Allergnädigste Anbot eines Hofseparatzuges wird Minister dem Könige vortragen und mir morgen dessen Antwort übermitteln. Forgách.

[a] Vgl. n. 2506, 2509. — [b] Liegt nicht vor.

Nr. 2509. Tel. aus Belgrad, 20. April 1911 Nr. 69 (eing. 3 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. König Peter ist über die heftigen, gegen seine Person gerichteten Artikel mehrerer Budapester Zeitungen, Az Ujság, Pesti Napló und so weiter, sehr betroffen. Minister des Äussern bittet Euer Excellenz dringend, dass dagegen offiziös sofort eingewirkt und das Erscheinen freundschaftlicher Artikel in den übrigen Budapester Blättern versucht werde. König und Regierung scheinen sehr besorgt, dass sich eine unfreundliche, eventuell bei dem Empfange zum Ausdrucke kommende Stimmung in Budapest bilde. Forgách.

[a] Vgl. n. 2508, 2510.

Nr. 2510. Tel. aus Belgrad, 20. April 1911 Nr. 70 (eing. 21. April 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu Telegramm Euer Exzellenz Nr. 29.[b] König Peter wird von dem Allergnädigsten Anbot eines Hofseparatzuges dankend Gebrauch machen. Da infolge der Nähe der Grenze ein Umsteigen in Semlin ein unnützer Aufenthalt wäre, glaubt serbische Regierung annehmen zu sollen, dass unser Hofzug bis Belgrad dirigiert wird und der König denselben schon von hier und zurück benützen kann. Forgách.

[a] Vgl. n. 2509, 2511. — [b] Liegt nicht vor.

Nr. 2511. Tel. aus Belgrad, 21. April 1911 Nr. 73 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Ich wollte Minister des Äussern Inhalt des Telegrammes Euer Excellenz Nr. 31[b] mitteilen und fand den sonst so ruhigen Minister in einem Zustande ungewohnter Erregung. Der König sei soeben bei ihm gewesen und habe noch einige andere Minister berufen, da er sich teilweise in höchster Aufregung, teilweise in tiefer Depression befinde infolge der fortgesetzten überaus heftigen Angriffe eines Teiles der ungarischen Presse gegen seine Person. Mehrere Artikel lauteten dahin, dass seine Ankunft eine Schande für Budapest sei, er werde nur daselbst empfangen, weil er für Wien zu schlecht sei, er gehöre höchstens ins Vorzimmer und

so weiter. Der König frage unter diesen Umständen seine Minister, ob der Besuch überhaupt möglich sei, ob er in Budapest nicht ...c) ausgesetzt sein würde. Dies würde das politische Verhältnis statt zu bessern nur erschweren. Die Regierung habe getrachtet, ihn zu beruhigen und Minister des Äussern werde ihn nachmittags aufsuchen und meine kalmierenden Worte übermitteln. Doch sei die Regierung betroffen, dass während sie in ihrem Organe in den letzten Tagen die Belgrader Presse öfters zurechtgewiesen habe, bei uns keine offiziöse Missbilligung der so unziemlichen Sprache einiger Budapester Blätter erfolgte und dass die angesehenen Organe, zum Beispiel Pester Lloyd, schweigen. Minister des Äussern schien mir deswegen impressioniert, weil die Belgrader Presse ihn und die Regierung ohnehin heftig angreife und gewisse Kreise durch ...c) der Budapester Blätter direkt bei dem schwachen Könige gegen die Reise zu hetzen und zu intrigieren trachten.

Forgách.

a) Vgl. n. 2510, 2512. — b) Liegt nicht vor. — c) Chiffre verstümmelt.

Nr. 2512. Tel. nach Belgrad, 22. April 1911 Nr. 37 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport; V. Musulin; G. Pallavicini).

Vertraulich. Der hiesige serbische Gesandte ist eben bei mir erschienen und hat mir im Namen seiner Regierung die nachfolgende Mittheilung gemacht: König Peter, seine Regierung und die serbische öffentliche Meinung stehen unter dem deprimirenden Eindrucke der von den halbamtlichen Blättern unwidersprochen gelassenen Angriffe der ungarischen Publizistik aus Anlaß der Ankündigung des Besuches des serbischen Herrschers in Budapest. Der Besuch des Königs werde nicht als eine Ehrung, sondern als eine Degradirung Budapests hingestellt. Die der Regierung feindlichen serbischen Organe finden in der Sprache der ungarischen Presse Argumente, um ihre Campagne umso heftiger weiterzuführen. König Peter erwäge daher, ob es nicht opportun wäre, seinen Besuch bis zu einem Momente zu verschieben, wo sich die Aufregung hüben und drüben gelegt haben würde. Der Besuch König Peters solle eine neue Epoche freundschaftlich nachbarlicher Gesinnungen zwischen Serbien und Österreich-Ungarn inauguriren. Wenn sich in Budapest unter dem Eindrucke der Zeitungscampagne unangenehme Zwischenfälle ergäben, könnte der Zweck des Besuches gefährdet und sogar das bereits Erreichte wieder in Frage gestellt werden. Ich habe Herrn Simić geantwortet, daß ich vollkommen mit ihm in der Auffassung übereinstimmte, daß von dem Besuche König Peters der Beginn einer Periode besserer und vertrauensvoller Beziehungen zwischen der Monarchie und Serbien zu erhoffen sei. In diesem Sinne würde das Zusammentreffen König Peters mit unserem Allergnädigsten Herrn auch von der maßgebenden öffentlichen Meinung der beiden Reichshälften aufgefaßt werden. Die wenigen, ausschließlich oppositionellen, ungarischen Blätter, die eine ungebührliche Sprache gegen König Peter führten, thäten dies, wie allen Kennern der einschlägigen Verhältnisse klar sei, nur zu dem Zwecke, um der ungarischen Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Auf dieselbe Tendenz — nämlich, der eigenen Regierung möglichst unbequem

zu werden — seien ja auch die Hetzartikel des größten Theiles der serbischen Presse zurückzuführen. Übrigens hätten seither wichtige offiziöse Organe, wie der „Budapesti Hirlap" und der „Pester Lloyd" die Sprache der oppositionellen ungarischen Blätter energisch zurückgewiesen und die Reise des Königs in sympathischen Artikeln besprochen. Unter diesen Umständen sei die Beunruhigung König Peters wegen unliebsamer Zwischenfälle während seines Budapester Aufenthaltes vollkommen unbegründet. Was die Anregung einer eventuellen Verschiebung des königlichen Besuches anbelange, so wäre ich nicht in der Lage, mir dieselbe jetzt, wo alle Verfügungen für den Empfang König Peters am 7. Mai bereits getroffen seien, zu eigen zu machen und sähe ich mich auch außerstande, Seiner kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät einen diesbezüglichen Vortrag zu unterbreiten. Ich könnte mir auch von einer eventuellen Verschiebung des königlichen Besuches keinerlei praktischen Nutzen versprechen. Eine Differenz von Tagen oder Wochen würde da keinen Unterschied machen, man müßte sich also eventuell serbischerseits damit befreunden, den Besuch König Peters auf Jahre hinaus zu verschieben. Meine Sprache, besonders mein letztangeführtes Argument schien auf Herrn Simić Eindruck gemacht zu haben, denn er betheuerte, mit keinem Vorschlage beauftragt gewesen zu sein und nur eine der momentanen Stimmung König Peters entsprungene Anregung überbracht zu haben. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und eventuell zur Regelung Ihrer Sprache. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 2511, 2513.

Nr. 2513. Tel. aus Belgrad, 22. April 1911 Nr. 74 (eing. 2 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Zu Telegramm Euer Exzellenz Nr. 32.[b] Ich habe schon wiederholt vom Minister des Äussern genaue Angabe der Suite des Königs verlangt. Minister erwiderte, dass König sich infolge der Presshetze in einem solchen erregten Zustande befinde, dass Bestimmung des Gefolges noch immer nicht stattfinden konnte. Ich hoffe, Liste noch heute zu erhalten. Ich habe selbstverständlich mit Minister des Äussern ausgemacht, dass in der militärischen Suite sich kein Individuum befinden darf, welches auch nur in der entferntesten Weise mit den blutigen Ereignissen von 1903 und den Verschwörern im Connex stand. Forgách.

[a] Vgl. n. 2512, 2524. — [b] Vgl. Anm. b zu n. 2514.

Nr. 2514. Tel. aus Belgrad, 22. April 1911 Nr. 75 (eing. 4 U. 10 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 32[b] bis 36[c]. Ich habe soeben sowohl mit Minister des Äussern als zufällig mit Ministerpräsidenten gesprochen und ersehen, dass ungünstige ungarische Blätterstimmen und Ausbleiben unserer offiziösen Missbilligung derselben von gewisser Seite bei dem Könige nur verwertet werden, um

ihn noch mehr einzuschüchtern, dass aber sowohl König als Regierung natürlich vielmehr durch hiesige, noch immer andauernde und beinahe zunehmende Zeitungshetze impressioniert sind. König dürfte durch Drohungen des hiesigen Gesindels (Universitätshörer ...*d)* verein, Mitglieder macedonischer Banden) sehr erschreckt sein. Ein Gewährsmann erzählte mir, dass auch im Offizierskorps angeblich unzufriedene Stimmen laut werden. Minister des Äussern sagte mir, die Polizei könne das angeblich für den dritten Ostertag geplante Meeting der Universitätsstudenten, welche gegen die Reise protestieren wollen, nicht ganz verbieten, werde aber selbstverständlich jede Demonstration verhindern. Ich habe beiden Ministern gesagt, dass die Regierung selbst an der jetzigen Stimmung schuld sei, weil sie die masslose Hetze gewisser Kreise in der Affaire Masaryk gegen uns geduldet und durch die skandalöse Führung des Prozesses Vasić, welcher eigentlich Masaryks Lügen bekräftigen sollte, gefördert habe. Der gegen uns in so bewusst falscher und ungerechter Weise gezüchtete Hass bereite nunmehr der eigenen Regierung und dem Könige die verdienten Schwierigkeiten. Forgách.

a) Vgl. n. 2513, 2515, 2517. — *b)* In diesem Tel. wird mitgeteilt, daß der Hofseparatzug Kaiser Franz Josefs König Peter in Belgrad abholen werde. — *c)* Liegen nicht vor. — *d)* Chiffre verstümmelt.

Nr. 2515. Tel. aus Belgrad, 22. April 1911 Nr. 76 (eing. 23. April 9 U. a. m.).a) Entziff.

Gefolge des Königs würde aus Minister des Äussern, Generaladjutant, Sekretär des Königs, Leibarzt und 4—6 Adjutanten und Sekretären, sowie Dienerschaft bestehen. Minister des Äussern sagte mir, er könne noch keine genaue Liste geben, da er heute König nicht sah und Höchstderselbe noch keine definitiven Anordnungen getroffen hat. Streng (vertraulich).*b)* Minister sagte meinem italienischen Kollegen, dass König gestern infolge der Budapester Preßstimmen und hiesiger Drohungen in einem Zustande war, der jede vernünftige Konversation ausschloss. Da Minister vom Sekretär des Königs erfuhr, dass die Erregung des Königs heute andauert, wolle er ihn womöglich während der 2 bis 3 Ostertage nicht aufsuchen und hoffe, dass er sich derweil beruhigen werde. Auch habe Minister wegen unserer Auffassung über Budapester Stimmung an Herrn Simić telegrafiert. Italienischer Gesandter hat den Eindruck, dass Minister von Wien eine autoritativ beruhigende, die Möglichkeit von Inzidenzfällen und Demonstrationen in Budapest als ausgeschlossen betrachtende Antwort zu erhalten hofft, um damit auf den erregten und erschreckten König einzuwirken. Forgách.

a) Vgl. n. 2514, 2517. — *b)* Chiffre fehlt.

Nr. 2516. Tel. des Gesandten Grafen Johann Forgách an den Legationsrat Franz Freiherrn von Haymerle in Belgrad, 24. April 1911 Nr. 38 (chiffr. 1 U. 20 M. p. m.).a) Konz. (S. Forgách; V. u. G. Schlechta).

„Bitte wegen Gefolge Minister des Äussern nicht drängen, sondern ihm mittheilen, dass ich spätestens Donnerstag Abend eintreffe, ihm Freitag

Vormittag genaues Programm für Budapester Aufenthalt übergeben werde und erwarte, dass er mir dann genaue Liste des Gefolges mittheilen kann. Forgách". Macchio.

a) Vgl. n. 2517.

Nr. 2517. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Belgrad, 25. April 1911 Nr. 78 (eing. 3 U. 10 M. p. m.).a) Entziff.

In Entsprechung Euer Excellenz Telegrammes Nr. 38 von gestern teilte ich Minister des Äussern den für ihn bestimmten Teil desselben mit. Derselbe sagte mir, dass er genaue Liste des den König Peter nach Budapest begleitenden Gefolges soeben Herrn Simić nach Wien gesendet habe und gab mir Kopie derselben. Dieselbe folgt in Bericht. Herr Pašić fährt nicht mit. Gefolge entspricht hiesigem Telegramm Nr. 76 vom 22. d. M. und befindet sich darunter, soweit hieramts festgestellt werden kann, keine Person, welche mit den blutigen Ereignissen von 1903 in Verbindung stand. Herr Simić und der serbische Militärattaché in Wien werden ebenfalls den König von hier aus begleiten. Minister des Äussern teilte mir auch mit, dass er nicht glaube, dass ein öffentliches Protestmeeting hiesiger Studenten (Telegramm Nr. 75 vom 22. d. M.) abgehalten werde. Heute findet jedenfalls keines statt. Ohne dass ich die Konversation darauf lenkte, sagte mir Minister, dass die hiesige Bewegung gegen den Königsbesuch abflaue.
Haymerle.

a) Vgl. n. 2520.

Nr. 2518. Privatschreiben aus Berlin, 25. April 1911.a). Ausfert.

... *Personalnachrichten* ... In Nordalbanien ist die Situation, wie auch Du in Deinem Briefe bemerkst, noch immer eine ungeklärte. Daß Montenegro hiebei ein doppeltes Spiel spielt, scheint mir zweifellos. Im Aussenamt wird mir erzählt, der deutsche Gesandte in Cetinje melde, daß in seiner Anwesenheit König Nikolaus vor ganz Kurzem dem türkischen Gesandten auf das eindringlichste versichert habe, daß Er die stricteste Neutralität beobachten werde und alle Verfügungen in diesem Sinne getroffen habe. Über die Krise in dem jungtürkischen Comité sind von Baron Marschall, der erst vor einigen Tagen von einem kurzen Urlaube nach Constantinopel zurückgekehrt, nur spärliche Berichte eingetroffen. Bekanntlich besteht das Saloniki-Comité des Vereines „Einheit und Fortschritt" zum nicht geringen Teile aus ehemaligen spanischen Juden, die zum Islam übertraten und ihre politische Erziehung in Frankreich in den Kreisen der dort herrschenden Freimaurer erhalten haben. Gegen diese Elemente richtete sich die Action der Dissidenten im Comité, die sich innerhalb desselben in der Majorität befinden. Die Action dieser Dissidenten scheint von dem Großvezir und von Schefket Pascha gebildet worden zu sein. Ministerialdirektor Zimmermann ist der Meinung, es sei hoch an der Zeit, daß der Nebenregierung dieses Comités ein Riegel vorgeschoben werde.
Szögyény.

a) Vgl. n. 2494, 2539.

Nr. 2519. Tel. nach Paris, 25. April 1911 Nr. 12 (chiffr. 5 U. p. m.).[a] Konz. (S. Koziebrodzki; G. Pallavicini).

Gleich nach seiner Rückkehr aus Paris hatte Herr Crozier mir gegenüber die Möglichkeit betont, daß die französische Regierung durch die Ereignisse in Fez sich genötigt sehen könnte, militärisch einzuschreiten,[b] doch erst anläßlich eines neuerlichen Besuches des Botschafters stellte sich heraus, daß dies damals die offizielle Mitteilung sein sollte, die seither auch in Berlin erfolgte. Ich erwiderte, daß nach den mir zugekommenen Nachrichten die Lage nicht so ernst zu sein scheine, daß wir jedoch vollkommen verstehen würden, wenn Frankreich militärische Maßnahmen trifft, falls dies zum Schutze der französischen Militärmission sowie der französischen Staatsangehörigen und Schutzgenossen nötig sein werde. Allerdings würde ein allzu langes Verbleiben französischer Truppen in Fez der Sache einen politischen Charakter geben. Eine Verständigung Euer Exzellenz glaubte ich bis zur völligen Klarstellung der Sachlage hinausschieben zu sollen. Angesichts der nunmehr bekannten Stellungnahme Deutschlands haben wir wohl kein Interesse, deutscher zu sein als die Deutschen und Frankreich Schwierigkeiten zu bereiten. Wir werden daher eine zuwartende Haltung einnehmen und behalten uns vor, gegebenenfalls Frankreich in freundschaftlicher Weise auf die Algecirasakte aufmerksam zu machen. Unsere Rolle in der uns selbst wenig berührenden Frage kann nur eine zwischen den Gegensätzen allenfalls vermittelnde sein. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 2529, 2536. — [b] Vgl. G. P. XXIX 86 Nr. 10537. Dort auch die deutschen Aktenstücke über die Entwicklung der Marokkokrise bis zu diesem Zeitpunkt, zu welchen die ö.-u. Aktenstücke aus derselben Zeit nichts wesentlich neues bringen. Vgl. auch das französische Gelbbuch: Affaires du Maroc VI. Zusammenstellung der Literatur bei H. Lutz, Lord Grey u. d. Weltkrieg S. 305. Auch für die Folgezeit werden nur die Aktenstücke gebracht, welche die Stellungnahme Österreich-Ungarns zur Marokkokrise beleuchten.

Nr. 2520. Tel. an den Legationsrat Franz Freiherrn von Haymerle in Belgrad, 26. April 1911 Nr. 39 (chiffr. 3 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Musulin; G. Pallavicini).

Wie Euer Hochwohlgeboren aus den Mittheilungen der Presse bekannt, ist Seine k. u. k. Apostolische Majestät vor etwa zwei Wochen von einem leichten Katarrh heimgesucht worden, der auch bereits zur Absage der allgemeinen Audienzen Anlaß gegeben hat. Da die Heiserkeit Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät bisher nicht gewichen ist, haben die behandelnden Ärzte nach einer gestern vorgenommenen Untersuchung Seiner Majestät den dringenden Rath ertheilen zu sollen geglaubt, Sich in nächster Zukunft große Schonung aufzuerlegen und Sich von allen Veranstaltungen fern zu halten, die die Möglichkeit einer Verkühlung oder Überanstrengung bieten; die Ärzte haben Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät zwar die Reise nach Budapest gestattet, Allerhöchstdieselben aber gebeten, Seinen dortigen Aufenthalt auf die kürzeste Zeit zu beschränken und Sich je früher nach Gödöllö zu begeben. Angesichts dieses dringenden ärztlichen Rathes sehen Sich sohin Seine k. u. k. Apostolische Majestät zu Allerhöchstihrem lebhaften Bedauern

außer Stande, den für den 7. Mai anberaumten Besuch Seiner Majestät König Peters entgegenzunehmen; Allerhöchstdenselben würde es aber zur lebhaften Freude gereichen, wenn der geplante Besuch Seiner Majestät König Peters in einem späteren Momente, etwa im Herbste dieses Jahres, stattfinden könnte. Euer Hochwohlgeboren wollen die vorstehende Mittheilung durch Vermittlung Herrn Milovanović unverzüglich zur Kenntnis König Peters gelangen lassen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2517, 2521, 2523, 2524.

Nr. 2521. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Belgrad, 26. April 1911 Nr. 80 (eing. 27. April 9 U. a. m.).a) Entziff.

Sofort nach Erhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 39 von heute begab ich mich zu Minister des Äussern und teilte ihm Inhalt desselben mit, ihn ersuchend, unverzüglich Seiner Majestät König Peter davon Mitteilung zu machen. Da es aber schon gegen 10 Uhr abends war, erklärte Minister des Äussern, dass er leider nicht mehr zu dem Könige gehen könne, da Höchstderselbe bereits schlafe; er werde aber morgen schon um 8 Uhr früh König Peter verständigen. Da aber bei der hiesigen insolenten Presse alles möglich ist, ersuchte ich Herrn Milovanović, die hohe Zustimmung Euer Exzellenz erhoffend, persönlich, von mir aus auf das dringendste, auf die gesamte hiesige Presse auf das energischeste einzuwirken, damit die durch das Unwohlsein Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät hervorgerufene zeitweilige Verschiebung des Königsbesuches, nicht in einem anderen Sinne kommentiert werde, was der Herr Minister des Äussern mir als selbstverständlich zusagte. Haymerle.

a) Vgl. n. 2522, 2524, 2526.

Nr. 2522. Tel. nach Sofia Nr. 19 (1) und Cetinje Nr. 29 (2), 26. April 1911 (chiffr. 6. U. p. m.).a) Konz. (S. Musulin; G. Pogatscher).

1. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramme bis Nr. 61.b)

2. Zu Euer Hochwohlgeboren Bericht Nr. 26 A vom 20. l. M.c)

1 und 2. Seine k. u. k. Apostolische Majestät leiden seit einiger Zeit an einem leichten Katarrh der Atmungsorgane. Obwohl das Allgemeinbefinden unseres Allergnädigsten Herrn glücklicherweise ein sehr gutes ist und auch der Katarrh an sich keinerlei Bedenken einflößt, haben die behandelnden Ärzte Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, um die vorhandene Heiserkeit zu beheben, nahelegen zu sollen geglaubt, Allerhöchstsich in nächster Zeit von allen Veranstaltungen fern zu halten, die Anlaß zu einer Verkühlung oder Überanstrengung bieten könnten. Angesichts dieses dringenden ärztlichen Rates haben Sich Seine k. u. k. Apostolische Majestät entschlossen, den für den 7. Mai l. J. anberaumten Besuch König Peters unter dem Ausdrucke Allerhöchstihres lebhaften Bedauerns abzusagen und der Hoffnung Ausdruck zu geben geruht, daß der in Aussicht gestellte höchste Besuch in einem späteren Zeitpunkte, etwa im Herbste l. J., zu Stande kommen werde. Seine k. u. k. Apostolische Majestät wird zwar die geplante Reise nach Budapest unternehmen, beabsichtigt aber, Sich in der

Hauptstadt nur ganz kurze Zeit aufzuhalten und sodann nach Gödöllö zu übersiedeln.

1. Mit Rücksicht auf die Bemerkung Herrn Dobrović's, daß König Ferdinand seine offizielle Reise nach Wien demnächst mit Euer Hochwohlgeboren besprechen wolle, teile ich Ihnen das Vorstehende zur Regelung Ihrer Sprache mit.

2. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache, da König Nikolaus Ihnen von seiner Absicht einer Aufwartung bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät gesprochen hat. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2507, 2521, 2523, 2530, 2532 Anm. b, 2534, 3000. — *b)* Wurde nicht aufgenommen. — *c)* Danach habe König Nikolaus von Montenegro betont, „daß er die Absicht nicht aufgegeben habe, sobald als nur möglich, seine Antrittsvisiten zu machen, und zwar in Wien, dann in St. Petersburg, der Besuch in Sofia müsse aber auf den Herbst aufgeschoben bleiben. Bisher habe Ihn sein Leiden (in den letzten Wochen ein Ekzem am Fusse) und nun auch der Malissoren-Aufstand verhindert. Ich warf Seiner Majestät ein, dass es vielleicht keine so schlechte Idee wäre, trotz Albanesenbewegung oder gerade wegen derselben, ins Ausland zu reisen, — wenn der König sein Land verlässt, würde er damit am besten beweisen, dass er keine kriegerischen oder feindseligen Tendenzen gegen den Nachbar hege. Der König entgegnete: „Ich habe auch schon daran gedacht, — es geht aber doch nicht."

Nr. 2523. Privatschreiben des mit der Führung der Amtsgeschäfte des Ministers des Äußern betrauten Botschafters Markgrafen Johann Pallavicini an den Minister des Äußern, 26. April 1911.a) Eigh. Ausfert.

Wenn auch der Gesundheitszustand Seiner Majestät ein guter ist, so hält doch die Heiserkeit seit Wochen an. Gestern wurde auf Dringen Montenuovos Dr. Chiari consultirt, der sich dahin aussprach, daß die Anstrengungen, die mit dem Besuche des Königs von Serbien in Budapest verbunden wären, wenn möglich vermieden werden müßten. Unter diesen Umständen glaubte ich dem Kaiser rathen zu sollen, daß der Besuch König Peters verschoben werde. Seine Majestät stimmte sofort zu und verfügte, daß nach Belgrad telegrafirt werde, der Kaiser bedauere jetzt den König nicht empfangen zu können, hoffe aber Ihn im nächsten Herbste zu sehen. Ich glaube, man wird in Belgrad ganz froh sein, daß die Sache vorläufig diese Lösung gefunden hat, da man im letzten Augenblicke ängstlich geworden war und ohnedies eine Verschiebung des Besuches gewünscht hatte. Ein Ansinnen, welches wir zurückgewiesen hatten; nun kommt aber die Absage von uns. ... *Persönliches.* ... Pallavicini.

a) Vgl. n. 2520, 2522, 2524.

Nr. 2524. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Belgrad, 27. April 1911 Nr. 81 (eing. 5 U. 25 M. p. m.).a) Entziff.

Verfolg meines gestrigen Telegrammes Nr. 80. Minister des Äussern teilt mir mit, dass er gleich heute früh Seiner Majestät König Peter im Sinne meiner ihm übermittelten Allerhöchsten Entschliessung betreffs der leider notwendig gewordenen Verschiebung des Königsbesuches Mitteilung gemacht habe. Seine Majestät beauftragte den Herrn Minister, mir zu sagen,

dass Höchstderselbe diese Verschiebung seines Besuches bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät auf das lebhafteste bedauere, gleichzeitig seiner Freude Ausdruck gebend, dass derselbe noch im Laufe dieses Jahres, eventuell im Herbste, stattfinden werde, dass Höchstderselbe aber vor allem sein tiefstes Bedauern über den Grund derselben zur Allerhöchsten Kenntnis Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät gebracht wissen wolle und dass Höchderselbe von tiefstem Herzen wünsche, dass Seine Majestät der Kaiser und König sich möglichst schnell und vollkommen erhole, wie dies ja auch aus den weiteren nur auf Rat der Ärzte und aus Rücksicht auf ernstes Schonungsbedürfnis getroffenen Dispositionen Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät glücklicherweise sicher zu erwarten sei. Minister des Äussern ersuchte mich, Euer Excellenz auch in vollkommen gleichem Sinne seine und der gesamten serbischen Regierung Gefühle zu übermitteln. Der Minister des Äussern las mir das an die halboffiziösen Regierungsblätter „Samouprava" und „Odjek" herausgegebene und den anderen hiesigen Zeitungen übermittelte, noch heute nachmittags erscheinende Regierungscommuniqué vor. Dasselbe ist ganz entsprechend Euer Excellenz gestrigem Telegramme Nr. 39 und in dem vorerwähnten Sinne gehalten, zugleich hervorhebend, dass der Besuch König Peters bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät in hohem Masse zur Verstärkung der von beiden Seiten erwünschten freundschaftlichsten Beziehungen beitragen werde. Haymerle.

[a]) Vgl. n. 2523, 2525, 2526.

Nr. 2525. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Belgrad, 27. April 1911 Nr. 82 (eing. 28. April 9 U. a. m.). Entziff.

Samouprava und Odjek bringen das in meinem Telegramme Nr. 81 von heute vom Minister des Äussern in Aussicht gestellte Regierungscommuniqué. Die Politika hat es wörtlich abgedruckt; die meisten anderen hiesigen Zeitungen bringen es ebenfalls, nur in etwas gekürzter Form. Die Blätter kommentieren Verschiebung in ruhigem Tone. Werde Communiqué samt dem heutigen Zeitungsrapport noch abends einberichten. Soweit zur Stunde zu beurteilen, wird die von Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät Allerhöchst beschlossene Verschiebung des Besuches König Peters speziell in Regierungskreisen als eine grosse Courtoisie von Seiten Seiner Majestät des Kaisers und Königs ausgelegt, da, wenn auch der Königsbesuch von serbischer Seite für den anberaumten Termin im Mai durchgeführt worden wäre, die momentan angeblich ganz unerwarteterweise gegen den Besuch aufgebrachte hiesige allgemeine Stimmung der serbischen Regierung und speziell König Peter für den Fall des jetzigen Zustandekommens des Besuches höchst unangenehm gewesen wäre und eventuell doch zu peinlichen Zwischenfällen hätte führen können. Haymerle.

Nr. 2526. Vortrag an den Kaiser, 27. April 1911.[a]) Konz. (S. Musulin; G. Pogatscher) und Ausfert.

Wie Euer Majestät aus dem ehrfurchtsvollst anverwahrten Telegramme des kaiserlichen und königlichen Geschäftsträgers in Belgrad vom 26. laufen-

den Monates, Nr. 80, huldvollst entnehmen wollen, hat sich Freiherr von Haymerle des ihm gewordenen Auftrages bereits entledigt und durch Vermittlung des Herrn Milanović zur Kenntnis Seiner Majestät König Peters bringen lassen, daß dessen Besuch in Budapest am 7. Mai laufenden Jahres nicht werde stattfinden können. Ich wage nunmehr, Euer Majestät den untertänigsten Antrag zu unterbreiten, Euer Majestät wollen Allergnädigst gestatten, daß der kaiserliche und königliche Gesandte Graf Forgách nach seiner Rückkehr nach Belgrad König Peter in einer zu diesem Zwecke zu erbittenden Audienz das Bedauern Euer Majestät über den unterbleibenden Besuch und die Hoffnung, daß dieser Besuch in einem späteren Zeitpunkte stattfinden werde, auch mündlich zum Ausdrucke bringe. Ich erwarte mir von einer solchen huldreichen Verfügung Euer Majestät die beste Wirkung auf eine etwa vorhandene Empfindlichkeit des serbischen Herrschers.

Pallavicini.

Auf der Ausfertigung: Ganz einverstanden mit dem gestellten Antrage. Franz Joseph *(eigenhändig).*

[a]) Vgl. n. 2499, 2524, 2528.

Nr. 2527. Privatschreiben des mit der Führung der Amtsgeschäfte des Ministers des Äußern betrauten Botschafters Markgrafen Johann Pallavicini an den Minister des Äußern, 27. April 1911.[a]) Ausfert.

Ich muß heute von meinem Prinzip, Deinen Urlaub möglichst wenig durch geschäftliche Fragen zu stören, leider in einem Fall abgehen und Dich um die Mitteilung Deiner kompetenten Entscheidung bitten. Es handelt sich um die Angelegenheit Spalajković. Wie Dir vielleicht schon aus Zeitungsmeldungen bekannt ist, hat man in Belgrad, offenbar in der Erkenntnis, daß die Situation des famosen Sektionschefs angesichts unserer energischen Stellungnahme gegen ihn nachgerade eine unhaltbare geworden ist, den Entschluß gefaßt, ihn ins Ausland zu entsenden und den Posten in Sofia für ihn in Aussicht genommen. Das Agrément der bulgarischen Regierung soll bereits vorliegen und so dürfte Herr Spalajković schon in der nächsten Zeit nach Sofia abgehen. Es hat sich nun die Frage ergeben, wie sich unsere Gesandtschaft in Sofia zu dem neuen serbischen Kollegen verhalten soll. Wie Du Dich erinnerst, hast Du Forgách, nachdem Herr Spalajković ihm im Laufe der Vasić-Affaire Äußerungen in den Mund gelegt hatte, die er nicht gemacht hat und nicht machen konnte, anfangs März dieses Jahres beauftragt, für sich sowie das Personal der Gesandtschaft jeglichen Verkehr mit dem serbischen Sektionschef abzubrechen und diese Weisung der serbischen Regierung zu notifizieren. Forgách hat nun, als er die bevorstehende Entsendung Spalajković nach Sofia meldete, angeregt, daß unsere Mission in Sofia angewiesen werden möge, ebenfalls jeglichen Verkehr mit Herrn Spalajković zu vermeiden, und diese Anregung seither bei mir auch persönlich vertreten. Ich trage jedoch Bedenken, eine derartige Weisung zu erlassen. Eine so weit gehende Boykottierung Herrn Spalajković würde — wenn er sie auch gewiß verdient hat — einen Zustand permanenten Konfliktes zwischen ihm und unseren auswärtigen Vertretungen

schaffen und müßte zu diplomatischen Zwischenfällen mit der serbischen, ja vielleicht auch der bulgarischen Regierung führen. Man darf hiebei nicht aus den Augen verlieren, daß Herr Spalajković, während er in Belgrad nur Beamter des auswärtigen Amtes war, im Ausland der Vertreter seines Landes ist. Andererseits liegt es durchaus nicht in unserem Interesse, darauf hinzuwirken, daß Herr Spalajković, dessen Entfernung von Belgrad wir wohl als einen Erfolg betrachten können, dorthin wieder zurückberufen werde, was schließlich eintreten könnte, wenn er im Auslande infolge der Unmöglichkeit eines friedlichen Zusammenseins mit dem österreichisch-ungarischen Kollegen keine Verwendung finden kann. Wenn ich auch der Argumentation Forgách', der auf die Notorietät seines Konfliktes mit Spalajković sowie auf dessen allgemein bekannte Rolle in der Affaire Vasić-Masaryk hinweist und die Boykottierung des Spalajković aus Gründen unseres Prestiges für unerläßlich erachtet, nicht alle Berechtigung absprechen will, so hielte ich es aus den oben ausgeführten Erwägungen doch für opportun, den Konflikt von Belgrad nicht auf ein neues Terrain zu verpflanzen und sich damit zu begnügen, unsere Gesandtschaft in Sofia über die Persönlichkeit des neuen serbischen Gesandten entsprechend zu informieren und ihr die allergrößte Reserve in ihren Beziehungen zu ihm aufzutragen. Bevor ich jedoch in der einen oder der anderen Richtung eine Verfügung treffe, die naturgemäß auch für unser späteres Verhalten in der Sache ein Präjudiz schafft, wäre ich Dir sehr dankbar, wenn Du die Güte hättest, mir durch einige Zeilen Deine Auffassung bekanntzugeben. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2469, 2490, 2535.

Nr. 2528. Tel. nach Belgrad, 28. April 1911 Nr. 42 (chiffr. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Musulin; G. Pallavicini).

Einem erhaltenen Allerhöchsten Befehle entsprechend, lade ich Euer Exzellenz ein, Seiner Majestät König Peter in einer zu diesem Zwecke zu erbittenden Audienz das Bedauern Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät über den unterbliebenen Besuch und die Hoffnung, daß dieser Besuch in einem späteren Zeitpunkte stattfinden werde, auch unmittelbar zum Ausdrucke zu bringen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2526, 2531.

Nr. 2529. Bericht aus Paris, 29. April 1911 Nr. 11 C (eing. 1. Mai).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Der englische Botschafter Sir Francis Bertie, mit dem ich schon in Rom befreundet war, besprach kürzlich vertraulich mit mir die marokkanischen Angelegenheiten. Sir Francis sprach die Überzeugung aus, dass die französische Regierung in dieser Frage ganz korrekt vorgehen und sich strenge an die Bestimmungen der Algecirasakte halten werde. Die Regierung habe sicher keine Eroberungspläne und denke nicht daran, Fez dauernd zu besetzen. Ich sagte ihm, dass, ohne die bona fides

der hiesigen Regierung irgendwie in Zweifel ziehen zu wollen, die Besorgnis doch nahe liege, dass die französischen Truppen, einmal in Fez eingerückt, mit Hinblick auf die Möglichkeit neuer Unruhen nicht in der Lage sein werden, die Stadt wieder zu räumen. Eine längerwährende Besetzung der Hauptstadt und eines grossen Teiles des Landes sei aber doch mit der „Unabhängigkeit und Integrität" des scheriffianischen Reiches schwer vereinbar. Der Botschafter wollte diese Besorgnis nicht gelten lassen. Die Franzosen würden sich darauf beschränken, die belagerten Europäer zu befreien, die Ordnung wieder herzustellen, und sich dann zurückziehen. Ich hielt es nicht für notwendig, meine Zweifel an dieser optimistischen Auffassung der Sachlage weiter zu begründen und lenkte das Gespräch auf die Frage der „offenen Türe", die auch für unseren Handel von grösster Wichtigkeit sei. Das Prinzip der „open door" sei ganz gesichert, meinte mein Mitredner, denn England sei daran ebenso, ja noch mehr interessiert wie die anderen Mächte. „Ohne unsere Zustimmung können die Franzosen in Marokko gar nichts unternehmen und sie wissen, dass sie unsere Unterstützung sofort verlieren würden, wenn sie das Prinzip der offenen Türe antasten." Sir Francis zeigte sich ziemlich besorgt über die Haltung Deutschlands und meinte, man arbeite in Berlin darauf hin, anlässlich der marokkanischen Frage Frankreich und Spanien zu entzweien, was sehr bedauerlich wäre. Schliesslich erwähnte der englische Botschafter, dass Deutschland noch zu Zeiten des Ministeriums Salisbury Aspirationen auf einen atlantischen Hafen Marokkos gehabt habe. Ob diese Velleitäten auch jetzt noch bestünden? Ich hatte etwas die Impression, als ob Sir Francis befürchten würde, dass Deutschland eventuell sich mit Frankreich verständigen könnte und um den Preis eines Hafens an der atlantischen Küste das übrige Marokko Frankreich zu überlassen bereit wäre. Eine deutsche Flottenstation in jenen Gegenden wäre natürlich für England viel unangenehmer als für Frankreich. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 2519, 2536, 2541.

Nr. 2530. Tel. aus Sofia, 29. April 1911 Nr. 71 (eing. 30. April 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

König Ferdinand, welcher mich heute zu einem Dîner für Prinzen Bonaparte abermals einlud, erkundigte sich nach Tisch angelegentlichst nach dem Befinden Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, dessen letztes Telegramm ihn so hocherfreut und auch relativ beruhigt habe. König befragte mich hierauf, ob ich schon Antwort auf seine Anfrage hätte! Ich antwortete, dass dies nicht der Fall, was ich umso begreiflicher fände, als Ärzte erstens heute wohl noch nicht wissen könnten, ob der seitens des Königs hinsichtlich der ersten Juniwoche, die in Wien doch bisweilen recht staubig sei, angedeutete Wunsch erfüllbar und als zweitens durch den meines Wissens auf Herbst verschobenen Besuch König Peters immerhin eine Art Präjudiz geschaffen sein könnte. König antwortete eifrig, er schliesse sich vollkommen dieser meiner Auffassung an und wünsche vorläufig gar nichts weiter, als die Befehle Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät für seinen,

wann immer in Wien abzustattenden, Besuch zu erhalten. Allerdings — fuhr Monarch, seine seinerzeitige Idee aufnehmend, fort — möchte er, wenn irgend tunlich, seinen in 8 bis 10 Tagen stattfindenden Jagdausflug nach Poprád dazu benützen, um unserem Allerhöchsten Herrn ehestens privatim seinen unsagbaren Dank in Gödöllö oder Budapest zu unterbreiten, nachdem er doch klar wisse, was er Seiner Majestät schuldig sei. Überdies möchte er sich erleuchtete Auffassung Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät über ihm momentan ernst scheinende Angelegenheiten erbitten, als welche König über mein Befragen Marokko, Albanien und Situation am Balkan überhaupt bezeichnete. Meinen sofort rege gewordenen Verdacht, König könnte derart versuchen wollen, offiziellen Besuch auf unbestimmte Zeit zu verschieben, entkräftete König Ferdinand durch Bemerkung, ich möchte über beabsichtigten Privatbesuch nicht früher Meldung erstatten, als bis die Befehle Seiner Majestät des Kaisers und Königs bezüglich seiner, wann immer abzustattenden, offiziellen Visite in Wien herabgelangt wären. Hiedurch scheint mir Situation wesentlich vereinfacht. Giskra.

a) Vgl. n. 2522, 2533.

Nr. 2531. Bericht aus Belgrad, 30. April 1911 Nr. 29 A (eing. 1. Mai).[a] *Ausfert.*

Dem mit dem Telegramme Euer Exzellenz Nr. 42 herabgelangten Allerhöchsten Befehle gemäß habe ich sofort eine Audienz bei Seiner Majestät König Peter erbeten, um Höchstdemselben das Bedauern Seiner k. und k. Apostolischen Majestät, daß des Königs Besuch in Budapest gegenwärtig habe unterbleiben müssen, sowie die Hoffnung Unseres Allergnädigsten Herrn auszusprechen, daß der Besuch an einem späteren Termine stattfinden werde. Mein Audienzansuchen wurde dem Könige durch den Herrn Minister des Äußern unverzüglich übermittelt und ich wurde noch gestern Nachmittag von Seiner Majestät empfangen. König Peter war durch die direkte so überaus gnädige Message Unseres Allerhöchsten Herrn sichtlich sehr erfreut. Er ersuchte mich, Seiner k. und k. Apostolischen Majestät Seinen Dank zu verdolmetschen sowie Sein lebhaftes Bedauern, daß der Besuch, auf welchen Er Sich schon so gefreut hätte, infolge des glücklicherweise leichten Unwohlseins Seiner k. und k. Apostolischen Majestät jetzt habe unterbleiben müssen. Er hoffe zuversichtlich, daß Unser Allerhöchster Herr sehr bald vollkommen hergestellt sein werde, und daß es Ihm vergönnt sein würde, noch im Laufe des Jahres, etwa im Herbste zum Beispiel im Oktober, Seinen langgehegten, aufrichtigen Wunsch zu erfüllen und Sich Unserem Allerhöchsten Herrn vorzustellen. Im weiteren Verlaufe der Audienz klagte der König, wie immer, sehr über Seine Gesundheit. Seine rheumatischen Schmerzen hätten Ihn in den letzten Tagen so geplagt, daß Er kaum den Antritt Seiner sommerlichen Badekur abwarten könne. Auch nehme Seine Schwerhörigkeit in einer bedenklichen, Ihn in jedem Verkehre behindernden Weise zu; Er denke daran einen Wiener Spezialisten zur Konsultation zu berufen. Forgách.

a) Vgl. n. 2532, 2650.

Nr. 2532. Tel. aus Berlin, 30. April 1911 Nr. 65 (eing. 3 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 36[b] vom 27. dieses Monats. Staatssekretär erzählte mir vertraulich, dass nach Nachrichten, die hier aus Belgrad eingetroffen sind, der Aufschub des Besuches bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät mit Rücksicht auf die in Serbien herrschende Erregung König Peter sehr gelegen gekommen sei. Letzterer habe ernstlich befürchtet, dass bei seiner Abreise von Belgrad, insbesondere aber bei seiner Rückkehr, solche Demonstrationen stattgefunden hätten, die für ihn die verhängnisvollsten Folgen nach sich gezogen hätten. Zu einer Ministerkrise werde es laut Bericht des deutschen Gesandten in Belgrad jetzt nicht kommen. Die Zeitungsnachrichten, dass das Agrément für die Bestellung Herrn Milovanović's zum serbischen Gesandten in Berlin eingeholt worden sei, entspreche nicht den Tatsachen. Szögyény.

[a] Vgl. n. 2531, 2534, 2641. — [b] Mit diesem Tel. wurde n. 2522 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 2533. Tel. aus Sofia, 30. April 1911 Nr. 72 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Bitte im 6. Alinea meines heutigen Telegrammes Nr. 71 hinter den Worten: „am Balkan überhaupt bezeichnete" noch die weggelassenen Worte einzuschalten: „auf welch' letzterem es seines Erachtens beginne, bedenklich nach Pulver zu riechen." Giskra.

Unterredung des Gesandten Karl Freiherrn von Giskra mit König Ferdinand der Bulgaren, 1. Mai 1911. Siehe n. 2538 Beilage.

Nr. 2534. Tel. aus Sofia, 2. Mai 1911 Nr. 73 (eing. 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 22 vom 30. v. M.[b] Habe gestern unverzüglich Audienz bei König Ferdinand erbeten, welcher sich zu diesem Behufe sofort von benachbartem Landaufenthalte nach Sofia begab und mich noch abends empfieng. Ich entledigte mich hiebei selbstredend genauestens der kaiserlichen Message, welcher der König — ohne sich in irgendwelchen unliebsamen Kombinationen zu ergehen — vollstes Verständnis entgegenbrachte. Er drückte gleichzeitig erneuert sein lebhaftes Bedauern über Trübung des Gesundheitszustandes Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät sowie seinen Dank für die so huldvoll und gütig verfasste Allerhöchste Verständigung aus. Giskra.

[a] Vgl. n. 2522, 2532, 2538. — [b] Auftrag, dem Könige zu melden, daß sein Empfang in Wien derzeit nicht möglich erscheine, aber hoffentlich im Herbste werde erfolgen können.

Nr. 2535. Erlaß nach Sofia, 3. Mai 1911 Nr. 981.[a] Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Pallavicini).

Streng vertraulich. Wie ich aus Ihrem Berichte vom 26. v. M. Nr. 27J[b] ersehen habe, sind Euer Hochwohlgeboren bereits darüber

informiert, daß Graf Forgách sowie die Mitglieder der k. u. k. Gesandtschaft in Belgrad über meinen seinerzeitigen Auftrag jeglichen Verkehr mit Sektionschef Spalajković abgebrochen haben. Zu dieser Weisung, die anfangs März l. J. *c)* ergangen ist, habe ich mich durch einen Konflikt amtlicher Natur genötigt gesehen, der sich im Laufe der Vasić-Masaryk-Affaire zwischen Grafen Forgách und Herrn Spalajković ergeben hat. Da Herr Spalajković demnächst als serbischer Gesandter nach Sofia abgehen soll, erscheint es notwendig, Euer Hochwohlgeboren über die Persönlichkeit Herrn Spalajković' sowie über die Ursachen seines Konfliktes mit Graf Forgách kurz zu orientieren. Ich kann voraussetzen, daß Euer Hochwohlgeboren über die wiederholten Angriffe und gänzlich haltlosen Beschuldigungen, die der Delegierte Professor Masaryk in der österreichischen Delegation wie auch in der Presse gegen Graf Forgách sowie gegen unsere Belgrader Mission bezüglich ihrer Rolle in der Vasić-Affaire gerichtet hat, durch die Zeitungen informiert sind. Durch meine möglichst kurzen, aber kategorischen Erklärungen war Professor Masaryk schließlich genötigt, in der letzten Delegationssession in kaum verhüllter Weise auf Sektionschef Spalajković als die Quelle und den Gewährsmann seiner abenteuerlichen Behauptungen hinzuweisen, ein Hinweis, der für uns übrigens nur die Bestätigung einer längst mit Bestimmtheit gehegten Vermutung bedeutete. Nun hatte Professor Masaryk unter anderem auch von angeblichen Äußerungen zu erzählen gewußt, die Graf Forgách zu Herrn Spalajković im Laufe amtlicher Konversationen hätte fallen lassen — Äußerungen, die Graf Forgách niemals getan hat und auch niemals hätte tun können. Als die Nachricht hievon nach Belgrad gelangt war, wandte sich Graf Forgách daher unter Hinweis auf die gänzliche Haltlosigkeit dieser Behauptungen um Aufklärungen an den serbischen Sektionschef, worauf dieser eine direkte diesbezügliche Mitteilung seinerseits an Professor Masaryk zwar ableugnete, das Meritum der von Masaryk vorgebrachten Darstellung aber aufrechthielt. Unter diesen Umständen war ein weiterer Verkehr der Mitglieder unserer Belgrader Vertretung mit Herrn Spalajković natürlich ausgeschlossen und Graf Forgách hat von meinem hierauf abzielenden Auftrag auch der serbischen Regierung Mitteilung gemacht. Es scheint, daß diese energische Maßnahme unsererseits, die in Belgrad nicht unbekannt blieb, die serbische Regierung zu dem Entschlusse brachte, Herrn Spalajković aus dem Auswärtigen Amte zu entfernen und mit einem Posten im Auslande zu betrauen. Da Herr Spalajković in den serbischen Regierungskreisen die extremste austrophobe Richtung vertrat und er stets in innigstem Anschlusse an die russische Gesandtschaft in Belgrad bemüht war, seinen Einfluß — oft im Gegensatze zu seinem vorgesetzten Minister — in diesem Sinne geltend zu machen, so kann uns seine Entfernung von dem Mittelpunkte der serbischen Politik nur willkommen sein. Was nun das Verhalten anbelangt, welches Euer Hochwohlgeboren und die Mitglieder der k. u. k. Gesandtschaft angesichts dieser Sachlage Herrn Spalajković gegenüber einzunehmen hätten und worüber Euer Hochwohlgeboren um meine Instruktionen ersuchten, so halte ich es aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit nicht für angezeigt, den

Konflikt von Belgrad auf ein neues Terrain zu verpflanzen. Von diesen Erwägungen geleitet, habe ich Euer Hochwohlgeboren bereits mit meinem Telegramme vom 2. d. M. Nr. 24[d]) ersucht, sich dem neuen serbischen Vertreter gegenüber kühl und äußerst reserviert zu verhalten, ohne aber die demselben als diplomatischem Vertreter gebührenden Rücksichten zu verletzen, und in diesem Sinne auch die Herren der Gesandtschaft zu instruieren. Andererseits muß ich aber Wert darauf legen, daß Euer Hochwohlgeboren die Aktionen Herrn Spalajković's, der zweifellos auch in Sofia in der bisherigen Richtung tätig sein wird, mit größter Aufmerksamkeit verfolgen.

[a]) Vgl. n. 2527, 3313. — [b]) Danach habe der Gesandte in Sofia „auf privatem Wege" erfahren, „dass die Mitglieder der k. u. k. Gesandtschaft in Belgrad erhaltenem Auftrage zufolge mit Herrn Spalaiković nicht einmal auf dem Gruß-Fuß stehen." — [c]) Vgl. n. 2469, 2490. — [d]) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 2536. Erlaß nach Paris, 4. Mai 1911 Nr. 998.[a]) Konz. (S. Koziebrodzki; G. Pallavicini).

Anläßlich des gestrigen Diplomatenempfanges kam der französische Botschafter auf die militärische Intervention Frankreichs in Marokko zu sprechen. Ohne sich auf einen speziellen Auftrag zu berufen, meinte Herr Crozier, die französische Regierung habe zwar aus gebotener Vorsicht ein größeres Truppenaufgebot in Bewegung gesetzt, die französischen Truppen würden sich jedoch darauf beschränken, Fez zu degagieren und wenn dies gelungen sei, dürften dieselben — dies sei seine, Herrn Croziers, Impression — überhaupt gar nicht in Fez einmarschieren. Auf keinen Fall jedoch, und dies betonte mein Mitredner ganz besonders, würden die Truppen in Fez bleiben. Ich antwortete in demselben Sinne, wie ich dies bereits neulich tat (Telegramm Nr. 12 vom 25. April). Falls Frankreich sich darauf beschränken werde, seine Staatsangehörigen zu schützen und die Ordnung wiederherzustellen, so würden wohl von keiner Seite Bedenken erhoben werden. Was Österreich-Ungarn anbelangt, bilde die Algeciras-Akte die Basis unserer Marokkopolitik und würde es allerdings gegen den Geist derselben verstoßen, wenn französische Truppen in Fez verblieben, wodurch die Unabhängigkeit des Sultans illusorisch würde. Es kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß Herr Crozier, wenn sich auch derselbe auf keinen Auftrag seiner Regierung berief, beauftragt war, vorstehende Erklärungen abzugeben. Gleich darauf erschien auch der spanische Botschafter und teilte mir mit, die spanische Regierung habe aus sicherer Quelle erfahren, daß der k. u. k. Botschafter in Paris beauftragt gewesen sei, im Namen Österreich-Ungarns gegen die militärische Expedition Frankreichs zu protestieren. Ich antwortete selbstverständlich, daß obige Nachricht nur auf einem Mißverständnisse beruhen könne. Die k. u. k. Regierung hätte einen solchen Auftrag nicht erteilt und Euer Exzellenz hätten auch gewiß nicht die angedeutete Demarche bei Herrn Cruppi unternommen.

[a]) Vgl. n. 2529, 2537.

Nr. 2537. Tel. aus Paris, 6. Mai 1911 Nr. 19 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Erlaß vom 4. d. M. Nr. 998. Ich habe selbstverständlich weder Minister des Aeussern noch irgend jemandem gegenüber eine Aeusserung getan, die als Protest gegen französische militärische Aktion in Marokko gedeutet werden könnte. Szécsen.

[a] Vgl. n. 2540, 2541.

Nr. 2538. Bericht aus Sofia, 7. Mai 1911 Nr. 31 A (eing. 9. Mai).[a] Ausfert.

Streng geheim. In der Anlage[b] beehre ich mich, Euer Exzellenz eine nur für Hochdieselben bestimmte Aufzeichnung zu unterbreiten, welche ich nach der Audienz verfasst habe, die mir König Ferdinand zwecks Empfangnahme der kaiserlichen Message gewährt hat (conf. mein Telegramm Nr. 73).[c] Wenn ich Euer Exzellenz diese Aufzeichnungen nicht sofort unterbreitete, so bitte ich, dies erstens geneigtest damit für erklärt halten zu wollen, dass ich zumal nach der frustrirten Absicht des Königs, unseren Allergnädigsten Herrn in Gödöllö zu besuchen — die Weiterleitung dieser meiner Aufzeichnung nicht für äusserst dringend erachtete und zweitens auch damit, dass ich bestimmte Aussicht hatte den König während der Anwesenheit des Grafen Wilczek, anlässlich welcher Er mich bereits eingeladen hatte, wieder zu sprechen. Dass Seine Majestät diese vortreffliche Gelegenheit, auf Seine Conversation zurückzukommen, unbenützt vorübergehen ließ, erscheint mir ein Beweis mehr dafür zu sein, dass den königlichen Aperçus keine allzu große Importanz beizumessen ist. Giskra.

[a] Vgl. n. 2547. — [b] Beilage. — [c] Vom 2. Mai.

Beilage zu n. 2538. Aufzeichnung des Gesandten Karl Freiherrn von Giskra über eine am 1. Mai geführte Unterredung mit König Ferdinand der Bulgaren; Sofia, 6. Mai 1911. Ausfert.

Streng geheim. Am Abend des ersten Mai habe ich, wie telegrafisch gemeldet, die mir durch Euer Exzellenz Telegramm Nr. 22[a] aufgetragene Message Seiner Kaiserlich und Königlichen Apostolischen Majestät unseres Allergnädigsten Herrn an König Ferdinand übermittelt und hierauf über die Aufnahme dieser Allerhöchsten Mitteilung seitens des Königs auch telegraphiert. Nach Erledigung des meritorischen Teiles der Audienz beehrte mich der mir ja — nebenbei erwähnt — fast immer anscheinend besonders wohlgeneigt gewesene König — wie schon des öfteren — durch eine längere zwanglose Unterhaltung, in welcher Er nebst der Erörterung mancher anderer Materien von nebensächlicher Bedeutung auch mehrere politische Bemerkungen fallen ließ, die mir beachtenswerth genug erscheinen, um sie Euer Exzellenz einzuberichten: Vorerst erging Sich der König in herben Klagen über das abgetretene Cabinett und dessen innige Beziehungen zu den hiesigen ohnehin immer an Macht zunehmenden sozialdemokratischen Kreisen, die von einer Monarchie überhaupt nichts wissen wollten. Insbesondere der nunmehr abgethane Minister des Innern sei ein geradezu staatsgefährliches Element gewesen und intrigiere auch jetzt wieder bei

der Vorbereitung der Wahlen directe gegen ihn, den König. Ja selbst die unteren Sphären der Armee seien bereits bestimmt von sozialistischen Ideen inficirt. Secundirt würden diese Bestrebungen durch die „unflätige" Zeitung „Kambana", welcher reichliche Geldmittel aus Genf, Paris, sowie aus anderen Centren der Sozialdemokratie zuflößen. Dies sei aber umso bedauerlicher als derartige subversive Tendenzen bei den hiesigen sogenannten „Agrariern" auf den fruchtbarsten Boden fielen. Diese stellten (wie von mir wiederholt einberichtet) eine noch bogumilischen Einfluß aufweisende Partei dar, die teils zufolge des eben erwähnten Einflusses, teils zufolge des Türkenjochs, das durch Jahrhunderte auf ihnen gelastet, — gegen jedwede Staatsautorität eingenommene Leute seien — mit einem Wort — Anarchisten! Auf meine Bemerkung, dass Seine Majestät sohin doppelt zufrieden gestellt sein müsse, so conservativ gesinnte Minister um Sich zu haben, wie es die derzeitigen schon wegen ihres persönlichen Wohlstandes seien, antwortete mir der König, damit hätte ich wohl Recht, doch seien diese wieder „eingefleischte Russophilen." „Wie aber die slavische Flut wächst, davon haben Sie, lieber Baron Giskra, doch vielleicht nicht die vollkommen den Tatsachen entsprechende Vorstellung!" „Mir sind" — fuhr der König fort — „während des Slaven-Congresses geradezu grässliche Berichte über geheime Conventikel zugekommen, aus denen der wilde Hass gegen meine Person nur so aufflammte". „Einer der hiesigen russophilen Bischöfe hat sich beispielsweise damals dahin ausgesprochen, Ich und Meine Nachkommenschaft müssten um jeden Preis vernichtet werden und wären Wir selbst Alle orthodoxe, — denn Ich sei eben einmal trotz aller etwaigen Vorzüge und Verbindungen ein Verderben bringender Factor westlicher Kultur". „Einer Ihrer Slaven aus der Monarchie" — fuhr mein Hoher Mitredner fort — „hat einmal nach einer Congress-Sitzung eines Meiner 5 Francs-Stücke im Caffé auf den Boden geworfen, auf mein Bildnis gespuckt und — es mit den Füssen tretend — ausgerufen: Den Kerl müssen wir vor Allem los werden"! „Trotz der seinerzeitigen schweren Niederlagen in Ostasien aber und trotz seiner inneren desolaten Zustände, deren Kenntnis doch auch hieher dringen müsste, hat das russische Prestige in Sofia nicht abgenommen. Jagt man Mich heute fort, oder bringt man Mich um, worauf ich täglich gefasst bin, so gehen wir hier einer neuen Ära Kaulbars entgegen." Ich wagte diesen Ausspruch des Königs in Zweifel zu ziehen, da sich doch das Selbstständigkeitsgefühl Bulgariens bekanntlich schon damals gegen Russlands brutal-egoistische Politik schroff aufgelehnt habe und es heute gewiss noch viel bestimmter thun würde. „Österreich-Ungarns Prestige hingegen" — fuhr der König unentwegt fort — „kann hier nicht festen Fuss fassen, so sehr Ich Mich darum bemühe (?). Sie sind erstens seinerzeit im serbisch-bulgarischen Krieg auf des Feindes Seite gestanden, was natürlich heute noch nicht vergessen ist und zweitens imputirt man Ihnen noch immer, insbesondere seit Bosniens Annexion, eine Expansions-Politik, an die Ich persönlich ja nicht glaube". Ich antwortete dem König, ich vermöchte nur anzunehmen, dass Er auf die freilich hier kaum ausrottbare Legende von Salonik anspiele. Diese habe aber doch Graf Aehrenthal für alle vernünftigen Leute geradezu vernichtet, als er zu wieder-

holten Malen unsere völlige Saturiertheit nebst unseren allerfriedliebensten Gesinnungen betonte und der Welt durch die Räumung des Sandschaks die Selbstlosigkeit unserer Politik ad oculos demonstrierte. Ohne mich also in die Discussion über eine derartige Illusion auch nur einlassen zu können, möchte ich doch — nebenbei — einer von mir heuer im Sommer mit einem unserer Corps-Commandanten im äussersten Westen der Monarchie gepflogenen Unterredung gedenken, der bei der Erwähnung dieser uns so belastenden Legende gewiss mit Recht einfiel „auch vom militärischen Standpunkt aus ist die Idee eines nach Salonik reichenden schmalen Bandes eine Absurdität." „Zugegeben" — entgegnete der König — „aber eben darum müsste ich für euch Wache halten! Ihr könntet Serbien und den Sandschak von der Landkarte auswischen und euch einen breiten Streifen nach Salonik sichern, dessen Ostseite Ich bewachen würde." Ich antwortete dem König, auf die Erörterung derartiger Pläne, welche vollkommen und crass unserer auf die Erhaltung der Türkei gerichteten Politik widersprächen, könne ich schon gar nicht eingehen; überdies sei ich absolut sicher, dass sie keiner einzigen heute in Österreich-Ungarn massgebenden Persönlichkeit auch nur im Traume vorschweben. „Dem mag ja so sein" — entgegnete der durch meine Antwort etwas abgeschreckte König. Er habe gewiss auch persönlich friedliche Gesinnungen, aber es sei doch möglich, dass Er einmal auch zu selbst Ungewolltem durch einen Sturm nationaler Begeisterung gezwungen werde, gegen den es kein Anstemmen gebe, wenn man nicht selbst weggefegt werden wolle und Salonik müsste doch schliesslich das natürliche Ziel der österreichisch-ungarischen, wenn auch nur wirtschaftlichen Expansion darstellen. Ich griff rasch diese Wendung der Conversation mit dem Bemerken auf, darin habe Seine Majestät gewiss vollauf Recht. Die wirtschaftliche Expansion schrieben wir offen[b]) unser Panier und bezeugten diese Tendenz ja auch Bulgarien gegenüber durch die Pourparlers zwecks Abschlusses eines Handels-Vertrages, in die ich eben eingetreten sei, nachdem ich die über die Aufhebung der Capitulationen erfolgreich zu Ende geführt habe. Nur stelle eben dieser Weg oft — um ein zu einem Geflügelten gewordenes Wort meines obersten Chefs zu gebrauchen — einen wahren Calvarienweg dar. Der König gieng hierauf zur excellenten Leistungsfähigkeit unserer Industrie über, der freilich hier die deutsche arg in die Quere komme, erörterte dann den Besuch des Prinzen Bonaparte sowie der Grafen Wilczek senior und junior, kam auf Seine demnächst stattfindende Auerhahn-Jagd zu sprechen etc. etc. etc. Schliesslich hob der König die Audienz mit den Worten auf, was Er heute gesagt, müsse absolut zwischen Ihm und mir respective meinen Memoiren (?) bleiben, Manches davon aber und auch mehr, das Er mir nicht sagen könne, werde Er einmal Seiner Kaiserlich und Königlichen Apostolischen Majestät sagen, wenn Er das nächste Mal Gelegenheit haben werde, Allerhöchstdenselben wieder sprechen zu dürfen. Der König, der Sich hier furchtbar langweilt, macht gern überhaupt am liebsten palpitante Conversation, wobei ihm Phrasen entschlüpfen, von deren einer Euer Exzellenz selbst einmal bemerkten: „Ich hätte wirklich nicht gedacht, dass der sonst so kluge Fürst so etwas sagen könnte" (Es handelte sich hiebei meines Erinnerns

auch um eine königliche Phrase, welche von der falschen Voraussetzung einer von uns intendirten Expansions-Politik ausging). Auch die nachweisbar mehreren Personen gethanen königlichen Äusserungen[c] von Seiner dereinstigen Krönung in der Aja-Sofia scheine mir in dieses Kapitel zu gehören. Zweitens wollte der König zweifellos mir, dem k. u. k. Gesandten, gegenüber, den Werth Seiner Freundschaft für uns durch den Fingerzeig auf das slavische Gespenst mit Nachdruck betonen und drittens mögen Seine Ausführungen vielleicht auch von dem Wunsch dictiert gewesen sein, möglicherweise derart durch Seine Kaiserliche und Königliche Apostolische Majestät, unseren Allergnädigsten Herrn doch noch von Poprád aus früher empfangen zu werden, als dies nunmehr der Fall sein wird, dürfte.[c] Immerhin mag es nicht uninteressant erscheinen, wie sich angeblich — wenigstens für den Augenblick — der mächtigste König des Balkans dessen künftige Configuration für den Fall vorstellt, als manche der in jüngster Zeit seitens der Türkei zweifellos begangenen Torheiten in der Tat zu deren völliger Zerrüttung führen sollten.

[a] Vgl. Anm. b zu n. 253 — [b] Hier fehlt das Wort „auf". — [c] So!

Nr. 2539. Privatschreiben des Chefs des Generalstabs, 11. Mai 1911 ohne Nr. (eing. 12. Mai).[a] Ausfert.[b]

Geheim. In der hierstelligen Zuschrift Res. Gstb. Nr. 1047[c] von 1911 habe ich um Bekanntgabe der dortseitigen Anschauungen hinsichtlich unseres Verhältnisses zur Türkei, insbesondere mit Rücksicht auf dessen Rückwirkung im Falle eines Konfliktes der Monarchie mit Serbien und Montenegro gebeten, und der darauf erfolgten Antwort[d] entnehmen müssen, daß auf eine direkte Unterstützung seitens der Türkei in diesem Falle kaum zu rechnen sei. Nun wurde aber bisher bei den Kriegsvorbereitungsarbeiten gegen Montenegro eine eventuelle Unterstützung seitens der Albanesen ins Auge gefaßt, auf welche nach dem dermaligen Stand der Dinge gleichfalls nicht mehr gerechnet werden kann, da es dahin gekommen ist, daß die Monarchie in Albanien alle bisher bestandenen Sympathien verloren hat und die Albanesen sogar in Gegnerschaft zur Türkei gekommen sind und in das Lager der Montenegriner getrieben wurden; mindestens gilt dies von den christlichen Stämmen. Da aber eine solche Situation für die militärischen Vorkehrungen nicht gleichgültig ist, erschiene es mir aus operativen Gründen dringend geboten, die Position der Monarchie in Albanien wieder herzustellen. Hiezu erscheint es mir geraten, daß österreich-ungarischerseits auf die Pforte dahin eingewirkt werde, sich mit den Albanesen ehestens auf friedlichem Wege auszugleichen, sowie daß diese Einwirkung derart erfolge, daß es den Albanern bewußt werde, von wem dieselbe ausgegangen ist, damit letztere in der Monarchie wieder ihre Schutzmacht erblicken. Ich bitte Euer Exzellenz mich auch über den Stand dieser Frage orientieren zu lassen, umsomehr als mir schon seit geraumer Zeit Berichte aus Cetinje nicht zugekommen sind. Conrad.

[a] Vgl. n. 2479, 2518, 2542. — [b] Ausfert. trägt den Vermerk: Von Seiner Exzellenz Markgraf Pallavicini mündlich beantwortet. — [c] Vom 17. März. — [d] n. 2495

Nr. 2540. Bericht aus London, 26. Mai 1911 Nr. 32 E (eing. 29. Mai).[a] Ausfert.

Vertraulich. Der Entsatz von Fez durch die französische Colonne[b] ist hier in der Öffentlichkeit freudig aufgenommen worden; die Blätter — über die ich an anderer Stelle berichte — enthalten sich aber besonders eingehender Kommentare und beschränken sich darauf, Frankreich zu seinem Erfolge zu beglückwünschen und volles Vertrauen in die französische Politik in Marokko auszusprechen. Im Foreign Office habe ich seit meinem Gespräche mit Sir Edward Grey (Bericht Nr. 30 E vom 12. l. M.)[c] Nichts weiter über Marokko gehört. Die damals mir gegenüber gemachten Äusserungen hat der Herr Staatssekretär seitdem öffentlich wiederholt, indem er auf eine Anfrage im Unterhause antwortete: „Ohne die von der französischen Regierung getroffenen Massregeln wäre er nicht im Stande gewesen, die an ihn gerichteten Anfragen bezüglich der Sicherheit britischer Unterthanen zu beantworten." Mein spanischer Kollege sagte mir gestern, man spreche hier viel von den „Massregeln", welche Frankreich zur Sicherheit der Europäer und zur Hintanhaltung der Wiederkehr von Unruhen ergreifen müsse, bevor es seine militärischen Streitkräfte zurückziehen könne. Er habe die Aufmerksamkeit Sir Edward Greys darauf gelenkt und dieser habe ihm die etwas naiv klingende Bemerkung gemacht, nachdem der Vormarsch nach Fez so leicht gelungen sei, könne man auch erwarten, dass die weiteren Massnahmen ohne Schwierigkeit vor sich gehen und Frankreich bald in die Lage versetzt sein würde, seine Truppen abzuberufen. Herr Villa Urrutia meinte, vorläufig könne er nur sagen, dass das erste Kapitel abgeschlossen sei und man das zweite abwarten müsse, bevor man sich ein Bild der künftigen Ereignisse machen könne. Aus meinen Gesprächen mit meinen übrigen Kollegen möchte ich nur hervorheben, dass Graf Benckendorff, nachdem er sich dahin ausgesprochen hatte, dass die englische Regierung in der Marokko-Frage passiv aber mit starkem Wohlwollen für Frankreich bleibe, mir in seiner etwas confusen hastigen Weise sagte, er habe persönlich den Eindruck, als ob man hier eigentlich Nichts dagegen hätte, wenn der ganze gegenwärtige Zustand der Dinge in Marokko modifiziert würde — also eine Änderung der Bestimmungen der Algeciras-Akte — nur hindere sie hier daran die Angst, Deutschland würde bei dieser Gelegenheit sich einen Hafen an der atlantischen Küste Marokkos durchsetzen. Ich weiss nicht, auf was mein russischer Kollege diese seine Vermuthung gründet, erlaube mir aber, sie für alle Fälle vertraulich zu melden, nachdem in dem mir gütigst mitgeteilten streng vertraulichen Berichte des Grafen Szécsen vom 29. April Nr. 11 C die Impression wiedergegeben war, als würde Sir F. Bertie eine franco-deutsche Verständigung um den Preis eines Hafens an der atlantischen Küste befürchten. Mein französischer Kollege, den ich ebenfalls gestern sprach, schien von dem Einmarsch der Truppen in Fez sehr befriedigt, versicherte mir, man würde sich beeilen, sie zurückzuziehen „après avoir donné au Sultan quelques conseils" und sprach die Hoffnung aus, Spanien werde sich beruhigen und die ganze Sache werde zu keinen internationalen Komplikationen Anlass geben.

P. S. Nach Fertigstellung dieses Berichtes hatte ich heute Nachmittag Gelegenheit, mit dem Privatsekretär Sir Edward Greys Mr. Tyrrell zu sprechen, der mir sagte, er hoffe, die deutsche Regierung werde in dem gegenwärtigen Stadium der Marokko-Frage Nichts thun, was wieder in Frankreich den Eindruck erwecken könnte, als ob Deutschland jede Gelegenheit benützen wollte, um in Verbindung mit Marokko eine Pression auf Frankreich auszuüben. Er habe persönlich den Eindruck, dass jedenfalls der Reichskanzler und hoffentlich auch Herr von Kiderlen-Wächter die Situation richtig beurtheilen und davon überzeugt sind, dass Frankreich sich ganz korrekt zu verhalten bestrebt sei. Wird von deutscher Seite eine reservierte und freundschaftliche Haltung beobachtet, so wäre die gute Atmosphäre (the genial atmosphere) geschaffen, in der Frankreich und Deutschland direkt verhandeln könnten, falls Frankreich gegen seinen Willen gezwungen wäre, seine Truppen länger in Marokko zu belassen oder irgend eine Massregel vorzuschlagen, welche nicht strikte im Einklang mit der Algeciras-Akte wäre. Es gäbe ja gewiss Freundlichkeiten, welche in diesem Falle Frankreich Deutschland — auch ausserhalb Marrokkos — erweisen könnte. „On pourrait causer." Es schiene Herrn Tyrrell zweckmässiger, wenn solche eventuelle freundschaftliche Konversationen direkt zwischen Berlin und Paris stattfänden, als wenn wieder der ganze Apparat internationaler Konferenzen aufgebracht würde, welche wieder eine getrennte Gruppierung der Mächte hervorbringen könnte. Dies, meinte Mr. Tyrrell, sollte jedenfalls vermieden werden. „Wir wollen an unseren Freundschaften ja festhalten, aber durchaus nicht wieder die Mächte getrennt in zwei verschiedenen Lagern sehen, wie zur Zeit von Algeciras." Unsere Konversation war ganz privat; ich glaube die Äusserungen Tyrrells — die sicher die Meinung Greys wiedergeben — melden zu sollen, weil sie etwas im Widerspruch zu den obcitierten Eindrücken Graf Benckendorffs zu stehen scheinen. Tyrrell schloss übrigens damit, er sei überzeugt, die französische Regierung würde bestrebt sein, die Truppen baldmöglichst zurückzuziehen und sagte mir, Mr. Cambon habe ihm, als er ihn zum Einmarsch in Fez beglückwünschte, geantwortet: „Gratulieren Sie mir, wenn wir wieder abmarschiert sind."

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2537, 2541. — [b]) 21. Mai (nach Bericht aus Tanger, 27. Mai 1911 Nr. 27). — [c]) Danach habe Sir Edward Grey erklärt, die Franzosen hätten „vollständig recht, Truppen zum Entsatze von Fez vorzuschieben."

Nr. 2541. Erlaß nach Berlin Nr. 1285 (1), Rom Nr. 1286 (2), Paris Nr. 1287 (3), London Nr. 1288 (4), St. Petersburg Nr. 1289 (5), Madrid Nr. 1290 (6), Konstantinopel Nr. 1291 (7), Washington Nr. 1292 (8), Tokio Nr. 1293 (9) u. Rom-Vatikan Nr. 1294 (10), 9. Juni 1911.[a]) Konz. (S. Koziebrodzki; G. Aehrenthal).

1.—10. Vertraulich. Angesichts der nunmehr erfolgten Besetzung von Fez[b]) durch die französischen Truppen halte ich es für angezeigt, mich dahin auszusprechen, daß wir auch weiterhin an dem in der marokkanischen Frage bisher eingenommenen Standpunkte festhalten. Nach wie vor bildet

für uns in diesem Belange die Algeciras-Akte die Grundlage, deren Bestimmungen respektieren zu wollen übrigens auch die französische Regierung zu wiederholten Malen den Mächten gegenüber feierlich erklärt hat. Wir wollen in die Aufrichtigkeit der Erklärungen Frankreichs keinen Zweifel setzen und werden uns unter Beobachtung großer Zurückhaltung und Reserve darauf beschränken, den weiteren Gang der Ereignisse mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Im Hinblick auf allfällige Territorialzugeständnisse, welche Frankreich durch die geheim gebliebenen Klauseln zu der Deklaration vom 6. Oktober 1904 an Spanien für gewisse Eventualitäten gemacht haben dürfte, erschiene es übrigens ganz plausibel, daß man es in Paris dermalen vorziehe, innerhalb des Rahmens der Algeciras-Akte zu bleiben. Wie dem auch sein mag, ist der gegenwärtige Moment immerhin beachtenswert, da die Wendung, welche die marokkanische Frage eventuell nehmen wird, auf die gegenseitigen Beziehungen der von derselben am meisten berührten Großmächte von einschneidender Wirkung sein kann.

1.—3., 5.—10. So entnehme ich dem in Abschrift mitfolgenden Berichte des Grafen Mensdorff vom 26. v. M.,

4. So entnehme ich dem Berichte Euer Exzellenz vom 26. v. M.,

1.—10. Nr. 32 E, daß den persönlichen Eindrücken des russischen Botschafters Grafen Benckendorff zufolge die englische Regierung einer Modifizierung der Algeciras-Akte nicht abgeneigt wäre, jedoch die Besorgnis hegte, daß sich Deutschland bei dieser Gelegenheit einen Hafen an der Westküste Marokkos herausschlagen könnte. Diese Impression Grafen Benckendorffs findet ihre Bestätigung auch in den Äußerungen, welche Mr. Tyrell

1.—3., 5.—10. dem Grafen Mensdorff gegenüber

4. Euer Exzellenz gegenüber

1.—10. gemacht hat. Der Privatsekretär Sir Edward Greys hat einer direkten freundschaftlichen Auseinandersetzung Frankreichs mit Deutschland über den Rahmen der Algeciras-Akte hinaus das Wort geredet und wies hiebei ausdrücklich darauf hin, daß ja Frankreich in der Lage sei, auch außerhalb Marokkos Deutschland Freundlichkeiten zu bieten. Die Befürchtungen Englands wegen der deutschen Aspirationen auf einen atlantischen Hafen Marokkos kamen auch in dem Gespräche mit dem englischen Botschafter Sir Francis Bertie zum Ausdrucke,

1., 2., 4.—10. über welches Graf Szécsen unter Nr. 11 C vom 29. April l. J. berichtete.

3. über welches Euer Exzellenz unter Nr. 11 C vom 29. April l. J. berichteten.

1.—10. Es liegt auf der Hand, daß England, welches Ursache hat, auf die Erhaltung der Entente mit Frankreich Wert zu legen, bestrebt sein dürfte, den aus dem Vertrage vom 8. April 1904 *c)* fließenden Verpflichtungen auf Kosten Marokkos und unter tunlichster Wahrung seiner Sonderinteressen nachzukommen. Bei dieser Sachlage empfiehlt es sich demnach, ein wachsames Auge zu halten, um tunlichst beizeiten über allfällige Verhandlungen der interessierten Mächte Kenntnis zu erlangen.

2.—10. Sollten Euer Exzellenz demnach, ohne eine besondere Neugierde an den Tag zu legen, irgend welche relevante Wahrnehmungen machen, so ersuche ich Sie mich diesbezüglich auf dem laufenden zu halten.

1. Ich möchte es jedoch auf jeden Fall vermeiden, dem Auswärtigen Amte gegenüber ein besonderes Interesse für die Marokko-Frage an den Tag zu legen. Sollten aber Euer Exzellenz, ohne dieses Thema zu berühren, irgend welche relevante Wahrnehmungen machen können, so ersuche ich Sie, mich hievon zu benachrichtigen.

[a]) Vgl. n. 2537, 2550, 2552, 2566. — [b]) 21. Mai. Nach einem Bericht aus Tanger, 27. Mai 1911 Nr. 27 (eing. 4. Juni). Ausfert. — [c]) G. P. Gooch and H. Temperley, British Documents on the Origins of the War II (London 1927) S. 373 ff.

Nr. 2542. Bericht aus St. Petersburg, 27. Mai/9. Juni 1911 Nr. 19 A (eing. 11. Juni).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich Euer Exzellenz bereits telegraphisch zu melden die Ehre hatte, wurde ich am verflossenen Montag von Seiner Majestät Kaiser Nikolaus in feierlicher Antrittsaudienz mit dem üblichen Gepränge empfangen. Nachdem ich Seiner Majestät mein Beglaubigungsschreiben überreicht hatte, verdolmetschte ich Höchstdemselben zunächst die herzlichen und freundschaftlichen Grüsse, welche mir Seine K. u. K. Apostolische Majestät für Höchstdenselben aufzutragen geruht hatten. Hier unterbrach mich Seine Majestät, um zunächst Seinen herzlichsten Dank für die Kaiserlichen Grüsse auszusprechen. Hierauf erkundigte Sich Kaiser Nikolaus in der eingehendsten und angelegentlichsten Weise nach dem Befinden unseres Allergnädigsten Herrn und sprach Seine aufrichtige Freude über die guten Nachrichten aus, die ich Höchstdemselben über die Gesundheit Seiner K. u. K. Apostolischen Majestät zu geben in der Lage war. Dem mir in Gödöllö Allergnädigst erteilten Allerhöchsten Auftrage entsprechend, sagte ich sodann Kaiser Nikolaus, Seine Majestät, mein Allergnädigster Herr, Allerhöchstwelchem ebenso wie Ihm selbst die Erhaltung des Friedens in erster Linie am Herzen liege, hoffe, dass die guten Beziehungen, die gegenwärtig zwischen den beiden Regierungen bestehen, sich auch weiterhin befestigen und ausgestalten mögen. Kaiser Nikolaus gieng auf dieses Thema sofort ein, indem er mir sagte, meine Ankunft falle diesbezüglich in einen sehr günstigen Augenblick, wo ich eine neue Situation und ein unbeschriebenes Blatt vorfände. Die Pflege guter und vertrauensvoller Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland sei in der Tat eine Notwendigkeit und das beste und sicherste Mittel zur Erhaltung des Friedens, namentlich auf der Balkanhalbinsel, die nach wie vor der gefährlichste Wetterwinkel Europa's sei. Bei den anderen heiklen Punkten, wie Persien und Marokko, kommen nur Grossmächte in Betracht, welche auch in schwierigen Momenten die Besonnenheit nicht so leicht verlieren, während man am Balkan immer auf Überraschungen von Seiten der kleinen, unruhigen Balkanstaaten gefasst sein müsse. Übrigens herrsche nach den Seiner Majestät vorliegenden Berichten in dieser Beziehung gegenwärtig ziemlich Ruhe und scheinen sich sowohl Serbien als Bulgarien momentan korrekt zu verhalten. Einen Moment der Besorgnis — Seine Majestät

gebrauchte zuerst das Wort „angoisse", welches Er sodann in „inquiétude" korrigierte — habe in letzter Zeit die albanesische Angelegenheit[b] verursacht, da die Kämpfe mit den Aufständischen so nahe von der montenegrinischen Grenze immerhin die Gefahr von Komplikationen in sich bergen konnten. Glücklicherweise sei aber auch in dieser Beziehung eine Abspannung zu konstatieren, seitdem Montenegro mit der Türkei in einen direkten Gedankenaustausch getreten sei; auch hätte die Pforte beruhigende Erklärungen abgegeben. Die russische Demarche, von der in der letzten Woche so viel gesprochen worden war,[c] erwähnte Seine Majestät nicht. Ich erlaubte mir die Bemerkung, dass die friedlichen Versicherungen der Pforte mir umsomehr Glauben zu verdienen scheinen, als es unmöglich die Absicht und das Interesse der Türkei sein könne, sich ohne Notwendigkeit ausser der vielen Schwierigkeiten, die sie im gegenwärtigen Momente ohnehin zu bekämpfen habe (Aufstand in Albanien, Kämpfe in Yemen etc.) auch noch einen Konflikt mit Montenegro auf den Hals zu laden. Kaiser Nikolaus pflichtete dieser Anschauung bei und fügte hinzu, dass ausser den von mir erwähnten militärischen Aktionen gegen aufständische Stämme, auch die Situation innerhalb der jungtürkischen Partei der Regierung genügend zu schaffen gäbe und auch aus diesem Grunde wohl anzunehmen sei, dass sie keine unnötigen Abenteuer suchen werde. In diesem Zusammenhang erwähnte Seine Majestät sodann Mahmud Chefket Pascha, den Er als einen tüchtigen, umsichtigen und energischen Mann bezeichnete, der Vertrauen einzuflössen geeignet sei. ... *Hofnachrichten* ... ¡Während der ganzen Audienz, die nach Äusserung der intervenierenden Hofchargen ungewöhnlich lange gedauert hatte, war Seine Majestät gegen mich ungemein gnädig und hat der ganze Ton, den Höchstderselbe mir gegenüber anzuschlagen geruhte, insbesondere aber die weiter oben erwähnte Bemerkung Seiner Majestät, ich fände hier eine neue Situation und ein unbeschriebenes Blatt vor, den Eindruck in mir erweckt, Seine Majestät wünsche die vergangenen Differenzen endgiltig vergessen und begraben zu wissen. Da auch Herr Sazonow bei der kurzen Unterredung, welche ich mit ihm vor seiner Abreise hatte, eine ähnliche Bemerkung fallen liess, so darf wohl angenommen werden, dass an massgebender Stelle hier tatsächlich der Wunsch besteht, mit Österreich-Ungarn gutnachbarliche Beziehungen zu unterhalten. An dem Glauben an diese guten Dispositionen Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus sowohl, als Höchstseiner Regierung darf man sich — sollte ich meinen — auch nicht durch die für uns immer noch recht unfreundliche Haltung der hiesigen Presse, deren Bedeutung Euer Exzellenz übrigens weit besser als ich einzuschätzen in der Lage sind, irre machen lassen.

Thurn.

[a] Vgl. n. 2545. — [b] Vgl. n. 2539, 2544, 2558. — [c] Note des russischen Botschafters in Konstantinopel vom 23. Mai 1911 wegen der Ansammlung türkischer Truppen an der montenegrinischen Grenze. Vgl. Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1911, S. 450.

Erlaß nach Tokio, 9. Juni 1911 Nr. 1293. Siehe n. 2541.

Erlaß nach Washington, 9. Juni 1911 Nr. 1292. Siehe n. 2541.

Nr. 2543. Note des Chefs der Militärkanzlei des Kaisers, 9. Juni 1911 Nr. 1527 (eing. 9. Juni).[a] Ausfert.

Geheim. Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben geruht Euer Exzellenz Bericht de dato Budapest 4. März l. J. dem k. u. k. Chef des Generalstabes, auf dessen bezügliche, Euer Exzellenz bekannte, Denkschrift, zur Einsichtnahme zukommen zu lassen. Hierauf hat der genannte Funktionär den anverwahrten alleruntertänigsten Vortrag Glstb. Res. Nr. 920 de dato Wien 10. März l. J. Seiner Majestät unterbreitet. Im Allerhöchsten Auftrage habe ich die Ehre Euer Exzellenz ganz ergebenst zu ersuchen, im Gegenstande Seiner Majestät zunächst mündlich berichten zu wollen.

Bolfras.

[a] Vgl. n. 2549.

Nr. 2544. Bericht aus Bukarest, 10. Juni 1911 Nr. 30 (eing. 13. Juni).[a] Ausfert.

Meiner ergebenen telegraphischen Berichterstattung werden Euere Excellenz geneigtest entnommen haben, dass ich am Tage nach meiner Ankunft in Abwesenheit des Ministers des Äussern vom Ministerpräsidenten Herrn Carp empfangen wurde. Nach dem üblichen Austausche liebenswürdiger Phrasen, bei welcher Gelegenheit ich dem Herrn Minister die Grüsse Euerer Excellenz übermittelte, brachte Herr Carp die Sprache auf den am 8. l. M. an leitender Stelle im „Fremdenblatte" erschienenen Artikel, welcher in den hiesigen Zeitungen ein starkes Echo fand und in welchem der Standpunkt der k. und k. Regierung gegenüber dem Vorgehen der Türken in Albanien klargelegt wird. Herr Carp fragte mich, welche Consequenzen nach Ansicht Euerer Excellenz sich aus der verfehlten Taktik der türkischen Regierung gegenüber den christlichen albanischen Stämmen ergeben könnten. Ich beantwortete die Frage dahin, dass Euere Excellenz die Lage mit Hinblick auf das rücksichtslose Vorgehen gegen die Albanesen und die wachsende Erregung Montenegros weniger optimistisch beurteilten, wie vor wenigen Monaten. Euere Excellenz seien jedoch der Ansicht, dass mit Berücksichtigung der neuerdings seitens des Königs von Bulgarien bei dem eben erfolgten Besuche in Wien zum Ausdrucke gebrachten Friedensliebe eine grössere Conflagration kaum zu erwarten sei. Der König habe versprochen,[1] sich ruhig zu verhalten, und da es nicht in der Natur des bulgarischen Zaren gelegen sei, Lorbeeren auf dem Schlachtfelde zu suchen, so würde er sich wohl nur einem Zwange oder der Not gehorchend entschliessen, zu den Waffen zu greifen. Jedenfalls hätten aber Euere Excellenz die Absicht, sich vorderhand jeder Démarche zu enthalten und sich keiner von irgendeiner Macht oder Mächtegruppe ausgehenden Action anzuschliessen und eine abwartende Haltung einzunehmen. Erst in einem, Euerer Excellenz geeignet scheinenden Augenblicke würden Hochdieselben den gewichtigen Einfluss der Monarchie in die Wagschale werfen. Herr Carp dankte mir verbindlich für diese interessante Aufklärung, liess jedoch die sehr sarkastische Bemerkung fallen, dass, wenn der Bulgarenkönig etwas verspreche, man von ihm mit Berechtigung gerade das Gegenteil des Ver-

sprochenen erwarten dürfe. Weiter sprach mein Mitredner die Befürchtung aus, dass die türkische Militärpartei eine solche Ascendenz auf alle anderen Parteien ausübe, dass in denselben jede vernünftige Regung und Beurteilung der Lage erstickt würde. Es müsse daher die Möglichkeit eines allgemeinen Conflictes am Balkan in Betracht gezogen werden und er als rumänischer Ministerpräsident habe die Pflicht, diese Eventualität im Auge zu behalten. Er würdige vollkommen die Weisheit der Richtungslinie, der Euere Excellenz in Zukunft folgen wollen, doch fürchte er, dass bei einem Kataklisma auf dem Balkan eine oder die andere Grossmacht — er denke dabei vornehmlich an Italien — mit Vorschlägen, Démarchen etc. auf den Plan treten werde, an denen zu participieren Österreich-Ungarn sich füglich genötigt sehen würde. Was würde aber dann mit dem, dem Dreibund so enge angegliederten Rumänien geschehen, welche Haltung soll Rumänien annehmen, wenn es gegebenen Falles gar zu der Bildung eines Gross-Bulgarien oder Gross-Serbien kommen sollte? Er müsse mich daher als verantwortlicher rumänischer Ministerpräsident fragen, wie sich Euere Excellenz eine eventuelle Liquidation der türkischen Konkursmasse vorstellten. Ich konnte diese sehr präcise gestellte Frage nur dahin beantworten, dass diese Eventualität wohl noch in derartig weiter Ferne liege, dass ich keinen zwingenden Grund sehe, jetzt schon über diese Frage einen eingehenden Meinungsaustausch zu pflegen. Ich ersah aber aus der Wendung, welche der Herr Ministerpräsident augenscheinlich bestrebt war, diesem Gespräche zu geben, dass der Gedanke an territoriale Kompensationen die hiesigen Geister nach wie vor intensiv beschäftigt. Als ich im weiteren Verlaufe des Gespräches die etwas unglücklich ausgefallene letzte russische Démarche in Constantinopel erwähnte, äußerte sich Herr Carp dahin, dass er aus sehr zuverlässiger Quelle erfahren habe, dieselbe sei auf directen Wunsch Seiner Majestät des Zaren erfolgt, welcher darin dem Einflusse verwandtschaftlicher Beziehungen gefolgt habe. Nach dem wir noch einige andere weniger actuelle politische Fragen besprochen hatten, verabschiedete ich mich vom Herrn Minister und ersuchte ihn, mir während meiner hiesigen Amtstätigkeit sein uneingeschränktes Vertrauen schenken zu wollen, was er mir auch rückhaltslos versprach. Ich verliess den Herrn Minister mit dem Gefühl, mit einem ausserordentlich klugen und offenen Mann gesprochen zu haben, mit dessen freundschaftlichem Wohlwollen ich in Zukunft werde rechnen können.

K. E. Fürstenberg.

1) sich dahin ausgesprochen.

a) Vgl. n. 2542 Anm. b, 2558.

Nr. 2545. Erlaß nach St. Petersburg, 16. Juni 1911 Nr. 1349.a) Konz. (S. Matscheko; V. Musulin u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Von Euer Exzellenz Berichten vom 9. l. Mts., Nr. 19 A und C,*b)* habe ich mit Interesse Kenntnis genommen und mit Befriedigung aus ihnen ersehen, welch freundlicher Empfang Euer Exzellenz von Seiner Majestät Kaiser Nikolaus wie auch von Herrn Sasonow zuteil wurde. Ebenso wie die liebenswürdige Aufnahme, die Euer Exzellenz

allseits gefunden haben, scheinen mir die politischen Äußerungen, die Kaiser Nikolaus Euer Exzellenz gegenüber gethan hat, für die gegenwärtig in Petersburg herrschenden Dispositionen charakteristisch zu sein. Die Bemerkung des Czaren, Euer Exzellenz fänden eine neue Situation und ein unbeschriebenes Blatt vor, deuten Euer Exzellenz mit Recht dahin, daß man sich in den maßgebenden russischen Kreisen mit den Ereignissen der letzten drei Jahre abgefunden habe und den Kurs der damaligen auswärtigen Politik Rußlands im Sinne einer Besserung der Beziehungen mit Oesterreich-Ungarn zu modifizieren geneigt sei. Die von Euer Exzellenz angedeutete Vermutung, daß der Wunsch, sich uns zu nähern, mit der wachsenden Besorgnis vor der Entwicklung der Dinge in Ostasien und speziell in China in Zusammenhang stehe, halte ich für zutreffend. Die Geschichte der letzten anderthalb Jahrzehnte lehrt tatsächlich, daß ein stärkeres Engagement Rußlands im fernen Osten die russische Politik zu einer Verständigung mit der Monarchie veranlaßt; diese Wechselwirkung war es ja auch, die die Entente von 1903 herbeigeführt hat. Was die Haltung anbelangt, die wir gegenüber diesen Dispositionen der leitenden russischen Stellen einzunehmen haben werden, so decken sich meine Intentionen mit der von Euer Exzellenz ausgesprochenen Anschauung; ich bin entschlossen, mich abwartend zu verhalten und etwaige russische Avancen an mich herankommen zu lassen. Gewiß wird es sich empfehlen, um diesen Entwicklungsprozeß nicht zu stören, die häufigen Zwischenfälle und Reibungen an der österreichisch-russischen Grenze nach Möglichkeit zu reduzieren und ich werde auch für ein darauf abzielendes Verhalten unserer Grenzorgane thunlichst Sorge tragen. Eine Voraussetzung für ein solches Vorgehen unsererseits wäre allerdings, daß auch die russischen Umtriebe in Galizien ein Ende nehmen. Aus den Bemerkungen Kaiser Nikolaus' über die momentane politische Lage am Balkan und die Gefahren, die von den „unruhigen Balkanstaaten" drohten, habe ich den Eindruck gewonnen, daß man in Petersburg zu König Ferdinand und vielleicht auch zu König Nikolaus kein großes Vertrauen habe. Diesen Eindruck habe ich übrigens, was König Ferdinand anbelangt, schon aus den Äußerungen geschöpft, die Herr von Giers mir gegenüber vor kurzem über den bulgarischen Herrscher fallen ließ, indem er dessen Unzuverlässigkeit hervorhob. Ich habe diese Bemerkung damit quittiert, daß auch ich von der Zuverlässigkeit König Ferdinands keine zu hohe Meinung habe, daß mir seine Charakterveranlagung aber wenigstens die eine Gewähr zu bieten scheine, daß kriegerische Überraschungen seitens Bulgariens in absehbarer Zeit nicht zu erwarten seien.

[a]) Vgl. n. 2548. — [b]) Im Berichte 19 C vom 9. Juni berichtet Thurn über seine persönlichen Eindrücke bei seinem Dienstantritte, dann über das russische Interesse an den Vorgängen in Ostasien, Kuldscha-Vertrag und innere Politik Rußlands.

Nr. 2546. Bericht aus Bukarest-Sinaia, 23. Juni 1911 Nr. 31 B (eing. 26. Juni). Ausfert.

... Persönliches aus der Audienz bei der Königin. ... Als sich die Königin darüber aufhielt, dass der König von Bulgarien an einer „unaus-

stehlichen", ja krankhaften Empfindlichkeit leide, man jedes Wort genau erwägen müsse, ehe man es ihm telegraphiere, schreibe oder sage, und er der misstrauischeste Mensch sei, dem Sie je begegnete, bemerkte der König, Er habe ihm einmal, um jedem Missverständnisse vorzubeugen, klipp und klar erklärt, Er wolle stets die besten Beziehungen zu Bulgarien pflegen, doch würde Er unbedingt dafür eintreten, dass das Gleichgewicht am Balkan nicht gestört würde und falls Bulgarien eine Macht- oder Gebietserweiterung erfahre, Er dieselbe nur bei einer ausreichenden Kompensation für Rumänien zulassen werde.*a)* Bei dieser Gelegenheit erwähnte auch Seine Majestät, dass Sein Gesandter in Brüssel berichtet habe, Prinz Roland Bonaparte hätte nach seinem diesjährigen Besuch in Sofia ihm als Beweis, was für Indiskretionen möglich seien, erzählt, er, Roland Bonaparte, habe im Kriegsministerium in Sofia den authentischen Text der zwischen Rumänien und Österreich-Ungarn abgeschlossenen Militärkonvention gesehen. Er ermächtige ihn auch, dies nach Bukarest zu berichten. Der König fügte dieser Erzählung bei, dass ebenso wie der Bulgarenkönig unbedingt an den Bestand einer rumänisch-türkischen Militärkonvention geglaubt hätte, und es die grösste Mühe gekostet habe, König Ferdinand eines Bessern zu belehren, Er es gar nicht für ausgeschlossen halte, dass König Ferdinand durch das oberwähnte Falsifikat ebenso irregeführt worden sei. Sein misstrauischer Charakter mache ihn jeder, auch der unglaublichsten Einflüsterung zugänglich. Als das Gespräch sich Russland und den dortigen Verhältnissen zuwandte, gab der König Seiner Meinung dahin Ausdruck, dass von Seite einer Macht, deren militärische Desorganisation eine derartig tiefgehende sei, wie im gewaltigen Nachbarreich, vorderhand kein aggressives Vorgehen zu befürchten wäre. Da Bulgarien durch Rumänien in Schach gehalten werde, die Türkei am Balkan eine sehr ansehnliche Macht darstelle, zu der Rumänien in den allerbesten Beziehungen stehe, so glaube Er sich der Hoffnung auf eine lange Friedensepoche hingeben zu können. Sehr bemerkenswert und mit Vorbedacht herbeigeführt schienen mir die Ausführungen Seiner Majestät über die rumänische Frage in Ungarn.*b)* Anknüpfend an die schönen Erinnerungen, welche Er von der feierlichen Eröffnung der „Porta orientalis" heimgebracht habe, der Er mit Seiner Majestät dem Kaiser anwohnte, erzählte mir Seine Majestät, dass Ihm dort zum erstenmale Gelegenheit geboten worden wäre, einem ungarischen Minister offen Seine Ansicht über die ungarisch-rumänische Frage zum Ausdruck zu bringen, eine Ansicht, an der Er auch heute noch unbedingt festhalte. Es sei diese Frage vor Allem eine innere ungarische Angelegenheit, in die einzumischen Rumänien nicht das geringste Recht besitze. Er begreife vollständig, dass die ungarische Regierung auf die Kenntnis der ungarischen Sprache bei ihren Staatsangehörigen rumänischer Nationalität dringe; auch Seiner Ansicht nach sei die Kenntnis der Landessprache eine Lebensbedingung für die ungarischen Rumänen. Jeder Druck jedoch, der darauf ausgienge, die Rumänen in Ungarn zu entnationalisieren, bewirke bei denselben ein Schielen über die Grenze, nicht nur über die rumänische, sondern weiter über die russische Grenze und rufe ausserdem eine heftige Perkussion in Rumänien selbst hervor, welche Ihm das Regieren erschwere und der Opposition gegen

Seine traditionelle äussere Politik Waffen in die Hand gebe. Unverantwortliche Agitatoren hätten in der Welt verbreitet, dass die ungarischen Rumänen antidynastisch gesinnt seien; dies sei jedoch keineswegs der Fall, nur dürfe an ihrer Nationalität und ihrer Religion nicht gerüttelt werden. Er habe aber bei jeder sich Ihm darbietenden Gelegenheit immer mit der grössten Energie darauf hingewiesen und mit dem vollen Verluste Seiner Sympathie gedroht, falls die ungarischen Rumänen ihre Lage im Innern mit der äusseren Politik der Monarchie in irgend einen Zusammenhang zu bringen sich unterfangen würden. Ich erlaubte mir, bei dieser Gelegenheit zu erwähnen, dass die jetzige ungarische Regierung — worüber Seine Majestät wohl schon längst informiert sei — von den besten Absichten beseelt wäre, mit dem rumänischen Element in Ungarn ein friedliches Auskommen zu finden; doch dürfe nicht vergessen werden, dass nicht ungarischen Agitatoren allein ein grosser Teil der Schuld zufalle, sondern dass auch von gewisser rumänischer Seite aus Unfrieden ins Land getragen werde, welchem Beginnen zu steuern im wohlverstandenen Interesse beider Staaten gelegen sei. Schließlich möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß Seine Majestät mir am Schlusse dieser langen Unterredung ans Herz legte, während meiner Amtstätigkeit mich nicht durch plötzliche Ausbrüche von rumänischem Chauvinismus oder Hetzereien in der rumänischen Kammer oder Presse gegen die Monarchie oder speziell Ungarn in Aufregung versetzen lassen: „Registrieren Sie solche Sachen, aber vergessen Sie sie wieder rasch, ce sont des tempêtes dans un verre d'eau, Wahlmanöver, Parteipolitik, weiter nichts; das dauert einige Wochen, höchstens wenige Monate, wie es während der Annexionskrise der Fall war, dann beruhigt sich wieder Alles und gerät in das gute Geleise." Nach dieser in wahrhaft väterlicher Weise vorgebrachten Mahnung des Königs entließ mich das Herrscherpaar in huldvollster Weise.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 1998, 2563. — [b]) Vgl. n. 2494.

Nr. 2547. Erlaß nach Sofia, 23. Juni 1911 Nr. 1423.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Aehrenthal).

Geheim. Während Ihres Aufenthaltes in Wien vor Ihrer Abreise auf Ihren Posten hatte ich Gelegenheit, das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu Bulgarien mit Ihnen eingehend durchzusprechen und Ihnen für Ihre bevorstehende Tätigkeit in Sofia ausführliche mündliche Anhaltspunkte zu geben; diese Instruktionen will ich in dem folgenden nunmehr auch schriftlich niederlegen. Wie ich Euer Hochgeboren gegenüber in der retrospektiven Uebersicht, mit der ich meine Ausführungen einleitete, bemerkte, hat das Jahr 1886 für unsere Beziehungen zu Bulgarien einen Wendepunkt bedeutet; in diesem Jahre hat nämlich die österreichisch-ungarische Politik unter der Leitung des Grafen Kálnoky mit Bulgarien als einem nützlichen Faktor am Balkan ernstlich zu rechnen begonnen. Diese neue politische Orientierung hatte sich hauptsächlich aus zwei Gründen als notwendig erwiesen: Wir waren nämlich zur Erkenntnis gelangt, daß Serbien, durch die Okkupation Bosniens und der Herzegowina in seinen Zukunftshoffnungen ge-

täuscht, sich trotz des guten Willens König Milans kaum mehr als eine zuverlässige Stütze unserer Politik am Balkan werde verwenden lassen; die späteren Ereignisse haben erwiesen, wie richtig diese Erkenntnis gewesen ist. Während sich diese Wandlung in unseren Anschauungen bezüglich Serbiens vollzog, begann die russische Politik sich in Bulgarien deutlicher zu akzentuieren, mit der offenbaren Tendenz, das Land ganz in die Einflußsphäre Petersburgs zu bringen, es mit einem Worte zu einer mit einigen autonomen Befugnissen ausgestatteten russischen Satrapie zu machen. Es war also eine psychologisch-politisch vollkommen richtige Erwägung, die aus den beiden vorgeschilderten Konsiderationen entsprang, wenn wir uns in diesem Momente für die Wahrung der Selbständigkeit Bulgariens einsetzten; die damaligen zur historischen Bedeutung gelangten Erklärungen des Grafen Tisza im ungarischen Reichstage, die sich in diesem Gedankengange bewegen, sind, wie Euer Hochgeboren wissen, bis zum heutigen Tage für die Richtung unserer Politik Bulgarien gegenüber maßgebend geblieben. In den Neunziger-Jahren und an der Wende dieses Jahrhunderts sind die Beziehungen der Monarchie zum damaligen Fürstentume etwas alteriert gewesen. Persönliche Momente auf Seite des Fürsten (der Religionswechsel des Thronfolgers), auf Seiten seiner Regierung das Bestreben, sich durch eine besondere Konnivenz russischer Hilfe für die Verwirklichung bulgarischer Aspirationen auf Mazedonien zu versichern, haben hier mitgespielt. Auch in den darauffolgenden Jahren hat ein wärmeres Verhältnis zwischen Wien und Sofia nicht Platz gegriffen; wir hatten uns mit Rußland auf Grund des striktesten Festhaltens am status quo zur Durchführung der Reformpolitik des Mürzsteger Programmes verbunden und es war psychologisch erklärlich, daß sich das bulgarische Mißvergnügen über diese gemeinsame Aktion, die die bulgarischen Hoffnungen nicht aufkommen ließ, noch mehr gegen uns als gegen Petersburg richtete. Als ich im Jahre 1906 die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Monarchie übernahm, war ich aus verschiedenen Gründen, die hier auseinanderzusetzen zu weit führen würde, bald zu der Ueberzeugung gelangt, daß die von uns mit Rußland geführte und von den anderen Mächten unterstützte Reformpolitik in Mazedonien in absehbarer Zeit auf den Sand kommen würde. Ich mußte daher die Balkanpolitik der Monarchie einer Revision unterziehen und es war nur natürlich, daß sich hier mein Augenmerk neuerdings auf Bulgarien richtete, das schon seit zwanzig Jahren in unseren politischen Konsiderationen eine Rolle spielte. Bulgarien war nicht allein der stärkste Faktor unter den Balkanstaaten, es war gleichzeitig auch jener, dessen nationale Aspirationen nicht auf das Hoheitsgebiet der Monarchie übergriffen, vielmehr mit jenen des uns übelwollenden Serbien in Mazedonien kollidierten. Die sorgfältige Pflege, die ich unseren Beziehungen zu Bulgarien seit den Jahren 1907 und 1908 angedeihen ließ, hat in der jüngst erfolgten Aufhebung der Kapitulationen den markantesten Ausdruck gefunden. Es ist hier der Moment, eine diplomatische Legende zu zerstören, die sich in den letzten Jahren eingebürgert hat und wonach zwischen der Annexion Bosniens und der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung eine vereinbarte Konnexität bestanden hätte. Dies ist tatsächlich nicht der Fall gewesen. Der Besuch

des damaligen Fürsten Ferdinand in Budapest[b]) war bereits vor dem Ausbruche der jungtürkischen Revolution, also zu einer Zeit verabredet, wo weder von der Annexion noch von der Unabhängigkeitserklärung die Rede war. Als dann der Besuch stattfand, lagen diese beiden Ereignisse sozusagen in der Luft. Verabredungen haben aber zwischen uns keine stattgefunden. Allerdings habe ich Fürst Ferdinand nicht verhehlt, daß die Annexion beabsichtigt sei, habe ihm aber keinerlei Andeutung über den Zeitpunkt gemacht, da sie geschehen sollte. Dasselbe Verhalten hat Fürst Ferdinand mir gegenüber betreffend die geplante Unabhängigkeitserklärung beobachtet; als er mir davon sprach, daß er durch die Umstände gezwungen werden könnte, hiezu zu schreiten, beschränkte ich mich darauf ihm zu sagen, daß er am besten in der Lage sei zu beurteilen, was die Interessen seines Landes erforderten, und ihm so zu verstehen zu geben, daß wir gegen diesen Schritt, der uns in der natürlichen Entwicklung der Dinge gelegen schien, wohl nicht Stellung nehmen dürften. Aus der jüngsten Vergangenheit der Geschichte unserer Beziehungen zu Bulgarien will ich einer Phase noch speziell erwähnen. Wie Euer Hochgeboren bekannt, mußte ich während der Annexionskrise mit der Eventualität eines ernstlichen Konfliktes mit der Türkei rechnen; da Bulgarien sich zu dieser Zeit mit der Türkei noch nicht ausgeglichen hatte und die suzeräne Macht sich noch weigerte, das junge Königreich anzuerkennen, war der Fall einer parallelen Vorgangsweise Oesterreich-Ungarns und Bulgariens der Türkei gegenüber gegeben. Ich habe daher damals durch den k. u. k. Gesandten Grafen Thurn geheime Pourparlers mit Bulgarien gepflogen,[c]) die eine eventuelle Kooperation zum Gegenstande hatten. Es ist zu dieser Kooperation nicht gekommen und die damalige politische Situation ist heute überholt und gehört der Vergangenheit an. König Ferdinand mag wohl manchmal bedauern, daß er den Moment versäumt hat, seinen Namen in der Geschichte seines Landes als den des Vernichters der ottomanischen Herrschaft in Europa einzuzeichnen; wir haben aus seinem Verhalten jedenfalls die Erkenntnis gewonnen, daß er ein Herrscher ist, der kriegerischen Uebungen und Entschlüssen abgeneigt ist und der es voraussichtlich auch in Zukunft beim Diplomatisieren und anderen solchen Künsten bewenden lassen wird. Für die Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie, die den Frieden aufrichtig will, ist dies zweifelsohne ein günstiges Moment. Ein kriegerisches Bulgarien hätte am Balkan die Dinge längst schon auf den Kopf gestellt. So aber können wir — wie ich glaube — davon überzeugt sein, daß König Ferdinand niemals spontan an eine aktive Politik denken und sich zu einer solchen höchstens in dem Falle bereit finden wird, wenn er seitens Rußlands entsprechende Zusicherungen erhält oder aber durch den Druck der öffentlichen Meinung seines Landes gewissermaßen zur Rettung seiner Krone dazu gezwungen würde. Wenn meine bisherigen Ausführungen dazu bestimmt waren, die Entwicklung unseres politischen Verhältnisses zu Bulgarien und die Lehren, die sich aus demselben ergeben, darzulegen, so möchte ich mich nun noch kurz der künftigen Entwicklung der Dinge zuwenden: Die Wichtigkeit, die Bulgarien für unser politisches Kalkul am Balkan besitzt, wird durch die natürliche Entwicklung dieses Landes eine immer größere. Sie wird auch

weiter in dem Maße steigen, als die Wahrscheinlichkeit der Erhaltung der türkischen Herrschaft in Europa abnehmen sollte. Solange die Türkei als Machtfaktor besteht, — und ihre Einschätzung als solcher ist in den letzten Jahren nicht geringer geworden — müssen wir natürlich zunächst mit ihr rechnen, wir müssen aber gleichzeitig trachten, durch eine kluge und vorsichtig geführte Politik uns in Bulgarien ein Kapital von Vertrauen und Sympathie zu erwerben, damit wir mit diesem Kapital in dem Momente rechnen können, wo die türkische Herrschaft in Europa sich trotz unserer Sympathie und Unterstützung nicht als lebensfähig erweisen sollte. Für diesen Fall sehen wir in Bulgarien den natürlichen Haupterben der Türkei; die bisherige Entwicklung berechtigt uns hiebei zu der Erwartung, daß eine solche weitere Erstarkung Bulgariens eine vermehrte Garantie für dessen Selbständigkeit gegenüber russisch-panslavistischen Einflüssen und Bevormundungen bilden würde und zu unseren Interessen nicht im Widerspruche wäre; letzteres umso weniger, als die Monarchie für sich selbst keineswegs auf irgend eine territoriale Akquisition in Mazedonien ausgeht, weil dies unseren wohlverstandenen Interessen nicht zugute kommen würde. Euer Hochgeboren wollen dieses Axiom unserer Politik, in Mazedonien für sich keinen Landerwerb zu suchen, wo sich hiezu ein natürlicher geeigneter Anlaß ergibt, in bestimmter und möglichst überzeugender Weise dartun und so den von anderer Seite immer wieder lancierten Ausstreuungen über die Absichten unserer Politik wirksam entgegentreten. Für die Tätigkeit Euer Hochgeboren in Sofia ergibt sich im Übrigen aus dem Vorgesagten, daß dieselbe vor allem eine aufmerksam beobachtende sein wird. Bei aller Betonung unserer Freundschaft für Bulgarien werden Euer Hochgeboren sich reserviert verhalten und alles vermeiden, was in Konstantinopel und anderwärts den Verdacht aufkommen lassen könnte, als ob wir Bulgarien zu einer Aktion ermutigen wollten. Euer Hochgeboren werden dem allgemeinen Grundsatze unserer Politik entsprechend immer wieder unserem lebhaften Wunsche nach der Erhaltung des Friedens Ausdruck geben. Gerade im gegenwärtigen Augenblicke, wo man nach der Verleihung der Toison[d]) und nach dem Besuche König Ferdinands am Allerhöchsten Hoflager[e]) im Auslande geneigt sein dürfte anzunehmen, daß zwischen uns und Bulgarien besondere Verabredungen bestehen, muß unsere Sprache in Sofia besonders vorsichtig und müssen unsere Mahnungen zur Mäßigung und zu einer versöhnlichen Politik der Türkei gegenüber besonders nachdrücklich sein; dies hindert natürlich nicht, daß Euer Hochgeboren Ihre Haltung den bulgarischen Staatsmännern gegenüber jenen oben dargelegten Konsiderationen unserer bulgarischen Politik anpassen, um uns dort für alle Eventualitäten eine Atmosphäre sympathischen Vertrauens zu schaffen.

[a]) Vgl. n. 2538, 2558. — [b]) Vgl. n. 87. — [c]) Vgl. n. 735. — [d]) Vgl. n. 2507. — [e]) 6. Juni. Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1911, S. 578. Vgl. n. 3000.

Nr. 2548. Privatschreiben aus St. Peterburg, 11./24. Juni 1911 (eing. 26. Juni).[a]) *Eigh. Ausfert.*

Streng vertraulich. Ich habe in meiner bisherigen Berichterstattung wiederholt Gelegenheit gehabt, Dir über die freundliche Aufnahme und

die günstigen Dispositionen Meldung zu erstatten, die ich sowol bei Seiner Majestät, Kaiser Nicolaus, als anderen massgebenden Stellen, wie z. B. bei Herrn Sazonow und seinem jetzigen Stellvertreter, gefunden habe. Diese Schilderung würde aber nicht ganz vollständig sein, wenn ich es unterlassen wollte, in das allgemeine eher freundliche Bild gewisse Schatten einzuzeichnen, die demselben erst die richtige Nuance geben. Zum Teil sind diese Schatten Dir ja ohnedies bekannt und sage ich nichts Neues, wenn ich darauf hinweise, dass selbst unter den Mitarbeitern Herrn Neratows im Auswärtigen Amte Manche sind, die die günstigen Dispositionen des Leiters desselben uns gegenüber gewiss nicht teilen. Derzeit haben diese Leute allerdings nicht die Oberhand, doch besitzen sie immerhin einen nicht allzu gering zu veranschlagenden Einfluss und tragen meines Erachtens zweifellos auch dazu bei, dass in der selbst halbofficiösen Presse die gehässigen Angriffe gegen die Monarchie nicht verstummen wollen und mitunter recht sonderbare Blüten treiben. Dies ist es aber nicht, worauf ich heute in ganz vertraulicher und rein persönlicher Weise hinzuweisen, Deine gütige Erlaubnis mir erbitte. Was mich nämlich frappirt hat, ist die durchaus falsche Beurteilung, welche ich an vielen, auch sonst wolintentionirten, Stellen Deiner Politik gegenüber durchzufühlen glaube, und ein gewisses Misstrauen, das hier noch vielfach aus der Annexions-Zeit her gegen Deine Person zurückgeblieben zu sein scheint.[1] Deine Intentionen und jeder Deiner Schritte sind eben seinerzeit von unseren Gegnern so verdreht und ein solcher Rattenkönig von Intriguen gegen Dich damals gesponnen worden, dass sehr viele etwas weniger klar sehende und weitblickende Leute sich noch immer nicht mit dem Gedanken vertraut machen können, dass der böse Aehrenthal, von dem man ihnen seinerzeit soviel Schlechtes vorerzählt hat, und den sie sich in ihrer Kurzsichtigkeit als einen besonderen Feind Russlands vorzustellen gelernt haben, nicht bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit wieder irgend welche Ränke spinne. Ich bin gewiss ferne, diesem Bodensatz des Misstrauens, der aus der Zeit der Annexions-Campagne zurückgeblieben zu sein scheint und der gewiss allmählich sich von selbst resorbiren wird, eine grössere Bedeutung zuzuschreiben, doch halte ich es für meine Pflicht, auch diesen Schatten im Bilde zu erwähnen, welcher mir, wie gesagt, zur Vervollständigung desselben zu gehören scheint. Auch glaube ich, Deinen Absichten zu entsprechen, wenn ich Dir meine Beobachtungen stets mit vollem Freimut und ohne sie im geringsten zu beschönigen, vortrage und mir überhaupt zur obersten Richtschnur mache, immer die volle und ungeschminkte Wahrheit, so wie ich sie eben zu erkennen glaube, zu unterbreiten. Du kennst ja die Verhältnisse in Russland so gründlich und genau, dass es Dir auf Grund der Schilderung meiner Eindrücke am Besten möglich sein wird, zu beurteilen, in wie ferne ich mich etwa in meiner Beurteilung der Sachlage geirrt haben mag. Thurn.

[1] War immer vorhanden.
[2] Vgl. n. 2545, 2551.

Unterredung mit dem rumän. Minister des Äußern, 27. und 28. Juni 1911. Siehe n. 2558.

Nr. 2549. Note an den Chef der Militärkanzlei des Kaisers, 27. Juni 1911 Nr. 236 C. d. M. Konz. (S. u. G. Franckenstein).

Geheim. Ich beehre mich Euer Exzellenz den mir im Geleite der geschätzten Note vom 9. l. M. Nr. 1527/1911 übermittelten alleruntertänigsten Vortrag des Chefs des Generalstabes Res. No. 920 d. d. Wien 10. März l. Js. mit dem Beifügen hier anruhend zurückzustellen, dass ich Seiner Majestät zum Gegenstande mündlich Vortrag erstattet habe.

Nr. 2550. Tel. aus Berlin, 1. Juli 1911 Nr. 98 (eing. 2. Juli 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. In Abwesenheit des gestern verreisten Staatssekretärs teilt mir Unterstaatssekretär soeben die überraschende Nachricht mit, die deutsche Regierung habe sich entschlossen, auf dringende Bitte der in Südmarokko interessierten deutschen Firmen, die nachdrücklich auf die Gefahr hinweisen, die durch ein mögliches Übergreifen der Unruhen aus anderen Teilen Marokkos — besonders nach Abschluss der Erntezeit — ihren sehr bedeutenden Interessen entstehen könnten, zur Sicherung von Leben und Eigentum der Deutschen und deutschen Schutzgenossen vorläufig das Kanonenboot Panther, das sich auf der Ausreise nach Südwestafrika befand, nach dem Hafen von Agadir zu entsenden. Das Schiff dürfte heute dort eingetroffen sein; später soll es durch ein grösseres Kriegsschiff ersetzt werden. Eine Ausschiffung sei nicht beabsichtigt. Die deutschen Vertreter bei den Mächten hätten diesen heute durch Überreichung eines aide-mémoire davon Anzeige gemacht und hiebei die Erklärung abgegeben, dass das Schiff nur solange in Agadir bleiben werde, als die Umstände es der Regierung für nötig erscheinen lassen würden. Streng vertraulich fügte der Unterstaatssekretär erläuternd hinzu, die Algecirasacte sei durch das Vorgehen Frankreichs und Spaniens in Marokko längst durchlöchert. Die Gründe, die Frankreich seinerzeit für seine Expedition nach Fez geltend gemacht hätte, hätten sich als hinfällig erwiesen. Die Spanier hinwiederum seien durch ihr Einrücken nach Elksar wohl nur den Franzosen zuvorgekommen. Das Deutsche Reich vindiziere sich auch das Recht, zu entscheiden, in welchem Augenblick ihm das Eingreifen von Schutzmassnahmen für seine Untertanen und deren Interessen nötig erscheine. Was dem einen recht sei, sei dem anderen billig. Für Deutschland handle es sich hier um eine Prestigefrage. Deutsche Regierung erwarte, dass es nunmehr zu freundschaftlichen Verhandlungen zwischen ihr, der französischen und spanischen Regierung kommen werde. Sollten diese Verhandlungen ergeben, dass die Wiederherstellung des status quo in Marokko und mithin der Algecirasacte möglich sei, so werde deutsche Regierung dies mit Genugtuung begrüssen und auch ihrerseits danach handeln. Anderseits hoffe aber die deutsche Regierung, eine endgiltige Lösung der marokkanischen Frage herbeiführen zu können, die die Zustimmung der Algeciras-Mächte erlangen werde. Herr Zimmermann sagte mir, Herr von Tschirschky sei beauftragt worden, Euer Exzellenz gegenüber der Hoffnung Ausdruck zu geben, die k. u. k. Regierung werde auch diesmal der deutschen Regierung ihre so wertvolle moralische Unterstützung zuteil werden lassen. Unterstaatssekretär glaubt annehmen zu können,

dass die im Auslande wohl zu erwartende Erregung der ersten Tage sich bald wieder legen werde. Die hiesige Regierung werde ihr Möglichstes tun, damit die deutsche Presse sich ruhig verhalte und besonders die alldeutsche nicht etwa eine chauvinistische Note anschlage. Zum Beweis wie ruhig man die Sache in der Wilhelmstrasse auffasse, möge die gestern erfolgte Abreise Herrn von Kiderlens, der einen achttägigen Urlaub genommen habe, dienen. Aus Paris sei soeben die telegraphische Nachricht eingetroffen, der neue französische Minister des Äussern hätte sich durch den Schritt der deutschen Regierung „überrascht, aber nicht bestürzt" gezeigt. Auf meine Frage, wie sich England wohl zur Sache verhalten werde, sagte mir Zimmermann ausweichend, man hätte hier Grund anzunehmen, dass sich die englische Regierung mit den Tatsachen abfinden würde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2541, 2552, 2553.

Nr. 2551. Privatschreiben nach St. Petersburg, 1. Juli 1911. Konz. (S. Franckenstein; G. Aehrenthal).

Ich danke Dir bestens für Dein Schreiben vom 24./11. Juni l. Js. Es entspricht vollkommen meinen Intentionen, dass Du mir Deine Eindrücke offen dargelegt hast, und ich ersuche Dich, mir auch künftighin in freimüthiger Weise Bericht zu erstatten. Das Misstrauen gegen unsere Politik und das an manchen Stellen noch hinzukommende Übelwollen gegen meine Person, die Dir aufgefallen sind, wundern mich nicht, da seit der Blamage Iswolskys in der Annexionsfrage noch zu wenig Zeit verflossen ist. Es ist ja begreiflich, dass diese Misserfolge auf diplomatischem Gebiete, so bald nach den Niederlagen der russischen Waffen in Ostasien, bei Vielen ein Gefühl argwöhnischer Unsicherheit hervorgerufen haben. Ich möchte aber doch auch darauf hinweisen, dass in Petersburg und im allgemeinen in den russischen Kreisen auch vor der Annexion immer Misstrauen gegen unsere Politik am Balkan und gegen den jeweiligen Leiter derselben gehegt wurde, ein zum Theil instinctives Misstrauen, welches sowohl in der Situation Österreich-Ungarns und Russlands den Balkanfragen gegenüber als auch in der Mentalität der Russen seinen Ursprung hat.

Nr. 2552. Tel. nach Berlin Nr. 60, Paris Nr. 32, Madrid Nr. 12, London Nr. 38, Rom Nr. 90, St. Petersburg Nr. 43, Konstantinopel Nr. 109 und Tanger Nr. 10, 3. Juli 1911 (chiffr. 3 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Kozierbrodzki; G. Aehrenthal).

Der kais. deutsche Botschafter hat mir vorgestern im Auftrage seiner Regierung von der Entsendung eines Kriegsschiffs nach Agadir Mitteilung gemacht und das aide-mémoire überbracht, welches an demselben Tage den Kabinetten von Paris und Madrid überreicht werden sollte.[b]) Ich habe diese Mitteilung mit Dank und dem Beifügen zur Kenntnis genommen, daß wir nicht im mindesten daran zweifeln, deutsche Regierung werde diese durch die gefährdeten deutschen Interessen in Agadir hervorgerufenen Maßnahmen zurücknehmen, falls die innere Situation in Marokko es gestatten werde. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2541, 2550, 2553. — [b]) G. P. XXIX 158 Nr. 10583.

Nr. 2553. Erlaß nach Berlin, 3. Juli 1911 Nr. 1512.[a]) Konz. (S. Koziebrodzki; G. Aehrenthal).

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 98 vom 1. Juli. Herr von Tschirschky hat sich mir gegenüber in demselben Sinne, wie der Unterstaatssekretär, ausgesprochen. Ich ließ der deutschen Regierung für deren offene und vertrauensvolle Mitteilung verbindlichst danken. Der Schritt Deutschlands, der ja anfangs etwas Aufsehen erregen dürfte, sei wohl geeignet, in der Marokko-Frage Klarheit herbeizuführen. Was Österreich-Ungarn anbelange, so hätten wir uns bisher völlig reserviert verhalten und hätten auch keinerlei Veranlassung gehabt, der Frage näher zu treten, ob das gegenwärtige Vorgehen Frankreichs gerechtfertigt gewesen sei und mit den Verträgen kollidiere oder nicht. Unser Wunsch ginge dahin, daß die Algeciras-Akte aufrecht erhalten bleibe; sollte sich dies jedoch nicht erreichbar erweisen, so könnten wir uns mit etwaigen Modifikationen einverstanden erklären, insoweit durch dieselben die „offene Tür" nicht beeinträchtigt würde. Zum Schlusse erklärte ich, daß wir, bei den freundschaftlichen und innigen Beziehungen zu Deutschland, dessen Aktion mit voller Sympathie begleiten, daß wir uns aber natürlich vorbehalten müßten, die seinerzeit an uns herantretenden konkreten Vorschläge einer Prüfung zu unterziehen. Vorstehendes zur Kenntnis Euer Exzellenz und zur Regelung Ihrer Sprache, falls der Staatssekretär die Frage zur Sprache bringt.

[a]) Vgl. n. 2552, 2559.

Nr. 2554. Privatschreiben nach Berlin; Hietzing, 4. Juli 1911.[a]) Abschrift.

Das Eingreifen Deutschlands in die marokkanischen Angelegenheiten[b]) hat mich nicht im mindesten überrascht. Wie ich Dir bereits Ende Mai von Abbazia[c]) aus schrieb, betrachtete ich das aggressive Vorgehen Frankreichs in Marokko zum größten Teile als eine Folge der Potsdamer Besprechungen.[d]) Aus Deinem Antwortschreiben[e]) konnte ich entnehmen, daß in der Wilhelmstraße so ziemlich dieselbe Auffassung vorherrscht. Unter-Staatssekretär Zimmermann hat Dir gegenüber die Situation vortrefflich dahin charakterisiert: es handle sich um das Prestige Deutschlands! Da liegt die Erklärung für das geschickte, aber zugleich auch stark autoritäre Vorgehen der deutschen Diplomatie. Nach Feststellung der wahren Sachlage und ihrer eigentlichen Ursachen ergibt sich unsere Haltung zu dem Problem von selbst. Wir begleiten die Entsendung des „Panther" nach Agadir mit verständnisvoller Sympathie, ohne uns jedoch vorerst mit der Frage zu befassen, die Berlin uns gegenüber aufgeworfen, daß bereits seitens Frankreichs eine Verletzung der Algeciras-Akte vorliegt. Wir wünschen vor allem die Erhaltung dieser Akte und erhoffen, dies in der Weise sichergestellt zu sehen, daß Frankreich, Spanien und Deutschland ihre temporären militärischen Maßnahmen zurücknehmen. Wir hoffen auf ein solches Ergebnis der Pourparlers zwischen den Kabinetten, weil hiedurch am raschesten und sichersten der Friede gesichert erschiene. Wir würden aber auch noch aus dem Grunde dieses Ergebnis mit Befriedigung begrüßen, weil durch die

Aufrechterhaltung der Algeciras-Akte das für uns in der marokkanischen Frage wichtigste, „das Prinzip der offenen Thür" am ehesten garantiert bliebe. Anläßlich der vertraulichen Mitteilung Tschirschkys über die deutschen Motive und nächste Ziele (Revision des Algeciras-Vertrages durch Verhandlungen mit Frankreich und Spanien) erging an uns der Appell, die deutsche Aktion zu unterstützen. Ich verhielt mich dem gegenüber ziemlich reserviert und beschränkte mich, wie Du weißt, auf die Bemerkung: wir müßten zunächst konkrete Vorschläge Deutschlands kennen, bevor wir zu derselben Stellung nehmen. Unsere reservierte Haltung ist zum Teile auch durch die Potsdamer Besprechungen[d] beeinflußt. Das entscheidende Wort ist dort damals gefallen, als Bethmann Hollweg Minister Sazonoff die Versicherung abgab: „Deutschland habe sich niemals verpflichtet, expansive Pläne Österreich-Ungarns am Balkan zu unterstützen." Für den Fall, daß Du den betreffenden Brief des Kanzlers an mich nicht kennen solltest, schließe ich zu Deiner streng vertraulichen Information den betreffenden Passus bei. — Mit anderen Worten: Deutschland hat sich strictement auf den Boden unseres Allianzvertrages zurückgezogen und hiefür die weitgehende russische Gegenversicherung eingetauscht: „daß Rußland sich niemals mit England in eine gegen Deutschland gerichtete feindselige Kombination einlassen werde." Abzuwarten bleibt vorderhand Rußlands Attitude in der neuen Phase der marokkanischen Frage. Letztere spielte bekanntlich beim Abschluß unseres Vertrages mit Deutschland keine Rolle. Wir selbst haben an der Frage ein sehr untergeordnetes Interesse und werden daher in zweiter Linie bleiben und unser Pulver schön trocken halten. Infolge der Fehler der Jungtürken und der Ambitionen König Nicolaus' von Montenegro haben wir für die nächste Zeit an unserer südwestlichen Grenze Sorgen genug. Gott sei Dank ist der Kaiser sehr wohl; Er reist Samstag nach Ischl, kehrt aber am 17. d. Mts. zur Reichsratseröffnung nach Schönbrunn zurück. Ich werde mich nach dem 20. Juli für 5 Wochen nach der Mendel bei Bozen begeben.

Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2485, 2555, 2556. — [b] Bemerkungen des Legationsrates Grafen Friedrich Szápáry zu diesem Privatschreiben. Ohne Datum. Eigh.: 1. Die Frankreich gegenüber eingenommenen Verpflichtungen werden gewissenhaft erfüllt werden. 2. Man perhorrescirt die Besetzung Agadir's oder eines anderen Punktes der atlantischen Küste durch Deutschland. 3. Man perhorrescirt eine Einigung im Sinne der Auftheilung. 4. Die Verpflichtungen gegenüber Frankreich können die Regierung nicht hindern, dass sie sich den Anspruch vorbehält ihre Interessen zu vertreten, wenn andere Mächte besondere Vorrechte in Anspruch nehmen wollten. 5. Infolgedessen wird nicht zugegeben, dass bloss Frankreich, Deutschland und Spanien an den Besprechungen theilnehmen, und man beansprucht gleichfalls mitzusprechen. — [c] Dieses Schreiben liegt nicht vor. Möglicherweise handelt es sich um ein Schreiben aus Abbazia vom 18. Mai, das in einem nicht aufgenommenen Privatschreiben aus Berlin vom 23. Mai zitiert wird. — [d] Vgl. n. 2313, 2473, 2481, 2599. — [e] In einem zweiten Privatschreiben vom 23. Mai 1911 (vgl. oben Anm. c), das nur in einem Konzept des Berliner Botschaftsarchivs vorliegt, schreibt Szögyény unter anderm: „Im Auswärtigen Amt ist man darüber vollkommen im Klaren, dass das aggressive Vorgehen Frankreichs in Marocco als ein Gegenzug Frankreichs gegen die offenkundigen Bestrebungen Deutschlands durch Annäherungen an St. Petersburg und an London (So! Anm. der Bearbeiter) anzusehen ist. Frankreich wollte eben noch die Gelegenheit benützen, die Triple-Entente für seine eigenen Interessen auszubeuten."

Nr. 2555. Tel. aus London, 5. Juli 1911 Nr. 36 (eing. 6. Juli 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Sir E. Grey sagte mir heute, er wisse noch nicht, wann er oder Premierminister über Marokkofrage eine Erklärung im Parlament werde abgeben können; möglicherweise morgen, vielleicht erst in einigen Tagen. Er sei im Gedankenaustausche mit Paris. Jedenfalls habe die unerwartete Aktion Deutschlands eine gänzlich neue Situation geschaffen, welche England nahe berühre. Wenn deutsche Handelsinteressen gefährdet sind, so müssten es auch die englischen sein, welche viermal so groß wie die deutschen sind. England hat durch das anglo-französische Abkommen Frankreich gewisse Massnahmen überlassen, nicht aber Deutschland. Das Gefühl in der hiesigen Öffentlichkeit und in den englischen Handelskreisen werde sein, dass wenn Deutschland in Marokko hervortrete, England es ebenfalls tun müsse. Nachdem ich Sir E. Grey verließ, sprach ich noch mit Tyrell. Ich konstatierte, dass man im Foreign Office Vorgangsweise Deutschlands unerklärlich findet, nachdem deutscher Reichskanzler und andere massgebende deutsche Persönlichkeiten erst vor kurzem erklärten, Marokko werde zu keinen Friktionen führen! Man habe in der letzten Zeit englischerseits sehr auf Frankreich eingewirkt, damit es geneigt sei „de causer avec Berlin dans un esprit conciliant et de se montrer prête à faire des concessions." Nun sei alles in Frage gestellt. Hier mache sich das Gefühl geltend, die deutsche Demonstration in dem einzigen guten atlantischen Hafen sei gegen England gerichtet und die so glücklich begonnene Détente zwischen hier und Berlin könne wieder in Frage gestellt werden. Es sei wiederum ein echtes Berliner procédé, was immer sie erreichen wollen, mit dem Maximum an Mitteln und voraussichtlichem Minimum an Erfolg durchzusetzen. Vorstehendes ungefähr Stimmung des Foreign Office, wo man entschieden unangenehm berührt ist. Presse fährt fort, ruhig zu sein mit starker Betonung, dass England zu Frankreich stehen müsse. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2554, 2556.

Nr. 2556. Privatschreiben aus Berlin, 6. Juli 1911 (eing. 9. Juli).[a]) Ausfert.

... *Persönliches* ... Dein liebenswürdiges und hochinteressantes Schreiben vom 4. d. habe ich mit grossem Danke erhalten. Bei nächster Gelegenheit werde ich mir erlauben, auf dasselbe zurückzukommen. Wie ich Dir schon vor einiger Zeit schrieb, teile ich vollkommen Deine Auffassung, dass die Haltung Frankreichs Marokko betreffend und insbesondere dessen jetziges Vorgehen dortselbst eine direkte Folge der seinerzeitigen Potsdamer Abmachungen ist. Der authentische Inhalt dieser Abmachungen ist uns allerdings noch nicht bekannt und eine jede Anspielung, die ich in dieser Beziehung im Auswärtigen Amt mache, wird mit der verlegenen Bemerkung erwidert, dass hauptsächlich die Krankheit Sasonows die Verzögerung verursacht habe, dass die in merito schon fertig gestellten Abmachungen bisher nicht entsprechend finalisiert werden konnten. Unsere freundschaftliche, aber reservierte Haltung der deutschen Action gegen-

über wird hier vollkommen gewürdigt und man scheint hier einzusehen, dass wir vor Allem die konkreten deutschen Vorschläge kennen müssen. Da der Ausgangspunkt der französischen Politik in Marokko zweifellos auf „Potsdam" zurückgeführt werden muss, bleibt uns wohl nichts anderes übrig, als abzuwarten, wie sich hauptsächlich Russland und auch England zu dem von Deutschland geführten Gegenstoss verhalten werden. Die weitere Entwicklung dieser ganzen Angelegenheit hängt eben davon ab, welche Haltung das verbündete Russland und die Entente-Macht England einnehmen werden. ... *Persönliches.* ... Szögyény.

a) Vgl. n. 2555, 2557, 2560, 2565.

Nr. 2557. Tel. aus London, 6. Juli 1911 Nr. 38 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Premierminister hat heute nachmittags im Parlamente Erklärung abgegeben, worin kurz gesagt wird, in Marokko sei eine neue Situation entstanden, durch welche britannische Interessen möglicherweise mehr berührt werden als es bisher der Fall war. Er sprach Hoffnung aus, dass eine Lösung durch diplomatische Diskussionen gefunden werden wird und versicherte, dass England dabei den ...*b)* Interessen und die Einhaltung seiner Vertragsverpflichtungen mit Frankreich im Auge haben wird. Sir A. Nicolson, den ich heute sah, meinte, es müssten nun eben die diplomatischen Pourparlers beginnen. Er schien nicht pessimistisch, sagte mir aber, es herrsche hier in der Öffentlichkeit bereits starke Erregung gegen deutsche Vorgangsweise vor. Mensdorff.

a) Vgl. n. 2556, 2559, 2561. — *b)* Chiffre verstümmelt.

Nr. 2558. Erlaß nach Bukarest, 7. Juli 1911 Nr. 1562. Konz. (S. Schreibmaschine; G. Aehrenthal).

Wie Euer Durchlaucht bekannt, hat sich der rumänische Minister des Äußern, Herr Majorescu, unlängst in Wien aufgehalten. Ich hatte Gelegenheit, am 27. sowie am 28. v. M. bei einem Frühstück im Stöckl mit demselben eine Anzahl aktueller politischer Angelegenheiten durchzusprechen. Herr Majorescu ist mir ein sympathischer alter Bekannter von Bukarest her und so konnte ich in meinem Gespräche mit ihm gleich in medias res eintreten. Ich habe damit begonnen, daß ich dem Herrn rumänischen Minister des Äußern eine kurze Schilderung der gegenwärtigen, in einigen Punkten nicht sehr erfreulichen Situation am Balkan gab und habe hiebei natürlich auch die brennendste Frage der Balkanpolitik — die durch den Malissorenaufstand*a)* geschaffenen Schwierigkeiten — eingehend besprochen. Speziell betont habe ich dabei, daß wir, wie auch alle anderen näher interessierten Mächte, fest entschlossen seien, bei der Politik der Nichtintervention zu verbleiben. Wir würden auch weiterhin eine zuwartende Haltung einnehmen und zusehen, wie sich die Dinge in dieser gefährlichen Ecke der Balkanhalbinsel entwickeln. Wir selbst hätten allerdings infolge des uns in jenen Gegenden zustehenden katholischen Kultusprotektorates gewisse Verpflichtungen und könnten somit nicht gleich-

giltige Zuschauer der von der türkischen Verwaltung begangenen Mißgriffe sein. Schon seit geraumer Zeit, ja, lange vor dem Ausbruche des heurigen Aufstandes, hätten wir es uns daher angelegen sein lassen, den türkischen Machthabern freundschaftliche Ratschläge zu erteilen und sie darüber nicht im Zweifel zu lassen, daß unserer Überzeugung nach ihr eigenes Interesse fordere, daß sie dem albanesischen Elemente ein verständnisvolleres Entgegenkommen erweisen. Trotz der unleugbar großen Schwierigkeiten der Lage — diese seien teils in den von der Türkei begangenen Fehlern, teils in der Unverläßlichkeit des Königs Nikolaus begründet, der ja gar kein Interesse daran habe, zur Klärung einer Situation beizutragen, aus deren Verworrenheit er Nutzen zu ziehen hoffe — betrachtete ich die Aussicht auf eine friedliche Lösung noch durchaus nicht als hoffnungslos. Sollten aber unsere Bemühungen, einerseits in Cetinje auf eine korrekte Haltung gegenüber dem Nachbarreiche und andererseits in Konstantinopel auf ein versöhnliches Vorgehen gegenüber den albanesischen Emigranten hinzuwirken und so dem möglichen Konflikte zwischen der Türkei und Montenegro vorzubeugen, schließlich erfolglos bleiben, so würden wir unser Bestreben dahin richten, im Vereine mit den anderen interessierten und befreundeten Mächten den Konflikt zu isolieren. Ohne selbst in denselben einzugreifen, würden wir dessen Ergebnisse abwarten, uns aber selbstverständlich vorbehalten, bei der Gestaltung der Endsituation ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Diese Politik, eine Konflagration zunächst sich selbständig entwickeln zu lassen, bei der endgiltigen Lösung aber bestimmend mitzuwirken, sei von uns speziell mit den rumänischen Staatsmännern wiederholt besprochen und von diesen auch immer gewürdigt worden. Sie sei auch eine den rumänischen Interessen vollkommen entsprechende, für den Fall, als der Konflikt — was ich aber momentan gar nicht voraussähe — sich auch auf Mazedonien ausdehnen sollte. Ich kam nun auch auf das Thema Bulgarien zu sprechen und bemerkte, von jener Seite drohe meiner Ansicht nach gegenwärtig keine Gefahr. Ich begründete diese Ansicht Herrn Majorescu gegenüber vor allem mit meiner Euer Durchlaucht bekannten Auffassung von der Charakterveranlagung König Ferdinands, indem ich auch darauf hinwies, daß der König bei seinem vor kurzem erfolgten Besuche[b)] in Wien sich mir gegenüber ebenfalls im Sinne des Friedens und der Vermeidung von Konflagrationen am Balkan ausgesprochen habe. Es ist hier der Moment, ein Mißverständnis richtigzustellen, das in Euer Durchlaucht Bericht vom 10. v. M. Nr. 30 zum Ausdruck kommt. Euer Durchlaucht relationieren darin über Ihre erste Unterredung mit Herrn Carp und führen an, Sie hätten dem Herrn Ministerpräsidenten (wohl auf Grund meiner seinerzeitigen mündlichen Mitteilungen) erzählt, König Ferdinand habe versprochen, sich ruhig zu verhalten. Ein solches Versprechen des bulgarischen Zaren hätte denn wohl, wie Ihr Mitredner auch hervorhob, kein großes Gewicht, während es mir nicht ohne Wichtigkeit schien zu konstatieren, daß sich König Ferdinand auf Grund eines politischen Raisonnements im Sinne der Erhaltung des Friedens ausgesprochen habe. Am Schlusse unserer Unterredung berührte Herr Majorescu noch die Beziehungen seines Landes zu Griechenland. Diese seien nunmehr durch

die Wiederbesetzung der beiderseitigen Gesandtschaften normale geworden. Er fügte hinzu, daß er vorhabe, auch wieder politisch mit Athen zu arbeiten. Es schwebe ihm da vornehmlich ein Zusammenarbeiten in kultureller Beziehung in Mazedonien vor, wobei die beiderseitigen Interessen auf diesem Gebiete entsprechende Berücksichtigung fänden. Herr Majorescu hat an diese Auseinandersetzung keine konkrete Bitte geknüpft. Ich habe ihm aber zugesagt, daß ich vielleicht die Gelegenheit ergreifen werde, mit dem hiesigen griechischen Gesandten Herrn Streit, einem ernsten und verständnisvollen Politiker, diese Frage im Sinne der rumänischen Wünsche zu besprechen, eventuell auch analoge Ratschläge nach Athen gelangen zu lassen.

[a]) Vgl. n. 2542 Anm. b u. c, 2567. — [b]) Vgl. n. 2547.

Nr. 2559. Bericht aus Paris, 8. Juli 1911 Nr. 24 A (eing. 10. Juli).[a]) Ausfert.

Schon eine Woche ist vergangen, seitdem Freiherr von Schoen hier Mitteilung von der Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir machte und noch hat sich die hiesige Regierung über diese Frage nicht geäussert und weiss eigentlich Niemand, wie sie sich zu derselben zu stellen gedenkt. Der Umstand, dass sowohl der Präsident der Republik als der Minister des Äussern durch den Besuch in Holland ferngehalten waren, dürfte jedenfalls die Hauptursache der Verzögerung sein. Ich glaube aber, dass diese sehr plausible Entschuldigung der französischen Regierung ganz gelegen kam, um ihre Antwort auf die deutsche Mitteilung hinauszuschieben. Frankreich hat in den letzten Jahren so zahlreiche, mehr oder weniger geheime Verträge und Abkommen betreffs Marokkos mit verschiedenen Staaten (England, Italien, Spanien, Deutschland, Marokko) abgeschlossen, dass es dem neuen Minister des Äussern nicht leicht sein dürfte, sich in diesem diplomatischen Wirrsal zurechtzufinden. Umsomehr als diese Verträge sich untereinander nicht immer decken und auch mit der Algecirasakte nicht in Einklang stehen. Auch scheint man hier nicht genau zu wissen, was die wirklichen Absichten Deutschlands sind. Es ist ferner unzweifelhaft, dass die französische Regierung nur im vollen Einvernehmen mit England vorgehen will. Dieses Erwarten des englischen mot d'ordre in einer Frage, die in erster Linie Frankreich angeht, wird der hiesigen Regierung von verschiedenen Zeitungen schon lebhaft vorgeworfen. Der Präsident und mit ihm Herr de Selves kehrten gestern zurück, doch weiss ich nicht, ob ich vor Kurierschluss schon in der Lage sein werde, über die weiteren Entschliessungen der französischen Regierung berichten zu können. Über die Ursachen, die Deutschland zur Demonstration vor Agadir bestimmten, circulieren natürlich hier vielfache Versionen. Der „Temps“ in einem Leitartikel vom 6. l. M. und der „Figaro“ vom 6. d. M. in einem von Herrn Calmette signierten Artikel (die ich beizuschliessen mir erlaube) weisen darauf hin, wie alle Versuche Deutschlands, auf marokkanischem Gebiete zu einer wirtschaftlichen Verständigung zu gelangen, ganz erfolglos blieben, hauptsächlich in Folge der rasch aufeinander folgenden Minister-

krisen. Dass die Unmöglichkeit, die im deutsch-französischen Übereinkommen von 1909[b]) vorgesehenen wirtschaftlichen Vorteile zu realisieren auf die Stimmung in Berlin ungünstig eingewirkt hat, ist zweifellos, doch dürfte diese Konsideration nicht allein ausschlaggebend gewesen sein. Deutschland konnte aus humanitären Gründen gegen die zur „Rettung" von Europäern unternommene französische Expedition keine direkte Einsprache erheben. Dass die Franzosen im Begriffe stehen, sich auf eine sehr wenig verhüllte Weise in Marokko häuslich einzurichten, ist unzweifelhaft. Je länger dieser Zustand andauerte, umso schwerer wäre es für Deutschland gewesen zu sagen, dass die Situation mit den Bestimmungen der Algecirasakte unvereinbar sei. Dazu kam noch die spanische Aktion, die eine einfache Aufteilung Marokkos zwischen Spanien und Frankreich sehr nahegerückt erscheinen liess. So entschloss man sich in Berlin zu der vielleicht folgenschweren, aber an und für sich ziemlich einwandfreien Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir. Ich habe nicht die Impression, dass Deutschland daran denkt, sich dort, wie in England vielfach gefürchtet wird, eine wirkliche Flottenbasis zu schaffen. So verlockend ein solches Projekt auch erscheinen möge, ist man sich in Berlin, glaube ich, ziemlich klar darüber, dass ein solcher Plan den stärksten Widerspruch Englands begegnen müsste. Nach Allem, was vorhergegangen, ist es wohl nicht zu hoffen, dass es möglich sein werde, Frankreich aus Marokko ganz hinauszudrängen. Man will aber in Berlin bei diesem Anlasse wenigstens gewisse Kompensationen erlangen, die, wie es scheint, bei einer ausgiebigen Grenzberichtigung im französischen Congo gefunden werden könnten. Ausserdem besteht deutscherseits offenbar der Wunsch, von den Bestimmungen der Algecirasakte das zu retten, was zu retten ist, hauptsächlich die offene Türe für den Handel und die wirtschaftliche Gleichberechtigung. Schliesslich möchte man auch, glaube ich, Mittel und Wege finden, um zu verhindern, dass Frankreich in dem mehr oder weniger „tunificierten" Marokko eine militärische Kraftquelle finde. Mein deutscher Kollege liess einmal ein Wort von einer möglichen Neutralisierung Marokkos fallen und meinte, alle Welt habe ein Interesse daran, dass Frankreich im Mittelmeer oder an der atlantischen Küste sich nicht ein zweites Bizerta schaffe. Die hiesigen Zeitungen beschäftigen sich schon seit längerer Zeit mit dem Projekte der Organisierung von schwarzen Hilfstruppen, die auch in einem kontinentalen Kriege Verwendung finden könnten. Diese Idee erscheint in Berlin natürlich wenig sympathisch. Eine allgemeine Konferenz scheint man weder hier noch in Berlin zu wünschen. Deutscherseits möchte man am liebsten allein mit Frankreich, eventuell noch mit Spanien verhandeln. Hier wird betont, dass England an solchen Marokko betreffenden Beprechungen jedenfalls teilnehmen müsste, und dass Russland als Alliirter Frankreichs auch zugezogen werden sollte. Dass seinerseits Deutschland auch Alliirte hat, die an Marokko jedenfalls näher interessiert sind wie Russland, wird nicht erwähnt. Die hiesigen Zeitungen sind systematisch bestrebt, den Eindruck zu verbreiten, als ob wir in der Marokkofrage eine Deutschland gegnerische Stellung einnehmen würden. Auch der bezügliche Artikel des Fremdenblatt[c]) und die Rede des Herrn königl. ung. Ministerpräsidenten

werden in diesem Sinne ausgelegt.[d]) Als Ursache dieser unserer Haltung wird eine angebliche ernste Meinungsverschiedenheit, die wir mit Deutschland betreffs Albaniens gehabt hätten, angeführt. In diplomatischen Kreisen wird bisher die Agadiraffaire ziemlich ruhig beurteilt. Herr Tittoni ist der Ansicht, dass es schliesslich doch zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland in dieser Frage kommen müsse und dass ernstlich Komplikationen nicht zu befürchten sind. Herr Iswolsky ist auf Urlaub. Auch der englische Botschafter, der sich zu den Krönungsfeierlichkeiten nach London begab, ist noch nicht von dort zurückgekehrt.

Szécsen.

[a]) Vgl. n. 2553, 2557, 2560, 2564, 2613, 2627, 2885, 3006. — [b]) G. P. XXIV 489 Nr. 4890. — [c]) Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1911 S. 727. — [d]) Vom 5. Juli. Ebenda. Beilage: Parlamentar. Verhandlungen S. 664.

Nr. 2560. Tel. aus Berlin, 11. Juli 1911 Nr. 103 (eing. 7 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Da meine Frau in Westerland ernstlich erkrankt ist und ich nicht daran denken kann, sie zu verlassen, hat Staatssekretär mich durch Baron Flotow bitten lassen, Euer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass — wie er, Kiderlen, konstatieren zu können glaubt — die unlängst vom ungarischen Ministerpräsidenten dem ungarischen Abgeordnetenhause gemachte Mitteilung,[b]) „die marokkanische Frage liege abseits von jenen Fragen, auf welche sich das Bundesverhältnis zu Deutschland beziehe", auf die Presse Österreich-Ungarns einen Einfluss geübt hätte, der in einer nunmehr recht lauen Unterstützung des Bundesgenossen zum Ausdrucke komme. Gegen die Worte des Grafen Khuen-Hedervary lasse sich sachlich absolut nichts einwenden, aber gerade im gegenwärtigen Augenblicke gesprochen hätten sie seinem sentiment wehegetan. Bedauerlicherweise hätten sie auch zur Folge gehabt, dass die Triple-entente sie möglichst unterstreiche und daraus Kapital zu schlagen suche.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2556, 2559, 2561, 2562, 2565, 2606, 2613, 2627, 2885, 3006, 3184. — [b]) Vgl. n. 2559 Anm. d. Hiezu Amtsvermerk (Pirquet): „Die im Tel. aus Berlin vom 11. 7. 11, 103 erwähnte Interpellationsbeantwortung des Grafen Khuen im ungarischen Abgeordnetenhause wurde auf Grund eines mündlichen Gedankenaustausches zwischen diesem und dem Herrn Minister abgegeben. Der Passus über Nicht-Anwendbarkeit des Casus foederis hat den Absichten Seiner Exzellenz Grafen Aehrenthals nicht ganz entsprochen, siehe dessen Schreiben an Graf Khuen vom 13. 9. 11."

Nr. 2561. Erlaß nach London, 12. Juli 1911 Nr. 1611.[a]) Konz. (S. Koziebrodzki; V. u. G. Aehrenthal).

Anläßlich des Besuches, welchen mir der eben zurückgekehrte englische Botschafter machte, berührte derselbe im Laufe des Gespräches die neueste Phase der Marokko-Frage. Hiebei frug ich ihn, wie denn eigentlich die Erklärung Mr. Asquith' zu verstehen sei, welche in der Presse vielfach, wohl mit Unrecht, dahin gedeutet werde, als ob England nunmehr die Algeciras Akte als in Trümmer gegangen betrachtete. Sir Fairfax Cartwright meinte, diese Interpretation sei auch tatsächlich ganz irrig. England

halte nach wie vor an der Algeciras Akte fest. Das Kabinett von St. James habe seinerzeit gegen gewisse anderweitige Kompensationen Frankreich in Marokko das Feld überlassen, doch stehe dies mit der Algeciras Akte in gar keinem Zusammenhange und könne dieses Spezialabkommen keineswegs auch als anderen Mächten gegenüber irgendwie bindend angesehen werden. England habe hiedurch nicht im geringsten darauf verzichtet, seine wichtigen Interessen in Marokko zu wahren und könne auch nicht zugeben, daß Deutschland sich dort eventuell festsetze. In London fasse man übrigens die Situation ruhig auf und erwarte, daß die Verhandlungen zwischen Paris und Berlin zu einer befriedigenden Verständigung führen werden. Man wünsche umsomehr eine friedliche Austragung der Sache, als England gerade jetzt zahlreiche kleinere Fragen an verschiedenen Punkten der Erdkugel pendent habe, die es gerne regeln möchte. Indem ich Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information mitteile, erneuere ich etc.

a) Vgl. n. 2557, 2560, 2562, 2564.

Nr. 2562. Privatschreiben an den ungarischen Ministerpräsidenten Graf Khuen-Héderváry in Budapest, 12. Juli 1911 Nr. 1612.a) Konz. (S. Koziebrodzki; G. Aehrenthal).

Wie Euer Exzellenz aus dem in Abschrift mitfolgenden Telegramme des Botschafters Grafen Szögyényа) entnehmen wollen, glaubt der Herr kaiserlich deutsche Staatssekretär die von Hochdenselben im ungarischen Parlamente bezüglich Marokkos abgegebene Erklärung relevieren zu sollen. Herr von Kiderlen erscheint mir da nicht richtig inspiriert. Euer Exzellenz haben, im Hinblick auf den überraschenden Effekt der Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir, das Parlament und die öffentliche Meinung in Ungarn lediglich darüber beruhigen zu sollen geglaubt, daß die Aktion Deutschlands keine unmittelbaren Folgen für die Monarchie haben könne. Auch die weitere Bemerkung Herrn von Kiderlens über die laue Unterstützung seitens der Presse Österreichs und Ungarns ist mir nicht recht verständlich. Ich habe sofort und von vornherein an die Presse das mot d'ordre herausgegeben, die Aktion Deutschlands — von der wir übrigens erst am selben Tage und zur selben Stunde, wie alle anderen, Kenntnis erhielten — mit sympathischem Verständnis zu erörtern. Was den Anwurf bezüglich unserer Unterstützung anbelangt, so war dem Herrn Staatssekretär durch Botschafter von Tschirschky meine dahin gehende Antwort bekannt, daß ich mir vorbehalten müsste, die Auffassung des Berliner Kabinetts und dessen Ziele kennen zu lernen, um zu prüfen, ob dieselben mit unseren Interessen übereinstimmen und hiernach Beschluß zu fassen. Ich ermangele nicht, Herrn von Kiderlen meine Auffassung in der Sache wissen zu lassen.

a) Vgl. n. 2560, 2561, 2564, 2613, 2885.

Nr. 2563. Bericht aus Bukarest-Sinaia, 13. Juli 1911 Nr. 33 A (eing. 16. Juli).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Gelegentlich der von Ihrer Majestät der Königin meiner Gemahlin gnädigst gewährten Audienz, der Seine Majestät der

König anwohnte, und welcher ich die Ehre hatte beigezogen zu werden, geruhte Seine Majestät mir gegenüber einige politische Tagesfragen zu berühren. Ich konnte den Ausführungen Seiner Majestät entnehmen, dass Seine Majestät nach wie vor der Zukunft optimistisch entgegenblickt und weder in dem so zäh verlaufenden albanesischen Aufstande, noch in dem Eintreffen eines deutschen Kriegsschiffes vor Adagir[b]) eine ernste Gefahr für den europäischen Frieden erblickt. Als ich mir erlaubte, eine Bemerkung über Russland und die hiesigen russischen Militärbesuche fallen zu lassen, gieng Seine Majestät bereitwilligst auf dieses Thema ein und äusserte sich wörtlich folgendermassen: „Die Russen machen mir in letzter Zeit grosse Avancen, wie Sie es auch aus den Zeitungen in der letzten Zeit ersehen haben werden. Als Herr von Giers vor circa 4—5 Wochen zum letztenmal bei mir war, sagte ich ihm, dass solange Frieden herrsche, ich stets bestrebt sein werde, die allerbesten Beziehungen zu Russland zu pflegen. Sobald jedoch das Gleichgewicht am Balkan von irgend einer Seite gestört werden würde, so werde ich mein Schwert in die Wagschale werfen." Aus diesen Worten Seiner Majestät könnte auf die Möglichkeit geschlossen werden, dass vor Kurzem seitens der östlichen Grossmacht ein leiser Anbiederungsversuch unternommen worden war, welcher gegebenen Falles in den erwähnten militärischen Besuchen eine gewisse Unterstützung finden sollte. Die Worte beweisen aber auch, dass, wenn tatsächlich ein derartiger Versuch unternommen worden war, derselbe diesmal vollständig fehlschlug. Es muss aber in den Bereich der Möglichkeit gezogen werden, dass ähnliche Versuche in der Zukunft eventuell wiederholt werden könnten, und zwar dann, wenn irgendwelche Ereignisse eintreten, welche den Anschein einer weiteren Verfestigung unseres Verhältnisses zu Bulgarien erwecken würden. In diesem Falle könnte vielleicht russischerseits unternommen werden, aus dem allgemein bekannten, an Aversion grenzenden Misstrauen Seiner Majestät gegen König Ferdinand Kapital zu schlagen. Im weiteren Verlaufe des Gespräches ließ auch König Carol einige Bemerkungen fallen, welche mich darauf schließen ließen, daß Er mit einer gewissen Beunruhigung dem Gesetzentwurfe entgegenblickt, der der bulgarischen Nationalversammlung vorgelegt werden soll und mittels welchem der König durch eine Verfassungsänderung ermächtigt würde, Geheimverträge abzuschließen.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 2546, 3130. — [b]) So!

Nr. 2564. Erlaß nach Paris, 13. Juli 1911 Nr. 1618.[a]) Konz. (S. Koziebrodzki; V. u. G. Aehrenthal).

Vertraulich. Den Bericht Nr. 24 A vom 8. l. Mts. habe ich mit großem Interesse gelesen. Was Euer Exzellenz über den voraussichtlichen Gegenstand der deutsch-französischen Verhandlungen sagen, klingt überaus plausibel und habe auch ich dieselbe Impression gewonnen. Die Konversation dürfte die Regelung der verschiedensten Fragen umfassen, doch habe ich bis zur Stunde keine Kenntnis über die eigentlichen Intentionen des Berliner Kabinettes und lege auch keinen allzu großen Wert darauf, dieselben schon

jetzt zu kennen. Wie Euer Exzellenz bekannt, ist mein Bestreben vor allem darauf gerichtet, tunlichst dahin zu wirken, daß es zu keinen ernstlichen Friktionen zwischen den hauptsächlich interessierten Mächten komme. Wir werden auch weiterhin aus der bisher beobachteten reservierten Haltung nicht hervortreten und behalten uns vor, seinerzeit die an uns herantretenden konkreten Vorschläge vom Gesichtspunkte unserer Interessen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiete, zu prüfen und zu denselben Stellung zu nehmen.

a) Vgl. n. 2561, 2562, 2565.

Nr. 2565. Erlaß nach Berlin, 14. Juli 1911 Nr. 1633.a) Konz. (S. Koziebrodzki; V. u. G. Aehrenthal).

Vertraulich. Ich bestätige den Empfang des Telegrammes Euer Exzellenz vom 11. d. M. Nr. 103. Ich hatte bereits Gelegenheit, Herrn von Tschirschky gegenüber meine Verwunderung über die ganz unbegründeten Rekriminationen des kaiserlich deutschen Staatssekretärs zur Sprache zu bringen und ersuche nunmehr auch Euer Exzellenz, Herrn von Kiderlen nachstehendes mitzuteilen: „Der königlich ungarische Ministerpräsident hat im Hinblick auf den überraschenden Effekt der Entsendung eines Kriegsschiffes nach Agadir das Parlament und die öffentliche Meinung in Ungarn vor allem darüber beruhigen zu sollen geglaubt, daß die Aktion Deutschlands keine unmittelbaren Folgen für die Monarchie haben könne. Was nun den Vorwurf gegen unsere Presse anbetrifft, so habe ich sofort und von vornherein an die Presse das mot d'ordre herausgegeben, die Aktion Deutschlands — von der ich übrigens erst am selben Tage und zur selben Stunde und wohl auch nicht viel mehr, wie alle anderen Kenntnis erhielt — mit sympathischem Verständnis zu erörtern. Gerade unsere freundlich reservierte Haltung hat den großen Vorteil, die öffentliche Meinung in Italien und Rußland mittelbar zu beeinflussen. Eine prononciertere Unterstützung seitens unserer Presse, zu der momentan auch gar kein Anlaß vorliegt, würde dort nur sofort die für Deutschland gewiß viel unerwünschtere Gegenwirkung hervorrufen. Wie ich auch schon Herrn von Tschirschky gegenüber hervorhob, setzt es mich wirklich in Erstaunen, daß man in Berlin Äußerungen der Presse eine solche Bedeutung beimißt. Für derlei Auslassungen habe ich meistens nur ein Achselzucken übrig. Würde ich in Sachen der Presse von einer gleich großen Empfindlichkeit beseelt sein, so hätte ich mich wohl schon unzählige Male über die laue Sprache der deutschen Presse beschweren müssen. Ich möchte da nur auf die zahlreichen Preßstimmen in Rußland, Frankreich und England hinweisen, die sich als Echo der Potsdamer Entrevue[b]) bemerkbar machten und bei welcher Gelegenheit unter stillschweigender Duldung der deutschen Presse gewissermaßen der Satz variiert wurde, Österreich-Ungarn hätte infolge einer Pression Deutschlands von einer angeblich aktiven Balkanpolitik absehen müssen. Von der Haltung der deutschen Presse uns gegenüber in der albanesischen Frage, will ich nicht erst sprechen. Ich könnte daher Herrn von Kiderlen nur raten, mein Beispiel zu befolgen und die Elubrukationen der Zeitungen

künftig nicht so hoch einzuschätzen. Ich erfahre übrigens soeben durch das Preßbureau, daß man in der englischen Presse bereits zu finden beginnt, daß die österreichischen und ungarischen Blätter schon wieder in ihren alten Fehler verfallen, die deutsche Politik blindlings, durch dick und dünn, zu unterstützen. Welche Auffassung ist da somit die richtige? Ich *c)* ersuche, die im Vorstehenden zusammengefaßten Bemerkungen in durchaus freundschaftlicher aber bestimmter Form zur Kenntnis des Herrn Staatssekretärs zu bringen. Von meiner Erwiderung erwarte ich die Wirkung, daß Herr von Kiderlen-Wächter in Zukunft von nörgelnden Bemerkungen, die durch nichts begründet sind und zu der zwischen beiden Reichen seit Jahren bestehenden, in schweren Krisen bewährten intimen Freundschaft nicht passen, absehen wird.

a) Vgl. n. 2564, 2566, 2587, 2885. — *b)* Vgl. n. 2556. — *c)* Von hier bis Schluß von Aehrenthal eigenhändig hinzugefügt.

Nr. 2566. Bericht aus Paris, 16. Juli 1911 Nr. 25 A (eing. 18. Juli).a)
Ausfert.

Herr de Selves hielt am vergangenen Mittwoch seinen ersten Diplomatenempfang ab. Der Minister scheint sich in seine neue Stellung rasch hineingefunden zu haben. Vorsichtig in seinen Äusserungen, zeigte er doch eine gewisse Sicherheit der Sprache, die darauf schliessen lässt, dass er über seine Absichten klar ist. Er sticht hierin vorteilhaft von Herrn Cruppi ab, der stets durch einen Schwall liebenswürdiger, aber inhaltsloser Phrasen seine Gedanken zu verbergen suchte. Über die Marokkofrage sagte der Minister mir natürlich nicht viel, und hielt ich mich nicht für berufen, ihn diesbezüglich näher auszufragen. Herr de Selves vermied jede Recrimination über das Vorgehen Deutschlands und sagte mir, er sehe seine Hauptaufgabe darin, die Situation, wie sie sich eben durch die Ereignisse entwickelt hat, einer gedeihlichen Lösung zuzuführen. Mit Befriedigung constatirte er, dass auch in Berlin der gute Wille vorhanden sei, die ganze Angelegenheit auf freundschaftliche Weise zu regeln. Die Aufgabe der nächsten Wochen werde sein, eine solche, beide Teile befriedigende Lösung zu finden, doch zweifle er nicht an dem Gelingen. Herr de Selves benützte diesen Anlass, um mir zu sagen: qu'on appréciait hautement ici l'attitude loyale et bienveillante du Gouvernement I. et R. dans cette affaire. Ich nahm diese Gelegenheit wahr, um im Sinne des hohen Erlasses Euerer Excellenz vom 9. v. M. Nr. 1287 dem Minister zu sagen, dass meine hohe Regierung die Algeciras-Acte als Grundlage für die politische Situation in Marokko betrachte und daher mit Befriedigung von den wiederholten Versicherungen der französischen Regierung, die Bestimmungen dieses Vertrages respectiren zu wollen, Kenntnis genommen habe. Über die in Berlin stattfindenden Verhandlungen dürften Euere Excellenz von dort nähere Informationen erhalten, als mir hier zu Gebote stehen. Baron Schoen giebt vor, über die ferneren Pläne seiner Regierung keine detaillirte Kenntnis zu besitzen. Dies dürfte vielleicht nicht ganz zutreffen, aber soviel scheint richtig zu sein, dass die Verhandlungen hauptsächlich in Berlin geführt

werden sollen. Der deutsche Botschafter, der als Staatssekretär das deutsch-französische Übereinkommen vom Jahre 1909,[b]) das zu wenig befriedigenden Resultaten führte, unterzeichnet hat, ist infolge dieses Umstandes vielleicht nicht der geeignete Mann dazu, um die Resultatslosigkeit dieser Übereinkunft zu konstatiren. Die Art wie Herr de Selves die parlamentarischen Interpellationen über die Marokkofrage beantwortet, oder richtiger nicht beantwortet hat, ist Euer Exzellenz bekannt. Die Kammer hat mit grosser Mehrheit die Ansicht des Ministers gutgeheissen, dass eine öffentliche Erörterung dieser Frage jetzt nicht am Platze sei. Auch die hiesige Presse befolgt bis nun diesbezüglich eine lobenswerte Zurückhaltung. Man will die Verhandlungen in Berlin nicht stören. Um so heftiger ist aber die Sprache der Zeitungen gegen Spanien, das man nicht so fürchtet wie Deutschland. Da Spanien gewisse Gebietsteile Marokkos tatsächlich besetzt hat, ist die Reibungsfläche natürlich viel grösser, und können sich an Ort und Stelle leicht unliebsame Incidenzfälle ergeben, besonders, wenn man in Betracht zieht, dass gewisse sheriffianische Truppen in nächster Nähe der spanischen Besatzungen von französischen Offizieren befehligt werden, die in Folge der mangelhaften Verbindungen keinen genügenden Contact mit dem Commandanten der französischen Truppen haben. Mein spanischer Kollege hat mir vertraulich erzählt, dass seine Regierung an der deutsch-französischen „Conversation" in Berlin gerne teilgenommen hätte, dass die französische Regierung sich diesfalls aber ablehnend verhielt, indem sie vorgab, mit Deutschland nur wirtschaftliche Fragen zu erörtern, die spanische Interessen nicht berühren. Von verschiedenen Seiten höre ich, dass man auch in Berlin wünscht, vorerst mit Frankreich ins Reine zu kommen. Sollten sich gewisse Modifikationen oder Ergänzungen der Algeciras-Acte als nötig herausstellen, so würde man dann mit einem fertigen Projekte an die Signatarmächte herantreten. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 2565, 2570, 2572, 2606. — [b]) G. P. XXIV 489 Nr. 4890.

Nr. 2567. Note des Chefs des Generalstabs, 18. Juli 1911 Res. Nr. 2939 (eing. 19. Juli).[a]) Ausfert.

Streng geheim. Die Wendung, welche der türkisch-albanische Konflikt nimmt, insbesondere die Möglichkeit eines Krieges zwischen der Türkei und Montenegro, durch dessen Ausgang in der einen wie der anderen Richtung vitale Interessen der Monarchie berührt werden, endlich die Möglichkeit, daß der Konflikt den ganzen Balkan in die Aktion hineinzieht, legen es nahe, jetzt schon der etwaigen militärischen Vorsorgen zu gedenken, welche für ein eventuelles Eingreifen der Monarchie nötig erscheinen. Es mag zwar angehen, daß man die politische Stellungnahme erst von dem Gang der Ereignisse abhängig macht, aber in militärischer Hinsicht muß ich den von mir seit jeher vertretenen Standpunkt hervorheben, daß ein erfolgreiches militärisches Auftreten stets die rechtzeitige Vorbereitung zur Voraussetzung hat und betonen, daß diese Vorbereitung heutzutage sehr frühzeitig getroffen werden, also mindestens für alle Möglichkeiten vorgedacht werden muß. Wie ich Euer Exzellenz schon seinerzeit mitteilte, sind diese Vorbereitungen

und zwar bis ins Detail getroffen für einen Krieg gegen Serbien und Montenegro allein, für einen Krieg gegen Russland mit bloß minimalen Kräften am Balkan, für einen Krieg gegen Italien mit gleichfalls bloß minimalen Kräften am Balkan, endlich für einen Krieg gegen ein verbündetes Italien-Russland bei minimalen Kräften am Balkan; der Krieg gegen Russland stets im Verein mit Deutschland gedacht. Alle übrigen Kombinationen bedürfen spezieller Vorsorgen; allerdings würden viele der letzteren in den Rahmen der obigen Vorbereitungen fallen, dennoch müßten sie speziell behandelt werden. Ich kann nicht umhin, auf meine seit jeher vertretene Ansicht zurückzukommen, daß ein vor Jahren gegen Italien geführter Krieg unsere militärische Lage bei Balkan-Unternehmungen wesentlich günstiger gestaltet hätte, sowie daß die Führung des Krieges gegen Serbien im Jahre 1909 die Monarchie mit einem Schlage in jene Position am Balkan gebracht hätte, die sie einnehmen muß, deren Erringung aber jetzt weit schwierigere Verhältnisse vorfindet als damals. Diese Betrachtungen sind aber jetzt durch die Ereignisse überholt und es muß mit der tatsächlichen Situation gerechnet werden. Im Interesse der Monarchie kann es keineswegs gelegen sein, Montenegro oder Serbien erstarken zu sehen; viel weniger bedenklich wäre eine siegreiche Türkei. Bleibt also letztere siegreich, dann entfiele, solange der Konflikt auf diese Staaten allein beschränkt bliebe, voraussichtlich die Notwendigkeit eines bewaffneten Auftretens der Monarchie. Unterliegt jedoch die Türkei, dann stehen die Verhältnisse wesentlich anders. Treten vor Allem die Großmächte ein und nimmt deren Eintreten eine gegen die Interessen der Monarchie gehende Richtung, — was seitens Russland und Italiens voraussichtlich ist — dann tritt eben der Konflikt mit diesen Mächten in den Vordergrund, wobei allerdings ein siegreiches Serbien und Montenegro sehr unangenehm in die Wagschale fällt. Bleibt der Konflikt aber lokal und führt er etwa zu Gebiets- und Machtvergrößerungen Serbiens und Montenegros, dann wäre es gegen die Interessen der Monarchie gerichtet, dies hinzunehmen. Insbesondere kommen hiebei jene Gebietsvergrößerungen in Betracht, welche durch Wegnahme Rasciens (Novipazar) einen Zusammenschluß des serbischen und montenegrinischen Elements herbeiführen würden. So wie ich schon seinerzeit der Ansicht war, daß es ein kleinliches Mittel ist, durch Besetzung eines schmalen Streifens dieses Gebietes Serbien und Montenegro auseinander halten zu wollen, gebe ich auch jetzt meiner Meinung dahin Ausdruck, daß in dem vorausgesetzten Falle die Frage Serbien gegenüber im großen Styl, also durch einen, die Inkorporierung Serbiens zum Ziel habenden Krieg gelöst werden müßte. Für diesen sind eben, wie ich eingangs anführte, die Vorsorgen getroffen. Sollte aber tatsächlich die Frage im kleinlichen Sinne, also durch Ausnützung unseres Besatzungsrechtes in Rascien *1)* gelöst werden, dann wären hiefür besondere Vorsorgen jetzt schon erforderlich, weil es nicht angeht, irgend ein Korps zu diesem Zweck zu mobilisieren, sondern weil die Zusammenstellung dieser Okkupations-Truppen derart erfolgen müßte, daß die für den Krieg gegen die Großstaaten getroffenen Maßnahmen nicht empfindlich tangiert werden. Ich muß dabei jedoch nochmals hervorheben, daß ich eine solche, lediglich mit der Besetzung Rasciens rechnende Lösung der Frage sowohl politisch als

auch militärisch als eine höchst ungünstige bezeichnen müßte. Ich komme hier auch noch auf mein Schreiben Res. Gstb. Nr. 1345 von 1911[b]) zurück, in welchen ich mir meine Anschauungen dahin auszusprechen erlaubte, daß eine Intervention zu Gunsten der ehesten Beilegung des albanesisch-türkischen Konfliktes und zwar in einer Weise, welche die Sympatien der Albanesen wieder gewinnt, nicht nur im politischen, sondern auch im militärischen Interesse der Monarchie gelegen wäre. Ich bitte auf Grund obiger Darlegungen Eure Exzellenz um geneigte Mitteilung Ihrer diesbezüglichen Anschauungen. Conrad.

[1]) Wir haben glücklicherweise kein Recht mehr.
[a]) Vgl. n. 2558, 2568. — [b]) Vom 7. April 1911.

Nr. 2568. Note an den Chef des Generalstabs, 21. Juli 1911 Nr. 281 C. d. M.[a]) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Streng geheim. Euer Exzellenz geschätzte Zuschrift vom 18. d. M. Res. Gstb. Nr. 2939 habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und möchte, an dieselbe anknüpfend, Euer Exzellenz vor allem zur Kenntnis bringen, dass es mir sehr erwünscht gewesen wäre, wenn Hochdieselben mich anlässlich Ihres jüngsten Aufenthaltes in Wien zum Zwecke einer mündlichen Rücksprache aufgesucht hätten. Ich brauche Euer Exzellenz nicht neuerdings zu versichern, dass ich Hochdenselben behufs Vermeidung des umständlichen Korrespondenzweges jederzeit mit Vergnügen zur Verfügung stehe. Auch kann ich nicht umhin, meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, dass Euer Exzellenz sich neuerlich veranlasst gesehen haben, auf die von Hochdenselben wiederholt geäusserte Kritik der von mir unter Gutheissung Seiner Majestät des Kaisers und Königs und in vollem Einvernehmen mit den Regierungen beider Staaten der Monarchie geführten Politik zurückzukommen. Da Euer Exzellenz in Ihrer geschätzten Zuschrift diese Betrachtungen selbst als durch den Gang der Ereignisse überholt bezeichnen und dieselben im Hinblick auf die gegenwärtige politische Lage jeder Aktualität entbehren, muss ich in den in Rede stehenden Ausführungen Euer Exzellenz lediglich eine gegen meine Person gerichtete Spitze erblicken. Was die thatsächliche Situation am Balkan und insbesondere die in der jüngsten Zeit durch die albanesischen Wirren hervorgerufenen Ereignisse anbelangt, will ich Folgendes bemerken. Wir betrachten diese Wirren als eine innere Angelegenheit des türkischen Reiches. Auch wenn die Bewegung in Albanien weiter um sich greifen sollte, würden wir in unserer zuwartenden Haltung verharren, zumal wir Grund haben anzunehmen, dass auch die anderen Mächte ein gleiches Vorgehen einzuhalten beabsichtigen. Durch den Aufenthalt der Malissoren auf montenegrinischem Boden und das zweideutige Gebahren König Nikolaus' ist allerdings die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen der Türkei und Montenegro gegeben. Für diese Eventualität habe ich einen Gedankenaustausch mit Italien und Russland eingeleitet und angeregt, dass wir im Verein mit diesen beiden Mächten, vielleicht mit allen Mächten, in Constantinopel und in Cetinje zum Zwecke der Verhütung des Ausbruches von Feindseligkeiten die Erklärung abgeben, der heutige terri-

toriale Status quo werde aufrechterhalten werden, wie immer auch der Ausgang des Kampfes beschaffen sein werde. Diese Anregung hat keine ungünstige Aufnahme gefunden und ich habe die Absicht, den Mächten die Abgabe einer gleichen Erklärung vorzuschlagen, falls auch andere Balkanstaaten in den immerhin möglichen türkisch-montenegrinischen Krieg verwickelt werden sollten. Angesichts dieser Sachlage kann vorläufig von einer militärischen Vorsorge abgesehen werden und ich vermag der Auffassung Euer Exzellenz nur vollinhaltlich beizupflichten, dass es politisch wie militärisch ein schwerer Fehler wäre, wenn wir im Falle des Vordringens der Balkanstaaten die neuerliche Besetzung des Sandjaks ins Auge fassen wollten, wobei ich darauf aufmerksam machen möchte, dass uns das von Euer Exzellenz erwähnte Besatzungsrecht seit 1908 nicht mehr zusteht. Sollte sich die Situation jedoch verschärfen und am Balkan ein ausgedehnterer Brand entstehen, werde ich nicht verfehlen, die Befehle Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät einzuholen, um eine Konferenz aller massgebenden Faktoren einzuberufen, vor welcher Euer Exzellenz Gelegenheit geboten sein wird, Hochderen Auffassung zu vertreten.

[a]) Vgl. n. 2569, 2571.

Nr. 2569. Bericht aus Cetinje, 24. Juli 1911 Nr. 51 (eing. 28. Juli).[a]) *Ausfert.*

Streng vertraulich. Der König teilte mir dieser Tage vertraulich mit, dass der Erbprinz anlässlich seiner Rückkehr von London in München eine Unterredung mit Herrn Iswolsky gehabt, welche dieser dazu benützte, um den Erbprinzen mit Vorwürfen über die angebliche austrophile Politik Montenegros zu überhäufen. „Die Politik, die Ihr Vater macht," meinte Herr Iswolsky, „ist weder slavisch noch gut." „Sie haben seit 15 (!) Jahren eine Persönlichkeit in Cetinje, den Baron Giesl, der das Land behext hat, und es hat den Anschein, dass der König von Österreich-Ungarn gekauft ist." Der Erbprinz verbat sich von Allem Anfange an solch widersinnige und beleidigende Anklagen, worauf Iswolsky entgegnete: „Leugnen Sie nicht, ich komme von St. Petersburg, wo ich im Ministerium die Berichte eingesehen habe." Nach der Mitteilung des Königs habe der Erbprinz Herrn Iswolsky sehr scharf erwidert und unter anderem erwähnt, dass, wenn Russland die montenegrinische Armee bezahle, dies im eigensten Interesse Russlands geschehe und Montenegro dafür zu keinem besonderen Danke verpflichtet sei. Erbprinz Danilo soll sehr aufgebracht gewesen sein, eine weitere Unterredung verweigert und Herrn Iswolsky verlassen haben, ohne ihm die Hand zu reichen. Dem italienischen Gesandten hat der König den Vorfall gleichlautend erzählt und wird der Vorgang auch von den Vertrauten des Königs und des Erbprinzen bestätigt. Nach der Rückkehr des Erbprinzen richtete König Nikolaus an den Zaren eine Beschwerde über die Redeweise Iswolskys, in welchem Briefe er das taktlose Vorgehen des russischen Gesandten bei vielfachen Gelegenheiten releviert und um dessen Ersetzung bittet. Eine Persönlichkeit, die den Brief gelesen hat, teilt mir mit, dass

derselbe im Tone sehr würdig und selbstbewusst gehalten ist und zu der Konklusion kommt, dass der König lieber für die Subvention danken würde, als eine weitere erniedrigende und seine Würde verletzende Behandlung zu ertragen. Sicher scheint, dass der König dermalen auf Russland schlecht zu sprechen ist und seinem Ärger unverhohlen Ausdruck gibt. Weitere Konklusionen möchte ich an diese Stimmung, welche bei dem oft brüsken Vorgehen Russlands gegenüber dem materiell abhängigen Montenegro und bei dessen Eigenliebe schon mehrfach zu Tage getreten ist, nicht knüpfen. Beim Hofe verlautet, dass Erbprinz Danilo sich in vier Wochen in Mission nach Wien begeben wird, — mir wurde von diesem Projekte noch von keiner autoritativen Seite gesprochen. Bei dieser Gelegenheit muss ich auf Grund verlässlicher konfidentieller Information die Angabe des russischen Gesandten Arseniew, wornach die montenegrinische Forderung nach Ersatz der für die Flüchtlinge verausgabten Summen von Russland abgewiesen wurde, dementieren. Die Mission Mjušković[b]) wurde allerdings von Russland abgelehnt, doch insistierte der König auf dessen Entsendung. Mjušković wurde in St. Petersburg schlecht empfangen, hat aber schliesslich doch erreicht, dass Russland die Bezahlung der Flüchtlingskosten versprach. Nach einem in der Vorwoche eingelangten Telegramme würde Russland den Ersatz der für die Emigranten aufgelaufenen Kosten auf sich nehmen, mit der Verklausulierung, dass dieses Engagement nur für die bereits verausgabten Summen Geltung habe, dass sich Montenegro von seinen Verpflichtungen loslöse und weiterhin die Emigration nicht mehr unterstütze, und dass endlich diese Beträge erst nach Regelung der Malissorenfrage liquidiert würden. Giesl.

[a]) Vgl. n. 2236, 2568, 2580. — [b]) Vgl. n. 2592.

Nr. 2570. Tel. aus London, 24. Juli 1911 Nr. 41 (eing. 5 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Ich habe den Sonntag auf dem Lande mit mehreren Mitgliedern der ...[b]) zugebracht und bestätigen gehört, dass die Rede des Schatzkanzlers[c]) vom Freitag im Ministerrate aufgesetzt worden war. Grund dieser Regierungserklärung durch Mr. Lloyd George scheint zu sein, in Deutschland keinen Zweifel darüber zu lassen, dass die Regierung die englischen Interessen in Marokko nicht vernachlässigen wird. Man scheint hier namentlich dadurch irritiert zu sein, dass man deutsche Vorgangsweise damit erklärt, in Deutschland werde angenommen, die liberale Regierung würde unter keinen Umständen eine aktive Politik befolgen. Man meint hier, der aufrichtige Wunsch der englischen Regierung zur Besserung der Beziehungen zu Deutschland sei in Berlin missdeutet und als Schwäche und Passivität aufgefasst worden. Dass Deutschland einen Anspruch darauf erhebt, in afrikanischen Fragen nicht ausgeschlossen zu werden, finden die englischen Staatsmänner durchaus nicht unbegründet. Aber die Entsendung des Schiffes nach Agadir und die übermässigen deutschen Forderungen, die bekannt geworden sind, haben hier verletzt. Einer der massgebendsten Minister sagte mir sogar, eine Kompensation für Deutschland in den Gegenden

des Congo würde vielleicht hier erwünschter sein, als in Marokko, wo englische Interessen viel bedeutender als im Congo sind. Man hofft hier natürlich, dass schliesslich eine deutsch-französische Verständigung zustandekommt; die ganze Situation wird aber eher ernst genommen und man befürchtet als Konsequenzen davon wieder erhöhte Flottenvorlage in Deutschland mit korrespondierender Vermehrung hier und alle üblen Stimmungen, welche die beiderseitige Erhöhung der Flottenstände zur Folge haben.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 2566, 2572, 2585 Anm. d, 3135. — *b)* Chiffre fehlt. — *c)* Schultheß, Europ. Geschichtskalender 1911, 354.

Nr. 2571. Note des Chefs des Generalstabs; Innichen, 24. Juli 1911 Res. Nr. 3020 (eing. 24. Juli).a) Ausfert.

Streng geheim. Ich beehre mich, nachfolgend Eurer Exzellenz geschätzte Zuschrift vom 21. Juli l. J. 281/C. d. M. zu beantworten. Vor Allem erlaube ich mir, meiner Anschauung hinsichtlich des dienstlichen Verkehres dahin Ausdruck zu geben, daß ich im Allgemeinen deshalb mehr zum schriftlichen Verkehr neige, weil in demselben in der Regel eine viel präzisere Darstellung der Anschauungen platzgreift, als im mündlichen Verkehr und gegenseitige Mißverständnisse viel mehr ausgeschlossen erscheinen — zudem war ich gerade in der letztverflossenen Zeit, abgesehen von der Abwesenheit Eurer Exzellenz von Wien — durch Dienstesreisen in Anspruch genommen. Was nun den weiteren Inhalt Eurer Exzellenz geschätzten Zuschrift anlangt, so möchte ich vor Allem hervorheben, daß mir jedwede Kritik oder gegen die Person Eurer Exzellenz gerichtete Spitze vollkommen ferne lag. Was ich in dieser Hinsicht vorbrachte, war lediglich eine rein persönliche[1]) Meinungs-Äußerung, wie ich eine solche für das so notwendige gegenseitige Verstehen nicht nur zulässig sondern sogar geboten erachte. Es liegt in meiner Natur, in allen wichtigen Fragen offen und rückhaltslos meine Anschauungen auch an maßgebender Stelle auszusprechen. Ich für meine Person sehe in gegenteiligen Meinungen Andrer auch nie eine gegen mich gerichtete Tendenz. Wenn die meinerseits hinsichtlich der politischen Richtung ausgesprochenen Ansichten mit Bezug auf die jetzige politische Lage auch dermalen der Aktualität entbehren,[2]) so scheint mir doch nicht ausgeschlossen, daß durch die nie vorherzusehende Konstellation der politischen Verhältnisse diese Anschauungen wieder an Aktualität[3]) gewinnen können. Ich freue mich, daß auch Euer Exzellenz der Ansicht sind, daß ein kriegerischer Konflikt zwischen der Türkei und Montenegro möglich erscheint; — diese Möglichkeit war eben der Ausgangspunkt für jene Erwägungen, welche ich in meiner Zuschrift vom 15. Juli l. J. (Res. Gstb. No. 2939) zum Ausdruck gebracht habe. Wenn nun dieser Konflikt trotz der abgegebenen Erklärung der Mächte dennoch ausbricht, ist es voraussichtlich, daß die Mächte dieser ihrer Erklärung auch mit bewaffneter Macht Nachdruck zu geben bemüssigt sein werden.[4]) Mit Rücksicht auf diese, von mir gleichfalls in Betracht gezogene Möglichkeit sah ich mich eben verpflichtet, die militärische Seite der Frage vorzutragen.

Die auch von Eurer Exzellenz ins Auge gefaßte Möglichkeit, daß auch andere Balkanstaaten in den Konflikt gezogen werden könnten, rechtfertigt umsomehr diese meine Anregung. Da auch Eure Exzellenz dementsprechende militärische Vorsorgen nur als vorläufig nicht erforderlich erachten, also solche seinerzeit immerhin in den Bereich der Möglichkeit ziehen, war es umsomehr meine Pflicht, erneuert hervorzuheben, daß solche Vorsorgen geraumer Zeit bedürfen, sollen sie eintretendenfalls mit jener Promptheit wirksam werden, welche in einem solchen Falle unerläßlich ist. Eurer Exzellenz Ausführungen entnehme ich mit Vergnügen, daß bei Verschärfung der Lage meine Teilnahme an der für diesen Fall vorgesehenen Konferenz gesichert ist. Ich freue mich ebenfalls, mich hinsichtlich der Sandžak-Frage mit Eurer Exzellenz im Einverständnis zu befinden und erlaube mir bei diesem Anlasse wieder hervorzuheben, daß ich die seinerzeit mit Besetzung des Sandžak's angestrebte Lösung unserer nächsten Balkanfragen nicht auf diesem Wege, sondern nur im großen Stil über Serbien erfolgversprechend erachte, — wobei ich vor Allem den mich tangierenden militärischen Standpunkt im Auge habe. Conrad.

[1]) Die habe ich oft genug mündlich und schriftlich gehört. — [2]) Gehören der Vergangenheit an. — [3]) Dann ist eben eine neue Situation vorhanden. — [4]) ?!
[a]) Vgl. n. 2574.

Nr. 2572. Tel. aus Berlin, 27. Juli 1911 Nr. 109 (eing. 28. Juli 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Die Marokkoverhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung sind an einem sehr schwierigen Punkte angelangt. Die Hauptschuld hieran misst Staatssekretär der bekannten Rede des englischen Schatzsekretärs Lloyd George[b]) bei. Herr von Kiderlen zeigte sich sehr indigniert über diesen Schachzug der englischen Regierung, den er mir als einen sehr unfairen „kolossalen Bluff" bezeichnet. Durch Grafen Metternich habe er englischer Regierung Vorstellungen machen lassen. Der deutsche Botschafter sei beauftragt worden, Sir E. Grey zu sagen, deutsche Regierung hätte Anfangs annehmen zu können geglaubt, die Rede des englischen Schatzkanzlers hätte keine Spitze gegen Deutschland; nachdem aber die englische und die französische Presse sie dahin auslegten, dass sie auf Deutschland gemünzt war und dies von autoritativer englischer Seite unwidersprochen blieb, kann deutsche Regierung nicht darüber hinweggehen. Die englische Regierung habe der deutschen erklärt, sie wolle die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich nicht stören und erwarte von deren Erfolg Klärung der Lage. Wenn nun englischerseits danach getrachtet werde, denselben eine Schranke zu setzen und dies sogar in comminatorischer Weise geschehe, so möge man bedenken, dass dadurch eine Situation heraufbeschworen werde, die eine ruhige Lösung der Frage immer schwieriger gestalten würde. Graf Metternich solle darauf dringen, dass im Wege der Öffentlichkeit Remedur geschaffen werde. Deutscher Botschafter in London, der sich seiner Aufgabe vorzüglich entledigt hätte, berichte, Sir E. Grey hätte sich am Anfang sehr aufgebracht

gezeigt, sei aber dann concilianter geworden. Mit Befriedigung wies Herr von Kiderlen auf die in den Wolff-Depeschen von heute publizierte Mitteilung des Reuterschen Bureaus hin. Dem hiesigen englischen Botschafter habe er, Kiderlen, sehr ernst ins Gewissen geredet und ihm vorgehalten, dass Worte wie „unerträgliche Demütigung" für eine grosse Nation mit demselben Nachdrucke von deutscher Seite wiederholt werden müssen. Wenn man so fortfahre, „könne es nur schief gehen". Staatssekretär erwarte, dass die für heute angesagte Erklärung Sir E. Greys beruhigend wirken werde. Eines der Gravamina, die England nach der Entsendung des Panther nach Agadir hier vorgebracht, fuhr Herr von Kiderlen fort, sei auch die Befürchtung gewesen, Deutschland wolle in Agadir einen Kriegshafen errichten. Deutsche Regierung habe hierauf der englischen vertraulich feierliche Versicherung gegeben, dass dies durchaus nicht in ihrer Absicht liege. Nun habe der englische Minister des Äussern anfragen lassen, ob er diese Versicherung in seiner heutigen Erklärung verwerten könne. Es sei ihm geantwortet worden, vor der Rede Lloyd Georges wäre man deutscherseits unbedenklich auf diesen Wunsch eingegangen, jetzt sei es nicht mehr möglich, da sich öffentliche Meinung gewiss nicht davon abbringen lassen würde, dass die betreffenden deutschen Versicherungen nur eine Folge der Rede des Schatzkanzlers gewesen wären. Man bitte daher, von all dem zwischen den beiden Regierungen vertraulich Besprochenen keinen Gebrauch vor der Öffentlichkeit zu machen. Über die Marokkoverhandlungen selbst äusserte Herr von Kiderlen nur, dass Herr Cambon seiner Regierung gegenüber einen ... *c)* Stand habe. Französischer Botschafter sagte niederländischem Gesandten, der es mir im strengsten Vertrauen wiederholte, die letzte Antwort aus Paris, die er eben erhalten habe, sei „absolument insuffisante et inacceptable pour l'Allemagne"; man sei seit der Rede Lloyd-Georges in Paris intraitable geworden, er habe seiner Regierung Vorstellungen gemacht, halte mit der Bekanntgabe der Antwort an Kiderlen noch zurück. Geheim. Man setzt französischerseits grosse Hoffnung auf die Rückkehr Kaiser Wilhelms, von dem man grössere Nachgiebigkeit erwarten zu können glaubt. Staatssekretär sagte mir: „Wir dürfen jetzt nicht nachgeben" und meinte, der nächste Samstag, an dem er nach Swinemünde zu Seiner Majestät befohlen ist, werde für ihn ein entscheidender Tag werden. Szögyény.

a) Vgl. n. 2566, 2570, 2575, 2577. — *b)* Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1911, 354. — *c)* Chiffre fehlt.

Nr. 2573. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 29. Juli 1911 Nr. 43 D (eing. 1. Aug.).a) Ausfert.

Vertraulich. Der von hier scheidende italienische Botschafter besass weder in türkischen Regierungskreisen, noch unter dem hiesigen diplomatischen Corps besondere Sympathien. Die Art und Weise jedoch, in der seine Abberufung erfolgte, hat es bewirkt, dass sich alle Kreise ihm nunmehr plötzlich zuwenden und für ihn Partei nehmen. Der von der italienischen Regierung beobachtete Vorgang war auch ein ganz anormaler. Baron Mayor

erhielt, wie er mir selbst mittheilte, ein lakonisch gehaltenes Telegramm, mit welchem ihm kurz und bündig mitgetheilt wurde, dass er „pour des raisons générales" seines Postens enthoben worden sei. Wie ich höre, soll auch die öffentliche Meinung in Italien gegen dieses Vorgehen der Regierung Stellung genommen haben. Infolgedessen hat Baron Mayor erst jetzt nachträglich das Recht erhalten, den Botschaftertitel auch in der Pension zu tragen, und wurde ihm bei dieser Gelegenheit gleichzeitig in Aussicht gestellt, dass er zum Senator ernannt werden würde. Die Art und Weise der Abberufung Baron Mayors ist auch vom allgemeinen Standpunkte aus zu beklagen. Unter dem jetzigen seit einiger Zeit xenophoben Régime der Türkei wird ohnehin alles gethan, um das Ansehen der fremden Vertreter, namentlich der Botschafter herabzusetzen. Die geschilderte Vorgangsweise der italienischen Regierung ist geeignet, das Prestige der Botschafter noch mehr zu untergraben. Baron Mayor hat mir, wie ich dies im Telegramm No. 191 vom 21. d. M.[b]) bereits angedeutet habe, mitgetheilt, dass es insbesondere die Tripoli-Frage war, in welcher er wiederholt mit seiner Regierung nicht derselben Meinung gewesen sei. Auch in der Hodeida-Frage wäre dies der Fall gewesen, wo sich die italienische Regierung auf den Standpunkt stellte, sie könne nicht zugeben, dass die Aussagen eines italienischen Marine-Officiers in Zweifel gezogen werden könnten, die Thatsachen hätten aber gerade ergeben, dass die Angaben des betreffenden Officiers in vielen Punkten nicht stimmten. Der Grund dieses Verhaltens der italienischen Regierung sei eben darin gelegen, dass sich dieselbe von der öffentlichen Meinung in Italien zu viel beeinflussen liess, so dass man damals der türkischen Regierung gegenüber wirklich unhaltbare Standpunkte eingenommen habe, zu welcher Politik sich jedoch Baron Mayor nicht hergeben wollte. Der neue italienische Botschafter, Senator Garroni, dürfte hier keine leichte Stellung haben, abgesehen davon, dass er in ein Milieu kommt, welches ihm vollständig unbekannt ist, werden mehrere schwierige Fragen, die jetzt zwischen Italien und der Türkei schweben, an ihn herantreten. Baron Mayor theilte mir mit, dass das Agrément von der türkischen Regierung bereits ertheilt wurde, und dass er selbst Montag sein Abberufungsschreiben Seiner Majestät dem Sultan übergeben und noch am selben Tage abreisen werde. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2421, 2485, 2576. — [b]) Kurzer Vorbericht zu obigen Mitteilungen. Nicht aufgenommen.

Nr. 2574. Note an den Chef des Generalstabs in Innichen; Mendel, 30. Juli 1911 Nr. 1817.[a]) Konz. (S. u. G. Aehrenthal).

Geheim. Das geschätzte Schreiben Euer Exzellenz vom 24. d. M., Zahl 3020, welches ich hiemit bestätige, giebt mir den Anlaß zu folgenden, richtigstellenden Bemerkungen: Die in meinem Schreiben vom 21. Juli l. J. erwähnte „Erklärung" der Mächte ist für den Fall gedacht, als ein Krieg der Türkei mit Montenegro unmittelbar bevorstehend wäre. Diese Erklärung ist noch nicht abgegeben und die Besprechungen zwischen den Cabinetten von Wien, Rom und St. Petersburg über die

wirksamsten Modalitäten der Verhütung eines türkisch-montenegrinischen Waffenganges werden fortgesetzt.[b]) Es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß die Cabinette nicht die Absicht haben, der gedachten Erklärung, wenn sie abgegeben werden sollte, auch mit bewaffneter Macht Nachdruck zu geben. In den obschwebenden Pourparlers ist nur an eine diplomatische Action gedacht worden. Meine jüngsten Nachrichten aus Belgrad und Sophia lauten friedlich: In Serbien scheint man die Erkenntniss zu haben, daß das Land für den Kriegsfall nicht vorbereitet ist, während die heutige turkophile bulgarische Regierung bestrebt ist, das jetzige leidliche Verhältnis zum türkischen Nachbar vor Trübung zu bewahren.

[a]) Vgl. n. 2581, 2635, 2652. — [b]) Die Aktenstücke über diese Verhandlungen wurden nicht aufgenommen, da sie durch die Einigung zwischen der Türkei und Montenegro in der Malissorenfrage (Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1911 S. 814 und unter n. 2581) gegenstandslos wurden.

Erlaß nach Berlin, 31. Juli 1911 Nr. 1802. Siehe n. 2576.

Nr. 2575. Privatschreiben des Staatssekretärs des deutschen Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter; Berlin, 31. Juli 1911.[a]) Ausfert.

Es war mir eine grosse Freude zu hören, dass Sie sich jetzt noch eine Zeit lang Ruhe ausserhalb der Tagesgeschäfte gönnen. Wenn Sie auch die Geschäfte in der Hand behalten haben, so bleibt einem doch ausserhalb der Haupt- und Residenzstadt der tägliche Kleinkram erspart. Ich hoffe nun, dass Sie mir nicht böse sind, wenn ich Ihre Ruhe heute mit einer geschäftlichen Sache störe. Ich wende mich direkt an Sie, da ich vermeiden möchte, dass die Angelegenheit durch zu viele Hände geht. Aus zuverlässiger römischer Quelle haben wir erfahren, dass der italienische Ministerpräsident, speziell aber der König von Italien, nicht abgeneigt wären, den Dreibund schon jetzt tel quel ohne Aenderungen zu erneuern. Ich werde mich dabei woh mit Ihnen in dem Wunsche nach unveränderter möglichst rascher und geräuschloser Erneuerung des Bündnisses mit Italien begegnen. Unsere Information geht nun des Weiteren dahin, dass man in Rom nicht weiss, wie man die Initiative in der Sache ergreifen soll, und dass man am liebsten eine Initiative von uns Beiden sehen würde. Ich stelle deshalb Ihrer Erwägung anheim, ob es nicht nützlich wäre, wenn wir zunächst einmal in Rom durch vorsichtige Sondierung authentisch feststellten, ob tatsächlich der König, wie uns angedeutet wurde, bereit wäre, auf eine Anregung unserer beiderseitigen Souveräne hin auf eine sofortige unveränderte Erneuerung des Dreibundes einzugehen. Im bejahenden Fall könnten wir dann unseren beiden Allerhöchsten Herren vorschlagen, mit inhaltlich gleichen Briefen an den König von Italien heranzutreten. Mein Allergnädigster Herr steht dem Gedanken sympathisch gegenüber. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich wissen lassen wollten, wie Sie sich zu meinem Vorschlage stellen, und falls Sie mit demselben einverstanden sind, ob auch Seine Majestät der Kaiser und König, Ihr Allergnädigster Herr, zustimmt. Mit Frankreich ziehen sich die Verhandlungen hin,[b]) hauptsächlich weil

die Französische Regierung sich vor der eigenen öffentlichen Meinung fürchtet, die sie selbst durch halbe Indiskretionen in Erregung versetzt hat, sodann auch infolge zeitweiliger unerwünschter Aeusserungen Englands, die schwer mit den uns amtlich gegebenen Zusicherungen in Einklang zu bringen sind. Die Basis der Verhandlungen ist nach wie vor die, dass wir Frankreich anbieten, gegen Zusicherung der vertraglich für alle Mächte festgelegten offenen Tür auf ökonomischem Gebiete in Marokko, das jüngste Vorgehen Frankreichs, das offenkundig gegen die Algecirasakte verstösst, als durch die Macht der Ereignisse veranlasst anzuerkennen und auf weiteren Protest darauf zu verzichten, daneben aber einen „Austausch" kolonialen Gebiets verlangen, bei dem wir zwar der Französischen Regierung, um ihre parlamentarische Stellung zu erleichtern, auch deutsches Gebiet abtreten wollen, bei dem wir aber in territorialer Hinsicht den Löwenanteil haben sollen. Kiderlen.

[a]) Vgl. n. 2579, 2584, 2585. — [b]) Vgl. n. 2572, 2577.

Nr. 2576. Erlaß nach Konstantinopel Nr. 1800 (1), Rom, Nr. 1801 (2) und Berlin Nr. 1802 (3), 31. Juli 1911.[a]) Konz. (S. Calice; V. Musulin; G. Müller).

1.—3. Streng vertraulich. Der hiesige königlich italienische Botschafter ist vor kurzem bei mir erschienen, um mir im Auftrage seiner Regierung ungefähr folgende Mitteilung zu machen. Es sei der italienischen Botschaft in Konstantinopel zu Ohren gekommen, daß die projektierten Hafenarbeiten in Tripolis im Offertwege vergeben, die Behörden jedoch gleichzeitig angewiesen werden sollten, mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Konzession einem Italiener zufalle. Die italienische Regierung habe infolgedessen die Absicht, die Pforte wissen zu lassen, daß, falls diese Nachrichten sich bewahrheiten sollten, die öffentliche Meinung in Italien die Regierung zwingen könnte, extreme Maßregeln zu ergreifen. Herzog Avarna fügte hinzu, Marquis di San Giuliano habe Wert darauf gelegt, uns, als den Alliierten Italiens, schon jetzt von Vorstehendem in Kenntnis zu setzen. Der Herr italienische Minister gebe sich der Hoffnung hin, daß wir durch unseren Botschafter in Konstantinopel auf die Pforte einzuwirken in der Lage sein würden, damit sich die Dinge womöglich nicht in dem von ihm befürchteten Maße zuspitzen. Ich dankte vor allem dem Herrn Botschafter für seine Mitteilung und fügte bei, ich wisse die Loyalität, die Marquis di San Giuliano damit gegen uns bekundet habe, zu schätzen. Ich würde es jedenfalls nicht unterlassen, den k. u. k. Botschafter in Konstantinopel, wie ich es bereits zu wiederholten Malen getan, so auch jetzt wieder zu beauftragen, er möge die Pforte darauf hinweisen, wie sehr es in Ihrem Interesse liege, ihr Verhältnis zu Italien vor Trübungen zu bewahren und wie sehr sie Gefahr laufe, durch eine unkluge Haltung Italien gegenüber sich neue, ernste Schwierigkeiten zu bereiten. Gleichzeitig müsse ich aber ihm — dem Herzog Avarna — gegenüber die bestimmte Hoffnung aussprechen, daß es italienischerseits zu solchen gefahrdrohenden Maßnahmen, wie er sie angedeutet habe, nicht kommen werde. Auf den Einwurf

meines Mitredners, selbst eine Okkupation von Tripolis sei keine für den Frieden gefährliche Unternehmung, da die Türkei außerstande sei, sich derselben irgendwie zu widersetzen, entgegnete ich, das, worum es sich in meinen Augen handle, sei nicht die unmittelbare Gefahr eines bewaffneten Konfliktes, sondern die viel unberechenbarere moralische Gefahr, die in der Rückwirkung eines eventuellen Schrittes Italiens in Tripolis auf die Mächte und auf die Balkanstaaten liege. Wenn Italien einmal an einem Punkte das Zeichen zur Umstoßung des status quo gebe, so werde es ihm dadurch eigentlich unmöglich, sich anderwärts, wo es ihm daran liege, auf dieses Prinzip zu berufen. Angesichts dieser Konsequenzen extremer Schritte gäbe ich mich der Erwartung hin, daß die italienische Regierung es möglich machen werde, so folgenschweren Entschließungen aus dem Wege zu gehen.

1. Indem ich Vorstehendes Euer Exzellenz zur Kenntnis bringe, ersuche ich Hochdieselben,

2. u. 3. Indem ich Vorstehendes Euer Exzellenz zu Ihrer persönlichen Orientierung

3. und zur vertraulichen Information des Herrn Reichskanzlers beziehungsweise des Herrn Staatssekretärs

2. u. 3. mitteile, füge ich bei, daß ich den k. u. k. Botschafter in Konstantinopel unter Einem beauftrage,

1. bis 3. in analoger Weise, wie dies in früheren Stadien der italienisch-türkischen Kontroverse geschehen ist, den türkischen Staatsmännern bei passender Gelegenheit auf eine entgegenkommende Politik Italien gegenüber einzuraten.

1. Ich teile den vorstehenden Erlaß der k. u. k. Botschaft in Berlin mit.

a) Vgl. n. 2573, 2582, 2585 Anm. b, 2654 Anm. b.

Erlaß nach Rom, 31. Juli 1911 Nr. 1801. Siehe n. 2576.

Nr. 2577. Erlaß nach Berlin, 1. Aug. 1911 Nr. 1819.a) Konz. (S. Koziebrodski; V. u. G. Müller).b)

Unter Bezugnahme auf das Telegramm vom 27. v. M. Nr. 109 ersuche ich Euer Exzellenz, Herrn von Kiderlen meinen Dank für die Darlegungen der momentan schwierigen Verhandlungen in der Marokkofrage auszusprechen. Bei dieser Gelegenheit wollen Euer Exzellenz dem Herrn Staatssekretär den in der Anlage mitfolgenden Auszug eines mir von Paris zugekommenen Privatbriefes verlesen. Die Informationen dieses Schreibens, welches nicht von diplomatischer Seite, sondern aus Finanzkreisen c) herrührt, könnten für denselben immerhin von Wert sein. Meinem Gewährsmann zufolge wären die Rollen der französischen und englischen Diplomatie bei den in Rede stehenden Verhandlungen genau verteilt gewesen und scheint diese Annahme in der Rede des englischen Schatzkanzlers Lloyd George ihre Bestätigung zu finden, die Herr von Kiderlen als einen unfairen, kolossalen Bluff bezeichnet hatte. Anläßlich der Lekture dieses Briefes können Euer Exzellenz dem Herrn Staatssekretär in meinem Namen sagen, daß ich im

Interesse der Stellung unseres Bundesgenossen Deutschland ein strammes Festhalten an dem bisherigen Standpunkte erhoffe.*d)*

a) Vgl. n. 2575, 2578, 2579. — *b)* Dieser Erlaß erging auf Grund eines mut. mut. wörtlich gleichlautenden Schreibens des Grafen Aehrenthal an den Botschafter Ladislaus Freiherrn von Müller d. d. Mendel, 30. Juli 1911. Ausfert. — *c)* Siehe Beilage. Der Absender ist in den Akten nicht genannt. Das Original des Schreibens ist nicht vorhanden. — *d)* Laut Tel. aus Berlin, 6. Aug. 1911 Nr. 115 (eing. 8 U. 30 M. p. m.) hat Kiderlen Szögyény ersucht, dem Grafen Aehrenthal „seinen herzlichsten Dank für die ihm gütigst bekanntgegebene interessante Information nebst der Versicherung zu übermitteln, er werde die Sache energisch durchführen".

Beilage zu n. 2577. „Auszugsweise Abschrift eines Privatbriefes aus Paris, den 21. Juli 1911."

Es soll zwischen Paris und London eine Abrede bestehen, wonach die französische Diplomatie Deutschland zu einer bestimmten Stellungnahme, wenn möglich zu sehr weitgehenden Forderungen und zwar in solcher Form veranlassen solle, dass es dieselben ohne Einbusse an Prestige nicht fallen lassen könne. Dann erst solle England auftreten und positiv sekundieren. Bis jetzt hätte die deutsche Regierung die Stellung von Forderungen geschickt vermieden. Auf die Dauer werde sie das aber vielleicht doch nicht können und dann werde man von England aus ein entschiedenes quod non sagen, während Frankreich aus dem Spiele bleibe, indem seine Diplomatie die Stellung einnehmen solle, dass sie prinzipiell Deutschland Zugeständnisse machen würde, dies aber ohne Zustimmung Englands nicht könne. Wenn nun England als Intervenient zu den deutschen, von der französischen Diplomatie provozierten Forderungen ein entschiedenes quod non sage, so könne das zu dreierlei führen: Deutschland liesse seine Forderungen fallen und das würde im Oriente, auch in China und Japan, unbedingt zu einer Schwächung seines Ansehens führen. Das gleiche vom französisch-englischen Standpunkte aus erwünschte Resultat könne erwartet werden, wenn es nur theoretisch auf ihnen beharre, ohne sich zu der, dem entschiedenen quod non entsprechenden militärischen Aktion zu entschliessen. Oder es komme doch zu derselben und dann würde England dafür eintreten, einerseits, with a view, die Entwicklung der deutschen Flotte zu kupieren, andererseits, sich an einer deutschen Kolonie zu erholen. Mit einem Worte: ein Landkrieg Deutschland-Frankreich soll vermieden werden; ein casus belli maritimi England-Deutschland wäre erwünscht.

Nr. 2578. Tel. aus Berlin, 1. Aug. 1911 Nr. 111 (eing. 2. Aug. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär sagte mir heute, die Basis zu einer Verständigung mit Frankreich über die Marokkofrage sei nun gefunden. Er sei momentan mit dem Gang der Verhandlungen zufrieden; im grossen ganzen werde Deutschland das erreichen, was es angestrebt habe. Er könne mir die Basis der Abmachungen, wie folgt, skizzieren. Deutschland werde die von Frankreich in Marokko geschaffene Situation gewissermassen ratihibieren, dagegen gebe Frankreich Garantien, dass es das Prinzip der offenen

Tür einhalten werde; ein Hauptgravamen Deutschlands sei ja, dass dies bisher nicht geschehen war, da Frankreich sich zahllose Möglichkeiten boten, dasselbe zu umgehen. Staatssekretär erwähnte speziell die Vergebung von Bahnbauten, bei welchen Frankreich ein Monopol nicht zufallen solle. Durch obige Garantien würde auch den anderen Algecirasmächten gedient werden. Herr Cambon sei der Ansicht gewesen, das deutsch-französische Abkommen sollte auch von den übrigen Algecirasmächten unterschrieben werden; die deutsche Regierung halte es aber für richtig, dasselbe den Signatarmächten nur bekanntzugeben, was auch geschehen werde. „Ausserdem," so fuhr Staatssekretär fort, „erstrecken sich die Verhandlungen mit Frankreich auf territoriale Abtretung im westafrikanischen Kolonialbesitz; ob dies als Zession seitens Frankreichs oder in Form territorialen Austausches durchgeführt werden wird, kann ich noch nicht sagen!" Die Verwerfung des einmal geschlossenen Vertrages durch das französische Parlament fürchte Staatssekretär nicht. Die ganze Verantwortung für das Scheitern der friedlichen Aktion würde in diesem Falle auf Frankreich fallen, wo man sich wohl bewusst sei, zu welchen Konsequenzen dies führen könnte, und weder in Frankreich noch in England wolle man einen Krieg. Erst vor einigen Tagen sei Baron Schoen beauftragt worden, am Quai d'Orsay darauf aufmerksam zu machen, dass die von offizieller Seite unwidersprochen gebliebenen Nachrichten über Mobilisierung nur dazu angetan seien, den glatten Verlauf der Verhandlungen zu stören. Noch ehe die Antwort des Botschafters hier eingelangt war, sei schon das Dementi der Agence Havas vorgelegen. Was die Position Spaniens in Marokko anlangt, sagte mir der Staatssekretär, sowohl Deutschland wie wohl auch England legten Gewicht darauf, dass Spanien aus Nordmarokko nicht verdrängt werde. Herr Cambon habe ihm versichert, Frankreich würde seinen Vertrag mit Spanien absolut einhalten. Wie mir der spanische Botschafter erzählte, hätte ihm Herr von Kiderlen gesagt: „Nous pouvons vous garantir votre position au Maroc!"

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2577.

Nr. 2579. Vortrag an den Kaiser; Mendel, 3. Aug. 1911.[a]) Konz. (S. u. G. Aehrenthal) u. Ausfert.

Ich nehme mir die ehrerbietigste Freiheit, Euerer Majestät einen gestern erhaltenen Brief des kaiserlich deutschen Staatssecretärs des Aeussern von Kiderlen-Waechter[b]) ehrfurchtsvollst zu unterbreiten. In dem ersten Theile des Schreibens bringt der Staatssecretär zu meiner Kenntnis, dass — zuverlässigen römischen Informationen zufolge — der König von Italien und der italienische Ministerpräsident Giolitti nicht abgeneigt wären, den Dreibund schon jetzt tel quel, ohne Änderungen, zu erneuern. Man wisse aber in Rom nicht, wie man die Initiative in der Sache ergreifen solle, und würde es daher am liebsten sehen, wenn eine Initiative von Wien und Berlin ausgienge. Herr von Kiderlen-Waechter stellt meiner Erwägung anheim, zunächst in Rom durch vorsichtige Sondirung authentisch festzustellen, ob thatsächlich König Victor Emanuel bereit wäre, auf eine Anregung Euerer Majestät und Kaiser Wilhelms auf eine sofortige unveränderte Er-

neuerung des Dreibundes einzugehen. Im bejahenden Falle wäre der deutsche Staatssecretär der Ansicht, wir sollten unseren Allerhöchsten Herren vorschlagen, in inhaltlich gleichen Briefen an den König von Italien heranzutreten. Herr von Kiderlen-Waechter fügt hinzu, dass Seine Majestät Kaiser Wilhelm dem Gedanken sympathisch gegenüberstehe. Indem ich Vorstehendes ehrerbietigst zur Allerhöchsten Kenntnis Euerer Majestät zu bringen mir gestatte, möchte ich zunächst constatiren dürfen, dass sich der deutsche Staatssecretär des Aeussern nicht täuscht, wenn er annimmt, dass er sich mit mir in dem Wunsche nach unveränderter, möglichst rascher und geräuschloser Erneuerung des Bündnisses mit Italien begegnet. — In meinen alleruntertänigsten mündlichen Vorträgen war ich öfters in der Lage, das Wünschenswerte dieses zu erreichenden Resultates zu betonen, und Euere Majestät hatten die Gewogenheit, diesem Gedankengange Allergnädigst zuzustimmen. Meine Bestrebungen in den letzten fünf Jahren giengen auch dahin, eine der Erhaltung des Bündnisses mit Italien günstige Atmosphäre zu schaffen. Bisher war allerdings meine Absicht die, in der Frage der Erneuerung der Allianz die italienische Regierung an uns herankommen zu lassen. Wenn nun, wie Herr von Kiderlen-Waechter schreibt, König Victor Emmanuel und auch Ministerpräsident Giolitti den Wunsch nach sofortiger Erneuerung des Bündnisses angedeutet haben, so liegt bereits seitens Italiens die Ankündigung seiner Bereitwilligkeit, in eine einschlägige Conversation einzugehen, vor. Dies vorausgeschickt, und unter der weiteren selbstverständlichen Voraussetzung, dass die von Berlin in Aussicht genommene Sondirung vollkommen zufriedenstellend ausfällt, wage ich Euere Majestät alleruntertänigst zu bitten, auf den von Herrn von Kiderlen-Waechter vorgeschlagenen modus procedendi eingehen zu dürfen. Ich trage kein Bedenken gegen den Umstand, dass in formeller Hinsicht Euere Majestät und Kaiser Wilhelm durch Absendung inhaltlich gleicher Briefe an König Victor Emanuel gewissermassen den ersten Schritt unternehmen würden. Es scheint mir in den Machtverhältnissen und auch im psychologischen Momente begründet zu sein, dass die zwei stärkeren Factoren dem dritten, weniger starken Compaciscenten im Bündnisse ihre Bereitwilligkeit ankündigen, diesem Schutz und Freundschaft auch weiterhin angedeihen zu lassen. Da die fragliche Sondirung nur direct, entweder bei König Victor Emanuel oder beim Ministerpräsidenten Giolitti erfolgen könnte, Beide aber von Rom abwesend sind, während die in Betracht kommenden Botschafter sich auf Urlaub befinden, so handelt es sich augenblicklich bloss um die principielle Stellungnahme zu der deutschen Anregung, und in diesem Sinne erbitte ich mir treugehorsamst Euerer Majestät Allerhöchste Befehle. Ich darf mir vorbehalten, Euerer Majestät Botschafter in Rom von Mérey entsprechend zu informiren und denselben zu einer Meinungsäusserung zu veranlassen. Im zweiten Theile des Schreibens[b)] gedenkt Herr von Kiderlen-Waechter der Verhandlungen mit Frankreich in der Marokko-Angelegenheit und theilt mir die Basis mit, auf welcher diese Verhandlungen weiter geführt werden. Seine Darstellung klingt eher optimistisch, und diese Zuversicht ist sicher auf der in Berlin gewonnenen Überzeugung aufgebaut, dass die französische Armee heute

entweder überhaupt nicht mobilisiren kann oder, wenn dies doch gelingen sollte, ein wenig ernster Gegner sein dürfte. In London scheint man die französische Armee nicht viel besser einzuschätzen, wie gewisse Informationen aus Finanz- und diplomatischen Kreisen beweisen, die ich nach Berlin mittheilen liess.[c] — Die englische Regierung war offenbar einen Augenblick unter dem Eindruck, dass es in Englands Interesse gelegen sein könnte, den deutschen Vorstoss nach Marokko zu einer Abrechnung mit dem deutschen Rivalen zu benützen. Ob diese Phase der Krise nach den deutschen Vorstellungen in London und der darauffolgenden beruhigenden Rede des Premier Ministers als definitiv abgethan zu betrachten ist, kann ich heute von hier aus noch nicht beurtheilen. Aehrenthal.

[a] Eine Entschließung des Kaisers auf diesen Vortrag liegt nicht vor. Vgl. n. 2584. — [b] Vgl. n. 2575, 2585. — [c] Vgl. n. 2577.

Nr. 2580. Bericht aus Cetinje, 4. Aug. 1911 Nr. 55 A (eing. 7. Aug.).[a] Ausfert.

Streng geheim. In meinem ergebensten Berichte Nr. 51 vom 24. Juli l. J. habe ich der Spannung erwähnt, welche zwischen der russischen Regierung und dem König Nikolaus, meist infolge des brüsken Auftretens des russischen Gesandten in der albanesischen Frage und aus persönlichem Antagonismus zwischen diesem und dem königlichen Hofe, eingetreten ist. Die letzten Tage brachten verschiedene Kommentare zu dieser Spannung und persönliche Äusserungen des Königs über dieselbe. Als ich mich vor Kurzem mit Baron Squitti und Herrn Arseniew beim Könige befand, kam die Rede auf eine notwendige Anfrage des russischen Gesandten in St. Petersburg und bemerkte der Letztere, dass er die Antwort nicht vor 3—4 Tagen erhalten könnte. König Nikolaus erwiderte geärgert: „Dann werde ich mich eben in Russland nicht anfragen." Als uns Herr Arseniew verlassen hatte, gab der König, immer noch in Gegenwart des Baron Squitti, seinem Unmute sehr erregt Ausdruck und sagte: „Dieser neurasthenische Herr hat mir im März mit der Einstellung der gesamten Subvention gedroht und mir dieser Tage mitgeteilt, dass dieselbe nunmehr „à jamais" eingestellt ist. Ich will aber lieber hungern als weiter dieses Sklavenverhältnis ertragen. Ich habe dem Gesandten gesagt, dass wir Russland seine Unterstützungen immer ehrlich abgedient und abgezahlt haben und dass wir quitt sind." Ich bemerkte hiezu dem Könige, dass Herr Arseniew von der Einstellung der gesamten Subvention gesprochen zu haben scheine, während meines Wissens die Apanage des Königs etz. ein Geschenk des Zaren sei, über welche die russische Regierung nicht verfügen könne. König Nikolaus antwortete: „Ja, es ist dem so, aber auch für das werde ich danken." Am nächsten Tage, als ich mich allein beim Könige befand, kam Höchstderselbe abermals auf den Vorfall zu sprechen und wurde in seinen Ausführungen noch deutlicher. Seine Majestät sagte mir beiläufig Folgendes: „Sie kennen mein gegenwärtiges Verhältnis zu Russland und bin ich entschlossen, mich langsam aus dem Abhängigkeitsverhältnisse zu befreien. Ich werde dem Volke erklären, warum wir in Zukunft auf die materielle Unterstützung Russlands werden verzichten müssen, wenn notwendig die

Steuern erhöhen, die Ausgaben einschränken und mittelst der Durchführung von Arbeiten à la Deschković dem Volke Verdienst verschaffen etz. Das ganze Land wird mit mir gehen, dessen bin ich sicher." Ich erlaubte mir, den König aufmerksam zu machen, dass ein so rascher Wechsel, selbst wenn er durchführbar wäre, die Unzufriedenheit und Armut steigern müsste, und dass mir das Land nicht fähig scheine, jetzt neue Steuerlasten zu ertragen, — wer wird die Armee bezahlen, wenn die $1^1/_2$ Millionen ausfallen? Seine Majestät erwiderte, dass er sich, wenn es anders absolut nicht ginge, an Österreich-Ungarn um ein Anleihen in der Höhe von 2 Millionen wenden werde und dafür die Zolleinnahmen von Grahovo und Banjina verpfänden wolle. Ich entgegnete dem Könige, dass mir die Angelegenheit, welche nicht überstürzt werden dürfe, noch lange nicht spruchreif scheine, dass aber ganz abgesehen von dieser momentanen Spannung und Misstimmung, der König bei der k. und k. Regierung in ökonomischer und handelspolitischer Hinsicht immer Rat und in den Grenzen der Möglichkeit auch Unterstützung finden würde. Den Zwischenfall mit Herrn Arseniew schilderte der König folgend: Als ihm der russische Gesandte die Einstellung der Subvention mitteilte, habe der König die Kappe gelüftet mit den Worten „Grace à Dieu" und hinzugefügt: „Im Jahre 1702 haben wir uns von den Türken befreit, heute nach 209 Jahren von den Russen. „Ich lasse es dahingestellt, ob der König wirklich diese Worte gebraucht und kann nur konstatieren, dass der König, und dies nicht nur seit heute, den russischen Druck und die Abhängigkeit, welche ihm durch oft taktloses Eingreifen der russischen Vertreter noch fühlbarer gemacht wird, in seinem selbstständigen Charakter lebhaft empfindet. Daher der Wunsch, sich auf eigene Füsse zu stellen. Gegenwärtig hat der russische Gesandte den König noch in besonders empfindlicher Weise gereizt und der Ärger Seiner Majestät scheint ein ehrlicher. Von hier bis zum völligen Abbrechen der materiellen Abhängigkeit von Russland scheint mir aber noch ein weiter Weg, den der König in seinem Alter und durch eine 50-jährige Tradition und Regierung gebunden, kaum betreten, geschweige denn zurücklegen wird. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich Erbprinz Danilo einmal dieses Ziel stecken und vielleicht den Bruch sofort herbeiführen wird, der alte König kaum. Wenn er es auch wollte, so könnte er nicht, — ich bin aber auch zu glauben geneigt, dass er es nicht will. Aus der Lage kann aber insoferne Nutzen gezogen werden, indem man Montenegro, wie dies ja in den Zielen der Politik der Monarchie liegt, im gegebenen Momente auf handelspolitischem Gebiete entgegenkommt, in der Anleihefrage unterstützt etz. Dadurch wird das Land wirtschaftlich und auf die natürlichste Weise an uns gekettet, wird sich auch politisch freundnachbarlich erweisen und der Übergang zu einem späteren intimeren Anschluss wirksam vorbereitet werden. Giesl.

a) Vgl. n. 2592.

Nr. 2581. Privatschreiben aus St. Petersburg, 22. Juli/4. Aug. 1911 (eing. 7. Aug.).a) Ausfert.

Meine heutige Courier-Expedition ist ausserordentlich mager und habe ich meiner telegraphischen Berichterstattung der letzten vierzehn Tage

eigentlich fast gar nichts hinzuzufügen. Aus dieser wirst Du ersehen haben, dass der Verkehr mit Neratow ein ganz angenehmer ist und dass speciell in der albanischen Frage ein Einvernehmen mit ihm die ganze Zeit über aufrecht erhalten werden konnte. In dieser Beziehung war ich insbesondere darüber erfreut, dass Du seinem Lieblingsgedanken einer Mediation entgegenkommen konntest, ohne deshalb Deine Auffassung zu modificiren. Diese Idee Herrn Neratows schien mir wol vom ersten Moment an unpractisch und nicht zeitgemäss; auch hätte sie sich wol kaum practisch durchführen lassen, ausser sie hätte eben bloss den Character der Dir vorschwebenden in Constantinopel und Cettinje abzugebenden Erklärungen angenommen. Es konnte aber doch keinesfalls schaden, zunächst einmal die Ansichten der Botschafter an Ort und Stelle einzuholen. Diesen letzteren Gedanken hatte ich Herrn Neratow soufflirt, in der Meinung, dass hiedurch einerseits Zeit gewonnen werden würde, und dann dass höchst wahrscheinlich auch Tscharikow von einer unzeitgemässen Mediation abraten würde, zumal wenn er sich vorher mit Pallavicini zu besprechen hätte. Auf diese Weise hoffte ich, dass es Dir möglich sein werde, sein Lieblingsproject nicht a limine abzuweisen, was Herrn Neratow gewiss froissirt hätte. Ich bin nun sehr froh, dass die Dinge sich wirklich so abgespielt haben, wie ich es gehofft hatte. Auch die Antwort Tscharikows, er halte dafür, man dürfe mit dem Mediationsprojecte keinesfalls hervortreten, solange die directen Verhandlungen zwischen den Partheien dauern, entsprach meiner Erwartung. Wenn die heutigen Agentur-Telegramme den Thatsachen entsprechen, so ist die Malissorenfrage durch die nunmehr erfolgte Einigung[b]) erledigt und daher auch Neratows Mediationsproject gegenstandslos geworden. Es wäre bei dieser Tournure der Angelegenheit doppelt schade gewesen, wenn wegen einer Frage, die nun jede Actualität verloren hat, das bisher in der ganzen albanischen Angelegenheit aufrechterhaltene Einverständnis mit Russland einen Leck erhalten hätte! So ist doch zu hoffen, dass der günstige Verlauf des in der albanischen Frage wieder versuchten gemeinsamen Arbeitens im Interesse des Friedens auch für die Zukunft ein günstiges Präcedens bilden werde! ... *Personalfragen der Botschaft.*... Thurn.

[a]) Vgl. n. 2574, 2635, 2652. — [b]) Vgl. Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1911, S. 814.

Nr. 2582. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 5. Aug. 1911 Nr. 44 B (eing. 8. Aug.).[a]) *Ausfert.*

Streng vertraulich. In Befolgung des hohen Auftrages vom 31. Juli l. J. Nr. 1800, streng vertraulich, habe ich nicht verfehlt, Rifaat Pascha darauf aufmerksam zu machen, dass es im Interesse der Türkei gelegen sei, ihr Verhältnis zu Italien vor Trübungen zu bewahren und namentlich in den Fragen, welche sich auf Tripolis beziehen, die Empfindlichkeit Italiens möglichst zu schonen. Der Minister des Äussern sprach mir seinen Dank für diese freundschaftlichen Winke aus und sagte mir, die Pforte hege in Bezug auf das Verhältnis der Türkei zu Italien ernste Besorgnisse. Die Schwierigkeit läge darin, dass man italienischerseits eine grosse Nervosität namentlich bei allen Fragen, die mit Tripolis in Zusammenhange stehen,

an den Tag legt. Die Behauptung, dass die türkische Regierung in jener Provinz italienische Unternehmer schlechter behandle als andere, sei ganz falsch; sie könne aber durchaus das Prinzip nicht acceptiren, dass italienischen Staatsangehörigen in Tripolis eine bevorzugte Behandlung zukommen müsse. Italienischerseits verlange man jedoch gerade das Letztere. Marquis di San Giuliano habe ja bekanntlich dies im italienischen Parlamente ganz offen gefordert. Rifaat Pascha führte mir als ein Beispiel, wie weit italienische Prätentionen gehen, folgenden Vorfall an. Der italienische Konsul in Tripolis habe vor einiger Zeit darüber Beschwerde geführt, dass man deutschen Staatsangehörigen in Tripolis den Ankauf grosser Ländereien gestatte, in Wirklichkeit handelte es sich um die Übertragung eines Landgutes, welches bisher im Besitze eines englischen Staatsangehörigen war, an einen Deutschen und so verhielte es sich in allen Fällen wo italienischerseits Klage geführt wird. Der Minister sprach hierauf von der Haltung der italienischen Presse, welche besonders in der letzten Zeit ganz offen Tripolis für Italien reclamire. Unter solchen Umständen, sagte er mir, sei es nicht Wunder zu nehmen, wenn man tatsächlich Italien gegenüber ein gewisses Misstrauen hegt. Nichtsdestoweniger werde die türkische Regierung bestrebt sein, bei den sich darbietenden Gelegenheiten Italien gegenüber das grösste Entgegenkommen an den Tag zu legen. Der italienische Geschäftsträger besuchte mich am folgenden Tage. Im Laufe der Conversation kamen wir auf das Verhältnis der Türkei zu Italien zu reden. Ich erzählte Herrn di Martino, dass ich im Auftrage Eurer Exzellenz, Rifaat Pascha darauf aufmerksam gemacht habe, wie sehr es im Interesse der Türkei läge, gute Beziehungen zu Italien zu pflegen. Der Herr Geschäftsträger nahm diese Mitteilung mit sichtlicher Freude entgegen. Er klagte mir über die grossen Schwierigkeiten, mit denen er hier zu kämpfen haben werde und verhehlte mir dabei nicht, dass er selbst die Politik, die italienischerseits hier gemacht wird, nicht recht verstehe. Einerseits wolle man die guten Beziehungen zur Türkei möglichst pflegen, andrerseits tue man aber Alles um hier Misstrauen zu erwecken. Bei dieser Gelegenheit teilte mir der italienische Geschäftsträger mit, er habe bereits in Angelegenheit des Hafenbaues in Tripolis eine Instruction seiner Regierung erhalten, welche dahin geht, der türkischen Regierung zu erklären, dass die italienische Regierung es vorziehen würde, wenn diese Arbeiten vorläufig überhaupt nicht ausgeführt werden würden, falls man sie einer nichtitalienischen Firma übertragen wollte. Sollte die Türkei jedoch den Hafenbau tatsächlich an einen der Konkurrenten der italienischen Firma vergeben, so ist Herr di Martino beauftragt hier zu erklären, dass dies auf die öffentliche Meinung in Italien einen so üblen Eindruck machen könnte, dass die italienische Regierung gezwungen wäre, ernstere Massnahmen in Erwägung zu ziehen. Der Herr Geschäftsträger sagte mir, er werde, bevor er sich dieses Auftrages entledigt, jedenfalls mit mir noch Rücksprache pflegen. Ich möchte mir noch erlauben hervorzuheben, dass eine eventuelle militärische Aktion in Tripolis, ausser den von Eurer Exzellenz dem Herzog von Avarna gegenüber angeführten Consequenzen, zweifellos auch den Brand in Albanien von Neuem anfachen müsste. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2585 Anm. b, 2586, 2596.

Nr. 2583. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Mittag aus Sofia, 6. Aug. 1911 Nr. 56 A (eing. 8. Aug.).[a] Ausfert.

Geheim. Vor einigen Tagen suchte mich der rumänische Gesandte auf und sagte mir, er halte es für seine Pflicht, mir mit der Bitte um absolute Geheimhaltung folgende Mitteilung zu machen: Ein hiesiger Missionschef, „qui n'appartient pas à notre groupement politique", habe ihm, Herrn Diamandy, im allerstrengsten Vertrauen gesagt, es hätte in letzter Zeit zwischen dem Kriegsminister und dem russischen Militärattaché ein reger Gedankenaustausch stattgefunden, der die Art der Cooperation des russischen und bulgarischen Generalstabes für bestimmte Conflictsfälle zum Gegenstande gehabt hätte. Auch sollen gewisse Punkte schriftlich niedergelegt worden sein (welch' letztere Behauptung jedoch Herr Diamandy anzweifelt). Die Besprechungen seien ohne Wissen und hinter dem Rücken Herrn Nekludoffs sowie auf bulgarischer Seite, mit Ausschaltung des Generalstabschefs General Fitcheff, eines Schülers des ehemaligen stambulovistischen Kriegsministers General Sawoff, geführt worden. Soweit Herr Diamandy. Es handelt sich also, falls die dem Herrn rumänischen Gesandten gewordenen Mitteilungen den Tatsachen entsprechen sollten, um eine bulgarisch-russische Militär-Convention, en herbe wenigstens. Wie Euer Exzellenz aus den Berichten Grafen Czernins Nr. 58 A, geheim, vom 2. September 1909 *b)* und Nr. 63 B, geheim, vom 23. September 1909, sowie aus meinem ergebensten Berichte Nr. 71, geheim, vom 21. Oktober 1909 bekannt, taucht dieses Gerücht hier nicht zum erstenmal auf. Was die jetzt ins Treffen geführten Acteure anlangt, so ist der russische Militär-Attaché, Oberst Romanovsky, der sich in Port-Arthur das Georgs-Kreuz erkämpft hat, unstreitig ein sehr befähigter, hoch gebildeter Officier, dem die Eignung, derartige Pourparlers zu führen, gewiß nicht abgesprochen werden könnte. Andererseits ist die Persönlichkeit Herrn Nekludoffs (zuletzt Bericht des Herrn k. und k. Gesandten Grafen Tarnowski, Nr. 45 B vom 25. Juni l. J.) *c)* eine solche, daß man wohl annehmen könnte, er würde — handelt es sich doch um eine russische Vertretung auf dem Balkan! — einfach bei den Verhandlungen aus dem Spiele gelassen. General Nikiphorow ist — wie alle Kriegsminister in den letzten Cabinetten — der Mann des Königs. Er ist als parteilos in das jetzige Cabinet eingetreten, hat aber, wenn man ihn schon in eine Partei einreihen will, eher leichte stambulovistische Attachen, die aber nicht prononciert genug sind, als daß man durch sie in der Persönlichkeit des Kriegsministers ein Hinderniss der angeblichen Pourparlers erblicken könnte. Auch der prädominierende Einfluß Daneffs, der ja angeblich schon 1903 einen Geheimvertrag mit Rußland geschlossen haben soll (zuletzt Bericht Freiherrn von Giskra, Nr. 3 B vom 12. Jänner l. J.) *d)* in dem gegenwärtigen ohnedies russophilen Cabinet wäre ein weiteres Moment, das man für die Wahrscheinlichkeit derartiger Abmachungen ins Treffen führen könnte. Trotz alledem scheinen mir gewichtige sachliche Gründe gegen die Richtigkeit der Herrn Diamandy mitgeteilten Facten zu sprechen: Bulgarien ist im jetzigen Moment wenigstens absolut friedlich gesinnt (mein gleichzeitiger ergebenster Bericht Nr. 57 A). *e)* Seine Majestät der König hat während Seiner ganzen Regierungszeit Seine Abneigung, Sich nach

irgend einer Seite hin definitiv zu binden, nicht nur nie verleugnet, sondern dieses Prinz p geradezu zum Pivot Seiner Politik gemacht. Weiter ist man sich des festen Willens aller Großmächte, den Frieden zu erhalten, hier wohl bewußt und ein acuter Conflictsfall, der Abmachungen, wie etwa eine Militär-Convention, mit dem Zweck, die bulgarische Nordfront gegen Rumänien zu degagieren, gewissermaßen über Nacht zeitigen könnte, liegt nicht vor. Wenn ich diesen rein sachlichen Erwägungen noch meine persönlichen Beobachtungen anschließen darf, so kann ich Euer Excellenz nur gehorsamst melden, daß ich — bis heute wenigstens — nicht das geringste Anzeichen constatieren konnte, das mich auf eine enge Fühlungnahme des Kriegsministers mit dem russischen Militär-Attaché schließen ließe, nicht einmal einen regeren persönlichen Verkehr — dies konnte ich confidentiell feststellen — der beiden genannten Herren mit einander. Weiteres zu erfahren, ist mir vorläufig — namentlich in Anbetracht der momentanen Abwesenheit des Herrn k. und k. Militär-Attachés und des ungemein heiklen Charakters der Angelegenheit — kaum möglich. Doch möchte ich mir zum Schluß noch die Bemerkung gestatten, daß Herr Diamandy vielleicht im Gegenstande deshalb auch nicht ganz objektiv ist, da er mir sagte, er glaube bestimmt zu wissen, daß der ganze russische Spionage-Dienst Rumänien gegenüber seit Jahren in der Hand des hiesigen russischen Militär-Attachés concentriert ist. Sollte ich in der Angelegenheit der angeblichen russisch-bulgarischen Militär-Convention irgend welche Beobachtung machen können, so werde ich selbstverständlich nicht verfehlen, sie ohne Verzug zur hohen Kenntnis Euer Exzellenz zu bringen. Mittag.

a) Vgl. n. 2109, 2597. — *b)* Vgl. n. 1739 Anm. b, 1762. — *c)* Berichtet über die Anbahnung persönlicher Beziehungen zu den bulgarischen Staatsmännern und den anderen Missionschefs. Der russische Gesandte „Herr Nekludoff macht den Eindruck eines gutmütigen alten Schwätzers; sollte auch seine Gutmütigkeit bloß äusserlich sein, so ist sie gewiss von keiner auch nur scheinbaren Geistesschärfe begleitet". — *d)* Berichtet über die Untersuchung gegen die stambulowistischen Minister, in deren Verlauf der ehemalige stambulowistische Ministerpräsident, General Ratscho Petrov, behauptet haben soll, er habe im Jahre 1903 „durch einen Bericht des damaligen Petersburger Vertreters, D. Stanciov, Kenntnis erhalten, es sei (im Jahre 1902) zwischen Grafen Lamsdorff und Daneff ein Abkommen, die äussere Politik Bulgariens regelnd, getroffen worden. In den Archiven des Auswärtigen Amtes jedoch sei keine Spur hierüber zu finden gewesen". Dem österreichisch-ungarischen Militärattaché bezeichnete Petroff diese Äußerungen wohl als zum Teile unrichtig wiedergegeben, doch sei wahr, daß er aus einem Berichte Stanciovs über ein Gespräch „mit dem Grafen Lamsdorff ersehen, dass sein Vorgänger Daneff gegen Russland Verpflichtungen eingegangen sein müsse, die sie, die Stambulowisten, nicht erfüllten, weshalb Lamsdorff gegen die letzteren und Bulgarien eine scharfe Sprache führte". — *e)* Meldet, daß sich die öffentliche Meinung in Bulgarien gegenüber den albanesischen Wirren äußerst reserviert verhalte und daß Bulgarien ruhig bleiben werde.

Nr. 2584. Privatschreiben des Botschafters in Rom; Bad Ischl, 8. Aug. 1911.a) Eigh. Ausfert.

Geheim. Am 5. l. M. hier eingetroffen, wurde ich gestern von Seiner Majestät zur Privataudienz befohlen. Eine Stunde vor derselben überbrachte mir Kabinetts-Direktor Freiherr von Schiessl den Immediat-Vortrag

Euer Excellenz vom 3. l. M. und das demselben beigeschlossene Schreiben des Staatssekretärs von Kiderlen[b)] mit dem allerhöchsten Auftrage, diese Pièces zu lesen und in die Audienz mitzubringen. Im Verlaufe der letzteren brachten Seine Majestät diesen Gegenstand zur Sprache und forderten mich auf, mich zu demselben zu äußern. Im Folgenden gestatte ich mir, meine einschlägigen mündlichen Darlegungen möglichst getreu zu wiederholen. Ich begann mit der Konstatirung, dass die italienische Regierung mir gegenüber niemals die Frage der Erneuerung des Dreibundes zur Sprache gebracht habe. Dieses Thema sei mir gegenüber in Rom nur zweimal, — im März von dem italienischen Botschafter in Wien und im Juni von meinem deutschen Kollegen und zwar in ganz akademischer Form, angeschlagen worden. Der Herzog von Avarna, mit welchem ich — schon wegen seiner absoluten Loyalität — auf einem vertrauteren Fuße stehe als mit irgend einem anderen italienischen Politiker, habe mir im Laufe unserer häufigen Unterredungen in Rom einmal die Frage gestellt, wie ich eigentlich über die Erneuerung des Dreibundes denke. Ich erwiederte, dass ich mich mit dieser Frage, die ja nicht aktuell sei, noch nicht beschäftigt habe, auch die bezüglichen Ansichten meiner Regierung nicht kenne, aber rein persönlich der Meinung sei, dass im gegebenen Momente Italien die Initiative zu ergreifen habe, schon deshalb weil der Dreibund vorwiegend in dessen Interesse gelegen sei. Ob wir und Deutschland geneigt sein werden, das Bundesverhältnis zu erneuern, bezeichnete ich absichtlich als keineswegs über jeden Zweifel erhaben. Der Herzog von Avarna zeigte eine gewisse Besorgnis, da nach seiner Ansicht Italien, um Mißdeutungen in seiner öffentlichen Meinung zu vermeiden, schwer werde die Initiative ergreifen können. — Mein deutscher Kollege stellte im Juni eine ähnliche Anfrage an mich. Ich antwortete beiläufig im gleichen Sinne. Herr von Jagow vertrat die Ansicht, dass wir und Deutschland die Initiative zu ergreifen hätten, da dieß auch bei den letzten Erneuerungen des Dreibundes so gewesen sei. — Beide Konversationen waren so flüchtig und akademisch und das Thema ein so wenig aktuelles, dass ich nicht eigens darüber berichten zu sollen glaubte. Aus welcher, von Herrn von Kiderlen nicht näher bezeichneten Quelle die deutsche Regierung ihren Eindruck von der Genegtheit des Königs und des Ministerpraesidenten von Italien, den Dreibund schon jetzt tel quel zu erneuern, schöpfe, sei mir natürlich gleichfalls nicht bekannt. Möglicherweise habe der Umstand, dass Herr von Jagow die letzten Wochen vor meiner Abreise von Rom in Anticoli zubrachte, wo auch der italienische Minister des Äußern zu gleicher Zeit gewesen sei, Gelegenheit zu einer Aussprache zwischen Beiden über diesen Gegenstand geboten. Es sei auch denkbar, dass man deutscherseits, da man offenbar großen Wert auf die Erneuerung des Dreibundes lege und vielleicht auch mit Rücksicht auf mein geringes Empressement in diesem Punkte, absichtlich meine Abwesenheit von Rom benütze, um die Sache in die Wege zu leiten. Es sei übrigens auch italienischerseits begreiflich, dass man den ersten Fühler in dieser Sache lieber nach der unverfänglicheren deutschen als nach unserer Seite ausstrecke. Wenn aber auch allenfalls der Zeitpunkt und die Form, in welcher jetzt diese Frage aufgerollt werde, mich bis zu einem gewissen

Grade überrasche, so sei dieß hinsichtlich des Meritums der Sache durchaus nicht der Fall. Mein Eindruck sei stets der gewesen, dass König Victor Emanuel an dem Dreibunde unbedingt festzuhalten wünsche. Dasselbe gelte von der Regierung — und zwar dieser und jeder anderen denkbaren — und überdieß von der überwältigenden Mehrzahl aller auch nur halbwegs ernsthaften Politiker in Italien. Eventuell hätte ich gedacht, dass auch diesmal — wie bei früheren analogen Anlässen — italienischerseits der Versuch gemacht werden würde, gewisse Änderungen des Vertrages anzustreben, da dieß ein Petit nicht nur der Opposition, sondern auch vieler dreibundfreundlicher italienischer Politiker sei. Ich hielte es auch nicht für gänzlich ausgeschlossen, dass ein solcher Versuch doch noch im letzten Momente gemacht würde. Es sei aber auch möglich, dass man die ehebaldigste unveränderte Erneuerung des Dreibundes wünsche, schon um zu verhindern, dass die öffentliche Meinung, wenn der Ablauf des Vertrages näher rückt, sich des Gegenstandes bemächtige und irgendwelche Postulate geltend mache. Hinsichtlich der Form des Vorganges hätte es auch meinem Gefühle mehr entsprochen, wenn wir Italien bis zum letzten Momente hätten sozusagen zappeln und schließlich an uns herankommen lassen, aber die Argumentation Euer Excellenz, das Präcedens bei den früheren Erneuerungen und vor allem die Erwägung, dass die rasche und notabene unveränderte Erneuerung des Dreibundes, bevor noch unerwünschte Diskussionen pro und contra in der Öffentlichkeit darüber entständen, eine eminent wichtige und nützliche Sache sei, schienen mir dagegen zu sprechen, einen Canapé-Prozeß über die Frage der Initiative zu führen. Allerdings müsse man sich darauf gefaßt machen, dass eventuell nachträglich in Italien die Sache so werde dargestellt werden, als ob Italien geruht habe, unseren vereinten Werbungen Gehör zu schenken, und dass vielleicht auch in der Monarchie von gewissen Seiten erklärt werden würde, wir seien Italien nachgelaufen. Gegenüber der Bedeutung der Sache müsse man aber auch derlei Kommentare in den Kauf nehmen. Wenn Italien dermalen, drei Jahre vor Ablauf des Vertrages, denselben zu erneuern wünscht und dabei sogar auf eventuelle Modifikationen verzichtet, so liege hierin, gegenüber früheren politischen Schwankungen Italiens, jedenfalls eine klare und entschiedene Option für unsere Gruppe. Nebenbei bemerkt, sei dieß auch ein neuer Beweis dafür, wie grundfalsch die Behauptung gewisser Kreise sei, Italien plane, sogar in sehr absehbarer Zeit, einen Angriffskrieg gegen uns. Seine Majestät geruhten meine Auseinandersetzungen durchaus zu billigen und zu betonen, dass auch Allerhöchstdieselben in der raschen, geräuschlosen und unveränderten Erneuerung des Dreibundes einen wichtigen und erfreulichen Erfolg erblickten. Infolgedessen seien Seine Majestät mit der Anregung der deutschen Regierung einverstanden und werden Euerer Excellenz die Ermächtigung erteilen, zunächst Herrn von Kiderlen unsere prinzipielle Zustimmung zu dem von ihm vorgeschlagenen modus procedendi mitzuteilen. Was ich Seiner Majestät nicht sagen konnte, worin ich aber die Erklärung des italienischen, eventuell auch des deutschen Empressements finde, ist, dass man in dem Bestreben, den Dreibund unbedingt zu erneuern, sich zu einem möglichst raschen Vorgange vermutlich vor Allem durch das hohe Alter

Seiner Majestät und die ganze momentan bei uns der Erneuerung des Bundesverhältnisses günstige Situation gedrängt fühlt. Man fürchtet offenbar, dass, wenn man bis zum Jahre 1913 zuwarten würde, außer der Möglichkeit von politischen und Press-Campagnen über die Vertrags-Erneuerung, bei uns Situationen eintreten könnten, welche dieser Erneuerung zum Mindesten weniger günstig wären, als die heutige. Ich beabsichtige, bis gegen das Ende dieses Monates hier zu bleiben und dann für einen Monat in die Schweiz zu gehen. Sollten Euer Excellenz wünschen, mich noch vor Ende September, wo ich in Wien sein werde, zu sprechen, so bitte ich, mich dieß bald wissen zu lassen, da ich dann auf der Reise von hier in die Schweiz — Ende dieses Monates — von Innsbruck für einen Tag nach Bozen und auf die Mendel kommen könnte. Mérey.

[a]) Vgl. n. 2585, 2634, 2636. — [b]) Vgl. n. 2575, 2579.

Nr. 2585. Privatschreiben an den Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter; Mendel, 10. Aug. 1911.[a]) Konz. (S. u. G. Aehrenthal).

Ich bin Ihnen nicht nur nicht böse, sondern aufrichtig dankbar dafür, daß Sie meine Sommerruhe mit Ihren freundschaftlichen Zeilen vom 31. Juli gestört haben. Letztere enthalten erfreuliche Nachrichten, sowohl was unser Verhältniß zu Italien, als auch was den Fortgang Ihrer Verhandlungen in der Marocco-Angelegenheit betrifft. Was Sie aus zuverlässiger römischer Quelle erfahren, ist in der That eine gute Nachricht und ich eile Ihre Annahme zu bestätigen, daß wir uns in dem Wunsche nach unveränderter, möglichst rascher und geräuschloser Erneuerung des Bündnisses mit Italien durchaus begegnen. Bis nun war in tactischer Hinsicht meine Absicht die, in der Frage der Erneuerung der Allianz die italienische Regierung an uns herantreten zu lassen. Wenn nun, wie Sie aus Rom erfahren, König Victor Emanuel und auch Minister-Präsident Giolitti den Wunsch nach sofortiger Erneuerung des Bündnisses angedeutet haben, so liegt bereits de facto seitens Italiens die Ankündigung seiner Bereitwilligkeit, in eine einschlägige Conversation einzugehen, vor. Ich habe Ihren Vorschlag, durch Sondierung authentisch festzustellen, ob thatsächlich König Victor Emanuel bereit wäre, auf eine sofortige unveränderte Erneuerung des Dreibundes einzugehen, Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph unterbreitet und mein Allergnädigster Herr hat mich zu ermächtigen geruht, das Weitere mit Ihnen zu vereinbaren. Die Bereitwilligkeit unserer beiden Allerhöchsten Herren zu dem von Ihnen angeregten modus procedendi ist sohin vorhanden und es handelt sich nunmehr, die entsprechenden Schritte bezüglich der vorzunehmenden Sondierung zu vereinbaren. Es wäre für meine Beurtheilung der zu machenden Schritte wichtig, die römische Quelle kennen zu lernen, aus der Sie geschöpft haben. Ferner wäre es mir von Werth, Ihre Meinung zu hören, bei wem die in Aussicht genommene Sondierung zu unternehmen wäre: ob beim italienischen Minister-Präsidenten Giolitti oder beim Minister des Äußern Giuliano — und zu welchem Zeitpunkte. Meines Allergnädigsten Herrn Botschafter Herr von Mérey weilt gegen-

wärtig auf einem dreimonatlichen Urlaube und sollte, wenn nicht zwingende Umstände eintreten, erst Ende Oktober nach Rom zurückkehren. Ich vermuthe, daß auch Herr von Jagow für eine Zeitlang fern von der im Sommer unwirthlichen Tiber-Stadt weilen dürfte. Sollten Sie es für wünschenswerth erachten, die Sondierung baldmöglichst, etwa im Laufe des September, zu machen, so stünde mir auch noch ein anderer ganz zuverlässiger Mittelsmann zur Verfügung, den ich mit dem in Rede stehenden Auftrag betrauen könnte. Es ist dies der Botschafter in Wien, Herzog von Avarna, auf dessen Correctheit ich mich ganz verlassen kann. Avarna hat, gelegentlich eines kurzen Urlaubes in Rom im März d. J., mit Mérey über die Eventualität der Erneuerung des Dreibundes eine academische Conversation gehabt, welche zu meiner Kenntniß gelangte. Wie Sie, lieber Freund, aus Vorstehendem entnehmen werden, bin ich bereit, in die betreffenden Verhandlungen einzugehen und sehe zu diesem Zwecke Ihren weiteren freundlichen Mittheilungen entgegen. Italien hat speciell jetzt, abgesehen von anderen Erwägungen allgemeiner Natur, ein starkes Interesse daran, sich Deutschlands und Österreich-Ungarns Freundschaft für eine Reihe weiterer Jahre zu sichern. Dieser besondere Grund liegt in der tripolitanischen Frage, in die sich die Italiener immer mehr verbeißen. Kürzlich war ich in der Lage, Szögyény zu beauftragen, Ihnen ein Gespräch mit Avarna mitzutheilen,[b)] in welchem der Botschafter ziemlich offen die Möglichkeit einer militärischen Expedition nach Tripolis erwähnte und bei dieser Gelegenheit die etwas naive Äußerung fallen ließ, eine solche Expedition wäre mit keiner größeren Gefahr für Italien verbunden, da die Türkei über keine actionsfähige Flotte verfüge! Ich habe Avarna ersucht, nach Rom zu schreiben, ich hätte die Überzeugung, die italienische Regierung würde nur im wirklichen Notfalle zu diesem äußersten Mittel greifen, weil seine Anwendung schwerwiegende Consequenzen nach sich ziehen müßte. Ich kann nicht verhehlen, daß mir Italiens Interesse an Nordafrika aus naheliegenden Gründen paßt; auch dürfte es für die italienischen Staatsmänner wirklich schwer fallen, im gegenwärtigen Augenblicke, wo eine neue Kleider-, richtiger gesagt, Schürzen-Vertheilung in Afrika im Zuge ist, tugendhaft zu bleiben. Ich zweifle nicht, daß Sie meine Sorge wegen der möglichen Rückwirkung einer italienischen Expedition nach Tripolis auf die Lage in Constantinopel theilen und daher römische Sondierungen in analoger Weise wie ich beantworten. Ihre Mittheilungen über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mit Frankreich[c)] habe ich mit großem Interesse und Dank gelesen. Ich wünsche von Herzen, daß auf der von Ihnen angedeuteten Grundlage ein Einvernehmen hergestellt werden wird, welches Deutschland ermöglicht, gegen genügende Compensationen über das jüngste Vorgehen Frankreichs in Marokko hinweggehen zu können. Mit Befriedigung habe ich vernommen, daß die im Zuge befindlichen Verhandlungen auch auf die Sicherung der vertraglich für alle Mächte festgelegten offenen Thür auf öconomischem Gebiete in Marokko abzielen. Zufolge meiner Information[d)] war zur Zeit der Rede Lloyd Georges, deren Wortlaut im englischen Ministerrathe festgelegt worden war, die Erregung in englischen Regierungskreisen eine lebhafte und machte beinahe den Eindruck einer beabsichtigten Brüsquirung. Die energische Aussprache

Metternichs mit Grey hat die Situation geklärt und die Vorgangsweise als einen Bluff erkennen lassen, welcher vielleicht auch auf die Gestaltung der inneren Verhältnisse Englands eine Wirkung ausüben sollte. Aber auch die mir seither zugekommenen Meldungen lassen darauf schließen, daß die große Zähigkeit, welche Frankreich in der sogenannten Compensationsfrage an den Tag legt, auf englische Rathschläge zurückzuführen sein dürfte. Zu meiner großen Freude und Beruhigung sehe ich, daß Sie, wovon ich von Anfang an überzeugt war, über dieselbe Eigenschaft in reichem Ausmaße verfügen, was einen erfolgreichen Ausgang erwarten läßt; diesen wünsche ich Ihnen und Deutschland von Herzen.

[a]) Vgl. n. 2584, 2589, 2595. — [b]) Vgl. n. 2576, 2582, 2586. — [c]) Vgl. n. 2579, 2587. — [d]) Vgl. n. 2570.

Nr. 2586. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 10. Aug. 1911 Nr. 226 (eing. 11. Aug. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Mit Bezug auf meinen Bericht vom 5. dieses Monats Nr. 44 B. Ich habe heute gesprächsweise die italienisch-türkischen Beziehungen Hakki Pascha gegenüber zur Sprache gebracht. Der Grossvezir sagte mir, Rifaat Pascha hätte ihm bereits von meiner diesbezüglichen Unterredung Mitteilung gemacht und hätte sich auch seitdem die Pforte entschlossen, einen Gouverneur nach Tripolis zu entsenden, welcher voraussichtlich dazu beitragen dürfte, dass sich der Verkehr mit dem dortigen italienischen Vertreter anstandslos vollziehe. Der Grossvezir sprach sich ferner dahin aus, dass die türkische Regierung nicht die Absicht habe, den Hafenbau in Tripolis vorläufig zu vergeben. Wenn dieser Hafen in zwei bis drei Jahren gebaut werden sollte, werde dies der Staat in eigener Regie tun. Ich hatte Gelegenheit, den Inhalt dieses Gesprächs dem italienischen Geschäftsträger mitzuteilen, welcher mir sagte, er schreibe die Ernennung eines neuen Vali meiner Intervention zu. Cavaliere De Martino nahm mit grosser Befriedigung die Nachricht zur Kenntnis, dass die Frage des Hafenbaues in Tripolis nicht aktuell sei und er daher die ihm diesbezüglich aufgetragene Demarche nicht mehr auszuführen brauche. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2585 Anm. b, 2593, 2596.

Nr. 2587. Privatschreiben des ersten Sektionschefs, Botschafters Ladislaus Freiherrn von Müller, nach Berlin, 11. Aug. 1911.[a]) Konz. (S. Koziebrodzki; G. Müller).

Der Herr Minister hat in einem dieser Tage an mich gerichteten Schreiben[b]) erwähnt, dass ihm bisher ein Bericht über den Vollzug des Euer Exzellenz unterm 14. v. Mts. Z. 1633 erteilten vertraulichen Auftrages, dem Herrn Staatssekretär gegenüber gewisse deplazierte Äusserungen über unsere Marokko Politik zur Sprache zu bringen und in entsprechender Weise zurückzuweisen, nicht zugekommen sei. Hieran anknüpfend hat mich Seine Exzellenz beauftragt Euer Exzellenz bekannt zu geben, dass er Wert darauf legen müsse eine Mitteilung darüber zu erhalten, ob und wie Euer Exzellenz sich jenes Auftrages entledigten, eventuell aus welchen Gründen Hoch-

dieselben von der Ausführung desselben Abstand nehmen zu sollen geglaubt haben. Für den Fall als die fragliche Aussprache tatsächlich unterblieben sein sollte, wünscht jedoch der Herr Minister mit Rücksicht auf die schwierige Situation, in der sich Herr von Kiderlen-Wächter gegenwärtig befindet, nicht, dass der Auftrag jetzt noch zur Ausführung gebracht werde.

a) Vgl. n. 2565, 2585 Anm. c, 2588. — b) 8. Aug. 1911. Nicht aufgenommen, weil der Inhalt hier genau wiedergegeben ist.

Nr. 2588. Tel. aus Berlin, 13. Aug. 1911 Nr. 120 (eing. 7 U. 20 M. p. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Mit Bezug auf das soeben eingetroffene Privatschreiben Baron Müllers vom 11. d. M. Da zur Zeit des Empfanges des hohen Erlasses vom 14. v. M. Nr. 1633 meine Frau schwer erkrankt war und ich sie in Westerland nicht verlassen konnte, hatte ich Baron Flotow angewiesen, den Inhalt Euer Excellenz obiger Weisung in meinem Namen in durchaus freundschaftlicher, aber bestimmter Form zur Kenntnis des Staatssekretärs zu bringen. Flotow meldete mir, er habe diesem Auftrage entsprochen und zugleich auch den Inhalt des Erlasses vom 19. v. M. Nr. 1670b) Herrn von Kiderlen mitgeteilt. Der Staatssekretär, der damals offenbar wegen des Ganges der Marokkoverhandlungen sehr präokkupiert war, habe diese Mitteilungen mit grosser Aufmerksamkeit angehört, aber keine Gegenbemerkungen gemacht. Nach meiner Rückkehr nach Berlin habe ich Kiderlen zwar wiederholt gesprochen, aber mit Rücksicht auf die schwierige Situation, in der sich derselbe eben jetzt befindet, nicht für angezeigt gehalten, auf diesen Gegenstand zurückzukommen. Demnächst, wahrscheinlich auch am 18. d. M. in Wilhelmshöhe, werde ich wiederholt mit dem Staatssekretär zusammenkommen und Gelegenheit finden, gesprächsweise sehr freundschaftlich und vorsichtig diesen Incidenzfall ihm gegenüber zur Sprache zu bringen und dann Euer Excellenz zu berichten. Szögyény.

a) Vgl. n. 2590. — b) Nicht aufgenommen. Mitteilung von Auszügen aus der „Novoje Vremja“ vom 15. Juli.

Nr. 2589. Tel. aus Berlin, 15. Aug. 1911 Nr. 123 (eing. 9 U. 20 M. p. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Euer Exzellenz Privatschreibenb) habe ich Staatssekretär übergeben. Herr von Kiderlen ersuchte mich, seinen verbindlichsten Dank auszusprechen, und bittet mich zu melden, dass er dieses Schreiben demnächst beantworten werde. Mit dem Vorschlage Euer Exzellenz, Herzog von Avarna mit der entsprechenden weiteren Sondierung zu betrauen, ist Staatssekretär vollkommen einverstanden. Szögyény.

a) Vgl. n. 2595. — b) Vgl. n. 2585.

Nr. 2590. Tel. nach Berlin, 16. Aug. 1911 Nr. 66 (chiffr. 1 U. p. m.).a) Konz. (S. Koziebrodzki; G. Müller).

Mit Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 120. Ich hätte erwartet früher darüber eine Meldung zu erhalten, dass mein Auftrag zur Ausführung gelangt ist. Nachdem Baron Flotow, wie nach Monatsfrist zu

meiner Kenntnis gelangt, mit dem Staatssekretär im Sinne meiner Weisung gesprochen hat, so genügt dies und wünsche ich nicht, dass Euer Exzellenz aus eigenem auf den Gegenstand zurückkommen. Aehrenthal.

[a]) Erging auf Grund eines mut. mut. wörtlich gleichlautenden Tel. des Grafen Aehrenthal an den Botschafter Ladislaus Freiherrn von Müller d. d. Mendel, 15. Aug. 1911 Nr. 13 (eing. 16. Aug. 9 U. a. m.). Entziff. — Vgl. n. 2593, 2606.

Nr. 2591. Tel. aus Bukarest-Sinaia, 17. Aug. 1911 Nr. 49 (eing. 2 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

... *Privataudienz, Persönliches* ... Seine Majestät ersuchte mich weiters, zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers zu bringen, dass russische Regierung fortfahre, ihm grosse Avancen zu machen und anfangs September eine Escadre nach Constantza entsende, mit dem speziellen Auftrage, ihn zu begrüssen. Er habe seine Zustimmung zu dieser Huldigung zu verweigern nicht für ratsam erachtet, sei aber noch nicht schlüssig, ob er nach Constantza fahren oder die Offiziere der Escadre nach Sinaia laden werde.[1]) K. E. Fürstenberg.

[1]) Ob der „Potemkin" auch diesmal seine Aufwartung machen wird! Aehrenthal.
[a]) Vgl. n. 2617.

Nr. 2592. Bericht aus Cetinje, 17. Aug. 1911 Nr. 59 A (eing. 21. Aug.).[a]) Ausfert.

Streng geheim. Herr Mijušković, der Spezialgesandte, welchen der König nach Russland delegiert hatte, um die russische Regierung direkte über die Lage in Montenegro zu informieren, ist vorgestern über Wien zurückgekehrt und hat mich gestern aufgesucht. Er gab mir und später dem italienischen Gesandten, Baron Squitti, nahezu identische Informationen und Anregungen, welche ich heute in gedrängter Kürze wie folgt zusammenfassen möchte: Nicht nur mein Mitredner, sondern auch der König, dessen Familie, in erster Linie Erbprinz Danilo, und auch eine starke Partei im Lande — wie Mijušković behauptet, alle vernünftig denkenden Leute — seien von der Überzeugung durchdrungen, dass das gegenwärtige, sklavisch-abhängige Verhältnis zu Russland auf die Dauer unhaltbar sei. Dasselbe sei nicht nur moralisch beschämend und entwürdigend, sondern hindere jede freie, selbständige Politik, ja jede Willensäusserung Montenegros. Der Fall sei gut denkbar und schon vorgekommen, dass die Interessen Montenegros, seien es nun politische oder ökonomische, mit jenen Russlands kollidieren, und wäre es dann Montenegro unmöglich, sich selbständig zu entschliessen. In ähnlichen Angelegenheiten, ob es sich nun um eine politische Gruppierung, eine Strasse oder Eisenbahn handelte, habe Russland sein peremptorisches Veto eingelegt, mit der Entziehung der Subvention gedroht, und Montenegro, auf diese angewiesen, musste sich fügen. Die massgebenden Kreise, den König an vornehmer Stelle, seien entschlossen, dieses Abhängigkeitsverhältnis zu brechen, sich auf Grund eigener stabiler Revenuen von der russischen Subvention frei zu machen, um eine nützliche, nationale Politik treiben zu können und von Europa auch als ein moralisch und materiell selbständiger Staat geachtet zu werden. Die Schwierigkeiten,

die der Realisierung dieser grossen und vernünftigen Idee entgegenstehen, würden von Niemand unterschätzt, doch müsse auf das Ziel losgeschritten und das Terrain präpariert werden. Mit Russland soll ein freundschaftliches, auf die gemeinsamen Bande basiertes Verhältnis aufrechterhalten werden, doch soll Montenegro aufhören, der Wachhund Russlands zu sein, um nach geleistetem Dienste mit einem schon abgenagten Knochen belohnt zu werden. Es würde sich darum handeln, die ausfallende Subvention Russlands durch eine stabile jährliche Revenue von 1—1½ Millionen Kronen zu ersetzen. Die Armee würde die jetzige kostspielige und unnütze Organisation aufgeben und wieder zu dem bewährten, billigen reinen Milizsystem zurückkehren, wobei der Mann und Offizier sein Heimatsdorf im Frieden nicht verlässt. Ähnlich der seinerzeitigen Organisation der Militärgrenze. Über die Art und Weise, wie an Stelle der Subvention eine permanente Einnahme zu schaffen wäre, hat Herr Mijušković noch keine konkreten Pläne, er denkt aber, nachdem die Unterstützung Montenegros nicht von einer einzelnen Grossmacht ausgehen dürfe, an eine generelle „Favorisierung" und Hebung der Volkswirtschaft durch die Mächte des Dreibundes und wahrscheinlich auch durch Frankreich und England, im speziellen an die Bewilligung einer permanenten Staatslotterie in diesen Staaten, deren Einkünfte Montenegro zugewendet werden würden. Herr Mijušković ging in seinen Plänen mir gegenüber noch weiter, indem er ausführte, dass das Aufblühen der serbischen Völker, in erster Linie Montenegros und Serbiens, nur im engsten Anschlusse an Österreich-Ungarn, ja nur durch den Zusammenschluss derselben unter der Vormundschaft der Monarchie, im letzten Stadium nur durch die Annexierung, zu erreichen wäre. Anderenfalls sei jedes einzelne Land zu schwach, um selbständig fortzukommen, und zerfleischen sich die serbischen Stämme gegenseitig. „Wir brauchen, wie Bulgarien, Rumänien und Griechenland beweist, nicht einmal eine einheimische Dynastie, aber eine gerechte, liberale und starke Regierung, wie sie die Serben in Österreich haben." Ich hörte Herrn Mijušković an und enthielt mich, abgesehen von nicht unterdrückbaren Zweifeln an der Möglichkeit der Durchführung, der Ehrlichkeit der Absichten und dem festen Willen, namentlich von Seite des Königs, einer bestimmten Gegenäusserung. Herr Mijušković hält sich für berechtigt, diesen Zweifeln entgegenzutreten, ist aber mit mir der Ansicht, dass die Sache noch reifen müsse, sich nicht in Tagen und nicht in Monaten durchführen lasse und, ehe die Kabinette sich in einen Meinungsaustausch einlassen könnten, sichere Garantien gegen ein mögliches Doppelspiel gegeben werden müssten. Ich erlaube mir hinzuzufügen, dass ich an die Ehrlichkeit der Ausführungen Herrn Mijušković's, die seiner bisher betätigten politischen Überzeugung entspricht, persönlich und auch daran glaube, dass der König zahlreiche Momente hat, in welchen er die Zwingherrschaft Russlands abschütteln will. Weitere Konklusionen, — da den ausgeführten Ideen vorläufig jede reelle Basis fehlt, halte ich für verfrüht und werde ich mir gestatten, anlässlich der Rückkehr von meinem Urlaube Eurer Exzellenz, im Falle der Aufforderung, noch mündlich zu referieren. Giesl.

a) Vgl. n. 2569, 2580, 2594.

Nr. 2593. Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschafters, 17. Aug. 1911.[a]) Konz. (S. Seidl; V. u. G. Müller).

Der türkische Botschafter erwähnte heute hier, daß einer ihm zugekommenen Information zufolge die italienische Regierung angesichts der Erregung, welche die deutsch-französischen Marokko-Verhandlungen in Italien hervorgerufen haben, sich an eine der Mächte gewendet hätte, um Italien eine Kompensation in Tripolis zu sichern. Er erlaube sich, anzufragen, ob und was hierüber hier bekannt sei? Natürlich wäre es für die Türkei höchst peinlich, wenn eine ähnliche Frage aufgeworfen würde. Es wurde dem Herrn Botschafter erwidert, daß hier darüber nichts bekannt sei.

[a]) Vgl. n. 2586, 2590, 2595.

Nr. 2594. Privatschreiben des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 17. Aug. 1911 (eing. 21. Aug.).[a]) Ausfert.

Geheim. Vor einigen Tagen sagte mir der Herr rumänische Gesandte, er wolle mir, mit Rücksicht auf die intimen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien streng vertraulich eine Information mitteilen, die ihm zugekommen sei und an deren Richtigkeit zu zweifeln er mit Rücksicht auf die Person, von welcher sie stamme, keinen Grund habe. Der König von Montenegro habe vor Kurzem einen Vertrauensmann nach London geschickt und durch diesen der englischen Regierung den Antrag machen lassen, ihr Territorien in Dulcigno beziehungsweise in der Bucht von Noce unentgeltlich zu überlassen, falls England dortselbst einen Hafen bauen wollte. Das betreffende Schriftstück sei in französischer Sprache im Foreign Office überreicht worden, welches vorerst eine Übertragung ins Englische begehrt habe. Dies sei auch geschehen. Nach einiger Zeit hätte das Foreign Office angeblich mit der Begründung abgelehnt, dass Österreich-Ungarn eine englische Niederlassung an der montenegrinischen Adriaküste wohl nicht gerne sehen würde. Herr Catargi sagte mir noch, dass sein Gewährsmann, den er als verlässlich bezeichnen müsse, bei den Verhandlungen mit dem Foreign Office intervenierte, und dass er diese Information seiner Regierung einberichtet habe.

Trauttmansdorff.

[a]) Vgl. n. 2592, 2635.

Erlaß nach Berlin, 18. Aug. 1911 Nr. 1949. Siehe n. 2596.

Nr. 2595. Privatschreiben des Staatssekretärs des deutschen Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter; Wilhelmshöhe, 18. Aug. 1911.[a]) Eigh. Ausfert.

... *Persönliches* ... Es hat hier sehr gefreut, dass Sie unsere Anregung so freundlich aufgenommen haben und daß auch Ihr allergnädigster Herr zugestimmt hat. Bis vor wenigen Tagen war noch Jagow auf seinem Posten; er hat aber jetzt ebenfalls Urlaub angetreten, so daß wir Niemand in Rom haben, den wir mit den Sondirungen beauftragen könnten. Auch Pansa

geht auf Urlaub. Es scheint mir daher ebenfalls das Beste, daß Sie mit dem Herzog von Avarna sprechen. Der ist ja zuverlässig und dreibundfreundlich. Erhält er aus Rom auf seine Anfrage eine befriedigende Antwort, so werden wir meines Erachtens am besten thun, uns über den allgemeinen Inhalt der von unseren Souveränen ergehenden Briefe zu verständigen, aber nicht mehr, um den Briefen nicht ihr persönliches Cachet zu nehmen. Seinen Gewährsmann hat uns Jagow auch nicht genannt, ihn aber als „eine erprobte und vermöge seiner Stellung zur Anregung solcher Fragen competente Persönlichkeit" bezeichnet. Eine italienische Expedition nach Tripolis würde ich zur Zeit für ebenso bedenklich halten als Sie! Mit Marokko geht es zur Zeit wieder nicht recht vorwärts, weil die französische Regierung unter dem Druck von Parlament und öffentlicher Meinung immer wieder zurückzuweichen und gemachte Concessionen zurückzuziehen versucht. Ich hoffe aber noch immer, daß wir zu einem befriedigenden Abschluss kommen.

Kiderlen.

a) Vgl. n. 2585, 2589, 2593, 2596, 2599, 2615, 2618.

Nr. 2596. Erlaß an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom Nr. 1948a (1) und nach Berlin Nr. 1949 (2), 18. Aug. 1911.a) Konz. (S. Matscheko; V. Musulin; G. Müller).

1. bis 2. Vertraulich. Wie Euer Exzellenz aus meinem Erlasse vom 31. v. M., No. 1801/1802 bekannt ist, habe ich, dem mir durch Herzog von Avarna vermittelten Wunsche des italienischen Kabinets entsprechend, den k. u. k. Botschafter in Konstantinopel angewiesen, den türkischen Staatsmännern zu einer entgegenkommenden Politik Italien gegenüber zu raten. Markgraf Pallavicini hat, wie ich aus den mir vorliegenden Meldungen[b]) entnehme, diesen Auftrag zuerst Rifaat Pascha gegenüber ausgeführt, indem er den türkischen Minister des Äussern darauf aufmerksam machte, dass es im Interesse der Türkei gelegen sei, ihr Verhältnis zu Italien vor Trübungen zu bewahren und namentlich in den Fragen, die sich auf Tripolis beziehen, die Empfindlichkeit Italiens möglichst zu schonen. Rifaat Pascha hat für diesen freundschaftlichen Wink dem Herrn Botschafter seinen Dank ausgesprochen, aber gleichzeitig auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die der türkischen Regierung namentlich in den auf Tripolis bezüglichen Angelegenheiten durch die Haltung der italienischen Presse und die hiedurch bedingte Empfindlichkeit des italienischen Cabinets bereitet würden. Nichtsdestoweniger würde die türkische Regierung, so schloss Rifaat Pascha seine Bemerkungen, nach wie vor bestrebt sein, Italien gegenüber das grösste Entgegenkommen an den Tag zu legen. Wenige Tage darauf hatte der k. u. k. Botschafter in Konstantinopel Gelegenheit sich auch zum Grossvezir in demselben Sinne wie zu Rifaat Pascha auszusprechen.[c]) Hakki Pascha, welcher von der Unterredung des Markgrafen Pallavicini mit dem Minister des Äussern bereits unterrichtet war, bemerkte, die Pforte habe sich inzwischen entschlossen, einen General-Gouverneur nach Tripolis zu entsenden, dessen Persönlichkeit dazu beitragen dürfte, dass sich keine Reibungen im Verkehr mit dem dortigen italienischen Vertreter ergeben würden. Was

den Hafenbau in Tripolis anbelangt, so äusserte sich der Grossvezir dahin, es bestehe vorläufig nicht die Absicht, diesen Bau zu vergeben; sollte der Hafen in zwei bis drei Jahren gebaut werden, so würde der türkische Staat diesen Bau in eigener Regie ausführen.

2. Ich ersuche Euer Exzellenz von dem Vorstehenden dem Herrn Reichskanzler bezw. dem Herrn Staatssekretär vertraulich Mitteilung zu machen.

1. Die vorstehenden Ausführungen sind zu Euer Exzellenz persönlicher Information sowie zur vertraulichen Mitteilung an Marquis di San Giuliano bestimmt.

[a]) Vgl. n. 2595, 2607, 2639. — [b]) Vgl. n. 2582. — [c]) Vgl. n. 2586.

Nr. 2597. Erlaß nach St. Petersburg Nr. 1970 und Bukarest Nr. 1971, 19. Aug. 1911.[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Müller).

Geheim. Wie Euer etc. dem abschriftlich beifolgenden Berichte des Freiherrn von Mittag vom 6. l. M. Nr. 56 A entnehmen werden, hat der rumänische Gesandte in Sofia dem k. u. k. Geschäftsträger eine streng vertrauliche Eröffnung über einen zwischen dem bulgarischen Kriegsminister und dem russischen Militär-Attaché angeblich stattgefundenen Gedankenaustausch gemacht, welcher die Art der Kooperation des russischen und des bulgarischen Generalstabes für gewisse Conflictsfälle zum Gegenstande gehabt hätte. Wie Euer etc. bekannt, ist es nicht das erste Mal, daß uns Nachrichten zukommen, die auf die Absicht des Abschlusses einer bulgarisch-russischen Militär-Convention schließen lassen würden. Obzwar schon nach den von Baron Mittag selbst angeführten Gegenargumenten kein Grund dafür vorliegt, diesen Nachrichten gegenwärtig größere Bedeutung beizumessen, als dies in den früheren Fällen geschehen ist, habe ich es doch mit Rücksicht auf den Gegenstand für angezeigt erachtet, die erwähnte Meldung aus Sofia Euer etc. zur streng vertraulichen Information und rein persönlichen Kenntnisnahme mitzuteilen.

[a]) Vgl. n. 2640 Anm. c.

Nr. 2598. Privatschreiben des Kabinettsdirektors des Kaisers, Franz Freiherrn v. Schießl, an den Minister des Äußern auf der Mendel; Bad Ischl, 19. Aug. 1911.[a]) Konz.[b]) (S. u. G. Schießl).

Seine Majestät lassen Dir mit gegenwärtigen Zeilen mitteilen, dass Allerhöchstdieselben nach vielem Suchen und Überlegen doch endlich zu dem Entschlusse gekommen sind, den General der Infanterie Ritter von Auffenberg zum Kriegsminister zu ernennen, obwohl dieser, wie Du weisst, eigentlich nicht der Mann der ursprünglichen Wahl Seiner Majestät ist. Seine Majestät haben in der Reihe der höheren Generale angelegentlich Umschau gehalten, fanden aber in diesen Kreisen niemanden, der für den in Rede stehenden Posten der vollkommen richtige Mann wäre. Auch Erzherzog Franz drängt zu einer Entscheidung und hält an seinem Antrage fest, dass General Ritter von Auffenberg zum Kriegsminister ernannt werden

möge. Nach allem, was in den letzten Wochen in den Zeitungen geschrieben worden ist, und nach allen Indiscretionen, die dabei begangen wurden, stellt es sich allerdings als dringend nötig heraus, der Sache ein Ende zu machen und einen Entschluss möglichst rasch zu fassen, vor Allem auch im Interesse der Armee, in deren Kreisen alle diese agitatorischen Darstellungen den schlechtesten Eindruck machen müssen. Seine Majestät wollen durchaus nicht den Freiherrn von Schönaich beschuldigen, als ob diese Hetze in den Blättern von ihm ausgienge. Sie mag von seiner Umgebung oder von seinen Anhängern ausgehen; jedenfalls sind bei diesem Anlasse Details bekannt geworden, die zwar richtig sind, aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Unser Allergnädigster Herr gibt der Hoffnung Ausdruck, dass Du Dich mit dieser Wahl zurecht finden wirst und das umsomehr, als Seine Majestät glauben, dass auch R. von Auffenberg, der ein geriebener Mann ist, sich trotz des Erzherzogs Franz schon im eigenen Interesse alle Mühe geben wird, mit Dir im Einvernehmen vorzugehen. Das ist die eigenste Überzeugung Seiner Majestät, Allerhöchstwelche Sich ausserdem noch vorbehalten, dem General v. Auffenberg gegenüber die bestimmte Willensmeinung auszusprechen, dass er in vollem Einvernehmen mit Dir zu bleiben habe. Wie ich ferner mitzuteilen beauftragt bin, befassen Seine Majestät Sich mit der Idee, den gegenwärtigen Chef des Generalstabes in gegebener Zeit durch einen anderen geeigneten General zu ersetzen, nur kann dieser Personenwechsel nicht gleichzeitig mit der Ernennung R. v. Auffenbergs vor sich gehen. Indem ich einer gefälligen Mitteilung Deinerseits auf diese meine Zeilen entgegensehen darf, erlaube ich mir noch beizufügen, dass Seine Majestät Dich am 2. September mit grossem Vergnügen hier zu empfangen geruhen werden. Vielleicht hast Du die Güte, mir dann die Stunde Deines Eintreffens in Bad Ischl bekanntzugeben.

[a]) Vgl. n. 2601, 2602. — [b]) Im Archiv der Kabinettskanzlei.

Nr. 2599. Privatschreiben aus Berlin, 21. Aug. 1911 (eing. 23. Aug.).[1])[a]) *Ausfert.*

Während und nach der Hoftafel in Wilhelmshöhe hatte S. M. Kaiser Wilhelm die Gnade mich in ein längeres Gespräch zu ziehen. Vor Allem erwähnte Seine Majestät die im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehende Marokkofrage. Höchstderselbe bedauert, dass die schwierigen und manchmal recht unangenehmen Verhandlungen sich allzusehr in die Länge ziehen, drückte aber Seine feste Überzeugung aus, dass dieselben per tot discrimina rerum zu einem befriedigenden Resultate führen werden. Über das „illoyale" Vorgehen der englischen Regierung, das leider von der öffentlichen Meinung Englands unterstützt werde, ist Kaiser Wilhelm sehr ungehalten. Wie mir Höchstderselbe sagte, habe in Seinem Auftrage der kaiserlich deutsche Botschafter in London, Sir Edward Grey gegenüber eine sehr energische Sprache geführt, die — wie es scheine — eine heilsame Wirkung geübt habe. Die Rede des Premiers Asquith habe ihn eigentlich viel mehr geärgert als jene Lloyd Georges; Letzterer habe sich nur bei Gelegenheit eines Festmahles hören lassen, während Mr. Asquith den aller-

offiziellsten Weg gesucht hat, um an die Adresse Deutschlands Worte zu richten, die man zwar drehen und wenden kann, denen aber doch eine mehr als unfreundliche Spitze innewohnte. Dem englischen Botschafter, den Er anlässlich der Enthüllung einer Erinnerungstafel an König Edward in Homburg von der Höhe zu sprechen Gelegenheit hatte, habe Er Seine Meinung ganz offen gesagt; hoffentlich habe Sir Edward Goschen diese, für englische Ohren nicht angenehm klingenden Worte vollinhaltlich seiner Regierung einberichtet. Die jetzige französische Regierung hält auch Kaiser Wilhelm begreiflicherweise für sehr schwach; eigentlich wäre ihm Herr Delcassé als Minister des Äussern viel lieber gewesen, von diesem Manne von nicht zu unterschätzender Bedeutung hätte man wenigstens der öffentlichen Meinung des eigenen Landes gegenüber etwas Rückgrat erwarten können, während die jetzigen hauptsächlich in Frage kommenden Persönlichkeiten von einem Tage zum anderen ihre Ansichten wechseln und als positiv gegebene Zusagen nicht einhalten. Allerdings müsse mit den Schwierigkeiten gerechnet werden, denen jeder französische Minister beim heutigen Régime den Kammern gegenüber ausgesetzt ist. Ohne bedeutende Concessionen seitens Frankreichs auf colonialem Gebiete sei eine Verständigung nicht möglich, ein Zustimmen des französischen Parlamentes hiezu, werde nicht leicht zu erreichen sein. (Hiezu möchte ich einschalten, dass Herr von Kiderlen diesbezüglich anderer Meinung ist, da er mir seinerzeit versicherte, nach seiner Kenntnis der französischen Zustände werde eine, von der französischen Regierung getroffene Abmachung von den Kammern zweifellos angenommen werden). Auf die Haltung Russlands übergehend, äusserte Sich Kaiser Wilhelm sehr anerkennend; trotz Triple-Entente und trotz des engen Bündnisses mit Frankreich habe sich Russland während der letzten Phase der Marokko Krise sehr loyal und zurückhaltend benommen. Die bevorstehende Unterzeichnung des deutsch-russischen Abkommens im gegenwärtigen Zeitpunkt beweise, dass die Beziehungen Russlands zu Deutschland durch die marokkanischen Schwierigkeiten nicht im Geringsten berührt worden seien. Seither ist, wie Euer Excellenz bekannt, dieses Abkommen am 19. d. Mts. in St. Petersburg von Grafen Pourtalès und Herrn Neratow unterfertigt worden.[b] In demselben wird nur über Persien und die Bagdadbahn gesprochen. Von anderen Dingen, die der Reichskanzler in seiner viel erörterten Decemberrede erwähnt hat, von der Zusicherung beider Parteien sich an keiner Combination mit einer Spitze gegen den anderen zu beteiligen steht in dem Vertrag kein Wort, und auch in der einleitenden Formel ist keine Wendung enthalten, die die allgemeinen politischen Beziehungen beider Reiche streift. Das publizirte, nach achtmonatlichen Verhandlungen zu Stande gekommene Abkommen ist eng begrenzt und rein geschäftlich. Ob zugleich auch ein geheimes Abkommen getroffen wurde, halte ich zwar nicht für unwahrscheinlich, doch muss dies vorderhand dahingestellt bleiben. ... *Innere Angelegenheiten des Deutschen Reiches.* ...

Szögyény.

[1]) Ad acta.

[a]) Vgl. n. 2595, 2603, 2604. — [b]) G. P. XXVII/2 S. 960 Nr. 10223. Vgl. n. 2554, 2605, 2917, 2968.

Nr. 2600. Bericht aus St. Petersburg, 8./21. Aug. 1911 Nr. 29 C (eing. 23. Aug.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Die Nachricht von der Verlobung Seiner Kaiserlichen Hoheit des Prinzen Joan Konstantinowitsch mit Ihrer Königlichen Hoheit Prinzessin Helene von Serbien ist der hiesigen Gesellschaft und Öffentlichkeit vollkommen überraschend gekommen. Die eventuelle Mitwirkung der russischen Diplomatie an der Vorbereitung dieses Ereignisses ist jedenfalls in strenges Geheimnis gehüllt geblieben. Die Nachricht selbst ist in der St. Petersburger Gesellschaft mit geteilten Gefühlen aufgenommen worden, und scheinen die slavophilen Erwägungen nicht ohneweiters andere gegenteilige Konsiderationen zum Schweigen gebracht zu haben. Als charakteristisches Detail gestatte ich mir zu erwähnen, dass ein Mitglied dieser Botschaft Gelegenheit hatte, einer unter den höchsten Hofchargen geführten Unterredung beizuwohnen, bei welcher die gedachten Herren ihrem unverhohlenen Erstaunen über das in Rede stehende Faktum Ausdruck gaben und die Überzeugung aussprachen, dass „l'affaire ne peut avoir été arrangée qu'en Italie". Hiebei wurde der Bräutigam, der übrigens um einige Jahre jünger ist als seine Braut, als geistig sehr zurückgeblieben bezeichnet, und einer der hohen Herren liess sich sogar zur Äusserung hinreissen, dass Prinzen Joan in Anbetracht dessen das Heiraten überhaupt von staatswegen verboten sein sollte (!) Ich glaube behaupten zu können, dass in Hofkreisen auch die Tatsache des Eintrittes der Prinzessin Helene von Serbien in die russische Allerhöchste Familie nicht mit besonderer Sympathie begrüsst wird. Abgesehen davon, dass die serbische Königsfamilie in jenen Sphären nicht beliebt ist, fürchtet man, aber wohl mit Unrecht, dass Prinzesssin Helene einst in die Fusstapfen ihrer hiesigen montenegrinischen Basen treten werde, welche es verstanden haben in Petersburg zu einem ganz bedeutenden Einflusse zu gelangen, der sich vielleicht manchmal, und zwar auch in politischen Dingen, unangenehm bemerkbar gemacht haben mag. Die hiesige Presse hat die Nachricht über die Verlobung sympathisch aufgenommen. Die „Nowoje Wremja" (vom 31./18. Juli) bezeichnet sie sogar als ein Ereignis „grosser, politischer Bedeutung", über welches Österreich-Ungarn und Deutschland unwillig seien. Wie ich erfahre, wird die Hochzeit voraussichtlich am 21. August a. St. in Peterhof stattfinden.

Thurn.

[a] Vgl. n. 2620.

Nr. 2601. Vortrag an den Kaiser; Mendel, 22. Aug. 1911.[a] Eigh. Ausfert.[b]

Ich bitte, Euer Majestät, für die mir durch Freiherrn von Schiessl übermittelte Allerhöchste Mittheilung[a] bezüglich der Allerhöchst beschlossenen Ernennung des General der Infanterie, Ritters von Auffenberg zum Reichs Kriegs-Minister, meinen unterthänigsten Dank unterbreiten zu dürfen. Gleichzeitig bitte ich treugehorsamst um die Erlaubniss, im Anschlusse an diese von Euer Majestät beschlossene Ernennung, einige unterthänigste Erwägungen vorzutragen. Gleich zu Beginn der Crise im

Reichs Kriegs-Ministerium haben Euer Majestät mir gestattet, meine Ansicht dahin auszusprechen, dass es mir nicht in den Sinn kommen kann, mich mit Freiherrn von Schönaich, mit dem ich allerdings durch 5 Jahre, in ernsten Zeiten, im besten Einvernehmen und gegenseitiger Unterstützung, im Interesse des Allerhöchsten Dienstes wirkte, solidarisieren zu wollen. Auch glaubte ich schon damals, dass, angesichts der scharfen Stellungnahme Seiner Kaiserlichen Hoheit des Herrn Erzherzog Franz Ferdinand gegen Freiherrn von Schönaich, an des Letzteren Verbleiben im Amte nicht gedacht werden könne. — Ausgehend von dem Gedanken, dass gegenwärtig in der Monarchie nichts Wichtigeres vorzunehmen ist, als die rascheste Perfectionierung des neuen Wehrgesetzes in beiden Staaten Österreich-Ungarns, glaubte ich unvorgreiflich auf die Annahme des Wehrgesetzes im ungarischen Parlamente, als denjenigen Zeitpunkt verweisen zu dürfen, zu welchem der Wechsel im Reichs Kriegs Ministerium, ohne Schädigung anderweitiger wichtiger Interessen, vorsichgehen könnte. Mit Rücksicht auf die mit obiger Auffassung sich nicht ganz deckende Ansicht des von Euer Majestät befragten k. ungarischen Minister-Präsidenten, Grafen Khuen, haben Allerhöchstdieselben einen früheren Zeitpunkt in Aussicht zu nehmen geruht. Euer Majestät hatten die Gnade mir seiner Zeit, Allerhöchst anzuvertrauen, dass Seine Kaiserliche Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Ferdinand, in der Person des General der Infanterie, Ritters von Auffenberg, eine geeignete Persönlichkeit für den Posten des Reichs Kriegs Ministers vorzuschlagen geglaubt habe. Ich hielt es für meine Pflicht, Alles das, was mir über General Ritter von Auffenberg bekannt war, zur Allerhöchsten Kenntniss zu bringen. Nicht die militärische grössere oder mindere Begabung des Genannten, deren Beurtheilung mir nicht zusteht und zu welcher ich nicht qualificiert bin, sondern dessen Character-Eigenschaften und dessen politisierende Tendenz im Sinne der Ausgestaltung der Monarchie in ein trialistisches Staatswesen, haben mich damals veranlasst, eine ganz offene Äusserung über die Persönlichkeit des Generals, dessen Begabung ich gewiss nicht unterschätze, abzugeben. Die Allerhöchste Entschliessung, welche nunmehr zu Gunsten der Ernennung des General Ritters von Auffenberg zum Reichs-Kriegs-Minister gefallen ist, drängt mich, bei Euer Majestät auf eine unterthänigste Bitte zurückkommen zu dürfen, welche ich mir, gelegentlich eines gehorsamen Vortrages im Monat Juni zu stellen, gewagt habe. Ich war von Anfang an im Klaren darüber, dass die Umstände, unter denen auf die Entfernung des Freiherrn von Schönaich hingewirkt worden ist, die bisher im gemeinsamen Ministerium bestehende und so nothwenige Harmonie stören und auch für andere Regierungs-Factoren Consequenzen nach sich ziehen würden. Auf Grund dieser Erwägungen und geleitet von dem Gefühl, dass meine Zeit um ist und ich, unter den geänderten Verhältnissen, für den Allerhöchsten Dienst nichts mehr Erspriessliches werde zu leisten im Stande sein, wage ich treugehorsamst auf meine seiner Zeit gestellte Bitte zurückkommen zu dürfen, mich von dem huldvollst verliehenen Posten eines Ministers des Allerhöchsten Hauses und des Äussern in Gnaden entheben zu wollen. Mein Ausscheiden würde der Öffentlichkeit gegenüber, ganz plausibel erscheinen,

nachdem meine Gesundheit, ungeachtet der wiederholten Urlaube, welche mir Euer Majestät, in so überaus gnädigster Weise zu gewähren geruhten, noch immer viel zu wünschen übrig lässt. Auch könnte mein Rücktritt, wenn es Euer Majestät genehm sein sollte, erst in 2—3 Monaten erfolgen, also zu einer Zeit, wo das Interesse der Öffentlichkeit an dem Wechsel im Reichs Kriegs Ministerium, wie Alles in unserer rasch lebenden Zeit, schon nachgelassen haben dürfte. Dieser Termin würde auch mit dem muthmasslichen parlamentarischen Calendarium passen, da vor Mitte Dezember an einen Zusammentritt der Delegationen nicht gedacht werden kann. Von der Allerhöchsten Erlaubniss gehorsamst Gebrauch machend, werde ich nicht verfehlen, mich in Ischl am 2. September, zum allerunterthänigsten Vortrag einzufinden. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2598, 2602. — [b]) Im Archiv der Kabinettskanzlei.

Nr. 2602. Privatschreiben des Kabinettsdirektors des Kaisers, Franz Freiherrn von Schießl, an den Minister des Äußern auf der Mendel; Bad Ischl, 25. Aug. 1911.[a]) Konz.[b]) (S. u. G. Schießl).

Durch Deinen vorgestern hier eingelangten Immediat-Vortrag[a]) haben Seine Majestät Allerhöchst sich veranlasst gesehen, Dir hiemit sagen zu lassen, dass Allerhöchstdieselben auf Deine Bitte um Enthebung vom Amte absolut nicht eingehen können, noch werden. Seine Majestät unser Allergnädigster Herr haben volles Vertrauen zu Dir und Deiner, den Allerhöchsten Intentionen gemäß geleiteten Politik, die sich durch Initiative und kluge Orientierung als richtunggebend bewährt hat. Auch sind Allerhöchstdieselben der Anschauung, dass Dein Rücktritt in den politischen Kreisen Europas einen befremdenden Eindruck hervorrufen würde. Seine Majestät bewahren Dir das bisher geschenkte Vertrauen auch weiter und wollen Sich von Dir nicht trennen. Allerhöchstdieselben behalten Sich vor, bei Deiner für den 2. September in Aussicht genommenen Anwesenheit in Ischl die Lage, wie sie sich durch den unvermeidlich gewordenen Rücktritt des Freiherrn von Schönaich darstellt, und die Ernennung des künftigen Kriegsministers auf das Eingehendste mit Dir zu besprechen.

[a]) Vgl. n. 2598, 2601, 2610. — [b]) Im Archiv der Kabinettskanzlei.

Nr. 2603. Privatschreiben des Ersten Sektionschefs, Botschafters Ladislaus Freiherrn von Müller, an den Minister des Äußern auf der Mendel, 26. Aug. 1911.[a]) Ausfert.

Im gestrigen Morgenblatte und in jenem vom 22. d. M. der „Neuen Freien Presse“ werden Dir an leitender Stelle zwei gegen Deutschland gehässige Artikel über die Marokkofrage aufgefallen sein. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, dass erster von Cartwright und letzterer von Crozier stammt. Dieser weilte nämlich vorige Woche bei seinem englischen Kollegen in Marienbad und erzählte mir selbst, dass er dort mit Münz von der „Neuen Freien Presse“ zusammengekommen sei, der ihn über die Marokkoverhandlungen ausgefragt und die dort anwesenden Diplomaten stark in An-

spruch genommen habe. Insbesondere der, von der „Neuen Freien Presse", wie sie sagt, schon gemilderte, brutale Ton des gestrigen Artikels verleugnet seinen Cartwright nicht. ... *Personalangelegenheiten.* ... Müller.

[a]) Vgl. n. 2599, 2604, 2605, 3184.

Nr. 2604. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Geschäftsträgers, 28. Aug. 1911.[a]) *Konz. (S. Seidl; G. Müller).*

Der deutsche Geschäftsträger las heute hier vertraulich ein Telegramm vor, mit welchem der deutsche Botschafter in London beauftragt wurde, bei der englischen Regierung auf die allgemeine Vermutung hinzuweisen, wonach der jüngst in der „Neuen Freien Presse"[a]) erschienene, gegen Deutschland gehässige Marokko-Artikel vom englischen Botschafter Cartwright stammen würde, ferner der Meinung der deutschen Regierung Ausdruck zu geben, daß ein Botschafter einen solchen Artikel nicht veranlaßt haben könne, und schließlich im Hinblicke auf die für die deutsch-englischen Beziehungen aus der Sache sich eventuell ergebenden Folgen die Erwartung der deutschen Regierung auszusprechen, daß diesfalls englischerseits eine amtliche Äußerung erfolgen werde.

[a]) Vgl. n. 2599, 2603, 2605, 2608, 2712.

Nr. 2605. Privatschreiben an den Ersten Sektionschef, Botschafter Ladislaus Freiherrn von Müller; Mendel, 28. Aug. 1911.[a]) *Ausfert.*

... *Handelspolitische Angelegenheiten, Weiterungen mit dem Chef des Generalstabs.* ... Anlangend das deutsch-russische Abkommen[b]) habe ich über die diesfälligen Äußerungen unserer Presse folgende Bemerkungen zu machen: Vor allem finde ich es sehr taktlos, daß im „Fremdenblatt" ein gegen Deutschland gerichteter feindseliger Artikel des „Temps" veröffentlicht worden ist. Es ist dies für mich ein neuer Beweis, daß Szeps unter dem Einflusse Cartwrights und Croziers darauf ausgeht, uns mit Berlin zu verhetzen. Wie Du weißt, bin ich schon seit Monaten entschlossen, diesem durchsichtigen Treiben ein Ende zu machen und, sobald es nur geht, Szeps von der Leitung des „Fremdenblatt" zu entfernen. Einstweilen wünsche ich aber, daß Szeps in meinem Namen in zweifacher Hinsicht eine Nase erteilt werde und zwar erstens wegen der Reproduktion des „Temps"-Artikels im „Fremdenblatt" und dann, weil er die Äußerungen Krupenskys über die mündlichen Abmachungen in drei Punkten zwischen Berlin und St. Petersburg in seinem Sechsuhrabendblatt breitgetreten hat. Natürlich beeilt sich der „Temps" diese Informationen uns in die Schuhe zu schieben. ... *Persönliches.* ... Aehrenthal.

P. S. Ich erhalte Deinen Brief vom 26. d. M. sowie das Referat des Pressdepartements[c]) über die Wirkung der von Cartwright und Crozier inspirierten Artikel. Ich finde es unglaublich dumm und ganz gegen meine Intentionen, dass auch die „Neue Freie Presse" sich dazu hergibt, die deutschfeindlichen Aeusserungen dieser beiden Botschafter wiederzugeben, da dies auf die deutsche Publizistik aufreizend wirkt. Daran wird auch durch eine

„Vorbemerkung" nichts geändert, wie jene, welche das Blatt in seiner Nummer vom 27. d. M. dem Artikel Delbrücks vorausschickt, denn durch das Oeffnen der Spalten für gegenteilige Auffassungen wird die Polemik nur gefördert und verschärft. Szápáry soll sich jemand von der „Neuen Freien Presse" kommen lassen, sich ihm gegenüber im Sinne dieser letzteren Bemerkung äussern und ihm mein lebhaftes Bedauern mit dem Beifügen aussprechen, dass ich die Haltung der „Neuen Freien Presse" weder verstehen noch billigen kann. Im übrigen finde ich, daß die Nervosität der deutschen Korrespondenten lächerlich ist und daß Montlong[d]) ihnen sehr gut geantwortet hat. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2604, 2606. — [b]) Vgl. n. 2599 Anm. b, 2968. — [c]) Liegt nicht vor. — [d]) Leiter des Pressedepartements.

Nr. 2606. Tel. des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Paris, 30. Aug. 1911 Nr. 54 (eing. 8 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Beim heutigen Diplomatenempfang sagte mir Minister des Äussern, dass Herr Cambon heute abends Rückreise nach Berlin antreten wird und Instruktionen mitnimmt, welche das Maximum der französischen Kompensationen darstellen. Er hofft, dass dieselben von der deutschen Regierung angenommen werden würden; jedenfalls habe französische Regierung, vom aufrichtigen Wunsche beseelt, den Frieden zu erhalten, die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht, sei aber nicht in der Lage, dieselben noch zu erweitern. Minister des Äussern bat mich, Euer Exzellenz zu melden, dass er die loyale Haltung Euer Exzellenz[b]) dankbar anerkenne. Aus den Worten des Ministers war zu entnehmen und ich erfahre auch von einem der deutschen Botschaft nahestehenden Gewährsmann, dass zwischen dem französischen Anbot und deutschen Forderungen noch sehr grosse Divergenzen bestehen. Auf der deutschen Botschaft scheint man indessen anzunehmen, dass Frankreich schliesslich doch nachgeben wird. Italienischer Botschafter, mit dem ich gestern eine lange Unterredung hatte, beurteilt die Lage sehr ernst und glaubt an eine nahe Komplikation. Somssich.

[a]) Vgl. n. 2566, 2590, 2605, 2608, 2611, 2612, 2613, 2619. — [b]) Vgl. n. 2560.

Nr. 2607. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 31. Aug. 1911 Nr. 37 (eing. 14. Sept.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Marquis di San Giuliano ist am 27. l. M. aus Vallombrosa für einige Tage hierher zurückgekehrt und empfieng mich am 28. l. M. Ich benützte sogleich die Gelegenheit, um ihn im Sinne des hohen Erlasses vom 18. l. M., Nr. 1948a von der Intervention des Herrn k. u. k. Botschafters in Konstantinopel bei den türkischen Staatsmännern zu Gunsten einer entgegenkommenden Behandlung Italiens in den tripolitanischen Angelegenheiten zu verständigen. Der Herr Minister hörte mir aufmerksam zu, seine Gesichtszüge nahmen aber bald einen skeptischen Ausdruck an. Als ich geschlossen hatte, wendete er sich zunächst der Bemerkung Rifaat Paschas über die italienische Presse zu, um mir die bekannte These zu entwickeln, dass eine Beeinflussung der italienischen Zeitungen durch die

hiesige Regierung unmöglich sei. Die italienischen Journalisten seien zumeist junge Leute mit wenig Wissen aber viel Enthusiasmus. Er wolle nicht leugnen, dass sie der Regierung sehr unbequem seien, und dass sie die Leitung der auswärtigen Politik ausserordentlich erschweren. Hieran sei aber nichts zu ändern. Nicht einmal die wenigen, dürftig subventionirten Blätter seien vollkommen verlässlich. Man könne hierlands die Presse ebensowenig leiten, als es in einem durch und durch demokratischen und egalitären Lande wie Italien denkbar sei, sie zu zügeln. Die äusserst liberale Pressgesetzgebung Italiens habe sich dem Lande aufgedrängt, da man seiner Zeit die Erfahrung gemacht habe, dass die Pressprozesse von den Geschworenen fast immer zu Gunsten der Zeitungen entschieden worden seien. Er gieng sodann auf die von Rifaat und Hakki Pascha dem Markgrafen Pallavicini erteilten Antworten über und bezeichnete dieselben als unaufrichtige Phrasen. Denn er wisse ganz genau, dass der neue Vali von Tripolis nebst seinen ostensiblen und concilianten Instruktionen auch geheime Weisungen erhalten habe, welche den Wert der ersteren zunichte machen. Der neue Vali sei beauftragt, die Politik der Obstruction gegen die italienischen wirtschaftlichen Bestrebungen in Tripolis fortzusetzen. Eine gewisse mässige Besserung sei nur davon zu erwarten, dass Bekir Sami Bey aufgetragen sei, in der Form seiner Ablehnungen weniger brüsk und in seinen Manieren artiger zu sein. Marquis San Giuliano ergieng sich sodann in eine retrospective Betrachtung über die Aspirationen Italiens in Tripolis. Wenn ich deren Kern herausschäle, so liegt derselbe darin, dass Italien sich zwar als den allseits anerkannten Erben des ottomanischen Reiches in Tripolis ansieht, aber sich in den Gedanken hineingefunden hatte, diese Erbschaft erst spät, zu einem heute noch nicht bestimmbaren Zeitpunkte anzutreten. Inzwischen wolle es sich in diesem Landesgebiete Interessen schaffen, dort Kolonisten ansiedeln, Kapitalien anlegen und Lieferungen zugesprochen erhalten. Die Politik des ruhigen Zuwartens auf den Heimfall der tripolitanischen Erbschaft, werde jedoch dadurch wesentlich erschwert, dass die Türkei, mit welcher Italien ja sonst ganz gut auskomme, in Bezug auf italienische Geschäfte in Tripolis absolut intransigent sei. Hiedurch sei die Gefahr begründet, dass die öffentliche Meinung Italiens die Regierung zu einer Politik des Handelns dränge, welche sonst nach jeder Richtung unerwünscht wäre. Ich wendete dem Herrn Minister ein, dass, meiner Ansicht nach, die Politik des Zuwartens Italiens in Tripolis heute kein publicistisches Sprachrohr mehr besitze. Ich fände, dass man sich hierlands die Theorie zurecht gelegt habe, Tripolis gehöre schon von Rechtens Italien und sei nur temporär von der Türkei occupirt. Hier müsste nach meiner Meinung die vernünftige Presse Italiens aufklärend einschreiten und immer wieder Geduld predigen. Mein Mitredner bezeichnete die von mir gewählte Formulirung der Beurteilung des Verhältnisses Italiens zur Türkei seitens der hiesigen Presse als sehr zutreffend. Allerdings fügte er bei, dass die Betonung rechtlich noch nicht bestehender Ansprüche Italiens auf den Besitz von Tripolis in der italienischen Publicistik ihre Erklärung in der Verhinderung der Geltendmachung der italienischen wirtschaftlichen Aspirationen Seitens der Türkei finde. Niemand in Italien

würde an die unmittelbare Notwendigkeit der Occupation von Tripolis denken, wenn der italienische Bauer, Kaufmann und Ingenieur seine legitimen Wünsche in Tripolis befriedigen könnte. Die von mir constatirte Begriffsverwirrung sei nur der Ausfluss der Exasperation über die Hindernisse, welche die Türkei den Italienern in den Weg lege. Darum glaube er auch nicht, dass eine publicistische Vertretung der Politik der Mahnungen und des Geduldpredigens Erfolg hätte. Ich entgegnete hierauf, dass es weit gehe, von der Türkei zu verlangen, dass sie die Italianisierung des ökonomischen Lebens von Tripolis fördere, wenn ihr in den Blättern tagtäglich das Recht auf den ungestörten Besitz dieser Provinz bestritten werde. Wenn Jemand sich gegenüber einem Partner befinde, der andauernd die Hand ausgestreckt halte, um ihm etwas wegzunehmen, könne er diesem Partner kein Vertrauen schenken. Der Herr Minister erwiderte schlagfertig, die erhobene Hand würde sofort sinken, wenn der andere Partner nur bereit wäre, Geschäfte zu machen. Dies wolle die Türkei nicht. Er gab sodann zu, dass er den Widerstand der türkischen Staatsmänner vollkommen verstehe, schwächte indessen diese Einbekenntnis durch die Bemerkung ab, dass der Türkei doch nichts übrig bleibe, als entweder in den einzelnen wirtschaftlichen Fragen coulanter zu sein oder das Risico zu laufen, dass Italien durch das imperative Dictat seiner öffentlichen Meinung zu einer Politik des energischen Handelns gedrängt werde. Ich gab nun dem Gespräche eine etwas allgemeinere Wendung, indem ich in theoretischer Weise die Frage aufwarf, ob ein Staat die friedliche wirtschaftliche Durchdringung seiner Provinzen durch Angehörige eines anderen Landes dulden müsse. Meiner Ansicht nach stehe jedem Lande das Recht zu, sich hiegegen zu wehren. Auch gebe es Beispiele, die dartun, dass manche Staaten unliebsame Volkselemente aus anderen, selbst befreundeten Ländern durch Ausweisungsmassnahmen oder Einwanderungsverbote ferne halten. Marquis San Giuliano meinte hierauf, dass das Wort „pénétration pacifique" viel zu volltönend sei, um auf die Aspirationen Italiens in Tripolis angewendet zu werden. Italien verlange für seine Bürger in Tripolis nur die Behandlung, welche die Angehörigen anderer Länder dort finden und welche die Türkei den Italienern ausserhalb Tripolis auch überall gewähre. An sich seien die obstructionistischen Handlungen des früheren Vali unbedeutende Vorfälle, die nur durch die grosse Zahl und die Erkenntnis, dass sie systematisch erfolgen, eine so aufregende Wirkung üben. Er erzählte mir einige Beispiele. Ein italienischer Ingenieur bietet sich dem Gouverneur an, im Lande einige artesische Brunnen zu bauen. Man studirt seine Projekte, bestellt bei ihm einen Brunnen der erwähnten Art und vergibt alle übrigen Brunnenconstructionen an einen französischen Ingenieur. In der Stadt Tripolis gibt es eine einträgliche Mühle, das Eigentum eines Italieners. Der Gouverneur findet, dass die Strassen in dieser Gegend neu angelegt werden müssen und lässt die neue Strasse so verlegen, dass die Leute, die ihr Getreide zur Mühle bringen und das Mehl nach Hause führen wollen, mit ihren Fuhrwerken nicht an die Mühle herankommen können. Um den Bau einer langen Strasse bewerben sich mehrere Koncurrenten; die billigste Offerte des italienischen Ingenieurs wird abgelehnt, die kostspieligere des Franzosen

angenommen. So folge seit Jahr und Tag ein Nadelstich nach dem anderen. Die italienische Presse in Tripolis komme deshalb nicht zur Ruhe und ihre Artikel regen die öffentliche Meinung Italiens auf, worüber sich wieder die türkische Presse und Regierung ärgere. So ergebe sich ein circulus vitiosus, den man ohne Einlenken der Türkei nicht verlassen könne. Zum Schlusse wiederholte mir der Herr Minister seine Zweifel, dass der neue Vali auch einen neuen Curs einschlagen werde. Derzeit beneficire er davon, dass man von ihm einen Umschwung erwarte. Deshalb sei auch seit einigen Tagen in der italienischen Presse bei Besprechung der tripolitanischen Angelegenheiten eine détente zu verzeichnen. Sobald aber Bekir Sami Bey die Maske abwerfe, werde die Hetze wieder losgehen. Wenn ich aus dem Vorstehenden die Resultante ziehe, so geht dieselbe dahin, dass Marquis San Giuliano schon über den Punkt hinausgekommen ist, in welchem man mit ihm über Tripolis vom Standpunkte des Rechtes argumentiren kann.[1)] Hinter seinen Ausführungen über den Wunsch nach Gleichberechtigung Italiens in Tripolis ist das Streben nach dem wirtschaftlichen Monopole in der türkischen Provinz deutlich zu erkennen. Seine Auffassung und die der Presse stehen einander sehr nahe. Die Blätter sagen: Tripolis gehört eigentlich uns, denn die Mächte haben es uns versprochen; wann werden wir endlich die Türken von dort verjagen? Marquis San Giuliano meint: wenn wir Tripolis nicht wirtschaftlich erobern können, wird man uns zwingen, es zu occupiren. Die inneren Triebfedern dieser eigenartigen Verkennung des Rechts-Zustandes sind gleichfalls unschwer zu erkennen. Das Königreich Italien fühlt sich jung und stark. Der Glaube an seine Zukunft wurzelt in seinen gesunden Finanzen und der Fruchtbarkeit seiner Frauen, die Jahr für Jahr bedeutende Geburtenüberschüsse zur Welt bringen und die potentielle Energie der Nation erhöhen. Vergleiche, die in letzterem Belange mit Frankreich gezogen werden, das Zahlenverhältnis zwischen Italienern und Franzosen in Tunis, Andeutungen, wie sie Marquis San Giuliano Euerer Excellenz gemacht hat (vergleiche Beilage des hohen Privatbriefes vom 12. September v. J.)[b)] und wie sie hier öfters zu hören sind, gestatten keinen Zweifel über die bei den massgebenden Politikern Italiens bestehende Überzeugung, dass dieses Land als lebenskräftige Macht nicht nur die Türkei, sondern auch den Zenith der Machtstellung Frankreichs überleben und in Nord-Afrika im Laufe der Zeit grossen Kolonialbesitz erwerben werde. Hiezu braucht es aber einen Angelpunkt, als welchen es sich zunächst Tripolis durch Verträge pro futuro gesichert hat. Je mehr nun die Aufteilung Afrikas der Erwerbung von Tripolis vorausgeht, je langsamer sich dessen friedliche Durchdringung vollzieht, in desto nebelhaftere Fernen erscheinen alle weiteren Pläne gerückt. Daher die Unruhe und das Drängen der Presse, daher die Abneigung der Regierung, der öffentlichen Meinung Geduld zu predigen. Daher auch die Gefahren für den status quo.[2)] Durch die Lupe unserer Interessen betrachtet, hat dieser Zustand nebst unleugbaren Gefahren ein Gutes: die Ablenkung der Begehrlichkeiten der öffentlichen Meinung vom Norden und Osten nach dem Süden. Seitdem für Tripolis der Ausdruck: „La nostra terra promessa“ geprägt wurde, liest man viel weniger von : „Mare nostro.“ Es wäre ungerecht das Abflauen des

Irredentismus und die anscheinende Abnahme der Austrophobie einzig und allein dem Wechsel der Richtung der italienischen Ambitionen zuzuschreiben. Aber jedenfalls hat er dazu beigetragen. Ambrózy.

[1]) Hiezu hatte Ambrózy auch keine Instruktion! — [2]) Daher auch überflüssig den italienischen Staatsmännern den Gedanken ausreden zu wollen.
[a]) Vgl. n. 2615, 2639. — [b]) Vgl. n. 2244.

Nr. 2608. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 1. Sept. 1911 Nr. 131 (eing. 9 U. 20. M. p. m.).[a]) Entziff.

... Kurzer Vorbericht wie n. 2609. ...

[a]) Vgl. n. 2604, 2606, 2609.

Nr. 2609. Privatschreiben des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 1. Sept 1911 (eing. 4. Sept.).[a]) Ausfert.

Von einem zuverlässigen Gewährsmann aus der nächsten Umgebung Kaiser Wilhelms erfahre ich streng vertraulich, dass der Höchste Herr über das bekannte „Neue Freie Presse"-Interview mit „Cartwright" ganz besonders erregt ist. Seine Majestät, Höchstwelcher nie daran zweifelte, dass die in Rede stehenden Auslassungen vom englischen Botschafter in Wien stammten, von dem Er die denkbar schlechteste Meinung habe, hätte es als die Krönung der nun bereits zwei Jahre dauernden Intriguen Sir Fairfax Cartwrights bezeichnet, durch diese neue Verhetzung einen Keil (sic!) zwischen die beiden so eng befreundeten und verbündeten Reiche treiben zu wollen! Seine Majestät soll nach dem Erscheinen des Interviews Sich auch sehr aufgebracht darüber geäussert haben, dass die „Neue Freie Presse" solchen erbärmlichen Schmähungen gegen das verbündete Deutschland ihre Spalten geöffnet habe. Der in der Folge in demselben Blatte erschienene Artikel Delbrücks soll auf Kaiser Wilhelm einen einigermassen reparirenden Eindruck gemacht haben. Seine Majestät der Kaiser hätte Sich Seiner Umgebung gegenüber in Seiner bekannten lebhaften Weise dahin geäussert, Er werde darauf dringen, dass englischerseits eine Remedur geschaffen werde. Als ich heute den Staatssekretär sah, konnte ich das „Cartwright Interview" gesprächsweise berühren. Herr von Kiderlen, der dasselbe mit dem einen Worte „Eine Unverschämtheit" abtat, sagte mir — wie ich Euer Excellenz bereits zu telegrafiren die Ehre hatte — dass für die deutsche Regierung kein Zweifel über die Provenienz der betreffenden Äusserungen bestünde. Seine streng vertrauliche Bemerkung, dass deutscherseits diesbezüglich an Sir Edward Grey eine Anfrage gestellt worden sei (die aber bisher noch unbeantwortet geblieben), dürfte mit der oben angedeuteten Willensäusserung Kaiser Wilhelms in Zusammenhang gebracht werden können. Im Auswärtigen Amte legt man der Veröffentlichung des Interviews keine mala fides der „Neuen Freien Presse" zugrunde. Der Leiter des Pressbureaus meinte mir gegenüber: „Wenn es der „Neuen Freien Presse" darum zu tun war, ‚dem Bock eine Schelle' umzuhängen, so können wir ihr nur dankbar sein; geschah es aber nur aus journalistischen Eitelkeitsgründen, so müssen wir sagen, das Interview

wäre besser nicht erschienen und uns dadurch ein Incidenzfall mehr mit England erspart geblieben". Sowohl in der öffentlichen Meinung Deutschlands, wie in den hiesigen Gesellschaftskreisen wird das „Cartwright Interview" lebhaft und mit Erbitterung besprochen. Es hat gewiss dazu beigetragen, die gegen England herrschende Verstimmung zu erhöhen.

Flotow.

[a]) Vgl. n. 2608, 2611, 2614, 2615, 2626.

Nr. 2610. Aufzeichnung über eine Unterredung des Ersten Obersthofmeisters Fürsten Montenuovo mit dem Minister des Äußern; Bad Ischl, 1. Sept. 1911.[a]) Konz.[b]) (S. Schießl).

Graf Aehrenthal versichert, dass ihn keinerlei andere Motive — weder Rücksicht auf seine Gesundheit, noch irgendwelche private Gründe — als rein geschäftliche, aus der neuen Situation im gemeinsamen Ministerium entspringende, bewogen haben, den alleruntertänigsten Immediat-Vortrag zu erstatten. Was diese selbst anbelangt, sieht Graf Aehrenthal mit grösster Besorgnis in die Zukunft und erwartet schwere, seine Position gefährdende Complicationen. Graf Aehrenthal wird trotzdem ohne Voreingenommenheit und ganz objectiv die neue Situation acceptiren und deren Entwicklung verfolgen und auf seinem geraden Weg so lange fortschreiten, als ihm das Allerhöchste Vertrauen erhalten bleibt und er dasselbe zur Geltung bringen kann, ohne an irgend einen Termin zu denken und eine eventuelle Krise erst dann ins Auge fassen, wenn sie tatsächlich eintritt.

[a]) Vgl. n. 2602. — [b]) Im Archiv der Kabinettskanzlei.

Nr. 2611. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Paris, 2. Sept. 1911 Nr. 31 A (eing. 4. Sept.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Vor einigen Tagen hatte ich eine längere Unterredung mit Herrn Tittoni. Er leitete das Gespräch mit den Worten ein: „vous avez sans doute appris que les négociations franco-allemandes ne marchent pas du tout", und setzte dann auseinander, dass nach seinen Informationen das Arrangement mit Deutschland im Prinzipe sozusagen perfekt gewesen sei, und Freiherr von Schoen sich auch ihm gegenüber bezüglich des schliesslichen Resultates der Verhandlungen ganz optimistisch geäussert hätte. Erst in der letzten Minute wäre aber hier ein gründlicher Stimmungsumschwung, wahrscheinlich durch die Intervention des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Abgeordnetenhauses, eingetreten. Herr de Selves habe — so glaubt der Herr Botschafter — diesem aus 30 Deputirten bestehenden Ausschusse von den Ergebnissen der letzten Konferenzen Bericht erstattet, der Ausschuss habe denselben indessen nicht zur Kenntnis genommen und speziell bezüglich des im Kongo an Deutschland abzutretenden Gebietsteiles sein Veto eingelegt. Ich habe bisher von keiner anderen Seite eine ähnlich lautende Information erhalten. Herr Tittoni ist überzeugt, dass es zum Kriege kommen wird, „es wird ein Krieg sein", so meinte er, „gegen den Willen aller Beteiligten". Sowohl Deutschland wie auch Frankreich und England hätten alles Interesse an der Er-

haltung des Friedens, und doch würden sie durch die Macht der Ereignisse in einen Krieg gedrängt, oder besser gesagt, durch die begangenen Fehler dazu gezwungen, da es schliesslich keinen Ausweg geben würde, ihn zu vermeiden. In einer weiteren Ausführung dieses Gedankens bezeichnete der Herr Botschafter als solche Fehler französischerseits: die Zulassung der englischen Einmischung und — wofür freilich Herr de Selves nicht verantwortlich ist — die in Folge der vielen Regierungswechsel mangelnde Einheitlichkeit in der Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten; englischerseits: die Rede Lloyd Georges, durch welche sich die Regierung ganz überflüssigerweise der öffentlichen Meinung gegenüber engagirt hätte, anstatt lieber ihre Bedenken in geheimem Wege durch ihre Botschaften vernehmen zu lassen. Dann folgte eine ganz lange Aufzählung der durch Herrn von Kiderlen begangenen Fehler. Der Herr Staatssekretär hätte nach Ansicht des Herrn Tittoni viel früher, gleich zu Beginn der Expedition nach Fez, sein Wort ertönen lassen und nicht mit seiner Demonstration einen Zeitpunkt abwarten sollen, welcher hiezu am wenigsten geeignet schien. Auch die von ihm gewählte Form zur Einleitung der Konversation mit Frankreich sei keine glückliche gewesen und habe er schliesslich zu wenig mit dem bösen Effekt gerechnet, den sein coup in England machen würde, eine Konsideration, in welcher ich meinem Mitredner nur Recht geben konnte. In einer zweiten Unterredung, welche ich zwei Tage später mit dem Herrn Botschafter hatte, erörterte dieser wieder die Möglichkeiten des Friedens und des Krieges unter spezieller Rücksichtnahme auf den Dreibundvertrag. Sollte der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbrechen und — wie zu erwarten — auch England daran teilnehmen, so würde der casus foederis eintreten und auch die Bundesgenossen Deutschlands in Aktion treten müssen. Dies sei nach dem Wortlaut des Bundesvertrages ganz unzweifelhaft, zu bezweifeln wäre nur — so meinte Herr Tittoni — ob die Marokko-Angelegenheit einen genügenden Vorwand biete dafür, dass auch wir, Österreich-Ungarn und Italien, mobilisiren. Der Herr Botschafter gab hierauf selbst, wie zu erwarten war, die negative Antwort. Wenn es nun nicht gelingen sollte, in Berlin zu einem Einverständnis zu gelangen, und wenn im Falle eines eventuellen ernsten Konfliktes die Bundesgenossen Deutschlands nicht gesonnen sein werden, wegen Marokkos ins Feld zu ziehen, dann wird, nach der Konklusion des Herrn Tittoni, kein anderer Ausweg erübrigen, als zum schiedsrichterlichen Urteilsspruch Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät unseres Allergnädigsten Herrn Zuflucht zu nehmen. Die allgemeine Verehrung, welcher die Person Seiner Majestät des Kaisers und Königs auf der ganzen Welt teilhaftig ist, Allerhöchstsein freundschaftliches Verhältnis zu Kaiser Wilhelm und die Dankbarkeit der französischen Regierung für unsere bisherige reservirte Haltung prädestinirten Seine k. u. k. Apostolische Majestät geradezu zur ehrenvollen Rolle des Schiedsrichters. Ich habe mich diesen Ausführungen gegenüber natürlich nur receptiv verhalten. Sie haben ja vorläufig nur einen akademischen Werth, da ich kaum glaube, dass Herr Tittoni bisher auch Anderen als mir von diesen seinen Ideen Mitteilung gemacht hat. Somssich.

a) Vgl. n. 2606, 2609, 2612, 2613, 2614, 2619.

Nr. 2612. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Paris, 2. Sept. 1911 Nr. 31 B (eing. 4. Sept.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Mit meinem ergebensten Telegramme vom 30. v. M. Nr. 54 habe ich mir erlaubt, Euer Exzellenz über die Unterredung zu berichten, welche ich am letzten Mittwoch mit Herrn de Selves hatte. Zu dieser Unterredung, welche länger als gewöhnlich dauerte, habe ich noch zwei Bemerkungen nachzutragen. Erstens, dass der Ton der im Ganzen eher optimistischen Ausführungen des Herrn Ministers beträchtlich weniger zuversichtlich klang, als vor einer Woche (selbst das Wort „Krieg" ist im Laufe der Konversation wiederholt gefallen) und zweitens, dass er, ganz ohne von mir encouragiert worden zu sein, mit auffallendem Nachdrucke zwei-dreimal wiederholte, wie sehr er und die französische Regierung die Haltung Österreich-Ungarns in der gegenwärtigen Krise dankbar anerkenne, ganz als ob er hiemit der Hoffnung Ausdruck geben wollte, dass unsere Reserve auch in der weiteren Entwicklung der Dinge die gleiche bleiben würde. In meiner telegrafischen Berichterstattung habe ich versucht, Euer Exzellenz von der hiesigen Stimmung ein möglichst getreues Bild zu geben. Allgemein wird der Ernst der Lage anerkannt. Die scheinbare Beruhigung, welche während der Unterbrechung der französisch-deutschen Verhandlungen platzgegriffen hatte, hat sich im Momente der baldigen Wiederaufnahme derselben in bedeutende Nervosität verwandelt. Die Besorgnis in der Geschäftswelt ist gross. Die Banken refüsiren die Ausgabe von Gold, und es ist beinahe unmöglich, auch nur 100 Franken zu wechseln. Die Armee ist sehr kriegslustig, und ganz ernste Männer halten den Krieg für unvermeidlich. Nichts destoweniger ist die Hoffnung überwiegend, dass der Friede erhalten bleiben wird. Ich kann nicht umhin, mich dieser Ansicht mit voller Überzeugung anzuschliessen, und bis nicht der erste Schuss fällt, kann ich nicht an einen Krieg glauben. Alle Vernunftsgründe sprechen für die Erhaltung des Friedens. Den hiesigen Machthabern ist ihre Stellung zu teuer, als dass sie durch einen Krieg den Untergang der Republik und ihrer eigenen Existenz riskiren würden. Die deutschen Forderungen sind, wie mir von anscheinend gut informirter Seite vertraulich versichert wird, zweierlei Natur. Erstens die Zusicherung nicht nur der handelspolitischen Meistbegünstigung, sondern auch einer genau zu definirenden bevorzugten[1]) Stellung des deutschen Handels in Marokko, zweitens Gebietsabtretungen im Kongogebiet, welche sich mehr oder weniger mit dem Euer Exzellenz gewiss bekannten Vorschlage des gewesenen Gouverneurs von Puttkammer decken, wobei natürlich der von diesem beanspruchte spanische Gebietsteil auszuschliessen ist, welchen Frankreich ohnehin nicht in der Lage wäre zu verschenken. Es handelt sich demnach um einen schmalen Streifen Landes, welcher im Süden von spanisch Guyana,[b]) von der Mündung des Muniflusses gegen Osten läuft und ausserdem das ganze von den Schari und Sangaflüssen und dem Kongo eingeschlossene ungeheuere Gebiet. Deutschland will sich offenbar in der Mündung des Muniflusses einen guten Hafen und im Hinterlande die Verbindung mit dem belgischen Kongo sichern. Das französische Anbot soll andererseits ganz bedeutend sein,

aber trotzdem erheblich hinter den Forderungen Deutschlands zurückstehen. Die französische Regierung ist derzeit nicht geneigt, weder die handelspolitische noch die territoriale Forderung Deutschlands in vollem Masse zu befriedigen, besonders nicht die letztere, welche die Zweiteilung der französischen Kongokolonie bedeuten würde. Sowie Herr de Selves hofft, dass man in Berlin schliesslich doch die Forderungen ermässigen und das französische Projekt annehmen werde, so ist auf der anderen Seite auch Freiherr von Schoen der Ansicht, dass Frankreich, wenn man nur in Berlin die nötige Festigkeit bewahrt, werde nachgeben müssen, da es einen Krieg mit Deutschland unter keinen Umständen wird riskiren wollen. Die Wahrheit liegt vielleicht auch hier in der Mitte, und sowie man hier höchstwahrscheinlich noch weitgehende Konzessionen machen dürfte, um einen ehrenvollen Frieden zu wahren, so sollte auch die kaiserlich deutsche Regierung zur Einsicht gelangen, dass eine allzutiefe Demütigung Frankreichs, welches in der Zukunft Deutschland noch so Manches zu bieten vermag (ich erinnere nur an die grossen finanzpolitischen Fragen), nicht in ihrem Interesse gelegen sein kann. Hiebei soll gar nicht erwähnt sein, dass eine nicht friedliche Lösung des Streitfalles die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und England auf lange Zeit unmöglich macht. Somssich.

[1]) falsch.
[a]) Vgl. n. 2611, 2613, 2614, 2619. — [b]) So! Wohl Guinea.

Nr. 2613. Privatschreiben des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Khuen-Héderváry; Budapest, 4. Sept. 1911 (eing. 5. Sept.).[a]) Ausfert.

Zur eigenhändigen Eröffnung. Geheim. Die Frage der Schlichtung der hinsichtlich Marokko aufgetauchten französisch-deutschen Interessen-Kollision beschäftigt nach wie vor die öffentliche Meinung Europas auf das Lebhafteste und sieht man in den weitesten Kreisen dem Resultate der diesfalls zwischen den Pariser und Berliner Cabineten gepflogenen Verhandlungen mit nur begreiflicher Spannung entgegen. Ohne über den Gang der in Rede stehenden Verhandlungen orientiert zu sein und ohne Kenntnis über den dermaligen Stand dieser Angelegenheit zu haben, darf ich dennoch annehmen, dass Euere Exzellenz als Leiter der auswärtigen Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht nur Gelegenheit hatten in diese Vorgänge weitgehenden Einblick zu nehmen, sondern auch in dieselben bis zu einem gewissen Grade einzugreifen. Ich zweifle nicht, dass Euere Ezzellenz, falls Hochdieselben es überhaupt für opportun erachten, aus der Rolle des passiven Zuschauers herauszutreten, massgebenden Ortes mit allem Nachdruck betonten, wie sehr der österreichisch-ungarischen Monarchie an der Erhaltung des Friedens gelegen sei. Für alle Fälle aber erachte ich es als meine Pflicht, Euere Exzellenz ergebenst darüber in die Kenntnis zu setzen, dass der öffentlichen Meinung und den leitenden Kreisen in Ungarn — was die marokkanische Frage anbelangt — die Erhaltung des Friedens als einzig anzustrebendes Ziel vor Augen schwebt, weshalb ich mich beehre, Euere Exzellenz ergebenst zu ersuchen, Hochderen Einfluss,

falls der Monarchie überhaupt Gelegenheit gegeben würde, in dieser Angelegenheit ihre guten Dienste anzubieten, im obigen Sinne geltend machen zu wollen. Khuen-Héderváry.

[a]) Vgl. n. 2559, 2560, 2562, 2606, 2611, 2612, 2614, 2627, 2885.

Nr. 2614. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 5. Sept. 1911 Nr. 133 (eing. 6. Sept. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Die Marokkoverhandlungen zwischen Herrn von Kiderlen und Herrn Cambon wurden gestern wieder aufgenommen. Der französische Botschafter erzählt, er habe hiebei die letzten Vorschläge seiner Regierung Staatssekretär mitgeteilt; letzterer habe erklärt, seiner persönlichen Ansicht nach seien diese noch nicht entsprechend, er werde sie aber Reichskanzler und Seiner Majestät dem Kaiser unterbreiten und hoffe, deren Entscheidung dem Botschafter in den allernächsten Tagen bekanntgeben zu können. Cambon lässt in seinen Gesprächen mit den Kollegen absichtlich einen gewissen Pessimismus durchfühlen für den Fall, als deutscherseits die französischen Propositionen nicht akzeptiert würden, während die Andeutungen des Staatssekretärs dahin gehen, dass eine weitere Annäherung der beiderseitigen Standpunkte noch nötig sei, um zu einem Resultate zu kommen. Herr von Kiderlen legt aber in seine Äusserungen einen eher zuversichtlichen Ton. Flotow.

[a]) Vgl. n. 2609, 2611, 2612, 2613, 2616, 2618.

Nr. 2615. Privatschreiben an den Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amts, von Kiderlen-Wächter; Reichenau, 7. Sept. 1911 Nr. 2096.[a]) Konz. (S. u. G. Aehrenthal).

Ihre freundlichen Zeilen, de dato Wilhelmshöhe 18. August l. J. habe ich noch auf der Mendel erhalten. Ich habe mich beeilt, meinem Allergnädigsten Herrn Ihre so herzlich vorgebrachten Glückwünsche zu Seinem Geburtsfest zu unterbreiten. Seine Majestät beauftragen mich, Ihnen für dieselben wärmstens zu danken. Was nun die in Rom vorzunehmende Sondierung anbetrifft, schreiben Sie mir, daß Jagow ebenfalls auf Urlaub sich begeben und daß Sie gegenwärtig in Rom über Niemand verfügen, der mit der bewußten vertraulichen Anfrage betraut werden könnte. Da auch Pansa auf Urlaub weilt, wird es sich empfehlen, mit dem Schritt noch eine Weile zuzuwarten, und dies umsomehr, als jetzt die in Betracht kommenden Personen, wie König Viktor Emanuel, Giolitti, San Giuliano, an verschiedenen Stellen sich aufhalten und erst Anfang November zu ständigem Aufenthalt nach der italienischen Hauptstadt zurückkehren. Auch lege ich Werth darauf, wie ich Ihnen schon geschrieben, die Quelle kennen zu lernen, aus welcher Jagow seine wichtige Information geschöpft hat. Ich nehme an, daß Jagow, wenn er nach Berlin kommt, in der Lage sein wird, seine Meldung in diesem Punkt zu ergänzen. Erst nach Feststellung dieser Quelle wird es Ihnen und mir möglich sein, die Chancen der Sondierung zu beurtheilen und zur Recognoscierung des Terrains zu

schreiten, ohne unsere Position gegenüber Italien zu verschlechtern; ich zweifle nicht einen Augenblick, daß Jagow sich auf eine durchaus zuverlässige Quelle berufen kann, aber eine große Vorsicht ist nicht überflüssig gegenüber den Italienern, welche bei jeder Erneuerung versucht haben, den Dreibundvertrag zu ihren Gunsten zu verbessern. Ich glaube, daß es der bisherigen Vorgangsweise bei der Erneuerung des Dreiervertrages entsprechen würde, wenn wir pari passu vorgehen. Eine besondere Eile ist nicht vorhanden und ich neige zur Ansicht, daß Manches dafür spricht, die Rückkehr unserer beiderseitigen Botschafter auf ihre Posten abzuwarten. Sollten Sie aus anderen Erwägungen eine frühere Sondierung für wünschenswerth erachten, so bin ich auch hiezu bereit, möchte aber, wie gesagt, vorher den Informanten Jagows kennen und wir könnten alsdann verabreden, zu welchem Zeitpunkt Sie bei Pansa, ich bei Avarna anklopfen. Ich habe nicht gezweifelt, daß Sie eine italienische Expedition[b]) im gegenwärtigen Moment für ebenso bedenklich erachten als ich. Ich fürchte, daß die Italiener trotz unserer guten Rathschläge sich nicht werden ausreden lassen, ihre Pläne zu verwirklichen, schon aus dem neulich mitgetheilten Grunde, daß augenblicklich eine Verschiebung der Besitz- und Machtverhältnisse in Afrika im Zuge ist. Wie ich zufällig streng vertraulich erfahre, hat San Giuliano in St. Petersburg wegen der geplanten Action in Tripolis eine Mittheilung machen lassen, die im Ganzen günstig aufgenommen worden zu sein scheint. Cartwright ist mit seiner Germanophobie so lange brüllend herumgezogen, bis er ordentlich hineingefallen ist! Er hat sich und seiner Stellung eine arge Blöße gegeben,[c]) über die ich keine Thräne verliere, und ich nehme an, daß man in London hiefür Verständniß haben wird. Das kommt davon, wenn die Herren Botschafter mit der indiscreten Presse einen zu häufigen Umgang pflegen; ich sage dies ganz allgemein, da ich wahrnehme, daß die meisten der Herren Botschafter in Wien viel zu viel mit der Presse in Verbindung stehen und hiedurch unter ihren affiliirten Preßbengeln eine fortwährende Intrigue und gegenseitige Hetze geradezu provozieren.

[a]) Vgl. n. 2621. — [b]) Vgl. n. 2607, 2639. — [c]) Vgl. n. 2609, 2616, 2618, 2626.

Nr. 2616. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 7. Sept. 1911 Nr. 137 (eing. 8. Sept. 9 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Streng vertraulich. Über den Stand der deutsch-französischen Marokko-Verhandlungen sagte mir Unterstaatssekretär heute folgendes: Die letzten französischen Vorschläge liegen in zwei Punkten schriftlich vor. Der erste Punkt betrifft die auf Ersuchen des Sultans von Marokko von Frankreich zu treffenden administrativen, militärischen und polizeilichen Einrichtungen in Marokko. Die Annahme desselben bietet keine Schwierigkeiten; diese konzentrieren sich heute ganz auf Punkt 2, der die Garantien für die wirtschaftliche Gleichberechtigung in Marokko behandelt. (Alles, was Deutschland in dieser Hinsicht erringe, werde auch den übrigen Mächten zu Gute kommen!) Deutsche Regierung stelle da ganz bestimmte Forderungen, von

denen sie nicht ablassen könne. (Als eine dieser Forderungen erwähnte Herr Zimmermann die abgabefreie Ausfuhr von Eisenerz). Der dritte Punkt, welcher im früheren Stadium der Verhandlungen soviel umstritten war, die Frage der territorialen Kompensationen, sei nur mündlich behandelt worden. Er sei heute sozusagen in die zweite Linie gestellt, da französischerseits darin deutschen Wünschen bis zu einem gewissen Grade entgegengekommen wurde. Unterstaatssekretär fügte aber hinzu, aus dem Wort „entgegenkommen" sei jedoch noch nicht abzuleiten, dass die deutsche Regierung sich mit dem Gebotenen schon befriedigt halte. Heute abends wird nun Herr von Kiderlen, welcher tagsüber wiederholt mit dem Reichskanzler konferierte, Herrn Cambon die deutschen Gegenvorschläge bekanntgeben. Herr Zimmermann glaubt annehmen zu können, dass man französischerseits weiterverhandeln werde, und rechnet mit Zuversicht auf eine endliche Vereinbarung, er verschliesst sich aber nicht Eindrucke, dass die Lage eine ernste ist. Der italienische wie der spanische Botschafter erzählen mir, dass Herr Tittoni beziehungsweise Herr Perez Caballero sich in ihren letzten Telegrammen aus Paris übereinstimmend pessimistisch über die Lage äusserten. Flotow.

[a]) Vgl. n. 2614, 2615 Anm. c, 2618.

Nr. 2617. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus Bukarest-Sinaia, 7. Sept. 1911 Nr. 41 B (eing. 10. Sept.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Der Herr kaiserlich deutsche Gesandte, welcher dieser Tage von einem Urlaube hierher zurückkehrte, im Verlaufe dessen er den Herrn kaiserlich deutschen Staatssekretär des Äußern sah, sprach mir über die rumänische äußere Politik der Gegenwart und Zukunft und teilte mir mit, daß er im Gegensatze zu Herrn von Kiderlen-Wächter nicht davon überzeugt sei, daß eine Gewähr für die Stabilität der dreibundfreundlichen rumänischen äußeren Politik auch für eine spätere Zukunft gegeben sei. Falle einmal der allein maßgebende Einfluß Seiner Majestät des jetzt regierenden Königs weg und verschwinden die jetzigen politischen Parteigrößen (namentlich die konservativen), so sei es nach Dr. Rosens Ansicht nicht so ausgeschlossen, daß das Gefühl der mehr und mehr französisierenden rumänischen Jugend stark gegen Vernunftsgründe ins Gewicht fallen und dem Steuer eine Drehung geben könnte. Die Sympathien der jetzigen Generation neigten mehr und mehr den Westmächten zu, die man sich überdies als Freiheitshorte idealisiere, und das Selbstbestimmungsrecht und der Einfluß der Volksstimmung werde seinerzeit hier immer mehr die Oberhand erhalten. Charakteristisch sei es zum Beispiel, wie gelegentlich der deutsch-französischen Marokkoverhandlungen die Presse aller Parteien ihre Sympathien für Frankreich nicht verbergen könne und es sei kein Zweifel, daß im Falle eines deutsch-französischen Krieges die Sympathien des rumänischen Volkes ungeteilt im französischen Lager zu finden wären. Bei diesem Anlasse bemerkte Dr. Rosen, er wolle sich seinerzeit mit dem Prinzen zu Fürstenberg ins Einvernehmen setzen, um eine gemeinsame, größer angelegte Aktion anzuregen mit dem Zwecke, durch Unterstützung

der deutschen Presse in Rumänien deren Einfluß zu heben und so nach und nach ein Gegengewicht gegen die hiesige Frankomanie zu schaffen. Wie der Herr deutsche Gesandte sagte, schwebe ihm durchaus keine aktive deutsche Propaganda, sondern lediglich die vom Erhaltungstrieb diktierten Maßregeln vor. Würde man es beispielsweise dazu bringen, eine gut informierte und redigierte deutsche Zeitung in Bukarest ins Leben zu rufen, deren Nachrichten, von uns entsprechend beeinflußt, automatisch in die rumänische Presse übernommen werden würden, so wäre hiedurch schon ein guter Anfang gemacht. Dr. Rosen ersuchte mich jedoch ausdrücklich, diese seine noch ganz im embryonalen Zustand befindliche Idee vorläufig in keiner Weise beachten zu wollen, ich bitte daher gehorsamst, Euer Exzellenz wollen das Vorstehende hochgeneigtest als ganz vertraulich zu behandeln geruhen. Otto Czernin.

a) Vgl. n. 2591, 2640.

Nr. 2618. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 8. Sept. 1911 (nicht abgegangen).a) b) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Müller).

Telegramm Nr. 133 erhalten. Ich ersuche Euer Exzellenz unter Hinweis auf das Interesse, welches wir einer für Deutschland günstigen Lösung entgegenbringen, hierüber möglichst eingehende Informationen einzuholen. Euer Exzellenz können den Herrn Staatssekretär wissen lassen, daß ich die Antwort auf seinen Brief aus Wilhelmshöhe vom 18. v. M.c) mit dem Samstag abgehenden Kurier an ihn gelangen lasse. Aehrenthal.

a) Vermerk des Botschafters Freiherrn von Müller: Mit Rücksicht auf Nr. 137 aus Berlin sistiert. 8. Sept. 1911 L. Müller. — b) Vgl. n. 2619. — c) Vgl. n. 2615.

Nr. 2619. Tel. an den Legationsrat Grafen Josef Somssich in Paris, 9. Sept. 1911 Nr. 39 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.).a) Konz. (S. Koziebrodzki; V. Müller u. Aehrenthal[1]); G. Szápáry).

Streng vertraulich. Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 54.b) Ich habe heute den französischen Botschafter empfangen und mich demselben gegenüber wie folgt geäußert: Aus einer Meldung Euer Hochgeboren hätte ich mit lebhafter Befriedigung ersehen, daß Herr de Selves meine Haltung in der Marokkofrage zu würdigen wisse. Nachdem wir am Boden der Algecirasakte stünden und in Marokko lediglich wirtschaftliche Interessen und die vertragsmäßig gewährleistete „offene Türe" zu wahren hätten, hätten wir in dieser Frage bisher tunlichste Reserve beobachtet. Wir gedächten auch in dieser Haltung so lange als möglich zu verbleiben, hielten uns an die wiederholten Zusicherungen der französischen Regierung, daß die außerordentlichen militärischen Maßnahmen bloß temporären Charakter besäßen und wünschten nicht, in die Details der Berliner Konversation eingeweiht zu werden. Von dem Standpunkte der allgemeinen Politik müßten wir aber begreiflicherweise den allergrößten Wert darauf legen, daß aus dieser Frage keinerlei ernste Verwicklungen entstehen. Ich möchte

daher der Hoffnung Ausdruck geben, daß die von Frankreich geschaffene Situation eine baldige und friedliche Lösung finden werde. Euer Hochgeboren wollen bei Herrn de Selves ehebaldigst um eine Unterredung nachsuchen und bei dieser Gelegenheit ihn, nebst meinem verbindlichsten Dank für dessen freundliche Message, von meinen obigen Äußerungen Herrn Crozier gegenüber in Kenntnis setzen. Aehrenthal.

[1]) Auf einer für den Kaiser bestimmten Abschrift: „Im Hinblick auf die inliegende telegrafische Meldung aus Berlin habe ich den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um in Paris einen leichten, freundschaftlichen Druck auszuüben. Aehrenthal." Mit der telegraphischen Meldung ist das Tel. aus Berlin, 5. Sept. Nr. 133 gemeint, das zwar nicht diesem Aktenstück, aber der n. 2618 beiliegt.

[a]) Vgl. n. 2611, 2612, 2618, 2621, 2622, 2623, 2633, 2637, 2648. — [b]) Vom 30. Aug.

Nr. 2620. Bericht des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Belgrad, 10. Sept. 1911 Nr. 67 (eing. 12. Sept.).[a]) Ausfert.

Die k. u. k. Botschaft beim kaiserlich russischen Hofe ist jedenfalls in der Lage, Euer Exzellenz einen viel richtigeren Überblick über die politische Bedeutung zu geben, die die kürzlich stattgefundene Hochzeit der Prinzessin Helene von Serbien mit dem russischen Prinzen Johann Konstantinovič haben mag, als ich es von hier aus tun kann. Durch längeres Hiersein und aus dem engen hiesigen Gesichtswinkel heraus wird man nur zu leicht verleitet, allen Erscheinungen der serbischen Kirchturmpolitik allzugrosse Bedeutung beizumessen. Würde man der Belgrader Presse und der hiesigen öffentlichen Meinung folgen, so müsste man glauben, dass eine ganz neue Ära der russisch-serbischen Politik, eine Verbrüderung auf ewig et à toute épreuve durch diese Hochzeit inauguriert worden sei. De facto ist es aber nur ein weiteres Glied der Kette, die Russland schmiedet, um Serbiens derzeitige Dynastie und Regierung, und dadurch das Land selbst, immer mehr an sich zu fesseln. Symptomatisch ist dabei, dass die fortwährende Wacherhaltung der serbischen antiösterreichischen Stimmung vor allem dazu dienen soll, Serbien zu beweisen, wie sehr es auf die Freundschaft und den Schutz des mächtigen Russlands angewiesen sei. Dafür sprechen die beiden, aus der Menge herausgegriffenen, in deutscher Übersetzung ergebenst angeschlossenen Artikel der offiziösen „Samouprava"[b]) und des als ernste Zeitung hier allgemein geachteten, zu der Regierung in Opposition stehenden und die Interessen der Belgrader Grosskaufleute vertretenden „Trgovinski Glasnik". In ihren überschwenglichen Festartikeln können sie es nicht unterlassen, wenigstens indirekt darauf hinzuweisen, wie richtig es sei, Russlands Rat, und nicht den Einflüsterungen anderer (Österreich-Ungarn) zu folgen. Jedenfalls war das Zustandebringen, und vielleicht noch mehr die Inszenierung dieser Heirat ein höchst geschickter Schachzug der russischen Diplomatie. Man ist hier allgemein geschmeichelt und entzückt, dass das jetzt regierende Haus der Karagjorgjević mit solchen Ehren von Seite des russischen Hofes überschüttet wurde. Einen ganz besonderen Eindruck hat es gemacht, dass Seine Majestät der Czar dem König ein Regiment verliehen, und dass Höchstderselbe geruht hat, die Inhaberschaft

des 16. serbischen Infanterieregimentes anzunehmen. Bisher wurde, meines Wissens nach, noch keinem serbischen Herrscher diese erstgenannte hohe militärische Ehre zu teil und ausser Seiner Majestät dem König Karl von Rumänien, der übrigens die Inhaberschaft seines 6. serbischen Infanterieregimentes sofort nach der Mordnacht vom 11. Juni 1903, in der eben dieses Regiment die Hauptrolle spielte, telegraphisch niederlegte, und dem Könige von Montenegro, war noch nie ein fremder Souverän Inhaber eines serbischen Regimentes. Die serbische Armee fühlt sich durch diesen Inhaberschaftsaustausch geehrt und gewissermassen — reingewaschen. Die grosse Ehre, dass Ihre Majestäten der Czar und die Königin von Griechenland als Trauzeugen dem jungen prinzlichen Paare zur Seite standen, die anscheinend herrlichen Geschenke, die Prinzessin Helene anlässlich Höchstihrer Verheiratung (unter anderem ein Diadem Ihrer Majestät der Czarin im Werte von 900.000 Francs, desgleichen wertvolle Schmuckgegenstände Ihrer Majestäten der Königin und Königin Mutter von Italien) und die vielen hohen Ordensauszeichnungen und Geschenke für serbische Würdenträger haben ihr Übriges getan. Die russische Vorherrschaft dürfte hier nunmehr auf längere Zeit hinaus befestigt sein. Für uns von Wichtigkeit ist aber wohl hauptsächlich der Umstand, dass dieser Einfluss nur dadurch in dieser Stärke erhalten werden kann, dass Russland immer wieder die Serben auf die angeblich von der Nachbarmonarchie drohende Gefahr aufmerksam macht, um denselben klarzulegen, dass sie sich eben ganz ihm überlassen müssen, um vor jeder von uns kommenden Gefahr geschützt zu sein. Daraus folgt aber wiederum, dass die hiesige russische Vertretung und durch sie die jetzige radikale serbische Regierung immer bestrebt sein muss und wird, die Hetze gegen uns in Serbien nicht zur Ruhe kommen zu lassen, damit eben diese Angst vor uns immer neuerdings aufrechterhalten werde. Diese letzte von mir soeben entwickelte Konsequenz mag vielleicht nicht so sehr in der Absicht der leitenden Kreise Petersburgs liegen, die mit den hiesigen Verhältnissen aber wohlvertraute russische Vertretung muss sie ziehen, mag sie nach Aussen hin vielleicht auch noch so beruhigende Erklärungen abgeben. So wenig erfreulich auch die Konstatierung dieser Tatsache ist, so glaube ich doch wiederum, dass auch hier in Serbien die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden. Dafür wird sicherlich der allzu grossgezogene Eigendünkel der Serben und die stets unbefriedigte Herrschsucht des jeweiligen hiesigen russischen Residenten Sorge tragen. Schon jetzt wirft die allerdings unbedeutende und stark oppositionelle „Novo Vreme“ dem serbischen Ministerpräsidenten vor, dass er eigentlich nichts erreicht habe, da er nicht einmal (!) die Verlobung des Kronprinzen mit der ältesten Tochter des Czaren durchzusetzen im Stande gewesen sei. Andererseits werden bereits Stimmen laut, die sich über die Anmassungen Herrn Hartwigs, der sogar verlange, dass ihm der Generalsekretär des königlich serbischen Ministeriums des Äussern über alle Vorkommnisse Bericht erstatte und den hiesigen Vertretern anderer Staaten gegenüber ganz ernstlich die Auffassung vertritt, dass ihm in Serbien eine ganz speziell privilegierte Stellung und ein besonderer Rang zukomme, beklagen. Den Russen werden die nie zu befriedigenden, immer höher gespannten Wünsche Serbiens, den an ihrer Freiheit hängenden und den

ewigen Wechsel liebenden Serben die allzugrosse Bevormundung von Seite Russlands mit der Zeit sicherlich zu viel werden. Vorläufig allerdings wird hier der Einfluss Russlands wohl noch steigen und knüpft man jetzt schon an die Worte „auf Wiedersehen", die Seine Majestät der Czar zum Abschiede König Peter zugerufen haben soll, und an die offiziell bestätigte Einladung des serbischen Kronprinzen zu den russischen Manövern die zuversichtliche Erwartung, dass dem Kronprinzen Alexander doch noch eine russische Grossfürstin bestimmt sei. Haymerle.

[a]) Vgl. n. 2600, 2641. — [b]) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 2621. Privatschreiben des Staatssekretärs des deutschen Auswärtigen Amts, von Kiderlen-Wächter; Berlin, 11. Sept. 1911.[a]) Ausfert.

Für Ihre freundlichen Zeilen aus Reichenau,[a]) die mir von Herrn von Flotow übermittelt worden sind, und für die interessanten Mitteilungen, die sie enthalten, sage ich Ihnen meinen herzlichen Dank. Was nun die Erneuerung des Dreibundes anbelangt, so scheint mir der psychologische Moment dafür günstig. Die Italiener fühlen sich offenbar in dem Marokko-Tripolis-Handel von den Franzosen betrogen. Ich glaube, es wäre nützlich, den Moment zu benutzen, die Stimmung kann auch wieder vorübergehen. Da Pansa dieser Tage hierher zurückgekehrt ist, möchte ich Ihnen deshalb vorschlagen, dass wir noch diese Woche mit den italienischen Botschaftern sprechen. Beide, sowohl Avarna wie auch Pansa, sind ja zuverlässige Leute. Wir könnten ihnen etwa sagen, nach den hier in Berlin vorliegenden Nachrichten sei in Rom bereits der Gedanke ventiliert worden, den Dreibund schon jetzt in aller Stille tel quel zu erneuern. Die Botschafter möchten einmal ihrerseits bei San Giuliano anfragen, wie er darüber dächte. Jagows Gewährsmann hat nämlich diesen speziell genannt. Sind Sie gewillt, auf meinen Vorschlag einzugehen, lassen Sie vielleicht mich durch Flotow ohne nähere Angabe wissen, Sie seien mit dem Vorschlag einverstanden. Dann würde ich mir einen Tag nachher Pansa kommen lassen, sodass wir gleichzeitig operieren könnten. Über den Stand der Marokkofrage[b]) kann ich Ihnen kurz Folgendes sagen: Die Franzosen haben uns eine Fassung für das Abkommen über Marokko auf Grund der bisherigen Besprechungen vorgelegt. Es ist nichts Auffälliges, dass in dieser Fassung die französischen Wünsche mit mehr Liebe behandelt waren als die unsrigen. Wir haben in unserer Antwort die meisten der französischen Wünsche anerkannt, unsere aber genauer präzisiert. Wir warten jetzt auf die französische Replik. Die Frage des Gebietsaustausches, über die wir in grossen Zügen so ziemlich handelseins sind, ist vorläufig zurückgestellt. Ich möchte nur noch bemerken, dass die Behauptung der französischen und englischen Blätter, wir strebten in Marokko für uns Privilegien vor den anderen Mächten an, unrichtig ist. Darüber werden Sie übrigens selbst urteilen können, da heute sowohl die französischen Vorschläge wie unsere Gegenvorschläge an unsere Wiener Botschaft abgehen, die beauftragt ist, sie Ihnen mitzuteilen.

Kiderlen.

[a]) Vgl. n. 2615, 2628. — [b]) Vgl. n. 2619, 2622.

Nr. 2622. Tel. des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Paris, 11. Sept. 1911 Nr. 62 (eing. 12. Sept. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe mich heute des mit Telegramm Nr. 39 erteilten Auftrages beim Minister des Äussern entledigt. Herr de Selves war durch die Message Euer Exzellenz sichtlich angenehm berührt und bat mich, Hochdenselben hiefür seinen wärmsten Dank zu übermitteln. Er sei voller Zuversicht, dass die Berliner Verhandlungen schliesslich eine friedliche Lösung finden würden; er werde sicher alles tun, um eine solche herbeizuführen und es werde nicht seine Schuld sein, wenn dies nicht möglich werden sollte. Über die deutschen Vorschläge äusserte sich der Minister nur in allgemeiner Form, sagte jedoch, dass, wenngleich dieselben vom französischen Anbote erheblich abwichen, sie doch diskutierbar seien und ein Ausgleich zwischen den hierseitigen und den Berliner Propositionen durchaus nicht ausgeschlossen wäre. Der für heute anberaumt gewesene Ministerrat ist verschoben worden. Der französische Botschafter in London ist hier eingetroffen, um bezüglich der deutschen Propositionen und der auf dieselben zu erteilenden Antwort sein Gutachten abzugeben. Diese Antwort dürfte nicht vor nächstem Freitag abgehen. Somssich.

[a] Vgl. n. 2621, 2623, 2624, 2633, 2637.

Nr. 2623. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 12.[a] Sept. 1911 Nr. 76 (chiffr. 4 U. p. m.).[b] Konz. (S. Koziebrodzki; V. Müller und Aehrenthal; G. Szápáry).

Streng vertraulich. Der französische Minister des Äußern hat mir dieser Tage durch den k. u. k. Geschäftsträger mitteilen lassen, „daß er unsere loyale Haltung in der Marokkofrage dankbar anerkenne." Allem Anscheine nach wollte Herr de Selves hierdurch eine Äußerung meinerseits provozieren. Ich hielt es deshalb für notwendig, mich dem französischen Botschafter gegenüber wie folgt zu äußern: Aus einer Meldung des k. u. k. Geschäftsträgers in Paris ... *wie n. 2619 von „hätte ich" bis „eine baldige und friedliche Lösung finden werde"* ... Euer Hochwohlgeboren wollen vorstehendes dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Staatssekretär in vertraulicher Weise zum Kenntnis bringen. Aehrenthal.

[a] Dieses Tel. war ursprünglich ebenfalls vom 9. Sept. 1911 datiert. Laut Anweisung Aehrenthals („erst am Dienstag den 12. Sept. zu expedieren. Aehrenthal.") wurde es erst am 12. Sept. abgesendet. — [b] Vgl. n. 2619, 2622, 2624, 2625, 2648.

Nr. 2624. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 12. Sept. 1911 Nr. 77 (chiffr. 5 U. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Szápáry).

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 76. Graf Somssich telegraphiert aus Paris: ... *wie n. 2622 bis „ausgeschlossen wäre"* ... Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, den Inhalt dieses Telegrammes gleichfalls dem Herrn Reichskanzler und Herrn Staatssekretär vertraulich zur Kenntnis zu bringen. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2625, 2648.

Nr. 2625. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 13. Sept. 1911 Nr. 142 (eing. 14. Sept. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Staatssekretär, dem ich Inhalt der hohen Telegramme Nr. 76 und 77 von gestern zur Kenntnis brachte, ersuchte mich, Euer Exzellenz seinen und des Reichskanzlers herzlichsten Dank für die so freundschaftlichen Mitteilungen zu übermitteln. Herr von Kiderlen sagte mir, es interessiere ihn sehr, Authentisches über die Auffassung zu hören, die der deutsche Vorschlag bei der französischen Regierung gefunden; bisher sei ihm nur das in der Presse darüber Veröffentlichte bekannt gewesen. Staatssekretär nimmt an, französische Antwort werde ihm noch diese Woche zugehen; wenn er auch mit einer längeren Dauer der Verhandlungen rechnet, so glaubt er doch zuversichtlich, dass sie schließlich zu einer Einigung führen werden.

Flotow.

[a] Vgl. n. 2626, 2627.

Nr. 2626. Privatschreiben des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 13. Sept. 1911 (eing. 15. Sept.).[a] Ausfert.

... Gespräch mit Kiderlen über den Stand der deutsch-französischen Marokkoverhandlungen ... Was die Anfrage der Deutschen Regierung in London wegen des „Cartwright-Interviews" der „Neuen Freien Presse" betrifft, so erzählte mir gestern der Unterstaatssekretär, die erste Antwort, die Sir Edward Grey dem deutschen Botschafter gegeben hätte, sei ähnlich wie das Reuter-Dementi dem eigentlichen Kernpunkte der Frage ausgewichen und hätte hier durchaus nicht befriedigt. Die Angelegenheit sei dann deutscherseits weiter verfolgt worden, da man eine Äusserung wünschte, die eine Desavouirung des Inhaltes des Artikels in sich schlösse. Seither sei auch eine zweite englische Antwort erfolgt die viel präciser laute und die die deutsche Regierung nunmehr zu veröffentlichen wünsche. Die Zustimmung hiezu sei seitens der englischen Regierung noch nicht eingelangt. Auch der Staatssekretär erwähnte mir heute, die Angelegenheit sei für die deutsche Regierung noch nicht abgeschlossen; über die letzten in der Presse veröffentlichten Äusserungen Cartwrights gieng Herr von Kiderlen mit einem Lächeln hinweg.

Flotow.

[a] Vgl. n. 2609, 2615, 2625, 2630.

Nr. 2627. Privatschreiben an den ungarischen Ministerpräsidenten Karl Grafen Khuen-Héderváry in Budapest, 13. Sept. 1911.[a] Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Zur eigenhändigen Eröffnung. Geheim. In Beantwortung des geschätzten Schreibens vom 4. d. M. beehre ich mich, Euer Exzellenz im Verfolge meiner fortlaufenden politischen Mitteilungen in der Anlage einige diplomatische Aktenstücke zur streng vertraulichen Kenntnisnahme[b] und mit der Bitte um seinerzeitigen gefälligen Rückschluß zu übermitteln, aus welchen Hochdieselben die jüngsten Stadien der Marokko-Angelegenheit

ersehen und geneigtest entnehmen werden, daß die vor kurzem unterbrochenen Verhandlungen der Regierungen Deutschlands und Frankreichs nunmehr unter nicht ungünstigen Auspizien wieder aufgenommen worden sind. In Euer Exzellenz geschätztem Schreiben geben Hochdieselben der Vermutung Ausdruck, daß ich nicht nur Gelegenheit gehabt haben dürfte, in diese Vorgänge weitgehenden Einblick zu nehmen, sondern auch bis zu einem gewissen Grade in dieselben einzugreifen. Ich möchte diesbezüglich vor allem auf meine im Laufe dieses Sommers Euer Exzellenz gemachten Mitteilungen verweisen, laut welchen es nach meiner Auffassung den Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie am besten entspricht, wenn wir dem Marokkohandel gegenüber die weitestgehende Reserve beobachten und uns jeder Teilnahme an der zwischen den beiden nächstinteressierten Mächten geführten Konversation enthalten. Euer Exzellenz hatten sich damals mit dieser Auffassung befreundet und auf Grund derselben im ungarischen Abgeordnetenhause die Erklärung abgegeben, „die marokkanische Frage liege abseits von jenen Fragen, auf welche sich das Bundesverhältnis zu Deutschland beziehe.“ *c)* Die apodiktische Form dieser Erklärung, welche ich meinerseits allerdings lieber vermieden gesehen hätte, hat, wie Euer Exzellenz wohl erinnerlich, dem deutschen Staatssekretär von Kiderlen-Wächter Anlaß zu Rekriminationen gegeben, welchen gegenüber ich Hochderen Äußerungen nachdrücklich vertreten und betont habe, daß wir bei aller freundschaftlichen Sympathie, mit welcher wir die deutsche Aktion begleiten, dem Deutschen Reiche durch unsere Zurückhaltung einen nicht unwesentlichen Dienst erwiesen haben. Ich bin der Ansicht, daß auch seither die Position Deutschlands im Marokkostreite durch die reservierte Haltung seines engsten Bundesgenossen nur gewonnen hat und daß hiedurch die Aussichten für eine baldige und friedliche Lösung des Konfliktes nur gebessert worden sind. England, der Bundesgenosse Frankreichs, welches sich nicht die gleiche Reserve auferlegte, hat durch seine prononcierte Stellungnahme weder dem Interesse Frankreichs noch der Sache des allgemeinen Friedens einen Dienst erwiesen. Was die speziellen Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie in Marokko anbelangt, glaube ich mich mit Euer Exzellenz in der Auffassung eins zu wissen, daß wir in Marokko bloß das Prinzip der offenen Türe zu vertreten, jedoch keinerlei spezielle politische Interessen zu wahren haben. Euer Exzellenz werden mir wohl beipflichten, daß es bei dieser Sachlage mit unserer Politik nicht im Einklange gestanden wäre, wenn wir für die Verhandlungen der beiden Mächte ein besonderes Interesse gezeigt hätten. Ich habe mich daher enthalten, für die Details der bezüglichen Pourparlers irgendwelche Neugierde an den Tag zu legen und bin infolgedessen über die letzteren nach wie vor nicht näher informiert. In voller Übereinstimmung mit Euer Exzellenz erblicke jedoch auch ich das wesentlichste Interesse der österreichisch-ungarischen Monarchie an dem Marokkohandel darin, daß die gegenwärtigen Komplikationen eine baldige und friedliche Lösung finden. Ich habe anläßlich meines am 2. d. M. in Ischl stattgehabten Vortrages Gelegenheit genommen, mich bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät in diesem Sinne auszusprechen und mir die Allerhöchste Ermächtigung erwirkt, falls es die

Verhältnisse erheischen sollten, die Stimme der Monarchie in diesem Sinne vernehmen zu lassen.

[a]) Vgl. n. 2559, 2560, 2625, 2626, 2630, 2633, 2885. — [b]) Vorgelegt wurden die Berichte aus Berlin vom 12. Aug. Nr. 32 A u. vom 1. Sept. 1911 Nr. 37 C, die Tel. aus Berlin Nr. 122, aus Paris Nr. 51, 54, 55 u. 59 und aus London Nr. 51. Diese wurden mit Ausnahme des Tel. aus Paris vom 20. Aug. 1911 Nr. 54 hier nicht abgedruckt, weil sie lediglich über die deutsch-französischen Verhandlungen berichten und eine Stellungnahme Österreich-Ungarns nicht behandeln. — [c]) Vgl. n. 2559 Anm. d, 2560.

Nr. 2628. Vortrag an den Kaiser, 14. Sept. 1911.[a]) Konz. (S. u. G. Szápáry) u. Ausfert.

Von der mir Allergnädigst gewährten Audienz zurückgekehrt, fand ich das ehrfurchtsvollst anverwahrte Schreiben des Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter[b]) vor, welches ich mir gestatte, Euer Majestät alleruntertänigst in Vorlage zu bringen. Da ich der in demselben enthaltenen Argumentation nicht widersprechen kann, nehme ich mir die ehrerbietigste Freiheit, abweichend von meinen bisherigen gehorsamsten Unterbreitungen, nunmehr die zustimmende Beantwortung des Vorschlages des deutschen Staatssekretärs alleruntertänigst in Antrag zu bringen. Aehrenthal.

Auf der Ausfertigung: Mit diesem Antrage einverstanden.

Franz Joseph *(eigh.)*.

[a]) Vgl. n. 2629. — [b]) n. 2621.

Nr. 2629. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 15. Sept. 1911 Nr. 79 (chiffr. 11 U. 45 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Müller).

Euer Hochwohlgeboren wollen dem Herrn Staatssekretär zur Kenntnis bringen, daß ich mit dem in seinem Schreiben vom 11. d. M. enthaltenen Vorschlage einverstanden bin und verabredete Rücksprache Sonntag oder Montag haben werde. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2627, 2631, 2632.

Nr. 2630. Privatschreiben des Legationssekretärs Grafen Friedrich Hoyos aus Tanger, 15. Sept. 1911 (eing. 22. Sept.).[a]) Ausfert.

Auf die Gefahr hin, längst Bekanntes zu wiederholen, erachte ich es doch für meine Pflicht, Euerer Excellenz von dem Inhalte eines Gespräches Mitteilung zu machen, welches ich gestern mit einem Mitgliede der hiesigen englischen Gesandtschaft hatte und in dessen Verlauf auch das in der „Neuen freien Presse" erschienene angebliche Interview mit einem englischen Diplomaten erwähnt wurde. Mein Mitredner theilte mir mit Bezug darauf streng vertraulich mit, er hätte kürzlich einen Bericht Sir. F. L. Cartwrights an das Foreign Office gelesen, in welchem derselbe zwar die Authenticität des Interviews leugnet, jedoch zugibt, dass es Punkt für Punkt seiner Auffassung über die marokkanische Frage entspreche. Es sei sehr gut zusammengestellt, denn zu der einen oder der anderen Zeit hätte er verschiedenen Persönlichkeiten in Wien gegenüber genau die von der „Neuen freien

Presse" gebrachten Anschauungen entwickelt. Sir Fairfax habe noch hinzugefügt, dass der ganze Artikel von der Wiener deutschen Botschaft inspirirt sein dürfte, denn er wisse, dass der in Frage kommende Berichterstatter der „Presse" dort in letzter Zeit viel verkehrt habe. Hoyos.

[a]) Vgl. n. 2626, 2627, 2633, 2712.

Nr. 2631. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 16. Sept. 1911 Nr. 80 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. u. G. Szápáry).

Euer Hochwohlgeboren wollen beim Herrn Staatssekretär anfragen und umgehend telegrafiren, wann die in seinem Schreiben vom 11. d. M. in Aussicht genommene Rücksprache stattgefunden hat oder stattfinden wird. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2629, 2632.

Nr. 2632. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 16. Sept. 1911 Nr. 144 (eing. 7 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm No. 79 von gestern. Staatssekretär ersucht mich, Euer Excellenz für die freundliche Mitteilung bestens zu danken und Hochdenselben zu melden, dass er Herrn Botschafter Pansa Montag sprechen wird. Flotow.

[a]) Vgl. n. 2631, 2634.

Nr. 2633. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Paris, 16. Sept. 1911 Nr. 33 A (eing. 18. Sept.).[a]) Ausfert.

Très confidentiel. A la suite des instructions que Votre Excellence a bien voulu me faire parvenir par le télégramme No. 39 en date du 9 crt. je me suis rendu chez Monsieur de Selves et je lui ai tenu à peu près ce langage: „Le Comte d'Aehrenthal reconnaît avec la plus vive satisfaction que son attitude dans la question marocaine est pleinement appréciée par le Gouvernement de la République; il Vous présente, Monsieur le Ministre, tous ses remerciements pour Votre aimable message de l'autre jour. Le Gouvernement Impérial et Royal, qui n'a pas cessé de demeurer sur la base de l'acte d'Algésiras et n'a pas d'autre prétention que de voir sauvegardés au Maroc ses intérêts commerciaux et le principe de la „porte ouverte", s'est abstenu jusqu'ici de toute intervention dans la question marocaine. L'Autriche-Hongrie compte persévérer dans son attitude aussi longtemps qu'il lui sera possible. En prêtant une foi entière aux assurances réitérées qui lui ont été faites au sujet des dislocations anormales de troupes françaises et du caractère purement temporaire de ces mesures militaires, le Gouvernement Impérial et Royal n'a pas le désir de se mêler à la conversation en train entre Paris et Berlin et d'en connaître les détails. Du point de vue de la politique universelle, l'Autriche-Hongrie attache cependant le plus grand prix à ce que nulle complication sérieuse ne résulte de ces pourparlers. Le Comte d'Aehrenthal tient à Vous exprimer, Monsieur le Ministre, son très vif désir et son espoir que Vous réussiriez à mener à une fin satisfaisante et pacifique les négociations en cours, qui à la suite, sinon des fautes, mais

sûrement des hésitations des Gouvernements précédents d'entrer en pourparlers avec l'Allemagne, ont pris une tournure tellement grave."

Monsieur de Selves m'a fait la réponse suivante: „Quant aux fautes commises il y en avait certainement de part et d'autre et je pense qu'il n'est pas notre devoir de chercher les origines et les causes de la situation actuelle mais qu'il importe de tourner nos yeux vers l'avenir pour trouver une issue honorable et satisfaisante des négociations en cours. Veuillez dire au Comte d'Aehrenthal que j'apprécie beaucoup les paroles de sagesse qu'il m'a fait dire par Votre intermédiaire et que je lui en suis vivement reconnaissant; je chargerai l'Ambassadeur de France à Vienne de lui en présenter tous mes remerciements. Il est bien naturel et cela ne nous surprend pas le moins du monde, qu'il y a une divergeance — même assez considérable — entre les propositions allemandes et les nôtres. Quand il y a marchandage on ne peut pas s'attendre à ce que l'accord se fasse tout de suite. Mais je l'espère qu'avec de la bonne volonté, qui de notre côté ne manque sûrement pas, les différends pourront finalement s'aplanir. Nous sommes en train d'étudier les propositions de Monsieur de Kiderlen, nous les discuterons dans un conseil de ministres, je me propose de demander l'avis de quelques uns de mes Collègues et nous ferons nos observations dans un esprit d'équité et de courtoisie qui est en parfait accord avec nos intentions pacifiques. Moi, pour ma part, vous le savez bien, suis prêt à faire tous les sacrifices possibles, que l'honneur et la dignité de la France me permettront de faire, pour éviter des complications fâcheuses; si je ne réussis pas, ce ne sera pas de ma faute." Après quoi le Ministre m'a répété encore une fois combien il appréciait l'attitude de Votre Excellence ainsi que le message dont j'ai eu l'honneur d'être l'interprète. Somssich.

[a] Vgl. n. 2622, 2627, 2630, 2637, 2643.

Nr. 2634. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 18. Sept. 1911 Nr. 81 (chiffr. 6 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Szápáry).

Euer Hochwohlgeboren wollen dem Herrn Staatssekretär zur Kenntnis bringen, daß ich heute mit Herzog von Avarna im verabredeten Sinne gesprochen habe. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2584, 2632, 2636.

Nr. 2635. Aufzeichnung über eine am 18. Sept. 1911 geführte Unterredung mit dem montenegrinischen Minister des Äußern Dušan Gregović, ohne Datum.[a] Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Geheim. Der gegenwärtige Minister des Äussern Montenegro's, Herr Duschan Gregovitch, welcher mich vor Kurzem im Auftrage seines Souverains aufsuchte, hatte schon vor zwei Jahren,[b] als er in Konstantinopel als montenegrinischer Geschäftsträger fungirte, versucht, mit der dortigen k. u. k. Botschaft und dem Ministerium des Äussern in Fühlung zu treten. Als leidenschaftlicher Spieler bekannt, lag die Vermutung nahe, daß sich Gregovitch hiebei von materiellen Beweggründen leiten ließ und es wurde

damals vermieden, auf seine Annäherungsversuche einzugehen. Als Herr Gregovitch am 18. d. M. bei mir erschien, nahm er vor allem Gelegenheit, mir mit den Grüssen König Nikolaus die Message zu übermitteln, dass Höchstderselbe für die Allerhöchste Person Seiner Majestät des Kaisers und Königs die größte Verehrung hege und den lebhaften Wunsch empfinde, mit Österreich-Ungarn die bestmöglichen Beziehungen zu pflegen. Herr Gregovitch brachte sodann, in medias res eintretend, die beiden pendenten Fragen der Münzconvention und Grenzdelimitation zur Sprache. Bezüglich der letzteren äusserte der montenegrinische Minister die Klage, daß unsererseits auf einem strittigen Terrain Befestigungen angelegt würden. Während ich in der Lage war, Herrn Gregovitch mitzuteilen, daß die Angelegenheit der Aktivirung der Münzconvention und der damit zusammenhängenden Anwendung des montenegrinischen Minimaltarifes auf unsere Einfuhr in befriedigender Weise erledigt sei, erklärte ich in Betreff des zweiten von ihm berührten Gegenstandes nicht genügend orientirt zu sein und stellte ihm in Aussicht, daß ich hierüber nähere Informationen einholen und durch den Gesandten Baron Giesl einen Bescheid zukommen lassen würde. Herr Gregovitch entledigte sich nunmehr einer ihm vom Kronprinzen Danilo aufgetragenen Message. Der Kronprinz, dessen Gesinnungen für die oesterreichisch-ungarische Monarchie er wohl als bekannt voraussetzen dürfe, liesse mir sagen, es sei nicht daran zu denken, daß Montenegro, solange König Nikolaus lebe, sich völlig vom russischen Einfluss werde emancipiren können. Der König sei Russland gegenüber so vielfach engagirt und es bestünden so zahlreiche Verbindungen materieller und anderer Art zwischen Cettinje und St. Petersburg, daß der alte Herrscher, obwohl er es wünschen würde, nicht in der Lage sei, seine Beziehungen zu Russland radikal zu lösen. Der Kronprinz sei jedoch der Ansicht, welche er — Gregovitch — vollkommen theile, daß ein Verharren Montenegro's im bisherigen russischen Kurse den Ruin Montenegro's bedeute. Der montenegrinische Minister verbreitete sich nunmehr über diese These mit denselben Argumenten, welche sowohl König Nikolaus wie Kronprinz Danilo wiederholt dem Gesandten Baron Giesl und anderen gegenüber erörtert haben und schloss seine Mittheilungen mit der Bemerkung, der Kronprinz wünsche nur, daß ich über seine Gesinnungen und Gefühle nicht im Zweifel sei. Ich bin weit davon entfernt, mich Illusionen darüber hinzugeben, dass der Kronprinz und seine Ratgeber zwar eine Annäherung an Österreich-Ungarn suchen, weil sie zur Einsicht gelangt sind, dass sie von Russland in unverschämter Weise exploitirt werden, dass ihnen hiebei jedoch auch ein Schaukelspiel und die Ausnützung ihrer Beziehungen nach beiden Richtungen vorschweben dürfte. Trotzdem habe ich es im Sinne meiner consequent festgehaltenen Anschauung über unser Verhältnis zu Montenegro für richtig gehalten, diese Message freundlich zu beantworten und Herrn Gregovitch für seine freundschaftlichen Ausführungen dankend zu erwidern, dass Oesterreich-Ungarn ein lebhaftes Interesse an der Erhaltung und Befestigung der Dynastie Petrović-Njegoš auf dem Throne Montenegro's und der Pflege guter Beziehungen zu diesem Lande habe. Wir hätten hiefür durch den Abschluss des Handelsvertrages *c)* und der Münzconvention,

welchen so manche Schwierigkeiten im Wege standen, greifbare Beweise erbracht. Ich hätte die Absicht, diese Politik auch weiterhin fortzusetzen und es schwebe mir diesbezüglich insbesondere der schon öfter ventilirte Gedanke vor, den Kontakt und den Austausch von Waren mit Montenegro durch Herstellung neuer Verkehrsverbindungen mit Österreich-Ungarn zu fördern. Ich würde hierüber mit Baron Giesl Rücksprache pflegen, welcher sodann Auftrag erhalten werde, dem König und seinen Ministern über diese Angelegenheit nähere Mittheilungen zu machen. Was die im Auftrage des Kronprinzen geführte offene Sprache meines Mitredners über das Verhältnis König Nikolaus' zu Russland und die Situation Seines Landes betreffe, könne ich zwar nicht umhin, die vorgebrachten Argumente als im Ganzen und Großen stichhältig anzuerkennen, müsse mich in dieser Hinsicht jedoch darauf beschränken, Seiner königlichen Hoheit sagen zu lassen, daß Montenegro, wie schon erwähnt, auf die sympathische Unterstützung Oesterreich-Ungarns rechnen könne, daß eine solche Haltung der Monarchie jedoch an die Voraussetzung geknüpft sei, daß Montenegro keine Politik führe, welche gegen unsere Interessen und Rathschläge verstösst und daß es unseren wohlgemeinten Winken Folge zu leisten gewillt sei. Herr Gregovitch ergieng sich auch in einer ausführlichen Besprechung der mit dem jüngsten Malissorenaufstande[d]) zusammenhängenden Ereignisse, wobei er nicht verhehlte, daß er selbst zu denjenigen gehört habe, welche im Bewusstsein, dass Montenegro nichts zu verlieren habe und in seiner gegenwärtigen Situation auch nicht existiren könne, auf das nachdrücklichste zum Kriege mit der Türkei gerathen haben. Ich nahm diese Gelegenheit wahr, meinem Mitredner eine vorsichtige, aber von ihm wohlverstandene Andeutung in dem Sinne zu machen, daß es unter ähnlichen Verhältnissen wohl für Montenegro von grossem Vortheil sein dürfte, früher in Wien anzufragen, ob dort die Lage derartig beurtheilt werde, daß auf eine für Montenegro günstige Chance einer kriegerischen Action gerechnet werden könnte. Diese Vorsicht hätte König Nicolaus völlig aus dem Auge verloren und stünde jetzt, nach durchgemachter Aufregung und unangenehmen Auseinandersetzungen mit mehreren fremden Regierungen, vor der Calamität eines bedeutenden Deficits und den großen Schwierigkeiten, dasselbe irgendwie zu decken.

[a]) Vgl. n. 2574, 2594, 2774, 2857. — [b]) Vgl. n. 2065. — [c]) Handelsvertrag vom 6. Feb. 1911. Bittner, Chron. Verz. III 617 Nr. 5411. — [d]) Vgl. n. 2574 Anm. b, 2581, 2652.

Nr. 2636. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 18. Sept. 1911.[a]) Konz. (S. Szápáry; G. Aehrenthal).

Geheim. Im Sinne der mir ertheilten Allerhöchsten Ermächtigung habe ich heute den Botschafter Herzog von Avarna zu mir bitten lassen und ihm folgendes mitgetheilt: Nach den in Berlin vorliegenden Nachrichten sei in Rom bereits der Gedanke ventilirt worden, den Dreibund schon jetzt in aller Stille tel quel zu erneuern. Ich würde Werth darauf legen zu erfahren, ob diese wohl auf die bei Herrn Giolitti und Marquis di San Giuliano vorhandenen Dispositionen zurückzuführende Information den Thatsachen entspreche. Der Herr Botschafter werde aus meiner Frage

entnehmen, daß ich, wie er es wohl nicht anders erwartet haben dürfte, einem solchen Projekte sympathisch gegenüberstehe und gerne bereit wäre, in aller Stille die unveränderte Erneuerung der Tripelallianz durchzuführen. Eine analoge Mittheilung erfolgt heute durch Staatssekretär von Kiderlen-Waechter an den kgl. italienischen Botschafter am Berliner Hofe. Den obigen offiziellen Eröffnungen habe ich die private Äusserung hinzugefügt, es sei als Zeichen unseres Entgegenkommens aufzufassen, wenn wir es nicht erst darauf ankommen ließen, daß wegen Erneuerung des Allianzvertrages italienischerseits in aller Form an uns herangetreten werde.

[a]) Vgl. n. 2584, 2634, 2638.

Nr. 2637. Erlaß an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 18. Sept. 1911 Nr. 2148.[a]) Konz. (S. Koziebrodzki; V. u. G. Müller).

Streng vertraulich. In der Anlage erhalten Euer Hochwohlgeboren zur streng vertraulichen Kenntnisnahme die Abschrift eines Telegrammes an den k. u. k. Geschäftsträger in Paris über eine Unterredung mit Herrn Crozier,[b]) in welcher ich den Standpunkt kennzeichnete, den wir in der Marokkofrage einnehmen. Aus der gleichfalls in Abschrift mitfolgenden telegraphischen Meldung des Grafen Somssich[c]) ersehen Euer Hochwohlgeboren ferner die Aufnahme, welche meine Eröffnungen in Paris gefunden haben. Indem ich noch hinzufüge, daß ich Herzog Avarna über den Gegenstand vertraulich informiert habe, erneuere ich etc.

[a]) Vgl. n. 2633, 2640, 2642. — [b]) n. 2619. — [c]) n. 2622.

Nr. 2638. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 19. Sept. 1911 Nr. 145 (eing. 7 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm No. 81 von gestern. Staatssekretär ersucht mich, Euer Exzellenz für die Mitteilung seinen verbindlichsten Dank zu übermitteln und bittet Hochdieselben, da deutscher Geschäftsträger in Wien von der Sache keine Kenntnis hat, durch mich gleichzeitig die Meldung entgegennehmen zu wollen, dass er Herrn Pansa ebenfalls gestern gesprochen hat. Flotow.

[a]) Vgl. n. 2636, 2653, 2663 Beilage.

Nr. 2639. Erlaß an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 19. Sept. 1911 Nr. 2164.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Müller).

Streng vertraulich. Dem Berichte Euer Hochwohlgeboren vom 31. v. M. Nr. 37, vertraulich, habe ich entnommen, daß Marquis di San Giuliano die ihm im Sinne des Erlasses vom 18. v. M. Nr. 1948 a mitgeteilten Ausführungen des Großveziers und des türkischen Ministers des Äußern betreffs einer entgegenkommenderen Behandlung Italiens in den tripolitanischen Angelegenheiten skeptisch aufgenommen und hiebei über die Politik Italiens in Tripolis Äußerungen fallen gelassen hat, wie ich sie aus dem Munde des Herrn italienischen Ministers des Äußern füglich nicht anders erwarten konnte. Die Demarche des Herzogs von Avarna — vide streng vertraulichen Erlaß vom 31. Juli l. J. Nr. 1801 — war mir ein

willkommener Anlaß, um die Türkei von Anfang an darauf aufmerksam zu machen, daß es in ihrem eigenen Interesse gelegen wäre, sich mit Italien halbwegs gut zu stellen und letzterem womöglich auf diese Weise jedweden Vorwand zu einer ernsteren Aktion zu nehmen. Damit muß wohl gerechnet werden, daß man in Konstantinopel wenig Neigung zeigen wird, diesen Wink zu befolgen und kann unser Bestreben nur dahin gehen, daß sich die Beziehungen zwischen Italien und der Türkei in der nächsten Zeit derart gestalten, daß sich ein modus vivendi herauskrystallisiere. Ich kann es Marquis di San Giuliano speziell nicht übelnehmen, daß er den ihm durch Euer Hochwohlgeboren übermittelten Äußerungen der türkischen Staatsmänner skeptisch gegenübersteht. Eben jetzt, wo die öffentliche Meinung Italiens infolge der marokkanischen Verwicklungen sich begreiflicherweise mehr denn je für Tripolis interessiert, überrascht es mich auch nicht, daß allgemein gehaltene Argumente sowie Mahnungen zur Ruhe und Vorsicht im Königreiche keinen Eindruck machen. Da unser Standpunkt auch heute derselbe bleibt, daß wir hoffen und wünschen, Italien werde sich zu keinem „coup de tête" verleiten lassen, lade ich Euer Hochwohlgeboren ein, in Ihren Unterredungen mit Marquis di San Giuliano ebenso wie in Gesprächen mit anderen Persönlichkeiten die tripolitanische Frage nicht auf das Tapet zu bringen und, falls sie Euer Hochwohlgeboren gegenüber berührt werden sollte, sich unter Vermeidung jeglichen Argumentierens rein rezeptiv zu verhalten.

a) Vgl. n. 2615 Anm. b, 2644.

Nr. 2640. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus Bukarest-Sinaia, 20. Sept. 1911 Nr. 44 A (eing. 22. Sept.).a) Ausfert.

... *Gespräch mit König Carol* ... Hierauf besprach Seine Majestät der König in sehr eingänglicher Weise die Berliner Marokko-Verhandlungen,b) welche zwar gegenwärtig etwas stockten, aber ganz zweifellos „trotz mancher englischen Intriguen" zu einem friedlichen Ende führen würden. Der König schien sehr genau über den Gang der Verhandlungen orientiert zu sein und bezeichnete als die zwei Hauptschwierigkeiten die Sicherung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung in Marokko und die Frage, ob der deutsche Länderzuwachs in Zentralafrika Deutschlands Wunsch entsprechend an den belgischen Congo heranreichen werde. Als Beweis wie wenig diesmal in die Öffentlichkeit durchgesickert sei, führte Seine Majestät an, dass wohl die wenigsten Leute ahnen, dass der „Panther" ohne Vorwissen Herrn von Kiderlens nach Agadir abgedampft sei und dass eine diesfällige selbstständige Allerhöchste Entschliessung vorlag, der sich der Staatssekretär selbstverständlich sofort angepasst habe. Der friedlichen Lösung komme nicht zuletzt der Umstand zugute, dass Russland den Franzosen keinen Zweifel darüber gelassen habe, dass es sich in einen eventuellen Krieg nicht hineinziehen lassen werde. Am Balkan trete Russland hingegen wieder aktiver auf, indem es hier seine panslavistisch-protegierende Politik neuerdings mehr unterstreiche. Dies gehe aus den anlässlich der Serben-Hochzeit gehaltenen Toasten und aus der Haltung Russlands Bulgarien gegenüber hervor. Der Besuch des Kronprinzen

Boris und wie Seine Majestät andeutete verschiedene andere kleine Anbiederungsanzeichen seien weitere Glieder dieser Kette. Die in letzter Zeit im Umlauf befindlichen Gerüchte über russisch-bulgarische militärische Abmachungen (hoher Erlass vom 13. l. M. Nr. 2104 geheim)[c] erwähnte der König nicht und hatte ich den Eindruck, dass Höchstderselbe von Seiner Ansicht, nach welcher König Ferdinand Sich in keiner Richtung binden werde, durch obige Gerüchte nicht abgebracht wurde. Seine Majestät bezeichnete diese letzte Phase der russisch-bulgarischen Beziehungen als das „alte Spiel" der Unaufrichtigkeit. Seine Majestät selbst habe Russland[d] gegenüber stets mit offenen Karten gespielt, Er strebe selbstredend so lange als tunlich gute Beziehungen zu allen Nachbarstaaten an, Er habe aber erst kürzlich Herrn von Giers kategorisch erklärt, dass am Balkan keine Gebietsveränderungen Platz greifen werden, ohne dass Rumänien mitspreche. Auf die Frage des russischen Gesandten, in welcher Richtung sich die rumänischen Pläne bewegten, habe Seine Majestät geantwortet, dass sich dies erst dann ergeben werde, wenn die Sache einmal aktuell werden sollte. Den bevorstehenden Besuch der russischen Escadre in Constanza erwähnte der König nicht. Hingegen sprach Seine Majestät des Längeren über Bulgarien, dessen jetzigen Ministerpräsidenten Herrn Geschoff Er als einen der besten bulgarischen Politiker bezeichnete. Vor Jahren habe es König Ferdinand sehr übelgenommen, dass Er Herrn Geschoff — der damals in tiefster Ungnade war — hier empfangen habe. Er sei zwar etwas „im russischen Fahrwasser", aber Ihm (dem König Carol) sehr ergeben und dies sei im allgemeinen Interesse als günstig zu bezeichnen. Unabhängig von dem jeweiligen Kabinet blühe aber in jenem Lande mehr denn je die Spionagewirtschaft und das Misstrauen gegen Rumänien. Herr Diamandy beklage sich, dass er von Spionen umringt und nichts sicher sei, was nicht in eisernen Kassen ruhe. Dem rumänischen Militärattaché gegenüber werde der Spiess umgedreht und er als Spion verdächtigt. Die politische Unerzogenheit gehe dort so weit, dass der bulgarische Kriegsminister diesen Vorwurf einem zufällig in Bulgarien weilenden rumänischen Offizier gegenüber vorgebracht habe, in der Hoffnung, dass dieser Letztere es zu Haus rapportiere. König Ferdinand sei wie Königin Eleonore kürzlich geschrieben habe jüngst durch eine Woche „verschollen" gewesen, niemand auch nicht die Königin kannte Seinen Aufenthaltsort. Otto Czernin.

[a] Vgl. n. 3217. — [b] Vgl. n. 2637. — [c] Zirkularerlaß nach St. Petersburg Nr. 2103, Bukarest Nr. 2104 und Sofia Nr. 2105 vom 13. Sept. 1911 (Konz., S. Rappaport; G. Müller) betr. die Einladung des bulgarischen Generalstabschefs zu den russischen Manövern, die den Gerüchten über eine russisch-bulgarische Militärkonvention neue Nahrung gegeben hätten. Am Ballhausplatz verhielt man sich diesen Gerüchten gegenüber skeptisch, wies jedoch die obengenannten Missionen an, der Sache ihre Aufmerksamkeit zu schenken. — Vgl. n. 2597. — [d] Vgl. n. 2617, 2864.

Nr. 2641. Bericht aus Belgrad, 21. Sept. 1911 Nr. 69 (eing. 24. Sept.).[a] Ausfert.

Von meinem Sommerurlaub zurückgekehrt, habe ich hier die Situation ziemlich unverändert gefunden. Die Stimmung der Monarchie gegenüber

ist gleich geblieben, jedenfalls kann von einer Besserung nicht gesprochen werden. Dagegen hat der russische Einfluss hauptsächlich unter dem Eindrucke der Hochzeit der serbischen Königstochter mit einem russischen Prinzen — wenn dies noch möglich war — an Intensität stark zugenommen. Euer Exzellenz dürften aus der einschlägigen Berichterstattung des Baron Haymerle entnommen haben, mit welchem Enthusiasmus die Presse und die Regierungskreise die Petersburger Hochzeit und die aus diesem Anlasse den Serben seitens Russlands zugekommenen Ehrungen aufgenommen haben. Die überaus warmen und gnädigen Worte des Kaisers von Russland haben hier tiefen Eindruck gemacht und weitgehende Hoffnungen wachgerufen. Auch die Armee fühlt sich durch die erfolgten gegenseitigen Verleihungen von Regimentsinhaberschaften sehr geehrt und glaubt nunmehr in den Augen des ganzen civilisierten Europas rehabilitiert zu sein. Dadurch, dass der Czar als Regimentsinhaber in den Verband der serbischen Armee eingetreten ist, wird — ihrer Meinung nach — die ganze Schmach des Verrates vom 10. Juni 1903 einfach weggewischt. Ganz besonders glücklich über die zustandegekommene Heirat sind Herr Milovanović und seine Ministerkollegen, sowie alle regierungsfähigen Kreise, nach deren Meinung nunmehr unter den schirmenden Fittichen des russischen Aars eine neue glänzende Epoche in der serbischen Geschichte eintreten soll. Man glaubt, dass sich Russland nunmehr mit ganzer Kraft für ihre Interessen einsetzen wird, und lässt dabei durchblicken, dass, des russischen Schutzes gesichert, sie allen Gefahren die Stirne bieten können. Man scheint die nicht allzu ferne liegende Vergangenheit vergessen und von derselben keinen Nutzen gezogen zu haben. Man giebt sich den Anschein, als ob man an die opferwillige, selbstlose Freundschaft Russlands glauben würde. Es werden Stimmen laut, die mit grosser Bestimmtheit behaupten, dass nunmehr kein Hinderniss mehr im Wege stehen kann, dass Kronprinz Alexander eine russische Grossfürstin heimführe, umsomehr da es bekannt ist, dass der russische Gesandte Hartwig sich für dieses Projekt lebhaft interessiert. Allerdings wird in hiesigen diplomatischen Kreisen behauptet, dass diese zweite Heirat kaum wird zustande kommen können; man hat eher in Petersburg die Ehe zwischen der Prinzessin Helene und dem Prinzen Johann Konstantinowitsch gewünscht, damit man nicht gezwungen sei, die Werbung des Kronprinzen günstig aufzunehmen. Ob diese Auffassung die richtige ist, kann ich von hier aus nicht beurteilen, jedenfalls denkt das serbische Publikum anders. Allerdings spielt hiebei das Interesse für die eigene Dynastie, für die das serbische Volk sehr wenig übrig hat, eine ganz untergeordnete Rolle, es handelt sich hiebei vielmehr nur um nationalen Chauvinismus, der in letzter Zeit — hauptsächlich unter russischem Protektorat — sich überaus üppig entfaltet hat. Obgleich man hier momentan ganz in russischem Fahrwasser segelt, und die Fragen der auswärtigen Politik nur durch Petersburger Brillen betrachtet, so bringt man dem Königsbesuch bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät,*b)* unserem Allergnädigsten Herrn doch grosses Interesse entgegen und wird allgemein angenommen, dass derselbe im Herbste stattfinden wird. Unlängst hat mein deutscher Kollege Herrn Milovanović über den Pariser Besuch des Königs interpelliert, worauf er

die Antwort erhielt, dass der Besuch im Oktober oder Anfang November bestimmt stattfinden wird. (Allerdings sagte mir Herr Descos, dass er noch nichts darüber wisse.) Als nun Baron Griesinger weiter fragte, was mit dem Wiener Besuche sei, antwortete ihm der Herr Ministerpräsident, dass derselbe wahrscheinlich früher, ebenfalls im Herbste stattfinden wird, wie dies im Frühjahre ausgemacht wurde; man warte aber, dass die Frage des Zeitpunktes von Wien aus angeregt werde. Als ich nach meiner Rückkehr meinen ersten Besuch beim Herrn Minister des Äussern gemacht habe, berührte Herr Milovanović mir gegenüber die Frage des Besuches mit keinem Worte, schien überhaupt jede diesbezügliche Andeutung vermeiden zu wollen, erwähnte auch nicht seine Durchreise durch Wien, obgleich es hier allgemein hiess, er würde bei dieser Gelegenheit Euer Excellenz aufsuchen, um diese Frage zu besprechen. Wir sprachen über gleichgültige Dinge, dann über innerpolitische Fragen und schliesslich urgierte ich eine ganze Reihe längst pendenter Angelegenheiten, deren baldige Regelung er mir allerdings mit dem grössten Entgegenkommen und ganz bestimmt, — wie er übrigens dies so oft auch meinem Vorgänger gegenüber tat — zugesagt hat. Man merkte ihm an, er erwarte von mir Mitteilungen über den Besuch und wollte mir hiezu Gelegenheit geben; da ich aber diesen Gefallen ihm nicht erwiesen habe, folgte er meinem Beispiele und berührte die heikle Frage nicht. Sollten die Serben, was ich allerdings nicht sehr glaube, angesichts unseres passiven Verhaltens dennoch auf das Thema selbst zurückkommen und den Besuch für dieses Jahr verlangen, so wird — glaube ich — eine Absage unsererseits grosse Verstimmung hervorrufen, was durch die Russen bestimmt ausgenützt werden würde.[1]) Ich bin aber eher geneigt anzunehmen, dass sie vorläufig die abwartende Stellung nicht verändern werden. Bezüglich der inneren Politik scheint sich Herr Milovanović keinen Illusionen hinzugeben. Er sagte mir zwar, er hoffe, dass die bald zusammentreffende Skupschtina ihm ein gewisses Entgegenkommen zeigen werde, doch scheint seine Zuversicht keine grosse zu sein und er gab selbst zu, nur auf eine Majorität von zwei Stimmen rechnen zu können, womit wohl auf die Dauer nicht lange regiert werden kann. Tatsache ist es, dass die Chancen des Herrn Milovanović heute sehr schlecht stehen; er steht ganz vereinsamt da; die Jundradikalen haben sich von ihm ganz losgesagt, und die Altradikalen waren nie sehr für ihn eingenommen. Überall begegnet er Gegnerschaft und die Zeitungen greifen ihn sehr heftig an. Die bald zusammentretende Skupschtina wird über sein Loos entscheiden.[2])

Ugron.

[1]) mir gleichgültig. — [2]) Also warum dem in schwieriger Lage befindlichen M. noch einen coup d'épaule geben!

[a]) Vgl. n. 2620. — [b]) Vgl. n. 2532, 2649, 2650.

Nr. 2642. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 21. Sept. 1911.[a]) Konz. (S. Kanzlei; V. u. G. Müller).

Der italienische Botschafter verlas heute hier ein Telegramm des Marchese di San Giuliano, in welchem dieser ihn beauftragt, Seiner Exzellenz dem Herrn k. u. k. Minister des Aeußern seinen besten Dank für

die ihm durch Herzog Avarna gemachte Mitteilung über die mit dem französischen Minister des Aeußern bezüglich der Marokkoverhandlungen ausgetauschten Messagen zukommen zu lassen. Die Haltung Italiens sei die gleiche wie jene Oesterreich-Ungarns gewesen.

a) Vgl. n. 2637, 2643.

Nr. 2643. Erlaß an den Legationsrat Grafen Josef Somssich in Paris, 23. Sept. 1911 Nr. 2198.a) Konz. (S. u. G. Koziebrodzki).

Zur eigenhändigen Eröffnung. Aus dem Berichte Nr. 33 A vom 16. d. Mts. ersehe ich, dass Euer Hochgeboren bei der Entledigung des Ihnen erteilten Auftrages sich nicht genau an meine Instruktion gehalten haben. Anstatt Herrn de Selves auftragsgemäss meine dem französischen Botschafter gegenüber gemachten Äusserungen zur Kenntnis zu bringen, haben Euer Hochgeboren, unter Hinweglassung des wesentlichsten Punktes, von sich aus eine ganz andere Idee zum Ausdruck gebracht. Während ich Herrn Crozier von der Hoffnung sprach, dass die von Frankreich geschaffene Situation eine befriedigende Lösung finden werde, haben Euer Hochgeboren dies unterdrückt und sprachen statt dessen von: ... espoir que Vous réussiriez à mener à une fin satisfaisante et pacifique les négociations en cours, qui à la suite, sinon des fautes, mais sûrement des hésitations des Gouvernements précédents d'entrer en pourparlers avec l'Allemagne, ont pris une tournure tellement grâve. Es konnte wohl kaum einem Zweifel unterliegen, dass ich mit „der von Frankreich geschaffenen Situation" auf die mehrfache Durchbrechung der Algeciras Akte durch Frankreich hinweisen wollte; in diesem Sinne war dies auch von Herrn Crozier aufgefasst worden. Nachdem ich es vermeiden möchte, Ihre Stellung Herrn de Selves gegenüber zu erschweren, will ich von einer Richtigstellung absehen und beabsichtige nicht, bei der französischen Regierung auf die Sache zurückzukommen. Für die Zukunft muss ich jedoch die sichere Erwartung aussprechen, dass sich Euer Hochgeboren von nun ab stets genau an die hieramtlichen Instruktionen halten werden.

a) Vgl. n. 2642, 2645, 2648.

Nr. 2644. Note des Chefs des Generalstabs, 24. Sept. 1911 Res. Nr. 3803 (eing. 25. Sept.).1)a) Ausfert.

Geheim. Auf Grund des mir von Seiner Majestät ein für allemal Allerhöchst erteilten Befehles, mich hinsichtlich aller wichtigen politischen Fragen mit Eurer Exzellenz in Kontakt zu erhalten, beehre ich mich an Eure Exzellenz das vorliegende Schreiben zu richten. Während die zwischen Deutschland und Frankreich schwebende Marokko-Frage aller Voraussicht nach einer friedlichen Lösung entgegen reift, ist die von Italien aufgegriffene Tripolitanische Frage in ein Stadium getreten, welches meiner Ansicht nach nicht nur die höchste Aufmerksamkeit der Monarchie, sondern auch eine für die etwa erforderlichen militärischen Vorkehrungen bestimmende Stellungnahme erheischt. Es sei mir gestattet, an dieser Stelle meine rein subjektiven Anschauungen kurz auszusprechen. Ich halte dafür, dass das

politisch aufstrebende, national-ökonomisch prosperierende, sich militärisch rührigst entwickelnde und eine grosse nationale Idee verfolgende Italien daran festhält, die italienischen Gebiete der Monarchie zu erwerben, die Herrschaft in der Adria zu gewinnen, die Machtentfaltung der Monarchie auf dem Balkan zu hindern und an deren Stelle den eigenen Einfluss zu setzen, — sowie dass es in Tripolis dieselbe Stellung anstrebt wie Frankreich etwa in Algier und Tunis. In kluger Verfolgung dieser grossen Ziele sucht es für das jeweilig Anzustrebende die günstigen Momente zu benützen — dabei die anderen scheinbar rückstellend, aber bereit, sie sofort wieder aufzunehmen, wenn die ersteren erreicht sind. Dem entspricht es ganz, dass Italien, welches jetzt den Moment hinsichtlich Tripolis gekommen sieht, alles aufbietet, um sich unter scheinbarer Rückstellung der übrigen Ziele die freundschaftliche Neutralität oder selbst Unterstützung jener Mächte zu erkaufen, zu welchen es die Verfolgung der anderen Ziele in Gegensatz bringen muss. Dies betrifft vor allem die Monarchie. Es drängt sich nun für diese die Frage auf: ob sie diese auf die sukzessive Erreichung seiner weiten Ziele gerichtete Politik Italiens durchkreuzen will oder nicht; also im vorliegenden Falle, ob sie sich den italienischen Aspirationen in Tripolis feindlich gegenüberstellen, sie dadurch verhindern oder ob sie, sobald Italien in Tripolis verwickelt ist, selbst mit Italien abrechnen will, um Italiens Absichten hinsichtlich der italienischen Gebiete der Monarchie, der Herrschaft in der Adria und der Stellung am Balkan für eine lange Epoche zu vereiteln. In beiden Fällen erscheint es notwendig, schon jetzt alle jene militärischen Vorkehrungen ins Auge zu fassen und eintreten zu lassen, welche notwendig sind, um Italien gegenüber nicht schon bei Beginn eines Konfliktes in der Hinterhand zu sein. Ich muss hier ganz besonders hervorheben, dass aller Voraussicht nach kommende Kriege von dem aggressiv auftretenden Partner überfallsweise werden begonnen werden, — weil dies einen enormen Vorteil bietet. Alle militärischen Massnahmen Italiens (wie Mannschaftseinberufungen, Pferdestellung, Truppenverlegungen, maritime Vorkehrungen, bahntechnische Massnahmen etc.) müssen daher ganz besonders auch von diesem Standpunkt beurteilt, scharf beobachtet und, wenn ihre Ungefährlichkeit für die Monarchie nicht zweifellos feststeht, mit sofortigen Gegenmassnahmen beantwortet werden. Unterlassungen in dieser Beziehung müssten die schwerste Verantwortung nach sich ziehen. Ich bitte daher Eure Exzellenz mich ganz besonders auch in dieser Richtung informiert zu erhalten. Es sei mir gestattet, an dieser Stelle auch jener hie und da vernehmbaren Anschauung entgegenzutreten, dass eine dauernde Okkupierung von Tripolis wegen der Notwendigkeit dort Truppen zu belassen eine dauernde militärische Schwächung Italiens bedeuten würde. Dieser scheinbare Nachteil wird weitaus wettgemacht durch den grossen Machtzuwachs, welchen Italien durch eine solche Gebietserweiterung erfahren würde. Die grosse finanzielle Kräftigung, die Bevölkerungsentwicklung etc. etc. würden in Hinkunft auch Italiens militärische Machtstellung erhöhen. Es ist dies in ganz analogerweise der Fall wie bezüglich Bosniens und der Monarchie, oder Algiers und Frankreichs etc. etc. Wenn ich im Vorstehenden jener Lage gedacht habe, welche die Monarchie in kriegerischen

Gegensatz zu Italien zu bringen vermöchte, sobald dieses aktiv in die Tripolis-Frage eintritt, — möchte ich noch der Möglichkeit gedenken, dass die Monarchie das Engagement Italiens in Tripolis dazu benützt, um gleichzeitig auf anderem Gebiete, also am Balkan jene Ziele zu verfolgen, bei deren Erstrebung sie in Hinkunft gefasst sein müsste, dem Widerstand Italiens zu begegnen; — auch für diesen Fall erschiene es unerlässlich, jetzt schon an die entsprechenden militärischen Vorbereitungen zu gehen. Ich resumiere daher: Militärische Vorkehrungen erscheinen notwendig: wenn die Monarchie mit einem Konflikt mit Italien rechnen muss,[2] wenn sie mit aktivem Vorgehen am Balkan rechnen will,[3] endlich wenn Italien irgendwelche kriegerische Massnahmen trifft, bei welchen es nicht ganz zweifellos feststeht, dass sie nicht gegen die Monarchie gerichtet sind.[4] Bei der schwer wiegenden Bedeutung dieser Fragen erbitte ich mir Eurer Exzellenz geneigte Bekanntgabe Ihres Standpunktes und erbitte mir auch die geneigte fortlaufende Verständigung hinsichtlich aller diese vitalen Fragen berührenden Vorkommnisse, um meiner Pflicht hinsichtlich der konkreten Kriegsvorbereitungen nachkommen zu können; insbesondere auch dahin, dass jede militärische Überraschung der Monarchie ausgeschaltet erschiene. Sollten Eure Exzellenz Wert darauf legen, meine Anschauung hinsichtlich der beregten Frage kennen zu lernen, — so geht diese Anschauung dahin, dass sich die Monarchie dem Schritte Italiens in Tripolis entschieden ablehnend gegenüberstellen, sich die volle Freiheit des Handelns wahren und im Falle der italienischen Aktion in Tripolis entweder gegen Italien aktiv eingreifen oder sich auf einem anderen Gebiete in mindestens gleichwertigem Masse schadlos halten sollte; — indem ich in dieser Frage die Monarchie viel vitaler betroffen erachte als dies hinsichtlich Deutschlands bezüglich Marokkos der Fall war. Wenn Eure Exzellenz es im Interesse der Sache zweckdienlich erachten sollten, mit mir persönliche Rücksprache zu pflegen, so bitte ich über mich zu verfügen. Conrad.

[1] Die militärischen Vorbereitungen haben sich den Exigentien der äusseren Politik anzupassen, nicht umgekehrt. Denkschrift vom 15. August 1909. Eine zuwartende Politik empfiehlt sich nicht blos mit Rücksicht auf die sehr complicirte Situation in Europa, sie ist auch geboten, solange die Wehrreform nicht durchgeführt, die Flotte nicht ausgebaut, und solange die Staatscassen nicht besser fundirt sind als in der Gegenwart. — [2] nein. — [3] nein. — [4] nein.

[a] Vgl n. 2639, 2646, 2809, 2890 und Beilage.

Nr. 2645. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 25. Sept. 1911 Nr. 82 (chiffr. 1 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Koziebrodzki; V. u. G. Aehrenthal).

Euer Hochwohlgeboren wollen dem Herrn Staatssekretär, welcher mir vor einer Woche die letzte französische Note sammt den deutscherseits verlangten Amendements[b] durch den deutschen Geschäftsträger mitteilen ließ, in meinem Namen bestens danken. Ich hätte aus dem interessanten Material ersehen können, daß die deutsche Diplomatie mit großer Sorgfalt und Voraussicht für die „offene Tür" eintritt, wodurch gleichzeitig auch die Interessen der anderen beteiligten Mächte gewahrt wurden. Hoffentlich

brächten die mittlerweile fortgesetzten Verhandlungen keine nachteiligen Änderungen und knüpfte ich hieran von Herzen den Wunsch, daß die so wichtige Negotiation bald zu einem befriedigenden Abschluß gelange.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2643, 2648, 2657. — [b]) G. P. XXIX 380 Nr. 10743 und 10744.

Nr. 2646. Tel. des Legationsrates Franz Kolossa aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Sept. 1911 Nr. 269 (eing. 26. Sept. 9 U. 30 a. m.).[a]) Entziff.

Hakki Pascha liess mir heute abends (25. dieses Monats) durch seinen Kabinettschef Salih Bey folgendes mitteilen: Der italienische Geschäftsträger habe unter dem 23. dieses Monats an die Pforte eine offizielle Note gerichtet (wie Salih Bey annahm, der Pforte zugestellt am 24. dieses Monats), welche Genannter mir vorlas und welche ungefähr folgenden Wortlaut hatte: Die italienische Regierung habe auf konfidentiellem Wege die ernste (grave) Gefahr erfahren, welche der Sicherheit der Italiener in Tripolis und der Cyrenaika infolge der Treibereien von kaiserlich ottomanischen Offizieren und Ulemas, Emissären des Komitees Union et Progrès, drohe, welche die Unwissenheit und den Fanatismus der Masse gegen Italien und die Italiener aufhetzen. Ein Teil der Italiener, welcher sich bedroht fühlt, wird sich morgen in Tripolis einschiffen. Angesichts dieser Lage betrachtet die italienische Regierung die Ankunft von ottomanischen Schiffen, welche Truppen, Waffen und Munition nach Tripolis bringen würden, als äusserst gefährlich für ihre Angehörigen, da dieselbe plötzlich eine Explosion des Fanatismus zur Folge haben würde, welche die ottomanische Regierung, selbst wenn sie den besten Willen hätte, nicht hintanhalten könnte. Fortsetzung folgt.

Kolossa.

[a]) Vgl. n. 2644, 2647, 2659.

Nr. 2647. Tel. des Legationsrates Franz Kolossa aus Konstantinopel-Jeniköj, 25. Sept. 1911 Nr. 270 (eing. 26. Sept. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Fortsetzung des Telegrammes Nr. 269 von heute: Salih Bey fügte hinzu, dass die Nachrichten der Pforte obige Befürchtung keineswegs rechtfertigen, im Gegenteile bestätigen erst gestrige Nachrichten, dass in Tripolis vollkommene Ruhe herrsche und selbst kleinere Polizei-Delikte in letzter Zeit dort nicht vorgekommen seien. (Auch der italienische Geschäftsträger hätte ihm, als er im Auftrage des Grossvezirs diesbezüglich um nähere Details bat, nur antworten können, ein Telegramm des Konsuls erhalten zu haben, wonach in Tripolis eine Erregung gegen die Italiener herrsche, wobei der Konsul auch den Fall einberichtete, dass vier Mohammedaner mit Messern in der Hand und dem Rufe „Tod den Italienern" durch die Strassen eilten. Nach Berichten der Pforte reduciere sich der Vorfall darauf, dass Gänsediebe in einem jüdischen Quartiere entdeckt wurden und bei der Verfolgung einer derselben ein Messer wegwarf.) Es wären derzeit bei der Pforte auch keine anderen Reklamationsangelegenheiten anhängig. Bei dieser Sachlage erfasse die Pforte nicht die Tragweite der

italienischen Note und wisse nicht, welchen Zweck dieselbe verfolge. Anderseits würde die Einberufung der Schiffe der staatlich subventionierten italienischen Schiffahrtsgesellschaften, sowie die verschiedenen Zeitungsnachrichten beweisen, dass Kriegsvorbereitungen getroffen werden. Die Pforte wende sich daher an das Kabinett des Italien verbündeten und mit der Türkei befreundeten Österreich-Ungarns mit der Bitte, in Rom in Erfahrung zu bringen, welches der Zweck jener Note und die Intentionen Italiens seien und gegebenenfalls seine Verwendung eintreten zu lassen. Die Pforte habe sich übrigens niemals geweigert, auftauchende Fragen mit der italienischen Regierung zu diskutieren. Der türkische Geschäftsträger in Wien sei beauftragt worden, im obigen Sinne bei Euer Exzellenz eine Demarche zu unternehmen, und Hakki Pascha bitte mich, Vorstehendes auch meinerseits an Hochdieselben einzumelden, was ich in der Form, dass ich ...[b]) jenen Auftrag einberichte, zusagte. Salih Bey fügte seiner Mitteilung noch hinzu, dass ein entsprechend-analoges Ansuchen auch an Baron Marschall gerichtet worden sei. Fortsetzung folgt.[c]) Kolossa.

[a]) Vgl. n. 2659. — [b]) Chiffre verstümmelt. — [c]) Vgl. n. 2651.

Nr. 2648. Tel. aus London, 25. Sept. 1911 Nr. 59 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Ich habe heute im Foreign Office auftraggemäß den Austausch von Messagen zwischen Euer Exzellenz und dem französischen Minister des Äussern betreffs Marokkofrage mitgeteilt, (wie er aus dem mir gütigst übergebenen Telegramme Euer Exzellenz an Grafen Somssich[b]) und Baron Flotow[c]) hervorgeht). Sir A. Nicolson, dem die Fakten schon durch Pariser oder Wiener Botschaftsmeldungen bekannt waren, dankt verbindlichst für die Mitteilung, die er zur Kenntnis Sir E. Greys bringen wird. Unterstaatssekretär sprach sich erfreut aus, dass nun wirklich Hoffnung vorhanden ist, die Marokkofrage friedlich geregelt zu sehen. Er schien zu glauben, es würden der deutschen Regierung von der öffentlichen Meinung im eigenen Lande einige Schwierigkeiten bereitet werden. Er sprach auch von dem in Deutschland gegen England herrschenden Unwillen, ohne aber in eine nähere Diskussion einzugehen und stimmte nur mit mir in allgemein ausgedrückten Hoffnungen überein, dass die überreizten Stimmungen sich überall beruhigen würden. Betreffs Tripolis wusste Sir A. Nicolson mir nichts Positives zu sagen. Er sprach von Mangel an Klugheit und Voraussicht der Türkei, wodurch die jetzige Situation herbeigeführt wurde. Italienischer Botschafter, den ich sprach, hatte noch keinen Auftrag, hier irgendeine Mitteilung zu machen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2643, 2645, 2657. — [b]) n. 2619. — [c]) n. 2623, 2624.

Nr. 2649. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 25. Sept. 1911 Nr. 126 (eing. 1 U. p. m.).[a]) Entziff.

Heute erschien in Zeitungen folgendes Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur aus Belgrad von gestern: Belgrad, 24./11. September.

In unterrichteten Kreisen wird mitgeteilt, der Besuch des Königs beim Kaiser von Österreich werde in diesem Jahre nicht stattfinden. Dieser Beschluss sei ausser durch andere Erwägungen besonders durch das inkorrekte Vorgehen der österreichisch-ungarischen Presse gegen die Person des Königs hervorgerufen sowie durch die verschiedenen Erfindungen dieser Presse über den serbischen Hof. Szilassy.

a) Vgl. n. 2641, 2650 Anm. b.

Nr. 2650. Bericht aus Belgrad, 26. Sept. 1911 Nr. 72 (eing. 28. Sept.).a) Ausfert.

Indem ich den Erhalt des heutigen Telegrammes Nr. 49b) betreffend die Nachricht der russischen Telegrafen-Agentur mit ergebenstem Danke zu bestätigen die Ehre habe, möchte ich als eine nicht uninteressante Tatsache konstatieren, dass der bekannte Dragoman der hiesigen kaiserlich russischen Gesandtschaft Mamulov der Korrespondent der russischen Agentur ist; das in den Petersburger Zeitungen publizierte Telegramm rührt also gewiss von ihm her. Es frägt sich nun, auf wessen Veranlassung er diese Nachricht in dieser der Wahrheit nicht entsprechenden Form eingesendet hat. Obgleich das derzeitige Unterbleiben des Besuches des Königs Peter in Budapest der russischen Gesandtschaft jedenfalls äusserst angenehm sein dürfte, glaube ich doch nicht annehmen zu müssen, dass das Telegramm auf Herrn Hartwigs Initiative zurückzuführen sei. Ebensowenig bin ich geneigt anzunehmen, dass Herr Milovanović dafür verantwortlich gemacht werden muss. Derselbe wünscht lebhaft das Zustandekommen des Besuches und muss sich wohl sagen, dass derselbe durch solche Publikationen nicht gefördert wird. Allerdings soll er sehr verstimmt sein, dass ich bei unseren Begegnungen jeder Berührung dieser Frage vorsichtig aus dem Wege gieng und es ist möglich, dass er nunmehr einzusehen anfängt, dass er den Plan, mit dem König nach Wien oder Budapest zu fahren, aufgeben muss und deshalb gerne sehen würde, dass es den Anschein habe, als ob die Serben selber den Plan des Besuches für dieses Jahr aufgegeben haben; er würde sich aber kaum trauen in einer so schroffen Form die Tatsachen zu verdrehen und so kategorisch unwahre Nachrichten ausstreuen. Ich bin viel eher geneigt anzunehmen, dass hinter dieser ganzen Angelegenheit die Altradikalen und vielleicht in erster Linie Herr Pašić selbst steht; einerseits war der Letztere immer ein dezidierter Gegner des Königsbesuches und hat auch im Frühjahr — wie es allgemein heisst — hinter den Coulissen dagegen lebhaft agitiert, andererseits dürfte ein grosser Teil der Altradikalen diese Gelegenheit, Herrn Milovanović grosse Schwierigkeiten zu bereiten, mit Freude begrüssen, umsomehr, da sie jede Gelegenheit ausnützen wollen, ihn ehestens zu Fall zu bringen. Da es nun bekannt ist, dass Herr Mamulov mit diesem Teil der Altradikalen und speziell mit Herrn Pašić in allerinnigster Fühlung steht, so liegt die Vermutung nahe, dass er über ihrerseits erhaltene Inspiration gehandelt habe. Selbstverständlich werde ich in meinen Gesprächen die Mitteilungen der russischen Agentur vollkommen ignorieren. Sollte es mir aber gelingen bezüglich der Quelle, aus der Herr Mamulov seine Nach-

richt geschöpft hat, auf ganz vertraulichem Wege sichere Informationen zu erlangen, so werde ich nicht ermangeln, Euer Exzellenz sofort Bericht zu erstatten. Ugron.

a) Vgl. n. 2531, 2641, 2674. — b) Mit Tel. Nr. 49, 25. Sept. 1911 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.) wurde n. 2649 nach Belgrad mit dem Bemerken mitgeteilt, diese Meldung bei Unterredungen mit den serbischen Staatsmännern gänzlich zu ignorieren.

Nr. 2651. Tel. des Legationsrates Franz Kolossa aus Konstantinopel, 26. Sept. 1911 Nr. 271 (eing. 2 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Fortsetzung des Telegrammes Nr. 270 von heute.b) Im Laufe des Gespräches sagte mir Salih Bey, welcher bemerkt hatte, er sei beauftragt, ein vollkommenes Bild der Auffassung der Pforte zu geben, eine Okkupation Tripolis' wäre der Krieg. Es wäre dann auch nicht abzusehen, wann die beiden Mächte wieder auf freundschaftlichen Fuss gelangen könnten. Es würde ein Vertragsbruch sein und die Pforte könne sich doch nicht als ausserhalb des Völkerrechtes stehend betrachten. Tripolitanien würde übrigens auch ohne Hilfe der Pforte einen starken Widerstand leisten. Salih Bey gebrauchte während des Gespräches auch eine Redewendung des Sinnes, die türkische Regierung glaube umsomehr den Freundschaftsdienst Österreich-Ungarns und Deutschlands ansprechen zu dürfen, als ein Vorgehen Italiens auch auf die Stellung Österreich-Ungarns und Deutschlands in der hiesigen öffentlichen Meinung rückzuwirken geeignet sein könnte. Kolossa.

a) Vgl. n. 2659. — b) Tel. Nr. 270 ist vom 25. Sept. datiert. Vgl. n. 2647.

Nr. 2652. Tel. des Legationsrates Franz Kolossa aus Konstantinopel-Jeniköj, 26. Sept. 1911 Nr. 272 (eing. 27. Sept. 11 U. a. m.).a) Entziff.

Der Herr russische Botschafter, welcher vorgestern vom Urlaub zurückkehrte, beehrte mich heute mit seinem Besuche, wiewohl es mir noch nicht möglich war, mich aus Anlass seiner Rückkehr bei ihm vorzustellen. Als Zweck seines Besuches bezeichnete Herr Tscharykow nebst der persönlichen Seite desselben, mir mitzuteilen, dass er ermächtigt sei, die zwischen den Kabinetten von Wien, Petersburg und Rom aus Anlass des Malissorenaufstandes in Aussicht genommenen und ...b) Pourparlersc) der hiesigen Vertreter derselben, mit Rücksicht auf Situation der Türkei wiederaufzunehmen. Über sein Befragen bemerkte ich, dass die k. u. k. Botschaft keine solche Instruktion erhalten habe. Herr Tscharykow ersuchte mich dann, seinen Besuch und seine Mitteilung Euer Exzellenz einzumelden. Er fügte hinzu, dass er bereits seit drei Wochen im Besitze jener Instruktion sei und dass dieselbe über eine Anregung Euer Exzellenz bei den Kabinetten von Petersburg und Rom an ihn hinausgegeben wurde. Der Herr russische Botschafter bemerkte des weiteren, dass allerdings die Malissorenfraged) als beendigt zu betrachten sei, dass aber die Situation des türkischen Reiches ja im allgemeinen den Gegenstand von Besprechungen bilden könne. Momentan stehe die Angelegenheit Tripolitaniens im Vordergrund;

Russland betrachte diese Frage allerdings als eine solche des Gleichgewichtes im Mittelländischen Meere und habe demnach für dieselbe an sich kein weiteres Interesse. Dagegen aber böte ein solches die eventuelle Rückwirkung dieser Angelegenheit auf das übrige türkische Reich; es könnte ja schliesslich die orientalische Frage aufgerollt werden. Russland habe bekanntlich ein grosses Interesse an der Erhaltung des status quo in Bezug auf die Türkei; der täglich zunehmende russische Handel nach derselben rechtfertige dieses Interesse zur Genüge. In dem gleichen Falle befände sich Österreich-Ungarn. Herr Tscharykow schloss, indem er wiederholte, er sei zu den eingangs erwähnten Besprechungen wann immer bereit. Ich verhielt mich den Ausführungen des Herrn Botschafters gegenüber lediglich rezeptiv und hielt mich angesichts derselben auch nicht für berechtigt, etwa von den Ausführungen des an Seine Exzellenz den Herrn Botschafter gerichteten hohen Erlasses vom 16. August d. J. Nr. 1931[d]) Gebrauch zu machen. Ich befragte Herrn Tscharykow bloss, ob er eine analoge Mitteilung auch dem italienischen Geschäftsträger gemacht habe, was er verneinte, indem er aber hinzufügte, dass der Moment für derlei Besprechungen mit demselben augenblicklich allerdings nicht günstig sei. Kolossa.

[a]) Vgl. n. 2654, 2664. — [b]) Chiffre fehlt. — [c]) Vgl. n. 2574, 2581, 2635 Anm. d. — [d]) Vgl. Anm. b zu n. 2574 und n. 2943.

Nr. 2653. Erster Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 26. Sept. 1911.[a]) Konz. (S. Szápáry; G. Aehrenthal).

Geheim. Der königlich italienische Botschafter ist heute hieramts erschienen und hat mir die Mittheilung gemacht, dass er meinem Ersuchen um Verifizirung der in Berlin vorliegenden Information betreffend die Erneuerung des Dreibundes entsprochen habe und diesbezüglich an Marquis di San Giuliano herangetreten sei. Letzterer habe die Befehle König Victor Emanuels eingeholt und auch mit dem kgl. italienischen Ministerpräsidenten Rücksprache gepflogen und er sei nunmehr beauftragt, mir zur Kenntniss zu bringen, dass seine Regierung bereit sei, den Allianzvertrag jetzt schon in aller Stille ohne irgendwelche Modificationen zu erneuern. Ich habe unter Hervorhebung meiner Befriedigung über diese erfreuliche Nachricht dem Herrn Botschafter erwidert, daß ich dieselbe Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät unterbreiten werde. Es liege ein principielles Einverständnis der Dreibundmächte vor, den Vertrag schon jetzt tel quel zu erneuern und es erübrige nunmehr nur, die Modalitäten für die formelle Durchführung des Vertragsabschlusses festzusetzen.

[a]) Vgl. n. 2638, 2656, 2663 Beilage.

Nr. 2654. Zweiter Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 26. Sept. 1911.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Szápáry).

Herzog von Avarna hat mich heute aufgesucht, um mir auftragsgemäß mitzuteilen, daß die italienische Regierung sich entschlossen habe, die tripolitanische Frage einer Lösung zuzuführen. Als Motive zu diesem Entschlusse bezeichnete der Botschafter einerseits den Umstand, daß, obwohl Italien

sich seit Monaten vergeblich bemüht habe, eine Besserung in den Beziehungen zu der Türkei zu erzielen, die Situation sich fortwährend verschlechtert habe und die Lage in Tripolis gegenwärtig eine völlig unhaltbare geworden sei. Andererseits wies Herzog von Avarna auf die internationale Lage und namentlich auf das Verhältnis Italiens zu Frankreich hin. Letztere Macht stehe vor einem sehr bedeutenden Gebietszuwachs und sei heute vertragsmäßig gebunden, einer italienischen Aktion in Tripolis keine Hindernisse in den Weg zu legen. Man könne nicht wissen, ob nicht in einem späteren Zeitpunkte eine veränderte europäische Konstellation die zustimmende Haltung Frankreichs weniger sicher erscheinen lassen könnte. Wenn die tripolitanische Frage, so fuhr der Botschafter fort, in einem den italienischen Wünschen entsprechenden Sinne gelöst sein werde, würde Italien, als ein völlig saturierter Faktor, im Dreibunde ein zufriedenes und daher umso zuverläßlicheres Glied darstellen. Marquis di San Giuliano habe die meinerseits bereits im Monate Juni[b]) gegen eine italienische Aktion in Tripolis vorgebrachten Bedenken einer möglichen Rückwirkung auf den Balkan reichlich erwogen, doch glaube der Minister, daß eine solche Gefahr nicht bestehe, zumal Italien es sich angelegen sein lassen werde, die Aktion auf das Mittelmeer zu beschränken. Auch von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, sei der gegenwärtige Augenblick besonders günstig gewählt, da Herbst und Winter die Jahreszeiten seien, wo ein Übergreifen des Konfliktes auf den Balkan am wenigsten wahrscheinlich erscheine. Die Politik Italiens sei übrigens immer auf die Erhaltung des status quo am Balkan gerichtet gewesen und werde auch jetzt von Italien sicher nichts unternommen werden, was gegen diese Politik verstoßen könnte. Der Herzog fügte sodann noch bei, daß nach der Liquidierung der tripolitanischen Frage Italien noch besser in der Lage sein werde, für die Aufrechterhaltung des status quo am Balkan einzutreten. Zum Schlusse seiner Ausführungen erwähnte der italienische Botschafter noch, daß seine Regierung uns nur deshalb in einem so späten Zeitpunkte von den gefaßten Entschlüssen Mitteilung mache, weil sie die k. u. k. Regierung nicht in die immerhin unangenehme Lage bringen wollte, hiezu Stellung nehmen zu müssen. Ich habe dem Herzog von Avarna für die sehr bedeutsame Mitteilung, welche meinerseits noch eine reifliche Erwägung erheische, gedankt und hiezu bemerkt, daß ich von derselben Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät alleruntertänigsten Bericht erstatten und ihm sodann — in wenigen Tagen — die Appreziationen der k. u. k. Regierung zukommen lassen würde. Indessen habe ich als meinen ersten Eindruck dem Herrn Botschafter unter Hinweis auf unsere bekanntermaßen freundschaftliche Gesinnung für Italien bemerkt, daß es diesem überlassen bleiben müsse, zu bestimmen, wie es seine Interessen zu wahren habe, wobei es auf unser freundschaftliches Wohlwollen rechnen könne, daß ich aber meine Bedenken wegen eines möglichen Übergreifens des Konfliktes auf den Balkan aufrechterhalten müsse.

[a]) Oe. U. Italien 201 Nr. 3. Vgl. n. 2652, 2655, 2670, 2838, 10747. — [b]) Wohl Juli. Vgl. n. 2576. Es handelt sich anscheinend um einen Irrtum. Aus dem Monat Juni liegt, wie auch das Amtsprotokoll ausweist, eine Meinungsäußerung Aehrenthals in dieser Frage nicht vor.

Nr. 2655. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 27. Sept. 1911 Nr. 85 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Aehrenthal).*

Herzog von Avarna hat mich gestern aufgesucht und mir im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, daß Italien sich gezwungen sehe, nunmehr die tripolitanische Frage einer entscheidenden Lösung im Sinne der italienischen Interessen zuzuführen. Er begründete dies einerseits mit der Ergebnislosigkeit aller bisherigen Versuche Italiens, sein Verhältnis zur Türkei zu bessern und seine wirtschaftlichen Interessen in Tripolis zu wahren. Außer der hiedurch entstandenen unhaltbaren Situation sei für den Entschluß der italienischen Regierung andererseits auch die Erwägung maßgebend gewesen, daß Italien vielleicht in einem späteren Zeitpunkte nicht mit derselben Zuversicht auf eine zustimmende Haltung Frankreichs würde rechnen können. Der Botschafter bemerkte ferner, seine Regierung könne sich über die Details der geplanten Aktion derzeit nicht aussprechen, da sie ihre Entschließungen von Fall zu Fall werde treffen müssen. Ich habe Herzog von Avarna erwidert, daß ich im Hinblicke auf die Bedeutsamkeit seiner Mitteilungen vorerst Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät Vortrag erstatten müsse und ihm die Appreziationen der k. u. k. Regierung in einigen Tagen bekanntgeben würde. Schon jetzt könne ich aber — bei Aufrechterhaltung meiner Bedenken bezüglich der voraussichtlichen Rückwirkungen auf den Balkan — auf unsere bekanntermaßen freundschaftliche Gesinnung für Italien hinweisen. Ich nehme an, daß italienischerseits eine analoge Mitteilung auch in Berlin erfolgt ist und würde Wert darauf legen, vor Erteilung meiner definitiven Antwort mit dem deutschen Kabinett das Einvernehmen zu pflegen, da es mir besonders wünschenswert erschiene, wenn die beiden Kabinette auch bei dieser Gelegenheit in möglichster Übereinstimmung vorgingen. Euer Hochwohlgeboren wollen sich daher unverzüglich zum Herrn Reichskanzler oder Herrn von Kiderlen begeben und von dem Vorstehenden Mitteilung machen. Was unsere Stellungnahme anbelangt, wollen Euer Hochwohlgeboren bemerken, ich bedauerte zwar den italienischen Entschluß, glaubte aber, daß es bereits zu spät sei, Italien von der geplanten Aktion zurückzuhalten; ich hätte demnach die Absicht, dem italienischen Kabinett im folgenden Sinne zu antworten: Die k. u. k. Regierung müßte der italienischen Regierung nochmals den dringenden Rat geben, die Differenzen mit dem ottomanischen Reiche auf friedlichem Wege zu schlichten, sie würde der geplanten italienischen Aktion in Tripolis, falls diese sich als unausweichlich herausstellen sollte, keine Hindernisse in den Weg legen, von der Auffassung ausgehend, daß es Italien überlassen bleiben müsse, wie es seine Interessen zu wahren gesonnen sei. Vom Standpunkte unseres Interesses an der Erhaltung des status quo am Balkan müßte ich aber der Erwartung Ausdruck geben, Italien werde bei Durchführung der Aktion alles vermeiden, was ein Übergreifen des Konfliktes auf den Balkan zur weiteren Folge haben könnte und den Umstand nicht außer acht lassen, daß die Entstehung des Dreibundes vornehmlich auf den Wunsch der Erhaltung des status quo am Balkan zurückzuführen sei. Für den leider nicht unwahrscheinlichen Fall, als die italienische Aktion eine Erschütterung

der Verhältnisse in der Türkei und als Folgeerscheinung weitgehende Aspirationen irgend eines Balkanstaates zeitigen würde, wodurch der status quo in Frage gestellt werden sollte, würden wir selbstverständlich an unserer bisherigen konservativen Politik festhalten, müßten uns aber, worauf ich die Aufmerksamkeit der italienischen Regierung schon jetzt zu lenken gezwungen sei, für diesen Fall die volle Freiheit der Aktion wahren. Über die einschlägige Auffassung des Berliner Kabinettes wollen Euer Hochwohlgeboren mir ehestens telegraphisch berichten.

[a]) Vgl. n. 2654, 2659, 2675.

Nr. 2656. Privatschreiben an den Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Waechter, 27. Sept. 1911.[a]) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Geheim. Herzog von Avarna ist gestern[b]) bei mir erschienen und hat mir die Mittheilung gemacht, dass er meinem Ersuchen um Verifizirung der in Berlin vorliegenden Information betreffend die Erneuerung des Dreibundes entsprochen habe und diesbezüglich an Marquis di San Giuliano herangetreten sei. Letzterer habe die Befehle König Victor Emanuels eingeholt und auch mit Herrn Giolitti Rücksprache gepflogen und er sei nunmehr beauftragt, mir zur Kenntnis zu bringen, dass seine Regierung bereit sei, den Allianzvertrag jetzt schon in aller Stille ohne irgendwelche Modifikationen zu erneuern. Da Botschafter Pansa sich inzwischen bei Ihnen eines analogen Auftrages[c]) entledigt hat, liegt nunmehr das principielle Einverständnis der drei beteiligten Mächte vor, den Vertrag schon jetzt tel quel zu erneuern. Unter diesen Umständen dürften die ursprünglich ins Auge gefassten Schreiben unserer Souveräne an den König von Italien gegenstandslos sein und erübrigt nunmehr nur die Festsetzung der Modalitäten für die formelle Durchführung des Vertragsabschlusses. In letzterer Hinsicht möchte ich es vollkommen Ihnen überlassen, den weiteren modus procedendi vorzuschlagen und in Anregung zu bringen, wo die formelle Erneuerung des Vertrages erfolgen soll. Obwohl ich vorläufig keine Anhaltspunkte hiefür besitze, liegt es immerhin im Bereiche der Möglichkeit, dass sich italienischerseits das Bestreben geltend machen wird, die Laufzeit der neuen Vertragsperiode vom Tage des factischen Vertragsabschlusses, also etwa zweieinhalb Jahre vor Ablauf des heute in Geltung stehenden Vertrages, beginnen zu lassen. Demgegenüber wäre ich genötigt, unbedingt daran festzuhalten, dass die erneuerte Allianz erst mit Ablauf des gegenwärtigen Vertrages, somit vom 8. Juli 1914 an, in Geltung zu treten hat. Diesem Standpunkte könnte etwa durch sinngemäße Anwendung der im Jahre 1887 gewählten Form der Vertragserneuerung Rechnung getragen werden.

[a]) Vgl. n. 2663. — [b]) Vgl. n. 2653. — [c]) Vgl. n. 2658.

Nr. 2657. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 27. Sept. 1911 Nr. 148 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Ich konnte mich heute des mir mit Telegramm Nr. 82 vom 25. d. M. erteilten hohen Auftrags entledigen. Staatssekretär war über Euer Exzellenz

freundliche Message sichtlich sehr erfreut und ersuchte mich, Hochdenselben seinen herzlichsten Dank hiefür zu übermitteln. Herr von Kiderlen sagte mir, der von ihm und Herrn Cambon vereinbarte Text sei in Paris in einzelnen Punkten noch einer Korrektur unterzogen worden, die ihm aber nicht von Bedeutung erscheint. Die deutsche Antwort werde er demnächst Euer Exzellenz mitteilen können. Nunmehr sei die Kompensationsfrage (Kongo) an der Reihe; Staatssekretär hofft hiebei auf keine großen Schwierigkeiten mehr zu stossen. Flotow.

[a]) Vgl. n. 2648, 2660, 2667.

Nr. 2658. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 27. Sept. 1911 Nr. 149 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Staatssekretär ersuchte mich Euer Exzellenz zu melden, dass Herr Pansa ihm, in der Hochdenselben bekannten Angelegenheit eine zustimmende Antwort gegeben hat; er nimmt an, dass Euer Exzellenz eine gleiche Antwort vom Herzog von Avarna vorliege. Staatssekretär bittet Euer Exzellenz es seiner momentanen Arbeitsüberhäufung zu gute zu halten, wenn er persönlich erst in einigen Tagen an Hochdieselben schreibe. Flotow.

[a]) Vgl. n. 2656, 2663 Beilage.

Nr. 2659. Tel. an den Legationsrat Franz Kolossa in Konstantinopel, 27. Sept. 1911 Nr. 189 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. Macchio u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Bezug auf Telegramm Nr. 269 bis 271 von gestern. Türkischer Geschäftsträger ist vorgestern hier erschienen und hat auftragsgemäß eine den Ausführungen Hakki Paschas analoge Mitteilung gemacht und, ohne ein Interventionspetit zu stellen, bemerkt, daß seine Regierung Wert darauf legen würde, meine Auffassung über das Vorgehen Italiens der Türkei gegenüber kennen zu lernen. Euer Hochwohlgeboren wollen sich den türkischen Staatsmännern gegenüber im nachstehenden Sinne vernehmen lassen: Die einschlägigen Eröffnungen der italienischen Regierung an das Wiener Kabinett beschränkten sich bisher immer nur darauf zu betonen, daß Italien in Tripolis die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen im Auge habe. Die Differenzen Italiens mit der Pforte beschäftigen uns seit langem und hat Markgraf Pallavicini bereits vor Monaten in Konstantinopel Ratschläge in dem Sinne erteilt, daß die Türkei Italien auf wirtschaftlichem Gebiete Entgegenkommen zeigen solle, um es zu keinem ernsteren Konflikt mit Italien kommen zu lassen. Bedauerlicher Weise habe die Pforte diesen wohlgemeinten Ratschlägen zu wenig Gehör geschenkt. Auch jetzt könnten wir nur die Wichtigkeit eines Entgegenkommens auf wirtschaftlichem Gebiete wiederholen, von dem sich erhoffen ließe, daß es vielleicht noch in letzter Stunde der Situation ihre Schärfe benehmen könnte. Laut einer Meldung aus Berlin hat Baron Marschall den Auftrag erhalten, wegen Gewährung möglichst weitgehender wirtschaftlicher Konzessionen an Italien in Tripolis auf die Pforte einzuwirken. Zu Ihrer Information, eventuell zur Regelung Ihrer Sprache füge ich bei, daß, wie eingangs erwähnt, türkischer Geschäfts-

träger kein Ansuchen gestellt hat, gegebenenfalls unsere Verwendung eintreten zu lassen; ich habe daher keinen Grund, mich mit diesem mittelst Telegramm Nr. 270 übermittelten Passus der Message des Großveziers zu befassen. Ich habe gestern italienischem Botschafter gesagt, daß mir aus Konstantinopel gemeldet werde, Pforte hätte sich nie geweigert, auftauchende Fragen mit der italienischen Regierung zu diskutieren. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2655, 2661, 2665, 2672 Anm. b.

Nr. 2660. Tel. aus London, 27. Sept. 1911 Nr. 61 (eing. 28. Sept. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Als meine Eindrücke meiner Gespräche mit König Georg und den in Balmoral anwesenden Mitgliedern der Regierung kann ich Euer Exzellenz melden, dass die internationale Lage während der letzten Woche als ernst und kritisch angesehen wurde. Man hofft jetzt auf eine deutsch-französische Verständigung, die man wünscht und für die, wie man mir immer wiederholte, sich englische Regierung eifrig bemüht hat. Verstimmung über Agadirdemonstration dauert aber fort, man findet noch immer Entsendung deutschen Schiffes unverständlich und unfreundlich, man konstatiert verstärkte antienglische Stimmung in Deutschland und ist bezüglich der künftigen deutsch-englischen Beziehungen recht pessimistisch, namentlich Seine Majestät selbst, man befürchtet eine Vermehrung des deutschen Flottenprogrammes, die hier mit neuem kolossalen Marinebudget beantwortet werden müsste. Stimmung an massgebenden höchsten Stellen ist momentan eine Art von Hoffnungslosigkeit, Beziehungen zwischen England und Deutschland in absehbarer Zeit zu bessern. Mensdorff.

a) Vgl. n. 2657, 2667, 2669.

Nr. 2661. Bericht aus Belgrad, 28. Sept. 1911 Nr. 73 C (eing. 30. Sept.).a) Ausfert.

Gelegentlich des heutigen Diplomaten-Empfanges habe ich eine längere Besprechung mit dem Herrn Minister des Äussern Milovanović gehabt, bei welcher Gelegenheit auch die tripolitanische Frage zu Sprache kam. Sollte es wirklich zu einem Kriege zwischen Italien und der Türkei kommen, so würden — meinte der Herr Minister des Äussern — die Rückwirkungen auf der Balkanhalbinsel nicht ausbleiben können. Montenegro würde jedenfalls die Gelegenheit benützen, mit ziemlich weitgehenden Forderungen an die Türkei heranzutreten und auch Bulgarien würde dieses Beispiel befolgen. Selbstverständlich hätte dies eine Aktion Rumäniens zur Folge, „et vous comprenez que la Serbie ne pourra pas rester seule tranquille“ fügte Herr Milovanović hinzu. Allerdings beteuerte er gleichzeitig die Friedensliebe seines Landes und erklärte, dass Serbien sich nur im äussersten Falle der allgemeinen Bewegung anschliessen würde; aber man müsse umsomehr auf alles gefasst sein, da in unmittelbarer Nähe — jenseits der türkischen Grenze — in Albanien, Altserbien und Mazedonien — es jedenfalls arg hergehen dürfte. Ugron.

a) Vgl. n. 2659, 2662, 2701.

Nr. 2662. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 28. Sept. 1911 Nr. 127 (eing. 7 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Der mit Unterbrechung seines Urlaubes heute zurückgekehrte deutsche Botschafter hat mir unaufgefordert sagen lassen, Marquis San Giuliano habe ihm mitgeteilt, dass er gestern italienischen Geschäftsträger in Konstantinopel angewiesen habe, der Pforte unter eingehender Wiederholung aller Beschwerden Italiens zu erklären, dass die königlich italienische Regierung sich durch dieselben veranlasst sehe, die militärische Okkupation von Tripolis zu vollziehen und von der Türkei erwarte, dass sie derselben keine Hindernisse bereite (sic!). Abschrift der Erklärung sei hiesigem türkischen Geschäftsträger mitgeteilt worden und wird Euer Excellenz sowie Berliner Auswärtigem Amte überreicht werden. Ambrózy.

[a] Vgl. n. 2661, 2664, 2670.

Tel. nach Athen, 29. Sept. 1911 Nr. 13 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 2673.

Tel. nach Belgrad, 29. Sept. 1911 Nr. 50 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 2673.

Tel. nach Berlin, 29. Sept. 1911 Nr. 89 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2664.

Tel. nach Berlin, 29. Sept. 1911 Nr. 90 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2665.

Tel. nach Berlin, 29. Sept. 1911 Nr. 91 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2666.

Nr. 2663. Privatschreiben des Staatssekretärs des deutschen Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter; Berlin, 29. Sept. 1911.[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Eben war ich im Begriff Ihnen wegen der Frage der Erneuerung des Dreibunds den in Abschrift beifolgenden Brief des Botschafters Pansa[b] mitzuteilen, als ich Ihre freundlichen Zeilen vom 27. durch Herrn von Flotow erhielt. Ihr Gedanke, dass man nunmehr von einem Briefwechsel der Souveräne absehen kann, leuchtet mir ein, und wir könnten dies wohl in Rom mitteilen. Von hier aus könnte es durch Jagow geschehen, der auf seinen Posten zurückgekehrt ist. Sie machen es vielleicht via den Herzog von Avarna, falls Ihr Botschafter noch nicht wieder in Rom ist, oder auch durch den Geschäftsträger. Da mich Pansa auch wegen Dauer befragte, so nehme ich an, dass Italien auch in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten machen wird. Vielleicht könnte man sagen: „Le traité conclu etc. et expirant le 8 Juillet 1914 restera en vigueur à partir de cette date dans toute son étendue pour l'espace de six ans etc?“ Das würde an Stelle des früheren „à compter de l'échange des ratifications“ zu treten haben. Als Abschlussort würde ich Wien vorschlagen, das in der Mitte liegt; wenn Sie damit einverstanden sind, können wir das ja anregen. Rom würde ja den Italienern sehr schmeicheln, ich hätte ja auch an sich nichts

dagegen, nur scheint mir der gegenwärtige Moment nicht gerade für Rom zu sprechen. Ich wäre Ihnen dankbar, lieber Freund, wenn Sie mir brieflich oder durch Herrn von Flotow's Vermittlung telegraphisch Ihre Meinung mitteilen wollten. Stimmen Sie meinen Vorschlägen zu, so würde ich hier alsbald das Weitere in die Wege leiten und Jagow verständigen.

Kiderlen.

[a]) Vgl. n. 2696, 2790. — [b]) Siehe Beilage.

Beilage zu n. 2663. Privatschreiben des ital. Botschafters in Berlin, Pansa, an den Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter; Berlin, 25. Sept. 1911.[a]) Abschrift.

Je viens de recevoir la réponse du Marquis de San Giuliano à la lettre par laquelle, d'après notre conversation de lundi dernier, je lui avais communiqué votre proposition de procéder sans retard au renouvellement du traité de la Triple Alliance, aux conditions actuelles. Le ministre me charge de dire à Votre Excellence qu'ayant pris les ordres de S. M. le Roi et consulté le Président du Conseil, il est avec satisfaction à même d'adhérer à cette proposition. Une réponse analogue a été donnée à notre Ambassadeur à Vienne que le Comte d'Aehrenthal avait il y a quelques jours entretenu dans le même sens. En me reservant d'avoir avec Votre Excellence l'échange de vues nécessaire pour l'exécution de ce projet, j'ajouterai que M. de San Giuliano partage entièrement votre avis sur la convenance de tenir les prochaines négociations strictement secrètes jusqu'à leur conclusion définitive.

Pansa.

[a]) Vgl. n. 2638, 2653, 2658.

Tel. nach Bukarest, 29. Sept. 1911 Nr. 31 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2666.

Tel. nach Cetinje, 29. Sept. 1911 Nr. 81 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 2673.

Nr. 2664. Tel. nach Konstantinopel Nr. 192 (1), St. Petersburg Nr. 67 (2) und Berlin Nr. 89 (3), 29. Sept. 1911 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Macchio).

1. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 272 vom 26. d. M. Ich bin mit der reservierten Haltung, welche Euer Hochwohlgeboren der Anregung Herrn Tscharykoffs gegenüber eingenommen haben, vollkommen einverstanden. Aus einer Unterredung mit dem kaiserlich russischen Geschäftsträger, welcher mir gegenüber spontan dasselbe Thema angeschlagen hat, konnte ich entnehmen, daß er diese Sprache nicht über einen Auftrag aus Petersburg, sondern nur über direkte Anregung Herrn Tscharykoffs geführt hat. Nach Herrn Kroupenskys Version läge dieser Anregung eine Initiative unseres Botschafters in Petersburg zugrunde. Zur Aufklärung des Sachverhaltes füge ich bei, daß Herr Neratow zu den im Sinne meines bekannten Erlasses Nr. 1895 vom 13. August l. J.[b]) gehaltenen Ausführungen des Grafen Thurn bemerkt hat, daß die zwischen uns, Rußland und Italien

zutage getretene Ideenübereinstimmung die Hoffnung zulasse, daß in einem eventuell sich ergebenden Falle die so glücklich begonnenen Pourparlers eine Fortsetzung finden würden. Graf Thurn hat hierauf erwidert, er sei überzeugt, daß diese Ansicht auch meinen Wünschen entspreche. Eine Antwort, die sich mit meinen Intentionen vollkommen deckt. Von einer Initiative des Grafen Thurn oder einer Anregung meinerseits, wie sie der russische Botschafter Euer Hochwohlgeboren gegenüber erwähnte, kann somit nicht die Rede sein. Herrn Kroupensky habe ich geantwortet, daß übrigens auch ich jetzt den Moment für gekommen erachte, wo alle Großmächte sich schleunigst vernehmen lassen sollten, um die Krise zu lokalisieren, doch könnten bezügliche Besprechungen meiner Ansicht nach nicht in Konstantinopel, sondern nur von Kabinett zu Kabinett geführt werden. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache.

2. K. u. k. Geschäftsträger in Konstantinopel telegraphiert unter dem 26. d. M. wie folgt: ... *n. 2652 bis „Ausführungen des Herrn Botschafters gegenüber lediglich rezeptiv.“* ... Ich telegraphiere heute Nachstehendes an Herrn Kolossa: (Inseratur Telegramm nach Konstantinopel Nr. 192 von „Ich bin mit ...“ bis „... von Kabinett zu Kabinett geführt werden.“) Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache.

3. Im Nachhange zu meinem Erlasse vom 16. August d. J. Nr. 1932.[b] (Inseratur Telegramm 2 in extenso.) Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2662, 2665, 2676, 2700. — [b] Nicht aufgenommen. Vgl. Anm. b zu n. 2574.

Nr. 2665. Tel. nach Konstantinopel Nr. 193 (1) und Berlin Nr. 90 (2), 29. Sept. 1911 (chiffr. 11 U 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

1. Dem zum gestrigen Diplomatenempfange erschienenen türkischen Geschäftsträger Fuad Bey gegenüber habe ich mich im Sinne meines Telegrammes Nr. 189 vom 27. l. Mts. ausgesprochen und hinzugefügt, daß ich der ottomanischen Regierung es nur wärmstens anempfehlen könne, sich, was auch immer geschehen möge, nicht hinreißen zu lassen. Ich würde es für einen großen Fehler halten, wenn die Türkei es aufs äußerste ankommen ließe. Eine weit bessere Rolle würde sie spielen, wenn sie auf dem diplomatischen Terrain verbliebe und nur durch einen Protest ihren Standpunkt zum Ausdruck brächte. Euer Hochwohlgeboren sind ermächtigt, falls der Großvezier auf meine vorstehende Aussprache zu Fuad Bey zurückkommen sollte, dieselbe Ansicht in meinem Namen zu wiederholen.

2. Dem zum gestrigen Diplomatenempfange erschienenen türkischen Geschäftsträger Fuad Bey gegenüber habe ich mich dahin ausgesprochen, (inseratur aus Telegramm sub 1 von „daß ich der ottomanischen Regierung“ bis zum Schluß). Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren Information und Mitteilung an den Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2664, 2666, 2671.

Tel. nach Konstantinopel, 29. Sept. 1911 Nr. 194 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2666.

Nr. 2666. Tel. nach London Nr. 47 (1), Berlin Nr. 91 (2), St. Petersburg Nr. 68 (3), Paris Nr. 44 (4), Rom Nr. 124 (5), Konstantinopel Nr. 194 (6) und Bukarest Nr. 31 (7), 29. Sept. 1911 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

1. bis 7. Beim gestrigen Diplomatenempfang habe ich dem Botschafter Englands und den Geschäftsträgern von Deutschland, Rußland und Frankreich unseren bekannten Standpunkt, den wir seit Beginn der türkisch-italienischen Differenzen in diesem Frühjahre eingenommen haben, erörtert und betont, daß ich bis zum letzten Augenblick auf die Vermeidung eines offenen Konfliktes gehofft und in dieser Richtung sowohl in Konstantinopel wie in Rom zu wirken getrachtet hätte. Jetzt, wo infolge der Saumseligkeit der türkischen Regierung und des sich überstürzenden Vorgehens der italienischen Regierung zwischen beiden eine äußerst kritische Situation entstanden, bleibe den Mächten nichts anderes übrig, als darüber sorgfältigst zu wachen, daß der ausgebrochene Brand nicht auf die europäische Türkei übergreife. Zu diesem Zwecke wäre die Entwicklung in Konstantinopel aufmerksamst zu beobachten und der türkischen Regierung und öffentlichen Meinung das Gefühl beizubringen, daß die Mächte unverbrüchlich an dem status quo in der europäischen Türkei festzuhalten entschlossen seien. Eine möglichst identische Sprache der Vertreter der Mächte in Konstantinopel würde wesentlich zur Erreichung des Zieles beitragen. Selbstverständlich müßten die Mächte ihre Stimme in diesem Sinne auch bei den Balkanstaaten, wenn sich dort antitürkische Aspirationen bemerkbar machen, kräftigst vernehmen lassen. Ich hätte übrigens die Gelegenheit des Diplomatenempfanges wahrgenommen, um den Gesandten von Bulgarien, Serbien und Griechenland eindringlichst im Sinne vorstehender Erwägungen zu sprechen.

1., 3., 4., 5., 6. Vorstehendes zur Information und eventuellen Regelung der Sprache, wobei ich ausdrücklich bemerke, daß die Ergreifung einer Initiative unsererseits mir nicht vorschwebt.

2. Vorstehendes zur Information und Mitteilung an den Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär, wobei ich ausdrücklich bemerke, daß die Ergreifung einer Initiative unsererseits mir nicht vorschwebt.

7. Vorstehendes zur Information und Mitteilung an Seine Majestät König Karol und Herrn Carp, wobei ich ausdrücklich bemerke, daß die Ergreifung einer Initiative unsererseits mir nicht vorschwebt.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2665, 2668, 2676, 2679, 2700, 2717.

Nr. 2667. Bericht aus London; Balmoral, 29. Sept. 1911 Nr. 58 A (eing. 3. Okt.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Bei meiner Ankunft in Balmoral fand ich unter den Gästen den Minister des Innern Winston Churchill, der am nächsten Morgen

das königliche Hoflager verliess. Ich hatte spät Abends im Rauchzimmer, als alle anderen Gäste sich zurückgezogen hatten, eine ziemlich eingehende Konversation mit ihm, woraus ich Einiges nachstehend in Kürze zu resümieren versuchen will. Churchill sprach viel von den Sorgen, welche die durch die Marokkofrage geschaffene Lage ihm und allen seinen Ministerkollegen verursacht habe. Das Vorgehen Deutschlands bleibe ihnen Allen unbegreiflich. Die Beziehungen zwischen London und Berlin hätten sich stetig und merklich gebessert, der Londoner Besuch des deutschen Kaisers war ein grosser Erfolg und die zwei Regierungen waren sich durch das Übereinkommen betreffs Austausch von Mitteilungen über Flottenprogramme näher gekommen. Wenn nun Deutschland nach dem französischen Marsch nach Fez an die Mächte herangetreten wäre mit dem Verlangen nach einer Konferenz zur Revision der von Frankreich verletzten Algesiras-Akte, so hätten England und die Mächte überhaupt schwer nein sagen können. Deutschland hätte die strikt legale Rolle sich bewahrt und Frankreich wäre in die immerhin weniger günstige Lage geraten, sich verantworten und rechtfertigen zu müssen. Statt dessen habe die deutsche Regierung zuerst geschwiegen und dann, als die Franzosen sich schon von Fez zurückgezogen hatten, den coup de théatre von Agadir ausgeführt, der hier verletzen musste. Trotzdem habe die englische Regierung volle 17 Tage auf eine deutsche Aufklärung gewartet und erst, als diese absolut nicht kam, sei Lloyd George mit seiner Rede hervorgetreten, welche von allen massgebenden Mitgliedern des Kabinetts in Voraus gekannt und gutgeheissen war und aus der man nun in Deutschland so ein Grief mache. Von dieser Rede wird, so erklärte mir Churchill weiter, unter keinen Umständen etwas zurückgenommen werden. Er leugnet aber, dass sie für Deutschland verletzend war. Frankreich sei niemals von England „aufgehetzt" worden, wie man es in Deutschland behauptet. „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort" — so erklärte mir Churchill immer wieder — „dass durch diese ganze Zeit wir nie ein Wort gesprochen oder einen Schritt unternommen haben, der nicht den Zweck verfolgte, zu beruhigen und zu einem friedlichen Ausgang zu führen. Wenn aber die deutsche Regierung die Absicht hatte, Frankreich zu brutalisieren und zu demütigen und übertriebene Entschädigungen zu erzwingen, um bei den nächsten Reichstagswahlen damit vor der deutschen Wählerschaft sich brüsten zu können, so konnten wir nicht ruhig zusehen. Übrigens ist Frankreich heute militärisch sehr stark und beginnt, sich seiner Kraft bewusst zu sein. Das procédé von Agadir war so unbegreiflich, dass wir glauben mussten, eine Macht, welche das tut, habe des motifs sinistres. Wir mussten die deutsche Regierung unter diesen Umständen für capable de tout halten, sogar das Beispiel Japans bei Beginn des Krieges mit Russland (d. i. Angriff der Flotte vor Kriegserklärung) zu befolgen." Vorstehend einige markante Aussprüche des sehr lebhaften und sehr eloquenten W. Churchill während unserer tief in die Nacht währenden Unterredung. Ich widersprach mancher seiner Behauptungen und betonte namentlich, dass, selbst wenn man die Demonstration von Agadir für eine nicht glückliche Diplomatie ansehen wolle, ich nicht begreifen könne, weshalb die englische Regierung sie gar so tragisch aufgefasst hätte. An der Rede des Premier-

ministers war ja gewiss Nichts auszusetzen, aber die Erklärungen Lloyd Georges waren danach angetan, in Deutschland unangenehm zu berühren, wenn ich auch zugebe, dass sie nicht die Deutung verdienen, welche ihnen von mancher deutschen Seite gegeben wurde. Nach meiner Ansicht sei die Agadirdemonstration in England, die Rede Lloyd Georges in Deutschland zu tragisch genommen worden. Ich bemerkte ferner, dass, wenn auch die britische Regierung in keiner Weise „gehetzt" habe, das blosse Factum, dass sich England in so unzweideutiger Weise auf Seite Frankreichs rangiert hätte, die Stellung Frankreichs ungeheuer stärken musste, weil Jedermann klar gemacht wurde, dass im Falle eines kriegerischen Konfliktes die ganze Macht Englands auf Seite der Republik wäre. W. Churchill sprach viel von den deutsch-englischen Beziehungen überhaupt. Er und seine liberalen Kollegen seien stets Anhänger des guten Einverständnisses mit Deutschland gewesen. Als die Liberalen unter Campbell Bannermann an die Regierung kamen, war das Erste, was sie taten, den Bau der Kriegsschiffe zu verlangsamen. Sie wurden deshalb vielfach angegriffen, hofften aber, dass ihr Beispiel von Deutschland befolgt werden und dadurch ein ruhigeres Tempo in den sinnlosen Seerüstungen eintreten würde. Die Antwort Deutschlands war aber eine merkliche Acceleration in der Ausführung des Flottenprogrammes. Solange diese Konkurrenz im Bau von Kriegsschiffen dauerte, könne keine Entspannung zwischen Deutschland und England eintreten. Die deutsche Flotte sei in ihrer Organisation, im Bau der Schiffe, kurz in ihrem ganzen Wesen eine Angriffsflotte. Gegen wen, wenn nicht gegen England? Unzweifelhaft würde jetzt wieder eine Vermehrung des deutschen Flottenprogrammes kommen, mit der notwendigen Folge einer sehr bedeutenden Steigerung des englischen Marinebudgets, das jetzt schon die kolossale Summe von 45 Millionen Pfund beträgt. England könne aber diesen Wettbewerb länger als Deutschland aushalten. (Dasselbe sagte mir König Georg in den Gesprächen, über die ich in einem Privatbrief[b]) berichte. Namentlich betonte Seine Majestät immer wieder, dass kein Land auf die Dauer das grösste Heer und die stärkste Flotte haben kann. Deutschland sollte sich damit begnügen, die erste Militärmacht der Welt zu sein, und nicht versuchen, auch die erste Seemacht zu werden, was England nie und nimmer zugeben kann, ohne seine Stellung als Grossmacht zu verlieren.) Churchill führte die bekannte Argumentation aus, dass England nie eine Bedrohung einer Kontinentalmacht bilden könne, weil es mit seiner Flotte auch nicht ein Dorf in Deutschland besetzen könnte, indess eine England ebenbürtige Seemacht eine fortwährende nationale Gefahr für das britische Reich wäre, nachdem England in 6 Wochen verhungert, wenn es die Suprematie zur See verliert und ihm die Zufuhren abgeschnitten werden. Ich replizierte ihm mit dem von mir schon so häufig vorgebrachten Argumente, dass Admiral Sir John Fischer mit der Einführung seiner Dreadnoughts für die ungeheuere Erhöhung der Marineauslagen verantwortlich sei. England habe angefangen und alle anderen Staaten mussten folgen. Vom englischen Standpunkte war es übrigens auch ein Fehler, denn England verlor dadurch die bestehende Suprematie, welche es durch seine früheren Schlachtschiffe besass. W. Churchill, welcher die Fischersche

Politik perhorresziert, konnte mir nicht widersprechen, betonte aber, dass im Falle eines Seekrieges die alten Kriegsschiffe nach Zerstörung der Dreadnougths und seither eingeführten neuen Schiffstypen — denn auch die ersten Dreadnoughts sind heute bereits antiquiert — doch wieder in Aktion treten würden. „Wenn das Ass ausgespielt ist, bleibt der König die beste Karte." Churchill sprach viel von dem „Unsinn deutscher Klagen über Platz an der Sonne etc.", während im Gegenteil Deutschland von Allen bewundert und beneidet, die erste Stelle in Europa einnehme. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass die Opposition gegen jede überseeische Expansion, welcher Deutschland seitens Englands begegne, gerade eine Gefahr bilde. Früher habe England auch Frankreich so behandelt und jetzt begünstige es die Erwerbungen afrikanischer Besitzungen durch Frankreich. Seine Entgegnung, Frankreich bilde keine Gefahr für den Frieden, beantwortete ich damit, dass Deutschland, welches keine Erwerbungen in Europa anstrebe und den status quo unseres Weltteiles erhalten wolle, nie ein wirklicher Friedensstörer sein würde. Ein übermächtiges Frankreich könnte eventuell einmal Revanchegelüste haben und einen Krieg zur Revision des Frankfurter Vertrages anstreben. Wie würde man es in England auffassen, wenn Frankreich in seinem grossen afrikanischen Reiche ein bedeutendes Heer bilde und diese schwarzen Armeecorps in einem Feldzug in den Vogesen verwende? Wie wäre das mit den hier bestehenden Grundsätzen über Verwendung Schwarzer gegen Weisse vereinbar? Churchill antwortete, bei einem Angriffskriege wäre es absolut unmoralisch; aber wenn ein Land angegriffen wird und eine fremde Invasion stattfindet, so sei nach seiner Ansicht jedes Mittel zur Abwehr derselben gestattet. Er wiederholte mir übrigens immer wieder, dass eine aggressive Politik Frankreichs niemals die Sympathie, geschweige denn Unterstützung Englands finden werde. Aber eine Vergewaltigung Frankreichs durch Deutschland könne man hier nicht ruhig hinnehmen. Er sagte mir wiederholt in denselben Worten wie der König „Wenn Deutschland nicht Krieg haben will, so wird kein Krieg sein." Dabei sprach er auch von den Hoffnungen, welche er auf Österreich-Ungarn und unseren wohltuenden Einfluss setze, den wir als Verbündete Deutschlands und alte Freunde Englands ausüben könnten. Er sprach viel von den alten guten Beziehungen zwischen uns, angefangen in der Waffenbrüderschaft zur Zeit seines Ahnherrn Marlborough und des Prinzen Eugen und gab mir unumwunden zu, dass sein Kollege Grey zur Zeit der Okkupationskrise viel zu weit gegangen ist, verführt durch die Illusion, die ganz England damals über die Jungtürken hatte, zu deren Champions man sich hier in etwas naiver Weise gemacht hatte. Ich bitte um Euer Exzellenz Nachsicht, wenn diese Darstellung einer privaten Unterredung etwas länger geworden ist, als sie sollte, aber Winston-Churchill ist gewiss einer der fähigsten und einflussreichsten Mitglieder der Regierung, und ich glaube, die von ihm ausgesprochenen Ansichten dürften die im Kabinette vorherrschenden sein.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 2657, 2660, 2721. — b) Vgl. n. 2669.

Nr. 2668. Bericht aus London; Balmoral, 29. Sept. 1911 Nr. 58 B (eing. 3. Okt.).[a] Ausfert.

König Georg liess mich gestern abend in sein Arbeitszimmer rufen, als Er die Nachricht von dem italienischen Ultimatum an die Türkei erhielt, und zeigte mir das Telegramm Sir A. Nicolsons über die Mitteilung, die ihm Marquis Imperiali gestern Abend gemacht hatte. Seine Majestät war sehr ungehalten und beklagte sich bitter darüber, dass, sobald eine schwierige Frage Aussicht auf Lösung hat, eine andere aufs Tapet komme. Seine erste Frage war „Was wird Deutschland tun und was werdet Ihr tun?" Ich erwiderte, dass die Sache gewiss Niemand erwünscht sein könne und auch der englischen Regierung sehr unbequem sein müsse, denn Niemand wolle den Wünschen Italiens auf diesem Gebiete entgegentreten, andererseits könne es auch keiner Macht willkommen sein, das gegenwärtige türkische Regime solchen Erschütterungen ausgesetzt zu sehn. König Georg, der starke Sympathien für Italien und dessen König, den Er für einen eminent hervorragenden Mann hält, empfindet und sehr schlecht auf die Türkei zu sprechen ist, wusste wirklich nicht, wie sich über die Lage auszusprechen. Lord Morley, der als Minister am Allerhöchsten Hoflager in Balmoral Winston Churchill abgelöst hat, sprach dem König als seine und der Regierung Ansicht die Überzeugung aus, dass der Schritt Italiens sehr schwer zu rechtfertigen sein würde, und dass man jedenfalls Unruhen am Balkan, zunächst wahrscheinlich in Albanien, gewärtigen müsse. Die englische Regierung habe in Konstantinopel Ratschläge — wie mir scheint recht vager Natur — gegeben, sich entgegenkommend zu zeigen. Mir sagte Lord Morley: „Verglichen mit diesem Streich war der „Panther" ein frommes Lämmchen." Der hervorragende alte liberale Staatsmann missbilligt persönlich auf das Allerentschiedenste die Vorgangsweise Italiens. Auch die Herren der Umgebung des Königs bezeichnen es als gewalttätig und unmoralisch. Als Privatmann wird es wohl von Jedermann verdammt werden. Öffentlich wird man aber wohl nicht entschieden gegen Italien Stellung nehmen wollen. Interessant scheint mir eine Correspondenz im gestrigen „Daily Telegraph" über die Möglichkeit eines türkischen Verlangens, Truppen durch Egypten nach Tripolis zu senden. Graf Trauttmansdorff wird besagten Artikel an anderer Stelle vorlegen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 2666, 2670, 2749.

Nr. 2669. Privatschreiben aus London; Balmoral, 29. Sept. 1911 (eing. 3. Okt.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich in Kürze mit Telegramm vom 27. l. Mts. Nr. 61 gemeldet habe, fand ich in Balmoral die Stimmung, was das Verhältnis zu Deutschland anbelangt, recht pessimistisch. Die Demonstration von Agadir bleibt ein aktuelles grief. König Georg bezeichnete sie als ein brutales und ungeschicktes Manöver und sprach Sich in abfälliger Weise über Herrn Kiderlen-Wächter aus, der sich „einen Namen machen" wolle und deshalb in plumper und gewissenloser Weise eine so ernste Krise heraufbeschworen hätte. Seine Majestät erklärte mir, Er habe im Laufe

der letzten Wochen wiederholt an die sehr nahe Möglichkeit des Krieges geglaubt, der den größten Teil Europas in Mitleidenschaft gezogen hätte. Dabei jetzt diese anti-englische Hetze in Deutschland und daneben eine beispiellose Espionage in allen englischen Häfen. Gerade jetzt sei wieder ein eklatanter Fall in Plymouth gewesen, der demnächst öffentlich bekannt werden würde und wahrscheinlich mit einer Verurteilung zu 5 Jahre Kerker des schuldigen deutschen Offiziers oder ex-Offiziers führen würde. Der deutsche Kaiser selbst habe Sich vor drei verschiedenen dem Könige gutbekannten Engländern — die Ihm jeder darüber berichteten — in der heftigsten und drohendsten Sprache über England geäussert. Dem Könige von Schweden habe Kaiser Wilhelm erzählt, Er habe vor Seiner Abreise von London mit König Georg über die Entsendung eines Schiffes nach Agadir gesprochen und „meine und meiner Regierung Zustimmung dazu erhalten." Seine Majestät erzählte mir Folgendes über den Vorgang: „Knapp vor der Abreise des Kaisers von London sagte Er mir, Er möchte mir einige Worte über Marokko sagen und ich erwiderte, dass es mich sehr interessieren würde. Darauf sagte Er mir, dass, wenn die Franzosen in Fez bleiben, Er jedenfalls einige Konversationen mit der französischen Regierung haben würde, wobei ich Ihm zustimmte. Ich will nicht abläugnen, dass Er vielleicht etwas von einem Schiffe gesprochen haben kann, obwohl es mir nicht erinnerlich ist. Wenn Er es tat, so dachte ich an Mogador; jedenfalls hat Er den Namen von Agadir — einen geschlossenen Hafen — nicht genannt und ich habe Ihm absolut nicht meine oder meiner Regierung Zustimmung zu irgend einer derartigen Aktion ausgesprochen." „Es ist wie ein Verhängnis" — sagte mir weiter König Georg — „dass gerade jedesmal wenn der Kaiser da war, irgend etwas geschieht. Er ist hier grossartig empfangen worden, die Stimmung war vorzüglich, die détente hatte grosse Fortschritte gemacht und kurz darauf dieser Coup von Agadir! Es ist rein als ob Er den Eindruck von hier mitgenommen hätte, Er werde bei uns unter keinen Umständen Opposition finden und wir würden Deutschland gegen Frankreich ganz freie Hand lassen, auch wenn es brutal und gewalttätig vorgeht." „Ich bin ja überzeugt, dass der Kaiser, welcher der Hüter und Schirmer des Friedens sein will, es redlich und ernst meint und dass Er auch Alles getan hat, um zu calmiren und zu verhindern, dass der ungeschickte coup des Herrn von Kiderlen-Wächter zum Kriege führe. Wird der Kaiser aber auf die Dauer im Stande sein den Frieden zu bewahren? Er ist im eigenen Lande heftig angegriffen und öffentlich ein Feigling genannt worden. Wird Er das ertragen? Nobody likes to be called a coward!" Vorstehend ein kurzes resumé mit möglichster Wiedergabe der Ausdrücke, dessen was mir König Georg im Laufe einer langen Konversation sagte. In meinen Gegenbemerkungen erlaubte ich mir dafür zu plaidiren, niemals eine Situation als hoffnungslos anzusehen und ja nicht den Gedanken aufzugeben, ein besseres Verhältnis wieder anzubahnen. Ich sprach von den Gefahren, welche heutzutage irgend ein Krieg angesichts der überall sich geltend machenden sozialistischen Drohungen in sich berge, von der Solidarität monarchischer Interessen, von der Geringfügigkeit oder vielmehr dem Mangel wirklich vitaler Gegensätze zwischen England und Deutschland

etc. etc. Der König stimmte mir im Meisten zu und sagte mir auch — mit denselben Ausdrücken wie nachher Sein hier anwesender Minister des Innern Winston Churchill — „wenn Deutschland den Krieg nicht will, so wird keiner sein, denn niemand wird es angreifen." Mit grösstem Nachdruck wiederholte mir der König, Er und Seine Regierung hätten von Anfang an Alles getan, um den Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich zu verhindern. Er hätte verhindert, dass englische und französische Kriegsschiffe nach Agadir geschickt würden, um neben dem deutschen zu erscheinen und Seine Regierung habe absolut niemals etwas getan um die Krise zu verschärfen. Und als Resultat jetzt in Deutschland die Wut nicht gegen Frankreich, sondern gegen England! Die Stimmung Seiner Majestät schien mir jetzt die einer resignierten Hoffnungslosigkeit, die Beziehungen zwischen hier und Berlin zu bessern. Dies wird ja voraussichtlich nur momentan sein, denn es liegt etwas in der Natur des Höchsten Herrn, gleich immer die schwärzeste Seite einer Frage zu sehen. Der König erzählte mir ferner, Er habe unlängst ganz offen zu meinem deutschen Kollegen gesprochen, der, wie mir scheint, eine nicht glückliche Wendung gebrauchte, die Seine Majestät so verstand, als meine Metternich, wenn die gegenwärtige Gruppierung der Grossmächte sich nicht ändere, müsse es unausweichlich zu einem Kriege zwischen der Triple Allianz und der Tripel Entente kommen! König Georg hat, wie Er mir sagte, auf Metternich's Hinweis, dass Russland, der Alliierte Frankreichs, ganz reserviert blieb, während England eine hostile Haltung einnahm, geantwortet: „ja, gerade weil Russland als Alliierter ipso facto und naturgemäss in einem deutsch-französischen Kriege mitgehen muss." Als ich hierauf einwarf, das wisse ich nicht, weil ich ja den franco-russischen Allianz Vertrag nicht kenne; antwortete mir der König: „Ich weiss es aber, Russland muss mitgehen." „England hingegen habe keine Allianz ausser der jedermann bekannten mit Japan, nur Ententen und Freundschaften." „Ich habe" — so sagte mir der König weiter — „Metternich gesagt, wir haben nie mit Deutschland und ganz gewiss nie mit Österreich-Ungarn unseren alten Freunden Krieg geführt und nun sollen wir durch Herrn von Kiderlen-Wächter's Schuld in einen solchen hineingerissen werden. Sie (Metternich) sagen, dass Sie auf die Verbündeten Deutschlands rechnen können! Erlauben Sie mir bezüglich Italiens Zweifel auszudrücken. Ich glaube nicht 1. dass Italien gegen England und 2. dass es jemals als Bundesgenosse Österreichs Krieg führen würde." Bei dieser Aeusserung des Königs machte ich eine Bewegung und sagte ungefähr, wir hätten keinen Anlass an der Bundestreue Italiens zu zweifeln, worauf der König mich unterbrach und sagte: „Ich meine ja nicht, dass Italien gegen Euch Krieg führen möchte oder würde. Ich glaube aber nicht, dass bei der Stimmung in Italien — und auch bei Euch in Oesterreich — ein Krieg denkbar ist, in dem Ihr beide nebeneinander als aktive Alliierte kämpfen würdet." „Uebrigens ist es auch mit der Liebe Italiens zu Deutschland nicht sehr weit her!" Der König kann jedenfalls Deutschland nicht leiden. Er hat es mir selbst zweimal gesagt, einmal als Kronprinz und einmal, seitdem Er auf dem Thron ist (He hates Germany). Im Laufe Seiner lebhaften und sehr vertraulichen Auseinandersetzungen sagte mir der

König noch, Er wisse, dass Euer Exzellenz sich bemüht hätten, beruhigend einzuwirken, man sollte aber nicht nur in Paris sondern namentlich in Berlin beruhigen. Seine Majestät sprach mit hoher Anerkennung von Euer Exzellenz und lancierte mir die Bemerkung: „In Deutschland möchte man lieber heute als morgen Aehrenthal abtreten sehen, weil ein bedeutender Minister des Äussern in Wien, der sich sehr richtiger Weise ganz unabhängig von Berlin stellt, dort unbequem ist und so wird denn auch gegen ihn intriguiert." In der weiteren allgemeinen Konversation sprach der König sehr nett von den alten Beziehungen zwischen England und Oesterreich-Ungarn. „Vor zwei Jahren war das nur ein Missverständnis, das nun überwunden ist." „Im übrigen" — so fuhr Er fort — „war ich immer für eine Annäherung an Russland. Ich habe die Russen als solche gern, Kaiser Nicolaus ist mein bester Freund und ich kenne Seine englischen Sympathien. Mit Frankreich sind wir Freunde, weil wir eben nicht Freunde von Deutschland sein können." Als ich einwarf „warum" meinte Seine Majestät, „weil Deutschland uns dann vorschreiben würde, mit wem wir auf gutem Fusse stehen dürfen. Wir könnten weder mit Russland noch am allerwenigsten mit Frankreich gut stehen." Ueber die Türkei und die Jung-Türken, welche nach Seiner Ansicht ihre vollständige Unfähigkeit bewiesen hätten, sprach Sich Seine Majestät in heftiger und etwas kindlicher Weise aus. „Das beste wäre die Türken aus Europa heraus zu haben. Sie sollen in Asien bleiben, dort ist Platz für sie. Es muss doch einmal dazu kommen. Warum also nicht eine europäische Konferenz, wo jede Macht — auch die kleinen — ihre Wünsche und Aspirationen anmeldet und dann die Aufteilung durch die Mächte beschlossen wird." Meine Antwort war nur die Frage „Wer soll es durchführen und die Armeen zur Expulsion der Türken liefern? (Who is to enforce it)". Das ganze war so heftig und unüberlegt vorgetragen, dass ich der Konversation eine scherzhafte Wendung gab und dem Könige, der eine specielle Antipatie gegen König Ferdinand von Bulgarien hat, sagte: „Euer Majestät wünschen ohne Zweifel, dass Ferdinand den Löwenanteil bei diesem Partage erhalte", was natürlich eine Explosion gegen „your friend Ferdinand" herbeiführte. Ich habe im Vorstehenden mich bemüht möglichst knapp ein resumé meiner bisherigen Konversationen mit dem König Georg zu geben. Manche Seiner Äusserungen — wie die über die Türkei — sind ja wol nur als momentane Aufwallungen anzusehen. Was Seine Majestät aber über Sein Verhältnis zu Deutschland sagte, dürfte den Standpunkt des Königs und der englischen Regierung richtig darstellen. Ich glaubte, einiges davon würde vielleicht Seine Majestät unseren Allerhöchsten Herrn und Euer Exzellenz interessieren können, bitte aber dringend diesen Brief als absolut streng vertraulich ansehen zu wollen, nachdem manche der Aussprüche des Königs wirklich nur im strengsten Vertrauen und auf meine Diskretion bauend gefallen sind. Mensdorff.

a) Vgl. n. 2667, 2712.

Tel. nach Paris, 29. Sept. 1911 Nr. 44 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2666.

Nr. 2670. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 29. Sept. 1911 Nr. 122 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. und G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 127 vom 28. d. M. Herzog von Avarna, der mir am 26. l. M.[b] auftragsgemäß von der Absicht seiner Regierung, die tripolitanische Frage zu liquidieren, Mitteilung gemacht hatte, ist gestern abermals bei mir erschienen und hat mir den Inhalt des italienischen Ultimatums an die Pforte skizziert. Ich habe dem Herrn Botschafter heute vor allem mein Bedauern darüber ausgesprochen, daß Italien sich so rasch entschlossen habe, das diplomatische Terrain zu verlassen. Wir würden, von der Auffassung ausgehend, daß es Italien überlassen bleiben müsse, wie es seine Interessen zu wahren gesonnen sei, der italienischen Regierung keine Hindernisse in den Weg legen. Vom Standpunkte unseres Interesses an der Erhaltung des status quo am Balkan müsse ich aber der Erwartung Ausdruck geben, Italien werde bei Durchführung der Aktion alles vermeiden, was ein Übergreifen des Konfliktes auf den Balkan zur weiteren Folge haben könnte und den Umstand nicht außer acht lassen, daß die Entstehung des Dreibundes vornehmlich auf den Wunsch nach Erhaltung des status quo am Balkan zurückzuführen sei. Meine Hoffnung gehe übrigens dahin, daß die Bemühungen der italienischen Regierung, den Konflikt zu lokalisieren, von Erfolg begleitet sein mögen und daß Italien es auf diese Weise vielleicht doch noch vermeiden könne, die Verantwortung für eine Balkankrise auf sich zu laden. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano und dem deutschen Botschafter. Euer Hochwohlgeboren wollen Ihrer einschlägigen Unterredung mit ersterem den Charakter einer durchaus freundschaftlichen Aussprache geben.

[a] Der Inhalt des vorstehenden Tel. wurde mit Tel. vom 29. Sept. 1911 Nr. 88 nach Berlin (zur vertraulichen Mitteilung an den Reichskanzler und Staatssekretär des Auswärtigen Amts und zur Regelung der Sprache gegenüber dem italienischen Botschafter), nach London Nr. 46, Paris Nr. 43, St. Petersburg Nr. 66 und Konstantinopel Nr. 191 (zur vertraulichen Information) und nach Bukarest Nr. 32 (zur Information und Mitteilung an König Karl und Herrn Carp) mitgeteilt. Vgl. n. 2668, 2671, 2679 Anm. b. — [b] Vgl. n. 2654.

Nr. 2671. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 29. Sept. 1911 Nr. 123 (chiffr. 8 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Macchio).

Ich habe Herzog von Avarna mitgeteilt, daß der türkische Geschäftsträger bei mir gewesen ist, um meine Auffassung betreffs Tripolis kennen zu lernen und ich mich letzterem gegenüber dahin ausgesprochen habe, die Türkei solle, was auch immer geschehen möge, sich nicht hinreißen lassen. Ich hätte hinzugefügt, daß die Türkei einen Fehler begehen würde, wenn sie es aufs äußerste ankommen ließe, hingegen eine bessere Rolle spielen würde, wenn sie auf dem diplomatischen Terrain verbliebe und ihren Standpunkt nur durch einen Protest zum Ausdruck brächte. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren ausschließlich persönlichen Information. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2665, 2670, 2672.

Tel. nach Rom, 29. Sept. 1911 Nr. 124 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2666.

Tel. nach St. Petersburg, 29. Sept. 1911 Nr. 67 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2664.

Tel. nach St. Petersburg, 29. Sept. 1911 Nr. 68 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2666.

Nr. 2672. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 29. Sept. 1911 Nr. 129 (eing. 30. Sept. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Statim. Streng vertraulich. Ich fand Herrn Kokowzow heute nachmittags ganz unter dem Eindrucke des italienischen Ultimatums und fing Ministerpräsident gleich selbst an, mir über Tripolis zu reden. Er bezeichnete ganzen Konflikt als höchst bedauerlich und gefährlich für den Frieden auf dem Balkan und erklärte sich namentlich nicht, warum nach gestrigen ruhigeren Nachrichten ein italienisches Ultimatum notwendig war. Herr Kokowzow gab der Hoffnung Ausdruck, es würde möglich sein, eventuell Krieg zwischen Italien und Türkei zu lokalisieren, „ce qui est notre plus grand intérêt à tous." Ich äusserte mich in dem mit Telegramm Nr. 64[b] von gestern vorgeschriebenen Sinne und, da Mitredner neues Regime in Türkei für Konflikt schuldig macht, sagte ich, es wäre tatsächlich sehr ...[c] gewesen, dass Türkei wirtschaftliche Interessen Italiens in Tripolis in Vergangenheit vernachlässigt habe und gab Hoffnung Ausdruck, dass Türkei noch in letzter Stunde diesbezüglich entgegenkommen werde und somit vielleicht Krieg verhindere. Herr Kokowzow sieht Lage höchst ernst und da er mehrmals auf Frage des lokalisierten Krieges zurückkam und bezüglich der Folgen eines solchen mir dann sagte: „Cela dépendra en grande partie de vous", glaubte ich ihm mitteilen zu können, dass Euer Excellenz wiederholt und noch gestern oder vorgestern Pforte gewarnt haben und ihr nahegelegt, auf wirtschaftlichem Gebiete Entgegenkommen zu zeigen. Dies beruhigte offenbar Ministerpräsidenten. Ich bitte Euer Excellenz um Genehmigung dieses Schrittes, aber der grosse Ernst, mit welchem mein Mitredner sprach, bewog mich dazu, wie auch Tatsache, dass hiesige Presse natürlich uns wieder bei dieser Gelegenheit perfide Absichten zuschiebt. Ich glaube somit, dass russische Regierung nichts sehnlicher wünscht, als Lokalisierung eines eventuellen Krieges und dürften Euer Excellenz auf die Kooperation der russischen Diplomatie zur Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan rechnen können. Zeitungen haben von „Kompensationen" für Russland dieser Tage gesprochen. Herr Kokowzow hat nicht die leiseste Andeutung in diesem Sinne gemacht, auch habe ich von anderer massgebenden Seite davon nichts gehört. Freilich wäre immerhin möglich, wenn europäische Lage es erlaubt, dass man hier bestrebt wäre, günstige Lösung der Dardanellenfrage (Zeitungen haben dies angeregt in gar nicht inspirierter Art) zu erlangen. Hiefür fehlt mir aber jeder Anhaltspunkt.

Szilassy.

[a] Vgl. n. 2671, 2673, 2676. — [b] Mitteilung von n. 2659 zur Regelung der Sprache. — [c] Chiffre fehlt.

Nr. 2673. Tel. nach Sofia Nr. 50 (1), Belgrad Nr. 50 (2), Athen Nr. 13 (3) und Cetinje Nr. 81 (4), 29. Sept. 1911 (chiffr. 9 U. 10 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Macchio).

1. bis 4. Den zum gestrigen Diplomatenempfange erschienenen Vertretern der Großmächte und Balkanstaaten gegenüber habe ich unseren bekannten Standpunkt, den wir seit Beginn der türkisch-italienischen Differenzen eingenommen haben, erörtert und betont, daß ich bis zum letzten Augenblick auf die Vermeidung eines offenen Konfliktes gehofft und in dieser Richtung in Konstantinopel wie in Rom zu wirken getrachtet hätte. Jetzt, wo eine äußerst kritische Situation entstanden sei, bliebe den Mächten wohl nichts anderes übrig, als darauf zu achten, daß der Konflikt lokalisiert bleibe. Ich sei überzeugt, daß alle Großmächte entschlossen seien, unverbrüchlich an dem status quo in der europäischen Türkei festzuhalten. Euer etc. wollen Gelegenheit finden, sich

1. bis 3. dem Herrn Minister des Äußern
4. Seiner Majestät dem Könige sowie dem Minister des Äußern
1. bis 4. gegenüber in vorstehendem Sinne auszusprechen.

Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2672, 2675, 2677, 2707, 2717.

Nr. 2674. Bericht aus Belgrad, 30. Sept. 1911 Nr. 74 A (eing. 2. Okt.).[a] Ausfert.

Im Nachhange zu meinem ergebensten Berichte vom 25.[b] d. Mts. Nr. 72 beehre ich mich Euer Exzellenz ergebenst mitzuteilen, dass auffallender Weise bis heute keine einzige serbische Zeitung die Mitteilungen der russischen Telegraphen-Agentur über das Unterbleiben des Besuches des Königs Peter bei Unserem Allergnädigsten Herrn gebracht hat und demnach hier auch keine Kommentare dazu gemacht worden sind. Dies ist ein Beweis, dass Herr Milovanović dieser Publikation ferne stand, denn jedenfalls ist dieses Stillschweigen aller Zeitungen über eine so wichtige Mitteilung nur über einen Wink der Regierung erfolgt. Ich hatte schon sogleich meiner Vermutung Ausdruck gegeben, dass hinter dieser, höchstwahrscheinlich von dem russischen Dragoman Mamulow lancierten Nachricht, die Herrn Milovanović feindlich gesinnten Kreise der Altradikalen stehen und ich bin nunmehr in dieser meiner Auffassung bestärkt.

Ugron.

[a] Vgl. n. 3175, 3521. — [b] Richtig 26.

Nr. 2675. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 30. Sept. 1911 Nr. 155 (eing. 9 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Staatssekretär sagte mir, der deutschen Regierung sei heute ein Ansuchen um Intervention seitens der türkischen Regierung zugegangen. Er nehme an, dass Euer Exzellenz eine identische Note überreicht worden sei. Er würde Wert darauf legen, vor Erteilung einer definitiven Antwort das Einvernehmen mit Euer Exzellenz zu pflegen, da es ihm

wünschenswert erschiene, wenn beide Kabinette auch bei diesem Anlasse in möglichster Übereinstimmung vorgingen; er hätte die Absicht, der türkischen Regierung in folgendem Sinne zu antworten: „Deutsche Regierung hielte den Moment, um zwischen der Türkei und Italien zu intervenieren, noch nicht für geeignet. Kaiserliche Regierung sei aber zu freundschaftlicher Vermittlung immer bereit, sobald sich die Gelegenheit dazu biete; sie würde alles tun, was ihr nötig erscheint, um den Streit zu lokalisieren, was ja auch im Interesse der Türkei sei." Staatssekretär wäre sehr dankbar, wenn Euer Exzellenz ihm bekanntgeben lassen wollten, ob Hochdieselben mit obiger Antwort einverstanden wären, beziehungsweise welche Form Euer Exzellenz derselben zu geben gedächten. Flotow.

a) Vgl. n. 2655, 2673, 2676, 2682, 2695.

Nr. 2676. Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 30. Sept. 1911 Nr. 69 (chiffr. 7 U. 20 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Die mit Telegramm Nr. 129 vom 29. d. M. gemeldete Erwiderung, welche Euer Hochwohlgeboren Herrn Kokowzow auf dessen Bemerkung bezüglich der Lokalisierung des Konfliktes erteilt haben, billige ich vollkommen. Aus der Sprache, die ich beim Diplomatenempfange am 28. d. M. geführt habe, geht ebenso wie aus meiner Stellungnahme zur Anregung Herrn Tscharykoffs (hierortige Telegramme Nr. 67 und 68 vom 29. d. M.) hervor, daß meinerseits bereits eine sehr prononzierte Stellungnahme für die Aufrechterhaltung des status quo vorliegt und konstatiere ich mit Befriedigung, daß meine Haltung mit den Herrn Kokowzow vorschwebenden Gesichtspunkten übereinstimmt. Euer Hochwohlgeboren wollen sich zum Herrn Ministerpräsidenten begeben und diese Übereinstimmung feststellen. Bei dieser Gelegenheit wollen Sie erwähnen, daß Herr Iswolsky sich einem seiner Kollegen gegenüber dahin geäußert hat, er befürchte nicht so sehr einen türkisch-italienischen oder türkisch-griechischen Krieg, als vielmehr das Vordringen Österreich-Ungarns am Balkan, die Okkupation des Sandschaks oder ein Eindringen in Albanien. Hieran wäre die Bemerkung zu knüpfen, ich könne nur hoffen, der Herr russische Botschafter in Paris werde seiner Regierung über andere Fragen richtigere Informationen zukommen lassen als obige ebenso grund- wie geschmacklosen Verdächtigungen. Zu Euer Hochwohlgeboren persönlicher Orientierung bemerke ich, daß ich an eine Aufrollung der Dardanellenfrage russischerseits im gegenwärtigen Augenblicke nicht glaube. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2675, 2677, 2684.

Nr. 2677. Bericht aus Sofia, 30. Sept. 1911 Nr. 67 C (eing. 2. Okt.).a) Ausfert.

Ich hatte in den letzten Tagen und insbesonders, seitdem die Lage zwischen Italien und der Türkei in ihr kritisches Stadium getreten ist, den dermaligen Leiter des Ministeriums des Äussern, Finanzminister Theodoroff

nicht sehen können und es ist mir nur heute gelungen bei ihm vorzusprechen. Als ich heute nachmittag unmittelbar vor Abgang dieses Couriers in das Auswärtige Amt ging, war ich bereits im Besitze des heute morgens anhergelangten hohen Telegrammes Nr. 50 und konnte mich im Sinne desselben zu Herrn Theodoroff aussprechen. Der provisorische Leiter des Auswärtigen Amtes nahm meine Mitteilung mit Interesse entgegen und bemerkte sofort, dass die bulgarische Regierung sich unserem Standpunkte vollkommen anschliesse. Er liess sich des weiteren über die friedliche und freundschaftliche Haltung Bulgariens der Türkei gegenüber aus und sagte, daß die Tripolis-Affaire an dieser Attitude der bulgarischen Regierung nichts ändern könne. Tripolis gehe Bulgarien nichts an, meinte Herr Theodoroff und es kann ihm gleichgültig sein, was dort geschehen werde. Unsere einzige Präoccupation sei — führte der Minister aus — dass aus der Tripolis-Controverse keine Complicationen im Innern der Türkei entstehen. Es sei zwar zu erwarten, dass die Tripolis-Affaire — nachdem die Türkei Italien gegenüber hilflos sei — ein baldiges Ende nehmen und keine größeren Krisen in Constantinopel zur Folge haben werde, die Möglichkeit aber, dass sich die Ereignisse doch weniger günstig abwickeln könnten, sei auch nicht ausgeschlossen. Sollte es gegen alle Erwartungen zu ärgeren Unruhen oder gar zu Revolutionen und zu anarchischen Zuständen kommen, dann würden sich allerdings die Staaten, die ihre Angehörigen in der Türkei zu verteidigen hätten, in einer schwierigen Lage befinden. Ich habe keinen Grund zu zweifeln, dass die obangeführte Erklärung Herrn Theodoroffs dem hiesigen Standpunkte tatsächlich entspricht, und dass, solange der Conflict localisirt bleibt und keine inneren Krisen in der Türkei entstehen, Bulgarien sich ruhig verhalten wird. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 2676, 2678, 2686, 2717.

Nr. 2678. Tel. aus Athen, 1. Okt. 1911 Nr. 36 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Ministerpräsident Venizelos, den ich soeben besuchte, teilte mir mit, türkischer Geschäftsträger hätte heute hiesige Regierung verständigt, dass Pforte in Vilajet Janina mobilisiere und zwar lediglich im Hinblicke auf Konflagration mit Italien. Venizelos bezeichnet mir gegenüber diese Mitteilung der Pforte an die griechische Regierung als loyal. An die Gerüchte einer allgemeinen Mobilisierung in der Türkei könne er vorläufig nicht glauben. Betreff des gleichfalls heute verbreiteten Gerüchtes über eine Mobilisierung Griechenlands betonte Herr Venizelos, davon sei nicht die Rede. Vielleicht werde die Garnison in Arta verstärkt und zu diesem Behufe etwa ein Regiment mobilisiert werden. Diese Frage werde noch vom Generalstabe studiert. Sollte eine derartige Maßnahme beschlossen werden, so wäre sie lediglich eine Folge der oberwähnten türkischen Mobilmachung im benachbarten Vilajete, sie dürfe daher nicht anders gedeutet werden. Schliesslich dürfe angesichts der Situation griechische Regierung die Hände nicht ganz in den Schooß legen. Er versicherte aber feierlich, dass sie nicht daran denke, die Ungelegenheiten der Türkei auszunützen und er erklärte mir

bündig, die Regierung werde in jeder Beziehung strikteste Korrektheit beobachten. Sollte jedoch die Türkei — was er jedoch angesichts der obwaltenden Umstände nicht glaube — hier provokatorisch auftreten, oder sollte sich die Situation infolge der Haltung anderer Mächte — Venizelos spielt hiebei auf Bulgarien an — komplizieren, dann dürfe Griechenland auch seine Interessen nicht vernachlässigen. Griechische Regierung baue nach wie vor auf das Wohlwollen Euer Exzellenz, für Hochdessen Ratschläge sie stets dankbar sein werde. Ich benützte diesen Anlass um mich, gleichwie gestern zum Minister des Äussern, auch Venizelos gegenüber im Sinne der mir von Euer Exzellenz kürzlich erteilten mündlichen Instruktionen auszusprechen und zur Ruhe und Besonnenheit beim Eintritt aller Eventualitäten zu mahnen und glaube, dass meine Ausführungen Eindruck machten.

Braun.

[a]) Vgl. n. 2677, 2679, 2717, 2780.

Tel. nach Berlin, 1. Okt. 1911 Nr. 92 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 2682.

Tel. nach Berlin, 1. Okt. 1911 Nr. 93 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2683.

Nr. 2679. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus Bukarest-Sinaia, 1. Okt. 1911 Nr. 56 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Inhalt telegraphischer Weisungen vom 29. vorigen Monats und vom 30. vorigen Monats Nr. 31 und 32[b]) auf übliche Weise Seiner Majestät dem König zugesendet. Ich sprach heute den königlich rumänischen Minister des Äussern, der sich lebhaft für die Auffassung Euer Exzellenz in der Tripolisfrage interessierte und darüber grosse Befriedigung zeigte, dass Euer Exzellenz auf die Erhaltung des status quo am Balkan jetzt das Hauptgewicht legen; hiedurch sei für Rumänien, wo man wisse, dass dieselbe Tendenz in Petersburg bestehe, die Gewähr gegeben, dass vorläufig von bulgarischer Seite keine Überraschungen zu fürchten seien. Dies sei für hier das Wichtigste. Des Ministers des Äussern Ansicht nach seien nunmehr die brennendsten Fragen die eventuelle Wiederaufrollung des Kretaproblems und die Folgen, welche das italienische Vorgehen in den inneren türkischen Verhältnissen zeitigen könnte. Dass Rumänien nur den Frieden wünsche, sei genügsam bekannt, ebenso dass man bei eventuellen Umwälzungen auch mitzusprechen entschlossen sei.

Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 2678, 2680, 2687, 2695, 2717. — [b]) Mitteilung von n. 2670 zur Information und Mitteilung an König Karl und Herrn Carp.

Tel. nach Konstantinopel, 1. Okt. 1911 Nr. 199 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 2682.

Tel. nach Konstantinopel, 1. Okt. 1911 Nr. 200 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2683.

Nr. 2680. Erstes Aide-Mémoire der englischen Botschaft in Wien, 1. Okt. 1911.[a]) Ausfert.

Le Gouvernement Ottoman a fait des démarches à Londres dans le but de persuader le gouvernement de Sa Majesté Britannique d'intervenir en faveur du maintien de la paix. A cette demande le gouvernement britannique a répondu par l'intermédiaire de l'Ambassadeur de la Grande Bretagne à Constantinople que le gouvernement italien n'a pas consulté le gouvernement de Sa Majesté Britannique avant de lancer son ultimatum et sa déclaration de guerre. Cette attitude semble indiquer que le gouvernement italien désirait éviter la possibilité d'une intervention dans le but d'arrêter ou l'envoi de l'ultimatum ou la déclaration de guerre. L'Ambassadeur d'Italie à Londres a nettement déclaré à Sir Edward Grey que dans aucune circonstance il ne serait possible pour l'Italie de se retirer du Tripoli, mais qu'elle serait prête à donner à la Turquie des compensations morales et matérielles. Le gouvernement britannique est sous l'impression que le point de vue du gouvernement ottoman est qu'il ne peut pas admettre que l'on touche à l'intégrité territoriale de la Turquie. Il semblerait de ce qui précède qu'une intervention à Rome basée sur les principes énoncés par l'Ambassadeur d'Italie à Londres ne serait pas acceptable au gouvernement ottoman, tandis qu'une intervention fondée sur les conditions avancées par le gouvernement ottoman serait rejetée par le gouvernement italien. Par conséquence Sir Edward Grey craint qu'en ce moment-ci il ne voie pas la possibilité d'intervenir dans l'affaire du Tripoli.

[a]) Vgl. n. 2679, 2681, 2690, 2695, 2894.

Nr. 2681. Zweites Aide-Mémoire der englischen Botschaft in Wien, 1. Okt. 1911.[a]) Ausfert.

Sir Edward Grey a eu une conversation avec l'Ambassadeur d'Italie à Londres au sujet de la question tripolitaine, au cours de laquelle il lui a exposé la manière de voir du Gouvernement de Sa Majesté Britannique. Sir Edward Grey observa qu'en 1902 l'Angleterre et l'Italie conclurent un arrangement concernant le Tripoli,[b]) à raison duquel le Gouvernement de Sa Majesté Britannique reconnaît que surtout au Tripoli l'Italie ne peut pas admettre que ses intérêts souffrent ou soient ignorés. En outre les relations traditionelles d'amitié qui lient l'Angleterre à l'Italie et les rapports amicaux entre les deux peuples sont tels que l'Italie peut compter sur la sympathie de l'Angleterre dans toutes les démarches qu'elle se verrait forcée d'entreprendre, en quelque lieu que ce soit, dans le but de réparer des torts infligés aux sujets italiens et de protéger ses intérêts contre un traitement injuste. Tout de même la prise de Tripoli par force d'armes paraît être, aux yeux de Sir Edward Grey, une démarche violente qui pourrait entraîner d'une façon indirecte des conséquences très gênantes aux Puissances, entre autres à l'Angleterre, qui compte sous sa domination tant de sujets musulmans. Sir Edward Grey exprima à l'Ambassadeur d'Italie le voeu que l'Italie bornerait son action de façon à causer aux autres Puissances le moindre embarras possible. L'Ambassadeur d'Italie répondit que l'Italie se trouvait

dans l'impossibilité de se retirer du Tripoli et pria Sir Edward Grey de préciser ce qu'il signifiait par la phrase „que l'Italie bornerait son action de façon à causer aux autres Puissances le moindre embarras possible." Sir Edward Grey répondit à Son Excellence qu'il était impossible de prévoir toutes les suites que pourrait entraîner la démarche que vient de faire le gouvernement italien et qu'il espérait que dans tout ce qui pourrait en résulter le gouvernement italien guiderait sa conduite de façon à ce que les conséquences de son action fussent aussi peu étendues que possible et le moins gênantes aux autres Puissances. L'Ambassadeur d'Italie ayant demandé à Sir Edward Grey s'il voulait signifier que l'Angleterre songerait peut-être à intervenir dans le but d'empêcher l'ouverture d'hostilités entre l'Italie et la Turquie, Sir Edward Grey lui répondit que ses paroles partaient du point de vue de la non-intervention.

[a]) Vgl. n. 2680, 2682, 2690, 2695, 2894. — [b]) British Documents on the Origins of the war I (London 1927) S. 287 Nr. 359.

Nr. 2682. Tel. nach Rom Nr. 125 (1), Berlin Nr. 92 (2) und Konstantinopel Nr. 199 (3), 1. Okt. 1911 (chiffr. 6 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

1. Türkischer Botschafter hat mich gestern aufgesucht und mir im Auftrage Hakki Paschas folgende Mitteilung gemacht. Die Türkei habe innerhalb der von Italien gestellten 24 stündigen Frist in sehr entgegenkommender Weise geantwortet und sich bereit erklärt in Unterhandlungen einzutreten; dessenungeachtet sei der Krieg erklärt worden. Nichtsdestoweniger sei die Türkei auch heute noch geneigt zu verhandeln und Italien weitgehende Bürgschaften für eine bevorzugte Stellung in Tripolis zu gewähren. Hieran knüpfte Rechid Pascha das Ersuchen um Verwendung bei der italienischen Regierung, damit noch in letzter Stunde ein Blutvergießen vermieden werden könne. Ich habe dem Herrn Botschafter gegenüber darauf hingewiesen, daß mir nach erfolgter Kriegserklärung eine Einmischung in den Konflikt gegenwärtig untunlich und auch nicht durch unsere Interessen geboten erscheine. Immerhin wolle ich aber diesen Appell der Türkei, mit welchem sie auch nach erfolgter Kriegserklärung die Bereitwilligkeit zu Unterhandlungen ausgesprochen hat, im Hinblick auf ihre Tendenz, Blutvergießen zu vermeiden, der italienischen Regierung „d'une manière amicale" zur Kenntnis bringen. Euer Hochwohlgeboren wollen sich zu Marquis di San Giuliano begeben und sich vorstehender Message unter Wahrung des Charakters einer einfachen Transmission entledigen. Zu Euer Hochwohlgeboren Information füge ich bei, daß mir über die von den Zeitungen gemeldete Demission Hakki Paschas noch keine offizielle Meldung vorliegt.

2. Ich telegraphiere nachstehendes an den k. u. k. Geschäftsträger in Rom. (Inseratur Text der Erledigung 1 in extenso.) Obige Konversation mit türkischem Botschafter hat vor Eintreffen Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 155 vom 30. v. M. stattgefunden. Sie werden aus meiner Antwort an Rechid Pascha ersehen, daß auch ich gegenwärtig den Augenblick

zu einer Intervention für noch nicht gekommen erachte. Obwohl ich mir keine Illusionen über die von Italien zu gewärtigende Antwort mache, habe ich geglaubt, den türkischen Appell insoferne berücksichtigen zu sollen, daß ich denselben in der oberwähnten Form einer bloßen Transmission an die italienische Regierung weitergeleitet habe. Euer Hochwohlgeboren wollen dem Herrn Staatssekretär sagen, daß ich den größten Wert auf ein vollständiges und fortgesetztes Einvernehmen mit dem Berliner Kabinette in der gegenwärtigen ernsten Zeit lege und daß ich meine definitive Antwort an die türkische Regierung im Sinne der deutschen Anregung, die sich mit meiner Auffassung deckt, erteilen werde, sobald ich in den Besitz der Rückäußerung aus Rom gelangt sein werde. Ich beabsichtige dem türkischen Botschafter meine Antwort mündlich zu erteilen, da auch seine Anregung mündlich erfolgt ist.

3. Ich telegraphiere nachstehendes an den k. u. k. Geschäftsträger in Rom. (Inseratur Text der Erledigung 1 in extenso.) Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren Information. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2681, 2683, 2699, 2709.

Nr. 2683. Tel. nach Rom Nr. 126 (1), Berlin Nr. 93 (2) und Konstantinopel Nr. 200 (3), 1. Okt. 1911 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

1. Laut Konsularmeldung wurde das türkische Torpedoboot Tokat, das am 29. September von Prevesa ausfuhr, durch italienische Kriegsschiffe beschossen und zum Auffahren gebracht. Euer Hochwohlgeboren wollen diesen Vorfall bei Marquis di San Giuliano zur Sprache bringen und darauf aufmerksam machen, daß das aktive Eingreifen der italienischen Seemacht an der Küste der europäischen Türkei mit der durch Herzog von Avarna abgegebenen entschiedenen Erklärung im flagranten Widerspruche steht, die italienische Regierung wolle den Konflikt lokalisieren und alles vermeiden, was den status quo auf der Balkanhalbinsel gefährden könnte. Eben die Wegnahme oder Außergefechtsetzung der türkischen Torpedoboote an der albanesischen Küste öffne der Waffeneinfuhr Tor und Riegel und bereite so den Wiederausbruch eines albanesischen Aufstandes vor. Die Wiederholung einer solchen Aktion an der albanesischen Küste in der Nähe des adriatischen Meeres würde zu schwerwiegenden Konsequenzen führen. Euer Hochwohlgeboren wollen den Herrn italienischen Minister des Äußern um eine bezügliche Aufklärung ersuchen und telegraphisch berichten.

2. Ich telegraphiere nachstehendes an den k. u. k. Geschäftsträger in Rom. (Inseratur Text der Erledigung 1 in extenso.) Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren Information und Mitteilung an Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär.

3. Ich telegraphiere nachstehendes an den k. u. k. Geschäftsträger in Rom. (Inseratur Text der Erledigung 1 in extenso.) Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren Information. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2682, 2684, 2689, 2691, 2692, 2695.

Nr. 2684. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 1. Okt. 1911 Nr. 131 (eing. 2. Okt. 2 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 69 von gestern. Ich war heute mittags bei Herrn Kokowzow und entledigte mich zunächst des ersten Teiles des hohen Auftrages, Euer Exzellenz bisherige prononzierte Haltung für Aufrechterhaltung des status quo am Balkan und Befriedigung über Übereinstimmung mit russischer Regierung in dieser Frage hervorhebend. Der Ministerpräsident dankt Euer Exzellenz und antwortete mit der Frage: „Alors l'Autriche-Hongrie est décidée à maintenir le statu quo dans les Balkans et à ne rien entreprendre qui pourrait le changer?" Ich erwiderte: Oui, et la raison pour laquelle j'ai cru devoir télégraphier notre dernière conversation au Comte Aehrenthal est que justement je croyais pouvoir en conclure que le Gouvernement russe était décidé à la même conduite. N'est ce pas le cas? Der Ministerpräsident entgegnete: „Oui, et même avant d'avoir consulté l'Empereur, je vous le déclare formellement." Darauf sagte Ministerpräsident, der Weltfriede hänge eigentlich von Österreich-Ungarn und Russland ab; wenn wir einig seien, sei er überzeugt, dass keine Störungen am Balkan vorkommen würden. Es sollten dies aber die Balkanstaaten wissen. Eine förmliche Anregung zu einem konkreten gemeinsamen Schritt machte er aber nicht. Ich teilte seine Ansicht, verhielt mich aber reserviert und bemerkte nur vertraulich, dass Euer Exzellenz schon auf Vertreter der Balkanstaaten in diesem Sinne gewirkt hätten. Dann fragte mich Herr Kokowzow, ob er meinen Schritt dem Kaiser Nikolaus mitteilen könnte, da Seine Majestät dadurch sehr beruhigt werden würde. Es war nicht der Moment zu zögern und gab ich meine Einwilligung, nur machte ich folgende Bedingung. Ich sagte, mein heutiger Schritt sei eigentlich die Erwiderung Euer Exzellenz auf seine selbst eingeleitete vorherige Konversation. Meine Demarche könne daher nicht als ein erster Schritt Österreich-Ungarns gelten, ausserdem würde ich mir als Geschäftsträger gar nicht, wenn nicht direkt befohlen, gestatten, irgendeine Initiative zu ergreifen. Er erwiderte: „Ich verstehe Sie. Nicht ein Wort von dieser Konversation wird in Zeitungen kommen, noch öffentlicher Meinung mitgeteilt werden. Ich fasse Demarche Graf Aehrenthals durch Ihre Vermittlung als eine quasi private, gestützt auf unsere alte Freundschaft auf und ich bin dafür sehr dankbar. Wenn Sie jetzt zu Neratow gehen wollen oder nicht, in offizieller Weise, das hat hiemit nichts zu tun. Nur möchte ich dem Kaiser einen Privatbrief darüber schreiben." Da mir dieser Gedanke ganz den Intentionen Euer Exzellenz zu entsprechen schien, sagte ich meinem Mitredner, dass er meinen Schritt sehr richtig auffasse und willigte ein, zur Mitteilung desselben an den Kaiser. Sodann teilte ich Ministerpräsidenten zweiten Teil Euer Exzellenz Telegrammes mit und wies, auch gestützt auf eigene Erfahrung, auf Gefahr solcher Individuen wie Herr Iswolsky für Weltfrieden. Herr Kokowzow sagte: „Vous pouvez dire au Comte Aehrenthal qu' hier j'ai conféré pendant deux heures et demie avec Monsieur Neratow sur toutes les eventualités que situation actuelle peut faire surgir. Nous avons examiné des rapports mais pas un mot pas une syllabe provenant ou émanant de Monsieur Iswolsky n'a été considéré ni même mentionné. Mitredner fügte hinzu, er begreife

Euer Exzellenz diesbezügliche Besorgnis von höherem politischen und nichtpolitischen Motiv aus, ich könne aber Euer Exzellenz vollständig beruhigen. Gesprächsweise, rein privatim, sagte Ministerpräsident, er habe durch Turkhan Pascha auch keine andere Hoffnung als Erhaltung des status quo am Balkan geben können; Kokowzow findet Vorgehen Italiens unerhört. Ich habe mit gestrigem Kurier in Privatschreiben[b]) an Euer Exzellenz Stimmung des Herrn Ministerpräsidenten erörtert. Ich habe deutschem Geschäftsträger nur vom ersten Besuch bei Ministerpräsidenten gesprochen und nur gesagt, dass ich Euer Exzellenz Glückwünsche überbrachte und konstatieren konnte, dass russische Regierung Lokalisierung des türkisch-italienischen Konfliktes und Erhaltung des status quo wünsche. Inwieferne ich eigenmächtig vorgegangen, erbitte ich Euer Exzellenz gütige Genehmigung. Ein Zögern hätte aber den Wert der ganzen Demarche beeinträchtigt. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2683, 2685, 2694, 2700, 2935. — [b]) Liegt nicht vor.

Nr. 2685. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 1. Okt. 1911 Nr. 132 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 131 von heute. Herr Kokowzow berief sich heute auf eine in heutiger „Nowoje Wremja" enthaltene Mitteilung, welche offiziösen Ursprunges sei. Dieselbe enthalte Erklärungen der russischen Regierung, dass sie strengste Neutralität wahren wird und setzt dann fort: „Russland trifft alle von ihm abhängigen Massregeln, damit das Feuer nicht auf dem Balkan ausbreche. Was die Mächte des Dreibundes anbelange, so ist die Lage derselben recht schwierig. Österreich ist vorläufig verhältnismässig ruhig, besonders nach der Erklärung Italiens, dass es diesen Krieg nicht als orientalische Frage betrachte, sondern als solche, die sich ausschliesslich auf Tripolis beschränke. Es ist nicht vorauszusehen, wie sich Österreich zu der Frage verhalten würde, wenn die Kriegsoperationen auf den Balkan übergingen. Was Deutschland anbelangt, so ist die dortige Presse empört über die Handlungsweise Italiens; irgend welche Aktionen zum Schaden Italiens und zum Vorteile der Türkei sind jedoch nicht vorauszusehen. Österreich und Deutschland haben beide Erklärungen von ihrer vollen Neutralität gemacht." Die Form ist nicht eine offiziöse. Besonders liebenswürdig ist Mitteilung für die Monarchie, welche in schwieriger Lage und deren spätere Pläne unsicher sein sollen, nicht. Ich denke, dass nach meiner Konversation von heute mit Ministerpräsidenten, wenn Euer Exzellenz es genehmigen, russische Regierung andere, freundlichere Mitteilungen erscheinen lassen würde. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2686, 2700.

Nr. 2686. Tel. aus Sofia, 1. Okt. 1911 Nr. 130 (eing. 2. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Habe mit gestrigem Kurier unter Nr. 67 C beruhigende Erklärungen, die derzeitiger Leiter Ministeriums des Äussern mir mit Rücksicht auf Tripolis abgab, vermeldet. Herr Dobrovitch sagte mir heute, er habe soeben

im Auftrage König Ferdinands mit allen Ministern Lage besprochen und empfing von friedlichen Dispositionen des Kabinetts allerbesten Eindruck. Nur Exzesse und Massacres in Mazedonien könnten bulgarische Regierung zwingen Stellung zu nehmen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 2685, 2687, 2717.

Tel. nach Berlin, 2. Okt. 1911 Nr. 94 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2690.

Tel. nach Berlin, 2. Okt. 1911 Nr. 95 (chiffr. 7 U 30 M. p. m.). Siehe n. 2688.

Tel. nach Bukarest, 2. Okt. 1911 Nr. 34 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2690.

Nr. 2687. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus Bukarest-Sinaia, 2. Okt. 1911 Nr. 58 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Ich sprach soeben Herrn Carp, der heute nach dem russischen Offiziersbesuch, während welchem er in Bukarest war, auf einige Stunden hier weilte und teilte ihm Inhalt der beiden telegraphischen Weisungen Nr. 31 und 32[b]) mit. Der Ministerpräsident beurteilt die aus der tripolitanischen Aktion resultierende Lage etwas pessimistischer als der Minister des Äussern. Auffassung lasse sich mit dem rumänischen Sprichworte charakterisieren „Zwei beginnen die Hora und viele beendigen sie." Ob Bulgarien durch die fernere Entwicklung der Dinge nicht zu aktivem Vorgehen gedrängt werde, scheine ihm ganz unbestimmbar, Rumänien würde dann automatisch auch hineingezogen. Da ich hierauf den neuernannten k. u. k. Militärattaché Herrn Carp vorstellte, erkundigte sich letzterer eingänglich über die Herrn von Hranilović aus frischer Erfahrung bekannten bulgarischen Dispositionen. Obgleich k. u. k. Militärattaché der Ansicht zuneigt, dass Bulgarien kaum die Initiative zu einer Aktion am Balkan ergreifen dürfte, ehe andere Staaten vorausgehen, meinte Herr Carp, die weitere Entwicklung der Ereignisse lasse sich einfach heute nicht voraussehen. Nach einer Pause schloss Ministerpräsident mit der Bemerkung: „Bis auf weiteres brauchen wir immerhin keine besonderen Vorbereitungen zu treffen. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 2686, 2688, 2695, 2717, 2741. — [b]) Vgl. Anm. b zu n. 2679.

Tel. nach Konstantinopel, 2. Okt. 1911 Nr. 202 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2690.

Nr. 2688. Tel. nach Konstantinopel Nr. 203 (1) und Berlin Nr. 95 (2), 2. Okt. 1911 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Aehrenthal).

1. Türkischer Botschafter hat mir gestern unter Hinterlassung einer Abschrift eine Weisung des Großveziers Said Pascha vorgelesen, mit welcher die Türkei einen neuen Appell an die Großmächte richtet. In demselben wird unter Anknüpfung an das frühere Interventionsansuchen nochmals

darauf hingewiesen, daß Italien trotz einer rechtzeitigen versöhnlichen Antwort auf das Ultimatum zur Kriegserklärung geschritten sei. Letzterer sei sogar noch ein Angriff seitens der italienischen Marine vorangegangen. Türkische Regierung halte sich somit für berechtigt, gegen Italien nicht nur die völkerrechtlichen Konsequenzen des Kriegszustandes zu ziehen, sondern auch alle jene Maßnahmen anzuwenden, deren Ergreifung der gegenwärtige Zustand zuläßt. In der Überzeugung, daß es noch möglich sei, dem Kriege ein Ende zu setzen, hat die Pforte diese Maßnahmen aufgeschoben und appelliert im Namen der Zivilisation, Gerechtigkeit und Billigkeit an die Mächte. Ich habe dem türkischen Botschafter geantwortet, daß ich den ersten Appell als Information nach Rom übermittelt habe und vor Einlangen einer Rückäußerung des römischen Kabinettes keinen weiteren Schritt unternehmen könne. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren Information.

2. (Inseratur Telegramm nach Konstantinopel Nr. 203 in extenso) und Mitteilung an den Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär.

[a]) Vgl. n. 2687, 2689, 2716.

Nr. 2689. Tel. an den Legationsrat Franz Kolossa in Konstantinopel, 2. Okt. 1911 Nr. 205 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. und G. Nemes).

In einer auf den Gegenstand meines Telegrammes Nr. 200 von gestern bezüglichen Besprechung hat Herzog Avarna mir gegenüber bemerkt, daß die Anzahl der im ionischen Meere befindlichen türkischen Torpedoboote es für Italien notwendig erscheinen ließ, dieser Bedrohung der eigenen Operationsbasis ein Ende zu setzen. Da der Wunsch, die Kriegsoperationen lokalisiert zu sehen, auch heute noch bei der Türkei bestehen dürfte, frage ich mich, ob zu diesem Zwecke nicht türkischerseits der Befehl an die Torpedoboote erteilt werden könnte, die Häfen nicht zu verlassen. Euer Hochwohlgeboren wollen den türkischen Ministern in unverbindlicher Weise suggerieren, eine solche Maßnahme in Erwägung zu ziehen.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2688, 2690, 2710.

Nr. 2690. Tel. nach London Nr. 48 (1), Berlin Nr. 94 (2), Rom Nr. 127 (3), Paris Nr. 45 (4), St. Petersburg Nr. 70 (5), Konstantinopel Nr. 202 (6) und Bukarest Nr. 34 (7), 2. Okt. 1911 (chiffr. 7 U 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Aehrenthal).

1. In einem gestern von Sir Fairfax Cartwright überreichten Aide-mémoire[b]) wird die Antwort wiedergegeben, welche die englische Regierung durch ihren Botschafter in Konstantinopel der Pforte auf deren Interventionsansuchen erteilen ließ. Aus der nachträglichen Verständigung des Londoner Kabinettes über die Absicht Italiens und der entschiedenen Sprache des italienischen Botschafters, betreffend die Tripolisfrage einerseits und dem Festhalten der Türkei an der Integrität ihres Territoriums andererseits, entnehme die englische Regierung, daß eine Intervention

im gegenwärtigen Augenblicke leider aussichtslos wäre. Die englische Auffassung stimmt in den Hauptpunkten mit meiner Antwort an Reschid Pascha überein. Gleichzeitig übergab mir der englische Botschafter ein Aide-mémoire,[c]) betreffend eine Konversation zwischen Sir E. Grey und Marquis Imperiali. Unter Ausdruck meines Dankes für die Übermittlung dieser beiden Pièces wollen Euer Exzellenz dem Herrn Staatssekretär gegenüber die erfreuliche Übereinstimmung unserer Auffassungen, betreffend das türkische Interventionsansuchen, betonen.

2.—7. (Inseratur aus Telegramm nach London Nr. 48 von „In einem" bis „Reschid Pascha überein").

2. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren Information und Mitteilung an Reichskanzler, beziehungsweise Staatssekretär.

3.—6. Vorstehendes zu Euer etc. Information.

7. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren Information und Mitteilung an Seine Majestät König Carol und Herrn Carp.

[a]) Vgl. n. 2689, 2691. — [b]) Vgl. n. 2680. — [c]) Vgl. n. 2681.

Tel. nach Paris, 2. Okt. 1911 Nr. 45 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2690.

Tel. nach Rom, 2. Okt. 1911 Nr. 127 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2690.

Nr. 2691. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 2. Okt. 1911 Nr. 128 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Aehrenthal).

Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 126: Laut einer beim österreichischen Lloyd eingelaufenen telegraphischen Meldung der Agentie in Prevesa wäre dieser Hafen italienischerseits blockiert. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, sich maßgebenden Ortes zu informieren, welcher Sachverhalt dieser Nachricht zugrunde liegt, und mir das Ergebnis Ihrer Erkundigungen telegraphisch einzuberichten. Es gilt dies für den Fall, als die königlich italienische Regierung, wie ich hoffe, eine befriedigende Antwort auf die Euer Hochwohlgeboren in dem oben zitierten Telegramme aufgetragene Demarche erteilt hat. Sollte dies wider Erwarten nicht der Fall sein, so wollen Euer Hochwohlgeboren Marquis di San Giuliano auch um Aufklärungen über die angebliche Blockade von Prevesa ersuchen, welche im auffälligen Widerspruche zu der Erklärung, den Konflikt lokalisieren zu wollen, stünde und eine unseren Handel und unsere Schiffahrt empfindlich schädigende Maßregel darstellen würde. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2690, 2692.

Nr. 2692. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 2. Okt. 1911 Nr. 138 (eing. 3. Okt. 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Den mir mit hohem Telegramme Nr. 126 erteilten Auftrag habe ich soeben bei Marquis San Giuliano ausgeführt. Derselbe war über die, wie er sich ausdrückte, sehr lebhafte Sprache, welche Euer Exzellenz in der Sache gegenüber Herzog von Avarna geführt haben, informiert und

ersuchte mich, die, Hochdenselben durch Vermittlung des Herrn italienischen Botschafters erteilten Aufklärungen in folgender Weise zu wiederholen: Die italienische Regierung habe durch Funkentelegraphie und, da diese nicht verlässlich funktionierte, auch durch besonders schnelle Kreuzer Herzog der Abruzzen den formellen Auftrag wiederholt, bis auf weiteres und in dem Masse als es möglich sei: 1. seine Operationen nicht in die Adria auszudehnen, 2. albanesische Küste, jonische Häfen und Fortifikationen nicht zu bombardieren. — Er bitte aber die Tatsache dieses Befehls, welche er Euer Exzellenz vertraulich mitteilte, der türkischen Regierung nicht bekanntzugeben, da er die Türkei in der Angst vor der Gefahr im Jonischen Meere erhalten müsse. Die Nachricht von der Ausschiffung von Truppen und vom Bombardement von Reschadie und Murtoy sei nicht zutreffend. Auf die Zerstörung der in albanesischen Häfen versammelten türkischen Torpedoboote ganz zu verzichten, sei der italienischen Regierung unmöglich, weil diese Fahrzeuge nicht nur offene adriatische Häfen Italiens bedrohen, sondern auch Transport des Expeditionskorps sehr merklich gefährden könnten. In der Praxis werde sich wahrscheinlich Notwendigkeit von Operationen der Flotte im Jonischen Meere nicht mehr ergeben, da inzwischen die meisten türkischen Torpedoboote zerstört sein dürften. Er habe seinerzeit durch Herzog von Avarna seinen Wunsch und die Hoffnung aussprechen lassen, dass der Konflikt auf Tripolis lokalisiert werden könne. Eine Verpflichtung dieser Art habe er nicht übernommen. Es sei auch unmöglich, von der einen kriegführenden Macht die Einschränkung ihres Operationsfeldes zu verlangen und der anderen volle Freiheit zu lassen. Es sei ihm von etwaigen Versuchen, Waffen nach Albanien einzuführen, nichts bekannt, er werde aber Massregeln zu dem Zwecke hervorrufen, dass die Seepolizei sorgfältig geübt werde. Er habe einige Albanesen, von welchen er befürchte, dass sie in Italien Verschwörungen anzetteln, ausweisen lassen. Die Türkei, an deren territorialer Integrität in Europa Italien ebenso interessiert sei, als die übrigen Grossmächte, begehe einen Fehler, indem sie Truppen von Albanien zurückziehe, um sie nach Tripolis zu schieben, wo sie doch nicht ankommen würden. Er erwäge, ob es nicht möglich wäre, durch Vermittlung befreundeter Mächte, mit der Türkei einen militärischen Accord in Bezug auf die Lokalisierung des Kriegsgebietes zu schliessen. Er könne hierüber noch keinen formellen Vorschlag machen, da er die Frage erst mit seinen militärischen Kollegen besprechen müsse. Fortsetzung folgt. Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 2691, 2693, 2695, 2713.

Nr. 2693. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 2. Okt. 1911 Nr. 139 (eing. 3. Okt. 3 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 138. Die Gefahr einer Ausdehnung des Brandes würde seiner Ansicht nach lediglich darin liegen, dass sich der Krieg in die Länge ziehe. Er hoffe aber, dass nach dem demnächst bevorstehenden Bombardement von Tripolis Türkei Vergeblichkeit einer Fortsetzung des Krieges einsehen wird. Damit wäre der Moment gekommen,

eine Intervention eintreten zu lassen. Bei den Friedensverhandlungen würde sich Italien sowohl was die Schonung des Ehrgefühls der Türkei als in der Geldfrage entgegenkommend erweisen. Er hoffe hiemit, Euer Exzellenz von der Aufrichtigkeit seines Wunsches, keine Komplikationen auf dem Balkan herbeizuführen, überzeugt zu haben. Schliesslich lenkte er meine Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass die öffentliche Meinung Italiens loyale Haltung, welche Österreich-Ungarn in seiner derzeitigen schwierigen Lage bekunde, vollkommen würdige. Hiebei liess er durchblicken, dass er es sehr bedauern würde, wenn die Tonart, welche Euer Exzellenz gegenüber dem Herzog von Avarna angeschlagen haben, und die Sprache, welche Hochdieselben durch mich führen liessen, ein Echo in unserer Presse (finden)[b] und infolgedessen in den hiesigen Blättern eine Erkaltung der Wertschätzung unserer Haltung gegenüber dem italo-türkischen Konflikte eintreten würde. Ambrózy.

[a] Vgl. n. 2694, 2695, 2713. — [b] Chiffre fehlt.

Tel. nach St. Petersburg, 2. Okt. 1911 Nr. 70 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).
Siehe n. 2690.

*Nr. **2694**. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 2. Okt. 1911 Nr. 134 (eing. 3 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.*

Mein Telegramm Nr. 131. Nach reiflicher Überlegung kann ich mich des Eindruckes immer nicht erwehren, dass, wenn meine gestrigen Äusserungen Herrn Kokowzow, wie augenscheinlich, eine so besonders grosse Beruhigung waren, russischer Vertreter in Wien Stellungnahme Euer Exzellenz in Frage der Erhaltung des Status quo hieher nicht klar genug berichtete. Dies würde auch mangelhaften Text gestriger Mitteilung in „Nowoje Wremja" erklären, welchen Ministerpräsident als offiziösen Ursprungs bezeichnete. (Bei dieser Unterredung hatte ich sie gar nicht gelesen.) Hierüber könnte ich gelegentlich, wenn Euer Exzellenz es genehmigen, Herrn Neratow ein Wort sagen, und hebe hervor, dass Euer Exzellenz Stellungnahme in dieser Frage von Anfang an ganz klar prononziert war. Ich war natürlich bisher nicht bei ihm wegen dieser Angelegenheit. Auch wäre ich zur Regelung meiner Sprache Euer Exzellenz für eine eventuelle Mitteilung sehr dankbar, ob, wenn russische Regierung ein gemeinsames Vorgehen à deux, eventuell notes identiques etc. anregen sollte, Hochdieselben einen solchen Vorschlag sympathisch begrüssen würden. Selbstredend würde ich, wenn mir solche Eröffnungen gemacht werden sollten, mich darauf beschränken, anheimzustellen, solchen Vorschlag in Wien zu machen, eventuell — wenn Euer Exzellenz damit einverstanden — auch zu sagen, daß ich Euer Exzellenz Instruktionen einholen werde. Nichtsdestoweniger wäre es mir unendlich wertvoll Euer Exzellenz diesbezügliche Dispositionen wenn möglich schon jetzt zu wissen, um eine solche eventuelle Konversation hier in der gewünschten Richtung zu erhalten und Suszeptibilitäten, welche in solchen Fällen leicht berührt werden können, zu schonen. Allerdings habe ich bisher für die Annahme solcher russischer Absicht

keinen Anhaltspunkt als gestrige Äusserungen des Ministerpräsidenten, welche unter Eindruck des Ernstes der Lage gemacht; ob diese Äusserungen mit oder ohne solche positive Absicht in dieser Richtung gemacht wurden, kann ich nicht beurteilen. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2693, 2695, 2700.

Nr. 2695. Privatschreiben an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 3. Okt. 1911 Nr. 2287.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Aus Ihren letzten telegrafischen Meldungen habe ich mit Befriedigung ersehen, dass die deutsche Regierung sich türkisch-italienischen Konflikt gegenüber in einer Weise zu verhalten gedenkt, die meiner Auffassung und meinen Absichten durchaus konform ist. Auch meine Bemühungen verfolgen als nächstes Ziel, den bewaffneten Konflikt, da er nun einmal ausgebrochen ist, möglichst zu lokalisieren; ich werde auch sicherlich bereit sein, sobald ich den Augenblick für gekommen erachte, zum Zwecke der Beendigung des Krieges zwischen Italien und der Türkei zu vermitteln. Heute wäre es aber meiner Ansicht nach jedenfalls verfrüht, eine Vermittlungsaktion einzuleiten. Eine solche Aktion scheint mir — und auch hierin decken sich meine Anschauungen mit denen Herrn von Kiderlens — erst dann Chancen eines positiven Erfolges zu bieten, wenn Tripolis einmal tatsächlich von den Italienern besetzt und dadurch ein unabänderliches fait accompli geschaffen sein wird. Andererseits ist aber wol zu bedenken, dass jederzeit Momente eintreten könnten, geeignet, der Pforte das Eingehen auf ein Kompromiss zu erschweren oder unmöglich zu machen; auch die Wahrscheinlichkeit, dass es gelingen werde, eine Ausbreitung des Streites hintanzuhalten, wird immer geringer, je länger der Kriegszustand dauert. Ich halte daher dafür, dass mit dem Versuche einer Vermittlung nicht allzu lange zugewartet werden darf, sondern dass er unternommen werden müsste, sobald nur einigermaßen Aussicht auf ein Gelingen vorhanden ist. Derartige Chancen dürften sich meiner Ansicht nach, wie gesagt, ergeben, sobald die Okkupation von Tripolis eine vollzogene Tatsache ist. Ich habe mich im Sinne der vorstehenden Konsiderationen zu Herrn von Tschirschky ausgesprochen und ersuche Euer Hochwohlgeboren sich in analoger Weise gegenüber dem Herrn Staatssekretär vernehmen zu lassen. Euer Hochwohlgeboren wollen hiebei auch den Gedanken zum Ausdruck bringen, dass unsere beiden Kabinette die Vermittlungsaktion, sobald sie den Moment für gekommen erachten, in Angriff nehmen sollten, ohne sich auf eine vorherige Fühlungnahme mit den anderen Kabinetten weiter einzulassen. Österreich-Ungarn und Deutschland als den Alliierten falle naturgemäss die Vermittlerrolle zu, und erscheine unsererseits ein rasches Einschreiten schon aus dem Grunde geboten, als wir die sich darbietende Gelegenheit nicht versäumen dürfen aus der heiklen Lage möglichst rasch herauszukommen. Über die Euer Hochwohlgeboren aus meinem Telegramm Nr. 93 vom 1. d. Mts. bekannte Demarche in Rom sind mir die beiden hier abschriftlich mitfolgenden Telegramme des k. u. k.

Geschäftsträgers Baron Ambrózy[b]) zugekommen. Euer Hochwohlgeboren wollen dem Herrn Staatssekretär von deren Inhalt streng vertraulich Kenntnis geben und darauf hinweisen, dass auch Marquis di San Giuliano der Ansicht Ausdruck gibt, dass der Moment eine Intervention eintreten zu lassen nach dem Bombardement von Tripolis gekommen sein dürfte. Dann würde wohl auch bei Italien, wie dies bei der Pforte ohnehin bereits der Fall ist, der Gedanke einer Vermittlung Anklang finden. Die in den beiden Telegrammen wiedergegebenen Aufklärungen Marquis di San Giulianos betreffend den Vorfall von Prevesa erachte ich momentan für genügend und hoffe durch meine freundschaftlichen Vorstellungen in Rom, Italien nunmehr von kriegerischen Operationen im jonischen Meere und der Adria fernzuhalten. Wie wohl ich annehme, dass der Herr Staatssekretär über die Stimmung in Bukarest bereits unterrichtet ist, schliesse ich zwei Telegramme des Grafen Czernin[c]) in Abschrift bei und ersuche Sie, auch von deren Inhalt Herrn von Kiderlen Kenntnis zu geben. Dasselbe gilt von den hier mitfolgenden Abschriften zweier Aide-Mémoires, die Sir Edward mir vor kurzem überreichen ließ[d]) und in denen der Standpunkt des englischen Kabinets in der Tripolisfrage zum Ausdruck gebracht wird.

[a]) Vgl. n. 2675, 2694, 2697, 2702, 2715, 2756. — [b]) Vgl. n. 2692, 2693. — [c]) Vgl. n. 2679, 2687. — [d]) Vgl. n. 2680, 2681.

Nr. 2696. Privatschreiben an den Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter, 3. Okt. 1911.[a]) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Ihre freundlichen Zeilen vom 29. v. M. habe ich dankend erhalten und deren Inhalt Seiner Majestät dem Kaiser und König unterbreitet. Da Sie sich einverstanden erklären, dass nunmehr von dem Briefwechsel der Souveräne abgesehen werde, und da Sie beabsichtigen, dies durch Jagow in Rom wissen zu lassen, würde ich meinerseits Herrn von Mérey, welcher sich am 5. d. M. auf seinen Posten begibt, beauftragen, die gleiche Mittheilung in Rom zu machen. Es freut mich, aus Ihrem Schreiben weiters entnehmen zu können, dass Sie aus einer Bemerkung Pansa's den Schluss ziehen, wir dürften italienischerseits hinsichtlich der Vertragsdauer keine Schwierigkeiten zu erwarten haben. Die von Ihnen vorgeschlagene Formulirung schiene mir vollkommen entsprechend, wobei aber selbstverständlich die zwölfjährige Dauer der Allianz unter den im Art. XIV des gegenwärtig in Geltung stehenden Vertrages vorgesehenen Modalitäten unzweideutig zum Ausdruck kommen müsste. Mein Allergnädigster Herr ist vollkommen damit einverstanden, dass Wien als Abschlussort gewählt werde, und ich danke Ihnen für diesen Vorschlag sowie für Ihren Antrag, die bezügliche Anregung in Rom zu übernehmen. Auch ich hätte natürlich nichts dagegen einzuwenden, wenn der Abschluss in Rom in Aussicht genommen würde, kann Ihnen aber nur darin beipflichten, dass der gegenwärtige Moment nicht gerade für Rom zu sprechen scheint. Ich nehme nunmehr an, daß Sie das Weitere wegen der formellen Durchführung der Angelegenheit durch Jagow in Rom in die Wege leiten lassen und gedenke meinerseits

auch Mérey zu beauftragen, bei seiner Rückkehr mit Marquis di San Giuliano diesbezüglich in Kontakt zu treten. Ich sollte aber meinen, dass man italienischerseits gegenwärtig einigermassen zögern dürfte, zum Abschlusse zu schreiten, da sich aus der bisherigen Vorgangsweise Italiens die Absicht entnehmen läßt, die Aufnahme der Allianzverhandlungen als Mittel zu verwenden, um sich die Unterstützung der Verbündeten in der Tripolisaffaire bis zu deren Beendigung unbedingt zu sichern.

[a]) Vgl. n. 2703, 2757.

Nr. 2697. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 3. Okt. 1911 Nr. 162 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Staatssekretär erzählte mir beim heutigen Diplomatenempfang, er höre von Nizamy Pascha, Sir Edward Grey hätte dem türkischen Botschafter in London gesagt, England und, soviel er wisse, auch Russland würden sich jeder Initiative zu einer Intervention im italienisch-türkischen Krieg anschliessen. Staatssekretär meinte mir gegenüber, er bleibe bei der Ansicht, die Italiener müssten erst Tripolis besetzen, dann wäre der Moment für eine Intervention; leider schienen die Witterungsverhältnisse das Landen schwierig zu gestalten. Flotow.

[a]) Vgl. n. 2695, 2698, 2702.

Nr. 2698. Tel. aus London, 3. Okt. 1911 Nr. 64 (eing. 8 U. p. m.).[a]) Entziff.

Premierminister, der gestern in Balmoral eingetroffen ist, sprach mir von italienisch-türkischem Krieg. Ich äusserte mich im Sinne Euer Excellenz Telegramme Nr. 46[b]) und 47 vom 30. v. M. Premierminister meinte, englische Regierung spreche in ähnlichem Sinne. Machen liesse sich ihrerseits jetzt nichts mehr. Hauptsache sei Lokalisierung, er glaube aber, dass es zweifelhaft sei, ob es gelingen werde. Sinken türkischer Torpedoboote durch Italiener erschwere es und sei ein Fehler. Als seine Privatansicht bezeichnete er mir streng vertraulich italienisches Vorgehen als noch nicht dagewesene Friedensstörung und Aggression, er wundere sich, dass der König von Italien Sanktion dazu erteilte. Italiens Veröffentlichung zur Rechtfertigung des Angriffes türkischen Territoriums sei so schwach, dass es nicht der Mühe wert sei, sie zu lesen. Er befürchte, dass trotz der in England bestehenden starken Sympathien für Italien sich hier in der Öffentlichkeit sehr starke Entrüstung manifestieren wird. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2697, 2699. — [b]) Vgl. n. 2670 Anm. a.

Nr. 2699. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 3. Okt. 1911 Nr. 142 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Der königlich italienische Minister des Äussern, welchem ich die in Euer Exzellenz Telegramm No. 125 enthaltene Message instruktionsgemäss übermittelte, ersuchte mich, unter Hervorhebung des Umstandes, dass er lediglich seine persönliche Meinung äusserte, welche durch die kommenden Ereignisse umgestossen werden könnte, und dass er sich nicht engagieren möchte, seine Antwort in beiläufig folgender Weise wiederzugeben: „Je

remercie le Comte Aehrenthal de sa communication. Je pense qu'il est nécessaire de donner à la question de la Tripolitaine une solution définitive écartant toute cause de conflit entre l'Italie et la Turquie. Je crois donc que si l'on faisait la paix avant de verser beaucoup de sang, je pourrais obtenir le consentement de la nation italienne à une situation non inférieure à celle qu'avait l'Autriche-Hongrie en la Bosnie-Hercégovine avant l'annexion en 1908. Nous sommes aussi disposés à donner des compensations équitables avec une certaine largeur. Naturellement un accord sur des bases si favorables à la Turquie ne serait plus possible, si la guerre devait durer longtemps et nous imposer des sacrifices plus graves." Ambrózy.

a) Vgl. n. 2698, 2700, 2709.

Nr. 2700. Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 3. Okt. 1911 Nr. 71 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramme Nr. 131 und 132 vom 1ten l. Mts. und Nr. 134 vom 2ten l. Mts. Ich bin mit der von Euer Hochwohlgeboren bei Ihrer Unterredung mit Herrn Kokowzow geführten Sprache durchaus einverstanden, da Sie deutlich hervorgehoben haben, dass es sich nicht um eine Initiative unsererseits sondern um eine Antwort auf die Frage handle, wie wir uns zu verhalten gedenken. Ich stelle es Euer Hochwohlgeboren anheim, um Suszeptibilitäten Herrn Neratows vorzubeugen, ihm gelegentlich und in aller Kürze den Inhalt Ihrer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten zu wiederholen, hiebei aber nur jene Punkte zu berühren, die sich mit meiner Aussprache gegenüber dem russischen Geschäftsträger vom 28. v. Mts. (Telegramm No. 67 und 68 vom 29ten v. Mts.) decken. Im gleichen Sinne habe ich mich auch heute Herrn von Giers, der vom Urlaube zurückgekehrt ist und mich um meine Auffassung frug, neuerlich ausgesprochen. Russische Regierung ist somit über unsere Absichten vollkommen orientiert; jeder weitere Schritt oder aufklärende Mitteilungen Ihrerseits würden in Petersburg nur den mir unerwünschten Eindruck hervorrufen, dass wir es sind, die auf ein engeres Zusammengehen mit Russland Werth legen. Euer Hochwohlgeboren wollen sich daher russischen Anregungen gegenüber vollkommen receptiv verhalten und sich darauf beschränken sie an mich weiterzuleiten. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2699, 2701.

Nr. 2701. Tel. aus Belgrad, 4. Okt. 1911 Nr. 123 (eing. 5 U. 20 M. p. m.).a) Entziff.

Italienischer Geschäftsträger sagt mir, dass Montenegro sich Italien angetragen habe, in Albanien einzufallen, wurde aber mit Entschiedenheit abgewiesen. Daraufhin soll Montenegro erklärt haben, auf eigene Faust vorzugehen und sich hiezu mit Balkanstaaten in Verbindung zu setzen. Italienischer Gesandter kehrt heute mit Verkürzung seines Urlaubes zurück. Ugron.

a) Vgl. n. 2661, 2700, 2702, 2707, 2717, 2759.

Nr. 2702. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 4. Okt. 1911 Nr. 163 (eing. 5. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe mich heute des mir mit Euer Exzellenz Privatbrief[b] erteilten hohen Auftrages entledigt. Euer Exzellenz in demselben dargelegte Konsiderationen waren dem Staatssekretär auch durch Herrn von Tschirschky zur Kenntnis gebracht worden. Staatssekretär äusserte seine besondere Befriedigung darüber, dass Euer Exzellenz Auffassung über die der k. u. k. Regierung geboten erscheinende Stellungnahme zum italienisch-türkischen (Konflikte)[c] sich mit der deutschen Regierung so vollkommen deckt. Euer Exzellenz Anschauung, dass die beiden Kabinette die Vermittlungsaktion, sobald sie den Moment für gegeben erachten,[d] in Angriff nehmen sollten, ohne sich auf eine vorherige Fühlungnahme mit den anderen Kabinetten einzulassen, bezeichnet Kiderlen als der seinigen ganz entsprechend. Für die hochinteressanten diplomatischen Mitteilungen ersuchte mich Staatssekretär, Euer Exzellenz seinen verbindlichsten Dank zu übermitteln. Ein ganz besonderes Interesse bekundete er für die Aide-Mémoires Sir E. Greys. Er bat mich, Euer Exzellenz zu melden, dass die ihm gestern vom türkischen Botschafter gegebene Nachricht über Interventionsgedanken Englands (siehe Telegramm von gestern Nr. 162) ihm von Herrn Cambon bestätigt wurde. Kiderlen habe den Eindruck, dass der hiesige französische Botschafter durch seinen wieder in Paris weilenden Bruder davon informiert sei und dass England und Russland gegenwärtig trachteten, Frankreich, das sich Italien gegenüber gewissermassen für gebunden halte, für eine gemeinsame Intervention zu gewinnen. Eine solche könnte für Italien keinesfalls vorteilhaft werden. Er habe daher auch den deutschen Botschafter in Rom beauftragt, seine Sprache dem italienischen Minister des Äussern gegenüber so zu regeln, dass diese Eventualität der italienischen Regierung nicht unbekannt bleibe und sie zu einem möglichst raschen Vorgehen in Tripolis angespornt werde.

Flotow.

[a] Vgl. n. 2701, 2704, 2715. — [b] Vgl. n. 2695. — [c] Chiffre fehlt. — [d] So!

Nr. 2703. Privatschreiben des Staatssekretärs des deutschen Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter; Berlin, 4. Okt. 1911.[a] Ausfert.

Für Ihre freundlichen Zeilen sage ich Ihnen herzlichen Dank. Ich bin mit Allem, das darin enthalten, einverstanden, und habe Herrn von Jagow sofort beauftragt, im Einvernehmen mit Herrn von Mérey in Verhandlungen mit dem italienischen Minister auf Grund der von uns vereinbarten Vorschläge einzutreten.

Kiderlen.

[a] Vgl. n. 2696, 2735.

Nr. 2704. Tel. aus London, 4. Okt. 1911 Nr. 66 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Sowohl König Georg als Herr Asquith meinten gestern, dass wenn wirklich Italiener die Unvorsichtigkeit begangen hätten, in Prevesa zu

landen, was ja hoffentlich nicht wahr sei, es als ein Irrtum eines Kommandanten desavouiert und rückgängig gemacht werden müsse, um nicht ernste Gefahren am Balkan und Konflikt zwischen uns und Italien heraufzubeschwören. Premierminister sah in dem Faktum, dass Italien bis gestern nicht in Tripolis gelandet hätte, das einzig beruhigende Moment der Situation. Er hofft noch auf ein Arrangement, wodurch Italien in irgend einer Form Tripolis erhält, der Türkei aber Kompensationen gewährt werden. Als seine rein persönliche Ansicht meinte Herr Asquith, dass italienische Regierung geneigt sein dürfte, ziemlich bedeutende Kompensationen zu gewähren, weil man in Rom einsehe, dass man durch die plötzliche Aggression zu weit gegangen sei, italienisches Vorgehen nirgends gebilligt und von der öffentlichen Meinung Englands, für die man in Italien sehr empfindlich ist, verurteilt wird. König Georg, der über türkisch-italienischen Konflikt recht ungehalten war, ist in seiner Sprache doch stark von seiner Sympathie für Italien und Antipathie gegen Türkei beeinflusst. In der Presse wurde das Vorgehen Italiens zwar scharf verurteilt, doch konstatierte ich bei vielen grossen Blättern eine zunehmende Betonung der alten Freundschaft für Italien und des Fiaskos des jungtürkischen Régimes. Bezeichnend erscheint mir die in den meisten Blättern enthaltene Versicherung, dass — falls Deutschland eine Mediation unternimmt — es auf volle Unterstützung Englands rechnen kann. Mensdorff.

a) Vgl. n. 2702, 2705.

Nr. 2705. Tel. aus London, 4. Okt. 1911 Nr. 67 (eing. 5. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Heute früh von Balmoral zurückgekehrt, habe ich nachmittag Sir E. Grey gesehen. Staatssekretär bezeichnete italienische Vorgangsweise als sehr überraschend, enthielt sich aber jeder eingehenderen Kritik. Seitens der Türkei sei er schon dreimal um Intervention angegangen worden. Seine Antwort war stets die Euer Exzellenz bereits bekannte. Er resumiert momentan Lage dahin: „Italien will Tripolis behalten und wäre geneigt, Kompensationen zu geben, Türkei will kein Arrangement, durch welches sie Tripolis verliere." Unter diesen Umständen sei Mediation vorläufig unmöglich. Hauptschwierigkeit der Lage scheine ihm Abwesenheit jeder Regierung und jeder Autorität in der Türkei. Bei meinen französischen und deutschen Kollegen, die ich sah, fand ich denselben Eindruck. Graf Metternich hat keinerlei Auftrag von Berlin, über eventuelle Mediation mit Sir E. Grey ins Einvernehmen zu treten. Italienischer Kollege, der hier alle Gerüchte von italienischen Landungen irgendwo ausserhalb Tripolis offiziell und öffentlich auch für künftige Fälle dementieren lässt, scheint mir im allgemeinen mit hiesiger Stimmung nicht unzufrieden. Er glaubt, Entrüstung über italienisches Vorgehen, die hauptsächlich in radikalen Blättern auftrat, habe sich bereits ausgetobt. Auch im Foreign Office hörte ich Meinung ausgesprochen, dass nicht mehr viel Indignation sich bemerkbar machen wird. Ich glaube, einerseits festgewurzelte populäre Freundschaft für Italien, andererseits der Wunsch, die Politik nicht zu wiederholen, die

zur Zeit der bosnischen Annexion befolgt wurde, und jetzt hier allgemein als verfehlt anerkannt wird — auch mehrfach in der Presse in den letzten Tagen — erklärt dieses Zurückweichen der anfangs bemerkbaren Entrüstung.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2704, 2706, 2749 Anm. b.

Nr. 2706. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 4. Okt. 1911 Nr. 134 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Herzog Avarna hat mich am 2. d. M. aufgesucht und auftragsgemäß mir nachstehende Aufklärungen über die Aktion der italienischen Kriegsschiffe vor Prevesa erteilt. Durch das Vorhandensein einer Anzahl türkischer Torpedoboote in den dortigen Gewässern habe man die italienische Nachschublinie bedroht gesehen und war die italienische Marine somit gezwungen, vor Beginn der eigentlichen Operation vor Tripolis zur Sicherstellung der eigenen Basis die ihre Flanke bedrohenden feindlichen Torpedoboote zu vernichten. Ich habe Herzog Avarna erwidert, daß ich es lebhaft bedauern würde, wenn Italien zur Fortsetzung der vor Prevesa begonnenen Aktion gegen die türkischen Torpedoboote schreiten würde, da dann der Widerspruch mit den bestimmten Erklärungen betreffs Lokalisierung des Kriegsschauplatzes noch klarer hervortreten würde. Ich bat den Herrn Botschafter, den Umstand zu erwägen, daß Italien seine angekündigten Operationen im Mittelmeere mit einem aggressiven Akte an der albanischen Küste beginne, somit gerade an jenem Punkte, wo eben erst eine Beruhigung eingetreten sei und der für ein neuerliches Aufflammen des Brandes in der europäischen Türkei als der gefährlichste zu bezeichnen sei. Ich könne, so fuhr ich fort, nur meine Stimme neuerdings warnend erheben und ihn bitten, auch in Rom in diesem Sinne vorstellig zu werden; es sei keineswegs meine Absicht, in die Entschließungen der italienischen Regierung einzugreifen, müsse aber nachdrücklichst darauf hinweisen, daß die Verantwortung Italiens an einer eventuellen Rückwirkung auf den Balkan durch sein Vorgehen an der albanischen Küste nur zunehme. Im übrigen könne ich meine Zweifel an dem Ernste der Italien aus der Gegenwart türkischer Torpedoboote erwachsenden Gefahr nicht verbergen. Zum Schlusse erwähnte der Herr italienische Botschafter die erregte Sprache unserer Presse und bat mich, auf diese kalmierend einzuwirken. Ich habe Herzog Avarna geantwortet, daß mir dies leider insolange nicht möglich sei, als ich nicht selbst über das weitere Verhalten Italiens im jonischen Meere und der Adria vollkommen beruhigt sei. Zur Information und gelegentlichen Verwertung.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2705, 2707, 2713.

Tel. nach Berlin, 5. Okt. 1911 Nr. 98 (chiffr. 4 U. 45 M. p. m.).[a]) Siehe n. 2708.

Tel. nach Berlin, 5. Okt. 1911 Nr. 99 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 2709.

Nr. 2707. Tel. aus Cetinje, 5. Okt. 1911 Nr. 120 (eing. 3 U. p. m.).[a] *Entziff.*

König, welcher noch in Antivari weilt, sandte gestern abends Minister des Äussern, um zu erklären, dass er Euer Exzellenz an den Minister in Wien erteilte Ratschläge befolgen und während italienisch-türkischen Konfliktes sich ruhig verhalten werde. Ich bitte um telegrafische Weisung, ob ich ungeachtet dieser Message die mit Telegramm Nr. 81[b]) aufgetragene Demarche ausführen soll. Giesl.

[a]) Vgl. n. 2635, 2701, 2706, 2708, 2717. — [b]) Vom 29. Sept.

Nr. 2708. Tel. nach Konstantinopel Nr. 210 (1), Berlin Nr. 98 (2) und Rom Nr. 136 (3), 5. Okt. 1911 (chiffr. 4 U. 45 M. p. m.).[a] *Konz. (S. und G. Aehrenthal).*

1.—2. Vertraulich. Gestern ist Reschid Pascha bei mir erschienen mit der Ankündigung der Aufforderung, in das Cabinet Said Paschas einzutreten und mit der Bitte um einen Rath. Ich sagte dem Botschafter, daß angesichts der schwierigen Lage, in der sein Vaterland sich befinde, es seine patriotische Pflicht wäre, dem Rufe zu folgen. Er sei, nach meiner Ansicht, durch seinen langen Aufenthalt in Rom und auch durch seine hiesige Wirksamkeit besonders qualifiziert, die Führung der äußeren Politik in einem Momente zu übernehmen, wo es gilt, den türkisch-italienischen Conflict rasch zu beendigen. Reschid Pascha betheuerte, der Aufgabe nicht gewachsen zu sein, er werde aber das Opfer bringen und er finde darin Trost und Muth, bei Durchführung seiner schwierigen Mission auf unsere persönlichen freundschaftlichen Beziehungen und auf die Unterstützung der Monarchie zählen zu können. Ich erwiderte, daß er nach beiderlei Richtung recht habe, auf unsere freundschaftliche Haltung zu rechnen, natürlich unter der Voraussetzung, daß die Türkei entschlossen sein werde, durch rasche und weise Entschlüsse aus der gegenwärtigen precären Lage sich zu befreien. Wir erörterten eingehend die heutige Situation, wobei ich constatieren konnte, daß Reschid Pascha sich vollkommen darüber im klaren ist, daß Tripolitanien für die Türkei verloren und die Fortdauer des Kriegszustandes beinahe mit Sicherheit nur eine Verschlechterung der Bedingungen nach sich ziehen könnte. Hinsichtlich letzterer scheint Reschid Pascha an die Rettung der nominellen Souveränität des Sultans und womöglich auch noch an andere moralische Satisfactionen zu denken. Materielle Entschädigungen wären gewiß auch sehr erwünscht. Die Haltung der Balkanstaaten scheint Reschid Pascha infolge der bestimmten und übereinstimmenden Rathschläge der Großmächte augenblicklich weniger zu beunruhigen. Ich verhehlte ihm aber nicht, daß gerade wegen der Unzuverlässigkeit der Balkanstaaten eine Fortdauer des Kriegszustandes für die Türkei die größten Gefahren in sich bergen würde. Da die beiden Gegner Schwierigkeiten hätten, in Tripolitanien selbst ihre Kräfte zu messen, würden die Feindseligkeiten nur zu leicht auf die Balkanhalbinsel übergreifen. Die starke Verstimmung in der öffentlichen Meinung der Monarchie wegen der überflüssigen maritimen Operationen Italiens im jonischen und adriatischen

Meere ist Reschid Pascha nicht entgangen. Unter Bezugnahme darauf frug er mich, ob nicht die Türkei im Verlaufe des Conflictes mit Italien, namentlich wenn letztere Macht ihre Engagements bezüglich der Localisierung des Krieges nicht einhalten sollte, außer der Freundschaft und moralischen Unterstützung auch noch auf eine andere Hilfe Österreich-Ungarns zählen könnte. Unter Hinweis auf meine ihm bekannte, stets loyale Sprache beantwortete ich diese Sondierung des Botschafters mit dem Bemerken, Österreich-Ungarn sei der Verbündete Italiens, habe bereits im Interesse der thunlichsten Einschränkung des Kriegstheaters seinen Einfluß eingesetzt und werde diesbezüglich seine Bemühungen fortsetzen. Darüber hinaus könne ich jedoch keine Hoffnungen unterstützen.

1. Zur Information und Regelung der Sprache.

2. Zur streng vertraulichen Mittheilung an den Reichskanzler beziehungsweise Staatssecretär.

3. Zur streng vertraulichen Verwerthung bei Marquis di San Giuliano. (Inseratur vorstehendes Telegramm von „Gestern ist Reschid Pascha ..." *bis* „... Balkanhalbinsel übergreifen.")

a) Vgl. n. 2707, 2709.

Nr. 2709. Tel. nach Konstantinopel Nr. 211 (1) und Berlin Nr. 99 (2), 5. Okt. 1911 (chiffr. 6 U. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

1. u. 2. Baron Ambrózy hat sich des ihm erteilten Auftrages

1. — vide mein Telegramm Nr. 199 vom 1. d. M. —

2. — vide mein Telegramm Nr. 92 vom 1. d. M. —

1. und 2. bei Marquis di San Giuliano entledigt. Italienischer Minister des Aeußern hat sich hierauf unter Hervorhebung des Umstandes, daß er lediglich seine persönliche Meinung äußere und sich nicht engagieren möchte, in beiläufig folgender Weise dem k. u. k. Geschäftsträger gegenüber geäußert: ... *wie n. 2699 von „Je remercie le Comte Aehrenthal" bis „plus graves."*

1. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Großvezier hievon streng vertraulich Kenntnis zu geben.

2. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulichen Information und Mitteilung an den Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2708, 2710, 2716, 2719.

Nr. 2710. Tel. nach Konstantinopel, 5. Okt. 1911 Nr. 213 (chiffr. 9 U. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 205 vom 2. d. M. Marquis San Giuliano hat in einer Unterredung mit dem k. u. k. Geschäftsträger erwähnt, er erwäge, ob es nicht möglich wäre, durch Vermittlung befreundeter Mächte mit der Türkei einen militärischen Akkord in Bezug auf die Lokalisierung des Kriegsgebietes zu schließen. Der k. u. k. Geschäftsträger in

Berlin meldet mir, daß Herr Pansa sich in ähnlicher Weise Herrn von Kiderlen gegenüber ausgesprochen hat und letzterer diesen Anwurf gleich aufgegriffen habe. Staatssekretär habe Baron Marschall beauftragt, mit der Pforte wegen eines etwaigen gleichen Ansinnens in Fühlung zu treten. Euer Exzellenz wollen sich in Ihren Gesprächen mit dem deutschen Botschafter sowie mit dem Großvezier davon überzeugen, ob deutscherseits eine Demarche in obiger Richtung erfolgt ist und bejahenden Falles sich letzterem gegenüber in gleichem Sinne vernehmen lassen. Ich sehe einer telegraphischen Berichterstattung im Gegenstande mit Interesse entgegen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2709, 2711, 2726.

Nr. 2711. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 5. Okt. 1911 Nr. 296 (eing. 2 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Baron Marschall, welcher mir heute einen längeren Besuch abstattete, sagte mir, Seine Majestät der Sultan hätte sich mit einem Interventionsbegehren auch direkt an Seine Majestät den Kaiser Wilhelm gewendet. Die Antwort Seiner Majestät des deutschen Kaisers, welche Baron Marschall am 1. d. M. dem Sultan übermittelte, lautete dahin, Seine Majestät bedauere, dass die rasche Folge der Ereignisse und der eingetretene Kriegszustand eine Intervention nunmehr als verspätet erscheinen lassen; Seine Majestät werde aber, sobald die Umstände es erlauben würden, sein Möglichstes zur Beilegung des Streites tun. Wie Baron Marschall hinzufügte, fasst er die kaiserliche Antwort dahin auf, dass Deutschland bereit sei, sobald nur eine brauchbare Basis gefunden würde, seine Intervention eintreten zu lassen. Der deutsche Botschafter hat der türkischen Regierung auch sehr nahegelegt, sich über jene Basis schlüssig zu werden und scheint nur auf eine bezügliche Eröffnung der türkischen Regierung zu warten, um dieselbe seiner Regierung weiterzugeben. Baron Marschall ist persönlich der Ansicht, dass etwa folgende Punkte eine geeignete Basis für das Eintreten einer Intervention bilden könnten: 1.) Zustimmung der Türkei zur Okkupation Tripolitaniens, 2.) Aufrechterhaltung der nominellen türkischen Souveränität über Tripolis, 3.) Zahlung einer Entschädigung seitens Italiens, 4.) Zusicherung verschiedener Zugeständnisse Italiens auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Belange und des Kapitulationsrechtes an die Türkei in Analogie mit unserem Entente-Protokoll. — Mein deutscher Kollege meint ferner, dass eine Intervention, um Aussicht auf raschen Erfolg zu haben wenn möglich nur durch eine Macht, nämlich Deutschland — und zwar durch letzteres Hand in Hand mit Oesterreich-Ungarn — durchgeführt werden müsste; eine Beteiligung anderer oder aller Mächte würde die Sache schon aus rein technischen Gründen nur verzögern, was sowohl vom türkischen Standpunkte als von jenem der Erhaltung des allgemeinen Friedens gefahrvoll wäre; abgesehen davon würde seiner Ansicht nach eine Intervention mehrerer Mächte den verschiedenen Rivalitäten Tür und Tor öffnen.
Pallavicini.

[a]) Vgl n. 2710, 2713, 2715, 2716.

Nr. 2712. Privatschreiben aus London, 5. Okt. 1911 (eing. 9. Okt.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. In Befolgung der mir von Euer Exzellenz mündlich gegebenen Weisungen habe ich die Angelegenheit Cartwright sowohl im Foreign Office als in Balmoral zur Sprache gebracht. Als ich am Tage nach meiner Rückkehr vom Urlaube Sir Arthur Nicolson besuchte, machte ich, als der Name Cartwright genannt wurde, zunächst eine Bemerkung des Bedauerns über sein Missgeschick mit Journalisten, worauf der Unterstaatssekretär mir gleich sagte: „Ja, aber Cartwright sagt, er habe mit dem Manne überhaupt nur durch wenige Minuten gesprochen und ihm kein Interview gewährt." Ich erwiderte, dass die ganze Angelegenheit und die seit dem ersten Artikel erschienenen Erklärungen und Gegenerklärungen ein höchst verworrenes und konfuses Bild ausmachen (a muddle), dass übrigens Euer Exzellenz mir gesagt hätten, Hochdieselben sehen diese Affaire als vollkommen abgeschlossen an, von dem Momente an, als Cartwright erklärte, die Konversation hätte nicht so stattgefunden, wie sie dargestellt war. Vertraulich sagte ich Sir Arthur, ich könnte ihm nicht verhehlen, dass Euer Exzellenz es bedauerten, zu sehen, wie Sir Fairfax manchmal vielleicht nicht die gebotene Reserve gegenüber den indiskreten Elementen der Presse beobachte. Nach Ansicht Euer Exzellenz wäre es die Aufgabe eines Botschafters, die guten Beziehungen zwischen seiner Regierung und derjenigen, bei der er akkreditiert ist, zu pflegen, nicht aber den Anschein zu erwecken, als würde er an einer Agitation gegen eine dritte, mit uns verbündete Macht teilnehmen. Im weiteren Verlaufe der Konversation schilderte ich ihm auch das Bedauerliche und Ungewöhnliche, das darin liege, wenn die Botschafter getrennte Gruppen bilden, und dieser Eindruck in weiteren Kreisen erweckt werde, wie es leider in Wien jetzt der Fall sei. Bis jetzt sei es nicht gebräuchlich gewesen, dass die am Allerhöchsten Hofe akkreditierten Botschafter in zu regem Verkehre mit der Presse stehen, es passe nicht in die Wiener Atmosphäre, sei im Gegensatze zu den Traditionen unserer Gesellschaft, zu welcher ja die fremden Vertreter gehören, und müsse notwendigerweise ihre Stellung und das Vertrauen, das man ihnen entgegenbringt, ungünstig beeinflussen. Dies Alles in ganz freundlichem Tone vorgebracht mit Versicherung meiner Wertschätzung Cartwrights, und betonend, dass meine Ausführungen keinen offiziellen Charakter tragen, ich aber glaubte, es wäre gut, wenn er über die Stimmung etwas unterrichtet sei. Nachdem Nicolson zuerst nicht recht verstehen wollte und offenbar unter dem Eindrucke stand, Euer Exzellenz und Cartwright seien besonders befreundet, musste ich in meiner Erzählung etwas länger fortfahren, als ich es sonst getan hätte. Endlich stellte mir Sir Arthur die Frage: „Aber Aehrenthal und Cartwright sind doch noch sehr intim." Ich antwortete darauf, Euer Exzellenz wären jetzt durch längere Zeit nicht in Wien gewesen, so dass Hochdieselben die Botschafter wenig gesehen hätten, dass Euer Exzellenz zwar Cartwright gewiss zu schätzen wissen, es aber nicht billigen könnten, wenn Botschafter sich zu viel mit der Journalistik einliessen. Ich sprach viel von der Blindheit Cartwrights, die ihn zwinge, stets einen Privatsekretär neben sich zu haben, der einerseits nicht der Botschaft angehört, andererseits

aber doch in Alles eingeweiht wird, durch welchen ohne Zweifel manche kleine Ungeschicklichkeit verursacht werde; kurz ich plaidierte die „circonstances atténuantes" für Cartwright in einer Weise, die Nicolson, der sehr fein ist, nicht im Zweifel darüber lassen konnte, dass ein Wechsel in der Person des britischen Botschafters in Wien nicht unerwünscht wäre, falls sich ein passender Anlass dazu bietet. Nach meiner Ankunft in Balmoral fragte mich Lord Knollys über Cartwright, und ich sprach mit ihm in demselben Sinne wie mit Nicolson, nur mit noch mehr Freimut und Nachdruck. Lord Knollys sagte mir wiederholt: „Cartwright gilt bei uns als spezieller Freund und Bewunderer Aehrenthals." Das ist, wie ich Euer Exzellenz in Wien zu sagen die Ehre hatte, die Schwierigkeit. Cartwright gilt als Anhänger und Bewunderer Euer Exzellenz und er hat die Impression erweckt und unterhalten, mit Euer Exzellenz ganz besonders befreundet zu sein. Auch die Königin fragte mich unlängst bei Tisch über die Cartwrightangelegenheit. Ich versuchte, Ihre Majestät über die Situation richtig aufzuklären. Mit König Georg habe ich nicht darüber gesprochen und würde es auch nicht tun, wenn Seine Majestät nicht beginnt. Auch mit Sir E. Grey glaube ich nach meiner Konversation mit Nicolson nicht mehr darüber sprechen zu sollen. Der Staatssekretär ist zu wenig Diplomat, um à demi mot zu verstehen, und ich könnte dann leicht den Anschein erwecken, als hätten mich Euer Exzellenz beauftragt, direkt die Abberufung Cartwrights zu verlangen, was ja, wie ich weiss, nicht in der Absicht Euer Exzellenz lag. Ich habe aber gestern nach meiner Rückkehr aus Balmoral mit dem Privatsekretär Sir Edward Greys ausführlich gesprochen. Mr. Tyrell, der auf die Personalangelegenheiten den grössten Einfluss ausübt und mit Cartwright ziemlich befreundet ist, war über die ganze Angelegenheit genau unterrichtet. Er absolviert Cartwright von jeder Verantwortung in dem Interview mit Dr. Münz und meint, er sei da in eine Falle gegangen; er missbilligt aber stark, was nachher geschehen ist, die ungeschickten Dementis, Briefe Robarts, Erklärungen Buschmanns im Vaterland und den Münchner Neuesten Nachrichten etc. Er versteht vollständig, dass dies Alles Cartwright, auch in seiner Stellung zu Euer Exzellenz, schädigen müsse. Ich sprach ziemlich offen mit Tyrell, wiederholte das Meiste, was ich Sir Arthur Nicolson gesagt hatte, und erklärte ihm, dass Niemand mehr als ich die Verdienste zu würdigen wisse, die sich Cartwright in der ersten Zeit nach seiner Ankunft in Wien erworben habe, indem er die Politik Euer Exzellenz dem Foreign Office gegenüber in richtiger Weise schilderte. Ich müsse aber zu meinem lebhaften Bedauern befürchten, dass der etwas zu rege Kontakt des britischen Botschafters mit der Presse ein Verhältnis vollen gegenseitigen Vertrauens zwischen demselben und den massgebenden Faktoren in Wien wesentlich erschwere. Mr. Tyrell zeigte volles Verständnis für die Lage, schien dem Sekretär Cartwrights, Buschmann, einen grossen Teil der Verantwortung zuzuschreiben und sagte mir, er habe dem Botschaftssekretär Russel, der eben hier auf Urlaub gewesen ist, ans Herz gelegt, darauf zu wachen, dass keine weiteren derartigen Entgleisungen stattfinden. Nach meinen Konversationen mit Nicolson und Tyrell sowie mit Lord Knollys glaube ich zunächst nicht auf das Thema Cartwright zurückkommen zu sollen, wenn ich nicht

eine Weisung hiezu von Euer Exzellenz erhalte, oder sich eine besondere Gelegenheit dazu bietet. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2604, 2630, 2669, 2721, 2737, 3210.

Nr. 2713. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Ambrózy in Rom, 5. Okt. 1911 Nr. 135 (chiffr. 12 U. 30 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramme Nr. 138 und 139.[b]) Ich lege das Hauptgewicht auf die von Marquis di San Giuliano wiederholten Zusicherungen, daß italienischer Eskadre-Kommandant den Auftrag erhalten hat seine Operationen nicht in die Adria auszudehnen und die albanesische Küste, die jonischen Häfen und Fortifikationen nicht zu bombardieren. Herzog Avarna, der mich eben verläßt, hat sich noch ausführlicher aber im selben entgegenkommenden Sinne wie dies Marquis di San Giuliano Euer Hochwohlgeboren gegenüber getan hat, ausgesprochen. Er hat noch ausdrücklich hinzugefügt, daß seine Regierung die Landung von Truppen an der Küste des jonischen und adriatischen Meeres direkt untersagt und ihn, den Botschafter, ermächtigt habe, eventuelle Zeitungsnachrichten über derlei Landungen kategorisch zu dementieren. Weiters teilte mir Herzog Avarna mit, der Herzog der Abruzzen habe die oberwähnten Instruktionen zwar erhalten, erachte es aber vom seestrategischen Standpunkte aus für notwendig, daß die in Prevesa befindlichen türkischen Torpedoboote unschädlich gemacht werden; aus diesem Grunde habe der Herzog der Abruzzen die Aufforderung an die Türken ergehen lassen, die Torpedoboote auszuliefern, widrigenfalls Prevesa beschossen werden müßte. Ich wiederholte dem italienischen Botschafter in freundschaftlicher, aber sehr bestimmter Form die Vorstellungen, welche ich schon am 2. l. M.[c]) an ihn gerichtet hatte und sprach die sichere Erwartung aus, die italienische Regierung würde ihre Haltung vor Prevesa modifizieren. Endlich bemerkte ich, ich hätte es sorgfältig vermieden, daß über unsere freundschaftliche Konversation hinsichtlich der maritimen Operationen vor Prevesa etwas in die Öffentlichkeit dringe und würde mich auch weiterhin ebenso verhalten, wenn die italienische Regierung auf unsere Interessen gebührend Rücksicht nimmt. Sollte aber mit der angedrohten Beschießung von Prevesa ernst gemacht werden, würde ich mich zu meinem Bedauern gezwungen sehen, unsere Mahnung der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Hiedurch könnte aber der Widerstand der Türkei eine Verstärkung erfahren. Herzog Avarna hat mir zwar zugesagt, in diesem Sinne nach Rom telegraphieren zu wollen, doch wird es nützlich sein, wenn auch Euer Hochwohlgeboren Vorstehendes in freundschaftlichem Tone direkt bei Marquis San Giuliano vorbringen und ersuche ich letzteren aufzusuchen. Euer Hochwohlgeboren wollen dem Herrn Minister noch ausdrücklich sagen, daß mir die maritimen Operationen vor Prevesa zu einer Zeit, wo die italienischen Konsuln und Kolonien sich noch in albanesischen Städten befinden und auf Instruktionen ihrer Regierung warten, auch vom Gesichtspunkte der persönlichen Sicherheit dieser italie-

nischen Staatsangehörigen ganz besonders gefährlich erscheinen. Botschafter von Mérey trifft Samstag in Rom ein. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2711, 2714. — b) Vom 2. Okt. — c) Vgl. n. 2706.

Tel. nach Rom, 5. Okt. 1911 Nr. 136 (chiffr. 4 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 2708.

Nr. 2714. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 5. Okt. 1911 Nr. 146 (eing. 6. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Den mir in hohem Telegramme Nr. 135 erteilten Auftrag habe ich ausgeführt. Marquis San Giuliano antwortete mir, dem Herzog der Abruzzen sei Auftrag erteilt worden und zugekommen, Prevesa nicht zu bombardieren. Die Beschießung der Stadt werde also bestimmt nicht stattfinden. Einige italienische Kriegsschiffe müssen aber auch weiterhin im jonischen Meere verbleiben, um die türkischen Torpedoboote zu überwachen und, falls sie den Hafen verlassen, zu vernichten. Diese Maßnahmen bedeuten für die italienische Seekriegsleitung „un très grave inconvénient". Der Herr Minister wiederholte letztere Worte mehrere Male. Ich hatte das Gefühl, daß er den Verzicht auf das Bombardement von Prevesa seinen militärischen Kollegen nur schwer abgerungen habe und denselben als eine an Euer Exzellenz Standpunkt gemachte Konzession ansehe, dieselbe aber nicht als solche bezeichnen wollte. Er erwähnte auch, daß Herzog der Abruzzen wahrscheinlich schon morgen nach Tarent zurückgekehrt sein werde. Ambrózy.

a) Vgl. n. 2715, 2722.

Tel. nach Athen, 6. Okt. 1911 Nr. 14 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 2717.

Tel. nach Belgrad, 6. Okt. 1911 Nr. 54 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 2717.

Nr. 2715. Tel. nach Berlin Nr. 102 (1) und Konstantinopel Nr. 214 (2), 6. Okt. 1911 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. und G. Aehrenthal).

1. und 2. Streng vertraulich.

1. Euer Hochwohlgeboren Telegramme vom 4. d. M., Nr. 163, habe ich entnommen, daß Herr von Kiderlen die in meinem Privatschreiben vom 3. d. M. ausgesprochene Anschauung teilt, die Kabinette von Wien und Berlin sollten die Vermittlungsaktion, ohne sich auf eine vorherige Fühlungnahme mit den anderen Kabinetten einzulassen, gemeinsam in Angriff nehmen. Nachdem wir mit der Eventualität rechnen müssen, daß der Moment hiezu täglich eintreten kann, wollen Euer Hochwohlgeboren, an unseren bisherigen Ideenaustausch anknüpfend, dem Staatssekretär sagen, ich sei über die vollkommene Übereinstimmung unserer beiderseitigen Auffassungen hoch befriedigt. Euer Hochwohlgeboren werden hinzufügen, ich würde in der Mediationsfrage fortfahren, ihn über alles am laufenden zu erhalten und keinen Schritt unternehmen, ohne das Einvernehmen mit ihm zu pflegen und seiner Mitwirkung sicher zu sein. Selbstverständlich rechnete ich auf eine gleiche Vorgangsweise seitens der

deutschen Regierung. Ich hätte in diesem Sinne Markgraf Pallavicini und Herrn von Mérey instruiert und ersuche Staatssekretär, eine gleiche Weisung an die kaiserlich deutschen Botschafter in Konstantinopel und Rom zu richten. Dann würden die Bemühungen Österreich-Ungarns und Deutschlands um die Beilegung des italienischen Konfliktes pari passu erfolgen.

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 296 vom 5. d. M. Da Baron Marschalls Auffassung, daß Intervention nur durch eine Macht, nämlich Deutschland, wenn auch Hand in Hand mit uns erfolgen solle, mit unserem Meinungsaustausch mit Berlin nicht vereinbar erscheint, telegraphiere ich an den k. u. k. Geschäftsträger in Berlin wie folgt: (Inseratur Telegramm nach Berlin Nr. 102 in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2714, 2716, 2724, 2732.

Tel. nach Bukarest, 6. Okt. 1911 Nr. 37 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 2717.

Tel. nach Cetinje, 6. Okt. 1911 Nr. 85 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 2717.

Tel. nach Konstantinopel, 6. Okt. 1911 Nr. 214 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2715.

Nr. 2716. Tel. nach Konstantinopel, 6. Okt. 1911 Nr. 216 (chiffr. 10 U. 25 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 296 von gestern erhalten. Die im Schlußalinea[b]) meines Telegrammes Nr. 203 vom 2. d. M. in Aussicht gestellte Rückäußerung der italienischen Regierung wurde Euer Exzellenz mit Telegramm Nr. 211 vom 5. d. M. mitgeteilt. Ich hielte es mit Rücksicht auf die Sprache Baron Marschalls nunmehr für angezeigt, daß Euer Exzellenz sich dem Großvezier gegenüber dahin vernehmen ließen, daß wir, sobald die Umstände es erlauben und nur eine brauchbare Basis gefunden sein wird, bereit sind, unser Möglichstes zur Beilegung des Streites zu tun. In gleichem Sinne habe ich mich bereits Rechid Pascha gegenüber ausgesprochen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2715, 2717. — [b]) Beginnt mit „Ich habe dem türk. Botschafter geantwortet".

Nr. 2717. Tel. nach Konstantinopel Nr. 219 (1), Rom Nr. 138 (2), Bukarest Nr. 37 (3), Belgrad Nr. 54 (4), Sofia Nr. 52 (5), Athen Nr. 14 (6) und Cetinje Nr. 85 (7), 6. Okt. 1911 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes; G. Aehrenthal).

Für alle: Als Erwiderung auf die Mitteilungen, die ich den Regierungen der Balkanstaaten und Rumänien über unseren prinzipiellen Standpunkt gegenüber dem türkisch-italienischen Konflikt durch ihre hiesigen sowie durch die k. u. k. Vertreter zugehen ließ, (vide mein Telegramm vom 29. v. M., Nr. für 1: 194, 2: 124, 3: 31, 4: 50, 5: 50, 6: 13, 7: 81) sind mir von Seite dieser Regierungen die im nachstehenden kurz resumierten Enunziationen zugekommen.

Für alle außer Bukarest: Die rumänische Regierung hält — in diesem Sinne hat sich Herr Carp sowie Herr Majorescu zum k. u. k. Geschäftsträger in Bukarest geäußert[b] — an einer friedlichen Politik fest; nur im Falle von Umwälzungen auf dem Balkan müßte auch Rumänien „mitsprechen".

Für alle: Der hiesige serbische Gesandte hat mir auftraggemäß erklärt, Serbien werde seine bisherige türkenfreundliche Politik, wie sie sich insbesondere auch bei dem letzten albanesischen Aufstand manifestiert hätte, fortsetzen und nichts unternehmen, was der Türkei Schwierigkeiten bereiten könnte. Seine Regierung hoffe, daß auch die anderen Balkanstaaten eine analoge Haltung beobachten würden. Nur wenn dies nicht der Fall wäre oder aus irgendwelchen Gründen eine Konflagration am Balkan eintreten sollte, müßte Serbien das selbstverständliche Recht, seine Interessen zu wahren, für sich in Anspruch nehmen.

Für alle außer Sofia: Auch die bulgarische Regierung hat dem k. u. k. Gesandten in Sofia die Erklärung abgegeben,[c] daß sie in dem freundschaftlichen Verhältnis zur Türkei zu verharren entschlossen sei und daß nur Massakers in Mazedonien sie zu einer Änderung dieser Haltung nötigen könnten.

Für Sofia: Über die friedlichen Erklärungen der bulgarischen Regierung haben Euer Hochgeboren mir mit Bericht vom 30. v. M. Nr. 67 C und dem Telegramm Nr. 30[d] vom 1. d. Meldung erstattet.

Für alle: Der bulgarische Gesandte ist gestern hier erschienen und hat ganz analoge Versicherungen abgegeben. Was Griechenland anbelangt, so hat mir Herr Streit über Auftrag erklärt, die griechische Regierung denke nicht daran, von friedlicher Politik abzugehen. Nur die Gefährdung der Integrität des Landes oder Komplikationen am Balkan würden Griechenland zu einer Aktion zwingen. Für diesen Fall hoffe Griechenland auf die Unterstützung der Monarchie.

Für Athen: Wie ich aus Ihrem Telegramm Nr. 36 vom 1. l. M. ersehe, hat sich Herr Venizelos Euer Exzellenz gegenüber in ähnlichem Sinne ausgesprochen.

Für alle außer Cetinje: Endlich hat der König von Montenegro dem k. u. k. Gesandten in Cetinje durch den montenegrinischen Minister des Äußern die Versicherung[e] abgeben lassen, daß Montenegro sich während des italienisch-türkischen Konfliktes ruhig verhalten werde.

Für alle außer Belgrad und Cetinje: Andererseits erfahre ich jedoch streng vertraulich,[f] daß Montenegro sich Italien angetragen haben soll, in Albanien einzufallen, aber mit Entschiedenheit abgewiesen worden wäre. Daraufhin soll Montenegro erklärt haben, auf eigene Faust vorzugehen und sich hiezu mit den Balkanstaaten in Verbindung zu setzen.

Für alle: Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulichen Information.

Für Cetinje: Ich erhalte eben Ihr Telegramm vom 5. d. Nr. 120. Im Widerspruch zur Message König Nikolaus' steht die mir streng vertraulich zugekommene Nachricht,[f] daß Montenegro sich Italien angetragen haben soll, in Albanien einzufallen, aber mit Entschiedenheit abgewiesen worden wäre. Daraufhin soll Montenegro erklärt haben, auf eigene Faust vorzugehen und sich hiezu mit den Balkanstaaten in Verbindung zu setzen.

Euer Hochwohlgeboren wollen mir telegraphisch berichten, ob Sie Anhaltspunkte zu der Richtigkeit dieser nur zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme bestimmten Information besitzen. Von einer Wiederholung der mit Telegramm Nr 81 aufgetragenen Demarche wollen Euer Hochwohlgeboren absehen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2716, 2718, 2725. — *b)* Vgl. n. 2679, 2687. — *c)* Vgl. n. 2677. — *d)* Wohl irrig statt 130 vgl. n. 2686. — *e)* Vgl. n. 2707. — *f)* n. 2701.

Nr. 2718. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 6. Okt. 1911 Nr. 301 (eing. 7. Okt. 2 U. p. m.).a) Entziff.

Ich hatte gestern mit dem Kriegsminister, dem Exgrossvezier Kiamil Pascha und dem Unterstaatssekretär im Ministerium des Äussern Unterredungen und erhielt hiebei im Allgemeinen den Eindruck, dass die Stimmung der türkischen Kreise für eine nahe Verständigung mit Italien derzeit weniger günstig ist, als ich dies nach den vor zwei Tagen mir gegenüber gemachten Erklärungen Said Paschas annehmen musste. Alle drei der genannten Staatsmänner stimmten darin überein, dass es der öffentlichen Meinung gegenüber ungeheuer schwer wäre, ein völliges Nachgeben Italien gegenüber zu vertreten. Mahmud Schefket Pascha, mit welchem ich die Lage eingehendst besprach, sagte mir, dass die Bevölkerung sich wohl ruhig verhalte; dies könne sich aber von einem Tage zum andern ändern, der Armee wäre er allerdings ganz sicher. Auch er schien ...*b)* Notwendigkeit einzusehen, mit Italien ehebaldigst Frieden zu schliessen, wiewohl es — wie er bemerkte, — unmöglich wäre, die Okkupation Tripolitaniens kurzweg zuzugeben. Es wäre nicht ausgeschlossen, den gänzlichen Verlust der Provinz hintanzuhalten. Er warf hiebei den Gedanken auf, dass Tripolitanien vielleicht zwischen Italien und der Türkei geteilt werden könnte, sodass die Cyrenaica Italien zufallen und Tripolis der Türkei verbleiben würde. Auch gab er der Idee Ausdruck, dass eventuell Italien in Tripolitanien dieselbe Stellung eingeräumt werden könnte, welche England in Egypten innehabe (Okkupation einiger Punkte durch Italien und volle wirtschaftliche Betätigung Italiens, Selbstverwaltung des Landes und Abführung eines Teiles der Einkünfte nach Konstantinopel). Ein klares Bild oder gar Programm scheint sich indessen Mahmud Schefket über eine eventuelle Basis für die Verhandlungen mit Italien noch nicht gebildet zu haben. Kiamil Pascha steht auf dem Standpunkte, dass die Türkei vorläufig nicht nachgeben könne, da dies eine gefährliche Gährung im Lande hervorrufen würde. Diesem Standpunkte, der auch mohammedanisch-religiösem Gesichtspunkte entspringe, müsse unbedingt Rechnung getragen werden. Auch Kiamil Pascha schien sich indessen der Einsicht nicht zu verschliessen, dass die Türkei über keine Mittel verfügt, um Tripolis zu verteidigen. Er erwähnte wohl die Eventualität, nach Tripolis via Egypten Truppen zu dirigieren, doch er schien mir nicht ernstlich an die Möglichkeit der Durchführung einer solchen Massregel zu denken. Kiamil Pascha sagte mir zum Schlusse, die Nachricht, dass ihm im Kabinette Said Pascha ein Portefeuille angeboten worden wäre, entbehre der Begründung, dagegen wäre er gegebenenfalls bereit, selbst die Kabinettsbildung zu übernehmen.

Das Zentralkomitee Union et Progrès hat nunmehr seinen Standpunkt gegenüber der italienischen Kriegserklärung präzisiert. Dieser geht dahin, dass die Türkei den Abfall irgendeines Teiles ihres Territoriums keineswegs zugebe und gegebenenfalls einen wirtschaftlichen Krieg, wenn auch auf lange Dauer, führen müsse. Die Stellungnahme des Komitees dürfte die Chancen eines baldigen Friedensschlusses wesentlich vermindern, auch wenn dasselbe vorläufig im Lande selbst keine grössere Agitation zu entfalten entschlossen wäre. Im Programme des Komitees stünde aber auch die Ausweisung aller Italiener aus der Türkei, was eine Verständigung jedenfalls ungemein schwierig gestalten würde. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2717, 2719. — b) Chiffre verstümmelt.

Nr. 2719. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 6. Okt. 1911 Nr. 305 (eing. 7. Okt. 3 U. p. m.).a) Entziff.

Euer Exzellenz telegraphischen Auftrag vom 5. d. M. Nr. 211 Großvezier gegenüber ausgeführt. Said Pascha, welcher diese Mitteilung mit sichtlichem Interesse entgegennahm, bat mich, Euer Exzellenz seinen Dank hiefür auszusprechen. Er sagte mir, der morgige Ministerrat werde darüber schlüssig werden, welche Basis die türkische Regierung den Mächten für die mit Italien anzubahnenden Verhandlungen vorschlagen werde. Der Großvezier machte hiebei eine Bemerkung, aus welcher ich entnehmen konnte, daß der morgige Ministerrat die gestern erwähnten Modalitäten für die Lösung der Frage (siehe mein heutiges Telegramm Nr. 301) beraten wird. Infolge meiner heutigen Mitteilung dürfte als dritte in Erwägung zu ziehende Modalität die von Marquis San Giuliano ins Auge gefasste Basis für die Verhandlungen erörtert werden. Said Pascha fügte noch hinzu, daß die Botschaften der Großmächte von den morgen zu fassenden Beschlüssen sofort mit der Bitte verständigt werden würden, ihre Mediation bei der italienischen Regierung eintreten zu lassen. Man werde, sagte Said Pascha, unter allen Umständen nur einen solchen Vorschlag machen, der wirklich Aussicht auf Erfolg biete. Den Äußerungen des Großveziers konnte ich auch entnehmen, daß er Euer Exzellenz zu besonderem Danke verpflichtet ist, weil Hochdieselben die Démarche des früheren türkischen Kabinetts nach Rom weitergegeben haben, was eben zur Folge hatte, daß Marquis San Giuliano sich nunmehr über die Basis einer möglichen Verständigung mit der Türkei deutlich ausgesprochen hat. Ganz besonders guten Eindruck schien auf den Großvezier der Passus der Äußerungen Marquis San Giulianos gemacht zu haben „nous sommes aussi disposés à donner des compensations équitables avec une certaine largeur". Pallavicini.

a) Vgl. n. 2718, 2722.

Nr. 2720. Bericht aus London, 6. Okt. 1911 Nr. 61 B (eing. 9. Okt.). Ausfert.

Vertraulich. Während meines Aufenthaltes in Balmoral war durch zwei Tage auch der Generalinspektor der englischen Armee, der bekannte General Sir John French als Gast Ihrer Majestäten im Schlosse anwesend. Sir John French hat kürzlich über Einladung des deutschen Kaisers den

deutschen Kavallerie Übungen beigewohnt, wo er mit dem k. u. k. Kavallerie-Inspektor, General der Kavallerie von Brudermann, zusammentraf, über den er sich in der schmeichelhaftesten Weise aussprach, und war seither bei den grossen französischen Manövern anwesend. Es sind seitens der Presse dem englischen General über die französische Armee Reden in den Mund gelegt worden, die er — wie er mir versicherte — nie gehalten hat; es war aber für mich interessant, von einem so massgebenden Beobachter ein Urteil über die Wehrmacht Frankreichs zu hören. Von der Kavallerie, welche die eigentliche Waffe Sir John Frenchs ist, konnte er nur Gutes sagen. Die Offiziere reiten vorzüglich und sind viel tätiger und alerter als ehemals. Die Mannschaft ist sehr gut instruirt und ausgezeichnet beritten. Die französische Artillerie bezeichnete er als über Alles Lob erhaben. Sie sei immer gut gewesen und jetzt besser als je. Die Artillerie hält er für die Waffe, welche dem französischen Talente am besten entspricht, und er glaubt nicht, dass irgend eine Artillerie auf der Welt der französischen überlegen sei. Den grössten Fortschritt will er aber in der Infanterie bemerkt haben, die bedeutend besser ist als vor einigen Jahren. Die Marschtüchtigkeit sei erstaunlich. Auch habe er nach einem 48 stündigen Manöver die Bivouacs besucht und sei überrascht gewesen durch die gute Kondition und vorzügliche Stimmung der Mannschaft. Alles zusammengenommen hätte die französische Armee in den letzten Jahren ganz enorme Fortschritte gemacht. Auch die Organisation des Oberbefehls, Generalstabes etc. schiene ihm zweckmässiger geworden zu sein. Überall herrscht die Stimmung vor, Frankreich werde von Deutschland brutalisiert (hustled by Germany), was ein Erwachen des nationalen Stolzes und eifrigeres Erfassen der militärischen Pflichten zur Folge habe. Im Laufe unseres Gespräches meinte Sir John im Falle eines deutsch-französischen Krieges würde er zwar noch immer auf Deutschland wetten — aber nicht sehr hoch —; namentlich deshalb, weil er die deutsche Disciplin für der französischen sehr überlegen hält, ganz besonders aber weil die deutsche Armee in der Person des Kaisers ein sichtbares Haupt besitze und für eine Armee die republikanischen Institutionen nie den Obersten Kriegsherrn ersetzen können. Nicht mir, aber einem Herrn des Hofstaates gegenüber meinte General French, dass im Gegensatz zu der französischen Armee die deutschen Truppen vielleicht „übertrainirt" sind. Ich hatte unlängst mir erlaubt, Euer Exzellenz darauf aufmerksam zu machen, dass Frankreich aus seiner militärischen Lethargie aufgerüttelt worden ist und seit Beginn der Marokko-Frage die militärischen Vorkehrungen dort viel eifriger betrieben werden als vorher. Mein Gespräch mit dem englischen General bestärkt meinen diesbezüglichen Eindruck. Nicht nur von Sir John French, aber auch von anderen massgebenden und gutinformierten Persönlichkeiten, wie zum Beispiel Winston Churchill, Lord Knollys höre ich immer wieder den refrain von einer militärischen Renaissance der Republik und als Folge davon einem erhöhten französischen Selbstvertrauen. Im Laufe unserer Konversation sprachen wir auch von dem grossen afrikanischen Reiche, das Frankreich nunmehr besitze. Der General liess sogar eine Bemerkung fallen, dass dieser bedeutende Machtzuwachs Frankreichs möglicherweise einmal eine Gefahr werde bilden

können. Er zweifelt nicht, dass Frankreich die Eingeborenen militärisch organisieren kann und wird. Auf eine Frage meinerseits über eventuelle Verwendung schwarzer Truppen in einem europäischen Kriege meinte Sir John: „Wir haben nie Schwarze gegen Weisse ins Feld geschickt und bei der blossen Möglichkeit war eine moralische Entrüstung in England; aber ich glaube, im Falle einer nationalen Gefahr würde kein Staat einen Augenblick zögern, seine schwarzen Truppen gegen europäische zu verwenden". Mensdorff.

Nr. 2721. Bericht des Legationsrates Grafen Josef Somssich aus Paris, 6. Okt. 1911 Nr. 36 (eing. 8. Okt.).[a]) Ausfert.

Anlässlich des letzten Diplomatenempfanges hatte ich mit Herrn de Selves eine längere Unterhaltung über die Marokko-Verhandlungen. Der Minister gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Berliner Pourparlers, speziell was die marokkanischen Angelegenheiten betrifft, in der kürzesten Zeit werden abgeschlossen werden können. In dieser Hinsicht ist das prinzipielle Einverständnis offenbar schon erzielt. Bezüglich der territorialen Forderungen war Herr de Selves weniger zuversichtlich gestimmt; die französische Regierung müsse in dieser Hinsicht mit der hiesigen öffentlichen Meinung und dem Parlament rechnen, welche allzu bedeutende Gebietsabtretungen gewiss nicht gutheissen würden. Doch versicherte er mir, dass er sein Möglichstes tun werde, um auch diesen Teil der Verhandlungen so bald als möglich zu einem befriedigenden Ende zu führen. Die ganze Marokko Affaire langweile ihn und ekle ihn schon dermassen an (elle m'ennuie et me dégoûte), dass er die Zeit schon kaum erwarten könne, wo sie begraben werde und er nichts mehr davon hören werde. Ich benützte die Gelegenheit, um mich neuerdings im Sinne der erhaltenen Instruktionen dahin auszusprechen, dass es im Interesse der allgemeinen Politik tatsächlich von grösster Wichtigkeit sei, dass die Welt von dieser Sorge nunmehr ehestens befreit werde. Der Herr Minister meinte, dass er von allem Anfange an dieser Auffassung gewesen sei. Er hätte es am liebsten gesehen, wenn er den Handel „cavalièrement" hätte führen können und er sei überzeugt, dass, wenn er zum Beispiel mit Euerer Exzellenz zu tun gehabt hätte, die Verhandlungen längst zu einem befriedigenden Abschluss hätten geführt werden können. Ich konnte nicht umhin, Herrn de Selves damit zu antworten, dass jetzt, wo Frankreich von Deutschland anscheinend Alles, was es bestrebt hatte, in Marokko erreicht hätte, der Moment gekommen zu sein schiene, um in der Frage der Kompensationen nun wirklich ein chevaleresques Entgegenkommen zu beweisen. Die öffentliche Meinung Frankreichs habe sich, wie ich aus den Zeitungen entnehme, schon längst mit der Idee befreundet, einen grossen Teil der Kongo-Kolonie an Deutschland abzutreten, und so stünde ja einem baldigen Abschluss auch dieses Teiles der Verhandlungen kein ernstes Hindernis entgegen. Der Herr Minister gab mir hierauf nochmals die Versicherung, dass er vom besten Willen erfüllt sei, einen solchen befriedigenden Abschluss so bald als möglich herbeizuführen. Auf der hiesigen deutschen Botschaft hat man, wie

ich vernehme, einige Bedenken, dass die Erledigung der Frage der territorialen Kompensationen noch Schwierigkeiten verursachen könnte. Es hat mir den Anschein, als ob diese Schwierigkeiten nicht so sehr in der Besorgnis zu suchen wären, dass das französische Parlament eine Zession eines Gebietsteiles am Kongo nicht ratifizieren könnte, sondern eher in dem Umstand, welcher schon von allem Anfang an hemmend auf den Gang der Verhandlungen gewirkt hat, dass der Minister des Äussern eigentlich nur die Rolle eines vermittelnden Forums spielt und selbst keine eigene Initiative auszuüben vermag. Jedes kleinste Detail muss jedesmal vor den Ministerrat gebracht werden, in welchem viele junge Leute sitzen — wie zum Beispiel der Kolonienminister Lebrun — welche dem Bedürfnis nicht widerstehen können, die Suppe, welche andere gekocht, mit ihrer eigenen Weisheit zu versalzen. Nicht umsonst betonte Herr de Selves mir gegenüber wiederholt, dass, wenn es von ihm allein abhienge, die Verhandlungen viel rascher vor sich gehen könnten: „mais il y a l'avis des bureaux qu'il nous faut entendre!" Unter „bureaux" ist natürlich das Kolonienministerium zu verstehen. Man munkelt von ziemlichen Meinungsverschiedenheiten im Schosse des Ministeriums, dessen enfant terrible, Herr Lebrun, sich mit dem Gedanken nicht befreunden will, die Kolonie am Kongo in zwei Stücke zerrissen zu sehen. Somssich.

[a]) Vgl. n. 2667, 2712, 2737, 2743.

Tel. nach Rom, 6. Okt. 1911 Nr. 138 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 2717.

Nr. 2722. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 6. Okt. 1911 Nr. 148 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Statim. Ich finde soeben folgenden Brief des Marquis San Giuliano in der Kanzlei. „C'est une heure du matin. Je reçois des nouvelles qui me font craindre qu'un de nos chassetorpilleurs n'ait pas reçu ou compris les ordres catégoriques, plusieurs fois répétés, de ne pas opérer sur les côtes de l'Albanie. Dans tous les cas, je vous prie d'assurer tout de suite et par télégramme urgent votre gouvernement que des ordres viennent d'être renouvelés cette nuit même, non seulement à Son Altesse Royale le Duc des Abruzzes, qui est rentré à Tarente, mais aussi directement, par tous les moyens possibles, à tous les navires de guerre qui ne se trouvent pas dans nos ports". Im Postskriptum bemerkt er, daß fragliche Operationen an sich keinerlei Bedeutung haben. Ambrózy.

[a]) Vgl. n. 2714, 2719, 2723.

Nr. 2723. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Ambrózy aus Rom, 6. Okt. 1911 Nr. 151 (eing. 7. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Marquis San Giuliano fragte mich heute, ob mir etwas über die Antwort Euer Exzellenz auf sein Ersuchen betreffend Übernahme des Schutzes der Italiener in den bewußten Städten Albaniens und Mazedoniens durch unsere Konsularämter bekannt sei. Ich antwortete, indem ich ihm den Inhalt des hohen Telegrammes Nr. 137[b]) mitteilte.

Der Herr Minister schien anfangs darüber betroffen, daß Euer Exzellenz seine bisherigen Erklärungen nicht genügend finden und den Vertrauensbeweis, den er Euer Exzellenz mit seiner Bitte erbracht habe, mit der Vorbringung eines Wunsches erwidern, der in merito schon erfüllt sei. Auf meine Replik, daß Euer Exzellenz eine im Namen der königlich italienischen Regierung abgegebene Erklärung zur Bedingung der Schutzübernahme machen, bemerkte er, dieses Petitum würde im Ministerrate einen ungünstigen Eindruck erwecken. Er müsse jedenfalls die Sache mit Herrn Giolitti besprechen und werde Montag auf den Gegenstand zurückkommen. Aus seiner Sprache schließe ich, daß er sich bemühen werde, den Ministerrat dazu zu bewegen, ihn zur Abgabe der gewünschten formellen Erklärung zu ermächtigen. Bei diesem Anlasse kam er auf die in meinem heutigen Telegramme No. 148 gemeldeten Inzidenzfälle mit einem italienischen Torpedojäger zurück und las mir eine Reihe von Befehlen des Marineministeriums an den Herzog der Abruzzen vor, in welchen vom 2. d. M. angefangen bis zum heutigen Tage täglich und mit zunehmender Schärfe angeordnet wird, daß maritime Operationen im jonischen und adriatischen Meere auf das absolut Notwendige beschränkt werden und Bombardierung von Städten und Landung von Truppen unbedingt unterlassen werde. Er erwähnte auch, daß die zur Beobachtung in dieser Gegend zurückgelassenen Kriegsfahrzeuge nicht — wie ich gestern im Telegramm No. 146 meldete — Kriegsschiffe, sondern Torpedoboote seien. Schließlich bemerkte er, er schöpfe aus einem Telegramme des italienischen Botschafters in Berlin die Hoffnung, daß die Türkei auf den Gebrauch ihrer Torpedoboote in Prevesa verzichten werde. Der hiesige deutsche Botschafter, welchen ich seither sah, bestätigte meine aus dieser Mitteilung gefolgerte Annahme, daß die kaiserlich deutsche Regierung, um die zwischen Wien und Rom aufgetauchten Differenzen auszugleichen, tatsächlich in Konstantinopel in dem obigen Sinne eingeschritten sei. Er (Herr von Jagow) erwartet sich von dieser Démarche keinen Erfolg.

Ambrózy.

a) Vgl. n. 2722, 2724, 3123. — b) Vom 5. Okt. 1911 (chiffr. 8 U. p. m.; Konz. S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal). Dem Freiherrn von Ambrózy wird darin folgendes mitgeteilt: „Herzog Avarna hat angekündigte Demarche betreffs Übernahme des Schutzes italienischer Staatsangehöriger in Skutari, Durazzo, Janina, Valona, Monastir, Üsküb und Prisren seitens unserer dortigen Konsularämter bei mir ausgeführt. Ich habe dem italienischen Botschafter geantwortet, daß ich bereit bin, dem Wunsche seiner Regierung nachzukommen und ihr hiemit einen neuen Beweis unserer Freundschaft und unseres Entgegenkommens zu erbringen. Da wir aber den Schutz der italienischen Staatsangehörigen gerade an den heiklichsten Punkten der europäischen Türkei übernehmen, möchte ich nochmals die Zusicherungen, die mir Marquis di San Giuliano durch Herzog Avarna geben ließ, im Namen der italienischen Regierung wiederholt hören, nämlich daß die maritimen Operationen im jonischen und adriatischen Meere italienischerseits auf das allernotwendigste beschränkt bleiben werden und von der Beschießung der Städte des türkisch-albanesischen Litorales sowie von Landungen daselbst unbedingt abgesehen werden werde. Ich habe Herzog Avarna gegenüber bemerkt, ich hätte die bisherigen Zusicherungen nicht veröffentlicht und würde dies auch weiterhin nicht tun, insoferne mir die italienische Regierung das verlangte weitgehende Entgegenkommen bekundet, dessen ich zu meiner persönlichen Deckung bedürfe. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulichen Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano."

Tel. nach Sofia, 6. Okt. 1911 Nr. 52 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 2717.

Nr. 2724. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 7. Okt. 1911 Nr. 169 (eing. 8. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Bezugnahme auf Telegramm Nr. 102 von heute. Staatssekretär sagte mir, er begrüße die Idee des Zusammengehens Deutschlands und Österreich-Ungarns in der Interventionsfrage und sei gerne bereit, im gegebenen Momente gemeinsam mit dem Wiener Kabinett seine Mediation anzutragen. Zur Zeit scheine ihm dieser Moment leider noch nicht gekommen. Da es sich darum handeln werde, in der Frage bei eventuell sich ergebendem Anlasse möglichst rasch zuzugreifen, so meint Staatssekretär, im Falle andererseits seitens der Türkei oder Italiens ein Antrag in Wien oder Berlin gestellt würde, sollte derselbe vom betreffenden Kabinette sogleich angenommen werden, das andere in Frage kommende Kabinett (Berlin oder Wien) sollte aber unverzüglich davon benachrichtigt werden. Kiderlen hofft, Euer Exzellenz werden auch hierin seinen Erwägungen zustimmen. Staatssekretär bat mich, Euer Exzellenz zu melden, daß er Herrn von Jagow beauftragt habe, den italienischen Minister des Äussern gesprächsweise — ohne sich auf einen Auftrag zu berufen — auf die Sprache der italienischen Presse (einschließlich der Perseveranza) aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, daß diese von jener des Ministers erheblich abweiche. Deutscher Botschafter möge Marquis San Giuliano insinuieren, diese Preßtreibereien, solange es noch Zeit ist, abzustoppen, zugleich möge er ihm nahelegen, die italienische Regierung sollte möglichst bald ein fait accompli schaffen, auf Grund dessen ein Waffenstillstand vermittelt werden könne, worauf die diplomatischen Verhandlungen beginnen könnten. Flotow.

[a] Vgl. n. 2723, 2725, 2733, 2748.

Nr. 2725. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 7. Okt. 1911 Nr. 307 (eing. 8. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Anläßlich meiner Rückkehr vom Urlaub wurde ich heute von Seiner Majestät dem Sultan in Audienz empfangen. Ich überbrachte Seiner Majestät die Grüsse, welche mir Seine k. u. k. Apostolische Majestät anläßlich meiner letzten Audienz aufzutragen geruht haben. Der Sultan bat mich, unserem Allergnädigsten Herrn hiefür seinen Dank zu übermitteln und fügte hinzu, er zweifle nicht, daß Seine Majestät an den betrüblichen Ereignissen der letzten Zeit Anteil genommen haben. Ich antwortete, daß dies gewiß der Fall sei und daß die k. u. k. Regierung den Entschluß gefaßt habe, unter allen Umständen dafür Sorge tragen zu wollen, daß trotz des Kriegszustandes zwischen Italien und der Türkei an dem status quo auf der Balkanhalbinsel nicht gerüttelt werde. Seine Majestät der Sultan nahm diese Erklärung ebenfalls mit Dank entgegen und sprach noch die Hoffnung aus, dass Seine k. u. k. Apostolische Majestät in Allerhöchstdessen allgemein bekanntem Gerechtigkeitssinne Mittel und Wege für eine entsprechende Remedur des Unrechtes finden werde, welches der Türkei widerfahren ist. Ich erwiderte hierauf, daß die k. u. k. Regierung im passenden Momente und wenn die

türkische Regierung eine für die Verhandlung geeignete Basis vorschlagen sollte, gewiß ihre Intervention für die Herstellung des Friedens eintreten lassen werde. Ohne auf diesen Gedanken weiter einzugehen, verabschiedete mich Seine Majestät der Sultan in gewohnter huldvoller Weise. Nach Audienz sprach ich mit Oberstkämmerer Lutfi Bey. Derselbe teilte mir mit, daß der Sultan heute ein Telegramm von Imam Jahiya erhalten habe, in welchem derselbe bittet, über ihn und seine Hunderttausend zu verfügen. Aus den weiteren Äusserungen Lutfi Beys konnte ich entnehmen, daß man in Palaiskreisen auf dem Standpunkte zu stehen scheint, daß mit Rücksicht auf die Stimmung im Volke in der Tripolisfrage an ein Nachgeben vorläufig wohl kaum gedacht werden könnte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2717, 2724, 2726.

Nr. 2726. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 7. Okt. 1911 Nr. 308 (eing. 8. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Mit Bezug auf hohes Telegramm Nr. 213 vom 5. d. M. Ich hatte gestern Gelegenheit, bei Said Pascha zu konstatieren, daß ihm Baron Marschall von dem italienischen Anwurf in Bezug auf die Lokalisierung des Kriegsgebietes gesprochen hat. Ich ließ mich sohin im aufgetragenen Sinne vernehmen. Said Pascha erwiderte, er werde über die Sache mit dem Kriegsminister sprechen. Er fügte hinzu, daß gegebenenfalls nicht nur die albanische Küste, sondern auch jene des Roten Meeres aus den Operationen ausgeschaltet werden sollte. Wie ich vertraulich den Äusserungen Baron Marschalls entnehme, hat man italienischerseits in Berlin nur von der Ausscheidung der albanischen Küste gesprochen und demgemäß Baron Marschall auch nur in diesem Sinne mit Said Pascha Fühlung genommen. Mein deutscher Kollege hegt demnach den Verdacht, daß der italienische Anwurf lediglich bezwecke, für die italienische Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung im eigenen Lande wegen der Einstellung der Feindseligkeiten im adriatischen und ionischen Meere eine Deckung zu suchen. Ich teile diese Vermutung. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2725, 2727, 2768.

Nr. 2727. Bericht aus Konstantinopel-Jeniköj, 7. Okt. 1911 Nr. 55 A (eing. 10. Okt.).a) Ausfert.

Anlässlich meines letzten Aufenthaltes in Wien hatten Euer Excellenz die Güte, wiederholt die eventuellen Folgen der Action Italiens in Tripolis mit mir zu besprechen. Ich habe damals hervorgehoben, dass meiner Ansicht nach Alles davon abhängen werde, wie sich die Dinge unter dem Einflusse der letzten Ereignisse in der Türkei selbst entwickeln würden. Soweit ich mich in der kurzen Zeit seit meiner Rückkehr über die Lage orientieren konnte, glaube ich auch jetzt an dieser Anschauung festhalten zu sollen. Die Haltung der Bevölkerung in der Hauptstadt sowie auch in der Provinz ist, wenn man von einigen Ausschreitungen in Salonich absieht, bisher eine ruhige. Es ist dies ein neuer Beweis dafür, wie diszipliniert das türkische Volk ist. Die Politiker scheinen vorläufig noch nicht im Reinen mit sich zu

sein, ob und inwieferne sie die Volksleidenschaften für ihre Zwecke ausnützen sollen. Sie nehmen vorläufig noch Anstand, eine Agitation ins Volk zu tragen. Allerdings kann sich dies von heute auf morgen ändern. Die Lage ist übrigens jetzt eine ganz andere, als wie sie zum Beispiel zur Zeit der Annexion Bosniens war. Italien hat sofort erklärt, dass es sich im Kriegszustande gegenüber der Türkei befinde. Es hat also ganz freie Hand, was bei uns nicht der Fall war, da man hier genau wusste, dass wir damals den Krieg vermeiden wollten. Aus den Gesprächen, welche ich seit meiner Rückkehr mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten gepflogen habe, gewann ich den Eindruck, dass sich mehr oder weniger alle darüber klar sind, dass Tripolis für die Türkei verloren ist. Es ist auch nicht so sehr das Schicksal von Tripolis selbst, sondern vielmehr die Sorge um den Eindruck, welchen der Verlust dieser Provinz auf die hiesigen politischen Verhältnisse machen wird, welche alle Politiker hier beschäftigt. Auf der einen Seite stehen die Leute vom Comité, auf der anderen ihre Gegner, welche sich zum grossen Theile um Kjamil Pascha zu scharen scheinen. Die Regierung Said Paschas stützt sich, ebenso wie die früheren mehr oder weniger auch, auf das Comité und hängt von demselben ab. Es besteht nun die Gefahr, dass es zwischen diesen beiden Strömungen zu einem offenen Conflicte kommt und da fragt es sich, ob sich nicht die Armee an diesem Conflicte betheiligen würde. Wenn dies der Fall wäre, so könnten wir Ähnliches erleben wie vor drei Jahren, nur mit dem grossen Unterschiede, dass dies jetzt, wo die Türkei sich im Kriegszustande mit einer Grossmacht befindet, ganz andere Folgen haben könnte als wie damals. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, dass in einem solchen Falle die Nachbarländer der Türkei die Gelegenheit benützen würden, um über letztere herzufallen und ich glaube kaum, dass es dann den Grossmächten gelingen könnte, dem Einhalt zu thun. Unter solchen Umständen erscheint es doppelt wünschenswert, dass es gelingen möge, so schnell als möglich den Frieden zwischen der Türkei und Italien wiederherzustellen. Je länger der heutige Zustand dauert, desto gefahrdrohender wird er für den Frieden Europas werden. Baron Marschall bemüht sich die türkischen Staatsmänner dahin zu bringen, dass sie sich entschliessen, eine für Italien annehmbare Basis für die Verhandlungen zu acceptieren. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass der deutsche Botschafter hiebei nicht nur von dem Wunsche geleitet wird, je schneller den Frieden zwischen den beiden Reichen wieder hergestellt zu sehen, sondern auch von jenem, für die Stellung Deutschlands in der Türkei und nicht in letzter Linie seine eigene, Vortheile zu ziehen. Er möchte die führende Rolle nicht aus der Hand geben. Ich konnte dies gestern wieder konstatieren, als ich ihm mittheilte, dass mir Said Pascha sagte, der Ministerrat werde heute über die Basis, auf welcher eine Mediation stattfinden könnte, beraten und dass er das Resultat dieser Beratung den Cabineten der Grossmächte mittheilen werde. Baron Marschall ist es ferner offenbar darum zu thun, Said Paschas Stellung so viel als möglich zu stärken, weil er nichts mehr perhorresciert, als ein Cabinet Kjamil Paschas. Er würde, wie er mir sagte, hierin einen Echec der deutschen und auch österreichisch-ungarischen Politik in der Türkei erblicken. Meiner unmassgeblichen Meinung nach

hat der deutsche Botschafter bis zu einem gewissen Grade recht, da man in Europa allgemein Kjamil Pascha als denjenigen Staatsmann bezeichnet, welcher vollkommen unter englischem Einflusse steht. Ich habe aber während der Annexionskrise viel mit ihm zu verhandeln gehabt und meine Erfahrungen haben mir gelehrt, dass die Gerüchte über die Englandfreundlichkeit dieses Staatsmannes sehr übertrieben sind. Unter allen Umständen würde die Berufung Kjamil Paschas den Sturz des Comités bedeuten, gerade dies aber scheint Baron Marschall verhindern zu wollen, da er der Ansicht ist, dass das Comité noch die einzig organisierte Partei hierzulande sei und dass mit dem Verschwinden desselben die Lage noch schwieriger sein werde. Ich hatte in den letzten Tagen zweimal Gelegenheit mit dem russischen Botschafter über die Lage zu sprechen; derselbe theilt vollkommen meine Ansicht, dass der Schlüssel der Situation hier zu suchen sei. Er glaubt auch, dass, wenn es zu einer Umwälzung in der Türkei kommen sollte, die Nachbarstaaten derselben sich nicht zurückhalten lassen würden, aus ihrer jetzigen correcten Haltung herauszutreten. Dies wäre aber, sagte mir der russische Botschafter, das Aufrollen der grossen Orientfrage und möglicher Weise der Anfang einer europäischen Conflagration. Von diesem Standpunkte wünscht natürlich auch Herr Tscharykow eine baldmögliche Beilegung des türkisch-italienischen Conflictes. Bemerkenswert jedoch ist, dass er mir in den beiden Gesprächen, welche ich mit ihm hatte, beweisen wollte, dass die Türkei den Kriegszustand länger ertragen könne als Italien. Ich weiss nicht, ob der russische Botschafter sich in diesem Sinne auch den türkischen Staatsmännern gegenüber äussert. Wenn dies der Fall wäre, so könnten die letzteren hierin eine Art Encouragement finden. Was Herr Tscharykow für einen Hintergedanken hiebei hat, ist mir vorläufig noch nicht klar. Denkt er in irgend einer Beziehung an die Meerengenfrage? Was die hiesige öffentliche Meinung anbelangt, soweit sie controllierbar ist, scheint es, als ob sie in den letzten zwei Tagen wieder mehr Mut geschöpft hätte und mit einer längeren Dauer des Krieges rechnete. Kjamil Pascha, der mich[b]) soeben, während ich diesen Bericht schreibe, einen Besuch abstattete, sagte mir, dass, seinen Informationen zufolge, unter den Arabern in Tripolis und in Ägypten sich eine grosse Gährung bemerkbar mache und dass Italien jedenfalls mit dem Chef Senussi[b]) und dessen mächtigen Anhange zu rechnen haben würde.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2726, 2728, 2742. — [b]) So!

Tel. nach Berlin, 8. Okt. 1911 Nr. 104 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 2728.

Nr. 2728. Tel. nach Konstantinopel Nr. 222 (1) und Berlin Nr. 104 (2), 8. Okt. 1911 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Aehrenthal).

1. Reschid Pascha teilte mir gestern vertraulich mit, daß er sich nach reiflicher Überlegung entschlossen habe, das Auswärtige Portefeuille nicht zu übernehmen; eine eingehende Prüfung der Ministerliste habe ihn zur Überzeugung gebracht, daß das Kabinett Said Pascha nicht imstande sein

werde, einen Friedensschluß mit Italien vor der Kammer zu vertreten. Über ausdrücklichen Wunsch des Großveziers reise er nach Konstantinopel, rechne aber in wenigen Tagen auf seinen Posten zurückzukehren. Die Äußerungen des türkischen Botschafters über die Frage, ob und inwieweit es für die Türkei möglich sei, in Verhandlungen einzutreten, klangen diesmal weniger optimistisch. Ich habe Reschid Pascha nochmals unseren Standpunkt und meine Ratschläge wiederholt und ihn gebeten, in Konstantinopel vor dem Gedanken zu warnen, den Krieg in die Länge zu ziehen. Ich begreife, wie schwer es für eine türkische Regierung sei, den Friedensschluß anzubahnen und wie verlockend es erscheinen könne, durch Hinausziehen des Krieges Italien Schaden zuzufügen. Eine solche Politik der Pforte könnte zwar für Italien wirklich eine Quelle von Unannehmlichkeiten werden, berge aber eine weit größere Gefahr für die Türkei in sich und dies umso mehr, als ich überzeugt sei, daß bei einer längeren Dauer der Feindseligkeiten die Ruhe am Balkan nicht ungestört bleiben dürfte. Ich bat den Botschafter, Said Pascha in meinem Namen zu sagen, ich hoffe, meine jetzigen Ratschläge würden besser befolgt werden als die seinem Vorgänger zu Beginn des albanesischen Aufstandes erteilten. Hätte die Pforte damals zur Pazifizierung Nordalbaniens versöhnliche Maßnahmen ergriffen und zum Beispiel einen landeskundigen Staatsmann nach Skutari entsendet, so wäre es zu der kostspieligen und im Grunde resultatlosen Expedition Torgut Paschas nicht gekommen. Statt dessen hätte die Türkei damals schon Truppen nach Tripolis dirigieren können. Wenn ich nun neuerdings meine warnende Stimme erhebe, geschähe dies in der Hoffnung, daß die Pforte sich zu einem raschen und weisen Entschlusse aufraffen werde. Endlich gab ich Reschid Pascha zu verstehen, daß, wenn die Türkei auf Basis der Anerkennung des fait accompli der italienischen Okkupation von Tripolis und der Cyrenaika sich mit der Wahrung der ottomanischen Souveränitätsrechte und mit materiellen Kompensationen begnügen würde, die praktische Grundlage für eine Mediation gegeben wäre; ich wäre dann bereit, ein bezügliches Ansuchen in ernsteste Erwägung zu ziehen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulichen Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache. Reschid Pascha befürchtet, daß Said Pascha ihm seinen Refus übelnehmen und ihn vom hiesigen Posten abberufen könnte. Sollten Euer Exzellenz Anzeichen für das Vorhandensein einer solchen Absicht wahrnehmen oder eine diesbezügliche Mitteilung Reschid Paschas erhalten, so ersuche ich Sie, sich unverzüglich zum Großvezier zu begeben und ihm in meinem Namen zu sagen, daß ich auf das Verbleiben Reschid Paschas in Wien den allergrößten Wert lege.

2. Vertraulich! (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Reschid Pascha teilte“ bis „Erwägung zu ziehen“). Euer Hochwohlgeboren wollen Vorstehendes dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär vertraulich mitteilen und mit der Bitte um Geheimhaltung beifügen, Marquis di San Giuliano habe dem k. u. k. Geschäftsträger in Rom gesagt, nach seiner rein persönlichen Ansicht würde sich öffentliche Meinung Italiens wohl mit nomineller Souveränität des Sultans, nicht aber mit einer Lösung befreunden, welche irgend ein tatsächliches Band zwischen der Türkei

und Tripolis aufrechterhielte. Die materielle Entschädigung müßte ein für allemal zu zahlendes Kapital sein. Jährlicher Tribut schiene ihm inakzeptabel. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2727, 2729.

Nr. 2729. Tel. des türkischen Großveziers an den türkischen Geschäftsträger in Wien; Konstantinopel, 8. Okt. 1911 Nr. 282 (vom türkischen Geschäftsträger am 9. Okt. übergeben).a) Abschrift.

Le Gouvernement Impérial, animé du sincère désir de servir au maintien de la paix et prenant en considération les recommandations bienveillantes des Grandes Puissances, est disposé à offrir une nouvelle base qui permettrait l'ouverture des négociations, et croit que le moment d'une médiation efficace est venu. Cette base consiste à discuter d'un commun accord les intérêts de l'Italie et à établir une convention par laquelle le Gouvernement Impérial s'engagera à les reconnaître, en tant que les demandes de l'Italie seront reconnues comme répondant à la situation, et sous réserve expresse du maintien des droits de Souveraineté de l'Empire. Un tel accord suffirait, estime le Gouvernement Imperial, pour rétablir les relations diplomatiques entre les deux pays. Les détails de cette base devront naturellement être discutés et arrêtés au cours des négociations. Said Pascha.

a) Vgl. n. 2728, 2730, 2731, 2733, 2734, 2745.

Nr. 2730. Tel. aus Rom, 8. Okt. 1911 Nr. 153 (eing. 9. Okt. 6 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Mein deutscher Kollege, aus dessen ganz vertraulichen Äusserungen ich schon heute früh entnommen hatte, dass er hier und Baron Marschall in Konstantinopel vor einigen Tagen Terrain für eine deutsche Mediation sondiert und italienische Regierung ihrerseits hierauf zu verstehen gegeben habe, dass sie im gegebenen Falle für eine Mediation Deutschland den Vorzug vor anderen Mächten geben würde, teilte mir heute abends zwei kurz vorher erhaltene Telegramme mit. Das erste derselben, in claris expediert, enthält die Reproduktion eines vom türkischen Botschafter in Berlin übergebenen Telegrammes, worin die Pforte sich bereit erklärt, auf Grund eines Waffenstillstandes und Verhandlungen mit Italien auf der Basis der Aufrechterhaltung der Souveränität des Sultans über Tripolitanien, die diplomatischen Beziehungen mit Rom wiederaufzunehmen.b) In dem zweiten, später und in Ziffern eingelangten Telegramme, beauftragt Herr von Kiderlen den hiesigen Botschafter, mit italienischer Regierung über obige türkische Mitteilung vertraulich und freundschaftlich zu sprechen und mit mir möglichst enge Fühlung zu halten. Das Telegramm drückt ferner die Ansicht aus, dass Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und Verhandlungen zwischen Rom und Konstantinopel wohl erst nach Eintreffen der italienischen Truppentransporte in Tripolis und Besetzung dieser Stadt möglich sein werde. Herr von Jagow hat das erste Telegramm dem Marquis San Giuliano noch heute mitgeteilt und wird sich morgen bei demselben des ihm mit dem zweiten

Telegramme erteilten Auftrages entledigen. Nach vorläufig von mir geteiltem Eindruck meines deutschen Kollegen schiene der hiesige Minister des Äussern persönlich sich bezüglich Tripolitaniens mit einer Lösung nach dem Muster unserer Stellung in Bosnien vor 1908 begnügen zu wollen, aber dem täglich steigenden Drucke der hiesigen öffentlichen Meinung zu Gunsten der völligen Annexion jener Gebiete ausgesetzt zu sein. Mérey.

[a]) Vgl. n. 2731, 2732, 2733, 2739. — [b]) Vgl. n. 2729.

Nr. 2731. Tel. aus Rom, 8. Okt. 1911 Nr. 152 recte 154 (eing. 9. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Heute hatte ich mit dem Minister des Äußern erste längere Unterredung, deren Hauptinhalt die maritimen Aktionen Italiens an der Küste von Albanien und Epirus bildeten. Ich zog sehr ernste Seiten auf und wies zur Motivierung unseres Standpunktes auf den eminent inopportunen Charakter jener Aktionen, auf deren Unvereinbarkeit mit unserem albanesischen Akkord[b]) und mit den italienischen Erklärungen anläßlich des Ausbruches des Konfliktes (übrigens auch mit der Neutralisierung der ionischen Gewässer) und auf die laut des hohen Telegrammes No. 139[c]) bereits eingetretenen Konsequenzen hin. Minister des Äußern trat vom politischen Standpunkte diesen Ausführungen kaum entgegen. Er schilderte mir aber pro praeterito, welche Mühe es ihn gekostet habe, bei den militärischen Stellen diesen politischen Erwägungen das Übergewicht über die rein strategischen Gesichtspunkte zu verschaffen, welch letztere nach dem übereinstimmenden Urteil aller — auch ausländischer — Militärs vor allem die Säuberung des für die Truppentransporte in Betracht kommenden Meeresteiles gebieterisch erheischten. Ferner hätten sich in der Folge technische Schwierigkeiten ergeben, der sehr beweglichen und zerstreuten Eskadre des Herzogs der Abruzzen und seitens des letzteren jedem einzelnen seiner Schiffe rechtzeitig die betreffenden Befehle zu erteilen. Dermalen sei dies aber geschehen und wir könnten sicher, absolut sicher sein, daß Italien keine weitere militärische Aktion an jenen Küsten unternehmen werde. Eine formelle und offizielle Erklärung in diesem Sinne im Namen der Regierung abzugeben erscheine ihm, abgesehen davon, daß der Ministerpräsident noch in Turin sei, schon aus dem Grunde kaum möglich, weil dies (geheim blieben solche Dinge nie) der Türkei einen Freibrief ausstellen hieße, mit den noch vorhandenen Torpedobooten die italienischen Transporte zu beunruhigen und zu gefährden. Hiesige Regierung würde eine unmögliche Verantwortung übernehmen, wenn es beispielsweise infolge ihres Engagements uns gegenüber einem türkischen Torpedoboot gelänge, ein italienisches Transportschiff zu torpedinieren. Wir könnten, so wiederholte der Minister mit allem denkbaren Nachdrucke, vollkommen sicher sein, daß auch ohne ein solches formelles Engagement keine derartige Aktion an jenen Küsten mehr stattfinden werde. Übrigens habe er Aussicht, mit der Türkei die reziproke Neutralisierung des betreffenden Meeresteiles (von Antivari bis über Prevesa hinaus) ebenso wie jene des roten Meeres zu stipulieren. Schließlich werde die gefährliche Zeit des Abganges und

der Reise der italienischen Transportschiffe in wenigen Tagen vorüber sein und sich dann von selbst der Kriegsschauplatz einschränken. Der allgemeine Teil unserer Konversation war kurz und förderte wenig Neues zu Tage. Frage einer Vermittlung kam nicht zur Sprache. Marquis San Giuliano zeigte sich durch die eben bekanntgewordene Ausweisung aller Italiener aus der Türkei mit nur dreitägiger Frist irritiert. Mérey.

[a]) Vgl. n. 2729, 2730, 2738. — [b]) Pribram, a. a. O. I 83; Martens, N. R. G. 3. S. X 68. — [c]) Tel. nach Rom, 7. Okt. 1911 Nr. 139 (chiffr. 8 U. p. m.) betrifft Panik in der italienischen Kolonie in Durazzo. Nicht abgedruckt.

Tel. nach Berlin, 9. Okt. 1911 Nr. 109 (chiffr. 10. Okt. 1 U. a. m.). Siehe n. 2733.

Tel. nach Konstantinopel, 9. Okt. 1911 Nr. 228 (chiffr. 10. Okt. 1 U. a. m.). Siehe n. 2733.

Nr. 2732. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 9. Okt. 1911 Nr. 313 (eing. 10. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Baron Marschall teilt mir Nachstehendes mit: Der vorgestrige Ministerrat hat, wie ihm Said Pascha gestern sagte, noch keinen definitiven Beschluss in Bezug auf eine Mediationsbasis gefasst. Vorläufig sei man blos im Prinzipe einig, dass man eventuell für Tripolitanien eine Situation akzeptieren könnte, welche jener Bosniens und der Herzegowina vor der Annexion analog wäre. Der obige Beschluss sei hauptsächlich seinem (Said Paschas) und des Kriegsministers Eingreifen zu verdanken. (Wie ich hier übrigens bemerken möchte, hat die Stellung Mahmud Schefket Paschas in der Armee in letzter Zeit stark gelitten). Die türkische Regierung werde nach weiteren Mitteilungen Said Paschas vor dem Zusammentritt der Kammern behufs Einleitung einer Mediation keine definitiven Schritte unternehmen, vielmehr ein Vertrauensvotum des Parlamentes für sich abwarten. Der Ministerrat hätte ferner und gleichfalls im Prinzipe beschlossen, die italienischen Staatsangehörigen in der Türkei auszuweisen, ein Beschluss, welchen mein deutscher Kollege dahin auffasste, dass das Kabinett damit eine Konzession an die öffentliche Meinung machen wollte, ohne aber vorläufig ernstlich an die Ausführung einer solchen Massregel zu denken. Wie ich die momentane Lage auffasse, scheint mir wenig Wahrscheinlichkeit vorhanden zu sein, dass das jetzige Kabinett ein Vertrauensvotum der Kammer erhalten werde. Obige Ministerratsbeschlüsse scheinen mir überhaupt nur den Zweck zu haben, die Entscheidung hinauszuschieben. Mit Bezug auf hohes Telegramm Euer Exzellenz vom 7.[b]) d. M. Nr. 214 möchte ich mir erlauben, bei diesem Anlasse hervorzuheben, dass Baron Marschall in der Mediationsfrage vollkommen Hand in Hand mit mir vorgeht. Ich glaube auch, dass meine Unterredung mit Said Pascha am letzten Freitag viel dazu beigetragen hat, den Grossvezier und den Kriegsminister von der Notwendigkeit eines raschen Friedensschlusses zu überzeugen. Der deutsche Botschafter tritt allerdings bis zu einem gewissen Grade auch in der Öffentlichkeit mehr hervor als

ich; vielleicht spielt da persönliche Eitelkeit etwas mit. Ich glaube aber, dass wir besser tun, nicht zu sehr in den Vordergrund zu treten, da ja in diesem Falle die Rolle der intervenierenden Macht, welche ja der Türkei im Wesen nichts zu bieten vermag, hier doch keine dankbare sein wird. Schon jetzt werden in der hiesigen öffentlichen Meinung Stimmen laut, wonach die Sache schon vor dem Einsetzen der italienischen Aktion zwischen den drei Mächten der Tripelallianz abgekartet gewesen wäre.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2730, 2733, 2734, 2736, 2742. — [b]) Vom 6. Okt.

Nr. 2733. Tel. nach Rom Nr. 145 (1), Berlin Nr. 109 (2) und Konstantinopel Nr. 228 (3), 9. Okt. 1911 (chiffr. 10. Okt. 1 U. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

1. Streng vertraulich. Ein mit Berlin eingeleiteter Meinungsaustausch hat ergeben, daß die Kabinette von Wien und Berlin die Vermittlungsaktion im türkisch-italienischen Konflikte, ohne sich auf eine vorherige Fühlungnahme mit den anderen Kabinetten einzulassen, gemeinsam in Angriff zu nehmen gesonnen sind. Die Bemühungen Österreich-Ungarns und Deutschlands würden pari passu erfolgen. Laut eines Telegrammes des k. u. k. Geschäftsträgers in Berlin[b]) ist Herr von Kiderlen der Ansicht, welcher ich vollkommen beipflichte, daß es sich darum handeln werde, in der Frage bei eventuell sich ergebendem Anlasse möglichst rasch zuzugreifen; falls seitens der Türkei oder Italiens ein Antrag in Wien oder Berlin gestellt würde, sollte derselbe vom betreffenden Kabinette sogleich angenommen werden, das andere in Frage kommende Kabinett (Berlin oder Wien) sollte aber unverzüglich davon benachrichtigt werden.

1.—3. Herr von Tschirschky ist heute bei mir erschienen und hat mir auftragsgemäß ein von dem türkischen Botschafter in Berlin übergebenes Telegramm der Pforte zur Kenntnis gebracht.

1. Dessen Inhalt, wie ich aus Ihrem Telegramme Nr. 153 vom 8. d. M. ersehe, Euer Exzellenz im wesentlichen aus den Mitteilungen Herrn von Jagows bereits bekannt ist.

2.—3. Zufolge dieses Telegrammes erklärt sich die Pforte bereit, auf der Basis der Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität in Tripolis in Verhandlungen über die italienischen Forderungen einzutreten; auf diese Weise würde die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ermöglicht werden.

1.—3. Der deutsche Botschafter hat mir im Anschlusse hieran den Standpunkt des Berliner Kabinettes, wie folgt, entwickelt: „Der Antrag auf sofortige Herstellung der diplomatischen Beziehungen dürfte vielleicht etwas weitgehend sein. Die Besprechungen könnten an einem dritten Orte während eines Waffenstillstandes stattfinden. Aus den bisherigen Äußerungen der italienischen Staatsmänner ist zu entnehmen, daß sie fiktive Souveränität der Türkei gewähren wollen. Danach scheint der kaiserlichen Regierung der türkische Vorschlag eine Basis für Verhandlungen zu sein. Da italienische Regierung offenbar großen Wert darauf legt, ihre bereits mobilisierten,

respektive eingeschifften Truppenteile nach Tripolis zu senden, könnte der Waffenstillstand vielleicht so abgeschlossen werden, daß derselbe Truppensendungen nach Tripolis und die Besetzung eines gewissen Rayons vorsieht." Herr von Tschirschky richtete schließlich die Frage an mich, ob ich geneigt wäre, in diesem Sinne gemeinschaftlich mit dem deutschen Kabinette in Rom freundschaftlich zu sondieren. Ich erwiderte dem Herrn Botschafter, daß ich den Anschauungen Herrn von Kiderlens zustimme, die Idee eines Waffenstillstandes für eine sehr glückliche hielte und bereit sei, in dem angeregten Sinne in Rom zu sondieren; allerdings könne ich die Befürchtung nicht unterdrücken, daß der türkische Schritt gerade in der Absicht unternommen worden sei, vor dem Eintreffen des italienischen Expeditionskorps in Tripolis zu einer Verhandlungsbasis zu gelangen, was in Rom auf Widerstand stoßen dürfte.

1. Ich ersuche Euer Exzellenz somit im Einvernehmen mit Herrn von Jagow in dem deutscherseits angeregten Sinne die türkische Mitteilung[c] zum Gegenstande einer vertraulichen und freundschaftlichen Sondierung bei Marquis San Giuliano zu machen.

2.—3. Ich beauftrage Herrn von Mérey, im Einvernehmen mit Herrn von Jagow in dem deutscherseits angeregten Sinne die türkische Mitteilung zum Gegenstande einer vertraulichen und freundschaftlichen Sondierung bei Marquis San Giuliano zu machen.

1.—3. Den oberwähnten türkischen Schritt hat türkischer Geschäftsträger nach meiner Unterredung mit Herrn von Tschirschky auch bei mir unternommen, wobei er bemerkte, daß die betreffende Zirkulardepesche den Kabinetten aller Großmächte überreicht wurde.

2. Vorstehendes zu Ihrer Information und Regelung Ihrer Sprache.

3. Vorstehendes zu Ihrer Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache.

Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2734, 2736, 2738, 2739, 2762. — [b] Vgl. n. 2724. — [c] Wohl n. 2729.

Nr. 2734. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 9. Okt. 1911 Nr. 144 (eing. 10. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Neratow hat mir gerade gesagt, er hätte sich mit Kabinetten der Großmächte in Verbindung gesetzt, um ihre Stellungnahme zum gestrigen Schritte der Pforte[b] zu erfahren und daß russische Regierung sich jedem gemeinsamen Schritte der Mächte anschließen würde, von welchem ein Erfolg zu erhoffen sei. Nach Ansicht des Gerenten würde es sich vor allem darum handeln, festzustellen, in welcher Weise Démarche ausgeführt werden sollte, ob durch die Botschafter in Rom oder sonst in anderer offiziöser Weise. Herr Neratow wollte eigene Meinung über Aussicht auf Erfolg nicht ausdrücken. Er fragt sich aber, ob Italien jetzt nach Besitznahme Tripolis' geneigt sein wird, auch die leisesten Souveränitätsrechte des Sultans anzuerkennen. Dies sei nach seiner Ansicht das Wichtigste in der türkischen Zirkularnote.

Szilassy.

[a] Vgl. n. 2732, 2733, 2736. — [b] Vgl. n. 2729.

Tel. nach Berlin, 10. Okt. 1911 Nr. 110 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 2738.

Nr. 2735. Privatschreiben an den deutschen Reichskanzler von Bethmann Hollweg, 10. Okt. 1911.[a]) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Streng geheim. Von meinem Sommerurlaube zurückgekehrt und mit den Geschäften meines Ressorts wieder intensiver beschäftigt, empfinde ich das Bedürfnis, unsere Korrespondenz, welche seit meinem Schreiben de dato [2. März d. J.] geruht hat, wieder aufzunehmen. ... *Frage der Ausweisungen österreichischer Staatsangehöriger* ... Mit Herrn von Kiderlen-Wächter stehe ich in regem Briefwechsel über die Erneuerung des Dreibundes.[a]) Angesichts der unerfreulichen Aussichten auf die nächste Zukunft können wir uns über das bisherige Ergebniß — das principielle Einverständniß der königlich italienischen Regierung, den Vertrag tel quel zu erneuern — nur freuen. Hoffentlich bringen die Italiener bei dem formellen Abschluße keine neuen Petita vor, die von uns natürlich nicht berücksichtigt werden können. Unser Hand in Hand Gehen in Constantinopel und Rom und unsere zwischen Kiderlen-Wächter und mir getroffene Vereinbarung, sobald eine practische Unterlage für die Vermittlung vorhanden sein wird, zur letzteren zu schreiten, erfüllt mich mit großer Befriedigung. Es handelt sich eben jetzt darum, im engsten Contact zu bleiben und dann rechtzeitig einzugreifen.

[a]) Vgl. n. 2703, 2755, 2757, 2790.

Nr. 2736. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 10. Okt. 1911 Nr. 318 (eing. 11. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Baron Marschall scheint nunmehr ähnliche Bedenken zu hegen in Bezug auf die Mediationsaktion Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, wie die, welche im Schlusspassus meines gestrigen Telegrammes No. 313 in Bezug auf unser Vorgehen selbst zum Ausdruck gelangen. Er teilte mir streng vertraulich mit, an Herrn von Kiderlen ein Telegramm gerichtet zu haben, in welchem er grosse Vorsicht in der weiteren Behandlung dieser Frage anregt, da die innere Lage der Türkei eine ganz unsichere sei und man nicht wissen könne, wer in einigen Tagen hier an die Spitze der Geschäfte gelange. Es scheint mir, dass Herr von Kiderlen mit Rücksicht auf die Marokkoangelegenheit anfangs etwas zu sehr gedrängt hat.

[a]) Vgl. n. 2732, 2733, 2734, 2737, 2742. Pallavicini.

Nr. 2737. Privatschreiben nach London, 10. Okt. 1911 Nr. 399 C. d. M.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Szápáry; G. Aehrenthal).

Sir F. Cartwright hat sich vor etwa 10 Tagen anlässlich des Diplomatenempfanges bei mir eingefunden und indem er in seiner unvermittelten Art in eine Erörterung der Tripolisaffaire eintrat, liess er die Bemerkung fallen, dass Deutschland durch seine Action in Agadir den Ausbruch des türkisch-italienischen Conflikte verschuldet habe. Ich hatte zwar nicht die Absicht gehabt, die Angelegenheit des leidigen Interviews in der Neuen

Freien Presse ihm gegenüber eigens zur Sprache zu bringen; dieser neuerliche Ausbruch seines Deutschenhasses bewog mich jedoch einen ernsteren Ton anzuschlagen und ihm zu erwidern, dass ich seine Ansicht, Deutschland habe den gegenwärtigen Conflikt durch sein Vorgehen in Agadir verschuldet, keineswegs teile. Die heutige Situation sei vielmehr eine Folge des französischen Vormarsches nach Fez und der mit Marokko zusammenhängenden Arrangements, welche Frankreich schon früher mit Italien über Tripolis getroffen habe. Auch fände ich es unter den gegenwärtig in Europa herrschenden Verhältnissen nicht ungefährlich, wenn der Botschafter einer Grossmacht wie England sich an welcher Stelle immer — und sei es selbst mir gegenüber — einer solchen Sprache gegen Deutschland bediene und seine Abneigung gegen Letzteres so wenig verhehle. Hieran anknüpfend nahm ich Gelegenheit, dem Herrn Botschafter zu bemerken, dass das ihm zugeschriebene Interview in der Neuen Freien Presse, dessen Autorschaft er in Abrede gestellt habe, und welches auch von der englischen Regierung offiziell als nicht von einem englischen Diplomaten stammend bezeichnet worden sei, zwar auf das Conto der Neuen Freien Presse gesetzt werden müsse; es habe das Gefühl der Beschämung in mir erweckt, dass ein grosses Wiener Blatt sich dazu hergegeben habe, etwas derartiges zu publizieren. Es sei jedoch, wie ich ihm nicht verhehlen könne, ein öffentliches Geheimnis, dass die Auslassungen, welche die Neue freie Presse in so indiscreter Weise veröffentlicht habe, den Ansichten durchaus entsprechen, welchen er seit nahezu zwei Jahren hier den verschiedensten Personen gegenüber Ausdruck gegeben habe. Nach meiner Überzeugung sei dies keine zutreffende Auffassung seiner Mission, da ihm doch bekannt sei, dass uns mit dem Deutschen Reiche eine intime Allianz verbindet. Ich schloss diese Zurückweisung mit der Bemerkung, dass, wenn Euer Exzellenz in England in solcher Weise gegen Frankreich Stellung genommen hätten, wie es Cartwright hier gegen Deutschland zu tun für gut befunden hat, die englische Regierung dies wohl kaum ruhig hingenommen haben dürfte. Der Herr Botschafter hörte meine Ausführungen an, ohne mir zu widersprechen. Als mir bekannt wurde, dass im österreichischen Abgeordnetenhause die Angelegenheit des Interviews von Seiten des deutschen Nationalverbandes zum Gegenstande einer Interpellation gemacht werden würde, habe ich den Herrn k. k. Ministerpräsidenten veranlasst, den englischen Botschafter in Schutz zu nehmen und die Erörterung dieses Themas abzulehnen, welches Vorgehen auch den Erfolg hatte, eine weitere Discussion zu verhindern.*b)* Über die Tactlosigkeit und den Mangel an Berechtigung des Standpunktes, welchen der deutsche Nationalverband in seiner Interpellation eingenommen hat, möchte ich kein Wort verlieren. Immerhin hat dieser Zwischenfall zur Genüge bewiesen, in welchem Grade der Herr Botschafter seine Stellung hier compromittiert hat. Ich erhalte eben Euer Exzellenz streng vertrauliches Privatschreiben vom 5. d. M., aus welchem ich entnehme, dass sich Hochdieselben sowohl mit Sir A. Nicolson als auch mit Mr. Tyrrel und Lord Knollys bereits im Sinne meiner mündlichen Instruktionen ausgesprochen haben. Sobald sich hiezu eine passende Gelegenheit bietet, würde ich Werth darauf legen, dass Euer Exzellenz den in Betracht kommenden Persönlichkeiten nunmehr

auch den Inhalt meiner obigen Konversation mit Sir F. Cartwright zur Kenntnis bringen.

[a]) Vgl. n. 2721, 2736, 2743, 2836, 3210. — [b]) Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1911, Beilage: Parlament. Verhandl. S. 769.

Nr. 2738. Tel. nach Rom Nr. 146 (1) und Berlin Nr. 110 (2), 10. Okt. 1911 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

1. Herzog Avarna hat mich gestern aufgesucht und mir auftragsgemäß eröffnet, daß Marquis San Giuliano sich mit dem Gedanken einer partiellen Neutralisierung des adriatischen und jonischen Meeres beschäftige. Die zu neutralisierende Zone würde im Westen vom Längengrade von Antivari und im Norden und Süden vom 42. beziehungsweise 38. Breitengrade und im Osten von der Westküste Albaniens, des Epirus und Griechenlands begrenzt sein. Die kriegführenden Mächte würden sich verpflichten, innerhalb dieser Zone keinerlei militärische Operationen zu unternehmen; die Handelsschiffahrt würde wieder aufgenommen und die Leuchtfeuer wieder angezündet werden. Bezüglich einer analogen Neutralitätszone im roten Meere behielte sich Italien eine weitere Prüfung des Gegenstandes beziehungsweise einen Gedankenaustausch mit dem dort besonders interessierten England noch vor. Meine Antwort lautete dahin, daß das italienische Projekt auf mich einen günstigen Eindruck gemacht habe und daß ich bereit sei, wenn die italienische Regierung mich hiemit formell betrauen würde, in Konstantinopel das Terrain zu sondieren. Gewisse Wendungen, welche der italienische Botschafter gebrauchte, als er sich seines Auftrages entledigte, haben mich zu entschiedenen Gegenäußerungen veranlaßt. So sprach Herzog Avarna im Zusammenhange mit der von mir erbetenen formellen Erklärung betreffend Beschränkung der maritimen Operationen an der albanischen Küste von der für die italienische Regierung bestehenden Notwendigkeit, sich die vollste militärische Aktionsfreiheit zu wahren, um den türkischen Widerstand brechen und den Krieg rascher zu Ende führen zu können. Demgegenüber habe ich mich veranlaßt gesehen, neuerdings zu betonen, daß ich bestimmt erwartet hätte, es würde mir italienischerseits die gewünschte Erklärung, die sicherlich meinerseits geheim gehalten worden wäre, nicht vorenthalten werden. Diesbezüglich wolle ich nicht weiter insistieren. Gegenüber der seitens Herzog Avarnas gebrauchten Wendung von der militärischen Aktionsfreiheit Italiens müsse ich mich aber auf die mir vom Herrn Botschafter wiederholt erteilten bündigen Zusicherungen und die gleichlautenden Erklärungen Marquis San Giulianos (zuletzt Euer Exzellenz Telegramm Nr. 154 vom 8. d. M.) berufen. Auf Grund dieser Versicherungen, welche lediglich eine Konsequenz der allgemeinen Erklärung der italienischen Regierung sind, die Aktion auf Tripolis einzuschränken und eine Rückwirkung auf den Balkan sorgfältigst zu vermeiden, hätte Italien selbst seine Handlungsfreiheit eingeschränkt. Gestützt auf diese wiederholten Zusicherungen rechnete ich mit Zuversicht darauf, daß sich die peinlichen Zwischenfälle im adriatischen und jonischen Meere nicht wiederholen werden. Meine heutige abschließende Konversation mit Herzog von Avarna folgt morgen telegraphisch. Aehrenthal.

2. Ich telegraphiere nachstehendes an Herrn von Mérey: (Inseratur aus Telegramm 1 von „Herzog Avarna hat“ bis „Terrain zu sondieren“). Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information und Mitteilung an Staatssekretär. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2733, 2739, 2742, 2744, 2748, 2761, 2782.

Nr. 2739. Tel. aus Rom, 10. Okt. 1911 Nr. 156 (eing. 11. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Antwort auf Telegramm Nr. 145. Mein deutscher Kollege hatte, wie ich schon mit Telegramm No. 153 meldete, die bezügliche Démarche bereits gestern unternommen. Nach seinen Mitteilungen hätte Minister des Aeußern das türkische Telegramm als eine der in Konstantinopel üblichen Tergiversationen, dermalen Moment für Einstellung der Feindseligkeiten noch nicht als gekommen und Aufrechterhaltung der Souveränität des Sultans als kaum möglich erklärt. Als ich heute analoge Sondierung vornahm, äußerte sich Marquis San Giuliano zu mir beiläufig in gleichem Sinne. Türkisches Telegramm sei nur ein Manöver, Türkei erkläre nicht einmal klar, was sie wolle und biete. Vor Ankunft des Expeditionskorps in Tripolis könne Italien auf gar keine Verhandlungen eingehen. Dann werde man sehen, wie Italiens Ziel, für die Zukunft bezüglich jener afrikanischen Gebiete jeden Konfliktsstoff aus der Welt zu schaffen und tripolitanische Frage möglichst endgiltig zu regeln, erreicht werden könne, ob mit Eliminierung türkischer Souveränität oder, was er bezweifelt, mit Beibehaltung derselben. Gegen letztere, welche er persönlich und akademisch (mein deutscher Kollege bestätigte mir ausdrücklich diese Einschränkung) ursprünglich für möglich gehalten hatte, spräche außer den daraus für die Zukunft resultierenden, mannigfache Schwierigkeiten und Reibungen in sich schließenden Fragen (nötige Grenzberichtigungen gegenüber Frankreich und England, Sitz tripolitanischer Abgeordneter im türkischen Parlament etc.), die Erfahrung, welche wir bei der Annexion von Bosnien und der Herzegowina, England in Egypten und ganz Europa bezüglich Kretas gemacht habe und noch mache. Zudem mache sich hiesige öffentliche Meinung von Tag zu Tag nachdrücklicher für völlige Annexion geltend. Andererseits dürften von hier aus hinsichtlich einer finanziellen Entschädigung und anderer Konzessionen (Zustimmung zur türkischen Zollerhöhung und Abschaffung der Kapitulationen, Anbot eines Schiedsgerichtes bezüglich anderer zwischen Italien und der Türkei schwebender Fragen etc.) keine Schwierigkeiten gemacht werden. Ueber diesen ganzen Fragenkomplex könne sich aber heute Regierung nur akademisch und unverbindlich äußern. Irgend eine definitive Stellungnahme wäre dermalen noch verfrüht. Mérey.

a) Vgl. n. 2738, 2740, 2754 Anm. b, 2762.

Nr. 2740. Tel. aus Rom, 10. Okt. 1911 Nr. 159 (eing. 11. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Marquis San Giuliano sagte mir heute, als ich ihn neuerlich wegen des Engagements interpellierte, keine Bombardements oder Truppenaus-

schiffungen an der albanesischen und epirotischen Küste vorzunehmen, er könne nach Rücksprache mit Herrn Giolitti formelle Verpflichtung übernehmen, unter allen Umständen von Ausschiffungen abzusehen. Das gleiche Engagement übernehme die Regierung hinsichtlich des Bombardements mit der einzigen unvermeidlichen Reserve für den ganz unwahrscheinlichen Fall, dass Türkei weitere Kriegsschiffe oder Torpedoboote sende. Das gesamte Engagement sei aber an die zwei Bedingungen geknüpft, dass Euer Exzellenz sich verpflichten, die Sache absolut geheim zu halten und Italien gegebenenfalls dritter Macht gegenüber zu unterstützen, falls dieselbe hinsichtlich anderer Gebiete ähnliche Neutralisierung verlangen sollte. Italien könnte sich nämlich im Kriegszustande nicht an allen möglichen Punkten knebeln lassen. Minister des Äussern gab mir ferner Einsicht in die seit dem 6. d. M. mit steigendem Nachdrucke vom Marineministerium an den Herzog der Abruzzen erteilten kategorischen Befehle, keinerlei militärische Aktion an dieser türkischen Küste vorzuehmen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 2739, 2741, 2746.

Tel. nach Athen, 11. Okt. 1911 Nr. 16 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2741.

Tel. nach Belgrad, 11. Okt. 1911 Nr. 55 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2741.

Tel. nach Berlin, 11. Okt. 1911 Nr. 111 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2741.

Nr. 2741. Tel. nach Bukarest Nr. 39, Belgrad Nr. 55, Athen Nr. 16, Sofia Nr. 53, Cetinje Nr. 86, Berlin Nr. 111, St. Petersburg Nr. 73, London Nr. 50, Paris Nr. 46, Rom Nr. 149 und Konstantinopel Nr. 229, 11. Okt. 1911 (chiffr. 7 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Für alle: Ich habe kürzlich mit Herrn Geschow eine längere politische Unterredung gehabt.

Wir haben die Situation am Balkan im Zusammenhange mit der Tripolisfrage eingehend besprochen und gab mir der bulgarische Ministerpräsident die bündigsten Zusicherungen, daß Bulgarien eine ruhige und korrekte Haltung im engen Anschlusse an die Großmächte bewahren werde. Auf die Frage meines Mitredners, wie ich die nächste Zukunft beurteile und ob ich Komplikationen am Balkan vorhersehe, habe ich einzugehen vermieden und meine bezügliche Reserve damit motiviert, daß meiner Ansicht nach Aussicht zu einer baldigen Beilegung des italienisch-türkischen Konfliktes bestehe und es daher nicht der Augenblick wäre, sich jetzt mit allzu weitgehenden Hypothesen zu befassen.

Bezüglich der türkischen Mobilisierung, die sich seither vollzogen, bemerke ich zu Euer etc. Information und Regelung der Sprache, daß diese Maßnahmen durch den Umstand, daß die Türkei sich im Kriegszustande befindet und mit der Möglichkeit von Komplikationen im Innern rechnen

muß, motiviert erscheine. In diesem Sinne werde ich mich beim heutigen Diplomatenempfang den Vertretern der Balkanstaaten gegenüber vernehmen lassen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2687, 2740, 2742, 2750, 2751.

Tel. nach Cetinje, 11. Okt. 1911 Nr. 86 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2741.

Tel. nach Konstantinopel, 11. Okt. 1911 Nr. 229 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2741.

Nr. 2742. Privatschreiben nach Konstantinopel, 11. Okt. 1911 Nr. 2364.a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Den Bericht vom 7. d. Mts. Nr. 55 A, in welchem Euer Excellenz die politische Situation in der Türkei in interessanter Weise charakterisieren, habe ich mit Dank erhalten. Mit besonderem Interesse habe ich von jenen Ausführungen Euer Excellenz Kenntnis genommen, welche sich auf die Haltung beziehen, die Baron Marschall in der gegenwärtigen Krise beobachtet. Wenn ich es auch bis zu einem gewissen Grade begreiflich finde, dass der deutsche Botschafter von seinem persönlichen Standpunkte wie auch von jenem der Interessen Deutschlands aus bestrebt ist, die Stellung des Kabinettes Said Pascha und in weiterer Folge die des jungtürkischen Comités zu kräftigen, so würde ich es doch bei der heutigen ungeklärten Lage in der Türkei für einigermassen gewagt halten, sich für diese beiden Faktoren zu sehr zu exponieren. Aus diesen Erwägungen bin ich vollkommen damit einverstanden, dass Euer Excellenz nicht — wie Baron Marschall — die Tendenz verfolgen, persönlich besonders hervorzutreten, sondern im Vergleiche mit dem Verhalten Ihres deutschen Kollegen, bei dem das Moment der Ambition vielleicht eine zu grosse Rolle spielt, eine grössere Reserve beobachten. Andere Konsiderationen sind jedoch für die Richtungslinie massgebend, an die ich mich als Leiter der Auswärtigen Politik Österreich-Ungarns zu halten habe. Aus den telegrafischen Informationen, die ich Euer Excellenz über meine Besprechungen mit dem deutschen Kabinette hinsichtlich einer eventuellen Vermittlungsaktion habe zukommen lassen, werden Hochdieselben entnommen haben, dass ich schon mit Rücksicht auf unsere Öffentlichkeit darauf bedacht sein muss, bei einer solchen Aktion mich nicht etwa in der zweiten Linie zu befinden, sondern hiebei gemeinsam und pari passu mit Deutschland vorzugehen. Ein Zurückbleiben hinter Deutschland wäre mit der Tatsache unvereinbar, dass die Monarchie in Folge ihrer geographischen Lage an der Adria und in unmittelbarster Nähe des Balkans an den Ereignissen im nahen Osten und damit an der Lösung des italienisch-türkischen Konfliktes ganz besonders interessiert ist. Euer Excellenz Aufgabe wird es daher sein, sowohl mit Said Pascha als auch mit Baron Marschall in engster Fühlung zu verbleiben. Wie Euer Excellenz übrigens telegrafieren,b) ist der deutsche Botschafter auch etwas in seinem Eifer abgekühlt. Nachdem die türkische Anregung in Rom keine günstige Aufnahme gefunden, dürfte die Mediationsfrage bis auf

Weiteres in den Hintergrund treten. Was die nächste Entwicklung anbelangt, so war von Vorneherein anzunehmen, dass an ein Eingehen Italiens auf das letzte türkische Mediationsbegehren kaum zu denken gewesen, da das römische Kabinett sich wohl nicht früher auf Verhandlungen einlassen dürfte, als bis das Expeditionscorps in Tripolis ausgeschifft sein wird. Immerhin ist es als ein Fortschritt anzusehen, dass die türkischen Staatsmänner sich, wie es scheint, mit dem Verluste der tatsächlichen Herrschaft über Tripolis abgefunden haben und auf dieser Basis zu verhandeln bereit sind. Nach dem zu erwartenden Fehlschlagen der jüngsten türkischen Demarche dürfte die Türkei wohl nicht sofort mit neuen Vorschlägen hervortreten. Es muss also damit gerechnet werden, dass der Kriegszustand mindestens noch einige Wochen andauert. Während dieser Zeit muss unser Bestreben darauf beschränkt bleiben, Zwischenfälle am Balkan möglichst hintanzuhalten. Dieses Moment bestimmt mich auch im Vereine mit dem deutschen Kabinett für die Verwirklichung der von italienischer Seite angeregten Idee einer partiellen Neutralisierung des adriatischen und jonischen Meeres einzutreten. Die Details des bezüglichen italienischen Vorschlages wollen Euer Excellenz aus dem in Copie zu Ihrer streng vertraulichen Information mitfolgenden Telegramme entnehmen, das ich gestern im Gegenstande an Baron Flotow gerichtet habe.*c)*

a) Vgl. n. 2741, 2743, 2761. — *b)* Vgl. n. 2732, 2736. — *c)* Vgl. n. 2738.

Tel. nach London, 11. Okt. 1911 Nr. 50 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2741.

Tel. nach Paris, 11. Okt. 1911 Nr. 46 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2741.

Nr. 2743. Tel. aus Paris, 11. Okt. 1911 Nr. 75 (eing. 12. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Deutscher Botschafter, der Minister des Äussern gesprochen hatte, sagte mir, die Marokkoverhandlungen seien so gut wie beendigt. Man werde in wenigen Tagen die Unterredungen wegen der territorialen Kompensationen beginnen können, die hoffentlich keine grossen Schwierigkeiten verursachen werden. Herr de Selves, den ich gleich nachher sah, sprach sich weit weniger positiv aus; er sagte mir, dass die Verhandlungen in Berlin ihren normalen Fortgang nehmen und dass begründete Hoffnung sei, dass sie in nicht zu ferner Zeit zu einem Einvernehmen führen werden. Wenn dieses Ziel erreicht sein wird, werden Frankreich und Deutschland ihr Übereinkommen den Signatarmächten von Algeciras zur Kenntnis bringen und, soweit gewisse Vertragsbestimmungen modifiziert werden sollten, um die Zustimmung der Signatarmächte bitten. Er könne mir aber schon jetzt versichern, dass die Interessen und die Rechte der anderen Mächte in jeder Hinsicht gewahrt erscheinen und dass das Prinzip der offenen Türe und der gleichen Behandlung in wirtschaftlichen Fragen in dem abzuschliessenden Übereinkommen streng respektiert werden wird. Ich benützte diesen Anlass, um mich im Sinne der mündlichen Instruktionen Euer Exzellenz zu äussern

und, indem ich von seinen Versprechungen dankend Akt nahm, sagte ich dem Minister, dass meine hohe Regierung sich natürlich vorbehalten müsse, zu prüfen, inwieweit unsere vertragsmässigen Rechte durch das fragliche Übereinkommen gesichert erscheinen und ob und unter welchen Bedingungen wir demselben zustimmen könnten. Herr de Selves brachte hierauf das jüngste Interventionsansuchen der Pforte zur Sprache, das er als etwas unklar bezeichnete, aber doch dahin interpretierte, dass man in Konstantinopel der Okkupation von Tripolis durch Italien zuzustimmen bereit wäre. Wenn dies wirklich der Fall ist, worüber er noch Informationen einhole, so schiene ihm die Démarche der Pforte eine Basis für eine vertrauliche Anfrage in Rom zu bieten und habe er die französischen Botschafter beauftragt, die Ansicht der anderen Kabinette diesbezüglich zu sondieren.

Szécsen.

a) Vgl. n. 2721, 2737, 2742, 2744, 2753.

Nr. 2744. Tel. nach Rom, 11. Okt. 1911 Nr. 147 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 146 von gestern. Herzog Avarna ist gestern abermals bei mir erschienen und auf die Frage des Unterbleibens weiterer kriegerischer Aktionen an der albanesischen Küste zurückgekommen. Er wiederholte mir die Versicherung, daß daselbst weder Beschießungen von Häfen noch Landungen vorgenommen werden werden und bemerkte hiezu, daß diese seine Erklärung in ihrem praktischen Werte einem formellen Engagement gleichkäme. Wenn ich jedoch darauf bestünde, würde mir Marquis San Giuliano im gleichen Sinne eine noch formellere Zusage zukommen lassen, müßte sich aber zu diesem Zwecke vorher mit dem Ministerpräsidenten und den Ressortministern ins Einvernehmen setzen. Selbstverständlich wäre aber die Erteilung einer solchen Erklärung an die Voraussetzung der Geheimhaltung unsererseits geknüpft. Ich habe dem Botschafter erwidert, ich hätte ihm bereits am Vortage auseinandergesetzt, daß ich in dieser Sache nicht weiter insistieren wolle und nur wiederholen könne, daß ich Italien infolge der bekannten Erklärungen ohnedies bereits für gebunden erachte. Ich begrüße aber mit Befriedigung die neuerliche Zusicherung der königlich italienischen Regierung. Es sei nie meine Absicht gewesen, die bezüglichen italienischen Erklärungen an die große Glocke zu hängen. Schließlich sprach ich neuerdings die bestimmte Erwartung aus, daß sich die königliche Marine an die ihr seitens der italienischen Regierung auferlegten Einschränkungen genauestens halten werde.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2743, 2745, 2746.

Tel. nach Rom, 11. Okt. 1911 Nr. 149 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2741.

Tel. nach St. Petersburg, 11. Okt. 1911 Nr. 73 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2741.

Tel. nach Sofia, 11. Okt. 1911 Nr. 53 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2741.

Nr. 2745. Aide-Mémoire der englischen Botschaft, 12. Okt. 1911 (eing. 13. Okt.).[a] Ausfert.

L'Ambassadeur d'Angleterre à Constantinople a reçu les instructions de Sir Edward Grey d'informer le Ministre des Affaires Etrangères Ottoman que le gouvernement de Sa Majesté Britannique est tout prêt à coopérer avec les autres Puissances, auxquelles la demande turque[b] a été adressée, en tous les efforts qu'elles seraient prêtes à faire pour rétablir la paix entre l'Italie et la Turquie; mais qu'afin d'être en possession des bases sur lesquelles on puisse fonder la médiation il faudrait possèder des indications plus précises au sujet des conditions que la Turquie serait prête à accepter: ceci est nécessaire pour que le Gouvernement des Sa Majesté Britannique soit en état de juger s'il existe un rapprochement suffisant entre les manières de voir des gouvernements ottoman et italien qui offrirait l'espoir que l'on puisse arriver à une entente. L'Ambassadeur d'Angleterre à Rome a été chargé de communiquer ce qui précède au gouvernement italien et de prendre les vues du Marquis de San Giuliano sur la question d'une médiation et dans le cas où la réponse de Son Excellence serait favorable à cette idée de La prier de bien vouloir préciser sous quelle forme et sous quelles conditions une médiation serait acceptable. Le but de Sir Edward Grey est de s'informer plutôt que de faire des propositions qui auraient peu de chance d'aboutir à un résultat satisfaisant. Sir Fairfax Cartwright a été chargé par Sir Edward Grey de prendre les vues de Son Excellence Comte Aehrenthal sur ce sujet et de s'informer des démarches qu'aurait pu prendre le Gouvernement Impérial et Royal.[1]

[1] Werde Dienstag Vormittag in Wien sein. Auf Anfrage wäre zu antworten, daß Disposition für Rom kaum günstig sein dürfte, um schon jetzt an einen Erfolg glauben zu können.

[a] Vgl. n. 2744, 2746. — [b] Vgl. n. 2729.

Nr. 2746. Tel. nach Rom, 12. Okt. 1911 Nr. 151 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Macchio).

Euer Exzellenz Telegramme vom 10. d. M. Nr. 159 habe ich entnommen, daß nach den Intentionen Marquis San Giulianos die mir am selben Tage von Herzog Avarna in Aussicht gestellte, noch formellere Zusicherung der italienischen Regierung in Betreff des Unterbleibens von Bombardements und Truppenausschiffungen an der Küste Albaniens und des Epirus nicht als eine unbedingte gedacht war, sondern die Übernahme gewisser Verpflichtungen meinerseits zur Voraussetzung gehabt hätte. Dieses Moment ist in den Äußerungen Herzog Avarnas bei unserer Unterredung vom 10. d. M.[b] nicht prägnant zum Ausdruck gekommen. Der Herr Botschafter hatte nämlich bezüglich der eventuellen Regierungserklärung allerdings bemerkt, daß sie an die Voraussetzung der Geheimhaltung meinerseits geknüpft wäre (vide mein gestriges Telegramm Nr. 147), hinsichtlich der Eventualität von weitergehenden Neutralisierungsvorschlägen von dritter Seite aber nur — ohne eine Antwort zu provozieren — den Wunsch Marquis San Giulianos zum Ausdruck gebracht, daß wir den

ablehnenden Standpunkt, den Italien solchen Vorschlägen gegenüber einnehmen müßte, unterstützen würden. Da ich, wie Euer Exzellenz wissen, Herzog Avarna im Verlaufe jener Unterredung erklärt habe, die Sache als abgeschlossen zu betrachten und auf der Abgabe einer Regierungserklärung nicht weiter insistieren zu wollen, lag auch für ein Eingehen auf den ersten Punkt kein Anlaß vor. Ich habe mich auf die Bemerkung beschränkt, daß ich nicht die Absicht hätte, von der Zusage Marquis di San Giulianos, die er, Herzog Avarna, mir eben wiederholt hätte, in der Öffentlichkeit Gebrauch zu machen. Um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, bin ich nun beim gestrigen Diplomatenempfang Herzog Avarna gegenüber auf die Sache zurückgekommen und habe nach der Mitteilung Ihrer eingangscitierten telegraphischen Meldung vor allem bemerkt, ich hätte nicht erwartet, daß das italienische Kabinett die Abgabe einer formellen Regierungserklärung — die ja nichts anderes enthalte als die Wiederholung der mehrfachen prinzipiellen Zusicherungen Marquis San Giulianos — von Bedingungen abhängig machen würde. Ich bat den Herrn Botschafter sodann, den italienischen Minister des Äußern vor der mißverständlichen Auffassung zu warnen, als ob ich ihm dem Botschafter gegenüber irgend welche bindende Verpflichtungen übernommen hätte. Davon sei keine Rede gewesen und ich wäre überhaupt nicht in der Lage, in diesem Zusammenhange auf Bedingungen einzugehen. Ich habe dem Herzog sodann wiederholt, daß ich von allem Anfang an die Geheimhaltung der Zusage Marquis San Giulianos als selbstverständlich betrachtet hätte. Auch was unsere Stellungnahme zu etwaigen weitergehenden Neutralisierungsvorschlägen anbelange, könne Italien darauf rechnen, daß wir, unseres Allianzverhältnisses eingedenk, den italienischen Standpunkt unterstützen würden. Ein bindendes Engagement könne ich jedoch, wie gesagt, weder in dem einen noch in dem anderen Punkte eingehen. Ich ersuche Euer Exzellenz, es zu vermeiden, Marquis San Giuliano gegenüber dieses Thema zu berühren. Sollte der Herr Minister darauf zu sprechen kommen, so wollen Hochdieselben ihm lediglich sagen, daß Ihnen von Bedingungen, auf die ich eingegangen wäre, nichts bekannt sei. Als Ihre persönliche Ansicht könnten Euer Exzellenz dann hinzufügen, daß ich sicherlich nicht geneigt sei, in dieser Frage mich auf irgend welche Bedingungen einzulassen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2745, 2747. — [b]) Vgl. n. 2744.

Nr. 2747. Notiz der ital. Botschaft in Wien, 12. Okt. 1911 (eing. 14. Okt.).[a]) Ausfert.

On neutraliserait pendant toute la durée de la guerre la partie de l'Adriatique et de la Mer Jonienne qui se trouve à l'est du méridien d'Antivari, entre les parallèles Nos. 38 et 42, c'est à dire, à partir du dit méridien jusqu'aux côtes occidentales de l'Albanie, de l'Epire et de la Grèce. Dans toute cette zône les deux belligérants ne feraient aucune opération militaire; on reprendrait la navigation marchande et on rallumerait les phares. L'Italie renoncerait à attaquer et détruire les transports, croiseurs et les torpilleurs

turcs dans cette zône de mer et la Turquie devrait s'engager à ne pas faire sortir de cette zône ses navires de guerre ni, par la voie de mer, des troupes, des armes et des munitions d'aucun genre. Le Gouvernement du Roi se réserve pleine et entière liberté d'action pour tout le restant de la mer et du territoire ennemi.

[a]) Vgl. n. 2746, 2748, 2761, 3447.

Nr. 2748. Tel. aus Berlin, 13. Okt. 1911 Nr. 172 (eing. 9. U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Gleich nach meinem Wiedereintreffen auf meinem Posten habe ich heute Staatssekretär aufgesucht. Kiderlen sagte mir, er halte eine Intervention bei den kriegführenden Mächten gegenwärtig noch für aussichtslos; auch habe seine Anregung, die italienische Regierung zu Verhandlungen eines Waffenstillstandes zu bewegen, nach den neuesten hier eingetroffenen Nachrichten leider wenig Aussicht. Ich habe dem Staatssekretär erwidert, daß auch Euer Exzellenz sich im gegenwärtigen Augenblicke von einer Intervention nicht viel versprechen, daß aber Hochdieselben geneigt seien, auf den Gedanken einer partiellen Neutralisierung des adriatischen Meeres einzugehen. (Siehe Euer Exzellenz Telegramm Nr. 110 vom 11. d. M.). Kiderlen ersucht mich, Euer Exzellenz zu melden, daß auch er diese Idee als zweckmäßig begrüße und gerne bereit sei, auch in dieser Frage mit Euer Exzellenz gemeinsam vorzugehen, Hochdenselben jedoch hiebei den Vortritt überlassen möchte. Streng vertraulich. Im Laufe der längeren, sehr vertraulichen Besprechung kam der Staatssekretär wiederholt darauf zurück, welch' großes Gewicht er auf das einverständliche Vorgehen der beiden Regierungen lege. Zu diesem Anlasse habe ich als meine rein persönliche Impression Kiderlen nicht verhehlt, daß wir in dieser Beziehung nicht den Eindruck hätten, als ob er daran bisher rückhaltlos festgehalten hätte. Herr von Kiderlen bestritt diese Annahme in der freundschaftlichsten Weise auf das entschiedenste und wiederholte neuerdings, daß er im engsten Einverständnisse mit der k. u. k. Regierung nach wie vor vorzugehen wünsche und dies durch seine Instruktionen an Herrn von Tschirschky und seine fortlaufenden Mitteilungen an Baron Flotow zum Ausdruck gebracht habe.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2724, 2747, 2749, 2760.

Nr. 2749. Bericht aus London, 13. Okt. 1911 Nr. 62 A (eing. 16. Okt.).[a]) Ausfert.

Meiner Berichterstattung von Ende voriger Woche (Nr. 61 A—D vom 6. lfs. Mts.)[b]) habe ich, was die durch den türkisch-italienischen Krieg geschaffene Lage betrifft, heute nur wenig beizufügen. Auf das letzte türkische Mediationsansuchen scheint das Foreign Office noch keine bestimmte Antwort gegeben zu haben. Graf Metternich hat vor drei Tagen Sir A. Nicolson gefragt, ob die englische Regierung nicht geneigt wäre, gemeinschaftlich mit der deutschen in Rom zu „sondieren", wie man sich dort zu einem Vermittlungsvorschlag der Mächte stellen würde. Der Unter-

staatssekretär schien persönlich der Ansicht zu sein, dass ein derartiger Schritt heute noch verfrüht und vielleicht der italienischen Regierung nicht willkommen wäre. Er wollte aber Sir Eduard Grey darüber berichten und dann meinem deutschen Kollegen eine Antwort zukommen lassen, welche dieser jedoch bis jetzt nicht erhalten hat. Graf Metternich war impressioniert von dem zunehmenden Bestreben des Foreign Office, die italienischen Empfindlichkeiten in jeder Beziehung zu schonen. Ich glaube, dass die englische Regierung momentan Alles daran setzt, in der hiesigen Presse jeden heftigen Ausbruch gegen Italien zu verhindern und sich in Rom so zuvorkommend als möglich zu erweisen, in der hoffentlich ganz falschen Voraussicht, dass aus der jetzigen Krise sich eine Situation ergeben wird, welche eine Abschwenkung Italiens vom Dreibund zur Folge haben könnte. Ein jetzt journalistisch tätiger ehemaliger englischer Offizier, der mich gestern besuchte, versicherte mir, das Foreign Office setze bei den grossen Londoner Blättern seinen ganzen Einfluss ein, um die Wiederholung solcher Angriffe gegen Italien zu verhindern, wie sie in den ersten Tagen nach dem Ultimatum in den massgebenden Zeitungen erschienen. Mein Gewährsmann meinte, die Majorität der Engländer sei tatsächlich über die Vorgangsweise Italiens aufrichtig empört. Wenn dies immer weniger in den Organen der öffentlichen Meinung zum Ausdruck komme, so sei es auf die Pression der Regierung zurückzuführen sowie auf die (von mir bereits gemeldete) allgemeine Erkenntnis des grossen Fehlers, den man zur Zeit der Annexion Bosniens hier begangen hat und den man nicht wiederholen möchte. Auch mein italienischer Kollege wiederholt mir häufig: „Ils ne veulent pas répéter la maladresse qu'ils ont faite à propos de la Bosnie." Übrigens ist Marquis Imperiali mit der Haltung der hiesigen Regierung in jeder Beziehung zufrieden — ich glaube mit gutem Grunde. „Ils ne veulent rien faire qui nous soit désagréable" sagte er mir gestern, und ich habe nach meiner Konversation mit Imperiali etwas den Eindruck, als ob das Foreign Office, bevor es auf den deutschen Anwurf, in Rom zu sondieren eine Antwort erteilt, zuerst noch allein dort sondiert, ob eine derartige deutsche und englische Sondierung in Rom willkommen wäre. Mein italienischer Kollege, der wie Euer Exzellenz bekannt, durch längere Jahre in Konstantinopel war und viel mit der Pforte über Tripolis zu verhandeln hatte, ist sehr eloquent in der Darlegung der italienischen Griefs. Entschieden ist er dafür, jetzt die Frage ein für allemal zu lösen und keine wie immer geartete Suzeränität des Sultans in Tripolis anzunehmen. Tripolis müsse vollständig unter die Souveränität des Königs von Italien übergehen, sonst „c'est à recommencer." Ist das erreicht, so kann Italien die Zahlung einer Entschädigungssumme an die Türkei konzedieren und wird sich ihr gegenüber in jeder Beziehung zuvorkommend zeigen. Was jetzt vorgeht, sei eine notwendige Amputation, mehr als ein Krieg. Ist dasselbe einmal vollzogen, so wird Italien der beste Freund des ottomanischen Reiches werden und für seinen Weiterbestand sich bemühen. Bis jetzt habe man in Konstantinopel keine Achtung für Italien gehabt. „On nous méprisait et nous traitait de quantité négligeable; il a fallu montrer de la force pour nous faire respecter etc." Ich habe auch in meiner Konversation mit Imperiali Egypten

berührt. Er sagte mir, man habe hier sich höchst korrekt und freundschaftlich benommen und Velleitäten eines Abbruches diplomatischer Beziehungen zwischen Italien und Egypten sogleich verhindert. Was die Frage eines Durchmarsches türkischer Truppen durch Egypten betrifft, die aufgeworfen worden war (mein Bericht Nr. 58 B vom 29. September) und welche, wie Imperiali selbst meinte, sehr diskutabel war, so versicherte er mir, man habe hier sogleich erklärt, dass daran nicht zu denken sei. Schon in Balmoral hatte mir Mr. Asquith gesagt, „wir könnten nie einen türkischen Durchmarsch durch Egypten gestatten", während Seine Majestät der König mir erklärte: „Ich glaube, das können wir ruhig Lord Kitchener überlassen, der wird schon der Türkei die richtige Antwort geben." Mensdorff.

P. S. Nach Fertigstellung dieses Berichtes erfahre ich, dass das Foreign Office auf das letzte türkische Mediationsansuchen geantwortet hat, dasselbe sei „trop vague" gehalten, um auf Grund dessen eine Aktion zu unternehmen. Nach Rom hat Sir E. Grey die Anfrage gerichtet, ob der italienischen Regierung ein Mediationsversuch überhaupt genehm wäre und auf welcher Grundlage. Mensdorff.

a) Vgl. n. 2748, 2750. — *b)* Ausführliche Darstellung des in n. 2705 Berichteten.

Nr. 2750. Tel. aus Sofia, 13. Okt. 1911 Nr. 140 (eing. 7 U. p. m.).a) Entziff.

Soeben gestern nach Sofia zurückgekehrten Herrn Geschoff über dessen Wunsch besucht. Er sagte folgendes: „Ich habe Grafen Aehrenthal bindendste Versicherungen friedlicher Absichten Bulgariens gegeben und halte an denselben fest. Leider fand ich nicht nur öffentliche Meinung höchst erregt, sondern auch meine turkophilen Kollegen im Kabinette wegen türkischer Mobilisierung sehr ernst und ziemlich unruhig. Die Versicherungen der Pforte, dass sie keine aggressiven Absichten gegen Bulgarien hat und dass nicht mobilisiert, sondern Stand ergänzt wird, können uns nicht befriedigen, da es unverständlich, warum Massnahmen eben an bulgarischer Grenze, wo keine inneren Unruhen zu befürchten, getroffen werden und da mehrere sichere Auskünfte dafür sprechen, dass tatsächlich in Adrianopel, Rodosto und Kirkkilisse Truppen konzentriert werden. Als ich gestern in Sofia ankam, war bereits Mobilisierung der Grenzdivisionen vom Kabinette beschlossen. Habe diese Dezision vorläufig rückgängig gemacht, kann aber bei Erregung, die hier herrscht, zu derselben gezwungen werden. Ich möchte Gegenmassregeln um jeden Preis vermeiden, da es am Balkan eine traînée de poudre wäre, wenn es hiesse, dass Bulgarien auch nur eine Division mobilisiere. Da türkische Versicherungen und faktischer Zustand sich widersprechen, könnten mich dieselben nur dann beruhigen, wenn Aufrichtigkeit derselben uns durch Grossmächte garantiert würde. Ähnliche Garantien wurden uns in wiederholten Fällen gegeben. Wenn mir ...*b)* garantieren, dass uns Türkei nicht angreift, wird es mir leichter sein, es auf keine Mobilisierung ankommen zu lassen; ich muss wenigstens das haben, sonst könnte ich weder vor meiner Gesinnung noch

vor Land Verantwortung übernehmen und würde übrigens von öffentlicher Meinung zu Massnahmen gezwungen". Habe mich selbstredend im Sinne des letzten Alineas des hohen Telegrammes Nr. 53 Ministerpräsidenten gegenüber nachdrücklichst ausgesprochen. Ich und meine Kollegen haben Eindruck, dass Herr Geschoff nicht ganz Herr der Situation, die gespannt ist und nicht dauern kann, sondern in einer oder der anderen Richtung zur Lösung drängt. Entweder wird bulgarische Regierung beruhigt oder wird sie mobilisieren müssen. Herr Geschoff sagte, er wird Vertreter von Deutschland, Frankreich, England und Russland um gleiche Demarche bei ihren Regierungen ersuchen. Deutscher Gesandter schickt analoges Telegramm nach Berlin. Herr Geschoff bat mich, da ich ihm anfangs meine Absicht kurzer Reise nach Wien erwähnte, vorläufig nicht abzureisen.
Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 2749, 2751, 2758. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 2751. Tel. aus Sofia, 13. Okt. 1911 Nr. 141 (eing. 14. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Habe Herrn Geschoff heute abends zufällig begegnet und mich zu ihm nochmals im Sinne des letzten Alineas Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 53 ausgesprochen, woran ich möglichst beruhigenden Komentar knüpfte und Schwierigkeiten gewünschter Garantien der Großmächte hervorhob, Gedanke, der, wie ich erfahre, Herrn Geschoff vom französischen Gesandten suggeriert wurde. Auch englischer Kollege trachtete Conseils-Präsidenten durch Hinweis auf ihm zugegangene Nachrichten, wonach Adrianopeler Korps nicht mobilisiert wäre, zu beschwichtigen. Herr Geschoff wiederholt stets, laut seiner Informationen wäre Mobilisierung in Nähe bulgarischer Grenze Tatsache und er hoffe, Gesandte hätten sein Ersuchen Kabinetten übermittelt. Conseils-Präsident hat offenbar mit großen Schwierigkeiten im Kabinette, in seiner Partei und, wie er sagt, auch bei Militär zu kämpfen und sucht nach Mitteln, militärische Gegenmaßnahmen fordernde Elemente zum Schweigen zu bringen.
Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 2750, 2752.

Nr. 2752. Tel. des Konsuls Max Ritter von Herzfeld aus Adrianopel, 14. Okt. 1911 Nr. 7 (eing. 15. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Wie ich erfahre, ist von der Einberufung der Redifs aus Kleinasien Abstand genommen worden. Abgesehen von Truppen des II. Armeekorps, deren Mobilisierung ausdrücklich zugegeben wird, sollen die schwachen Stände der Bataillone auf zirka 600 Mann erhöht werden. Hiesige Festungsartillerie ist durch 2500 Mann verstärkt worden. Gleichlautend sub 9 Konstantinopel.
Herzfeld.

[a]) Vgl. n. 2751, 2753, 2778.

Tel. nach Konstantinopel, 14. Okt. 1911 Nr. 235 (chiffr. 3 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2758.

Nr. 2753. Bericht aus Paris, 14. Okt. 1911 Nr. 37 B (eing. 16. Okt.).[a]) Ausfert.

Mit meinem gehorsamsten Telegramm vom 11. l. M. Nr. 75 war ich bereits in der Lage, Euer Exzellenz über meine erste Konversation mit Herrn de Selves, die Marokkofrage betreffend, Bericht zu erstatten. Ich habe den Ausführungen dieses Telegrammes nicht viel beizufügen und möchte nur hervorheben, dass Herr de Selves nachdrücklichst betonte, dass er es war, der bei den Verhandlungen in Berlin die Wahrung der Rechte der Signatarmächte der Madrider Konvention und der Algesirasakte von Anfang an in den Vordergrund stellte. Wenn der Text des Übereinkommens bekannt sein werde, werde man sehen, dass diese Rechte vollinhaltlich gesichert erscheinen. Die Reserven, die ich im Sinne der hohen Instruktionen Euer Exzellenz formulirte, indem ich sagte, meine hohe Regierung müsse sich vorbehalten zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen sie eventuellen Modifikationen der oberwähnten zwei internationalen Verträge zustimmen könne, gaben Herrn de Selves zu keiner Bemerkung Anlass. Gestern habe ich Herrn Caillaux einen Besuch abgestattet. Im Laufe des Gespräches beglückwünschte ich den Ministerpräsidenten zum endlichen Abschluss der Verhandlungen über Marokko. Herr Caillaux meinte, das erreichte Resultat sei allerdings erfreulich, doch seien damit die Schwierigkeiten der Situation noch lange nicht überwunden. So sehr er auch einen baldigen definitiven Abschluss der Verhandlungen wünsche, wisse er noch gar nicht, ob derselbe erreichbar sein wird. Man könne nie wissen, welche Forderungen Herr von Kiderlen erheben werde, und hinsichtlich der territorialen Konzessionen müsse die hiesige Regierung sehr stark mit der öffentlichen Meinung, die natürlich auch auf die Stimmung des Parlamentes einwirke, rechnen. Im Monate August wäre eine Einigung viel leichter gewesen, damals habe sich die Öffentlichkeit noch sehr wenig für den Kongo interessiert, der Zusammentritt des Parlamentes stand noch in weiter Ferne, der Moment war sehr günstig. Herr von Kiderlen habe aber durch sein ewiges Feilschen den günstigen Augenblick verstreichen lassen. Jeder Satz, jedes Wort, ja jeder Beistrich haben dem deutschen Staatssekretär zu Bemerkungen Anlass gegeben. Wochenlang wurde über die nichtigsten Korrekturen debattirt, und schliesslich habe man in Berlin doch beinahe Wort für Wort die Redaktion acceptirt, die die französische Regierung schon im Monate August vorgeschlagen hatte. Wenn Herr von Kiderlen betreffs des Kongoübereinkommens eine gleiche Vorgangsweise beobachte, so sei es unberechenbar, wann man mit der Sache zu Ende kommen werde. — Sei aber erst das Parlament versammelt, so könne man jeden Moment auf unliebsame Zwischenfälle gefasst sein. Darum sei die deutscherseits beobachtete hinziehende Taktik so bedauerlich, denn das gegenwärtige Kabinett habe die beste Absicht gehabt, die Marokkanische Differenz definitiv zu regeln und zu einem dauernden freundschaftlichen Einvernehmen mit Deutschland zu gelangen. Auf meine Bemerkung, dass jetzt, wo es sich um französischerseits zu machende Konzessionen handle, die hiesige Regierung es bis zu einem gewissen Grade in der Hand habe, durch kulantes Eingehen auf die deutschen Wünsche den Abschluss der Verhandlungen zu beschleunigen, meinte mein Mitredner, dass die Regierung mit der sehr nervos gewordenen

öffentlichen Meinung rechnen und sehr vorsichtig vorgehen müsse, denn zu bedeutende Gebietsabtretungen werde das Land nie gutheissen. Die hiesige Regierung habe sicher den besten Willen, zu einem Einverständnis zu gelangen, wenn man nur nicht in Berlin die Forderungen zu hoch spannt. Der Ministerpräsident lenkte hierauf das Gespräch auf den türkisch-italienischen Konflikt, dessen Beilegung besonders dadurch erschwert werde, dass in der Türkei eigentlich zwei Regierungen beständen und das Ministerium Saïd Pascha sich nicht stark genug fühle, um einen Entschluss zu fassen und ihn auch durchzuführen. Es sei recht bedauerlich, meinte Herr Caillaux, dass die italienische Regierung gerade den jetzigen Moment, wo die Marokko-Angelegenheit schon genug Aufregung verursachte, gewählt hat, um seine lang vorbereiteten Pläne bezüglich Tripolis zur Ausführung zu bringen. Auf meine Bemerkung, dass gerade die sehr wahrscheinlich gewordene Festsetzung Frankreichs in Marokko die italienische Regierung zu entscheidenden Massregeln gedrängt haben dürfte, sagte Herr Caillaux: „oui, tout ça est la suite d'Agadir." Ich glaubte hierauf einwenden zu sollen, dass der Entsendung eines deutschen Schiffes nach dem genannten Hafen die französische Expedition nach Fez vorangegangen sei, worauf Herr Caillaux die alten Argumente von der Rettung der in Fez lebenden Europäer und so weiter vorbrachte. Ob diese Expedition wirklich so notwendig war, sagte ich, darüber zu diskutieren wäre heute wohl überflüssig, aber, selbst wenn man die Notwendigkeit derselben zugeben wollte, sei es unleugbar, dass es die früheren französischen Aktionen in Marokko waren, die schliesslich zu dieser Expedition führten, was mein Mitredner nicht in Abrede stellen konnte. Herr Caillaux, der, glaube ich, einen entscheidenden Einfluss auf die auswärtige Politik ausübt, hat sicher den lebhaften Wunsch, zu einem Einverständnisse mit Deutschland zu gelangen. Nach so langwierigen Verhandlungen würde ein Abbruch derselben die Stellung des Ministeriums sehr gefährden. Andererseits fürchtet er aber, durch zu grosses Entgegenkommen in der Kongo-Frage seinen Gegnern Gelegenheit zu Angriffen zu bieten. Ein definitives Scheitern der Verhandlungen wäre aber für den Bestand des Ministeriums wohl noch gefährlicher, als die Abtretung von einigen Quadrat-Kilometern mehr, als man ursprünglich ins Auge gefasst hatte, und darf man wohl hoffen, dass Herr Caillaux sein Möglichstes tun wird, um die Verhandlungen mit Deutschland zu einem gedeihlichen Ende zu führen.

Szécsen.

[a]) Vgl. n. 2754, 2829.

Nr. 2754. Tel. aus Rom, 14. Okt. 1911 Nr. 165 (eing. 15. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem heutigen Berichte litera D.[b]) Deutscher Botschafter teilt mir mit, er habe gestern dem Minister des Äussern erklärt, dass sich Oesterreich-Ungarn der im Prinzipe von Deutschland angebotenen und von Italien angenommenen Mediation angeschlossen habe. Marquis San Giuliano habe diese Mitteilung ohne Bemerkung entgegengenommen. Mir schiene sonach Moment gekommen, jetzt diesbezüglich unserseits wenn auch, gleichfalls

nur im Prinzipe, an hiesige Regierung heranzutreten. Weiteren Informationen zufolge haben in den letzten Tagen Frankreich, England und Russland nach einander Mediation hier angeboten. Minister des Äussern antwortete jedesmal, dass Italien bereits deutsches Mediationsangebot erhalten und angenommen habe. Mérey.

[a]) Vgl. n. 2753, 2755, 2760, 2776. — [b]) Nicht aufgenommen. Enthält eine ausführlichere Darlegung der im Telegramm n. 2739 berichteten Vorgänge.

Nr. 2755. Erstes Privatschreiben aus Rom, 14. Okt. 1911 (eing. 16. Okt.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Meine heutige Berichterstattung erstreckt sich auf alle Seiten der Tripolis-Action und ich möchte daher an dieser Stelle nur noch einige einschlägige Eindrücke wiedergeben. Frappirend wirkt vor allem, dass, während Regierung, die politischen Kreise, die Presse und das Volk, also die ganze Nation sich hinsichtlich des Gewaltstreiches gegen die Türkei in seltener Übereinstimmung befindet und einen gewissen politischen Enthusiasmus zur Schau trägt, nur ein Factor abseits steht und eine fast demonstrative Reserve übt: der König. Entgegen der allgemeinen Erwartung hat der König seinen Sommeraufenthalt nicht aufgegeben. Die von der Presse mit lyrischer Begeisterung besungenen Heldenthaten der Marine haben ihm bisher nicht ein öffentliches Wort der Anerkennung entlockt. Ausser einem zeitlich aufs Äusserste reducirten Aufenthalte in Neapel zur Begrüssung des von dort abreisenden Theiles des Expeditions-Corps macht das Verhalten des Königs mindestens den Eindruck eines weitgehenden Désinteressements. Diese Haltung ist nicht mehr bloss durch die übliche constitutionelle Reserve des Königs zu erklären, denn Italien ist im Kriegszustande und da drängen die Aufgaben des obersten Kriegsherren constitutionelle Bedenken wohl zurück. Die Gründe sind also offenbar andere. Meine Informationen gehen dahin, dass es ein schweres Stück Arbeit war, den König von der Nothwendigkeit der ultima ratio zu überzeugen. Er hat sich gefügt, scheint aber nichts weniger als mit dem Herzen bei der Sache zu sein und das Gefühl zu besitzen, qu'on lui avait forcé la main. Er mag vielleicht hinsichtlich der treibenden Kräfte bei der Entwicklung und Zuspitzung des Conflictes klarer sehen als selbst seine Minister. Darauf würde auch eine mir bekannt gewordene, aus der allerletzten Zeit stammende Äusserung des Königs hindeuten, welche für Herrn Tittonis Thätigkeit als Minister abfällig klang. In der That kann ja Herr Tittoni, welcher enge Fühlung mit dem clericalen Lager unterhielt und bei der Niederlassung des Banco di Roma in Tripolis mitwirkte, als erster Initiator der dermaligen Action gelten. Bei der spröden, jeder Unwahrheit abholden Natur des Königs dürfte es ihm auch widerstreben, den tripolitanischen Beutezug mit einem aus fadenscheinigen Vorwänden zusammengeflickten Lappen bemäntelt zu sehen. Kurz, es unterliegt kaum einem Zweifel, der König schmollt. Das Heer und noch mehr die Marine feiert vorläufig Triumphe. Nicht, als ob bei dem bisherigen militärischen Monologe andere als sehr billige kriegerische Lorbeeren zu ernten gewesen wären. Aber lebhafte Anerkennung findet und verdient die umsichtige Vorbereitung sowie die

planmässige, rasche und exacte Durchführung der in ihrer Vielseitigkeit immerhin recht complicirten Action. Speciell die heiklen Ein- und Ausschiffungs-Operationen grösserer Truppenkörper scheinen rasch und tadellos ruhig vor sich gegangen zu sein. Selbst auf die an den sonstigen Schlendrian gewöhnten Italiener wirkt dies überraschend und erhebend, und in der übrigen Welt wird die bisherige Classification der italienischen Armee und Marine fortab wohl eine gewisse Aufbesserung erfahren. Die massgebenden Kreise aber zeigen in militärischer Hinsicht keinerlei Praeoccupation und verrathen die Neigung, mit der an der Action betheiligten Armee und Flotte zu paradiren. Hierauf dürfte der deutlich erkennbare Wunsch zurückzuführen sein, die fremden Militär- und Marine-Attachés nach Tripolis abgehen zu sehen. Andererseits dringt mitunter das Bedauern durch, dass die Türkei so gar keinen activen Widerstand leistet und der „Krieg" dadurch einen fast komischen Beigeschmack gewinnt. Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling und ein Verwundeter noch keinen Krieg. Bisher ist aber auf italienischer Seite nur ein Blessirter, Fregattencapitän Conte Biscaretti, welcher vor San Giovanni di Medua einen Flintenschuss in den Fuss erhielt. Unter den abgegangenen Truppen soll, wie dies bei Colonialunternehmungen natürlich ist, keine merkbare Begeisterung geherrscht haben. Auch die Anmeldung von Freiwilligen für die Expedition war gering. Dagegen hat die Bevölkerung bei dem Abgange der Truppen einen grossen Enthusiasmus an den Tag gelegt. Dass, wenn der Verlauf und Abschluss des Unternehmens so leicht und glatt vor sich gehen wird, wie der Anfang, den Italienern der Kamm gar mächtig schwellen wird, ist mit Sicherheit anzunehmen. Schon jetzt ist ein gesteigertes Selbstgefühl zu bemerken. Über die allerdings recht unklare Situation in Constantinopel, wo Nachgiebigkeit und Intransigenz mit einander zu ringen scheinen, ist man hier mangelhaft orientirt. Die Absage Reschid Paschas und dessen Ersatz durch den als Hitzkopf geltenden Assim Bey wird hier ungünstig beurtheilt. Hinsichtlich der Balkanstaaten hat man keine Besorgnis. Vielleicht nicht mit Unrecht rechnet man eher mit der Möglichkeit, dass England sich veranlasst sehen könnte, der Souveränität der Pforte in Egypten ein Ende zu machen. Die besonders rasch und geheimnisvoll durchgeführte Occupation von Tobruk entsprang gewiss dem Wunsche, dort ehestens gegenüber eventuellen englischen Velleitäten ein fait accompli zu schaffen. Deutscherseits scheint man dringend zu wünschen, dass der Kriegszustand bald ein Ende finde. Die Aufgabe, den Alliirten zu unterstützen und den traditionellen Freund dabei nicht zu verstimmen, wird auf die Dauer immer schwieriger und unbehaglicher. Auch fängt ein für Deutschland besonders wichtiger Factor, der Handel, zu murren an. Botschafter Baron Marschall soll sich geäussert haben, dass dem deutschen Reiche seine Alliirten theuer zu stehen kämen. Die bosnische Annexions-Krise habe Deutschland in der Türkei ein Jahr gekostet und jetzt stehe infolge des italienischen Unternehmens Ähnliches zu erwarten. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob die Tripolis-Expedition bloss ein complicirtes Manöver war, oder ob sich Italien auf eine lange, schwierige und kostspielige Campagne gefasst machen muss. Mérey.

a) Vgl. n. 2735, 2754, 2756.

Nr. 2756. Zweites Privatschreiben aus Rom, 14. Okt. 1911 (eing. 16. Okt.).[a] Eigh. Ausfert.

Meinem heutigen Berichte litt. D[b] und meinem heutigen Telegramme Nr. 165 möchte ich unmittelbar vor Kurierschluß noch einige Zeilen folgen lassen. Durch die gestrige Mittheilung meines deutschen Kollegen an den Minister des Äußern ist deutschesseits unsere Teilnahme an der im gegebenen Momente eintretenden Mediation Deutschlands angekündigt worden. Aber ich glaube, auch wir müssen dies jetzt ehestens der hiesigen Regierung mittheilen und uns über die Annahme dieses prinzipiellen Anbotes vergewissern. Daß wir gegenüber Deutschland, welches sich die Mediation schon vor etwa 14 Tagen gesichert hatte, ohne Euer Excellenz hievon zu verständigen, schon zeitlich genommen etwas als „Anhängsel" erscheinen, ist leider nicht mehr zu vermeiden. Auch wissen die Entente-Mächte bereits durch die ihren hiesigen Botschaftern anläßlich deren Mediations-Anbot von dem Marchese di San Giuliano erteilten Antworten von der künftigen Mediation Deutschlands; von unserer Mediation wissen sie bisher noch Nichts. Ich glaube aber schon jetzt aufmerksam machen zu sollen, daß auch im weiteren Verlaufe und speziell im Momente der Mediation meiner Überzeugung nach Deutschland die erste Rolle spielen wird. Die Stellung Baron Marschalls in Constantinopel ist eine so überragende und ich entnehme nicht nur den Zeitungen sondern auch den Mitteilungen meines deutschen Kollegen, daß die türkischen Staatsmänner Tag und Nachts sich an ihn wenden, bei ihm Rat erholen und seine — beziehungsweise Deutschlands — Mediation geradezu imploriren, so daß zunächst nach der türkischen Seite Baron Marschall wohl der prädestinirte Mediator ist. Diese Situation kennt man aber auch hier sehr genau und sie hat gewiß mächtig mitgewirkt, die deutsche Mediation hier so erwünscht erscheinen zu lassen. Also auch hier wird man mehr auf Deutschland als auf uns rechnen. Hiezu kommt noch, daß mein deutscher Kollege über die Vorgänge und die Situation in Constantinopel stets telegrafisch auf dem Laufenden erhalten wird, ihm alle wichtigeren Telegramme Baron Marschalls telegrafisch und meist „zur Verwertung" mitgeteilt werden und er daher mit der hiesigen Regierung hierüber in einem fortlaufenden Ideenaustausche steht, somit die Mediation vorbereiten kann, während ich trotz des bestehenden italo-türkischen Krieges seit meiner Ankunft in Rom keinerlei Information über die Situation in Constantinopel, die hinsichtlich der Friedensbedingungen dort sich geltend machenden Tendenzen und so weiter erhalten habe. Meinen allerletzten Informationen nach scheint man hier selbst die religiöse Oberhoheit, welche man der Türkei allenfalls in Tripolis zu lassen geneigt wäre, nur in jenem Maße im Auge zu haben, wie sie in Bosnien seit der Annexion auf Grund des Artikels 4 unseres Accords mit der Türkei vom Februar 1909 besteht. Ich frage mich, ob in einer solchen, eigentlich unvermeidlichen und nur die Freiheit des Kultus festsetzenden Stipulation türkischerseits eine Konzession erblickt würde. In einigen gestern abends und heute früh erschienenen Blättern werden die Mächte bereits in beinahe drohendem Tone aufgefordert, ja nicht bei einer eventuellen Mediation an Italien das demütigende Ansinnen zu stellen, irgend einen Rest der türkischen Souveränität in Tripolis weiterbestehen zu lassen. Mérey.

[a] Vgl. n. 2695, 2755, 2758, 2783. — [b] Vgl. Anm. b zu n. 2754.

Nr. 2757. Drittes Privatschreiben aus Rom, 14. Okt. 1911.[a] *Eigh. Ausfert.*

Streng geheim. Bei meiner ersten Unterredung mit meinem deutschen Kollegen nach meiner Rückkehr vom Urlaube brachte derselbe auch die Erneuerung des Dreibundes zur Sprache. Was die Persönlichkeit anlangt, welche hier die erste Anregung gegeben hätte, so wurde meine Neugierde auch diesmal nicht befriedigt. Herr von Jagow sagte mir, er habe versprochen, dieselbe nicht zu nennen. Offenbar, um bei mir dem Eindrucke vorzubeugen, als sei jene italienische Initiative vielleicht überhaupt nur eine Fiktion gewesen, fügte er bei, er werde mir dieselbe namhaft machen, sobald die Verhandlungen abgeschlossen und die Vertrags-Erneuerung vollzogen sein werde. Immerhin gewann ich aus den Äußerungen meines deutschen Kollegen bis zu einem gewissen Grade die Impression, dass die fragliche italienische Initiative keine sehr formelle oder nachdrückliche gewesen zu sein scheint und dass das rasche und begierige Aufgreifen derselben in Berlin durch den dort bestehenden Wunsch sich erklärt, möglichst bald den Dreibund unter Dach und Fach zu bringen. Der deutsche Botschafter, welcher kürzlich Abschrift der gesammten einschlägigen Korrespondenz, einschliesslich eines mir nicht mehr in Wien bekannt gewordenen Schreibens Euer Excellenz (vom 4. oder 5. l. M.) an den deutschen Staatssekretär des Äußern,[b] erhielt, hat auftragsgemäß bereits zweimal, wenn auch nur in flüchtiger Weise, die Angelegenheit gegenüber dem hiesigen Minister des Äußern zur Sprache gebracht. Nach seinen vertraulichen Mitteilungen hätte Marchese di San Giuliano sich mit Allem persönlich einverstanden erklärt, auch mit Wien als Verhandlungsort und mit dem Beginne des neuen Vertrages vom Juli 1914 an, und sich nur in Bezug auf diese Punkte noch die Zustimmung des Königs und des Ministerpräsidenten vorbehalten. Mir gegenüber hat der Minister des Äußern die ganze Angelegenheit bei unseren bisherigen Unterredungen nicht mit einer Silbe erwähnt. Er wartet vermutlich darauf, dass ich das Thema anschneide. Das habe ich aber, dem ausdrücklichen Auftrage Euer Excellenz entsprechend, bisher nicht getan. Deutscherseits scheint man es dagegen, wie gesagt, sehr eilig zu haben. Dabei dürfte man, wie ich schon in Wien zu releviren mir gestattete, sowol bei dieser Hast wie auch hinsichtlich der absolut unveränderten Erneuerung des Vertrages übersehen haben, dass dessen auf Tripolis bezüglicher Artikel (IX) ja unmöglich in seiner jetzigen Fassung — ebenso wenig wie unsere einschlägige Additional-Note — weiterbestehen kann und dass andererseits die an die Stelle dieser Stipulation tretende neue Formulirung erst möglich sein wird, wenn die Tripolis-Aktion zum Abschluße gekommen und die künftige völkerrechtliche Stellung jener Gebiete endgiltig festgestellt sein wird. Es schiene mir daher unvorgreiflicher Weise vor Allem eine Rücksprache über diesen Punkt zwischen Wien und Berlin nötig zu sein, sowie auch eine genauere Verständigung über das einzuschlagende Tempo, da die dermalige Situation, wo Herr von Jagow auftraggemäß eher drängt und mit der Consulta über den Gegenstand verhandelt und ich auftraggemäß schweige, der italienischen Regierung möglicher Weise einen befremdenden Eindruck machen dürfte.

Mérey.

[a] Vgl. n. 2735, 2790, 2795. — [b] Wohl n. 2696.

Nr. 2758. Tel. nach Sofia Nr. 54 (1) und Konstantinopel Nr. 235 (2), 14. Okt. 1911 (chiffr. 3 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).

1. Antwort auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 140 vom 13. d. M. Ich ersuche Euer Hochgeboren, sich Herrn Geschoff gegenüber vorläufig dahin auszusprechen, daß meiner Auffassung nach für Bulgarien kein Grund zur Beunruhigung vorliegt und sich daher die königliche Regierung nicht zu übereilten Schritten hinreißen lassen solle. Euer Hochgeboren können hinzufügen, daß ich der Pforte durch den Markgrafen Pallavicini den freundschaftlichen Rath ertheilen lasse, sich in ihren militärischen Maßregeln die thunlichste Beschränkung aufzuerlegen. Ich behalte mir vor, Euer Hochgeboren weitere telegraphische Instructionen zukommen zu lassen.

2. Laut einer telegraphischen Meldung aus Sofia hat sich gestern Herr Geschoff dem Grafen Tarnowski gegenüber dahin ausgesprochen, daß die Versicherungen der Pforte, wonach die militärischen Maßregeln in Adrianopel keinen aggressiven Charakter gegen das Königreich hätten, der königlichen Regierung angesichts des inneren Widerspruches dieser Erklärungen und der Erregung der öffentlichen Meinung im Lande nicht mehr genügen. Die Aufrichtigkeit der türkischen Erklärungen müßte seitens der Großmächte garantiert werden, da sonst die bulgarische Regierung durch die öffentliche Meinung zu Gegenmaßnahmen gezwungen werde. Herr Geschoff hat sich auch den Gesandten der übrigen Mächte gegenüber in diesem Sinne ausgesprochen. Während ich den Grafen Tarnowski vorläufig anweise, sich Herrn Geschoff gegenüber in beschwichtigendem Sinne auszusprechen, ersuche ich Euer Exzellenz, der Pforte den freundschaftlichen Rath zu ertheilen, die in Rede stehenden militärischen Verfügungen auf das nothwendigste zu beschränken und es zu vermeiden, hiebei über das Maß hinauszugehen, welches zwecks Erhaltung der inneren Ruhe im Vilajete Adrianopel und in Mazedonien geboten erscheint. Ich behalte mir vor, Euer Exzellenz im Gegenstande eine weitere ausführlichere telegraphische Instruction zukommen zu lassen.

Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2756, 2759, 2763, 2765, 2766.

Nr. 2759. Tel. nach Belgrad, 15. Okt. 1911 Nr. 56 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Macchio).

Gelegentlich des Diplomatenempfanges vom 11. d. M. ist Herr Simić auf die Nachrichten zu sprechen gekommen, daß im Sandschak und längs der serbischen Grenze türkischerseits eine allgemeine Bewaffnung der Mohammedaner durchgeführt werde und hat darauf hingewiesen, daß die hierauf beruhende Besorgnis um das Schicksal der christlichen Bevölkerung zu einer lebhaften Beunruhigung in Serbien Anlaß gebe. Ich erwiderte dem serbischen Gesandten, auch ich würde eine Bewaffnung der Mohammedaner für nicht ganz unbedenklich halten, doch sei mir diese Nachricht bisher unbestätigt und entspreche wohl kaum den Thatsachen. Auf keinen Fall läge für die serbische Regierung ein Anlaß zur Beunruhigung vor. Serbien könnte ja doch seine guten Beziehungen zu der Pforte dazu benützen,

um in freundschaftlicher Weise beruhigende Aufklärungen sowie die Zusicherung zu erlangen, daß türkischerseits weitere Maßnahmen unterlassen würden, welche die öffentliche Meinung im Königreiche zu alarmieren geeignet wären. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2701, 2758.

Tel. nach Berlin, 15. Okt. 1911 Nr. 113 (chiffr. 7 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2762.

Nr. 2760. Tel. nach Berlin, 15. Okt. 1911 Nr. 114 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Macchio).

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 13. Oktober Nr. 172. Herr von Mérey telegraphiert mir unter dem 14. d. M. wie folgt: ... *wie n. 2754 von „Deutscher Botschafter" bis „ohne Bemerkung entgegengenommen"* ... Euer Exzellenz wollen dem Herrn Staatssekretär von der vorstehenden Meldung Herrn von Méreys Mitteilung machen und ihm in meinem Namen sagen, daß mir von einem Ersuchen an das deutsche Kabinett, Herrn von Jagow mit der von ihm abgegebenen, uns betreffenden Erklärung zu betrauen, nichts bekannt sei. Es liege mir auch keinerlei Mitteilung des Berliner Kabinettes vor, welche darauf schließen ließe, daß das deutsche Kabinett den Moment zur Einleitung einer solchen Aktion für gekommen erachte und seinen Botschafter in Rom mit einer bezüglichen Demarche bereits betraut habe. Ebensowenig sei mir von Seite des deutschen Kabinettes eine Mitteilung über die erfolgte Annahme der Mediation seitens Italiens zugekommen. Es schiene mir daher der Schritt Herrn von Jagows im Widerspruche mit den Vereinbarungen zu stehen, welche wir mit Deutschland betreffs eines Vorgehens pari passu getroffen hätten. Ich sehe Euer Exzellenz telegraphischen aufklärenden Berichterstattung im Gegenstande entgegen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2767, 2776.

Tel. nach Bukarest-Sinaia, 15. Okt. 1911 Nr. 40 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 2763.

Nr. 2761. Tel. nach Konstantinopel, 15. Okt. 1911 Nr. 238 (chiffr. 4 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).

Im Verfolge meines Privatschreibens vom 11. d. Mts. Der hiesige italienische Botschafter hat heute hier im Anschluß an seine Démarche vom 9. d. M. (siehe das dem citierten Privatschreiben angeschlossene Telegramm nach Berlin Nr. 110)[b]) zur Präzisierung seiner mündlichen Mitteilungen über den Neutralisierungsgedanken Marquis di San Giulianos eine vertrauliche Notiz des nachstehenden Wortlautes übergeben: (Inseratur Text der Notiz der königlich italienischen Botschaft vom 12. d. Mts.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information und Mitteilung Ihrer Ansicht über eventuelle Aufnahme dieses Vorschlages bei türkischer Regierung. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2762, 2768. — [b]) Vom 10. Okt.

Nr. 2762. Tel. nach Konstantinopel Nr. 239 (1) und Berlin Nr. 113 (2), 15. Okt. 1911 (chiffr. 7 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Macchio).

1. Herr von Mérey hat den in meinem Telegramm Nr. 228 vom 10. d. M. wiedergegebenen Auftrag, bei der italienischen Regierung über den jüngsten türkischen Vorschlag zu sondieren, ausgeführt. ... *wie n. 2739 mit stilistischen Änderungen und Umstellungen von „Türkisches Telegramm sei nur ein Manöver" bis „dermalen noch verfrüht"* ... Auch Herrn von Jagow gegenüber äußerte sich der italienische Minister des Äußern beiläufig in gleichem Sinne: Es handle sich um eine der in Konstantinopel üblichen Tergiversationen, dermalen sei der Moment für Einstellung der Feindseligkeiten noch nicht gekommen und Aufrechterhaltung der Souveränität des Sultans kaum möglich. Euer Exzellenz wollen im gegenwärtigen Augenblicke sich darauf beschränken, den Großvezier und den Minister des Äußern zu informieren, daß zufolge vertraulicher Sondierung Herrn von Méreys der Zeitpunkt noch nicht gekommen zu sein scheint, zu welchem italienische Regierung geneigt wäre, auf Friedensverhandlungen einzugehen und zu diesem Zwecke die Mediation der Mächte anzunehmen. Dies dürfte erst nach Herstellung eines militärischen fait accompli in Tripolis, also etwa nach vollständiger Durchführung der Okkupation der Küstenplätze durch das italienische Expeditionskorps, der Fall sein. Nach weiteren Andeutungen Marquis San Giulianos an unseren Botschafter scheint italienische Regierung so ziemlich entschlossen zu sein, als Grundlage für die Friedensverhandlungen die definitive Abtretung von Tripolis und der Cyrenaika ins Auge zu fassen und sich mit keiner anderen Lösung zufrieden geben zu wollen. Bevor Euer Exzellenz diese vertrauliche Orientierung der türkischen Regierung zur Verfügung stellen, wollen Hochdieselben konstatieren, welche Weisung Freiherr von Marschall im Gegenstande erhalten hat.

2. Herr von Mérey hat den in meinem Telegramme Nr. 109 vom 10. d. M. (Inseratur 1. von: „... wiedergegebenen Auftrag..." bis inklusive „... noch verfrüht.") Hiezu telegraphiere ich an Markgraf Pallavicini, wie folgt: (Inseratur 1. von: „Euer Exzellenz wollen...." bis inklusive „... geben zu wollen.") Markgraf Pallavicini wurde beauftragt, sich mit Baron Marschall ins Einvernehmen zu setzen, bevor er vorstehende vertrauliche Orientierung der türkischen Regierung zur Verfügung stellt. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulichen Information und Mitteilung an den Herrn Staatssekretär. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2761, 2763, 2775.

Nr. 2763. Tel. nach Konstantinopel Nr. 240 (1) und Bukarest-Sinaia Nr. 40 (2), 15. Okt. 1911 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. Nemes und Macchio; G. Macchio).

1. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 235 von gestern. Beim letzten Diplomatenempfange sind der bulgarische und der serbische Gesandte auf die Beunruhigung zu sprechen gekommen, welche in den von ihnen vertretenen Ländern durch die jüngsten Maßnahmen der Pforte hervorgerufen worden sei. Während Herr Sallabascheff von den Truppenkonzen-

trierungen im Vilajete Adrianopel sprach, klagte Herr Simitsch über die Bewaffnung der Mohammedaner im Sandschak und an der serbischen Grenze, welche Besorgnisse um das Schicksal der christlichen Bevölkerung wachrufe. Ich habe beiden Gesandten im beschwichtigenden Sinne geantwortet und den Rath beigefügt, ihre Regierungen mögen ihre guten Beziehungen zu der Pforte dazu benützen, um in freundschaftlicher Weise beruhigende Aufklärungen und die Zusicherung zu erlangen, daß die Pforte keine weiteren Maßnahmen treffen werde, welche die öffentliche Meinung in dem betreffenden Nachbarstaate alarmiren könnten. Speciell dem bulgarischen Gesandten gegenüber erwähnte ich, daß die Berufung des mit den bulgarischen Verhältnissen wohlvertrauten Assim Bey zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Türkei ein besonders günstiges Moment für die Aufnahme einer solchen freundschaftlichen Demarche darstelle. Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes dem türkischen Minister des Äußern vertraulich mitzutheilen und hiebei den von mir angeschlagenen türkenfreundlichen Ton besonders hervorzuheben. Was die Truppenkonzentrirungen im Vilajete Adrianopel anbelangt, wollen Euer Exzellenz in freundschaftlicher Weise darauf hinweisen, daß dieselben nur allzu leicht als eine Bulgarien geltende aggressive Maßregel interpretirt werden könnten und daher eine gewisse Gefahr in sich bergen. Es wäre daher wünschenswerth, diese militärischen Maßnahmen auf das zur Erhaltung der inneren Ruhe nöthige Maß zu beschränken. Bezüglich der serbischerseits relevirten Bewaffnung der Mohammedaner seien auch mir seither einschlägige Nachrichten zugekommen und könne ich der Pforte die Bedenken nicht verhehlen, welche mir diese Maßregel einflöße. Ich müsse die Hoffnung aussprechen, daß die Pforte von einer Fortsetzung und Verallgemeinerung dieser Maßnahmen in ihrem eigenen Interesse Abstand nehmen werde. Es gelte dies insbesondere auch von der Verwendung von Irregulären zum Grenzcordon, einer Maßregel, deren Bedenklichkeit schon durch die Thatsache illustrirt werde, daß die Indienststellung solcher Elemente sogar an der bosnischen Grenze, wie bekannt, bereits zu unliebsamen Zwischenfällen geführt habe.

2. Ich telegraphire an Markgraf Pallavicini wie folgt: (Inseratur vorstehendes Telegramm von „Beim letzten Diplomatenempfange“ bis zum Schluß.) Vorstehendes zu Euer Hochgeboren vertraulicher Information und Mitteilung an Seine Majestät König Carol und Herrn Carp. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2762, 2764, 2770.

Nr. 2764. Tagesbericht über einen Besuch des französischen Botschafters, 15. Okt. 1911.a) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Macchio).

Der hiesige französische Botschafter ist heute hier erschienen und hat unter Hinweis auf das bekannte, an die Mächte gerichtete Ersuchen Herrn Geschoffs, zum Zweck der Vermeidung der sonst unabweisbaren militärischen Massnahmen Bulgariens diesem das Unterbleiben einer türkischen Aggression zu garantieren, auftragsgemäss die Frage gestellt, wie sich die k. u. k. Regierung zu diesem Schritt zu verhalten gedenkt und ob sie insbesondere geneigt wäre sich einem Schritte der anderen Mächte in dem vom bulgarischen

Ministerpräsidenten gewünschten Sinne anzuschliessen. Herrn Crozier wurde erwidert, seine Anfrage würde sofort zur Kenntnis des Herrn Ministers gebracht werden; es könne ihm jedoch einstweilen mitgeteilt werden, dass der Herr Minister die Gefahr eines türkischen Angriffes, von dem man sich in Bulgarien unmittelbar bedroht glaubt, nicht als eine so ernste ansehe. Dessen ungeachtet sei die Pforte im Wege des k. u. k. Botschafters in Konstantinopel in freundschaftlicher Weise auf die lebhafte Beunruhigung, die die letzten türkischen Massregeln auf militärischem Gebiet in den Balkanstaaten hervorgerufen hätten, aufmerksam gemacht und ihr nahegelegt worden, sich in dieser Richtung auf die Notwendigkeit zu beschränken. Auf die Bemerkung hin, daß ja die bulgarische Mobilisierung noch nicht angeordnet sei, wie der Herr Botschafter zu glauben schien, bemerkte derselbe schliesslich, dadurch hätte der Gegenstand seiner Anfrage an Dringlichkeit verloren und er würde daher nach der Rückkehr des Herrn Ministers bei ihm auf die Sache zurückkommen.

[a]) Vgl. n. 2763, 2765, 2771.

Nr. 2765. Tel. nach Sofia, 15. Okt. 1911 Nr. 55 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Macchio).

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 54 vom 14. d. M. Gelegentlich des Diplomatenempfanges am 11. d. M. ist Herr Sallabascheff bei mir erschienen und hat allerdings die Konzentrierung türkischer Truppen im Vilajete Adrianopel zur Sprache gebracht, jedoch in einer Weise, daß ich aus seinen Worten den Eindruck nicht gewinnen konnte, als handle es sich um eine förmliche Demarche seiner Regierung. Ich habe zu dem bulgarischen Gesandten im selben Sinne wie zu Herrn Geschoff (mein Telegramm Nr. 53 vom 11. d. M.) gesprochen und den Rat beigefügt, die bulgarische Regierung möge ihre guten Beziehungen zu der Pforte und den Umstand der Berufung des mit den bulgarischen Verhältnissen wohlvertrauten Assim Bey zur Leitung der türkischen auswärtigen Politik dazu benützen, um in freundschaftlicher Weise beruhigende Aufklärungen bezüglich der Truppenkonzentrierungen, sowie die Zusicherung zu erlangen, daß die Pforte keine weiteren militärischen Maßnahmen treffen werde, die geeignet wären, die bulgarische öffentliche Meinung zu alarmieren. Euer Hochgeboren wollen sich in gleichem Sinne bei Herrn Geschoff vernehmen lassen und hiezu bemerken, daß in einer gestern abgegangenen Weisung Markgraf Pallavicini beauftragt wurde, der Pforte den freundschaftlichen Rat zu erteilen, die in Rede stehenden militärischen Verfügungen auf das notwendigste zu beschränken und es zu vermeiden, hiebei über das Maß hinauszugehen, welches zwecks Erhaltung der inneren Ruhe geboten erscheint.

[a]) Vgl. n. 2764, 2766, 2772, 2816. Aehrenthal.

Nr. 2766. Tel. aus Sofia, 15. Okt. 1911 Nr. 144 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Habe heute morgens Inhalt des hohen Telegrammes No. 54 Herrn Geschoff entsprechend mitgeteilt, wobei ich rasche Antwort Euer Excellenz

als Zeichen Wohlwollens bezeichnete. Ministerpräsident, den ich heute wieder in alarmierter Stimmung fand, war von Message angenehm berührt und bat mich, Euer Excellenz sofort seine tiefste Dankbarkeit zu übermitteln. Er liess sich Mitteilung diktieren, um sie sofort seinen Kollegen mitzuteilen. Er hoffe, Worte Euer Excellenz würden kalmierend wirken, was umso erwünschter wäre, als Beunruhigung seit gestern infolge frischer Nachrichten über Fortschreiten türkischer Massnahmen in Adrianopel und Kirkkilisse wieder viel tiefer. Man befürchte, dass, wenn Said Pascha und Schefket gestürzt, jungtürkisches Comité Sturm entfesseln könnte. Herr Geschoff von allen Seiten angegriffen, dass er Land Gefahren aussetzte. Er erwartet ungeduldig Rückkehr König Ferdinands nächsten Dienstag und hofft, dass Seine Majestät sich auf seine und nicht Kriegsministers Seite rangieren werde. Conseilspräsident sagte, er brauche dringend Garantien der Grossmächte für türkische Aufrichtigkeit und bat mich mit Insistenz, mich noch in diesem Sinne bei Euer Excellenz zu verwenden. Ich bin immer mehr überzeugt, dass man hier vor Türkei grösste Angst hat, weswegen alle beruhigenden Argumente wirkungslos bleiben. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 2765, 2767.

Nr. 2767. Tel. aus Berlin, 16. Okt. 1911 Nr. 178 (eing. 17. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Antwort auf Telegramm von gestern No. 114. Staatssekretär versicherte, daß in Betreff der Mitteilung des deutschen Botschafters in Rom an seinen österreichisch-ungarischen Kollegen ihm ein beiderseitiges Mißverständnis zu obwalten scheine. Vor allem wolle er streng vertraulich konstatieren, daß, wie er bestimmt wisse, und wie Euer Exzellenz gewiß bekannt, der erste Antrag einer Mediation im Einverständnisse mit Triple-Entente von Frankreich an die italienische Regierung gestellt wurde. Italien habe diesen Antrag abgelehnt. Nach Ansicht des Herrn von Kiderlen, die Euer Exzellenz gewiß teilten, müsse, wenn eine Mediation überhaupt stattfinden sollte, diese zuerst von seinen Verbündeten Deutschland und Österreich-Ungarn ausgehen, da ein von Erfolg (begleiteter)[b]) Vermittlungsvorschlag der Triple-Entente für die Stellung des Dreibundes nachteilig sein würde. Aus diesem Grunde habe er, Staatssekretär, Herrn von Jagow den Auftrag erteilt, im Einvernehmen mit Herrn von Mérey in der Frage der Mediation bei der italienischen Regierung zu sondieren. Eine weitergehende Demarche sei dem Botschafter nicht aufgetragen worden und über eine erfolgte Annahme der Mediation seitens Italiens sei hier keine Mitteilung gemacht worden. Nach der von der italienischen Regierung abgegebenen Erklärung, daß sie solange mit der Türkei nicht in Verhandlungen treten wolle, als türkischerseits die Frage der Aufrechthaltung der Souveränität des Sultans über Tripolis nicht fallen gelassen würde, hätten übrigens Mediationsverhandlungen bis auf weiteres keine Bedeutung. Sollte aber der Augenblick kommen, wo die Mediationsaktion Aussicht auf Erfolg zeigen würde, so müsse gesorgt werden, daß die Triple-Entente uns nicht zuvorkomme und werde dann selbstverständlich Deutsch-

land mit Österreich-Ungarn pari passu vorgehen. In diesem Sinne habe er Herrn von Jagow instruiert. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2766, 2768, 2776, 2788. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 2768. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 16. Okt. 1911 Nr. 336 (eing. 17. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm No. 238 vom 15. d. M. Meiner Überzeugung nach würde italienischer Vorschlag, sowie er nunmehr formuliert ist, bei der türkischen Regierung keinerlei Anklang finden. Eine Neutralisierung, welche sich auf das adriatische und ionische Meer beschränkte, hätte für die Türkei keinen namhaften Vorteil, auch schon deshalb nicht, weil man hier ohnedies überzeugt ist, daß Italien mit Rücksicht auf Österreich-Ungarn in Bezug auf oberalbanesische Küste die Hände gebunden hat. In meinem Telegramm No. 308 vom 7. d. M. habe ich Euer Exzellenz bereits gemeldet, daß Said Pascha, als ich ihm seinerzeit auftragsgemäß von obigem Plan im allgemeinen Mitteilung gemacht hatte, sofort bemerkte, daß sich die Neutralisierung jedenfalls auch auf das Rote Meer beziehen müßte. Übrigens würde eine Proposition im Sinne des Schlußpassus der vom italienischen Botschafter übergebenen Notiz hier den Eindruck hervorrufen, daß Italien den Kriegsschauplatz auch auf die Küste des ägäischen Meeres ernstlich auszudehnen die Absicht hat. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2767, 2769, 2782.

Nr. 2769. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 16. Okt. 1911 Nr. 338 (eing. 17. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Baron Marschall hat mich gestern aufgesucht und mir mitgeteilt, daß er über die Stellungnahme der italienischen Regierung gegenüber dem letzten Mediationsbegehren der Pforte von seiner Regierung in Kenntnis gesetzt wurde. Nach der ihm zugekommenen Nachricht hätte Marquis San Giuliano dem deutschen Vertreter gegenüber noch decidierter erklärt, daß Italien an der Annexion Tripolitaniens pure et simple festhalten müsse. Der deutsche Botschafter fügte hinzu, er habe in Beantwortung dieser Mitteilung beiläufig Folgendes nach Berlin telegraphiert: Angesichts des italienischen Standpunktes kann von einer weiteren Mediationstätigkeit nicht die Rede sein, da kein türkischer Staatsmann sich finden werde, welcher in diesem Augenblicke die Annexion Tripolis zugeben würde. Die italienische Regierung muß sich darüber klar sein, daß ihr kein Mittel zur Verfügung steht, die Türkei zu zwingen, die Annexion Tripolis anzuerkennen, es sei denn, daß die Türkei am Balkan selbst in eine schwierige Lage gebracht werden würde und daß dann die Pforte gezwungen wäre, um jeden Preis Frieden zu schließen. Dies würde aber die Aufrollung der orientalischen Frage bedeuten. Seiner, Baron Marschalls, Ansicht nach wäre es daher an der Zeit, in Rom sehr deutlich zu erklären, daß man es nicht zugeben könne, daß wegen der Intransigenz Italiens der Weltfriede

gestört werde. Ich kann mich der Auffassung Baron Marschalls nur vollkommen anschließen und teile seine Befürchtungen in Betreff der eventuellen Folgen der derzeitigen Haltung Italiens. Deutscher Botschafter glaubt, daß das Kabinett Said Pascha in kurzer Zeit fallen und daß dann Kiamil Pascha das Großvezierat übernehmen dürfte, welcher dann mit tatkräftiger Unterstützung Englands eventuell den Frieden mit Italien schließen würde; dies hätte aber in letzter Linie zur Folge, daß Deutschland und wir hier für längere Zeit ausgespielt hätten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2768, 2770, 2773.

Nr. 2770. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 16. Okt. 1911 Nr. 340 (eing. 17. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Hohen telegraphischen Auftrag vom 15. d. M. Nr. 240 Minister des Äußern gegenüber ausgeführt. Was die bulgarischerseits vorgebrachte Beschwerde anbelangt, las mir Assim Bey ein Telegramm vor, welches er soeben nach Sofia expediert hatte. In demselben wird ausgeführt, daß die türkischerseits getroffenen militärischen Maßnahmen im Vilajet Adrianopel sich auf Einberufung von 100 Mann pro Bataillon zu Übungszwecken beschränken. Ausserdem seien 2000 Mann mit Befestigungsarbeiten beschäftigt. Andere Einberufungen fänden nicht statt. Die Depesche enthält überdies die bündigsten Versicherungen, daß die Türkei mit Bulgarien in Frieden leben wolle, warnt aber in ziemlich eindringlicher Weise vor jeder Provokation, da in einem solchen Falle die türkische Regierung allerdings gezwungen wäre, ihrerseits weitere militärische Maßnahmen ins Auge zu fassen. Der Minister fügte dieser Mitteilung die Bitte hinzu, ich möchte Euer Exzellenz in seinem Namen die Versicherung geben, daß er jene Ratschläge, welche Hochdieselben ihm seinerzeit in Wien gegeben haben und die dahin giengen, die guten Beziehungen zu Bulgarien möglichst zu pflegen, auch in seiner jetzigen Stellung im Auge behalten werde; doch könne Türkei unmöglich zugeben, daß Bulgarien die mißliche Lage, in welcher sich das Reich infolge des Krieges mit Italien befindet, benütze, um irgendeine Pression auf dasselbe auszuüben. Im übrigen sagte mir noch der Minister, daß er entschlossen sei, auf die Kriegsverwaltung in dem Sinne zu wirken, alles zu vermeiden, was Bulgarien zur Beunruhigung Anlaß geben könnte; es würden sogar die Rekruten, welche um diese Zeit einrücken sollten, in Korpsbezirken an der bulgarischen Grenze nicht einberufen werden. In Betreff des serbischen Gravamens sagte mir Assim Bey, daß von der Bewaffnung der mohammedanischen Bevölkerung im Sandschak Novibazar und an der serbischen Grenze keine Rede sei, auch würden sich — behauptet er — keine irregulären Truppen dort befinden. Es handle sich nur um Einberufung Militärpflichtiger aus der dortigen Gegend, welche zum Dienste in der Grenzwache verwendet werden. Sollten indes spezielle Fälle, welche zu Beschwerden Anlaß geben, zu Euer Exzellenz gelangen, so wäre er Hochdenselben für eine diesfällige Mitteilung dankbar. Schließlich erwähnte der Minister noch, daß die türkische Regierung im Hinblicke auf das Verhalten Montenegros beunruhigt sei. Es stehe zu befürchten, daß

montenegrinischerseits unter den Malissoren wieder gewühlt werde. Assim Bey bemerkte hiezu, daß es vielleicht der k. u. k. Regierung möglich wäre, im Wege der katholischen Geistlichkeit in Albanien diese Intriguen unschädlich zu machen. Der Minister deutete mir im Laufe unseres Gespräches auch an, wie dankbar er Euer Exzellenz wäre, wenn Hochdieselben in der österreichischen Presse, etwa im „Fremdenblatt", feststellen lassen wollten, daß die türkische Regierung die bündigsten Versicherungen gegeben habe, nichts tun zu wollen, was den Nachbarländern Anlaß zur Beunruhigung geben könnte und gleichzeitig die Erwartung aussprechen liessen, daß die übrigen Balkanstaaten ein gleiches Verhalten beobachten werden.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2769, 2771, 2791.

Nr. 2771. Tagesbericht über einen Besuch des russischen Botschafters, 16. Okt. 1911.[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Macchio).

Der hiesige russische Botschafter hat heute hier vorgesprochen und in analoger Weise, wie dies Herr Crozier gestern gethan hat,[b]) auftragsgemäß die Frage gestellt, in welcher Weise die k. u. k. Regierung auf die bekannte Démarche zu reagieren gedenke, die Bulgarien bei den Mächten unternommen hat, um von ihnen Garantien für das Unterbleiben einer türkischen Aggression zu erlangen. Es wurde dem Herrn Botschafter erwidert, daß seine Anfrage unverzüglich zur Kenntnis des Herrn Ministers gebracht werden würde. Herr von Giers nahm hievon mit dem Bemerken Akt, er würde angesichts der Besorgnisse, welche die gegenwärtige Stimmung in Bulgarien seiner Regierung einflöße, großen Wert darauf legen, über die Auffassung des österreichisch-ungarischen Kabinettes ehestens orientiert zu werden.

[a]) Vgl. n. 2770, 2772, 2777. — [b]) n. 2764.

Nr. 2772. Tel. aus Sofia, 16. Okt. 1911 Nr. 146 (eing. 17. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Hohen telegraphischen Auftrag vom 15. d. M. Nr. 55 ausgeführt. Sprache Herrn Geschoffs in mit heutigem Kurier abgegangenen Berichte Nr. 73[b]) niedergelegt. Interventionen Großmächte in Konstantinopel könnten ihm nicht genügen; er brauche Garantieen. Monsieur de Selves habe Gedanken der Garantieen gut aufgenommen und werde diesbezüglich an andere Kabinette herantreten. Konnte mich heute, ohne Schwierigkeiten Herrn Geschoffs in Zweifel zu ziehen, des Eindruckes nicht ganz erwehren, daß Conseilspräsident nunmehr dieselben ein wenig übertreibt, um fragliche Garantieen zu erlangen, was für ihn Erfolg wäre. Heute hier Détente nicht zu leugnen. Ankunft König Ferdinands jeden Moment erwartet. Von ihm wird weitere Wendung abhängen.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 2771, 2773, 2779. — [b]) Nicht abgedruckt, da wesentlicher Inhalt in obigem Telegramm wiedergegeben.

Nr. 2773. Tel. nach Berlin Nr. 116 (1) und Rom Nr. 157 (2), 17. Okt. 1911 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).*

1. u. 2. Markgraf Pallavicini telegraphiert unterm 16. l. M. wie folgt: ... *wie n. 2769* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulichen Information.

2. und rein persönlichen Kenntnisnahme. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2772, 2774, 2788.

Nr. 2774. Bericht aus Cetinje, 17. Okt. 1911 Nr. 73 B (eing. 20. Okt.).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Dem Zustande der Ungewissheit über die Haltung, welche Montenegro gegenüber dem italo-türkischen Konflikte einnehmen würde, und die nur kurze Zeit anhielt, ist der bestimmte Entschluss, eine abwartende friedliche Politik zu beobachten, gefolgt und in allen Äusserungen und Handlungen des Königs und der Regierung zu erkennen. Man kann nunmehr mit grösster Wahrscheinlichkeit annehmen, dass Montenegro, wenn sich nicht die äusseren und inneren politischen Verhältnisse der Türkei gründlich ändern, d. h. wenn es nicht zu schweren Konvulsionen, welche das Fortbestehen der Türkei als europäischer Staat bedrohen, kommt, auch Montenegro seinerseits aus seiner reservierten Haltung nicht heraustreten wird und seine Aspirationen auf den Erwerb türkischer Landstriche auf einen günstigeren Moment zurückgestellt hat. Auch aus Albanien, für dessen politische Wetterlage man hier ein sehr feines Gefühl und Gehör hat, lauten die Meldungen durchaus beruhigend und es wird jetzt auch von gegnerischer Seite bestätigt, dass König Nikolaus dem Emissär Ismail Kemals, welcher die Begünstigung der Waffendurchfuhr nach Albanien forderte, dieselbe für den Moment verweigert hat. Der König erklärte kürzlich dem deutschen Gesandten, er gehe mit Österreich-Ungarn durch dick und dünn[b]) und werde dessen auf den Frieden abzielende Ratschläge befolgen. Die Regierung beruft sich, allenfallsigen Ratschlägen der fremden Vertreter gegenüber, auf den Zustand absoluter Ruhe und das Fehlen jeglicher Kriegsvorbereitung und hat der Minister des Äussern gestern dem englischen Gesandten, der im Auftrage seiner Regierung sich dem russischen und französischen Schritte anschloss und zur Wahrung des Friedens mahnte, beinahe in gereiztem Tone erwidert, dass er die Notwendigkeit dieser Vorstellungen, angesichts der offenkundig friedlichen Absichten und Haltung Montenegros nicht einsehen könne. In hiesigen politischen Kreisen wird eine Version kolportiert, welche ich Eurer Exzellenz nur darum signalisiere, weil sie mir schon wiederholt zu Ohren kommt und, wie ich aus verschiedenen Äusserungen schliesse, auf den slavischen Legationen, insbesondere der Russischen, geglaubt wird. Nach derselben bereitet sich Österreich-Ungarn vor, den Sandschak wieder zu okkupieren, und habe deshalb seine Garnisonen im Grenzgebiete bedeutend verstärkt. In Wien sei zwischen Hochdenselben und dem Minister des Äussern, Gregović, eine Vereinbarung zu stande gekommen,[b]) welche im Falle der Reokkupation des Sandschak, Montenegro die Gebiete Skutari, Berane etc. zuspricht. Diese Version, die auf

der serbischen und russischen Gesandtschaft, wie es scheint, Glauben findet und dort lebhafte Unruhe und Unsicherheit hervorruft, wird in Montenegro sympathisch kommentiert, deren Glaubwürdigkeit vielleicht sogar von der montenegrinischen Regierung durch ein bedeutsames Schweigen unterstützt. Ich hatte bisher keine Veranlassung, gegen diese Gerüchte irgendwie Stellung zu nehmen. Giesl.

[a]) Vgl. n. 2773, 2775, 2823. — [b]) Vgl. n. 2635.

Nr. 2775. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 17. Okt. 1911 Nr. 341 (eing. 18. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Telegramm vom 15. d. M., Nr. 239 erhalten. Ich habe gestern dem Minister des Äußern die mir aufgetragene Mitteilung gemacht, nachdem ich Baron Marschall vorher nicht sehen konnte, mußte ich mich der Ausführung des im letzten Alinea[b]) des Telegrammes enthaltenen Auftrages hiebei enthalten. Assim Bey erwiderte mir, daß ihm bereits Baron Marschall eine ähnliche Mitteilung gemacht habe, aber in noch viel bestimmterer Form, da der deutsche Botschafter ihm auch sagte, daß die italienische Regierung die bisher ins Auge gefasste Basis für Verhandlungen nicht annehme, sondern die Annexion pure et simple verlange. Der Minister schien mir über diese Nachricht im höchsten Grade deprimiert zu sein. Er sagte mir, er könne sich vorläufig noch nicht aussprechen, aber was sein persönliches Gefühl anbelange glaube er, daß der italienischen Forderung unter keiner Bedingung nachgegeben werden könnte. Ich hatte allerdings nicht den Eindruck, als ob Assim Bey die Möglichkeit eines bezüglichen Einlenkens seitens der Türkei als absolut ausgeschlossen ansehe. Im Laufe der Unterredung sprach ich dem Minister gegenüber meine persönliche Meinung dahin aus, daß es Sache der türkischen Staatsmänner sei, darüber schlüssig zu werden, was nunmehr zu geschehen habe. Ich möchte nur bemerken, fügte ich hinzu, daß die Türkei unter allen Umständen vermeiden sollte, durch Maßnahmen, wie zum Beispiel die Ausweisung der Italiener oder dergleichen, Italien einen Vorwand zu geben, den Kriegsschauplatz auch auf andere Teile der Türkei auszudehnen. Im Hinblick auf die Weisung Euer Exzellenz, mit Baron Marschall vorher Fühlung zu nehmen, suchte ich gestern Said Pascha nicht auf. Nach meiner Unterredung mit Assim Bey sah ich gestern abends meinen deutschen Kollegen. Er las mir die telegraphische Weisung, welche er aus Berlin erhalten hatte, sowie auch sein Antworttelegramm vor. Die Depesche aus Berlin enthält die Äußerungen Marquis San Giulianos Herrn von Jagow gegenüber und den Auftrag, hievon die türkischen Minister in Kenntnis zu setzen und ihnen den Rat zu geben, womöglich auch das italienische Verlangen nach Annexion Tripolitaniens in Erwägung zu ziehen. Die Ausführung dieses letzteren Auftrages wurde jedoch dem Ermessen Baron Marschalls überlassen, der aber denselben nicht ausführte. In seiner Antwort nach Berlin begründet der deutsche Botschafter dies damit, daß er aus guter Quelle erfahren habe, die englische Botschaft wirke auf die hiesigen politischen Kreise in dem Sinne ein, um sie in dem Widerstande gegen Italien zu

bestärken, indem man gleichzeitig ein englisches Einwirken auf letzteres in Aussicht stellt. Baron Marschall meldete in seiner Antwort ferner, daß ihm sowohl der Minister des Äußern, als auch der Großvezir in ganz bestimmter Form erklärt hätten, daß die Türkei den von Italien geforderten unbedingten Verzicht auf Tripolitanien niemals annehmen werde. Bei diesem Anlasse riet auch Baron Marschall den türkischen Ministern von zu weit gehenden Repressalien gegenüber italienischen Staatsangehörigen sehr dringend ab. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2774, 2776. — [b]) Letztes Alinea beginnt mit „Bevor Euer Exzellenz".

Nr. 2776. Tel. nach Rom, 17. Okt. 1911 Nr. 156 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Macchio).

Die mit Euer Exzellenz Telegramm Nr. 165 vom 14. d. M. einberichteten Äußerungen Herrn von Jagows habe ich Graf Szögyény mitgeteilt und ihn beauftragt, dieselben dem deutschen Staatssekretär mit dem Bemerken zur Kenntnis zu bringen, ... *wie n. 2760 von „daß mir von einem Ersuchen" bis „pari passu getroffen hätten."* ... Graf Szögyény telegraphiert mir hierauf unter dem 16. d. M. wie folgt: ... *wie n. 2767* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulichen Information. Mit Bezug auf obstehende telegraphische Meldung wird eine, meine weiteren Absichten erörternde Weisung an Graf Szögyény ergehen, deren Inhalt Hochdenselben unverzüglich zur Kenntnis gebracht werden wird.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2775, 2777, 2783.

Tel. nach Rom, 17. Okt. 1911 Nr. 157 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 2773.

Nr. 2777. Tagesbericht über einen Besuch des russischen Botschafters, 17. Okt. 1911.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Macchio).

Der hiesige russische Botschafter ist heute neuerlich hier erschienen und hat, anknüpfend an seine gestrige Démarche,[b]) folgende Mitteilungen gemacht: In den letzten Tagen sei der Leiter des russischen Auswärtigen Amtes von den in St. Petersburg akkreditierten Vertretern der Großmächte mehrfach um seine Ansicht über das dem jüngsten bulgarischen Schritt gegenüber zu beobachtende Verhalten befragt worden. Mit Rücksicht auf die bündigen Versicherungen, welche die Pforte über ihre friedlichen Absichten Bulgarien gegenüber eben in Sofia habe abgehen lassen, hätte sich Herr Neratow nun dafür ausgesprochen, daß diejenigen Kabinette, an die der bulgarische Appell gerichtet war, in Sofia durch ihre Vertreter erklären sollten, sie hegten volles Vertrauen in die Aufrichtigkeit jener türkischen Versicherungen; gleichzeitig sollten die Kabinette von dieser ihrer Erklärung der Pforte durch ihre Vertreter Mitteilung machen. Falls dieser modus procedendi dem einen oder dem andern Kabinette nicht ausreichend erschiene, so könnten nach Ansicht des Herrn Gerenten auch seitens der

Mächte in Konstantinopel freundschaftliche Ratschläge im Sinne des Maßhaltens und der möglichsten Einschränkung der militärischen Vorkehrungen erteilt werden; er würde es jedoch, um jede Verstimmung der Pforte zu vermeiden, vorziehen, wenn die Kabinette sich auf die erwähnte Erklärung in Sofia und deren Mitteilung an die türkische Regierung beschränken würden. Den vorstehenden Mitteilungen fügte der Herr Botschafter die Bemerkung hinzu, er habe den Auftrag, um die Bekanntgabe der diesbezüglichen Anschauungen des Herrn Ministers zu ersuchen.

[a]) Vgl. n. 2776, 2778, 2784. — [b]) n. 2771.

Nr. 2778. Tel. nach Sofia, 17. Okt. 1911 Nr. 56 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Macchio).

Das k. u. k. Konsulat in Adrianopel telegraphiert unter dem 14. d. M. wie folgt: ... *wie n. 2752* ... Diese Konsularmeldung bestätigt die Auffassung, daß die türkischen Maßnahmen im Vilajete Adrianopel rein defensiver Natur sind. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren vertraulicher Information und eventueller Verwertung bei Herrn Geschoff. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2777, 2779.

Nr. 2779. Tel. aus Sofia, 17. Okt. 1911 Nr. 147 (eing. 18. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Weitgehende Versicherungen und Zusagen, die Assim Bey bezüglich der militärischen Maßnahmen gestern gegeben, hier guten Eindruck gemacht und heute vollständige Détente. Ton der Presse ganz ruhig. Regierung aufrichtig befriedigt, trägt aber zur Schau Skeptizismus, ob sich türkische Versprechungen, daß Konzentrierungen eingestellt und Redifs beurlaubt, bewahrheiten werden. Seit drei Tagen erwartete Ankunft Königs wieder unbestimmt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 2772, 2778, 2780, 2787.

Tel. nach Athen, 18. Okt. 1911 Nr. 17 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2781.

N. 2780. Tagesbericht über einen Besuch des griechischen Gesandten, 18. Okt. 1911.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Macchio).

Der hiesige griechische Gesandte ist heute hier erschienen und hat im Auftrage seiner Regierung folgendes mitgeteilt: Wie dem k. u. k. Kabinett bereits bekannt sei, habe sich die griechische Regierung vor kurzem veranlaßt gesehen, die Aufmerksamkeit der Pforte auf die Beunruhigung zu lenken, welche die jüngsten militärischen Maßnahmen der Türkei in Griechenland hervorgerufen hätten. Als Antwort auf diese Demarche sei der griechischen Regierung nunmehr eine ausführliche Mitteilung des Großveziers zugekommen, in welcher die Details der getroffenen militärischen Verfügungen bekannt gegeben und die hiefür maßgebenden Gründe eingehend auseinandergesetzt wurden. Die Mitteilung enthalte schließ-

lich auch die förmliche Versicherung, daß den erwähnten türkischen Maßregeln keinerlei aggressive Tendenz gegen Griechenland innewohne. Herr Streit fügte bei, daß seine Regierung von diesen Aufklärungen umso mehr befriedigt sei, als diese es ihr ermöglichten, ihrerseits von jeder selbst nur partiellen Mobilisierung abzusehen. Allerdings müsse die griechische Regierung nach wie vor die Ereignisse in der Türkei wachsamen Auges verfolgen.

[a]) Vgl. n. 2678, 2779, 2781.

Tel. nach Belgrad, 18. Okt. 1911 Nr. 57 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2781.

Nr. 2781. Tel. nach Berlin Nr. 120, St. Petersburg Nr. 75, London Nr. 51, Paris Nr. 48, Rom Nr. 160, Konstantinopel Nr. 243, Bukarest Nr. 41, Belgrad Nr. 57, Cetinje Nr. 88 und Athen Nr. 17, 18. Okt. 1911 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Calice; G. Macchio).

Ich telegrafire an Graf Tarnowski unter dem heutigen: Inseratur Tel. nach Sofia vom 18. Okt. Nr. 58 in extenso. Vorstehendes zu Euer etc. vertraulichen Information. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2780, 2782, 2784, 2785, 2798.

Tel. nach Berlin, 18. Okt. 1911 Nr. 121 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2782.

Tel. nach Bukarest, 18. Okt. 1911 Nr. 41 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2781.

Tel. nach Cetinje, 18. Okt. 1911 Nr. 88 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2781.

Tel. nach Konstantinopel, 18. Okt. 1911 Nr. 243 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2781.

Tel. nach Konstantinopel, 18. Okt. 1911 Nr. 244 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2782.

Tel. nach London, 18. Okt. 1911 Nr. 51 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2781.

Tel. nach Paris, 18. Okt. 1911 Nr. 48 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2781.

Tel. nach Rom, 18. Okt. 1911 Nr. 160 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2781.

Nr. 2782. Tel. nach Rom Nr. 161 (1), Berlin Nr. 121 (2) und Konstantinopel Nr. 244 (3), 18. Okt. 1911 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Macchio).

1. u. 2. Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 146/Nr. 110 vom 10. d. M. Markgraf Pallavicini, dem ich von dem Gedanken Marquis San

Giulianos betreffend eine partielle Neutralisierung des adriatischen und jonischen Meeres Kenntnis gegeben habe, telegraphiert unter dem 16. l. M. wie folgt: ... *unter stilistischen Änderungen wie n. 2768.* ...

3. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 336 vom 16. d. Mts.

1.—3. Ich beabsichtige, Herzog Avarna, falls er mir gegenüber auf diese Frage zurückkommen sollte, zu antworten, ich hielte den Moment für einen bezüglichen Schritt in Konstantinopel nicht für geeignet und müsse ihn bitten, es mir zu überlassen, von der Anregung Marquis San Giulianos in dem mir günstig erscheinenden Augenblicke Gebrauch zu machen. Zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information

1. und 2. und eventueller Regelung Ihrer Sprache

1. gegenüber Marquis San Giuliano

2. gegenüber Herrn von Kiderlen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2781, 2783.

Nr. 2783. Tel. aus Rom, 18. Okt. 1911 Nr. 168 (eing. 19. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 156[b]) Das von deutschem Staatssekretär angenommene Mißverständnis zwischen mir und meinem deutschen Kollegen ist ganz ausgeschlossen. Vielmehr scheint Herr von Kiderlen, vielleicht nicht ohne Absicht, mehrere zeitlich und sachlich verschiedene Dinge (vide meinen Bericht Nr. 46[c]) und meine Privatbriefe vom 14. d. M.) zu vermengen. I. Nach wie vor steht nach den wiederholten Konfidenzen Herrn von Jagows und der dieselben bestätigenden spontanen analogen Mitteilung Marquis San Giulianos an mich, sowie seither an die Botschafter Frankreichs, Englands und Rußlands fest, daß in den allerersten Oktobertagen die Mediation Deutschlands hier angeboten und angenommen worden ist, natürlich nur generell im Prinzipe, also sozusagen für den seinerzeitigen entscheidenden Moment. Dieses Einvernehmen scheint sogar bis zu einem gewissen Grade italienischerseits provoziert worden zu sein, da man das Praevenire vor einem französischen Mediationsanbot spielen wollte. Letzteres trat auch später — nicht wie deutscher Staatssekretär annimmt, vorher — ein und wurde mit dem Hinweis auf die prinzipiell angenommene deutsche Mediation abgelehnt. II. Von dieser prinzipiellen Mediationsverständigung sachlich verschieden und zeitlich später ist die von meinem deutschen Kollegen am 9. d. M. und von mir am 10. d. M., übrigens auch von den übrigen Botschaftern erfolgte, von Haus aus als aussichtslos betrachtete Sondierung der hiesigen Regierung über das Telegramm der Pforte, welches an alle Mächte gerichtet war. III. Einige Tage nach dieser Sondierung teilte Herr von Jagow (wie ich annehmen muß über Auftrag aus Berlin) hiesiger Regierung mit, daß wir uns dem generellen Mediationsanbot Deutschlands, also dem hier sub I. behandelten, anschlössen. — Dies der genaue und chronologisch richtige Stand der Dinge, auf welche ich keinerlei Einfluß zu nehmen in der Lage war. Mérey.

[a]) Vgl. n. 2782, 2784, 2788, 2792. — [b]) Vom 17. Okt. — [c]) Vgl. Anm. b zu n. 2754.

Tel. nach St. Petersburg, 18. Okt. 1911 Nr. 75 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2781.

Nr. 2784. Tel. nach Sofia, 18. Okt. 1911 Nr. 58 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Macchio).*

Der hiesige russische Botschafter hat gestern hier auftragsgemäß Folgendes mitgeteilt: ... *wie n. 2777 von „Mit Rücksicht" bis „Mitteilung machen"* ... Ich werde mich zum Herrn russischen Botschafter demnächst ungefähr folgendermaßen aussprechen: Ich hätte der bulgarischen Regierung gegenüber wiederholt darauf hingewiesen, daß die türkischen Maßnahmen für Bulgarien keinen Grund zur Beunruhigung bilden könnten, und ihr den Rat erteilt, die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zur Pforte zu benützen, um sich hierüber mit der Türkei direkt zu verständigen. Andrerseits hätte ich auch in Konstantinopel in freundschaftlicher Weise zur Einschränkung der militärischen Vorkehrungen auf das notwendigste Maß geraten. Inzwischen habe mich die Pforte neuerlich ihrer friedlichen Absichten gegenüber Bulgarien versichert und mich von der Abgabe diesbezüglicher bündiger Erklärungen in Sofia unterrichtet. Tatsächlich konstatierten die mir vorliegenden Nachrichten übereinstimmend, daß infolge der türkischen Erklärungen in Sofia eine wesentliche Beruhigung eingetreten sei. Unter diesen Umständen läge meiner Ansicht nach für weitere Schritte der Mächte keine Notwendigkeit vor. Sollte sich jedoch wieder ein Moment der Beunruhigung zwischen Sofia und Konstantinopel ergeben und Herr Neratow auf seinen Vorschlag zurückkommen, so wäre ich gerne bereit, an einem gemeinsamen Vorgehen der Mächte im Sinne seiner diesmaligen Anregung teilzunehmen. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren vertraulichen Information. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2781, 2783, 2787.

Tel. nach Athen, 19. Okt. 1911 Nr. 18 (chiffr. 10 U. 25 M. p. m.). Siehe n. 2785.

Tel. nach Belgrad, 19. Okt. 1911 Nr. 58 (chiffr. 10 U. 25 M. p. m.). Siehe n. 2785.

Nr. 2785. Tel. nach Berlin Nr. 122 (1), St. Petersburg Nr. 76 (2), London Nr. 52 (3), Paris Nr. 50 (4), Rom Nr. 163 (5), Konstantinopel Nr. 246 (6), Bukarest Nr. 42 (7), Belgrad Nr. 58 (8), Cetinje Nr. 89 (9) und Athen Nr. 18 (10), 19. Okt. 1911 (chiffr. 10 U. 25 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).*

1.—10. Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 120 (1), 75 (2), 51 (3), 48 (4), 160 (5), 243 (6), 41 (7), 57 (8), 88 (9), 17 (10):

1.—10. Ich telegraphiere an Grafen Tarnowski, wie folgt: ... *wie n. 2787* ...

1. Herr von Tschirschky theilte mir heute mit, daß man in Berlin den russischerseits proponierten Schritt in Sofia für nützlich hält, selbst wenn er nicht absolut nothwendig sein sollte. Herr von Kiderlen habe die Betheiligung an der russischen Demarche für den Fall der Zustimmung der anderen Mächte schon deshalb zugesagt, um nicht in den

Verdacht zu kommen, Sonderzwecke zu verfolgen. Ich habe dem Herrn Botschafter erwidert, daß ich es nicht für angezeigt erachte, über eine eventuelle mündliche Erklärung hinauszugehen und daß ich Grafen Tarnowski bereits im oben wiedergegebenen Sinne instruiert habe.

1.—10. Vorstehendes zu Euer etc. vertraulicher Information.

1.—2. und eventueller Regelung Ihrer Sprache. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2786, 2798.

Nr. 2786. Tel. nach Rom, 19. Okt. 1911 Nr. 162 (chiffr. 5 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Calice; G. Aehrenthal).

Sowohl an den k. k. wie an den königlich ungarischen Ministerpräsidenten sind in den letzten Tagen Interpellationen gerichtet worden, welche den italienisch-türkischen Konflikt zum Gegenstande haben. Um die beiden Herren Ministerpräsidenten in die Lage zu versetzen, sich in gleichem Sinne über die von der k. u. k. Regierung befolgte Politik zu äußern, habe ich mich veranlaßt gesehen, an dieselben eine Zuschrift zu richten, in welcher mit Bezug auf die Frage der Einschränkung des Kriegstheaters folgender Passus vorkommt: „In dieser Hinsicht hat die italienische Regierung vom Anbeginn ihrer Aktion ihre Dispositionen in der klarsten und unzweideutigsten Weise kundgegeben, indem sie in einer offiziellen Verlautbarung, deren Inhalt sich mit ihren Mitteilungen an die Kabinette deckte, ihren Entschluß bekanntgab, die kriegerischen Operationen auf das Mittelmeer beschränken und alles vermeiden zu wollen, was eine unerwünschte Rückwirkung ihres Unternehmens auf den Balkan auszuüben im Stande wäre. Wir haben allen Grund, diesen Entschluß der mit uns befreundeten und alliierten italienischen Regierung als durchaus ernst und loyal aufzufassen". Ich ersuche Euer Exzellenz, Marquis San Giuliano von Vorstehendem mit dem Beifügen Kenntnis zu geben, Euer Exzellenz seien zu dieser Mitteilung beauftragt, damit der Herr italienische Minister nicht erst durch die Zeitungen von der Beantwortung jener Interpellationen[b]) erfahre. Zu Euer Exzellenz Information füge ich hinzu, daß die oben gedachte Zuschrift an die beiden Ministerpräsidenten bereits abgegangen ist.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2785, 2787, 2796, 3020 Anm. b, 3330 Anm. b. — [b]) Vom 24. Okt. Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1911, Beilage: Parlament. Verhandl. 802, 870.

Tel. nach Rom, 19. Okt. 1911 Nr. 163 (chiffr. 10 U. 25 M. p. m.). Siehe n. 2785.

Tel. nach St. Petersburg, 19. Okt. 1911 Nr. 76 (chiffr. 10 U. 25 M. p. m.). Siehe n. 2785.

Nr. 2787. Tel. nach Sofia, 19. Okt. 1911 Nr. 59 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 58 von gestern.

Über Auftrag der kaiserlich russischen Regierung, welche bei dessen Erlassung offenbar von der mit Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 147

vom 17. d. gemeldeten Detente noch keine Kenntnis hatte, übergab mir Herr von Giers gestern die Formel einer für die bulgarische Regierung bestimmten Erklärung der Mächte,[b]) worin die Überzeugung, daß die Türkei Bulgarien nicht angreifen werde, sowie die Erwartung ausgesprochen wird, daß man bulgarischerseits die friedlichen Versicherungen der Pforte zur Kenntnis nehmen werde.

Ich habe dem Herrn Botschafter geantwortet, daß mir gegenwärtig eine Demarche in Sofia nicht mehr nöthig erscheine. Für den Fall, daß die anderen Mächte behufs Stärkung der Position des Kabinetts Geschoff einen solchen Schritt wünschen sollten, hätte ich Euer Hochgeboren ermächtigt, sich dieser Demarche, vorausgesetzt, daß dieselbe bloß mündlich erfolgen sollte, anzuschließen.

Eine schriftliche Erklärung schiene mir, im Hinblicke auf die unterdessen eingetretene Détente weder der Sache nach angezeigt, noch auch in der Form der heutigen Situation angepaßt.

Vorstehendes zu Euer Hochgeboren vertraulicher Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2785, 2786, 2788, 2804, 2816, 2820, 2846. — [b]) Notiz der russischen Botschaft, übergeben am 18. Okt. Ausfert. Nicht abgedruckt, weil wesentlicher Inhalt oben wiedergegeben.

Tel. nach Berlin, 20. Okt. 1911 Nr. 123 (chiffr. 1 U. 35 M. p. m.). Siehe n. 2791.

Nr. 2788. Erlaß nach Berlin, 20. Okt. 1911 Nr. 2460.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Vertraulich. Obwohl ich den Meldungen Herrn von Méreys[b]) entnehme, daß Deutschland sich in Rom die Mediationsrolle schon vor etwa vierzehn Tagen gesichert hatte, will ich auf die Angelegenheit, welche Staatssekretär laut Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 178 vom 16. l. M. als ein Mißverständnis bezeichnete, nicht weiter zurückkommen, zumal ich der diesbezüglichen Diskussion heute nur mehr einen akademischen Wert beizumessen vermag. Die jüngsten Nachrichten aus Konstantinopel (vide mein Telegramm Nr. 116 vom 17. d. M.) bestärken mich in der Ansicht, daß es für die Eröffnung von Mediationsverhandlungen gegenwärtig noch an einer geeigneten Basis fehlt. Ich nehme an, daß diese meine Auffassung sich mit jener Herrn von Kiderlens deckt. Eine Übereinstimmung unserer Anschauungen liegt auch darüber vor, daß es in unserem beiderseitigen Interesse zu vermeiden wäre, daß die Mächte der Triple-Entente uns in Rom und Konstantinopel nicht etwa mit einem vermittelnden Eingreifen zuvorkommen. Euer Exzellenz wollen sich dem Herrn Staatssekretär gegenüber in diesem Sinne aussprechen und hiezu bemerken, daß es mir für den Fall, als eine geänderte Situation auf die Idee der Mediation à deux zurückzukommen gestatten würde, vor allem notwendig erschiene, die k. u. k. und kaiserlich deutschen Botschafter in Rom und Konstantinopel damit zu betrauen, durch eine Sondierung bei der Consulta beziehungsweise der Pforte volle Klarheit darüber zu schaffen, ob die beiden kriegführenden Teile

tatsächlich geneigt sind, eine gemeinschaftliche Mediation der zwei Zentralmächte zu akzeptieren. Sollten diese Sondierungen ein affirmatives Ergebnis haben, würde es sich sodann darum handeln, sukzessive über jeden weiteren Schritt das Einvernehmen zwischen unseren beiden Kabinetten herzustellen und so zu vermeiden, daß beispielsweise Herr von Jagow bezügliche Instruktionen erhalte, bevor noch die k. u. k. Regierung hievon informiert und in der Lage wäre, Herrn von Mérey mit gleichlautenden Weisungen zu versehen. Euer Exzellenz wollen dem Staatssekretär bei diesem Anlasse auf die eminente Bedeutung eines harmonischen Vorgehens hinweisen, welches mir schon aus dem Grunde besonders wünschenswert erscheint, damit nicht — und zwar speziell in Rom — der Anschein erweckt würde, als ob Deutschland für sich allein handle und auf Österreich-Ungarn keine Rücksicht nehme. Vorläufig müßten wir uns jedoch darauf beschränken, in den Bemühungen um die Lokalisierung der kriegerischen Operationen sowie um die Beruhigung der Balkanstaaten fortzufahren. In letzterer Beziehung war ja dieser Tage in Sofia ein Erfolg zu verzeichnen, indem dort, wie Euer Exzellenz bekannt, eine Detente eingetreten ist, und ich würde auch, falls in Bulgarien oder sonst am Balkan wieder eine Spannung eintreten sollte, neuerlich meinen Einfluß in beschwichtigendem Sinne geltend machen. Ich gebe mich jedoch keinen Illusionen darüber hin, daß diese diplomatische Arbeit nur ein Palliativmittel darstellt, dessen Wirkung schon deshalb weder eine sichere noch eine dauernde ist, weil sie eben das Übel — den Krieg — in seiner Wurzel fortbestehen läßt. Jede auf das eigentliche Ziel, die Beendigung des Krieges selbst gerichtete Aktion der beiden Mächte müßte demnach bis zu dem heute noch nicht absehbaren Momente ruhen, wo eine Modifizierung des türkischen oder des italienischen Standpunktes eine Mediation à deux ermöglichen würde. Dies veranlaßt mich, mir die Frage vorzulegen, ob die Idee einer Aktion à deux unter den gegebenen Umständen nicht — wenigstens für den Augenblick — in den Hintergrund zu treten hätte und der Versuch, den Frieden wiederherzustellen, auf einem anderen Wege zu unternehmen wäre. Über meine diesbezüglichen Absichten folgt ein zweiter Erlaß[c].

[a]) Vgl. n. 2787, 2792, 2799. — [b]) Vgl. n. 2783. — [c]) n. 2789.

Nr. 2789. Erlaß nach Berlin, 20. Okt. 1911 Nr. 2461.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. und G. Aehrenthal).

Vertraulich. Der Umstand, daß man sich sowohl in Rom als auch in Konstantinopel bisher immer nur partiellen und rivalisierenden Vermittlungsaktionen gegenübersah und der allgemeine Wille Europas zum Frieden nicht geschlossen und einheitlich zum Ausdruck kam, scheint mir wesentlich dazu beigetragen zu haben, die beiden kriegführenden Teile in ihrem intransigenten Standpunkte zu bestärken, wodurch nicht nur die Erreichung des von allen Mächten angestrebten Zieles der Wiederherstellung des Friedens verzögert, sondern auch die Gefahr einer Ausbreitung des Konfliktes gesteigert wird. Diese Erwägungen rechtfertigen die Annahme, daß die Beendigung des Krieges durch eine gemeinsame Aktion aller Mächte weit

eher zu erreichen wäre, als durch die Mediation der beiden Kaisermächte allein. Auch von einem anderen Standpunkte aus, dem der spezifischen Interessen der Monarchie und Deutschlands, verdient die erste Alternative nach meinem Dafürhalten den Vorzug. Die Steigerung einerseits der italienischen Ansprüche, andererseits der türkischen Intransigenz hat die Aussichten einer Vermittlungsaktion bedeutend herabgemindert, so daß die Gefahr eines Mißerfolges, der sich die beiden Kaisermächte durch die Einleitung einer solchen Aktion aussetzen würden, heute eine ungleich größere ist, als zu Beginn des Konfliktes anzunehmen war. Unter den gegebenen Umständen liegt es daher in unserem und im deutschen Interesse, daß dieses Risiko nicht von unseren beiden Kabinetten allein, sondern von allen Mächten getragen werde und dies umsomehr, als hiedurch die Möglichkeit ausgeschlossen würde, daß nach dem eventuellen Scheitern unserer Aktion à deux etwa eine Macht der Triple-Entente mit eben hiedurch erhöhten Chancen die Rolle des Vermittlers übernehme und erfolgreich durchführe. Im Hinblicke auf diese Momente bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß zum Zwecke der ehesten Beendigung des Krieges ein vermittelndes Eingreifen aller Signatarmächte notwendig und von unserem sowie dem deutschen Standpunkte aus auch erwünscht wäre. Ein Schritt, den Herzog Avarna heute bei mir unternahm, hat mich nun in dieser Anschauung sowie darin bestärkt, daß der Augenblick für eine auf eine gemeinsame Aktion abzielende Sondierung bei den Mächten gekommen sei. Der Herr italienische Botschafter hat mir nämlich heute im Auftrage seiner Regierung erklärt, daß Italien entschlossen sei, auf der Annexion pure et simple zu bestehen und sich nur auf dieser Basis in Verhandlungen einzulassen; eine gleiche Demarche sei bei allen Mächten erfolgt. Ich habe Herzog Avarna erwidert, ich faßte seine Mitteilung als eine Wiederholung der in demselben Sinne gehaltenen unverbindlichen Äußerungen Marquis di San Giulianos zu Herrn von Mérey auf und könne mich somit darauf beschränken, ihm für dieselbe zu danken. Angesichts meiner reservierten Haltung fügte der Herr Botschafter sodann noch die Bemerkung hinzu, der analoge Schritt habe bei den Kabinetten von St. Petersburg, Paris und London eine durchaus freundliche Aufnahme gefunden. In diesem Vorgehen Italiens manifestiert sich nur zu deutlich das Bestreben, sich durch gleichzeitige Aktionen bei den verbündeten Kabinetten wie bei den anderen Mächten eine günstigere Position bei den künftigen Friedensverhandlungen zu sichern, ein Umstand, der geeignet ist, das Vermittlungswerk noch zu erschweren. Angesichts dieses italienischen Schrittes gedenke ich nun nicht länger zuzuwarten und mit den Kabinetten von London, Paris und St. Petersburg in einen Gedankenaustausch darüber einzutreten, wie sie sich zu der Erklärung Italiens, auf der Annexion pure et simple bestehen zu wollen, in Wirklichkeit verhalten. Gleichzeitig beabsichtige ich zu sondieren, ob die Kabinette diese italienische Erklärung tatsächlich als eine für die Türkei akzeptable Grundlage von Mediationsverhandlungen ansehen. Diese Fühlungnahme wird auch erkennen lassen, ob die Mächte zu einer gemeinsamen Aktion in Rom und Konstantinopel geneigt wären und welchen Moment sie hiefür als geeignet erachten. Ich lege Wert darauf, auch hiebei in engstem Einvernehmen mit dem deutschen

Kabinette vorzugehen und werde dasselbe von dem Resultate meiner Sondierung unverzüglich in Kenntnis setzen. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise dem Herrn Staatssekretär gegenüber aussprechen.

[a]) Vgl. n. 2788, 2791, 2793, 2799.

Nr. 2790. Privatschreiben nach Berlin, 20. Okt. 1911 Nr. 2468.[a]) Konz. (S. u. G. Biegeleben).

Streng geheim. Herr von Mérey hat nunmehr die mir von Herrn von Kiderlen-Wächter gemachte Mittheilung bestätigt, dass Marchese di San Giuliano geneigt sei, den Dreibundvertrag mit dem Anfangstermin vom Juli 1914 tel quel zu erneuern, falls Seine Majestät der König und Ministerpräsident Giolitti damit einverstanden sein sollten. Ich habe demnach in dem abschriftlich anverwahrten, zu Euer Excellenz ausschliesslich persönlichen Kenntnissnahme bestimmten Privatschreiben[b]) den k. u. k. Botschafter am kgl. italienischen Hofe ermächtigt, mit dem Herrn Minister des Äussern die Conversation über diese Angelegenheit zu beginnen.

[a]) Vgl. n. 2663, 2735, 2757, 2866. — [b]) n. 2795.

Nr. 2791. Tel. nach Konstantinopel Nr. 247 (1), St. Petersburg Nr. 77 (2), Berlin Nr. 123 (3), Paris Nr. 51 (4), London Nr. 53 (5), Rom Nr. 164 (6) und Sofia Nr. 61 (7), 20. Okt. 1911 (chiffr. 1 U. 35 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 340 vom 17.[b]) d. M. Die von Assim Bey Euer Exzellenz abgegebene Versicherung über die friedlichen Dispositionen der Türkei Bulgarien gegenüber habe ich dankend zur Kenntnis genommen und der bulgarischen Regierung mitteilen lassen. Hievon wollen Euer Exzellenz den Herrn türkischen Minister des Äußern mit dem Beifügen verständigen, daß wir in seinen Erklärungen ein Engagement der Pforte den Großmächten gegenüber erblicken.

2. bis 7. Ich telegraphiere unter dem heutigen nach Konstantinopel wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1) von „Die von Assim Bey" bis inklusive „erblicken.") Vorstehendes zu Euer etc. Information und Regelung Ihrer Sprache. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2789, 2798, 2805, 2811, 2812, 2816, 2858. — [b]) 16. Okt. Vgl. n. 2770.

Nr. 2792. Erlaß nach Konstantinopel Nr. 2463 (1) und Rom Nr. 2464 (2), 20. Okt. 1911.[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Nemes).

1. u. 2. Vertraulich.

1. In der Anlage beehre ich mich, Euer Exzellenz

2. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 168 vom 18. l. M. beehre ich mich, Hochdenselben in der Anlage

1. u. 2. die Abschrift meines gleichzeitig an Grafen Szögyény ergehenden Erlasses Nr. 2460 zur streng vertraulichen Information und rein persönlichen Kenntnisnahme zu übersenden.

[a]) Vgl. n. 2793, 2810.

Nr. 2793. Erlaß nach Konstantinopel Nr. 2465 (1) und Rom Nr. 2466 (2), 20. Okt. 1911.[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Nemes).

1. u. 2. Vertraulich. Im Verfolge meines heutigen Erlasses
1. Nr. 2463,
2. Nr. 2464,

1. u. 2. übersende ich Euer Exzellenz im Anbuge die Abschrift eines zweiten, ebenfalls heute abgehenden Erlasses Nr. 2461 an den Grafen Szögyény, welcher zu Hochderen vertraulicher Information, eventuell auch zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Ihrem deutschen Kollegen bestimmt ist.

[a]) Vgl. n. 2794, 2810.

Nr. 2794. Tel. aus Konstantinopel-Jeniköj, 20. Okt. 1911 Nr. 348 (eing. 8 U. 35 M. p. m.).[a]) Entziff.

Die Kammer hat gestern dem Kabinett Said Pascha mit 125 gegen 60 Stimmen das Vertrauen votiert. Über die vorgestrige geheime Sitzung kommen mir aus vertraulicher Quelle nachstehende Mitteilungen zu: Said Pascha hielt eine längere Rede, in welcher er betonte, daß es sich heute nicht nur um Tripolis, sondern um die Existenz der Türkei handle. Es seien Anzeichen vorhanden, welche darauf schließen ließen, daß auf die Zerstückelung der Türkei hingearbeitet wird. Namentlich aus Bulgarien wären ihm in den letzten Tagen sehr beunruhigende Nachrichten zugekommen. Man müsse aber alles aufbieten, um die Tripolisfrage in einer Weise zu lösen, welche mit der Ehre des Landes vereinbarlich ist. Der Grossvezir bemerkte weiter: Die Türkei habe bisher eine Politik der freien Hand befolgt, jedoch war hiebei eine ausgesprochene Hinneigung zu einer bestimmten Macht bemerkbar. Hiedurch wurden, fuhr er fort, andere Mächte verstimmt, was sich in der gegenwärtigen Krise fühlbar mache. Es wurde der Versuch gemacht, mit Hilfe einer gewissen Macht eine annehmbare Basis zu Verhandlungen mit Italien zu finden. Dieser Versuch sei mißlungen, man müsse daher sich zu diesem Zwecke an andere wenden. Er könne sich vorläufig nicht genauer aussprechen, aber, wenn die Kammer in ihn Vertrauen setze, so müsse sie ihm freie Hand lassen. Allerdings wird die Türkei gezwungen sein, gewisse territoriale, wirtschaftliche und politische Opfer zu bringen, es sei aber die Hauptsache, mit Ehre aus der jetzigen Schwierigkeit herauszukommen und die volle Unabhängigkeit des Reiches zu wahren. Nach dem Großvezir ergriff unter anderen auch der Albanese Essad Pascha das Wort. Derselbe machte der Regierung Hakki Pascha's die schwersten Vorwürfe und sagte, diese Regierung habe sowohl in Tripolis als auch in Albanien eine gefährliche Lage geschaffen, indem sie den Intriguen Italiens und Österreich-Ungarns Tür und Tor geöffnet hätte. Die obigen Ausführungen des Großveziers werden dahin aufgefaßt, daß er mit Hilfe Englands die Tripolisfrage zu lösen beabsichtige. Er hat auf diese Art in geschickter Weise Kiamil aus dem Feld geschlagen, indem er selbst des letzteren Politik zur Anwendung zu bringen gedenkt. Somit scheint eine der vorhergesehenen üblen Folgen der Aktion Italiens in Tripolis sich

verwirklichen zu wollen. Die Stellung Deutschlands und in zweiter Linie auch die unsere in diesem Lande dürften ernstlich zu Schaden kommen.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2793, 2796, 2800.

Tel. nach London, 20. Okt. 1911 Nr. 53 (chiffr. 1 U. 35 M. p. m.). Siehe n. 2791.

Tel. nach Paris, 20. Okt. 1911 Nr. 51 (chiffr. 1 U. 35 M. p. m.). Siehe n. 2791.

Tel. nach Rom, 20. Okt. 1911 Nr. 164 (chiffr. 1 U. 35 M. p. m.) Siehe n. 2791.

Erlaß nach Rom, 20. Okt. 1911 Nr. 2464. Siehe n. 2792.

Erlaß nach Rom, 20. Okt. 1911 Nr. 2466. Siehe n. 2793.

Nr. 2795. Privatschreiben nach Rom, 20. Okt. 1911 Nr. 2467.[a]) Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Streng geheim. In der vorigen Woche ist mir vom kaiserl. deutschen Botschafter die Mittheilung gemacht worden, dass Marquis di San Giuliano, vorbehaltlich der Genehmigung Seiner Majestät des Königs und des Ministerpräsidenten, in der Frage der Erneuerung des Dreibundes auch damit einverstanden sei, dass der erneuerte Vertrag erst vom Juli 1914 an in Geltung zu treten haben und in Wien unterfertigt werden soll. Diese Nachricht deckt sich mit den in Ihrem geheimen Privatschreiben vom 14. d. M.[b]) enthaltenen Meldungen. Ich hatte Euer Exzellenz beauftragt, diese Angelegenheit nicht sofort bei dem Minister des Äussern zur Sprache zu bringen, um bei ihm nicht den Eindruck zu erwecken, dass uns die Erneuerung ganz besonders am Herzen liegen müsse, wenn wir jetzt schon mit Nachdruck darauf insistiren. Nun aber, da San Giuliano unsern Wünschen entsprechende Intentionen kundgegeben hat, entfällt meinerseits der Grund zu einer weiteren Reserve. Ich ermächtige Euer Exzellenz demnach, bei sich darbietender Gelegenheit dem Marquis San Giuliano zu sagen, daß ich Sie von seiner Bereitwilligkeit, den Dreibundvertrag tel quel zu erneuern, in Kenntniss gesetzt hätte und dass Sie davon benachrichtigt seien, das Berliner Cabinet hätte die durch die jüngsten Ereignisse erforderlich gewordene Neuredigirung des Art. IX und eventuell der Einleitung des Artikels X übernommen. Sobald wir mit der kaiserl. deutschen Regierung über die vorzunehmenden Aenderungen schlüssig geworden seien, würden wir den neu zu vereinbarenden Text dem römischen Cabinet vorlegen. Zu Ihrer persönlichen Information füge ich bei, dass, nachdem der neue Text des Art. 9, welcher eine Abmachung zwischen Italien und Deutschland betrifft, in Berlin hergestellt wird, ich es dem dortigen Cabinet überlassen habe, den Zeitpunct wahrzunehmen, an dem die gemeinschaftliche Mittheilung in Rom erfolgen soll; dabei hege ich allerdings den Wunsch, dass mit Rücksicht auf die geringe Stabilität der dermaligen italienischen Regierung damit nicht allzulange gezögert werde.

[a]) Vgl. n. 2790, 2809, 2839, 3094. — [b]) n. 2757.

Nr. 2796. Tel. aus Rom, 20. Okt. 1911 Nr. 173 (eing. 21. Okt. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Ich habe heute die mir mit Euer Exzellenz Telegramm Nr. 162[b] anbefohlene Mitteilung dem Minister des Äussern mit Privatbrief gemacht. Marquis San Giuliano schreibt mir soeben: „Je vous remercie et je vous prie de remercier le Comte Aehrenthal. Ne trouvez-vous pas qu'au lieu de „auf das Mittelmeer beschränken" il vaudrait mieux de dire „exclure les côtes ottomanes de l'Adriatique et de la mer jonienne"? Ce serait plus exacte et on éviterait le danger d'encourager la Turquie à prolonger la guerre." Ich habe geantwortet: „Le Comte Aehrenthal m'a simplement chargé de vous faire la communication de ce matin. Je ne me crois par conséquent pas autorisé à discuter une modification du texte de la réponse, et cela d'autant moins, que je ne suis pas suffisamment en connaissance de cause, ne sachant pas exactement la teneur des déclarations que vos Ambassadeurs ont faites aux Puissances lors de l'ouverture des hostilités contre la Turquie." Mérey.

[a] Vgl. n. 2794, 2797, 2802, 2806, 3426. — [b] Vom 19. Okt.

Tel. nach St. Petersburg, 20. Okt. 1911 Nr. 77 (chiffr. 1 U. 35 M. p. m.). Siehe n. 2791.

Tel. nach Sofia, 20. Okt. 1911 Nr. 61 (chiffr. 1 U. 35 M. p. m.). Siehe n. 2791.

Nr. 2797. Tel. nach Berlin Nr. 126 (1), Rom Nr. 168 (2) und Konstantinopel Nr. 252 (3), 21. Okt. 1911 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).*

1.—3. Ich telegraphiere Nachstehendes an die k. u. k. Botschaften in London, Paris und Petersburg. (Inseratur Telegramm Nr. 54, beziehungsweise 52, 78 vom 21. d. M. in extenso.)

1.—2. Vorstehendes im Verfolge meines Erlasses Nr. 2461 (beziehungsweise 2466 vertraulich) vom 20. d. M.

3. Vorstehendes bis zum Eintreffen meines Erlasses Nr. 2465 vom 20. d. M. zu Euer Exzellenz rein persönlicher Kenntnisnahme. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2796, 2798, 2801, 2825, 2827, 2841.

Nr. 2798. Tel. aus Berlin, 21. Okt. 1911 Nr. 188 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 120,[b] 122[c] und 123.[d] Staatssekretär wiederholte mir, wie dies in seinem Auftrage Herr von Tschirschky schon Euer Exzellenz gegenüber getan, dass er gegenwärtig eine Demarche in Sofia nicht für absolut notwendig, doch für nützlich erachte. Er habe deutschen Vertreter in Sofia beauftragt, für den Fall der Zustimmung aller anderen Mächte, sich an dem russischen Schritte zu beteiligen. Eine Formel der für die bulgarische Regierung bestimmten Erklärung der Mächte sei hier nicht mitgeteilt worden; Herr von Kiderlen meint, dass die betreffende Erklärung nur mündlich abgegeben werde. Szögyény.

[a] Vgl. n. 2797, 2799, 2803. — [b] Vom 18. Okt. — [c] Vom 19. Okt. — [d] Vom 20. Okt.

Nr. 2799. Tel. aus Berlin, 21. Okt. 1911 Nr. 191 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Inhalt Euer Exzellenz vertraulicher Erlässe Nr. 2460 und 2461 vom 20. d. M. habe ich heute mit dem Staatssekretär eingehend besprochen. Derselbe versicherte mir, er stimme Euer Exzellenz Ansicht vollkommen bei, daß es für die Eröffnung von Mediationsverhandlungen gegenwärtig noch an einer geeigneten Basis fehle und daß wir uns bis auf weiteres darauf beschränken müssen, in unserer Bemühung zur Beruhigung der Balkanstaaten fortzufahren. Eine Mediation Österreich-Ungarns und Deutschlands könnte auch nach seiner Auffassung erst dann einen Erfolg versprechen, wenn der jetzige türkische oder italienische Standpunkt wesentlich modifiziert sein würde. Eine gemeinsame Aktion aller Mächte erschiene auch ihm sehr wünschenswert, doch glaube er, daß dies, wie die Dinge heute stehen, nicht zu erreichen wäre. Euer Exzellenz beschlossene Fühlungnahme mit den Kabinetten von London, Paris und Petersburg werde er mit lebhaftestem Interesse verfolgen und die Mitteilung des Resultates dieser Sondierungen mit großem Dank entgegennehmen. Doch müsse er aufrichtig gestehen, daß er sich von dieser Aktion keinen entsprechenden Erfolg erwarte und befürchte, daß die Mächte der Triple-Entente dadurch eher veranlaßt werden könnten, ihrerseits eine separate Vermittlungsaktion einzuleiten. Staatssekretär kam während unserer Unterredung immer wieder darauf zurück, daß er auf das engste Einvernehmen mit Euer Exzellenz den größten Wert lege. Szögyény.

[a] Vgl. n. 2798, 2800, 2810, 2840.

Tel. nach Konstantinopel, 21. Okt. 1911 Nr. 252 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.).
Siehe n. 2797.

Nr. 2800. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Okt. 1911 Nr. 350 (eing. 22. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe heute den Großvezier aufgesucht, um ihn zu seinem Erfolge in der Kammer zu beglückwünschen. Said Pascha dankte mir und sagte, er werde nun alles aufbieten, um möglichst bald dem Kriege ein Ende zu bereiten. Er fügte hinzu, daß er hiebei vor allem auf die Unterstützung der k. u. k. Regierung rechne. Ich antwortete dem Großvezier, daß meine hohe Regierung, wie ich ihm dies bereits gleich nach meiner Rückkehr aus Wien gesagt hätte, bereit sei, ihre Vermittlung zur Beilegung des Konfliktes eintreten zu lassen, sobald der Moment hiefür gekommen und eine Basis für die Verhandlungen gefunden sein werde. Said Pascha bemerkte hierauf, seiner Ansicht nach sei dieser Moment bereits eingetreten. Auch habe die Pforte ihren Standpunkt mit genügender Deutlichkeit präzisiert. Es würde sich also jetzt darum handeln, die italienische Regierung zu bewegen, daß sie auch ihrerseits ihre Absichten mit größerer Deutlichkeit bekanntgebe. Seine Bitte gehe also dahin, Italien zu einer solchen deutlichen Aussprache zu veranlassen. Vielleicht würde es dann, fügte er hinzu, den intervenierenden Mächten möglich sein, die gegenseitigen Standpunkte einander näher zu bringen und auf einer solchen Basis weitere Verhandlungen zu pflegen. Der Großvezier betonte, daß die Türkei bereit

sei, auf Tripolis zu verzichten, jedoch unter Vorbehalt der Souveränitätsrechte des Sultans. Auf eine nähere Präzisierung dieser Rechte ging er vorläufig nicht ein. Said Pascha hat sich mit demselben Petitum auch an Baron Marschall gewendet. Die obige Demarche des Großveziers bei mir und beim deutschen Botschafter scheint mit den Erklärungen, die er am letzten Mittwoch in der geheimen Kammersitzung abgegeben hat, im Widerspruche zu stehen. Entweder war die Sprache Said Paschas in der Kammer blos ein falsches Manöver, um das Vertrauensvotum der Kammer zu erhalten, oder er spielt ein doppeltes Spiel und verhandelt mit uns, gleichzeitig aber auch mit England, vielleicht auch mit Frankreich und Rußland. Die letztere Alternative scheint eine Äußerung, die Assim Bey heute mir gegenüber fallen ließ, zu bestätigen. Er sagte nämlich im Hinblicke auf die Mediationsfrage: „Il faut que vous vous dépêchiez pour ne pas être devancé par d'autres". Ich erwiderte hierauf dem Minister, unser Zweck wäre lediglich die Wiederherstellung des Friedens ohne irgendwelche egoistische Nebenabsichten und hätten wir gewiss nichts dagegen, wenn der Friede dank der Vermittlung auch Anderer hergestellt werden würde.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 2794, 2799, 2801, 2810, 2842.

Nr. 2801. Tel. nach London Nr. 54, Paris Nr. 52 und St. Petersburg Nr. 78, 21. Okt. 1911 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Während die Aussichten, den italienisch-türkischen Konflikt durch eine Mediation beizulegen, unmittelbar vor und nach der Kriegserklärung noch relativ günstig schienen, habe ich den Eindruck, daß sich die Chancen für eine erfolgreiche diplomatische Arbeit seither wesentlich verschlechtert haben.

Namentlich seitdem Italien den Kabinetten seinen Entschluß, auf einer annexion pure et simple zu bestehen, bekanntgegeben hat, stellt sich der Abstand zwischen den italienischen Forderungen und dem Maximum an Konzessionen, welche die Türkei zu gewähren gewillt ist, als ein ganz gewaltiger dar.

Diese wachsende Intransigenz der kriegführenden Teile schreibe ich insbesondere dem Umstande zu, daß in den bisherigen diplomatischen Aktionen der allgemeine Wille Europas zum Frieden nicht geschlossen und einheitlich zum Ausdruck gelangt ist.

Ich bin zwar auch weiterhin gerne bereit, mit meinen Bemühungen um die Lokalisierung der kriegerischen Operationen sowie um die Beruhigung der Balkanstaaten fortzufahren, gebe mich jedoch keinen Illusionen darüber hin, daß diese diplomatische Arbeit nur ein Palliativmittel darstellt, dessen Wirkung schon deshalb weder eine sichere noch eine dauernde ist, weil sie eben das Übel in seiner Wurzel fortbestehen läßt. Das Hauptziel bleibt aber, dem Kriege zwischen Italien und der Türkei ein Ende zu setzen.

Dieses Ziel scheint mir aber aus den oben dargelegten Gründen durch eine Vermittlungsaktion aller Mächte am sichersten zu erreichen zu sein.

Von dieser Erwägung ausgehend beabsichtige ich nun, bei den Kabinetten von Berlin, St. Petersburg, Paris und London zu sondieren,

ob sie die italienische Erklärung, betreffs einer annexion pure et simple tatsächlich als eine für die Türkei akzeptable Grundlage von Verhandlungen ansehen. Diese Fühlungnahme sollte auch erkennen lassen, ob die Mächte zu einer gemeinsamen Aktion in Rom und Konstantinopel geneigt wären und wann sie den Moment hiefür für gekommen erachten.

Ich ersuche Euer etc., sich in vorstehendem Sinne bei der Regierung, bei welcher Sie akkreditiert sind, bald vernehmen zu lassen und diese zu fragen, ob sie geneigt wäre, diesbezüglich in einen Gedankenaustausch mit uns und den obengenannten Kabinetten einzutreten. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2797, 2800, 2802, 2814, 2818, 2819, 2841.

Tel. nach Paris, 21. Okt. 1911 Nr. 52 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 2801.

Tel. nach Rom, 21. Okt. 1911 Nr. 168 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 2797.

Nr. 2802. Tel. aus Rom, 21. Okt. 1911 Nr. 174 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes No. 173. Minister des Äussern antwortete auf mein letztes Schreiben: „Nous nous sommes toujours réservé la liberté des opérations militaires en dehors des côtes ottomanes de l'Adriatique et de la Mer ionienne. Nous serons enchantés si nous ne devrons pas en user, mais nous la réservons toute entière." Mérey.

[a]) Oe. U. Italien 202 Nr. 4. Vgl. n. 2801, 2803, 2838, 3426, 10747.

Tel. nach St. Petersburg, 21. Okt. 1911 Nr. 78 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 2801.

Nr. 2803. Tel. nach Sofia, 21. Okt. 1911 Nr. 62 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Nemes).

Antwort auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 150 von heute. Meine telegraphische Instruction vom 19. d. M., Nr. 59, bleibt aufrecht. Ich erhalte übrigens im Gegenstande nachstehende heutige Meldung aus Berlin: ... *wie n. 2798* ... Vorstehendes zu Euer Hochgeboren vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Ihrem deutschen Kollegen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2802, 2804.

Nr. 2804. Tel. aus Sofia, 21. Okt. 1911 Nr. 150 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Ad Euer Exzellenz Telegramm No. 59 vom 19. d. M. Deutscher Kollege hat mir soeben Telegramm seiner Regierung vorgelesen, womit er zur Abgabe einer schriftlichen Erklärung an die bulgarische Regierung im Sinne der russischen Proposition beauftragt wurde, jedoch unter der Bedingung, dass ich und russischer Gesandter gleiche Aufträge bekommen.[1]) Tarnowski.

[1]) Es bleibt bei meiner Instruktion vom 19. d. M. Mitteilung des Telegrammes aus Berlin Nr. 188.

[a]) Vgl. n. 2803, 2805.

Nr. 2805. Tel. aus Sofia, 21. Okt. 1911 Nr. 151 (eing. 22. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich erachte es als meine Pflicht, Euer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß eventuelle Demarche der Kabinette hier nur Rußland zugute kommen wird. Es wird nämlich — dafür habe ich Beweise — russischerseits betont, daß Demarche nur Initiative Petersburger Kabinettes zu danken ist, und ich zweifle nicht, daß man von selber Seite hier auch durchblicken lassen wird, daß wir russischen Demarchevorschlag nicht gleich akzeptierten. Wenn wir uns an eventueller Demarche — da schriftlich — nicht beteiligen oder durch unsere Nichtbeteiligung verhindern, wird dies hier eine direkt schlechte Impression machen. Das Spiel Rußlands könnte durchkreuzt und die eventuell letzterwähnte schlechte Impression gewissermaßen verwischt werden, wenn ich Herrn Geschoff letztes Alinea[b] hohen Telegrammes Nr. 61 vom 20. d. M. im Auftrage Euer Exzellenz gleich mitteilen würde. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 2804, 2806, 2808. — [b] Beginnt mit „Hievon wollen Euer Exzellenz".

Nr. 2806. Tel. nach Rom, 22. Okt. 1911 Nr. 169 (chiffr. 3 U. 35 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Nemes).

Italienische Regierung hat mich auch durch Herzog Avarna ersucht, den in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 173 vom 20. d. M. erwähnten Passus der Interpellationsbeantwortung abzuändern. Ich hatte der Wendung „auf das Mittelmeer beschränken", obwohl sie in der Publikation der Agenzia Stefani nicht vorkam, deshalb den Vorzug gegeben, weil mir dieser generelle Ausdruck das Wesentliche der italienischen Erklärungen in kurzer und unbedenklicher Form wiederzugeben schien. Die ausdrückliche Erwähnung der adriatischen und jonischen Küsten wollte ich als eine zu deutliche Anspielung auf unsere Pourparlers, zu deren Geheimhaltung ich von allem Anfang an entschlossen war, vermeiden. Von dieser Rücksichtnahme hat mich Marquis di San Giuliano durch seinen eigenen Vorschlag entbunden. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulichen Information. Zur Regelung Euer Exzellenz Sprache füge ich bei, daß ich Herzog Avarna gegenüber meine Zustimmung zu der von seinem Minister gewünschten Formulierung ausgesprochen habe. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2805, 2807.

Nr. 2807. Privatschreiben des ital. Botschafters in Wien, 22. Okt. 1911.[a] Eigh. Ausfert.

Je m'étais empressé hier de télégraphier au Marquis de San Giuliano que vous consentiez à substituer, dans les declarations a faire par les Gouvernements Autrichien et Hongrois aux Parlements respectifs, votre formule „limiter à la méditerranée" avec celle qu'il avait proposé „exclure les côtes ottomanes de la Mer Adriatique et Jonienne".[b] Le Marquis de San Giuliano vient de me télégraphier en me chargeant de vous remercier vivement d'avoir bien voulu accéder à sa demande. Avarna.

[a] Vgl. n. 2806, 2809. — [b] Vgl. n. 2786 Anm. b.

Nr. 2808. Tel. nach Sofia, 22. Okt. 1911 Nr. 63 (chiffr. 3 U. 10 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; G. Nemes).*

Euer Hochgeboren sind ermächtigt, im Sinne Ihrer telegraphischen Anregung vom 21. d. Nr. 151 Herrn Geschoff sofort in meinem Auftrage das letzte Alinea meines Telegrammes Nr. 61 vom 20. d. M. mitzutheilen.

Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2810, 2811, 2816.

Nr. 2809. Denkschrift; Hietzing, 22. Okt. 1911.[a] *Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).*

Geheim. Es gehört zu den vornehmsten Pflichten des Ministers des Äußern, mit allen fremden Regierungen freundschaftliche und friedliche Beziehungen zu unterhalten, solange dies ohne Beeinträchtigung des staatlichen Prestige und ohne Preisgabe vitaler Interessen geschehen kann.

Der Chef des Generalstabes hat die Aufgabe mit Berücksichtigung der jeweiligen politischen Situation und der verschiedenen Kriegsmöglichkeiten die erforderlichen militärischen Vorbereitungen zu treffen und die Schlagfertigkeit der Armee sicher zu stellen.

Diese an sich so verschiedenen Wirkungskreise haben doch vielfache Berührungspunkte, die ein enges Zusammenwirken der Führung der auswärtigen Angelegenheiten und der Leitung des Generalstabes erforderlich machen.

Die Voraussetzung hiezu ist, daß zwischen beiden Faktoren ein vertrauensvolles Verhältnis bestehe und daß sie sich streng an die Grenzen ihrer Kompetenz halten, da es im gegenteiligen Falle zu Friktionen kommen kann, die dem Allerhöchsten Dienste abträglich sein müssen.

Nun habe ich wiederholt und zwar schon seit einer Reihe von Jahren zu beobachten Gelegenheit gehabt, daß der Herr Chef des Generalstabes neben der pflichtmäßigen Bedachtnahme auf die Ausgestaltung unserer Wehrmacht sich auch berufen fühlt, auf die Führung der auswärtigen Politik Einfluß zu nehmen, und auch darüber hinaus keinen Anstand nimmt, diese einer Kritik zu unterziehen, womit er sich auf ein seiner Kompetenz entrücktes Gebiet begibt.

Diese Tendenz seiner persönlichen politischen Auffassung amtlichen Ausdruck zu geben, läßt sich durch mannigfache Beispiele illustrieren.

Obwohl ihn seine Stellung gewiß nicht verpflichten kann, direkt auf einen wenn auch noch so gut vorbereiteten Krieg hinzuarbeiten, hat er es schon in einer Denkschrift vom April 1907[b] für angemessen gehalten, unter Hinweis auf unsere Überlegenheit ausdrücklich zum sofortigen Krieg mit Italien anzuraten, ohne zu bedenken, daß die Erwägung und Entscheidung der Frage, ob und wann nach Erschöpfung aller diplomatischen Mittel ein Krieg zu führen ist, zunächst dem Minister des Äußern zusteht.

Aus einer Denkschrift vom September desselben Jahres[c] ist folgende Äußerung des Freiherrn von Conrad hervorzuheben:

„Es entzieht sich meinem offiziellen Urteil, in wieweit es als diplomatischer Erfolg betrachtet werden kann, um den Preis einer eigenen aktiven

Balkanpolitik bei Zuwendung voller Freiheit für Italien in Nordafrika eine friedliche Politik der momentanen italienischen Regierung zu „erkaufen" — dagegen müßte ich es von meinem Ressortstandpunkt entschieden ablehnen, wenn als solcher Preis auch ein Rüstungsverzicht oder gar eine Abrüstungsverpflichtung in Frage kommen sollte ..."

In Erwiderung auf diese Denkschrift habe ich nicht versäumt, darauf hinzuweisen, wie haltlos diese Insinuation ist und daß es mir niemals in den Sinn kommen konnte, irgend eine die Ausgestaltung unserer Machtmittel zu Land und zu Wasser einschränkende Verpflichtung einzugehen.

In wiederholten schriftlichen Ausführungen hat er es als einen Fehler der von Seiner Majestät dem Kaiser und beiden Regierungen gebilligten Politik während der Annexionskrise bezeichnet, daß wir einen Krieg mit Serbien vermieden haben. Und obwohl ich diese Kritik sowohl als auch den bei ihm immer wiederkehrenden Vorschlag eines Präventivkrieges mit Italien in einer eingehenden, zur Allerhöchsten Kenntnis gelangten und auch ihm übermittelten Denkschrift[d]) zu widerlegen versucht habe, ist er in dem Bestreben, seine persönlichen politischen Ideen zur Geltung zu bringen, auf diesen letzteren, gegenwärtig jeder Aktualität entbehrenden Plan erst jüngst wieder mir gegenüber zurückgekommen. Hiezu hat ihm der italienisch-türkische Krieg den Anlaß geboten.

In einer Denkschrift vom 24. September d. J. gibt er seiner Anschauung dahin Ausdruck, „daß sich die Monarchie dem Schritte Italiens in Tripolis entschieden ablehnend gegenüberstellen, sich die volle Freiheit des Handelns wahren und im Falle der italienischen Aktion in Tripolis entweder gegen Italien aktiv eingreifen oder sich auf einem anderen Gebiete in mindestens gleichwertigem Maß schadlos halten sollte."

Dem gegenüber kann kurz darauf verwiesen werden, daß das Wiener Kabinett in dem wohlbegründeten Rufe steht, sich an das gegebene Wort zu halten und daß ein gewalttätiges, über die geltenden Verträge sich hinwegsetzendes Vorgehen bisher nicht zu den Methoden seiner Politik gehört hat. Nun haben wir uns aber bekanntlich im Dreibundvertrag und der dazugehörigen „Declaration" vom 30. Juni 1902[e]) verpflichtet, Italien in Tripolis freie Hand zu lassen. Eine gegenteilige Haltung, die uns mit Recht dem Vorwurf des Vertragsbruches aussetzen würde, ist also ebensowenig möglich, wie die sofortige Herbeiführung des Kriegszustandes, welcher von allen anderen Erwägungen abgesehen, doch mindestens die erst im Juli 1913 mögliche Kündigung des Bündnisvertrages vorausgehen müsste. Auf letzteres Moment werde ich noch später zurückkommen. Bei Beurteilung des Feldzuges in Tripolis darf übrigens von unserem Standpunkte aus auch nicht außer Acht gelassen werden, daß Italien künftighin an der nordafrikanischen Küste finanziell und militärisch stark engagiert sein wird, daß daher der neue territoriale Erwerb keineswegs unbedingt eine Erhöhung seiner Offensivkraft bedeutet und daß seine Politik wohl durch geraume Zeit von Bestrebungen abgelenkt werden dürfte, die einen für uns bedrohlichen Charakter haben.

Wie wenig übrigens die maßgebenden Kreise Italiens daran denken, in der nächsten Zukunft die ihnen vom Chef des Generalstabes gegen uns

zugemuteten schwarzen Pläne zur Ausführung zu bringen, beweist wohl am besten der Umstand, daß die italienische Regierung sich gerade jetzt bereit erklärt hat, den Dreibundvertrag tel quel mindestens bis zum Jahre 1920 zu erneuern.*f)*

Der leitende Gedanke des Freiherrn von Conrad, daß eine kriegerische Auseinandersetzung mit Italien unvermeidlich ist und eine solche daher mit Rücksicht auf die fortgesetzten italienischen Rüstungsvorkehrungen so rasch als möglich herbeizuführen wäre, läßt ihm die Führung der auswärtigen Politik, die ein friedliches Auskommen mit unserem südlichen Nachbar und die Beilegung etwa auftauchender Differenzen anstrebt, als grundsätzlich verfehlt erscheinen. Aus dieser Stimmung heraus ist es zu erklären, daß Freiherr von Conrad sich verleiten ließ, seinem Unmute über eine ihm nicht zweckentsprechend erscheinende politische Verhaltungslinie in persönlichen Rekriminationen Luft zu machen.

In einer Einsichtsbemerkung vom 4. Juli d. J. zu einem Berichte des k. und k. Botschafters am königlich italienischen Hofe über verschiedene Spionagefälle in Italien äußerte sich der Herr Chef des Generalstabes folgendermaßen:

„Es ist mir ganz unverständlich, wie der k. und k. Botschafter in Rom, dem ja die große Zahl der in Österreich-Ungarn erfolgten Aburteilungen italienischer Spione nicht unbekannt geblieben sein kann, von der Langmut der italienischen Regierung zu sprechen vermag. Solche Anschauungen erscheinen geeignet, das schwere Bedenken zu rechtfertigen, daß die Interessen der Monarchie nicht jene energische Vertretung finden, wie sie wohl jeder andere Staat von seinen bezüglichen Funktionären voraussetzt.

Ich bitte, beim Ministerium des Äußern in diesem Sinne vorstellig zu werden."

Insoweit dieser schwere Vorwurf auf mich zurückfallen soll, kann ich mich wohl in dem Bewußtsein ruhig darüber hinwegsetzen, jederzeit und mit Anspannung aller Kräfte für die militärischen Forderungen bei beiden Regierungen und dem Parlamente gegenüber eingetreten zu sein und meine Pflicht voll und ganz erfüllt zu haben.

Die in erster Linie gegen den k. und k. Botschafter am königlich italienischen Hofe gerichtete völlig ungerechtfertigte Beschwerde konnte ich aber mit Stillschweigen nicht hinnehmen und mußte sie vielmehr um so entschiedener zurückweisen, als Herr von Mérey ganz auf der Höhe seiner Aufgabe steht, den ihm anvertrauten schwierigen und verantwortungsvollen Posten bestens ausfüllt und die unter seinen Schutz gestellten wichtigen Interessen mit Umsicht und Energie vertritt.*g)*

Ich habe wiederholt beobachten können, daß Freiherr von Conrad sich nicht damit begnügt, mit besonderer Insistenz und in einer seine Kompetenz überschreitenden Weise seine politischen Ansichten Seiner Majestät dem Kaiser, dem dadurch beeinflußten Kriegsministerium und mir gegenüber darzulegen, sondern daß er auch darauf bedacht ist, sie publizistisch zu vertreten. Dies läßt sich aus manchen Zeitungsartikeln nachweisen, die seinen Gedankengang genau wiedergeben und daher seiner Inspiration zugeschrieben werden müssen.

Ich halte es kaum für notwendig, nachdrücklich zu betonen, daß diese Vorgangsweise einer Remedur bedarf; sie erscheint mir ganz unstatthaft, weil der Chef des Generalstabes damit in einer aller Welt erkenntlichen Weise in eine Sphäre hinübergreift, die seiner amtlichen Beurteilung und Verantwortlichkeit entzogen ist und weil dadurch die zwischen ihm und mir bestehende Meinungsverschiedenheit gewiß nicht zum Vorteil des Allerhöchsten Dienstes in die Öffentlichkeit getragen wird.

Eine solche Remedur erscheint umso notwendiger, als eben in der allerletzten Zeit aus dem journalistischen Milieu, welches dem Chef des Generalstabes und seinen gleichgestimmten Organen zur Verfügung steht, eine Sprache zu vernehmen war, die die Führung der auswärtigen Politik außerordentlich erschwert. Zufolge von verschiedenen durchaus übereinstimmenden Informationen hat es Freiherr von Conrad verstanden, im Generalstabs-Corps eine „Kriegspartei" zu organisieren, die planmäßig auf die Erreichung ihres Zieles — den Krieg gegen Italien — lossteuert. In diesen Kreisen gilt das Axiom: der Krieg gegen Italien muß sofort geführt werden, weil das Königreich in Afrika verwickelt ist und weil, nach Ansicht der Generalstabskreise, die Monarchie militärisch vorbereitet ist und sich stark fühlt. Der Krieg müsse aber noch aus dem Grunde geführt werden, weil die Regierung und die Parteien in Österreich-Ungarn für die Notwendigkeit einer intensiven Heeresausgestaltung noch immer kein Verständnis besäßen. Ein siegreicher Feldzug gegen Italien würde da rasch Wandel schaffen. Also zuerst „Krieg führen" und dann „rüsten"!

Diese mit rücksichtsloser Energie und nichts zu wünschen übrig lassender Offenheit geführte Aktion setzt zu einem Moment ein, wo ich, wie bereits erwähnt, auf Grund Allerhöchster Ermächtigung den Dreibundvertrag im Prinzipe auf der bisherigen Grundlage erneuert habe und im Begriffe stehe, diesen übereinstimmenden Entschluß der drei Kabinette von Wien, Berlin und Rom auch formell zu Ende zu führen. Als Unterzeichnungsort des neuen Instrumentes ist bekanntlich Wien in Aussicht genommen.*f)*

Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß die auch öffentlich geführte Aktion des Chefs des Generalstabes gegen Italien, in dem gegenwärtigen Momente, wo, neben dem türkisch-italienischen Kriege, noch eine ungelöste marokkanische Frage besteht, und unter den oben erwähnten besonderen Umständen peinlich wirkt. Die Aktion ist peinlich, weil auf diese Weise die Öffentlichkeit des In- und Auslandes auf die leider bestehende Tatsache aufmerksam gemacht wird, daß zwischen dem Leiter der auswärtigen Politik und dem Chef des Generalstabes über rein politische Fragen wesentliche Differenzen obwalten, was dem Ansehen der Monarchie nur Abbruch tun kann. Die Aktion ist aber auch schädlich, weil die Gesinnungen des Chefs des Generalstabes und seiner Kriegspartei genau bekannt sind und hiedurch die Aussichten auf eine bessere und vertrauensvollere Gestaltung des Verhältnisses Italiens zu Österreich-Ungarn im Keime erstickt werden. Warum hat die österreichisch-ungarische Diplomatie seit Jahrzehnten eine Expansion Italiens in Tripolis nicht nur nicht verhindern wollen, sondern diese herbeigewünscht? Die Antwort auf diese

Frage ist darin zu suchen, daß ein in Nordafrika engagiertes Italien bald zu den Mittelmeermächten in einen größeren oder geringeren Gegensatz geraten wird, daher auf seine Verbündeten mehr angewiesen bleibt und auf andere Aspirationen, wie auf Albanien, verzichten muß. Diese natürliche Entwicklung der Dinge wird aber gestört, wenn man in Rom weiß, daß der Chef des Generalstabes der Monarchie lieber heute als morgen über das Königreich herfallen möchte. Diese Aktion ist endlich, wenn sie weiter fortgesetzt werden sollte, für die eminentesten Staatsinteressen direkt gefährlich. Die Bekämpfung der Politik des verantwortlichen Ministers des Äußern durch den Chef des Generalstabes, welche von Ersterem auf Grund Allerhöchster Weisungen und mit Zustimmung der beiden Regierungen geführt wird, ist mehr als eine Anomalie; sie würde die Lahmlegung der politischen Aktionsfähigkeit der Monarchie herbeiführen. Aus all diesen Erwägungen ergibt sich nur eine Schlußfolgerung: Es wäre hoch an der Zeit, daß für die Führung der auswärtigen Politik der hiezu von der Allerhöchsten Krone ernannte Minister kompetent und verantwortlich bleibt. Dem Chef des Generalstabes hingegen obliegt die Pflicht, die für die verschiedenen Kriegsmöglichkeiten erforderlichen militärischen Vorbereitungen zu treffen, ohne jedoch das Recht zu besitzen, auf den Eintritt der einen oder der anderen Kriegsmöglichkeit einen Einfluß auszuüben. Bleiben diese Funktionäre in ihren durch den Allerhöchsten Dienst vorgeschriebenen Kompetenz-Sphären, wird sich eine gegenseitige Verständigung über die jeweilig politische wie militärische Situation von selbst ergeben.

a) Dem Kaiser Franz Josef mit folgendem, von Aehrenthal eigenhändig geschriebenen Vortrag überreicht: Ich bitte um die Erlaubnis, Euer Majestät, eine Denkschrift treu gehorsamst unterbreiten zu dürfen, in welcher ich die Versuche des Chefs des Generalstabes, Freiherrn von Conrad, auf die Entscheidungen in der auswärtigen Politik Einfluß zu nehmen, eingehend darstelle. Aehrenthal. Hietzing, 22. Oktober 1911. — Die gleichen Gesichtspunkte wie in der vorliegenden Denkschrift hat Aehrenthal nach einer vorhandenen Aufzeichnung im November 1911 auch dem Erzh. Franz Ferdinand vorgetragen. Vgl. auch Nr. 3057. — *b)* Conrad a. a. O. I 503. — *c)* Conrad a. a. O. I 64. — *d)* n. 1720. — *e)* Pribram a. a. O. I 97; Martens, N. R. G. 3. S. X 80. — *f)* Vgl. n. 2795, 2839, 2890. — *g)* Über diese Vorfälle liegen noch folgende Schriftstücke vor: Bericht aus Rom, 13. April 1911 Nr. 14 M; ein Einsichtsakt des Reichskriegsministeriums, 27. April 1911 Nr. 5254 samt der oben erwähnten Einsichtsbemerkung des Chefs des Generalstabs vom 4. Juli K. Nr. 1585; ein Schreiben Aehrenthals an den ersten Sektionschef Ladislaus Freiherrn von Müller, 30. Juli; eine Note an den Reichskriegsminister, 7. Aug. Nr. 1865; eine Note des Kriegsministeriums, 23. Aug. Präs. Nr. 10, 115; ein Schreiben Aehrenthals an Sektionschef Lad. Freih. von Müller, 28. Aug. 1911; ein Schreiben des Chefs des Generalstabs, 8. Sept. Nr. 3802 und ein Schreiben des Chefs der Militärkanzlei vom 28. Sept. 1911. Der wesentliche Tatbestand ist jedoch in den Bemerkungen der vorliegenden Denkschrift erschöpft. Vgl. übrigens Conrad a. a. O. II 243, 263.

Nr. 2810. Tel. nach Berlin Nr. 127 (1), Konstantinopel Nr. 255 (2) und Rom Nr. 171 (3), 23. Okt. 1911 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport; V. und G. Aehrenthal).

1. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 191 vom 21. d. M. Daß auch Herr von Kiderlen eine gemeinsame Aktion aller Mächte für

wünschenswert hält, begrüße ich mit Befriedigung; ebenso teile ich seine diesbezügliche Skepsis insoferne, als es auch mir zweifelhaft erscheint, ob eine solche Aktion jetzt oder in der allernächsten Zeit zu erreichen sein wird. Mir schwebt bei der im Zuge befindlichen Sondierung bei den Kabinetten der doppelte Zweck vor, einerseits es Italien zu erschweren, durch gegenseitiges Ausspielen der beiden Mächtegruppen die gegenwärtige Situation auszunützen, anderseits das Doppelspiel der Türkei zu paralysieren. Wie berechtigt meine Absicht ist, schon jetzt Intriguen dieser Art, welche die Friedensaussichten zu vermindern drohen, entgegenzuwirken, beweist nachstehendes Telegramm Nr. 350 vom 21. d. aus Konstantinopel: ... *wie n. 2800 von „Streng vertraulich ... Said Pascha" bis „hergestellt werden würde."* ... Ich telegraphiere hiezu an Markgrafen Pallavicini, daß die von ihm Assim Bey gegenüber geführte Sprache meine vollste Billigung findet. Euer Hochwohlgeboren wollen sich dem Herrn Staatssekretär gegenüber im vorstehenden Sinne vernehmen lassen.

2. u. 3. Im Gegenstande meiner Erlässe vom 20. l. M., Nr. 2463/2464 und 2465/2466, telegraphiert mir Graf Szögyény unterm 21. d., wie folgt: ... *wie n. 2799* ... Ich telegraphiere heute an Baron Flotow, er möge sich bei dem Herrn Staatssekretär in folgendem Sinne vernehmen lassen. (Inseratur aus Erl. 1 Telegramm nach Berlin von: „Daß auch ..." bis inklusive „zu paralysieren".) Als Beweis, wie berechtigt meine Absicht ist, schon jetzt Intriguen dieser Art, welche die Friedensaussichten zu vermindern drohen, entgegenzuwirken, führe ich in meiner Instruktion nach Berlin

2. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 350 vom 21. l. M. an. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und rein persönlicher Kenntnisnahme. Die Sprache, welche Hochdieselben Assim Bey gegenüber geführt haben, findet meine vollste Billigung.

3. nachstehendes Telegramm Nr. 350 vom 21. d. aus Konstantinopel an: (Inseratur aus Erl. 1 Telegramm nach Berlin von: „Streng vertraulich. Said Pascha" bis inklusive „Billigung findet".) Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und rein persönlicher Kenntnisnahme. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2808, 2811, 2822.

Nr. 2811. Tel. nach Berlin Nr. 128 (1), St. Petersburg Nr. 80 (2), London Nr. 55 (3), Paris Nr. 53 (4), Rom Nr. 172 (5), Konstantinopel Nr. 256 (6) und Sofia Nr. 64 (7), 23. Okt. 1911 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]
Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

1.—6. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 123 (Berlin), 77 (Petersburg), 53 (London), 51 (Paris), 164 (Rom), 247 (Konstantinopel) vom 20. d. M. Ich habe den k. u. k. Gesandten in Sofia unterm gestrigen beauftragt, Herrn Geschoff in meinem Namen mitzuteilen, daß wir in den türkischen Erklärungen über die friedlichen Dispositionen der Türkei gegenüber Bulgarien ein Engagement der Pforte gegenüber den Großmächten erblicken und daß ich Assim Bey von dieser unserer Auffassung

1.—5. durch Markgraf Pallavicini

6. durch Euer Exzellenz

1.—6. habe in Kenntnis setzen lassen. Wie ich erfahre, ist man übrigens auch in St. Petersburg zu der Ansicht gekommen, daß sich die Aufregung in Sofia nunmehr beruhigt habe. Vorstehendes zu Euer etc. Information und zur Regelung Ihrer Sprache. Zu Ihrer rein persönlichen Kenntnisnahme füge ich bei, daß Herr Stancioff, wie mich Herr von Kiderlen vertraulich wissen ließ, nach den in Berlin eingetroffenen Berichten in Paris eine sehr kriegerische Sprache geführt und bemerkt haben soll, Bulgarien mit seiner Armee von 300.000 Mann könne nicht mehr zurückgehalten werden; Herr de Selves habe den bulgarischen Gesandten mit dem Hinweis zu beschwichtigen versucht, daß Bulgarien sich durch einen Friedensbruch die Sympathien der Großmächte verscherzen würde. Ich bin der Ansicht, daß es sich hier um einen nicht ernst zu nehmenden Bluff Herrn Stancioffs handelt.

7. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 63 von gestern. Wie ich erfahre, ist man nun auch in St. Petersburg zu der Ansicht gekommen, daß sich die Aufregung in Sofia beruhigt habe. Zu Ihrer streng vertraulichen Information füge ich bei: Inseratur Telegramm sub 1 von „daß Herr Stancioff" bis „handelt". Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2810, 2812, 2821.

Tel. nach Konstantinopel, 23. Okt. 1911 Nr. 255 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 2810.

Tel. nach Konstantinopel, 23. Okt. 1911 Nr. 256 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 2811.

Nr. 2812. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. Okt. 1911 Nr. 353 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Hohen Auftrags vom 20. d. M. Nr. 247 mich dem Minister des Äußern gegenüber vorgestern entledigt. Assim Bey nahm meine Mitteilung zur Kenntnis und notierte sich insbesondere den Passus, wonach wir in seinen Erklärungen ein Engagement der Pforte den Großmächten gegenüber erblicken. Er fügte hinzu, daß der Pforte inzwischen beruhigende Versicherungen der bulgarischen Regierung zugekommen seien. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2811, 2813, 2830.

Nr. 2813. Note des türkischen Geschäftsträgers in Wien, 23. Okt. 1911 Nr. G[l] 34887 Nr. S[l] 81 (eing. 24. Okt.).[a]) Ausfert.

D'après des renseignements parvenus au Gouvernement Impérial, l'Italie se proposerait d'étendre son action sur les côtes de la Turquie d'Asie. D'ordre de la Sublime Porte, j'ai l'honneur de porter à la connaissance du Gouvernement Impérial et Royal que, dans le cas où une pareille éventualité venait à se réaliser, le Gouvernement Impérial Ottoman, en présence de la légitime exaspération que susciteraient dans l'opinion publique de nouveaux actes de violence et d'agression de la part de l'Italie, ne serait plus en mesure de continuer la politique d'extrême modération qu'il a suivie jusqu'ici et

n'hésiterait pas, indépendamment de l'expulsion générale des Italiens se trouvant sur territoire ottoman, à recourir à tous les moyens légitimes et à adopter toute voie que lui imposeraient la nécessité des circonstances et la défense de ses droits vitaux. Fuad Smavy.

a) Vgl. n. 2812, 2814, 2824.

Tel. nach London, 23. Okt. 1911 Nr. 55 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 2811.

Nr. 2814. Tel. aus London, 23. Okt. 1911 Nr. 72 (eing. 24. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 54 vom 21. d. M. Habe heute Sir A. Nicolson gesprochen. Er war der Ansicht, daß es sehr schwer sei, sich darüber auszusprechen, ob die italienische Erklärung der Annexion pure et simple als eine für die Türkei akzeptable Grundlage von Verhandlungen angesehen werden kann. Für ein Eingehen in Gedankenaustausch zwischen den Mächten schien er ganz geneigt. Er versprach, Sir E. Grey zu berichten. Ich hoffe, letzteren morgen nachmittag zu sehen, und werde sodann telegraphisch melden. Mensdorff.

a) Vgl. n. 2813, 2815, 2841.

Tel. nach Paris, 23. Okt. 1911 Nr. 53 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 2811.

Nr. 2815. Tel. aus Paris, 23. Okt. 1911 Nr. 78 (eing. 24. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes No. 52 vom 22. d. M. Herrn de Selves mitgeteilt. Derselbe teilt Euer Exzellenz Ansicht, daß Friedensaussichten durch italienische Erklärung, nur auf der Basis der Annexion unterhandeln zu wollen, sich verschlechtert haben. Le ministre m'a déclaré qu'il était prêt à entrer en pourparlers avec Votre Excellence et les autres cabinets pour établir une entente au sujet de démarche collective à Constantinople et à Rome pour le rétablissement de la paix. Il croit qu'une telle entente aurait l'avantage d'enlever à la Turquie toute illusion sur un appui éventuel d'une ou de l'autre Puissance. Le moment favorable pour cette action collective devrait être fixé d'un commun accord, mais de Selves estime qu'il n'y aurait pas d'avantage à retarder cette démarche, les prétentions de l'Italie ne pouvant qu'augmenter avec la prolongation de l'état de guerre. De Selves ignore si l'annexion pure et simple pourra être acceptée par la Turquie comme base des négociations, mais il a la conviction que l'Italie n'acceptera jamais une autre base et il croit par conséquent qu'il ne reste pas autre chose à faire que de tâcher de décider la Turquie à renoncer à sa résistance contre l'annexion. De Selves sieht weiteren Mitteilungen mit Interesse entgegen und erklärte sich wiederholt bereit, die Bemühungen Euer Exzellenz im Interesse des Friedens tunlichst zu unterstützen. Szécsen.

a) Vgl. n. 2814, 2818, 2827, 2841.

Tel. nach Rom, 23. Okt. 1911 Nr. 171 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 2810.

Tel. nach Rom, 23. Okt. 1911 Nr. 172 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 2811.

Tel. nach St. Petersburg, 23. Okt. 1911 Nr. 80 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 2811.

Tel. nach Sofia, 23. Okt. 1911 Nr. 64 (chiffr. 9 U. p. m.). Siehe n. 2811.

Nr. 2816. Tel. aus Sofia, 23. Okt. 1911 Nr. 153 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 63 von gestern erhalten. Habe heute früh Herrn Geschoff Mitteilung im Auftrage Euer Exzellenz gemacht. Ich knüpfte an letztes Alinea[b] des hohen Telegrammes Nr. 55 vom 15. d. M. an und sagte, daß Assim Bey auf diese Demarche des Markgrafen Pallavicini mit friedlichen Versicherungen geantwortet hätte, welche Euer Exzellenz dann im Sinne des letzten Alineas[c] des hohen Telegrammes Nr. 61 vom 20. d. M. quittierten. Eindruck war exzellent; Herr Geschoff ließ sich Passus diktieren und ersuchte, Euer Exzellenz verbindlichst zu danken. Conseilspräsident verstand, daß dieser von anderen Kabinetten unabhängige spontane Schritt Euer Exzellenz mehr wert als eine „theoretische" Erklärung der Mächte und ich bekräftigte ihn in dieser Ansicht. Hatte sicheren Eindruck, daß Herr Geschoff, welchen Presse wegen „Anrufung der Protektion der Großmächte" angreift und gegen den die Stambulowisten König hetzen, nunmehr, wo alles ruhig, bedauert, sich an Mächte gewendet zu haben; er hätte es — wie er sich ausdrückte — nur deswegen gemacht, da ihm französischer Gesandter im Moment, wo die Situation wirklich kritisch war, diesen Gedanken empfohlen. Herr Geschoff weiß, daß Mehrheit der Gesandten bereits Instruktionen zur Demarche haben. Ich sagte, daß Euer Exzellenz, nach Hochderen so klarer Erklärung in Konstantinopel, wohl kaum eine große Bedeutung einer hier abzugebenden Deklaration der Mächte beimessen konnten, wobei ich letztes Alinea[d] Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 59 vom 19. d. M. entsprechend verwertete. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 2817, 2820. — [b]) Beginnt mit „Euer Hochgeboren wollen". — [c]) Beginnt mit „Hievon wollen Euer Exzellenz". — [d]) Beginnt mit „Eine schriftliche Erklärung".

Nr. 2817. Tel. aus Sofia, 23. Okt. 1911 Nr. 154 (eing. 24. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 153 von gestern. Herr Geschoff, den ich heute abends im Theater begegnete, sagte mir, er hoffe bei mir nicht den Eindruck erweckt zu haben, daß er auf Démarche keinen Wert mehr lege. Da einmal erbeten, müsse er ihr Zustandekommen seiner Position halber wünschen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 2820.

Nr. 2818. Tel. aus London, 24. Okt. 1911 Nr. 73 (eing. 25. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 54 vom 22. d. M. Ich habe eben Sir E. Grey gesehen und ausführlich und genau im Sinne telegraphischer Weisung mit ihm gesprochen. Er hatte bereits ein Telegramm Sir F. L. Cartwrights erhalten, meinte aber, meine Mitteilung sei viel vollständiger und genauer. Der Staatssekretär schien durch die Anregung Euer Exzellenz frappiert und ich glaube, daß sie ihm nicht unsympathisch ist. Er autorisierte mich, Euer Exzellenz vorläufig zu melden: „Er glaube jedenfalls, daß Euer Exzellenz Anregung Früchte bringen könne, wenn der opportune Augenblick gekommen ist, und er könne es nur begrüßen, daß Euer Exzellenz die Frage einer gemeinsamen und geschlossenen Aktion der Mächte auf das Tapet gebracht haben." Sir E. Grey fragte, ob Euer Exzellenz selbst eine Meinung darüber aussprechen, ob die italienische Erklärung betreffend Annexion pure et simple als eine Grundlage von Verhandlungen angesehen werden könne? Der italienische Standpunkt sei bekannt, es handle sich also darum, was der türkische sei und ob eine Aktion der Mächte in Konstantinopel Erfolg versprechen würde; denn ein gemeinsamer Mediationsversuch der Mächte, der erfolglos bliebe, müsse vermieden werden. Er glaube, daß es sich zunächst empfehlen würde, durch die Botschafter sich über die Stimmung in Konstantinopel zu informieren und dann weiter zu besprechen, ob überhaupt und wann eine gemeinsame Aktion Aussicht auf Erfolg hätte. In dem ersten Mediationsansuchen der Türkei hatte sie sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie Tripolis unter keinen Umständen aufgeben würde; in den seitherigen Mediationsansuchen hat die türkische Regierung diesen Standpunkt zwar nicht aufgegeben, aber auch nicht wiederholt. Bis jetzt habe Grey jedoch keine Anzeichen dafür, daß die Türkei die italienische Annexion pure et simple akzeptieren würde. Im Laufe unserer weiteren Konversation meinte Sir E. Grey, daß möglicherweise eine etwa gemeinsame Aktion der Mächte in Konstantinopel es der türkischen Regierung leichter machen könnte, sich in das Unvermeidliche zu fügen. Staatssekretär stimmt mit Euer Exzellenz darin überein, daß das Hauptziel bliebe, dem Kriege ein Ende zu machen; im Interesse der beiden kriegführenden Teile sowie aller Mächte. Ich glaube, daß Grey persönlich der Gedanke einer eventuellen geschlossenen Aktion der Mächte sympathisch ist.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 2815, 2819, 2827, 2841.

Nr. 2819. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 24. Okt. 1911 Nr. 159 (eing. 25. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 78 von vorgestern.[b] Ich leitete heutige Konversation mit Herrn Neratow durch Äußerungen im Sinne der fünf ersten Absätze Euer Exzellenz Telegrammes ein und fragte, ob russische Regierung geneigt sei, diesbezüglich mit k. u. k. Regierung und anderen Mächten Gedankenaustausch einzugehen. Der Gerent pflichtete dieser . . .,[c] welche seiner Ansicht entspreche, bei und erklärte sich einverstanden zu

einem Gedankenaustausch der Mächte, um einheitlicher und geschlossener vorzugehen. Herr Neratow fragt sich aber, ob der jetzige Moment zu einer erfolgreichen Intervention geeignet ist, welche ihm nur auf Grundlage der Annexion pure et simple in diesem Momente, was Italien anbelange, aussichtsvoll erscheine, geradeso aussichtslos aber in Betreff der Türkei. Ich entgegnete, daß es gerade der Zweck des von Euer Exzellenz ins Auge gefaßten Gedankenaustausches sein würde, über die Grundlage und den Moment der Intervention in Fühlung zu treten und fügte hinzu, daß die Lage ernst genug sei, um die Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion, welche in jedem Augenblicke erforderlich werden könnte, vorzunehmen, was Mitredner zugab. Resumierend wiederholte Gerent, er würde gerne in Gedankenaustausch treten, sei aber bezüglich des Erfolges einer gegenwärtig zu unternehmenden Aktion der Mächte sehr skeptisch, während in einiger Zeit sich hiefür vielleicht eine praktische Grundlage ergeben würde. Ich verhielt mich dieser Reserve gegenüber sehr reserviert. Gerent legt großen Optimismus bezüglich Lage am Balkan zu Tage, inwieferne ganz aufrichtig, ist schwer zu beurteilen. Ob klarer Hintergedanke dabei? Ich konnte seine Sympathieen für Italien wieder konstatieren, doch glaube ich nicht, daß sie ihn in dem Maße leiten, wie mein deutscher Kollege meint (hieramtliches Telegramm von gestern 156).*d)* Ich glaube, sein Ziel ist, erstens und vor allem Ruhe zu haben und zweitens die Konjunktur aber nur wenn möglich, dazu zu benützen, Italien zu Dank zu verpflichten und in der Türkei den Glauben an Dreibund zu erschüttern. Hiesige Politik ist aber vor allem bestrebt, status quo zu erhalten, und wenn Herr Neratow jetzt gemeinsame Aktion der Mächte pessimistisch betrachtet, so ist dies vor allem, weil er — mit Recht oder Unrecht — gegenwärtig keine Balkankomplikationen befürchtet. Ich berichte ausführlich mit Freitag abgehendem Kurier.

Szilassy.

a) Vgl. n. 2818, 2822, 2827, 2841. — *b)* Vom 21. Okt. — *c)* Chiffre fehlt. — *d)* Tel. vom 22. Okt. 1911 (eing. 23. Okt. 9 U. a. m.). Danach habe der deutsche Geschäftsträger „Herrn Neratow aufgesucht und ihn auf Gefahr der Lage in der Türkei, wenn Italien nicht nachgebe, aufmerksam gemacht". Gerent „vertrat ganz den italienischen Standpunkt der Annexion pure et simple" und „bemerkte, daß eine russische Vermittlung in Rom keinen Erfolg haben dürfte. Als jedoch Herr von Lucius von der Eventualität sprach", „daß England in Rom als Retter der Türkei auftrete und Frieden diktiere, soll dies Herrn Neratow sehr peinlich berührt haben. Doch habe Gerent nichts Positives geantwortet."

Nr. 2820. Tel. nach Sofia, 24. Okt. 1911 Nr. 65 (chiffr. 8 U. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 153 und 154 vom 23. d. Mts. und 155 von heute, aus deren Textierung ich den Eindruck gewinne, dass die im erstcitierten Telegramm gemeldete Mitteilung an Herrn Géchow von Ihnen dahin interpretiert worden sei, als ob sie die in meinem Telegramm Nr. 59 vom 19. d. Mts. acceptirte mündliche Kollektivdemarche überflüssig machen solle. Dies ist, wie ich für alle Fälle ausdrücklich bemerke, nicht in meiner Absicht gelegen gewesen. Ich wiederhole, dass meine Instruktion aufrecht bleibt und Euer Hochgeboren sohin die mündliche

Kollektivdemarche für den Fall mitzumachen haben, als Herr Géchow diese auch weiter wünschen sollte und die Vertreter der anderen Mächte hiezu ermächtigt sind. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2821, 2846.

Nr. 2821. Tel. aus Sofia, 24. Okt. 1911 Nr. 155 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 64 von gestern. Unter allen Umständen übertriebene Sprache Herrn Stancioff's läßt sich halbwegs dadurch erklären, daß er im Momente der Aufregung vor zirka 10 Tagen und unter diesem Eindruck von Sofia nach Paris abgereist ist. Jetzt kann es sich nur mehr um absoluten Bluff handeln. Was eventuelle Démarche anbetrifft, so wartet man hier nunmehr — Engländer kommen weniger in Betracht — bloß auf uns. Kollegen, da ihnen ihre Regierungen mitteilten, daß Euer Exzellenz mündlicher Démarche zugestimmt hätten, überlaufen mich. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 2820.

Tel. nach Berlin, 25. Okt. 1911 Nr. 129 (chiffr. 5 U. p. m.). Siehe n. 2824.

Nr. 2822. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 25. Okt. 1911 Nr. 195 (eing. 26. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Ich konnte heute abends mit dem Staatssekretär Inhalt des hohen Telegrammes Nr. 127 vom 23. d. M. besprechen. Herr von Kiderlen bestätigte, daß Said Pascha Baron Marschall gegenüber sich in gleichem Sinne wie zu Markgrafen Pallavicini geäußert habe. Nach Ansicht Herrn von Kiderlens hätte italienische Regierung ihren Standpunkt bereits ebenso deutlich präzisiert wie die Pforte; eine Basis für Verhandlungen, wie der Grossvezier meine, wäre daher vorderhand nicht zu finden. Staatssekretär (meint),[b]) Baron Marschall sehe zu schwarz, wenn er befürchte, England würde seine Dienste der Türkei anbieten, um ihr die Souveränitätsrechte über Tripolis zu retten gegen eine etwaige Einräumung einer Interessensphäre um Koweit oder dergleichen. Nach Berichten, die dem Staatssekretär aus London und Cairo vorliegen, sei die Haltung im Gegenteile Italien freundlich. Sir Nicolson hätte sich geäußert: „Wir können für die Türkei gegenwärtig nichts tun". Dagegen sei merkwürdigerweise von russischer Seite der Türkei Unterstützung in Aussicht gestellt worden unter der Bedingung, ein Bündnis mit Rußland einzugehen, das auch alle Balkanstaaten umfassen würde! Ob diese Anregung von Petersburg gekommen oder nur eine Idee Herrn Tscharykoffs war, konnte Herr von Kiderlen nicht feststellen. Türkischerseits sei dies Angebot begreiflicherweise abgelehnt worden mit der Motivierung, daß Österreich-Ungarn gegen ein Bündnis der Türkei und der Balkanstaaten unter russischer Führung zweifellos energisch protestieren würde! Flotow.

[a]) Vgl. n. 2819, 2825, 2827. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 2823. Erlaß nach Cetinje, 25. Okt. 1911 Nr. 2522.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Ich habe Euer Hochwohlgeboren Bericht Nr. 73 B vom 17. d. M. mit großem Interesse entnommen, daß in den dortigen politischen Kreisen das Gerücht cirkuliert, es sei zwischen mir und Herrn Gregović eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach wir eine Reokkupation des Sandschak ins Auge gefaßt und für diesen Fall Montenegro die Gebiete Skutari, Berane etc. zugesprochen hätten. Daß Euer Hochwohlgeboren gegen diese Gerüchte, an denen selbstverständlich kein wahres Wort ist, in keinerlei Weise Stellung genommen haben, hat meine volle Billigung gefunden. Es kommt mir keineswegs unerwünscht, wenn ähnliche Versionen, die uns eine aggressive Politik am Balkan zuschreiben, in Montenegro Verbreitung und bei der dortigen Bevölkerung eine sympathische Aufnahme finden, zugleich aber auf den slavischen Gesandtschaften und namentlich auf der russischen eine gewisse Unruhe und Unsicherheit hervorrufen. Insbesondere Serbien und Rußland, aber auch Italien haben gegenwärtig ein großes Interesse daran, daß der Friede am Balkan aufrechterhalten bleibe. Je mehr diese Staaten aber an die Möglichkeit eines Einmarsches unserer Truppen in den Sandschak glauben und je größer ihre Furcht ist, daß wir eine Komplikation am Balkan zu einem Vorstoße ausnützen könnten, desto eifriger werden sie selbst darauf hinarbeiten, daß die Ruhe am Balkan nicht gestört und uns kein — nach ihrer Ansicht willkommener — Anlaß zu einer solchen Aktion geboten werde. Auf diese Weise wird aber indirekt wieder nur die Erreichung unseres wahren Zieles, die Aufrechterhaltung des status quo am Balkan, gefördert.

[a]) Vgl. n. 2857, 3148, 10486.

Tel. nach Konstantinopel, 25. Okt. 1911 Nr. 258 (chiffr. 5 U. p. m.). Siehe n. 2824.

Nr. 2824. Tel. nach Rom Nr. 173 (1), Konstantinopel Nr. 258 (2) und Berlin Nr. 129 (3), 25. Okt. 1911 (chiffr. 5 U. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Esterházy).

1.—3. Laut einer Mitteilung des türkischen Geschäftsträgers[a]) hat die Pforte Nachrichten erhalten, Italien wolle seine Aktion auf die Küste der asiatischen Türkei ausdehnen. Fuad Bey sei beauftragt, die k. u. k. Regierung zu verständigen, daß die Türkei angesichts der Erregung der öffentlichen Meinung durch weitere Gewaltakte Italiens nicht mehr in der Lage wäre, ihre bisherige Mäßigung zu bewahren und nicht zögern würde, alle anderen legalen Mittel zu ergreifen und die Wege einzuschlagen, welche ihr die Umstände und die Selbsterhaltung aufdrängen. Ich habe Fuad Bey geantwortet, daß mir über die angebliche Absicht Italiens, einen Angriff gegen die asiatische Küste der Türkei zu richten, nichts bekannt sei, immerhin würde ich aber der italienischen Regierung à titre d'information mitteilen lassen, daß die Pforte in der oben angedeuteten Richtung präokkupiert sei. Bei dieser Gelegenheit habe ich dem türkischen Geschäftsträger auch gesagt,

daß ich den gegenwärtigen Augenblick, wo die beiden kriegführenden Teile noch einen diametral entgegengesetzten Standpunkt einnehmen, zu einer vermittelnden Aktion nicht für geeignet halte.

1. Vorstehendes wollen Euer Exzellenz unter ausdrücklicher Betonung des vertraulichen und rein informativen Charakters dieser Mitteilung zur Kenntnis Marquis di San Giulianos bringen.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache der Pforte und Baron Marschall gegenüber.

3. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an den Staatssekretär.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2813.

Nr. 2825. Tel. nach Rom, 25. Okt. 1911 Nr. 174 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Ich habe Herzog Avarna über meine Sondierungsaktion bei der englischen, französischen, russischen und deutschen Regierung (mein Telegramm Nr. 168 vom 21. d. M.) insoweit informiert, daß ich ihm sagte, die letzten Mitteilungen, die er, der Botschafter, mir über den Entschluß Italiens, auf der Annexion pure et simple zu bestehen, gemacht habe, hätten mich bewogen, mit den anderen Kabinetten in einen Gedankenaustausch über diesen Standpunkt der italienischen Regierung einzutreten. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis San Giuliano. Zu Euer Exzellenz Orientierung füge ich bei, daß Herzog Avarna auch seinerseits auf den ähnlichen Gedanken einer Befassung aller Kabinette gekommen zu sein scheint. Er sagte mir wenigstens, er habe in einem Privatbriefe an Marquis San Giuliano die Frage aufgeworfen, ob sich die Pforte nicht leichter entschließen würde, auf die italienischen Forderungen einzugehen, wenn sich alle fünf Großmächte zu einer Vermittlungsaktion zusammentun würden. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2822, 2826.

Nr. 2826. Erlaß nach Rom, 25. Okt. 1911 Nr. 2531 (chiffr. 8 U. 15 M. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. In einer meiner letzten Unterredungen mit Herzog Avarna kam der Herr Botschafter spontan darauf zu sprechen, er habe kürzlich in einem an Marquis di San Giuliano gerichteten Privatschreiben seine persönlichen Anschauungen über das weitere Vorgehen Italiens in der Tripolisfrage zum Ausdrucke gebracht. Seiner Ansicht nach berge der in der italienischen Presse vielfach erörterte Gedanke, die Türkei durch eine kriegerische Action im Ägäischen Meere zum völligen Verzichte auf Tripolitanien und Cyrenaika zu zwingen, mancherlei Gefahren in sich und sei dieser Plan auch den Verbündeten Italiens deshalb nicht sympathisch, weil letztere durch eine solche Action, die eine Balkankrise auslösen könnte, den größten Verlegenheiten und den unangenehmsten Überraschungen ausgesetzt wären. Herzog Avarna würde es daher vorziehen, wenn die italienische Regierung ihre Action auf die Annexion Tripolitaniens und die

Niederwerfung der dortigen türkischen Streitkräfte beschränken wollte. Die Schaffung eines solchen fait accompli würde es wahrscheinlich ermöglichen durch Vermittlung der Mächte und unter entsprechender Schonung des ottomanischen Selbstgefühles zu einem Friedensschlusse zu gelangen. Nur falls sich die Einwirkung Europas auf die Türkei wider Erwarten als fruchtlos erweisen sollte, wäre nach Ansicht des Herrn Botschafter zu einer Action im Ägäischen Meere, nach vorheriger Verständigung der Mächte, zu schreiten. Herzog Avarna fügte dieser seiner unverbindlichen und streng vertraulichen Mittheilung bei, dass seine darin entwickelten Anschauungen die Billigung di San Giulianos gefunden hätten. Vorstehendes ist zu Euer Exzellenz streng vertraulichen Information und rein persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

[a]) Vgl. n. 2825, 2827.

Nr. 2827. Tel. nach Berlin Nr. 133 (1), St. Petersburg Nr. 85 (2), London Nr. 57 (3), Paris Nr. 55 (4), Rom Nr. 177 (5) und Konstantinopel Nr. 260 (6), 26. Okt. 1911 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes; G. Aehrenthal).

1. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 195 vom 25. d. M. Aus den mir vorliegenden Meldungen entnehme ich mit lebhafter Befriedigung, daß meine Idee eines Gedankenaustausches der fünf Mächte zum Zwecke einer gemeinsamen Aktion in Rom und in Konstantinopel allseits eine sympathische Aufnahme gefunden hat. Was die Basis einer solchen Aktion anbelangt, herrscht in Paris und in St. Petersburg die Anschauung vor, daß angesichts des dezidierten Standpunktes Italiens einer Vermittlung der Mächte, soll sie nicht von vorneherein aussichtslos sein, die Annexion pure et simple zugrunde gelegt werden müßte. In einer etwas weniger präzisen Form kommt in der Antwort Sir E. Greys derselbe Gedanke zum Ausdruck, dem auch ich eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen vermag. Der Zeitpunkt, zu dem die Aktion eventuell einzusetzen hätte, wäre nach der übereinstimmenden Ansicht der Kabinette noch gemeinschaftlich zu fixieren. Während aber M. de Selves ein baldiges Handeln für geboten und ein Zuwarten für bedenklich hält, begegnen sich Sir E. Grey und Herr Neratow in der Auffassung, daß der Moment für eine Vermittlung der Mächte noch nicht gekommen sei. Der Leiter des russischen Auswärtigen Amtes meint jedoch, daß sich vielleicht binnen kurzem praktische Grundlagen zu einer solchen ergeben könnten. Mit Rücksicht auf diese Sachlage halte ich einen Gedanken, den Sir Edward Grey dem Grafen Mensdorff gegenüber formuliert hat, für einen sehr richtigen. Der Herr Staatssekretär meinte, es würde sich empfehlen, zunächst durch die Botschafter in Konstantinopel über die dortigen Dispositionen Informationen einzuziehen. Ich habe diese Idee aufgegriffen und mich bei dem letzten Diplomatenempfang zu den Vertretern der Mächte dahin ausgesprochen, daß die Kabinette vorerst im Sinne der Greyschen Anregung Weisungen nach Konstantinopel ergehen lassen sollten. Euer Hochwohlgeboren wollen Vorstehendes zur Kenntnis des Herrn Reichskanzlers beziehungsweise Staatssekretärs bringen

und beifügen, daß, wenn die Anregung Sir E. Greys die Zustimmung aller Mächte findet, ich bereit bin, Markgraf Pallavicini die entsprechenden Instruktionen zu erteilen. Weiteres Telegramm folgt.

2. bis 4. Erhalten Euer etc. Telegramm Nr. 159 (2), 73 (3), 78 (4), vom 24. (2, 3) bzw. 23. (4) l. M. Über das vorläufige Resultat meiner Sondierungsaktion richte ich nachstehendes Telegramm nach Berlin und an die k. und k. Botschaften bei den Triple-Ententemächten: (Inseratur aus Telegramm nach Berlin Nr. 133 von: „Aus den mir" bis „lassen sollten.")

2. bis 3. Vorstehendes zu Euer etc. Information und Mitteilung an

2. Herrn Neratow,

3. Sir Edward Grey,

2. bis 3. wobei Euer etc. meinen Dank für die freundliche Aufnahme meiner Anregung zum Ausdrucke bringen und beifügen wollen, daß, wenn die Anregung Sir E. Greys die Zustimmung aller Mächte findet, ich bereit bin, Markgraf Pallavicini die entsprechenden Instruktionen zu erteilen.

4. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Herrn de Selves gegenüber, welchem Hochdieselben in meinem Namen für die entgegenkommende Aufnahme meiner Anregung wärmstens danken wollen. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Minister bei dieser Gelegenheit sagen, daß ich es ebenso wie er gerne sehen würde, wenn die von mir in Aussicht genommene Aktion der Mächte in kürzester Zeit durchgeführt werden könnte. Es wäre mir daher nur sehr erwünscht, wenn er seinen Einfluß bei den anderen Kabinetten in diesem Sinne geltend machen wollte.

5. bis 6. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 168 (5), 252 (6), vom 21. l. M. Inseratur aus Telegramm nach Berlin Nr. 133 von: „Aus den mir" bis „lassen sollten". Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und rein persönlicher Kenntnisnahme.

a) Vgl. n. 2826, 2828, 2833, 2834, 2835, 2840, 2845, 2856.

Nr. 2828. Tel. nach Berlin Nr. 134 (1) und Konstantinopel Nr. 261 (2), 26. Okt. 1911 (chiffr. 11 U. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

1. Vertraulich. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramme Nr. 133. Euer Hochwohlgeboren wollen in Ihrer Unterredung mit dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär nochmals besonders betonen, daß auch ich den größten Wert auf das engste Einvernehmen mit dem Berliner Kabinette lege. Die Mitteilung über die günstige Aufnahme, die meine Sondierungsaktion bei den Mächten gefunden hat, wollen Euer Hochwohlgeboren noch durch folgende Erwägungen ergänzen. Die Befürchtungen Kiderlens, daß meine Anregung die Mächte der Triple-Entente veranlassen könnte, ihrerseits eine separate Vermittlungsaktion einzuleiten, kann ich nicht teilen. In dieser Auffassung bestärkt mich der Umstand, daß Sir E. Grey in seiner Unterredung mit Graf Mensdorff die Idee einer gemeinsamen Aktion aller Mächte sympathisch begrüßt und ausdrücklich hervorgehoben hat, eine solche Aktion in Konstantinopel könnte es möglicherweise der Pforte leichter machen, sich in das Unvermeidliche zu fügen.

Diese Äußerungen scheinen mir nämlich am besten die Annahme zu widerlegen, als ob England im Sinne der Auffassung Baron Marschalls, die Herr von Kiderlen selbst als zu pessimistisch betrachtet, ein Separatabkommen mit der Türkei im Auge hätte. Euer Hochwohlgeboren können endlich in diesem Zusammenhange erwähnen, daß Sir F. L. Cartwright gestern die Frage an mich gerichtet hat, ob ich eventuell auch zu einer Aktion in Rom bereit wäre, die dahin ginge, daß in Tripolis die nominelle Souveränität des Sultans aufrechterhalten bleibe. Ich habe dem englischen Botschafter ganz allgemein mit dem Hinweis geantwortet, daß eine solche Aktion mir derzeit ziemlich aussichtslos schiene. Zu Ihrer Information füge ich bei, daß ich mich heute in obigem Sinne Herrn von Tschirschky gegenüber ausgesprochen habe.

2. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 260. Ich telegraphiere wie folgt an Baron Flotow: (Inseratur Telegramm sub 1) nach Berlin von: „Euer Hochwohlgeboren wollen" bis inklusive „aussichtslos schiene"). Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und rein persönlicher Kenntnisnahme. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2830, 2833, 2847.

Nr. 2829. Notiz des deutschen Botschafters, enthaltend den am 11. Okt. 1911 paraphierten Entwurf des deutsch-französischen Marokkoabkommens, 26. Okt. 1911.[a]) Ausfert.[1])

Das Marokkoabkommen, unterzeichnet Berlin, 4. Nov. 1911, ist gedruckt in G. P. XXIX 413 Nr. 10772.

[1]) Streng vertraulich. Vom deutschen Botschafter übergeben 26. Okt. 1911. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2753, 2843, 2844, 2870, 2877.

Tel. nach Konstantinopel, 26. Okt. 1911 Nr. 260 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2827.

Tel. nach Konstantinopel, 26. Okt. 1911 Nr. 261 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 2828.

Nr. 2830. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. Okt. 1911 Nr. 356 (eing. 27. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes vom 23. d. M. Nr. 353. Assim Bey sagte mir heute, er habe dem Ministerrat berichtet, daß er meine Mitteilung, laut welcher Euer Exzellenz in den von der türkischen Regierung abgegebenen Erklärungen bezüglich ihrer friedlichen Absichten ein Engagement gegenüber den Großmächten erblicken, zur Kenntnis genommen habe. Der Ministerrat habe von dieser Mitteilung genehmigend Akt genommen, jedoch unter der Voraussetzung, daß Bulgarien ähnliche Erklärungen als ein Engagement gegenüber den Großmächten betrachten werde, worüber die Pforte seinerzeit Mitteilung erwarte. Der Minister des Äußern wiederholte bei diesem Anlasse, daß die Türkei von den friedlichsten Absichten beseelt sei, was auch daraus hervorgehe, daß die Regierung die jetzt einberufenen Reservisten nach Ablauf der Übungen nicht durch andere zu

ersetzen beabsichtige. Trotz dieser friedlichen Haltung der Pforte, fügte Assim Bey hinzu, führen Bulgarien und Serbien fort, die Türkei zu verdächtigen. Soeben habe er aus London ein Telegramm erhalten, laut welchem bulgarische und serbische Regierung bei dem dortigen Kabinett wieder über angebliche türkische Rüstungen Klage geführt hätten. Eine Politik fortwährender Nadelstiche, sagte schließlich der Minister, müßte doch mit der Zeit hier ernstlich verstimmen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2828, 2831, 2858.

Nr. 2831. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. Okt. 1911 Nr. 357 (eing. 27. Okt. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Anläßlich meines heutigen Besuches auf der Pforte sagte mir der Minister des Aeußern, er habe gehört, Italien wolle demnächst die Annexion von Tripolis proklamieren. Die Folge einer solchen Proklamation wäre, daß auch die Pforte ihrerseits die feierliche Erklärung abgeben müßte, daß sie niemals die unverjährbaren Rechte der Türkei auf Tripolis aufgeben werde. Solche Deklarationen würden, fügte Assim Bey hinzu, die Lage nur noch mehr verwickeln und eine endliche Verständigung erschweren.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 2830, 2832, 2837, 2861.

Nr. 2832. Bericht aus Konstantinopel, 26. Okt. 1911 Nr. 60 B (eing. 29. Okt.).a) Ausfert.

Als Italien vor bald einem Monat ohne irgendwelchen triftigen Grund der Türkei den Krieg erklärt hat, war man allgemein darauf gefasst, dass in diesem Lande die Volksleidenschaften in heftiger Weise zum Ausdruck kommen werden. Man erwartete namentlich grosse Ausschreitungen der mohammedanischen Bevölkerung gegen die hier lebenden Italiener, was natürlich eine weitere Verschlimmerung der Situation nach sich gezogen hätte. Ferner befürchtete man, dass es zwischen den hiesigen politischen Parteien zu offenem Zusammenstosse, ja dass es sogar zu einem Zwiespalt in der Armee kommen könnte. Von Allem dem ist bisher Nichts geschehen und es liegen vorläufig keine Anzeichen vor, dass sich die Lage in dieser Hinsicht ändern könnte. Ich habe von Anfang an die Meinung vertreten, dass die Action Italiens in Tripolis nur dann weitere internationale Complicationen zur Folge haben werde, wenn es in der Türkei selbst zu Umwälzungen kommen sollte. Nunmehr kann man, wie ich glaube, in Betreff dieses Punktes beruhigt sein und dürfte meiner Ansicht nach der gefährlichste Moment der Krise als überwunden zu betrachten sein. Selbst wenn der Krieg noch Wochen und Monate dauern sollte, scheint mir vorläufig kein Grund vorhanden zu sein, dass es in der Türkei infolge des Kriegszustandes zu inneren Wirren kommen sollte. Unter diesen Umständen scheint mir auch die Gefahr, dass es zu Complicationen zwischen der Türkei und ihren Nachbarstaaten kommen könnte, keine imminente zu sein. Die Türkei ist militärisch stark genug, um sich gegen ihre kleinen Nachbarn zu

wehren, solange sie im Innern die Hand frei hat. Allerdings könnte sich aber die Lage wieder verschlechtern, wenn Italien den Kriegsschauplatz etwa auf die Küste des Aegeischen Meeres ausdehnen sollte. Eine solche Eventualität könnte allerdings auf die innere Lage eine vorläufig nicht absehbare Wirkung haben. Meiner Ansicht nach ist also die Localisierung der Kriegsoperationen auf Tripolis von der höchsten Wichtigkeit. Die Erfahrungen, die man während der jetzigen Krise zu machen in der Lage war, sind für die Beurtheilung der weiteren Entwicklung der Dinge in diesem Lande von grossem Interesse. Es hat sich bisher gezeigt, dass die Lage der neuen Türkei doch keine so schlechte ist, als vielfach angenommen wird. Das türkische Volk hat den Beweis geliefert, dass es discipliniert ist und dass es mit Ruhe die härtesten Schicksalsschläge ertragen kann. Aber auch die Politiker dieses Landes haben sich in diesen schweren Zeiten besser bewährt, als man es vorausgesetzt hätte. Sie haben den Ernst der Lage erfasst und haben es vermieden, einen offenen Zwiespalt der Parteien herbeizuführen. Man kann unter diesen Umständen sich der Hoffnung hingeben, dass die Türkei auch diese schwere Probe überstehen und dass sie vielleicht gestärkt aus derselben heraustreten wird. Das grösste Verdienst, dass die Dinge sich so gestaltet haben, gebührt ohne Zweifel Said Pascha. Dieser greise Staatsmann hat sich schon dadurch, dass er sich in der Stunde der Gefahr nicht gescheut hatte im Gegensatze zu Anderen, die Verantwortung auf sich zu nehmen, eine starke Position geschaffen. Nun ist es ihm aber gelungen, das Vertrauensvotum der Kammer zu erlangen, sodass nunmehr seine Autorität für die nächste Zukunft gesichert erscheint. Said Pascha hat, um dieses Ziel zu erreichen, mit Geschick und grosser Klugheit operiert. Es gelang ihm den Wind aus den Segeln seines Gegners Kiamil Pascha zu nehmen, indem er eine Politik in Aussicht stellte, deren Ausführung man eigentlich von Kiamil Pascha erwartet hatte und die der momentanen Stimmung der Mehrheit der türkischen Politiker entspricht, nämlich Fortsetzung des Widerstandes gegen Italien, gleichzeitig aber Gewinnung einer oder mehrerer Mächte zum Zwecke der Erreichung eines nach hiesigen Begriffen acceptablen Friedensschlusses. Ohne sich genauer zu äussern, auf welche Mächte er hiebei sein Augenmerk richtet, erweckt er doch allgemein den Eindruck, dass er hiebei in erster Linie an England denkt. Es lässt sich heute noch nicht feststellen, ob Said Pascha ernstlich daran denkt, sich in die Arme Englands zu werfen und hiefür einen gewissen Preis zu zahlen bereit ist, oder ob es sich bloss um ein taktisches Manöver handelt, um ein Vertrauensvotum der Kammer zu erreichen. Seine Worte in der geheimen Sitzung des Parlamentes machten allerdings den Eindruck, dass er mit Hilfe Englands seinen Zweck zu erreichen hoffe, ebenso wurden auch seine Andeutungen in Bezug auf die Richtung, welche er der Politik der Türkei im Allgemeinen zu geben gesonnen sei, in diesem Sinne aufgefasst. Die hiesige Presse beschäftigt sich seit jener Zeit viel mit den Auslassungen des Grossveziers in dieser Beziehung und mit dem Gedanken einer Allianz. Ernstere Politiker fassen die Sache wohl etwas kühler auf und sehen in den Worten Said Paschas betreffend eine von der Türkei anzustrebende Allianz nichts Andres als ein Mittel, um für sich Stimmung zu machen. Said Pascha ist

dies auch vollkommen gelungen und man muss gestehen, dass seine Stellung heute eine weit stärkere ist, als diejenige seiner Vorgänger unter dem neuen Régime je war. Er hat dies auch bereits bewiesen, indem er sich mit Erfolg weigerte, diejenigen seiner Ministercollegen, welche Mitglieder des letzten Cabinets waren, zu opfern. Ein weiterer Beweis, dass sich Said Pascha stark fühlt, liegt in seiner Haltung in der Frage der Ausweisung der hier lebenden Italiener. Obwohl namentlich von Seiten des Comités ein starker Druck in dieser Hinsicht auf ihn ausgeübt wurde, blieb er fest und weigerte sich, überhaupt derartige Repressalien in Anwendung zu bringen. Die Stellung Mahmud Schefket Paschas hingegen ist trotz der Weigerung des Grossveziers, ihn jetzt fallen zu lassen, keine feste. Der Kriegsminister hat an Popularität sowohl im Allgemeinen, als auch ganz besonders in der Armee viel verloren. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2831, 2859.

Tel. nach London, 26. Okt. 1911 Nr. 57 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2827.

Tel. nach Paris, 26. Okt. 1911 Nr. 55 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2827.

Tel. nach Rom, 26. Okt. 1911 Nr. 177 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2827.

Tel. nach St. Petersburg, 26. Okt. 1911 Nr. 85 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2827.

Erlaß nach Berlin, 27. Okt. 1911 Nr. 2563. Siehe n. 2838.

Nr. 2833. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 27. Okt. 1911 Nr. 200 (eing. 28. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Telegramme Euer Exzellenz Nr. 133 und 134 erhalten. Herrn von Kiderlen konnte ich heute nicht sprechen. Er ist vollauf mit den Kongoverhandlungen beschäftigt, deren Abschluß, wie mir Unterstaatssekretär sagt, für die nächsten Tage zu erwarten ist. Ich habe daher einstweilen dem Unterstaatssekretär gegenüber mich im Sinne Euer Exzellenz hohen Auftrages geäußert. Herr Zimmermann, der bereits durch die Berichterstattung Herrn von Tschirschkys entsprechend informiert war, hob mit Freude hervor, daß die leitenden Gesichtspunkte des Staatssekretärs sich mit denen Euer Exzellenz vollkommen decken und konstatierte, daß sowohl bezüglich der Zweckmäßigkeit einer gemeinsamen Aktion aller Mächte und des etwa dazu geeigneten Zeitpunktes, wie auch was die Beurteilung einer Stellungnahme Englands anlangt, die Ansichten Herrn von Kiderlens mit denen Euer Exzellenz ganz übereinstimmen. Den Staatssekretär werde ich morgen abends sprechen können. Flotow.

[a]) Vgl. n. 2834, 2841, 2847.

Nr. 2834. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 27. Okt. 1911 Nr. 358 (eing. 28. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Mit Bezug auf das vorletzte Alinea[b] des Telegrammes vom 27.[c] d. M. Nr. 260. Ich erlaube mir schon jetzt meiner Überzeugung dahin Ausdruck zu geben, dass im jetzigen Moment eine Intervention in Konstantinopel auf der Basis der Annexion pure et simple keinerlei Aussicht auf Erfolg hätte. Die letzten Nachrichten vom Kriegsschauplatze haben auf die hiesige öffentliche Meinung einen so grossen Eindruck gemacht, dass die türkische Regierung sich überhaupt in Friedensverhandlungen mit Italien auf Basis des Verzichtes auf Tripolis, selbst unter den früher ins Auge gefassten Modalitäten, kaum einlassen könnte. Es müsste unter allen Umständen die weitere Entwicklung der Dinge abgewartet werden und wäre, glaube ich, vorläufig selbst jede Sondierung bei der türkischen Regierung auf der von den Mächten ins Auge gefassten Basis zu vermeiden. Soweit mir bekannt, dürften meine Kollegen derselben Ansicht sein.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 2833, 2835, 2842, 2851, 2855. — [b] Beginnt mit „Rücksicht auf diese Sachlage“ und endet mit „lassen sollten“. — [c] Vom 26. Okt.

Tel. nach London, 27. Okt. 1911 Nr. 58 (chiffr. 7 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 2837.

Tel. nach London, 27. Okt. 1911 Nr. 59 (chiffr. 7 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2840.

Nr. 2835. Tel. aus London, 27. Okt. 1911 Nr. 74 (eing. 28. Okt. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz heutiges Telegramm Nr. 57. Da Sir E. Grey wieder auf dem Lande, eben Sir A. Nicolson gesehen, dem ich Dank Euer Exzellenz aussprach und Inhalt der telegraphischen Weisung mitteilte zur Weiterleitung an seinen Chef. Unterstaatssekretär sagte mir, daß es das Foreign Office lebhaft interessieren würde, Ansichten der anderen Botschafter in Konstantinopel zu hören. Er würde auch Sir G. A. Lowther anweisen, sich auszusprechen, wenn dies nicht schon geschehen wäre. Auf eine Mitteilung über Greys Unterredung mit mir am 24. d. M. hat Lowther nämlich sogleich seine Ansicht telegraphiert. Nicolson las mir das Telegramm des englischen Botschafters in Konstantinopel vor, das folgendermaßen lautet: „Eine Kollektivaktion der Mächte auf Basis der Annexion pure et simple würde heute beinahe sicher von der Türkei abgelehnt werden. Der Eindruck, daß durch längeren Widerstand bessere Bedingungen erreicht werden können, scheint in Konstantinopel eher an Boden zu gewinnen als zu verlieren.“ Sir G. A. Lowther macht auch eine Bemerkung, daß Meinung hervorgerufen werden könnte, Mächte hätten sich zu einer Aktion gegen den Islam vereinigt. Sir A. Nicolson glitt über diese Bemerkung hinweg, als würde er sie persönlich als irrelevant ansehen. Unterstaatssekretär ist aber der Ansicht, daß weiterer Gedankenaustausch zwischen den Mächten jedenfalls erwünscht ist. Ich werde Sir E. Grey Montag bei seiner Rückkehr sehen. Vielleicht wäre es nützlich, wenn Euer Exzellenz bis dahin mir

eine Weisung über Eindruck Markgrafen Pallavicinis, eventuell Botschafter der anderen Mächte, zukommen lassen wollten. Mensdorff.

a) Vgl. n. 2834, 2838, 2848.

Nr. 2836. Privatschreiben aus London, 27. Okt. 1911 (eing. 30. Okt.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Im Empfange des hohen Privatschreibens vom 10. lf. Mts. betreffend die Bemerkungen, welche Euer Exzellenz an Sir Fairfax Cartwright über seine deutschfeindliche Sprache richteten, habe ich Gelegenheit gesucht, hiesigen massgebenden Persönlichkeiten von dem Inhalte Hochderen Unterredung mit dem britischen Botschafter Kenntnis zu geben. Ich konnte dies zunächst Lord Knollys gegenüber tun, mit dem ich vorige Woche eine längere Konversation hatte. Vor zwei Tagen fand ich auch einen Anlass, um mit dem Privatsekretär Sir E. Greys dieses Thema zu berühren. Mr. Tyrrell sagte mir, Sir Fairfax Cartwright habe in einem Briefe darüber berichtet, dass Euer Exzellenz ihm eine Bemerkung gemacht hätten. Ich benutzte dies, um Mr. Tyrrell zu erzählen, dass Hochdieselben in ziemlich ernster Weise mit dem Botschafter gesprochen hätten, und ihm ziemlich ausführlich den Inhalt des Briefes Euer Exzellenz mitzuteilen. Ich fügte bei, dass ich weder Sir E. Grey noch selbst Sir A. Nicolson davon zu sprechen beabsichtige, und es ihm überlasse, den ihm passend scheinenden Gebrauch von dem zu machen, was ich ihm streng vertraulich erzählte. Mr. Tyrrell konnte nur sein lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, dass die Stellung Cartwrights, mit dem er befreundet ist, in den Wiener massgebenden Kreisen gelitten hätte. Er sagte mir abermals, dass in der Affaire des Interviews selbst Cartwright keine Schuld treffe; er sei in eine Falle gegangen etc., und Dr. Friedjung, die Vossische Zeitung und die deutsche Presse überhaupt hätten das Übrige getan, um die Sache zu verschlimmern. Sehr ungeschickt fand aber auch Tyrrell die Dementis, Mitteilungen an Vaterland und Münchner Neueste Nachrichten und Alles, was Cartwright und sein Sekretär in dieser Hinsicht getan hätten. Ich wiederholte, dass Euer Exzellenz das Interview selbst auf das Konto der Neuen Freien Presse setzten und diesen Inzidenzfall als abgeschlossen ansehen, dass Hochdieselben aber die bei jeder Gelegenheit von Cartwright geführte deutsch-feindliche Sprache und seinen unvorsichtigen regen Verkehr mit der Presse nicht billigen könnten. Mr. Tyrrell verstand dies vollständig, und ich zweifle nicht, dass er, der hier bei allen Personalfragen zu Rate gezogen wird, einzusehen beginnt, dass eine Veränderung bei passender Gelegenheit erwünscht wäre, und dass er Sir E. Grey in diesem Sinne beeinflussen wird.
Mensdorff.

a) Vgl. n. 3118, 3193.

Tel. nach Paris, 27. Okt. 1911 Nr. 56 (chiffr. 7 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 2837.

Tel. nach Paris, 27. Okt. 1911 Nr. 57 (chiffr. 7 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2840.

Nr. 2837. Tel. nach Rom Nr. 178 (1), London Nr. 58 (2), Paris Nr. 56 (3) und St. Petersburg Nr. 86 (4), 27. Okt. 1911 (chiffr. 7 U. 10 M. p. m.).[a] Konz. (S. Calice; G. Nemes).

1.—4. Markgraf Pallavicini telegraphiert unter dem 26. l. M. wie folgt: ... *wie n. 2831* ... Vorstehendes zur Euer etc. Information 1. und eventueller Verwertung. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2838, 2848, 2861, 2872.

Nr. 2838. Erlaß nach Rom Nr. 2562 (1) und Berlin Nr. 2563 (2), 27. Okt. 1911 (chiffr. 27. Okt.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. Nemes und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

1. Streng vertraulich. Ich habe dieser Tage eine passende Gelegenheit benützt, um in einem vertraulichen und unverbindlichen Gespräche mit Herzog Avarna die anscheinende Differenz zu bereinigen, welche zwischen dem in Euer Exzellenz Telegramme Nr. 174 vom 21. d. M. wiedergegebenen Briefe Marquis di San Giulianos und den Äußerungen besteht, welche der Herr Botschafter am 26. September d. J.[b] mir gegenüber gemacht hat. Wir sind hiebei zu dem Ergebnisse gelangt, daß der auf das Mittelmeer bezügliche Passus in den Eröffnungen Herzog Avarnas dahin gelautet hat, der Herr königlich italienische Minister des Äußern glaube nicht an das Bestehen der Gefahr einer Rückwirkung der Tripolis-Aktion auf den Balkan, zumal Italien es sich angelegen sein lassen werde, die Angelegenheit (question) auf das Mittelmeer zu beschränken. Bei diesem Anlasse habe ich weiters dem italienischen Botschafter gegenüber den Gedanken zum Ausdrucke gebracht, daß es übrigens irrelevant sei, ob sich Italien für gebunden erachte, sich auf das Mittelmeer zu beschränken. Sollte es nämlich in seiner kriegerischen Aktion über Tripolitanien und die Cyrenaika hinausgehen, so könnte dies Italien sehr weit führen und Komplikationen hervorrufen. Dann aber könnte die italienische Regierung wohl kaum mehr auf eine Unterstützung der Mächte in Konstantinopel rechnen. Bei Beschränkung der Operationen auf Tripolitanien und die Cyrenaika könne Italien hingegen, sobald es in jenen Gebieten festen Fuß faßt, für den Fall, daß die Türkei auch dann noch nicht spontan zum Frieden geneigt sein sollte, immerhin mit einiger Berechtigung darauf zählen, daß die Mächte in Konstantinopel darauf bestehen werden, daß die Pforte nachgebe. Vorstehendes dient zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Orientierung; ich habe aber nichts dagegen, daß Sie sich in obigem Sinne vernehmen lassen, aber nur in dem Fall, wenn Marquis di San Giuliano das Gespräch selbst auf das Thema bringen sollte und indem Sie Ihrer Erwiderung den Charakter einer Privatäußerung geben.

2. Streng vertraulich. In der Anlage übersende ich Euer Hochwohlgeboren zur streng vertraulichen Information und rein persönlichen Kenntnisnahme die Abschrift eines nach Rom ergehenden Chiffreerlasses.

[a] Vgl. n. 2835, 2837, 2839, 2859. — [b] Vgl. n. 2654.

Nr. 2839. Privatschreiben aus Rom, 27. Okt. 1911 (eing. 29. Okt.).a) Eigh. Ausfert.

Streng geheim. In dem Besitze des hohen, streng geheimen Privatschreibens vom 20. l. M. hatte ich dieser Tage anläßlich einer längeren Unterredung mit dem Minister des Äußern Gelegenheit, mich demselben gegenüber bezüglich der Erneuerung des Dreibundes in dem anbefohlenen Sinne zu äußern. Marchese di San Giuliano bestätigte mir bei diesem Anlasse in ganz bestimmter Form, dass die italienische Regierung willens sei, den Dreibundvertrag und zwar — mit Ausnahme der infolge der Ereignisse einer Änderung bedürftigen Bestimmungen hinsichtlich Tripolitaniens — tel quel zu erneuern, sowie vollkommen damit einverstanden sei, dass der neue Vertrag vom Juli 1914 an in Geltung zu treten habe und dass die Unterzeichnung in Wien stattfinde. Der Minister sieht sonach der seinerzeitigen Mitteilung des zunächst zwischen uns und Deutschland zu vereinbarenden Textes der modifizirten Artikel IX und X entgegen. Marchese di San Giuliano führte bei dieser Gelegenheit aus, eines der Hauptziele, welche er mit der tripolitanischen Aktion verfolge, bestehe darin, diese Frage, welche in früheren Zeiten Italien gezwungen habe, auch auf die Westmächte zu zählen, definitiv zu liquidiren. Sein Bestreben sei hiebei, in Zukunft die früheren „tours de valse“ zu eliminiren, eine klare, gerade, korrekte Politik zu befolgen und hiedurch den Dreibund neu zu beleben. Wenn ich auch dem Minister des Äußern die Ehrlichkeit dieses Wunsches zubilligen will, erscheint es mir doch zum Mindesten fraglich, ob Italien in Hinkunft, wo es bezüglich Tripolitaniens zwischen Frankreich und England eingeklemmt sein wird, weniger Rücksichten auf diese Mächte wird nehmen können, als bisher. Was die zu modifizirenden Bestimmungen hinsichtlich Tripolitaniens anlangt, so erlaube ich mir für alle Fälle darauf aufmerksam zu machen, dass es sich hiebei, insoweit wir in Betracht kommen, um unsere einschlägige Note handelt, welche — ebenso wie die Deutschland betreffenden Artikel IX und X — in ihrer dermaligen Fassung gegenstandslos geworden ist und daher gleichfalls durch eine neue Abmachung wird ersetzt werden müssen. Der Inhalt der letzteren wird vermutlich darin bestehen, dass wir und Deutschland fortab Italien den Schutz auch bezüglich Tripolitaniens und der Cyrenaica zusichern. Ob es möglich sein wird, unter diesen Umständen den Dreibundvertrag zu erneuern, bevor die Tripolis-Aktion abgeschlossen und die künftige völkerrechtliche Situation dieser Provinzen genau und definitiv geregelt sein wird, muß ich der weisen Erwägung Euerer Excellenz anheimstellen. Ferner frage ich mich, ob die Vertrags-Erneuerung im gegenwärtigen Momente nicht von einem grossen Teile der Öffentlichkeit in ihrer politischen Bedeutung weniger hoch eingeschätzt, nämlich so interpretirt werden wird, als hätten wir dieselbe Italien in seiner dermaligen schwierigen Situation abgerungen oder als wäre sie der Preis für unsere freundliche Haltung gegenüber dem tripolitanischen Unternehmen. Auch in der Türkei würde die Erneuerung des Dreibundes im jetzigen Augenblicke voraussichtlich einen ungünstigen Eindruck machen. Da endlich die Stellung des gegenwärtigen italienischen Kabinetts durch die Tripolis-Aktion wesentlich befestigt und somit mindestens für absehbare

Zeit konsolidirt erscheint, so möchte ich unvorgreiflicher Weise zu erwägen geben, ob angesichts aller dieser Momente eine besondere Eile am Platze ist.

Mérey.

[a]) Vgl. n. 2809, 2838, 2840, 2866, 3094.

Tel. nach St. Petersburg, 27. Okt. 1911 Nr. 86 (chiffr. 7 U. 10 M. p. m.). *Siehe n. 2837.*

Nr. 2840. Tel. nach St. Petersburg Nr. 87 (1), Paris Nr. 57 (2) und London Nr. 59 (3), 27. Okt. 1911 (chiffr. 7 U. 20 M. p. m.).[a]) *Konz. (S. Nemes; G. Esterházy).*

1.—3. In meinem gestrigen Telegramme Nr. 85 (beziehungsweise 55, 57) über das Ergebnis meiner Sondierungsaktion bei den Mächten ist aus Versehen die einschlägige Berliner Auffassung nicht wiedergegeben worden. Diesbezüglich geht aus einer bereits am 21. d. M. hier eingetroffenen Meldung des Grafen Szögyény[b]) hervor, daß auch Herr von Kiderlen eine gemeinsame Aktion aller Mächte für sehr wünschenswert hält. Allerdings sprach sich der deutsche Staatssekretär ganz ähnlich wie Sir E. Grey und Herr Neratow mit einiger Skepsis über die Aussichten aus, welche im gegenwärtigen Momente eine solche Aktion böte.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2839, 2841, 2856. — [b]) n. 2799.

Tel. nach Berlin, 28. Okt. 1911 Nr. 135 (chiffr. 4 U. 40 M. p. m.). *Siehe n. 2843.*

Nr. 2841. Erlaß nach Bukarest, 28. Okt. 1911 Nr. 2587.[a]) *Konz. (S. Calice; V. und G. Nemes).*

Streng vertraulich. Der Umstand, daß man sich sowohl in Rom als auch in Konstantinopel bisher immer nur partiellen und rivalisierenden Vermittlungsaktionen gegenübersah und der allgemeine Wille Europas zum Frieden nicht geschlossen und einheitlich zum Ausdruck kam, scheint mir wesentlich dazu beigetragen zu haben, die beiden kriegführenden Teile in ihrem intransigenten Standpunkte zu bestärken, wodurch nicht nur die Erreichung des von allen Mächten angestrebten Zieles der Wiederherstellung des Friedens verzögert, sondern auch die Gefahr einer Ausbreitung des Konfliktes gesteigert wird. Diese Erwägungen rechtfertigen die Annahme, daß die Beendigung des Krieges durch eine gemeinsame Aktion aller Mächte weit eher zu erreichen wäre als durch die Mediation der beiden Kaisermächte allein. Auch von einem anderen Standpunkte aus verdient die erste Alternative nach meinem Dafürhalten den Vorzug. Die Steigerung einerseits der italienischen Ansprüche, andererseits der türkischen Intransigenz hat die Aussichten einer Vermittlungsaktion bedeutend herabgemindert, so daß die Gefahr eines Mißerfolges, der sich die beiden Kaisermächte durch die Einleitung einer solchen Aktion aussetzen würden, heute eine ungleich größere ist, als zu Beginn des Konfliktes anzunehmen war. Unter den gegebenen Umständen liegt es daher in unserem und im deutschen Interesse, daß dieses Risiko nicht von den beiden Zentralmächten allein, sondern von

allen Mächten getragen werde und dies umsomehr, als hiedurch die Möglichkeit ausgeschlossen würde, daß nach dem eventuellen Scheitern der Aktion à deux etwa eine Macht der Triple-Entente mit eben hiedurch erhöhten Chancen die Rolle des Vermittlers übernehme und erfolgreich durchführe. Im Hinblicke auf diese Momente bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß zum Zwecke der ehesten Beendigung des Krieges ein vermittelndes Eingreifen aller Signatarmächte notwendig und auch sonst erwünscht wäre. Ich habe daher an die k. u. k. Vertreter in London, Paris und St. Petersburg die hier beiliegende telegraphische Instruktion[b] gerichtet, um so mit den dortigen Kabinetten in Fühlung zu treten und zu erkennen, ob die Mächte zu einer gemeinsamen Aktion in Rom und Konstantinopel geneigt wären und welchen Moment sie hiefür als geeignet erachten. Nachdem ich Wert darauf legte, auch hiebei im engsten Einvernehmen mit dem deutschen Kabinette vorzugehen, machte ich gleichzeitig Herrn von Kiderlen Mitteilung von der von mir unternommenen Sondierung.[c] Derselbe ließ mir hierauf mitteilen,[d] er stimme meiner Ansicht vollkommen bei, daß es für die Eröffnung von Mediationsverhandlungen gegenwärtig noch an einer geeigneten Basis fehle und daß wir uns bis auf weiteres darauf beschränken müssen, in unserer Bemühung zur Beruhigung der Balkanstaaten fortzufahren. Eine gemeinsame Aktion aller Mächte erschiene auch ihm sehr wünschenswert, doch glaube er, daß dies, wie die Dinge heute stehen, nicht zu erreichen wäre. Die Fühlungnahme mit den Kabinetten von London, Paris und St. Petersburg werde er mit lebhaftestem Interesse verfolgen und die Mitteilung des Resultates dieser Sondierungen mit großem Dank entgegennehmen. Indem ich Euer Durchlaucht Vorstehendes sowie auch die bisher aus London, Paris und St. Petersburg erhaltenen Antworten[e] zur Kenntnis bringe, füge ich hinzu, daß es mir bei der in Rede stehenden Aktion in erster Linie darum zu tun ist, daß die Großmächte unter einander in Kontakt bleiben, daß mir aber, ebenso wenig wie den anderen Kabinetten, im gegenwärtigen Momente irgend eine konkrete Aktion in Konstantinopel vorschwebt. Obiges dient zu Euer Durchlaucht Orientierung sowie zur streng vertraulichen Mitteilung an Seine Majestät den König und Herrn Carp.

[a] Vgl. n. 2819, 2840, 2842, 2864, 2868. — [b] n. 2801. — [c] n. 2797. — [d] n. 2833. — [e] n. 2814, 2815, 2818.

Nr. 2842. Tel. nach Konstantinopel, 28. Okt. 1911 Nr. 264 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. und G. Nemes).

Euer Exzellenz Auffassung, wie sie in der Assim Bey gegenüber geführten Sprache (Telegramm Nr. 350 vom 21. d. M., Schlußalinea)[b] zum Ausdruck kam, deckt sich vollkommen mit der meinigen und habe ich auch bei meiner Sondierungsaktion bei den Mächten, ohne egoistische Nebenabsichten zu verfolgen, tatsächlich nur die Wiederherstellung des Friedens vor Augen. Da diese meiner Ansicht nach am leichtesten durch eine gemeinsame Aktion aller Mächte zu erreichen wäre, ist es mir im gegenwärtigen Augenblicke, wo auf ein praktisches Ergebnis noch nicht zu rechnen

ist, hauptsächlich darum zu tun, daß der Kontakt zwischen den Kabinetten nicht verloren gehe und die Idee eines gemeinsamen Vorgehens nicht von der Tagesordnung verschwinde. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, habe ich den Gedanken Sir E. Greys aufgegriffen, unsere Botschafter in Konstantinopel anzuweisen, die jeweilige Stimmung in der Türkei aufmerksam zu verfolgen, untereinander in Fühlung zu bleiben und ihre Wahrnehmungen einzuberichten. Selbstverständlich ist es nicht meine Absicht, schon jetzt eine Sondierung bei der Pforte eintreten zu lassen, da diese, wie Euer Exzellenz in Ihrem Telegramme Nr. 358 vom 27. d. M. sehr richtig bemerken, sich bei der gegenwärtigen Sachlage kaum in Friedensverhandlungen einlassen würde. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2841, 2845, 2851. — [b]) Beginnt mit „Ich erwiderte hierauf dem Minister".

Nr. 2843. Tel. nach Madrid Nr. 19 (1), Berlin Nr. 135 (2) und Paris Nr. 58 (3), 28. Okt. 1911 (chiffr. 4 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Biegeleben; V. und G. Aehrenthal).

1. Der königlich spanische Botschafter hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass seine Regierung mit Besorgniss ihren bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich in der Marokkofrage entgegenblicke, deren Lösung ihr grosse Schwierigkeiten bereiten werde. Ich erwiderte Marquis de Herrera als meine Privatansicht, dass, falls eine directe Verständigung mit Frankreich nicht erzielt werden könnte, es Spanien als Signatarmacht der Algeciras-Conferenz frei stünde, sich mit seinen Wünschen an die Mächte zu wenden. Den von meinem Mitredner vorgebrachten Wunsch, den spanischen Standpunct zu unterstützen, beantwortete ich in dem Sinne, dass ich erst wissen müsse, um welche Differenzen es sich hier handle, und dass ich dann, wenn mir die Ansprüche der kgl. spanischen Regierung gerechtfertigt erschienen, mich wohl bereit finden würde, ihnen meine diplomatische Mitwirkung zu leihen. Vorstehendes zu Ihrer persönlichen Information und Regelung Ihrer Sprache.

2.—3. Zu Ihrer persönlichen Information theile ich Ihnen nachstehendes Telegramm an Grafen Wydenbruck mit (inseratur Telegramm sub 1). Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2829, 2844, 2869.

Nr. 2844. Bericht aus Madrid, 28. Okt. 1911 Nr. 62 (eing. 1. Nov.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern sagte mir bei gestrigem Diplomatenempfang, dass der Beginn der Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich über Marokko unmittelbar bevorstehe und der französische Botschafter ihm das baldigste Eintreffen seiner Instruktionen in Aussicht gestellt habe. Letzteres wurde mir übrigens auch von meinem französischen Kollegen bestätigt. Minister sprach sich mit grosser Entschiedenheit und Wärme gegen die vor einigen Tagen im Matin erschienene Insinuation aus, dass

Negociationen zwischen beiden Mächten nur dann erfolgreich sein könnten, wenn Spanien sich aus Larasch sowie Alkasarquivir zurückzöge. Dies sei ganz ausgeschlossen; Spanien habe, um Ordnung zu schaffen und Leben und Eigentum seiner Nationalen zu schützen, grosse Opfer an Blut und Geld gebracht; dies könne nicht vergeblich geschehen sein, auch sei die Behauptung des Matin, dass nach dem geheimen Vertrag von 1904 Spanien kein Recht auf die genannten Orte habe, durchaus unrichtig. Soweit ich den schon aus sprachlichen Rücksichten nicht immer leicht verständlichen Äusserungen des Ministers des Äussern entnehmen zu können glaubte, hat sich Marquis Herrera im gleichen Sinne Euer Exzellenz gegenüber ausgesprochen und von Hochdenselben die Versicherung erhalten, dass die k. u. k. Regierung der spanischen Politik das altgewohnte Wohlwollen entgegenbringe. Im Anschluss an Vorstehendes erlaube ich mir, Euer Exzellenz zu melden, dass sich Ihre Majestät die Königin-Mutter anlässlich einer Privataudienz, die sie mir kürzlich zu gewähren geruhte, sich recht ängstlich über die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich äusserte und wörtlich sagte: „Wenn uns nur nichts geschieht! Nicht wahr, Sie passen da gut auf!" Ich glaubte der hohen Frau antworten zu dürfen, dass meine Regierung und insbesondere Euer Exzellenz der spanischen Regierung nach wie vor mit Verständnis deren schwieriger Lage und mit Sympathie gegenüberständen. Ich habe den Eindruck, dass trotz des energischen j'y suis, j'y reste des Ministers des Äussern mit Bezug auf Larasch und Alkasarquivir man den kommenden Verhandlungen mit nicht geringer Sorge entgegensehe und einen Versuch der Vergewaltigung Spaniens durch Frankreich befürchtet. Ich würde aus naheliegenden Gründen Euer Exzellenz verpflichtet sein, wenn Hochdieselben mir den Empfang dieses Berichtes, der am 1. November in Wien sein sollte, durch ein kurzes Telegramm bestätigen lassen wollten. Wydenbruck.

[a]) Vgl. n. 2829, 2843, 2862, 2869.

Tel. nach Paris, 28. Okt. 1911 Nr. 58 (chiffr. 4 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2843.

Nr. 2845. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 28. Okt. 1911 Nr. 163 (eing. 29. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Neratow, dem ich Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 85 vom 27. d. M. bekanntgegeben, dankt Hochdenselben bestens für diese Mitteilung. Herr Gerent ist ganz einverstanden mit Idee, durch die fünf Botschafter in Konstantinopel zunächst Informationen über dortige Dispositionen einzuholen. Er meint, diese Herren hätten unter sich ihre Meinungen über Opportunität weiterer Schritte auszutauschen, eventuelle Differenzen diesbezüglich nach Möglichkeit zu berichtigen und eventuell über Modalitäten einer Sondierung der Pforte zu beraten. Da mir dieser Standpunkt praktisch erschien, machte ich keine Einwendung. Herr Neratow wird Herrn Tscharykoff im obigen Sinne telegraphische Weisung erteilen. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2842, 2847, 2851, 2854.

Nr. 2846. Tel. aus Sofia, 28. Okt. 1911 Nr. 161 (eing. 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Demarche wurde verzögert, da russischer und französischer Gesandter auf Engländer, der noch ohne Instruktionen, warten wollten. Nachdem letzterer sich, offenbar aus Eigensinn, nicht beeilte, beschlossen die zwei erstgenannten Kollegen nicht länger zu warten und wir haben heute zu viert, nämlich ich, Deutscher, Russe und Franzose Demarche gemacht. Jeder ist separat zu Herrn Geschoff gegangen, um seine Erklärung abzugeben. Ich sprach mich im Sinne des ersten Alineas des hohen Telegrammes Nr. 59 vom 19. d. M. aus. Conseilspräsident ersuchte, Euer Exzellenz verbindlichst zu danken. Im Laufe der nachgefolgten Unterredung erwähnte ich, dass ich Ermächtigung zur Demarche schon seit dem 20. d. M. besitze.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 2820.

Nr. 2847. Tel. des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 29. Okt. 1911 Nr. 201 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 200 vom 27. dieses Monats. Staatssekretär, den ich gestern abends sprach, ersuchte mich, Euer Exzellenz seinen verbindlichsten Dank für die Mitteilung über die günstige Aufnahme Hochderen Sondierung bei den Mächten zu übermitteln. Er teilte mir gleichzeitig mit, Herr Cambon habe ihm nachmittags im Auftrage seiner Regierung bekanntgegeben, Sir Edward Grey habe in Paris nachfragen lassen, ob sich die französische Regierung an einer Vermittlungsaktion in Konstantinopel beteiligen würde; französischerseits wäre man bereit, sich einer solchen Aktion anzuschliessen, wenn Deutschland auch daran teilnehmen würde. Herr von Kiderlen hat dem französischen Botschafter die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung hiezu ausgesprochen. Obiger Schritt des englischen Kabinettes bestärkt den Staatssekretär in der Überzeugung, dass die von Sir F. L. Cartwright an Euer Exzellenz gerichtete Frage (hohes Telegramm Nr. 134) nichts anderes sei, als der Versuch einer „unverschämten" Intrigue des Wiener Botschafters, die Hochdieselben sehr glücklich pariert hätten. Herr von Kiderlen befürchtet, dass die letzten Kriegsereignisse in Tripolis, die für den schliesslichen Ausgang der italienischen Expedition von keiner Bedeutung seien, einerseits die Türken in ihrem Widerstand bestärken, anderseits bei den Italienern eine gewisse Erbitterung zeitigen könnten, was bedauerlicher Weise die Aussichten für eine Mediation wieder verringern könnte.

Flotow.

[a]) Vgl. n. 2845, 2848, 2850, 2860.

Nr. 2848. Tel. nach London, 29. Okt. 1911 Nr. 60 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Esterházy).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 74 vom 27. d. M. Ebenso wie Sir G. A. Lowther ist auch Markgraf Pallavicini der Ansicht, daß eine Intervention in Konstantinopel auf der Basis der Annexion pure et simple gegenwärtig keine Aussicht auf Erfolg hätte. Über die bezügliche Stimmung

auf der Pforte sind Euer Exzellenz übrigens durch mein Telegramm 58 vom 27. d. M. informiert. Euer Exzellenz wollen Sir E. Grey von der Auffassung Markgraf Pallavicinis Mitteilung machen und beifügen, daß auch Herr Neratow mit der Idee einverstanden ist, durch die fünf Botschafter in Konstantinopel zunächst Informationen über dortige Dispositionen einzuholen. Der Gerent meint, diese Herren hätten unter sich ihre Meinungen über Opportunität weiterer Schritte auszutauschen und eventuell über Modalitäten einer Sondierung der Pforte zu beraten. Ich ersuche Euer Exzellenz, Sir E. Grey weiters mitzuteilen, daß sowohl Markgraf Pallavicini als auch Herr Tscharykoff im Besitze bezüglicher Instruktionen sind. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2847, 2852.

Nr. 2849. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 30. Okt. 1911 Res. Nr. 226 (eing. als Einsichtsstück des Chef des Generalstabs vom 6. Nov. 1911 Nr. 4215 am 21. Nov.). Abschrift.

Die serbischen Wünsche auf Teile türkischen Gebietes traten bei Ausbruch des italienisch-türkischen Konfliktes wieder in den Vordergrund. Die serbische Regierung gelangte jedoch bald zur Einsicht, daß es ein sehr gefährliches Experiment wäre, den Stimmen aus dem Volke auch Taten folgen zu lassen. Man versuchte daher auf andere Weise aus der Verlegenheit am Goldenen Horn Nutzen zu ziehen; ging es nicht durch Krieg, vielleicht konnte man durch besondere Freundschaftsbeweise irgendwelche Erfolge für die serbische Sache erringen! Man beeilte sich daher der hohen Pforte unmittelbar nach Ausbruch des Konfliktes eine in besonders warmem Tone gehaltene Neutralitätserklärung abzugeben und erhielt hiefür das Zugeständnis auch weiterer unbehinderter Waffendurchfuhr über türkisches Gebiet. Dies konnte dem serbischen Appetit nicht genügen und wie weit die serbischen Hoffnungen gereicht hatten, bewies eine mehrere Tage hindurch aufrechterhaltene Nachricht der Tribuna, die Türkei überlasse Serbien die militärische Besetzung und die Verwaltung des sogenannten „Sandschaks", worunter man hier ganz Kossowo bis an den Šar-Dag — das alte Rascien — versteht. Da war wohl nur der Wunsch der Vater des Gedankens! Noch ein anderer Ausbruch der serbischen Ideenrichtung in dieser Frage erscheint bemerkenswert: Die beständige Angst, daß die Monarchie den Sandschak neuerdings besetzen werde. Fast täglich bringen die hiesigen Zeitungen Telegramme aus Agram, Sarajevo, Plevlje, Višegrad etc., die von Truppensammlungen, Transporten, Reisen höherer Offiziere, militärischen Beratungen in Wien, scharfer Bewachung der Grenze, Entsendung von Spionen und Agenten etc. etc. zu berichten wissen, — nach serbischer Auffassung lauter Maßnahmen, die unzweifelhaft dartun, daß Österreich-Ungarn einen Einfall in den Sandschak vorbereite. Diese Nachrichten werden hier so konsequent wiederholt, daß sie selbst bei der sogenannten Intelligenz der Bevölkerung zur festen Überzeugung geworden sind. Von mehreren Seiten, auch von einem höheren serbischen Offizier, wurde mir gegenüber diesbezüglich angespielt, selbst der hiesige bulgarische und der griechische Gesandte versuchten — mit offenkundigem Mißtrauen — mich

über den Stand der Dinge in Bosnien auszuholen. Man war von meiner Frage, ob man es der k. u. k. Regierung zutraue, ein Besatzungsgebiet freiwillig aufzugeben, um es nach 2 Jahren wieder zu besetzen, eher betroffen. Jedenfalls spiegeln sich in den serbischen Befürchtungen die serbischen Wünsche wieder. Gellinek.

Nr. 2850. Tel. an den Legationsrat Ludwig Freiherrn von Flotow in Berlin, 30. Okt. 1911 Nr. 136 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 200 und 201 vom 27. beziehungsweise 29. d. M. Die von Herrn Zimmermann hervorgehobene Übereinstimmung in den leitenden Gesichtspunkten Herrn von Kiderlens mit den meinigen sowie die dem französischen Botschafter gegenüber abgegebene Erklärung des Staatssekretärs, betreffend die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, an einer Vermittlungsaktion aller Mächte in Konstantinopel teilnehmen zu wollen, habe ich mit Befriedigung begrüßt. Euer Hochwohlgeboren wollen dem Staatssekretär mitteilen, daß Herr Neratow sich mit der Idee ganz einverstanden erklärt hat, durch die fünf Botschafter in Konstantinopel zunächst Informationen über dortige Dispositionen einzuholen. Der Gerent meint, diese Herren hätten unter sich ihre Meinungen über Opportunität weiterer Schritte auszutauschen und eventuell über Modalitäten einer Sondierung der Pforte zu beraten. Da Herr Tscharykow ebenso wie Markgraf Pallavicini Weisungen in obigem Sinne erhalten hat, nehme ich an, daß auch Staatssekretär keine Bedenken haben werde, Baron Marschall anzuweisen, mit seinen Kollegen in eine Fühlungnahme zu treten, die ja zu nichts verpflichte. Zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information füge ich bei, daß Markgraf Pallavicini ebenso wie Sir G. A. Lowther die Ansicht ausgesprochen haben, daß eine Intervention in Konstantinopel auf der Basis der Annexion pure et simple gegenwärtig keine Aussicht auf Erfolg hätte. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2851.

Nr. 2851. Tel. nach Konstantinopel, 30. Okt. 1911 Nr. 266 (chiffr. 5 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 358 vom 27. d. M. Einer telegraphischen Meldung Graf Mensdorffs[b]) entnehme ich, daß Sir G. A. Lowther Euer Exzellenz Ansicht teilt, daß eine Kollektiv-Aktion der Mächte auf Basis der Annexion pure et simple heute beinahe sicher von der Türkei abgelehnt werden würde. Herr von Szilassy meldet mir,[c]) Herr Neratow sei mit der Idee ganz einverstanden, durch die fünf Botschafter in Konstantinopel zunächst Informationen über dortige Dispositionen einzuholen. Gerent meine, die Herren Botschafter hätten ihre Meinungen über Opportunität weiterer Schritte auszutauschen und eventuell über Modalitäten einer Sondierung der Pforte zu beraten. Herr Tscharykow habe telegraphische Instruktionen in obigem Sinne erhalten. Ich habe Herrn

von Kiderlen, der neuerdings seine Bereitwilligkeit, an einer gemeinsamen Vermittlungsaktion in Konstantinopel teilnehmen zu wollen, ausgesprochen, aber von Instruktionen an Baron Marschall noch nichts erwähnt hat, von den Äußerungen Herrn Neratows in Kenntnis setzen lassen und ersuche Euer Exzellenz nunmehr im Sinne meines Telegrammes Nr. 264 vom 28. d. M. mit Ihren Kollegen möglichst in Fühlung zu bleiben.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2850, 2852, 2855. — [b]) n. 2852. — [c]) n. 2845.

Nr. 2852. Tel. aus London, 30. Okt. 1911 Nr. 76 (eing. 31. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm No. 60 von gestern. Ich habe Sir E. Grey soeben Dank und Befriedigung Euer Exzellenz über seinen accueil sympathique Hochderen Anregung ausgesprochen und gesagt, daß Euer Exzellenz seine Idee aufgegriffen hätten, die Botschafter in Konstantinopel anzuweisen, über die dortigen Dispositionen Informationen einzuziehen, und daß Markgraf Pallavicini und Tscharykoff bereits diesbezügliche Weisungen erhalten haben. Auch die Auffassung des Markgrafen Pallavicini, die mit derjenigen Sir G. A. Lowthers übereinstimmt, habe ich Staatssekretär mitgeteilt. Sir E. Grey wird dem britischen Botschafter in Konstantinopel anweisen, mit jenen seiner Kollegen, welche analoge Instruktionen erhalten haben, in Fühlung zu bleiben, damit sie ihre Informationen vergleichen und darüber an ihre Regierungen berichten. Sir E. Grey meint, es könne nur nützlich sein, wenn die Botschafter in Konstantinopel, die ja Informationen aus verschiedenen Quellen erhalten, sich fortlaufend besprechen und ihre respektiven Regierungen über die Ergebnisse unterrichten. Für den Moment ist Staatssekretär wenig hoffnungsvoll und glaubt, die Kämpfe der letzten Tage in Tripolis lassen Aussichten auf eine türkische Geneigtheit zum Frieden noch geringer erscheinen; er anerkennt aber, daß es höchst erwünscht sei, wenn Kabinette in Fühlung bleiben.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2851, 2853.

Nr. 2853. Tel. aus Rom, 30. Okt. 1911 Nr. 180 (eing. 31. Okt. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Aus heutiger Unterredung mit Minister des Äussern entnahm ich, daß sich hiesige Regierung tatsächlich mit der von den Zeitungen ventilierten Frage beschäftigt, die Annexion von Tripolis in irgend einer Form zu proklamieren. Man rechnet hiebei darauf, daß erfahrungsgemäß die Pforte leichter eine vollzogene Tatsache hinnimmt, als ohne eine solche nachgibt, vor allem aber auf die moralische Wirkung auf die Araber an Ort und Stelle. Marquis San Giuliano betonte, daß noch kein Entschluß gefaßt sei, und verriet Geneigtheit, uns vor eventueller Ausführung dieser Idee vertraulich zu verständigen.

Mérey.

[a]) Vgl. n. 2852, 2854, 2861.

Nr. 2854. Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 30. Okt. 1911 Nr. 88 (chiffr. 3 U. 20 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).*

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 163 vom 28. d. M. Von den Herrn Tscharykow erteilten Weisungen habe ich mit Befriedigung Kenntnis genommen und wollen Euer Hochwohlgeboren Herrn Neratow unter Ausdruck meines Dankes mitteilen, daß Markgraf Pallavicini analoge Instruktionen erhalten hat. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2853, 2855.

Nr. 2855. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 31. Okt. 1911 Nr. 366 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 30. d. M. Nr. 266. Ich habe bereits in meinem Telegramme Nr. 358 vom 27. d. M. hervorgehoben, daß alle meine Kollegen meine Meinung teilen dürften, daß im gegenwärtigen Augenblick von einer Mediation der Mächte in Konstantinopel keine Rede sein könne. Ich kann nunmehr mit voller Bestimmtheit mich dahin aussprechen, daß diesfalls unter meinen Kollegen keine Meinungsverschiedenheit besteht. Die türkische Regierung könnte, wie die Dinge heute stehen, auf Basis irgendwelcher Zugeständnisse territorialer Natur an Italien auf Friedensverhandlungen, selbst wenn sie wollte, auch schon deshalb nicht eingehen, da sie die Araber, welche den Krieg gegen die Italiener eigentlich jetzt führen, nicht genügend in der Hand hat. Bevor es Italien nicht gelingt, die militärische Situation zu seinen Gunsten gründlich zu ändern, was vorläufig die letzten aus Tripolis einlangenden Nachrichten zweifelhaft erscheinen lassen, könnte meiner Ansicht nach eine diplomatische Aktion zur Herstellung des Friedens nicht einmal in Aussicht genommen werden.
Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2854, 2856.

Nr. 2856. Tel. aus Paris, 31. Okt. 1911 Nr. 85 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Ich habe gestern Herrn von Selves im Sinne Euer Exzellenz Telegramme Nr. 55 und 57 verständigt. Derselbe sagte mir, dass er gleiche Informationen habe. Nach Nachrichten, die er aus Konstantinopel erhielt, würde Pforte bis jetzt unbedingt auf Aufrechterhaltung einer, wenn auch nominellen, Souveränität des Sultans bestehen. Minister glaubt daher, dass auf einfache Annexion basierte Vermittlung jetzt noch aussichtslos wäre. Er legt aber grosses Gewicht auf den Vorschlag Euer Exzellenz betreffs gemeinsamer Aktion aller Mächte in Rom und Konstantinopel und ist gerne bereit, allfällige Propositionen Euer Exzellenz in Erwägung zu ziehen.
Szécsen.

[a]) Vgl. n. 2855, 2858.

Nr. 2857. Privatschreiben aus Cetinje, 1. Nov. 1911 (eing. 8. Nov.).[a] *Ausfert.*

Geheim. König Nikolaus beschied mich gestern Abend zu sich und stellte an mich ziemlich unvermittelt die Aufforderung, nach Wien zu reisen und Eurer Exzellenz den Vorschlag zu unterbreiten, mit Montenegro einen „geheimen Vertrag", „Konvention" oder dergleichen abzuschliessen, welcher die politische Zukunft des Königreiches sicherstellen würde. Ich will versuchen, aus dem Redeflusse und den Argumenten des Königs das Wesentliche herauszugreifen, um ein möglichst zutreffendes Bild seiner Ideen und Wünsche zu geben. Ich lasse den König reden, hiebei die auf den Gegenstand Bezug habenden Ausführungen zusammenfassend, und vorläufig meine Einwürfe, Fragen und Gegenreden völlig unberücksichtigt. „Die Situation ist in Europa eine sehr interessante, aber auch beunruhigende, — für den Moment scheint nichts zu befürchten, doch kann sich die Lage in wenig Tagen ändern, und ich will ruhig schlafen." „Ich habe nur die Interessen meines Landes im Auge, und dieses Interesse weist mich an Oesterreich-Ungarn." „Vor zwei Jahren habe ich Ihnen gesagt, dass ich Hand in Hand mit der Monarchie gehen will, — mit Leib und Seele — dieses Wort hat mich viel Vorwürfe gekostet, ich halte es aber aufrecht und gehe noch weiter." „In Russland tut man mir die Ehre an, mich des Austrophilismus zu beschuldigen; dies wird mich nicht irre machen." „Mit Oesterreich-Ungarn muss man aufrichtig und ehrlich sein, aber auch ich will wissen, woran ich bin und was ich zu hoffen habe." „Ich verpflichte mich und mein Land, — und dies soll schriftlich in einer Konvention niedergelegt werden — in Allem und Jedem Oesterreich-Ungarns Ratschläge und Weisungen zu folgen und dies sowohl was die Wahrung des Friedens als auch eine eventuelle Aktion betrifft." „Ich stelle der Monarchie meine Armee von 40.—50.000 Mann (der König verdoppelt hier die aufbringbare Kriegsstärke) zur Verfügung gegen jeden Feind mit Ausnahme Serbiens und Russlands; auch gegen Italien marschiere ich", setzte der König hinzu. „Dagegen verlange ich die Klarstellung, respektive die Zusage der Unterstützung Oesterreich-Ungarns, wenn gegen die Voraussicht, und vielleicht gegen den Willen Oesterreich-Ungarns und Montenegros, die Verhältnisse eine Aktion bedingen, oder, kurz gesagt, die Liquidation der Türkei beginnt, bezüglich der Ansprüche Montenegros auf jene Gebiete Nordalbaniens, welche Montenegro einmal erwerben muss, um lebensfähig zu werden." — In einer späteren Phase des Gespräches setzte der König erläuternd hinzu: „Ich werde mich in Allem fügen, was Sie mir zu tun heissen, abwarten, wenn Sie es für gut finden und losgehen, sobald Sie mir die Weisung dazu erteilen." „Ich tue Alles, was Oesterreich-Ungarn will, — z. B. ein mit Nordalbanien vereinigtes Königreich Montenegro unter das österreichisch-ungarische Protektorat stellen, etc." „Wir würden noch immer verschwindend klein sein gegen die Monarchie, und können wohl nie gefährlich werden." „Ich habe seit Jahren diesem Ziele zugestrebt, und trotz Allem, was geschehen ist (Annexion Bosniens) mein Volk darauf vorbereitet und für Oesterreich-Ungarn Stimmung gemacht." „Ich bitte Sie aber, sogleich nach Wien zu fahren, denn die Angelegenheit ist sehr dringend, und ich möchte bald Bescheid wissen." Ich frug Seine Majestät vor Allem um die Beweggründe dieser Hast und ob der König

mir eine nähere Mitteilung darüber machen könne, weshalb er sich plötzlich gedrängt fühle, binnen wenigen Tagen eine so schwerwiegende Entscheidung forcieren zu wollen, ob er eine nahe Gefahr fürchte, woher diese kommen solle, oder ob Montenegro entschlossen sei, eine Aktion zu beginnen? König Nikolaus verweigerte auf diese Fragen die Antwort, indem er hinzufügte: „Ich bitte dem Graf Aehrenthal zu melden, dass ich die Antwort verweigern muss, — es pressiert aber sehr, und kann ich nicht warten." Ich bemerkte dem Könige, dass ich ohne Bewilligung Eurer Exzellenz nicht nach Wien abreisen dürfe, und dass es anderseits schwierig sei, den Inhalt der Unterredung zu chiffrieren, weil damit schon die Geheimhaltung gefährdet sei. Der König möge einen Vertrauensmann nach Wien senden, der sich die Antwort holen könne. Auf alle diese Entgegnungen reagierte der König nicht; er wolle niemand ins Vertrauen ziehen und mit niemand zu tun haben, — er verpfände auch sein Wort, dass selbst der Kaiser von Russland nichts von der Sache erfahren werde. In merito liess ich Seine Majestät nicht im Unklaren, dass meinem unmassgeblichen Dafürhalten nach, weder der Moment, noch die Notwendigkeit für den Abschluss einer politischen Konvention mit Montenegro gegeben sei. Wir seien mitten im Frieden und ein solcher Vertrag müsste ja Montenegro geradezu verleiten, einen Krieg zu provozieren. Der erste Grundsatz der österreichisch-ungarischen Politik sei die möglichst lange Erhaltung des Status quo, was ja nicht hindere, dass beim Eintreten der Eventualität die verschiedenen Aspirationen mit mehr oder weniger Wohlwollen geprüft werden würden. Die Monarchie habe Montenegro in einer Reihe von Fragen ein weitgehendes Entgegenkommen bekundet und der leitende Minister Herrn Gregović gegenüber[b] seinen gewiss wohlwollenden Standpunkt gekennzeichnet;[c] ob Hochdieselben darüber hinaus gehen und bestimmte Versprechungen schriftlich geben würden, entziehe sich meiner Beurteilung. Der Verdacht müsse aber rege werden, dass Montenegro im Frühjahre eine Aktion gegen die Türkei plane und sich die Früchte derselben von der benachbarten Grossmacht, die zugleich als Rückendeckung und verantwortlicher Redakteur dienen soll, garantieren lassen wolle. Dem widersprach der König lebhaft. „Nein, ich werde keinen Mann über die Grenze senden, ehe es Österreich-Ungarn erlaubt, — ich werde keine Aktion provozieren, ehe eine solche nicht selbst durch die Ereignisse herbeigeführt wird, — aber ich muss wissen, woran ich bin, meine Armee im stillen vorbereiten, Depôts anlegen, etc., kurz Alles auf diesen Kriegsfall einrichten." Einer meiner Einwürfe war auch der, dass in einer solchen Konvention die Monarchie Alles geben und dafür nichts empfangen würde. Der König erwiderte: „Sie verfügen über meine Armee." Darauf ich: „Wir haben aber für diese Armee keine Verwendung, da wir Frieden halten wollen." Der König: „Sie machen doch auch Ihre Vorbereitungen in Bosnien im geheimen und haben Ihre Pläne, — Gott soll diese segnen — ich muss aber auch für mein Land Existenzbedingungen schaffen." Meine Erwiderung, dass mir von Vorbereitungen in Bosnien nichts bekannt sei und die Monarchie keine expansiven Ziele hätte, wies der König mit ironischem Lächeln zurück. Ich kam noch einmal darauf, dass die k. u. k. Regierung kaum disponiert

sein dürfte, einen Vertrag zu schliessen, welcher die Haut eines noch stark lebenden Bären schon jetzt verteile, worauf der König Nikolaus entgegnete: „Unterstreichen Sie, dass ich keine Aktion provozieren und nicht anfangen werde, ehe nicht der Befehl von Wien kommt." Ich habe dem Könige mit allen Argumenten, welche mir im Momente und dem Souverän gegenüber möglich erschienen, erwidert, — dabei aber betont, dass das entscheidende Wort Eurer Exzellenz vorbehalten bleiben müsse. Seine Majestät wurde stellenweise unmutig und sagte einmal: „Ich kann Sie natürlich nicht zwingen, Ihren Vorteil wahrzunehmen, c'est à laisser ou à prendre, — wir werden, wenn nichts daraus wird, versuchen, weiter zu vegetieren — ich wiederhole nochmals, dass die Zeit drängt." Zum Schlusse der Unterredung wurde der König wieder gnädiger und legte meine Hand auf sein Herz mit den Worten: „Vous pouvez avoir pleine confiance en moi, je ne mens pas, je suis doublement sacré, comme chretien et comme souverain!" Da ich mich weigerte, ohne Instruktion von Hochdenselben nach Wien abzureisen, bat mich der König, Eurer Exzellenz die Konversation in einem Privatschreiben mitzuteilen, was ich zusagte. „Vergessen Sie nicht, dem Graf Aehrenthal mein Ansuchen um ein schriftliches Abkommen mitzuteilen und um eine rasche Bekanntgabe seiner Ansicht zu bitten." Wenn es mir gestattet ist, einige Worte hinzuzufügen, welche den persönlichen Eindrücken, die ich erhalten, gelten sollen, so möchte ich dieselben wie folgt widergeben. Das Drängen des Königs halte ich für Geflunker, um damit den Glauben zu erwecken, dass ihm von anderer Seite (Bulgarien?) schon Propositionen gemacht wurden. Der König plant eine Aktion für das Frühjahr gegen Albanien, wenn er nur eine Chance für den Erfolg sieht, um das Land aus dem Elende herauszuführen und es durch ressoursenreiche Gebiete zu vergrössern, — mit dem weitgesteckten Ziele, vielleicht die Krone Albaniens mit seiner zu vereinen. Einen Vorwand für diese Aktion wird er im gegebenen Momente leicht finden (Unzufriedenheit der Malissoren, Immigration, Grenzkonflikt, etc.). Dass dabei Serbien nichts oder wenig profitiere, dafür würden schon wir sorgen, — und so kann der König die grossmütige Geste annehmen, gegen Serbien nicht marschieren zu wollen. Als kluger Diplomat und Kaufmann will er die Garantie für den Erfolg möglichst steigern, das Risiko möglichst vermindern. Beim Könige scheint der Glaube festgewurzelt, dass wir uns auf eine Aktion im Frühjahre vorbereiten, welche den Sandschak und Salonik zum Ziele hätte. Das brüske Vorgehen Italiens und vielleicht serbische und russische Einflüsterungen mögen ihn in dieser Annahme bestärken. Um nicht zu spät zu kommen, und da es ihm zu riskiert erscheint, gegen uns vorzugehen, will er sich rechtzeitig den Anteil an der Beute sichern. Durch seinen Vorschlag, respektive die Antwort Eurer Exzellenz, hofft er aber zumindestens Einsicht in die Pläne der Monarchie zu gewinnen. Damit scheint die Kombination des Königs vielleicht genügend erklärt. Trotzdem ich mit meiner unmassgeblichen und unverbindlichen Meinung, welche dem Vorschlage des Königs nicht günstig lautete, nicht zurückhielt, habe ich nicht verfehlt, dem Könige wiederholt zu versichern, dass die Möglichkeit vorliege, Eure Exzellenz würden mich aus Gründen höherer Staatsraison auf der ganzen Linie desavouieren und ich nicht ermangeln

werde, jede bezügliche Aeusserung oder Instruktion Eurer Exzellenz, Höchstdemselben unverweilt zur Kenntnis zu bringen. Giesl.

[a]) Vgl. n. 2823, 2903. — [b]) Vgl. n. 2635. — [c]) So!

Nr. 2858. Erlaß nach Konstantinopel, 1. Nov. 1911 Nr. 2608.[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

Wie ich Euer Exzellenz Telegramme vom 26. v. M. Nr. 356 entnehme, hat Assim Bey die ihm von Hochdenselben über meinen telegraphischen Auftrag vom 20. Oktober l. J. Nr. 247 gemachte Mitteilung, laut welcher die k. u. k. Regierung in den türkischerseits abgegebenen Erklärungen bezüglich ihrer friedlichen Absichten ein Engagement gegenüber den Großmächten erblickt, zur Kenntnis des ottomanischen Ministerrates gebracht. Letzterer habe nun, wie der türkische Minister des Äußern Euer Exzellenz gegenüber weiter ausführte, von obiger Mitteilung genehmigend Akt genommen, jedoch unter der Voraussetzung, daß Bulgariens ähnliche Erklärungen als ein Engagement gegenüber den Großmächten betrachtet werden, worüber die Pforte seinerzeit Mitteilung erwarte. Indem ich Euer Exzellenz ersuche, mir berichten zu wollen, ob Hochdieselben es für wahrscheinlich halten, daß Assim Bey auf diesen Beschluß des Ministerrates zurückkommen dürfte, bemerke ich, daß ich prinzipiell nicht abgeneigt wäre, der türkischerseits aufgestellten Voraussetzung zu entsprechen. Allerdings würde ich zunächst Wert darauf legen, in Erfahrung zu bringen, ob den Botschaftern der übrigen Signatarmächte seitens des türkischen Ministers des Äußern eine analoge Anregung zugekommen ist, ob sie dieselbe zur Kenntnis ihrer Regierungen gebracht und welche Instruktionen ihnen diesbezüglich erteilt worden sind. Gerade im gegenwärtigen Momente, wo es, wie Euer Exzellenz bekannt, gelungen ist, eine Fühlungnahme unter den Botschaftern der fünf Mächte ins Werk zu setzen, schiene mir die mehrerwähnte türkische Anregung einen passenden Anlaß darzubieten, welchen Euer Exzellenz dazu benützen könnten, um sich mit Hochderen Kollegen in Verbindung zu setzen und einen diesbezüglichen Gedankenaustausch einzuleiten.

[a]) Vgl. n. 2856, 2859.

Nr. 2859. Erlaß nach Konstantinopel, 1. Nov. 1911 Nr. 2609.[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. In der Anlage beehre ich mich, Euer Exzellenz zur streng vertraulichen Information und rein persönlichen Kenntnisnahme die Abschrift eines Erlasses Nr. 2562 zu übersenden, welchen ich am 27. Oktober d. J. an Herrn von Mérey gerichtet hatte. Wie Euer Exzellenz aus dieser Weisung ersehen werden, teile ich die in Hochderen Berichte Nr. 60 B vom 26. Oktober d. J. ausgesprochene Besorgnis vor den Komplikationen, welche eine militärische Aktion Italiens im ägäischen Meere im Gefolge haben könnte. Meine Ausführungen gegenüber dem hiesigen italienischen Botschafter waren in diesem Sinne gehalten und werde ich auch weiter nicht unterlassen, in der gedachten Richtung tätig zu sein.

[a]) Vgl. n. 2858, 2860.

Nr. 2860. Privatschreiben nach Konstantinopel, 1. Nov. 1911 Nr. 2606.[a])
Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).

Wie ich aus Euer Excellenz Berichterstattung mit Interesse entnehme, hat Baron Marschall in seinen Relationen nach Berlin in der letzten Zeit mit Nachdruck die Anschauung vertreten, dass die Intransigenz Italiens in der Suveränitätsfrage schliesslich zu einer englischen Intervention zu Gunsten der Türkei und in weiterer Folge, nach dem Sturze des gegenwärtigen türkischen Kabinets, zum Verlust der bisherigen dominierenden Stellung Deutschlands in Konstantinopel zum Vorteile Englands führen könnte. Unter Hinweis auf diese Gefahr war der Herr Botschafter bemüht, seine Regierung davon zu überzeugen, wie sehr es im deutschen Interesse gelegen wäre, dass Deutschland im Verein mit Österreich-Ungarn zum Zweck der Milderung der italienischen Ansprüche in Rom einen Druck ausübe. Herr von Kiderlen hat in seinen Unterredungen mit Graf Szögyény die Anschauungen und Vorschläge Baron Marschalls des öfteren erörtert und sich dahin ausgesprochen, dass er dessen Auffassung nicht zu teilen vermöge, dass er eine Pression in Rom für zweckwidrig und nutzlos erachte und dass er andrerseits an die Wahrscheinlichkeit eines Eintretens Englands für die Türkei angesichts der italophilen Stimmung und Haltung des Londoner Kabinets nicht glauben könne. Dessen ungeachtet scheinen aber die Argumente Baron Marschalls in Berlin doch bis zu einem gewissen Grade durchgedrungen zu sein. Darauf deutet der auch uns mitgeteilte, an den deutschen Botschafter in Rom ergangene Auftrag hin, die italienische Regierung vor zu weit gehenden Forderungen, die einen Systemwechsel in der Türkei und ein Eingreifen Englands zu deren Gunsten nach sich ziehen könnten, zu warnen. Ferner hat der deutsche Geschäftsträger in St. Petersburg, wie ich ganz vertraulich erfahre, im Sinne der aus Berlin erhaltenen Instruktionen Herrn Neratow gegenüber vor Kurzem von der gefährlichen Lage gesprochen, in die die Türkei am Balkan durch ein unnachgiebiges Verhalten Italiens geraten könnte, sowie gleichfalls auf die Möglichkeit hingewiesen, dass England in Rom als der Beschützer der türkischen Interessen auftrete und den Frieden vermittle. Endlich dürfte es auch auf einem ähnlichen Gedankengang, wie den Baron Marschalls, zurückzuführen sein, dass der deutsche Staatssekretär mir vor kurzem mitteilen liess, Russland habe — allerdings ohne in Konstantinopel Anklang zu finden — der Türkei seine Unterstützung unter der Bedingung angeboten, dass die Pforte auf ein Bündnis mit dem Zarenreich und mit den Balkanstaaten eingehe. Wenn man alle diese Momente, über die ich Euer Exzellenz grösstenteils bereits durch den Telegrafen oder durch den Kurier informiert habe, zusammenfasst, so gelangt man zu der Konklusion, dass die deutsche Regierung — in ihrer ganzen Haltung gegenüber dem italo-türkischen Konflikt in erster Linie durch den Gedanken an die Sicherstellung des Einflusses Deutschlands in Konstantinopel gegen eine von England drohende Gefahr beherrscht — auf eine Einwirkung in Rom im Sinne der Milderungen der italienischen Prätensionen hinzuarbeiten bemüht ist, einem Akkord der Mächte, der schliesslich auf eine Aktion in Konstantinopel hinauslaufen könnte, aber eigentlich nicht mit Sympathie gegenübersteht. Eine solche Auffassung

der Ziele und Beweggründe der deutschen Politik würde es auch erklären, warum man in Berlin, während wir bestrebt sind, die Mächte zu ralliieren und für die Idee eines gemeinsamen Vorgehens zu gewinnen, augenscheinlich andere Tendenzen verfolgt, die vornehmlich durch die deutsch-englische Spannung beeinflußt werden; dies erklärt, warum das deutsche Kabinet versucht hat, Italien mit der Eventualität einer englischen Intervention zu erschrecken, in Petersburg durch den Hinweis auf die Gefahr der Aufrollung der Orientfrage misstrauisch und nachdenklich zu stimmen und uns durch die Nachricht von einem geplanten russischen Separatabkommen mit der Türkei und dem Wiederaufgreifen der Idee des Balkanbundes gegen Russland einzunehmen. Von unserem Standpunkt aus können wir nur mit Befriedigung konstatieren, dass dieser Versuch, wie in Wien, so auch in Petersburg misslungen ist. Wie Euer Excellenz übrigens aus dem beigeschlossenen Telegramm aus Berlin vom 29. d. M. Nr. 201 entnehmen werden, hat der deutsche Staatssecretär seine ursprüngliche Auffassung bezüglich der eventuellen Action der fünf Mächte wesentlich modificirt. Die vorstehenden Ausführungen, die zu Euer Excellenz rein persönlichen Kenntnisnahme bestimmt sind, dürften Hochdenselben für die Beurteilung der Sprache und des Vorgehens Ihres deutschen Kollegen von Wert sein.

[a]) Vgl. n. 2859, 2861, 2882.

Nr. 2861. Erlaß nach Rom, 1. Nov. 1911 Nr. 2614.[a]) Konz. (S. und G. Nemes).

Vertraulich. Euer Exzellenz Telegramme Nr. 180 vom 30. d. M. entnehme ich, daß sich Marquis di San Giuliano ernstlich mit der Frage beschäftigt, die Annexion von Tripolis in irgend einer Form zu proklamieren und uns vor eventueller Ausführung dieser Idee vertraulich zu verständigen beabsichtigt. Mit Rücksicht auf die wahrscheinlichen Folgen eines solchen Schrittes, über welche sich, wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 178 vom 27. v. M. bekannt, Assim Bey bereits dem Markgrafen Pallavicini gegenüber ausgesprochen hat, hoffe ich, daß der Herr italienische Minister des Äußern die beabsichtigte Proklamation noch zum Gegenstande reiflicher Überlegung machen werde. Sollte Marquis San Giuliano von selbst noch einmal Euer Exzellenz gegenüber auf dieses Thema zu sprechen kommen, so wollen Hochdieselben sich in dem Sinne vernehmen lassen, daß die Proklamierung der Annexion von Tripolis bei der heutigen militärischen Situation wohl ziemlich wirkungslos verhallen und erst dann zur Erreichung des von Italien gewünschten Zweckes beitragen dürfte, wenn die italienische Okkupation und Verwaltung der wichtigeren Gebiete von Tripolis und der Cyrenaika zur unbestrittenen Tatsache geworden wäre. Ich meinerseits würde, wenn Herzog Avarna mir von der Proklamierungsidee sprechen sollte, ihm in diesem Sinne antworten.

[a]) Vgl. n. 2831, 2860, 2863, 2872.

Nr. 2862. Bericht des Legationsrates Ludwig Freiherrn von Flotow aus Berlin, 2. Nov. 1911 Nr. 47 C (eing. 4. Nov.).[a]) Ausfert.

Herr von Kiderlen sagte mir vorgestern, der spanische Botschafter hätte ihm in letzter Zeit wiederholt die Befürchtungen seiner Regierung

mitgeteilt, bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich in der Marokkofrage würden ihr grosse Schwierigkeiten bevorstehen. Herr Polo hätte daran anschliessend den Wunsch vorgebracht, die deutsche Regierung möge dem spanischen Standpunkte ihre Unterstützung leihen. Der Staatssekretär hätte dem Botschafter erwidert, die Grundlage der bevorstehenden Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich bilde ein Geheimvertrag, dessen Inhalt die deutsche Regierung nicht kenne; es sei ihr daher eine Stellungnahme zugunsten Spaniens, insolange ihr der Sachverhalt nicht bekannt sei, benommen. Herr von Kiderlen sagte mir hieran anschliessend, man habe hier Kenntnis davon, dass England die spanische Regierung einigermassen unterstützen werde; dem Londoner Cabinet sei es wohl nicht ungelegen, die Franzosen in Marokko durch die Spanier etwas in Schach zu halten. Dem spanischen Botschafter gegenüber hätte er aber hievon keine Erwähnung getan. Flotow.

a) Vgl. n. 2844, 2869, 2883, 2913.

Nr. 2863. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 2. Nov. 1911 Nr. 369 (eing. 3. Nov. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Ich habe heute dem Großvezier und dem Minister des Äußern auf der Pforte Besuch abgestattet. Nachdem ich, wie ich gestern zu berichten die Ehre hatte, der Ansicht war, daß der jetzige Moment für eine Sondierung der türkischen Regierung bezüglich Friedensverhandlungen mit Italien kein günstiger wäre, enthielt ich mich in meinen heutigen Gesprächen jeder Berührung dieses Themas. Trotzdem kam sowohl der Großvezier als auch Minister des Äußern auf dasselbe spontan zu reden. Assim Bey, den ich zuerst besuchte, sagte mir, seiner Ansicht nach müsse die Türkei trotz der gebesserten militärischen Situation auch jetzt dahin trachten, je früher Frieden zu schließen. Als die hiefür allein in Betracht kommende Basis bezeichnete der Minister jene, welche Said Pascha seinerzeit den Mächten bekanntgegeben hatte, nämlich Aufrechterhaltung der effektiven Souveränität des Sultans über Tripolitanien bei gleichzeitiger Gewährung wirtschaftlicher Vorteile an Italien. Über dieses Maß von Zugeständnissen, fügte der Minister hinzu, könnte die Türkei niemals hinausgehen. Es wäre daher der größte Fehler, den Italien begehen könnte, wenn es einseitig die Annexion Tripolitaniens dekretieren würde. Die Folge hievon wäre, meinte Assim Bey weiter, die Fortsetzung des Kriegszustandes ad infinitum. Ich ging auf die Ausführungen des Ministers des Äußern nicht weiter ein und verhielt mich ganz receptiv. Der Großvezier vertrat in seinen Ausführungen einen Standpunkt, der sich mit dem Assim Beys nicht vollkommen deckt. Er sagte mir nämlich, seiner persönlichen Ansicht nach könnte man den Verhandlungen mit Italien etwa folgende Basis zu Grunde legen: Aufrechterhaltung der effektiven Souveränität des Sultans über Tripolitanien, Gewährung einer weitgehenden Autonomie an diese Provinz und Einräumung wirtschaftlicher und auch politischer Vorrechte an Italien. Die Details eines solchen Übereinkommens, meinte Said Pascha, könnten den Gegenstand weiterer Verhandlungen bilden, so zum Beispiel, mit welchen

Mitteln die öffentliche Sicherheit in der genannten Provinz aufrechtzuerhalten wäre. Er denkt hiebei an Errichtung einer Art Nationalmiliz. Auf diese Weise, sagte Said Pascha, würden die Bestimmungen des Berliner Vertrages nicht alteriert werden, da Tripolis nach wie vor ein integrierender Teil des türkischen Reiches bliebe. Ich verhielt mich auch den Ausführungen des Großveziers gegenüber vollkommen receptiv, frug ihn aber, ob er wünsche, daß ich Euer Exzellenz Mitteilung von denselben mache. Said Pascha bat mich, dies zu tun, aber mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß es sich um rein persönliche Ansichten seinerseits handle. Wenn Euer Exzellenz glauben sollten, daß die obigen Gesichtspunkte als Basis für Verhandlungen dienen könnten, so würde er (Said Pascha) dahin trachten, seine Ministerkollegen für dieselben zu gewinnen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2861, 2864, 2865, 2876.

Nr. 2864. Bericht aus Bukarest, 3. Nov. 1911 Nr. 50 A (eing. 6. Nov.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Verflossenen Mittwoch hatte ich die Ehre von Seiner Majestät dem König in Sinaia empfangen zu werden und benützte die Gelegenheit, um Höchstdemselben die Depesche Euer Exzellenz vom 28. vorigen Monats Nr. 2587 samt Beilage zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Seine Majestät beauftragte mich, Euer Excellenz Seinen Dank für die Übermittlung auszusprechen und Hochdenselben mitzuteilen, dass der Schritt, den Euer Excellenz bei den Signatarmächten unternommen haben, Seine volle Billigung finde; Er erblicke darin nicht nur eine Aktion, welche im richtigen Augenblick einsetzend geeignet erscheint, einen entscheidenden Eindruck auf die kriegführenden Parteien auszuüben, sondern auch einen sehr klugen staatsmännischen Schachzug, welcher ein für allemal Österreich-Ungarn das Verdienst der Initiative und auch die Führung aller künftigen Vermittlungsversuche sichere. Die Feststellung, dass bei den Signatarmächten die Geneigtheit bestehe, in einen Gedankenaustausch über eine gemeinsame Démarche einzutreten, wäre schon an und für sich ein höchst erfreuliches Zeichen. Seine Majestät sprach auch gleichzeitig die Ansicht aus und ersuchte mich dieselbe an Euer Excellenz weiterzuleiten, dass wenn als Basis der Verhandlungen die Annexion pure et simple angenommen werden würde, der Türkei vielleicht als Gegenwert seitens aller Signatarmächte neuerdings die Unantastbarkeit ihres Besitzstandes garantiert werden könnte. Wenn Er auch den dauernden Wert solcher Garantien skeptisch beurteile, so glaube Er doch, dass auf einige Jahre dem Expansionsdrange der türkischen Nachbarn dadurch ein Riegel vorgeschoben werden würde und der Türkei eine Zeit relativer Ruhe gesichert wäre. Im weiteren Verlaufe des Gespräches erörterte Seine Majestät die Chancen des Krieges und sprach Sich bei dieser Gelegenheit über die Organisation und den Gefechtswert der italienischen Armee in keinem günstigen Sinne aus. Schliesslich kam Seine Majestät auch auf Russland zu reden und wies abermals auf die auffallend entgegenkommende Haltung Seines östlichen Nachbarn hin; dies veranlasste mich zur Bemerkung, dass meines Wissens

die russischen Avancen auf unfruchtbaren Boden gefallen seien, da dieselben weder in der öffentlichen Meinung noch in der Armee einen sympatischen Widerhall gefunden hätten.[b]) Seine Majestät geruhte dies unumwunden zuzugeben und fügte noch hinzu, dass die rumänische orthodoxe Geistlichkeit, welche hauptsächlich in früheren Jahren von einer stark russophilen Stimmung beherrscht war, keine Notiz von den letzten russischen Freundlichkeiten genommen hätte. Die bei jeder Audienz wiederkehrende Frage Seiner Majestät, ob mir Euer Excellenz Nichts Neues vom König von Bulgarien mitgeteilt hätten, konnte ich nur im negativen Sinne beantworten. Seine Majestät, der Sich des besten Wohlseins erfreut, liess auch einige Bemerkungen über die innere Politik des Königreiches fallen, welche ich einzuberichten mir an anderer Stelle erlauben werde.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 2863, 2867, 2868, 3067. — [b]) Vgl. n. 2640 Anm. d, 3527.

Erlaß nach Berlin, 4. Nov. 1911 Nr. 2647. Siehe n. 2869.

Nr. 2865. Erlaß nach Berlin, 4. Nov. 1911 Nr. 2653.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. und G. Müller).

Vertraulich. Wie Euer Exzellenz aus dem hier in Abschrift mitfolgenden Telegramme des Markgrafen Pallavicini vom 2. d. M.[b]) entnehmen werden, hat sich sowohl der Großvezier als auch Assim Bey dem Herrn Botschafter über die Grundlagen eines eventuellen Friedensschlusses geäußert, wobei von beiden die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der effektiven Souveränität des Sultans über Tripolis betont wurde. Es würde mich interessieren zu erfahren, ob sich die beiden türkischen Minister auch Baron Marschall gegenüber im gleichen Sinne ausgesprochen haben und wie man in Berlin, wenn dies der Fall war, über diese Enunziationen denkt. Ich ersuche Euer Exzellenz daher, sich hierüber vertraulich informieren und mir das Ergebnis berichten zu wollen.

[a]) Vgl. n. 2866, 2867, 2881. — [b]) Vgl. n. 2863.

Nr. 2866. Erlaß nach Berlin, 4. Nov. 1911 Nr. 2657 (vom Botschafter Graf Szögyény am 4. Nov. persönlich übernommen).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Aehrenthal).

Streng geheim. ... *mit stilistischen Änderungen wie n. 2839 von „In dem Besitze“ bis „neu zu beleben“* ... Ich will mich hier nicht mit der Prüfung der Richtigkeit dieser Argumentation aufhalten und aus den vorliegenden Äußerungen nur konstatieren, daß italienischerseits jedenfalls der Wunsch besteht, wenn ein dahin abzielendes formelles Ansuchen auch noch nicht vorliegt, die neu zu erwerbenden nordafrikanischen Besitzungen unter den Schutz des Dreibundes zu stellen. Ich glaube mit dem Berliner Kabinett darin einig zu sein, daß wir den Dreibund erneuern wollen, ohne die Ergebnisse des italo-türkischen Krieges abzuwarten. Fallen nach seinem Ausgange die Länder an der lybischen Küste Italien zu, so wird sich die Wirksamkeit des Bündnisvertrages eo ipso auf sie erstrecken, ohne daß es

notwendig wäre, den Italienern deren Besitzstand speziell zu garantieren. Für Italien wird die Zugehörigkeit zum Dreibunde dann von umso größerer Bedeutung sein, weil es infolge der wenig geklärten tripolitanischen Grenzverhältnisse leichter als bisher in einen Gegensatz zu Frankreich und England gebracht werden kann. Infolgedessen wird es in erhöhtem Maße auf seine bisherigen Verbündeten angewiesen bleiben und auf anderweitige Aspirationen verzichten müssen. Eine andere mit der Erneuerung des Dreibundes eng zusammenhängende Frage kann nach dem bisherigen Verlauf der Kriegsereignisse und angesichts des unerwarteten Widerstandes, den Italien in Tripolis findet, jeden Tag aktuell werden. Ohne direkt an mich heranzutreten, hat man von Seite Italiens Sondierungen bei mir dahin vorgenommen, wie ich mich zu einer Ausdehnung des Kriegsschauplatzes auf das aegäische Meer verhalten würde. Ich habe mich bisher darauf beschränkt, dringend vor einer solchen Aktion zu warnen, die vielfache Komplikationen und insbesondere eine empfindliche Störung der bisher leidlich ruhig erhaltenen Verhältnisse am Balkan mit sich bringen könnte. Vorläufig hat man ja diese Warnungen berücksichtigt; aber aus meinen Unterredungen mit Herzog Avarna, der selbst meine Anschauungen teilt und sie seiner Regierung gegenüber vertritt, ersehe ich, daß Marquis di San Giuliano immer wieder auf diesen Gedanken zurückkommt. Wir haben uns bisher zu den Bestrebungen Italiens nach Erweiterung seiner Machtsphäre durchaus freundschaftlich verhalten und gedenken dies auch fernerhin zu tun, obwohl es sich leicht nachweisen ließe, daß es dem Geiste und dem Wortlaute des Bundesvertrages widersprach, als Italien das tripolitanische Unternehmen in's Werk setzte, welches als eine Erschütterung des türkischen Reiches angesehen werden muß und mit der status quo Politik in Widerspruch steht, ohne uns vorher von diesem Plane zu verständigen. Sollte man nun aber wirklich die italienische Flotte in's aegäische Meer entsenden, so bin ich entschlossen, jeden solchen über eine bloße Demonstration hinausgehenden Schritt in jenen Gewässern, sofern er z. B. die auch nur zeitweilige Besetzung einer Insel in sich schlösse, als im Widerspruch stehend mit Artikel VII des Dreibundvertrages zu beurteilen. Bekanntlich setzt Artikel VII im wesentlichen fest, daß, wenn sich der status quo am Balkan und an den Küsten und Inseln des aegäischen und adriatischen Meeres nicht aufrechterhalten ließe [und] im Falle der Aktion einer dritten Macht oder auf andere Weise Oesterreich-Ungarn oder Italien sich gezwungen sehen würden, zu einer zeitweiligen oder dauernden Okkupation zu schreiten, ein solches Vorgehen an die vorherige Zustimmung der anderen Macht gebunden sei. Sollte also Italien tatsächlich zu einer auch nur temporären Besitzergreifung einer Insel im ägäischen Meere schreiten, so würde damit ein Präjudiz geschaffen, das ich nicht hinnehmen könnte und ich wäre in einem solchen Falle genötigt ausdrücklich zu betonen, daß wir uns die Frage vorlegen müßten, welchen Wert unter diesen Umständen die fernere Beibehaltung des Artikels VII für uns noch haben kann. Die durch die Ereignisse geboten erscheinende neue Formulierung der zunächst Deutschland betreffenden Abmachungen der Artikel IX und X wird, wie Euer Exzellenz wissen, von der k. deutschen Regierung besorgt werden, deren baldigen Mitteilungen

wir entgegensehen. Für uns wird die Notwendigkeit entfallen, die am 2. Juni 1902 abgegebene und speziell auf Tripolis bezügliche „Déclaration“[b] zu erneuern. Ich bemerke schließlich ausdrücklich, dass nach meiner Ansicht die Erneuerung des Bundesvertrages streng geheim bleiben und der Oeffentlichkeit erst dann mitgeteilt werden sollte, wenn den drei Kompaziszenten der Augenblick hiezu gekommen erscheint. Euer Exzellenz wollen sich bei dem Herrn Staatssekretär im Sinne der vorstehenden Ausführungen vernehmen lassen.

[a] Vgl. n. 2790, 2865, 2880, 2884, 3052. — [b] Pribram a. a. O. I 97; Martens N. R. G. 3. S. X 80.

Nr. 2867. Aufzeichnung über einen vom deutschen Botschafter in Wien, Herrn von Tschirschky, mitgeteilten Bericht des deutschen Botschafters in Konstantinopel, Baron Marschall, an den deutschen Reichskanzler, 4. Nov. 1911.[a] Konz. (S. Hoyos; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Baron Marschall berichtet, Kiamil Pascha habe einer Äußerung Sir Gerald Lowthers entnommen, daß Said Pascha vor einiger Zeit direkte Ententevorschläge an Frankreich und England ergehen ließ. Diese seien unter Hinweis auf die derzeitige schwierige Lage der Türkei von beiden Mächten abgelehnt worden. Kiamil selbst habe ein Memorandum für die englische Regierung ausgearbeitet, worin er die nachfolgenden Propositionen anführte, die eine vom türkischen Standpunkte annehmbare Grundlage für Friedensverhandlungen mit Italien bilden könnten. Italien würde das Recht eingeräumt, Tripolis zu besetzen und bei Aufrechterhaltung der nominellen Souveränität des Sultans zu verwalten. Dagegen würde die Cyrenaika und Benghasi in uneingeschränktem türkischen Besitz verbleiben. In seinem Memorandum hat Kiamil des Weiteren ausgeführt, die allgemeine politische Lage ermögliche es der Türkei derzeit nicht, für eine der beiden europäischen Mächtegruppierungen zu optieren. Sie habe das größte Interesse daran, sich in allen das Mittelmeer betreffenden Fragen an die Westmächte anzuschließen, sei aber ebenso darauf angewiesen, Anlehnung an Österreich-Ungarn und Deutschland zu suchen, insoferne die Lage am Balkan in Betracht komme. Kiamil Pascha tadelt Said Paschas Kokettieren mit der Idee eines Balkanbundes, der seiner Ansicht nach einem Protektorate Rußlands über die Türkei gleichkommen würde. Nach Erhalt dieses Memorandums hat das Foreign Office Kiamil Pascha lediglich mitteilen lassen, daß seine Ausführungen mit großem Interesse zur Kenntnis genommen wurden. Der mehrgenannte türkische Staatsmann will des Weiteren von dem englischen Botschafter in Konstantinopel erfahren haben, die Politik Englands und Frankreichs ziele darauf ab, Italien in Tripolis sich verbluten zu lassen, indem sie der Fortsetzung des Krieges nicht hindernd in den Weg treten werden und an den Grenzen von Tunis und Ägypten keine Maßnahmen ergreifen wollen, um den Waffenschmuggel aufzuhalten. Diese Haltung würden die beiden Mächte solange beobachten, als Italien im Dreibunde verbleibe. Man habe sich in London und Paris hiezu entschlossen, als die von beiden Mächten Anfang Oktober in Rom vorgebrachten

Vermittlungsvorschläge mit der Begründung abgelehnt wurden, die italienische Regierung habe einen Mediationsantrag Deutschlands bereits im Prinzipe angenommen.

[a]) Vgl. n. 2864, 2865, 2915.

Nr. 2868. Tel. aus Bukarest, 4. Nov. 1911 Nr. 63 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Brachte heute Ministerpräsidenten Inhalt Erlasses vom 28. v. M. Zahl 2587 zur Kenntnis. Herr Carp dankte für die Mitteilung, hält Démarche Euer Exzellenz bei den Signatarmächten für sehr im Interesse des Dreibundes gelegen, verspricht sich jedoch wenig Erfolg von derselben, da es kaum möglich sein würde, gemeinsame Basis für Vorschläge zu finden. Carp teilt mir gleichzeitig mit, dass Herr Giolitti einen rumänischen Legationssekretär, dessen intime Freundschaft mit Assim Bey ihm bekannt war, ersucht habe, Schriftstücke enthaltend Vorschläge, welche eine Aussprache kriegführender Mächte vorbereiten sollen, an Assim Bey zu übermitteln. Legationssekretär habe zu dieser Mission Erlaubnis seiner Regierung erhalten und besagte Korrespondenz am 1. d. M. in Konstantinopel an Assim Bey übergeben. Herr Carp behauptet, Näheres über Inhalt der Schriftstücke nicht zu kennen und verschwieg auch Namen des nicht in Rom domizilierenden Legationssekretärs. Er ersucht mich, Obiges Euer Exzellenz unter dem strengsten Siegel der Verschwiegenheit bekanntzugeben.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 2864, 2871, 2940.

Erlaß nach London, 4. Nov. 1911 Nr. 2648. Siehe n. 2869.

Nr. 2869. Erlaß nach Madrid Nr. 2646 (1), Berlin Nr. 2647 (2), London Nr. 2648 (3) und Paris Nr. 2649 (4), 4. Nov. 1911.[a]) Konz. (S. Biegeleben; V. und G. Aehrenthal).

1. Bei seinem letzten Besuche[a]) hat der königlich spanische Botschafter von den nun bevorstehenden Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich über die Abgrenzung der beiderseitigen Machtsphären in Marokko gesprochen und darauf hingewiesen, dass seine Regierung sich dem mächtigeren Nachbar gegenüber in keiner günstigen Position befinde. Diese Lage müsse sich aber zu Ungunsten Spaniens noch weiter verschlechtern, wenn die am meisten in Betracht kommenden Mächte sich beeilen sollten dem deutsch-französischen Marokko-Übereinkommen zuzustimmen. Sie würden sich dadurch Frankreich gegenüber binden und eine diplomatische Unterstützung der von Spanien zu erhebenden Ansprüche wesentlich erschweren oder ganz unmöglich machen. Marquis de Herrera stellte hierauf das Ansuchen, mit unserer Zustimmung zur deutsch-französischen Vereinbarung einstweilen noch zuzuwarten und bemerkte, dass ein analoger Schritt spanischerseits auch bei andern Mächten unternommen worden sei. Ich erwiederte dem königlich spanischen Botschafter, dass ihm meine freundschaftlichen Gesinnungen für Spanien und mein Wunsch bekannt seien,

den ausgezeichneten Beziehungen zwischen unsern Höfen und Regierungen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen und dass ich also gern bereit sein werde, der spanischen Regierung in ihrer gegenwärtigen schwierigen Situation meine Unterstützung zu leihen. Vorläufig sei mir eine officielle Mittheilung des deutsch-französischen Abkommens noch nicht zugegangen. Ich würde mich keinesfalls beeilen, demselben meine Zustimmung zu erteilen schon desshalb nicht, weil es voraussichtlich der österreichischen und der ungarischen Regierung zur Prüfung werde vorgelegt werden müssen. Auch würde ich es nicht unterlassen noch vorher auf die französische Regierung im Sinne einer gerechten Würdigung des spanischen Standpunctes freundschaftlich einzuwirken. Auf die oben erwähnte Mittheilung des Herrn Botschafters, dass ein gleicher Schritt auch bei andern Mächten erfolgt sei, bemerkte ich, dass es Spanien vor Allem daran gelegen sein müsse, sich die günstigen Dispositionen Deutschlands und Englands als der bei der Behandlung dieser Frage ausser Frankreich wichtigsten Mächte zu sichern. Hievon beehre ich mich Euer Exzellenz mit Beziehung auf den Chiffrebericht vom 2. November Nr. 62[b]) zu Ihrer persönlichen Information und Regelung Ihrer Sprache in Kenntnis zu setzen. Indem ich Euer Exzellenz Berichterstattung über den Verlauf der in Rede stehenden Verhandlungen mit Interesse entgegensehe, benütze ...

2. 3. 4. Ich beehre mich Euer Exzellenz beiliegend zu Ihrer persönlichen Information die Abschrift eines an den Grafen Wydenbruck gerichteten Erlasses über die bevorstehenden spanisch-französischen Marokkoverhandlungen zu übermitteln.

2. 3. und ersuche Euer Exzellenz, falls Ihnen gegenüber diese Angelegenheit zur Sprache gebracht werden sollte, sich dahin vernehmen zu lassen, dass es mir schon im Interesse des monarchischen Princips erwünscht erschiene, wenn bei der französischen Regierung die thunlichste Berücksichtigung der spanischen Ansprüche erzielt werden könnte.

4. Indem ich mit Interesse Euer Exzellenz Berichterstattung über den Verlauf dieser Verhandlungen entgegensehe, erneuere ich ...

[a]) Vgl. n. 2843, 2862, 2870, 2883. — [b]) Richtig 28. Okt.

Erlaß nach Paris, 4. Nov. 1911 Nr. 2649. Siehe n. 2869.

Nr. 2870. Note des französischen Botschafters, 4. Nov. 1911 (eing. 5. Nov.).[a]) Ausfert.

D'ordre de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de communiquer ci-inclus à Votre Excellence le texte de la convention relative aux affaires marocaines que les Gouvernements français et allemand viennent de conclure et de solliciter l'accession du Gouvernement Impérial et Royal à cet acte. Mon Gouvernement attacherait du prix à recevoir la réponse de Votre Excellence le plus tôt qu'il lui sera possible. Crozier.

[a]) Vgl. n. 2829, 2869, 2877, 2885. Eine gleichartige Verständigung erging seitens der deutschen Botschaft mit Note vom 5. Nov. 1911 Nr. 368 (eing. 6. Nov., Ausfert.). Das Marokkoabkommen ist gedruckt: G. P. XXIX 413 Nr. 10772; s. auch Bittner, Chronol. Verz. d. österr. Staatsverträge III 622 Nr. 5434.

Nr. 2871. Tel. aus Rom, 4. Nov. 1911 Nr. 183 (eing. 4 U. p. m).[a] *Entziff.*

Je reçois à l'instant la lettre suivante du Ministre des affaires étrangères que je n'ai pas vu ces derniers jours. „Confidentiel. En ce moment nous venons de décider de proposer à Sa Majesté le Roi et au conseil des ministres le décrét d'annexion." Mérey.

[a] Vgl. n. 2868, 2872.

Nr. 2872. Tel. aus Rom, 4. Nov. 1911 Nr. 185 (eing. 5. Nov. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 183. Minister des Äussern, dem ich noch vor dem Ministerrat im Sinne des hohen Erlasses Nr. 2614 schrieb und hiebei auch an die ihm schon seinerzeit erwähnten Äusserungen Assim Beys (hohes Telegramm Nr. 178) erinnerte, empfing mich abends nach dem Ministerrate. Er sagte mir, letzterer habe Proklamation der Annexion beschlossen. Genehmigung des Königs sei mit einem königlichen Dekret erfolgt und (Annexion werde)[b] den Mächten notifiziert werden. Äusserungen Assim Beys seien vermutlich eine Drohung gewesen, darauf berechnet, Proklamierung zu verhindern. Raisonnement bezüglich der militärischen Lage und bisherigen spärlichen Okkupation erkenne er an. Aber letzter Grund der jetzigen Verfügung sei eben gewesen, dass nach gestrigen Meldungen aus Tripolis Türken und Araber sich zurückziehen und daher beabsichtigter entscheidender Schlag wieder in die Ferne gerückt sei. Minister des Äussern erhofft von der jetzigen Massregel eine Erleichterung des Friedensschlusses. Mérey.

[a] Vgl. n. 2873. — [b] Chiffres fehlen.

Nr. 2873. Tel. aus Rom, 4. Nov. 1911 Nr. 186 (eing. 5. Nov. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Da kürzliche Anwesenheit des Admirals Aubry in Rom, stürmisches Verlangen der Presse und andere Symptome mich immer mehr in der Annahme bestärken, dass eine Aktion der Flotte eventuell im ägäischen Meere bevorsteht, habe ich heute Minister des Äussern neuerlich zu sondieren versucht. Marquis San Giuliano gab zu, dass er sich mit dem schwierigen Probleme befasse, der Türkei behufs Abkürzung des Krieges einen empfindlichen Schlag zu versetzen, ohne unerwünschte Nebenwirkung zu erzeugen. Einen konkreten Plan traute mir der Minister nicht an, betonte aber zweimal, mit Rücksicht auf Alliierte werde man von einer occupation temporaire absehen. Rein persönlich möchte ich daraus Vermutung ableiten, dass es sich vielleicht um Blockade oder, was ich weniger glaube, um Bombardement türkischer Hafenstädte (Salonik, Smyrna, Dardanellen?) handeln dürfte. Mérey.

[a] Vgl. n. 2872, 2874.

Nr. 2874. Tel. des ital. Ministers des Äußern an die ital. Botschaft in Wien; Rom, 5. Nov. 1911 (von der ital. Botschaft eing. 6. Nov.).[a] *Abschrift.*

L'occupation des villes principales de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque, les succès constants de nos armes, les forces prépondérantes que nous avons déjà réunies là-bas et celles que nous sommes sur le point d'y envoyer ont rendu vaine et inefficace toute résistance ultérieure de la Turquie. D'un autre côté pour mettre fin à une inutile effusion de sang, il est urgent d'ôter de l'esprit de ces populations toute dangereuse incertitude. Par un Décret Royal en date d'aujourd'hui la Tripolitaine et la Cyrénaïque ont donc définitivement et irrévocablement été soumis à la Souveraineté de Sa Majesté le Roi d'Italie. N'importe quelle autre solution moins radicale, qui eut admis ne fût-ce, que l'ombre d'une souveraineté nominale du Sultan sur ces provinces, aurait été à l'avenir une cause permanente de conflits entre l'Italie et la Turquie, conflits qui pourraient éclater plus tard fatalement, même contre la volonté des deux Gouvernements, à un moment bien autrement dangereux pour la paix européenne. La solution que nous avons adoptée est la seule qui sauvegarde définitivement les intérêts de l'Italie et de la Turquie elle-même. Une paix signée sur cette base pourra éliminer toute cause de desaccord sérieux entre l'Italie et la Turquie et nous pourrons plus facilement inspirer toute notre politique au grand intérêt que nous portons au maintien du status quo territorial dans la péninsule balcanique, qui est une condition essentielle de la consolidation de l'Empire Ottoman. Nous sommes par conséquent animés du vif désir, si la conduite de la Turquie nous le permet, que les conditions de la paix soient autant que possible conformes à ses intérêts légitimes et à son prestige.[1] La Tripolitaine et la Cyrénaïque ont cessé de faire partie de l'Empire Ottoman mais nous sommes aujourd' hui disposés à examiner avec un large esprit de conciliation les moyens propres à règler de la façon la plus honorable et avantageuse pour la Turquie les conséquences des faits irrévocablement accomplis. Certes, nous ne pourrions persister dans ces dispositions conciliantes si la Turquie voulait prolonger inutilement la guerre. Nous avons cependant pleine confiance que l'oeuvre unanime des Grandes Puissances aménera la Turquie à prendre sans rétard les décisions sages et définitives qui répondent à ses véritables intérêts et à ceux de tout le monde civilisé. L'Italie de son côté contribuera à ce résultat en se montrant aussi disposée à d'équitables conditions de paix que décidée à avoir recours aux moyens les plus efficaces pour l'imposer dans le plus bref délai possible. Votre Excellence peut remettre une copie de ce télégramme à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères.

San Giuliano.

[1]) !

[a]) Vgl. n. 2873, 2875, 2878.

Nr. 2875. Tel. nach Berlin Nr. 138 (1), Rom Nr. 186 (2), St. Petersburg Nr. 91 (3), London Nr. 63 (4), Paris Nr. 61 (5) und Konstantinopel Nr. 275 (6), 6. Nov. 1911 (chiffr. 7 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).*

1.—6. Herzog Avarna hat mir gestern im Auftrage seiner Regierung die seither durch die Presse veröffentlichte Zirkulardepesche[b]) über die

Proklamation der Annexion von Tripolitanien und Cyrenaika vorgelesen und eine Abschrift derselben hinterlassen. Ich erwiderte dem Herrn Botschafter, daß ich nicht ermangelt hätte, Marquis di San Giuliano die kürzlichen Äußerungen Assim Beys zu signalisieren, welche sich auf die Haltung der Türkei zu der jetzt faktisch eingetretenen Eventualität der Annexionsproklamierung bezögen und auf Grund deren noch vor dem vorgestrigen Ministerrate

1. und 3.—6. Herr von Mérey
2. Euer Exzellenz

1.—6. in der Lage gewesen sei, den Herrn italienischen Minister des Äußern darauf aufmerksam zu machen, daß der in Rede stehende Entschluß Italiens, was die Türkei anbelange, wohl kaum die erhoffte Wirkung ausüben dürfte. Ich müsse nur besorgen, daß der Krieg nach der Annexionsproklamierung seitens der Türken mit größerer Energie als bisher fortgesetzt werde. Vorstehendes zu Euer etc. Information und Regelung Ihrer Sprache. Zu Euer etc. vertraulicher Orientierung füge ich folgendes bei: Ich nehme an, daß man italienischerseits keine Antwort auf die eingangs erwähnte Demarche erwartet, da ich, für den Fall, daß die italienische Regierung auf den Gegenstand zurückkommen sollte, mich auf eine ausweichende Erwiderung beschränken müßte. Ich fasse übrigens die Annexionsproklamierung dahin auf, daß sie neben der beabsichtigten Einschüchterung der Türkei das weitere Ziel verfolgt, die Möglichkeit aus der Welt zu schaffen, daß eine oder mehrere Mächte auf der Basis der nominellen Souveränität des Sultans in dem Tripoliskonflikte intervenieren könnten. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2876, 2887. — [b]) Vgl. n. 2874.

Tel. nach Berlin, 6. Nov. 1911 Nr. 139 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2878.

Tel. nach Berlin, 6. Nov. 1911 Nr. 140 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2877.

Tel. nach Konstantinopel, 6. Nov. 1911 Nr. 275 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2875.

Tel. nach Konstantinopel, 6. Nov. 1911 Nr. 276 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2878.

Tel. nach Konstantinopel, 6. Nov. 1911 Nr. 278 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2877.

Nr. 2876. Tel. nach Konstantinopel, 6. Nov. 1911 Nr. 281 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm vom 2. d. M. Nr. 369 erhalten. Ich billige vollkommen die reservierte Haltung, die Euer Exzellenz gegenüber den Äußerungen Said Paschas und Assim Beys über die Grundlage eventueller Friedensverhandlungen beobachtet haben. Euer Exzellenz wollen dem Großvezier für seine Mitteilungen in meinem Namen danken und hinzufügen, ich hätte sie mit Interesse zur Kenntnis genommen, könne mich aber im Gegenstande derzeit nicht aussprechen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2875, 2878, 2904.

Tel. nach London, 6. Nov. 1911 Nr. 63 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2875.

Tel. nach London, 6. Nov. 1911 Nr. 64 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2877.

Tel. nach Madrid, 6. Nov. 1911 Nr. 21 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2877.

Tel. nach Paris, 6. Nov. 1911 Nr. 61 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2875.

Nr. 2877. Tel. nach Paris Nr. 62 (1), Berlin Nr. 140 (2), London Nr. 64 (3), Rom Nr. 188 (4), Madrid Nr. 21 (5), Konstantinopel Nr. 278 (6) und St. Petersburg Nr. 92 (7), 6. Nov. 1911 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

1. Der französische Botschafter hat mir den Text des auf Marokko bezüglichen Übereinkommens zwischen Deutschland und Frankreich[a] übergeben. Ich habe ihm meine Freude über den Abschluß der vorhergegangenen langwierigen Verhandlungen ausgesprochen und hinzugefügt, daß wir diese Vereinbarung vom Standpunkte unserer Interessen prüfen und sie der österreichischen und ungarischen Regierung mitteilen würden. Herr Crozier hat den Wunsch seiner Regierung nach möglichst baldiger Erteilung unserer Zustimmung zu erkennen gegeben, worauf ich erwiderte, daß wir, falls unsere Interessen gewahrt erscheinen, mit unserer Zustimmung nicht zögern würden, daß aber das Studium der Vereinbarung seitens beider Regierungen immerhin eine gewisse Zeit erfordern werde. Seither hat mich auch der deutsche Botschafter von dem Abschlusse des Übereinkommens verständigt.[b] Ich habe Herrn Crozier bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich durch das neue Abkommen weitgehende politische Rechte erwerbe, bezüglich deren Anerkennung es auf unsere Bereitwilligkeit zähle, daß ich aber in letzterer Zeit eine entgegenkommende Beachtung unserer Wünsche in Paris vermißt hätte. Ich hätte demnach den Wunsch und behielte mir vor, mich mit ihm über die Art zu unterhalten, wie Frankreich sich für das ihm unsererseits bewiesene Entgegenkommen erkenntlich zeigen könnte. Herr Crozier ist auf diesen Gedanken eingegangen und ich werde Euer Exzellenz über den Verlauf dieser Unterredungen jeweilig unterrichten. Falls sich Euer Exzellenz ein Anlaß dazu bieten sollte, ersuche ich Sie, sich in diesem Sinne bei Herrn de Selves auszusprechen.

2.—7. (Inseratur Text des Telegrammes sub 1 von „Der französische Botschafter" bis inklusive „verständigt"). Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2829, 2870, 2883, 2885, 2895. — [b] Mit Note vom 5. Nov. 1911 Nr. 368. Vgl. Anm. a zu n. 2870.

Tel. nach Rom, 6. Nov. 1911 Nr. 186 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2875.

Nr. 2878. Tel. nach Rom Nr. 187 (1), Konstantinopel Nr. 276 (2) und Berlin Nr. 139 (3), 6. Nov. 1911 (chiffr. 7 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).

1. Anläßlich der Übergabe der Zirkulardepesche über die Annexion von Tripolitanien und der Cyrenaika[b] hat Herzog Avarna mir gegenüber

weiters die Nachricht dementiert, wonach italienische Kriegsschiffe vor Salonik kreuzen würden.

Ich habe dem Herrn Botschafter geantwortet, daß ich diese seine Mitteilung mit umso größerer Befriedigung zur Kenntnis nehme, als ich tatsächlich in den letzten Tagen wiederholt Meldungen der k. u. k. Konsulate erhalten hätte, aus welchen auf kriegerische Operationen Italiens in jener Gegend zu schließen gewesen wäre.

Ich unterließ es nicht, Herzog Avarna darauf aufmerksam zu machen, daß Italien durch den Dreibundvertrag verpflichtet sei, alles zu vermeiden, was den status quo am Balkan gefährden könnte. Daß ein italienischer Angriff auf Salonik nicht geringe Gefahren für die Ruhe auf der Balkanhalbinsel mit sich bringen könne, gehe unter anderem schon daraus hervor, daß die bulgarische revolutionäre Organisation in einem vor kurzem erschienenen Zirkulare erklärt hat, sie werde den Kampf zur Erreichung der Autonomie Mazedoniens mit allen Mitteln führen.

Sowohl Österreich-Ungarn als auch Deutschland hätten der italienischen Tripolisaktion gegenüber, welche ja doch eine Erschütterung des Prinzipes der Integrität des ottomanischen Reiches darstelle, zwar eine weitgehende freundschaftliche Haltung eingenommen, jedoch wäre speziell Österreich-Ungarn auf Grund der oben angeführten Besorgnisse nicht in der Lage, eine eventuelle militärische Aktion Italiens an der Küste des Ägäischen Meeres ruhig hinzunehmen.

Herzog Avarna nahm meine Bemerkung als etwas ganz Selbstverständliches entgegen und ergänzte dieselbe in fragendem Tone, indem er meinte, auch eine zeitweise Besetzung der Inseln des Ägäischen Meeres stünde im Widerspruche mit dem Artikel VII des Dreibundvertrages! In meiner Erwiderung auf diese Anspielung, ließ ich ihm keinen Zweifel darüber, daß meine oben wiedergegebenen Ausführungen sich auch auf diesen Fall beziehen.

Vorstehendes ist zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und gelegentlicher Regelung Ihrer Sprache bestimmt, wobei ich bemerke, daß es sich mit Rücksicht auf den Umstand, daß der italienische Botschafter mit der Abgabe des eingangserwähnten Dementis betraut war, empfehlen dürfte, daß Hochdieselben von einer diesbezüglichen speziellen Demarche absehen und sich darauf beschränken, sich Marquis di San Giuliano gegenüber gegebenenfalls über den Inhalt meiner gestrigen Unterredung mit Herzog Avarna informiert zu zeigen.

2. und 3. Ich telegraphiere an Herrn von Mérey wie folgt. (Inseratur Telegramm sub 1 von „Anläßlich der“ bis inklusive „Fall beziehen“).

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und rein persönlicher Kenntnisnahme.

3. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an den Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär. Aehrenthal.

[a]) Oe. U. Italien 202 Nr. 5. Vgl. n. 2876, 2879, 2888, 2996. — [b]) Vgl. n. 2874.

Tel. nach Rom, 6. Nov. 1911 Nr. 188 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2877.

Tel. nach St. Petersburg, 6. Nov. 1911 Nr. 91 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2875.

Tel. nach St. Petersburg, 6. Nov. 1911 Nr. 92 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2877.

Nr. 2879. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 6. Nov. 1911 Nr. 180 recte 170 (eing. 7. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich besuchte heute Herrn Neratow und fragte, ob er mir etwas mitzuteilen habe. Gerent sagte, durch Annexion Tripolis' wäre insoferne Änderung in der Lage eingetreten, als es wohl jetzt unmöglich wäre, in Rom auf Mässigung der Ansprüche zu wirken. Es sei zu erwarten, daß Pforte sich jetzt mit Protestnote an Mächte wenden würde, welche Note eine Antwort wohl erheischen würde. Seiner Ansicht nach könnte bezüglich der question de fait nur gesagt werden, daß durch die Okkupation Tripolitanien bereits in italienischen Besitz übergegangen. Bezüglich der question de droit wäre eine Vereinbarung zwischen den Kriegführenden unerläßlich. Herr Neratow meint, daß durch Schritt Italiens Lage noch erschwert. Gerent sagte mir, er habe von Herrn Tscharikow über Fühlungnahme zwischen dortigen Botschaftern nichts gehört. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2878, 2881, 2889.

Tel. nach Berlin, 7. Nov. 1911 Nr. 141 (chiffr. 6 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2883.

Nr. 2880. Tel. aus Berlin, 7. Nov. 1911 Nr. 205 (eing. 8. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng geheim. Im Laufe der Unterredung, die ich gestern mit dem Staatssekretär hatte, habe ich ihm von dem Inhalte Euer Exzellenz streng geheimen Erlasses vom 4. d. M. No. 2657 in Betreff der Erneuerung des Dreibundes Mitteilung gemacht. Herr von Kiderlen sagte mir, er glaube, schon jetzt versichern zu können, dass er mit den Ausführungen Euer Exzellenz mit Bezug auf die Artikel VII, IX und X des Vertrages ganz einverstanden sei; doch bat er mich, ihm eine Aufzeichnung über den Inhalt Hochderen bezüglichen Erlasses zur Verfügung zu stellen, damit er mir eine präzise Antwort zukommen lassen könne, welchem Wunsche ich entsprochen habe. Da die Verhandlungen über das Marokkoabkommen im Reichstage morgen beginnen, ist der Staatssekretär mit den diesbezüglichen Vorarbeiten sehr beschäftigt und aus diesem Grunde dürfte ich erst in einigen Tagen die mir in Aussicht gestellte Antwort erhalten. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2884, 2946.

Nr. 2881. Tel. aus Berlin, 7. Nov. 1911 Nr. 207 (eing. 8. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Bezug auf Erlass Zahl 2653, vertraulich. Wie mir Staatssekretär gestern mitteilt, habe sich sowohl Grossvezier, wie auch Assim Bey Baron Marschall über die Grundlage eines eventuellen Friedensschlusses

ganz in demselben Sinne geäussert, wie Markgrafen Pallavicini gegenüber und ganz entschieden betont, dass die Türkei sich nur mit der Aufrechterhaltung der effektiven Souveränität des Sultans über Tripolitanien begnügen könne. Unter diesen Umständen, so meint der Staatssekretär, könne von einer Intervention der Mächte keine Rede sein. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2879, 2882.

Nr. 2882. Privatschreiben aus Konstantinopel, 7. Nov. 1911 (eing. 10. Nov.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. In dem hohen Privatschreiben vom 1. d. Mts., für welches ich meinen ergebensten Dank auszusprechen mir erlaube, erörtern Euere Exzellenz die Haltung meines deutschen Kollegen im italienisch-türkischen Konflikte und kommen zu dem Schlusse, dass er sich in der Behandlung dieser Frage hauptsächlich durch Rücksichten leiten lässt, welche sich aus der deutsch-englischen Spannung ergeben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass bei Baron Marschall die Tendenz ausschlaggebend ist, die Stellung, die Deutschland in diesem Lande einnimmt und die er zum grossen Teile als die Frucht seiner vieljährigen hiesigen Tätigkeit betrachtet, zu wahren und dieselbe vor allem gegen England, welches er als den gefährlichsten Gegner Deutschlands auf diesem Gebiete ansieht, zu verteidigen. In der jetzigen Krise kommt diese Tendenz mit ganz besonderer Schärfe zur Geltung. Wenn Baron Marschall auf eine Einflussnahme unserer und deutscherseits in Rom dringt, um Italien in dem Streite mit der Türkei nachgiebig zu stimmen, so ist dies ohne Zweifel im obigen Sinne gedacht. Ich war mir vom Anfang an über diesen Punkt vollkommen im klaren, möchte aber mich den Besorgnissen, die Baron Marschall mit Bezug auf das italienische Abenteuer in Tripolis hegt, nicht ganz verschliessen und glaube, dass wir auch von unserem Standpunkte aus dieselben nicht unberücksichtigt lassen sollten. Unsere Stellung in diesem Lande hängt wesentlich von jener Deutschlands ab. In den letzten drei Jahren haben wir eine Politik verfolgt, welche nicht eben danach angetan war, die Beziehungen der Monarchie zu diesem Reiche leicht und angenehm zu gestalten. Wenn unsere Stellung in der Türkei trotzdem keine so schlechte ist und wir im ganzen und grossen mit derselben zufrieden sein können, so ist dies in erster Linie unserer Allianz mit dem deutschen Reiche zu verdanken. Selbstverständlich hängt auch Deutschlands Stellung in der Türkei wesentlich von dem Verhältnis ab, in welchem das deutsche Reich zu unserer Monarchie steht. Die grosse militärische Macht, über welche die beiden Alliierten verfügen, imponiert hier und ist die Grundlage dieser festen Position. Man sagt wohl häufig, dass Deutschland, namentlich in wirtschaftlicher Beziehung, grösseren Nutzen aus dieser Position zieht als wir. Dies ist wohl richtig, beruht aber auf ganz natürlichen Ursachen. Es wäre hingegen falsch zu behaupten, dass wir keinen Nutzen aus dem Verhältnis zur Türkei ziehen. Gerade die letzten Jahre haben bewiesen, dass wir trotz der schwierigen politischen Verhältnisse bedeutende Fortschritte in wirtschaftlicher Beziehung in der Türkei gemacht haben und wenn sich die Dinge in diesem Reiche

weiter konsolidieren sollten, so wird dasselbe ohne Zweifel für unser Wirtschaftsleben immer grössere Bedeutung gewinnen. Aus obigen Gründen erblicke ich in einer eventuellen Gefährdung der deutschen Stellung in diesem Lande auch eine Gefahr für uns und zwar nicht blos in politischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Eine solche Gefahr droht aber, auch meiner Ansicht nach, wenn es England gelingen sollte, die Türkei in sein Fahrwasser zu leiten. Die englische Regierung mag wohl momentan Italien freundlich gesinnt sein, der praktische Sinn des englischen Volkes aber wird — glaube ich — doch schliesslich eine präponderierende Stellung in diesem Lande, in welchem England so grosse Interessen hat, höher einschätzen als die italienische Freundschaft, die, wie es sich eben jetzt zeigt, von zweifelhaftem Werte ist. Schon jetzt scheint es mir nicht an Anzeichen zu fehlen, die auf einen Umschwung der öffentlichen Meinung in England zugunsten der Türkei hinweisen. Was die deutscherseits vorgebrachten Argumente für die Notwendigkeit eines in Rom auszuübenden Druckes anbelangt, so sind dieselben gewiss von der Sorge diktiert, die man in Berlin für die deutsche Stellung in der Türkei hegt. Nichtsdestoweniger möchte ich aber auch vom Standpunkte der Erhaltung des allgemeinen Friedens mit Nachdruck auf die Gefahren hinweisen, welche daraus entstehen könnten, wenn man der Türkei die italienischerseits aufgestellten Friedensbedingungen einfach octroyieren wollte. Dies wäre meiner Ansicht nach ein grosser Fehler und könnte schwere Folgen nach sich ziehen. Die Türkei ist überhaupt nicht im Stande, wie die Dinge heute stehen und wie ich dies auch an anderer Stelle hervorhebe, sich diesen Bedingungen zu unterwerfen. Es muss daher meines Erachtens mit grösster Vorsicht vorgegangen werden, denn sehr leicht könnte die gegenwärtige Ruhe in diesem Reiche in das Gegenteil umschlagen und ein Brand entstehen, von dessen Dimensionen man sich heute kaum eine Vorstellung machen kann. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2881, 2884, 2917.

Tel. nach London, 7. Nov. 1911 Nr. 65 (chiffr. 6 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2883.

Nr. 2883. Tel. nach Madrid Nr. 22 (1), Berlin Nr. 141 (2), Paris Nr. 63 (3) und London Nr. 65 (4), 7. Nov. 1911 (chiffr. 6 U. 40 M. p. m.).a) Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).

1.—4. Der königlich spanische Botschafter hat mir mitgeteilt, daß seine Regierung erfahren habe, daß das deutsch-französische Abkommen über Marokko vor der Zustimmung der Vereinigten Staaten dem dortigen Senate zur Beschlußfassung vorgelegt werde und daran die Frage geknüpft, ob auch bei uns eine parlamentarische Verhandlung dieser Vereinbarung erforderlich sei. Ich bejahte dies hinsichtlich Ungarns und fügte bei, daß hierüber wohl eine gewisse Zeit verstreichen werde, daß wir aber dann und in einem nicht zu fernen Zeitpunkte der französischen und deutschen Regierung unsere Stellungnahme bekanntgeben würden. Der englische Botschafter hat mich vertraulich davon benachrichtigt, daß England beabsichtige, auf Frankreich im Sinne eines größtmöglichen Entgegenkommens an die spanischen Wünsche einzuwirken.

1., 3. u. 4. Dadurch wird eine mir aus Berlin zugekommene ähnliche Meldung bestätigt, die auch besagt, daß es nach Ansicht der deutschen Regierung dem Londoner Kabinett wohl nicht ungelegen komme, die Franzosen in Marokko durch die Spanier etwas in Schach zu halten.

2. Dadurch wird die am Schlusse des Berichtes vom 2. d. M. Nr. 47 C enthaltene Meldung bestätigt.

1.—4. Vorstehendes ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2869, 2877, 2900, 2901.

Tel. nach Paris, 7. Nov. 1911 Nr. 63 (chiffr. 6 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 2883.

Nr. 2884. Privatschreiben aus Rom, 7. Nov. 1911 (eing. 9. Nov.).[a]) Eigh. Ausfert.

Geheim. Der italienische Botschafter in Berlin ist kürzlich hieher berufen worden und nach einem Aufenthalte von wenigen Tagen wieder auf seinen Posten zurückgekehrt. Seine hiesige Anwesenheit wurde speziell wegen ihrer Kürze sehr vermerkt, aber mit großem Geheimnisse umgeben. Über die Gründe seiner Berufung transpirirte Nichts. Mein deutscher Kollege, an den ich darüber eine Frage richtete, zeigte sich gegen seine frühere Gewohnheit sehr verschlossen und unaufrichtig. Er meinte, Herr Pansa habe, da er wegen der Marocco-Verhandlungen und der Tripolis-Aktion schon lange Deutschland nicht verlassen konnte, einen Anlass gesucht, dringender Privatangelegenheiten halber nach Rom zu kommen. Der Minister des Äußern, dem ich durch eine Bemerkung Gelegenheit gab, sich zu äußern, erwies sich mitteilsamer. Er sagte mir im strengsten Vertrauen, er habe Herrn Pansa berufen, vor allem um bezüglich der Tripolis-Aktion über die Situation und die Stimmungen in Berlin genau unterrichtet zu werden und seinerseits den Botschafter über die einschlägigen Auffassungen der eigenen Regierung genau zu informieren. Speziell sei ihm daran gelegen gewesen, Herrn Pansa klarzumachen, dass, wenn die italienische Regierung an der annexion pure et simple festhält, dieß außer anderen Motiven auch noch den Grund habe, dass gegenteiligen Falles bei der dermaligen Stimmung des Landes eine Gefahr für die Dynastie entstehen könnte. Eine solche Mitteilung habe aber nur mündlich erfolgen können, da der König alle Depeschen lese. — Diese Konfidenz bestätigt die mir schon früher zugekommene Nachricht, der italienische Botschafter in Berlin habe — sei es aus eigener Überzeugung, sei es unter dem Einfluße der deutschen Regierung — in seinen Berichten dafür plaidirt, dass Italien sich mit der bloßen Okkupation begnüge. Als weiteren Grund der Berufung Herrn Pansa's bezeichnete der Minister des Äußern den Wunsch, mit demselben über jene Bestimmungen des zu erneuernden Dreibund-Vertrages sich zu beraten, welche an die Stelle der bisherigen Artikel IX und X treten sollen. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass über diesen Punkt vielleicht schon zwischen dem Auswärtigen Amte in Berlin und Herrn Pansa ein konfidenzieller Gedankenaustausch stattgefunden hat. Jedenfalls ist durch das

Vorstehende, um dessen geneigte Geheimhaltung ich Euer Excellenz ergebenst bitten darf, die Berufung Herrn Pansa's nach Rom hinreichend aufgeklärt. Mérey.

a) Vgl. n. 2866, 2880, 2882, 2886, 2946.

Nr. 2885. Privatschreiben an den ungarischen Finanzminister Ladislaus von Lukács in Budapest, 7. Nov. 1911.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Die Formulierung des Begehrens, betreffend Cotierung zukünftiger österreichischer oder ungarischer Anleihen am Pariser Markte, welches wir an unsere Zustimmung zu dem jüngsten deutsch-französischen Marokko-Abkommen dem französischen Ansuchen gegenüber zu knüpfen beabsichtigen, ist zum Gegenstand eines eingehenden Studiums gemacht worden. Ich bin hiebei zu der Ueberzeugung gelangt, dass einerseits eine die französische Regierung absolut bindende Formel in Paris nicht zu erreichen sein wird und dass andererseits eine etwas vager gehaltene Formel von relatif geringem Werte wäre. Bei Beurteilung der Frage muss der Umstand in Betracht gezogen werden, dass der französischen Regierung keinerlei Recht zusteht, von der Pariser Börse die Zulassung ausländischer Werte zur Cote an derselben zu verlangen. Ueber Cotierungsansuchen entscheidet der Syndic des agents de change und ist dem Finanzminister respektive dem Minister des Aeussern nur die Befugnis eingeräumt, aus finanziellen oder politischen Gründen ihre Zustimmung zur Erteilung der Cote zu verweigern. Unter diesen Umständen wird es einer französischen Regierung immer leicht sein, wenn sie sich aus parlamentarischen Rücksichten oder infolge einer Presskampagne, mit welcher ohne grössere Geldopfer seitens des die Cote verlangenden Staates stets zu rechnen sein wird, zu einer ablehnenden Haltung gezwungen sieht, sich auf den Syndic des agents de change auszureden. Letzterer kann aber jederzeit eine negative Antwort mit dem Hinweis auf die Marktlage begründen, ohne dass hiegegen unsererseits mit Erfolg protestiert werden könnte. Es ist einleuchtend, dass eine Verweigerung der Cote, auch wenn sie nicht von der Regierung sondern von dem Syndikat ausginge und durch die Marktlage oder sonstige Umstände vollbegründet wäre, angesichts einer vorherigen in allgemeiner Form gefassten Erklärung der französischen Regierung eine Verstimmung zwischen den beiden Mächten zur Folge haben müsste. Es schwebt mir nunmehr der Gedanke vor, zu versuchen, die Abgabe einer Erklärung zu erlangen, die dahin lauten würde, dass für den Fall, als die kgl. ungarische oder die k. k. Regierung im Laufe der nächsten (zeitlich zu bestimmenden) Jahre Anleihen in einer gleichfalls zu fixierenden Höhe am französischen Markte placieren wollte, und das bezügliche Ansuchen in international normalen und ruhigen Zeiten gestellt würde, die französische Regierung ihrerseits nicht nur keine Schwierigkeiten machen, sondern einem solchen Ansuchen nachdrucksvolle Unterstützung gewähren würde. Der Herr k. k. Finanzminister, den ich befragt habe, ob ihm eine solche Modifikation unseres Begehrens wünschenswert erschiene, hat sich im bejahenden Sinne

ausgesprochen. Ich erlaube mir nun, Euer Exzellenz zu ersuchen, mir gütigst bekanntgeben zu wollen, ob Hochdieselben mit dieser Fassung gleichfalls einverstanden wären und welche Summe respektive Zeitfrist der kgl. ungarischen Regierung für ein Begehren in diesem Sinne wünschenswert erschiene, wobei ich bemerke, dass eine allzu hohe Summe aus dem Grunde nicht ins Auge zu fassen wäre, weil dies der französischen Regierung die Annahme erschweren und die beabsichtigte Aktion zum Scheitern bringen könnte. Jedenfalls glaube ich, dass das Faktum der Wiedereröffnung des Pariser Marktes für ungarische Staatswerte ein nützliches Präzedens wäre, welches der französischen Regierung auch für die Zukunft ein Entgegenkommen leichter machen würde und unter Umständen von grösserem Werte wäre, als eine allgemein gehaltene, aber auch leicht zu eludierende Zusage. Schliesslich möchte ich es Euer Exzellenz Erwägung anheimstellen, ob die kgl. ungarische Regierung nicht einen Vorteil darin erblicken würde, statt einer Zusage für künftige Anleihen schon jetzt die Cote für eine frühere, bisher aber an der Pariser Börse nicht cotierte Anleihe zu erlangen, was allenfalls noch mit dem entsprechend herabzumindernden Verlangen nach einer Zusicherung für eine spätere Anleihe verbunden werden könnte. Da die französische Regierung bereits um unsere Zustimmung zu dem deutsch-französischen Marokko-Abkommen angesucht hat, und eine rasche, wenn auch provisorische Antwort im Interesse unseres Petites gelegen wäre, erlaube ich mir, Euer Exzellenz um eine ehetunlichste Rückäusserung im Gegenstande zu ersuchen. Nach Einlangen einer zustimmenden Antwort Euer Exzellenz würde ich sodann bestrebt sein, von der französischen Regierung die Abgabe einer Erklärung in der zuletzt besprochenen oder, wenn dies nicht erreichbar wäre, in der ursprünglich intentionierten allgemeineren Fassung zu erlangen.

[a]) Vgl. n. 2559, 2560, 2562, 2565, 2613, 2627, 2870, 2877, 2895, 2902, 3167 Anm. b.

Tel. nach Berlin, 8. Nov. 1911 Nr. 142 (chiffr. 2 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 2888.

Tel. nach Konstantinopel, 8. Nov. 1911 Nr. 285 (chiffr. 2 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 2888.

Nr. 2886. Note der türkischen Botschaft in Wien, 8. Nov. 1911 N° G[l] 34984, N° S[l] 84 (eing. 8. Nov.).[1])[a]) Ausfert.

Le Gouvernement Impérial Ottoman apprend que le Gouvernement italien ayant motu-proprio promulgué un décret proclamant l'annexion des Provinces Ottomanes de Tripoli et de Benghazi, l'a communiqué aux Puissances. La Sublime Porte proteste de la façon la plus énergique contre cette proclamation qu'elle considère nulle et sans valeur en droit comme en fait. Un tel acte est effectivement nul, parceque contraire aux principes les plus élémentaires du droit des gens, il l'est également parceque la Turquie et l'Italie se trouvent encore en pleine guerre et que le Gouvernement Ottoman entend conserver et défendre par les armes ses droits de souveraineté imprescriptibles et inaliénables sur ces deux Provinces. D'autre part, cette

proclamation et la communication qui en est faite aux Puissances, constituent une double et formelle violation des engagements solennellement contractés en vertu de Traités notamment ceux de Paris et de Berlin, aussi bien par l'Italie vis-à-vis des Grandes Puissances que par celles-ci vis-à-vis du Gouvernement Impérial Ottoman au sujet de l'intégrité territoriale de l'Empire. Dans ces conditions, l'annexion proclamée par le Gouvernement italien demeure juridiquement nulle de même qu'elle est inexistante en fait.

Mouhtar.

1) Vom türkischen Geschäftsträger übergeben 8. XI. 1911. A[ehrenthal.]
a) Vgl. n. 2884, 2887, 2892, 2933 Anm. b.

Nr. 2887. Tel. aus London, 8. Nov. 1911 Nr. 80 (eing. 9. Nov. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Unter Bezugnahme auf Telegramm No. 63 vom 6. d. M. Sir E. Grey sagte mir heute, dass er auf italienische Annexions-Notifikation zunächst geantwortet habe, er müsse mit den anderen Mächten sich besprechen, ob und in wie weit dadurch Vertragsrechte tangiert würden. Nachdem Staatssekretär Eindruck hat, dass niemand geneigt ist, auf italienische Mitteilung Antwort zu erteilen, nehme er jetzt den Standpunkt ein, sich die Prüfung der Frage zu reservieren, ob Vertragsrechte durch die Annexion berührt wurden. Er tue dies hauptsächlich, damit nicht später italienische Regierung sich eventuell auf seinen stillschweigenden Konsens berufen könne; übrigens glaube er auch, dass tatsächlich die Annexion mit Bestimmungen des Pariser und Berliner Vertrages nicht im Einklange stehe. Sowohl Sir E. Grey als Sir A. Nicolson haben den Eindruck, dass italienische Regierung keine Antwort erwartet.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 2886, 2888, 2894.

Nr. 2888. Tel. nach Rom Nr. 192 (1), Konstantinopel Nr. 285 (2) und Berlin Nr. 142 (3), 8. Nov. 1911 (chiffr. 2 U. 15 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

1.—3. Geheim. Herzog Avarna hat mich gestern aufgesucht und die Nachricht von dem Erscheinen italienischer Kriegsschiffe vor Salonik neuerlich und zwar im Namen Marquis di San Giulianos dementiert. Der Herr Botschafter fügte jedoch auftraggemäß hinzu, daß die italienische Regierung, da die auf die Wiederherstellung des Friedens gerichteten Bemühungen der Mächte bisher fruchtlos geblieben seien, es zum Zwecke der rascheren Erreichung dieses Zieles für notwendig erachte, das bisherige Gebiet der kriegerischen Operationen zu erweitern. Der Kommandant der italienischen Seestreitkräfte habe in diesem Sinne Instruktionen erhalten; er sei jedoch gleichzeitig angewiesen worden, bei der Durchführung seiner Aufgabe, welche die Intimidation der Türkei bezwecke, die fremden Interessen soweit als nur möglich zu schonen. Selbstverständlich hielte die italienische Regierung an ihren früheren Erklärungen fest, wonach sie von militärischen Unternehmungen gegen die Küsten der Türkei in der Adria und im jonischen Meere abzusehen entschlossen sei; im übrigen

wahre sich aber Italien volle Freiheit der Aktion. In meiner Erwiderung habe ich den Herrn Botschafter auf unser letztes bezügliches Gespräch (vide mein Telegramm ad 1: Nr. 187, ad 2: Nr. 276, ad 3: Nr. 139 vom 6. d. M.) verwiesen und neuerlich betont, daß von einer kriegerischen Operation gegen Salonik oder sonstige Küstenstädte der europäischen Türkei im ägäischen Meere eine weitere Verschärfung der ohnedies prekären Lage in Mazedonien sowie eine ernstliche Gefährdung des status quo am Balkan zu befürchten sei. Eine derartige Aktion wäre, meiner Auffassung nach, mit der von Italien im Artikel 7 des Dreibundvertrages übernommenen Verpflichtung unvereinbar. Ich habe dem Herrn Botschafter gegenüber meine weiteren Bedenken nicht verhehlt, daß ein solches Unternehmen namhafte Interessen auch anderer Nationen tangieren dürfte. Im Laufe unserer Konversation brachte Herzog Avarna den Wunsch zum Ausdruck, daß die Türkei von unseren Besprechungen bezüglich Einschränkung des Kriegsschauplatzes keine Kenntnis erhalte, worauf ich dem Herrn Botschafter eine bezügliche Zusage erteilte.

1. Euer Exzellenz wollen sich bei nächster Gelegenheit Marquis San Giuliano gegenüber in gleichem Sinne aussprechen.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und rein persönlicher Kenntnisnahme.

3. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an den Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2887, 2889, 2891, 2893, 2918, 3036, 10747.

Nr. 2889. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 8. Nov. 1911 Nr. 173 (eing. 9. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Mein Telegramm Nr. 170 von vorgestern. Ich konnte beim heutigen diplomatischen Empfange von Herrn Neratow entnehmen, daß er italienische Note betreffend Annexion nicht zu beantworten gedenke. Gerent erwähnte mir, Turkhan Pascha habe seither Protest der Pforte gegen Annexion übermittelt. Gerent will nur mündlich und im Sinne meines erwähnten Telegrammes erwidert haben. Herr Neratow ist über letzte italienische vertrauliche Demarche betreffend Erweiterung der Kriegsoperationen, welche Demarche hier gestern erfolgte, ziemlich besorgt. Gerent sagte mir, er habe Herrn Melegari geantwortet, daß solange die neuerdings und bei diesem Anlasse noch bündiger gemachte Versicherung, daß Kriegsoperationen weder am Balkan noch an Küsten, wo europäische Interessen bestehen, stattfinden werden, eingehalten werde, die russische Regierung als neutrale Macht mit der Angelegenheit sich nicht befassen könne. Ich habe nicht den Eindruck, daß Herr Neratow eine sehr energische Sprache Herrn Melegari gegenüber führte, wenn auch Gerent Lage diesmal mit Sorge beurteilt, worin deutscher Geschäftsträger und ich ihn nur bestärkten. Herr Neratow sagte mir, italienischer Botschafter habe in seinen Gesprächen bezüglich Ausdehnung der Kriegsoperationen nichts Präzises gesagt. Er (Gerent) habe aber den Eindruck, daß es sich vornehmlich um einen Angriff auf Inseln des Archipels, vielleicht Rhodus oder Mytilene und eventuell um weitere

Operationen im Roten Meere handeln würde. Ich wies auf große Gefahr Erregung in griechischer Bevölkerung hin, was Mitredner unter gewissen Bedingungen zugab. Anderseits sagte er mir, mohammedanische Stämme würden vielleicht in der Lage sein, in Erythräa empfindlichen Schlag zu führen. Szilassy.

a) Vgl. n. 2888, 2890, 2896.

Nr. 2890. Note des Chefs der Militärkanzlei des Kaisers, Arthur Freiherrn v. Bolfras, 8. Nov. 1911 Nr. 2876.a) Ausfert.

Indem ich nicht unterlassen zu sollen glaubte, Seine[b]) Majestät unseren Allerhöchsten Herrn alleruntertänigst Meldung zu erstatten, von dem Inhalte der Rücksprache vom 6. d. Mts., zu welcher mich einzuladen Euer Exzellenz Anlass nahmen, wurde ich Allerhöchst beauftragt Euer Exzellenz den vollen Wortlaut jener Allerhöchsten Resolution vom 17. v Mts.,[c]) deren ich gegen Euer Exzellenz mündlich erwähnte, durch die Beilage zur hochgeneigten Kenntnis zu bringen. Ich glaube es als für Euer Exzellenz sehr befriedigend erachten zu dürfen, dass diese Allerhöchste Resolution völlig dem Schlusse Hochderen, Seine[b]) Majestät unterbreiteten Mémoires vom 22. d. Mts. — in das mir Seine Majestät eben erst Einsicht Allergnädigst zu gewähren geruhten — entspricht, da die in Erörterung gezogenen Kompetenzen genau Allerhöchst festgestellt erscheinen. Bolfras.

a) Vgl. n. 2644, 2809, 2889, 2891, 2957. — b) So! — c) Beilage.

Beilage zu Nr. 2890. Entschließung Kaiser Franz Josef I., 17. Okt. 1911. Abschrift.

Allerhöchste Resolution vom 17. Oktober 1911 auf den alleruntertänigsten Vortrag des Chefs des Generalstabes Nr. 3.862 vom 8. Oktober 1911,[a]) mit welchem dieser, im Hinblicke auf die politische Lage, die durch das Vorgehen Italiens in Tripolis entstanden ist, und der Ansicht, dass da die Politik seine ressortmässigen Obliegenheiten direkte berühre[b]), um die Allerhöchste Weisung alleruntertänigst bittet: „Für die Ihr Ressort betreffenden Obliegenheiten hat nach wie vor der Grundsatz zu gelten, dass für die Wehrmacht stets jede mögliche Kriegsbereitschaft anzustreben ist. In Kenntnis dessen leitet Mein Minister des Aeusseren die Angelegenheiten seines Ressorts der Monarchie im Sinne Meiner Willensmeinung und in Übereinstimmung mit Meinen beiden Ministerpräsidenten.“ Franz Joseph.[c])

a) Conrad a. a. O. II 275. Vgl. n. 2644. — b) So! — c) Ebda. II 276.

Tel. nach Berlin, 9. Nov. 1911 Nr. 143 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2892.

Tel. nach Berlin, 9. Nov. 1911 Nr. 144 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2896.

Tel. nach Berlin, 9. Nov. 1911 Nr. 145 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2894.

Nr. 2891. Tel. aus Berlin, 9. Nov. 1911 Nr. 209 (eing. 10. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm, Nr. 142 geheim, von gestern. Da Reichskanzler und Staatssekretär wegen der auf heute verschobenen Marokkodebatte im Reichstag beschäftigt sind und voraussichtlich auch im Laufe der nächsten Tage vollauf in Anspruch genommen sein werden, habe ich Euer Exzellenz Mitteilungen durch den Unterstaatssekretär zu ihrer Kenntnis bringen lassen. Herr Zimmermann sagte mir, dass der italienische Botschafter vorgestern auch hier eine ganz analoge Erklärung abgegeben hat. Bei diesem Anlasse habe der Staatssekretär ähnliche Bedenken geltend gemacht, wie sie Euer Exzellenz dem Herzog Avarna gegenüber zum Ausdrucke gebracht haben und hiebei ganz besonders betont, dass militärische Unternehmungen gegen Küstenstädte der europäischen Türkei nach hiesiger Überzeugung eine entschiedene Verschärfung der Situation und eine Gefährdung des status quo am Balkan zur Folge haben würden. Der italienische Botschafter habe hierauf versichert, dass die italienischerseits in Aussicht genommene Erweiterung des bisherigen Gebietes der kriegerischen Operationen einzig und allein den Zweck verfolge, die Türkei zu intimidieren und sie dadurch zu einem rascheren Friedensschluss zu bewegen. Szögyény.

[a] Vgl. n. 2888, 2890, 2892.

Tel. nach Bukarest, 9. Nov. 1911 Nr. 45 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2896.

Tel. nach Bukarest, 9. Nov. 1911 Nr. 46 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2894.

Nr. 2892. Tel. nach Konstantinopel Nr. 286 (1), Rom Nr. 194 (2), Berlin Nr. 143 (3), London Nr. 66 (4), Paris Nr. 64 (5) und St. Petersburg Nr. 93 (6), 9. Nov. 1911 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).

1.—6. Türkischer Geschäftsträger übergab mir gestern die Protestnote gegen die Annexion,[b] in deren Texte auf die Unvereinbarkeit dieses Aktes mit den Bestimmungen des Pariser und Berliner Vertrages über die Integrität des Osmanischen Reiches hingewiesen wird. Eine Antwort hierauf wurde seitens Muchtar Beys nicht verlangt. Bei dieser Gelegenheit ist der Geschäftsträger auch auf den Inhalt der bereits vor einigen Tagen überreichten Protestdepesche der Pforte gegen die angeblichen Grausamkeiten der italienischen Truppen zurückgekommen und brachte die Anregung vor, ob es mir nicht möglich erschiene, diese Anklagen durch das k. u. k. Konsulat in Tripolis verifizieren zu lassen. Ich habe Muchtar Bey erwidert, Herzog Avarna habe mir eine Meldung des Generals Caneva mitgeteilt, worin jene Beschuldigung auf das nachdrücklichste dementiert wird. Unter diesen Umständen müsse ich die Nachrichten über den Italienern zugeschriebene Massakers und sonstige Grausamkeiten als unbegründet annehmen.

1. Euer Exzellenz wollen sich auf der Pforte, wenn ein Anlaß sich hiezu bieten sollte, in analoger Weise vernehmen lassen und bemerken, daß ich mir von diesen beiden türkischen Demarchen keinerlei praktische Wirkung verspreche.

2.—3. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Mitteilung an den Minister des Äußern (Staatssekretär).

4.—6. Vorstehendes zu Euer etc. Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2891, 2893. — [b]) Vgl. n. 2886.

Tel. nach Konstantinopel, 9. Nov. 1911 Nr. 287 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2896.

Tel. nach Konstantinopel, 9. Nov. 1911 Nr. 288 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2894.

Nr. 2893. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. Nov. 1911 Nr. 375 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 285 vom 8. d. M. geheim. Die von der italienischen Regierung ins Auge gefasste Ausdehnung der kriegerischen Operationen auf andere Teile des türkischen Reiches, in der Absicht hier einzuschüchtern und auf diese Art die Türkei zum Frieden zu zwingen, scheint mir auf einer vollkommenen Verkennung der derzeitigen Verhältnisse in diesem Lande zu beruhen. Angriffe auf die Inseln im ägäischen Meere oder auf türkische Küstenstädte in Asien würden wahrscheinlich die Erregung der mohammedanischen Bevölkerung in der Türkei in einer sehr bedenklichen Weise erhöhen. Die nächste Folge hievon wäre, dass die Regierung dem Drängen gewisser Kreise, gegen die hier lebenden Italiener vorzugehen, nicht weiter Widerstand leisten könnte. Auch die von der italienischen Regierung erhoffte Wirkung der Proklamierung der Annexion Tripolitaniens dürfte sich meiner Ansicht nach nicht einstellen. Überhaupt dürfte die italienische Annahme, dass diese Proklamierung als ein fait accompli wirken werde, nicht zutreffen, da die hiezu nötigen Voraussetzungen (tatsächliche Besitzergreifung u. s. w.) fehlen. Dieser Schritt wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Türkei in ihrem Widerstande nur noch mehr bestärken, ganz abgesehen davon, dass er auch die Interessen der Mächte wegen der Kapitulationsfrage tangiert und ein sehr gefährliches Präcedens darstellt. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2892, 2894, 2897.

Tel. nach London, 9. Nov. 1911 Nr. 66 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2892.

Tel. nach London, 9. Nov. 1911 Nr. 67 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2896.

Nr. 2894. Tel. nach London Nr. 68 (1), Berlin Nr. 145 (2), Paris Nr. 66 (3), St. Petersburg Nr. 95 (4), Rom Nr. 196 (5), Konstantinopel Nr. 288 (6) und Bukarest Nr. 46 (7), 9. Nov. 1911 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 80 vom 8. d. M. Beim gestrigen Diplomatenempfange hat sich der hiesige englische Botschafter in analogem Sinne wie Sir Edward Grey geäußert. Er ging hiebei von den Reserven aus, welche im Foreign Office unmittelbar nach der Kriegserklärung Marquis Imperiali gegenüber ausgesprochen und mittelst Aide-mémoire[b] zur Kenntnis der Kabinette gebracht worden waren. Sir Edward Grey wolle mit den anderen Mächten in einen Gedankenaustausch über seine Absicht treten, die italienische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß durch die Proklamierung der Annexion fremde Rechte in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Sir Fairfax Cartwright erläuterte dies dahin, daß seine Regierung hiebei nicht die politische Seite der Annexionsnotifikation, sondern deren wirtschaftliche Folgen vor Augen habe. Vorstehendes teile ich Euer Exzellenz und den Botschaftern bei den übrigen Signatarmächten zur Information und Regelung ihrer Sprache mit.

2.—7. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 8. d. M., wie folgt: ... *wie n. 2887* ... (Inseratur aus Telegramm nach London Nr. 68 von „Beim gestrigen Diplomaten-Empfange" bis „vor Augen habe.")

2. 3. u. 4. Vorstehendes teile ich Euer etc. und den Botschaftern bei den übrigen Signatarmächten zur Information und Regelung ihrer Sprache mit.

7. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Seine Majestät König Carol.

5. u. 6. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information.

Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2893, 2896. — [b] Vgl. n. 2680, 2681.

Tel. nach Paris, 9. Nov. 1911 Nr. 64 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2892.

Tel. nach Paris, 9. Nov. 1911 Nr. 65 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2896.

Tel. nach Paris, 9. Nov. 1911 Nr. 66 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2894.

Nr. 2895. Tel. aus Paris, 9. Nov. 1911 Nr. 87 (eing. 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 62. Herr von Selves sprach mir gestern die Hoffnung aus, dass wir ehetunlichst dem Marokkoübereinkommen zustimmen würden. Ich antwortete ihm im gleichen Sinne, wie sich Euer Exzellenz Herrn Crozier gegenüber ausgesprochen haben. Minister des Aeussern sagte, er werde allfällige Wünsche Euer Exzellenz mit Wohlwollen prüfen und wiederholte seine Bitte um baldige Zustimmung, die ihm aus parlamentarischen Gründen sehr erwünscht wäre. Man scheint hier über die Form der Adhäsion nicht weiter nachgedacht zu haben. Da es

sich um einschneidende Modifikationen eines internationalen Vertrages handelt, der eigentlich durch einen bilateralen Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich ersetzt wird, dürfte es notwendig sein, die dritten Mächten durch letzteren Vertrag zugesicherten Rechte in amtlicher Form festzulegen, da, wenn die Mächte diesem Vertrage zustimmen, Frankreich, was die kommerzielle Gleichberechtigung in Marokko anbelangt, eigentlich nur Deutschland gegenüber gebunden erscheint. Szécsen.

a) Vgl. n. 2885, 2900, 2902.

Tel. nach Rom, 9. Nov. 1911 Nr. 194 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2892.

Tel. nach Rom, 9. Nov. 1911 Nr. 195 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2896.

Tel. nach Rom, 9. Nov. 1911 Nr. 196 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2894.

Tel. nach St. Petersburg, 9. Nov. 1911 Nr. 93 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2892.

Nr. 2896. Tel. nach St. Petersburg Nr. 94 (1), Rom Nr. 195 (2), Berlin Nr. 144 (3), London Nr. 67 (4), Paris Nr. 65 (5), Konstantinopel Nr. 287 (6) und Bukarest Nr. 45 (7), 9. Nov. 1911 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

1. Die Sprache der gesamten italienischen Presse bestärkt Herrn von Mérey[b] in dem schon in seiner vorgestrigen Unterredung mit Marquis di San Giuliano gewonnenen Eindruck, daß Italien momentan dringend auf eine Mediation der Mächte beziehungsweise einen Druck derselben in Konstantinopel rechne und daher mit Aktion der Flotte, aber nur mehr für allerkürzeste Zeit, noch zurückhalte, da sie eine solche aus bekannten Gründen lieber vermeiden möchte. Tatsächlich liegen mir Nachrichten darüber vor, daß Italien bei den Mächten eine vertrauliche Demarche bezüglich der Erweiterung der kriegerischen Operationen unternommen hat, wie dies Euer Hochwohlgeboren mit Telegramm vom 8. d. Nr. 80[c] melden. Die Haltung, welche ich gegenüber diesem italienischen Schritte eingenommen habe, stimmt, praktisch genommen, mit der Antwort Herrn Neratows an Herrn Melegari im Wesen überein. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren Information und Regelung Ihrer Sprache.

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 194 vom 8. d.[b] Tatsächlich liegen mir Nachrichten darüber vor, daß Italien bei den Mächten eine vertrauliche Demarche bezüglich der Erweiterung der kriegerischen Operationen unternommen hat. Die diesbezügliche Meldung Herrn von Szilassys vom 8. d. M. lautet: „Herr Neratow hat anläßlich der Demarche, betreffend Erweiterung der Kriegsoperationen, welche gestern erfolgte, Herrn Melegari geantwortet, ... *wie n. 2889 von „daß solange" bis „befassen könne" und von „Herr Neratow sagte mir" bis „im Roten Meere handeln würde"* ... Wie Euer Exzellenz bekannt, stimmt die Haltung, welche ich gegenüber diesem italienischen Schritte eingenommen habe, praktisch genommen, mit der Antwort Herrn Neratows an Herrn Melegari im Wesen überein. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

3.—7. (Inseratur ex Telegramm nach St. Petersburg Nr. 94 von „Die Sprache der gesamten italienischen Presse“ bis „kriegerischen Operationen unternommen hat.“) Die diesbezügliche Meldung Herrn von Szilassys vom 8. d. M. lautet: (Inseratur ex Telegramm nach Rom Nr. 195 von „Herr Neratow hat anläßlich“ bis „im Roten Meere handeln würde.“)

3. 6. u. 7. Wie Euer etc. bekannt, stimmt die Haltung, welche ich gegenüber diesem italienischen Schritte eingenommen habe, praktisch genommen, mit der Antwort Herrn Neratows an Herrn Melegari im Wesen überein.

4. u. 5. Die Haltung, welche ich gegenüber diesem italienischen Schritte eingenommen habe, stimmt, praktisch genommen, mit der Antwort Herrn Neratows an Herrn Melegari im Wesen überein.

3. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an den Herrn Staatssekretär.

4. u. 5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache.

6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

7. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Seine Majestät den König.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2894, 2898, 2912. — *b)* Tel. aus Rom 8. Nov. 1911 Nr. 194 (eing. 9. Nov. 9 U. a. m.). Nicht aufgenommen, weil unter 1 nahezu vollständig wiedergegeben. — *c)* Wohl irrig für Nr. 173.

Tel. nach St. Petersburg, 9. Nov. 1911 Nr. 95 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).
Siehe n. 2894.

Nr. 2897. Tel. nach Berlin Nr. 146 (1), St. Petersburg Nr. 97 (2), London Nr. 69 (3), Paris Nr. 68 (4), Rom Nr. 198 (5) und Konstantinopel Nr. 289 (6), 10. Nov. 1911 (chiffr. 6 U. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; G. Nemes).

1.—5. Markgraf Pallavicini telegraphiert unterm 9. d. M. wie folgt: ... *wie n. 2893 mit stilistischen Änderungen* ...

1.—4. Euer etc. wollen den Inhalt dieses Telegrammes

1. dem Herrn Staatssekretär
2. Herrn Neratow
3. Sir Edward Grey
4. Herrn de Selves

1.—4. vertraulich mitteilen und sich gleichzeitig erkundigen, wie die dort vorliegenden Meldungen aus Konstantinopel über die voraussichtliche Rückwirkung der italienischen Vorgangsweise lauten.

5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information.

6. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 375 vom 9. d. M. erhalten. Ich teile vollkommen die Ansichten Euer Exzellenz über die voraussichtlichen Folgen der italienischen Vorgangsweise. Euer Exzellenz wollen sich über die einschlägige Auffassung Ihrer Kollegen, speziell des englischen und des russischen, informieren und mir hierüber telegraphisch berichten.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2905, 2907, 2908, 2912, 2919.

Tel. nach Konstantinopel, 10. Nov. 1911 Nr. 289 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 2897.

Tel. nach London, 10. Nov. 1911 Nr. 69 (chiffr. 6 U. p. m.) Siehe n. 2897.

Nr. 2898. Tel. aus London, 10. Nov. 1911 Nr. 82 (eing. 11. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 67 von heute.[b] Sir A. Nicolson sagte mir, er habe nur durch Graf Benckendorff Nachricht von italienischer Demarche erhalten, die, soviel er wisse, nur in Petersburg stattgefunden hätte. Sollte Marquis Imperiali ihm ähnliche Mitteilung machen wie Melegari an Neratow, so würde er einfach davon Akt nehmen. Dass in Rom von erweiterter kriegerischer Operation gesprochen wurde, wisse Unterstaatssekretär aus römischen Telegrammen; doch sei dem Foreign office keine offizielle Mitteilung gemacht worden. In Deutschland scheine Besorgnis zu bestehen wegen eventueller italienischer Aktion in Salonik. Graf Metternich habe davon Sir E. Grey gesprochen; dieser antwortete, dass, solange keine englischen Interessen bedroht sind, er an seinem Standpunkte der Nicht-Intervention festhalte. Unterstaatssekretär hält deutsche Besorgnisse unbegründet. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 2899, 2907. — [b] Vom 9. Nov.

Nr. 2899. Bericht aus London, 10. Nov. 1911 Nr. 67 A (eing. 13. Nov.).[a] Ausfert.

Wie Euer Exzellenz aus meinem heutigen Telegramm Nr. 82 entnommen haben werden, ist nach den Nachrichten des Foreign Office eine italienische Demarche bezüglich Erweiterung der kriegerischen Operationen bisher nur in Petersburg gemacht worden und habe man hievon hier nur durch Graf Benckendorff Kenntnis erhalten. Unterstaatssekretär sagte mir eben, Marquis Imperiali habe sich bei ihm für heute Nachmittag angesagt, es sei also immerhin möglich, dass er ihm eine ähnliche Mitteilung bringe, wie Herr Melegari an Herrn Neratow, doch halte er es nicht für wahrscheinlich, dass italienische Regierung eine derartige Demarche hier erst einige Tage, nachdem sie in Petersburg gemacht worden ist, unternehme. Jedenfalls würde er, Sir Arthur Nicolson, nur davon Akt nehmen zur Berichterstattung an Sir E. Grey und keine Antwort erteilen. Der Unterstaatssekretär schien es nicht für ausgeschlossen zu halten, dass Herr Melegari vielleicht einen excès de zèle gezeigt habe und dass eine wirkliche Demarche nicht gemeint war. Die gestern vom Grafen Metternich dem Staatssekretär Sir E. Grey ausgesprochene Besorgnis bezüglich einer italienischen Aktion in Salonik scheint Sir A. Nicolson für unbegründet anzusehen. Er glaubt eher, dass Italien von irgend einer Insel Besitz ergreifen werde. Jedenfalls werde Sir E. Grey auf seinem Standpunkt der Nichtintervention beharren, solange keine englischen Interessen bedroht sind. Auf die türkischen Proteste bezüglich Annexion und angebliche italienische Grausamkeiten wird die englische Regierung keine Antwort geben. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 2904, 2907.

Nr. 2900. Bericht aus London, 10. Nov. 1911 Nr. 67 E (eing. 13. Nov.).[a] Ausfert.

Unter Bezugnahme auf Euer Excellenz Telegramm Nr. 65 vom 7. lf. Mts. und im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 81 vom 8. lf. M.[b] beehre ich mich zu berichten, dass mein schon vor längerer Zeit gemeldeter Eindruck, England werde auf Frankreich in dem Sinne eines concilianten Vorgehens gegen Spanien einwirken, aus allem, was ich vernehme, bestätigt wird. Sir Edward Grey sprach mir gegenüber die Hoffnung aus, dass eine billige (fair) Verständigung zwischen Frankreich und Spanien in der Marokkofrage zu Stande kommen werde. Im Laufe meines Gespräches mit dem Staats-Sekretär bemerkte ich, dass angesichts unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Spanien und unseres Interesses für die Dynastie die k. u. k. Regierung es freudig begrüssen würde, wenn die Verhandlungen einen befriedigenden Verlauf nehmen und nichts geschehe, was auf die inneren Zustände Spaniens einen nachteiligen Einfluss ausüben könne. Meine Collegen sind alle der Meinung, dass der hiesigen Regierung sehr daran gelegen ist, die spanischen Rechte und Wünsche nach Gebühr berücksichtigt zu sehen. Eine hervorragende Persönlichkeit des hiesigen Hofes sprach mir gegenüber die Meinung aus, die englische Öffentlichkeit würde es sehr unangenehm empfinden, wenn Spanien brusquirt würde (if Spain was bullied by France). Wenn auch leider in England — namentlich unter einer liberalen Regierung — das Verständnis für monarchische und dynastische Interessen häufig fehlt, so kann man doch annehmen, dass in diesem Falle ein gewisses Interesse für das spanische Königshaus bestehen dürfte, um so mehr als die mir gütigst mitgeteilte Meldung aus Berlin, nach welcher es dem englischen Kabinet nicht ungelegen komme die Franzosen in Marokko durch Spanien etwas controlliert zu sehen, mir richtig zu sein scheint. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 2895, 2901, 2906. — [b] Kurzer Vorbericht.

Tel. nach Paris, 10. Nov. 1911 Nr. 68 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 2897.

Tel. nach Rom, 10. Nov. 1911 Nr. 198 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 2897.

Nr. 2901. Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 10. Nov. 1911 Nr. 96 (chiffr. 4 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Biegeleben; G. Müller).

... Mit unwesentlichen Änderungen wie n. 2883 von „Der königlich spanische Botschafter" bis „die Wünsche Spaniens einzuwirken." ... Sobald sich hiezu eine Gelegenheit ergibt, wollen Euer Hochwohlgeboren sich zu Herrn Neratow dahin aussprechen, daß es mir im Interesse des monarchischen Prinzipes sehr erwünscht erschiene, wenn auch Rußland sich in gleicher Weise in Paris betätigen würde. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2900, 2902, 2910, 2913 Anm. b.

Tel. nach St.Petersburg, 10. Nov. 1911 Nr. 97 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 2897.

Nr. 2902. Privatschreiben des ungarischen Finanzministers Ladislaus von Lukács; Budapest, 10. Nov. 1911 (eing. 11. Nov.).a) Ausfert.

Indem ich Euerer Excellenz für die in dem geschätzten Schreiben vom 7. November enthaltene Mitteilung betreffend eines neuerlichen Versuches zur Erlangung der officiellen Côte für ungarische Staatstitres an der Pariser Börse meinen innigsten Dank ausspreche, beeile ich mich Euerer Excellenz Nachstehendes zu eröffnen. Nach Erwägung der mir freundlichst mitgeteilten Gründe teile ich vollkommen die Ansichten Euerer Excellenz und glaube auch meinerseits, dass wenn eine Erklärung der französischen Regierung bezüglich einer aufrichtigen Unterstützung unseres Ansuchens um die Erteilung der Côte mit der von Euerer Excellenz in dem Eingangs erwähnten geschätzten Schreiben vorgeschlagenen neuen Formulierung zu erlangen wäre, eine solche Erklärung für unsere Bestrebungen mehr praktischen Wert besitzen würde, als ein in der ursprünglich intentionierten allgemeinen Fassung gehaltenes Versprechen. Indem ich also der seitens Euerer Excellenz angeregten Modifikation unseres Begehrens bereitwillig zustimme, bitte ich Euere Excellenz dahin wirken zu wollen, dass die französische Regierung bezüglich der ungarischen Staatstitres womöglich eine Erklärung in dem Sinne abgebe, dass für den Fall als die k. ung. Regierung im Laufe der nächsten drei Jahre Anleihen im Maximal-Nominal-Werte von 500 Millionen Francs am französischen Markte placieren sollte und das bezügliche Ansuchen in international-normalen und ruhigen Zeiten gestellt würde, die französische Regierung ihrerseits nicht nur keine Schwierigkeiten machen, sondern einem solchen Ansuchen nachdrucksvolle Unterstützung gewähren würde. Hiebei könnte der im Laufe eines und desselben Jahres zur Placierung gelangende Höchstbetrag auf 300 Millionen Nominal-Wert beschränkt werden.*b)* Bei der Bestimmung dieser Beträge hat mich außer der Rücksicht auf den in den nächsten Jahren zu erwartenden Kreditbedürfnissen*c)* Ungarns auch jener Umstand geleitet, dass nach den Antecedentien der Côte-Frage von der französischen Regierung ohne Zweifel erwartet werden kann, dass sie — bei einigem Wohlwollen — den Betrag von 500 Millionen nicht als zu hoch gegriffen betrachten wird. Es wird wohl Euerer Excellenz bekannt sein, dass im Jahre 1902 ungarischerseits um die Côtierung des vollen, 1.087,000.000 Kronen betragenden Wertes der auf Grund des Gesetzartikels V. vom Jahre 1902 emittierten Konversions-Renten eingeschritten worden ist, wogegen der damalige französische Finanzminister, Herr Caillaux, sich dazu bereit erklärt hat, die officielle Côtierung von 450 Millionen Kronen zu zulassen, welcher Betrag dem in Paris schon côtiert gewesenen, aber konvertierten Betrage der $4^1/_2\%$-igen ungarischen Eisenbahn-Gold-Anleihe entsprach. Auch im Laufe der in 1909 gepflogenen Pourparlers hat die französische Regierung wiederholt ihrer Geneigtheit Ausdruck gegeben, der officiellen Côtierung von ungarischen Staatstitres bis zum Nominalwert von 500 Millionen zu zustimmen. Dagegen glaube

ich auf ein Ansuchen betreffend die officielle Côtierung einer schon emittierten Anleihe verzichten zu sollen, da eine diesbezügliche Concession für die Kreditinteressen Ungarns derzeit kaum Wert besitzen würde...

Lukács.

[a]) Vgl. n. 2895, 2901, 2906, 2909, 2938, 3167 Anm. b. — [b]) Amtsvermerk Biegelebens: hält Nemes für überflüssig. — [c]) So!

Nr. 2903. Privatschreiben nach Cetinje, 11. Nov. 1911 Nr. 2771.[1])[a] Konz. (S. Schreibmaschine; G. Aehrenthal).

Geheim. Euer Hochwohlgeboren geheimes Privatschreiben vom 1. l. M. ist mir zugekommen und bin ich mit der Sprache, die Sie in vorläufiger Erwiderung auf die überraschenden Anregungen des Königs Nikolaus demselben gegenüber geführt haben, ganz einverstanden. Die Motive, welche Ihres Erachtens dem Vorschlage des Königs innewohnen könnten, scheinen auch mir viel Wahrscheinlichkeit für sich zu haben und stimmen im großen und ganzen mit den jüngsten Nachrichten, welche mir aus Skutari über die dortige Situation und montenegrinische Treibereien zukommen, überein. In Erwiderung auf Seine Anfrage wollen Euer Hochwohlgeboren Seiner Majestät zunächst keinen Zweifel darüber lassen, daß Sein Antrag, dessen Beweggründe ich mir gerade jetzt nicht recht zu erklären vermöchte, bei mir Verwunderung erregt hat. Wie der König wisse, liege Oesterreich-Ungarn und den anderen Mächten nach wie vor die Aufrechterhaltung des status quo am Herzen und würde daher ein aktives Auftreten seinerseits, wie ein solches den Ihnen gemachten Eröffnungen zufolge ja wohl zu besorgen sei, nur Mißbilligung begegnen. Zudem unterliege die richtige Einschätzung der politischen Gesamtsituation wohl von Cetinje aus mancher Schwierigkeit und wenn der König das Vertrauen hiezu aufbringe, eine solche Beurteilung mir, der ich auf einer höheren Warte stünde, zu überlassen, so sei ich gewiß immer gerne bereit, Ihm auf einen diesbezüglichen Wunsch einen entsprechenden freundschaftlichen Wink zukommen zu lassen. Seine Majestät habe Sich schon zu wiederholten Malen, erst jüngst bei Abschluß des Handelsvertrages[b]) und der Münzkonvention, überzeugen können, daß ich den materiellen Bedürfnissen unseres südlichsten Nachbarstaates warmes Interesse entgegenbringe und die gerade jetzt eingeleiteten Aktionen, um Montenegro ein Anlehen bei uns zu verschaffen sowie notwendige Straßenbauten zu fördern und der Frage einer Eisenbahnverbindung näherzutreten, bewiesen mit überzeugender Deutlichkeit, daß ich mich der Erkenntnis von der Schwierigkeit der inneren Situation Seines Landes durchaus nicht verschlösse und eben daran sei, auch durch die Tat unsere wohlwollenden Gesinnungen für das junge Königreich zu dokumentieren. Ich sei auch entschlossen, auf diesem Wege fortzuschreiten, natürlich unter der Voraussetzung, daß dieses Bestreben bei Seiner Majestät verständnisvoll gewürdigt werde und den König veranlasse, daß Er auch bei Seinen politischen Absichten im wohlverstandenen eigenen Interesse zuerst die hiesige Auffassung erforsche und unsere Wünsche nicht unbeachtet lasse. Ich hätte mich übrigens in diesem Sinne erst unlängst zum montenegrinischen Minister des Aeußern, der mich hier aufsuchte, geäußert. Ferner ersuche ich Euer

Hochwohlgeboren, im Verlaufe der Konversation und im Anschlusse an obige Gedankenreihe dem Könige noch in meinem Namen auszuführen, daß ich sowie noch manche andere maßgebende Persönlichkeit der Monarchie der Idee des seinerzeitigen Abschlusses einer Zollunion mit Montenegro besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Der Moment für die Ausführbarkeit derselben wird in drei bis vier Jahren gekommen sein, wenn die Erneuerung der Handelsverträge zur Verhandlung stehen wird. Ich hätte gehört, daß diese Idee auch in Montenegro schon manche ernste Anhänger zähle und würde es mit besonderer Befriedigung begrüßen, wenn auch Seine Majestät dieselbe zum Gegenstande eingehenden Studiums machen und Sich sohin für dieselbe erwärmen könnte, sodaß wir seinerzeit, wenn sich die Chance für deren Verwirklichung ergebe, auf Dessen iniziatorische Mitwirkung rechnen könnten. Dieser Ausführung wollen Euer Hochwohlgeboren von sich aus durch nähere Beleuchtung eines solchen Planes diejenige Färbung geben, welche seine große Bedeutung für den wahren Vorteil Montenegros plastisch hervortreten läßt, und daran anknüpfend dem König plausibel zu machen trachten, wie durch eine Zollunion auch speziell das materielle Interesse der Monarchie an der Entwicklung Montenegros viel stärker als jetzt beteiligt sein würde; wenn es Seiner Majestät daher gelänge, durch Seinen maßgebenden Einfluß im Lande diese Idee der Verwirklichung zuzuführen, würde Er zweifellos erreichen, daß Oesterreich-Ungarn schon im eigenen Interesse dafür eintreten müßte, daß Montenegro größer und mächtiger werde. Indem ich Euer Hochwohlgeboren seinerzeitiger Mitteilung über den Verlauf dieser Unterredung mit Interesse entgegensehe, ersuche ich Sie schließlich, unauffällig die Gelegenheit zu suchen, um Seine königliche Hoheit den Kronprinzen von meinen hier dargelegten Ideen über die weitere Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen in die Kenntnis zu setzen.

1) Seiner Majestät mündlich vorgetragen und Allerhöchst genehmigt. 11. Nov. 1911. A[ehrenthal].

a) Vgl. n. 3151 Anm. f. — *b)* Vom 6. Feb. 1911. Bittner, Chronol. Verz. d. österr. Staatsvertr. III 617 Nr. 5411.

Nr. 2904. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 11. Nov. 1911 Nr. 378 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Ich habe mich heute des hohen telegraphischen Auftrages vom 6. d. M. No. 281 Said Pascha gegenüber entledigt. Der Grossvezir sprach sich bei diesem Anlasse wieder dahin aus, wie wünschenswert es wäre, den Frieden zwischen Italien und der Türkei wieder herzustellen und gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass dies Euer Exzellenz schliesslich doch gelingen werde. Ich antwortete Said Pascha, dass Euer Exzellenz gewiss von dem Wunsche beseelt sind, zur Wiederherstellung des Friedens beizutragen, dass aber, nachdem einerseits die Türkei die Annexion Tripolitaniens nicht zugeben wolle, anderseits aber Italien diesen Standpunkt nunmehr proklamiert hat, meiner Ansicht nach vorläufig für eine Vermittlung der Boden fehle. In Bezug auf die Erklärung der italienischen Regierung, dass Italien Tripolis annektiert hat, sagte Said Pascha, er glaube, dass diese Erklärung

nicht bloss die Interessen der Türkei, sondern auch jene der Mächte verletze, und dass er daher voraussetze, die Mächte würden diesen Übergriff Italiens nicht ruhig hinnehmen, da hiedurch die bestehenden Verträge verletzt worden seien. Meinem französischen Kollegen gegenüber sprach sich Said Halim Pascha mit noch grösserer Deutlichkeit aus, indem er darauf hinwies, dass, wenn die Mächte eine solche Verletzung der Verträge hinnähmen, auch die Türkei berechtigt sein würde, sich über gewisse, für sie sehr oneröse Stipulationen jener Verträge hinwegzusetzen.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 2899, 2905.

Nr. 2905. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 11. Nov. 1911 Nr. 379 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Mit Bezug auf hohes Telegramm No. 289 vom 10. d. M. Ich habe heute Gelegenheit gehabt, mit meinem englischen und französischen Kollegen über ihre Auffassung der durch die italienische Annexionserklärung geschaffenen Lage zu reden. Beide sind der Ansicht, dass diese Erklärung eigentlich mehr an die Adresse der Mächte als an jene der Türkei gerichtet sei, um jeder Intervention auf einer anderen Basis das Präveniere zu spielen. Sowohl Sir G. A. Lowther als auch Herr Bompard stimmen darin überein, dass Italien durch diese Erklärung einseitig über Rechte Dritter verfügt und dass es daher wohl nicht anzunehmen sei, dass die Mächte diesen Schritt Italiens unbeantwortet lassen könnten. Mit Tscharykow hoffe ich morgen Gelegenheit zu haben über diesen Gegenstand zu reden. Meine Kollegen von England, Frankreich und, wie ich höre, auch Herr Tscharykow glauben, dass unter dem „coup décisif", welchen Italien gegen die Türkei demnächst zu führen beabsichtige, nur ein Angriff gegen die Dardanellen gemeint sein könnte. Im Hinblicke auf diese Gefahr hat die Türkei schon zu Beginn des Krieges die Befestigungen in den Dardanellen vervollständigt und wichtige Punkte sowohl auf der europäischen als auch auf der asiatischen Seite mit Truppen besetzt.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 2904, 2907, 2914.

Nr. 2906. Tel. nach London, 11. Nov. 1911 Nr. 71 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Biegeleben; G. Müller).

Aus dem Telegramme No. 81 vom 8. d. Mts.[b] habe ich mit Befriedigung entnommen, daß auch die von Euer Exzellenz empfangenen Eindrücke die mir vom englischen Botschafter gemachte Mittheilung hinsichtlich der englischerseits beabsichtigten Unterstützung der spanischen Wünsche in Paris bestätigen. Ich ersuche Euer Exzellenz, bei sich darbietender Gelegenheit sich dahin vernehmen zu lassen, daß mir die Erwirkung des thunlichsten Entgegenkommens der französischen Regierung schon im Interesse des monarchischen Principes sehr erwünscht erscheint.

Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2902, 2909, 2924. — [b] Vgl. n. 2900 Anm. b, 2909.

Nr. 2907. Tel. aus London, 11. Nov. 1911 Nr. 83 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 69 von gestern. Ich habe Sir E. Grey Inhalt der telegraphischen Meldung des Markgrafen Pallavicini mitgeteilt. Staatssekretär hatte bisher von Sir G. A. Lowther nichts über seine Auffassung erhalten. Grey sagte mir, er habe über Ausdehnung italienischer Kriegsoperationen keine Mitteilung italienischer Regierung erhalten. Gestern habe Marquis Imperiali, der sich nicht bei ihm, sondern bei Sir A. Nicolson wegen einer anderen Angelegenheit anmelden liess, diesem in sehr vager Weise und mit Betonung, dass er keinen Auftrag habe, von Wahrscheinlichkeit und Möglichkeit irgend einer Aktion gesprochen, die er nicht näher präzisierte. Graf Benckendorff (mein gestriges Telegramm No. 82) und auch Graf Metternich haben ihm von Eventualität weiterer italienischer Aktion gesprochen. Staatssekretär erklärte meinen beiden Kollegen folgendes, das er mich ersuchte, Euer Exzellenz zu melden: Englische Regierung steht auf dem Standpunkte der Nichtintervention. Sir E. Grey sagt aber nicht, dass sie denselben unter keinen Umständen verlassen würde. Es müssten aber wichtige englische Interessen berührt werden, um britische Regierung zu bewegen, ihre Reserve zu verlassen. In dem unwahrscheinlichen Falle einer italienischen Aktion in Salonik, welche Unruhen im Balkan hervorrufen könnte, wären nach seiner Ansicht Österreich-Ungarn und Russland die zunächst interessierten Mächte und er würde keine Initiative ergreifen, da sonst leicht England besondere Pläne zugeschrieben werden könnten. Sir Edward fügte hinzu, er wisse absolut nicht was Italien vorhabe. Besetzung einer Insel mit vornehmlich griechischer Bevölkerung scheine ihm die Interessen der Mächte wenig zu tangieren. Er meint Besetzung als Kriegsoperation; was nach Friedensschluss damit geschieht, sei ebenso wie die Annexion von Tripolis während der Kriegsdauer, seiner Ansicht nach, nicht zu diskutieren. Schließlich sagte er noch, dass wenn irgendwie in Konstantinopel doch die Geneigtheit zu merken wäre, auf Basis der Annexion in Friedensverhandlungen einzugehen, der Moment für die Mächte gekommen wäre, mit einem Mediationsversuch an Italien heranzutreten. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 2894, 2905, 2908.

Nr. 2908. Tel. aus Paris, 11. Nov. 1911 Nr. 89 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Bapst, dem ich in Abwesenheit des Ministers Inhalt Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 68 mitteilte, sagte mir, dass französischer Botschafter in gleichem Sinne berichte wie Markgraf Pallavicini. Bapst erwähnte ferner, dass Baron Schoen Ausdehnung der Kriegsoperationen Italiens hier zur Sprache gebracht und ohne sich auf einen Auftrag zu berufen sondiert hat, wie sich hiesige Regierung zu einem eventuellen gemeinsamen Schritt der Mächte in Rom stellen würde, um italienische Angriffe auf gewisse wichtige Häfen, wo europäische kommerzielle Interessen in Frage kommen, hintanzuhalten. Herr de Selves soll nicht abgeneigt sein, sich einem solchen

Schritte anzuschliessen, der aber natürlich noch näher präzisiert werden müsste. Bapst meinte, man könne Italien vielleicht im Roten Meere und betreffend der Inseln freie Hand lassen. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 2907, 2912, 2919.

Nr. 2909. Bericht aus Paris, 11. Nov. 1911 Nr. 41 D (eing. 13. Nov.).[a]) Ausfert.

... *Französisch-spanische Marokkoverhandlungen* ... Herr Tittoni erzählte mir, er habe Herrn de Selves dringend geraten Spanien Entgegenkommen zu zeigen. Der englische Botschafter soll, wie ich höre, in gleichem Sinne wirken. Aus einer Konversation, die ich mit Herrn Isvolsky hatte, konnte ich den Eindruck schöpfen, dass auch Russland eine baldige glatte Abwicklung der zwischen Spanien und Frankreich bestehenden Differenzen gerne sehen würde. Der spanische Botschafter ist trotzdem recht besorgt und nervös. „Frankreich" — sagte mir kürzlich Herr Perez Caballero — „ist viel stärker als wir, und wir stehen den Franzosen allein gegenüber, dies macht unsere Stellung zu einer sehr schwierigen." Herr de Selves legt, wie ich zu melden in der Lage war, grosses Gewicht auf eine tunlichst baldige Adhäsion der Signatarmächte von Algesiras zum Berliner Marokko-Abkommen. Ich vermute, dass er dies eben mit Rücksicht auf die Verhandlungen mit Spanien tut. Der französische Standpunkt würde natürlich bedeutend verstärkt, wenn Herr de Selves in Madrid darauf hinweisen könnte, dass alle Mächte dem erwähnten Übereinkommen zugestimmt haben. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 2902, 2906, 2910.

Nr. 2910. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 11. Nov. 1911 Nr. 175 (eing. 12. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm No. 96 von gestern. Ich brachte heute Marokkoabkommen bei Herrn Neratow zur Sprache, welcher mir Zustimmung russischer Regierung bestätigte. Ich gieng auf französisch-spanische Beziehungen über und entledigte mich gesprächsweise Euer Exzellenz Auftrages. Herr Neratow interessierte sich für Angelegenheit und sagte, er habe schon im allgemeinen Interesse in Paris versöhnliche Ratschläge erteilt. Er fragte mich über Gefahr für monarchisches Prinzip und spanischen Thron im speziellen. Ich antwortete, dass, nach Nachrichten verschiedenerseits, dieselbe durch diplomatische Niederlage mit Frankreich und daraus folgende Schwächung der Stellung der Madrider Regierung wie auch aus eventueller Abwesenheit königlicher Truppen in Afrika entstehen könnte. Gerent ersuchte mich, Euer Exzellenz zu melden, dass er bereit ist, im bewussten Sinne in Paris vertraulich zu intervenieren. Deutsche Botschaft hat ähnlichen Auftrag (Bericht vom 2. d. M. No. 45 B)[b]) noch immer nicht ausgeführt, gedenkt es bei Gelegenheit bei Herrn Kokowzow zu tun. Selbstredend ist nur von einer russischen Vermittlung in Paris ohne Angabe des Zweckes von mehr Entgegenkommen Spanien gegenüber im obigen die Rede gewesen. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2909, 2913. — [b]) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 2911. Bericht aus Belgrad, 12. Nov. 1911 Nr. 94 A (eing. 14. Nov.).[a]
Ausfert.

Streng vertraulich. Es wird hier viel über eine angebliche in Offizierskreisen bestehende Bewegung gesprochen, worüber aber Niemand etwas Positives weiss. Sogar die oppositionellen Blätter, wie die Tribuna, Novo Vremje, Dnevny List etc. haben sich mit dieser Frage befasst. Auffallender Weise haben die Regierungsblätter diesen Nachrichten kein Dementi entgegengesetzt. Die Tribuna wusste von einem Zirkulare zu melden, das von einer geheimen, unter dem Namen „Die schwarze Hand" bestehenden Organisation redigiert und durch welches gegen die gegenwärtige Parteipolitik lebhaft agitiert wurde. Nach anderer Version soll es sich um eine militärische Organisation nach dem Vorbilde des jungtürkischen Komites handeln, die sich selbst den Namen „Vereinigung oder Tod" beigelegt hat. Angeblich soll diese Organisation schon an 2000 Mitglieder — zumeist Angehörige der Armee — zählen. Tatsache scheint es zu sein, dass in den militärischen Kreisen seit langer Zeit grosse Unzufriedenheit mit der Stellung der serbischen Offiziere herrscht. Früher, zu Zeiten der Obrenović waren sie ein Machtfaktor im Lande, während sie heute jeglichen Einflusses beraubt sind. Nicht nur in politischen, aber selbst in militärischen Fragen haben sie kein entscheidendes Wort mehr zu reden, da die ganze Machtstellung im Lande von den Radikalen monopolisiert wurde. Der eigentliche Gebieter im Lande ist momentan der Führer der Radikalen, Herr Pašić, der die Situation schrankenlos beherrscht und dessen Stimme sogar viel gewichtiger ist, wie jene des Königs. Selbst in militärischen Fragen hat Herr Pašić — sogar zu Zeiten wie jetzt, wo er der Regierung nicht angehört — das entscheidende Wort zu sprechen und der Kriegsminister wird mehr oder weniger nur pro forma zu Rat gezogen. Die Unzufriedenheit mit dieser Sachlage besteht in militärischen Kreisen schon seit längerer Zeit, sie war Herrn Pašić nicht unbekannt und es soll die Errichtung der Stelle eines Armeeinspektors im Frühjahr dieses Jahres als eine Art Konzession den militärischen Aspirationen gegenüber geplant gewesen sein. Wie Euer Exzellenz bekannt sein dürfte, wurde der Kronprinz in diesem Jahre zum Armeeinspektor ernannt. Seit dieser Zeit nun ist die obangedeutete Bewegung in militärischen Kreisen viel markanter aufgetreten. Sie hat eine dezidiert politische Färbung angenommen und ist gegen die Alleinherrschaft der Radikalen gerichtet. Ob Kronprinz Alexander selbst mit der Bewegung sympatisiert, kann schwerlich entschieden werden; es heisst aber, dass mehrere Personen Seiner näheren, leider vielfach sehr zweifelhaften Umgebung sich an derselben beteiligt haben, wie es auch heisst, dass hinter den Kulissen die Verschwörer das Feuer schüren. Es wäre vielleicht zu weit gegangen, heute schon von einer militärischen Verschwörung zu sprechen. Es liegt aber etwas in der Luft und eine gewisse Bedeutung muss der Bewegung doch beigemessen werden, da man nicht voraussehen kann, ob dieselbe im Sande verlaufen oder eventuell Dimensionen annehmen wird, mit welchen man wird rechnen müssen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 2921, 3246.

Nr. 2912. Tel. aus Berlin, 12. Nov. 1911 Nr. 212 (eing. 13. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Bezug auf Telegramm Nr. 144 und 146.[b] Staatssekretär sagte mir, Baron Marschall melde ebenfalls, dass eventuelle italienische Angriffe auf türkische Küstenstädte in Asien und auf die Inseln im ägäischen Meere die Erregung der Mohammedaner bedenklich erhöhen würden, und dass infolge dessen türkische Regierung der Pression, gegen die in der Türkei lebenden Italiener rücksichtslos vorzugehen, nicht weiter widerstehen könnte. Auch die Proklamierung der Annexion habe die in Rom erhoffte Wirkung nicht ausgeübt, sondern im Gegenteil die Türkei in ihrem Widerstande nur noch mehr bestärkt. Auch nach den Berichten Herrn von Jagow's rechne Italien auf einen Druck der Mächte in Konstantinopel. Da aber italienische Regierung auf das bündigste versichert habe, dass Kriegsoperationen weder auf dem Balkan noch an der Küste, wo europäische Interessen bestehen, stattfinden werden, so verbleibe Deutschland bei seinem eingenommenen Standpunkt, bis auf weiteres in Konstantinopel keinen Druck auszuüben. Nach der Meinung des deutschen Botschafters in Rom beabsichtige Italien jetzt keine, auch keine zeitweilige Besetzung der Inseln des Archipels, sondern eventuell ein Bombardement der türkischen Hafenstädte in Kleinasien. Ganz auffallender Weise habe der hiesige italienische Botschafter, der sonst täglich im Auswärtigen Amte vorspricht, in letzter Zeit sich dort nicht blicken lassen.

Szögyény.

[a] Vgl. n. 2908, 2914. — [b] Vom 9. u. 10. Nov.

Nr. 2913. Tel. aus Berlin, 12. Nov. 1911 Nr. 213 (eing. 13. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 147.[b] Nach den im Auswärtigen Amte gleichfalls eingelangten Nachrichten haben die französisch-spanischen Verhandlungen noch nicht begonnen. Unterstaatssekretär teilt mir mit, dass deutsche Regierung im Interesse des monarchischen Prinzipes in London und in Petersburg für eine entgegenkommende Behandlung der spanischen Ansprüche eingewirkt habe. Aus London eingetroffenen Nachrichten zufolge steht zu erwarten, dass das Londoner Kabinett die spanischen Wünsche unterstützen werde (hieramtlicher Bericht No. 47 C).[c] Streng vertraulich. Mein spanischer Kollege sagte mir, er müsse nach den bisherigen Erfahrungen sehr befürchten, dass Deutschland die spanischen Ansprüche nur lau unterstützen dürfte. Er ist überhaupt auf den Reichskanzler und den Staatssekretär sehr schlecht zu sprechen. Seit Monaten habe er Berlin nicht verlassen, da ihm Herr von Bethmann und Herr von Kiderlen versprochen hatten, bei Anlass der deutsch-französischen Marokkoverhandlungen auch Spanien mitsprechen zu lassen. Dies sei aber nicht erfolgt und erst nach Abschluss des deutsch-französischen Abkommens habe ihm Staatssekretär erklärt, dass zum grossen Bedauern der deutschen Regierung es sich im Laufe der Verhandlungen mit Frankreich herausgestellt habe, dass ein Hineinziehen Spaniens in die Verhandlungen unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich gewesen wäre.

Szögyény.

[a] Vgl. n. 2910, 2924. — [b] Mitteilung von n. 2901. — [c] Vom 2. Nov.

Nr. 2914. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 12. Nov. 1911 Nr. 382 (eing. 13. Nov. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 379 von vorgestern. Herr Tscharykoff, mit welchem ich Gelegenheit hatte zu reden, sagte mir mit Bezug auf die italienische Annexions-Erklärung, dass dieselbe einen sehr gefährlichen Präzedenzfall darstelle. Dieselbe stehe im Widerspruche mit allen bisher geltenden Regeln des Völkerrechtes und tangiere auch Rechte der neutralen Staaten. Mein russischer Kollege glaubt daher, dass eine Zur-Kenntnisnahme dieser Erklärung seitens der Mächte umsomehr ausgeschlossen sein müsste, als hiedurch auch die Neutralität gegenüber der Türkei verletzt werden würde. Der russische Botschafter fügte noch hinzu, er könne sich überhaupt die Annexion Tripolitaniens durch Italien nur so vorstellen, dass diese auf Grund eines Einvernehmens zwischen der Türkei und Italien geschähe. In Bezug auf den von der italienischen Regierung angekündigten „coup décisif" meinte mein russischer Kollege, dass darunter entweder ein Angriff auf die Inseln im ägäischen Meere oder eine Blockierung türkischer Hafenstädte gemeint sein könnte. Solche Aktionen würden aber seiner Ansicht nach auf die Türkei nicht die erhoffte Wirkung machen. Als letzter und ernstester coup käme noch eine Aktion gegen die Dardanellen, respective eine Forcierung derselben in Betracht. Durch eine solche Aktion würde aber Italien gewiss den Widerspruch aller Mächte, ganz besonders aber Russlands hervorrufen müssen. Russland könne unter keinen Umständen zugeben, dass an dem durch die Verträge garantierten Prinzipe der Sperrung der Meerengen einseitig gerüttelt werde. Früher oder später müsse diese Frage von Russland im Einvernehmen mit der Türkei und den Mächten gelöst werden und zwar in der Weise, dass das Schwarze Meer, ausser für die Türkei und Russland, ein „mare clausum" bleibe. Herr Tscharykow ist der Ansicht, dass eine Forcierung der Dardanellen seitens der italienischen Flotte nicht unmöglich wäre, er glaubt aber, dass, selbst wenn die italienische Flotte im Bosporus erscheinen sollte, die Türkei nicht nachgeben und es sogar auf ein Bombardement von Konstantinopel ankommen lassen dürfte. Obwohl mir positive Anhaltspunkte fehlen, möchte ich doch meiner unmassgeblichen Meinung dahin Ausdruck geben, dass Herr Tscharykow den jetzigen Moment vielleicht ausnützen möchte, um die Meerengen-Frage in einer für Russland günstigen Weise zur Lösung zu bringen. Die bekanntlich unter dem Einflusse der hiesigen russischen Botschaft stehende Zeitung „Tanin" trachtet seit einiger Zeit die türkische öffentliche Meinung in dem Sinne zu beeinflussen, dass es im Interesse der Türkei liegen würde, sich mit Russland über die Meerengenfrage zu einigen. Wenn auch bisher nicht konstatiert werden kann, dass diese Zeitungs-Kampagne eine besondere Wirkung gehabt hätte, glaube ich doch auf die Möglichkeit hinweisen zu sollen, dass im Falle Italien wirklich den oben angedeuteten coup ausführen sollte, die Türkei in ihrer Verzweiflung die Russen zur Hilfe rufen und sich dann ganz in ihre Arme werfen könnte.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2912, 2915, 2916, 2922 Anm. b, 2951, 2955, 2962, 3026.

Nr. 2915. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 12. Nov. 1911 Nr. 181 (eing. 13. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

In scheinbar inspiriertem Entrefilet dementiert heutige Nowoje Wremja, dass Rußland Initiative zu Balkanbund[b] ergriffen hätte. Russische Diplomatie strebt mit voller Aufrichtigkeit Oeffnung der Meerengen an. Türkische Presse habe sich in letzter Zeit freundlicher zu dieser Frage gestellt und Möglichkeit eines diesbezüglichen Abkommens bestätigt; russische Regierung begrüsse dies mit Freude. Im gegebenen Momente werden darüber keine Verhandlungen geführt. Szilassy.

[a] Vgl. n. 2914, 2920, 2927, 2951. — [b] Vgl. n. 2867, 3008.

Nr. 2916. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 13. Nov. 1911.[a] Konz. (S. Seidl; G. Müller).

Der deutsche Botschafter erkundigte sich heute hier, ob türkischerseits die abschriftlich beiliegende Mitteilung, betreffend die von Italien angeblich beabsichtigte Flottenoperation im Ägäischen Meere,[b] auch hier erfolgt sei und welche Haltung die k. u. k. Regierung diesfalls einnehme. Es wurde Herrn von Tschirschky geantwortet, der hiesige türkische Geschäftsträger habe die in der Beilage enthaltene Anfrage ebenfalls am 8. d. M., jedoch nur mündlich gestellt, und von Seiner Exzellenz dem Herrn k. u. k. Minister des Äußern einen ausweichenden Bescheid erhalten.

[a] Vgl. n. 2914, 2918. — [b] Beilage.

Beilage zu Nr. 2916. Notiz der türkischen Botschaft in Berlin für das Auswärtige Amt vom 8. Nov. 1911. Abschrift.

Il nous revient que la Flotte italienne ayant quitté la rade de Tripolis s'apprête à frapper un coup dans la Mer Egée. D'après les informations de certaines de nos missions il paraît probable que l'Italie, voyant que la guerre va durer longtemps, se décidera à attaquer un des ports de la Mer Egée espérant de cette façon obliger la Turquie à demander la paix. Elle passerait donc outre à la promesse, faite au début des hostilités, de ne pas étendre son champ d'action même au risque de léser les intérêts de quelques puissances et d'occasionner une agitation de l'élément grec des Balkans. Nous avons grand intérêt à connaître dispositions des puissances par rapport à éventualité extension champ action italienne. Veuillez montrer nécessité empêcher pareille extension et cela non seulement dans notre intérêt mais dans celui de toutes les puissances.

Nr. 2917. Privatschreiben nach Konstantinopel, 13. Nov. 1911 Nr. 2787.[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Geheim. Aus Euer Exzellenz letzter Berichterstattung[b] gewinne ich den Eindruck, daß auch Hochdieselben die Möglichkeit nicht ganz von der Hand weisen, daß die Tripolisaffaire eine Untergrabung des deutschen Einflusses in Konstantinopel zur Folge haben könnte. Was die Tragweite

einer solchen Eventualität für unsere Stellung in Konstantinopel anbelangt, so möchte ich vor Allem konstatieren, daß unser Bundesverhältnis zu Deutschland für das Ansehen der Monarchie überall, also auch am goldenen Horne tatsächlich ein Plus bedeutete, welches während der Annexionskrise und der derselben unmittelbar folgenden Zeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung war. Andererseits müßte ich aber doch einen gewissen Nachteil darin erblicken, wenn türkischerseits die Sachlage dahin mißverstanden würde, als ob wir jenes Plus, welches wir dem Bunde mit Deutschland verdanken, unbedingt benötigen würden. Schon das Potsdamer Abkommen *c)* scheint der Türkei darüber die Augen geöffnet zu haben, daß Deutschland (z. B. in der Frage des Bahnanschlusses in Khanikin) seine wirtschaftlichen Interessen in der Türkei den dem Prestige der Pforte geschuldeten politischen Rücksichten voranstellt, während es andererseits bei Verfolgung seiner eigenen politischen Ideen Anknüpfungspunkte (z. B. in Rußland) sucht, die den Türken durchaus nicht sympathisch sein können. Die Türken wissen es sehr gut, daß Deutschland die Integrität der Türkei nur zu dem Zwecke wünscht, um sich auf ottomanischem Boden ein möglichst weites Feld wirtschaftlicher Betätigung offen zu halten, während wir von einem ernsten politischen Interesse an der Aufrechterhaltung des osmanischen Besitzstandes geleitet werden. Das Verständnis der Türkei hiefür dürfte sich in der nächsten Zeit eher steigern. Denn selbst wenn das durch die Tripolisaffaire ausgelöste Verlangen der Pforte nach einer Anlehnung an eine Seemacht zur Tat werden und sohin der englische Einfluß in Konstantinopel den deutschen etwas in den Schatten stellen sollte, dürfte Rußland schließlich trotz aller Balkanbundpläne doch wohl kaum jemals von dieser Vorzugsstellung der Triple-Entente am Bosporus in so hohem Maße Nutzen ziehen, daß das alte Mißtrauen der Türken gegen den moskovitischen Erbfeind gänzlich verstummen könnte. Das Residuum dieses Argwohnes und die schwerlich je zur Ruhe kommenden Aspirationen der Balkanstaaten werden aber für vernünftige türkische Politiker immer Grund genug bleiben, um bei einer kontinentalen Macht eine Rückversicherung gegen solche Eventualitäten zu suchen, gegen welche die Anlehnung an die Triple-Entente keinerlei sichere Gewähr bieten kann. Da aber eine anglophile türkische Regierung wohl nichts von Deutschland zu erwarten hätte, bliebe der Pforte nichts übrig, als ein freundschaftliches Verhältnis zur Monarchie anzustreben, deren politisches Interesse an der Erhaltung des status quo am Balkan der Türkei in dieser Richtung den sichersten Rückhalt böte. Es wäre sohin keineswegs ausgeschlossen, daß wir auch bei einer Neuorientierung der türkischen Politik im englischen Sinne unsere Rechnung finden und ohne allzugroßen Nachteil für unsere Interessen uns mit England in die Freundschaft der Pforte teilen könnten. Es wäre dies namentlich dann möglich, wenn das Kabinett von St. James die Betätigung seines Wohlwollens für die Türkei nicht ausschließlich an die Erfüllung egoistischer Konzessionsforderungen knüpfen würde und sich entschlöße, zu den alten konservativen Traditionen der britischen Orientpolitik zurückzukehren, die Sicherung des status quo anzustreben und das seinerzeitige vertrauensvolle Zusammengehen mit Österreich-Ungarn in allen Fragen des nahen

Ostens wiederherzustellen. Ich brauche wohl nicht erst zu erwähnen, daß vorstehende Ausführungen einzig und allein der Diskussion von Zukunftseventualitäten gewidmet sind, während ich, was unser aktuelles Verhalten betrifft, mit Euer Exzellenz ganz und gar darin übereinstimme, solange es angeht, die Erhaltung des deutschen Einflusses in Konstantinopel zum Ziele unserer Bestrebungen zu machen.

[a]) Vgl. n. 2918, 2919. — [b]) Vgl. n. 2882. — [c]) Vgl. n. 2599 Anm. b, 2959.

Nr. 2918. Erlaß nach Konstantinopel, 13. Nov. 1911 Nr. 2791.[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Aus den zahlreichen diplomatischen Meldungen, welche ich Euer Exzellenz mit dem heutigen Kurier mitteile, werden Hochdieselben in der Lage sein, einen Überblick über die Situation zu gewinnen. Ich möchte hiebei Euer Exzellenz Aufmerksamkeit speziell auf den einen Umstand lenken, daß die Kabinette in ihrer Beurteilung des italienischen Projektes einer Aktion im ägäischen Meere untereinander so ziemlich übereinstimmen, indem einem solchen Vorgehen Italiens allgemein mit einem gewissen Mißbehagen entgegengesehen wird. Anderseits ist jedoch vorläufig noch auf keiner Seite eine Disposition wahrzunehmen, welche dahin ginge, Italien von seinem Vorhaben abzubringen. Selbst das Londoner Kabinett, welches sich in diesem Belange noch relativ von der türkenfreundlichsten Tendenz leiten zu lassen scheint, steht diesbezüglich auch heute noch auf dem strikten Standpunkte der Nichtintervention. Daß die englische Regierung es vorzöge, wenn Österreich-Ungarn und Rußland in dieser Frage besonders hervortreten und behufs Beschützung Saloniks vor einem Angriffe Italiens ihre guten Beziehungen zur letztgenannten Macht aufs Spiel setzen würden, ist wohl nur allzu begreiflich. Wie Euer Exzellenz aus meinen telegraphischen Weisungen, insbesondere aus jener vom 8. l. M. Nr. 285 bekannt, haben wir nicht ermangelt, die Aufmerksamkeit der königlich italienischen Regierung darauf zu lenken, daß wir es nicht für wahrscheinlich halten, daß ein kriegerisches Vorgehen im ägäischen Meere den Marquis di San Giuliano vorschwebenden Zweck eines baldigen Friedensschlusses zu fördern geeignet wäre, sondern daß hievon weit eher eine Komplikation der Lage in Konstantinopel, ja auch die Gefahr zu gewärtigen stünde, daß Italien mit andern Mächten in einen Konflikt geraten könnte. Ich habe auch weiter nicht die Absicht, über die dem Herzog Avarna gegenüber geführte Sprache des freundschaftlichen Abmahnens hinauszugehen, sondern gedenke vielmehr, bei einer zuwartenden Haltung zu verbleiben und im übrigen daran festzuhalten, daß nicht einzelne, sondern alle Kabinette solidarisch im gegebenen Momente vorzugehen hätten. Aus den mir zugekommenen letzten Nachrichten würde übrigens hervorgehen, daß der italienische Plan einer maritimen Aktion im ägäischen Meere sich vorläufig noch im Stadium der Beratung befindet und daß die maßgebenden Faktoren in Rom erst darüber schlüssig werden sollen, ob und in welcher Weise sie jenes Projekt durchzuführen hätten.

[a]) Vgl. n. 2916, 2917.

Nr. 2919. Tel. nach Paris, 13. Nov. 1911 Nr. 70 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Aehrenthal).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 89 vom 11. d. erhalten. Die Meldung Euer Exzellenz, daß Baron Schoen hinsichtlich eines eventuellen gemeinsamen Schrittes der Mächte in Rom bei Herrn Bapst sondiert habe, kam mir umso überraschender, als mir über diesbezügliche Absichten des deutschen Kabinettes bisher nichts bekannt war. Ich befürchte, man könnte in Paris diese Sondierung Baron Schoens und die von Euer Exzellenz im Sinne meines Telegrammes Nr. 68 vom 10. d. geführte Sprache in einen gewissen Zusammenhang bringen und Ihre Äußerungen als eine Art Initiative unsererseits zu einem konkreten Vorgehen interpretieren. Es wäre mir keineswegs erwünscht, wenn eine solche mißverständliche Auffassung beim französischen Kabinette platzgreifen würde; ich ersuche Euer Exzellenz daher, falls nach Ihrem Dafürhalten Ihre kürzliche Aussprache bei Herrn Bapst einen derartigen falschen Eindruck hinterlassen haben könnte, ihm keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir sowohl mit der Mitteilung der uns aus Konstantinopel zugekommenen Nachrichten als auch mit der Anfrage über die der dortigen Regierung etwa vorliegenden korrespondierenden Meldungen lediglich informative Zwecke verfolgten. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2917, 2922.

Nr. 2920. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 13. Nov. 1911 Nr. 184 (eing. 9 U. 20 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Italienischer Botschafter teilt mir streng vertraulich mit, er wisse ganz sicher, dass türkische Diplomatie in letzterer Zeit Russland Avancen gemacht habe. Herr Neratow habe ihm mitgeteilt, dass Herr Tscharikow in akademischer Weise Dardanellenfrage mit türkischen Staatsmännern besprochen habe. Szilassy.

[a] Vgl. n. 2915, 2922, 2951.

Nr. 2921. Bericht aus Belgrad, 14. Nov. 1911 Nr. 95 A (eing. 16. Nov.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Im Nachhange zu meinem vorgestrigen Berichte Nr. 94 A erlaube ich mir Euer Exzellenz ergebenst zu berichten, dass mir in der Zwischenzeit weitere vertrauliche Informationen zugekommen sind, laut welcher die einberichtete Bewegung unter den serbischen Offizieren sich hauptsächlich auf die Belgrader Garnison erstreckt und unter nationalpolitischer Flagge gegen die Übermacht der radicalen Partei gerichtet sein soll. Es wird allgemein behauptet, dass zahlreiche Verschwörer der „Organisation" angehören und dass diese eigentlich die ganze Bewegung leiten; unter ihnen soll die Hauptrolle der Generalstabsmajor Dragutin Dimitrievič spielen, der auch seiner Zeit in der Verschwörung eine hervorragende Rolle gespielt hat. Die Regierung scheint Kenntnis von all diesen Vorgängen zu haben, will sich aber den Anschein geben, derselben keine grössere Bedeutung beizumessen. Im Grunde genommen soll aber diese immer markanter auftretende Unzufriedenheit in der Armee die Regierungskreise sehr beschäftigen,

und da man findet, dass der Kriegsminister Stepanović die Angelegenheit nicht mit entsprechender Energie und Aufmerksamkeit verfolgt hat, soll die Untersuchung in derselben nunmehr vom Finanzminister Protić — dem bedeutendsten und einflussreichsten Mitgliede des gegenwärtigen Cabinetts — unter Zuziehung des Stadtcommandanten Oberst Božanović geführt werden. Dieser Oberst Božanović zählte einst selbst zu den Verschwörern und aspiriert nunmehr auf das Kriegsportefeuille; tatsächlich soll er auch Chancen haben eventuell das Erbe des Generals Stepanović anzutreten und soll berufen sein im Parlamente verschiedene unliebsame Lieferungsangelegenheiten zu vertreten. Die Untersuchung in der Angelegenheit der militärischen Bewegung wird streng geheim geführt und es dringt von derselben nichts in die Öffentlichkeit. Es heisst nur, dass in der kaum erst gegründeten „Organisation" bereits Spaltungen bestehen und dass gegenseitige Gehässigkeit und Rivalitäten unter den Mitgliedern schon jetzt eine hervorragende Rolle spielen. Die meisten serbischen Zeitungen befassen sich eingehend mit dieser Bewegung, deren Existenz nicht in Abrede gestellt werden kann, wenn auch die Angelegenheit durch die Blätter vielfach aufgebauscht sein dürfte. Man will schon die Namen aller Mitglieder der „Organisation" kennen und der „Jutro" behauptet sogar im Besitze der Liste der zum Tod verurteilten Politiker zu sein, unter denen an erster Stelle der Name des Herrn Pašić stehen soll. Das sind zumeist ganz uncontrollierbare Gerüchte, vielfach durch die Redactionen selbst aus Sensationslust erfunden. Die „Politika" vom 12. l. Mts. dagegen widmet einen langen Artikel dieser Angelegenheit, in welchem sie nachzuweisen sucht, dass all diese auf die „Organisation" Bezug habenden Gerüchte einfach erfunden seien und man überhaupt von einer Bewegung nicht sprechen könne. In Journalistenkreisen wird aber angenommen, dass dieser Artikel durch die serbische Polizei inspiriert sei, da die „Politika" — obgleich sie in der Opposition steht — doch geheime Verbindungen mit der Regierung haben soll. Gründliche Kenner der Verhältnisse zweifeln nicht, dass etwas Wahres an diesen Gerüchten sein dürfte. Die Unzufriedenheit in der Armee und eine gewisse Gährung in Offizierskreisen kann schwer in Abrede gestellt werden. Es wäre aber voreilig, daraus schon jetzt weitergehende Consequenzen zu ziehen; immerhin handelt es sich um symptomatische Erscheinungen, die Beachtung verdienen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 2928, 3246.

Nr. 2922. Tel. aus Berlin, 14. Nov. 1911 Nr. 218 (eing. 15. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Antwort auf Telegramm No. 148.[b]) Im Auftrage des Staatssekretärs, den ich infolge der Verhandlungen in der Budgetkommission des Reichstages nicht sprechen konnte, versicherte mir Unterstaatssekretär, dass Baron Marschall über ähnliche Äusserungen Tscharykoffs, wie er sie Markgrafen Pallavicini gegenüber getan hatte, bisher nichts gemeldet habe. Offenbar beabsichtige russischer Botschafter in Konstantinopel mit einer solchen Sprache eine Stimmungsmacherei gegen Italien, dessen Vorgehen hier allerdings nicht genug streng verurteilt werden könne; nichtsdesto-

weniger habe die deutsche Regierung nicht anders können, als die Annexionserklärung unter den gegebenen Verhältnissen bis auf weiteres einfach zur Kenntnis zu nehmen. Den angekündigten italienischen „coup décisif" betreffend meint Unterstaatssekretär, dass ein Angriff auf die Inseln im ägäischen Meere, sogar ein Bombardement türkischer Hafenstädte in Aussicht sei, dass aber Aktion gegen die Dardanellen schon aus dem Grunde ausgeschlossen wäre, weil die Italiener sehr gut darüber unterrichtet seien, dass die Türkei wohl in die Lage gesetzt ist, eine Forcierung der Meerengen, welche mit starken Befestigungen, genügenden Kanonen und Munition versehen sind, zu verhindern und die italienische Flotte mit grossen Verlusten zurückzuschlagen. Dass Russland die Frage der Sperrung der Meerengen[c] schon jetzt aufs Tapet zu bringen gesonnen sei, hält Unterstaatssekretär nicht für unwahrscheinlich, doch glaubt er, dass Russland sich früher noch mit England hierüber ins Einvernehmen setzen müsste. Das Zugeständnis von Seite Englands, das Schwarze Meer ausser für die Türkei und Russland für ein mare clausum zu erklären, hält er für nahezu ausgeschlossen. Graf Pourtalès, der vor kurzem auf seinen Posten zurückgekehrt ist, habe bisher über diesen Gegenstand nicht berichtet.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2919, 2923, 2937, 2945. — [b]) Mitteilung von n. 2914. — [c]) Vgl. n. 2920, 2927.

Nr. 2923. Tel. aus London, 14. Nov. 1911 Nr. 86 (eing. 15. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Habe eben Sir A. Nicolson gesehen. Er sagte mir, er wäre vor einigen Tagen bezüglich Möglichkeit einer Mediation etwas hoffnungsvoller gewesen, als Grossvezier französischem Botschafter sagte, im Falle eines Friedensschlusses würde Türkei eine Konferenz verlangen, damit dieselbe Kompensationen feststelle, welche sie für Zession Tripolis und Cyrenaica zu erhalten hätte. Unter anderem hat Grossvezier aber Sir G. A. Lowther erklärt, er müsse auf den Souveränitätsrechten des Sultans bestehen, Italien könne nur eine bevorzugte Stellung eingeräumt werden. Somit sind Standpunkt der Türkei und Italiens noch immer absolut unvereinbar. Unterstaatssekretär weiss nichts über Bewegung italienischer Flotte, glaubt, dass Besetzung von Inseln wenig Wirkung in Konstantinopel haben würde und konstatiert in Italien Hervortreten des Wunsches nach Ende des Krieges. Sir A. Nicolson anerkannte wieder das grosse Verdienst Euer Exzellenz, eine Fühlungnahme zwischen den Mächten hervorgerufen zu haben. Eventuelle Mediation könnte nur wirkungsvoll sein, wenn alle fünf Mächte daran teilnehmen.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2922, 2925.

Nr. 2924. Tel. aus London, 14. Nov. 1911 Nr. 87 (eing. 15. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm No. 71 vom 11. d. M. Sir A. Nicolson hatte, als ich ihn heute sprach, Bericht von Sir F. L. Cartwright nach seiner

Konversation mit Euer Exzellenz über spanisch-französische Marokko-Verhandlungen erhalten. Er bestätigt mir wieder, dass von hier aus Frankreich geraten wird, sich entgegenkommend zu zeigen. Persönlich stimmt er vollständig mit uns überein, was das Interesse des monarchischen Prinzipes betrifft, obwohl er etwas zweifle, ob jetzige liberale Regierung das richtige Verständnis für diese Seite der Frage besitze. Sir E. Grey wird sich über die ganze Marokkofrage im Parlamente erst aussprechen, nachdem die bezügliche Debatte in der französischen Kammer stattgefunden hat. Ratifikation Abkommens bedarf in England keiner parlamentarischen Behandlung.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2913, 2938, 2952, 2953.

Nr. 2925. Tel. aus Rom, 14. Nov. 1911 Nr. 197 (eing. 15. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Nach mehreren mir gestern und heute zugekommenen Informationen, welche auch in meiner heutigen Unterredung mit Generalsekretär Bollati eine wenngleich nicht ausdrückliche Bestätigung finden, scheint die projektierte Aktion der italienischen Flotte vorläufig zum grossen Missvergnügen der tatendurstigen Marinekreise aufgegeben oder doch verschoben zu sein. Das Gros der Flotte kehrt dermalen — auch behufs Reparatur und Materialergänzung — in die heimatlichen Häfen zurück, eine Eskadre bleibt in den tripolitanischen Gewässern. Mérey.

[a]) Vgl. n. 2923, 2926, 2933, 2936.

Nr. 2926. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 14. Nov. 1911 Nr. 185 (eing. 15. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Dimitri Nelidow sagte mir, dass Herr Melegari letzte italienische Demarche bezüglich Erweiterung Kriegsoperationen anscheinend hier viel energischer durchgeführt hätte als seine Kollegen bei anderen Mächten, welche in vagerer Art von dieser Absicht gesprochen, um wahrscheinliche Wirkung Römer Weisung zu mildern. Antworten der Kabinette seien aber ungefähr gleichlautend. Marquis Imperiali habe in langer Konversation Sir E. Grey vom Vorteile von Annexions-Proklamation für Stellung neutraler Mächte zu überzeugen getrachtet, anscheinend ganz ergebnislos. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2925, 2931.

Nr. 2927. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 14. Nov. 1911 Nr. 186 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Herr Neratow bestätigt mir offiziösen Ursprung vorgestrigen Entrefilets Nowoje Wremja (mein Telegramm No. 181). Er fügte hinzu, Türkei habe selbst russischer Regierung gegenüber Dardanellenfrage zur Sprache gebracht und werde hierüber zwischen beiden Kabinetten eine Konversation geführt. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2922, 2930, 2937, 2939, 2951.

Nr. 2928. Bericht des Militär-Attachés in Belgrad, 15. Nov. 1911 Res. Nr. 238 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 18. Nov. Nr. 4457 am 26. Nov.).[a] Abschrift.

Seit einer Woche bildet eine angeblich im Entstehen begriffene „geheime" Organisation das Belgrader Tagesgespräch und Stoff für die hiesigen Zeitungen. Die hier zirkulierenden Gerüchte sind allerdings sehr verschiedenartig. Die einen sprechen von einer geheimen Verbindung „crna ruka" (vermutlich eine Nachahmung der spanischen mano negra), die anderen geben ihr den theatralischen Namen „oslobodženje ili smrt" (Freiheit oder Tod). Einerseits wird behauptet, diese geheime Gesellschaft bezwecke den Sturz der Radikalen und den Kampf gegen die Korruption, andererseits glaubt man, dass es sich um einen Umsturz der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung mit anarchistischen Mitteln handelt. Mehrfach wird auch der Ansicht Ausdruck gegeben, dass im Mittelpunkt der Vereinigung zahlreiche Offiziere der Belgrader Garnison, vornehmlich Verschwörer unter Führung des Generalstabsmajors Dragutin Dimitrijević stehen, während der Kriegsminister und der Stadtkommandant von Belgrad dies entschieden negieren. Auch spricht man davon, dass die Polizei genaue Kenntnis von dieser Vereinigung habe und die Namen aller Mitglieder kennt, — nach einer Version bloss 12, nach einer anderen zirka 600 — wundert sich jedoch andererseits, dass die Regierung sich gegen die ganze Angelegenheit anscheinend passiv verhält. Das Blatt der Fortschrittler behauptet endlich, die Gerüchte über eine geheime Gesellschaft bedeuten nichts anderes wie eine Intrigue der Radikalen gegen ihre politischen Gegner, ähnlich wie die vielen von ihnen angezettelten „Affairen" der letzten Jahre. Irgendetwas liegt allen diesen Nachrichten jedenfalls zugrunde. Davon ist hier jedermann überzeugt. Aber sonst gut informierte Persönlichkeiten sind jetzt nicht in der Lage, über Zweck und Ziel dieser „geheimen" öffentlich besprochenen Organisation Aufschluss zu geben. Die Angelegenheit hat kaum irgendwelche Bedeutung. Denn handelt es sich um einen Coup gegen eine politische Partei, so ist er jetzt, weil allgemein bekannt, nur ein Schlag ins Wasser. Sollte es jedoch eine Kampforganisation sein, so werden diejenigen, gegen die sie gerichtet ist, Mittel und Wege finden, um ihr entgegenzutreten. Irgendwelche Organisationen in Serbien geheim zu halten, ist nahezu ausgeschlossen, denn unter 5 Verschwörern findet sich mindestens 1 Denunziant. Dies hat die Militärverschwörung 1903 zur Genüge bewiesen. Die damals gesammelten Erfahrungen werden andererseits ausreichen, um diese neue Verschwörung nicht mit der gleichen ganz unverständlichen Sorglosigkeit zu behandeln. Gellinek.

[a] Vgl. n. 2921, 2929.

Nr. 2929. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 15. Nov. 1911 Res. Nr. 240 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 20. Nov. Nr. 4495 am 30. Nov.).[a] Abschrift.

Man ist sich hier völlig einig darüber, dass sich in Belgrad eine geheime Organisation unter dem Namen „Crna ruka" (die schwarze Hand) gebildet

hat und dass ihr zahlreiche Offiziere angehören. Die „Tribuna" behauptet sogar ganz kategorisch, es seien auch der Kriegsminister und der Kommandant der Donaudivision Oberst Božanović dieser Organisation beigetreten. Diese Nachrichten stammen angeblich von einem Offizier, der noch rechtzeitig erkannte, dass der vorgeschützte patriotische Zweck der Organisation nur die Maske für egoistische Tendenzen bilde. Die „Tribuna" erklärt sich auch bereit, die Namen mehrerer Offiziere zu nennen, die den Beitritt zu dieser geheimen Gesellschaft refüsierten. Schliesslich fordert das Blatt den Oberst Božanović auf, wenn er in der Lage sei, diese Nachrichten zu dementieren. Die heutige konfiszierte Nummer des „Jutro" erzählt, die Polizei habe bereits das Haus konstatiert, in dem die Versammlungen stattfinden, und sie habe auch festgestellt, dass 1 aktiver Oberst, 1 Generalstabsmajor, mehrere Hauptleute, der Gendarmeriekommandant und zahlreiche jüngere Offiziere, weiters 1 Sektionschef, 1 gewesener Minister, Beamte der verschiedenen Ministerien und zahlreiche Studenten der Vereinigung angehören. Das Programm der Organisation besteht angeblich in der Beseitigung aller Persönlichkeiten im Lande, welche der Verwirklichung der grosserbischen Idee im Wege stehen, — vom Könige angefangen! Diesem soll ein Ultimatum gestellt werden, sich zu fügen oder auf den Thron zu verzichten; auch an den Thronfolger würde die gleiche Forderung gestellt werden, bis man den richtigen Mann gefunden hätte, der bereit sei, die Serben in den Kampf für die Einigung aller Serben zu führen. Zieht man auch die Verlogenheit der serbischen Presse in Betracht, so macht diesmal ihre Konsequenz und Bestimmtheit den Eindruck, dass diese Nachrichten nicht durchwegs erfunden sind. Von einer geheimen Gesellschaft kann allerdings nicht mehr gesprochen werden und, da man in Serbien über reichliche Erfahrung in Verschwörungen verfügt, wäre der Sache keine besondere Bedeutung beizumessen. Die zahlreiche Beteiligung von Offizieren an dieser Organisation erscheint jedoch bedenklich. Der serbische Offizier, dem der aktiv dienende Mann blind gehorcht, hat entschiedenen Hang zum Prätorianismus; er fühlt sich jetzt beiseite geschoben, denn seit dem Umsturze 1903 waren die Radikalen unausgesetzt bemüht, nicht nur die Offiziere von der Politik ferne zu halten, sondern auch ihre Stellung im Lande herabzusetzen. Unzufriedenheit ist überhaupt ein chronisches Übel im serbischen Offizierskorps — und so werden auch wieder Verschwörer und Umstürzler in der Armee zahlreiche begeisterte Anhänger finden. Gellinek.

[a]) Vgl. n. 2928, 2966.

Tel. nach Berlin, 15. Nov. 1911 Nr. 150 (chiffr. 4 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 2934.

Tel. nach Konstantinopel, 15. Nov. 1911 Nr. 293 (chiffr. 4 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 2934.

Nr. 2930. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Nov. 1911 Nr. 383 (eing. 4 U. 15. M. p. m.).[a]) Entziff.

Der frühere Marineminister Mahmud Mukhtar Bey begibt sich morgen nach Livadia, um Seine Majestät den Zaren im Namen des Sultans zu

begrüssen. Er überbringt ein Handschreiben Seiner Majestät des Sultans. Herr Tscharykow, der mir von dieser Mission neulich sprach, machte mir den Eindruck, dass ihm die Wahl Mukhtar Beys für diese Mission sehr genehm sei. Der frühere Marineminister ist bekanntlich eine Persönlichkeit, welche sich gerne mit hoher Politik befasst. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2927, 2951, 2981.

Tel. nach London, 15. Nov. 1911 Nr. 73 (chiffr. 4 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 2934.

Nr. 2931. Tagesbericht über einen Besuch des englischen Botschafters, 15. Nov. 1911.a) Konz. (S. Seidl; V. u. G. Müller).

Der englische Botschafter, der heute in laufenden Angelegenheiten hier vorsprach, kam schließlich auch auf Tripolis zu sprechen und bemerkte mit Bezug auf die viel ventilierte italienische Flottenaktion im ägäischen Meere, Österreich-Ungarn habe, wie er vernehme, bei den Mächten einen in Rom diesfalls zu unternehmenden Kollektivschritt vorgeschlagen. Er habe diese Information nicht von seiner Regierung, sondern von anderer Seite erhalten. Dieser Entstellung, die offenbar auf eine Mitteilung des französischen Botschafters zurückzuführen ist, wurde sofort mit dem Bemerken nachdrücklich entgegengetreten, daß es sich nur um eine Mitteilung der der k. u. k. Regierung aus Konstantinopel zugekommenen bezüglichen Nachrichten und um eine Anfrage über die den anderen Regierungen etwa vorliegenden einschlägigen Meldungen, beides zu rein informativen Zwecken, gehandelt habe.

a) Vgl. n. 2926, 2932, 2941.

Tel. nach Paris, 15. Nov. 1911 Nr. 72 (chiffr. 4 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 2934.

Tel. nach Rom, 15. Nov. 1911 Nr. 201 (chiffr. 4 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 2934.

Nr. 2932. Erlaß nach Rom, 15. Nov. 1911 Nr. 2813.a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Geheim. Den diplomatischen und publizistischen Andeutungen Italiens betreffs einer eventuellen Erweiterung des Kriegsschauplatzes auf das aegäische Meer scheint eine doppelte Pressionsabsicht zugrunde gelegen zu haben; es galt offenbar, einerseits die Türkei einzuschüchtern, andererseits durch Erweckung von Besorgnissen die Mächte zu einem Drucke auf die Pforte zu veranlassen. Heute dürfte man sich auf der Consulta darüber schon im Klaren sein, daß die angedrohten kriegerischen Operationen im Archipel die Türkei nicht nachgiebiger stimmen, vielmehr Volksleidenschaften erwecken würden, welche den zahlreichen in der Levante lebenden Italienern gefährlich werden könnten. Was den Eindruck auf die Mächte betrifft, so werden Euer Exzellenz aus den hierortigen telegraphischen Weisungen und den Hochdenselben mit heutigem Kurier zugehenden Mitteilungen entnehmen, daß derselbe im Allgemeinen insoferne ein für Italien

wenig günstiger war, als der in Rede stehenden Eventualität bei allen Kabinetten mit sichtlichem Mißbehagen entgegengesehen wird. Wenn dessenungeachtet auf keiner Seite die Absicht vorzuliegen scheint, Italien in die Arme zu fallen, so kann andererseits auch nirgends nur die mindeste Geneigtheit konstatiert werden, im gegenwärtigen Momente der Pforte den Friedensschluß aufzuoktroyieren. Die Erkenntnis dieser Situation dürfte Marquis di San Giuliano von einer Überstürzung hinsichtlich der geplanten Flottenaktion zurückhalten. Sie dürfte ihn auch von der Stichhältigkeit meiner Zweifel an der politischen Opportunität einer solchen Expedition überzeugt haben, welche Zweifel ich, wie Euer Exzellenz bekannt, in meinen Unterredungen mit Herzog Avarna neben den aus dem Texte des Dreibundvertrages hergeleiteten juridischen Argumenten zum Ausdruck gebracht hatte. Die italienische Regierung wird, so will ich hoffen, sich unter diesen Umständen eher bewogen fühlen, meinen Rat zu befolgen, welcher dahingeht, daß sie vor allem die Operation in Tripolitanien und der Cyrenaika mit großer Energie weiterführen und erst nach Erreichung entsprechender Erfolge auf diesem den Kriegszweck darstellenden Gebiete an die Mächte zu dem Behufe herantreten sollte, damit sodann durch deren Intervention der Friede herbeigeführt werde. Sollte Herzog Avarna mir gegenüber neuerdings auf unseren vertraulichen Gedankenaustausch zurückkommen, so habe ich die Absicht, mich hierauf nicht weiter einzulassen. Ich würde vielmehr dem Herrn Botschafter unter Betonung unserer wohl in ausgiebiger Weise bekundeten Freundschaft und unseres Wohlwollens erklären, daß ich — ganz abgesehen von der Pflicht der Neutralität — durch ein neuerliches Eingehen auf jenes Thema die Linie, die ich mir hätte vorzeichnen müssen, überschreiten würde, indem ich sonst die Verantwortung teilen müßte, welche Italien zufallen würde, falls es von seinen, bei Beginn des Krieges abgegebenen Erklärungen oder von seinen vertragsmäßigen Pflichten abginge. Wenn die Wiederberührung dieses Themas seitens Marquis di San Giulianos Euer Exzellenz gegenüber versucht werden sollte, so wollen Hochdieselben eine meiner oben angedeuteten Absicht analoge freundschaftliche, ablehnende Haltung einnehmen.

[a]) Vgl. n. 2931, 2933, 2936, 3036, 3123, 10747.

Nr. 2933. Erlaß nach Rom, 15. Nov. 1911 Nr. 2827.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Herzog Avarna hat mich gestern nach Fertigstellung des Euer Exzellenz mit heutigem Kurier sub Nr. 2813 zugehenden Erlasses aufgesucht und mir eine Reihe von Messagen Marquis di San Giulianos übermittelt, darunter den Dank für die Nichtbeantwortung der bekannten beiden türkischen Protestnoten.[b]) Sodann las mir der Herr Botschafter eine Depesche seines Ministers über die eventuelle Ausdehnung der Feindseligkeiten auf das ägäische Meer vor, in welcher die von mir Herzog Avarna gegenüber geltend gemachten Gegenargumente eine ruhige und sachliche Würdigung finden. Ich gewann hiebei den Eindruck, daß es Herzog Avarna, welcher Marquis di San Giuliano von einer Fortsetzung des bezüglichen

Gedankenaustausches mit uns abzubringen versucht haben dürfte, hauptsächlich darum zu tun war, aus der Konversation mit mir neues Material zu gewinnen, um die in jeder Hinsicht bedenkliche Idee einer Erweiterung des Kriegsschauplatzes weiter bekämpfen zu können. In meiner Antwort habe ich mich darauf beschränkt, den Herrn Botschafter zu ermächtigen, neuerlich seiner Regierung zu melden, daß ich aus den ihm bekannten Gründen von einem solchen Unternehmen nur abraten könne, und mich sonst strenge an die ligne de conduite gehalten, welche Euer Exzellenz aus dem eingangs zitierten Erlasse bekannt ist. Euer Exzellenz Telegramme Nr. 197 von gestern habe ich übrigens mit Befriedigung entnommen, daß wenigstens für die nächste Zeit die Gefahr einer italienischen Flottenaktion im Archipel beseitigt erscheint.

[a]) Oe. U. Italien 203 Nr. 6. Vgl. n. 2934, 3123. — [b]) n. 2886 und eine nicht aufgenommene türkische Note vom 7. Nov. 1911 betreffend, das gewalttätige Vorgehen der italienischen Armeen in Tripolis und Benghasi.

Nr. 2934. Tel. nach St. Petersburg Nr. 98 (1), Berlin Nr. 150 (2), Konstantinopel Nr. 293 (3), Rom Nr. 201 (4), Paris Nr. 72 (5) und London Nr. 73 (6), 15. Nov. 1911 (chiffr. 4 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

1.—6. Der hiesige russische Botschafter hat mich gestern aufgesucht, um die politische Situation zu besprechen. Was unser Verhalten betreffs der italienischen Annexionserklärung anbelangt, habe ich Herrn von Giers eröffnet, daß wir die diesbezügliche Mitteilung der italienischen Regierung weder beantwortet, noch auch von derselben Akt genommen haben. Ich habe weiters dem kaiserlich russischen Botschafter gegenüber mit Befriedigung die Übereinstimmung konstatiert, welche zwischen der Haltung des Petersburger Kabinettes und jener der k. u. k. Regierung sowohl in dem oben erwähnten Belange, als auch hinsichtlich der beiderseitigen Auffassungen über eine Ausdehnung der maritimen Operationen Italiens besteht, von welcher Herr Neratow, ebenso wie ich, abgeraten habe. Schließlich bemerkte ich, die volle Übereinstimmung der beiden Kabinette betreffs der letztgenannten Eventualität werde in Rom nicht ohne Eindruck bleiben und sei daher zu hoffen, daß Italien es unterlassen werde, zu der in Rede stehenden Flottenaktion zu schreiten.

1. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren vertraulichen Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache gegenüber Herrn Neratow.

2.—6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulichen Information und rein persönlichen Kenntnisnahme. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2933, 2936, 2944.

Nr. 2935. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 15. Nov. 1911 Nr. 188 (eing. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Confidentiel. Président du Conseil me manqua l'autre jour, sur quoi je lui offris d'aller le voir. Il me répondit de ne pas me déranger et

qu'il espérait me rencontrer sous peu „pour me mettre au courant du sentiment de l'Empereur au sujet de votre dernier entretien" (mon télégramme du 1er octobre no 131). Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2939, 2971.

Nr. 2936. Erlaß nach Berlin Nr. 2830 (1), Bukarest Nr. 2831 (2) und St. Petersburg Nr. 2832 (3), 16. Nov. 1911.[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Nemes).

1.—2. In der Anlage übersende ich Euer etc. zur streng vertraulichen Information die Abschrift meines an Herrn von Mérey gerichteten Erlasses Nr. 2813 vom 15. l. M. mit dem Ersuchen, dessen Inhalt

1. dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär
2. Seiner Majestät König Carol

1. u. 2. streng vertraulich mitteilen zu wollen.

3. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 98 vom 15. d. M. übersende ich Euer Hochwohlgeboren in der Anlage die Abschriften meines gestrigen Erlasses Nr. 2813 an den Herrn k. u. k. Botschafter am königlich italienischen Hofe und einer telegraphischen Meldung Herrn von Méreys ddo. 14. l. M. Nr. 197. Während erstere Pièce zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information und rein persönlicher Orientierung bestimmt ist, ersuche ich Sie, vom Inhalte letzterer Herrn Neratow vertraulich in Kenntnis setzen und im Verfolge des Gedankenganges meines eingangs zitierten Telegrammes bemerken zu wollen, daß das Aufgeben, beziehungsweise der Aufschub der italienischen Flottenaktion offenbar die erfreuliche Folge der Übereinstimmung darstellt, welche die Kabinette von Wien und St. Petersburg in ihren Auffassungen bezüglich dieser Aktion bekundet haben.

[a]) Vgl. n. 2940, 2944, 2949, 2956.

Nr. 2937. Erlaß nach Berlin, 16. Nov. 1911 Nr. 2845.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Geheim. Wie Euer Exzellenz den Hochdenselben mit heutigem Kurier zugehenden Mitteilungen entnehmen werden, scheint über türkische Anregung in Petersburg ein Gedankenaustausch über die Dardanellenfrage stattzufinden. Ich richte im Gegenstande einen geheimen Erlaß an Herrn von Szilassy,[b]) dessen Abschrift zu Euer Exzellenz ausschließlich persönlicher Kenntnisnahme hier mitfolgt. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 218 vom 14. l. M. entnehme ich, daß Herr Zimmermann es nicht für unwahrscheinlich hält, daß Rußland schon jetzt die Dardanellenfrage aufs Tapet bringen werde, obzwar er es für nahezu ausgeschlossen erachtet, daß Englands Zustimmung zu erreichen sei. Ich würde nun aber Wert darauf legen, wenn Euer Exzellenz — selbstverständlich ohne dem Herrn Staatssekretär meine diesbezüglichen Ansichten mitzuteilen — auch Herrn von Kiderlens eigene Auffassung in Erfahrung bringen und ihn darüber ausholen könnten, ob Deutschland wie wir in der Dardanellenfrage in keiner Weise gebunden sei und gegebenen Falles, ob er geneigt wäre, wenn die Mächte mit der

Dardanellenfrage wirklich in konkreter Form befaßt werden sollten, in einen Gedankenaustausch über ein einverständliches Vorgehen mit uns einzutreten.

[a] Vgl. n. 2927, 2945. — [b] Vgl. n. 2939.

Erlaß nach Bukarest, 16. Nov. 1911 Nr. 2831. Siehe n. 2936.

Nr. 2938. Erlaß nach Paris, 16. Nov. 1911 Nr. 2849.[a] Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).

Vertraulich. In dem Berichte No. 41 C vom 11. d. M.[b] haben Euer Exzellenz dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß eine geeignete Form gefunden werden müsse, in welcher die Adhäsion der Mächte zum deutsch-französischen Maroccoabkommen zu erfolgen hätte. Ich stimme dem vollkommen bei und theile mit Euer Exzellenz die Ansicht, daß vorerst eine entsprechende Klarstellung der Situation herbeizuführen wäre. So müßte zum Beispiel konstatirt werden, in welchen namentlich wirtschaftlichen Belangen die Bestimmungen der Algeciras-Acte durch das Übereinkommen zwischen Frankreich und Deutschland ersetzt werden. In einer jeden Zweifel ausschließenden Weise müßte festgestellt werden, daß die österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen in Marocco in öconomischer Beziehung die vollständige Gleichberechtigung mit den deutschen und französischen Staatsangehörigen genießen. Auch setze ich voraus, daß sich die französische Regierung hinsichtlich der künftigen Aufhebung der Konsularjurisdiction in Marocco und der in Aussicht genommenen Revision der Madrider Convention betreffend die Schutzbefohlenen mit uns direct ins Einvernehmen setzen wird. Ich beehre mich nun, Euer Exzellenz zu ersuchen, in dieser Richtung, ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, aber unter Hervorhebung unseres Wunsches, unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich möglichst auszugestalten, bei Herrn de Selves Sondirungen vorzunehmen. Auch wollen Euer Exzellenz bei Ihren Collegen darüber Erkundigungen einziehen, in welcher Form und eventuell unter welchen Bedingungen deren Regierungen dem deutsch-französischen Abkommen beizutreten beabsichtigen. Parallel mit dieser Action werde ich hier demnächst mit Herrn Crozier in unverbindlicher streng vertraulicher Form Besprechungen einleiten, welche den Zweck verfolgen, die französische Regierung zu einer Erklärung zu bestimmen, daß sie bereit sei, Ansuchen der österreichischen und ungarischen Regierung um Gewährung der officiellen Cote für Anlehen im Höchstbetrage von 1000 Millionen in den nächsten Jahren thunlichst zu unterstützen. Ich ziehe es vor, diese Verhandlung hier zu führen, um nicht durch eine officielle Demarche in Paris den Anschein zu erwecken, als ob wir aus diesem Verlangen eine unerläßliche Bedingung unserer Anerkennung der deutsch-französischen Vereinbarung machen wollten. Ich werde in den nächsten Tagen in der Lage sein, Euer Exzellenz den Wortlaut meines dem Herrn französischen Botschafter schriftlich übergebenen Vorschlages zu übermitteln.

[a] Vgl. n. 2902, 2924, 2942, 2953. — [b] Nicht aufgenommen. Wesentlicher Inhalt oben wiedergegeben.

Erlaß nach St. Petersburg, 16. Nov. 1911 Nr. 2832. Siehe n. 2936.

Nr. 2939. Erlaß an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 16. Nov. 1911 Nr. 2844.[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).

Geheim. Euer Hochwohlgeboren Telegramm No. 186 vom 14. l. Mts. habe ich mit Interesse entnommen, daß einer Andeutung Herrn Nelidows zufolge die Pforte Rußland gegenüber die Dardanellenfrage zur Sprache gebracht haben und hierüber eine Konversation zwischen den beiden Kabinetten stattfinden soll. Daß türkischerseits Rußland eine zugunsten letzterer Macht gedachte Modifikation des völkerrechtlichen Zustandes der Dardanellenfrage angetragen werde, setzt wohl auf Seite der Pforte die Erwartung voraus, daß Rußland der Türkei hiefür einen entsprechenden Gegendienst leisten werde, eine Voraussetzung, die sich unter den heutigen Umständen wohl nur auf die Tripolisfrage beziehen könnte, deren Zutreffen mir aber eben deshalb wenig wahrscheinlich erscheint. Was unser Verhalten für den Fall anbelangt, als die Dardanellenfrage faktisch aufgerollt werden sollte, so geht meine Absicht dahin, vorerst eine zuwartende Haltung einzunehmen. Es gilt dies namentlich unter der naheliegenden Annahme, daß es der Türkei bei ihrem angeblichen Anerbieten an Rußland mehr darum zu tun sei, letztere Macht dazu zu verleiten, in der Tripolisfrage einen der Pforte günstigeren Standpunkt zu vertreten und sich von den anderen Kabinetten zu trennen. Da es gewiß nicht unsere Sache sein kann, ein solches auf die Störung des Konzertes abzielendes Spiel der ottomanischen Diplomatie durch irgend eine Stellungnahme unsererseits zu erleichtern, ist unsere abwartende Attitude a priori gegeben. Dasselbe wäre aber auch bei der entgegengesetzten (wenn auch unwahrscheinlicheren) Alternative der Fall, daß nämlich die Aufrollung der Meerengenfrage ernstlich gemeint wäre. Diesfalls ginge unsere zuwartende Haltung von der Erwägung aus, daß für uns wohl kein Grund vorläge, zu der Sache Stellung zu nehmen, bevor dies nicht seitens des in allererster Linie interessierten Londoner Kabinettes geschehen sein wird. Bezüglich des Meritums der Frage läßt sich wohl kein zwingendes Argument dafür anführen, daß wir uns gegen eine Öffnung der Dardanellen aufzulehnen hätten, durch welche auch unserer Kriegsmarine die freie Durchfahrt ins Marmara- und Schwarze Meer erschlossen würde. Anders stünde natürlich die Sache, falls man in Petersburg die Herrn Tscharykow vorschwebende Form einer Erschließung der Meerengen anstreben sollte, wonach das Schwarze Meer außer für die Türkei und Rußland ein „mare clausum" bleiben würde. In einem solchen Falle müßte ich mir meine Entschließungen vorbehalten. Vorstehende Ausführungen sind zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information und rein persönlicher Orientierung bestimmt und wollen Euer Hochwohlgeboren, falls Herr Neratow Ihnen gegenüber die Dardanellenfrage zur Sprache bringen sollte, sich rein rezeptiv verhalten und kein besonderes Interesse für den Gegenstand bekunden.

P. S. Ich erhalte eben Euer Hochwohlgeboren Telegramme No. 188 und 189[b]) und sehe den in Aussicht gestellten Eröffnungen Seiner Exzellenz Herrn Kokowzows mit lebhaftem Interesse entgegen. Euer Hochwohlgeboren wollen aber auch in dieser Konversation die Linie einer freund-

schaftlichen Reserve nicht überschreiten und sich darauf beschränken, das Gehörte zu meiner Kenntnis zu bringen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2937, 2945. — b) Vom 15. Nov. Meldet ein Gerücht, daß Sazonow seinen Posten krankheitshalber werde aufgeben müssen und dass Kokowzow sein Nachfolger sein würde.

Nr. 2940. Bericht aus Bukarest, 17. Nov. 1911 Nr. 51 A (eing. 19. Nov.).a) Ausfert.

Geheim. Beim letzten Diplomaten-Empfang am verflossenen Dienstag brachte Herr Majoresku das Gespräch auf eine geheime Mission eines rumänischen Legations-Sekretärs nach Constantinopel, über welche ich in meinem Chiffre-Telegramm No. 63 geheim, vom 4. d. Mts. berichtete. Es handelt sich um den derzeit der königlich rumänischen Gesandtschaft in Sofia zugeteilten Legations-Secretär Herrn Rascanu. Wie mir der Herr Minister des Äussern erzählte, sei der Brief Herrn Giolittis an Assim Bey durch Vermittlung des Sofioter italienischen Gesandten Herrn Rascanu übermittelt worden. Aus dem Berichte, den genannter Legations-Secretär über seine Reise und über seine längere Conversation mit dem türkischen Minister des Äussern dem Auswärtigen Amte unterbreitete, geht hervor, dass Assim Bey seit der Übernahme des Ministerpostens bedeutend intransigenteren Anschauungen huldigt wie früher, so dass befürchtet werden muss, dass der Schritt des italienischen Ministerpräsidenten werde, vor der Hand wenigstens, keine greifbaren Folgen zeitigen. Aus den Worten, in welche Herr Giolitti seinen warmen Dank an Herrn Rascanu kleidete, sei jedoch, nach Ansicht meines Mitredners, zu schliessen, dass der italienische Staatsmann sich diesen begangenen Weg noch für eine gelegenere Zeit offen halten will. K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 2936, 2941, 3111.

Nr. 2941. Tel. nach Paris, 17. Nov. 1911 Nr. 73 (chiffr. 7 U. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Müller).

Am 15. d. Mts. ließ hier der englische Botschafter b) mit Bezug auf die italienische Flottenaktion im ägäischen Meere die Bemerkung fallen, Österreich-Ungarn habe, wie er vernehme, bei den Mächten einen in Rom diesfalls zu unternehmenden Kollektivschritt vorgeschlagen. Er habe diese Information nicht von seiner Regierung, sondern von anderer Seite erhalten. Dieser Bemerkung wurde mit dem nachdrücklichen Hinweise darauf entgegengetreten, daß es sich nur um eine Mitteilung der der k. u. k. Regierung aus Konstantinopel zugekommenen bezüglichen Nachrichten und um eine Anfrage über die den anderen Regierungen etwa vorliegenden einschlägigen Meldungen, beides zu rein informativen Zwecken, gehandelt habe. Da ich die Vermutung hegte, daß jene unrichtige Version von französischer Seite herrühre, benützte ich einen Besuch, den mir Herr Crozier gestern abstattete, um eine diesbezügliche Frage an ihn zu richten. Hiebei stellte sich tatsächlich heraus, daß der französische Botschafter eine in jenem Sinne gehaltene Mitteilung aus Paris erhalten und seinem englischen Kollegen von derselben Kenntnis gegeben hatte. Herr Crozier, welcher es

bereits vorher seiner Regierung gegenüber als unwahrscheinlich bezeichnet haben will, daß ein derartiger Vorschlag unsrerseits gemacht worden sei, versprach mir, nunmehr die Sache definitiv richtig zu stellen. Ich bemerkte meinem Mitredner, die ihm aus Paris zugegangene Information sei wohl der Konfusion zuzuschreiben, die derzeit am Quai d'Orsay zu herrschen scheine. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2940, 2943. — [b]) Vgl. n. 2931.

Tel. nach Konstantinopel, 18. Nov. 1911 Nr. 298 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 2943.

Nr. 2942. Notice confidentielle für den französischen Botschafter, 18. Nov. 1911 Nr. 2862.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Aehrenthal).

Nous nous plaisons à constater que des intérêts communs de grande importance justifient les relations parfaites qui existent entre l'Autriche-Hongrie et la France. Ce sont à vrai dire les propres intérêts de la paix et de la concorde parmi les Puissances. Ces rapports permettent à l'Autriche-Hongrie d'envisager l'accord survenu dans les affaires du Maroc entre la République et l'Allemagne, sans jalousie comme sans appréhension. Nous examinerons donc avec bienveillance les stipulations d'une convention que nous sommes tout disposés à saluer comme une nouvelle garantie de paix et d'harmonie. Persuadés que nous sommes que nos bonnes relations nous permettent de coopérer avec la France sans frictions, sur le terrain économique, au Maroc comme ailleurs en Orient, nous ne mettrons pas, comme d'autres Puissances croient devoir le faire, notre adhésion au prix de compensations matérielles soit au Maroc, soit ailleurs. Aussi nous espérons que le Gouvernement de la République voudra bien donner son appui à nos efforts tendant à établir entre les forces économiques de l'Autriche-Hongrie et de la France des rapports répondant à l'attitude politique que les deux Puissances se félicitent d'observer mutuellement. Dans cet ordre d'idées la possibilité du placement des emprunts de l'Autriche et de la Hongrie sur le marché parisien figure au premier rang.[1]) La haute influence du Gouvernement de la République, pour peu qu'il se rende à nos vues d'une façon générale, nous obtiendrait assurément l'admission à la cote officielle des titres de ces opérations. Nous comptons donc, lorsque la question en deviendra actuelle, faire appel à la bienveillance du Gouvernement français dans l'intérêt des finances autrichiennes et hongroises. Nous choisirions pour faire une pareille demande un moment où la situation politique internationale sera favorable aux transactions de cette nature. Du reste il ne s'agirait pas de l'admission illimitée à la cote, mais d'une mesure qui permettrait aux Gouvernements susnommés de contracter chacun, en l'espace de plusieurs années, un emprunt dont le chiffre ne dépasserait pas 500 millions de couronnes.

[1]) Eigenhändige Bemerkung Berchtolds: wegen vermeintlicher Kriegsgefahr derzeit undurchführbar! Crozier 17. IV. 1912. *(Es handelt sich offenbar um eine derartige, am 17. April 1912 erfolgte Mitteilung des französischen Botschafters.)*

[a]) Vgl. n. 2938, 2952, 2953, 2954, 3050, 3167 Anm. b.

Nr. 2943. Tel. nach Rom Nr. 203 (1) und Konstantinopel Nr. 298 (2), 18. Nov. 1911 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Müller).

1. Der hiesige türkische Geschäftsträger hat mir im Auftrage seiner Regierung gestern mitgeteilt, es seien der Pforte Informationen darüber zugekommen, daß Italien die montenegrinische Regierung zu einem Vorgehen gegen die Türkei zu bestimmen trachte, ferner daß es zu dem gleichen Zwecke auch Verbindungen mit den bulgarischen und griechischen revolutionären Geheimbünden unterhalte und dieselben subventioniere. Mouhtar Bey hat hieran auftragsgemäß das Ansuchen geknüpft, daß in Rom entsprechende Vorstellungen erhoben werden mögen. Ich antwortete dem Geschäftsträger, obige Informationen stünden mit den wiederholten Erklärungen der italienischen Regierung im Widerspruche, durch welche dieselbe ihren Willen zur Aufrechterhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel bekundet habe. Ich könne auch auf Grund der mir selbst vorliegenden Informationen die Italien zugeschriebene Vorgangsweise nicht als wahrscheinlich ansehen. Auf alle Fälle wolle ich jedoch die mir mitgeteilten Nachrichten zur Kenntnis der italienischen Regierung bringen lassen. Vorstehendes zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano.

2. Ich telegraphiere an Herrn von Mérey, wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Im Laufe der im vorstehenden Telegramme wiedergegebenen Unterredung habe ich auch die Frage aufgeworfen, ob die der Pforte zugekommenen Informationen einen hinlänglichen Grad von Zuverlässigkeit besäßen, um die Formulierung einer solchen Anklage gegen Italien als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Meiner Ansicht nach liege gegenwärtig auf der Balkanhalbinsel wohl kaum ein Grund zu ernsteren Besorgnissen vor, da einerseits Bulgarien und Griechenland bestrebt seien, gute Beziehungen zu der Pforte zu unterhalten, anderseits die Türkei selbst über genügende militärische Machtmittel verfüge, um die Ordnung in ihren europäischen Provinzen aufrechtzuerhalten und um den unruhigen Elementen jede Lust zu benehmen, eine Störung jener Ordnung zu versuchen. Wenn ich einen dunklen Punkt bemerken könne, so liege derselbe wohl nur in dem Verhältnisse Montenegros zu den Albanesen.[b] Sollte der Konflikt zwischen der Türkei und Italien nicht bald beigelegt werden, so dürften allerdings der Pforte im montenegrinisch-albanischen Grenzgebiete neue Schwierigkeiten erwachsen. Die Möglichkeit einer Abwendung letzterer sei übrigens jetzt vielleicht noch in der Hand der Pforte gelegen, wenn sie, bei Vermeidung ihrer früheren Fehler, die Albanesen, gleichgiltig, ob sie mohammedanischen, katholischen oder orthodoxen Glaubens seien, fester an das ottomanische Reichsinteresse zu ketten verstünde. Es schiene mir durchaus möglich, dieses Ziel durch loyale Erfüllung der bisherigen Zusagen, durch tunlichstes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Bevölkerung sowie endlich dadurch zu erreichen, daß die Verwaltung der von Albanesen bewohnten Gebiete in die Hände gerechter und landeskundiger Funktionäre gelegt werde. Der Geschäftsträger, welcher von der Richtigkeit meiner Ausführungen durchdrungen zu sein schien, versprach mir, dieselben zur Kenntnis seiner Regierung zu bringen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz

Information mit dem Bemerken, daß ich es Hochdenselben anheimstelle, gegebenenfalls, ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, dieselben Argumente zu verwerten. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2941, 2944, 2961, 2964, 2985, 3061, 3062. — b) Vgl. n. 2652 Anm. d.

Nr. 2944. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 18. Nov. 1911 Nr. 193 (eing. 10 U. 45 M. p. m.).a) Entziff.

Da Mittwoch Empfang ausgefallen, besuchte ich Herrn Neratow zur Besprechung der Situation und äusserte mich incidenter im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes vom 15. d. M. 98. Herr Neratow sagte mir, er wisse von keiner neuen Demarche. Nach Meldungen aus Rom und neuerlicher Konversation mit Herrn Melegari habe er den Eindruck, dass italienische Regierung in Erwägung, dass Okkupation einer oder mehrerer Inseln des Archipels nichts nützen würde, sich dieser Tage zu einem grösseren coup entschliessen werde. Er denke an die Blockade von Smyrna oder Beirut und frage sich, was da geschehen sollte, um europäische Interessen zu schützen. Gerent sprach sogar von Eventualität einer italienischen Blockade der Dardanellen und fragt sich, wie diese zu verhindern wäre. Bezüglich ersterer bezweifelte ich, dass dies anderen Eindruck haben würde, als Türkei zur Verzweiflung zu bringen. Bezüglich Dardanellen sagte ich, es scheine mir unmöglich, solche Absicht von italienischer Regierung vorauszusetzen, und dass in diesem Falle wirklich energische Sprache der interessierten Mächte in Rom doch Zweck erreichen müsste. Gerent gab schliesslich zu, er teile meine Meinung. Vertraulich. Ich habe nicht den Eindruck, dass Herr Neratow weder bei Mitteilung der Pläne bezüglich Erweiterung der Operationen noch in letzter Konversation mit Herrn Melegari sehr stark abgeraten hätte. Szilassy.

a) Vgl. n. 2936, 2943, 2949.

Nr. 2945. Tel. aus Berlin, 19. Nov. 1911 Nr. 219 (eing. 5 U. 40 M. p. m.).a) Entziff.

Geheim. Antwort auf geheimen Erlass Nr. 2657 vom 16. d. M.b) Da in den Verhandlungen der Marokko-Kommission des Reichstages eine zweitägige Pause eingetreten ist, konnte ich gestern abends Staatssekretär sprechen. Er bat mich, Euer Excellenz zu melden, dass auch hier Nachrichten eingetroffen seien, laut welcher über die türkische Anregung in der Dardanellenfrage vertrauliche Pourparlers in Petersburg stattfinden. Herr von Kiderlen ist damit vollkommen einverstanden, dass Österreich-Ungarn und Deutschland auch in dieser Frage pari passu vorgehen und in einen Gedankenaustausch treten. Für die betreffenden vertraulichen Mitteilungen lässt er Euer Excellenz verbindlichst danken. Im Laufe unserer Unterredung, bei welcher ich Euer Excellenz bezügliche Ansicht nicht erwähnt habe, versicherte mich Staatssekretär auf das Entschiedenste, dass Deutschland in der Dardanellenfrage ebenso wenig gebunden sei wie Österreich-Ungarn. So wie Unterstaatssekretär (mein Telegramm No. 218 vom 14. d. M.) ist auch Herr von Kiderlen der Meinung, dass eine Erschliessung

der Meerengen, wobei das Schwarze Meer ausser für die Türkei und Russland ein mare clausum bleiben würde, von Seite Englands kaum zugegeben werden könnte. Dies gehe, so fügte er hinzu, jedenfalls in erster Linie England an und für Deutschland liege nach seiner Ansicht kein Grund vor, für den Fall der ernstlichen Aufrollung dieser Frage seine Einwilligung zum eventuellen Petitum Russlands zu versagen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2939, 2947, 2955. — [b]) Amtsvermerk: recte 2845.

Nr. 2946. Tel. aus Berlin, 19. Nov. 1911 Nr. 220 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Staatssekretär ersuchte mich, Euer Exzellenz zu bitten, Hochdieselben mögen ihm verzeihen, dass er seine Antwort auf den streng geheimen Erlass Nr. 2657 vom 4. dieses Monats noch nicht geben konnte. Sobald die Budgetkommissionsverhandlungen über die Marokkofrage erledigt sein werden, was hoffentlich in einigen Tagen erfolgen dürfte, werde er seine Bemerkungen zu Euer Exzellenz Ausführungen, mit welchen er prinzipiell einverstanden sei, mir sofort zukommen lassen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2880, 2884, 2991.

Nr. 2947. Tel. aus Berlin, 19. Nov. 1911 Nr. 222 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Zu meinem Telegramme Nr. 219 von heute. Staatssekretär lässt mir soeben sagen, dass er gestern spät abends den erkrankten russischen Botschafter auf dessen Wunsch aufsuchte. Graf Osten-Sacken habe ihm im Auftrage seiner Regierung vertraulich mitgeteilt, dass Russland mit der Türkei eine Verständigung wegen Gestattung der Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Meerenge beabsichtige. Deutsche Regierung wolle einer solchen Verständigung umsoweniger einen Widerstand entgegensetzen, als es dem Staatssekretär bekannt sei, dass Euer Exzellenz bei früherem Anlass sich einem ähnlichen Wunsche Russlands gegenüber wohlwollend verhalten hätten. Herr von Kiderlen hat Herrn von Tschirschky beauftragt, Euer Exzellenz zu befragen, ob von Seite des russischen Botschafters in Wien bei Hochdenselben dieselbe Demarche erfolgt sei. Nach Ansicht Herrn von Kiderlens wäre es sehr angezeigt, wenn Österreich-Ungarn und Deutschland ihre bezügliche Entscheidung baldmöglichst treffen würden. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2948, 2955.

Nr. 2948. Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem russischen Botschafter, 19. Nov. 1911.[a]) Konz. (S. Hoyos; G. Aehrenthal).

Der kaiserlich russische Botschafter ist heute bei mir erschienen und hat mir im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, Herr von Tscharykoff berichte über eine kürzlich stattgehabte eingehende Unterredung mit dem k. u. k. Botschafter in Konstantinopel, in deren Verlaufe auch die Meer-

engenfrage zur Sprache gebracht worden sei. Markgraf Pallavicini hätte sich über die Wünsche Rußlands hinsichtlich einer Abänderung der Durchfahrtsbestimmungen in ausgesprochen sympathischer Weise geäußert, was in Petersburg umso angenehmer gewirkt habe, als man dort noch unter dem Eindrucke eines den russischen Ansprüchen in der Dardanellenfrage entschieden feindseligen Artikels der „Reichspost" stehe. Hieran anknüpfend teilte mir Herr von Giers noch mit, daß zwischen Petersburg und Konstantinopel in jüngster Zeit tatsächlich eine Konversation über die Meerengenfrage entamiert worden sei. Bevor weiter in die Sache eingegangen werde, lege die russische Regierung Wert darauf, die Auffassung des Wiener Kabinettes in dieser Angelegenheit kennen zu lernen. Der Herr russische Botschafter machte auch einen Hinweis auf den einschlägigen Gedankenaustausch der Kabinette von Wien und Petersburg im Jahre 1908. Ich dankte Herrn von Giers für seine Eröffnungen und bemerkte vor allem, daß Markgraf Pallavicini mir zwar über seine letzte eingehende Aussprache mit Herrn von Tscharykoff berichtet habe, diese scheine aber nach der Meldung unseres Botschafters mehr die Rückwirkung energischer maritimer Operationen Italiens im ägäischen Meere auf Konstantinopel und die Haltung der Mächte zum Gegenstand gehabt zu haben, als die Öffnung der Dardanellen-Durchfahrt. Jedenfalls habe Markgraf Pallavicini meines Wissens keine Äußerung über die Stellungnahme Österreich-Ungarns zur Meerengenfrage fallen lassen. Ich versicherte den Herrn russischen Botschafter, daß, wenn seine Regierung die Frage tatsächlich aufs Tapet bringen sollte, ich sie im Geiste unserer freundschaftlichen Gesinnung für Rußland und von dem Wunsche geleitet, unsere Beziehungen zu bessern und die Interessen der beiden Monarchien auszugleichen, prüfen würde. Ich ließ jedoch meinem Mitredner keinen Zweifel darüber, daß der Gedankenaustausch vom Jahre 1908 in einer anderen politischen Situation stattgefunden hat und daß wir uns heute durch die damals gemachten Zusicherungen, deren Gegenwert übrigens von Rußland gar nicht eingehalten worden sei, nicht mehr für gebunden erachten. Wir müßten vorderhand abwarten, in welcher Weise Rußland den Mächten die Revision der Meerengenfrage vorschlagen würde. Herr von Giers scheint ein weiteres Eingehen auf das ganze Thema und schon heute positive Zusagen von mir erwartet zu haben, denn er versuchte, mich zu einer genaueren Antwort zu drängen. Ich begegnete seinen Anregungen mit der Bemerkung, daß wir ja gerne bereit seien, mit dem Petersburger Kabinette in eine einschlägige Konversation einzugehen, darüber hinaus könne ich mich aber heute noch nicht äußern.

[a]) Vgl. n. 2947, 2951, 2955, 2987.

Nr. 2949. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 19. Nov. 1911 Nr. 197 (eing. 20. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Gestriges Telegramm No. 193. Ich habe mich bereits gestern im Sinne heute eingetroffenen Erlasses vom 16. d. M. 2832 Herrn Neratow gegenüber geäussert. Folglich und da seine Nachrichten aus Rom mit denjenigen Herrn von Méreys nicht übereinstimmen, würde ich, wenn

Euer Exzellenz mir andere Weisungen nicht ergehen lassen, Sache erst bei Mittwoch-Empfang und erst dann, wenn Lage unsere Nachrichten bis dahin nicht dementiert, wieder zur Sprache bringen und Telegramm Herrn von Méreys vertraulich mitteilen. Als ich gestern gesprächsweise mich im gedachten Sinne äusserte, hatte nämlich Gerent, ohne auf ...[b]) unseres analogen Verhaltens einzugehen, sofort mit seinen konträren Nachrichten geantwortet. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2950, 2956. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Tel. nach Berlin, 20. Nov. 1911 Nr. 153 (chiffr. 7 U. 50. M. p.m.). Siehe n. 2955.

Erlaß nach Berlin, 20. Nov. 1911 Nr. 2914. Siehe n. 2952.

Tel. nach Konstantinopel, 20. Nov. 1911 Nr. 303 (chiffr. 7 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 2955.

*Nr. **2950**. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. Nov. 1911 Nr. 390 (eing. 21. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Mein russischer Kollege teilte mir mit, er habe soeben aus Petersburg die Nachricht erhalten, dass Herr Melegari Herrn Neratow erklärt habe, Italien werde in den nächsten Tagen die Blockade „d'un point sensible pour la Turquie" vollziehen, wobei allerdings auch Interessen neutraler Mächte in Mitleidenschaft gezogen werden würden. Wie mir Herr Tscharykow weiter sagt, habe Herr Neratow diese Erklärung ohne Antwort zur Kenntnis genommen. Aus einer Bemerkung, die der russische Botschafter der obigen Mitteilung hinzufügte, glaube ich entnehmen zu können, dass das Petersburger Kabinett durch die italienische Mitteilung unangenehm berührt wurde. Anderseits sagt mir heute Assim Bey, er habe die Mächte verständigt, dass die Türkei entschlossen ist, falls Italien seine Drohungen ausführen sollte, alle Mittel, die ihr zu Gebote stehen, selbst wenn auch hiedurch die Interessen neutraler Mächte geschädigt werden müssten, zur Abwehr des italienischen Angriffes in Anwendung zu bringen. Auf die von mir gestellte Frage, welche Massnahmen man ergreifen wolle, antwortete der Minister, es würde z. B. was die Dardanellen anbelange, teils durch Minen, teils durch vollkommene Verlegung der engen Stellen der Dardanellen eine eventuelle Forcierung derselben möglichst erschwert werden. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2949, 2956.

*Nr. **2951**. Bericht aus Konstantinopel, 20. Nov. 1911 Nr. 67 A (eing. 23. Nov.).[a]) Ausfert.*

Streng vertraulich. Mit meinem ergebensten Telegramm vom 12. l. M. Nr. 382 habe ich die Ehre gehabt, Euerer Excellenz über ein Gespräch Bericht zu erstatten, welches ich kürzlich mit Herrn Tscharykow hatte und in welchem sich der russische Botschafter unter Anderem auch über die

Frage der Meerengen aussprach. Ich hatte schon damals den Eindruck, dass mein russischer Kollege den jetzigen Moment für geeignet erachtet, dieser für Russland so wichtigen Frage näherzutreten. Die Telegramme des k. und k. Geschäftsträgers von Petersburg,*b)* welche Euere Excellenz mir mitzuteilen die Güte hatten, bestätigen diese Voraussetzung. Als Herr Tscharykow vor $2^1/_2$ Jahren den hiesigen Posten antrat, kam er bekanntlich mit dem Plane hieher, Alles zu tun, um die Türkei für Russland zu gewinnen und sie mehr oder weniger unter das Protectorat Russlands zu stellen. Meinem russischen Collegen dürfte als Ideal jener Zustand vorschweben, der seinerzeit durch den Frieden von Hunkiarskelessi festgelegt wurde. Eine der Folgen eines solchen Zustandes wäre in erster Linie die Regelung der Meerengenfrage im russischen Sinne. Die Idee des Balkanbundes dürfte aber für Herrn Tscharykow erst in zweiter Linie in Betracht kommen und würde sich von selbst aus dem Verhältnis ergeben, welches er zwischen der Türkei und Russland herzustellen wünscht. Ich war seinerzeit nicht geneigt, an die Möglichkeit der Ausführung derselben zu glauben. Heute möchte ich aber meine damaligen Ansichten bis zu einem gewissen Grade modificieren. Ich kann nicht leugnen, dass die Bestrebungen Herrn Tscharykows in der letzten Zeit gewisse Erfolge aufweisen. Der russische Botschafter geht bei seiner Arbeit mit grosser Consequenz vor und lässt sich hiebei durch Nichts stören. Ich war wiederholt in der Lage, zu constatieren, dass Herr Tscharykow, wie dies ja bei den russischen Diplomaten so oft der Fall ist, seine eigenen Wege geht, ohne sich viel um die Instructionen zu kümmern, die er aus Petersburg erhält. Es hat sogar oft den Anschein, dass die russische Balkanpolitik mehr von Constantinopel aus, als von Petersburg geleitet wird. Die Erklärungen des Herrn Neratow an die Vertreter der Mächte in St. Petersburg lassen sich häufig mit dem Verhalten des russischen Botschafters in Constantinopel nicht völlig in Einklang bringen. Es scheint mir, dass dies auch im jetzigen Momente der Fall ist, wo es sich Herrn Tscharykow vor Allem darum handeln dürfte, die Tripolisangelegenheit für seine Zwecke auszunützen. Er hat in dieser Frage von Anfang an eine äusserst freundliche Haltung gegenüber der Türkei eingenommen, indem er das Ausharren im Widerstande gegen Italien geradezu predigte. Er gab, wo er nur konnte, der Überzeugung Ausdruck, dass Italien mit der Zeit nachzugeben gezwungen sein werde. Hiebei dürfte den russischen Botschafter der Gedanke geleitet haben, die Türkei so weit als möglich in den Kampf hineinzuhetzen, damit dieselbe schliesslich Russland als Retter in der Not anrufe. Ich erlaube mir in der Anlage einige im Tanin erschienene Artikel,*c)* die gewiss von der russischen Botschaft inspiriert sind, Euerer Excellenz zu unterbreiten. Aus diesen Artikeln werden Hochdieselben ersehen, in welcher Weise Herr Tscharykow die hiesige öffentliche Meinung zu beeinflussen trachtet. Bis zu einem gewissen Grade scheint ihm dies auch gelungen zu sein. Die Mission des früheren Marineministers Muchtar Bey nach Livadia (siehe mein Telegramm Nr. 383 vom 15. l. M.) dürfte auch eine Folge seiner Arbeit sein. Die Idee, bei Russland Hilfe zu suchen, wenn die Türkei durch das italienische Abenteuer wirklich in eine ernste Gefahr gestürzt werden sollte, scheint bereits in weite Kreise gedrungen zu

sein und darf daher meines Erachtens die Eventualität einer Annäherung der Türkei an Russland nicht ganz ausser Acht gelassen werden. Pallavicini.

a) Vgl. n. 2948, 2955, 3026. — b) n. 2915, 2920, 2927! — c) Wurden nicht abgedruckt.

Erlaß nach London, 20. Nov. 1911 Nr. 2913. Siehe n. 2952.

Nr. 2952. Erlaß nach Madrid Nr. 2911 (1), Paris Nr. 2912 (2), London Nr. 2913 (3), Berlin Nr. 2914 (4), St. Petersburg Nr. 2915 (5) und Tanger Nr. 2916 (6), 20. Nov. 1911 (chiffr. 20. Nov.).a) Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

1. Der königlich spanische Botschafter hat dieser Tage bei mir vorgesprochen und mir mitgetheilt, seine Regierung hätte auf vertraulichem Wege Nachrichten über die Bedingungen erhalten, welche man in Paris in der maroccanischen Frage Spanien anzubieten geneigt sei. Darnach würde Spanien gestattet, Larache zu behalten, während es das auf der Route zwischen Tanger und Fez gelegene El Ksar herauszugeben hätte. Ferner würde Spanien die volle Souveränität über das Riffgebiet angeboten und ihm die Kooperation des spanischen Capitals an den französischen wirtschaftlichen Unternehmen in Marocco zugesichert werden, überdies würde ihm die Cosouveränität über die Republik Andorra eingeräumt. Nach Äußerungen des Marquis de Herrera hält seine Regierung diese Bedingungen für ungeeignet, einen Erfolg der bevorstehenden Verhandlungen zu verbürgen. Auf die Frage, was ich über die Unterstützung gehört hätte, die England und Rußland dem spanischen Standpunkte zu gewähren gedächten, erwiderte ich, daß nach den mir vorliegenden Meldungen die Regierungen beider Länder in Paris auf die thunlichste Berücksichtigung der spanischen Wünsche hingewirkt hätten. Streng vertraulich fügte ich bei, daß ich es dem Herrn Botschafter anheimgebe, nach Madrid zu berichten, daß nach meiner Ansicht der Erfolg der Verhandlungen mit Frankreich in erster Linie von der Haltung Englands abhängig sei. Gelinge es der spanischen Regierung nicht, sich seiner warmen Unterstützung zu versichern und dadurch eine freundschaftliche Auseinandersetzung zu erreichen, so müsse sie sich darauf gefaßt machen, in Marocco sowohl als auch in Spanien selbst großen Schwierigkeiten zu begegnen. Denn es werde Frankreich immer leicht fallen, durch Aufwiegelung der Riffstämme und durch Zufuhr von Munition an dieselben einen großen Theil der spanischen Streitkräfte zu binden und in Spanien unter Benützung der dortigen republicanischen Elemente Unruhen hervorzurufen. Wenn auch andere Mächte sich in Paris im spanischen Interesse verwendeten, sei doch nur England in der Lage, auf die französische Regierung in dieser Frage einen bestimmenden Einfluß auszuüben und darum müßten die Bemühungen der spanischen Regierung zunächst darauf gerichtet sein, für ihre Sache in England Sympathien zu erwecken. Vorstehendes zu Ihrer persönlichen Information und Regelung Ihrer Sprache.

2.—6. Zu Euer etc. persönlicher Information theile ich Ihnen nachstehend einen an den Grafen Wydenbruck gerichteten Erlaß mit: (Inseratur Expedition 1.)

a) Vgl. n. 2924, 2942, 2953.

Nr. 2953. Tel. nach Paris, 20. Nov. 1911 Nr. 74 (chiffr. 3 U. 10 M. p. m.).[a] Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Die englische Regierung wird, wie Euer Exzellenz wissen, in Paris auf die thunlichste Berücksichtigung der spanischen Ansprüche in den bevorstehenden Marokko-Verhandlungen hinwirken und auch die russische Regierung denkt in gleicher Weise vorzugehen. Wenn ich auch, wie Euer Exzellenz aus einem morgen eintreffenden Postchiffre[b] ersehen werden, der Ansicht bin, daß für Spanien hauptsächlich die Unterstützung Englands von Bedeutung sein wird, so wünsche ich doch auch meinerseits, Spanien meinen Beistand zu leihen und ich ersuche Euer Exzellenz demnach, bei nächster Gelegenheit und jedenfalls noch vor Beginn der Verhandlungen sich zu Herrn de Selves in diesem Sinne zu äußern. In meinen Unterredungen mit Herrn Crozier habe ich wiederholt die Erwartung ausgesprochen, Frankreich werde sich bei den Verhandlungen Spanien gegenüber entgegenkommend erweisen. Euer Exzellenz können sich auf diesen freundschaftlichen Rath berufen. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2924, 2938, 2942, 2954. 2995. — [b] Vgl. n. 2952.

Nr. 2954. Erlaß nach Paris, 20. Nov. 1911 Nr. 2882.[a] Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Ich beehre mich, Euer Exzellenz beiliegend den Wortlaut der confidentiellen Notiz[b] zu senden, von der in meinem Erlasse vom 16. November d. J. Nr. 2849 die Rede war und welche ich dem französischen Botschafter am 18. November übergeben habe. Bei dieser Gelegenheit habe ich Herrn Crozier mitgeteilt, daß wir noch gewisse Aufklärungen über den Inhalt des deutsch-französischen Abkommens und über die Form seiner Anerkennung erwarten und daß wir uns mittlerweile mit beiden Regierungen ins Einvernehmen setzen. Bei meiner Vorgangsweise hat mir, wie ich schon erwähnt habe, die Absicht vorgeschwebt, von der französischen Regierung in einer Beantwortung unserer sehr freundschaftlichen Erklärung die allgemeine Zusicherung zu erhalten, daß sie bereit sei, im gegebenen Augenblicke unseren Wunsch nach Erlangung der cote, so viel sie vermag, zu unterstützen. Wenn mir auch nicht darum zu thun ist, aus der Erreichung dieser Absicht eine unerläßliche Vorbedingung unserer Anerkennung des Marocco-Abkommens zu machen, so habe ich doch den gegenwärtigen Moment für recht geeignet gehalten, die französische Regierung in die Lage zu versetzen, sich durch ein Eingehen auf unsern Wunsch für unsere freundschaftliche Stellungnahme erkenntlich zu erweisen. Obschon ich nun daran festhalte, in vertraulicher Weise die Besprechungen mit Herrn Crozier hier weiterzuführen, um ihnen nicht den Character einer formellen Negoziation zu geben, so ermächtige ich Euer Exzellenz doch, sich Herrn von Selves gegenüber von der Sache unterrichtet zu zeigen und bei sich darbietender Gelegenheit unser Anliegen thunlichst zu unterstützen.

[a] Vgl. n. 2953, 2989, 2994. — [b] n. 2942.

Erlaß nach Paris, 20. Nov. 1911 Nr. 2912. Siehe n. 2952.

Nr. 2955. Tel. nach St. Petersburg Nr. 99 (1), Konstantinopel Nr. 303 (2) und Berlin Nr. 153 (3), 20. Nov. 1911 (chiffr. 7 U. 50 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; V. Nemes; G. Aehrenthal).*

1. Herr von Giers hat mir gestern auftraggemäß folgendes mitgeteilt: ... *wie n. 2948 mit stilistischen Änderungen* ... Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache für den Fall, als Herr Neratow Euer Hochwohlgeboren gegenüber spontan auf das Thema zu sprechen kommen sollte.

2. Ich telegraphiere nachstehendes nach St. Petersburg: (Inseratur Telegramm sub 1 von: „Herr von Giers hat" bis exklusive „Vorstehendes".) Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Es würde mich interessieren zu erfahren, ob in der in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 382 wiedergegebenen Konversation mit Ihrem russischen Kollegen seitens Hochderselben eine Äußerung fallen gelassen wurde, welche Herrn Tscharykow zu seiner oben erwähnten Berichterstattung veranlassen konnte.

3. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 219 und 222 vom 19. d. M. Herr von Tschirschky hat die ihm aufgetragene Demarche bei mir ausgeführt. Ich erwiderte ihm, der russische Botschafter habe auch mir auftraggemäß mitgeteilt, die Dardanellenfrage habe tatsächlich in jüngster Zeit den Gegenstand einer Konversation zwischen seiner und der türkischen Regierung gebildet. Erstere lege, bevor sie weiter in die Sache eingehe, Wert darauf, die diesbezügliche Auffassung des Wiener Kabinettes kennen zu lernen. Ich hätte hierauf unter Ausdruck meines Dankes für seine Mitteilung Herrn von Giers versichert, daß, falls seine Regierung diese Frage tatsächlich aufs Tapet bringen sollte, ich mich bei Prüfung der betreffenden Vorschläge von unserer freundschaftlichen Gesinnung für Rußland und dem Wunsche werde leiten lassen, unsere gegenseitigen Beziehungen zu bessern und die Interessen der beiden Monarchien auszugleichen. Vorläufig müsse ich die Vorschläge Rußlands hinsichtlich der Revision der Bestimmungen über die Meerengen abwarten. Wir seien bereit, in eine Konversation mit dem St. Petersburger Kabinett über den Gegenstand einzugehen, darüber hinaus könne ich mich aber heute noch nicht aussprechen. Euer Exzellenz werden aus meiner, Herrn von Giers gegenüber geführten Sprache ersehen, daß ich die russische Demarche zwar freundschaftlich aufgenommen, aber keinen Grund habe, mich in meinem Entschlusse zu übereilen. Ich habe den deutschen Botschafter auch darauf aufmerksam gemacht, daß ich aus dem Empressement Herrn von Kiderlens, dem russischen Begehren nachzukommen, den Eindruck gewonnen hätte, daß Deutschland seit länggerem bereits entschlossen sei, Rußland in der Dardanellenfrage Entgegenkommen zu zeigen. Was die von Euer Exzellenz mit Telegramm Nr. 222 einberichtete Bemerkung des Staatssekretärs anbelangt, ich hätte mich bei einem früheren Anlaß einem ähnlichen Wunsche Rußlands gegenüber wohlwollend verhalten, so wollen Hochdieselben sich dem Herrn Staatssekretär gegenüber dahin vernehmen lassen, daß dies zu einer Zeit geschehen ist, wo zwischen uns und Rußland ein Ententeverhältnis über alle Balkanfragen bestanden hat. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2951, 2959, 2960, 2962, 2970, 2975, 2998, 3030.

Nr. 2956. Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 20. Nov. 1911 Nr. 100 (chiffr. 7 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm No. 197 vom 19. d. Mts. Ich bin einverstanden mit Ihrer Absicht, weder beim Mittwochempfange noch sonst eine Initiative zur Besprechung des in meinem Erlasse No. 2832 vom 16. d. behandelten Themas zu ergreifen. Nachdem Herr Neratow keine Disposition zeigt, die Übereinstimmung unserer Ansichten und Ratschläge zu konstatieren, wäre es meinen Intentionen nicht entsprechend, würden wir den Anschein erwecken, die Konversation mit ihm in diesem Sinne forcieren zu wollen. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2950, 2957.

Erlaß nach St. Petersburg, 20. Nov. 1911 Nr. 2915. Siehe n. 2952.

Erlaß nach Tanger, 20. Nov. 1911 Nr. 2916. Siehe n. 2952.

Nr. 2957. Note des Chefs der Militärkanzlei des Kaisers, Arthur Freiherrn von Bolfras, 20. Nov. 1911 Nr. 2988 (eing. 20. Nov.).[a] Ausfert.

Im Allerhöchsten Auftrage Seiner k. und k. Apostolischen Majestät habe ich die Ehre Euer Exzellenz die anverwahrten alleruntertänigsten Vorträge des Chefs des Generalstabes vom 15. November 1911 und zwar Res. Nr. 4350 (mit den Beilagen 1, 3, 4 und 7), dann Res. Nr. 4420 (mit den Beilagen 1 und 2)[b] zur hochgeneigten Kenntnisnahme mit der Bitte um Rückschluss ganz ergebenst zu überreichen. Seine Majestät geruhten es als äusserst erwünscht zu bezeichnen, dass Hochdieselben schon vor Euer Exzellenz bald zu erwartender Berufung zu Seiner k. und k. Hoheit dem Durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Franz Ferdinand insbesondere jene Ausführungen des Chefs des Generalstabes, die sich auf die äussere Politik der Monarchie beziehen, erfahren haben. Bolfras.

[a] Vgl. n. 2890, 2956, 2958, 2965. — [b] Die beiden Vorträge sind nicht in das Archiv des Ministeriums des Äußern gelangt. Der erste ist gedruckt bei Conrad a. a. O. II 436.

Nr. 2958. Tel. nach Berlin Nr. 154 (1), St. Petersburg Nr. 102 (2), London Nr. 76 (3), Paris Nr. 76 (4), Konstantinopel Nr. 304 (5) und Rom Nr. 206 (6), 21. Nov. 1911 (chiffr. 7 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal.)

1.—4. Türkischer Geschäftsträger hat gestern auftraggemäß meine Aufmerksamkeit auf die italienischerseits beabsichtigte Erweiterung des Kriegsschauplatzes gelenkt. Die Pflicht der Selbsterhaltung nötige die Pforte, Schutzmaßregeln zu ergreifen, von welchen einige, wie die Schließung der Meerengen und vom Feinde bedrohter Gewässer, bedauerlicherweise dem auswärtigen Handel und Schiffahrt abträglich werden könnte.

Es liege der Pforte ferne, hiemit eine Drohung auszusprechen und sie verkenne auch nicht die Pflichten, welche die Neutralität den Mächten auferlege. Sie möchte aber doch, bevor sie jene störenden Schutzmaßnahmen,

zu welchen sie sich gezwungen sieht, ergreift, es den Großmächten anheimgeben, ob sie geneigt wären, in Rom von der geplanten Flottenaktion abzuraten, eventuell in diesem Sinne eine moralische Pression auf die italienische Regierung auszuüben.

Ich habe in meiner Muhtar Bey erteilten Antwort vor allem darauf hingewiesen, daß seine Regierung selbst auf die neutrale Stellung der Mächte Bedacht nehme und daß sie daher nicht ernstlich an die Möglichkeit einer moralischen Pression in Rom glauben dürfte. Was die türkischerseits ins Auge gefaßten Schutzmaßnahmen betrifft, beschränkte ich mich dem türkischen Geschäftsträger gegenüber auf die Bemerkung, daß ich dieselben im Prinzipe für nicht unberechtigt ansehe. Von der Voraussetzung ausgehend, daß die Pforte eine ähnliche Anfrage auch an alle neutralen Signatarmächte richte, würde ich mich im übrigen an die anderen Kabinette wenden und sodann der türkischen Regierung Bescheid geben.

Indem ich Euer etc. ersuche, konstatieren zu wollen, ob bei dem dortigen Kabinette eine analoge türkische Demarche erfolgt ist und wie dieselbe dort aufgefaßt wird, ermächtige ich Sie beizufügen, daß meines Erachtens die Mächte ebensowenig der Türkei von der Ergreifung von Schutzmaßregeln abraten, als eine Pression in Rom ausüben könnten, da in beiden Fällen der Boden der Neutralität verlassen würde. Es bliebe demnach nichts übrig, als entweder den Türken hinsichtlich der Ergreifung der beabsichtigten Schutzmaßnahmen keine Hindernisse in den Weg zu legen und die Weiterentwicklung abzuwarten oder aber, falls Aussicht vorhanden sein sollte, eine Basis für Mediationsverhandlungen zu gewinnen, bei den Kriegführenden zu sondieren, ob sie zum Abschlusse eines Waffenstillstandes geneigt wären.

Ferner wollen Euer etc. bemerken, daß ich, falls sich nach Auffassung der dortigen Regierung eine von vorstehenden Ausführungen verschiedene Stellungnahme zu der türkischen Demarche ergeben sollte, für eine Bekanntgabe derselben sehr verbunden wäre.

Schließlich könnten Euer etc. einflechten, daß, soweit ich die Situation zu überblicken vermag, diese noch nicht genügend geklärt erscheint, um den Mächten zu gestatten, mit Aussicht auf Erfolg eingreifen zu können.

Gleichlautend telegraphiere ich an die k. u. k. Botschaften bei den neutralen Signatarmächten.

5. (Inseratur vorstehendes Telegramm von „Türkischer Geschäftsträger hat gestern auftragsgemäß“ bis „Bescheid geben.“) Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache bei der Pforte. Ich teile mein oben wiedergegebenes Gespräch mit dem türkischen Geschäftsträger den Botschaftern bei den neutralen Signatarbotschaften mit folgendem Auftrage mit: „(Inseratur aus vorstehendem Telegramme von ‚Indem ich Euer etc. ersuche‘ bis ‚eingreifen zu können.‘)“ Der Inhalt dieser Zirkularweisung ist zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Verwertung den Botschaftern der Signatarmächte gegenüber bestimmt.

6. Ich telegraphiere wie folgt an die k. u. k. Botschafter bei den neutralen Signatarmächten: (Inseratur aus Telegramm nach Berlin Nr. 154 etc. von „Türkischer Geschäftsträger hat gestern auftragsgemäß“ bis „Bescheid

geben." und von „Indem ich Euer etc. ersuche" bis „eingreifen zu können.") Vorstehendes zu Ihrer streng vertraulichen Information. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2957, 2965, 2967, 2969, 2972, 2974, 2976, 2993, 2996, 3004.

Nr. 2959. Bericht aus Berlin, 21. Nov. 1911 Nr. 51 B (eing. 23. Nov.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich es in meiner telegrafischen Berichterstattung bereits getan, muss ich auch heute damit beginnen, darauf hinzuweisen, dass der Staatssekretär durch die Verhandlungen im Reichstage und in der Budget-Kommission derartig in Anspruch genommen ist, dass er selbst für mich beinahe unzugänglich war. Demzufolge ist, da seit vorgestern Unterstaatssekretär Zimmermann wegen eines acuten Gallenstein-Leidens Berlin plötzlich verlassen und sich nach Karlsbad begeben musste, und auch der politische Direktor von Stumm sich auf einen Jagdséjour begeben hat, der Verkehr mit dem Auswärtigen Amt ganz besonders erschwert. Als ich vorgestern den Staatssekretär kurz sprach, sagte er mir, dass die Dardanellen-Frage schon seit einiger Zeit „in der Luft liege"; doch habe er diesbezüglich nur einige „indirekte" Nachrichten erhalten. Die kaiserlich deutschen Botschafter in St. Petersburg und Constantinopel hätten bisher in diesem Gegenstand keine präcisen Meldungen erstattet. Vorgestern liess mir Herr von Kiderlen durch einen untergeordneten Beamten des Auswärtigen Amtes mitteilen, Graf Osten-Sacken habe ihm vertraulich eröffnet, dass Russland mit der Türkei wegen Gestattung der Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Meerengen eine Verständigung beabsichtige. Es scheint mir klar zu sein, dass Russland gerade jetzt gerne die Gelegenheit ergreift, die Durchfahrt für die russischen Schiffe zu erreichen. Diesem russischen Wunsche ist man — wie mir der Staatssekretär sagen liess, — deutscherseits bereit beizustimmen. Aus dem soeben eingetroffenen Telegramme Euer Excellenz Nr. 153 ersehe ich, dass Hochdieselben mit dem Petersburger Cabinett in Pourparlers einzugehen willens seien, dass aber Euer Excellenz vorerst die Vorschläge Russlands hinsichtlich der Abänderung der Bedingungen über die Meerengen abzuwarten entschlossen seien. Nach meiner Ansicht wird man hier die Richtigkeit dieses Standpunktes einsehen, trotzdem der Staatssekretär durch Herrn von Tschirschky Euer Excellenz befürwortend anheimstellen liess, eine bezügliche Entscheidung baldmöglichst zu treffen. Euer Excellenz haben vollkommen Recht, in diesem Entschluss sich nicht zu übereilen und sich vorerst mit der freundschaftlichen Entgegennahme der russischen Demarche zu begnügen. Hoffentlich werde ich bald Gelegenheit haben, mit dem Staatssekretär zu sprechen und ihm, wie Hochdieselben dies Herrn von Tschirschky schon gesagt haben, zu wiederholen, dass Euer Excellenz früheres wohlwollendes Verhalten gegenüber einem ähnlichen Wunsche Russlands zu einer Zeit bestanden hat, als zwischen Österreich-Ungarn und Russland ein Entente-Verhältnis über alle Balkanfragen existierte. Dass Deutschland schon seit längerer Zeit entschlossen sei, Russland in der Dardanellen-Frage Entgegenkommen zu beweisen, scheint mir sehr wahrscheinlich zu sein. Ob diese Frage bei der vorjährigen Potsdamer Entrevue b) besprochen worden ist, und ob Deutschland bei diesem Anlasse eine Ver-

pflichtung übernommen habe, wird schwer festzustellen sein. Ich neige der Meinung hin, dass dies, trotz den entschiedenen Versicherungen Herrn von Kiderlens, dass Deutschland in der Dardanellen-Frage ebensowenig gebunden sei wie Österreich-Ungarn, tatsächlich der Fall war. Ob die Initiative zur Revision der Meerengenfrage von Seite Russlands oder vielmehr von der Türkei ausgegangen ist, bin ich nicht in der Lage zu beurteilen; jedenfalls scheint mir, dass die Pforte diese Gelegenheit, Russland einen Gefallen zu erweisen, gerne ergreifen würde, in der Hoffnung, bei der russischen Regierung eine Unterstützung in der tripolitanischen Angelegenheit zu finden. Ob hiebei die Pforte nicht in ihren Hoffnungen arg enttäuscht werden wird, muss sich — wie ich glaube — sehr bald zeigen. Der eventuelle Entschluss der Türkei, mit dem in den betreffenden Verträgen vom Sultan immer als „invariable" und als „ancienne règle de son Empire" bezeichneten Prinzip, dass nämlich fremden Kriegsschiffen die Durchfahrt in den Meerengen verboten bleibt, zu brechen, ist für die jetzige Lage im Türkischen Reiche sehr bezeichnend. Jedenfalls werden zu dieser gewichtigen Frage alle Signatarmächte des Pariser, Londoner und Berliner Vertrages Stellung nehmen müssen. Trotz der Entente zwischen England und Russland wird wohl in erster Linie England es sein, welches die Hauptschwierigkeiten machen wird. Im englischen Parlament ist nach Zeitungsmeldungen, deren Richtigkeit mir im Auswärtigen Amte bestätigt wird, die für nächsten Donnerstag angekündigte Debatte über die auswärtige Politik auf die nächste Woche verschoben worden; man glaubt hier, dass bei diesem Anlasse Sir Edward Grey sich hauptsächlich über die Marokko-Frage sowie über die deutsch-englischen Beziehungen aussprechen und die Dardanellen-Angelegenheit, welche von Russland bisher als streng geheim behandelt wird, nicht berühren dürfte. Szögyény.

a) Vgl. n. 2955, 2960, 2975. — b) Vgl. n. 2917 Anm. c, 2968.

Tel. nach Konstantinopel, 21. Nov. 1911 Nr. 304 (chiffr. 7 U. p. m.). *Siehe n. 2958.*

Nr. 2960. Tel. nach Konstantinopel, 21. Nov. 1911 Nr. 305 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Vertraulich. Im Gegenstande meines gestrigen Telegrammes Nr. 303 schiene es mir wünschenswert, wenn Euer Exzellenz, ohne sich auf die darin erwähnte russische Demarche zu berufen, den Großvezier gesprächsweise darüber befragen, was an den Gerüchten über angebliche Pourparlers zwischen der Pforte und dem russischen Kabinette betreffs Abänderung der Bestimmungen über die Dardanellen-Durchfahrt wahres sei. Hiebei könnten Hochdieselben vielleicht auch Gelegenheit finden, die Frage an Said Pascha zu richten, welchen Gegenwert Rußland in der jetzigen Phase des italo-türkischen Krieges der Türkei einzuräumen sich bereit erklärt hätte. Zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Orientierung füge ich bei, daß, wie ich höre, Herr von Kiderlen Informationen besitzen soll, demzufolge Herr Neratow sich ebensolchen Illusionen hingäbe, wie dies seinerzeit bei Herrn von Iswolsky Sir E. Grey gegenüber der Fall war. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2959, 2962, 2981.

Nr. 2961. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Nov. 1911 Nr. 391 (eing. 8 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 298 vom 18. d. M. Ich hatte gestern Gelegenheit, mich Assim Bey gegenüber in ähnlichem Sinne auszusprechen, wie dies Euer Exzellenz dem türkischen Geschäftsträger in Wien getan haben. Der Minister erwiderte mir, man sei sich jetzt vollkommen darüber klar, dass die früheren türkischen Regierungen in der albanesischen Frage grosse Fehler begangen haben. Er versicherte mir ferner, dass die jetzige Regierung alles tue, um die Albanesen zu gewinnen; so würden die den Malissoren in Aussicht gestellten Versprechungen vollständig eingehalten werden. Auch dem Stamme Clementi wurden bereits die Beiträge für den Aufbau der zerstörten Häuser angewiesen. Ferner seien den Albanesen für Schulen, die sie errichten wollten, staatliche Unterstützungen zugewiesen worden. Assim Bey sprach hiebei die Bitte aus, dass wir den Einfluss, welchen wir auf den katholischen Klerus in Albanien besitzen, in der Richtung geltend machen, dass die Malissoren etwaigen, von montenegrinischer Seite kommenden Aufwiegelungsversuchen Widerstand leisten. Ich erwiderte dem Minister, dass wir stets bestrebt sind, in einem für die türkische Regierung günstigen Sinne auf die Malissoren einzuwirken. In Bezug auf die angeblichen italienischen Intriguen in Montenegro sagte mir Assim Bey, dass die türkische Regierung allerdings über keine völlig positiven Daten verfüge, es seien aber der Pforte gewisse Informationen zugekommen, welche auf solche Intriguen schliessen liessen. Ebenso habe die türkische Regierung Grund anzunehmen, dass Montenegro trotz wiederholter loyaler Versicherungen des Königs Nikolaus noch immer geheime Verbindungen mit den Malissoren unterhalte. Schliesslich sagte mir noch der Minister, dass Herr Tscharykoff ihm kürzlich die Versicherung gegeben hätte, Russland werde dafür Sorge tragen, dass sich Montenegro unter allen Umständen korrekt verhalte.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2964, 2985.

Nr. 2962. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Nov. 1911 Nr. 392 (eing. 8 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Mit Bezug auf Telegramm vom 20. d. M. No. 303. Herr Tscharykoff hat, wie dies aus meinem Telegramme No. 382 hervorgeht, anlässlich eines mit mir über die italienische Aktion geführten Gespräches allerdings die Meerengenfrage berührt. Selbstverständlich habe ich es durchaus unterlassen, irgendwie meiner Ansicht über unsere Haltung gegenüber dieser Frage Ausdruck zu geben, ich habe bloss auf die Ausführungen des russischen Botschafters, wie wichtig diese Angelegenheit für Russland sei, geantwortet, dass ich dies vollkommen einsehe. Es ist möglich, dass Herr Tscharykoff diese Worte in einem Sinne auffasste, wie er dies nach Petersburg gemeldet hat.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2960, 2963, 2970, 3026.

Tel. nach London, 21. Nov. 1911 Nr. 76 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2958.

Nr. 2963. Tel. nach London, 21. Nov. 1911 Nr. 77 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. Ich besitze Anhaltspunkte dafür, daß die Frage einer Abänderung der Bestimmungen über die Dardanellen-Durchfahrt zwischen dem Petersburger Kabinette und der Pforte erörtert wird. Es wäre für mich von großer Wichtigkeit darüber orientiert zu sein, wie sich England zu der Eventualität stellen würde, daß die Öffnung der Dardanellen ausschließlich zu Gunsten der russischen Kriegsflotte erfolgen sollte. Euer Exzellenz wollen daher — ohne sich auf einen Auftrag zu berufen — trachten, mit Hilfe Ihrer persönlichen guten Beziehungen zu mehreren englischen Staatsmännern und Ihrem russischen Kollegen bezügliche Informationen einzuziehen und mir hierüber telegraphisch berichten. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2962, 2968.

Tel. nach Paris, 21. Nov. 1911 Nr. 76 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2958.

Tel. nach Rom, 21. Nov. 1911 Nr. 206 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2958.

Nr. 2964. Bericht aus Rom, 21. Nov. 1911 Nr. 58 G (eing. 23. Nov.).[a] *Ausfert.*

Ich habe nicht ermangelt, dem Minister des Äussern die mir mit dem hohen Telegramm Nr. 203 aufgetragenen Mittheilungen zu machen. Marchese di San Giuliano nahm dieselben mit Dank entgegen und bemerkte, der einfache gesunde Menschenverstand spräche schon gegen die türkischen Insinuationen, da doch dermalen Italien nichts weniger wünschen könne, als ernstere Vorfälle auf dem Balkan. Was Montenegro anlange, so sei der italienische Gesandte in Cetinje eben jetzt auf Urlaub hier und spreche sich dahin aus, dass König Nicolaus, dem er reichlich Gelegenheit gehabt habe, friedliche Rathschläge zu erteilen, vorläufig an keine Abenteuer denke. Auch die übrigen italienischen Gesandtschaften und Consularämter auf dem Balkan hätten wiederholt — so fuhr der Minister des Äussern fort — und zum letztenmale noch mit einem Cirkular-Telegramm vom 18. l. Mts. die nachdrücklichste Instruction erhalten, von jedweder Action abzuraten und zwar nicht nur den betreffenden fremden Staatsangehörigen, sondern auch Italienern, welche etwa aus vermeintlichen patriotischen Motiven dort zu einem Aufstande gegen die Türkei hetzen würden. Marchese di San Giuliano sagte mir schliesslich, dass auch nach seinen Informationen die Lage auf dem Balkan zu keinen Befürchtungen Anlass gebe, mit Ausnahme Albaniens, wo für das nächste Frühjahr wieder eine Erhebung bevorstehe, wenn nicht türkischerseits dort bis dahin mehr nach dem Rezepte Abdul Hamids vorgegangen werde. Mérey.

[a] Vgl. n. 2961, 2984, 2985.

Tel. nach St. Petersburg, 21. Nov. 1911 Nr. 102 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 2958.

Nr. 2965. Note an den Chef der Militärkanzlei des Kaisers, Arthur Freiherrn v. Bolfras, 21. Nov. 1911 Nr. 461 C. d. M.[a]) Konz. (S. Hoyos).

Ich beehre mich Euerer Excellenz in der Anlage die mir im Allerhöchsten Auftrage Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät übermittelten allerunterthänigsten Vorträge des Chef des Generalstabes vom 15. Nov. 1911 und zwar Res. No. 4350 (mit den Beilagen 1, 3, 4, und 7), dann Res. No. 4420 (mit den Beilagen 1 u. 2) nach Kenntnisnahme mit verbindlichstem Danke wieder zurückzustellen.

[a]) Vgl. n. 2957, 2958, 2967, 3014.

Nr. 2966. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 22. Nov. 1911 Res. Nr. 245 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 27. Nov. Nr. 4581 am 8. Dez.).[a]) Abschrift.

Das Bestehen der „Crna ruka" gilt als erwiesen, über ihre Tendenz und ihre Organisation fehlen jedoch verlässliche Informationen. Sie soll seit mehreren Monaten bestehen und heute über 2500 Mitglieder zählen. Da rein patriotische Ziele den offiziellen Vorwand des Geheimbundes bildeten, traten ihm zahlreiche jüngere Offiziere und die „omladina" (Nachwuchs) der Bevölkerung bei. Der Kriegsminister, dessen Schwiegersohn (Major Jovičić, Adjutant des Königs) in den Zeitungen als Mitglied der Crna ruka genannt wird, hat angeblich von ihrem Bestehen von Anbeginn Kenntnis gehabt, jedoch aus Angst vor gewissen Mitgliedern der Organisation — Verschwörern von 1903 — nichts gegen sie unternommen. Die Gerüchte über geplante Attentate gegen Pašić und Milovanović sind angeblich reine Erfindungen, da die Organisation nur mit legalen Mitteln die inneren Feinde des Serbentums beseitigen will, um sich dann mit geeinigten Kräften gegen die äusseren Feinde zu wenden. Vorläufig lassen sich aus der ganzen Angelegenheit einige Folgerungen ziehen: Ausser jedem Zweifel steht das Streben der Offiziere nach politischer Betätigung und Einflussnahme. Bewahrheitet es sich, dass circa 50% aller Offiziere dem Geheimbunde angehören, dann wird diese Bewegung jetzt kaum mehr einzudämmen sein und möglicherweise Konsequenzen nach sich ziehen, die insbesondere das Verhältnis Serbiens zur Monarchie ungünstig beeinflussen würden. Der Einfluss der Verschwöreroffiziere von 1903 und die Schwäche der Heeresleitung ihnen gegenüber, findet ebenso ein eklatantes Beispiel, wie der Mangel an Disziplin in der Armee und an Autorität der Regierung in der Bevölkerung. Andererseits liefert diese Bewegung den Beweis, dass nicht nur in der Armee, sondern auch in den breiten Schichten der Bevölkerung Erbitterung gegen das heutige Regime besteht und dass die Stunde der Korruptionswirtschaft der Radikalen bald geschlagen haben wird. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass die in den letzten Tagen kurz hintereinander erfolgten mysteriösen Ermordungen der beiden oppositionellen Abgeordneten Gjorgjević und Stojanović — wie hiesige Zeitungen behaupten — ein Vorspiel zu den bevorstehenden Neuwahlen bilden, in denen sich die Altradikalen nur mit Mühe die Majorität erkämpfen würden. Diese furchtbare Anschuldigung der Altradikalen wird von der oppositionellen Presse offen ausgesprochen. Gellinek.

[a]) Vgl. n. 2929, 3041.

Nr. 2967. Tel. nach Berlin Nr. 155 (1), Paris Nr. 77 (2) und London Nr. 78 (3), 22. Nov. 1911 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

1.—3. Herr von Giers hat mir heute folgende Mitteilung gemacht, welche durch die letzte türkische Demarche (siehe Telegramm ad 1: Nr. 154, ad 2: Nr. 76, ad 3: Nr. 76) provoziert worden ist. Russische Regierung würde als eine Verletzung der durch Artikel 3 des Londoner Vertrages vom Jahre 1871 gewährleisteten Freiheit der Handelsschiffahrt im Schwarzen Meere jede Maßnahme betrachten, durch welche die freie Durchfahrt der neutralen Handelsschiffe durch die Meerengen in Mitleidenschaft gezogen würde. Das Petersburger Kabinett erachte eine vorherige Verständigung der kriegführenden Teile von dieser seiner Auffassung für notwendig und seien daher die russischen Botschafter in Rom und Konstantinopel angewiesen worden, sich bei den bezüglichen Regierungen in obigem Sinne vernehmen zu lassen. Herr von Giers fügte dieser Mitteilung bei, er sei beauftragt, mich zu ersuchen, die russische Demarche durch unsere Botschafter in Rom und Konstantinopel unterstützen zu lassen. Da mir der russischerseits vorgeschlagene Schritt geeignet erscheint, den internationalen Handels- und Schiffahrtsverkehr vor Störungen zu bewahren und durch Verhütung einer italienischen Flottenaktion vor oder innerhalb der Dardanellen eine beruhigende Wirkung auf die Pforte auszuüben, welche alsdann von ihrem natürlichen Recht der Selbstverteidigung keinen Gebrauch zu machen haben wird, habe ich die Eröffnungen des russischen Botschafters freundlich aufgenommen und ihm erwidert, ich wolle das Ansuchen seiner Regierung zum Gegenstande eines eingehenden Studiums und sodann eines alleruntertänigsten Vortrages machen. Euer Exzellenz wollen feststellen und mir telegraphisch berichten, ob eine analoge Demarche bei der Regierung, bei welcher Sie akkreditiert sind, erfolgt ist, beziehungsweise welche Aufnahme sie gefunden hat. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2965, 2969, 2974, 2976, 2979, 2987, 2993, 3002.

Nr. 2968. Privatschreiben des Legationssekretärs Grafen Alexander Hoyos nach Berlin, 22. Nov. 1911.[a] Ausfert.[b]

Der Herr Minister glaubt sich zu erinnern, dass ihm schon nach der Annexionskrise von offizieller deutscher Seite eine Äusserung über die Dardanellenfrage zugekommen ist, worin man sagte, „dass Deutschland für eine Bewilligung oder Unterstützung der russischen Wünsche in der Meerengenfrage gewisse Bedingungen stellen würde", vielleicht auch, „dass Deutschland die Öffnung der Meerengen nur unter der Bedingung einer Defensiv-Allianz mit Russland zugeben könnte." Ob ihm dieses von Fürsten Bülow(Schön) in einem Privatschreiben geschrieben oder ob Euere Excellenz in diesem Sinne berichtet haben, weiss der Herr Minister ebensowenig mehr, wie er den Wortlaut dieses Satzes nicht mehr in Erinnerung hat. Ich habe viel in den hieramtlichen Acten nachgesucht und nur ein Privatschreiben des Fürsten Bülow vom 30. October 1908 gefunden, worin von

einer Unterredung mit Iswolski die Rede war und nebenbei bemerkt wurde, dass Deutschland in der Meerengenfrage freie Hand habe, es Frankreich und England überlasse zu der Frage Stellung zu nehmen, im Übrigen keinen Grund habe den Russen Schwierigkeiten zu bereiten, wenn einmal eine bessere Situation eingetreten sei. Das klingt ganz anders als die von dem Herrn Minister gesuchte Erklärung. Ich wäre Euerer Excellenz sehr dankbar für eine gütige Mittheilung, ob Ihnen irgendeine Stelle in Ihrer Berichterstattung der Jahre 1908—1909 erinnerlich, wo die deutsche Haltung zur Dardanellenfrage im eingangserwähnten Sinne geschildert würde.*c)* Besondere Wichtigkeit hat die ganze Sache nicht, sie drängt auch gar nicht, es wäre nur interessant, weil man, falls das Gedächtnis des Ministers ihn nicht trügt, aus der Bereitwilligkeit Kiderlens, die russische Anregung jetzt glatt zu erledigen concludieren könnte, dass auch die Vorbedingungen erfüllt sind!! Euere Excellenz werden bemerken dass das Gespenst von Potsdam hier noch immer spuckt. In der That wird alles, was jetzt geschieht von dieser Episode hergeleitet und man hat wenig Lust, die russischen Avancen zu warm zu begrüssen nur deshalb, weil dies in Berlin angenehm wäre. ... *Personalfragen.* ... Hoyos.

a) Vgl. n. 2599, 2605, 2959 Anm. b, 2963, 2970, 2975. — *b)* Aus dem Archive der Berliner Botschaft. — *c)* Vgl. n. 3024.

Tel. nach London, 22. Nov. 1911 Nr. 78 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2967.

Nr. 2969. Tel. aus London, 22. Nov. 1911 Nr. 90 (eing. 23. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 76 von gestern. Ich habe Sir E. Grey gesprochen, der eben erst die von türkischem Botschafter zurückgelassene Note angesehen hatte. Staatssekretär (stimmt)*b)* mit Auffassung Euer Exzellenz überein. Er beabsichtigt zu antworten, dass er gegen die türkischen Schutzmassnahmen nichts einzuwenden hat, insoferne Rechte der Neutralen dadurch nicht berührt werden. Er glaubt, dass vertragsgemäss die Meerengen für die neutrale Handelsschiffahrt nicht geschlossen werden können und dass auch Haager Vertragsbestimmungen bezüglich Minenlegung und dergleichen, welche Handelsschiffahrt schädigen würden, bestehen. Er will diese Punkte erst durch Departement feststellen lassen. Sir E. Grey sagte mir, so sehr er es ablehnen muss, auf Interpellationen einzugehen, welche eine Einmischung in den Krieg selbst oder in die Behandlung eines Kriegführenden durch den anderen verlangen, so sei Frage der Rechte der Neutralen etwas ganz anderes, auf das man bestehen müsse. Im Laufe unserer längeren Konversation sagte er mir, Italien habe mit sofortiger Ausdehnung der Kriegsoperationen gedroht, bis jetzt sie aber nicht ausgeführt. Die Absicht war, einen Druck der Mächte in Konstantinopel zu provozieren. Jetzt möchte Türkei bei Ankündigung ihrer Defensivmassnahmen Pression der Mächte in Rom herbeiführen. Beide Kriegführende scheinen demnach in gewissem Sinne ein Eingreifen der Mächte

zu wünschen. Falls Staatssekretär irgendein noch so schwaches Anzeichen bemerkt hätte, dass Mediation möglich sei, hätte er es sofort Euer Exzellenz wissen lassen. Bis jetzt seien aber italienischer und türkischer Standpunkt noch ganz unvereinbar. Noch gestern habe ihm Marquis Imperiali die Annexion als unverrückbare Grundlage italienischer Politik dargelegt. Von türkischer Seite wieder sei höchstens von Autonomie mit muselmannischem Gouverneur unter Suzeränität des Sultans gesprochen worden.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 2967, 2972, 3018. — [b]) Chiffre fehlt.

Tel. nach Paris, 22. Nov. 1911 Nr. 77 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 2967.

Nr. 2970. Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 22. Nov. 1911 Nr. 103 (chiffr. 8 U. 25 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

Ergänzung meiner telegraphischen Weisung Nr. 99 vom 20. d. M. ... *Mitteilung von n. 2962 mit stilistischen Änderungen.* ...

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2968, 2975.

Nr. 2971. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 22. Nov. 1911 Nr. 201 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Ich besuchte Herrn Kokowzow gestern abends in administrativen Angelegenheiten. Ministerpräsident sagte mir, Kaiser Nikolaus habe vor einigen Wochen unsere damalige Konversation mit Vergnügen zur Kenntnis genommen und liesse Euer Exzellenz, beziehungsweise mir danken. Seine Majestät bestätigte, dass Endziel russischer Politik in gegenwärtiger Krisis Erhaltung des status quo am Balkan sei und nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, dass dies auch das Ziel Euer Exzellenz Politik sei. Kaiser habe die ausserordentliche Gefahr der Lage konstatiert und dass diese Gefahr nur dadurch vermindert erscheine, dass unsere Monarchien eines Sinnes (unanimes) seien. Ich sagte Ministerpräsidenten, ich würde Euer Exzellenz diese kaiserliche Message übermitteln und bat ihn, Seiner Majestät meinen Dank zu unterbreiten. Ich bemerkte später gesprächsweise, dass anscheinend das ähnliche beiderseitige Verhalten Italien gegenüber nicht ohne Wirkung geblieben, überhaupt und in letzter Zeit bei bekanntem Anlass. Als ich sah, dass er darin zustimmte, fügte ich bei, es sei auch die Ansicht Euer Exzellenz. Herr Kokowzow sprach noch von der Wichtigkeit „unanimes" zu bleiben, wovon so ungeheuer vieles abhänge (in akademischer Weise) und fügte dann bei, dass russischer Botschafter in Rom den Eindruck gewonnen habe, dass man auf der Consulta bezüglich der erneuerten Vorstellungen und Insistenzen nervös geworden sei, und in diesem Sinne berichte. Über die Lage im Allgemeinen ist Ministerpräsident sehr besorgt. Die Dardanellenfrage wurde nicht berührt. Bericht folgt mit morgigem Kurier. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2935, 2998.

Nr. 2972. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 22. Nov. 1911 Nr. 202 (eing. 23. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich habe soeben Euer Exzellenz Auftrag von gestern 102 ausgeführt. Herr Neratow ersuchte Euer Exzellenz für Mitteilung bestens zu danken und führte folgendes aus: Turkhan Pascha habe vorgestern ähnliche Demarche hier ausgeführt, nur (soviel er, Herr Neratow, sich erinnern könne — sic) bei Besprechung der von der Türkei eventuell zu ergreifenden Schutzmassnahmen keine geographischen Daten gegeben und Schliessung der Meerengen als mögliche Massnahme nicht erwähnt. Gleichfalls habe türkischer Botschafter suggeriert, in Rom abratend zu wirken. Daraufhin habe Gerent Turkhan Pascha nur gesagt, dass russische Regierung, weiterhin auf neutralem Boden bleibend, sich in diese Angelegenheit nicht einmischen könnte. Seither habe Herr Neratow in Erfahrung gebracht, dass türkische Demarche anderswo präziser erfolgte, in London wie in Wien, und dass Schliessung der Dardanellen in Aussicht genommen sei. Dies ändere Lage und diese Eventualität müsse, seiner Ansicht nach, von anderen eventuellen Schutzmassnahmen der Türkei getrennt behandelt werden (hierüber telegraphiere ich heute unter No. 203). Euer Exzellenz Auffassung der Lage (vierter Absatz in zitiertem Telegramme) teilt Herr Neratow mit Reserve, Frage der Schliessung Dardanellen und unter Voraussetzung, dass türkische Defensivmassnahmen nicht in Balkangewässern stattfinden, vollinhaltlich. Gerent fügte bei, dass „s'il y a une lueur d'espoir" eine Mediation ratsam wäre, um Waffenstillstand herbeizuführen. Diese könnte nur von fünf Signatarmächten zugleich ausgehen. (Ich sagte, dies sei auch Euer Exzellenz Ansicht stets gewesen.) Herr Neratow betonte aber, dies bilde seinerseits keinen Vorschlag. Gerent konstatierte spontan prinzipielle Übereinstimmung russischen Kabinettes in Beurteilung gegenwärtiger Situation und hofft, dass Euer Exzellenz seine Ansicht bezüglich Eventualität Schliessung der Dardanellen teilen werden. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2969.

Nr. 2973. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 22. Nov. 1911 Nr. 203 (eing. 10 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Mein Telegramm No. 202 von heute. Herr Neratow sagte mir, er habe, nachdem er in Erfahrung gebracht, dass Pforte eventuell an Schliessung der Meerengen denke, Fachmänner des internationalen Rechtes konsultiert. Diese seien einstimmig der Ansicht, dass solche Verfügungen gegen neutrale Handelsschiffe auch in Kriegszeiten gegen alle Konventionen und speziell gegen Londoner Akt von 71 verstossen. Solche Verfügungen würden russischen Handel, vor allem aber auch Handel anderer treffen. Er habe daher Gedankenaustausch diesbezüglich mit anderen neutralen Signatarmächten eingeleitet. Erst wenn Resultat dieses Gedankenaustausches bekannt, werde er offiziell Türkei antworten. Herr Neratow vertritt Standpunkt, dass Schliessung der Dardanellen gerade so wie Blockierung derselben gegen internationales Recht verstosse. Er habe auch dies in Rom bekanntgegeben. Wenn römisches Kabinett dies anerkennen würde und versprechen

würde, Dardanellen nicht zu blockieren, so denkt Gerent, es wäre gut, diese Entschliessung in Konstantinopel bekanntzugeben. Hiedurch würde einerseits Türkei beruhigt werden, andererseits gezwungen, das Prinzip, dass Dardanellen immer für Handelsschiffe offen bleiben müssen, anzuerkennen. Letztere eventuelle Kollektivdemarche in Konstantinopel sei eine Idee, welche er für die Zukunft vorbehalte. Ich verhielt mich rezeptiv.

Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2974, 2977, 2980.

Nr. 2974. Tel. aus Berlin, 23. Nov. 1911 Nr. 224 (eing. 24. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme 154 und 155. Staatssekretär teilt mir soeben mit, türkischer Botschafter habe auch hier analoge Demarche gemacht. Herr von Kiderlen habe türkischen Vertreter eine ähnliche Antwort erteilt wie Euer Exzellenz dem türkischen Geschäftsträger in Wien und insbesonders hervorgehoben, dass infolge seiner neutralen Stellung eine moralische Pression Deutschlands in Rom ebensowenig erwartet werden könne, wie es unter den gegebenen Verhältnissen der deutschen Regierung kaum möglich sei, der Türkei von der Ergreifung von Schutzmassregeln abzuraten. Staatssekretär bat mich Euer Exzellenz zu melden, dass auch nach seiner Ansicht eine Basis für Mediationsverhandlungen noch nicht vorhanden sei, und dass die Situation nicht genügend geklärt erscheine, damit die Mächte mit Aussicht auf Erfolg eingreifen könnten. Die russische Demarche (vide Euer Exzellenz Telegramm No. 154) sei zwar hier angekündigt worden, aber bisher noch nicht erfolgt. Wahrscheinlich werde Herr von Kiderlen den erkrankten russischen Botschafter oder dessen Stellvertreter heute noch sprechen können und, falls russischerseits der gleiche Schritt wie in Wien vorgeschlagen wird, ebenso wie Euer Exzellenz die russischen Eröffnungen freundlich aufnehmen, vorerst aber noch keine definitive Antwort erteilen. Vertraulich sagte mir Staatssekretär, dass nach seiner Ansicht der Artikel 3 des Londoner Vertrages vom Jahre 1871 zwar die Möglichkeit zulasse, dass in Kriegszeiten das Schwarze Meer für die Handelsmarine sämtlicher Mächte gesperrt werde, dennoch glaube er, dass, falls das Petersburger Kabinett eine Verständigung der kriegführenden Teile von seiner Auffassung für notwendig erachten würde, die deutsche Regierung geneigt wäre, die betreffende russische Demarche — si omnes — durch die deutschen Botschafter in Rom und Konstantinopel zu unterstützen.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2973, 2976, 2979, 2990.

Nr. 2975. Tel. aus Berlin, 23. Nov. 1911 Nr. 225 (eing. 24. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm No. 153 und meinen Bericht von vorgestern No. 51 B. Im Laufe einer Unterredung, die ich heute mit Staatssekretär hatte, war ich in der Lage zu

erwähnen, dass Euer Exzellenz wohlwollendes Verhalten zu dem russischen Wunsche in der Dardanellenfrage in jener Zeit bestanden hat, wo zwischen Österreich-Ungarn und Russland ein Entente-Verhältnis über alle Balkanfragen existierte. Bei diesem Anlasse erzählte mir Herr von Kiderlen, Herr Tschirschky berichte, dass Euer Exzellenz letzthin gesagt hätten, dass für den Fall des Eingehens auf das russische Begehren, Hochdieselben eine entsprechende Gegenleistung Russlands erwarten. Zugleich melde deutscher Botschafter vertraulich, er habe den Eindruck, dass Euer Exzellenz glauben, deutsche Regierung habe in Betreff der Dardanellenfrage während der letzten Potsdamer Entrevue Russland gegenüber gewisse Verpflichtungen eingegangen. Dies sei, so wiederholte mir Staatssekretär, wie er mir schon vor kurzem versichert habe, nicht richtig und sei auch nicht notwendig gewesen, da die russische Regierung schon seit längerer Zeit wisse, dass man dem russischen Begehren in der Dardanellenfrage immer zu entsprechen geneigt gewesen wäre. Diesen Standpunkt nehme deutsche Regierung auch heute ein. Es werde dann Sache Russlands sein, mit England, welches in dieser Frage voraussichtlich grossen Widerstand leisten wird, ins Reine zu kommen. Szögyény.

a) Vgl. n. 2968, 2970, 2981.

Tel. nach Konstantinopel, 23. Nov. 1911 Nr. 308 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 2976.

Tel. nach Rom, 23. Nov. 1911 Nr. 209 (chiffr. 4 U. p. m.). Siehe n. 2976.

Nr. 2976. Tel. nach St. Petersburg Nr. 104 (1), Konstantinopel Nr. 308 (2) und Rom Nr. 209 (3), 23. Nov. 1911 (chiffr. 4 U. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Müller).

1. bis 3. Ich habe gestern nach Berlin, Paris und London Nachstehendes telegraphiert: (Inseratur Telegramm nach Berlin Nr. 155 vom 22. dieses Monats.)

1. Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren vertraulicher Information und mit Ausnahme des letzten Alineas zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Herrn Neratow und den Botschaftern der neutralen Mächte.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

3. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Hochdieselben sind jedoch ermächtigt, sich von dem Inhalte vorstehender Zirkulardepesche mit Ausnahme des letzten Alineas ebenso wie über jenen der ersten drei Alineas meines streng vertraulichen Telegrammes Nr. 206 vom 21. d. M. (bis einschließlich des Passus: „der türkischen Regierung Bescheid geben") informiert zu zeigen, falls Marquis di San Giuliano oder einer der Botschafter der neutralen Mächte Euer Exzellenz gegenüber darauf zu sprechen käme.

2. u. 3. Je nach Erfolg meiner Sondierung behalte ich mir eine weitere Weisung vor. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 2974, 2977, 2980, 2981, 2996.

Nr. 2977. Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 23. Nov. 1911 Nr. 105 (chiffr. 11 U.p.m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).*

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm No. 203 vom 22. l. Mts. Euer Hochwohlgeboren werden meinem heutigen Telegramme No. 104 entnommen haben, daß in manchen Punkten die Sprache Herrn von Giers' von jener Herrn Neratows abweicht. Um einem Mißverständnisse vorzubeugen, habe ich den russischen Botschafter heute zu mir bitten und mir die Aufzeichnung bestätigen lassen, welche ich über seine gestrige Demarche gemacht hatte. Dieselbe lautet: „Le Gouvernement Impérial de Russie estime que l'article III du traité de Londres de 1871 garantit aux navires marchands battant pavillon neutre la libre navigation à travers les détroits. Il est de l'avis que toute mesure pouvant porter atteinte à cette liberté, serait une violation de cette convention. Le Cabinet de St. Pétersbourg croit utile d'en informer d'avance les belligérants. En faisant cette communication M. de Giers a demandé, si le Cabinet de Vienne était disposé à accepter ce point de vue et à appuyer les démarches à faire à Rome et à Constantinople." Bei diesem Anlasse habe ich Herrn von Giers gesagt, daß ich mit dem Petersburger Kabinette darin vollkommen übereinstimme, daß eine Schließung oder Blockade der Dardanellen dem geltenden Völkerrechte zuwiderlaufe. Es bedürfe dies jedoch insoferne einer Ergänzung, als auch eine Forcierung der Dardanellen als ein Verstoß gegen die Freiheit der Schiffahrt und somit gleichfalls als eine Verletzung der Verträge angesehen werden müßte. Auch bat ich Herrn von Giers, seine Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß meiner Ansicht nach die Neutralen sich nur in dem Falle der Pforte gegenüber auf den Vertrag von 1871 berufen könnten, wenn sie gleichzeitig auch in Rom erklären lassen, daß jede Sperrung, Blockade oder Forcierung der Dardanellen die Freiheit der Schiffahrt beeinträchtigen und die internationalen Verträge verletzen würde. Ich schloß damit, daß ich weiteren Mitteilungen Herrn Neratows über seinen bezüglichen Gedankenaustausch mit den Mächten entgegensehe. Euer Hochwohlgeboren wollen sich zum Herrn Gerenten begeben und Inhalt vorliegenden Telegrammes mit ihm besprechen. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2978, 2980, 2982.

Nr. 2978. Bericht des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 10./23. Nov. 1911 Nr. 51 C (eing. 25. Nov.).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Gelegentlich meines vorgestrigen Gespräches konnte ich konstatieren, dass Herr Kokowzow die allgemeine Lage sehr schwarz beurteilt. Der Herr Ministerpräsident gab der Meinung Ausdruck, dass wenn nicht jetzt, so doch im Frühjahre es leicht zu einem Balkanbrande kommen könnte. Präciseres sagte er dabei nicht. Für den Augenblick besorgt Herr Kokowzow, dass die italienische Flotte die Meerengen blockieren oder sogar forcieren werde. Seinen allgemeinen Pessimismus bezüglich der Weltlage fand ich überflüssig zu zerstreuen zu versuchen. ... *Das Folgende betrifft Äußerungen Kokowzows über China, Persien und die russische parlamentarische Lage.* ... Szilassy.

[a] Vgl. n. 2977, 2979.

Nr. 2979. Tel. aus Berlin, 24. Nov. 1911 Nr. 226 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Zu meinem Telegramme Nr. 224 von gestern. Herr von Kiderlen sagte mir gestern, dass der russische Botschafter bei ihm die ganz analoge Demarche gemacht habe, wie Herr von Giers bei Euer Exzellenz (vide Euer Exzellenz Telegramm Nr. 155). Staatssekretär habe es nicht für angezeigt erachtet, bei diesem Anlasse die Frage zu erörtern, ob die von der Türkei in Aussicht genommene eventuelle Schliessung der Meerengen für neutrale Handelsschiffe mit den Bestimmungen des Artikels 3 des Londoner Vertrages vom Jahre 1871 im Widerspruche stehe. Er habe nach Rücksprache mit dem Reichskanzler dem Grafen Osten-Sacken erklärt, dass die deutsche Regierung bereit sei, ihre Botschafter in Rom und Konstantinopel anzuweisen, sich dem Schritte Russlands anzuschliessen, falls alle Vertreter der Signatarmächte dasselbe täten. Herr von Tschirschky sei beauftragt, hievon Euer Exzellenz Mitteilung zu machen. Kiderlen habe bisher keine Nachrichten darüber, ob eine betreffende gleiche Demarche von Seite Russlands auch in Paris und London erfolgt sei. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2978, 2980, 2983, 2990, 3007.

Nr. 2980. Tel. nach Konstantinopel Nr. 309 (1) und Rom Nr. 210 (2) 24. Nov. 1911 (chiffr. 8 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal)*

1.—2. Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 308 (beziehungsweise 209): Herr von Szilassy telegraphiert mir unterm 22. d. M. wie folgt: *... wie n. 2973 mit stilistischen Änderungen bis „eventuell in Konstantinopel bekanntzugeben."* ... In einer gestrigen Unterredung mit dem russischen Botschafter habe ich vorerst einige Divergenzen zwischen der Sprache Herrn Neratows und jener Herrn von Giers' klarzustellen getrachtet. Ich habe weiters in dieser Besprechung sowie in einer telegraphischen Instruktion nach Petersburg über unseren Standpunkt folgendes ausgeführt: *... wie n. 2977 von „Bei diesem Anlasse habe ich Herrn von Giers gesagt" bis „mit den Mächten entgegensehe" mit stilistischen Änderungen* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

1. Sollte der Großvezier beziehungsweise Assim Bey Euer Exzellenz über den Standpunkt der k. u. k. Regierung in der oben erörterten Frage auszuholen versuchen, so ermächtige ich Hochdieselben, sich darüber insoweit informiert zu zeigen, daß wir bei der russischen Regierung angeregt haben, auch den Fall einer Forcierung der Dardanellen in die bei beiden kriegführenden Teilen abzugebenden Erklärungen aufzunehmen.

2. Sollte Marquis di San Giuliano Euer Exzellenz über den Standpunkt der k. u. k. Regierung in der oben erörterten Frage auszuholen versuchen, so ermächtige ich Hochdieselben, sich darüber insoweit informiert zu zeigen, daß wir bestrebt sind, dahin zu wirken, daß die auf die Meerengen bezüglichen Erklärungen gemeinsam seitens aller Neutralen abgegeben und daß hiebei jegliche Pression sowie das Verlangen nach einer Deklaration der kriegführenden Mächte vermieden werde. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2979, 2982, 2992, 2996, 3003.

Nr. 2981. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 24. Nov. 1911 Nr. 393 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Mit Bezug auf Telegramm Nr. 305 vom 21. dieses Monats vertraulich. Im Laufe meiner gestrigen Unterredung mit Said Pascha habe ich den Grossvezir gefragt, ob die türkische Regierung mit dem Petersburger Kabinette in irgendwelchen Pourparlers über die Meerengenfrage stehe. Said Pascha verneinte dies und fügte mit Nachdruck hinzu, er betrachte diese Frage als eine Lebensfrage für die Türkei. Da ich den Eindruck hatte, dass die Äusserungen des Grossvezirs dem wahren Sachverhalt nicht völlig entsprechen dürften, hielt ich es für angezeigt, den Faden der Konversation weiterzuspinnen. Im Verlaufe derselben gab Said Pascha zu, dass die Frage der Dardanellen im Zusammenhange mit dem durch die Aktion Italiens heraufbeschworenen Zustande letzterer Zeit, wenn auch nicht in offizieller Form, russischerseits zur Sprache gebracht wurde und dass speziell die Mission Mahmud Mukhtar Beys nach Livadia, wie ich dies geahnt hatte (mein Telegramm Nr. 383 vom 15. dieses Monats), mit diesen Verhandlungen zusammenhänge. Said Pascha liess nämlich die Bemerkung fallen, man werde vielleicht nach der Rückkehr der türkischen Mission aus Livadia Näheres über die Absichten Russlands erfahren. Es steht somit fest, dass zwischen Konstantinopel und Petersburg in der Meerengenfrage ein Ideenaustausch stattfindet und zwar im Zusammenhange mit der italienischen Drohung, etwas gegen die Dardanellen unternehmen zu wollen. Said betonte nämlich wiederholt, dass eine Aktion Italiens gegen die Dardanellen nicht bloss für die kommerziellen, sondern auch vielmehr für die politischen Interessen der Mächte von weitgehender Bedeutung werden könnte. Der Grossvezir vermied es, auf den Gegenstand näher einzugehen, ich konnte daher von ihm nicht erfahren, auf welcher Basis eine eventuelle Verständigung mit Russland zustandekommen könnte. Es schien mir aber, dass die in dieser Hinsicht stattgehabten Pourparlers sich bisher in einem sehr weiten und wenig präzisen Rahmen bewegt haben dürften. Der Grossvezir schien auch über die eventuelle Haltung Englands und Frankreichs in dieser Frage im Unklaren zu sein, da er wiederholt erwähnte, dass es für ihn von grosser Wichtigkeit wäre, zu erfahren, wie sich eventuell diese beiden Mächte dieser Frage gegenüber stellen würden. Aus weiteren Bemerkungen, die Said Pascha fallen liess, konnte ich konstatieren, dass es ihm hauptsächlich darum zu tun wäre, die Mächte dahin zu bringen, dass sie einen Druck in Rom ausüben, um einerseits die Türkei vor der seitens Italiens drohenden Gefahr zu retten, anderseits aber dieselbe in die Lage zu setzen, nicht lediglich auf Russlands Hülfe angewiesen zu sein. Er bemerkte hiebei auch, dass es sogar im Interesse Italiens läge, dass der bisherige Zustand im Mittelmeere nicht alteriert werde. Said Pascha sprach hiebei die Hoffnung aus, dass es vielleicht den Mächten doch gelingen könnte, vorläufig wenigstens einen Waffenstillstand zu vermitteln. Während ich das obige Gespräch mit Said Pascha führte, erschien auch mein russischer Kollege auf der Pforte und dürfte dem Minister des Äussern die in dem mir soeben zugekommenen Telegramme Nr. 308 erwähnte Erklärung seiner Regierung abgegeben haben, da der Grossvezir,

als er mit mir sprach, noch keine Kenntnis von derselben hatte. Aus einer Konversation, die ich neulich mit meinem englischen Kollegen hatte, gewann ich den Eindruck, als ob man englischerseits prinzipiell nicht abgeneigt wäre, auf die russischen Wünsche bis zu einem gewissen Grade einzugehen. Sir G. A. Lowther bemerkte aber mit grosser Entschiedenheit, dass man niemals so weit gehen würde, einen Zustand zu etablieren, welcher Russland die Möglichkeit bieten würde, im Kriegsfalle sich nach einer eventuellen Schlacht ins Schwarze Meer zurückzuziehen, ohne dass sein Gegner, im Falle die Türkei neutral bliebe, die russische Flotte verfolgen könnte.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2975, 2987, 2988.

Tel. nach Rom, 24. Nov. 1911 Nr. 210 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 2980.

Nr. 2982. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 24. Nov. 1911 Nr. 204 (eing. 25. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 105 von gestern. Ich habe heute Herrn Neratow wörtliche Übersetzung meines Telegrammes Nr. 203 von gestern vorgelesen, welches Gerent bestätigte.

Auf meine Frage, wie „russischer Standpunkt in Rom bekanntgegeben", bemerkte Herr Neratow, er habe dies Herrn Melegari vertraulich wie auch russischem Botschafter in Rom zur Regelung der Sprache mitgeteilt, dass aber die von ihm in Aussicht genommene Demarche in Rom noch nicht erfolgt sei.

Euer Exzellenz Telegramm 105 von gestern besprechend konstatierte ich, dass er damit übereinstimme, dass Neutrale nur dann sich Pforte gegenüber auf Vertrag von 71 berufen könnten, wenn sie auch in Rom erklären lassen, dass Sperrung der Dardanellen ihnen vertragswidrig erscheine.

Aber nach Meinung des Gerenten könne es sich nur eben um Blockade und Sperrung handeln. Seiner Ansicht nach könne von einem mit der Türkei auf Kriegsfuss stehenden Staate nicht verlangt werden, dass er der Türkei gegenüber die Vertragsbestimmungen einhalte und natürlich auch nicht von der Türkei selbst diesem Staate gegenüber. Folglich wäre es seiner Meinung nach nicht möglich, eine Forcierung der Dardanellen oder sonstige militärische Operationen (Legen von Minen etc.) dort in dieses Kapitel zu bringen, so lange die kriegführenden Mächte für den Schutz des neutralen Handels Sorge tragen und die Durchfahrt der neutralen Handelsschiffe sichern.

Unter Massnahmen, durch welche letzterer Zweck erreicht werden könnte, nannte mir mein Mitredner die Inanspruchnahme von Lotsen, welche die fremden Schiffe abseits von Minen zu führen haben (wie dies in Salonik bereits geschehen soll), Warnung vor Kriegsoperationen, Bestimmung gewisser Stunden, während welcher Schiffe durchfahren könnten etc.

Bezüglich der gedachten Demarche in Rom sagte mir Herr Neratow, nachdem er darüber nachgedacht, wäre es ihm eigentlich angenehmer, wenn russische Regierung Demarche nicht allein initiieren, aber wenn die fünf

neutralen Regierungen dieselbe machen würden — und zwar um Italien möglichst zu schonen, schlägt er vor, dass die Demarche nicht in Rom, sondern vertraulich in den 5 Hauptstädten seitens der Minister bei den dort akkreditierten Botschaftern erfolge.

Die Bekanntgabe des hoffentlich günstigen Resultates dieser Demarche würde aber seinerzeit, seiner Ansicht nach, am besten in Konstantinopel erfolgen können und zwar nicht durch einen Kollektivschritt, wie er ursprünglich gemeint, sondern durch jeden Botschafter für sich.

Herr Neratow sagte mir schliesslich, er habe nur noch aus Berlin eine Antwort auf seine letzte Demarche erhalten.

Diese enthalte keine Details, sei aber zustimmend, wie man ihm geantwortet. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2980, 2983, 2992, 2997, 3003, 3004.

Nr. 2983. Tel. aus Berlin, 25. Nov. 1911 Nr. 227 (eing. 26. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Zu meinem Telegramm No. 226 von gestern. Staatssekretär teilt mir soeben mit, dass die deutschen Botschafter in Rom und Konstantinopel den Auftrag erhalten haben, sich der russischen Demarche anzuschliessen, wenn alle Vertreter der Signatarmächte die gleiche Instruktion erhalten. Die beiden deutschen Botschafter seien angewiesen, sich vor allem mit ihren österreichisch-ungarischen Kollegen zu verständigen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2982, 2986.

Nr. 2984. Erlaß an den Generalkonsul Rudolf Weinzetl in Cetinje, 25. Nov. 1911 Nr. 2959.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Der hiesige türkische Geschäftsträger hat bereits am 17. d. M. mir auftraggemäß mitgeteilt, daß laut Informationen der Pforte Italien die montenegrinische Regierung zu einem Vorgehen gegen die Türkei zu bestimmen trachte. Muchtar Bey ist gestern abermals auf die Sache zu sprechen gekommen und hat insbesondere über die Machenschaften Montenegros in Albanien Beschwerde geführt. Ich habe dem türkischen Geschäftsträger hierauf geantwortet, daß ich bezüglich der Haltung Italiens vollkommen beruhigende Zusicherungen besitze, und gleichzeitig auf die uns gegenüber geführte korrekte Sprache König Nikolaus' und der montenegrinischen Regierung hingewiesen. Euer Hochwohlgeboren wollen Vorstehendes Herrn Gregović mitteilen und diesen vertraulich darauf aufmerksam machen, daß verschiedene Indizien in uns den Zweifel wachrufen, ob sich die tatsächliche Haltung der montenegrinischen Regierung auch wirklich mit deren oberwähnter Sprache decke. Hiebei wäre die Bemerkung einzuflechten, daß uns Mittel zur Verfügung stehen, um eine Kontrolle in dieser Hinsicht auszuüben. Schließlich wollen Euer Hochwohlgeboren die Erwartung aussprechen, Montenegro, welches wohl wisse, daß wir den Frieden wollen, werde sich auf keine andere Politik einlassen.

[a]) Vgl. n. 2964, 2985.

Nr. 2985. Erlaß nach Konstantinopel, 25. Nov. 1911 Nr. 2960.a) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 391 vom 21. l. M. übersende ich Hochdenselben in der Anlage die Abschrift eines unter einem nach Cetinje ergehenden Erlasses Nr. 2959, sowie eines Berichtes aus Rom vom 21. d. M., Nr. 58 G. Das in letzterem zitierte hierortige Telegramm Nr. 203 wurde Euer Exzellenz unterm 18. d. M. Nr. 296b) mitgeteilt. Die beiden Kommunikate sind zu Euer Exzellenz Information und Verwertung bei der Pforte bestimmt.

a) Vgl. n. 2986. — b) Richtig Nr. 298.

Nr. 2986. Erlaß nach Konstantinopel, 25. Nov. 1911 Nr. 2969.a) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).

Wie mir der Herr k. u. k. Kriegsminister mitteilt, ist der hiesige türkische Militärattaché kürzlich bei ihm erschienen und hat um eine Mitteilung darüber gebeten, ob an unserer Südostgrenze Truppenverschiebungen etc. stattfinden. General von Auffenberg hat darauf mit der bündigen Versicherung geantwortet, daß nicht die allergeringsten militärischen Vorbereitungen in jenen Gebieten unsererseits getroffen worden seien. Oberst Blacque Bey hat dies dankend zur Kenntnis genommen, gleichzeitig aber angeregt, daß wir auch in Konstantinopel, etwa durch den k. u. k. Militärattaché eine ähnliche Erklärung abgeben mögen, da der türkischen Regierung von fremder (englischer und französischer) Seite stets im entgegengesetzten Sinne lautende Nachrichten zukämen. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Großvezier oder Assim Bey gegenüber auf die vollkommene Haltlosigkeit dieser Gerüchte, die offenbar auf eine böswillige Intrigue zurückzuführen seien, hinzuweisen und zu betonen, daß wir im Südosten der Monarchie nicht einen Mann über den bisherigen Stand aufgestellt haben. Diese Feststellung können Sie, wenn Sie es für nötig erachten, auch gegenüber Ihren Kollegen von England und Frankreich tun. Euer Exzellenz wollen in Ihren Unterredungen mit den türkischen Staatsmännern hinzufügen, daß wir von der Anschauung ausgingen, die Türkei sei stark genug und habe in den in Frage kommenden Gebieten eine ausreichende Truppenmacht versammelt, um die Integrität ihres Besitzstandes zu wahren. Da unsere Politik auf die Aufrechterhaltung des status quo am Balkan abziele, sei für uns somit — wenigstens vorläufig — kein Anlaß zu besonderen militärischen Vorkehrungen vorhanden. Sollte sich jedoch die Situation in der Zukunft derart gestalten, daß es der Türkei Schwierigkeiten bereiten würde, ihr Territorium zu schützen, wäre es nicht ausgeschlossen, daß wir, aber eben nur im Interesse der Erhaltung des status quo in der Türkei, gewisse militärische Maßregeln zu ergreifen uns veranlaßt sehen könnten. Selbstverständlich schließe ich von diesen Maßregeln eine, auch von der Türkei erbetene, zeitweilige Okkupation des Sandschak von Novibazar von vornweg aus. Solange aber eine Mitteilung unsererseits über die zur Wahrung unserer Interessen zu treffenden militärischen Vorkehrungen nicht erfolge, könne man in Konstantinopel darüber beruhigt sein, daß in dem südöstlichen Teile der Monarchie nichts militärisch Wichtiges vor sich gehe.

a) Vgl. n. 2983, 2985, 3026 Anm. e, 3028, 3040 Anm. b, 3335.

Nr. 2987. Privatschreiben nach Konstantinopel, 25. Nov. 1911 Nr. 2965.[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Die russische Regierung ist, wie Euer Exzellenz bekannt, in den letzten Tagen mit zwei auf die Dardanellen bezüglichen Anregungen hervorgetreten, wovon die eine auf die künftige Abänderung der Vertragsbestimmungen abzielt,[b] die andere aber auf die Unvereinbarkeit einer Blockade oder Schließung der Meerengen mit ebendiesen Stipulationen[c] sich bezieht. In beiden Fällen habe ich zwar ein freundliches Entgegenkommen, aber kein besonderes Empressement an den Tag gelegt, da es mir daran gelegen ist, Rußland zu verstehen zu geben, daß Petersburg in diesen Fragen der empfangende, wir aber der gebende Teil sind. Es gilt also, Rußland auch weiter an uns herankommen zu lassen und über seine nächsten Absichten auch vor den Augen Europas Klarheit zu schaffen. Dafür, daß ich außer den russischerseits bezeichneten Fällen der Blockade oder Sperrung der Meerengen auch die Eventualität der Forcierung derselben durch die in Rom und Konstantinopel abzugebenden Erklärungen ausgeschlossen wissen möchte, ist mir vor allem die Erwägung maßgebend, daß man von der Pforte einen Verzicht auf die geplanten Schutzmaßregeln billigerweise nur dann verlangen kann, wenn man ihr gleichzeitig eine Garantie gegen einen italienischen Angriff auf die Meerengen bietet. Ich habe mich übrigens dem türkischen Geschäftsträger gegenüber in analoger Weise ausgesprochen, indem ich ihm in sehr positiver Form meine Ansicht bekundete, daß die Türkei insolange das volle Recht habe, für ihre Sicherheit gegen einen Angriff alle ihr zweckmäßig erscheinenden Schutzmaßnahmen zu ergreifen, als ihr nicht eine andere Gewähr gegen eine Aggression geboten wird. Diese meine Sprache dürfte die Arbeit Herrn Tscharykoffs nicht gerade erleichtert haben! Die ruhige Zuversicht, welche nach Euer Exzellenz Berichten in Konstantinopel herrscht, dürfte nur eine beschränkte Berechtigung haben, da Italien meinen Informationen zufolge den entscheidenden Coup bald auszuführen gedenkt — es sei denn, daß die Mächte hiegegen rechtzeitig Stellung nehmen.

P. S. Nach Fertigstellung dieses Schreibens erhalte ich Euer Exzellenz Telegramm Nr. 393 von gestern und ersehe hieraus mit Befriedigung, daß Said Paschas Tendenz sich insoferne mit meinen Bemühungen deckt, als es ihm hauptsächlich darum zu tun wäre, die Mächte dahin zu bringen, daß sie einen Druck in Rom ausüben, um einerseits die Türkei vor der seitens Italiens drohenden Gefahr zu retten, andererseits aber dieselbe in die Lage zu setzen, nicht lediglich auf Rußlands Hilfe angewiesen zu sein. Tatsächlich konzentrieren sich gegenwärtig meine Präokkupationen auf den Punkt, daß es für uns gewiß nicht wünschenswert sein kann, daß bei der Pforte ein Gefühl der Isoliertheit aufkomme, welche ihr den Gedanken aufzwinge, sich ganz und gar in die Arme Rußlands zu werfen und in diesem allein einen Rückhalt zu suchen. Von dem Bestreben geleitet, einer solchen Auffassung der Pforte entgegenzuwirken und dieselbe zu überzeugen, daß wir nicht minder als Rußland ihr in der durch den Krieg geschaffenen Situation einen Rückhalt zu bieten vermögen und dies auch zu tun gewillt sind, habe ich, wie bereits oben erwähnt, angeregt, daß auch

die Eventualität einer Forcierung der Dardanellen in die in Rom und Konstantinopel abzugebenden Erklärungen der Mächte aufgenommen werde. Daß dies übrigens nicht der erste Freundschaftsdienst ist, welchen wir der Pforte seit Ausbruch der Feindseligkeiten erweisen, ist Euer Exzellenz aus unserem Verhalten gegenüber der Eventualität italienischer Angriffe, sei es auf Albanien, sei es auf die Inseln und Küsten des ägäischen Meeres, bekannt.

[a]) Vgl. n. 2988, 2990, 2992. — [b]) Vgl. n. 2948. — [c]) Vgl. n. 2967.

Nr. 2988. Tel. nach London Nr. 79 und Paris Nr. 78, 25. Nov. 1911 (chiffr. 5 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Nemes).

Markgraf Pallavicini telegraphiert unterm 24. d. wie folgt: ... *wie n. 2981, Schlußteil von „Aus einer Konversation" bis „die russische Flotte verfolgen könnte."* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2987, 2998.

Tel. nach Paris, 25. Nov. 1911 Nr. 78 (chiffr. 5 U. p. m.). Siehe n. 2988.

Nr. 2989. Bericht aus Paris, 25. Nov. 1911 Nr. 44 C (eing. 27. Nov.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Die hohen Weisungen Euer Exzellenz vom 16. und 20. l. M. Nr. 2849 und 2882, streng vertraulich, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Herr de Selves, der durch die Kommissionsberatungen über das deutsch-französische Abkommen ganz in Anspruch genommen ist, hat jetzt dreimal nacheinander den wöchentlichen Diplomatenempfang abgesagt. Herr Bapst ist, wie ich gemeldet, auf Urlaub geschickt worden, und sein Stellvertreter Herr Conty ist über die diplomatischen Geschäfte gar nicht informiert, so daß es wirklich sehr schwer ist, im Ministerium des Äussern etwas zu erfahren. Soweit ich mich informiren konnte, haben bisher dem deutsch-französischen Marokkoabkommen folgende Staaten ihre Adhäsion gegeben: Marokko, England, Russland, Schweden und Italien. In welcher Form und unter welchen Bedingungen diese Regierungen dem Abkommen beigetreten sind, konnte ich bisher nicht autentisch feststellen. Herr Conty sagte mir, dass die Adhäsion in Form einer an den betreffenden französischen diplomatischen Vertreter gerichteten Note erfolgt sei. Der Text dieser Noten sei aber hier noch nicht bekannt. Auffallend ist hiebei, dass der hiesigen deutschen Botschaft bereits der Wortlaut der nach Berlin gerichteten Adhäsion von Italien und Schweden mitgeteilt ward, während man am Quai d'Orsay den Text der an Frankreich gerichteten Zustimmungserklärungen dieser Länder noch nicht kennt. Die nach Berlin adressirte italienische und schwedische Adhäsion ist ganz kurz und erklärt einfach die Zustimmung der betreffenden Regierung. Wenn die an Frankreich zu richtende Erklärung damit identisch wäre, müsste sie schon längst hier eingelangt sein. Von Sir F. Bertie erfahre ich, dass die englische Adhäsion stark verklausulirt ist. In der betreffenden Note wird zuerst auf die

Bestimmungen des anglo-französischen Übereinkommens vom Jahre 1904 und auf dessen bisher nicht amtlich veröffentlichten geheime Artikel[b]) Bezug genommen. Diese Artikel betreffen die Spanien zu gewährenden territorialen Kompensationen und die Verpflichtung der französischen Regierung, an gewissen Teilen der marokkanischen Küste keine Befestigungen zu errichten. Diese Beschränkung scheint sich auf die ganze nördliche Küste am Mittelmeer und auf eine ziemlich lange Linie der atlantischen Küste Marokkos zu erstrecken. Betreffs der offenen Türe für den Handel und der Gleichberechtigung in wirtschaftlichen Angelegenheiten sollen in der englischen Adhäsionsnote sehr präzise Bestimmungen enthalten sein. „Wir haben dafür gesorgt", sagte mir der englische Botschafter, „dass uns die Gleichberechtigung für unseren Handel in Marokko unter allen Umständen erhalten bleibe und dass uns Frankreich nicht wieder so übervorteile, wie es dies seinerzeit in Madagaskar getan hat." Die Verhandlungen Frankreichs mit Spanien haben noch nicht begonnen, und es ist heute noch kaum möglich zu sagen, zu welchem Resultate sie schliesslich führen werden. Dass Spanien auf Basis des anglo-französischen Abkommens und seines eigenen Geheimvertrages mit Frankreich gewisse territoriale Kompensationen erhalten muss, ist wohl unzweifelhaft. In welcher Form wird aber dies geschehen? Die Sicherheiten, die Frankreich dem fremden Handel im Berliner Übereinkommen bietet, beziehen sich auf ganz Marokko. Wird Spanien für den ihm eventuell zukommenden Teil dieselben Verpflichtungen eingehen? Ein doppeltes, durch Frankreich und Spanien auszuübendes Protektorat ist praktisch kaum denkbar. Spanien kann unmöglich die Administration namens eines Sultans ausüben, der ein willenloses Werkzeug Frankreichs geworden ist. Man spricht daher bereits von der Möglichkeit, dass Spanien gewisse Landstriche in Marokko ganz in Besitz nehmen könnte. Werden die Vorrechte der Fremden im Falle einer Annexion erhalten bleiben? Kann Frankreich überhaupt im Namen Spaniens in dieser Beziehung Verpflichtungen eingehen? Es sind dies Fragen, die bei unserer eventuellen Adhäsion zum deutsch-französischen Abkommen wohl in Betracht gezogen werden müssten. Ich möchte mir ferner erlauben, die hohe Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz noch auf einen weiteren Punkt zu lenken. Tanger, der wichtigste Hafen Marokkos, liegt in der vertragsmässig festgesetzten spanischen Einflusssphäre. Frankreich wird aber schwer zugeben wollen, dass gerade Tanger, wo es sehr wichtige kommerzielle Interessen und eine starke Kolonie hat, in spanische Hände gelange. Zudem besitzt diese Hafenstadt bereits jetzt in gewissen Belangen eine Art von internationaler Organisation. Ich habe von verschiedenen Seiten gehört, und gewisse Bemerkungen meines englischen Kollegen scheinen dies zu bestätigen, dass man daran denkt, Tanger eventuell zu einer neutralen Hafenstadt unter internationaler Kontrolle zu machen. Ein solches Projekt würde zwar unsere Adhäsion zum deutsch-französischen Abkommen nicht direkt berühren, es ist aber immerhin ein Hinweis darauf, dass im Laufe der Unterhandlungen mit Spanien Fragen auftauchen können, die die Situation in Marokko einigermassen modificiren und daher gewisse Reserven nötig erscheinen lassen. Eines scheint mir unzweifelhaft, dass

man hier grosses Gewicht darauf legt, dass die Adhäsion der Mächte, und somit auch die unsere, tunlichst bald erfolge. In einer Konversation, die ich kürzlich mit Herrn Conty über den Gegenstand hatte und in welcher ich die Wahrscheinlichkeit unserer Zustimmung — unter gewissen Bedingungen — natürlich nicht in Abrede stellte, frug mich mein Mitredner, ob ich etwas dagegen hätte, wenn Herr de Selves in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten erklären würde, der österreichisch-ungarische Botschafter habe ihm die baldige Adhäsion seiner Regierung in Aussicht gestellt. Ich erwiderte Herrn Conty, dass, nachdem ich bisher nicht in der Lage war, Herrn de Selves eine derartige Mitteilung zu machen, ich einer solchen Erklärung des Ministers nicht zustimmen könnte. Herr Conty meinte, der Minister würde sicher über die Adhäsionsfrage in der Kommission interpellirt werden, und es wäre doch sehr misslich, wenn er diesfalls gar nichts antworten könne, worauf ich erwiderte, Herr de Selves könne in einem solchen Falle seine eigene Meinung wohl dahin aussprechen: que les excellents rapports existants entre la France et l'Autriche-Hongrie l'autorisaient espérer que le Gouvernement I. et R. voudrait bien donner son adhésion au traité en question. Die Regierung wünscht das Berliner Abkommen tunlichst bald, noch vor Abschluss der Verhandlungen mit Spanien, votiren zu lassen, dies ist der Grund, warum sie so viel Gewicht auf eine baldige Zustimmung der Signatarmächte legt. Diese Sachlage ist für die von Euerer Exzellenz in Aussicht genommene Aktion hinsichtlich der Erlangung der offiziellen Cote für Anlehen der österreichischen und der ungarischen Regierung jedenfalls von Vorteil. Ich glaube aber, dass die betreffenden Verhandlungen mit tünlichster Beschleunigung, solange die Adhäsion der anderen Mächte noch aussteht, geführt werden sollten, denn es wäre für uns misslich, wenn alle anderen Mächte schon zugestimmt haben, allein Schwierigkeiten betreffs der Adhäsion erheben zu wollen.

Szécsen.

[a]) Vgl. n. 2994, 3050. — [b]) G. P. Gooch and H. Temperley, British Documents on the Origins of the War II (London 1927) S. 404.

Nr. 2990. Tel. nach Berlin, 26. Nov. 1911 Nr. 157 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).*

Ich hatte bei dem russischen Kabinette angeregt, die in Euer Exzellenz Telegramme Nr. 226 vom 24. d. M. erwähnte russische Demarche dahin zu ergänzen, daß sie außer den Fällen der Blockade und Schließung der Dardanellen auch die Eventualität einer Forcierung derselben zu umfassen hätte. Da aber sowohl hiesige als auch Petersburger Fachmänner des Völkerrechtes Anstand nehmen, die Forcierung der Meerengen in dieses Kapitel zu nehmen, habe ich mich entschlossen, so richtig mir auch diese Ergänzung aus Billigkeitsgründen schien, meine Anregung nicht aufrechtzuerhalten und im Interesse eines gleichartigen Vorgehens mich dem russischen Vorschlage anzuschließen. Ich werde morgen Herzog Avarna zu mir bitten lassen, um die in Aussicht genommene Demarche auch meinerseits vorzunehmen. Gleichzeitig werde ich Herrn von Mérey mit (den in Euer Exzellenz Telegramme Nr. 227 erwähnten deutschen Instruktionen analogen) Weisungen

versehen, damit er sich der russischen Demarche in Rom anschließe, wenn alle Vertreter der Signatarmächte die gleiche Instruktion erhalten. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an den Herrn Staatssekretär.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2974, 2987, 2992, 3007, 3015.

Nr. 2991. Tel. aus Berlin, 26. Nov. 1911 Nr. 228 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Staatssekretär liess mich gestern abends zu sich bitten, um mir zu sagen, dass er Herrn von Tschirschky beauftragt habe, in Angelegenheit der Erneuerung des Dreibundes Euer Excellenz Folgendes mitzuteilen: Deutsche Regierung sei mit der Erneuerung des Dreibundvertrages mit dem Anfangstermin vom Juli 1914 vollkommen einverstanden. Da italienischerseits erklärt wurde, dass italienische Regierung den Vertrag tel quel zu erneuern bereit sei, glaubt Herr von Kiderlen, dass bei Erneuerung des Vertrages auch die Artikel VII, IX und X in ihrer jetzigen Fassung beibehalten werden sollten, damit die italienische Regierung auch ihrerseits zu keinen Änderungen sich veranlasst sehe. Ein protocole additionnel sollte dann zwischen Österreich-Ungarn und Italien die Bestimmungen des Artikels VII und ein solches zwischen Deutschland und Italien die Bestimmungen der Artikel IX und X des Näheren auslegen. In dem betreffenden deutsch-italienischen protocole additionnel sollte ausgeführt werden, dass unter dem statu quo territorial jener zu verstehen sein werde, welcher sich nach dem Friedensschlusse zwischen Italien und der Türkei ergeben werde. Da zu erwarten steht, dass bis zu Erneuerung des Dreibundvertrages Frankreich nach Ratifikation des deutsch-französischen Marokko-Abkommens sein Protektorat über Marokko ausüben werde, sollte dieser Umstand im protocol additionnel ausdrücklich Erwähnung finden.[1]) Was das protocol additionnel zu Artikel VII des Vertrages betreffe, so erwartet der Staatssekretär eine Mitteilung der Euer Excellenz genehmen Redaktion, welcher er, wie er mir versicherte, gewiss zustimmen werde. Kiderlen fügte hinzu, er glaube, nunmehr annehmen zu können, dass italienischerseits keine mit dem Artikel VII im Widerspruche stehende Aktion im Aegäischen Meere zu befürchten sei. Die fernere Beibehaltung des Artikels VII würde der Staatssekretär schon aus dem Grunde für nützlich halten, weil dadurch Österreich-Ungarn Italien gewissermassen „mehr in der Hand" hätte.

Szögyény.

[1]) Wozu?
[a]) Vgl. n. 2946, 3052, 3053.

Nr. 2992. Tel. nach Konstantinopel, 26. Nov. 1911 Nr. 310 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 309 vom 24. l. Mts. Herr von Szilassy hat gegenüber Herrn Neratow die ihm aufgetragene Sprache geführt und meldet mir über die Aufnahme derselben folgendes: ... *wie n. 2982 von „Nach Meinung des Gerenten" bis „seine letzte Demarche erhalten".*

... Aus meinem Euer Exzellenz mit Kurier zukommenden Privatschreiben[b] werden Hochdieselben entnehmen, daß ich mit meinem Ergänzungsvorschlage für den Schutz der türkischen Interessen einzutreten bemüht war. Behufs Ermöglichung eines gleichartigen Vorgehens der Mächte habe ich meine Anregung nicht aufrechterhalten, zumal die Formel Herrn Neratows über diesen Punkt, wie sie mir Herr von Giers heute mitteilte, von der meinigen nicht sehr verschieden ist und folgendermaßen lautet: „Le droit de libre navigation ne peut être annulé ni par un blocus ni par un autre moyen de l'agresseur, ni par la fermeture de la navigation comme mesure de défense de celui qui est attaqué." Ich habe dem russischen Vorschlage übrigens auch deshalb zugestimmt, weil ich die Möglichkeit nicht von der Hand weisen mag, daß derselbe in weiterer Folge zu einem Waffenstillstand oder Friedensschluß führen könnte. Hiezu scheint ja nach der in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 393 vom 24. l. Mts. wiedergegebenen Äußerung Said Paschas und der Hochdemselben sub Nr. 17[c] vom 24. l. Mts. zugekommenen Meldung aus Adrianopel nunmehr auch türkischerseits eine gewisse Geneigtheit vorhanden zu sein. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information, wobei ich es Hochdenselben überlasse, den türkischen Staatsmännern gegenüber die Ihnen geeignet erscheinende Sprache zu führen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2990, 2993, 3011. — [b]) n. 2987. — [c]) Nach diesem nach Wien unter Nr. 10 gelangten Tel. soll das jungtürkische Komitee in Adrianopel vom Zentralkomitee mittelst Zirkulardepesche aufgefordert worden sein, „Ansicht darüber zu äußern, ob Fortsetzung des Krieges bis zum Äußersten zu beschließen oder aber ob eine angebotene Garantie für Integrität der Türkei auf 50 Jahre unter Opfern anzunehmen sei. Nähere Details konnten nicht erlangt werden. Die hierauf sofort einberufene Sitzung währte bis 3 Uhr morgens; Majorität sprach sich angeblich zu Gunsten zweiter Eventualität aus."

Nr. 2993. Tel. aus Paris, 26. Nov. 1911 Nr. 93 (eing. 27. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 76 und 77 vom 21. und 22. d. M. Gestern abends gelang es mir endlich Herrn de Selves zu sprechen. Türkischer Botschafter hat hier identische Demarche wie Mukhtar Bey gemacht. Minister des Äussern hat türkische Mitteilung einfach zur Kenntnis genommen und nur sein Bedauern ausgesprochen, dass durch eventuelle Absperrung der Dardanellen neutraler Handel ernstlich geschädigt werden würde. De Selves ist der Ansicht, dass, falls Italien die Meerengen bedrohen würde, es das gute Recht der Türkei ist, die geeigneten Verteidigungsmaßregeln zu ergreifen. Zu einer Pression in Rom, wie sie türkische Regierung anregte, hält er neutrale Mächte nicht für berechtigt und würde sich auch von einer solchen moralischen Pression kaum Erfolg versprechen. Herr Isvolsky hat hier die gleiche Demarche wie Herr von Giers in Wien gemacht und findet de Selves, dass dieser Schritt vielleicht geeignet sein könnte, die Einbeziehung der Meerengen in die Kriegsoperationen zu verhindern. Er hat vorerst bei den anderen Kabinetten um ihre Meinung angefragt und wäre geneigt, im Falle, dass alle neutralen Signatarmächte ein Gleiches tun,

den französischen Botschaftern in Rom und Konstantinopel Instruktionen zu geben, die russische Demarche zu unterstützen. Herr de Selves sagte mir, dass französische Botschafter bisher noch keine diesbezüglichen Aufträge erhalten hätten, doch glaubte ich, seinen Worten entnehmen zu können, dass dieselben von den günstigen Dispositionen Frankreichs den russischen Propositionen gegenüber unterrichtet sind und vielleicht vertrauliche Andeutungen in diesem Sinne machen werden. Der Minister ist der Meinung, dass die Botschafter in freundschaftlicher Weise, ohne eine Pression auszuüben, gleichzeitig in Rom und Konstantinopel darauf hinweisen sollten, dass kriegerische Massnahmen in den Meerengen die Durchführung des Artikels III des Londoner Vertrages unmöglich machen und Handelsverkehr schwer schädigen würden. Herr de Selves betonte, dass es sich nach seiner Ansicht nur um rein freundschaftliche Schritte handeln könne. Er wäre für Mitteilung der Absichten Euer Exzellenz sehr verbunden. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 2992, 2996, 3002.

Nr. 2994. Tel. aus Paris, 26. Nov. 1911 Nr. 94 (eing. 27. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Weisung vom 22. d. M. Nr. 2882. Ich besprach gestern auftragsgemäss mit Herrn de Selves die Frage unserer Adhäsion zum Marokko-Übereinkommen. Derselbe war schon über Konversation Euer Exzellenz mit Herrn Crozier unterrichtet und sagte mir, er habe bereits französischen Botschafter in Wien beauftragt, Hochdemselben mitzuteilen, dass er bereit sei, auf Anregung Euer Exzellenz einzugehen. De Selves sieht vollkommen ein, dass Frankreich uns offene Türe und Gleichberechtigung in Marokko ...[b]) den Mächten gegenüber direkte Verpflichtung eingehen muss. Er sagte mir, England habe in seiner Adhäsionserklärung diese Frage sehr genau präzisiert. Was die Form betrifft, in welcher unsere diesfälligen Rechte festgelegt werden sollen, bittet mich Minister des Äussern, Euer Exzellenz zu sagen, dass ihm jede von Hochdemselben vorgeschlagene Redaktion recht sein wird, solange sie sich im Rahmen der im deutsch-französischen Vertrage festgelegten Bestimmungen bewege. Herr de Selves wiederholte mir, dass er grossen Wert darauf legen würde, dass unsere Adhäsion ehetunlichst erfolge. Ich sagte ihm, dass Besprechungen mit den Regierungen in Wien und Budapest jedenfalls einige Zeit in Anspruch nehmen werden, worauf er meinte, man könne in der Zwischenzeit wenigstens die Frage, in welcher Form unsere Adhäsion erfolgen könnte, ins Reine bringen.
Szécsen.

[a]) Vgl. n. 2989, 2995, 3050. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 2995. Tel. aus Paris, 26. Nov. 1911 Nr. 95 (eing. 27. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 74 vom 20. d. M. Herr De Selves, dem ich unter Hinweis auf allgemeines europäisches Interesse, die Marokkofrage baldigst befriedigend geregelt zu sehen, namens

Euer Exzellenz wohlwollendes Entgegenkommen Spanien gegenüber empfahl, nahm meine Demarche sehr freundlich auf. Er sagte mir, die Verhandlungen mit Spanien würden in 8 bis 10 Tagen in Madrid beginnen und hoffentlich nicht lange dauern. Er sei jedenfalls von den freundschaftlichsten Intentionen beseelt und bereit, den berechtigten Ansprüchen Spaniens in Marokko entgegenzukommen. Es würde ihn sehr freuen, wenn er in die Lage komme, den sympathischen Gefühlen, die Seine k. u. k. Apostolische Majestät für das spanische Königshaus schon aus verwandtschaftlichen Rücksichten hege, Rechnung tragen zu können. Ich glaubte dem Minister sagen zu dürfen, dass Euer Exzellenz diese seine Mitteilungen sicher mit Befriedigung begrüssen werden. Szécsen.

a) Vgl. n. 2994, 3006, 3010.

Nr. 2996. Tel. aus Rom, 26. Nov. 1911 Nr. 200 (eing. 4 U. 20 M. p. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Mit Beziehung auf Euer Exzellenz Telegramme Nr. 206, 209 und 210. Deutscher Botschafter suchte mich auf und teilte mir mit, seine Regierung habe ihn von der russischen Einsprache gegen Schliessung oder Blockade der Dardanellen und von der durch hiesige russische Botschaft bei italienischer Regierung unternommenen einschlägigen Demarche verständigt und ermächtigt, sich der letzteren anzuschließen, wenn dies auch seitens der anderen Botschaften geschehe. Herr von Jagow hat nun gestern zunächst Generalsekretär Bollati vorsichtig sondiert und hiebei, wie er mir streng vertraulich sagte, konstatiert, dass keine derartige russische Demarche hier erfolgt ist (!)b) Meinerseits beschränkte ich mich darauf, mich meinem deutschen Kollegen gegenüber von dem Schritte Herrn von Giers' informiert zu zeigen, wobei ich jedoch betonte, dass ich bisher zu keinerlei Erklärung oder Mitteilung an hiesige Regierung beauftragt sei. Da die russischerseits in Wien und Berlin am 22. d. M. als bereits vollzogen mitgeteilte Demarche der hiesigen russischen Botschaft (vide Schluss des hohen Telegrammes Nr. 209 und fünftes Alinea c) des hohen Telegrammes Nr. 210) hier tatsächlich bisher noch nicht erfolgt zu sein scheint, begegneten sich mein deutscher Kollege und ich in der Ansicht, dass wir es auch hier wieder mit einem Versuche der Mächte der Tripelentente zu tun haben, uns und Deutschland Italien gegenüber hinsichtlich des Protestes gegen maritime Aktion vorzuschieben. Ich konnte auch konstatieren, dass gestrige hiesige Blätter bereits französische Presstimmen (Figaro, Echo de Paris, Petit Parisien) reproduzierten, wonach wir und Russland gegen Blockade der Dardanellen protestiert hätten. Herr von Jagow vertraute mir gleichzeitig an, man habe ihm in letzterer Zeit mehrmals in der Consulta darüber geklagt, dass Österreich-Ungarn bezüglich der Flottenaktion „so nervös" sei und dass Italien wegen uns nichts im Aegäischen Meere unternehmen könne. Da ich mich seit Wochen in der Frage der Flottenaktion in äusserster Reserve halte und sogar selten auf der Consulta zeige, um — den Instruktionen Euer Exzellenz gemäss — dieser naheliegenden Konversation auszuweichen, kann ich nur vermuten,

dass vielleicht Herzog von Avarna, gewiss in löblicher Absicht, unseren Einspruch gegen jene Aktion greller hieher schilderte, als derselbe wirklich erfolgt ist. Dies würde auch mit hohem Telegramme Nr. 187,[d]) Alinea 5 stimmen. Tatsache ist, dass nach wie vor in der ganzen hiesigen öffentlichen Meinung wir als das Haupthindernis einer Aktion der italienischen Flotte gelten, welche Meinung den Konfidenzen Herrn von Jagows zufolge auch von der italienischen Regierung selbst bis zu einem gewissen Grade geteilt zu werden scheint. Mérey.

[a]) Vgl. n. 2993, 2997, 3003, 3012. — [b]) Ausrufungszeichen in der Entzifferung. — [c]) Vgl. n. 2973 von „Herr Neratow vertritt" bis „bekanntgegeben". — [d]) Vom 6. Nov.

Nr. 2997. Tel. an den Legationsrat Julius von Szilassy in St. Petersburg, 26. Nov. 1911 Nr. 106 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 204 vom 24. d. M. Die von mir konsultierten Fachmänner des internationalen Rechtes haben in Übereinstimmung mit den von Herrn Neratow zu Rate gezogenen die Ansicht ausgesprochen, daß eine Blockade ebenso wie eine Schließung der Dardanellen gegen das internationale Recht verstoßen würde. Wenn ich meine Ansicht auch aufrechterhalte, daß sich eine Ergänzung des russischen Vorschlages in dem Sinne, daß auch eine Forcierung der Dardanellen als ein Verstoß gegen die Freiheit der Schiffahrt aufzufassen sei, in nützlicher Weise hätte vertreten lassen, so bin ich doch gerne bereit, auf meinem bezüglichen Standpunkt im Interesse eines gleichartigen Vorgehens nicht zu bestehen und mich dem Herrn Neratows anzuschließen. Übrigens ist die Formel Herrn Neratows über diesen Punkt, wie sie mir Herr von Giers heute mitteilte, von der meinigen nicht sehr verschieden und lautet: „Le droit de libre navigation ne peut être annulé ni par un blocus ni par un autre moyen de l'agresseur, ni par la fermeture de la navigation comme mesure de défense de celui qui est attaqué." Dem eingangs zitierten Telegramm entnehme ich, daß der Herr Gerent seine Absicht bezüglich der in Rom zu unternehmenden Demarche dahin modifiziert hat, daß er von einer von den neutralen Mächten zu unterstützenden russischen Initiative absehen will und eine von allen fünf Mächten zu unternehmende Demarche vorschlägt. Auch in dieser Hinsicht schließe ich mich dem russischen Vorschlage an und werde Herzog Avarna morgen zu mir bitten lassen, um die von Herrn Neratow in Aussicht genommene Demarche meinerseits durch eine Konversation mit dem italienischen Botschafter anzubahnen. Gleichzeitig werde ich Herrn von Mérey mit Weisungen versehen, damit er sich der russischen Demarche in Rom anschließe, wenn alle Vertreter der Signatarmächte die gleiche Instruktion erhalten. Bezüglich Konstantinopels fasse ich die Intention Herrn Neratows so auf, daß dort vorläufig keine Schritte unternommen werden. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an Herrn Neratow. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2996, 2999, 3004.

Nr. 2998. Erlaß nach St. Petersburg, 26. Nov. 1911 Nr. 2971.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Geheim. Meinem Telegramme Nr. 99 vom 20. d. M. werden Euer Exzellenz entnommen haben, daß Herr von Giers mir von einer zwischen seiner und der türkischen Regierung geführten Konversation über die Dardanellenfrage gesprochen und mich um meine bezügliche Auffassung gefragt hat. Ich habe die Demarche Herrn von Giers zwar in sehr freundschaftlicher Weise aufgenommen, jedoch den Herrn russischen Botschafter von allem Anfange an darüber nicht in Zweifel gelassen, daß wir bezüglich der Dardanellenfrage heute vollkommen freie Hand haben. Es ist mir daran gelegen, daß man sich in Petersburg darüber klar werde, daß seit 1908 eine wesentliche Veränderung in der politischen Situation eingetreten ist und weder in dem damaligen Verhalten Rußlands noch in dem heutigen Verhältnisse der beiden Kabinette ein Grund dafür vorliegt, uns an Besprechungen, welche auf einer von der heutigen Lage gänzlich verschiedenen Voraussetzung beruhten, für gebunden zu erachten. Ich bin zwar prinzipiell nicht abgeneigt, Rußland in der Dardanellenfrage keine Schwierigkeiten zu bereiten, doch müssen wir hiebei die Erwägung vor Augen haben, daß Rußland nach der Eröffnung der Dardanellen zu einer Mittelmeermacht wird und hiedurch eine Verschiebung in dem maritimen Kräfteverhältnisse eintreten würde, welche für uns keineswegs gleichgiltig wäre. Es wäre für uns daher von großer Bedeutung, für diese Eventualität darüber Klarheit zu erlangen, ob Rußland in der nächsten Zeit eine uns freundliche Haltung einzunehmen gedenkt oder ob wir in ihm einen feindlichen Faktor zu erblicken haben werden. Aus diesem Grunde muß ich Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz sich in Ihren Unterredungen mit den russischen Staatsmännern über die nächsten Ziele deren Politik Gewißheit verschaffen, um hiernach mein weiteres Verhalten in dem oberwähnten Belange einzurichten. Es wird sich selbstverständlich empfehlen, daß Hochdieselben dieses heikle Thema nicht gleich in der ersten Unterredung spontan mit Herrn Neratow berühren, sondern eine spätere günstige Gelegenheit oder eine Initiative seitens des Herrn Gerenten abwarten. Euer Exzellenz sind auch ermächtigt, sich Herrn Kokowzew gegenüber in demselben Sinne vernehmen zu lassen. Dem Herrn russischen Ministerpräsidenten ersuche ich Euer Exzellenz zu sagen, wie sehr ich über die Message seines kaiserlichen Herrn (dortamtliches Telegramm Nr. 201 vom 22. d. M.)[b]) erfreut bin, wobei Hochdieselben unter Betonung der Übereinstimmung unserer Ansichten bemerken wollen, daß auch unsere Politik der Bewahrung des Friedens, der Aufrechterhaltung des status quo am Balkan und der Hochhaltung des monarchischen Gedankens gewidmet sei.

[a]) Vgl. n. 2988, 3008, 3051. — [b]) Vgl. n. 3040 Anm. c.

Nr. 2999. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 26. Nov. 1911 Nr. 207 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Nach heutigem Communiqué des Informationsbureaus hat russische Regierung sich an beide kriegführenden Parteien gewendet, um ihre

Absichten über angebliche Operationen bei Dardanellen zu kennen. Italienische Regierung habe mitgeteilt, dass sie Blockade gegenwärtig nicht beabsichtige, und türkische Regierung, dass sie Sperrung nicht vornehmen werde, solange Italien Kriegsaktionen nicht in das Gebiet der Dardanellen übertragen wird.

Szilassy.

[a]) Vgl. n. 2997, 3002, 3005.

Nr. 3000. Privatschreiben König Ferdinands der Bulgaren; Wien (Seilerstätte 3), 26. Nov. 1911.[a]) Eigh. Ausfert.

Vôtre Excellence connait sans doute ma présence à Vienne (incognito). J'y passe encore 48 heures et je vous prierai de vouloir bien faire savoir à Sa Majesté l'Empereur, que si je ne fais pas de démarche pour une visite à Schœnbrunn, c'est que je ne voudrais pas troubler l'Empereur dont la Santé n'est pas encore tout à fait raffermie et que je sais si occupé en ce moment. Toutefois, il va sans dire, que je me tiendrais à la disposition de Sa Majesté le cas échéant.

Ferdinand.

[a]) Vgl. n. 2522, 2547 Anm. e, 3001.

Nr. 3001. Vortrag an den Kaiser, 26. Nov. 1911.[a]) Konz. (S. Aehrenthal) und Ausfert.

Ich erhalte eben das ehrfurchtsvollst beigeschlossene Schreiben des Königs der Bulgaren,[b]) in welchem Seine Majestät in indirecter Weise den Wunsch ausspricht, von Euer Majestät empfangen zu werden. Meiner unvorgreiflichen Ansicht nach würde es sich vielleicht empfehlen, wenn Allerhöchstdieselben die Gnade hätten, den König zu empfangen, zunächst aus Rücksicht auf seine übergrosse Empfindlichkeit und ferner auch in der Erwägung, dass es nur nützlich sein könnte, wenn der Herrscher von Bulgarien in der jetzigen ernsten Zeit aus dem Munde Euer Majestät eine Aufmunterung erhalten würde, in seiner bisherigen ruhigen Haltung zu verharren.

Aehrenthal.

Auf der Ausfert.: Wenn es dem Könige recht wäre, erwarte ich ihn Morgen um 1 Uhr in Schönbrunn. Franz Joseph *(Eigenh.)*.

[a]) Vgl. n. 3117. Außer den hier gebrachten, durch die weiteren Verweise hervorgehobenen Aktenstücke finden sich keine eingehenderen Aufzeichnungen über diesen Besuch König Ferdinands. — [b]) Vgl. n. 3000.

Nr. 3002. Tel. nach London Nr. 80 (1) und Paris Nr. 80 (2), 27. Nov. 1911 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

1. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 78 vom 22. l. Mts.

2. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 93 vom 26. l. Mts. erhalten.

1.—2. Herr von Giers ist gestern bei mir erschienen und hat mir auftraggemäß mitgeteilt, daß das russische Kabinett für die von ihm angeregte Demarche betreffend die Sicherung der neutralen Schiffahrt in den Meerengen folgende Formulierung in Aussicht nimmt: „Le droit de libre navigation ne peut être annulé ni par un blocus ni par un autre moyen de l'agresseur ni par la fermeture de la navigation comme mesure de défense de celui qui est attaqué." Ich weise Herrn von Mérey unter einem an, für

den Fall, daß die Botschafter der übrigen neutralen Mächte im Besitze analoger Instruktionen sind und der russische Botschafter eine im obigen Sinne gehaltene Erklärung auf der Consulta abgegeben hat, mit einer gleichen Demarche nachzufolgen. Von dem Vorschlage des russischen Kabinettes sowie von der vorstehend erwähnten Instruktion an Herrn von Mérey habe ich Herzog Avarna heute in freundschaftlicher Weise in Kenntnis gesetzt. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2999, 3003, 3018.

Tel. nach Paris, 27. Nov. 1911 Nr. 80 (chiffr. 9 U. p m.). Siehe n. 3002.

*Nr. **3003.** Tel. nach Rom, 27. Nov. 1911 Nr. 211 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport und Nemes; V. u. G. Aehrenthal).*

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 210 vom 24. d. M. Herr von Szilassy hat gegenüber Herrn Neratow die ihm aufgetragene Sprache geführt und meldet mir über die Aufnahme derselben folgendes: ... *wie n. 2982 mit stilistischen Änderungen von „Nach Meinung des Gerenten" bis „letzte Demarche erhalten."* ... Behufs Ermöglichung eines gleichartigen Vorgehens der Mächte habe ich meine Anregung behufs Ergänzung der Demarche durch Aufnahme der Eventualität einer Forcierung der Dardanellen nicht aufrechterhalten, zumal die Formel Herrn Neratows über diesen Punkt, wie sie mir Herr von Giers gestern mitteilte, von der meinigen nicht sehr verschieden ist und folgendermaßen lautet: „Le droit de libre navigation ne peut être annulé ni par un blocus ni par un autre moyen de l'agresseur, ni par la fermeture de la navigation comme mesure de défense de celui qui est attaqué." Dem Herzog Avarna gegenüber habe ich mich heute in einer vorsichtigen Form, durch welche einerseits unsere Freundschaft für Italien betont, anderseits unsere Handlungsfreiheit möglichst gewahrt wird, über den russischen Vorschlag, dem ich mich anzuschließen bereit sei, ausgesprochen und ihm gesagt, daß ich Euer Exzellenz ermächtige, für den Fall, als die Botschafter aller neutralen Signatarmächte gleiche Instruktionen erhalten sollten, nach erfolgter Demarche Ihres russischen Kollegen bei Marquis di San Giuliano eine Sprache zu führen, die Sie mit Ihren Kollegen von Deutschland, Frankreich und England verabredet haben. Indem ich Euer Exzellenz ersuche, in diesem Sinne vorzugehen, füge ich mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 200 von gestern bei, daß ich es begreiflich finde, wenn in gewissen italienischen Kreisen die Auffassung zutage tritt, daß es Österreich-Ungarn sei, von welchem das Bestreben, Italien die Aktion im ägäischen Meere unmöglich zu machen, ausgehe; daß es sich um keinen Versuch der Mächte der Triple-Entente handelt, in der Aktion uns und Deutschland vorzuschicken, geht aus einer mir soeben zugekommenen Meldung Grafen Szécsens hervor, welcher telegraphiert, daß auch französischerseits kein Anstand genommen werden dürfte, die ohnehin recht anodyne russische Demarche mitzumachen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3002, 3004, 3011, 3013.

*Nr. **3004**. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 27. Nov. 1911 Nr. 208 (eing. 28. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Habe soeben Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes von gestern Nr. 106 Herrn Neratow mitgeteilt. Gerent ersuchte mich, Euer Exzellenz seinen besten Dank für die Berücksichtigung seines Standpunktes zu übermitteln und ist mit den Ausführungen Euer Exzellenz gedachten Telegrammes ganz einverstanden. Nur bezüglich der von Herrn von Giers Euer Exzellenz gestern mitgeteilten Formel ist Herr Neratow der Meinung, dass statt „droit de libre navigation" nur „droit de navigation" angewendet werden könnte, welch' letzteren Ausdruck er Herrn von Giers gegenüber gebraucht habe. Dieser Ausdruck entspreche auch seinem, mir am 23. d. M. gemachten und Euer Exzellenz mit Telegramm Nr. 204 (4. und 5. Absatz) einberichteten Standpunkt. Gerent nahm mit Befriedigung davon Kenntnis, dass Euer Exzellenz heute schon Herzog von Avarna sprechen wollten, um Angelegenheit anzubahnen, und wird seinerseits beabsichtigten Schritt gegenüber Herrn Melegari demnächst unternehmen. Gerent fügte hinzu, dass auch aus Paris zusagende Antwort gekommen sei. Sobald die bezügliche Demarche bei den italienischen Botschaftern in den fünf Hauptstädten erfolgt sein werde, meinte Gerent, könnten sich neutrale Mächte in Verbindung setzen, um in der von ihm vorgeschlagenen Weise (mein Telegramm No. 204) in Konstantinopel vorzugehen, beziehungsweise den dort zu beobachtenden Vorgang zu diskutieren. Eventuell meint Herr Neratow, diesen Schritt einfach in die Form einer Beantwortung der letzten türkischen Zirkulardepesche (Euer Exzellenz Telegramm No. 102 vom 21. d. M.) zu kleiden.

Szilassy.

[a]) Vgl. n. 3003, 3005, 3011.

*Nr. **3005**. Tel. des Legationsrates Julius von Szilassy aus St. Petersburg, 27. Nov. 1911 Nr. 209 (eing. 28. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Mein Telegramm Nr. 208 von heute. Nachdem ich Herrn Neratow gegenüber mich Euer Exzellenz Auftrages entledigt hatte, erkundigte ich mich über das gestrige Communiqué im Informations-Bureau (mein gestriges Telegramm Nr. 207). Gerent betonte, dieses Communiqué sei herausgegeben worden, um sehr aufgeregte hiesige öffentliche Meinung zu beruhigen. Die darin erwähnte Demarche der russischen Regierung bei den Kriegführenden seien lediglich vertrauliche Konversationen und nicht offizieller Natur gewesen. Gerent lege daher grossen Wert auf angeregtes gemeinsames Vorgehen der neutralen Mächte, welchem durch genannte russische Konversationen nicht präjudiziert erscheine. Bisherige russische vertrauliche Schritte in Rom und Konstantinopel hätten nur bezweckt, gegenwärtige Absichten der Kriegführenden bezüglich der kriegerischen Operationen zu erfahren, welche laut dieser Antworten befriedigende seien. Diese Absichten können aber geändert werden. Die angeregte Demarche der 5 Mächte hätte aber den Zweck, Italien und nachher die Türkei zu einer prinzipiellen Stellungnahme in einer Frage des internationalen Rechtes zu veranlassen, welche dann für immer bindend wäre. Gerent legte grossen

Wert darauf, dass die Demarche der 5 Mächte trotz der im Communiqué erwähnten Schritte erfolge und namentlich legte er Wert auf ein Zusammengehen mit Österreich-Ungarn in dieser uns so interessierenden Frage. Dass Herr Neratow darin aufrichtig ist und die mehrerwähnte Demarche bei den italienischen Botschaftern nach wie vor wünscht, erscheint mir evident. Ich kann mich aber darüber noch nicht äussern, inwieferne seine komplizierte Auseinandersetzung der Unterschiede zwischen beiden Arten Schritten aufrichtig ist. Möglicherweise will er ein nicht sehr einheitliches Vorgehen seiner Botschafter decken; möglicherweise ist das Communiqué ausgegeben worden, vielleicht ohne es ihm wörtlich mitzuteilen, um einen vielleicht unerwartet günstigen Erfolg als einen speziell russischen sofort bekanntzugeben. Szilassy.

[a]) Vgl. n. 3007, 3011, 3029.

Tel. nach Berlin, 28. Nov. 1911 Nr. 159 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3010.

*Nr. **3006**. Erlaß nach Berlin, 28. Nov. 1911 Nr. 3011.[a]) Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).*

Nach dem Berichte der Budgetcommission des deutschen Reichstages hat Staatssecretär von Kiderlen-Wächter in der Sitzung vom 17. November ausgeführt, „Frankreich habe sich immer als Mandatar Europas für die Herstellung der Ordnung in Marokko gerirt und die Behauptung aufrechterhalten, es handle sich um vorübergehende Maßnahmen und die Algecirasacte sei nicht verletzt. Die andern Mächte, namentlich England, seien geneigt gewesen, der französischen Auffassung zuzustimmen. Deutschland sei mit seinem Widerstande allein gestanden.“ Da unter diesen „andern Mächten“, wenn auch nur England ausdrücklich genannt wird, auch wir verstanden sind, müssen diese Ausführungen den Eindruck erwecken, als wenn Deutschland uns ersucht hätte, ihm in der Verteidigung der Algecirasacte gegen ihre Vergewaltigung durch Frankreich beizustehen, wir es aber abgelehnt hätten, auf dieses Ansuchen einzugehen. Wie Euer Exzellenz wissen, ist dies keineswegs der Fall. Während des Zuges nach Fez ist Deutschland bekanntlich aus seiner Reserve nicht herausgetreten und hat auch mit uns keinen Gedankenaustausch darüber gepflogen. Die Entsendung des Kriegsschiffes nach Agadir, die, wie die Erfahrung lehrt, zur Festigung der Algecirasacte nicht beigetragen hat, kam uns ebenso überraschend wie den andern Mächten und ist zu einem Zeitpuncte erfolgt, da man in Deutschland selbst die Hoffnung aufgegeben hatte, Frankreich auf den Boden jener internationalen Vereinbarung zurückzuführen. Wenn also Deutschland, wie jetzt hervorgehoben wird, in seinem Widerstand gegen das Vorgehen Frankreichs in Marokko allein blieb, so ist das zunächst darauf zurückzuführen, daß es den Beistand anderer Mächte nicht nachgesucht hat und allein bleiben wollte, um eben auch allein die Vortheile des Handels mit Frankreich einzuheimsen. Die Sache hat jetzt nur mehr eine retrospective Bedeutung; es kann aber für uns nicht gleichgültig sein, daß wir gegenüber einer Version schweigen, die dahin geht, als wenn wir — im Gegensatze

zu unserer Haltung in Algeciras — und trotz eines vorherigen Ansuchens Deutschland in seinem Bestreben, die Algecirasacte zu verteidigen, im Stiche gelassen hätten. Die „Neue Freie Presse", die von den hiesigen Blättern den fraglichen Ausschußbericht am eingehendsten besprochen, hat uns um eine Klarstellung des Sachverhaltes ersucht, ein Ersuchen, dem zu willfahren, wir keinen Anstand genommen haben. Der bezügliche Wortlaut des Entrefilets liegt bei.[b]) Indem ich Euer Exzellenz zu Ihrer Information und Regelung Ihrer Sprache, falls man Ihnen gegenüber dieses Entrefilet erwähnen sollte, hievon in Kenntnis setze, erneuere ich etc.

[a]) Vgl. n. 2559, 2560, 2995, 3009, 3024, 3035. — [b]) Beilage: Ausschnitt aus N. Fr. Pr. 27. XI. 1911: „Deutschland und die Mächte in der Marokkofrage", in welchem das Thema im obigen Sinne behandelt wird. Vgl. auch Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1911, 1072.

*Nr. **3007**. Tel. aus Berlin, 28. Nov. 1911 Nr. 230 (eing. 2 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Vertraulich. Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 157 Staatssekretär zur Kenntnis gebracht. Bei diesem Anlasse ersuchte er mich, Euer Exzellenz zu melden, dass der Vertreter des kranken russischen Botschafters soeben bei ihm vorgesprochen und ihm im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt habe, dass Herr Neratow vorziehen würde, wenn die betreffende Demarche (vide mein Telegramm Nr. 226 vom 24. d. M.) nicht durch die Botschafter der Signatarmächte in Rom und Konstantinopel, sondern von den Signatarmächten durch die Vermittlung der bei ihnen akkreditierten italienischen und türkischen Botschafter ausgeführt werden würde. Staatssekretär hat dem russischen Vertreter geantwortet, dass er zu seinem Bedauern diesem Wunsche nicht entsprechen könnte, da die betreffenden deutschen Botschafter im Einvernehmen mit dem verbündeten österreichisch-ungarischen Kabinette bereits angewiesen seien, die russische Demarche zu unterstützen. Vertraulich fügte Herr von Kiderlen mir gegenüber hinzu, er habe den von Russland jetzt vorgeschlagenen modus procedendi hauptsächlich aus dem Grunde nicht zugestimmt, weil durch denselben die von Russland beabsichtigte Demarche ihren Charakter ändern würde. Es handle sich um einen russischen Schritt, welchen Deutschland und Österreich-Ungarn nur zu unterstützen sich entschlossen hätten. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3005, 3011, 3015.

Tel. nach Konstantinopel, 28. Nov. 1911 Nr. 313 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3011.

*Nr. **3008**. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. Nov. 1911 Nr. 400 (eing. 29. Nov. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Geheim. Minister des Äussern teilt mir mit der Bitte um streng vertrauliche Information mit, dass Herr Tscharykow ihm gestern namens seiner Regierung folgende Erklärung abgegeben hat: Die russische Regierung schlägt der Pforte vor, sich über die Meerengenfrage auf der Basis zu verständigen, dass die Meerengen in Zukunft für die Durchfahrt

russischer und türkischer Kriegsschiffe freigegeben werden, für alle anderen Kriegsfahrzeuge jedoch geschlossen zu bleiben hätten. Als Gegenkonzession biete Russland Folgendes an: 1. Verzicht auf das Eisenbahnabkommen den nördlichen Teil Anatoliens betreffend und Zusicherung finanzieller Unterstützung für den Bau von Eisenbahnen in jenen Gegenden, II. Zusicherung der Hilfe Russlands an die Türkei behufs Zustandekommen einer Entente aller Balkanstaaten[b]) und III. Inaussichtstellung der Hilfe Russlands im Falle eines fremden Angriffes auf die Dardanellen (hiebei wurde aber des jetzigen Krieges keine Erwähnung getan). — Der Botschafter bat um eine baldige Antwort auf diesen Antrag und fügte hinzu, dass Russland die Absicht habe, sobald es mit der Türkei ins Reine gekommen sein werde, sich an die anderen Signatarmächte zu wenden. Hiebei bemerkte Herr Tscharykow, dass Schwierigkeiten von Seiten der Mächte kaum zu erwarten seien. Russland stehe bekanntlich mit England und Frankreich in einem Ententeverhältnisse, ferner seien die Beziehungen Russlands zu Deutschland seit der Potsdamer Entrevue sehr befriedigend und schliesslich stehe es auch mit Österreich-Ungarn nunmehr auf gutem Fusse. Assim Bey nahm, wie er mir sagte, die obige Erklärung mit dem Bemerken zur Kenntnis, dass die türkische Regierung über die russischen Anträge beraten und dann der russischen Regierung eine Antwort zukommen lassen werde. Der Minister fügte obigen Mitteilungen die ausdrückliche Erklärung hinzu, er für seine Person würde, falls seine Ministerkollegen die russischen Propositionen annehmen sollten, zurücktreten, da er eine Änderung des jetzigen Zustandes in der Meerengenfrage als verhängnisvoll für die Türkei betrachte. Er bat mich, an Euer Exzellenz die Bitte zu richten, ihm mitteilen lassen zu wollen, ob die türkische Regierung, wenn sie auf dem Standpunkte der jetzt bestehenden Verträge mit Bezug auf Meerengen festhalten würde, darauf rechnen könne, dass Österreich-Ungarn diesen Standpunkt teile. Assim Bey wies hiebei mit Nachdruck auf den zweiten Punkt der russischen Propositionen hin, aus welchem hervorgehe, dass Russland mit der Meerengenfrage auch die Frage des Balkanbundes[b]) verquicken möchte. Ich antwortete Assim Bey, dass ich Euer Exzellenz von seinen Erklärungen sofort Meldung erstatten werde, ich könne aber kaum glauben, dass Hochdieselben in dieser ganz Europa tangierenden Frage so schnell, wie er es zu wünschen scheint, eine Antwort erteilen werden können.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 2998, 3017, 3026, 3030, 3034, 3044, 3046. — [b]) Vgl. n. 2915, 3026 Anm. d.

Tel. nach London, 28. Nov. 1911 Nr. 83 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3010.

*Nr. **3009**. Tel. aus London, 28. Nov. 1911 Nr. 96 (eing. 6 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Die gestrige Rede Sir E. Greys hat auf die Reichstagsrede Herrn Bethmanns anerkennend reagiert, zeigte aber im ganzen keine besondere Wärme für Deutschland, während die Freundschaft für Frankreich und die

aus der Entente entspringenden Verpflichtungen wiederholt und stark betont wurden. Charakteristisch in der Debatte, der ich beiwohnte, war, dass der Staatssekretär bei den Unionisten vielmehr Beifall fand, als bei der eigenen Partei, während der neue Führer der Opposition bei jedem freundlichen Wort an Deutschland von den Liberalen akklamiert wurde, indes seine Parteigänger stumm blieben. Rede Sir E. Greys enthält (nichts)[b], was in Deutschland Anstoss erregen kann und mit gutem Willen könnte man sie sogar in Berlin günstig aufnehmen. Die Politik der splendid isolation hat der Staatssekretär als für abgetan und unmöglich bezeichnet. Sir E. Grey und nach ihm der Premierminister erklärten entschieden, dass gar keine geheimen Abmachungen bestehen, keine Verträge, die nicht veröffentlicht worden sind. Damit sind wohl auch alle Militär- oder Flottenkonventionen abgeleugnet. (Dies ist)[b] gewiss der Wahrheit entsprechend; aber wenn eine Kriegsgefahr in Sicht ist, dürften eben die militärischen Autoritäten von England und Frankreich von Fall zu Fall sich verständigen. Unionistische Presse mit Grey sehr zufrieden, liberale greift ihn zum Teile an. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3006, 3010, 3024. — [b]) Chiffre fehlt.

*Nr. **3010.** Tel. nach Madrid Nr. 24 (1), Berlin Nr. 159 (2), London Nr. 83 (3), St. Petersburg Nr. 107 (4) und Tanger Nr. 13 (5), 28. Nov. 1911 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Biegeleben; G. Müller).*

1.—5. Graf Szécsen telegraphiert wie nachstehend: ... *wie n. 2995 von „Herr de Selves" bis „Rechnung tragen zu können."* ...

2.—5. Vorstehendes zu Ihrer persönlichen Information.

1. Ich ersuche Euer Exzellenz, die spanische Regierung von unserem Schritte in Paris und von seiner günstigen Aufnahme zu verständigen. Hiebei wollen sich Euer Exzellenz aber auch dahin vernehmen lassen, daß wir zuversichtlich erwarten, Spanien werde uns in dem ihm zufallenden Teile von Marokko im Geiste der Algecirasakte dieselben Rechte und Begünstigungen einräumen, die Frankreich im deutsch-französischen Abkommen den Signatarmächten zugesichert hat. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3009, 3019.

*Nr. **3011.** Tel. nach Rom Nr. 212 (1), St. Petersburg Nr. 108 (2) und Konstantinopel Nr. 313 (3), 28. Nov. 1911 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).*

1. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 211 von gestern. Den neuesten Meldungen aus Petersburg entnehme ich, daß Herrn Neratows Absichten bezüglich der bei den kriegführenden Mächten zum Schutze der neutralen Schiffahrt zu unternehmenden Demarchen an Klarheit zu wünschen übrig lassen und seine Haltung in dieser Frage häufigen Fluktuationen unterworfen ist. Ich habe die Gelegenheit eines heutigen Besuches Herrn von Giers' benützt, um ihn auf diesen Umstand aufmerksam zu machen; er habe gesehen, daß ich von allem Anfange an die Bedeutsamkeit dieser Frage für Rußland sowie für alle neutralen Mächte erfaßt und das größte Entgegenkommen gezeigt habe. Der ersten Anregung Herrn Neratows, die

Demarche durch die Botschafter der Signatarmächte in Rom ausführen zu lassen, hätte ich zugestimmt. Ebenso sei ich dem weiteren Vorschlage der russischen Regierung, vorbereitende Konversationen mit den italienischen Botschaftern einzuleiten, durch eine gestrige Aussprache mit dem Herzog Avarna nachgekommen. Nun müsse ich es aber dem Petersburger Kabinette überlassen, die Realisierung seiner Anregung in die Wege zu leiten. Daß dies in Rom geschehe, erscheine mir schon aus dem Grunde notwendig, weil die entsprechende Demarche in Konstantinopel an die Voraussetzung gebunden ist, daß die Mächte eine Zusicherung von Seite Italiens als des angreifenden Teiles besitzen. Aus demselben Grunde konnte ich mich auch auf die mir von Herrn von Giers suggerierte Einleitung einer vertraulichen Konversation mit dem türkischen Geschäftsträger nicht einlassen, sondern habe dem Herrn Botschafter bedeutet, daß ich solange zuwarten wolle, bis ich in die Lage komme, auch der Pforte auf Grund einer Enunziation des römischen Kabinettes die Abgabe einer korrespondierenden Erklärung nahelegen zu können. Durch vorstehende, zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information bestimmte Mitteilung erfährt die in meinem eingangs zitierten Telegramme enthaltene Instruktion keine Veränderung.

2. Den dortamtlichen Telegrammen Nr. 208 und 209 vom 27. d. M. entnehme ich: (Inseratur aus Telegramm nach Rom Nr. 212 von „daß Herrn Neratows Absichten“ bis „nahelegen zu können.“) Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Euer Exzellenz wollen sich, falls Herr Neratow Hochdenselben gegenüber eine analoge Sprache führen sollte, darauf beschränken, dem Gerenten zu sagen, daß wir die Realisierung der russischen Anregungen abwarten.

3. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 310 vom 26. l. M. Den neuesten Meldungen aus Petersburg entnehme ich: (Inseratur aus Telegramm nach Rom Nr. 212 von „daß Herrn Neratows Absichten“ bis „nahelegen zu können.“) Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3007, 3012, 3015, 3022.

*Nr. **3012.** Tel. aus Rom, 28. Nov. 1911 Nr. 202 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 200. Gestriger „Messaggero“ enthält offiziöse Notiz, wonach bisher ein russischer Einspruch gegen eventuelle Blockade der Dardanellen weder auf der Consulta noch bei italienischer Botschaft in Petersburg eingebracht wurde. Ferner enthält gestriges Telegramm der Agenzia Stefani aus Petersburg die Mitteilung, Italien habe Russland verständigt, dass es dermalen nicht die Meerengen zu blockieren beabsichtige. Hiemit ist die vermeintliche Absicht Italiens, die Dardanellen zu blockieren, welche Eventualität ich schon in meinem Berichte vom 21. d. M. Nr. 58 C[b]) als ausgeschlossen bezeichnete, wohl als nicht existierend zu betrachten. Der gegenwärtige italienische Vorstoß in Tripolitanien bestärkt mich übrigens neuerlich in der Überzeugung, dass dermalen keine sonstige Aktion der Flotte bevorstehe. Meines Erachtens bleibt eine solche — und dann am ehesten die Forcierung der Dardanellen, welche eine sehr

kurze Behinderung der neutralen Schiffahrt bedeuten würde — als ultima ratio für den äussersten Notfall vorbehalten. Mérey.

a) Vgl. n. 3011, 3013. — b) Wurde nicht aufgenommen.

*Nr. **3013.** Tel. aus Rom, 28. Nov. 1911 Nr. 203 (eing. 29. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Dechiffrement Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 211 nach Abgang meines Telegrammes Nr. 202 erhalten. Ich war heute in der Lage, folgendes zu konstatieren: Erstens. Eine offizielle russische Einsprache gegen Blockade der Dardanellen ist weder hier noch in Petersburg erfolgt. Hier hat nur zweiter Sekretär der russischen Botschaft gesprächsweise und flüchtig die Frage berührt. In Petersburg hat Herr Neratow aus Anlass der türkischen Demarche an Herrn Melegari die Frage gerichtet, wie Italien über die Vereinbarkeit einer eventuellen Blockade oder Schliessung der Dardanellen mit Artikel 3 des Londoner Vertrages vom Jahre 1871 denke. Herr Melegari habe geantwortet, dass Italien jetzt während des Krieges nicht in der Lage sei, sich hierüber zu äussern, übrigens dermalen gar nicht die Absicht habe, die Dardanellen zu blockieren. Herr Neratow bemerkte weiter, er werde dieselbe Frage auch an die anderen Kabinette richten und denke dann an eine Kollektiv-Demarche in Konstantinopel. „Par égard pour l'Italie" werde er keine analoge Kollektiv-Demarche in Rom vorschlagen, sondern proponieren, daß individuell die Minister des Äussern mit den betreffenden italienischen Botschaftern über die Frage sprechen. Nachträglich hat russische Regierung von sich aus den zweiten Teil der Antwort Herrn Melegaris publiciert. Zweitens. Ausser Euer Exzellenz hat auch französischer Minister des Äussern dem italienischen Botschafter gegenüber die Frage der Blockade der Dardanellen zur Sprache gebracht. In Berlin und London ist dies bisher nicht geschehen. Drittens. Hier hat bisher weder deutsche, noch französische, noch englische Botschaft einen Schritt in dieser Angelegenheit unternommen. Angesichts dieses Umstandes enthalte ich mich im Sinne des obzitierten hohen Telegrammes gleichfalls jeder Demarche. Mérey.

a) Vgl. n. 3015, 3021.

Tel. nach St. Petersburg, 28. Nov. 1911 Nr. 107 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3010.

Tel. nach St. Petersburg, 28. Nov. 1911 Nr. 108 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3011.

Tel. nach Tanger, 28. Nov. 1911 Nr. 13 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 3010.

*Nr. **3014.** Vortrag an den Kaiser, 28. Nov. 1911.[a] Eigh. Ausfert.[b]*

Ich melde treu gehorsamst, dass Erzherzog Franz mich gestern Nachmittag in $2^1/_2$ stündiger Audienz zu empfangen geruht hat. Während derselben hat sich Seine Kaiserliche Hoheit wiederholt in eine leidenschaftliche Erregung hineingesprochen und seinen Unwillen gegen mich in starken

Ausdrücken vorgebracht. Dadurch, dass ich ruhig blieb und es mir allmälig gelang, das Gespräch auf das Gebiet der äusseren Politik zu bringen, war es möglich, der Audienz einen vollkommen glatten Verlauf zu sichern. Ich bitte untertänigst um die Erlaubniss, bei Gelegenheit meines nächsten mündlichen Vortrages auf das Gespräch mit Seiner Kaiserlichen Hoheit zurückkommen zu dürfen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2965, 3095, 3127. — [b]) Im Archiv der Kabinettskanzlei.

*Nr. **3015.** Tel. nach Berlin, 29. Nov. 1911 Nr. 160 (chiffr. 4 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).*

Ich telegraphiere nachstehendes nach Rom: ... *wie n. 3011 von „Den neuesten Meldungen aus Petersburg" bis „Erklärung nahelegen zu können."* ... Ich bemerke in dieser Weisung an Herrn von Mérey, daß meine bisherigen (in meinem an Euer Exzellenz gerichteten Telegramme Nr. 157 vom 26. l. M. wiedergegebenen) Instruktionen aufrecht bleiben. Aus Euer Exzellenz Telegramm No. 230 vom 28. l. Mts. entnehme ich mit Befriedigung, daß zwischen meinen und Herrn von Kiderlens Absichten eine erfreuliche Übereinstimmung und zwar namentlich bezüglich des Punktes besteht, daß die geplante Demarche in Rom zu erfolgen hätte. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an den Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3013, 3016, 3024.

Tel. nach Berlin, 29. Nov. 1911 Nr. 161 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 3021.

*Nr. **3016.** Erlaß nach Berlin Nr. 3018 (1) und Konstantinopel Nr. 3019 (2), 29. Nov. 1911 (chiffr. 12 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).*

1. Geheim. Herr von Tschirschky hat mir mitgeteilt, daß italienischerseits in Berlin der Wunsch ausgesprochen worden sei, sich darüber Klarheit zu verschaffen, welche kriegerische Operationen Italiens an der asiatischen Küste des ägäischen Meeres nach Auffassung des Berliner Kabinettes zulässig wären. Ohne seine Demarche mit einer Anregung seitens des römischen Kabinettes zu begründen, welches meines Dafürhaltens einen Druck der deutschen Regierung auf mich ausgeübt sehen möchte, befrug mich der deutsche Botschafter auftragsgemäß um meine bezügliche Ansicht. Ich habe Herrn von Tschirschky geantwortet, ich hätte der italienischen Regierung abgeraten, die kriegerischen Operationen auf das ägäische Meer, insoweit dessen europäische Küste in Frage käme, auszudehnen. Um die italienische Empfindlichkeit zu schonen, hätte ich mich darauf beschränkt, diesen Rat dem hiesigen italienischen Botschafter gegenüber auszusprechen; ich hätte hiebei den Eindruck gewonnen, daß Herzog Avarna sich dessen bewußt ist, daß der Artikel VII des Dreibundvertrages eine wirksame Waffe in meiner Hand darstelle. Bezüglich der Ausdehnung des Kriegsschauplatzes auf die asiatische Küste des ägäischen Meeres sei ein Schritt, wie er in Berlin erfolgte, bisher bei mir nicht gemacht worden. Gegebenenfalls

würde ich Herzog Avarna auf meine früheren Abmahnungen verweisen und noch hinzufügen, daß ich unter den Küsten des ägäischen Meeres selbstverständlich auch die Einfahrt in die Dardanellen einbegreife und darin ebenso wie in einer eventuellen Aktion vor Konstantinopel eine Verletzung des Artikels VII des Dreibundvertrages erblicken würde, was mich in der weiteren Folge veranlassen müßte, mich mit dem Berliner Kabinette ins Einvernehmen zu setzen, um die Konsequenzen eines solchen Vorgehens seitens unseres Verbündeten zu ziehen. Ich habe dem deutschen Botschafter weiters gesagt, daß ich ein Eingehen auf die Frage der Ausdehnung der italienischen Operationen auf die asiatische Küste der Türkei zu vermeiden bestrebt sein werde, ohne jedoch hiebei die Absicht zu haben, der italienischen Regierung irgendwelche Schwierigkeiten zu machen oder ihr solche auch nur als möglich erscheinen zu lassen. Ich ließe mich, so schloß ich meine Ausführungen, dabei von der Anschauung leiten, daß ich ein Eingehen in eine bezügliche Konversation sowohl für uns als auch für Deutschland aus dem Grunde für untunlich halte, weil die in Frage stehende kriegerische Operation sodann als mit unserer Zustimmung erfolgt angesehen werden müßte. Euer Exzellenz sind ermächtigt, im Falle diese Frage Hochdenselben gegenüber angeregt werden sollte, sich im gleichen Sinne zu dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär auszusprechen und füge ich zu Euer Exzellenz rein persönlicher Kenntnisnahme bei, daß ich den Eindruck habe, Italien beabsichtige zunächst einen ernsten Vorstoß in Tripolis auszuführen und nur, wenn die Pforte auch nach erfolgter Besetzung größerer Gebiete durch die italienischen Streitmächte sich weiter unnachgiebig zeigen sollte, auf den Plan einer Ausdehnung seiner maritimen Operationen zurückzukommen; unterdessen trachte das römische Kabinett aber für eine solche Eventualität das diplomatische Terrain vorzubereiten.

2. Ich richte heute folgenden Erlaß an Grafen Szögyény: (Inseratur Erlaß nach Berlin vom 29. November 1911, Nr. 3018, in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und rein persönlicher Kenntnisnahme.

a) Oe.-U. Italien 204 Nr. 7. Vgl. n. 3015, 3018, 3123, 3281, 3292, 3298, 10747.

Tel. nach Konstantinopel, 29. Nov. 1911 Nr. 315 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 3021.

Nr. 3017. *Tel. nach Konstantinopel, 29. Nov. 1911 Nr. 316 (chiffr. 10 U. p. m.).a) Konz. (S. u. G. Nemes).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 400 vom 28. d. M. Euer Exzellenz wollen Assim Bey für seine streng vertrauliche Information, die mich sehr interessiert hat, meinen besten Dank aussprechen und ihm sagen, daß ich ihm meine Antwort sehr bald zukommen lassen werde. Bei dieser Gelegenheit wollen Euer Exzellenz den türkischen Minister des Äußern fragen, ob er auch die deutsche Regierung von der russischen Erklärung verständigt habe, beziehungsweise ob er mich ermächtigt, falls dies nicht geschehen, seine Mitteilungen in Berlin zu verwerten. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 3025, 3034.

Erlaß nach Konstantinopel, 29. Nov. 1911 Nr. 3019 (chiffr. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe 3016.

Tel. nach London, 29. Nov. 1911 Nr. 84 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 3021.

*Nr. **3018.** Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 29. Nov. 1911 Nr. 97 (eing. 30. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

In Abwesenheit des Herrn Botschafters in Sandringham habe ich im Auswärtigen Amte vorgesprochen. Mr. Tyrrell sagte mir, dass englische Regierung auf türkische Demarche betreffs angeblicher italienischerseits beabsichtigter Erweiterung des Kriegsschauplatzes auf Dardanellen (hier-amtliches Telegramm vom 22. d. M. Nr. 90) bisher nicht geantwortet hat. In Angelegenheit russischer Demarche betreffend Sicherung neutraler Schiffahrt in den Meerengen (Euer Exzellenz Telegramm vom 27. d. M.)[b] hat englische Regierung weder ihrem Botschafter in Rom, noch jenem in Konstantinopel Instruktionen erteilt. Es liegt Nachricht vor, dass italienische Regierung auf eine durch russischen Botschaftsrat in Rom gestellte informative Anfrage die befriedigende Erklärung abgegeben habe, nicht die Absicht zu haben, in den Dardanellen kriegerische Massnahmen zu ergreifen (Graf Benckendorff sagt mir, Herr Melegari hätte solche Erklärung in Petersburg abgegeben). Tyrrell meinte, dass Angelegenheit hiemit wohl erledigt sein dürfte und sprach Ansicht aus, dass es vielleicht ratsamer wäre, auf italienische Regierung nicht viel einzuwirken, weil sie sich sonst etwa zu energischerem Handeln veranlasst fühlen könnte. Türkischer Protest wegen Beschiessung von Akaba ist englischerseits noch nicht beantwortet; Foreign Office hat vorerst Berichterstattung aus Kairo eingefordert.

Trauttmansdorff.

[a]) Vgl. n. 3016, 3020. — [b]) n. 3002.

*Nr. **3019.** Tel. aus Madrid, 29. Nov. 1911 Nr. 20 (eing. 30. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Telegramm No. 24 erhalten und Auftrag ausgeführt. Minister des Äussern zeigte sich über meine Mitteilung hocherfreut und bat mich, Euer Exzellenz für den in Paris unternommenen Schritt in seinem und im Namen Spaniens seinen besten Dank auszusprechen. Unsere im letzten Absatz Euer Exzellenz Telegrammes erwähnte Erwartung findet Minister selbstverständlich und stimmt für seine Person unserem vollkommen berechtigten Anspruch ohne weiters zu. Eine bindende Zusage könnte er aber erst auf Grund eines Ministerratsbeschlusses geben. Übrigens müsste ja auch ein französisch-spanisches Abkommen den Algecirasmächten zur Genehmigung vorgelegt werden. Er werde, da Seine Majestät der König in diesen Tagen auf Jagd von Madrid abwesend ist, Ihre Majestät die Königin-Mutter, die das lebhafteste Interesse an unserer Stellungnahme an den Tag legt, unverzüglich von meiner Mitteilung in Kenntnis setzen.

Wydenbruck.

[a]) Vgl. n. 3035, 3122.

Tel. nach Paris, 29. Nov. 1911 Nr. 83 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 3021.

*Nr. **3020.** Privatschreiben nach Rom, 29. Nov. 1911 Nr. 3037.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. Den Anstoß zu den schwebenden Verhandlungen zum Schutze der neutralen Schiffahrt in den Meerengen hat, wie Euer Exzellenz bekannt, die Pforte dadurch gegeben, daß sie den Kabinetten eröffnen ließ, sie könnte durch die Eventualität eines italienischen Angriffes vor die Notwendigkeit gestellt werden, auch solche Schutzmaßregeln zu ergreifen, durch welche die internationale Schiffahrt Störungen erfahren würde. Während bei den Kabinetten von Berlin und London die auch von mir geteilte Auffassung vorherrschte, daß man es der Türkei nicht verargen dürfe, wenn sie die ihr notwendig erscheinenden Defensivmaßnahmen ergreifen sollte, überwog in Petersburg das Interesse an der in erster Linie bedrohten nationalen Schiffahrt. Die offenbar diesem Motive entspringende russische Initiative hat bei mir vor allem deshalb eine entgegenkommende Aufnahme gefunden, weil es der von mir im italo-türkischen Konflikte verfolgten Politik entspricht, in allen Stadien auf ein geschlossenes Auftreten der neutralen Großmächte hinzuwirken. Auch würde eine kollektive Behandlung der Frage seitens aller Mächte gleichzeitig unseren nicht unerheblichen Schiffahrtsinteressen zugute kommen. Nicht minder war für mich endlich die Erwägung maßgebend, daß ich in Konstantinopel nicht den Eindruck aufkommen lassen darf, als wäre die Türkei in der Meerengenfrage sowie überhaupt hinsichtlich ihrer äußeren Sicherheit einzig und allein auf Rußland angewiesen. Von dieser Idee ausgehend, hatte ich der russischerseits angeregten Erklärung eine präzisere Gestaltung zu geben versucht, zumal eine Blockade der Dardanellen, so lästig sie auch für unseren Handel wäre, von anderen Mächten noch schwerer empfunden würde, während der Versuch einer Forcierung derselben unseren Interessen abträglich sein müßte, möge er von Erfolg begleitet sein oder nicht. Das Erscheinen der feindlichen Flotte im Marmarameere dürfte kaum ohne eine ernstere Erschütterung des Osmanischen Reiches vor sich gehen. Der bedenkliche Charakter einer solchen Krise würde in meinen Augen dadurch wesentlich gesteigert werden, daß der Anstoß hiezu von einer Macht des Dreibundes ausginge, welcher während seines dreißigjährigen Bestandes stets die Erhaltung der Türkei als vornehmlichstes Ziel auf seine Fahne geschrieben hat. Andererseits besorge ich aber auch von dem entgegengesetzten Falle, nämlich einer italienischen Schlappe vor den Dardanellen, schwerwiegende Konsequenzen, namentlich was die Rückwirkung auf die inneren Verhältnisse Italiens, vielleicht sogar die Stellung der Dynastie betrifft. Um auf die russischerseits eingeleitete Aktion zurückzukommen, so gewinne ich immer mehr den Eindruck, daß dieselbe sich im Stadium der Abbröckelung befindet und überhaupt im Sande verlaufen dürfte. Woran die Schuld liegt, wird vielleicht Graf Thurn, der eben nach Petersburg zurückgekehrt ist, aufklären können, vorläufig glaube ich den Grund in der Unentschiedenheit Herrn Neratows suchen zu müssen. Auch dürften

den Fluktuationen der russischen Politik die Einflüsterungen der Herren Iswolsky und Tscharykow nicht ferne stehen, deren ersterer von Paris aus seinen Einfluß in dem Sinne geltend macht, daß das Petersburger Kabinett Italien schonen und vor jedem Schritte mißtrauisch werden müsse, zu dem Österreich-Ungarn ohne Zögern seine Zustimmung gibt. Herr von Kiderlen wie auch ich sind, wie Euer Exzellenz aus meinen Telegrammen entnommen haben werden, der übereinstimmenden Ansicht, daß wir vorläufig zuzuwarten hätten und keinen Grund haben, auf die Realisierung der russischen Anregung allzu großes Gewicht zu legen. Der Pforte gegenüber haben wir es abgelehnt, auf Italien eine Pression auszuüben; weiters ist im Einverständnisse mit uns die für die italienische Empfindlichkeit schonendere Form der Demarche gewählt worden. Allerdings hätte ich die ursprüngliche Anregung einer gleichzeitigen Deklaration in Rom und Konstantinopel für wirksamer gehalten. Auf diese Weise wäre nämlich der gemeinsame Wille Europas, seine Handelsinteressen gewahrt zu sehen, bei den beiden Kriegführenden in gleichem Maße zum Ausdruck gekommen, während ich mir von der jüngsten russischen Anregung kaum eine die Pforte beruhigende Erklärung Italiens erwarte. Was den in Italien laut werdenden Verdacht anbelangt, als ob wir die Ausübung einer Pression auf das Kabinett von Rom gewünscht hätten, so wird es Euer Exzellenz an der Hand der Hochdenselben zur Verfügung gestellten Informationen nicht schwer fallen, dem entgegenzutreten. Wir haben Italien bei der Einleitung seiner Tripolis-Aktion gewiß keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt, da wir uns in dieser Richtung für gebunden ansahen. Ich kann indessen nicht umhin zu konstatieren, daß der Zeitpunkt, den das Königreich für die Realisierung seiner afrikanischen Pläne gewählt hat, mit dem Geiste unserer Abmachung insoferne nicht im Einklange steht, als im Zusammenhange mit dem Dreibundvertrag an eine Geltendmachung derselben wohl nur für den Fall eines Zusammenbruches der Türkei zu denken gewesen wäre. Durch die Erklärungen der beiden Ministerpräsidenten haben wir bereits im Oktober[b]) Italien einen nicht zu unterschätzenden Freundschaftsbeweis erbracht. Ich bin entschlossen, auch weiterhin an einer nicht bloß korrekten sondern sympathischen Stellungnahme insolange festzuhalten, als Italien bei seinen Operationen den Charakter eines Kolonialkrieges zur Sicherung Tripolitaniens wahrt, wobei es unsere aufrichtigsten Wünsche begleiten. Sollte aber der erhoffte Erfolg auf afrikanischem Boden auf sich warten lassen und Italien als ultima ratio zu einer Flottenaktion im ägäischen Meere schreiten, so wäre in Rom daran zu erinnern, daß ich gleich bei Beginn des tripolitanischen Unternehmens die Hoffnung ausgesprochen habe, es werde dem Königreiche der Vorwurf erspart bleiben, die Verantwortung zu tragen, die Orient-Frage in ihrem ganzen Umfange aufgerollt zu haben. Ich überlasse es dem Ermessen Euer Exzellenz, unrichtigen Auffassungen bei den maßgebenden Faktoren der italienischen Regierung auf Grund vorstehender Ausführungen gegenüberzutreten.

[a]) Vgl. n. 3018, 3021, 3045, 3055. — [b]) Vgl. n. 2786.

Nr. 3021. Tel. nach St. Petersburg Nr. 109, Konstantinopel Nr. 315, Berlin Nr. 161, London Nr. 84 und Paris Nr. 83, 29. Nov. 1911 (chiffr. 8 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Nemes).

Herr von Mérey telegraphiert unterm 28. d. wie folgt: ...*wie n. 3013*.... Vorstehendes vorläufig zu Euer Exzellenz vertraulicher Information.

Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 3020, 3022, 3029, 3045.

Nr. 3022. Tel. aus St. Petersburg, 29. Nov. 1911 Nr. 214 (eing. 30. Nov. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 108. Unterredung mit Herrn Neratow und Kokowzow. Herr Neratow hat auf Mitteilung Herrn von Szilassys, dass Euer Exzellenz Herzog von Avarna bereits im vereinbarten Sinne gesprochen, auch seinerseits gestern hiesigem italienischen Botschafter Standpunkt der Neutralen gegenüber Blockade der Dardanellen auseinandergesetzt. Weitere Demarche in Rom erscheine ihm nicht mehr notwendig. Übrigens sei russischer Botschafter über Auffassung seiner Regierung informiert, so dass er bei sich ergebender Gelegenheit die gleiche Sprache führen könne. Bezüglich Mitteilung Standpunktes in Konstantinopel möchte Gerent warten, bis Antworten aller Mächte vorliegen und sodann mit konkretem Vorschlage hervortreten. Eventualität Forcierung der Dardanellen scheint Neratow nicht besonders zu erschrecken, weil er zu glauben scheint, dass dies vielleicht der rascheste Weg zur Beendigung des Krieges wäre. Dies ist vielleicht mit ein Grund, warum er Euer Exzellenz einschlägige Anregung abgelehnt hat. Meine Schilderung der möglichen, höchst gefährlichen Folgen am Balkan, die er gar nicht bedacht zu haben scheint, habe ihn in seiner Auffassung wieder schwankend gemacht. Ganz anders Kokowzow. Dieser betrachtet gerade Forcierung der Dardanellen als die allergrösste Gefahr und schien sehr erstaunt, dass Neratow Euer Exzellenz einschlägige Anregung, die er nicht kannte, nicht aufgegriffen. Ich entledigte mich beim Herrn Ministerpräsidenten Euer Exzellenz Auftrages und sprach mir derselbe seinen wärmsten Dank aus. Die volle Übereinstimmung unserer beiderseitigen Ziele — Erhaltung des Friedens und status quo am Balkan, Hochhaltung monarchischen Prinzipes — erscheine ihm die beste und einzige Gewähr gegen gefährliche Inzidenzfälle. Von der Frage der Öffnung der Meerengen für Russland erwähnte weder er noch Neratow ein Wort.

Thurn.

[a] Vgl. n. 3021, 3023, 3040.

Nr. 3023. Erlaß nach Berlin, 30 Nov. 1911 Nr. 3046.[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).

Geheim. In Übereinstimmung mit den Versicherungen, die der Herr Staatssekretär Euer Exzellenz gegeben hat, ließ mir Herr von Kiderlen kürzlich durch den hiesigen deutschen Botschafter auf das bestimmteste erklären, daß das Berliner Kabinett in der Frage der Abänderung des geltenden internationalen Vertragsrechtes über die Durchfahrt durch die

Dardanellen Rußland gegenüber in keiner Weise gebunden sei. Die deutsche Regierung habe sich in der bisherigen vertraulichen Konversation mit Petersburg ihre Stellungnahme zu dieser Frage vorbehalten, bis das russische Kabinett mit einem diesbezüglichen formellen Vorschlage an sie herantreten würde. Bis jetzt sei eine solche formelle Demarche nicht erfolgt und man verhalte sich daher in Berlin bis auf weiteres abwartend. Herr von Kiderlen beabsichtige aber — und dies sei in Persburg auch nicht unbekannt — eine derartige russische Proposition sympathisch aufzunehmen und würde wünschen, mit mir wegen einer einverständlichen Haltung unserer beiden Kabinette in dieser Frage im Einvernehmen zu bleiben. Der deutsche Botschafter betonte, Herr von Kiderlen verkenne keineswegs die Bedeutung der Argumente, die mich veranlassen, gegenüber der russischen Sondierung zunächst eine reservierte Haltung zu beobachten. Der Staatssekretär sei aber der Meinung, daß Österreich-Ungarn immer in der Lage sein würde, angesichts eines eventuellen nicht freundschaftlichen Auftretens der russischen Flotte im Mittelmeer sich mit der Türkei in Verbindung zu setzen. Ich erwiderte, mir schiene eine solche Politik nicht ganz verständlich und auch gefährlich: zuerst sollen wir Rußland zur freien Durchfahrt durch die Meerengen verhelfen, was der Türkei ohne erheblichen Widerspruch gewiß nicht zugemutet werden dürfte, und sodann uns darauf verlassen, daß dieselbe Türkei, zumal in einer Frage im Mittelmeer oder in der Adria, an der sie möglicherweise gar nicht interessiert sein wird, uns gegen Rußland Beistand leisten wird! Ich schloß meine Gegenbemerkungen mit dem Ausdrucke der Verwunderung, daß der deutsche Staatssekretär — ohne die konkrete Fassung der russischen Vorschläge zu kennen — mich augenscheinlich zu persuadieren trachtet, diese Propositionen gewissermaßen ab inviso zu akzeptieren. Ich meinerseits bin jedoch keineswegs geneigt, mich in Bezug auf Vertrauen mit Rußland in ein Vorschußgeschäft einzulassen. Die vorstehenden Ausführungen sind zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information bestimmt.

[a]) Vgl. n. 3022, 3024, 3042.

Nr. 3024. Privatschreiben aus Berlin, 30. Nov. 1911 (eing. 1. Dez.).[a]) Ausfert.

Euer Excellenz heute früh erhaltenen telegraphischen Auftrag Nr. 160 werde ich, da Herr von Kiderlen heute nicht zu sprechen war, erst morgen ausführen können. Dass Euer Excellenz schon eine vorbereitende Conversation mit Herzog von Avarna hatten, war dem Staatssekretär aus Mitteilungen des hiesigen italienischen Botschafters Herrn Pansa bekannt. Wie mir Herr von Kiderlen gestern sagte, habe er den Eindruck, dass Neratow über die Art und Weise der bei den kriegführenden Mächten zu unternehmenden Demarche mit sich selbst noch nicht vollkommen im Klaren sei. Herr von Kiderlen bereitet sich auf die in den nächsten Tagen bevorstehende neue Marokko-Debatte im Reichstage vor, bei welcher Gelegenheit der Reichskanzler jedenfalls und er selbst wahrscheinlich das Wort zu ergreifen beabsichtigt. Er sagte mir gestern, es sei jedenfalls notwendig, dass auf die

Rede Sir Edward Grey's[b] eine Entgegnung erfolge; er sehe es vollkommen ein, dass vom englischen Standpunkte Grey kaum hätte anders sprechen können, als er es getan, doch habe der englische Minister des Aeussern einige Behauptungen aufgestellt, die man deutscherseits mit Stillschweigen nicht übergehen könne. Euer Excellenz Ausführungen in Betreff der Aeusserungen des Staatssekretärs in der Sitzung vom 17. d. Mts. der Budget-Kommission (vide hohen Erlass vom 28. l. Mts. Nr. 3011) finde ich in jeder Beziehung richtig. Ich stimme mit Euer Excellenz ganz überein, dass diese Angelegenheit nur mehr eine retrospektive Bedeutung hat; doch können wir den Verdacht nicht aufkommen lassen, als ob wir trotz eines vorherigen Ansuchens der deutschen Regierung, Deutschland in der Verteidigung der Algeciras-Akte im Stiche gelassen hätten. Das bezügliche Entrefilet der Neuen Freien Presse ist im Auswärtigen Amte mir gegenüber bisher nicht erwähnt worden; trotzdem werde ich Gelegenheit suchen und finden um die Sache in entsprechender Weise bei Herrn von Kiderlen zur Sprache zu bringen. In der Dardanellenfrage habe ich während der Annexionskrise in den Jahren 1908 und 1909 weder mit Fürsten Bülow noch mit Freiherrn von Schoen eine derartige Aussprache gehabt,[c] über welche ich Euerer Excellenz zu berichten für notwendig erachtet hätte. Bei irgend einer Gelegenheit hat mir gegenüber der frühere Reichskanzler — wie ich mich dessen genau erinnere, — nur so viel erwähnt, dass Euer Excellenz bei der Entrevue mit Herrn Iswolsky in Buchlau[d] gewiss auch diese Frage besprochen hätten. Bei früheren Anlässen hat mir Fürst Bülow wiederholt erklärt, dass Deutschland in der Meerengen-Frage ganz freie Hand habe und vorerst es England überlassen müsse, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Übrigens hätte Deutschland in dieser Angelegenheit gar keinen Grund, den Russen Schwierigkeiten zu bereiten, wie dies seinerzeit auch Fürst Bismark als ein Axiom der deutschen Politik hingestellt hätte. Ob und mit welchen Verpflichtungen bei der letzten Potsdamer Entrevue die Meerengen-Frage zwischen Herrn Sasonow, dem Reichskanzler und dem Staatssekretär erörtert wurde, ist mir begreiflicher[1] Weise unbekannt, doch glaube ich, wie ich dies in meiner früheren Berichterstattung bereits bemerkt habe, dass während der Potsdamer Besprechungen diese Russland so sehr am Herzen gelegene Frage auch aufs Tapet gebracht wurde. ... *Ausweisungsangelegenheit.* ...

Szögyény.

[1] unbegreiflicher.

[a] Vgl. n. 3023, 3025. — [b] Vgl. n. 3009. — [c] Vgl. n. 2968, 3095 Anm. c. — [d] n. 79.

Nr. 3025. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 30. Nov. 1911 Nr. 401 (eing. 1. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 316 vom 29. d. M. Assim Bey sagte mir, dass er mit einer streng vertraulichen Mitteilung betreffs der russischen Demarche in der Meerengenfrage an das Berliner Kabinett einverstanden ist, er werde die Sache auch mit Baron Marschall besprechen. Bei diesem Anlasse betonte Assim Bey, dass die Türkei auch im Falle der Forcierung der Dardanellen durch die italienische Flotte fest entschlossen sei, nicht

nachzugeben, er fürchte aber, dass, wenn die italienischen Schiffe vor Konstantinopel erscheinen würden, was allerdings angesichts der Verteidigungsmittel, über welche die Türkei in den Dardanellen dermalen verfüge, kaum anzunehmen wäre, die russische Regierung an die Pforte mit dem Antrag herantreten könnte, auf Grund des Artikels 2 des Londoner Vertrages vom Jahre 1871 die russische Flotte den Bosporus passieren zu lassen, um die Wahrung der Bestimmungen des Pariser Vertrages zu sichern. Wenn dieser Fall eintreten sollte, glaube der Minister des Äussern, dass es eventuell schwer sein würde, sich einem solchen Antrag gegenüber ablehnend zu verhalten.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3024, 3026, 3033, 3034.

Nr. 3026. Bericht aus Konstantinopel, 30. Nov. 1911 Nr. 68 A (eing. 3. Dez.).[a]) Ausfert.

Geheim. Mittelst meines Telegrammes vom 28. d. M. Nr. 400 habe ich die Ehre gehabt, Euerer Excellenz zu melden, dass Herr Tscharykow am letzten Montag im Namen seiner Regierung in der Frage der Meerengen hier eine Erklärung abgegeben hat, welche dahin geht, dass die russische Regierung wegen Abänderung der diesbezüglichen Vertragsbestimmungen sich vorerst mit der Pforte ins Einvernehmen zu setzen wünscht. Schon anlässlich des Gespräches, welches ich vor einigen Wochen mit meinem russischen Collegen hatte und über welches ich mit Telegramm Nr. 382[b]) Euerer Excellenz zu berichten in der Lage war, ist es mir klar gewesen, dass Russland die Gelegenheit des türkisch-italienischen Krieges benützen werde, um in dieser Frage seine längst gehegten Wünsche zu realisieren. Assim Bey stimmt mit mir darin überein, dass es hauptsächlich Herr Tscharykow ist, welcher seine Regierung in dieser Angelegenheit zu handeln drängt. Auch die Art und Weise, wie der russische Botschafter meine ihm anlässlich des oberwähnten Gespräches gemachten Äusserungen zu verwerthen trachtete, ist hiefür ein schlagender Beweis. Mit meinem Telegramm Nr. 392[c]) habe ich die diesbezüglichen Behauptungen Herrn Tscharykows richtig gestellt. Ich möchte hier aber nochmals betonen, dass ich mich Herrn Tscharykow gegenüber nur insoferne sympathisch in der Sache geäussert habe, als ich sagte, dass ich den Wunsch Russlands ganz gut verstehe. Von einer Äusserung meinerseits über unseren eigenen Standpunkt in der Frage konnte schon aus dem Grunde keine Rede sein, da mir derselbe nicht bekannt ist. Aber auch deshalb hätte ich mich in dem von Herrn Tscharykow gemeinten Sinne nicht vernehmen lassen können, da meine persönliche Auffassung in der Frage dahin geht, dass eine Abänderung des jetzigen Zustandes im russischen Sinne unsere Interessen im höchsten Grade gefährden würde und dass es meines Erachtens überhaupt keine Compensation geben könnte, die jenen Schaden aufwiegen würde. Wenn Russland die Freiheit der Meerengenpassage einmal für sich hat, würde es gewiss seine maritime Hauptmacht ins Schwarze Meer verlegen. Hiedurch würde es nicht nur in Constantinopel, sondern auf der Balkanhalbinsel überhaupt den ausschlaggebenden Einfluss an sich reissen und alle anderen Mächte,

die hier Interessen haben, in den Hintergrund drängen. Ferner entstünde hiedurch auch ein neuer Machtfactor im Mittelmeer, welcher sogar die Machtverhältnisse in der Adria beeinflussen würde. Die Vorgangsweise welche seitens der russischen Regierung jetzt befolgt wird, entspricht genau dem in meinem Berichte vom 20. v. M. Z. 67 A über Politik des Herrn Tscharykow niedergelegten Appreziationen. Zuerst trachtete man die türkische öffentliche Meinung für sich zu gewinnen — wozu gewiss auch die in Russland initiierte Action gegen eine eventuelle italienische Blockade der Dardanellen zu rechnen ist — sodann brachte man die Meerengenfrage aufs Tapet und schliesslich wird der Türkei die Schaffung eines Balkanbundes[d]) unter der Ägide Russlands in Aussicht gestellt. Bezeichnend für russische Auffassung ist, dass man die Schaffung eines solchen Balkanbundes noch als eine besondere der Türkei gewährte Concession hinstellen möchte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass, wenn diese russischen Pläne verwirklicht werden sollten, dies mit einer vollständigen Niederlage unserer Orientpolitik gleichbedeutend wäre. Ich glaube wohl nicht, dass diese Absichten Russlands in ihrer Gänze so leicht zu realisieren wären, aber schon ein Erfolg Russlands in der Meerengenfrage wäre ein gewaltiger Schritt nach vorwärts. Meiner unmassgeblichen Meinung nach müssten also die Mächte, denen daran liegt, in Constantinopel ihren Einfluss zu wahren, Alles daran setzen, um an den Verträgen nicht rütteln zu lassen und die Türkei in ihrem Widerstand gegen die russischen Forderungen zu bestärken. Ob dieser Widerstand auch tatsächlich ein nachhaltiger sein wird, scheint mir vorläufig noch nicht ganz sicher zu sein. Assim Bey wenigstens machte mir den Eindruck, dass er, natürlich wenn Russland andere Concessionen als die bisherigen in Aussicht stellen würde, die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen erachtet, dass Said Pascha und seine übrigen Ministercollegen nachgeben könnten. Wenn dies der Fall sein sollte, so wäre überhaupt mit einer völligen Schwenkung der türkischen Politik ins russische Lager zu rechnen. — Im Anschlusse an die mir gemachte Mittheilung über die russische Démarche sprach sich Assim Bey über seine Ansichten in Bezug auf die Gestaltung der Beziehungen der Türkei zu den Mächten aus. Der Minister sagte mir, seiner Überzeugung nach liege das Heil des Reiches einzig und allein in einem engen Anschlusse an die Centralmächte[e]) — eine ähnliche Anspielung machte mir neulich auch Said Pascha. Ich erwiderte dem Minister des Äussern, dass ich seine Meinung vollkommen theile, dass mir aber vorläufig die Verhältnisse in der Türkei noch nicht genügend consolidiert erscheinen, um von einer Allianz sprechen zu können. Ausserdem sei ja auch dieses Reich so ausgedehnt, dass es keiner Mächtegruppe leicht wäre, mit der Türkei in ein Allianzverhältniss zu treten, durch welches man eine gewisse Garantie des jetzigen Zustandes auf sich nehmen müsste. Assim Bey erwiderte mir, er denke keineswegs an eine Allianz, sondern bloss an eine geheime Entente mit Österreich-Ungarn, Deutschland und Rumänien zum Zwecke der Erhaltung des Status Quo auf der Balkanhalbinsel. Diese Äusserung nahm ich, ohne auf dieselbe irgendwie einzugehen, zur Kenntniss und sagte meinem Mitredner bloss, ich werde Euerer Excellenz über diesen Gedanken berichten. Wenn auch grosse Bedenken gegen ein

Übereinkommen, wie es sich Assim Bey denkt, bestehen, müsste man doch, glaube ich, andererseits auch die Vortheile nicht ausser Acht lassen, welche sich hieraus ergeben würden. In erster Linie würden hiedurch die Pläne Russlands in ausgiebiger Weise durchkreuzt werden. Zweitens hätten wir den Vortheil, dass wir im Falle eines Krieges sei es mit Russland, sei es mit Italien, durch die türkische Armee gegen die eventuellen Angriffe unserer Nachbarn im Süden der Monarchie geschützt wären; natürlich wäre dies ausdrücklich zu stipulieren. Drittens hätten wir eine Handhabe, um die türkische Eisenbahnpolitik auf der Balkanhalbinsel zu beeinflussen und endlich viertens würden wir hiedurch bei Behandlung des albanesischen Problemes freieres Spiel gewinnen. Dies wären meiner Ansicht nach Vortheile, die bis zu einem gewissen Grade den Nachtheil einer Einschränkung unserer Aktionsfreiheit vielleicht aufwiegen könnten. Natürlich wäre die fragliche Entente auf die Besitzungen der Türkei auf dem europäischen Festlande zu beschränken und Kreta und alle Inseln ausdrücklich auszunehmen.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3025, 3027, 3029, 3047, 3151. — [b] Vom 12. Nov. — [c] Vom 21. Nov. — [d] Vgl. n. 3008 Anm. b, 3030 Anm. c, 3036 Anm. b. — [e] Vgl. n. 2986, 3028.

Nr. 3027. Bericht aus Konstantinopel, 30. Nov. 1911 Nr. 68 B (eing. 3. Dez.).[a] Ausfert.

Der Leiter der zur Begrüssung des russischen Kaiserpaares nach Livadia entsendeten türkischen Mission General Mahmud Mukhtar Pascha soll, wie ich vertraulich erfahre, in seinem Berichte über den Verlauf seiner Mission unter Anderem auch Folgendes gesagt haben: „Die auf politische Verhältnisse bezügliche Conversation, die Seine Majestät der Czar mit mir führte, galt vorwiegend Fragen der inneren Politik. Seine Majestät meinten, man könne nicht fortwährend mit Ausnahmsgesetzen regieren und ein länger dauernder Belagerungszustand müsste für jedes Land die schwersten Folgen nach sich ziehen, dagegen sollte man dem Lande in dem Masse, als es nöthig ist, strenge Gesetze geben. So wolle Seine Majestät selbst ein sehr strenges Pressgesetz für Russland vorbereiten lassen. Ferner könne man auf keine Regierung Hoffnungen setzen, die keine Stabilität hat". Den türkisch-italienischen Krieg soll Seine Majestät nur in ganz vager Weise gestreift haben, indem Er sagte „c'est un triste evénement." Die Meerengenfrage, sagt mein Vertrauensmann weiter, sei in Livadia nur von General Fürst Dolgoruki Mahmud Mukhtar Pascha gegenüber berührt worden, indem der Fürst sagte: c'est un désir de Sa Majesté le Tsar, de voir réglée la question des Détroits, si le libre passage était accordé aux navires des guerre russes cela pourrait simplifier beaucoup de choses." Mahmud Mukhtar Pascha soll zu folgender Conclusion gelangt sein: Die Russen hätten zu verstehen gegeben, dass sie gerne von der Türkei Alles bekommen möchten und auch wünschen würden, dass die Türkei ihre Avant-garde im Mittelmeere sei, ohne ihr hiefür etwas Anderes als die Perspective zu bieten, dass Russland die Türkei vorläufig nicht angreifen wolle.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3026, 3030.

Nr. 3028. Bericht aus Konstantinopel, 30. Nov. 1911 Nr. 68 G (eing. 3. Dez.).[a]) *Ausfert.*

Streng vertraulich. Ich habe nicht ermangelt, bei meiner vorgestrigen Begegnung mit Assim Bey mich im Sinne des hohen Erlasses vom 25. l. M. Nr. 2969, streng vertraulich, auszusprechen. Meine Mittheilungen, insbesondere jene, dass die k. u. k. Regierung, wenn sie es nothwendig erachten sollte, militärische Vorkehrungen an ihrer südöstlichen Grenze zu treffen, hievon die türkische Regierung benachrichtigen würde, machten auf den Minister des Äussern einen ausserordentlich guten Eindruck. Derselbe sprach mir hiefür seinen Dank aus. Bezüglich der Quelle der Gerüchte über unsere angebliche Truppenconcentrierung bemerkte Assim Bey, dass dieselben aus serbischer und montenegrinischer Quelle stammen und militärische Massnahmen, insbesondere im südwestlichen Theile Bosniens und der Herzegowina zum Gegenstande hatten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3026 Anm. e.

Nr. 3029. Tel. aus St. Petersburg, 30. Nov. 1911 Nr. 215 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 109, welches sich mit meinem gestrigen gekreuzt hat. Meldung Herrn von Méreys bezieht sich offenbar auf seinerzeitige Anfrage Herrn Neratows an Herrn Melegari bezüglich Absichten Italiens, während prinzipielle Stellungnahme Russlands als neutrale Macht in Bezug auf Blockade, auf welche sich die von Herrn Neratow mit dem ihm eigenen Mangel an Klarheit und Konsequenz initiierte Demarche bezog, seinerseits nunmehr durch dessen vorgestern erfolgte Konversation mit Herrn Melegari zur Kenntnis der italienischen Regierung gebracht wurde, analog wie Euer Exzellenz dies gegenüber Herzog Avarna getan haben. Vergleiche Telegramm Herrn von Szilassys vom 27. d. M. 209. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3026, 3031.

Nr. 3030. Erlaß nach Berlin, 1. Dez. 1911 Nr. 3063.[a]) *Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).*

Streng vertraulich. Wie Euer Exzellenz dem abschriftlich anverwahrten geheimen Telegramme des Markgrafen Pallavicini[b]) entnehmen werden, hat die russische Regierung der Pforte nunmehr den konkreten Vorschlag gemacht, sich mit ihr über die Meerengenfrage auf Basis des Zugeständnisses der freien Durchfahrt jedoch nur für russische und türkische Kriegsschiffe zu verständigen und ihr hiefür gewisse Gegenkonzessionen angeboten. Da letztere der Türkei keine namhaften Vorteile — nicht einmal in ihrer jetzigen Lage Italien gegenüber — bieten, halte ich es für wahrscheinlich, daß auf diesen naiven Vorschlag des Petersburger Kabinettes türkischerseits nicht eingegangen werden wird, sondern ein Refus erfolgen dürfte. Nichtsdestoweniger würde ich Wert darauf legen, in Erfahrung zu bringen, ob auch Herrn von Kiderlen eine analoge geheime Nachricht aus Konstantinopel vorliegt. Sollte dies nicht der Fall sein, ermächtige ich Euer Exzellenz, dem Herrn Staatssekretär eine streng vertrauliche Mitteilung über die

Meldung Markgrafen Pallavicinis zu machen und sich hiebei im folgenden Sinne auszusprechen: Das Vorgehen der russischen Diplomatie erwecke in mir den doppelten Eindruck der Ungeschicklichkeit und der Unaufrichtigkeit uns gegenüber. Ich hätte, wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 153 vom 20. v. M. bekannt, die jüngste russische Sondierung in der Meerengenfrage in entgegenkommender Weise beantwortet, mir jedoch eine endgiltige Schlußfassung für den Augenblick vorbehalten, wo Rußland mit seinen Modifikationsvorschlägen in konkreter Form hervortreten werde. Es sei dies begreiflich, da ja, wie Herrn von Kiderlen bekannt, eine einseitig zugunsten Rußlands erfolgende Öffnung der Dardanellen mit einer Machtverschiebung im Mittelmeere gleichbedeutend wäre. Assim Bey lenke übrigens mit Recht unsere Aufmerksamkeit darauf, daß Russland die Meerengenfrage mit der Idee einer Balkankonföderation *c)* verquicken möchte. Obwohl letztere Kombination mit Rücksicht auf den kaum je zu beseitigenden Interessengegensatz der Balkanvölker untereinander und zur Türkei, wenn sie nicht überhaupt eine Utopie ist, ein künstliches Gebilde darstellen würde, dem keine größere Belastungsprobe zugemutet werden darf, so muß ich doch in der Tatsache, daß die russische Diplomatie überhaupt so weit geht, diesen Gegenstand in Konstantinopel offiziell zur Sprache zu bringen, eine für Österreich-Ungarn unfreundliche Absicht erblicken, deren Wesen in der Tendenz liegt, uns von der Balkanhalbinsel einschließlich der Türkei abdrängen und uns daselbst jeden politischen und wirtschaftlichen Einfluß benehmen zu wollen. Was schließlich die Beantwortung der von Assim Bey gestellten Frage anbelangt, so wollen Euer Exzellenz bemerken, daß der türkische Minister des Äußern bei Stellung derselben von einer Voraussetzung ausgeht, die sich nicht unwesentlich von jener unterscheidet, auf welcher die in meinem oben zitierten Telegramme erwähnte russische Sondierung beruht hatte. Bei letzterer sei nämlich russischerseits angenommen worden, daß die mit der Pforte eingeleitete Konversation bereits das von Rußland gewünschte Resultat ergeben habe und dieses nur mehr der Sanktion Europas bedürfe. Hingegen scheine aus der Anfrage Assim Beys hervorzugehen, daß die Sache noch lange nicht so weit gediehen ist, ja daß sich sogar einer Erfüllung des russischen Wunsches ernstliche Interessen der Türkei entgegenstellen, indem letztere vielmehr in der Erhaltung des status quo ihren Vorteil erblicken dürfte. Für Österreich-Ungarn stelle die Erhaltung der Türkei den obersten Grundsatz seiner Politik im nahen Orient dar. Das gleiche Prinzip schreibt auch Rußland auf seine Fahne. Der Übereinstimmung dieser Gesichtspunkte sei die sich allmählich vollziehende Annäherung zwischen Wien und St. Petersburg zu verdanken. Könnte nun die Türkei es als im Interesse ihrer Selbsterhaltung gelegen ansehen, ihre Einwilligung dazu zu geben, daß die geltenden Rechtsnormen über die Meerengendurchfahrt abgeändert werden, so würde ich hiegegen, wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 153 vom 20. v. M. bekannt, prinzipiell keinen Widerspruch erheben. Ganz anders stehe jetzt die Sache, scheine doch die Pforte in dieser für sie eine Existenzfrage darstellenden Angelegenheit an dem gegenwärtigen Zustande festhalten und in dieser Absicht meinen Rat einholen zu wollen. Unter diesen Umständen liege

wohl kein Grund vor, mich bei Beantwortung der Anfrage Assim Beys von anderen Gesichtspunkten als von dem allgemein türkenfreundlichen Grundzuge unserer Politik leiten zu lassen.

[a]) Vgl. n. 3027, 3033, 3042. — [b]) n. 3008. — [c]) Vgl. n. 3026 Anm. d, 3036.

*Nr. **3031.** Erlaß nach Bukarest, 1. Dez. 1911 Nr. 3065.[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).*

Die Nachrichten, die in den letzten Wochen über die Absicht Italiens in die Öffentlichkeit gedrungen waren, den Kriegsschauplatz zu erweitern und eventuell mit einer Flottenaktion im ägäischen Meere vorzugehen, haben die Pforte vor etwa 10 Tagen veranlaßt, den neutralen Signatarmächten des Berliner Vertrages mitzuteilen, daß diese drohende Gefahr es ihr zur Pflicht mache, gewisse Schutzmaßregeln zu ergreifen, von denen einige, wie zum Beispiel die Schließung der Meerengen, den neutralen Schiffs- und Handelsverkehr in Mitleidenschaft ziehen würden. Die Pforte stelle es den Mächten anheim, die Durchführung derartiger Maßnahmen dadurch überflüssig zu machen, daß sie durch eine moralische Pression in Rom die italienische Regierung dazu bewegen, von der geplanten Flottenaktion abzustehen. Der Standpunkt, auf den sich die Mehrzahl der Mächte diesem türkischen Schritte gegenüber stellte, ging im allgemeinen dahin, daß schon mit Rücksicht auf ihre Neutralität zwar eine Einwirkung in Rom im Sinne der Anregung der Pforte untunlich sei, daß aber auch andererseits der Türkei bei der Ergreifung der gebotenen Defensivmaßnahmen keine Hindernisse bereitet werden können. Eine abweichende Haltung nahmen, speziell in der Frage der Sperrung der Meerengen für den neutralen Schiffahrtsverkehr, die Kabinette von London und Petersburg ein, was sich dadurch erklärt, daß durch eine solche Maßregel in erster Linie englische und namentlich russische Handelsinteressen geschädigt werden müßten. Während das englische Kabinett sich darauf beschränkte, in seiner vorläufigen Antwort auf den türkischen Schritt Vorbehalte bezüglich der Rechte der Neutralen zu machen, hat sich die russische Regierung an die Mächte gewendet und ihnen erklärt, daß die freie Durchfahrt neutraler Schiffe durch die Meerengen durch den Artikel III der Londoner Konvention vom Jahre 1871 gewährleistet sei und daß daher jede Maßregel, durch die diese freie Passage unterbunden würde, — somit Sperrung und Minenlegung sowohl als auch die Blockade der Dardanellen — eine Verletzung jener Vertragsbestimmung involviere. Das Petersburger Kabinett hat gleichzeitig mitgeteilt, daß es ihm nützlich erschiene, die beiden kriegführenden Teile auf diese Tatsache aufmerksam zu machen und angefragt, ob eine diesbezügliche Demarche in Rom und Konstantinopel die Unterstützung der Mächte finden würde. Da mir der von Rußland vorgeschlagene Schritt geeignet erschien, den internationalen und damit auch unseren Handels- und Schiffahrtsverkehr vor Störungen zu bewahren und durch Verhütung einer italienischen Flottenaktion vor den Dardanellen auf die Pforte beruhigend zu wirken, da es andererseits in allen Stadien des italo-türkischen Konfliktes mein Bestreben war, auf ein einheitliches Auftreten der neutralen Großmächte hinzuwirken,

habe ich die russischen Eröffnungen freundlich aufgenommen. Nur hielt ich es für angezeigt, bei dem russischen Kabinette anzuregen, daß die abzugebende Erklärung derart ergänzt werde, daß sie außer den Fällen der Blockade und der Sperrung der Meerengen auch die Eventualität einer Forcierung derselben durch eine feindliche Flotte umfasse. Da aber die Konsultierung sowohl der hiesigen als auch der russischen Fachleute des Völkerrechtes ergab, daß sich für eine solche Ergänzung nur schwer eine vertragsrechtliche Basis finden ließe und auch Herr Neratow dieser Ansicht zuneigte, habe ich mich entschlossen, meine Anregung im Interesse eines einheitlichen Vorgehens fallen zu lassen und der russischen Proposition zuzustimmen. Übrigens hatte das russische Kabinett inzwischen die von den Mächten abzugebende Erklärung in einer Fassung formuliert, die dem meiner Anregung zugrunde liegenden Gedanken, daß auch die Forcierung der Meerengen in ihrer Wirkung unter Umständen einer Sperrung gleichkommen und daher gegen die Londoner Konvention verstoßen könnte, bis zu einem gewissen Grade Rechnung trägt. Diese Formulierung lautete nämlich: „Das Recht der freien Durchfahrt durch die Meerengen kann weder seitens des Angreifers durch eine Blockade oder ein anderes Mittel noch seitens des Angegriffenen durch die Sperrung der Durchfahrt aufgehoben werden.“ Die in Aussicht genommene Erklärung sollte nach den ursprünglichen Intentionen Herrn Neratows zuerst in Rom abgegeben werden. Auf Grund der von Italien erhaltenen (zustimmenden) Antwort sollte eine korrespondierende Mitteilung an die Pforte gerichtet werden. Ich habe daher an Herrn von Mérey die Weisung ergehen lassen, falls sein russischer Kollege eine im obigen Sinne gehaltene Erklärung auf der Consulta abgibt und die Botschafter im Besitze analoger Instruktionen sind, mit einem identischen Schritte nachzufolgen und von diesem Auftrage auch in freundschaftlicher Weise Herzog Avarna in Kenntnis gesetzt. Eine gleiche Instruktion ist, wie mir Herr von Kiderlen mitteilen ließ, auch an den deutschen Botschafter in Rom ergangen. Inzwischen hat das russische Kabinett, wie aus den letzten Meldungen aus St. Petersburg hervorgeht, seinen Standpunkt insoferne geändert, als Herr Neratow mich wissen ließ, daß er es vorziehen würde, die in Frage stehende Mitteilung der italienischen Regierung im Wege ihrer bei den Mächten akkreditierten Botschafter zukommen zu lassen; er habe sich dementsprechend zu Herrn Melegari ausgesprochen und ihm den Standpunkt der neutralen Mächte gegenüber einer eventuellen Blockade der Meerengen auseinandergesetzt. Eine weitere Demarche in Rom hält Herr Neratow für nicht notwendig. Was einen etwaigen Schritt der Mächte in Konstantinopel anbelangt, so behält sich der Herr Gerent vor, mit konkreten Vorschlägen hervorzutreten, sobald ihm die Antworten aller Kabinette zugekommen sein werden. Unter diesen Umständen gedenke ich in Übereinstimmung mit den Anschauungen Herrn von Kiderlens vorläufig zuzuwarten und Herrn Neratow die weitere Realisierung seines Vorschlages zu überlassen. Vorstehende Ausführungen wollen Euer Durchlaucht gelegentlich in streng vertraulicher Weise zur Kenntnis Seiner Majestät König Carols bringen sowie bei Herrn Carp verwerten.

[a]) Vgl. n. 3029, 3032, 3471.

Nr. 3032. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 1. Dez. 1911 Nr. 402 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Assim Bey stellte gestern an mich die Frage, ob ich glaube, dass die Gefahr eines italienischen Angriffes auf Salonik bestehe. Die türkische Regierung möchte nämlich, wenn sie sicher wäre, dass sie dort keinen Angriff zu befürchten hat, eine Anzahl schwerer Geschütze, die sich in Kara Burun befinden, für die Verteidigung der Dardanellen benützen. Ich antwortete dem Minister, dass ich persönlich an einen Angriff auf Salonik wohl nicht glaube, dass ich ihm aber in dieser Beziehung keinerlei Versicherung geben kann. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3031, 3036, 3038.

Nr. 3033. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 1. Dez. 1911 Nr. 403 (eing. (4 U. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Im Nachhange zu meinem Telegramme No. 401 vom 30. November. Assim Bey hat in unserer gestrigen Unterredung unter anderem die Befürchtung ausgesprochen, Herr Tscharykow könnte demnächst ihm gegenüber auf die Frage der Meerengen wieder zurückkommen. In diesem Falle würde er (Assim Bey) in der unangenehmen Lage sein, dem russischen Botschafter irgend eine Antwort geben zu müssen. Ich riet dem Minister, Herrn Tscharykow vorläufig zu antworten, die Frage der Meerengen hänge von allen Grossmächten ab, die Türkei könne daher einseitig in dieser Angelegenheit nichts tun, da sie durch die bestehenden einschlägigen Verträge nicht allein Rechte erhalten, sondern auch bestimmte Pflichten übernommen habe. Assim Bey sagte mir, er werde gegebenen Falles in diesem Sinne antworten. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3030, 3034, 3037.

Nr. 3034. Erlaß nach St. Petersburg, 1. Dez. 1911 Nr. 3064.[a] Konz. (S. und G. Nemes).

Streng geheim. In der Anlage übermittle ich Euer Exzellenz die Abschriften zweier Telegramme des Markgrafen Pallavicini Nr. 400 und 401 vom 28. beziehungsweise 30. November d. J. sowie meiner telegraphischen Weisung nach Konstantinopel Nr. 316 vom 29. v. M. zu Hochdero streng vertraulicher Orientierung. Einer Konversation über die russischerseits intendierte Abänderung der Durchfahrtsbestimmungen durch die Meerengen, wollen Euer Exzellenz tunlichst aus dem Wege gehen und sich, wenn Ihnen das Thema seitens Herrn Kokowzows oder Herrn Neratows aufgedrängt werden sollte, nur im Sinne meiner früheren Weisungen vernehmen lassen. Über die von Markgraf Pallavicini gemeldete russische Demarche in Konstantinopel wollen Euer Exzellenz sich auf keinen Fall informiert zeigen.

[a] Vgl. n. 3033, 3037, 3051.

Nr. 3035. Tel. aus Berlin, 2. Dez. 1911 Nr. 234 (eing. 4 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Mit Bezug auf Erlass No. 3011 vom 28. v. M. Anlässlich eines Besuches, den ich gestern dem Staatssekretär abstattete, kamen auch die Ausführungen Herrn von Kiderlens in der Budgetkommissions-Sitzung vom 17. v. M. zur Sprache. Kiderlen versicherte mir, sehr erstaunt gewesen zu sein, dass einige österreichische Blätter, insbesondere die Neue Freie Presse seine bezüglichen Äusserungen so ausgelegt hätten, als ob Österreich-Ungarn die deutsche Regierung in ihrem Bestreben, die Algeciras-Akte aufrecht zu erhalten, im Stiche gelassen hätte. Er habe mit der Behauptung, dass andere Mächte der französischen Auffassung zustimmen, nur England gemeint und nur mit Rücksicht auf die englische Empfindlichkeit auch andere Mächte genannt. Er sei überzeugt, dass in der Budgetkommission die Bedeutung seiner Worte richtig ausgelegt worden sei und auch die hiesigen leitenden Pressorgane hätten dies so aufgefasst. Szögyény.

[a] Vgl. n. 3019, 3050.

Nr. 3036. Bericht aus Bukarest, 2. Dez. 1911 Nr. 52 A (eing. 5. Dez.).[a] Ausfert.

Geheim. Die Rückkehr Seiner Majestät des Königs in Seine Hauptstadt und der Auftrag Euer Exzellenz, die an Herrn von Mérey erflossenen Weisungen, und zwar eine Chiffre-Depesche vom 8. v. M. Nr. 192, geheim, und ein Erlaß vom 15. v. M. Nr. 2813, geheim, zu Höchstdessen Kenntnis zu bringen, boten mir den Anlaß, um eine Audienz nachzusuchen, welche mir für den 30. v. M. gewährt wurde. Nachdem ich Seiner Majestät die beiden Schriftstücke vorgelesen hatte, welche Sein lebhaftes Interesse erregten, äußerte Sich Höchstderselbe dahin, daß Er Euer Exzellenz Sprache der italienischen Regierung gegenüber nur beipflichten könne, nachdem es sich als unbedingt notwendig erweise, in zwar ruhigster und freundschaftlichster Weise, aber auch mit dem notwendigen großen Ernst Italien auf die unheilvollen Folgen eines überhasteten Schrittes im Aegäischen Meere aufmerksam zu machen. Seine Majestät führte weiter aus, daß Italien durch die unangebrachte und unzeitgemäße Annexionserklärung die Schiffe hinter sich verbrannt habe und nunmehr für eine Friedensaktion kaum mehr eine geeignete Basis gefunden werden könne. König Karol gab bei dieser Gelegenheit dem Gedanken Ausdruck, ob nicht Italien nahegelegt werden könnte, sich mit der Annexion von Tripolis zu begnügen und die Cyrenaika unter einer formalen Suzeränität des Sultans zu belassen, ein Arrangement, das die Pforte bestimmt als diskutierbar ansehen würde. Seine Majestät faßte auch die Möglichkeit ins Auge, daß bei einer eventuellen längeren Dauer des Krieges die Ungeduld der öffentlichen Meinung in Italien einen Kabinettswechsel hervorrufen könnte, ein Ereignis, das insoferne günstig wäre, als dann das neue Ministerium freie Hand hätte und konzilianter auftreten könnte. Was die Türkei anbelangt, meinte Seine Majestät, müsse derselben bei jeder Gelegenheit vorgehalten werden, daß jede Truppenansammlung oder partielle Mobilisation ein schwerer taktischer

Fehler wäre, nachdem eine derartige Maßnahme das Verhältnis zu den Nachbarn zu einem äußerst gespannten gestalten müßte. Ohnehin werde im Frühjahr, besonders bei fortdauerndem Kriegszustande, mit einem neuerlichen Aufstand der Albanesen zu rechnen sein, der türkische Militär-Operationen mit allen ihren gefährlichen Folgen zeitigen werde. Auf die jetzt bereits im Schwinden begriffene Gefahr einer Blockade der Dardanellen übergehend und auf eine Sperrung derselben seitens der Pforte, äußerte Sich Seine Majestät dahin, daß bei Eintritt eines dieser Fälle Er aus Seiner durch die Neutralität diktierten Reserve hätte heraustreten müssen. Eine Verschließung der Meerenge durch einen der kriegführenden Teile würde derart den Lebensnerv Rumäniens treffen, daß Er vor versammeltem Ministerrate erklärte, Er würde sogar, um dies zu verhindern, Sich ad hoc zum Bundesgenossen Rußlands machen! Im Laufe des weiteren Gespräches gab Seine Majestät Seiner Besorgnis Ausdruck, daß sich Italien nach einem günstigen Ablauf des heutigen Unternehmens veranlaßt sehen könnte, die bestehenden Allianzen nicht mehr zu erneuern. Er würde darin, mit Hinblick auf die Haltung dieses Bundesgenossen in den letzten großen Oesterreich-Ungarn und Deutschland berührenden Fragen, keinen allzu großen Verlust erblicken können, vorausgesetzt, daß sich Italien nicht sogleich in vindikativer Absicht den Westmächten anschlöße. Im Zusammenhange mit dieser Bemerkung führte der höchste Herr aus, daß sich der Gedanke eines engeren Anschlusses der Zentralmächte an die Türkei,*b)* den Kaiser Wilhelm seinerzeit sehr präkonisiert habe, unwillkürlich aufdränge. Schon einmal, knapp vor dem türkischen Regime-Wechsel, wäre Ihm seitens des Sultans ein Vorschlag zu einer Militärkonvention gemacht worden, doch hätte dieselbe daran gescheitert, daß die damalige türkische Regierung keine Garantie für Stabilität und Diskretion geboten habe. Der Eindruck, welchen ich aus den Ausführungen Seiner Majestät gewann, war der, daß Höchstderselbe je eher je lieber die Beendigung eines Krieges sehen würde, der gegebenen Falles der Türkei einen derartigen äußern oder innern Schaden zufügen könnte, daß dieselbe nicht mehr jenen Machtfaktor darstellte, als welchen Seine Majestät dieses Reich in Seine Rechnung eingestellt hat. Eine lahmgelegte Türkei würde die Erschütterung eines Grundpfeilers Seiner vieljährigen äußeren Politik bedeuten. Es beginnt sich daher bei König Karol eine tiefe Mißstimmung gegen den Urheber der heutigen gefährlichen Perturbationen zu regen und ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich annehme, daß Höchstdemselben im jetzigen Augenblicke auch eine eventuelle künftige Aenderung der politischen Orientierung Italiens als kein zu hoher Preis für einen baldigen Frieden erscheint, wenn derselbe auch einem größeren Drucke der Kaisermächte auf den Bundesgenossen zu verdanken wäre und uns die italienische Sympathie kosten würde. Sollte sich eine solche Vorgangsweise als undurchführbar erweisen, so würde, vermeine ich, Seiner Majestät auch ein Druck auf die Türkei seitens der Zentralmächte nicht widerstreben, selbst bei Verlust der Vorzugsstellung am Bosporus, wenn derselbe nur die Beendigung des Konfliktes ohne zu großen Schaden für das Osmanenreich zur Folge hätte. Dieser Gedanke kam in dem öfters ausgesprochenen Anwurfe zutage, es möge versucht

werden, Rußland zu bewegen, die Friedensaktion energisch in die Hand zu nehmen, möge dabei das Risiko gelaufen werden, daß im Falle des Gelingens dieses als Retter am Goldenen Horn betrachtet würde. Kurz gesagt, König Karol würde, um durch einen baldigen Friedensschluß eine tiefe Erschütterung der Türkei hintanzuhalten, große von den Kaisermächten zu bringende Opfer als berechtigt anerkennen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 3032, 3038, 3067, 3111. — [b]) Vgl. n. 3026 Anm. d, 3030Anm. c, 3047.

Nr. 3037. Tel. nach Konstantinopel, 2. Dez. 1911 Nr. 319 (chiffr. 6 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Die Sprache, welche Euer Exzellenz laut Telegrammes Nr. 403 vom 1. d. M. Assim Bey gegenüber geführt haben, findet meine volle Billigung. Da meine demnächstige Antwort an den ottomanischen Minister des Äußern unter anderem denselben Gedanken enthalten wird, ermächtige ich Euer Exzellenz, Assim Bey schon jetzt, falls Hochdieselben dies für wünschenswert halten, den von Euer Exzellenz erteilten Rat auch in meinem Namen zu wiederholen. Euer Exzellenz wollen bei diesem Anlasse auch die Bemerkung fallen lassen, daß türkischerseits der Demarche Herrn Tscharykoffs gegenüber Vorsicht am Platze wäre. Es sei der Zweifel nicht von der Hand zu weisen, ob nicht vielleicht der russische Botschafter wenigstens hinsichtlich jenes Teiles seiner Eröffnungen auf eigene Faust gehandelt habe, welcher sich auf die Zuversicht beziehe, mit der Rußland der Stellungnahme der anderen Mächte zu der geplanten Modifikation der Traktate entgegensehe.

[a]) Vgl. n. 3034, 3040 Anm. d, 3043, 3044. Aehrenthal.

Nr. 3038. Tel. nach Konstantinopel, 2. Dez. 1911 Nr. 320 (chiffr. 7 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).

Geheim. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 402 vom 1. d. M. Zu Euer Exzellenz rein persönlicher und streng geheimer Orientierung bemerke ich, daß auch ich, nach dem Ergebnisse der Sondierungsaktion über die Eventualität einer Ausdehnung der kriegerischen Operationen auf das Ägäische Meer den Eindruck gewonnen habe, daß Italien kaum mehr an einen Angriff auf Salonik denken dürfte. Nachdem ich jedoch der italienischen Regierung ausdrücklich zugesagt habe, keinerlei Mitteilung über die gegenständlichen Pourparlers nach Konstantinopel gelangen zu lassen, bin ich damit vollkommen einverstanden, daß Euer Exzellenz sich Assim Bey gegenüber darauf beschränkt haben, Ihrer persönlichen Ansicht dahin Ausdruck zu verleihen, daß Hochdieselben an einen Angriff auf Salonik nicht glauben. Euer Exzellenz wollen sich in dieser Hinsicht keinesfalls auf eine Äußerung namens der k. u. k. Regierung einlassen, doch stelle ich es Hochdenselben anheim, dem türkischen Minister des Äußern gegenüber — und zwar gleichfalls als Ihre rein persönliche Ansicht — zu bemerken, daß es nicht unbedenklich wäre, eine Anzahl schwerer Geschütze von Karaburun nach den Dardanellen zu schaffen. Da Italien über einen wohlorganisierten Kundschafterdienst zu verfügen scheine, dürfte eine solche Schwächung der Verteidigungskraft Saloniks dem Feinde nicht

unbekannt bleiben und könnte ihn dies gerade zu einem Angriff auf jenen Hafen verleiten. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3036, 3039.

Nr. 3039. Tel. aus St. Petersburg, 2. Dez. 1911 Nr. 217 (eing. 3. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Nach einer heutigen Bemerkung Herrn Neratows dürften dessen Schwankungen in Angelegenheit der von ihm proponierten gemeinsamen Dardanellen-Demarche sowie schliessliches Insandverlaufen derselben auf ablehnende Haltung zurückzuführen sein, die er diesfalls bei einzelnen Kabinetten (kann wohl nur England oder Frankreich sein) gefunden.

Herr Neratow hat gestern türkischem Botschafter gegenüber russischen Standpunkt, dass sowohl Blockade als Sperrung gegen Londoner Protokoll verstosse, auseinandergesetzt.

Er hat mich nicht ausdrücklich ersucht, Euer Exzellenz vorzuschlagen, den gleichen modus anzuwenden, scheint durch eine Meldung Herrn von Giers' Gefühl zu haben, dass Euer Exzellenz nicht mehr mitgehen wollen. Es würde Gerenten gewiss schmeicheln, wenn Euer Exzellenz, falls türkischem Vertreter in Wien gegenüber ähnliche Sprache zu führen für ...[b]) fänden, Herrn Neratow hievon Mitteilung machen wollten. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3038, 3040, 3045. [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 3040. Bericht aus St. Petersburg, 19. Nov./2. Dez. 1911 Nr. 55 A (eing. 5. Dez.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Mit meinem Telegramme vom 29./16. v. M. Nr. 214 hatte ich die Ehre Euer Exzellenz von dem wesentlichsten Inhalte meiner ersten Unterredung mit dem Herrn Ministerpräsidenten Meldung zu erstatten. Die Message, die ich ihm Namens Euer Exzellenz überbringen konnte, hat den besten Eindruck gemacht und war umsomehr am Platze, als sie geeignet war, einen gewissen Rückstand an Misstrauen zu zerstreuen, den ich selbst bei Herrn Kokowzow gegen unsere Politik noch immer bemerken konnte und der durch die jüngsten abgeschmackten Zeitungsmeldungen über Truppenkonzentrationen in Bosnien[b]) wieder etwas reger geworden zu sein scheint. Der Verlauf des italienisch-türkischen Konfliktes flösst dem Herrn Ministerpräsidenten grosse Besorgnisse ein, weil er keinen Ausweg aus der Impasse sieht, in die sich Italien durch seine voreilige Annexions-Erklärung begeben hat. Die grösste Gefahr erblickt er — und hierin begegnet er sich mit der Auffassung Euer Exzellenz — darin, dass Italien sich zu einem Coup de tête hinreissen lasse, worunter er einen Versuch zur Forcierung der Dardanellen versteht. In dieser Beziehung steht er im Gegensatz zu Herrn Neratow, der zu glauben schien, dass dies vielleicht der rascheste Weg zur Erreichung eines Friedensschlusses wäre. Diese Meinungsverschiedenheit kam deutlich zum Ausdruck, als ich Herrn Kokowzow schilderte, wie Euer Exzellenz den Vorschlägen des russischen Kabinetts entgegengekommen seien und sogar nicht gezögert hätten, Hochdero Anregung, die Forcierung der Dardanellen unter die die freie Schiff-

fahrt behindernden und daher durch das Londoner Protokoll ausgeschlossenen Aktionen zu subsummieren, sogleich fallen gelassen hätten, als Herr Neratow nicht hierauf eingehen wollte. „Mais pourquoi Mr. Neratow n'a-t-il pas accepté cette proposition?" rief Herr Kokowzow aus, und fügte hinzu, er werde ihn sofort hierüber befragen. Bei Besprechung der allgemeinen Weltlage wurden auch die Zustände in Persien gestreift, die er als durchaus unbefriedigend bezeichnete. Hiebei möchte ich nur, als charakteristisch, eine hingeworfene Bemerkung erwähnen, die er über das Verhalten Englands machte und die bestätigte, dass selbst an diesem einzigen Punkte, wo die Entente mit England für Russland einen wirklichen praktischen Wert besitzt, dieselbe durchaus nicht allzu gut funktioniert. Herr Kokowzow sagte mit ziemlich scharfer Pointierung, die Engländer hätten in völliger Verkennung der Sachlage in Persien immer das für jenes Land völlig ungeeignete konstitutionelle Regime unterstützt und auf diese Weise viel zum Sturze des Ex-Schahs beigetragen. Dieser sei zwar ein miserabler Herrscher gewesen, habe aber wenigstens doch eine Autorität dargestellt. Hätten die Engländer diesen in Ruhe gelassen, wäre alles viel besser. So aber sei der Schah vertrieben worden und jetzt herrscht dort vollständiges Chaos. Über die Zustände in China ist Herr Kokowzow nicht besonders aufgeregt. Er meint, dass vorläufig die dortige Revolution jedenfalls eine Schwächung des Nachbars bedeute, die Russland nicht unangenehm sein könne. Und, wenn auch im weiteren Verlaufe der Ereignisse sich aus der jetzigen Umwälzung eine Wiedergeburt des Reiches der Mitte auf irgend einer jetzt noch gar nicht erkennbaren Grundlage ergeben sollte, würde hiezu jedenfalls sehr viel Zeit erforderlich sein, so dass man sich derzeit darüber noch keine grauen Haare wachsen zu lassen brauche. Der allgemeine Eindruck, den ich aus meiner Konversation hatte, war ein entschieden günstiger und sollte ich meinen, dass die Besserung in unseren Beziehungen zu Russland,[c] die schon in den Konversationen bezüglich Albaniens im vergangenen Sommer, sowie erst kürzlich gelegentlich Behandlung des Neratowschen Vorschlages zu Tage trat, ganz von selbst allmählich weitere, wenn auch vielleicht nur langsame Fortschritte machen wird. Für eine konkrete Ouverture unsererseits, wie sie Euer Exzellenz für den Fall eines neuerlichen Aufgreifens der Meerengenfrage[d] in Aussicht nehmen, ist wohl der Augenblick noch nicht gekommen, zumal dieser letztere Gegenstand weder von Herrn Neratow, noch vom Herrn Ministerpräsidenten mir gegenüber angeregt, also scheinbar von der Tagesordnung aus irgend welchen Gründen vorläufig wieder abgesetzt wurde. Die mir Seitens Euer Exzellenz in dieser Hinsicht aufgetragene Vorsicht scheint mir jetzt mehr denn je am Platze, weil in Folge der unzeitgemässen, auch in hiesigen Blättern reproduzierten Meldung des „Vaterland", ich sei Überbringer eines Allerhöchsten Handschreibens und mit besonderen Aufträgen zur Anbahnung einer Annäherung an Russland versehen, nun jeder etwas prononcierte Schritt meinerseits mehr denn je Gefahr laufen würde, als ein Nachlaufen aufgefasst zu werden, wodurch ein dem beabsichtigten gerade entgegengesetzter Effekt erzielt werden würde. Thurn.

[a] Vgl. n. 3039, 3045. — [b] Vgl. n. 2986, 3048. — [c] Vgl. n. 2998 Anm. b, 3095. — [d] Vgl. n. 3037, 3042.

Nr. 3041. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 3. Dez. 1911 Res. Nr. 253 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 5. Dez. Nr. 4748 am 19. Dez.).[a] Abschrift.

Fortsetzung der Berichte Res. Nr. 238[b], 240[b] und 245[c]. Das Gerede über den Geheimbund der Offiziere und der Omladina (Nachwuchs) hat nachgelassen, ohne dass man Klarheit über Wesen und Bedeutung dieser Organisation erhalten hätte. Die meisten Ansichten begegnen sich darin, dass mehrere ältere Offiziere — Mitglieder der Verschwörung von 1903, die damals nicht auf ihre Rechnung kamen — unter der Maske patriotischer Absichten junge Offiziere und Studenten um sich versammeln, um mit deren Hilfe egoistische Tendenzen zu verwirklichen. Dies soll von vielen Mitgliedern erkannt worden sein und zu Austritten und Zerwürfnissen innerhalb der Organisation geführt haben. Der hiesige bulgarische Gesandte — meist über serbische Fragen sehr gut informiert — erzählt mir, von verlässlicher Seite erfahren zu haben, dass der Kriegsminister eine Untersuchung gegen zahlreiche Offiziere eingeleitet hatte, sie jedoch sistieren musste, „weil sich sonst Schwierigkeiten von weittragender Bedeutung ergeben hätten." Eine weitere ungelöste Frage. Einer Zeitungsnachricht zufolge soll sich der Kriegsminister sogar über diese Strömung im Offizierskorps sehr beifällig geäussert haben! Sollte man wirklich an offizieller serbischer Stelle es gut heissen, dass sich das Offizierskoprs in die Politik einmischt, was bedeuten würde: sich der Politik im Lande bemächtigt? Gellinek.

[a] Vgl. n. 3073. — [b] Vom 15. Nov. — [c] Vom 22. Nov.

Nr. 3042. Tel. aus Berlin, 3. Dez. 1911 Nr. 235 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz streng vertraulichen Erlass vom 1. dieses Monats Nr. 3063. Staatssekretär sagte mir, dass von russischer Seite über die in Konstantinopel gemachten konkreten Vorschläge in der Meerengenfrage hier bisher keine Mitteilung gemacht wurde. Baron Marschall telegrafiert nach Informationen, die auch er vom türkischen Minister des Äussern erhalten habe, beiläufig dasselbe wie Markgraf Pallavicini an Euer Exzellenz; unter den von Russland angebotenen Gegenkonzessionen mache jedoch der deutsche Botschafter keine Erwähnung von der angebotenen Hilfe Russlands im Falle eines fremden Angriffes auf die Dardanellen. Dem deutschen Botschafter in Konstantinopel sei die Instruktion erteilt worden, Assim Bey zu raten, die russische Regierung um nähere Erläuterung ihrer Vorschläge zu ersuchen, damit dieselbe mit ihren eigentlichen Absichten deutlicher hervortrete. Die Pforte möge die Frage stellen, wie die russische Regierung die freie Durchfahrt der russischen Kriegsschiffe durch die Meerengen verstehe und ob, nach ihrer Ansicht, diese Massregel sich auf die Friedenszeit beschränke. Auch möge russischerseits erklärt werden, wie man in Petersburg über „eine Entente aller Balkanstaaten" denkt. Im Laufe unserer Unterredung bezeichnet mir der Staatssekretär die in Konstantinopel erfolgte russische Demarche als einen Überrumpelungsversuch, über welchen man sich in Konstantinopel nicht

allzusehr aufregen sollte. Es hänge ja von der Pforte ab, den russischen Vorschlag abzulehnen; übrigens sei zur Abänderung der geltenden Rechtsnormen für die Meerengendurchfahrt die Zustimmung aller Signatarmächte erforderlich. Was die Stellungnahme Deutschlands betrifft, konstatiert Herr von Kiderlen, dass die sympathische Haltung der deutschen Regierung zu den eventuellen russischen Propositionen (vide Euer Exzellenz Erlass Nr. 3046 vom 30. v. M.) immer nur unter der Voraussetzung in Aussicht gestellt worden sei, dass in der Meerengenfrage eine Verständigung zwischen Russland und der Türkei vorliege. Staatssekretär wiederholte mir, dass er das allergrösste Gewicht auf ein einvernehmliches Vorgehen Deutschlands mit Österreich-Ungarn lege. Eine entschieden ablehnende Haltung gegenüber den russischen Wünschen in der Meerengenfrage, würde nach seiner Ansicht „die Geschäfte der Westmächte besorgen". Zum Schlusse versicherte mir der Staatssekretär vertraulich, er habe sich niemals dahin ausgesprochen und sei auch keineswegs der Meinung, dass Österreich-Ungarn immer in der Lage sein würde, angesichts eines eventuellen nichtfreundschaftlichen Auftretens der russischen Flotte im Mittelländischen Meer sich mit der Türkei in Verbindung zu setzen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3040 Anm. d, 3043, 3065, 3068, 3075.

Nr. 3043. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 3. Dez. 1911 Nr. 405 (eing. 3 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Assim Bey hat nunmehr auch meinem deutschen Kollegen über die russische Demarche in der Meerengenfrage Mitteilung gemacht. Baron Marschall suchte mich gestern auf und sagte mir, er habe in einem an seine Regierung gerichteten Telegramme seine Anschauung in der Sache dahin präzisiert, dass ein Eingehen auf die russischen Wünsche seitens der Mächte eine vollständige Änderung der Situation herbeiführen würde, da dann die Türkei früher oder später zum Vasallen Russlands herabsinken müsste. Unter diesen Umständen würde die Orientpolitik der beiden Zentralmächte eine schwere Niederlage erleiden und speziell die Früchte seiner eigenen 15jährigen Tätigkeit zunichte werden. Der deutsche Botschafter fügte noch dieser Mitteilung vertraulich hinzu, dass er, wenn seine Regierung seine Ansicht in dieser Sache nicht teilen sollte, fest entschlossen wäre, von seinem hiesigen Posten sofort zurückzutreten. Nötigenfalls würde er noch vor diesem Schritte sich direkt an Seine Majestät den deutschen Kaiser wenden, um Höchstdenselben auf die eventuellen Gefahren einer Politik des Nachgebens gegenüber Russland in der Meerengenfrage, namentlich mit Rücksicht auf die politischen Interessen Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel, aufmerksam zu machen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3037, 3042, 3044, 3046, 3064.

Nr. 3044. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 3. Dez. 1911 Nr. 406 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Mit Bezug auf Telegramm Nr. 319 vom 2. d. M. Die in meinem Telegramm Nr. 400 vom 28. v. M. erwähnten Bemerkungen

des russischen Botschafters Assim Bey gegenüber bezüglich der eventuellen Haltung der Mächte in der Meerengenfrage stellen, auch meinem Eindrucke nach keinen Teil der offiziellen Eröffnungen dar, welche Herr Tscharikow zu machen hatte, sondern dürften bloß seine eigenen Appretiationen sein. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3043, 3046.

Nr. 3045. Tel. nach St. Petersburg Nr. 110 (1), Konstantinopel Nr. 321 (2), Berlin Nr. 163 (3), London Nr. 85 (4), Paris Nr. 84 (5) und Rom Nr. 214 (6), 4. Dez. 1911 (chiffr. 7 U. 40 M. p. m.)a) Konz. (S. Rappaport; V. Nemes und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

1. bis 5. Im Nachhange zu meinem Telegramme vom 29. v. M. Nr. 109 (1), 315 (2), 161 (3), 84 (4), 83 (5).

6. Im Nachhange zu meinem Privatschreiben vom 29. v. M.

1. bis 6. Nach Äußerungen des Herrn von Giers hätte die russische Sondierung bei den Kabinetten ergeben, daß deren Ansichten über diesen Gegenstand zwar so ziemlich übereinstimmen, jedoch auf ein einheitliches Vorgehen der Mächte nicht zu rechnen sei. Obwohl aus der Sprache Herrn von Giers' nicht hervorging, daß Herr Neratow seine Anregung zurückgezogen habe, gewann ich doch den Eindruck, daß er seinen ursprünglichen Plan nicht weiter verfolgt. Der russische Botschafter sagte mir nämlich, der Gerent wolle sich darauf beschränken, demnächst Turkhan Pascha gegenüber auf die Übereinstimmung der Mächte hinsichtlich der Rechte der neutralen Schiffahrt in den Meerengen hinzuweisen. Ich habe zum russischen Botschafter bemerkt, ich würde bei den Kabinetten anfragen lassen, ob auch ihrerseits beabsichtigt werde, eine analoge Sprache gegenüber den ottomanischen Botschaftern zu führen.

3. bis 5. Ich ersuche Euer Exzellenz festzustellen, ob seitens der Regierung, bei welcher Hochdieselben akkreditiert sind, eine analoge Mitteilung des russischen Kabinettes erfolgt ist und welche Auffassung diesbezüglich besteht.

1. 2. und 6. Ich lasse gleichzeitig durch die k. u. k. Botschafter feststellen, ob bei den neutralen Kabinetten eine analoge Mitteilung der russischen Regierung erfolgt ist und welche Auffassung diesbezüglich besteht.

1. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache. Erstes Alinea Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 217 vom 2. d. M. bestärkt mich darin, an die Mächte mit obiger Frage heranzutreten.

2. und 6. Vorstehendes zu Ihrer vertraulichen Information.

1. bis 6. Zu Hochderen geheimer Orientierung und rein persönlicher Kenntnisnahme füge ich bei, daß Herr von Giers seine Mitteilung durch folgenden privaten Kommentar ergänzte: Herr Melegari habe seinerzeit im Gespräche mit dem Gerenten die Möglichkeit erwähnt, daß Italien unter Umständen im ägäischen Meere Operationen unternehmen werde, welche die Rechte der Neutralen tangieren könnten. Herr Neratow habe geglaubt, der italienische Botschafter habe diese Sprache im Auftrage seiner

Regierung geführt und seien analoge Sondierungen italienischerseits auch bei den anderen neutralen Signatarmächten erfolgt. Von dieser irrtümlichen Voraussetzung ausgehend, habe der Gerent angenommen, daß eine Grundlage für eine Parallelaktion der Mächte gegeben sei. Es habe sich nun ergeben, daß Herr Melegari ohne Auftrag gesprochen habe und beschränkte sich Herr Neratow sohin darauf, — zur Beruhigung der öffentlichen Meinung — das bekannte Communiqué hinauszugeben. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3040, 3049.

Nr. 3046. Erlaß nach Konstantinopel, 5. Dez. 1911 Nr. 3119.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Bei Beantwortung der Anfrage, welche Assim Bey laut Telegrammes Nr. 400 vom 28. v. Mts. an Euer Exzellenz gerichtet hat, wollen Hochdieselben vor allem auf die gegenwärtige politische Lage hinweisen, welche meiner Ansicht nach insoferne dem Tscharykoffschen Vorschlage gegenüber eine für die Türkei günstige ist, als sie der Pforte erlaube, auf die russische Proposition, betreffs einer Verständigung über die Meerengen, mit der naheliegenden Gegenfrage zu antworten, welche Unterstützung das Petersburger Kabinett der Türkei in dem Kriege gegen Italien hiefür zu gewähren gewillt sei. Weiters möchte ich die Aufmerksamkeit der Pforte auf den Umstand lenken, daß eine Modifikation der die Dardanellen betreffenden Vertragsbestimmungen von der Zustimmung aller Signatarmächte abhängig sei. Ich würde begreifen, daß der türkische Ministerrat zu dem Resultate gelange, daß es im Interesse der Türkei gelegen sei, in der Meerengenfrage an den geltenden Verträgen festzuhalten, sofern deren Bestimmungen nicht durch solche ersetzt werden könnten, welche eine genügende Sicherheit für die Wahrung der vitalen Interessen der Türkei böten. Österreich-Ungarn werde eine analoge Haltung einnehmen, das heißt sich für die Beibehaltung des jetzigen Rechtszustandes aussprechen, solange keine andere Gewähr dafür gegeben sein wird, daß die mit der Meerengenfrage verbundenen großen Interessen der Türkei und der anderen Mächte, darunter in erster Linie Österreich-Ungarns, einen entsprechenden Schutz finden. Vorstehende Antwort, welche Euer Exzellenz Assim Bey in meinem Namen erteilen wollen, geht vielleicht nicht ganz soweit, als dies nach dem in Hochderen Telegramme Nr. 405 vom 3. d. M. entwickelten Gedankengange wünschenswert erscheinen würde. Obwohl ich die Besorgnisse Euer Exzellenz und Baron Marschalls vor den Folgen einer Modifikation der Durchfahrtsbestimmungen auf das künftige Verhältnis der Türkei zu Rußland teile, muß ich auf den Standpunkt Herrn von Kiderlens einige Rücksicht nehmen, der sich in erster Linie von der Idee des englisch-deutschen Interessengegensatzes leiten läßt und gegen England eine Rückendeckung in Petersburg sucht. Ich hielt es somit für angezeigt, in meinem Verhalten eine das Petersburger Kabinett schonende Form zu beobachten, glaube aber doch, daß die Assim Bey zu erteilende Antwort unsere Interessen wahrt und von Euer Exzellenz zur Hebung unserer Position in Konstantinopel in nützlicher Weise verwertet werden kann.

P. S. Zu Euer Exzellenz Orientierung bemerke ich, daß ich dem Berliner Kabinette den Wortlaut obiger Antwort an Assim Bey nicht mitgeteilt habe; ich überlasse es jedoch Hochderen Ermessen, Baron Marschall mit Rücksicht auf seine gegenständliche Auffassung, welche sich der unseren nähert, soviel zu sagen, daß sich meine Stellungnahme zu der türkischen Anfrage um eine Nuance von der Herrn von Kiderlens unterscheidet.

a) Vgl. n. 3044, 3051, 3065, 3068, 3069, 3077, 3087, 3092, 3096, 3102.

Nr. 3047. Erlaß nach Konstantinopel, 5. Dez. 1911 Nr. 3122.a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Geheim. Ich habe Euer Exzellenz Bericht Nr. 68 A vom 30. v. M., betreffend eine Entente der Türkei mit den Zentralmächten und Rumänien, mit Interesse zur Kenntnis genommen. Wenn ich auch die gewichtigen Bedenken nicht verkenne, die gegen ein Übereinkommen, wie es Assim Bey Euer Exzellenz gegenüber angeregt hat, bestehen, so schiene es mir doch opportun, daß Hochdieselben sich zu dieser Idee nicht gänzlich ablehnend verhalten. Euer Exzellenz wollen daher bei sich darbietender Gelegenheit im Gespräche mit dem türkischen Minister des Äußern die Bemerkung fallen lassen, ich hätte seinen Anwurf sympathisch aufgenommen; im Zusammenhange hiemit könnten Hochdieselben auf meine heutige Antwort, die Meerengenfrage betreffend, verweisen und bemerken, es hänge nun von der Pforte ab, das Terrain unter anderem auch durch ein Festhalten an dem status quo in der Dardanellenfrage für den einigen türkischen Staatsmännern vorschwebenden Gedanken einer Entente mit Österreich-Ungarn, Deutschland und Rumänien vorzubereiten. Zu Euer Exzellenz streng vertraulichen Information und rein persönlichen Kenntnisnahme schließe ich eine Abschrift des Berichtes Nr. 52 A, geheim, vom 2. d. M. des Prinzen Fürstenberg bei. Von den darin wiedergegebenen Ausführungen König Carols möchte ich zwei Punkte besonders hervorheben: so vor allem die ernsten Worte des Königs bezüglich einer eventuellen Verschließung der Meerengen durch einen der kriegführenden Teile, die Rumänien dazu bringen könnte, sich ad hoc auf die Seite Rußlands zu stellen. Weiters die Betrachtungen hinsichtlich der Eventualität des Austrittes Italiens aus dem Dreibunde, bezüglich welcher ich bemerke, daß diese Gefahr derzeit nicht besteht. Auch pflichte ich den Konklusionen, zu denen König Carol gelangt, nicht in allen Punkten bei.

a) Vgl. n. 3036 Anm. b, 3048 Anm. b, 3103.

Nr. 3048. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 5. Dez. 1911 Nr. 407 (eing. 6. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe heute mit Assim Bey über die Vorfälle, welche sich in den letzten Tagen an verschiedenen Orten Mazedoniens zugetragen haben, eine Unterredung gehabt. Der Minister sagte mir, er wäre schon vor cirka drei Wochen in der Lage gewesen, die Cabinette der Grossmächte auf die Eventualität von neuerlichen Unruhen in Mazedonien und in Albanien aufmerksam zu machen. Die Vorfälle der letzten Tage

seien für ihn ein Beweis, dass seine Informationen richtig waren. Er habe aus sicherer Quelle erfahren, dass aus Italien ein Betrag von beiläufig 2 Millionen Francs nach Sofia gesendet wurde und dass die italienische Gesandtschaft in Sofia mit gewissen Leuten, die zu Herrn Genadiew Beziehungen haben, in Verbindung stehen soll. Assim Bey hob hiebei ausdrücklich hervor, dass der italienische Gesandte die Hand nicht im Spiele habe, dass aber andere Organe der Gesandtschaft mit jenen bulgarischen Elementen verkehren. Der Minister bemerkte weiter, er sei der Überzeugung, dass die jetzige bulgarische Regierung mit den jüngsten Attentaten in Mazedonien nichts zu tun habe. In Bezug auf Albanien sagte mir Assim Bey, es stehe fest, dass Montenegro nach wie vor in der Malissia intriguiere. Im Zusammenhange mit den obigen Mitteilungen sprach sich Assim Bey äusserst besorgt über die Situation aus und sagte mir, dass die Türkei infolge des italienisch-türkischen Krieges, dann der Vorkommnisse in Persien und schliesslich wegen der Aufrollung der Meerengenfrage sich in einer so kritischen Lage befinde, dass sie bald zu einem Entschluss von grosser Tragweite gedrängt werden dürfte. Assim Bey spielte hiebei augenscheinlich auf die Frage an, zu welcher Mächtegruppe die Politik der Türkei in nächster Zukunft hinzuneigen hätte.[b]

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3040 Anm. b, 3054, 3061. — [b]) Vgl. n. 3047, 3067.

*Nr. **3049.** Tel. aus London, 5. Dez. 1911 Nr. 99 (eing. 6. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm No. 85 von gestern. Ich habe mit Sir A. Nicolson gesprochen, der mir sagte, er betrachte die russische Anregung als abgetan. Es sei wahrscheinlich durch die Aktion Herrn Melegaris aus der ganzen Angelegenheit eine „Konfusion" gemacht worden. Graf Benkendorff habe in letzter Zeit Frage bei ihm nicht wieder zur Sprache gebracht. Im Foreign Office sei seinerzeit dem türkischen Botschafter gesagt worden: „Die Türkei habe das Recht, Massregeln zur Verteidigung ihres Territoriums zu ergreifen, solange dieselben nicht in Konflikt stehen mit den Rechten der Neutralen oder des neutralen Handels, welche auf internationalen Verträgen oder Praxis beruhen." Dabei will man es hier bewenden lassen und beabsichtigt nicht, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3052.

*Nr. **3050.** Erlaß nach Paris, 5. Dez. 1911 Nr. 3123.[a]) Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).*

Der kaiserlich deutsche und der französische Botschafter haben mir den Wortlaut der bei Abschluß des Marokko-Übereinkommens zwischen Staatssekretär von Kiderlen-Wächter und Botschafter Cambon ausgetauschten Lettres explicatives[b]) übergeben. Herr Crozier begibt sich für einige Wochen nach Paris und wird sich dort wohl auch über die Situation im Ministerium des Äußern orientieren. Er hat unsere Notiz betreffs der Cote befürwortend vorgelegt, darauf aber außer der auch von Euer Exzellenz mit Telegramm

vom 26. November, Nr. 94, gemeldeten allgemeinen Phrase noch keine Antwort bekommen, was er darauf zurückführt, daß Herr de Selves sich nicht mehr sicher genug fühlt, um eine solche Zusicherung zu geben. Ich habe mich darauf beschränkt zu erwidern, daß uns die guten Dispositionen des Herrn de Selves bekannt seien, daß wir aber der Erfüllung unseres Wunsches noch entgegensehen. Gelegentlich können sich Euer Exzellenz dahin aussprechen, daß, wenn uns die erwünschten Zusicherungen bald gemacht werden, ich in der Lage wäre, hinsichtlich unserer Zustimmung zum Abkommen beschleunigend auf unsere Regierungen einzuwirken, die sich jetzt mit der Sache befassen. Was den Inhalt unserer Adhäsionserklärung betrifft, so werden wir die in Ihrem Berichte vom 25. November d. J. Nr. 44 C enthaltenen schätzenswerten Anregungen im Auge behalten. Einstweilen haben wir uns in London die Mitteilung der von der englischen Regierung hierüber in Paris abgegebenen Erklärung erbeten und in Madrid bei Bekanntgabe der Aufnahme unserer bei dem französischen Kabinette zugunsten Spaniens eingetretenen Verwendung wissen lassen, daß wir die absolute wirtschaftliche Gleichstellung unserer Nationalen mit denen der übrigen Mächte in dem Spanien zufallenden Teile Marokkos bestimmt erwarten.

[a]) Vgl. n. 2942, 2994, 3035, 3080, 3167. — [b]) 4. Nov. 1911. G. P. XXIX 422 Nr. 10774, 10775; Affaires du Maroc VI 632 ff.

Nr. 3051. Tel. aus St. Petersburg, 5. Dez. 1911 Nr. 218 (eing. 6. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Herr Neratow brachte heute Meerengenfrage zur Sprache, indem er mich frug, ob ich über diesbezügliche Konversationen zwischen Euer Excellenz und Herrn Giers informiert sei. In meiner Erwiderung, bei welcher ich mich im Sinne Euer Excellenz letzten diesbezüglichen Erlasses[b]) besonders reserviert verhielt, beschränkte ich mich zunächst darauf, seine Frage zu bejahen. Als der Gerent weiter insistierte, führte ich ähnliche Sprache, wie Euer Excellenz dem russischen Botschafter gegenüber, wobei ich besonders hervorhob, es dürfe nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Frage, wenn sie nun neuerdings aufs Tapet gebracht werde, von frischem behandelt werden müsse und dass ein Zurückgreifen auf die Buchlauer Vereinbarungen nicht zulässig sei, da die Situation sich seitdem und zwar nicht durch unsere Schuld wesentlich verändert habe, wir auch den Gegenwert damals nicht erhalten hätten. Den Einwurf Herrn Neratows, seither sei ja doch Anerkennung der Annexion erfolgt, konnte ich nicht ernst nehmen und beantwortete denselben mit dem Hinweis auf die damals gegen uns geführte Campagne. Da der Herr Gerent noch weiters insistierte und auf die grosse Wichtigkeit des Gegenstandes für Russland hinwies, erwiderte ich, dass ja der Standpunkt, den Euer Excellenz Herrn von Giers gegenüber entwickelt haben, durchaus kein prinzipiell ablehnender war, die Frage aber auch für uns viel zu wichtig sei, um so leichthin entschieden zu werden, dass aber, wenn die russische Regierung Wert darauf lege, über den Gegenstand ja gesprochen werden könnte. Ich fügte hinzu, dass durch das eventuelle Erscheinen einer russischen Flotte im Mittelmeer die Kräfteverhältnisse dort stark verschoben würden und dass wir uns daher

bei Beurteilung der Frage, in welcher Weise unsere Interessen dadurch tangiert werden, vor allem fragen müssten, ob wir es mit einem Freunde oder mit einem möglichen Gegner zu tun hätten, beziehungsweise, welche Garantien diesbezüglich für uns bestünden. Der Herr Gerent warf hier ein: „mais il semble que, en présence de nos rapports actuels, qui sont les meilleurs, il ne pourrait s'agir que d'un ami". Ich wollte angesichts der letzten, meine bisherigen Instruktionen einigermassen einschränkenden Weisung vom 1. d. Mts. Nr. 3064 mich nicht zu weit einlassen. Ich beschränkte mich daher darauf, die gegenwärtig bestehenden guten Beziehungen auch meinerseits mit Genugtuung zu konstatieren, gab aber mit einem Hinweis auf die noch immer gehässige Sprache der russischen Presse zu verstehen, dass uns der gegenwärtige, doch immerhin labile Zustand nicht genügende Garantien bieten dürfte, um auf diese allein uns zu verlassen. Falls Herr Neratow irgendwelche Vorschläge, die unserem durch die Rücksichten auf unsere elementarsten Interessen vorgezeichneten Standpunkte Rechnung tragen, vorbringen sollte, sei ich überzeugt, dass Euer Excellenz dieselben in der freundschaftlichsten Weise prüfen werden. Herr Neratow erwiderte hierauf mit dem Hinweis auf die demnächstige Rückkehr Herrn Sazonows, dem er bei Behandlung einer so wichtigen Frage nicht vorgreifen dürfe. Ich habe, falls ich keine andere Weisung erhalte, die Absicht, diesen Gegenstand meinerseits nicht mehr zu berühren und es darauf ankommen zu lassen, ob Herr Sazonow dies seinerseits tun wird. Für diese letztere Eventualität bitte ich um Weisung, ob seinerzeitige mündliche Instruktionen und Erlass Nr. 2971 *c)* noch in Kraft sind. Thurn.

a) Vgl. n. 3046, 3058, 3063, 3097. — *b)* n. 3034. — *c)* n. 2998.

Nr. 3052. Erlaß nach Berlin, 6. Dez. 1911 Nr. 3138.a) Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Streng geheim. Nach Euer Exzellenz streng geheimen Telegramm vom 26. v. M., Nr. 228, scheint in Berlin der Eindruck zu bestehen, als ob ich die Absicht hätte, den Art. 7 des Dreibundvertrages zu eliminiren oder ihn durch anderweitige Bestimmungen zu ergänzen. Dies ist ein Missverständniss, welches vielleicht darauf zurückzuführen ist, dass ich in meinem Erlasse vom 4. v. M., Nr. 2657, den Werth dieses Artikels für uns in hypothetischer Form in Frage gestellt habe, für den Fall nämlich, dass Italien zu einer Action in den europäischen Gewässern des aegeischen Meeres und zu einer Occupation dortiger Küsten oder Inseln schreiten sollte, ohne sich vorher unserer Zustimmung zu versichern. Dieser Fall ist bisher nicht eingetreten; wenn hiebei für Italien auch Considerationen hinsichtlich der Gefährdung des internationalen Handels mitbestimmend gewesen sein mögen, so hat doch gewiss in erster Linie mein ernster Hinweis auf die Consequenzen, die ich daraus ableiten müsste, die italienische Regierung von einem Schritte zurückgehalten, der nicht nur auf dem Balkan gefährliche Folgen zeitigen, sondern auch auf das Bundesverhältniss ungünstig zurückwirken müsste. Es hat sich also gezeigt, dass wir gegen etwaige Bestrebungen Italiens im jetzigen Kriege und auch später im Art. 7

eine Waffe besitzen, die wir nicht aus der Hand geben wollen und die sich nicht gegen uns kehren kann, da wir keinerlei territoriale Aspirationen haben, die Italien zu einer Compensationsforderung berechtigen würden. Auch abgesehen von diesen Erwägungen erscheint es mir, nachdem man sich in Rom bereit erklärt hat, den Vertrag tel quel zu erneuern, zweckmässiger, jede durch die Umstände nicht absolut gebotene Aenderung des Wortlautes zu vermeiden, damit, wie Herr von Kiderlen mit Recht hervorhebt, Italien dadurch die Gelegenheit entzogen werde, auch seinerseits mit Wünschen hervorzutreten und auf diese Weise die Erneuerung zu verzögern. Wir werden also an dem bisherigen Texte festhalten und es wird lediglich die durch die Ereignisse überholte, auf Tripolis bezügliche Declaration vom 2. Juni 1902[b]) zu entfallen haben. Aus dem citirten Telegramme habe ich ersehen, dass man deutscherseits auch die jetzige Fassung der Art. IX und X beizubehalten wünscht und den geänderten Verhältnissen in einem protocole additionnel Rechnung tragen will. Herr von Tschirschky hat mir den hier sub 1) anverwahrten Text dieses Protocolls[c]) übergeben, der mir zu wenig präcis erscheint. Wenn diese Abmachungen zunächst auch nur Deutschland und Italien angehen, so übernehmen wir als Signatarmacht doch die Verpflichtung, alle im Vertrage Italien zuerkannten Rechte zu respectiren. Von diesem Gesichtspunkte aus scheint es mir notwendig, die zu allgemeine Fassung „sur la base des derniers évènements en Tripolitaine" durch eine bestimmter formulirte zu ersetzen und die Kriegsergebnisse, die alle möglichen Erwerbungen in sich schliessen könnten, ausdrücklich auf Tripolis und die Cyrenaika zu beschränken. Ich habe daher die sub 2) beiliegende Variante[d]) aufsetzen lassen, die meiner Ansicht nach alles enthält, was man billiger Weise in Italien verlangen kann und die uns davor sichert, dass man dort aus dem Vertrage das Recht auf Erwerbungen ableiten kann, die ausserhalb der nordafricanischen Küste liegen. Ich beehre mich, Euer Exzellenz zu ersuchen, diese Proposition dem Herrn Staatssecretär zu übergeben und deren Annahme an der Hand der vorstehenden Ausführungen bei ihm zu befürworten.[e]) Bei dieser Gelegenheit wollen Euer Exzellenz ihn fragen, ob nach seiner Meinung die Verhandlungen mit der italienischen Regierung durch ihre Botschafter in Wien und Berlin, oder — was mir zweckentsprechender erscheint — durch unsere Botschafter in Rom zu führen sein werden. Indem ich Euer Exzellenz baldigen Berichterstattung hierüber entgegensehe, erneuere ich u. s. w.

[a]) Vgl. n. 3049, 3053, 3066. — [b]) Wohl irrig für 30. Juni 1902. Pribram, I 97; Martens, N. R. G. 3. S. X 80. — [c]) Erste Beilage. — [d]) Zweite Beilage. — [e]) Diese Ausführungen wurden mit n. 3081 auch nach Rom mitgeteilt.

Erste Beilage zu n. 3052. Der vom deutschen Botschafter mitgeteilte Entwurf eines Zusatzprotokolls zum Dreibundvertrag. Eigh. Aufzeichnung Aehrenthals.

„Qu'il est entendu que le statu quo visé par les articles IX et X du présent traité serait celui fixé sur la base des derniers évènements en Tripolitaine et des arrangements survenus entre les Puissances signataires de ce traité et la France au sujet du Maroc."

Zweite Beilage zu n. 3052. Österreichisch-ungarischer Gegenentwurf zur ersten Beilage.[a]) Konz. (S. Biegeleben).

„Qu'il est entendu que le statu quo visé par les articles IX et X du présent traité serait pour la Tripolitaine et la Cyrénaïque celui qui sera fixé d'après l'accord futur entre l'Italie et la Turquie et pour le Maroc celui établi par les arrangements survenus entre les Puissances signataires de ce traité et la France au sujet de ce pays."

[a]) Vgl. n. 3066, 3536.

Nr. 3053. Bericht aus Berlin, 6. Dez. 1911 Nr. 55.[a]) Ausfert.

Geheim. Mein italienischer Kollege, der mich sehr oft aufsucht, ist in einer ausserordentlich gedrückten Stimmung. Bei einem früheren Anlasse hatte ich schon die Ehre, Euer Excellenz zu melden, dass Herrn Pansa das Vorgehen seiner Regierung in der Tripolitanischen Angelegenheit nicht recht ist. Von allem Anfange an hat er den Herren Giolitti und San Giuliano den Rat gegeben, nicht darauf zu dringen, dass die Souverainität des Sultans über Tripolis abolirt werde. Seine Worte haben aber bekanntlich kein Gehör gefunden. Auch mit der angekündigten Flottenaktion im ägäischen Meere ist der italienische Botschafter nicht einverstanden. Im übrigen beklagt er sich, dass ihm gar keine näheren Informationen zukommen; tagtäglich werde er mit Telegrammen aus Rom überschüttet, die sich aber hauptsächlich mit Reclamationen italienischer Untertanen in der Türkei, die er hier dem Auswärtigen Amte zu übermitteln habe, befassten. Wie sich aber die italienische Regierung die weitere Aktion vorstelle, ob kriegerische Angriffe auf die asiatische Küste der Türkei bevorstünden oder bereits unternommen seien, darüber wisse er garnichts. So viel scheine sicher zu sein, dass die italienische Regierung nach den spärlichen Siegen in Tripolitanien mit einem durchschlagenden Erfolge daselbst nicht mehr rechnen könne und entschlossen sei, die Türkei — wie es in Rom heisse — „an ihren verwundbarsten Stellen" anzugreifen. Das Wie und Wo sei ihm aber ganz unbekannt und er befürchte, dass man sich in der Consulta darüber auch noch nicht im Klaren sei. Ein grosser Rechenfehler der italienischen Regierung sei es gewesen, dass sie nicht darauf vorbereitet war, dass die Araber den Türken zur Hilfe kommen würden, und erst nachträglich einsehen musste, dass der religiöse Fanatismus und der blinde Fremdenhass der Araber sie zu einem gefährlichen Gegner gemacht haben. Auf eine Versöhnung der Araber sei für absehbare Zeit nicht zu rechnen. Sehr erfreut war mein italienischer Kollege über die ihm — übrigens nur durch Zeitungen — zugekommene Nachricht, dass Herr Giolitti es für angezeigt gefunden hat, in sehr entschiedener Weise die Nachricht zu dementieren, dass der Dreibund in Auflösung begriffen sei. Herr Pansa war, wie Euer Excellenz bekannt, über die vertraulichen Pourparlers in Betreff der Erneuerung des Dreibundes informiert. Gestern sagte er mir, seit mehreren Wochen wisse er nichts über den Fortgang dieser Verhandlungen und frug mich, ob mir hierüber etwas bekannt sei. Ich habe dies natürlich geleugnet, worauf mir mein italienischer Kollege sagte, er habe, wie gesagt, keine

neuerlichen Instruktionen in der Sache erhalten, doch gestehe er, dass er im Interesse aller drei beteiligten Mächte es sehr bedauern würde, wenn die Lösung dieser Frage ad calendas graecas verschoben werden sollte.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 2991, 3052, 3055, 3066.

Nr. 3054. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 6. Dez. 1911 Nr. 408 (eing. 7. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Ferid Pascha hat mich heute aufgesucht und mir streng vertraulich Folgendes mitgeteilt: Mehrere albanesische Deputierte, unter anderen Mufid Bey von Argyrokastro, hätten ihm eröffnet, dass den Albanesen italienischerseits Waffen angeboten worden seien, um einen Aufstand in Albanien zu inszenieren und hätten ihn um Rat gebeten, wie sie sich diesem Anerbieten gegenüber zu verhalten hätten. Ferid Pascha will dringend abgeraten haben, in diesem Augenblicke irgend etwas gegen die Regierung zu unternehmen, da die Albanesen hiedurch nur für die Italiener die Kastanien aus dem Feuer holen, sich selbst jedoch grossen Gefahren aussetzen würden. Wie mir Ferid Pascha weiters mitteilte, hält sich sein Vetter Ismail Kemal Bey gegenwärtig in Mailand auf und steht mit der italienischen Regierung in Verbindung. Der Ex-Grossvezier ist überzeugt, dass die letzten Dynamit-Attentate in Mazedonien ebenfalls auf italienische Machenschaften zurückzuführen sind. Ich habe keinen Grund, an der Richtigkeit obiger Mitteilungen, insoferne sie Albanien betreffen, zu zweifeln. Mahmud Schefket Pascha, welchen ich heute bezüglich der mazedonischen Attentate interpellierte, sagte mir, dass es sich hiebei keineswegs um eine innere revolutionäre Bewegung handelt, sondern dass dieselben ohne Zweifel nach einem ganz bestimmten Plane von aussen her in Szene gesetzt worden seien. Der Kriegsminister ist der Überzeugung, dass die bewussten Attentate auf die der Pforte bereits vor Monatsfrist bekannten italienischen Wühlereien in Mazedonien zurückzuführen sind.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3048, 3059, 3061.

Nr. 3055. Bericht aus Rom, 6. Dez. 1911 Nr. 61 C (eing. 8. Dez.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Indem ich mir gestatte, Euerer Excellenz für das streng vertrauliche Privatschreiben vom 29. v. M. meinen ergebensten Dank auszusprechen, erlaube ich mir, im Folgenden meine hiesigen Beobachtungen über die tatsächlichen Absichten der italienischen Regierung hinsichtlich einer Flotten-Aktion darzulegen und speziell auch die Frage einer Forcirung der Dardanellen zu erörtern. Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass es überhaupt eine schwierige Aufgabe ist, Prophezeiungen über entscheidende Massnahmen einer fremden Regierung zu machen, und dass dies speziell schwierig wird, wenn es sich um Teile einer kriegerischen Aktion handelt. Mit dieser notwendigen Reserve und gestützt auf den Umstand, dass sich meine bisherigen Voraussagungen über die jeweiligen Aktionen des italienischen Heeres und der Flotte ausnahmslos als zutreffend

erwiesen haben, möchte ich als meine nach wie vor feststehende Überzeugung aussprechen, dass die italienische Regierung den dringenden Wunsch hat, keine grössere Flotten-Aktion in den europäischen und kleinasiatischen Gewässern der Türkei zu unternehmen. Sie gibt sich vollkommen Rechenschaft über die gegen verschiedene mögliche Aktionen bestehenden vertrags- und völkerrechtlichen Hindernisse sowie auch über die bedenklichen politischen Folgen, welche jede energische Aktion der Flotte in jenen Gebieten zeitigen könnte. Wenn trotzdem ab und zu italienischerseits mit derartigen maritimen Operationen gefackelt wird, so hat dies einen dreifachen Zweck. Vor Allem muss Italien Wert darauf legen, die Türkei auch in dieser Beziehung unausgesetzt zu beunruhigen, zu militärischen und daher auch finanziellen Anstrengungen zu veranlassen, in der Hoffnung, sie zu erschöpfen und allmälig mürbe zu machen. Die türkischen Verteidigungsmassregeln an der Küste und auf den Inseln gegen die vermeintliche italienische Flotten-Aktion wurden hier gewiss mit Wohlgefallen und Schadenfreude verfolgt. Italien hofft aber gleichzeitig auch, durch die Perspektive einer den Mächten höchst ungelegenen Flotten-Aktion auf dieselben einen gewissen Druck auszuüben, dessen dynamische Übertragung nach Constantinopel erwünscht wäre. Schliesslich hat Italien mit seiner eigenen, äusserst aufgeregten und ungeduldigen öffentlichen Meinung zu rechnen, welcher die Untätigkeit der starken Flotte nicht verständlich ist, und der daher mitunter die Illusion vorgespiegelt werden muss, dass nur noch nicht der Moment gekommen sei, sich dieses scharfen Instrumentes in energischer Weise zu bedienen. In kurzen Worten ist es also ein dreifacher bluff, den Italien gegen die Türkei, gegen die Mächte und gegen seine eigene Presse ausführt, wenn es immer wieder den Glauben an eine bevorstehende Flotten-Aktion aufkommen lässt. Das „Markiren" dieser Operation durch das gleichzeitige Erscheinen italienischer Kriegsschiffe an den verschiedensten Punkten des aegaeischen Meeres, die Verbreitung von allen möglichen Versionen einer Aktion gegen die Dardanellen und das stete diplomatische und journalistische Betonen der vollen Entschliessungsfreiheit in dieser Beziehung für die Zukunft dienen sämmtlich diesem Zwecke. Der gedachte bluff hat aber auch Schwierigkeiten für Italien im Gefolge, deren vornehmlichste darin besteht, dass eine oder die andere Macht durch die Eventualität einer Flotten-Aktion impressionirt wird und mit Ratschlägen, Mahnungen und Einsprachen auftritt, welche hier bekannt werden und der betreffenden Macht sowie der italienischen Regierung selbst wieder Angriffe Seitens der hiesigen öffentlichen Meinung zuziehen. Dieser circulus vitiosus war in den letzten Wochen wiederholt zu bemerken. Schon in meinem Berichte vom 21. v. M. Nr. 58 C *b)* habe ich die Gründe dargelegt, aus welchen eine ganze Reihe eventueller maritimer Operationen — darunter auch die Blockade der Dardanellen — ausgeschlossen erscheinen muss. Seither habe ich die Überzeugung gewonnen, dass auch an eine Besetzung von Inseln des Archipels nicht gedacht wird. Es bleibt also als einzige Möglichkeit eigentlich nur die Forcirung der Dardanellen. Dass eine solche völkerrechtlich zulässig ist, halte ich aus den in meinem Telegramme Nr. 204 *c)* dargelegten Gründen für kaum diskutabel. Dass sie militärtechnisch, wenn auch wahrscheinlich um den Preis schwerer

Opfer, durchführbar ist, behaupten die Fachleute. Dass sie endlich vom Standpunkte des neutralen Handels kaum zu bemängeln wäre, scheint mir daraus hervorzugehen, dass es sich um eine sehr rasch durchzuführende, also kurze Aktion, vermutlich von wenigen Stunden, handeln würde. Selbst in Friedenszeiten ist aber zum Beispiele die Passage der Dardanellen für Handelsschiffe aller Staaten während der Nacht verboten. Irgend ein rechtlicher Anhaltspunkt, Italien von dieser eventuellen Aktion abzuhalten, besteht also meines Erachtens nicht. Wohl aber kann es der Türkei rechtlich verwehrt werden, sich gegen eine solche Eventualität durch eine totale Absperrung der Meerengen (mit Minen, versenkten Schiffen, Ketten etc.) zu schützen, weil dies eine dauernde und vollständige Verhinderung des Zutrittes zu den neutralen Häfen des Schwarzen Meeres bedeuten würde. Ganz anders steht die Frage, welche eventuell sehr weitgehenden, politischen Folgen die in Rede stehende Operation — im Falle ihres Gelingens oder Misslingens — nach sich ziehen kann, Folgen, welche Euere Excellenz in dem obzitirten hohen Privatschreiben erörtern. Für mich steht es aber noch immer fest, dass Italien vorläufig nicht die Absicht hat, die Dardanellen zu forciren, ja ich halte es für sehr fraglich, ob es überhaupt in absehbarer Zeit sich zu dieser Operation entschliessen wird. Die italienische Regierung hält sich ja auch die etwaigen politischen Folgen dieses Coups vor Augen. Ihr Wunsch, einen Zusammenbruch des jetzigen türkischen Régimes und in weiterer Folge die Gefahr einer Konflagration auf dem Balkan zu vermeiden, muss aufrichtig sein, weil es das eminente Interesse Italiens ist, diese Ereignisse nicht zu einem Zeitpunkte eintreten zu sehen, wo es selbst anderweitig gebunden und daher nicht in der Lage wäre, auf dieselben Einfluss zu nehmen. Ein weiterer Grund, jene Aktion nicht ohne Weiteres durchzuführen, scheint mir darin gelegen zu sein, dass Italien sich bisher und wohl auch in Hinkunft bestrebt zeigt, es sich nicht mit den Mächten zu verderben. Endlich zweifle ich auch daran, ob die italienische Marine wirklich jenen heroischen Mut besässe, eine Operation zu unternehmen, bei welcher nach dem Urteile der Fachleute im besten Falle mit enormen Verlusten an Mann und Material zu rechnen wäre. Wenn ich trotz alledem die Möglichkeit nicht ganz ausschliesse, dass Italien in einem gegebenen Momente die Forcirung der Dardanellen wirklich ins Auge fassen könnte, so geschieht dies in der Erwägung, dass die hiesige Regierung dazu eventuell gezwungen werden könnte. Falls nämlich, trotz der nach Lage der Dinge erreichbaren militärischen Erfolge Italiens auf dem eigentlichen Kriegsschauplatze, die Türkei auf ihrem Widerstande beharren und die Annexion Tripolitaniens und der Cyrenaica nicht anerkennen sollte, so könnte ich mir dann den Moment denken, wo die Ungeduld der hiesigen öffentlichen Meinung einen Grad erreichen dürfte, dem die Regierung nicht mehr Stand halten würde. Dann, aber erst dann, würde die Frage der Forcirung der Dardanellen wirklich aktuell werden. Und selbst in diesem Falle würde voraussichtlich die italienische Regierung in der Hoffnung an die Vorbereitung dieser Aktion treten, dass die Türkei, wenn sie sieht, dass Ernst gemacht wird, und dass diese grosse Gefahr in unmittelbare Nähe rückt, im letzten Momente nachgibt und Frieden schliesst. Auf eine tatsächliche Forcirung der Dardanellen

kann die Pforte es meines Erachtens nicht ankommen lassen. Und hiemit im Zusammenhange drängt sich mir schon seit einiger Zeit eine Frage auf, ob wir nämlich in letzter Analyse unseren Interessen dienen, wenn wir unausgesetzt Italien von einer Flotten-Aktion abhalten und auf entscheidende Schläge in Tripolitanien verweisen. Wenn nun derlei entscheidende Schläge, deren wichtigster in Tripolitanien am 4. l. M. erfolgt ist, während analoge Vorstösse in der Cyrenaica nahe bevorstehen dürften, durch die lokalen Umstände und die Art der Kriegführung des Gegners sich etwa als nicht hinreichend erweisen, um den Frieden herbeizuführen, und damit allmälig der Winter vergeht, dann wird jener psychologische Moment, von dem ich oben sprach und in welchem das Land die Geduld verlieren und die Regierung zur Flotten-Aktion drängen wird, in eine Jahreszeit fallen, welche hinsichtlich eventueller Komplikationen am Balkan ungleich gefährlicher ist, als der jetzige Zeitpunkt. Auch von diesem Gesichtspunkte aus scheint mir also unser Interesse dafür zu sprechen, dass der Krieg sich nicht allzusehr in die Länge ziehe. Solange von Erfolgen in Afrika der Friedensschluss zu erwarten ist, dienen wir mit einer Verhinderung der Flotten-Aktion unseren und den europäischen Interessen. Schwindet aber, was sich in allernächster Zeit zeigen muss, diese Aussicht, dann möchte ich es zu Euerer Excellenz geneigter Erwägung stellen, ob es nicht opportuner ist, wenn die unvermeidliche Flotten-Aktion, eventuell nur die ernste Drohung mit derselben, lieber früher als später erfolgt. Zum Schlusse möchte ich noch erwähnen, dass in der letzten Zeit in verschiedenen Blättern, teils katholischer, teils republikanischer Richtung, eine beinahe dramatische Version unseres Einspruches gegen eine italienische Flotten-Aktion erschienen war. Hiernach hätte ich über Auftrag meiner Regierung einen scharfen Protest gegen diese Aktion eingelegt, denselben infolge einer von dem deutschen Kaiser in Wien gemachten Démarche sowie einer energischen Antwort der Consulta wieder zurückgezogen. Da diese Nachricht sich in der hiesigen Presse verbreitete, habe ich den Minister des Aeussern darauf aufmerksam gemacht, welcher sich veranlasst gesehen hat, ein kurzes aber entschiedenes Démenti zu veröffentlichen.

Mérey.

a) Vgl. n. 3053, 3056. — *b)* Nicht aufgenommen, vgl. Anm. b zu n. 3012. — *c)* Vom 29. Nov. 1911 (eing. 30. Nov. 9 U. a. m.). Nicht aufgenommen, enthält eine Beweisführung, daß die Forcierung der Dardanellen durch Italien „keinem völkerrechtlichen Hindernisse begegnet".

Nr. 3056. Privatschreiben aus Rom, 6. Dez. 1911 (eing. 8. Dez.).[a] *Ausfert.*

Die Enthebung des Generalstabs-Chefs Freiherrn von Conrad von diesem Posten sowie die officiellen, officiösen und sonstigen Commentare, von welchen diese Massnahme in unserer Presse begleitet wurde, haben begreiflicherweise in Italien einen tiefgehenden Eindruck hervorgerufen. Ich glaube, es mir versagen zu sollen, dieses im Grunde eine innere Angelegenheit der Monarchie bildende Thema näher zu erörtern und mich darauf beschränken zu dürfen, die zwei hauptsächlichsten Eindrücke wiederzugeben, welche aus der Lectüre der einschlägigen italienischen Press-Stimmen

resultieren. Der eine derselben ist, dass die Befriedigung über den Rücktritt des Freiherrn von Conrad, dessen Auffassungen und Tendenzen hier genauestens bekannt waren, beinahe in den Hintergrund gedrängt wird durch die militärischen und politischen Rückblicke und Ausblicke, welche sich anlässlich dieser Krise eröffnet haben. Der andere Eindruck besteht darin, dass nach der hier verbreitetesten, dem „Berliner Tageblatt" entnommenen Version der bisherige Generalstabs-Chef die Absicht gehabt hätte, durch einen starken militärischen Druck an unserer italienischen Grenze Italien zum Friedensschluss mit der Türkei zu zwingen. Es ist klar, dass hiemit die dermalen hier empfindlichste Seite berührt wird. Schliesslich gestatte ich mir noch zu erwähnen, dass der Minister des Äussern, welchen ich zufällig an dem Tage sah, wo die ersten Nachrichten über die Enthebung des Freiherrn von Conrad hier eintrafen, mir bemerkte, er und Ministerpräsident Giolitti liessen es sich sehr angelegen sein, auf die Presse dahin zu wirken, dass dieselbe aus diesem Anlasse sich eine gewisse Mässigung auferlege. Ich konnte den Marchese di San Giuliano in dieser taktvollen Absicht nur bestärken. Soweit ich es bisher constatieren konnte, ist diese Einwirkung der Regierung bei den grossen römischen Blättern von ziemlichem Erfolge begleitet gewesen. In der oppositionellen und der Provinz-Presse blieb die Wirkung zum Theile aus. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3055, 3057, 3067, 3139.

Nr. 3057. Protokoll des zu Wien am 6. Dez. 1911 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten, unter dem Vorsitze des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Aehrenthal. K. Z. 88, G. M. K. P. Z. 490.[a]) Konz. (S. Günther; V. u. G. Aehrenthal) und Ausfert.

Gegenwärtige: Der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh, der königl. ungarische Ministerpräsident Graf Khuen-Héderváry, der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Freiherr von Burián, der k. u. k. Kriegsminister General der Infanterie Ritter von Auffenberg, der k. k. Finanzminister Ritter von Zaleski, der königl. ungarische Finanzminister Dr. von Lukács der k. u. k. Marinekommandant und Chef des Kriegsministeriums, Marine-Sektion, Admiral Graf Montecuccoli.

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat von Günther.[b])

Gegenstand: Das gemeinsame Budget für das Jahr 1912.

Der Vorsitzende eröffnet die Konferenz um 11 Uhr vormittags und hält zunächst ein Exposé über die politischen Ereignisse der letzten Monate. Graf Aehrenthal weist hiebei darauf hin, dass er im Laufe seiner Schilderung gewisse Fragen sehr vertraulicher Natur berühren werde, weshalb er im voraus bitten müsse, die bezüglichen Mitteilungen als streng geheime betrachten zu wollen. Was den italo-türkischen Krieg und die Stellungnahme der Monarchie zu demselben betreffe, so hatten Oesterreich-Ungarn und Deutschland bei Ausbruch der Krise keine freie Hand. Deutschland war durch eine Bestimmung des Dreibundvertrages, Oesterreich-Ungarn durch eine im Jahre 1902[c]) abgegebene Note verpflichtet, bei Eintritt gewisser Eventualitäten im türkischen Reiche einer italienischen Expansion

in Nordafrika nicht hindernd in den Weg zu treten. Obwohl im vorigen Herbst keine solche Situation vorlag, welche sich mit der eben erwähnten Eventualität vollkommen deckte, war doch keine Veranlassung, gegen den Bundesgenossen bei seiner Aktion in Tripolis und der Cyrenaika Stellung zu nehmen, beziehungsweise Italien davon abzureden. Die Politik des Gewährenlassens empfahl sich schon aus dem Grunde, weil nach unseren Informationen der König Viktor Emanuel und seine Regierung für die Erneuerung des Dreibundes günstig gestimmt sind. Eine andere Haltung hätte bloss die Pläne der Westmächte gefördert, welche, wie schon aus der Lektüre der öffentlichen Blätter ziemlich unverhüllt ersehen werden kann, die tripolitanische Verwicklung benützen möchten, um unser Verhältnis zu Italien zu trüben und dasselbe aus dem Dreibunde herauszudrängen.

Unsere weitere Stellungnahme in diesem Kriege war aus den von beiden Ministerpräsidenten auf Grund der Mitteilungen des Ministeriums des Äussern am 24. Oktober l. J. in beiden Parlamenten abgegebenen Erklärungen[d]) zu ersehen. Im besonderen verweist der Vorsitzende auf die von der italienischen Regierung gemachte Zusage, die kriegerischen Operationen nicht auf das adriatische und nicht auf das jonische Meer auszudehnen. Einem Sondierungsversuche gegenüber, der eine Erweiterung des Kriegsschauplatzes auf das ägäische Meer zum Gegenstande hatte, nahm Oesterreich-Ungarn eine sehr reservierte und eher abmahnende Haltung ein. Wir stellten uns auf den Standpunkt, dass der Dreibund, nebst dem grossen Prinzipe der Friedenserhaltung sowie des Schutzes und der Verteidigung der gegenseitigen Territorien, die Erhaltung der Integrität der Türkei und des status quo auf dem Balkan bezwecke, und lenkten die Aufmerksamkeit Italiens darauf, dass eine solche erweiterte Aktion gegen diese Prinzipien verstossen würde. Auch andere Kabinette haben Italien von der geplanten Aktion in vorsichtiger Weise abgeraten.

In der letzten Woche habe man auch viel von einer russischen Initiative zu hören bekommen, die dahin ziele zu verhindern, dass der freie Handelsverkehr in den Meerengen gestört werde. In Russland sei man für eine solche Eventualität wegen des grossen Exportes von Getreide, Zucker und so weiter sehr besorgt gewesen und wünschte die Unterstützung der anderen Kabinette für eine Erklärung, die dahin ginge, dass den beiden kriegführenden Mächten bekanntgegeben werde, dass eine italienische Blockade der Meerengen oder eine türkischerseits erfolgende Sperrung der Dardanellen gegen den Artikel 3 des Londoner Protokolles vom Jahre 1871[e]) verstosse. Die Sache hatte aber bisher keinen Fortgang, weil die italienische Regierung in Petersburg vorstellig wurde und unter Betonung, dass es derzeit keine Blockade beabsichtige, darauf hinwies, dass ein Schritt Russlands und der anderen Mächte in Rom als unfreundliche Haltung aufgefasst werden würde.

Was die Aktion Russlands, betreffend die Öffnung der Dardanellen für seine Kriegsschiffe, anbelangt, so möchte diese Macht die schwierige Lage der Türkei benützen, um ein Ziel zu erreichen, das sie seit so langer Zeit anstrebt. Die Frage ist eine sehr heikle und wichtige. Unsere Haltung ist vorläufig eine zuwartende; wir haben aber ein starkes Interesse an der Erhaltung des jetzigen Rechtszustandes.

Wiewohl eine eventuelle Friedensvermittlung noch in weiter Ferne zu liegen scheint, glaubte Redner, im Hinblicke auf die gereizte Stimmung zwischen England und Deutschland, es für nicht ungefährlich zu halten, wenn die betreffende Aktion von einer Macht oder von einer Gruppe von Mächten ausgehen würde, weil ein solcher Vorgang leicht als Schachzug der einen Gruppe gegen die andere aufgefasst werden könnte. Er habe daher Ende Oktober vorgeschlagen, dass alle Mächte sorgfältig die Ereignisse beobachten und in stetem Kontakte bleiben und bei einer Vermittlungsaktion nicht einzeln oder gruppenweise, sondern vereint wirken sollten. Seine Anregung fand allgemeine Zustimmung. Er gebe sich allerdings keiner Illusion hin, denn auch nach Annahme seines Vorschlages könne eine geschlossene Aktion Europas infolge der bestehenden grossen Rivalitäten wesentlich beeinträchtigt werden.

Die lange Dauer des Krieges sei eine Folge des Umstandes, dass die zwei Gegner sich nicht recht fassen können. Italien habe sich durch seine voreilige Annexionserklärung verrannt. Die Türkei kann nicht Frieden schliessen beziehungsweise die Annexion anerkennen. Wenn sich auch eine Partei fände, die zu erkaufen wäre, so dürfe man nicht übersehen, dass eigentlich die Araber den Krieg führen, die bekanntlich sehr unbotmässig sind und zwar dieselben Araber, die der Türkei im Yemen die grössten Schwierigkeiten bereiteten, wo Tausende von regulären Soldaten durch das tückische Klima zugrunde gingen. Ein weiterer Vorteil für die Türkei liege darin, dass ihr der Krieg verhältnismässig wenig Geld koste. Zufolge von Aeusserungen des M. Revoil, des Generaldirektors der Ottomanbank, der kürzlich Wien passiert habe, würde die Geldfrage für die Türkei keine Rolle spielen und in absehbarer Zeit nicht auf den Abschluss des Friedens wirken können. Wir werden, konstatierte der Vorsitzende, unsere Aufmerksamkeit den Ereignissen weiter zuwenden, jede Chance der Beendigung des Konfliktes ausnützen und mit den übrigen Kabinetten in Fühlung bleiben, damit schliesslich im Sinne des österreichisch-ungarischen Antrages eine geschlossene Aktion der neutralen Mächte vor sich gehen könne.

Graf Aehrenthal führt weiter aus, dass, wenn seine Annahme der längeren Dauer des Krieges richtig sei, es sich darum handle, ob er bis zum nächsten Frühjahre noch fortbestehe, wo dann das Verhalten der Balkanstaaten in Frage komme. Montenegro intriguiere fortwährend, Albanien sei unbotmässig wie im Vorjahre und auch in Mazedonien sehe es nicht gut aus. Trotzdem hoffe er darauf, dass die Ruhe auf dem Balkan erhalten bleibe. Die Mächte und speziell Russland werden für den status quo eintreten. Die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland befinden sich in einer günstigen Entwicklung. Sollten wider Erwarten und trotz Bemühungen der Mächte Verwicklungen am Balkan eintreten, so würden wir trachten, den Konflikt zu isolieren, vorerst nicht einzugreifen und das Ergebnis abzuwarten, uns vorbehaltend, auf die Gestaltung der Endsituation unseren massgebenden Einfluss auszuüben.

Die Politik des Zuwartens empfiehlt sich schon aus dem Grunde, weil eine andere schwere Krise herannaht, die deutsch-englische. Trotz des

Marokko-Abkommens zwischen Frankreich und Deutschland habe sich die Stimmung zwischen letzterem und England nicht gebessert und wir müssen ernsten Ereignissen entgegensehen. Die Politik Kaiser Wilhelms sei, wie er oft bewiesen, eine friedliche, er wird den Konflikt daher hinausziehen, solange es geht. Er liebt England, Land und Volk, und schliesslich kommt auch für ihn in Betracht, dass er Zeit gewinnen will. Man wird gewiss versuchen, zu einem Ausgleiche in Betreff des Flottenprogramms zu kommen, aber vieles hänge vom Ausgange der im nächsten Januar stattfindenden Reichsratswahlen *(so!)* ab. Graf Aehrenthal glaubt, dass sich die Dinge nicht überstürzen dürften, aber aufhalten lasse sich die natürliche Entwicklung nicht, hiemit müsse gerechnet werden. Die Krise wird in 3, 4, vielleicht in 5 Jahren zu gewärtigen sein. Dieser ernste Ausblick auf die Zukunft zwingt uns, vorbereitet zu sein und die beste Vorbereitung ist die rasche Erledigung der Wehrvorlagen in Wien und in Budapest. Die beiden Regierungen sind in der Lage, auf die ernste Situation vor unseren Türen hinzuweisen, in die wir trotz unserer friedlichen und reservierten Haltung hineingezogen werden können. Der Antagonismus zwischen Deutschland und England komme immer mehr in ein ernsteres Stadium und es sei nicht ausgeschlossen, dass wir als treue Bundesgenossen Deutschlands den Kampf Schulter an Schulter auszukämpfen haben werden. Solche Argumente werden gewiss dazu beitragen, den jetzigen Zustand, der uns von einer Krise in die andere brachte, zu beseitigen, um endlich das Wehrgesetz — nicht ein Provisorium — zu schaffen. Der Eindruck auf das Ausland, den die Annahme des Wehrgesetzes hervorriefe, sei nicht zu unterschätzen, weil man sehen würde, wie sich unsere Verhältnisse trotz aller Schwierigkeiten konsolidieren. Redner könne andererseits nicht verhehlen, dass eine weitere Hinausschiebung die Führung der auswärtigen Politik schwierig gestalte, weil man uns leicht als quantité négligeable betrachten und über uns zur Tagesordnung gehen könnte. Mit der dringenden Bitte, das Wehrgesetz tunlichst schnell der Erledigung zuzuführen, schliesse er seine Ausführungen und halte sich zur Verfügung, wenn einer der Konferenzteilnehmer eine konkrete Frage an ihn stellen wolle.

Der kgl. ungarische Ministerpräsident dankt dem Vorsitzenden für dessen Auseinandersetzung, die einen vollen Einblick in die äußere Situation gegeben. Für ihn sei von besonderer Wichtigkeit die Erhaltung des Friedens und die Tatsache der Aufrechterhaltung der bisherigen Basis unserer Politik, das ist des Dreibundes, was er als Chef der ungarischen Regierung nur billigen könne. Ein zweites erfreuliches Moment sei eine gewisse Fühlungnahme mit Russland in der orientalischen Politik.

... Wechselrede über die parlamentarische und finanzielle Behandlung der Anforderungen für Heer und Flotte. ...

Der Vorsitzende hebt hervor, dass zu den ausserordentlichen Vorschlägen des Kriegsministers beide Ministerpräsidenten und der ungarische Finanzminister das Wort ergriffen und ihren Standpunkt sehr klar zum Ausdrucke gebracht haben, der im ganzen und grossen ablehnend sei. Beide Regierungen würden selbstverständlich mit der Bewilligung nicht zögern, wenn der verantwortliche Leiter der auswärtigen Politik einen

Krieg für imminent hielte. Seine Pflicht sei es daher, zu dieser Frage in präziser Weise Stellung zu nehmen. Indem er dies tue, müsse er — übereinstimmend mit Graf Khuen — erklären, dass er keinen Grund sehe, weshalb die Kriegsgefahr jetzt grösser sein sollte, wie vor einem Jahre. Der Redner kommt auf sein heutiges Exposé zurück, wo er auf das Allianzverhältnis mit Italien und darauf hingewiesen habe, dass wir aus verschiedenen Gründen, namentlich um nicht das Spiel der Westmächte zu begünstigen, von unserem Standpunkte einer freundschaftlichen Neutralität nicht abweichen wollen. Wenn die Monarchie auch kein besonderes Vertrauen zu ihrem italienischen Bundesgenossen haben könne und dieses Verhältnis nicht so intim werden würde, wie dasjenige, was uns mit dem Deutschen Reiche verbindet, so fehlt doch andererseits ein unmittelbarer Anlass zu einem offenen Misstrauen. Der Minister des Äussern müsse deshalb an dem Wunsche festhalten, tunlichst alles zu vermeiden, was geeignet wäre, in Italien den Glauben hervorzurufen, als ob wir von Italien eine verräterische Aktion zu gewärtigen hätten. Wenn man nun, wie gesagt, bei den Beratungen über das fünfjährige Kriegs- und Marine-Etat keine Besorgnisse vor einem Kriege hatte, weshalb sollte man sie jetzt hegen, wo Italien mit drei Korps in Tripolis engagiert sei! Selbst bei einem stark entwickelten Pessimismus könne die Eventualität eines Krieges mit Italien nur für den Fall angenommen werden, dass sich im nächsten Jahre Komplikationen auf dem Balkan ergeben und wir nebst Italien dort eine Politik verfolgen sollten, die mit unseren bisherigen Prinzipien nicht vereinbar wäre. Graf Aehrenthal glaubt also nicht an die Gefahr einer baldigen Komplikation, aber wenn es auch dazu komme, wäre es zur Ausführung der Pläne des Kriegsministers zu spät, weil ein solcher Krieg dann aller Wahrscheinlichkeit nach schon im Laufe des nächsten Jahres zum Austragen käme. Ist die Tripolis-Affaire vorüber, müssten wir unsere Aufmerksamkeit mehr denn je den deutsch-englischen Beziehungen zuwenden und beobachten, was in der Nordsee vorgeht. Kommt es dort wirklich zu einem Bruche, wird sich die Frage ergeben, ob ein casus fœderis vorliegt, ob wir verpflichtet sind, an der Seite Deutschlands zu kämpfen und letzteres gegen Russland zu schützen. In einem solchen Falle würden uns die Festungen und Mörser im Süden nichts nützen. Sollte sich die Situation bezüglich Italiens verschlechtern, werde es selbstverständlich seine Pflicht sein, Seiner Majestät Meldung zu erstatten und die beiden Regierungen zu informieren. Bei richtiger Führung der auswärtigen Politik und ohne überflüssiges zur Schau getragenes Misstrauen Italien gegenüber können wir mit letzterem leidlich auskommen. Italien als einwandfreien Freund zu betrachten, gehe wohl nicht an, aber es sei im Interesse der Monarchie gelegen, diesen Staat bis auf weiteres als Bundesgenossen an der Seite zu behalten.

... Behandlung der Mehranforderungen in den Delegationen. ...

Bevor nun zur Beschlussfassung über die übrigen Voranschläge geschritten wird, erbittet sich der kgl. ungarische Ministerpräsident das Wort. Er müsse, sagt er eingangs seiner Rede, so ungerne er es tue, eine Frage aufwerfen, die im Zusammenhange mit den Erscheinungen der letzten Woche stehe, einerseits weil sich die Presse derselben bemächtigt habe,

andererseits aber deshalb, weil sie nicht nur keinen fördernden Einfluss auf das harmonische Zusammenwirken der drei Regierungen ausübe, sondern bedauerlicherweise das gerade Gegenteil hervorrufe. Er wolle ganz offen sprechen. Im Kriegsministerium sei ein Pressbureau errichtet worden, dessen Enunziationen nicht sehr glücklich sind und in Ungarn höchst nachteilig auf die öffentliche Meinung wirken, wo doch gerade alles geschehen sollte, um die Störung der Harmonie zu vermeiden. So könne man nicht regieren. Die Position aller Regierungen werde durch ein derartiges Vorgehen erschüttert, eine Konsequenz, von der die Leute keine Ahnung haben. Die Errichtung eines separaten Pressbureaus im Kriegsministerium sei nicht vorteilhaft und auch nicht notwendig. Begreiflich sei es, dass jedes Ministerium ein Interesse habe, von den Publikationen der Presse Kenntnis zu erhalten, eventuell selbst Informationen zu erteilen. Dazu genüge aber ein Pressbureau, im vorliegenden Falle jenes des Ministeriums des Äussern, das wohlorganisiert sei und aus Fachleuten bestünde, die wissen, wie man sich mit den Journalisten zu stellen habe. Durch dieses müsse der Kontakt des Kriegsministeriums mit der Presse erfolgen. Er gestehe ganz aufrichtig, dass er ein zweites Pressbureau d. h. ein eigenes eines Ministeriums ausser dem seinigen nicht dulden würde. Solange ein solches besteht, wird man immer Gefahr laufen, dass derartige Konsequenzen hervorgerufen werden. Es wäre daher sehr wünschenswert, dass die Ursache dieser bösen Erscheinung baldigst wieder verschwinde. Das Communiqué über den Rücktritt des Chefs des Generalstabes*f)* habe die ungarische Presse so völlig ausser Rand und Band gebracht, dass sie nicht zu bändigen war und ist. Die ganze Sache wäre ohne diese Enunziation sehr ruhig verlaufen. Natürlich setze er voraus, dass diese Verlautbarungen tatsächlich von diesem Pressbureau stammen, wie es in der Presse behauptet und nicht dementiert wurde. Die Harmonie zwischen den Regierungen und den Ministern ist unbedingt nötig, denn sonst liesse sich nicht regieren, wie er bereits ausgeführt habe.

Der Kriegsminister erwidert hierauf, dass sein Pressbureau eigentlich ein literarisches Bureau sei. Zu einem Pressbureau gehöre ein Pressfonds, den habe wohl das Ministerium des Äussern, er aber nicht. Dass sein Bureau Politik mache, sei ausgeschlossen. Es habe zwei Aufgaben, erstens die Tagesereignisse zu registrieren, so weit sie die in den Blättern enthaltenen militärischen Dinge betreffen und zweitens Verlautbarungen innerhalb der Armee vorzunehmen, um gewisse Erläuterungen zu geben. Mehr zu tun, sei es gar nicht in der Lage. Er gebe zu, dass das erste Communiqué, welches vollkommen harmlos gewesen sei, von ihm beeinflusst wurde, weil die plötzliche Zurückstellung des Chefs des Generalstabes in der Armee den peinlichsten Eindruck hervorrief. Er wollte nur kalmierend wirken, sonst aber keinen Einfluss nehmen.

Der kgl. ungarische Ministerpräsident entgegnet hierauf, er begreife wohl, dass man die Erscheinungen in der Presse verfolgen und gewisse Aufklärungen geben müsse, aber man dürfe keine Kritik üben. Dass die erwähnten Emanationen nicht sehr glücklich waren, beweise der Umschwung in der Presse. Eine Diskussion sei angegangen und werde nicht aufhören,

weil diese Frage grosse Beunruhigung hervorgerufen. Es hätte sich kein Mensch den Kopf darüber zerbrochen und jeder hätte es begreiflich gefunden, dass Baron Conrad sich jetzt ein anderes Feld der Tätigkeit suche. So aber stehen wir vor langatmigen Auseinandersetzungen über die von ihm vertretenen Ansichten, derentwegen er zurücktrat, was wirklich sehr unangenehm sei.

Der Vorsitzende bespricht die Stellungnahme des Grafen Khuen in der Frage der jüngsten Pressenunziationen, für die er ihm überaus dankbar sei und welcher er unbedingt beipflichte. Er sei gleichfalls der Meinung, dass das ein unmöglicher Zustand ist, wenn von einem gemeinsamen Minister ein Communiqué ohne Wissen der anderen Minister, speziell ohne jenes des Ministers des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äussern lanciert werde. Sofort wie er gehört habe, dass Seine Majestät den Baron Conrad seiner Stelle enthoben habe, besprach er die Sache mit beiden Regierungen wegen eventueller Erlassung einer orientierenden Verlautbarung, es sei aber zu spät gewesen. Das erste, was er von seinem Kollegen dem Kriegsminister erwartete und erwarten musste, war, dass er sich an ihn wende. Das ist aber nicht geschehen. Er wäre ihm selbstverständlich in konziliantester Weise entgegengekommen. Er wäre nicht in der Lage, an der Spitze der kaiserlichen und königlichen Regierung zu bleiben, wenn es weiter möglich sein sollte, dass Communiqués eines gemeinsamen Ministers ohne seine vorherige Zustimmung erscheinen. In dieser Beziehung verweise er auf das harmonische Zusammengehen der kaiserlichen und königlichen Regierung mit den beiden Regierungen, das in solchem Belange geradezu selbstverständlich sei. Er werde sich bezüglich des weiteren Vorgehens mit dem Kriegsminister ins Benehmen setzen, möchte aber noch bemerken, dass es entschieden besser wäre, wenn die militärischen Kreise weniger mit der Feder tätig sind.*g)*

Der Kriegsminister führt aus, dass er um 11 Uhr vormittags von der Enthebung verständigt wurde mit der Weisung, die Sache in keiner Weise zu erwähnen, weil Seine Majestät wünsche, dass dieselbe noch ein bis zwei Tage hinausgezogen werde. Er habe tatsächlich mit niemanden, nicht einmal mit seinem Präsidialchef davon gesprochen. Zu seinem Erstaunen brachten schon die nächsten Morgenblätter die Sache. Da habe er es für notwendig erachtet, wegen der Stimmung in der Armee eine Mitteilung an die Presse gelangen zu lassen. Er werde sich übrigens dem geäusserten Wunsche akkomodieren und möchte nur hinzufügen, dass, was sonst noch in den Zeitungen stand, nicht von ihm oder seinem Pressbureau stamme. Es wurde auch das Ausgeben eines Dementis eingehend erwogen, jedoch aus dem Grunde unterlassen, weil er der vermutlich richtigen Anschauung wäre, dass jegliche weitere Enunziation, die teilweise fingierte Erregung der Presse steigern würde, da schliesslich das korrekteste Dementi noch immer Gelegenheit zu Nörgeleien geben kann für denjenigen, der solche hervorrufen will. Der Kriegsminister bezieht sich auf verschiedene Artikel, die angeblich von einem hohen General herrühren, bedauert, dass er als kriegslustig bezeichnet werde, wo er doch behaupte, dass wir nicht kriegsbereit seien. Allen diesen Artikeln stehe er fremd gegenüber.

Der Vorsitzende und Graf Khuen bemängeln nochmals, dass kein Dementi darüber erfolgte, dass die weiteren Verlautbarungen aus dem Kriegsministerium stammen, wobei ersterer wiederholt als einziges Mittel zur Verhütung derartiger Vorkommnisse das Einvernehmen bezeichnet, das ein gemeinsamer Minister mit den anderen, beziehungsweise mit dem Minister des Äussern pflegen muss, während letzterer betont, dass, wie er schon erwähnt habe, ein Pressbureau aus Fachleuten bestehen müsse, welche die Art und Weise der Behandlung solcher Dinge verstehen, was man von Offizieren nicht verlangen könne, daher sei das Pressbureau des Kriegsministeriums überflüssig, jenes des Ministeriums des Äussern genüge. Man sei, wenn man sich in solchen Dingen nicht auskenne, à la merci von Leuten, die uns allen zusammen nicht wohlwollen. Er danke dem Kriegsminister für seine Aufklärung. Wenn ein Missverständnis vorlag, lag es darin, dass kein Dementi erfolgte über Publikationen, die als vom Kriegsministerium ausgehend bezeichnet wurden und Differenzen zwischen zwei gemeinsamen Ministern an die grosse Glocke brachten.

... *Budget des Ministeriums des Äußern, Vorbereitung der Verhandlungen in den Delegationen.* ... Aehrenthal. Günther, Protokollführer.

Auf der Ausfertigung: Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen. Wien, am 7. Jänner 1912. Franz Joseph.

a) Vgl. n. 2809, 3095, 3149, 3612. — *b)* Die oben angeführten Persönlichkeiten haben die Einsichtnahme in das Protokoll auch durch ihre Unterschrift bestätigt. — *c)* Pribram, a. a. O. I 97; Martens, N. R. G. 3. S. X 80. — *d)* Vgl. n. 2786 Anm. b. — *e)* Bittner, Chronol. Verzeichnis d. öst. Staatsvertr. III 242 Nr. 3866. — *f)* Vgl. n. 3056, 3071. — *g)* Eigh. Randbemerkung K. Franz Josefs auf der Ausfert.: Sehr wahr.

Nr. 3058. Tel. aus Konstantinopel, 7. Dez. 1911 Nr. 409 (eing. 7 U. p. m.).a) Entziff.

Geheim. Baron Marschall suchte mich gestern auf und teilte mir mit, dass er von seiner Regierung den Auftrag erhalten habe, der Pforte zu raten, sich womöglich in der Meerengenfrage mit Russland zu verständigen. Dieser Mitteilung fügte mein deutscher Kollege noch hinzu, dass er gestern einen Bericht an das Auswärtige Amt in Berlin abgesendet habe, in welchem er nochmals seinen Standpunkt in der Meerengenfrage darlegt und erklärt, dass er obige Instruktionen nicht ausführen könne, da seiner Überzeugung nach hiedurch die hiesige Stellung Deutschlands vollkommen untergraben werden würde. Er führte in diesem Berichte weiter aus, dass ein Eingehen auf die russischen Wünsche seitens Deutschlands zu der von Deutschland seit 15 Jahren geführten Orientpolitik in Widerspruch stünde und sich seiner Ansicht nach auch mit der Rücksicht, welche Deutschland den Interessen seines Alliierten, Österreich-Ungarn's, schulde, nicht vereinbaren lässt. Baron Marschall hat gleichzeitig einen Brief an den Reichskanzler gerichtet, in welchem er, für den Fall, dass er mit seinen Ansichten nicht durchdringen sollte, in deutlicher Weise seinen Rücktritt in Aussicht stellte.

a) Vgl. n. 3051, 3060, 3064, 3068. Pallavicini.

Nr. 3059. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 7. Dez. 1911 Nr. 411 (eing. 4 U. 10 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Mit Bezug auf Telegramm aus Skutari vom 6. d. M. Nr. 255.[b] Im Laufe meiner gestrigen Unterredung mit Mahmud Schefket Pascha liess derselbe die Bemerkung fallen, dass, wenn der italienisch-türkische Krieg bis zum nächsten Frühjahre andauern sollte, unbedingt mit der Eventualität türkisch-montenegrinischen Krieges gerechnet werden müsse. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3054, 3061. — [b] Bericht über türkische militärische Präventivmaßregeln an der türkisch-montenegrinischen Grenze „für den in hiesigen Kreisen noch immer für möglich gehaltenen Fall eines montenegrinischen Neutralitätsbruches".

Nr. 3060. Tel. aus London, 7. Dez. 1911 Nr. 101 (eing. 8. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe heute Sir Edward Grey gesehen und Gespräch auf die in allen Zeitungstelegrammen verzeichneten Gerüchte gebracht, nach welchen Russland jetzt eine Änderung der Vertragsbestimmungen über Dardanellendurchfahrt anregen würde. Staatssekretär schien nicht recht darauf einzugehen, so daß ich ihn versicherte, ich hätte durchaus keinen Auftrag mit ihm darüber zu sprechen und wolle gewiss keine indiskrete Frage an ihn stellen. Daraufhin sagte mir Sir Edward Grey: „Wie Sie wissen, ist die Frage von Russland im Jahre 1908 angeregt worden. Wir hielten damals den Augenblick für nicht opportun. Von Zeit zu Zeit wird die Frage immer wieder aufs Tapet gebracht. Veränderungen könnten nur durch Zustimmung aller Vertragsmächte stattfinden." Sir Edward Grey stellte nicht in Abrede, dass Frage jetzt wieder aufgeworfen worden sei; er sagte nichts über seine Auffassung, ausser dass er Nachdruck darauf legte, Änderung von Vertragsbestimmungen sei eine internationale Frage. Sir A. Nicolson und Tyrrell sagten mir unlängst, es wäre jetzt kaum der Moment, diese Frage aufzuwerfen. Letzterer war bemüht, Bedeutung derselben zu verkleinern. Aus Gesprächen, die ich in letzter Zeit mit Balfour und Lord Knollys hatte, verstärkt sich mein Eindruck, dass man hier allgemein dieser ganzen Frage viel indifferenter gegenübersteht als ehemals. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 3058, 3063.

Nr. 3061. Tel. nach Rom, 7. Dez. 1911 Nr. 215 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Markgraf Pallavicini telegraphiert mir wie folgt: ... *mit stilistischen Änderungen wie n. 3048 bis „Malissia intrigiere" und n. 3054 (im Auszug)* ... Meldungen anderer k. u. k. Vertretungen am Balkan bestätigen die wachsende Unruhe, welche nicht nur im albanisch-montenegrinischen Grenzgebiete, sondern auch in Mazedonien in Folge der jüngsten Bombenattentate sowie auf Kreta zu konstatieren ist. Vorstehendes dient vorläufig zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Kenntnisnahme. Über die eventuelle Verwertung einzelner Punkte dieser Information folgt eine besondere telegraphische Weisung. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 2943, 3059, 3062, 3082.

Nr. 3062. Tel. nach Rom, 7. Dez. 1911 Nr. 216 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).*

Euer Exzellenz wollen die nächste Gelegenheit eines Gespräches mit Marquis San Giuliano benützen, um in meinem Namen die jüngsten Bombenattentate in Mazedonien und die wachsende Unruhe in Albanien zur Sprache zu bringen. Ich stelle es hiebei Euer Exzellenz anheim, aus meinem Telegramme Nr. 215 von heute die Hochdenselben geeignet erscheinenden Details zu verwerten. Euer Exzellenz wollen Ihre Ausführungen mit der Konstatierung der oben erwähnten Vorkommnisse einleiten, welche eine auffallende Übereinstimmung mit den Informationen aufweisen, die mir der türkische Geschäftsträger seinerzeit auftragsgemäß mitgeteilt hatte und die Euer Exzellenz zufolge meines Telegrammes Nr. 203 vom 18. v. M. zur Kenntnis des italienischen Ministers des Äußern gebracht haben. Ich halte an dem Glauben fest, daß die italienische Regierung den ihr zugeschriebenen Machenschaften vollkommen fernesteht, welche mit dem von ihr wiederholt bekundeten Willen den status quo am Balkan aufrechtzuerhalten unvereinbar wären. Auch wolle ich hoffen, daß nicht etwa durch die Handlungen untergeordneter Organe oder unverantwortlicher Faktoren in der nächsten Zeit Tatsachen geschaffen werden, welche die Ruhe am Balkan gefährden könnten. Sollte dies eintreten und hier bekannt werden, daß hiebei, was ich, wie gesagt, für nicht möglich halte, dennoch italienische Hände im Spiele waren, so könne ich Marquis di San Giuliano nicht verhehlen, daß ich hievon einen bedenklichen Rückschlag auf die öffentliche Meinung in der Monarchie befürchten müßte. Ich habe mich heute Herzog Avarna gegenüber in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 3082.

Nr. 3063. Tel. nach St. Petersburg, 7. Dez. 1911 Nr. 113 (chiffr. 4 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 218 vom 5. d. M. Die von Euer Exzellenz Herrn Neratow gegenüber geführte Sprache deckt sich vollkommen mit meinen Intentionen. Falls eine neuerliche Konversation mit Herrn Neratow oder Herrn Sazonow über die Modifikation der Dardanellenverträge nicht vermieden werden könnte, wollen Euer Exzellenz sich darauf beschränken zu bemerken, es wäre mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes wünschenswert, daß die russische Regierung mit einer präzisen Formulierung der von ihr gewünschten Änderungen der Vertragsbestimmungen hervortrete. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 3060, 3064, 3097.

Nr. 3064. Tel. nach Berlin, 8. Dez. 1911 Nr. 168 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).*

Geheim. Markgraf Pallavicini telegraphierte mir unterm 3. d. M. wie folgt: ... *wie n. 3043* ... Weiters erhalte ich folgende Meldung aus Konstantinopel vom 7. d. M.: ... *wie n. 3058* ... Vorstehende Telegramme

sind zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Orientierung und rein persönlicher Kenntnisnahme bestimmt. Den deutschen Staatsmännern gegenüber wollen sich Euer Exzellenz über deren Inhalt auf keinen Fall informiert zeigen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3063, 3065, 3076, 3091.

Nr. 3065. Tel. nach Berlin, 8. Dez. 1911 Nr. 169 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 235 vom 3. l. M. Ich habe mit Kurier vom 5. d. M. nachstehenden streng vertraulichen Erlaß an Markgrafen Pallavicini abgehen lassen: ... *wie n. 3046 von „Bei Beantwortung der Anfrage" bis „einen entsprechenden Schutz finden. Vorstehende Antwort wollen Euer Exzellenz Assim Bey in meinem Namen erteilen."* ... Diese meine Instruktion geht von dem Gedanken aus, daß ich zwar nicht gegen Rußland direkt auftreten will, jedoch auf die Wahrung unserer hochbedeutsamen Interessen Bedacht nehmen muß, welche durch die russischerseits angestrebte Abänderung der Meerengenverträge tangiert werden könnten. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes zum Gegenstande einer sofortigen streng vertraulichen Mitteilung an Herrn von Kiderlen machen. Auch lege ich Wert darauf, daß Sie hievon schon in der nächsten Zeit dem Herrn Reichskanzler Kenntnis geben. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3064, 3067, 3075.

Nr. 3066. Tel. aus Berlin, 8. Dez. 1911 Nr. 237 (eing. 9. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Inhalt Euer Exzellenz streng geheimen Erlasses vom 6. d. M. Nr. 3138 zur Kenntnis des Staatssekretärs gebracht. Mit Euer Exzellenz Formulierung des protocole additionnel ist Herr von Kiderlen ganz einverstanden. Dasselbe hätte also zu lauten: ... *wie zweite Beilage zu n. 3052* ... Staatssekretär stimmt Euer Exzellenz Vorschlägen zu, dass die Verhandlungen mit der italienischen Regierung durch den österreichisch-ungarischen und den deutschen Botschafter in Rom zu führen sein werden. Er wird demzufolge Jagow beauftragen, nach Einvernehmen mit Herrn von Mérey, italienischer Regierung die betreffenden Eröffnungen zu machen über die unveränderte Erneuerung des Dreibundvertrages und den Inhalt des protocole additionnel. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3053, 3074.

Nr. 3067. Erlaß nach Bukarest, 8. Dez. 1911 Nr. 3145.[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Ich habe Euer Durchlaucht Berichte vom 3. v. M. Nr. 50 A entnommen, König Carol sei der Ansicht, daß bei einer auf Basis der Annexion pure et simple erfolgenden definitiven Bereinigung der Tripolis-

frage der Türkei vielleicht als Gegenwert für die abzutretenden afrikanischen Provinzen die Unantastbarkeit ihres europäischen und asiatischen Besitzstandes seitens aller Signatarmächte neuerdings garantiert werden könnte. Unter Ausdruck meines ehrfurchtsvollen Dankes für die königliche Message wollen Euer Durchlaucht Seiner Majestät zur Kenntnis bringen, daß dieselbe Idee auch meinerseits seit längerem erwogen wird. Ich sei indessen schließlich zu dem Ergebnisse gelangt, daß diese der Türkei schon zu wiederholten Malen von Europa erteilte Zusicherung im jetzigen Momente bei der Pforte umsoweniger mit Erfolg verwendet werden könnte, als gerade in der Tripolisfrage das aggressive Vorgehen Italiens und das passive Verhalten der übrigen Signatarmächte den geringen praktischen Wert solcher Garantien dargetan hat. Vielleicht würde ein anderer Weg eher zum Ziele führen, wenn es gelänge, eine Kompensation ausfindig zu machen, welche die Position der türkischen Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung des eigenen Landes stärkt und es ihr erleichtert, auf der Basis der Abtretung Tripolitaniens den Frieden zu schließen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, habe ich mich — wenn auch nur ganz akademisch — im Zusammenhange mit den russischen Sondierungen betreffs Abänderung der Dardanellenverträge mit dem Studium der Frage einer Neutralisierung der Meerengen beschäftigt. Ich bin diesbezüglich jedoch noch zu keinem abschließenden Urteile gelangt; auf alle Fälle würde ich aber von unserem Standpunkte aus der Beibehaltung des jetzigen Zustandes solange den Vorzug geben, als keine vorteilhafteren Bestimmungen an dessen Stelle gesetzt werden. Euer Durchlaucht wollen ferner Seiner Majestät König Carol streng vertrauliche Mitteilung davon machen, daß der ottomanische Minister des Äußern Markgraf Pallavicini gegenüber die Idee einer Annäherung der Türkei an die Zentralmächte und Rumänien[b] vorgebracht hat, wobei demselben nicht eine „Allianz" sondern eine „geheime Entente" vorschweben würde. Den Anlaß hiezu scheine Herrn Tscharykoffs Proposition bezüglich der Dardanellenfrage geboten zu haben, mit welcher der russische Botschafter den Gedanken verbunden hat, die Türkei an die Spitze eines Balkanbundes zu stellen. Die naheliegende Besorgnis, daß auf diese Weise die Pforte ganz unter russischen Einfluß käme, habe offenbar die türkischen Staatsmänner veranlaßt, sich die Frage vorzulegen, ob nicht auf anderer Seite eine Anlehnung zu finden wäre. Ich zweifle nicht, daß Seine Majestät König Carol die Gründe würdigen werde, welche mich veranlaßten, mir dieser türkischen Anregung gegenüber eine gewisse Reserve aufzuerlegen. Übrigens hätte ich es vermieden, mich zu dem von Assim Bey ausgesprochenen Gedanken ganz ablehnend zu verhalten, da uns daran liegen müsse, die Verbindung mit der Türkei aufrechtzuerhalten und ihre Widerstandskraft gegen russische Freundschaftswerbungen zu stärken. Nachdem, wie unter anderem aus Euer Durchlaucht Bericht Nr. 52 A vom 2. d. M. hervorgeht, bereits in einem früheren Zeitpunkte türkische Annäherungsversuche an Rumänien stattgefunden hatten, wollen Euer Durchlaucht an Seine Majestät den König die Frage richten, ob auch aus letzter Zeit etwas Ähnliches vorliege und wie Höchstderselbe darüber denke.

[a] Vgl. n. 3056, 3065, 3068, 3101, 3111, 3150. — [b] Vgl. n. 3048 Anm. b.

Nr. 3068. Tel. nach Konstantinopel, 8. Dez. 1911 Nr. 324 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Im Verfolge meines Erlasses vom 5. d. M. Nr. 3119 und unter Bezugnahme auf das Euer Exzellenz gleichzeitig mitgeteilte Telegramm Nr. 235 aus Berlin vom 3. d. M. Im Hinblicke auf die in Euer Exzellenz Telegramme Nr. 409 vom 7. d. M. wiedergegebene geheime Mitteilung Baron Marschalls habe ich mich veranlaßt gesehen, meine Reserve dem Berliner Kabinette gegenüber fallen zu lassen. Ich beauftrage Grafen Szögyény, den Inhalt meiner Antwort an Assim Bey zur streng vertraulichen Kenntnis Herrn von Kiderlens und des Reichskanzlers mit dem Bemerken zu bringen, daß ich hiebei von dem Gedanken ausging, daß ich zwar nicht gegen Rußland direkt auftreten will, jedoch auf die Wahrung unserer hochbedeutsamen Interessen Bedacht nehmen muß, welche durch die russischerseits angestrebte Abänderung der Meerengenverträge tangiert werden könnten. Ich beabsichtige hiemit eine indirekte Unterstützung der Vorstellungen Ihres deutschen Kollegen. Die einschlägigen Meldungen Euer Exzellenz sind Grafen Szögyény zu seiner ausschließlich persönlichen Information übermittelt worden. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3067, 3069, 3078.

Nr. 3069. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 8. Dez. 1911 Nr. 413 (eing. 9. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Erlass vom 5. d. M. 3119, betreffend die Meerengenfrage. Ich erfahre soeben, dass Herr Tscharykow der Pforte einen Vertragsentwurf mitgeteilt hat, welcher unter anderem folgenden Artikel enthält: „Le Gouvernement Impérial de Russie s'engage en outre à donner au Gouvernement Impérial ottoman son appui pour le régime actuel des détroits du Bosphore et des Dardanelles en étendant ledit appui également aux territoires adjacents dans le cas où ceux-ci seraient menacés par des forces armées étrangères. En vue de faciliter l'exécution de la clause précitée le Gouvernement ottoman s'engage de son côté à ne pas s'opposer au passage de navires de guerre russes par les détroits à condition, que ces navires ne s'arrêtent dans les eaux des Dardanelles sauf accord." Ausserdem enthält der Vertragsentwurf einen Artikel, welcher der Türkei „les bons offices de la Russie pour le maintien du statu quo de la Péninsule Balcanique"[b]) in Aussicht stellt. Der von Russland beantragte Vertrag zielt offenbar dahin, bei gleichzeitiger Eröffnung der Meerengen für russische Schiffe unter der Form einer Art Besitzgarantie die Türkei unter russischen Schutz zu stellen. Angesichts der nunmehr in präciser Form vorliegenden russischen Propositionen wäre es vielleicht angezeigt, wenn mir aufgetragene Mitteilung an Assim Bey dahin eingeschränkt würde, dass wir uns gegebenenfalls für die Beibehaltung des jetzigen Rechtszustandes aussprechen werden. Ich fürchte nämlich, dass, wenn die türkische Regierung den Eindruck erhält, dass auch die Zentralmächte unter

gewissen Umständen das Prinzip des Festhaltens an dem jetzigen Vertragszustande fallen lassen würden, sie den Widerstand gegen die russischen Anträge aufgeben könnte. Ich werde morgen die Pforte besuchen, jedoch mit der Beantwortung der Anfrage Assim Beys bis zum Eintreffen weiterer Instruktionen Euer Exzellenz zuwarten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3068, 3070, 3077, 3079. — [b]) Vgl. n. 3072.

Nr. 3070. Bericht aus London, 8. Dez. 1911 Nr. 75 B (eing. 11. Dez.).[a]) Ausfert.

In meinem heutigen Berichte Lit. 75 A[b]) über die persischen Angelegenheiten bespreche ich die Stellung Sir Edward Greys, die in letzter Zeit sehr angegriffen worden ist. Ich möchte nur noch hinzufügen, dass nach allgemeiner Ansicht der Staatssecretär durch seine grosse Unterhausrede seine Autorität wieder befestigt hat. Es ist merkwürdig, welche Achtung er gebietet, sobald er sich im Parlamente erhebt, und mit welch fast ehrfurchtsvoller Stille seine Ausführungen angehört werden. Seine ungewöhnliche Ruhe, sein „détachement", der strenge Ernst, mit dem er spricht, das absolute Vertrauen in seine Wahrheitsliebe und das allgemeine Bewusstsein, dass er, ganz ohne Ambition, jederzeit freudig bereit wäre, sein Amt niederzulegen, geben ihm eine Macht über die Zuhörerschaft, die manche oratorisch viel glänzender veranlagte seiner Collegen nicht besitzen. Trotzdem lässt sich nicht leugnen, dass, wie ich bereits zu melden die Ehre hatte, diesmal die Verstimmung gegen ihn viel tiefgehender ist, als bisher. Was man ihm vorwirft, ist in zwei Worten gesagt: zu weitgehende Entfremdung Deutschlands und zu weitgehende Annäherung an Russland. Die Entente mit Frankreich ist und bleibt populär und ich glaube nicht, dass sehr viele Engländer dagegen etwas einzuwenden haben, wenn die entente cordiale den Grundpfeiler der auswärtigen Politik des britischen Reiches bildet. Nach den Vereinigten Staaten ist Frankreich dasjenige Land, das — nach Ansicht vieler Engländer — ihnen am nächsten steht. Es wird ja wol nicht immer so bleiben, denn ein ähnlicher Zustand bestand auch schon zur Zeit Louis Philippes und dann wieder durch einige Zeit während des Kaiserreiches, was die dazwischenliegenden Verstimmungen nicht hinderte. Bezüglich Russlands ist aber das englische Gefühl anders als bezüglich Frankreichs. In London selbst, in der hiesigen Gesellschaft ist Russland und alles Russische seit einigen Jahren, wenn man so sagen darf, in der Mode. Dies ist aber nicht in weitere Schichten der Bevölkerung eingedrungen und von diesen hängt schliesslich die Politik eines Cabinets ab, nicht von den Stimmungen in der eleganten Gesellschaft und auch nicht von jenen der hauptstädtischen Presse. Sir Edward nun, obwohl für sociale Einflüsse unzugänglich, kann doch unbewusst den Strömungen seines sehr russenfreundlichen Stabes im Foreign Office folgen. Überdies hat er, wie Euer Excellenz bekannt, stets betont, dass in mittelasiatischen Fragen eine Verständigung mit Russland das einzige Mittel sei, einen der grössten und bedenklichsten Kämpfe der Weltgeschichte zu verhindern. „Mit dieser Politik stehe und falle ich" erklärte er seinerzeit im Parlamente, als er den Abschluss des

anglo-russischen Abkommens vertrat. Er wird auch jetzt diesen Standpunkt einnehmen und — ich glaube — denselben durchsetzen. Früher betonte Sir Edward stets, die Entente mit Russland beziehe sich auf asiatische Fragen. Wird er dieselbe jetzt auch auf europäische und insbesondere auf die Meerengenfrage ausdehnen wollen? Und wenn er es tut, wird ihm die englische öffentliche Meinung in dieser Politik folgen? Das sind Fragen, die ich heute noch nicht den Muth hätte zu beantworten. Die Zusicherung Sir Edwards, dass mit keinem Staate geheime Abkommen bestehen, was wesentlich zur Beruhigung der Gemüter beitrug, ist noch vorgestern durch eine Erklärung des Premierministers im Unterhause ergänzt worden. In seiner Antwort auf eine Interpellation erklärte Mr. Asquith, „es bestehen keine geheimen Abmachungen mit irgend einer fremden Macht, welche uns irgend eine Verpflichtung auferlegen, irgend einer anderen Macht militärische oder navale Unterstützung zu gewähren." Mensdorff.

a) Vgl. n. 3069, 3075. — b) Nicht aufgenommen, wie alle Verhandlungen über die persische Frage.

Nr. 3071. Tel. aus Rom, 8. Dez. 1911 Nr. 208 (eing. 8 U. 10 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Die fortgesetzten Enthüllungen unserer Presse über die Gründe und Vorgeschichte der Enthebung des Freiherrn von Conrad, die Interpellationen in unseren beiden Parlamenten und besonders das anonyme Interview im Pesti Hirlap vom 5. d. M., worin die Bedeutung unserer Truppenverschiebungen im Süden hervorgehoben und der „Ernst der Situation" betont wird, erzeugen hierzulande eine tiefe Beunruhigung. Unter diesen Umständen dürfte vermutlich die Ergänzung der durch die Truppensendungen nach Afrika dermalen erheblich geschwächten italienischen Armee ehestens im Wege der Einberufung weiterer Jahrgänge erfolgen. In diesem Falle erschiene es mir opportun, wenn wir für eine entsprechende Kommentierung einer solchen ganz normalen Massregel vorsorgen würden, um zu vermeiden, dass dieselbe etwa tendenziös als neue, gegen uns gerichtete Rüstungen Italiens hingestellt werde. Mérey.

a) Vgl. n. 3057 Anm. f, 3083, 3108.

Nr. 3072. Bericht aus Belgrad, 9. Dez. 1911 Nr. 104 (eing. 12. Dez.).[a] *Ausfert.*

Die hiesige „Srpska Zastava" brachte in einer ihrer letzten Nummern die Nachricht, dass die königlich serbische Regierung diplomatische Verhandlungen mit Bulgarien bezüglich der Teilung der Interessensphären in Altserbien und Macedonien führe und dass der Abschluss eines Bundesvertrages zwischen den beiden Staaten in Erwägung gezogen worden sei. Die heutige Nummer der offiziellen „Samouprava" gibt in einem Communiqué diesen Gerüchten ein entschiedenes Dementi. Ugron.

a) Vgl. n. 3069 Anm. b, 3079 Anm. b.

Nr. 3073. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 9. Dez. 1911 Res. Nr. 261 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 12. Dez. Nr. 4834 am 27. Dez.).[a]) Abschrift.

In der gestrigen Sitzung der Skupština interpellierte ein Abgeordneter den Kriegsminister über die angebliche geheime politische Organisation der Offiziere und verwies auf die Gefahr derartiger Strömungen. General Stepanović erwiderte wörtlich: „Die Ansichten des Abgeordneten Lazarević über die Gefahren einer politischen Betätigung der Offiziere sind vollkommen zutreffend; der Offizier darf sich nicht in die Politik mischen (Stimmen: Es geschieht aber doch). Wenn dem Vaterland die Mitwirkung der Offiziere in der Politik notwendig erscheinen wird, so wird es sie hiezu auf legalem Wege auffordern und ihnen das Recht hiezu geben. Bis dahin kennen die Offiziere nur eine Politik: die auf ihren Fahnen geschrieben und in ihrem Eide enthalten ist, — und wer eine andere Politik führen will, muss die Uniform ausziehen." Es ist jedenfalls bemerkenswert, dass der Kriegsminister die Möglichkeit zugibt, das „Vaterland" könnte die Mitwirkung der Offiziere in der Politik fordern! Gellinek.

[a]) Vgl. n. 3041, 3244.

Nr. 3074. Tel. aus Berlin, 9. Dez. 1911 Nr. 240 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Zu meinem Telegramm Nr. 237, streng geheim, von gestern. Staatssekretär beabsichtigt einen Erlass an den deutschen Botschafter in Rom zu richten, in welchem er ihn beauftragen wird, im Einvernehmen mit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen Marquis di San Giuliano den Text des neuen Dreibundvertrages, der mit dem bisherigen ganz gleichlautend ist, und ein besonderes Zusatzprotokoll (in der von Euer Exzellenz vorgeschlagenen Textierung) vorzulegen. In diesem Erlasse soll bemerkt werden, dass eine Erneuerung des früheren „Protokolles" beginnend mit den Worten „Au moment de procéder" und schliessend mit den Worten „article IX et X du traité de ce jour" inopportun erscheine. Herr von Jagow soll beauftragt werden, falls die italienische Regierung nichts besonderes bemerkt, hievon keine Erwähnung zu tun und das alte Protokoll „unter den Tisch fallen zu lassen." Staatssekretär ersucht mich, Euer Exzellenz zu bitten, sich darüber womöglich umgehend äußern zu wollen, ob Hochdieselben mit der Nichterneuerung früheren Protokolles einverstanden seien. Er werde den oberwähnten Erlass an den deutschen Botschafter in Rom solange nicht abgehen lassen, bis Euer Exzellenz Antwort nicht eingelangt sein wird. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3081, 3086, 3088.

Nr. 3075. Tel. aus Berlin, 9. Dez. 1911 Nr. 241 (eing. 9 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Antwort auf Euer Exzellenz gestriges Telegramm Nr. 169. Der Reichskanzler und der Staatssekretär lassen Euer Exzellenz für die Mitteilung verbindlichst danken und ersuchen mich, Euer Exzellenz zu melden, dass eine direkte Anfrage Assim Beys betreffend die

russischen Propositionen einer Modifikation der Dardanellen-Verträge hier nicht erfolgt sei. Baron Marschall habe die gleichen Meldungen erstattet, wie sie Markgraf Pallavicini an Euer Exzellenz gerichtet hat. Der Reichskanzler habe dem deutschen Botschafter in Konstantinopel beiläufig die gleiche Antwort erteilt, wie Euer Exzellenz an den k. u. k. Botschafter dortselbst. Insbesondere sei der Botschafter darauf erinnert worden, dass eine Modifikation der die Dardanellen betreffenden Vertragsbestimmungen von der Zustimmung aller Signatarmächte abhängig sei. Die Beantwortung der russischen Vorschläge müsse übrigens vor allem der Pforte überlassen werden. In der Stellungnahme gegen die russischen Propositionen müsste die Türkei vorangehen und Deutschland behalte sich vor, erst nachdem dies geschehen, seinen Standpunkt darzulegen. Beide Herren wiederholten mir (vide mein Telegramm No. 235 vom 3. d. M.), dass ein direktes Auftreten der Zentralmächte gegen die russischen Propositionen, bevor die Westmächte sich geäussert hätten, die Geschäfte der letzteren besorgen würde, da es ja auf der Hand liege, dass die Eröffnung der Dardanellen für die russischen Kriegsschiffe in erster Linie mit den Interessen Englands schwer vereinbarlich sei. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3070, 3076.

Nr. 3076. Tel. aus Berlin, 9. Dez. 1911 Nr. 242 (eing. 10. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Bezug auf Telegramm Nr. 168 von gestern. Selbstredend habe ich Herrn von Kiderlen gegenüber von dem Inhalte des Telegrammes unseres Botschafters in Konstantinopel kein Wort erwähnt. Staatssekretär hat heute bei uns gefrühstückt, bei welchem Anlasse ich eine längere Unterredung mit ihm hatte. Er beklagte sich darüber, dass Baron Marschall ihn mit offenbar in grösster Aufregung verfassten Telegrammen überschütte und in denselben seine Überzeugung ausspreche, dass ein Eingehen auf die russischen Propositionen seitens Deutschlands und Österreich-Ungarns eine schwere Niederlage der bisherigen Orientpolitik der beiden Zentralmächte bedeuten würde. Reichskanzler habe getrachtet, in seinen an den deutschen Botschafter gerichteten Telegrammen ihn zu beruhigen. Deutschland habe, so werde in diesen ausgeführt, in der Dardanellenfrage bisher keine definitive Stellung eingenommen. Zuerst müsse abgewartet werden, welche Antwort türkischerseits auf die russischen Vorschläge erfolgen werde. Reichskanzler erwartet einen angekündigten Brief Baron Marschalls; jedenfalls werde derselbe seine profuse telegraphische Berichterstattung fortsetzen, von deren Inhalt mir Staatssekretär versprach mich sofort verständigen zu wollen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3075, 3077, 3091.

Nr. 3077. Tel. nach Konstantinopel, 9. Dez. 1911 Nr. 327 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Türkischer Geschäftsträger hat mich heute aufgesucht und mir auftraggemäß von den in Euer Exzellenz Telegramm

Nr. 413 vom 8. l. Mts. wiedergegebenen russischen Propositionen Kenntnis gegeben, bezüglich welcher seine Regierung meine Ansicht zu kennen wünsche. Ich habe Moukhtar Bey genau im Sinne der Euer Exzellenz mit Weisung vom 5. l. Mts. No. 3119 erteilten Instruktion geantwortet und hinzugefügt, ich würde es für begreiflich finden, wenn die Pforte den Weiterbestand der gegenwärtig für die Meerengenpassage geltenden Bestimmungen vorziehen würde. Weiters habe ich dem türkischen Geschäftsträger gegenüber bemerkt, daß ich meinerseits für die Beibehaltung des jetzigen Rechtszustandes bin und den gegenwärtigen Moment für eine Abänderung desselben nicht für geeignet erachte. Moukhtar Bey entgegnete hierauf, daß auch die Pforte einer solchen Modifikation abgeneigt sei. Zum Schlusse der Unterredung habe ich meinem Mitredner den Rat erteilt, seine Regierung möge die Zurückweisung der russischen Propositionen in eine verbindliche Form kleiden. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3076, 3078, 3087, 3092, 3096.

Nr. 3078. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. Dez. 1911 Nr. 415 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Bestätige Empfang des Telegrammes vom 8. d. M. Nr. 324. Ich erhielt soeben den Besuch Baron Marschalls, der mir von einem heute aus Berlin eingetroffenen Telegramme Mitteilung machte, mit welchem er beauftragt wird, in der Meerengenfrage vorläufig bis zum Erhalte der ihm gleichzeitig in Aussicht gestellten schriftlichen Instruktionen keine Schritte zu unternehmen. Das Telegramm fügt hinzu, dass die deutsche Regierung in der Frage der Meerengen die Hände ganz frei habe und im Einvernehmen mit Österreich-Ungarn in derselben vorgehe. Einigen Bemerkungen, die Baron Marschall an diese Mitteilungen knüpfte, glaube ich entnehmen zu können, dass der deutsche Botschafter überzeugt ist, das Berliner Kabinett würde in der Angelegenheit auch dann mit uns gehen, wenn wir ohne jeden Vorbehalt den Standpunkt einnehmen würden, in der Meerengenfrage an dem jetzigen Rechtszustand festzuhalten. Weiteren Mitteilungen meines deutschen Kollegen entnehme ich, dass man in Berlin der Ansicht ist, die Westmächte würden schliesslich, so wie im Jahre 1908, dem russischen Begehren Widerstand leisten. Aus einer Konversation, die ich mit meinem französischen Kollegen neulich hatte, gewann ich jedoch den Eindruck, dass man sich in Paris mit den russischen Wünschen bereits abgefunden haben dürfte. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3077, 3079.

Nr. 3079. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. Dez. 1911 Nr. 417 (eing. 10. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 413 vom 8. d. M. Assim Bey bestätigt mir die Richtigkeit meiner gestrigen Meldung bezüglich des russischen Vertragsentwurfes in der Meerengenfrage. Der Artikel, welcher sich auf die Erhaltung des Status quo auf der Balkanhalbinsel bezieht, lautet beiläufig folgendermassen: La Russie prête ses bons offices

à la Turquie en vue d'un rapprochement des Etats balkaniques sur la base du maintien du statu quo territorial actuel.[b]) Der Minister sagte mir ferner, er habe bisher auf den russischen Vorschlag keinerlei Antwort gegeben. Sollte Herr Tscharykow auf eine Antwort drängen, so werde er sagen, die Pforte müsse russischen Vorschlag noch eingehender studieren und könnte erst in circa einer Woche sich über denselben aussprechen. Assim Bey versicherte mir, er werde unter allen Umständen auf einer Ablehnung der russischen Vorschläge bestehen, ich konnte jedoch aus einigen Bemerkungen, die er fallen liess, entnehmen, dass er befürchte, seine Ministerkollegen könnten sich gegenüber den russischen Wünschen nachgiebiger zeigen. Herr Tscharykow hat heute seinen Besuch auf der Pforte angesagt und wurde unmittelbar nach mir empfangen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3078, 3084. — [b]) Vgl. n. 3072, 3104.

Nr. 3080. Bericht aus Paris, 9. Dez. 1911 Nr. 47 A (eing. 11. Dez.).[a]) *Ausfert.*

Den hohen Erlass Euerer Exzellenz vom 5. l. M. Nr. 3123 habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich glaube Herr Crozier hat nicht unrecht, wenn er annimmt, dass Herr de Selves sich im gegenwärtigen Moment nicht sicher genug fühlt, um eine Zusicherung betreffs der Zulassung eventueller österreichischer und ungarischer Anlehen zur Cote an der Pariser Börse zu geben. Wie ich an anderer Stelle berichte, gilt die Stellung des französischen Kabinettes für sehr erschüttert. Im Schosse des Ministeriums selbst gibt es starke persönliche Gegensätze. Herr Caillaux scheint auf eigene Faust Spanien gegenüber eine Intimidirungspolitik versucht zu haben, der Herr de Selves nicht zustimmen konnte. Herr Cruppi, der Justizminister, hat Herrn de Selves nicht verziehen, dass er ihn vor der Kommission für auswärtige Angelegenheiten hinsichtlich der Verhandlungen mit Spanien blosgestellt hat. Der Finanzminister, Herr Klotz, teilt nicht die Auffassungen des Ministers des Aeussern betreffs der Taraverordnungen, die ihm sehr ans Herz gewachsen sind. Sowohl Herr Caillaux wie Herr Klotz haben bei früheren Gelegenheiten, wo es sich um Gewährung der Cote für österreichische und ungarische Papiere handelte, sich in einem uns ungünstigem Sinne engagiert. Herr de Selves möchte es offenbar vermeiden, seinen ihm nicht gerade freundlich gesinnten Kollegen irgend einen Angriffspunkt zu bieten. In dieser Beziehung ist der gehorsamst angeschlossene Artikel[b]) des „Petit Journal" vom 7. l. M. nicht ohne Interesse, in welchem direkt ausgesprochen wird, dass wir unsere Zustimmung zum Marokkoabkommen an die Bedingung knüpfen, dass uns für eine Anleihe von einer Milliarde die Cote an der Pariser Börse bewilligt werde. Wem diese Indiskretion zuzuschreiben ist, weiss ich nicht. Der Artikel scheint einen gewissen Zusammenhang zwischen der Ankunft Herrn Croziers in Paris und der fraglichen Information anzudeuten. Die in dem Artikel weiter enthaltenen Angriffe gegen Herrn Caillaux hat der Artikelschreiber Herr Gaston Routier kürzlich, wie er sagt, auf Grund neuerer Informationen zurückgezogen. Unsere Adhäsion zum Marokkoabkommen wird hier jedenfalls mit grosser Ungeduld

erwartet. Der Berichterstatter über das fragliche Abkommen, Herr P. Deschanel hat mich kürzlich diesbezüglich mit einiger Besorgnis interpellirt. Ich habe auf die bei uns nötige parlamentarische Behandlung der Frage und auf die Nothwendigkeit hingewiesen, die geeignete Form zu finden, um für unsere Staatsangehörigen die allen Fremden in Marokko zugesicherten Rechte legal festzulegen, was Herr Deschanel als ganz natürlich bezeichnete. Der oberwähnte Artikel des „Petit Journal" war damals noch nicht erschienen, mein Mitredner spielte aber auf eventuelle von uns aufgestellte Bedingungen an. Ich ging auf den Gegenstand nicht näher ein und sagte nur, wir hätten in den letzten Jahren in wirtschaftlichen Belangen seitens der französischen Regierung wenig Entgegenkommen gefunden und wäre es wohl gerechtfertigt, daß die französische Regierung in Hinkunft unseren Interessen wirtschaftlicher Natur mehr entgegenkomme als bisher. Da Euere Exzellenz die Cotefrage nicht als Bedingung unserer Zustimmung betrachtet wissen wollen, möchte ich der hohen Erwägung anheimgeben, ob unbeschadet der anhängigen Verhandlungen der französischen Regierung nicht unsere prinzipielle Geneigtheit, dem Abkommen zuzustimmen, bekanntgegeben werden könnte. Wir können, wenn alle Staaten zustimmen, unsere Adhäsion schliesslich nicht verweigern; für die französische Regierung wäre es aber sehr erwünscht, im Parlamente erklären zu können, dass die k. und k. Regierung keine prinzipiellen Einwendungen erhebt und nur gewisse formelle Fragen die endgültige Regelung verzögern. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 3099, 3107, 3167. — [b]) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 3081. Erlaß nach Rom, 9. Dez. 1911 Nr. 3166 (chiffr. 6 U. 10 M p. m.).[a]) Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).

Streng geheim. Aus dem mit dem Berliner Cabinet über die Erneuerung des Dreibundes gepflogenen Gedankenaustausch hat sich ergeben, dass beiderseits der Wunsch besteht, an dem Wortlaut des Vertrages keine andern als nur solche Veränderungen eintreten zu lassen, die durch die geänderten zeitlichen Daten und Personenverhältnisse geboten erscheinen. Hiefür war die Erwägung massgebend, dass die kgl. italienische Regierung sich bereit erklärt hat, den Vertrag tel quel zu erneuern und dass ihr daher, wenn unserseits oder von Deutschland Modificationen vorgeschlagen würden, nicht die Gelegenheit geboten werden soll, auch ihrerseits mit Wünschen hervorzutreten, welche Schwierigkeiten bereiten und die Erneuerung verzögern könnten. Die durch die Ereignisse in Tripolis und Marokko obsolet gewordenen Bestimmungen der Artikel IX und X sollen in einem Protocole additionnel zeitgemäss umgestaltet werden, über dessen Textirung wir mit der kaiserlich deutschen Regierung noch in Verhandlung stehen. Für uns wird selbstverständlich die Notwendigkeit entfallen, die Tripolis betreffende Declaration vom 2. Juni 1902 zu erneuern. Im Artikel XIV wird ausgesprochen werden, dass die Erneuerung auf weitere sechs Jahre erst vom Termin des Ablaufes des gegenwärtigen Vertrages zu beginnen hat. Wir werden, sobald wir mit der kaiserlich deutschen Regierung über die Italien zu machenden Vorschläge einig sind, an die

italienische Regierung herantreten und gedenken dies noch vor Beendigung des italo-türkischen Krieges, dessen Dauer ungewiss ist, schon deshalb bald zu thun, weil wir eine mögliche Erschütterung der Position des Ministeriums Giolitti immerhin in Rechnung ziehen müssen. Indem ich Euer Exzellenz hievon ausschliesslich zu Ihrer persönlichen Information Mittheilung mache, beehre ich mich Sie zu ersuchen, ohne mit Herrn Giolitti oder Marquis di San Giuliano zu sprechen, mir Ihre eigene Auffassung über die Intentionen der italienischen Regierung hinsichtlich des Zeitpunctes und der Modalitäten der Bundeserneuerung mitzutheilen. Graf Szögyény meldet, dass Herr Pansa, der über die betreffenden vertraulichen Pourparlers informirt war, seit mehrern Wochen nichts über den Fortgang der Verhandlungen gehört und keine neuen Instructionen erhalten habe; er würde es im Interesse der drei beteiligten Mächte sehr bedauern, wenn die Lösung dieser Frage ad calendas graecas verschoben werden sollte. Gegen eine Unterredung mit Herrn von Jagow über die vorliegende Angelegenheit hätte ich, wenn Euer Exzellenz eine solche für angezeigt halten, nichts einzuwenden.

[a]) Vgl. n. 3052, 3074, 3086, 3088, 3094, 3138.

Nr. 3082. Tel. aus Rom, 9. Dez. 1911 Nr. 209 (eing. 10. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Ich hatte heute Gelegenheit, dem Minister des Äussern die mir mit den hohen Telegrammen Nr. 215 und 216[b]) anbefohlenen Mitteilungen zu machen. Um zu vermeiden, dass eine auf ausschliesslich aus der Türkei, also dem Kriegsgegner Italiens, stammende Nachrichten basierte Demarche hier einen allzuüblen Eindruck mache, betonte ich, dass Euer Exzellenz die italienische Regierung in keine Verbindung mit diesen Machenschaften bringen wollen. Marquis San Giuliano erklärte, die Regierung habe nach wie vor nur den einen Wunsch und nur ein Interesse bezüglich des Balkans, nämlich dass dort Ruhe und der Status quo erhalten bleibe. Da Instruktionen in diesem Sinne nicht einmal, sondern wiederholt den betreffenden italienischen Diplomaten und Konsularvertretern nachdrücklichst erteilt worden seien und dieselben überdies für diese evident italienischen Interessen auch Verständnis hätten, könne er irgend eine Beteiligung eines auch nur untergeordneten Organes an den Umtrieben in Albanien und Mazedonien rundweg ausschliessen. Im ganzen Orient hielten sich übrigens eine Menge von Italienern als Journalisten, Geistliche, Lehrer, Geschäftsleute, Arbeiter u. s. w. auf. Darunter seien Elemente aller politischen Richtungen und, wie in allen fremden Kolonien, auch des gens sans aveu. Dass von einer solchen Seite, sei es aus reiner Kriminalität, sei es aus politischem Fanatismus auch derartige Verbrechen begangen werden könnten, sei möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich, und dafür könne er ebensowenig wie eine andere Regierung irgendeine Verantwortung übernehmen. Was Albanien anlange, so melde Gesandter in Cetinje, dass König Nikolaus dermalen nicht aktionslustig sei. Das schliesse aber allerlei kleine Intriguen des Königs in Albanien nicht aus. Auch dort mahne Italien zur

Ruhe. Mit Ismail Kemal Bey, einem der ärgsten Intrigants, habe hiesige Regierung nichts gemein. An den Waffenschmugel aus Italien nach Albanien glaube er nicht, wolle aber nach Rücksprache mit Herrn Giolitti eine Überwachung der Küsten und Häfen herbeiführen. Die Attentate in Mazedonien seien seiner Überzeugung nach, wenn nicht von den Bulgaren, von jungtürkischen Elementen selbst inszeniert. Ähnliches komme auch in anderen Ländern z. B. Russland vor. Dass ein italienisches amtliches Organ damit in Verbindung stehe, sei undenkbar. Minister des Äussern betonte schliesslich mehrmals, er wäre, da er seit Ausbruch des Krieges über die Vorgänge in der Türkei weniger gut informiert sei, sehr dankbar, wenn man ihm statt allgemeinen vagen Nachrichten, in denen er die üblichen jungtürkischen Verleumdungen erkenne, irgendwelche konkrete Details und Anhaltspunkte über spezielle Fälle liefern könnte, in welchen angeblich Italien die Hand bei solchen Machenschaften im Spiel gehabt hätte.

Mérey.

[a]) Vgl. n. 3095 Anm. d. — [b]) Vom 7. Dez.

Nr. 3083. Tel. nach Rom, 10. Dez. 1911 Nr. 217 (chiffr. 5 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).*

Vertraulich. Telegramm Nr. 208 erhalten. Es ist begreiflich, daß die Entschließung Seiner Majestät, in der Leitung des Generalstabes einen Wechsel eintreten zu lassen und die zu diesem Ereignisse von unserer Presse gebrachten Enthüllungen und Commentare in Italien einen starken Eindruck machen und in der öffentlichen Meinung vielfache Deutungen erfahren mußten. Das sind aber Momente von retrospectiver Bedeutung. Natürlich habe ich keinen Anlaß, mich über dieses heikle Thema in eine Conversation mit der italienischen Regierung einzulassen, die aus dem Geschehenen doch nur den einen Schluß ziehen kann, daß die k. u. k. Regierung an ihrer bisherigen freundschaftlichen Politik festhalten will. Was die von Euer Exzellenz als wahrscheinlich hingestellte Ergänzung der durch die Truppensendungen nach Africa angeblich erheblich geschwächten italienischen Armee betrifft, so ist mir aus einer Zusammenstellung des k. u. k. Kriegsministeriums bekannt, daß Italien gegenwärtig — abzüglich des mit 100.000 Mann berechneten Expeditionskorps — 45.000 Mann über den normalen Friedensstand von 240.000 Mann unter den Waffen hat. Ob unter diesen Umständen eine Ergänzung erforderlich ist, hat die italienische Regierung zu beurteilen, nur ist es im bejahenden Falle dann ihre und nicht unsere Sache, dafür zu sorgen, daß aus solchen Vorkehrungen keine Beunruhigung in Italien und bei uns entsteht. Sie wird also einen nachdrücklichen Einfluß auf die Presse dahin ausüben müssen, daß die etwa für notwendig erachteten Verstärkungen nicht als eine gegen uns gerichtete Deckung dargestellt werden; denn wenn dies geschähe, so würde damit offenbar Wasser auf die Mühlen derjenigen getrieben werden, die einen Teil unserer Presse in einem Italien unfreundlichen Sinne inspiriren. Dies kann der italienischen Regierung gewiß nicht erwünscht sein und sie hat also selbst ein Interesse daran zu verhindern, daß den eventuellen Einberufungen eine alarmierende Deutung gegeben werde. Ich überlasse es Euer Exzellenz Ermessen zu beurtheilen, ob Sie

es für angezeigt erachten, eine Gelegenheit wahrzunehmen, um ohne Berufung auf einen Auftrag und nur von Ihrem persönlichen Standpunkte aus mit Marquis di San Giuliano im Sinne der vorstehenden Erwägungen eine freundschaftliche Conversation zu führen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 3105, 3108.

Nr. 3084. Tel. aus St. Petersburg, 10. Dez. 1911 Nr. 223 (eing. 11. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Ministerpräsident eröffnete mir gegenüber heute gesprächsweise, dass Zeitungen sich in letzter Zeit soviel mit der Frage der Meerengendurchfahrt befassen. In Wirklichkeit denke russische Regierung nicht daran, diese Frage jetzt aufs Tapet zu bringen. Ich hatte keinen Anlass zu dieser Äusserung irgend eine Bemerkung zu machen. Thurn.

a) Vgl. n. 3079, 3087.

Nr. 3085. Privatschreiben nach Athen, 11. Dez. 1911.a) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

Gelegentlich des letzten Aufenthaltes des Königs von Griechenland in Wien hatte ich eine längere Unterredung mit Seiner Majestät, über deren wesentliche Momente ich Euer Exzellenz zu Ihrer vertraulichen Orientierung im Nachstehenden kurz informieren will. Das Gespräch wandte sich zunächst der Erörterung der inneren Lage Griechenlands zu. Ich fand den König sehr erfüllt von der Rolle, die Er beim Abschluß der langen inneren Krise gespielt hat. Seine Majestät besprach in sehr eingehender Weise die verschiedenen Phasen der innerpolitischen Vorgänge des letzten Jahres und hob mit besonderem Stolz hervor, daß Er Venizelos, den Ihm alle Parteiführer als Schreckgespenst und als eine Gefahr hingestellt hätten, zur Regierung berufen und so zu einer starken Stütze des Thrones und der Dynastie gemacht habe. Bei Besprechung der Fragen der auswärtigen Politik betonte König Georg mit Nachdruck, daß Seine Bemühungen auf die Erhaltung des Friedens gerichtet seien und daß die Beziehungen Griechenlands zur Türkei an Korrektheit nichts zu wünschen übrig ließen. Seine Majestät kam sodann auf die Kreta-Frage zu sprechen und frug mich um meine Ansicht. Ich erwiderte, daß Griechenland zwei Wege offen stünden: Eine Politik des Zuwartens, von der allerdings bei den widerstreitenden Interessen der Schutzmächte eine baldige Lösung des kretensischen Problems kaum zu erhoffen sei; der andere Weg, den Griechenland einschlagen könnte und der wohl rascher zum Ziele führen dürfte, wäre der, die durch den italo-türkischen Krieg geschaffene günstige Situation zu benützen, um durch direkte Verhandlungen mit der Pforte eine Verständigung über die Kreta-Frage anzubahnen. Die Art, wie König Georg meine Äußerungen aufnahm, hat meine Ansicht aber keineswegs erschüttert, daß weder der König selbst noch die griechische Regierung den Mut haben würden, gewissermaßen über den Kopf der Schutzmächte und namentlich Englands hinweg durch einen Akkord mit der Türkei die kretensische Frage zu regeln.

a) Vgl. n. 3321.

Nr. 3086. Tel. nach Berlin, 11. Dez. 1911 Nr. 171 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).*

Streng geheim. Telegramm No. 240 erhalten. Ich bin damit einverstanden, dass das darin erwähnte Protocoll nicht erneuert werde, was ohne Verletzung der Integrität des Vertragstextes um so leichter geschehen kann, als es im Jahre 1891[b] in die Ratification nicht einbezogen wurde. Falls man italienischerseits für dessen Beibehaltung eintreten sollte, beabsichtige ich Herrn von Mérey anzuweisen, die italienische Regierung darauf aufmerksam zu machen, dass der erste wirtschaftliche Theil auf die heutigen Verhältnisse nicht mehr anwendbar ist, da seine raison d'être in den damaligen handelspolitischen Beziehungen begründet war und dass auch der zweite England betreffende Theil durch den Gang der Ereignisse und die in der englischen Politik eingetretene Wandlung obsolet geworden ist. Ich ersuche Euer Exzellenz, den Herrn Staatssecretär hievon zu verständigen und umgehend zu telegrafiren, ob er bereit ist, Herrn von Jagow analoge Instructionen zu erteilen.

Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 3081, 3088, 3089. — [b] Pribram, a. a. O. I 68; Martens, N. R. G. 3. S. X 54.

Nr. 3087. Tel. nach Konstantinopel, 11. Dez. 1911 Nr. 330 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).*

Nachstehendes Telegramm aus St. Petersburg vom 10. l. M. ist zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information bestimmt: ... *wie n. 3084* ... Ich sehe telegraphischer Berichterstattung darüber entgegen, ob Euer Exzellenz sich Assim Bey gegenüber im Sinne meines Erlasses Nr. 3119 vom 5. d. und meiner im hierortigen Telegramme Nr. 327 vom 9. d. wiedergegebenen Äußerungen zu Muhtar Bey ausgesprochen haben. Falls dies nicht geschehen, sind Euer Exzellenz ermächtigt, sich dieser Aufträge zu entledigen.

Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 3090.

Nr. 3088. Tel. nach Rom, 11. Dez. 1911 Nr. 219 (chiffr. 6 U. 45 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).*

Streng geheim. Nachdem wir mit dem Berliner Cabinet vollkommen einig sind, werden Euer Exzellenz voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche die auf die Erneuerung des Dreibundes bezüglichen Instructionen erhalten, so dass die im Chiffre-Erlass vom 9. d. M. Nr. 2688[b] enthaltene Aufforderung einer Meinungsäusserung gegenstandslos geworden ist.

Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 3074, 3086, 3089. — [b] Wohl irrig für Nr. 3166.

Nr. 3089. Tel. aus Berlin, 12. Dez. 1911 Nr. 245 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng geheim. Erhalten Euer Excellenz Telegramm Nr. 171 von gestern. Staatssekretär lässt für die sofortige Beantwortung seiner Anfrage verbindlichst danken. Analoge Instruktionen an Herrn von Jagow werden

noch heute abgehen. Herr von Tschirschky wird beauftragt, Wortlaut des an den deutschen Botschafter in Rom abgehenden Erlasses Euer Excellenz mitzuteilen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3088, 3093, 3110.

Nr. 3090. Tel. aus Berlin, 12. Dez. 1911 Nr. 246 (eing. 13. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Herr von Kiderlen teilt mir vertraulich mit, dass er gestern Herrn Sasonow, welcher sich auf seiner Durchreise von Paris nach Petersburg hier einige Stunden aufgehalten hat, gesprochen habe. Russischer Minister des Äussern habe sich vernünftig und ruhig über die allgemeine politische Situation ausgesprochen. Während seines kurzen Aufenthaltes in Paris sei er von Journalisten förmlich überlaufen worden. Einige derselben habe er zwar sehr ungern, aber doch auf direkte Empfehlung des Quai d'Orsay empfangen müssen, so auch Herrn Tardieu vom „Temps". Das von letzterem publizierte Interview sei vor dem Erscheinen ihm mitgeteilt worden. Er habe sich mit dem Inhalte desselben einverstanden erklärt. Die Dardanellenfrage betreffend sprach sich Sasonow dem Staatssekretär gegenüber ganz in demselben Sinne aus, wie dies im Entrefilet des „Temps" vom 9. d. M. enthalten ist. Kiderlen hat den Eindruck, dass die Ausführungen des russischen Ministers des Äussern hauptsächlich auf die Informationen zurückzuführen sind, die er von dem russischen Botschafter in London erhalten habe. Graf Benckendorff sei während des Aufenthaltes Sasonows in Paris dorthin gereist, um dem russischen Minister zu versichern, dass die Stellung Sir E. Greys im Parlamente und auch gegenüber der ganzen öffentlichen Meinung Englands unhaltbar wäre, wenn die englische Regierung in Betreff der angeblichen russischen Wünsche in der Dardanellenfrage sich auf die Seite Russlands stellen würde. Von diesen Informationen Grafen Benckendorffs habe Sasonow ihm, dem Staatssekretär, zwar nichts erwähnt; doch seien aus London und Paris hier Meldungen eingetroffen, laut welcher es sicher sei, dass der russische Botschafter in London hauptsächlich zu dem Zwecke in Paris erschienen sei, um seinen Chef im obigen Sinne zu informieren. Die offizielle Version laute demzufolge: „Aucune démarche officielle, de simples conversations motivées par la crainte que la Turquie en plaçant des mines sous-marines ne gêne notre commerce."
Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3087, 3091, 3098, 3100.

Nr. 3091. Tel. aus Berlin, 12. Dez. 1911 Nr. 247 (eing. 13. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Zu meinem streng vertraulichen Telegramme Nr. 242 vom 9. d. M. Herr von Kiderlen erzählte mir heute, dass das angekündigte Schreiben Baron Marschalls an den Reichskanzler und mehrere telegraphische Berichte des deutschen Botschafters in Konstantinopel hier eingetroffen seien, in welchen derselbe des weiteren darlege, dass ein Eingehen Deutschlands auf die russischen Wünsche mit der bisher befolgten

deutschen Politik nicht vereinbar sei und nicht nur die Interessen Deutschlands sondern auch jene seines Aliierten, Österreich-Ungarns, schwer schädigen müsste. Der Reichskanzler habe hierauf erwidert, dass die deutsche Regierung in der Dardanellenfrage ebenso wie in allen anderen wichtigen internationalen Fragen sich in steter vertraulicher Fühlung mit Euer Exzellenz befinde. Die früher an Baron Marschall gegangenen Instruktionen hätten nur dahin gelautet, dass in der russischerseits in Konstantinopel aufgeworfenen Frage das erste Wort von der Türkei gesprochen werden müsse; erst dann würde Deutschland seine Stellungnahme präzisieren und hiebei die eigenen Interessen und die seines Bundesgenossen Österreich-Ungarn sich immer vor Augen halten. Laut Meldung Markgrafen Pallavicinis (vide Euer Exzellenz geheimes Telegramm Nr. 168)[b] hat Baron Marschall von Berlin den Auftrag erhalten, der Pforte zu raten, sich womöglich in der Meerengenfrage mit Russland zu verständigen. Dies scheint mit den heutigen Mitteilungen des Staatssekretärs im Widerspruche zu stehen. Offenbar erwartet deutsche Regierung, dass die Pforte die Tscharykowschen Vorschläge ablehnen werde, und hat der Türkei den allgemeinen Rat einer Verständigung mit Russland nur aus dem Grunde geben wollen, um sich nicht schon a priori in Widerspruch zu Russland zu stellen. Schon wiederholt und auch heute kam Kiderlen mir gegenüber darauf zurück, dass die Ablehnung russischen Petites vor allem England überlassen werden müsse, und mit grosser Befriedigung hob er hervor, dass nach den neuesten Meldungen aus Paris und London (siehe mein heutiges Telegramm No. 246) England diesen Standpunkt einnehmen werde. Szögyény.

[a] Vgl. n. 3090, 3092. — [b] Vom 8. Dez.

Nr. 3092. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 12. Dez. 1911 Nr. 420 (eing. 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 327 vom 9. d. M. Nachdem gestriger Empfang auf der Pforte verschoben wurde, werde ich erst morgen Gelegenheit haben, mich Assim Bey gegenüber im Sinne des hohen Erlasses vom 5. d. M. No. 3119, streng vertraulich, auszusprechen. Minister dürfte übrigens bereits durch die türkische Botschaft in Wien die Antwort Euer Exzellenz auf die türkische Anfrage in der Meerengenangelegenheit bekannt sein. Baron Marschall hält noch immer an seiner Absicht, zu demissionieren fest, da es ihm bisher nicht gelungen ist, seine Regierung in der Frage der Meerengen umzustimmen. Er bemüht sich aber noch immer, dieselbe zu bewegen, der türkischen Regierung eine ähnliche Antwort zu erteilen, wie die unsrige. Das Berliner Kabinett vertritt, wie aus einem an meinen deutschen Kollegen gerichteten Telegramme hervorgeht, die Ansicht, dass die Sache vorerst der Türkei und Russland zu überlassen sei. Erst wenn sich die Pforte mit Russland einigen sollte, würde die deutsche Regierung Anlass haben, zum Gegenstande Stellung zu nehmen und zwar hauptsächlich vom Standpunkte der deutschen Interessen, namentlich solcher, die mit den Eisenbahnfragen in Verbindung stehen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3091, 3095.

Nr. 3093. Tel. aus Rom, 12. Dez. 1911 Nr. 210 (eing. 7 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng geheim. Bereits vor Einlangen hohen Telegrammes Nr. 219 fertiggestellter Bericht[a] in Angelegenheit der Erneuerung des Dreibundes geht heute per Post ab. Mérey.

[a] Vgl. n. 3089, 3094.

Nr. 3094. Bericht aus Rom, 12. Dez. 1911 Nr. 63 (eing. 14. Dez.).[a] *Entziff.*

Streng geheim. Der hohe Ziffererlass vom 9. d. M.[b] beauftragt mich, ohne vorherige Rücksprache mit der italienischen Regierung meine persönliche Auffassung über die Intentionen derselben hinsichtlich des Zeitpunktes und der Modalität der Erneuerung des Dreibundes einzuberichten. Indem ich diesem hohen Auftrage zu entsprechen mich beehre, möchte ich vor allem betonen, dass meinen folgenden Darlegungen ein grösserer Irrtums-Koëffizient als in gewöhnlicher Zeit zugebilligt werden muss, da — wie Euer Exzellenz aus meiner Berichterstattung bekannt ist — der bisherige Verlauf der Tripolis-Aktion und die Haltung der Regierungen und Pressen der verschiedenen Mächte zu derselben hier gewisse Imponderabilien in der Stimmung erzeugt haben. Mit dieser durch die Situation gebotenen Reserve gestatte ich mir, meine Überzeugung dahin auszusprechen, dass die massgebenden italienischen Faktoren auch heute geneigt sein dürften, an die Erneuerung der Allianz zu schreiten. Am sichersten möchte ich dies vom Könige voraussetzen, annähernd sicher auch von Herrn Giolitti, welcher sein Festhalten am Dreibund übrigens selbst kürzlich in einem Telegramme an eine ungarische Zeitung erklärt hat. Der König und der Ministerpräsident sind nüchterne Realpolitiker, Stimmungen weniger zugänglich und pflegen in den grossen Fragen der äusseren Politik auf dem einmal als richtig erkannten Weg zu beharren. Der Minister des Äussern, welcher impressionabel, unsicherer in seiner persönlichen Stellung und empfindlicher für die öffentliche Meinung ist, wird vielleicht versuchen, die Inopportunität des Momentes geltend zu machen, sich aber schliesslich wahrscheinlich fügen. Gern wird sich die Regierung im gegenwärtigen Augenblicke vermutlich nicht zur Vertragserneuerung entschliessen und ich könnte mir denken, dass sie vielleicht die Geheimhaltung derselben bis auf Weiteres wünschen wird. Denn ausser dem Umstande, dass die Erneuerung der Allianz ohne zwingenden Anlass — der Ablauf des Termines ist ja noch weit — während des Krieges eher ein ungewöhnlicher Vorgang ist, muss auch damit gerechnet werden, dass die Haltung unserer und der deutschen Presse hier eine allgemeine und lebhafte Misstimmung gegen die Alliierten erzeugt hat. Da ich diesen Unwillen nicht als einen dauernden, sondern als eine vorübergehende Erscheinung betrachte, schiene es übrigens auch mir opportuner, mit der Bundeserneuerung doch noch etwas zuzuwarten oder zum Mindesten dieselbe, wenn sie in nächster Zeit erfolgt, nicht gleich publik zu machen. Der Dreibund ist in der letzten Zeit von der italienischen Presse zu oft begraben

worden, als dass seine überraschende Reinkarnation im jetzigen Momente gut aufgenommen würde. Was die Modalität der Vertragserneuerung anlangt, so unterliegt es für mich keinem Zweifel, dass bezüglich des Ortes derselben und des Beginnes der Geltungsdauer des neuen Vertrages die italienische Regierung an ihrem Worte festhalten werde. Dagegen wird sie voraussichtlich in der jetzigen, bei uns und in Berlin bestehenden Absicht, die Artikel IX und X unverändert zu belassen und ihren Inhalt in einem protocole additionnel zu modifizieren, ein Abgehen unsererseits von unseren bisherigen Vorschlägen erblicken. Durch das hohe Privatschreiben vom 20. Oktober l. J. war ich nämlich beauftragt, dem Minister des Äussern mitzuteilen, dass die durch die Ereignisse nötig gewordene Neu-Redigierung des Artikels IX und eventuell der Einleitung des Artikels X im Zuge sei, und auch Marquis di San Giuliano hatte — vide mein Privatschreiben vom 27. Oktober l. J. — mir erklärt, die italienische Regierung sei willens, den Vertrag mit Ausnahme der durch die Ereignisse einer Änderung bedürftig gewordenen Bestimmungen hinsichtlich Tripolitanien's tel quel zu erneuern. Es muss also mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass die hiesige Regierung gegen die jetzige in Aussicht genommene Modalität Schwierigkeiten erhebt. Aus diesem Grunde und da in dem Falle als die hiesige Regierung doch etwa Bedenken tragen sollte, den Vertrag in der nächsten Zeit zu erneuern, ein förmlicher Refus vielleicht besser zu vermeiden wäre, gestatte ich mir anzuregen, dass im gegebenen Momente zuerst ein Fühler im Wege der italienischen Botschafter in Wien und Berlin ausgestreckt werde. Mein deutscher Kollege, mit dem ich es für richtig hielt, mich auch in diesem, wie in den früheren Stadien dieser Angelegenheit zu besprechen, ist seinerseits noch mehr als ich unter dem Eindrucke, dass die gegenwärtige Stimmung der hiesigen öffentlichen Meinung nicht die richtige Atmosphäre für die Erneuerung der Allianz bildet.

Postscriptum. Nach Fertigstellung dieses Berichtes ist mir das hohe Telegramm Nr. 219 zugekommen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3093, 3095 Anm. e, 3110, 3138. — [b]) Vgl. n. 3081.

Nr. 3095. Geheime Denkschrift, 12. Dez. 1911 ohne Nr.[a]) Konz.[b]) (S. Schreibmaschine; V. Musulin u. Aehrenthal).

... Geschichtliche Übersicht über die österr.-russ. Beziehungen ... Gerade im gegenwärtigen Momente ist übrigens eine jener Situationen zu verzeichnen, wie sie erfahrungsgemäss Russland zu einer Annäherung an die Monarchie zu veranlassen pflegen. Das russische Kabinett wünscht eine den russischen Interessen entsprechende Lösung der Meerengenfrage und hat dieses Thema auch bereits uns gegenüber zur Sprache gebracht. Das Wiener Kabinett hat seine Stellungnahme zu dem russischen Anwurfe in der Weise eingerichtet, dass eine Misstimmung in Russland jedenfalls vermieden wurde und die Konversation über die russischen Wünsche weiter gesponnen werden kann. Dass es nicht gerade immer leicht ist, die Wahrung der Interessen der Monarchie mit dem Wunsche einer Besserung

unserer Beziehungen zu Russland in Einklang zu bringen, zeigen übrigens die Eröffnungen, die Herr Tscharykow in der Frage der Meerengen in Konstantinopel gemacht hat: mag auch der Übereifer des russischen Botschafters entsprechend in Rechnung gezogen werden, es ist doch ziemlich klar geworden, dass das russische Konzept für die Lösung der Dardanellenfrage auch eine Art russischer Vormundschaft über die Türkei und den Balkan in Bereitschaft hat. Wenn es aber auch gelingt, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen und wenn in der Zukunft die Verhältnisse für eine Besserung unserer Beziehungen zu Russland sich günstiger gestalten, so darf andererseits nicht aus dem Auge gelassen werden, dass Dank dem deutsch-englischen Gegensatze die diplomatische Situation Russlands heute eine so vorteilhafte ist, wie man es noch vor wenigen Jahren kaum für möglich gehalten hätte und dass Russland daher gegenwärtig einigermassen verwöhnt ist. In der Tat wird Russland heute von England und Deutschland umschmeichelt. England, das von der Entente mit Russland nur höchst problematische Vorteile gezogen hat und speziell in Persien Dinge geschehen lassen muss, die keineswegs nach seinem Geschmacke sein können, hält an der Entente mit Russland unentwegt fest, um Deutschland zu imponieren. Deutschland seinerseits macht aus denselben Gründen Russland seit den Tagen von Potsdam[c]) in nicht gerade zurückhaltender Weise den Hof, ohne Rücksicht auf seine Stellung in Konstantinopel und bedauerlicherweise auch auf Kosten unserer Stellung am Balkan. Da es kaum möglich wäre, in diesem Wettbewerbe mit Aussicht auf Erfolg mitzutun, wird das k. u. k. Kabinett, eben weil es den grossen Wert einer aufrichtigen Verständigung mit Russland und eines harmonischen Zusammenwirkens der beiden Kaisermächte erkennt, an seiner ruhigen zuwartenden, gegebenenfalls aber auch entgegenkommenden Politik Russland gegenüber festhalten und alles vermeiden, was als ein besonderes Empressement gedeutet werden könnte. Wie wenig freundlich ein solches Empressement gelohnt wird, zeigt wohl am deutlichsten das unliebsame Echo, das die Avancen einiger unserer Blätter, wie z. B. jene des „Vaterland" in der russischen Publizistik geweckt haben, Ausführungen, die unter anderen vom „Svjet" mit Hohn beantwortet werden. Auch sonst sprechen manche Anzeichen dafür, dass die politische Atmosphäre in Russland einer Annäherung an die Monarchie noch nicht günstig ist. So wird beispielsweise in Petersburg noch immer an der alten Methode festgehalten, Österreich-Ungarn — im Gegensatze zu der „unschuldigen und harmlosen" Politik Russlands — als den argen Störefried hinzustellen, der sich mit Eroberungs- und anderen selbstsüchtigen Plänen trage. Auch die jüngsten Bombenattentate in Mazedonien,[d]) die wahrscheinlich einem Zusammenwirken unverantwortlicher italienischer Elemente mit der bulgarischen und griechischen Propaganda zuzuschreiben sind, werden, wofür vertrauliche Anhaltspunkte vorliegen, russischerseits — wider besseres Wissen — in diesem Sinne ausgenützt, mit der offensichtlichen Tendenz gegen die Monarchie Stimmung zu machen und das Misstrauen Italiens wachzurufen. Aus der im Vorstehenden gegebenen Darlegung unserer Beziehungen zu Russland ergibt sich nun für unser Verhältnis zu Italien die Folgerung, dass wir, dem Gebote der Klugheit

entsprechend, an der Allianz *e)* mit demselben solange festhalten müssen, als unser Verhältnis zu Russland nicht eine völlige Klärung erfahren hat. Wenn es überhaupt ein Axiom internationaler Politik ist, mit möglichst vielen Staaten gute Beziehungen zu unterhalten, um dann im entscheidenden Momente zwischen denselben wählen zu können, so trifft dieser Satz umsomehr dann zu, wenn es noch nicht entschieden ist, dass uns die Wahl überhaupt offen steht. Unsere Allianz mit Italien ist das Produkt der Utilität und gewiss keine Herzenssache; die k. u. k. Regierung, die manche unerfreuliche Symptome in dem Verhalten des Alliierten zu verzeichnen hat, gibt sich auch keinen Illusionen über die Aufrichtigkeit der Empfindungen hin, die man in Italien der Monarchie entgegenbringt; aber gerade im gegenwärtigen Moment, wo Italien infolge seiner tripolitanischen Aktion die Notwendigkeit guter Beziehungen zur Monarchie mit einiger Deutlichkeit empfinden mag und nach den bisherigen Erfahrungen die Annahme gestattet ist, dass der neu erworbene afrikanische Besitz für Italien noch auf Jahrzehnte hinaus kein sorgenloser sein wird, ist Aussicht vorhanden, dass unser Verhältnis zu dem südlichen Nachbar sich normaler und zufriedenstellender gestalte. Abgesehen von den Gründen, die für die Aufrechterhaltung unserer Allianz mit Italien aus der Ungeklärtheit unserer Beziehungen zu Russland geschöpft werden können, sind es auch noch Rücksichten auf Deutschland, die uns bewegen müssen, in der Behandlung unserer italienischen Politik eine grosse Vorsicht obwalten zu lassen. Deutschland will den Frieden und wünscht zumindest, wenn der Konflikt nicht zu vermeiden wäre, ihn aus militärischen Gründen hinausgeschoben zu sehen. Träte nun Italien aus dem Dreibundverhältnisse aus, so wäre die natürliche Folge, dass es sich der rivalisierenden Mächtegruppe der Entente anschlösse. Es ist mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen, dass England es sich in diesem Falle nicht länger überlegen und den Moment benützen würde, um die Entscheidung herbeizuführen. Es ist, wie im Laufe dieser Darstellung bereits angedeutet wurde, die Spannung zwischen England und Deutschland, die der politischen Situation die welthistorische Prägung gibt. Dieses Spannungsverhältnis, das seine Wirkungen nach allen Seiten hin äussert, zwingt auch uns zu einer scharf auslugenden, aber zugleich vorsichtigen und tastenden Politik. Selbst wenn das k. u. k. Kabinett daran denken wollte, die die Monarchie zunächst interessierenden Fragen durch eine Aktion in Italien oder am Balkan zur Lösung zu bringen, es würde nicht gelingen, sie endgiltig zu bereinigen, denn die grosse Entscheidung über das, was in Europa in Zukunft geschehen soll, wird bei den Vogesen und in den Meeren fallen, die deutsche und englische Küsten bespülen.

a) Vgl. n. 3014, 3040 Anm. c, 3057, 3092, 3096, 3125, 3127, 3181. — *b)* Verfasser laut Amtsvermerk (Pirquet): Musulin. — *c)* Vgl. n. 3024 Anm. c, 3394 Anm. e. — *d)* Vgl. n. 3082, 3105 Anm. b. — *e)* Vgl. n. 3094, 3110.

Tel. nach Berlin, 13. Dez. 1911 Nr. 172 (chiffr. 2 U. p. m.). Siehe n. 3097.

Tel. nach Konstantinopel, 13. Dez. 1911 Nr. 332 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 3098.

Nr. 3096. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. Dez. 1911 Nr. 421 (eing. 14. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe heute dem Minister des Äussern die Antwort der k. u. k. Regierung auf die Anfrage der Pforte in der Meerengenangelegenheit im Sinne des hohen Erlasses vom 5. d. M. Nr. 3119 sowie des Telegrammes vom 9. d. M. Nr. 327 mitgeteilt. Assim Bey hat sich vor mir über diese Mitteilung Notizen gemacht und mir gesagt, dass Mukhtar Bey über die Auslassungen Euer Exzellenz in dieser Frage gleichlautend berichtet hat. Der Minister sprach seinen Dank für die der Türkei so günstige Haltung des k. u. k. Kabinettes aus und sagte mir, er sei über die eventuelle Stellungnahme der übrigen Kabinette zu dieser Frage noch nicht unterrichtet, bloss Sir E. Grey hätte ihm sagen lassen, dass er mit Rücksicht auf die Erklärungen, die Herr Sazonow kürzlich in Paris abgegeben hat, diese Frage nicht als auf der Tagesordnung stehend betrachte. Assim Bey bemerkte weiter, er sei nach dem russischerseits erfolgten Dementi über die Lage vollkommen im Unklaren, da Herr Tscharykow den bei ihm gemachten Schritt bisher noch nicht zurückgezogen hat. Wenn der russische Botschafter ihn heute besuchen sollte, werde er ihm sagen, es habe den Anschein, dass er, Tscharykow, von seiner Regierung desavouiert worden sei. Im übrigen werde er dem russischen Botschafter gegenüber einen dem unseren konformen Standpunkt in dieser Frage vertreten. Assim Bey zeigte mir heute das ihm von Tscharykow überreichte Schriftstück, welches den bekannten Vertragsentwurf enthält. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3095, 3097, 3102.

Tel. nach London, 13. Dez. 1911 Nr. 89 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 3098.

Nr. 3097. Tel. nach St. Petersburg Nr. 117 (1) und Berlin Nr. 172 (2), 13. Dez. 1911 (chiffr. 2 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Aehrenthal).

1. Die in Euer Exzellenz Berichte No. 56 B[b]) vom 6. l. Mts. wiedergegebene Sprache Herrn Neratow gegenüber hat meine volle Billigung gefunden. Ich habe Euer Exzellenz Berichte entnommen, daß Herr Neratow sich zuletzt dahin ausgesprochen hat, er würde es Herrn Sasonow überlassen zu beurteilen, ob der gegenwärtige Zeitpunkt zu der Aufrollung der Meerengenfrage geeignet erscheine. Seither hat Herr Kokowzow Euer Exzellenz erklärt, daß die russische Regierung nicht daran denke, diese Frage jetzt aufs Tapet zu bringen, eine Erklärung, welche sich mit den durch die Pariser Presse verbreiteten Äußerungen Herrn Sasonows deckt. Euer Exzellenz wollen es auch weiterhin in Ihren Gesprächen mit den leitenden russischen Staatsmännern vermeiden, das Thema der Meerengen zu berühren. Sollten Euer Exzellenz sich jedoch zu einer Aussprache genötigt sehen, so hätten Hochdieselben an Stelle der Ihnen mit Telegramm Nr. 113 vom 7. l. Mts. aufgetragenen Sprache lediglich zu bemerken, daß meiner Ansicht nach die russische Regierung gut daran tue, den bisher eingenommenen Standpunkt der Aufrechterhaltung des status quo im Orient,

besonders in einer die Türkei und alle Mächte interessierenden Frage wie die der Meerengen, nicht zu verlassen.

2. Ich telegraphiere an Grafen Thurn, wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1) von „Ich habe" bis „so hätten Hochdieselben" und von „lediglich zu bemerken" bis „nicht zu verlassen"). Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

a) Vgl. n. 3096, 3098, 3100, 3124. — b) Nicht aufgenommen, weil im wesentlichen desselben Inhalts wie n. 3051.

Nr. 3098. Tel. nach St. Petersburg Nr. 118, London Nr. 89 und Konstantinopel Nr. 332, 13. Dez. 1911 (chiffr. 6 U. p. m.).a) Konz. (S. und G. Nemes).

Graf Szögyény telegraphiert unter dem 12. d. M. wie folgt: ... *wie n. 3090 mit unwesentlichen Änderungen* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und rein persönlicher Kenntnisnahme.

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 3097, 3100, 3106.

Nr. 3099. Tel. nach Berlin, 14. Dez. 1911 Nr. 173 (chiffr. 6 U. p. m.).a) Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Es erscheint mir erwünscht, unsere Haltung zum deutsch-französischen Marokko-Abkommen noch vor Zusammentritt der Delegationen zu regeln, wiewohl mir seitens der beiden Regierungen auf meine Mitteilung noch keine formelle Rückäußerung zugekommen ist. Ich ermächtige Euer Exzellenz demnach, dem Herrn Staatssekretär ... *wie n. 3107* ...

Aehrenthal.

a) Vgl. n. 3080, 3120.

Nr. 3100. Tel. aus Berlin, 14. Dez. 1911 Nr. 248 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Staatssekretär liess mich gestern abends zu sich bitten, um mir in ein soeben von Baron Marschall eingetroffenes Telegramm Einsicht zu geben. Deutscher Botschafter meldet, Markgraf Pallavicini habe im Auftrage Euer Exzellenz der Pforte erklärt, dass die k. u. k. Regierung „bezüglich der Meerengenfrage an dem bisherigen Rechtszustande festhalte, insolange als nicht eine Lösung der Frage gefunden sei, die den Interessen Russlands und der Türkei sowie aller anderen Signatarmächte gerecht werde". Hieran anknüpfend führt Baron Marschall aus, dass er nicht ermächtigt gewesen sei, sich dieser Erklärung anzuschliessen; demzufolge müsse er zu seinem grössten Bedauern konstatieren, dass die in der so wichtigen Meerengenfrage befolgte deutsche Politik mit jener des verbündeten Österreich-Ungarn nicht im Einklange stehe. Staatssekretär und auch Reichskanzler sind durch diese Auffassung des deutschen Botschafters sehr unangenehm überrascht. Kiderlen sagte mir, Baron Marschall habe beiläufig folgende Antwort erhalten: Deutsche Regierung sei zwar immer entschlossen gewesen, den bezüglichen russischen Wünschen a priori kein non possumus entgegenzustellen, aber die russischen konkreten Vorschläge vorerst abzu-

warten und dieselben wohlwollend zu prüfen. Diese Stellungnahme stehe keinesfalls im Widerspruche mit jener Österreich-Ungarns. Deutscher Botschafter habe hier zwar angefragt, ob er die vom Markgrafen Pallavicini abgegebene Erklärung unterstützen dürfe, doch hätte er aus den früher an ihn ergangenen Instruktionen ersehen können, dass er hiezu berechtigt war. Staatssekretär ersucht mich, Euer Exzellenz hievon streng vertrauliche Meldung zu erstatten. Herr von Tschirschky habe diesbezüglich keine Mitteilung erhalten. Übrigens, so versichert mir Kiderlen, habe die von Russland aufgeworfene Meerengenfrage offenbar an Aktualität verloren, wie dies aus den Äusserungen Herrn Sasonows selbst hervorgehe (mein Telegramm Nr. 246 vom 12. d. M.). Russischer Minister des Äussern habe ja die Aktion Herrn Tscharykows und auch die bezüglichen Enunziationen Herrn Neratows förmlich desavouiert. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 172 von gestern erhalten, laut welchem Herr Kokowzow sich Grafen Thurn gegenüber ganz in demselben Sinne geäussert hat. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3098, 3102, 3128, 3173 Anm. b.

Nr. 3101. Tel. aus Bukarest, 14. Dez. 1911 Nr. 68 (eing. 4 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. In gestern gewährter Audienz Seiner Majestät dem Könige von Inhalt Erlasses vom 8. d. M. Zahl 3145 Kenntnis gegeben. Höchstderselbe ersuchte mich, Euer Exzellenz für Mitteilung seinen besten Dank auszusprechen und zu melden, dass ihm oder seiner Regierung seit zwei Jahren keine irgendwie geartete Anregung oder Vorschläge behufs näheren Anschlusses an Rumänien und Zentralmächte seitens der Pforte gemacht wurden. Er stehe dem Gedanken einer Festigung der Position des türkischen Reiches und Entziehung desselben dem russischen und englischen Einflusse durch Abschluss eines Abkommens mit obigen Mächten sehr sympathisch gegenüber. Er billige jedoch vollkommen die von Euer Exzellenz geübte Reserve, da auf Diskretion in der Türkei nicht zu rechnen sei, warf aber Frage auf, ob mit der Zeit nicht offener Anschluss zu erwägen sei, nachdem er an dauernden Verbleib Italiens im Dreibunde trotz gegenteiliger Vereinbarungen nicht glaube. Weiters beauftragte mich Seine Majestät, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass der Sofiaer italienische Gesandte, Bosdari, dieser Tage in Rom gewesen sei und dort ihm durch bekannte rumänische Mittelsperson überbrachte Vorschläge Assim Beys seiner Regierung unterbreitet habe, deren Basis folgende sei: Abtretung Tripolitaniens, dagegen Anerkennung der Oberhoheit des Sultans über Cyrenaika und dessen Hinterland. Über Art der Oberhoheit müsste eine Formel gefunden werden. König Karl vermeint, dass bei einiger Nachhilfe Italien auf Diskussion dieser Punkte vielleicht einzugehen sich bereit finden würde. Euer Exzellenz wüssten, dass er kein Pessimist sei, doch sehe er für kommendes Frühjahr, wenn nicht gerade Krieg, so doch sehr ernste Komplikationen am Balkan voraus, falls nicht bis dahin Frieden geschlossen. Es wäre daher jede Chance, die sich für Förderung des Friedens böte, zu ergreifen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 3103, 3111, 3113, 3150.

Nr. 3102. Bericht aus Konstantinopel, 14. Dez. 1911 Nr. 69 A (eing. 17. Dez.).[a]) Ausfert.

Mittelst meines ergebensten Telegrammes vom 13. d. M. Nr. 421 habe ich die Ehre gehabt, Euerer Exzellenz zu melden, dass ich gestern im Sinne des hohen Erlasses vom 5. d. M. No. 3119, streng vertraulich, Assim Bey die Antwort des k. u. k. Cabinettes auf die türkische Anfrage in Betreff der Meerengenangelegenheit mitgeteilt habe. Obwohl der Herr Minister aus meinen früheren Erklärungen über das wesentliche unserer Antwort nicht mehr im Zweifel sein konnte und er auch von den Auslassungen Euerer Excellenz dem türkischen Geschäftsträger in Wien gegenüber bereits Kenntnis hatte, nahm er doch mit Interesse und sichtlicher Genugtuung meine Mitteilung entgegen und notierte sich den Wortlaut derselben. Assim Bey schien mir gestern noch vollkommen im Unklaren darüber zu sein, wie sich die russische Regierung in Bezug auf die von Herrn Tscharykow gemachte Démarche bei der Pforte nunmehr verhalten werde. Trotz allen Ableugnens der russischen leitenden Kreise kann es keinem Zweifel unterliegen, dass Herr Tscharykow eine durchaus officielle Démarche sowohl beim Grossvezier als auch beim Minister des Äussern gemacht hat. Wie ich dies in meinem obcitierten Telegramme bereits erwähnt habe, zeigte mir gestern Assim Bey das Schriftstück, in welchem der russische Vertragsentwurf niedergelegt ist. Dieser Entwurf ist ein Meisterstück russischer Schlauheit. Die drei ersten Artikel des im Ganzen aus sechs Artikeln bestehenden Vertragsentwurfes behandeln ausschliesslich Eisenbahnfragen im nördlichen und östlichen Kleinasien. Die Frage der freien Durchfahrt für russische Kriegsschiffe durch die Meerengen wird erst in einem folgenden Artikel berührt und zwar in einer Weise, als ob Russland als Entgelt für die in den früheren Artikeln enthaltenen Abmachungen in Eisenbahnfragen die Verpflichtung übernehmen wolle, für die Sicherheit der bestehenden Verträge in Bezug auf die Meerengen zu sorgen. Um dieser Verpflichtung nachkommen zu können, willigt die Pforte in die freie Passage der russischen Kriegsschiffe durch die Dardanellen ein. Es erscheint doch vollkommen ausgeschlossen, dass Herr Tscharykow, wenn er auch noch so selbstständig zu handeln pflegt, einen solchen Vertrag auf eigene Faust der Pforte anbieten könnte. Wenn also der russische Minister des Äussern behauptet, dass keinerlei Schritte in der Meerengenfrage in Constantinopel unternommen worden seien, so müsste man fast auf den Gedanken kommen, dass man russischerseits die Sache so darstellen könnte, als ob der von Herrn Tscharykow in Antrag gebrachte Vertrag in der Meerengenfrage eigentlich kein Novum bezwecke, da ja schon im Sinne des Londoner Vertrages von 1871 dem Sultan das Recht zusteht, zum Schutze der auf die Meerengen bezüglichen Vertragsbestimmungen in Friedenszeiten einer befreundeten Macht die Meerengen zu öffnen. Eine solche Interpretation wäre allerdings bei den Haaren herbeigezogen, aber bei der Verlogenheit und Falschheit der russischen Diplomaten ist alles möglich. Es scheint mir also noch immer nicht ausgeschlossen zu sein, dass Herr Tscharykow trotz der Dementis des Herrn Sasonow auf seinen Vertragsentwurf der Pforte gegenüber noch zurückkommen werde. Assim Bey, der bis gestern nachmittags über die Situation

noch gar nicht im Klaren war, schien mir dies zu befürchten, da der russische Botschafter am letzten Samstage ihm nur soviel gesagt hätte, die Angelegenheit werde voraussichtlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Der Minister versicherte mich übrigens, er werde unter allen Umständen, falls der russische Botschafter seine Démarche erneuern sollte, in einem unserer Erklärung analogen Sinne antworten. Wie immer sich die Dinge in dieser Angelegenheit nunmehr auch gestalten mögen, soviel ist sicher, dass unsere Haltung hier einen sehr guten Eindruck gemacht hat und dass dieselbe geeignet ist, die von allen Seiten gegen uns in Scene gesetzten Intriguen und Anschuldigungen einigermassen zu paralysieren. Das schwankende Verhalten des Berliner Cabinetts hingegen hat hier ohne Zweifel stark verstimmt und der Stellung Deutschlands in der Türkei gewiss beträchtlichen Schaden zugefügt und dies wird in einem noch erhöhten Masse der Fall sein, wenn es sich schliesslich herausstellen sollte, dass Russland in Folge eines englischen Einspruches in der Sache den Rückzug angetreten hat. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3100, 3106.

Nr. 3103. Bericht aus Konstantinopel, 14. Dez. 1911 Nr. 69 C (eing. 17. Dez.).[a]) Ausfert.

Geheim. Anlässlich meiner am letzten Samstag mit Assim Bey geführten Unterredung habe ich mich ihm gegenüber im Sinne des hohen Erlasses vom 5. d. M. No. 3122, geheim, ausgesprochen und ihm gesagt, Euere Excellenz hätten mir mitgetheilt, dass die Idee einer Entente der Türkei mit den Centralmächten und Rumänien Hochdenselben sympathisch sei. Der Minister nahm diese Mittheilung mit sichtlicher Genugthuung entgegen und liess hiebei die Bemerkung fallen, dass seiner Ansicht nach eventuell auch Bulgarien einer solchen Entente beigezogen werden könnte. Dem Minister scheint also der Gedanke eines Balkanbundes und zwar unter der Ägide Oesterreich-Ungarns vorzuschweben. Bei meinem gestrigen Besuche auf der Pforte kam Assim Bey wieder auf den Gegenstand zurück und sagte mir, er habe dem neuen türkischen Botschafter in Wien den Auftrag gegeben, mit Euerer Excellenz diese Sache zu besprechen. Der Minister fügte noch hinzu, dass vielleicht der jetzige Kriegszustand zwischen Italien und der Türkei seiner Idee gewisse Schwierigkeiten bieten könnte. Hiebei bekam ich aber den Eindruck, dass der Minister auch an die Möglichkeit einer Betheiligung Italiens an der Entente nach Beendigung des Krieges denke. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3101, 3105, 3151, 10410.

Nr. 3104. Bericht aus Konstantinopel, 14. Dez. 1911 Nr. 69 J (eing. 17. Dez.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. ... *Beziehungen zwischen der rumänischen Gesandtschaft und dem ökumenischen Patriarchat* ... Bei dieser Gelegenheit erzählte mir Herr Mischu ferner, dass Herr Tscharykow ihn neuerlich für die Idee des Balkanbundes gewinnen wollte, worauf er jedoch dem russischen Botschafter eine ausweichende Antwort gegeben habe. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3079 Anm. b, 3109.

Nr. 3105. Privatschreiben aus Konstantinopel, 14. Dez. 1911 (eing. 17. Dez.).[a] Ausfert.

Der Rücktritt des früheren Generalstabschefs Baron Conrad hat auch hier einen gewissen Eindruck gemacht. Assim Bey sagte mir, er hätte über die Vorgeschichte dieses Ereignisses folgende Mittheilung erhalten. Baron Conrad wäre der Ansicht gewesen, Österreich-Ungarn müsse den jetzigen Moment benützen, um Italien, Serbien und Montenegro anzugreifen und sodann gegen Salonik vordringen. Dieser Plan hätte eine Verständigung mit Russland zur Voraussetzung gehabt, da der frühere Generalstabschef die österreichisch-russische Grenze degarnieren wollte, um mit der ganzen Macht im Süden der Monarchie vorgehen zu können. Euere Excellenz wären gegen diesen Vorschlag aufgetreten und Baron Conrad hätte infolge dessen seine Demission geben müssen. Trotzdem sei der erwähnte Plan durchaus nicht aufgegeben, sondern bloss auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Der Minister des Äussern fügte hinzu, dass die türkische Persönlichkeit, welche ihm obige Mittheilung gemacht habe und welche Anhänger einer noch intimeren Annäherung an Österreich-Ungarn sei, bemerkt habe, die Zeit müsse zur Zustandebringung einer solchen Annäherung benützt werden, solange noch Euere Excellenz die auswärtige Politik der k. u. k. Monarchie leiten. Mein französischer College erwähnte mir gegenüber gleichfalls eine ihm zugekommene Version über den Anlass des Rücktrittes Baron Conrads, welche sich im Wesentlichen mit der obigen deckt. Herr Bompard sprach hiebei, indem er gleichzeitig an die angeblichen Truppenconcentrierungen an der bosnisch-türkischen Grenze[b] anspielte, davon, dass man in den hiesigen Regierungskreisen an die Möglichkeit eines Angriffes Österreich-Ungarns gegen die Türkei ernstlich glaube. Im Laufe meiner gestrigen Unterredung mit Assim Bey machte mich der Minister darauf aufmerksam, dass sich Said Pascha durch alle möglichen Gerüchte, die ihm zukommen, beeinflussen lässt. So hätte derselbe kürzlich gehört, dass sich in Bosnien 38.000 Mann über dem gewöhnlichen Truppenstande befinden, ferner dass das Agramer und das Temesvarer Corps mobilisiert seien. Der Minister fügte hinzu, er selbst glaube allerdings an alle diese in Umlauf gesetzten Gerüchte nicht, und zwar umsoweniger, als er ja aus meinen letzten Mittheilungen wüsste, dass von einer Truppenconcentrierung auf unserer südöstlichen Grenze keine Rede sei; der Grossvezier sei aber von Natur aus höchst misstrauisch und liesse sich leicht impressionieren. Im gegenwärtigen Momente wird überhaupt in Constantinopel mehr denn je intriguiert und die unglaublichsten Gerüchte colportiert. Man geht sogar so weit, dass man uns die Dynamitattentate in Macedonien mit einem scheinbaren Ernste in die Schuhe schiebt und uns gleichzeitig beschuldigt, auch in Albanien zu schüren. Wer hinter diesen Machenschaften steckt, weiss ich allerdings nicht bestimmt. Ich habe aber im Allgemeinen den Eindruck, dass jetzt französischerseits überhaupt in prononcierter Weise mit Italien sympathisiert wird. Ich kann mich daher des Verdachtes nicht vollkommen erwehren, dass es sich bei den letzterwähnten Gerüchten, welche in der ganzen europäischen Presse nahezu gleichzeitig auftauchten, um eine Mache gewisser französischer Politiker handelt, zu dem Zwecke, um Italien, welches

hier zunächst als Urheber jener Attentate galt, einen kleinen Liebesdienst zu erweisen. Damit würde auch ganz gut übereinstimmen, dass, wie ich es nunmehr selbst von autoritativer Seite höre, die französische Regierung an der tunesischen Grenze wirksamere Absperrungsmassregeln gegen den Übertritt türkischer Officiere ergriffen hat. ... *Innere türkische Angelegenheiten.* ... Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3083, 3103, 3108, 3111. — [b]) Vgl. n. 3095 Anm. d, 3112 Anm. c.

Nr. 3106. Erlaß nach London, 14. Dez. 1911 Nr. 3222.[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Gelegentlich des vorwöchentlichen Diplomatenempfanges kam zwischen Sir F. L. Cartwright und mir auch die Absicht Rußlands, die Dardanellen-Frage aufzuwerfen, zur Sprache. Ich habe mich hiebei von dem Gedanken leiten lassen, daß die englische Regierung, angesichts der Spannung mit Deutschland und mit Rücksicht auf die Triple-Entente, der Erfüllung dieses alten russischen Desideratums diesmal vielleicht keinen so absoluten Widerstand entgegensetzen würde, wie er den Traditionen und wohl auch den dauernden Interessen Englands entspräche. Ich hielt es daher für angezeigt, dem englischen Kabinette zu verstehen zu geben, daß auch wir einem solchen russischen Vorschlag nicht ohne weiters zustimmen könnten, und hiedurch — ohne es auszusprechen — anzudeuten, daß sich unsere und die englischen Interessen in dieser Frage vielleicht bis zu einem gewissen Grade nähern. In diesem Sinne sagte ich dem englischen Botschafter, wir würden zwar, ebenso wie Frankreich und England, einen russischen Vorschlag hinsichtlich der Öffnung der Meerengen in wohlwollende Erwägung ziehen, müßten jedoch, bevor wir zu demselben Stellung nehmen, sorgfältig prüfen, inwieweit unsere Interessen durch eine Änderung des bestehenden Zustandes gefährdet werden könnten. Inzwischen scheint man in St. Petersburg, und zwar offenbar doch mit Rücksicht auf England, zu der Überzeugung gekommen zu sein, daß der gegenwärtige Augenblick für die Aufrollung der Dardanellen-Frage kein günstiger sei. (Vide mein Telegramm Nr. 89 vom 13. laufenden Monats.) In der Tat wäre es für die englisch-russischen Beziehungen eine zu starke Belastungsprobe gewesen, wenn sich zu der persischen Frage noch eine zweite gesellt hätte, in der England namhafte und vor der öffentlichen Meinung schwer zu vertretende Konzessionen an Rußland zu machen gehabt hätte. Man dürfte sich in St. Petersburg darüber klar geworden sein, daß ein forciertes Vorgehen eventuell die Stellung Sir E. Greys hätte erschüttern können. Uns kann es nur recht sein, daß diese russische Aktion im Sande verläuft und für mich daher die Notwendigkeit entfällt, jetzt zum Schutze unserer Interessen, welche mit den englischen, wie es scheint, in der in Rede stehenden Frage ziemlich übereinstimmten, in Pourparlers mit dem englischen Kabinett einzutreten.

[a]) Vgl. n. 3102, 3113.

Nr. 3107. Tel. nach Paris, 14. Dez. 1911 Nr. 87 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).*

Der in dem Berichte vom 9. d. M. Nr. 47 A enthaltene Vorschlag, der französischen Regierung einstweilen unsere prinzipielle Zustimmung zum Marokko-Abkommen bekanntzugeben, deckt sich mit meinem Wunsche, noch vor Zusammentritt der Delegationen unsere Haltung in dieser Angelegenheit zu regeln. Euer Exzellenz sind demnach ermächtigt, Herrn de Selves mündlich unsere prinzipielle Geneigtheit, dem Abkommen zuzustimmen, mitzuteilen, wobei Sie hinzufügen wollen, daß wir uns vorbehalten, unsere formelle Adhäsionserklärung abzugeben, sobald mir die betreffenden Äußerungen der österreichischen und ungarischen Regierung vorliegen werden und ich darüber unterrichtet bin, ob eine parlamentarische Behandlung erforderlich ist. Die Ausführung dieses Auftrages wollen Euer Exzellenz telegraphisch einberichten. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3099, 3115.

Nr. 3108. Bericht aus Rom, 14. Dez. 1911 Nr. 64 A (eing. 16. Dez.).[a] *Ausfert.*

Die fortgesetzten Enthüllungen und Kommentare unserer Presse anläßlich des in der Person unseres Generalstabs-Chefs eingetretenen Wechsels haben in Italien eine allgemeine und tiefe Beunruhigung erzeugt. Es ist die Situation des gewissen Reiters, welcher, ohne es zu ahnen, den gefrorenen See übersetzt hat, und erst nachträglich der Lebensgefahr gewahr wird, in der er sich soeben befand. In dem vorliegenden Falle ruft das nicht nur eine Gänsehaut hervor, sondern es läßt auch nicht den Optimismus aufkommen, daß die momentan glücklicherweise beseitigte Gefahr nicht etwa wieder einmal in irgend einer Form auftreten kann. Da überdies die Tripolisaktion der Armee wertvolle Kräfte entzieht, tauchten in jenen Tagen in- und außerhalb der Presse plausibel klingende Gerüchte auf, wornach Maßnahmen — nach einer Version die Einberufung weiterer Jahrgänge — bevorständen, welche diesem Mangel abzuhelfen bestimmt wären. Diese Gerüchte veranlaßten mich zu meinem Telegramm Nr. 208,[b]) weil ich besorgen mußte, daß ein Teil unserer Presse in jenen eventuellen Maßnahmen nicht eine Beseitigung der Defekte, welche die Truppensendungen nach Afrika für die italienische Armee zur Folge haben, sondern neue Rüstungen gegen uns erblicken könnte. Was nun zunächst die von Euer Excellenz in dem ersten Teile des hohen Telegrammes Nr. 217[c]) ventilierte Frage betrifft, ob von einer erheblichen Schwächung der italienischen Armee dermalen die Rede sein könne, so muß ich im folgenden zur Motivierung dieser Tatsache etwas weiter ausholen und auf technische Momente eingehen, wobei ich mir zu bemerken gestatte, daß ich hierüber in den letzten Tagen zu meiner eigenen Kontrolle mit dem Militärattaché dieser Botschaft Rücksprache gepflogen habe. Es ist richtig, daß, von dem gegenwärtig etwa 100.000 Mann betragenden Expeditionskorps abgesehen, rein numerisch genommen, der dermalige Stand der in Italien befindlichen Armee den normalen Friedensstand zwar

nicht um 45.000 Mann aber um 15—30.000 Mann (die ganz genaue Ziffer ist schwer zu ermitteln) übersteigt. Schon hier möchte ich aber bemerken, daß weitere Nachschübe nach Afrika — und solche sind mehr als wahrscheinlich — dieses Plus entsprechend reduzieren, vielleicht mit der Zeit absorbieren werden. Wie sieht aber die in Italien verbliebene Armee aus? Nehmen wir zur Veranschaulichung die Hauptwaffe: die Infanterie. Unter den Waffen stehen vier Jahrgänge (in Italien besteht die zweijährige Dienstzeit), nämlich der schon ein Jahr dienende Jahrgang 1890, der heurige Rekrutenjahrgang 1891 und die beiden anläßlich der Tripolisaktion einberufenen Reservejahrgänge 1888 und 1889. In Afrika befinden sich jetzt 25, also mehr als ein Drittel sämtlicher Infanterieregimenter. Jedes dieser Regimenter ist sozusagen mit seinem ganzen Offizierskorps vom Obersten an abgegangen und seine Mannschaft setzt sich in erster Linie aus dem Jahrgang 1890 und aus Reservisten zusammen. In Italien ist, wieder rein numerisch genommen, der Friedensstand dieser Regimenter vorhanden; aber es fehlen fast alle Offiziere, besonders vollständig die Subalternoffiziere, ein Mangel, den man nur zum geringsten Teil durch Einberufung von überzähligen Hauptleuten und Reserveoffizieren behoben hat, und die Mannschaft setzt sich in erster Linie aus dem Jahrgang 1891, also aus den Rekruten und aus Reservisten zusammen. Durch die völlig ungenügende Anzahl von Offizieren, durch den Umstand, daß dieselben früher größtenteils ganz andere Verwendungen hatten und daß sie ihre teils aus Rekruten teils aus Reservisten bestehende Mannschaft gar nicht kennen, ist das ganze Gefüge jedes dieser Regimenter äußerst problematisch geworden und solche Einheiten müssen alles eher, denn als schlagfertig bezeichnet werden. Ferner befinden sich in Afrika schon dermalen außer dem Oberkommandanten Generalleutnant Caneva, dem Korpskommandanten Fregoni und den vier Divisionären noch zirka fünfzehn Generäle als Brigadekommandanten etc., somit im ganzen über zwanzig Generäle mit ihren Stäben, welche in Italien nicht ersetzt sind und daher fehlen. Die Zahl allein spielt bei der Beurteilung der Stärke und Schlagfertigkeit einer Armee nicht eine ausschließliche Rolle und aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß der dermalige Stand der italienischen Armee, wenn auch momentan den normalen Friedensstand numerisch übersteigend, doch als ein ganz wesentlich geschwächter bezeichnet werden muß. Aber sogar rein numerisch genommen hat die Tripolisaktion im gegebenen Falle eine Schwächung der italienischen Armee zur Folge. Im Falle einer allgemeinen Mobilisierung, bei welcher alle Jahrgänge einberufen werden — und an diese Eventualität muß eine Heeresleitung immer und besonders anläßlich einer Beunruhigung, wie sie sich kürzlich eingestellt hat, denken — fehlen der italienischen Armee unleugbar die 100.000 Mann, welche sich in Afrika befinden. Der hiemit dargelegte dermalige Stand der italienischen Armee, und zwar sowohl im Frieden wie vollends im Kriegsfalle, ist ein so anormaler, so mangelhafter, daß keine Heeresleitung denselben auf die Dauer unsaniert belassen könnte. Hiezu kommt, daß auf eine baldige Beendigung des tripolitanischen Feldzuges, der Quelle dieser Übel, immer weniger gerechnet werden kann. Die italienische Regierung hat sich denn auch in der Tat entschlossen, eine Maßregel zu treffen, welche den

doppelten Zweck verfolgt, einerseits einen Teil der durch die Entsendung des Expeditionskorps nach Afrika entstandenen Lücken und Mängel der Armee wettzumachen, andererseits schon jetzt für jene Besatzung vorzusorgen, welche auch nach Beendigung des Krieges in den neuen afrikanischen Provinzen Italiens erforderlich sein wird. Die „Gazzetta Ufficiale" vom 9. l. M. enthält den Text eines königlichen Dekretes, durch welches die Aufstellung von Truppen in der ungefähr einem Armeekorps entsprechenden Stärke verfügt wird. Der Artikel 1 des Dekretes sieht die zu bildenden neuen Einheiten, der Artikel 2 die korrespondierende Vermehrung des Offizierskorps vor. Hinsichtlich des Zeitpunkts der Bildung der neuen Formationen bestimmt der Artikel 3, daß dieselben allmählich nach Maßgabe der verfügbaren Kräfte aufgestellt und am 1. Jänner 1912 mit der Vermehrung der Offiziere der Anfang gemacht werden soll. Die Kosten dieser Neuaufstellung werden im Artikel 4 mit einer Million Lire für die Hälfte des laufenden Budgetjahres, also für die Zeit vom 1. Jänner bis 1. Juni 1912, präliminiert. Das Mannschaftsmaterial für die neuen Formationen wird aus den Überschüssen des Reservistenkontingents bestritten, wobei auch in Betracht kommt, daß der Friedenspräsenzstand der italienischen Armee im nächsten Jahre von 240.000 auf 250.000 Mann erhöht werden wird. Für die Vermehrung des Offizierskorps um 515 Offiziere wird, nebst anderen Vorsorgen, zum großen Teile auf die Aktivierung von Reserve-Offizieren gerechnet. Die Ergänzung der durch den jetzigen Krieg reduzierten Vorräte an Ausrüstung, Proviant, Wagen, Reit- und Tragtieren, Waffen und Munition wird schon jetzt bewerkstelligt. Hinsichtlich der Artillerie ist noch der Ersatz von 93 Batterien des Modells 75 A ausständig, da diesfalls noch immer keine Entscheidung über das zu wählende Geschützsystem getroffen wurde. Die Einberufung weiterer Jahrgänge zur Verstärkung der Armee scheint, wenigstens vorläufig, nicht beabsichtigt zu sein. Da die Gesamtzahl der bereits dermalen in Tripolitanien und der Cyrenaica befindlichen Truppen den Stand um zwei Armeekorps übersteigt, ist, insolange dieselben dortselbst in Verwendung bleiben, die durch diese neuen Formationen zu bewirkende Behebung der gegenwärtigen Mängel der italienischen Armee keine vollständige, sondern nur eine teilweise. Auch hinsichtlich der zukünftigen militärischen Besatzung in jenen Provinzen ist die in Rede stehende Maßregel nur eine approximative. Es wird von der Situation dortselbst, von der Haltung der einheimischen Bevölkerung und von dem Grade der Möglichkeit, durch Heranziehung derselben zum Truppendienste allmählich eine Kolonialarmee zu bilden, abhängen, ob die jetzt getroffene Vorsorge sich als ausreichend erweisen wird. Es erübrigt mir nun noch, auf den zweiten Teil des hohen Telegrammes Nr. 217*c*) einzugehen. Da die hiesige Beunruhigung dadurch entstanden war, daß das Land anläßlich der Enthebung unseres Generalstabs-Chefs sich einer zwar momentan, aber nach der Meinung vieler nicht endgiltig beseitigten Gefahr gerade in einem Augenblick bewußt wurde, wo seine Armee sich infolge der Tripolisaktion in einer mangelhaften Verfassung befand, kann alles, was diese Mängel zu beseitigen geeignet ist, hier nicht Beunruhigung, sondern das Gegenteil erzeugen. Dies ist auch tatsächlich der Eindruck gewesen, den das königliche Dekret in der italienischen

Presse hervorrief. Auch fehlte der Maßregel dadurch, daß sie im Wesen eine Vorsorge für die künftige Besatzung der neuen afrikanischen Provinzen ist, jede Spitze gegen uns. Bona fide kann also unsere Presse eine solche darin nicht erblicken. Die telegraphische Anregung, welche ich mir seinerzeit erlaubte, ging daher auch nur dahin, einer tendenziösen Interpretation entgegenzuwirken. Hierauf steht aber, wenn die hiesige Presse keinen Anlaß dazu bietet, der italienischen Regierung, insoweit es sich um unsere Presse handelt, keine Einflußmöglichkeit zu. Ich habe mich daher darauf beschränkt, dem Minister des Äußern meine Befriedigung darüber auszusprechen, daß die fragliche Maßregel in allen ernsten Blättern eine so ruhige und rein sachliche Beurteilung erfahren hat und ihm nahezulegen, dahin zu wirken, daß von dieser Art der Behandlung des Themas nicht abgewichen werde.

P. S. — Wie ich übrigens sehe, haben bisher auch die „Neue Freie Presse" und die „Zeit" diese neuen Formationen ganz ruhig und sachlich besprochen, dieselben lediglich mit der Tripolisaktion in Verbindung gebracht und sehr richtiger Weise beigefügt, daß aus dem gleichen Anlasse noch weitere Neuaufstellungen von Truppen zu erwarten sind. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3105. — [b]) Vom 8. Dez. — [c]) Vom 10. Dez.

Nr. 3109. Bericht aus Athen, 15. Dez. 1911 Nr. 49 D (eing. 22. Dez.).[a]) *Ausfert.*

Vertraulich. Unlängst brachte mein rumänischer Kollege mir gegenüber das Gespräch auf die Frage des Balkanbundes. Er deutete mir an, im Besitze von Informationen zu sein, aus welchen geschlossen werden könnte, dass man sich neuerdings mit dieser Angelegenheit befasse, und frug mich, ob ich etwas darüber gehört hätte, namentlich nach der Richtung hin, ob bei der griechischen Regierung, wie er zu vermuten Grund hätte, einschlägige Sondierungen vorgenommen worden wären. Ich antwortete Herrn Florescu, mir wäre über diese Frage absolut nichts bekannt geworden, worauf er dieses Gesprächsthema fallen liess. Nach dem dieswöchentlichen Diplomatenempfang jedoch kam der rumänische Vertreter neuerdings auf die Sache zu sprechen, indem er mir erzählte, er habe Herrn Gryparis darüber sondiert. Dessen Rückäusserung sei jedoch ganz negativ gewesen, und zwar sei sie in einer derartigen Form erfolgt, welche ihn so ziemlich davon überzeugt hätte, dass die ihm zugekommenen Informationen wenigstens insoferne nicht zutreffend seien, als bisher an die griechische Regierung diesfalls nicht herangetreten worden wäre. Dass die Frage aber dennoch jetzt auf dem Tapet stehe, scheint Herr Florescu trotzdem zu vermuten — die Quelle, aus der er diese Vermutung schöpfe, stamme, wie er sagte, „aus Bukarest". Vielleicht handle es sich hiebei, so meinte Herr Florescu, um nicht streng offizielle Pourparlers Herrn Tscharykows mit der Pforte, ähnlich jenen, wie er sie anscheinend kürzlich in der Dardanellenfrage mit ihr gepflogen habe. Braun.

[a]) Vgl. n. 3104, 3112 Anm. b.

Nr. 3110. Tel. nach Berlin, 15. Dez. 1911 Nr. 174 (chiffr. 8 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).*

Streng geheim. Ich habe mit Herrn von Tschirschky die vollständige Uebereinstimmung hinsichtlich der redactionellen Aenderungen des Allianzvertrages, des Protocolles und der unsern Botschaftern zu erteilenden Instructionen constatirt. Dabei kam auch die Frage zur Sprache, ob der gegenwärtige Zeitpunct der Erneuerung den Italienern genehm sein wird und ich habe durch Herrn von Tschirschky dem Herrn Staatssecretär sagen lassen, dass nach Andeutungen Herrn von Mérey's[b] in dieser Beziehung gewisse Bedenken bestehen. Er meldet nämlich, dass zwar der König und Herr Giolitti als nüchterne, Stimmungen weniger zugängliche Realpolitiker der Erneuerung der Allianz auch heute geneigt sein dürften, dass aber der impressionable, seiner persönlichen Stellung weniger sichere und für die öffentliche Meinung empfindlichere Minister des Äussern vielleicht versuchen werde, die Inopportunität des Momentes geltend zu machen. Es sei anzunehmen, dass sich die Regierung im gegenwärtigen Augenblicke zur Erneuerung nicht gern entschliessen werde, da mit Rücksicht auf den noch entfernten Ablauftermin ein zwingender Grund dazu nicht vorhanden sei und die Haltung der deutschen und österreichischen Presse in der letzten Zeit in Italien viel Missmuth hervorgerufen habe. Auch Herr von Jagow theile diesen Eindruck. Diese Bedenken erscheinen mir nicht so wichtig, als dass sie auf unsere Demarche in Rom eine aufschiebende Wirkung ausüben müssten; ich glaube vielmehr, wir sollten dieselbe umsomehr jetzt schon ausführen, weil sich sonst bei der italienischen Regierung die Meinung festsetzen könnte, als bestünde bei uns ein für den Ausgang der Sache abträgliches Gefühl der Unsicherheit. Ich möchte diesen Bedenken nur insoweit Rechnung tragen, dass wir die Instructionen an unsere Botschafter in einem Puncte ergänzen und sie anweisen, jeder für sich bei Uebergabe des Vertragstextes nicht auf eine sofortige Entschliessung der italienischen Regierung zu insistiren, sondern sich damit zu begnügen, darauf aufmerksam zu machen, dass wir darauf bedacht waren, im Protocoll ihren Wünschen in weitgehender Weise entgegenzukommen. Ich ersuche Euer Exzellenz, den Herrn Staatssecretär von dem Inhalte dieses Telegrammes zu verständigen und mir zu telegrafiren, ob er mit diesem Vorschlage einverstanden ist und Herrn von Jagow sinngemäss instruiren wird, worauf ich dann sofort die entsprechenden Weisungen an Herrn von Mérey erlassen werde.

Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 3089, 3094, 3095 Anm. e, 3111 Anm. b, 3119. — [b] Vgl. n. 3094.

Nr. 3111. Bericht aus Bukarest, 15. Dez. 1911 Nr. 54 A (eing. 18. Dez.).[a] *Ausfert.*

Streng vertraulich. Meiner telegraphischen Berichterstattung vom 14. lf. Mts. Nr. 68 werden Euer Excellenz die Würdigung entnommen haben, welche Seine Majestät König Karol den wichtigsten Punkten des hohen Erlasses vom 8. lf. Mts. Nr. 3145 angedeihen liess. In Betreff der

angeregten von den Mächten neuerdings zu gewährenden Garantie der Unantastbarkeit des türkischen Besitzstandes, teilt Seine Majestät die Ansicht Euer Excellenz über die Wertlosigkeit einer derartigen Verpflichtung. Höchstderselbe scheint diesen Gedanken unter dem Einflusse anderer Vorhaben fallen gelassen zu haben. Auf die von Euer Excellenz in Erwägung gezogene Frage einer Neutralisirung der Meerengen, geruhte Seine Majestät nicht näher einzugehen; ich vermute, weil Höchstderselbe nicht in der Lage war Sich rasch über die Tragweite dieser Angelegenheit ein genaues Bild zu machen. Seine Majestät sah Sich nur veranlasst mir zu erzählen, dass der russische Gesandte vor kurzem in einer Audienz die Bemerkung fallen liess, dass Russland, wenn es auf die Öffnung der Dardanellen hinarbeite, gleichzeitig die Interessen Rumäniens fördere. Er habe darauf geantwortet: „certainement, mais à la condition, que le passage soit ouvert pour tout le monde!", worauf Herr von Giers nicht mehr auf dieses Thema zurückgekommen wäre. Die Ausführungen König Karols über eine Annäherung der Türkei an die Central-Mächte und Rumänien in Form einer geheimen Entente lassen sich dahin zusammenfassen, dass Er einer solchen im Principe vollkommen sympathisch gegenübersteht, doch stosse die Durchführung dieses Gedankens auf die bekannten Hindernisse, den Mangel an Stabilität der Regierung und Mangel der Discretion am Goldenen Horn. Wolle man daher eine Entente mit der Türkei abschliessen, so müsse dieselbe womöglich nicht in ein Geheimniss gehüllt werden, damit man vor unliebsamen Überraschungen bewahrt bleibe. Die letzten unverbindlichen Pourparlers über eine Militär-Convention zwischen Rumänien und der Türkei hätten vor circa zwei bis drei Jahren zwischen den respectiven Kriegsministern stattgefunden, doch hätten dieselben, wie alle vorhergehenden, erfolglos geendet. Anknüpfend an diesen Gegenstand, äusserte Seine Majestät, dass der Werth Italiens für die Central-Mächte nur mehr ein negativer sei, nämlich der, dass es sich vor der Hand nicht den Gegnern anschliessen könne; positiven Werth repräsentire das Königreich für Österreich-Ungarn und Deutschland gar keinen. Er sei auch der festen Überzeugung, dass Italien über kurz oder lang, trotz gegenteiliger Versicherungen, aus dem Dreibund-Verhältnis[b]) austreten werde. Übergehend auf die — sozusagen — privaten Verhandlungen, welche zwischen Assim Bey und Herrn Giolitti durch die Vermittlung eines rumänischen Legations-Secretärs gepflogen wurden (hieramtlicher Bericht vom 17. v. Mts. Nr. 51 A—D), hob Seine Majestät hervor, dass denselben eine grosse Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, zumal dieselben doch zu einem greifbaren Resultate führen könnten, vorausgesetzt, dass ihnen eine gewisse „Nachhilfe" in Rom zu Teil werde. Die jüngst von Herrn Bosdari selbst — wie Seine Majestät bemerkte aus Furcht vor der Neugierde der bulgarischen Post — nach Rom gebrachten Propositionen Assim Beys, gingen dahin, dass die Türkei Tripolitanien unter der Bedingung abtrete, wenn Italien eine gewisse Oberhoheit des Sultans über die Cyrenaika und deren Hinterland anerkennt. Es würde sich daher hauptsächlich darum handeln eine Formel zu finden, in welcher die Oberhoheit des Sultans zum Ausdruck käme. Nachdem mir Seine Majestät bei meiner vorletzten Audienz am 30. v. Mts., wie es Euer

Excellenz aus meinem gehorsamsten Bericht vom 2. December Nr. 52 A—G entnehmen wollen, die gleichen Bedingungen als solche bezeichnete, welche von der Pforte für discutabel betrachtet würden, so schliesse ich daraus, dass König Karol der Fassung des letzten türkischen Vorschlages sehr nahe gestanden hat und nunmehr das lebhafteste Autoren-Interesse hat, dass diesem in Rom eingehende Beachtung geschenkt werde. Herr Bosdari, der den Umweg von Rom nach Sofia über Bukarest nicht scheute und vor kurzem sich zwei Tage hier aufhielt, hatte — wie mir Seine Majestät mitteilte — eine Unterredung mit Herrn Majoresco, was gleichfalls darauf hinweist, dass man hier stark die Hand im Spiele hat. Im Anschlusse an die Darstellungen der obigen geheimen Friedensverhandlungen, sprach Sich Seine Majestät in noch viel schärferer Weise wie bisher über meinen italienischen Collegen aus. Er habe Sich darüber in der Consulta beklagen lassen, dass man einen nicht ganz „koscheren" Levantiner als Gesandten her ernannt habe, der eine Tactlosigkeit nach der anderen begehe; ein Audienzbegehren desselben habe Er ebenso höflich wie entschieden abgelehnt, da Er dieser Creatur Giolittis nichts zu sagen habe. Es liegt die Vermutung nahe, dass die ungnädige Beurteilung Herrn Fasciottis seinen Grund darin findet, dass dieser fanatische Anhänger des Krieges in den Verhandlungen, welche hier jedenfalls zwischen ihm, Herrn Bosdari und Herrn Majoresco stattgefunden haben, einen intransigenten Standpunkt vertrat. Dadurch erweckte er eine Missstimmung bei König Karol, der aus nahe liegenden Gründen augenscheinlich den lebhaftesten Wunsch hegt, dass ein baldiger ehrenvoller Friede für die Türkei Seiner und Seiner Organe Vermittlung zu danken wäre. Seine Majestät beschloss die Audienz mit den bereits telegraphisch einberichteten Worten: „Graf Aehrenthal weiss, dass ich kein Pessimist bin, doch berichten Sie ihm, dass ich, falls nicht bis zum Frühjahr Friede wird, wenn nicht Krieg, so doch sehr ernste Complicationen am Balcan befürchte". K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 3105, 3112, 3123, 3150, 3190. — [b]) Vgl. n. 3110, 3119.

Nr. 3112. Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschafters, 15. Dez. 1911.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Aehrenthal).

Gelegentlich seines Antrittsbesuches hat der neuernannte türkische Botschafter das Gespräch sofort mit dem Bemerken eingeleitet, er schätze sich besonders glücklich, seine Wirksamkeit am hiesigen Posten damit beginnen zu können, daß er mit einem durch die bestehenden ausgezeichneten Beziehungen begründeten Vorschlag einer Entente der Türkei mit Österreich-Ungarn an mich herantrete. Der gegenwärtige Augenblick, so fuhr Mavrogeny Bey fort, sei ein besonders günstiger, um unserem bisherigen freundschaftlichen Verhältnisse eine festere und dauerndere Grundlage zu geben. In Konstantinopel machten sich nämlich derzeit zwei Strömungen geltend und die Regierung sehe sich notgedrungen vor die Wahl gestellt, eine Entscheidung über die Neuorientierung ihrer auswärtigen Politik zu treffen. Entweder müsse die Türkei mit den slavischen Balkanstaaten einen Bund[b]) eingehen, der ihr die Aufrechterhaltung des status

quo sicherstelle, oder sie müsse dasselbe Ziel durch eine ad hoc mit Österreich-Ungarn zu vereinbarende Entente erreichen. Von beiden Alternativen würde die letztere den türkischen Sympathien mehr entsprechen. Selbstverständlich denke man in Konstantinopel an eine von den sonstigen Engagements unabhängige Entente mit der Monarchie, durch welche die, die Beziehungen der europäischen Großmächte untereinander regelnden Allianzen und Ententen keineswegs berührt werden. Schließlich verwies der Herr Botschafter auf die jüngsten einschlägigen Eröffnungen Assim Beys an Markgraf Pallavicini. In meiner Antwort an Mavrogeny Bey habe ich zunächst hervorgehoben, daß wir der Pforte erst in der allerletzten Zeit wieder — gelegentlich der Meerengenfrage — einen schlagenden Beweis gegeben haben, wie sehr wir auf die Aufrechterhaltung des status quo bedacht seien. Es müsse ihm, dem Botschafter, bekannt sein, daß die Politik Österreich-Ungarns stets dieses Ziel im Auge hatte und könne er überzeugt sein, daß wir solange als nur irgendwie möglich hieran auch weiterhin festhalten werden. Markgraf Pallavicini habe von mir die Weisung erhalten, Assim Bey auf seine jüngsten Eröffnungen zu antworten, daß mir der Gedanke einer direkten Aussprache mit der Türkei zum Zwecke der Aufrechterhaltung des status quo sympathisch sei und mir die Einleitung einer Konversation über diese Frage jedenfalls nützlich scheine. Ich habe dem Gespräche sodann eine andere Richtung gegeben, indem ich mich bei dem Herrn Botschafter erkundigte, welche Disposition bei seiner Regierung hinsichtlich der Fortführung oder Beendigung des Krieges mit Italien vorwiege. Nachdem mein Mitredner die bei der Pforte herrschende Stimmung als eine unveränderte und die Aussichten auf eine Beendigung des Krieges als ungünstige bezeichnete, brachte ich die Konversation auf die türkischen inneren Verhältnisse und die Nachrichten von der Bildung einer neuen Partei. Bei dieser Gelegenheit war ich bemüht, dem Herrn Botschafter in indirekter Weise zu verstehen zu geben, daß die Aussichten auf eine Verständigung mit uns durch eine ersprießliche Entwicklung der innerpolitischen Lage in der Türkei vorteilhaft beeinflußt werden dürften. Mavrogeny Bey kam zum Schlusse der Konversation — sich auf einen Auftrag berufend — noch auf die montenegrinisch-albanesischen Intriguen *c)* zu sprechen und erwähnte hiebei die Möglichkeit kriegerischer Operationen Italiens an der albanesischen Küste. Ich habe dem Herrn Botschafter hierauf erwidert, daß mir letztere Eventualität als so ziemlich ausgeschlossen erscheine, und die sich darbietende Gelegenheit benützt, um auch Mavrogeny Bey gegenüber unseren bekannten Standpunkt bezüglich Albaniens in klarer Weise zu präzisieren. Es sei, so sagte ich dem Botschafter, in der Türkei ureigenstem Interesse gelegen, Albanien gegenüber eine andere Politik zu befolgen, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Die Pforte solle alles aufbieten, um die gemachten Fehler wettzumachen; vielleicht könne es ihr dann doch noch gelingen, die Albanesen dem Osmanentume zurückzugewinnen und aus ihnen wieder das zu machen, was sie früher gewesen, ein Bollwerk des Reiches.

a) Vgl. n. 3111, 3117, 3150, 3190. — *b)* Vgl. n. 3109, 3133. — *c)* Vgl. n. 3105, 3143.

Nr. 3113. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Dez. 1911 Nr. 422 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Mit Bezug auf meinen morgen in Wien eintreffenden Bericht Nr. 69 A. Wie ich vom rumänischen Gesandten, der beim letzten Diplomatenempfange nach Herrn Tscharykow von Assim Bey empfangen wurde, streng vertraulich erfahre, hat ersterer dem Minister des Äussern erklärt, dass er infolge neuerlicher Instruktionen seiner Regierung die Frage der Meerengen nicht weiter verfolgen werde. Herr Mişu fügte noch hinzu, Assim Bey hätte sich dahin ausgesprochen, dass er das Fallenlassen der russischen Vorschläge der festen Haltung zuschreibe, welche die Pforte von allem Anfange an in dieser Angelegenheit eingenommen hat. Auf die Frage Herrn Mişus, ob nicht vielleicht auch die Stellungnahme des Kabinettes von London die russische Regierung in dieser Sache beeinflusst hätte, sagte der Minister, dass er keinen Grund habe, dies anzunehmen. Der rumänische Gesandte hatte unmittelbar vor seiner Unterredung mit Assim Bey Gelegenheit, Herrn Tscharykow zu sprechen. Letzterer sagte ihm, er hätte die Meerengenfrage in Verbindung mit der von Russland beantragten Aktion wegen einer eventuellen Blockierung der Dardanellen der Pforte gegenüber zur Sprache gebracht. Das Petersburger Kabinett hätte aber letztere Frage nunmehr zurückgestellt, weil man der Pforte in dem jetzigen Momente keine Schwierigkeiten machen wolle. Die Frage werde aber demnächst wieder auf Tapet kommen und hätte Russland neben der Türkei hauptsächlich auf jene Mächte Rücksicht zu nehmen, welche so wie Russland politische Interessen im Mittelmeere haben, nämlich Italien, Frankreich und England. Deutschland interessiere sich an Fragen des Mittelmeeres nicht, Österreich-Ungarn hingegen hätte allerdings in der Adria Interessen, welche von der ganzen Welt anerkannt werden, aber keine solchen im Mittelmeer. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3101, 3106, 3114, 3121.

Nr. 3114. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Dez. 1911 Nr. 424 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Mein englischer Kollege sagte mir gestern, soviel ihm bekannt sei, hätte der russische Botschafter in London seinerzeit Sir E. Grey gefragt, wie sich die englische Regierung zu den bekannten Wünschen Russlands in der Meerengenfrage stellen würde. Der Staatssekretär hätte hierauf bloss geantwortet, es sei dies eine Frage, welche er vorerst mit seinen Kollegen besprechen müsste. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 3113, 3116.

Nr. 3115. Tel. aus Paris, 15. Dez. 1911 Nr. 103 (chiffr. 7 U. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 87 von gestern. Ich habe mich in dem mir darin aufgetragenen Sinne Herrn de Selves gegenüber ausgesprochen, der Euer Exzellenz für diese Mitteilung verbindlichst danken lässt. Ich nehme an, dass Euer Exzellenz gleiche Erklärung in Berlin bereits abgeben liessen, glaube aber doch melden zu sollen, dass Baron Schoen sich

heute noch vor Einlangen des Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 87 bei mir nach dem Stande der Frage unserer Adhäsion erkundigte und bemerkte, man telegrafiere ihm aus Berlin, ich würde wahrscheinlich in der Lage sein, diesfalls mit ihm Rücksprache zu pflegen. Deutscher Botschafter sagte mir spontan, er verstehe letztere Bemerkung nicht recht, da diesbezügliche Mitteilungen wohl direkt erfolgen dürften. Ich habe ihm im allgemeinen den bisher von Euer Exzellenz in der Frage eingenommenen Standpunkt erklärt und bemerkt, dass ich keinerlei Auftrag habe, ihm irgend welche spezielle Mitteilungen zu machen. Baron Schoen schien der Sache übrigens keine weitere Wichtigkeit beizumessen. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 3118, 3120, 3147.

Nr. 3116. Tel. aus St. Petersburg, 15. Dez. 1911 Nr. 225 (eing. 16. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Befriedigende Unterredung mit Herrn Sazonow, worin beiderseitiges Festhalten am Wunsche nach Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan neuerlich konstatiert wurde: quieta non movere. Minister erwähnte auch Zeitungslärm wegen Meerengenfrage und desavouierte bis zu einem gewissen Grade Tscharykow, der ohne Auftrag gehandelt habe und zu sehr Optimist sei. Gegenwärtiger Zeitpunkt sei für Aufrollung der Frage der Türkei gegenüber ungeeignet, weil Anschein erweckend, als wollte Russland jetzige Verlegenheit derselben ausnützen. Ich bemerkte hiezu, dass wohl auch hier die vorhin von Herrn Sasonow ausgesprochene Maxime mit Vorteil Anwendung finden könnte. Minister des Äussern sieht vortrefflich aus. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3114, 3121, 3124, 3153.

Nr. 3117. Bericht aus Sofia, 15. Dez. 1911 Nr. 92 B (eing. 17. Dez.).[a]) Ausfert.

Anläßlich des Besuches, den mir der hier kürzlich eingetroffene rumänische Gesandte in Begleitung des bisherigen Geschäftsträgers Herrn Langa Rascano abgestattet hat, kamen die Herren im Laufe der unverbindlichen Konversation, die sie mit mir hatten, auf die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Bulgarien und Rumänien zu sprechen. Meine Besucher waren beide der Ansicht, daß sich das Verhältnis letzter Zeit bedeutend gebessert habe und daß speziell die Herrn Diamandy vor seinem Abgang aus Sofia seitens König Ferdinands und Herrn Geschoffs gegebenen freundschaftlichen Versicherungen in Bukarest einen guten Eindruck zurückgelassen hätten. Quant à moi, sagte Prince Ghika, ce ne sont pas des rameaux, mais des gerbes entières d'olivier que je suis chargé de remettre au Roi Ferdinand, non seulement de la part de mon Souverain, mais aussi de celle du Prince Héritier et de toute la Famille Royale de Roumanie. Was die Haltung anbelangt, die Prince Ghika hier einzunehmen haben wird, so würde dieselbe — wie er mir sagte — vorerst eine beobachtende sein. Anknüpfend an diese kurze Unterredung, richtete Herr Langa Rascano an mich bei unserer nächsten Begegnung die Frage, ob mir nichts darüber bekannt wäre, daß König Ferdinand, als Er kürzlich in Wien weilte,[b]) sich

dort mit wichtigen politischen Fragen beschäftigt hätte. Den Gegenstand der angeblich in Wien stattgehabten Pourparlers mit König Ferdinand hätte, wie Herr Langa Rascano meinte, „die Schaffung einer Annäherung zwischen der Türkei, Rumänien und Bulgarien unter der Ägide Österreich-Ungarns" gebildet. Ich antwortete, daß ich von so etwas gar nichts gehört habe und an etwaige wichtigere politische Verhandlungen, die während des kürzlichen Aufenthaltes König Ferdinands in Wien stattgefunden hätten, nicht recht glauben könne, da ich doch sonst sicherlich eine Verständigung darüber erhalten hätte. Auf meine Frage, was meinen Mitredner zu der von ihm ausgesprochenen Supposition veranlaßt haben mag, antwortete Herr Langa Rascano, daß nach Bukarest gewisse Informationen von Wien gekommen wären, die seine oberwähnten Vermutungen begründet erscheinen ließen. Herr Langa Rascano entwickelte dann den ihm vorschwebenden Gedanken einer Gruppierung der drei erwähnten Balkanstaaten unter der Führung Österreich-Ungarns und als ich dagegen einwendete, daß trotz der gegenwärtigen freundlichen Haltung Bulgariens seinen Nachbarn gegenüber man mir doch noch von einer wirklichen Annäherung weit entfernt zu sein schiene, erwiderte der rumänische Sekretär, daß dieselbe unter unserer Ägide doch möglich wäre, selbstredend müßte Bulgarien, fügte er hinzu, seine Attitude Rumänien gegenüber vollkommen ändern. Entweder müßten die Bulgaren, meinte weiter Herr Langa Rascano, ihre mazedonischen Aspirationen aufgeben, oder wenn sie an Großbulgarien denken, müßten sie Rumänien eine entsprechende Kompensation sichern. Daß diese Kompensation nur in einem Stücke bulgarischen Gebietes bestehen könnte, gab der rumänische Diplomat unumwunden zu. Eine Verständigung mit Rumänien würde auch, so sprach Herr Langa Rascano, dem vitalsten Interesse Bulgariens entsprechen, da sich letzteres, solange es sich mit Rumänien nicht geeinigt hat, doch nicht rühren könnte. Mein Mitredner betonte wiederholt im Laufe seiner Ausführungen, daß die Gruppierung, an die er denkt, nur durch Österreich-Ungarn und nur unter dessen Ägide herbeigeführt werden könnte.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3112, 3150. — [b]) Vgl. n. 3001, 3126, 3130.

Nr. 3118. Tel. nach Berlin, 16. Dez. 1911 Nr. 175 (chiffr. 3 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Montlong; V. u. G. Kánia).

In der Preßkampagne, welche unter der Aegide der Wiener „Zeit" seit einigen Wochen in verstärktem Maße gegen mich geführt wird, sekundiert diesem Blatte neuestens die offiziöse „Kölnische Zeitung". Letztere hat am 7. d. M. aus der Feder ihres Wiener Korrespondenten,[b]) dessen Beziehungen zu Herrn von Tschirschky stadtbekannt sind, einen Bericht publiziert, der das Verhalten Oesterreich-Ungarns während der Marokkokrise in gehässiger Weise bespricht. Diese Korrespondenz der „Kölnischen Zeitung" hat die „Zeit" in ihrem gestrigen Morgenblatte zur Grundlage neuer Angriffe gegen meine Person genommen und bei Wiedergabe der Ausführungen des deutschen offiziösen Blattes sich nicht gescheut, sie ausdrücklich auf eine Inspiration der hiesigen deutschen Botschaft oder des

Berliner Auswärtigen Amtes zurückzuführen. Ich ersuche Euer Exzellenz, die Aufmerksamkeit der dortigen maßgebenden Stellen hierauf vertraulich lenken, es ihnen jedoch vollkommen überlassen zu wollen, in welcher Weise sie zu dieser unseren guten Beziehungen gewiß nicht zuträglichen Angelegenheit Stellung nehmen wollen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 2836, 3115, 3120, 3129. — [b]) Kölnische Zeitung vom 7. Dez. 1911, zweite Morgenausgabe Nr. 1342.

Nr. 3119. Tel. aus Berlin, 16. Dez. 1911 Nr. 249 (eing. 17. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Inhalt Euer Exzellenz gestrigen Telegrammes Nr. 174 dem Staatssekretär mitgeteilt. Herr von Kiderlen teilt vollkommen Euer Exzellenz Auffassung und ist mit Hochderen Vorschlag ganz einverstanden; er wird Herrn von Jagow sofort instruieren, dass derselbe im Einverständnis mit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen bei Uebergabe des Vertragstextes nicht auf einer sofortigen Entschliessung italienischer Regierung insistiere, sondern sich damit begnüge, darauf hinzuweisen, dass wir bedacht waren, den italienischen Wünschen im Protokoll in weitgehender Weise entgegenzukommen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3111 Anm. b, 3137.

Nr. 3120. Tel. aus Berlin, 16. Dez. 1911 Nr. 251 (eing. 17. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 173. Euer Exzellenz Auftrag entsprechend habe ich heute Staatssekretär mündlich mitgeteilt, dass die k. u. k. Regierung dem deutsch-französischen Marokkoabkommen zuzustimmen bereit sei und sich vorbehalte, ihre formelle Adhäsionserklärung abzugeben, sobald die betreffenden Aeusserungen der k. k. und der königlich ungarischen Regierung vorliegen und Euer Exzellenz darüber unterrichtet sein werden, ob eine parlamentarische Behandlung dieses Abkommens erforderlich sei. Staatssekretär hat diese Erklärung zur Kenntnis genommen und ersucht mich, Euer Exzellenz den verbindlichsten Dank der kaiserlich deutschen Regierung zu übermitteln. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3115, 3118, 3122.

Nr. 3121. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Dez. 1911 Nr. 428 (eing. 17. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Der Minister des Äussern bestätigte mir heute die Richtigkeit meiner gestrigen Meldung No. 422. Er fügte bloss hinzu, Herr Tscharykow hätte die Änderung in der Stellungnahme des russischen Auswärtigen Amtes in der Meerengenfrage damit zu erklären versucht, dass Herr Sasonow infolge seiner Krankheit von dem im Einvernehmen mit Herrn Neratow in Konstantinopel unternommenen Schritte keine Kenntnis hatte. Der russische Botschafter, bemerkte Assim Bey weiter, habe ihm dann ausdrücklich erklärt, der übermittelte Vertragsentwurf mit Ausnahme der auf die

Eisenbahnfrage bezüglichen Vorschläge, über welche der Botschafter noch weiter verhandeln möchte, sei als gegenstandslos zu betrachten. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3116, 3124, 3144.

Nr. 3122. Tel. nach Madrid, 16. Dez. 1911 Nr. 25 (chiffr. 5 U. p. m.).a) Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Da es mir erwünscht erschien, unsere Stellungnahme zum deutsch-französischen Marokko-Abkommen nicht mehr länger aufzuschieben, habe ich mich entschlossen, der deutschen und der französischen Regierung unsere prinzipielle Zustimmung zu demselben mündlich bekanntgeben zu lassen. Die Abgabe unserer formellen Adhäsionserklärung habe ich auch mit Rücksicht auf die noch pendenten spanisch-französischen Verhandlungen auf einen, wenn auch nicht entfernten, so doch späteren Zeitpunkt mit der Motivierung verschoben, daß mir die meritorischen Äußerungen der österreichischen und der ungarischen Regierung noch nicht vorliegen. Ich ersuche Euer Exzellenz, die königlich spanische Regierung hievon zu verständigen und hiebei in meinem Namen dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß es ihr mit Hilfe der ihr zuteil werdenden englischen Unterstützung möglichst bald gelingen möge, sich in befriedigender Weise mit Frankreich auseinanderzusetzen. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 3019, 3120, 3146 Anm. b, 3196.

Nr. 3123. Erlaß nach Rom, 16. Dez. 1911 Nr. 3263.a) Konz. (S. Rappaport und Nemes; V. und G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Bei Erörterung der Eventualität einer italienischen Flottenaktion haben Euer Exzellenz in dem Berichte No. 61 C vom 6. l. Mts. die Frage aufgeworfen, ob es unseren Interessen dienlich wäre, wenn wir unausgesetzt Italien von einer solchen abhalten und auf entscheidende Schläge in Tripolitanien verweisen. Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß es im Interesse gewisser Mächte gelegen ist, in Italien die Meinung zu verbreiten, als läge das Hindernis gegen eine energische Flottenaktion ausschließlich auf unserer Seite. Diese Tendenz tritt namentlich in der französischen Presse zutage, welche Österreich-Ungarn die Absicht zuschreibt, jene Pläne der italienischen Diplomatie und jene militärischen Operationen des Königreiches durchkreuzen zu wollen, durch welche die Türkei zum Friedenschlusse gezwungen werden könnte. In dieselbe Kategorie gehört auch die Behauptung, daß die Türkei in uns einen Alliierten besitze, während Italien überall auf das Veto des Wiener Kabinettes stoße. Ich bin aber selbstverständlich berechtigt anzunehmen, daß für die Beurteilung unserer Politik in der Konsulta nicht diese tendenziös gefärbten Preßstimmen sondern lediglich die Konversationen maßgebend sein sollten, wie sie tatsächlich von Kabinett zu Kabinett geführt worden sind. Was den Gedankenaustausch zwischen Wien und Rom bezüglich einer Ausdehnung der kriegerischen Operationen auf das ägäische Meer anbelangt, so ruht derselbe seit meinen Erlässen No. 2813 und 2827 vom 15. November l. J., da auch Herzog Avarna es in der letzten Zeit vermieden hat, mir

gegenüber auf das Thema zurückzukommen. Überhaupt gewinne ich den Eindruck, daß man sich in Italien keinen richtigen Begriff von der Situation mache. Man scheint insbesonders von uns mehr erwartet zu haben, als wir zu bieten in der Lage sind. Wir haben ohnehin während des jetzigen Krieges keine Gelegenheit verabsäumt, um Italien Beweise unseres Wohlwollens zu geben und darf ich in dieser Hinsicht wohl vor allem auf die Übernahme des Konsularschutzes über die italienischen Untertanen in Albanien[b)] und jene des italienischen Postdienstes durch die k. k. Levantepostämter verweisen, beides Maßregeln, bei welchen die k. u. k. Regierung weder vor dem Widerspruche der öffentlichen Meinung im Inlande, noch auch vor Schwierigkeiten mit den ottomanischen Behörden zurückgescheut ist. Die italienische Regierung sollte sich aber andererseits auch darüber klar werden, daß wir weder über die Grenze hinausgehen können, welche uns als neutraler Macht gezogen ist, noch auch unsere eigenen Interessen in Konstantinopel vernachlässigen dürfen, zu welch letzteren ja auch solche Interessen zählen, bezüglich deren Wahrung Italien uns gegenüber Verpflichtungen eingegangen hat. Die aufregende Situation während des Krieges mag es vielleicht erklären, daß die italienischen Staatsmänner sich den unsererseits eingenommenen Standpunkt nicht immer vor Augen halten; hierin kann aber für mich gewiß kein Grund liegen, meiner Politik eine andere Richtung zu geben, sondern muß ich mich darauf beschränken, die Hoffnung auszusprechen, daß mit Eintritt ruhigerer Zeiten auch bei den maßgebenden Faktoren Italiens eine kaltblütigere Beurteilung der Dinge platzgreifen wird. Es gilt dies nicht nur von der oben erörterten Frage der Ausdehnung der kriegerischen Operationen auf das ägäische Meer sondern vielleicht noch mehr von jener der Sicherung der neutralen Handelsschiffahrt durch die Meerengen, welche bekanntlich von dem meistinteressierten Petersburger Kabinette aufgeworfen wurde und bei deren Behandlung wir uns in loyaler Weise darauf beschränkt haben, die italienische Regierung von der russischen Anregung zu verständigen, der wir nur dann Folge gegeben hätten, wenn uns hierin alle anderen Mächte vorangegangen wären. Noch weniger darf uns aber etwa italienischerseits vorgeworfen werden, daß der mit der Wahrung der italienischen Interessen betraute Vizekonsul in Djeddah auf die Gefahren aufmerksam gemacht hat, die das dortige Erscheinen italienischer Kriegsschiffe während des Bairamfestes für die italienische Kolonie mit sich hätte bringen können und daß wir diese Meldung Marquis di San Giuliano mitgeteilt haben. Sollte das nunmehr schon über 3 Wochen anhaltende Schweigen der italienischen Regierung über eine eventuelle Flottenaktion durch eine neuerliche Sondierung — vielleicht diesmal hinsichtlich der asiatischen Küste des ägäischen Meeres — unterbrochen werden, so hätte ich, wie ich bereits in dem Euer Exzellenz mitgeteilten Erlasse Nr. 3018 vom 29. v. Mts. an Grafen Szögyény ausgeführt habe, nicht die Absicht, in eine diesbezügliche Konversation einzugehen, weil die betreffende kriegerische Aktion sodann als mit unserer Zustimmung erfolgt angesehen werden könnte. Ich beabsichtige übrigens auch weiterhin jedweden Gedankenaustausch mit Rom über eine Ausdehnung der maritimen Operationen zu vermeiden und würde selbst im

Falle einer direkten Anfrage mich darauf beschränken, ganz im allgemeinen auf die zwischen uns bestehenden Verträge und Abmachungen hinzuweisen. Euer Exzellenz wollen sich, falls Marquis di San Giuliano das Thema der Ausdehnung des Kriegsschauplatzes Ihnen gegenüber berühren sollte, im Sinne vorstehender Erwägungen vernehmen lassen.

[a]) Vgl. n. 3111, 3137 Anm. b. — [b]) Vgl. n. 2723.

Nr. 3124. Erlaß nach St. Petersburg, 16. Dez. 1911 Nr. 3265.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Euer Exzellenz Telegramme vom 15. d. M. Nr. 225 entnehme ich, daß mit der Rückkehr Herrn Sasonows die jüngste Episode in der Meerengenfrage zum Abschlusse gelangt ist. Es geht dies auch aus den mir von anderer Seite zugekommenen Meldungen hervor, welche ich teils telegraphisch, teils mit heutigem Kurier Euer Exzellenz zu Hochderen streng vertraulicher Kenntnisnahme zugänglich gemacht habe. Ich möchte an diese Mitteilungen überhaupt und namentlich an jene, welche Meldungen Markgrafen Pallavicinis wiedergeben, dass Ersuchen knüpfen, daß Euer Exzellenz sich hierüber auch Ihrem deutschen Kollegen gegenüber nicht informiert zeigen. Obwohl es mir als wenig wahrscheinlich erscheint, daß die Dardanellenfrage in der nächsten Zeit wieder den Gegenstand einer Konversation bilden werde, halte ich doch auf alle Fälle die Euer Exzellenz mit meinem Telegramme Nr. 117 vom 13. l. M. erteilte Instruktion aufrecht. Euer Exzellenz hätten hienach, falls Sie wider Erwarten neuerdings zu einer Aussprache mit den russischen Staatsmännern über das Dardanellenproblem genötigt werden sollten, besonders hervorzuheben, daß nicht nur Österreich-Ungarn, sondern nach den in Ihrem eingangs zitierten Telegramme wiedergegebenen Worten Herrn Sasonows auch Rußland das größte Interesse daran habe, quieta non movere, das ist den bisher eingenommenen Standpunkt der Aufrechterhaltung des status quo im Orient nicht zu verlassen und besonders an einer die Türkei und alle Mächte interessierenden Frage, wie die der Meerengen, nicht zu rütteln.

[a]) Vgl. n. 3121, 3125.

Nr. 3125. Privatschreiben nach St. Petersburg, 16. Dez. 1911 Nr. 3264.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Szápáry; G. Aehrenthal).

... *Besprechung von Pressestimmen* ... In diesem Zusammenhange füge ich vertraulich hinzu, dass ich kürzlich Gelegenheit hatte, Seiner k. u. k. Hoheit dem Herrn Erzherzog Franz Ferdinand ein längeres Exposé über die Lage und die Schwierigkeit, unsere Beziehungen zu Russland in ein normaleres Geleise zu leiten, zu halten und dass ich, um den Eindruck meiner Ausführungen zu verstärken, Höchstdemselben eine Denkschrift[b]) übergeben werde, in welcher meine Stellungnahme neuerlich erhärtet wird. Ich beabsichtige, diese Denkschrift auch Dir zu Deiner ausschliesslich persönlichen Information zu übermitteln. Weiters gedenke ich, den Inhalt dieser Denkschrift auch dem Kriegsminister und dem Chef des Generalstabes[c]) zugänglich zu machen, um durch diese Einwirkung zu versuchen, das allzu eifrige Hofmachen gewisser Kreise, die die russischen Verhält-

nisse nicht näher kennen, einigermassen einzudämmen. Im Geleite eines besonderen Erlasses erhältst Du heute die letzten über die Meerengenfrage gewechselten Telegramme,[d] welche gleichfalls zu Deiner ausschliesslich persönlichen Orientierung bestimmt sind. Ich bin froh, dass die Russen ihre Action selbst abgeblasen haben und dass wir somit wenigstens vorläufig uns mit dieser heiklen Frage nicht zu befassen haben werden, vorausgesetzt, dass Tscharykow von Sasonow fester an den Zügel genommen wird, obwohl, wie ich Tscharykow jugiere und wie dies aus seinen letzten von Pallavicini einberichteten Äusserungen Herrn Mişu gegenüber hervorgeht, die Desavouierung Herrn Sasonows keinen Eindruck auf ihn gemacht zu haben scheint und ihn nicht abhalten wird, auch weiterhin für seine Zwecke — das ist gegen uns — zu intriguieren. Die eben erwähnten Auslassungen Tscharykows und gewisse andere Symptome, welche darauf hindeuten, dass die russischen Staatsmänner fortgesetzt Misstrauen gegen unsere Politik zu säen trachten, sind deutliche Zeichen dafür, dass wir noch weit entfernt davon sind, unsere Beziehungen zu Russland auf eine bessere und dauerhaftere Basis stellen zu können. Wie Du weisst, glaube ich nicht, dass Sasonow oder Neratow so naiv sind, die hetzerischen Nachrichten irgend eines Balkanorgans für bare Münze zu nehmen; es liegt vielmehr System in dieser Verdächtigungs-Campagne. Vielleicht würde Herr Kokowzew, wenn er Zeit hätte, sich mit Fragen der auswärtigen Politik zu beschäftigen, das Gefährliche dieser politischen Methode erkennen und hiegegen Stellung nehmen; denn solange diese Verhältnisse obwalten, ist an eine Besserung unserer Beziehungen zu Russland nicht zu denken. Ich empfehle Dir daher, Herrn Sasonow gegenüber zwar den bisherigen freundschaftlichen Ton beizubehalten, aber eine etwas kühlere Reserve an den Tag zu legen und Deine Besuche im Auswärtigen Amte nicht zu häufig werden zu lassen. Wir werden eben in der Behandlung unserer Beziehungen zu Russland noch sehr viel Geduld aufwenden müssen.

[a] Vgl. n. 3124, 3127, 3148, 3181. — [b] Vgl. n. 3095. — [c] Das Privatschreiben hierüber an den Chef des Generalstabs (3. Jan. 1912) liegt vor (nicht aufgenommen). — [d] Vgl. n. 3124 und die dort und in den dort zitierten Vorakten angeführten Telegramme, n. 3128.

Nr. 3126. Tel. nach Sofia, 16. Dez. 1911 Nr. 77 (chiffr. 12 U. 45. M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau publiziert in einem Sofiaer Telegramm vom 14. d. M. einen Auszug aus einer Interpellationsbeantwortung Herrn Geschoffs über den kürzlichen Besuch König Ferdinands bei unserem Allergnädigstem Herrn.[b] Unter der Voraussetzung, daß dieser Auszug die Ausführungen des bulgarischen Ministerpräsidenten richtig wiedergibt, ersuche ich Euer Hochgeboren, demselben für seine durchaus korrekte und den Tatsachen entsprechende Äußerung meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 3117 Anm. b, 3130, 3132. — [b] Dieser Auszug lautet: „Bezüglich des Besuches des Königs Ferdinand in Wien erklärte der Ministerpräsident, daß dieser Besuch den Charakter einer privaten, verwandtschaftlichen Visite hatte und nicht danach angetan gewesen sei, bei den Nachbarn Bulgariens Zweifel zu wecken."

Nr. 3127. Vortrag an den Kaiser, 16. Dez. 1911.[a] Eigh. Ausfert.[b]

Anlässlich der letzten Audienz bei Seiner Kaiserlichen Hoheit, Erzherzog Franz, war ich in der Lage, über die auswärtige Situation der Monarchie, unter specieller Berücksichtigung der Beziehungen zu Russland und zu Italien, in eingehender Weise Bericht zu erstatten. Von einer dem Herrn Erzherzog nahestehenden Person erfahre ich, dass Ihm dieser Bericht nicht in allen Punkten klar geworden sei. Desshalb habe ich die tief ehrfurchtsvollst beigeschlossene Denkschrift[c] ausgearbeitet, die ich, im Falle Allerhöchster Ermächtigung,[d] Seiner Kaiserlichen Hoheit nächster Tage vorlegen würde. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 3014, 3125, 3148. — [b] Aus dem Archive der Kabinettskanzlei. — [c] Wohl n. 3095. — [d] Vermerk des Kabinettsdirektors Schiessl: S. M. haben die Ermächtigung allergnädigst zu erteilen geruht. 18. XII. 1911. — S. kais. u. kön. Hoheit hat aber das Ansuchen des Grafen Aehrenthal um eine Audienz zu dem Zwecke nicht beantwortet. 24. II. 1912.

Nr. 3128. Tel. aus Berlin, 17. Dez. 1911 Nr. 252 (eing. 8 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Kaiser Wilhelm liess mir durch Legationssekretär Grafen Larisch, den Höchstderselbe anlässlich einer Parforcejagd in Döberitz sprach, vertraulich mitteilen, dass sein und seiner Regierung Standpunkt in der Dardanellenfrage immer war: pari passu mit der k. u. k. Regierung vorzugehen, die Türkei moralisch zu unterstützen und ihr festes Rückgrat zu geben. Übrigens, so meinte Seine Majestät, seien nunmehr die diesbezüglichen Vorschläge von Seite Russlands fallen gelassen worden. Szögyény.

[a] Vgl. n. 3100, 3125 Anm. d, 3135.

Nr. 3129. Tel. aus Berlin, 17. Dez. 1911 Nr. 253 (eing. 9 U. 10 M. p. m.)[a].) Entziff.

Gleich nach Erhalt des Telegrammes Nr. 175[b] hatte ich Gelegenheit, die Wiener Korrespondenz der Kölnischen Zeitung Staatssekretär gegenüber zur Sprache zu bringen. Ich habe ihm auch nicht verhehlt, dass die Beziehungen des betreffenden Korrespondenten zu Herrn von Tschirschky in Wien stadtbekannt seien. Kiderlen sagte mir, er habe sich über den Inhalt und die Tendenz dieser Korrespondenz recht geärgert und der Redaktion dieses Blattes einen scharfen Verweis erteilt. Übrigens sei das Verhältnis der Kölnischen Zeitung zur Regierung ein ganz eigentümliches. Allerdings erhalte dieselbe offiziöse Mitteilungen vom Auswärtigen Amte; trotzdem werden in ihr in inneren Fragen recht oft und manchmal auch über äussere Politik für die Regierung sehr unangenehme Artikel veröffentlicht. Die Behauptung der „Zeit", als ob die Ausführungen des in Rede stehenden Wiener Briefes auf Inspiration des hiesigen Auswärtigen Amtes zurückzuführen seien, bezeichnet Staatssekretär als eine „freche Lüge". Zum Schlusse sagte mir Kiderlen, er werde Sorge tragen, dass den Behauptungen der Kölnischen Zeitung in einem der hiesigen Blätter entgegengetreten werde. Szögyény.

[a] Vgl. n. 3136, 3137, 3141, 3156, 3161. — [b] Vom 16. Dez.

Nr. 3130. Tel. aus Bukarest, 17. Dez. 1911 Nr. 69 (eing. 18. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Eben suchte mich Minister des Äussern von Seiner Majestät dem Könige kommend auf, um mir mitzuteilen, dass der rumänische Gesandte in Paris, Herr Lahovary Nachstehendes berichte: „Herr Crozier, der jüngst in Paris war, habe ihm erzählt, König von Bulgarien wäre ausnehmend befriedigt von Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser und Unterredung mit Grafen Aehrenthal[b] gewesen. Er, Herr Crozier, habe begründete Vermutung, dass diese Zufriedenheit König Ferdinands damit begründet sei, dass er in Wien Zusicherung erhalten habe, man werde Rumänien dazu bewegen, für den Fall eines Konfliktes am Balkan, ein Abkommen mit Bulgarien zu treffen." Minister des Äussern fügte hinzu, er wisse, dass gewisse bulgarische Staatsmänner für ein Arrangement mit Rumänien gesinnt seien, um bei Konfliktsfalle ein in den Rücken fallen zu verhindern, doch wäre bulgarischerseits nie in autorisierter Form an die rumänische Regierung herangetreten worden. Minister des Äussern, der vom Berichte Herrn Lahovarys sichtlich betroffen schien, glaubt an eine von König Ferdinand oder Crozier zu irgend einem Zwecke lanzierte Ente. Streng vertraulich. Nie ruhendes Misstrauen gegen Bulgarien und unser Verhältnis zu demselben hat durch letzten Besuch König Ferdinands in Wien neue Nahrung gewonnen. Dies dürfte der Grund der durch die Pariser Meldung verursachten Beunruhigung sein. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 2563, 3133, 3134. — [b] Vgl. n. 3117, 3126, 3132.

Nr. 3131. Bericht aus Paris, 17. Dez. 1911 Nr. 48 (eing. 20. Dez.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Von sonst gut informierter journalistischer Quelle erfahre ich, dass, als diesen Sommer General Dubail, der Chef des französischen Generalstabes, sich zu den russischen Manövern begab, der Kriegsminister, Herr Messimy, ihm den Auftrag erteilte, in St. Petersburg massgebenden Ortes in Vorschlag zu bringen, es möge im russisch-französischen Allianz-Vertrag der Ausdruck „alliance défensive" durch „alliance" (ohne der Bezeichnung défensive) ersetzt werden. General Dubail hätte Schritte in diesem Sinne unternommen, aber keine meritorische Antwort erhalten. Einige Zeit nachher, als Herr Iswolsky von seinem Urlaube nach Paris zurückkehrte, soll der russische Botschafter Herrn de Selves eröffnet haben, dass die kaiserliche Regierung nicht geneigt sei, den Text ihres Allianz-Vertrages mit Frankreich in dem gedachten Sinne zu modifizieren. Herr de Selves, der von dem Schritte Herrn Messimys keinerlei Kenntnis hatte, war durch die Mitteilung Herrn Iswolskys sehr überrascht und setzte sich sogleich mit dem Conseil-Präsidenten in Verbindung, der von der ganzen Sache auch nichts wusste, worauf Herr Caillaux im Vereine mit dem Minister des Äussern die Démarche Herrn Messimys désavouierten und dem Kriegsminister, wie es heisst, in sehr scharfer Weise erklärten, er möge sich nicht hinter dem Rücken der verantwortlichen Minister in Dinge einmengen, die ihn nichts angehn. Ich bin nicht in der Lage, für die Richtigkeit dieser Information irgendwie einstehen zu können. Selbst wenn Herr Messimy

sich zu einer so eigentümlichen Vorgangsweise hätte verleiten lassen, so erscheint es kaum glaublich, dass seine Kollegen sich dazu herbeigelassen hätten, ihn weiter im Ministerium zu dulden. In Frankreich ist aber, wenn parlamentarische Rücksichten in Frage kommen, sehr vieles möglich.

Szécsen.

Nr. 3132. Tel. aus Sofia, 17. Dez. 1911 Nr. 194 (eing. 7 U. 35 M. p. m.).[a] Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 77 vom 17. d. M. erhalten. Meldung Telegraphen-Korrespondenzbureaus war dem Sinne nach mit Interpellationsbeantwortung Herrn Geschoffs vollkommen übereinstimmend; habe daher Conseilspräsidenten laut Auftrages Euer Exzellenz Dank ausgesprochen. Sehr erfreut über Message ersuchte er mich, Euer Exzellenz tiefe Dankbarkeit auszudrücken.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 3130, 3133.

Nr. 3133. Tel. nach Bukarest, 18. Dez. 1911 Nr. 51 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. Nemes; G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 69 vom 17. d. M. Die darin wiedergegebene Konversation Herrn Croziers mit Herrn Lahovary ist für mich ein neuer Beweis dafür, wie sehr der Geist der Intrigue das Vorgehen des genannten Botschafters und der französischen Diplomatie überhaupt beherrscht. Thatsächlich hat sich meine letzte Unterredung mit König Ferdinand[b] ausschliesslich in Allgemeinheiten bewegt. Ich hätte gewiss nicht ermangelt — und dafür sprechen wohl die zahlreichen Mittheilungen, welche ich durch Euer Durchlaucht König Karol zukommen habe lassen — auch diesmal Seiner Majestät dem Könige von Rumänien von dem Inhalte meines Gespräches mit König Ferdinand in Kenntnis zu setzen, wenn in demselben irgend ein besonderes Moment zu Tage getreten wäre. König Ferdinand hat übrigens in der Konversation ausdrücklich erwähnt, dass für Bulgarien die Nothwendigkeit vorliege, der Türkei gegenüber eine friedliche und versöhnliche Politik zu betreiben. Von Rumänien und dessen Verhältnis zu Bulgarien wurde überhaupt nicht gesprochen. Hingegen äusserte sich der König der Bulgaren diesmal in misstrauischer Weise über Serbien,[c] wobei ich annehme, dass es Höchstdemselben darum zu tun war, bei mir Anklang zu finden. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mittheilung an den Herrn Minister des Äussern.

Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 3112 Anm. b, 3134, 3142. — [b] Vgl. n. 3132. Eingehendere Aufzeichnungen über diesen Besuch König Ferdinands liegen nicht vor. — [c] Vgl. n. 3151 Anm. e.

Nr. 3134. Tel. aus Bukarest, 18. Dez. 1911 Nr. 70 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Hatte gestern abends Besuch Herrn Kalinderos, welcher Gespräch auf auswärtige Politik brachte und hervorhob, mit welcher Sorge sein königlicher Herr Zukunft entgegenblicke. Ein Krieg würde Rumänien auf Jahre zurückwerfen, doch würde Nation einen solchen verlangen, wenn Bulgarien

Expansionsabsichten in die Tat umsetzte. Bulgarische Regierung sei zwar jetzt friedlich gesinnt, doch sei kein Verlass auf König Ferdinand. Deshalb richte Rumänien Augen mit voller Zuversicht auf Österreich-Ungarn, das im Stande sei, Frieden auf Balkan aufrecht zu halten. Russland sei zwar geschwächt, beginne sich aber immer mehr mit Balkan zu beschäftigen. Es werde jedenfalls sich Bulgariens bedienen, das doch in seinen Händen sei. Ich erwiderte, dass Euer Exzellenz grösstes Bestreben die Erhaltung des Friedens sei und man in Wien sich über den Charakter König Ferdinands keiner Täuschung hingebe. Im Hinblicke auf gestern mittags erfolgten Besuch des Ministers des Äussern (mein gestriges Telegramm Nr. 69) und in Berücksichtigung dessen, dass Herr Kalindero mir noch nicht bekannt war, schliesse ich, dass er im höchsten Auftrage diese Sprache hielt, wenn er auch augenscheinlich bestrebt war, diese Vermutung nicht aufkommen zu lassen. Besuch König Ferdinands in Wien und gemeldeter Bericht Herrn Lahovarys aus Paris scheinen hier nachhaltigere Unruhe hervorzubringen, welche im Interesse der Fortsetzung meiner so vertrauensvollen Beziehungen zur Krone und Regierung abzuschwächen sehr wünschenswert wäre.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 3133, 3142.

Nr. 3135. Bericht aus Berlin, 19. Dez. 1911 Nr. 58 B (eing. 21. Dez.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Wie ich Euer Exzellenz mit meinem gehorsamsten Telegramme vom 17. d. M. Nr. 252 bereits zu melden mir erlaubte, hatte Seine Majestät Kaiser Wilhelm unlängst auf einer Parforcejagd in Döberitz die Gnade, den Legationssekretär Grafen Larisch in ein längeres Gespräch zu ziehen. Der Kaiser sprach zuerst über die Meerengenfrage und obwohl Seine gegenständlichen Äußerungen nur bereits Bekanntes enthalten, glaubte ich dennoch, dieselben zu Euer Exzellenz hohen Kenntnis bringen zu sollen. Kaiser Wilhelm sagte, daß nach den Ihm zugekommenen sicheren Nachrichten Herr Tscharykow tatsächlich in Konstantinopel die Öffnung der Dardanellen für russische Kriegsschiffe verlangt und daß Herr Sasonow bei seinem jüngsten Aufenthalte in Paris die diesbezügliche Stimmung sondiert hätte; der dortige englische Botschafter, Sir Francis Bertie, und der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, hätten Herrn Sasonow aber dahin informiert, daß England die Öffnung der Meerengen in keinem Falle zugeben würde. Die Frage sei daher russischerseits wieder fallen gelassen worden. Sein — des Kaisers — Standpunkt und der Seiner Regierung in dieser Frage war, stets pari passu mit der k. und k. Regierung vorzugehen, die Türkei moralisch zu unterstützen und ihr festes Rückgrat zu geben, nicht aber sich zu exponieren oder sich in die erste Linie zu stellen. Auf das Verhältnis zwischen Deutschland und England übergehend, äußerte Sich Kaiser Wilhelm über die gespannten Beziehungen der beiden Länder im vergangenen Sommer etwa folgendermaßen: Ein ihm wohlbekannter Hamburger Handelsmann, welcher schon seit Jahren gute Beziehungen zu dem englischen Schatzkanzler unterhält, besuchte unlängst Lloyd Georges und machte demselben heftige Vorwürfe über seine bekannte,

im Monate Juli[b]) gehaltene antideutsche Bankettrede, welche begreiflicherweise in ganz Deutschland große Verstimmung hervorrufen mußte. Lloyd Georges erklärte nunmehr seinem überraschten Mitredner, daß er selbst eigentlich an dieser ganzen Rede vollständig unschuldig wäre; sie stamme gar nicht von ihm selbst, sondern sei vom Ministerpräsidenten Asquith und von Sir Edward Grey zusammengestellt und ihm bloß mit dem Auftrag, sie zu halten, gegeben worden; er, der sich nicht mit der auswärtigen Politik beschäftige und die Wirkungen dieser Rede gar nicht voraussehen konnte, hätte hiemit lediglich einen Auftrag des Premiers ausgeführt! Kaiser Wilhelm meint, bestimmt zu wissen, daß Sir Edward Grey sich ganz von dem französischen Botschafter in London, Herrn Paul Cambon, beeinflussen lasse und daß dieser es war, der die englische Regierung zu bestimmen wußte, bei den Marokko-Verhandlungen Deutschland stets neue Schwierigkeiten zu bereiten, welche die Position Frankreichs stärken sollten. Der Kaiser, Höchstwelcher — wie Graf Larisch mir berichtet — in glänzender Laune war, ersuchte den genannten Legationssekretär, diese Seine Äußerungen mir streng vertraulich mitzuteilen. Heute findet in dieser Saison die letzte Parforce-Jagd in Döberitz statt, zu welcher Kaiser Wilhelm Lord Lonsdale, mit welchem Höchstderselbe, wie Euer Exzellenz bekannt sein dürfte, seit vielen Jahren befreundet ist, einzuladen die Gnade hatte. Abends haben Seine Majestät in Begleitung Lord Lonsdales Ihr Erscheinen zu einem großen Jagd-Dîner im hiesigen Kasino am Pariser Platz zugesagt.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3144. — [b]) Vgl. n. 2570.

Nr. 3136. Bericht aus Berlin, 19. Dez. 1911 Nr. 58 C (eing. 21. Dez.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Herr von Kiderlen war — wie ich Euer Excellenz schon telegraphisch zu melden die Ehre hatte, — über den unter der Spitzmarke „Österreich-Ungarn und die Marokkanische Frage" von Wien datierten Artikel der „Kölnischen Zeitung" vom 7. d. M. sehr aufgebracht. Er will zwar nicht zugeben, dass die „Kölnische Zeitung" als offiziöses Organ gelte, doch sieht er vollkommen ein, dass es eine grobe Unzukömmlichkeit sei, wenn ein so weit verbreitetes Blatt, das fortlaufend zu offiziösen Communiqués des Auswärtigen Amtes benützt wird, sich dazu hergibt, Correspondenzen, welche in ganz unerlaubt gehässiger Weise die von Euer Excellenz befolgte Politik erörtern, veröffentlicht[b]). Der Staatssekretär ersuchte mich, Euer Excellenz streng vertraulich zu melden, dass er den Redacteur der genannten Zeitung ernstlich zur Rede gestellt und ihn aufgefordert habe, den Wiener Correspondenten seines Blattes zu befragen, ob er den in Rede stehenden Artikel vor seinem Erscheinen zur Begutachtung dem deutschen Botschafter in Wien vorgelegt hätte. Sollte dies nicht der Fall gewesen sein, werde er — Herr von Kiderlen — Herrn von Tschirschky kategorisch anweisen, diesen Herrn unter keiner Bedingung mehr bei sich zu empfangen. Die Behauptung der „Zeit", wonach die Auseinandersetzungen des Kölner Blattes auf Inspirationen des hiesigen Auswärtigen Amtes zurückzuführen seien, bezeichnete mir der Staatssekretär selbstverständ-

lich als eine böswillige Erfindung. Die ganze journalistische Hetze, an welcher sich auch der kaiserlich deutsche Gesandte a. D. Raschdau, der — wie hier allgemein bekannt — zu seinen (Kiderlens) persönlichen Feinden gehört, in den „Berliner Neuesten Nachrichten" beteiligt, richte ihre Spitze nach seiner vollen Überzeugung nicht nur gegen Euere Excellenz, sondern auch gegen ihn, den Staatssekretär selbst. Er werde schon Mittel und Wege finden, diesem unlauteren Vorgehen ein Ende zu machen. Szögyény.

a) Vgl. n. 3129, 3137, 3141, 3156, 3161. — *b)* So.

Nr. 3137. Privatschreiben aus Berlin, 19. Dez. 1911.a) Ausfert.

Geheim. Mein italienischer Kollege begibt sich dieser Tage auf einen kurzen Weihnachtsurlaub nach Rom. Er erzählt mir, dass Herr von Bethmann Hollweg nach einem Diner im Reichskanzler-Palais ihn in Betreff der Erneuerung des Dreibundvertrages ersucht hat, bei Herrn Giolitti und Marquis di San Giuliano dahinzuwirken, dass die im Laufe befindlichen Verhandlungen je eher zum Abschluss gelangen. Herr Pansa hat dies auch zugesagt; wie Euer Excellenz bekannt, ist der italienische Botschafter immer dafür eingetreten, dass diese Erneuerung ehestens erfolge, doch gestand er mir, dass nach den neuesten Nachrichten, die ihm aus Rom zugekommen, die italienische Regierung sich gerade jetzt hiezu schwer entschliessen könnte. Die Haltung, hauptsächlich der deutschen, aber auch der österreichisch-ungarischen Presse in der Tripolitanischen Frage,*b)* hätte in Rom so schwere Bedenken hervorgerufen, dass auch er, Herr Pansa, wenn er es auch nicht billige, es doch begreiflich finde, dass König Victor Emanuel und seine Ratgeber jetzt zögerten, zur Erneuerung des Dreibund-Vertrages zu schreiten. Auch die englischen Zeitungen hätten keinen freundschaftlichen Ton angeschlagen; hingegen habe die französische Journalistik die Situation richtig aufgefasst und die Gelegenheit sehr geschickt benützt, um sich Italien gegenüber gefällig zu erweisen. Auch die russischen Zeitungen hätten sich bemüht, die italienischen Suszeptibilitäten zu schonen. Nur die Presse der beiden Verbündeten Italiens, die deutsche und die österreichisch-ungarische, hätte sich nicht abhalten lassen Italien gegenüber sich unfreundlich zu äussern. Die Haltung der österreichisch-ungarischen und der deutschen Regierung wäre ja in jeder Beziehung nicht nur correct, sondern auch Italien gegenüber entschieden entgegenkommend; dies werde in Rom vollauf anerkannt, nichtsdestoweniger müsse er, Herr Pansa, constatieren, dass die italienischen massgebenden Staatsmänner durch die fortlaufenden Angriffe der meistgelesenen Zeitungen Deutschlands und Österreich-Ungarns — wenn auch über Gebühr — so doch stark impressioniert sind. Ich habe meinem Collegen geantwortet, dass der Ton, den die italienischen Blätter, auch jene, die mit der italienischen Regierung in steter Verbindung stehen, wie z. B. „Corriere della Sera", Österreich-Ungarn gegenüber anschlagen, zu manchen gerechtfertigten Recriminationen Anlass geben könne und dass wir trotz alledem uns bereit erklärt hätten, den Dreibund-Vertrag, so wie dies auch von italienischer Seite seinerzeit lebhaft gewünscht wurde, zu erneuern. Ueber das von uns vorgeschlagene protocole

additionnel habe ich Herrn Pansa, da auch der Reichskanzler und der Staatssekretär ihm gegenüber nichts erwähnten, nichts gesagt. Herr Pansa verlässt jetzt Berlin in möglichst schlechter Laune; er war von Anfang an mit der Tripolitanischen Aktion seiner Regierung nicht einverstanden; er kann sich nicht vorstellen, wie die italienischerseits — wie er sich ausdrückte, so leichtsinnig — unternommene kriegerische Aktion zu Ende kommen werde und er befürchtet, dass, wenn die Türkei nicht nachgebe, seine Regierung sich sogar dazu entschliessen dürfte, einen Vorstoss gegen die Dardanellen zu unternehmen. Staatssekretär von Kiderlen begibt sich morgen auf einen kurzen Urlaub nach Stuttgart; während seiner Abwesenheit wird ihn der wieder nach Berlin zurückgekehrte Unterstaatssekretär Zimmermann vertreten. Er will sich gar keine amtlichen Aktenstücke nachschicken lassen und behält sich selbst nur die Angelegenheit Tschirschky-Kölnische Zeitung zur eigenen Erledigung vor. (Vide meinen heutigen vertraulichen Bericht Nr. 58 C). Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3119, 3129, 3138, 3139, 3156, 3182. — [b]) Vgl. n. 3123.

Nr. 3138. Erlaß nach Rom, 19. Dez. 1911 Nr. 3295.[a]) Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Streng geheim. Ihren Chiffrebericht vom 12. d. M. Nr. 63 habe ich erhalten und die darin ausgesprochenen Bedenken gegen die sofortige Erneuerung des Dreibundes, welche, wie Euer Exzellenz melden, auch von Herrn von Jagow gehegt werden, der kaiserlich deutschen Regierung bekanntgegeben. Herr von Kiderlen und ich sind jedoch dahin übereingekommen, diesen Bedenken, welche sicher in mancher Hinsicht motivirt erscheinen, keine aufschiebende Wirkung zuzuerkennen und dies umsoweniger, weil sich sonst bei der italienischen Regierung die Meinung festsetzen könnte, als bestünde bei uns ein für den Ausgang der Sache abträgliches Gefühl der Unsicherheit. Ich ermächtige Euer Exzellenz sonach, die Verhandlungen mit der kgl. italienischen Regierung zu beginnen und bemerke hinsichtlich der von Ihnen hiebei zu beobachtenden Vorgangsweise folgendes: Zunächst wollen Euer Exzellenz mit Herrn von Jagow seine Instructionen, in welche ich Einsicht zu nehmen Gelegenheit hatte, mit den Ihrigen vergleichen und deren völlige Uebereinstimmung constatiren. Sodann wollen Euer Exzellenz mit dem kaiserlich deutschen Botschafter einen Tag bestimmen und in der mit ihm zu vereinbarenden Reihenfolge bei Marquis di San Giuliano vorsprechen, natürlich unter Vermeidung eines Collectivbesuches, der zu auffällig wäre. Aus dem hier anverwahrten Exemplar des Dreibundvertrages, wie er im Jahre 1891 abgeschlossen und im Jahre 1902[b]) erneuert worden ist, werden Euer Exzellenz ersehen, dass, conform mit den Ausführungen des Chiffreerlasses vom 9. d. M. Nr. 3166 an dem Texte nur solche Veränderungen vorgenommen worden sind, die sich in Folge der geänderten zeitlichen Daten und Personalverhältnisse als unerlässlich erwiesen haben. Auch die Artikel IX und X sollen bekanntlich unverändert bleiben; da deren Bestimmungen aber den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, habe ich mit der kaiserlich deutschen

Regierung ein Zusatzprotokoll vereinbart, dessen Text hier beiliegt und welches mit den Worten zu beginnen hätte: „Au moment de procéder à la signature du présent Traité il est entendu“ und so weiter. Eine Erneuerung des früheren Protocolles, beginnend mit den Worten: „Au moment de procéder“ und schliessend mit den Worten: „article IX et X du traité de ce jour“ erscheint inopportun und kann um so leichter unterbleiben, als dieses Protocoll im Jahre 1891 in die Ratification nicht einbezogen wurde. Euer Exzellenz wollen von demselben also keine Erwähnung thun und nur, wenn man italienischerseits für dessen Beibehaltung eintreten sollte, Marquis di San Giuliano darauf hinweisen, dass sein erster wirtschaftlicher Theil auf die heutigen commerciellen Beziehungen nicht mehr anwendbar ist, da seine raison d'être in den damaligen handelspolitischen Schwierigkeiten begründet war und dass auch der zweite England betreffende Theil durch den Gang der Ereignisse und die in der englischen Politik eingetretene Wandlung obsolet geworden ist. Ebenso wie dieses Protocoll wird auch, wie Euer Exzellenz bereits wissen, unsere Tripolis betreffende Declaration vom 2. Juni 1902[b]) zu entfallen haben. In einem Puncte habe ich geglaubt, den in dem citirten Berichte vorgetragenen Bedenken Rechnung tragen zu sollen und habe mich mit der kaiserlich deutschen Regierung in der Ansicht begegnet, dass es zweckmässig sein dürfte, bei Uebergabe des Vertragstextes nicht auf eine sofortige Entschliessung der kgl. italienischen Regierung zu insistiren, sondern sich damit zu begnügen, sie darauf aufmerksam zu machen, dass wir bedacht waren, im Protocoll ihren Wünschen in weitgehender Weise Rechnung zu tragen. Wenn sich Italien, wie ich zu Ihrer Information beifüge, jetzt schon von Seite seiner Bundesgenossen die Früchte des tripolitanischen Unternehmens sichern will, so wird man dort einen Vorteil darin erblicken, die Vertragserneuerung so bald als möglich vorzunehmen. Glaubt man dessen nicht zu bedürfen, so haben wir keinen Grund, zu besonderer Eile zu drängen und können ruhig darauf warten, bis man italienischerseits in der Sache an uns herantritt. Zum Schlusse bemerke ich noch, dass die Erneuerung des Vertrages geheim zu bleiben hat und dass in einer schriftlichen Abmachung festzusetzen sein wird, dass eine Veröffentlichung dieser Thatsache nur nach einem vorausgegangenen Einverständniss aller drei Compaciscenten wird erfolgen dürfen.[c]) Indem ich Euer Exzellenz Berichterstattung über das Ergebniss Ihrer ersten Demarche mit Interesse entgegensehe, erneuere ich etc.

[a]) Vgl. n. 3137, 3139, 3159. — [b]) Pribram, a. a. O. I 92, 97; Martens, N. R. G. 3. S. X 75, 80. — [c]) Vgl. n. 3209.

Nr. 3139. Privatschreiben nach Rom, 19. Dez. 1911 Nr. 3294.[a]) Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Die Lecture der Expedition und Ihres Privatschreibens vom 6. d. M. hat in mir den schon früher bestandenen Eindruck verstärkt, dass die schwierige Lage, in die Italien durch den Krieg geraten ist, seine Regierung und seine öffentliche Meinung recht nervös gemacht habe und dass beide Factoren das Bestreben an den Tag legen, die Schuld an den gegenwärtigen Verlegenheiten auf andere abzuwälzen. Um mich

zunächst mit der Presse zu beschäftigen, der auch Euer Exzellenz in der letzten Berichterstattung einen breiten Raum gewähren, kann ich wohl constatiren, dass meine Bemühungen, auf unsere Journalistik in einem Italien genehmen Sinne einzuwirken, nicht ohne Erfolg geblieben sind und dass übrigens die hiesige Presse auch in den ersten Wochen des Feldzuges das tripolitanische Unternehmen nicht abfälliger beurteilt hat, als dies auch in andern Ländern mit Ausnahme Frankreichs geschehen ist. Die der italienischen öffentlichen Meinung eigentümliche Begeisterungsfähigkeit für Siege und Heldenthaten, die sich bisher noch in recht bescheidenen Grenzen bewegen, wird man unserer Presse freilich nicht zumuten dürfen, schon deshalb nicht, weil sie sich nur zu gut der hasserfüllten Ausführungen erinnert, denen man während der Annexionscrise so häufig in italienischen Journalen begegnen konnte und weil sie auch die systematische Hetze nicht übersehen kann, die in zahlreichen insbesondere norditalienischen Blättern stets gegen uns geführt wird. Ich will bei diesem Thema nicht länger verweilen, von den Äusserungen der Presse de part et d'autre abstrahiren und einige Worte über meine Beziehungen zur italienischen Regierung folgen lassen. Vorerst muss ich hier den aus manchen Beobachtungen geschöpften Eindruck verzeichnen, dass man in Rom die grossen Dienste, welche gerade in der gegenwärtigen Situation die Zugehörigkeit zum Dreibund leistet, nicht hoch genug einschätzt. Und doch kann Italien, um nur eines hervorzuheben, seine besten Truppen von unserer Grenze abziehen, weil es sich von unserer Seite sicher weiss. Dies ist doch ein sehr reeller Dienst, welcher nur in dem Sinne ausgelegt werden kann, dass wir an der Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zum Königreiche festhalten und dass man dort trotz der durch den tripolitanischen Krieg geschaffenen schwierigen Lage auf uns rechnen kann. Euer Exzellenz erwähnen, dass der Herr Ministerpräsident und Marquis di San Giuliano sich bemüht hätten, auf die Haltung der italienischen Presse aus Anlaß der hiesigen Commentare, welche an den Rücktritt des Freiherrn von Conrad geknüpft worden sind, einen moderirenden Einfluss zu nehmen. Ich nehme dies gern zur Kenntniss und constatire, dass der Erfolg dieser Bemühungen in einem Theile der Presse zu erkennen war. Man möge aber nicht glauben, damit genug gethan zu haben. Ich bin vielmehr der Ansicht, dass unsere Freundschaftsbeweise seit Eintritt der letzten Kriegsereignisse den italienischen Staatsmännern den Anlass geben sollten, mehr als bisher auf uns und unsere öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen, die Popularisirung des Dreibundes, aus dem Italien solche Vorteile zieht, nicht bloss uns zu überlassen und mit grösserer Energie gewissen Erscheinungen der politischen Bethätigung entgegenzutreten, die wie z. B. der Bestand des Vereines „Trento Trieste" unsere berechtigten Gefühle auf das tiefste verletzen müssen. In diesem Sinne getroffene Massregeln würden von der besten Wirkung auf unsere öffentliche Meinung sein, deren sich — das soll gar nicht geläugnet werden — mit gutem Grunde seit einiger Zeit eine gewisse Erregung bemächtigt hat. Man konnte doch nicht erwarten, dass sie stillschweigend an der Thatsache vorübergehen werde, dass Italien rücksichtslos über Tripolis hergefallen ist, ohne an die schwierige Lage zu denken, die für beide Bundesgenossen der befreundeten Türkei gegenüber

hieraus entstehen musste, oder dass unser Alliirter im Gegensatz zu den vom Dreibund verfochtenen Principien die Integrität des osmanischen Reiches angegriffen hat. Ist es zu wundern, wenn aus solchem Vorgehen bei uns der Schluss gezogen wird, die italienischen Expansionsbestrebungen könnten sich einmal unvermittelt auch gegen uns kehren? Das sind Momente, die sich die italienischen Staatslenker zu wenig vor Augen halten und die ihnen von Zeit zu Zeit in Erinnerung gebracht werden müssen. Ich überlasse es Ihrem Ermessen, im richtigen Momente, welcher sich gegenwärtig bei der Wiederaufnahme der Pourparlers über die Erneuerung des Dreibundes leicht ergeben wird, mit dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Minister des Äussern in meinem Namen ernstlich im vorstehenden Sinne und an der Hand der nachfolgenden Ausführungen zu sprechen, wobei Euer Exzellenz einleitend bemerken können, dass ich mir nach fünfjähriger unausgesetzter Arbeit an der Befestigung unseres Freundschaftsverhältnisses das Recht vindicire, ein offenes Wort zu sagen. Die italienische Regierung sollte die Vorteile, welche ihr unsere Allianz bietet, besser würdigen und in richtiger Erkennung derselben das Schaukelspiel zwischen Trippelallianz und Ententemächten aufgeben. Man hat sich in Italien seit der bekannten Extratour zu sehr an die Nachsicht der Bundesgenossen gewöhnt und gesucht, sich durch allerlei Anknüpfungen nach allen Seiten zu decken. Man verlässt sich auf den Dreibund und weiss sich im Rücken gesichert; man möchte auch das Bundesverhältnis benützen, um sich durch einen Druck Österreich-Ungarns und Deutschlands in Constantinopel aus der momentanen Verlegenheit herauszuhelfen und sucht uns durch die als ultima ratio hingestellte Absicht von maritimen Unternehmungen in eine solche Action hineinzuhetzen. Andererseits hat man Furcht vor Frankreich und England und wohl auch und nicht mit Unrecht das Gefühl, dass ein Angriff auf die Dardanellen der russischen Entente von Racconigi Abbruch thun könnte. Diesen verschiedenartigen Erwägungen entspringt eine Geistesverfassung, die eine klare Politik unmöglich macht, die aber auch bei den Bundesgenossen wenig Zuversicht erweckt. Es wird darum, wenn Italien wünscht, auch fernerhin die ihm aus dem Dreibunde zukommenden Vorteile zu geniessen, nothwendig sein, diese Absicht nicht bloss in Worten, sondern auch durch die politische Haltung der königlichen Regierung äusserlich zu documentiren. Je klarer und consequenter diese Tendenz zum Ausdruck gebracht werden würde, desto enger und bundesfreundlicher werden sich die Verhältnisse zwischen uns gestalten. Kurz gesagt, mit der nach allen Seiten liebäugelnden und in Folge dessen schwankenden Führung der italienischen Politik, welche bei uns Mißtrauen erzeugt und in Italien die Hoffnung auf nationalistische Aspirationen wieder hat aufleben lassen, müßte gebrochen werden. Wird hiezu eine italienische Regierung die Klarheit des Denkens und den Muth des Entschlußes haben?

P. S. Der jüngste Artikel in der „Tribuna“ wird mir eben vorgelegt. Wir haben es offenbar mit dem Beginn einer realeren Einschätzung der großen Dienste zu thun, die die Verbündeten, insbesondere Österreich-Ungarn, Italien in seinem Waffengange in Afrika erwiesen haben.

a) Vgl. n. 3137, 3138, 3140, 3159, 3165, 3218, 3251.

Nr. 3140. Bericht aus Rom, 19. Dez. 1911 Nr. 66 D (eing. 21. Dez.).[a] *Ausfert.*

Die politisch verfehlte Haltung, welche ein grosser Teil der österreichischen und der deutschen Presse gegenüber der Tripolis-Aktion einnimmt, wird nicht nur, wie ich schon mehrmals zu konstatiren mir erlaubte, von der französischen und der englischen Publizistik — von der letzteren hauptsächlich in den verschiedenen politischen Wochenschriften — meisterhaft ausgenützt, sondern es ist im Zusammenhange hiemit in der letzten Zeit auch der verstärkte Versuch bemerkbar, in der hiesigen Presse gegen den Dreibund Stimmung zu machen und für die Anlehnung Italiens an die Westmächte zu plaidiren. Parallel hiemit lässt sich aber die sehr nachdrückliche Bemühung der hiesigen Regierung erkennen, dieses dreibundfeindliche Spiel zu verderben. So ist in der „Vita" vom 16. l. M. ein Artikel erschienen, welcher nach einem längeren historischen Excurse die Interessengemeinschaft zwischen Italien und den Westmächten hervorhebt und die Rückkehr zur Politik Cavours sowie den Austritt Italiens aus der Tripel-Allianz empfiehlt. Die Redaktion des Blattes hatte zwar diesem Artikel eine Notiz angefügt, in welcher sie gegen die in demselben ausgeführten Ideen Stellung nimmt und speziell den Nutzen des Dreibundes betont. Der Regierung scheint aber diese Verwahrung nicht genug energisch erschienen zu sein, denn am selben Abende erschien in der „Tribuna" unter dem Titel „Discussioni inopportune" ein offiziöser Artikel, in welchem die freundschaftliche Haltung unserer und der deutschen Regierung hervorgehoben und daran anschliessend ein förmlicher Hymnus auf die Freundschaft zwischen uns und Italien angestimmt wird. Am folgenden Tage, dem 17. l. M., brachte die „Vita" einen offenbar gleichfalls von der Regierung inspirirten Artikel, worin in der Form einer Polemik gegen die „Neue Freie Presse" die Tripolis-Aktion nicht nur als nicht für die Alliirten Italiens schädlich sondern als ein der Zukunft des Dreibundes förderliches Element demonstrirt und das Festhalten Italiens an den dreissigjährigen Fundamentallinien seiner äusseren Politik proklamirt wird. Endlich glaube ich auch das am 11. l. M. im „Pester Lloyd" erschienene offenbar fiktive Interview eines italienischen Staatsmannes, worin gleichfalls die Erneuerung des Dreibundes als ausser Zweifel stehend hingestellt wird, auf irgend einen offiziösen italienischen Ursprung zurückführen zu sollen. Die westmächtliche Stimmungsmacherei gegen den Dreibund, zu welcher wohl auch die übertriebenen Ehrungen für den kürzlich aus Tripolis hieher zurückgekehrten Temps-Correspondenten Carrère gehören, begegnet somit in der letzten Zeit, vielleicht infolge meiner und Herrn von Jagows wiederholten Mahnungen einer energischen Abwehr seitens der italienischen Regierung. Mérey.

[a] Vgl. n. 3139, 3146.

Nr. 3141. Erlaß nach Berlin, 20. Dez. 1911 Nr. 487/5.[a] *Abschrift.*

Der beiliegende Leitartikel der „Österreichischen Volkszeitung" vom 17. Dezember, der, wie ich ausdrücklich bemerken will, nicht auf Inspiration unseres Preßbureaus zurückzuführen ist, enthält eine ziemlich richtige

Darstellung jener Vorfälle, die mir zu meinem Telegramme vom 15.[b]) Anlaß gaben. Die hier in Zusammenhang gebrachten Details könnten Euer Exzellenz möglicherweise als Information dienlich sein, weshalb ich mir den Artikel Hochdenselben zu übersenden erlaube, ohne dass ich damit, solange wir die von Herrn von Kiderlen in Aussicht gestellte Korrektur der „Kölnischen Zeitung" nicht kennen, eine weitere Verfolgung dieser Angelegenheit anregen möchte. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3129, 3136, 3156. — [b]) Wohl 16. Dez. Nr. 175.

Nr. 3142. Tel. aus Bukarest, 20. Dez. 1911 Nr. 71 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Inhalt Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 51 Minister des Äussern mitgeteilt, der mich ersuchte, Euer Exzellenz seinen wärmsten Dank auszusprechen. Er sei umso erfreuter, so rasch von Euer Exzellenz in von ihm erwarteter Weise über Intriguen Herrn Croziers aufgeklärt worden zu sein, als englischer Gesandter ihn gestern aufgesucht hätte und ihm über Stichhältigkeit analoger Ausstreuungen des Wiener französischen Botschafters befragte, welche er aus London erfahren habe. Minister antwortete, er wisse von nichts, vielleicht könne österreichisch-ungarischer Gesandter ihm Auskunft geben. Englischer Gesandter sprach jedoch bei mir nicht vor. Minister des Äussern hat den Eindruck, dass seit Pariser Zusammenkünften englischer und russischer Staatsmänner irgend welche Machinationen am Werke seien, um Euer Exzellenz Balkan-Politik zu diskreditieren, da seit diesem Zeitpunkte mehrere fremde Vertreter, darunter russischer und serbischer, ihm gegenüber darauf angespielt hätten, dass Euer Exzellenz Änderung des Kurses beabsichtigten. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 3134, 3217 Anm. f, 3532 Anm. b.

Nr. 3143. Tel. an Generalkonsul Rudolf Weinzetl in Cetinje, 20. Dez. 1911 Nr. 115 (chiffr. 1 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

Wie Mavrogeny Bey gestern hier auftragsgemäß mitgetheilt hat, soll König Nikolaus Ihrem türkischen Kollegen nahegelegt haben, die zwischen der Türkei und Montenegro pendenten Grenzfragen einer Neuregelung zu unterziehen, da sonst Folgen eintreten könnten, welche für die beiden Regierungen bedauerlich wären. Diese Sprache des Königs habe in Konstantinopel einige Beunruhigung hervorgerufen, da in ihr eine versteckte Drohung erblickt werde. Der Herr türkische Botschafter knüpfte hieran das Ersuchen um eine Einwirkung auf Montenegro. In der Antwort auf diese Mittheilung Mavrogeny Beys wurde zunächst darauf hingewiesen, daß es sich um seit Jahren anhängige Grenzstreitigkeiten handle und daß der hiebei angeschlagene Ton in Cetinje auf der Tagesordnung stehe und daher nicht zu ernst zu nehmen sei. Dessenungeachtet bestehe die Absicht, Euer Hochwohlgeboren von dieser Mittheilung Kenntnis zu geben und zur Berichterstattung aufzufordern. Vorstehendes zu Ihrer vertraulichen Information. Mit Rücksicht auf die mir aus Konstantinopel zukommende Infor-

mation, Montenegro habe der Türkei eine Grenzregulierung vorgeschlagen, indem das türkische Gebiet Rżanica gegen die montenegrinische Gegend „Jezero" ausgetauscht werden würde, ersuche ich Euer Hochwohlgeboren zu telegrafiren, ob Ihrer Ansicht nach dem montenegrinischen Vorschlage eine drohende Absicht zugrundeliegt. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 3112 Anm. c, 3145, 3154, 3157.

Nr. 3144. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. Dez. 1911 Nr. 433 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Der Minister des Äussern teilt mir mit, dass Herr Tscharykow am letzten Montag im Ministerium des Äussern nachstehende Erklärung abgegeben habe: Die russische Regierung wolle vorläufig über die Meerengenfrage nicht weiter verhandeln, es wäre ihr aber angenehm zu erfahren, welchen Standpunkt die Pforte in dieser Frage einzunehmen gedenke. Herr Tscharykow fügte noch hinzu, er müsse seine letzte Mitteilung an die Pforte dahin rektifizieren, dass die russische Regierung auch die Eisenbahnfragen in diesem Augenblicke nicht weiter verfolgen wolle, sondern die Absicht habe, über diese Fragen seinerzeit gleichzeitig mit der Meerengenfrage zu verhandeln. Der russische Botschafter hat obige Erklärung in Abwesenheit des Ministers dem Staatssekretär gegenüber abgegeben. Assim Bey bemerkte weiter, er werde, wenn Herr Tscharykow ihm gegenüber auf die Frage zurückkommen sollte, antworten, die Pforte betrachte die Meerengenfrage als europäische. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3121, 3135, 3148 Anm. b.

Nr. 3145. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. Dez. 1911 Nr. 434 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Assim Bey hat mir gestern gesagt, dass er die türkischen Botschafter bei den Grossmächten angewiesen hat, die Aufmerksamkeit derselben auf die Haltung Montenegro's zu lenken, welche in letzterer Zeit immer bedrohlicher werde. Der Minister fügte obiger Mitteilung hinzu, dass ihm König Nikolaus vor einigen Tagen mitteilen liess, die Frage der Grenzregulierung müsste einer sofortigen Lösung zugeführt werden, da im entgegengesetzten Falle die Lage im nächsten Frühjahre eine bedenkliche Wendung nehmen könnte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3143, 3154.

Nr. 3146. Bericht aus London, 20. Dez. 1911 Nr. 78 B (eing. 24. Dez.).a) Ausfert.

Da ich gezwungen bin, so plötzlich abzureisen, habe ich heute spät nachmittag Sir Edward Grey aufgesucht, um mich von ihm zu verabschieden. Der Herr Staatssekretär sprach mir zunächst von der vor drei oder vier Tagen bei ihm gemachten Demarche der niederländischen Regierung bezüglich der Möglichkeit einer Mediation in dem türkisch-italienischen Kriege. Er erteilte ungefähr dieselbe Antwort wie Eure Excellenz und sagte dem holländischen Vertreter, er habe sich bereits vor längerer Zeit über Anregung Eurer

Excellenz mit den anderen Grossmächten dahin verständigt, sich gegenseitig zu informieren, falls Anhaltspunkte in Erfahrung gebracht würden, welche Aussicht auf eine erfolgreiche Intervention der Mächte bieten könnten. Die Idee des niederländischen Ministers des Äusseren, der italienische und der türkische Gesandte im Haag sollten „mit Eliminirung des Souveränitätspunktes" in Verhandlungen treten, nahm Sir Edward begreiflicher Weise nicht ernst. ...*Persische Angelegenheiten*... Über die franco-spanischen Verhandlungen[b]) schien Sir Edward nicht besorgt. Er meinte, es würden noch einige Schwierigkeiten zu überwinden sein, aber die Basis der Verhandlungen sei gegeben und dieselben würden in freundschaftlichem Geiste geführt. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3140, 3153. — [b]) Vgl. n. 3122, 3147.

Nr. 3147. Tel. nach Paris, 20. Dez. 1911 Nr. 91 (chiffr. 9 U. 50 M p. m.).[a]) *Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).*

Den Zeitungsberichten über die gestrige Kammerdebatte habe ich entnommen, daß Euer Exzellenz sich spontan maßgebenden Ortes dahin vernehmen ließen, daß unsere Adhäsion zum Marokkoabkommen in keinem Zusammenhange steht mit unserem auf die Zulassung zur Cote gerichteten Begehren. Ich bin damit vollkommen einverstanden und ermächtige Euer Exzellenz, diese Erklärung auch in meinem Namen zu wiederholen und beizufügen, daß unsere formelle Adhäsion nur gewisse Feststellungen enthalten wird, wie sie auch von anderen Staaten, zum Beispiel von England vorgebracht wurden und die sich ausschließlich auf unseren wirtschaftlichen Verkehr mit Marokko und auf den Gerichtsstand unserer dortigen Nationalen beziehen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3115, 3146, 3152, 3167.

Nr. 3148. Privatschreiben aus St. Petersburg, 7./20. Dez. 1911.[a]) *Eigh. Ausfert.*

Streng vertraulich. Gestatte, dass ich Dir zunächst meinen verbindlichsten Dank für Dein gütiges Privatschreiben vom 16. d. M. ausspreche. Dass Du Gelegenheit gefunden hast, dem Erzherzog-Thronfolger gegenüber eine Aussprache über die politische Lage im Allgemeinen und speciell die Entwickelung unserer Beziehungen zu Russland herbeizuführen, ist höchst erfreulich, um so mehr als zu hoffen ist, dass nun auch die Höchstdemselben näher stehenden politischen und journalistischen Kreise ihre Haltung in Hinkunft besser mit der von Dir befolgten, durch die Verhältnisse klar vorgezeichneten Politik in Einklang bringen werden. Besonders glücklich wäre ich, wenn Deine Aussprache mit dem Erzherzog auch der, hauptsächlich durch Missverständnisse entstandenen und durch gewisse Kreise in eigennütziger Absicht geschürten Entfremdung Seiner k. u. k. Hoheit Dir gegenüber ein radicales Ende bereitet haben könnte. Mit grossem Interesse und aufrichtigem Danke sehe ich der mir gütigst in Aussicht gestellten Übermittlung der einschlägigen Denkschrift entgegen. Es besteht auch für mich kein Zweifel, dass wir noch weit davon entfernt sind, unsere Beziehungen

zu Russland auf eine bessere und dauerhaftere Basis stellen zu können, da die uns feindlich gesinnten Elemente, wie Tscharikow und Genossen, noch viel zu grossen Einfluss geniessen und die von dieser Seite gegen uns geführte Campagne auch in der Öffentlichkeit einen zu sympathischen Wiederhall findet, als dass die eigentlichen Leiter der russischen Auswärtigen Politik auch bei Vorhandensein guten Willens nicht noch stark damit rechnen müssten. Ich möchte aber nicht so weit gehen, Neratow oder gar Sazonow zu beschuldigen, dass sie sich zu thätigen Complicen dieser Politik machen. Auch die versteckte Anfeindung, die speciell Sazonow in den besonders austrophoben Kreisen begegnet, das unverhohlene Behagen, mit dem dort jede weniger günstige Nachricht über sein Befinden breitgetreten wurde, endlich die schlecht verhüllte Enttäuschung, ihn nun doch wieder an der Spitze der Geschäfte zu sehen, sind ebensoviele Indicien dafür, dass er nicht der Mann nach dem Herzen der Iswolsky, Tscharikow, Nelidow und Consorten ist! Nach Allem was ich über Sazonow gesehen und hauptsächlich gehört habe, scheint es mir, dass, er wenigstens, aufrichtig ein besseres Verhältnis zur Monarchie wünscht. Wenn er trotzdem, wie seinerzeit in Potsdam und möglicher Weise auch seither (?), gewisse Fragen gestellt haben mag, aus welchen man das Fortbestehen eines Misstrauens gegen unsere Politik deduciren könnte, so könnte dies vielleicht auch nur der Ausfluss seines geraden und offenen Characters sein, der ihm allgemein nachgerühmt wird, und der ihn veranlasst haben mag, um volle Beruhigung zu finden, auch ebenso offene Fragen zu stellen. Es würde ein solches Vorgehen seinerseits noch erklärlicher, wenn man sich die Qualität der russischen diplomatischen Vertreter am Balkan vor Augen hält, und hieraus Schlüsse auf die Art der Informationen zu ziehen versucht, die ihm von dort aus zukommen dürften. Diese Herren werden sich gewiss ein besonderes Vergnügen daraus machen, alle in den obscursten Balkan-Blättern und -Conventikeln colportirten Nachrichten über die von uns angeblich geschmiedeten Ränke mit der grössten Breite und mit dem Nimbus einer officiellen Berichterstattung geschmückt, dem russischen Auswärtigen Amte aufzutischen. Ganz ausgeschlossen ist es ja vielleicht auch nicht, dass die Haltung unserer eigenen Balkan-Gesandtschaften bis zu einem gewissen Grade hier mitspielt, welche möglicher Weise die in Deinem Erlass an Baron Giesl vom 25. October d. J. Nr. 2522 so richtig angeschlagene Note, es liege nicht in unserem Interesse, die Russen in Bezug auf unsere zukünftige Haltung auf dem Balkan gar zu vertrauensselig werden zu lassen, etwas zu stark accentuirt haben könnten. Wie dem auch sein mag, ändert dies natürlich nichts an der Conclusion, dass unsere Politik Russland gegenüber vorläufig noch diejenige einer zwar freundlichen, aber kühlen Reserve und geduldigen Abwartens sein muss. Ich werde mich bestreben, in meinem Verkehr mit den russischen Staatsmännern Deinen diesfälligen Instructionen auf das Genaueste zu entsprechen und es jedenfalls Herrn von Sazonow überlassen, wenn er den Wunsch hegt, den ersten Schritt zu thun. Recht merkwürdig scheint die Haltung der russischen Diplomatie sowohl in der eigentlichen Meerengenfrage[b]) wie in der von ihr bereits früher angeregten Angelegenheit des Schutzes der internationalen Schiffahrt durch die Dardanellen gewesen

zu sein. Manches lässt sich darin vielleicht am Besten erklären, wenn man — wie Herr Sazonow in Paris — einen Zusammenhang zwischen diesen zwei Fragen annimmt, die eigentlich a principio nichts mit einander zu thun haben. In dieser Beziehung geben besonders einzelne Geschehnisse, die sich noch vor meiner Rückkehr zugetragen haben, sowie gewisse zeitliche Coincidencen zu denken. Ich habe daher, um einen klaren Überblick zu gewinnen, aus dem mir gütigst zur Verfügung gestellten umfangreichen Material eine schematische, chronologische Zusammenstellung beider Fragen[c]) anfertigen lassen. Szilassy, der eben mit dieser Arbeit beschäftigt ist, wurde dadurch auf den gewiss nicht a priori abzuweisenden Gedanken gebracht, ob die Abneigung der russischen Regierung, auch die Forçirung der Dardanellen in die von ihr vorgeschlagene Démarche aufzunehmen, nicht der Erwägung entsprang, dass, wenn schon im Prinzipe allgemein anerkannt werde, eine mit der Türkei kriegführende Macht dürfe die Dardanellen nicht forçiren, der von Tscharikow ungefähr zu gleicher Zeit angebotene Schutz gegen Angriffe auf die Dardanellen viel von seinem Werte verlieren würde. Auch wäre der damalige Mangel an Empressement Neratows, die Erspriesslichkeit des einheitlichen Vorgehens Österreich-Ungarns und Russlands gegenüber Italien, anzuerkennen, über den Szilassy seinerzeit berichtete, erklärlich, wenn es sich für den bisher optimistisch sprechenden Gerenten nur darum gehandelt hätte, der Türkei ad oculos zu führen, wie sehr sie einen Angriff gegen die Dardanellen zu befürchten hätte. In wie ferne es sich um ein, trotz des endlichen Fiascos, geschicktes, vielleicht von Tscharikow inspiriertes Vorgehen der russischen Diplomatie oder um ein zufälliges Zusammentreffen handelte, wird kaum constatirt werden können. Auch war Russland sicherlich aufrichtig in dem Wunsche, die freie Handelsschiffahrt durch die Dardanellen zu sichern; doch wurden vielleicht gewisse Momente der ersten Frage für die zweite — eigentliche Meerengen-Frage benützt. Das chronologische Ineinandergreifen der beiden Angelegenheiten ist jedenfalls merkwürdig, und werde ich mir erlauben, Dir die bereits erwähnte chronologische Tabelle nach deren Fertigstellung zu unterbreiten. Dass allerdings Herr Sazonow diese complicirten Fäden gesponnen oder auch nur von denselben vorherige Kenntnis gehabt hätte, dürfte schon mit Rücksicht auf die räumliche Entfernung nach Davos mit Fug und Recht bezweifelt werden. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3127, 3181. — [b]) Vgl. n. 3144, 3171. — [c]) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 3149. Vortrag an den Kaiser, 20. Dez. 1911 Nr. 550 C. d. M. Konz. (S. Schreibmaschine; V. Szápáry u. Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Ich habe mich wiederholt gezwungen gesehen Euer Majestät Allerhöchste Aufmerksamkeit auf die Verbindungen zu lenken, welche das Kriegsministerium und der Generalstab mit einigen Blättern unterhält, und habe mir die ehrerbietigste Freiheit genommen, schon vor dem Erscheinen der kürzlich vom Kriegsministerium publizierten Kommuniqués auf den nicht einwandfreien Gebrauch hinzuweisen, welchen die genannten Stellen von ihren mit der Presse unterhaltenen Beziehungen bisweilen

gemacht haben. Obwohl ich anlässlich des Rücktrittes des Generals der Infanterie Freiherrn von Conrad im Sinne der mir erteilten Allerhöchsten Weisung sofort die nötigen Schritte eingeleitet hatte, um im Einvernehmen mit Euer Majestät beiden Regierungen eine unerwünschte Kommentierung dieses Ereignisses in der Presse hintanzuhalten, war es mir nicht möglich, die Sprache der Presse entsprechend zu beeinflussen, da das Kriegsministerium sofort nach Bekanntwerden desselben noch vor Verlautbarung Euer Majestät diesbezüglichen Allerhöchsten Handschreibens die erwähnten Kommuniqués der Öffentlichkeit übergeben hatte. Anlässlich des am 6. d. M. abgehaltenen gemeinsamen Ministerrates, dessen Protokoll ich bereits in der Lage war, Euer Majestät tief ehrfurchtsvollst zu unterbreiten, kam auch diese Angelegenheit zur Sprache, indem Euer Majestät ungarischer Ministerpräsident von den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit ausgehend sich mit sehr bestimmten Worten über das vom Kriegsministerium unterhaltene Pressbureau und dessen Tätigkeit äusserte. Graf Khuen Héderváry verwies mit allem Nachdruck auf die geradezu destruktiven Wirkungen, welche die wenig glücklichen Enunziationen dieses Pressbureaus sowohl im Hinblick auf die notwendige Harmonie zwischen den massgebenden obersten Stellen wie mit Rücksicht auf die politische Situation der ungarischen Regierung hervorgerufen haben und sprach sich mit aller Entschiedenheit gegen das Bestehen eines besonderen Pressbureaus im Kriegsministerium aus, da die Letzterem zugedachten Aufgaben viel besser durch das Pressbureau des Ministeriums des Äussern erfüllt werden könnten, welches aus im Verkehr mit Journalisten geübten Fachleuten besteht. Er erklärte, aufrichtig gestehen zu müssen, dass er im ungarischen Ministerium die Organisierung eines zweiten Pressbureaus neben dem ihm unterstehenden nicht dulden würde, und dass es nach den Erfahrungen der jüngsten Zeit sehr wünschenswert sei, dass die Ursache so böser Erscheinungen baldigst wieder verschwinde. Die Harmonie zwischen den Regierungen und leitenden Ministern müsse unbedingt aufrecht erhalten werden, denn so lasse sich nicht regieren. Der Kriegsminister erwiderte hierauf, dass sein Pressbureau eigentlich ein literarisches Bureau sei, welchem es nicht beifalle, Politik zu machen und sich darauf beschränke, in militärischen Fragen aufklärend zu wirken. Er gebe zu, dass das erste vollkommen harmlose Kommuniqué, welches aus dem in Rede stehenden Anlasse erschienen sei, von ihm beeinflusst wurde, mit der Absicht, einen kalmierenden Einfluss auszuüben. Er habe sich hiezu veranlasst gesehen, weil die Angelegenheit durch die Presse vorzeitig in die Öffentlichkeit gedrungen sei. Er sei bereit, sich dem geäusserten Wunsche zu accomodieren und wolle nur hinzufügen, dass was sonst noch in den Zeitungen stand, nicht von ihm oder seinem Pressbureau stammte. Es sei auch die Ausgabe eines Dementis eingehend erwogen worden, man habe jedoch hievon abgesehen, um der Discussion nicht weitere Nahrung zuzuführen. Gegenüber diesen nicht ganz konkludenten Ausführungen des Ritter von Auffenbergs war ich in der Lage, mich vollinhaltlich der Stellungnahme Euer Majestät ungarischen Ministerpräsidenten anzuschliessen, und nahm Gelegenheit, im Ministerrate zu erklären, dass eine unmögliche Situation entstehe, wenn ein gemeinsamer Minister ohne Vorwissen der

anderen Minister und besonders des Ministers Euer Majestät Hauses und des Äussern Kommuniqués publiziere. Ich verwies darauf, dass ich sofort nachdem ich erfahren hätte, dass Euer Majestät Freiherrn von Conrad von seiner Stelle zu entheben geruht hatten, mich mit beiden Regierungen wegen Erlassung einer orientierenden Verlautbarung in Verbindung gesetzt habe und dass ich erwartet hätte, auch mein Kollege der Kriegsminister würde diesbezüglich an mich herantreten. Ich wäre ihm selbstverständlich in der conziliantesten Weise entgegengekommen. Wenn es weiter möglich sein sollte, dass ein gemeinsamer Minister ohne meine vorherige Zustimmung ein Kommuniqué veröffentliche, wäre ich nicht in der Lage, an der Spitze der k. u. k. Regierung zu bleiben. Ich fügte hinzu, ich würde mich bezüglich des weiteren Vorgehens in dieser Angelegenheit mit dem Kriegsminister ins Einvernehmen setzen. Im Zusammenhange mit diesen Vorgängen halte ich es für unerlässlich, folgenden bedauerlichen Zwischenfall zur Kenntnis Euer Majestät zu bringen. Am Tage nach dem Bekanntwerden des Rücktrittes Freiherrn von Conrads war in dem Wiener Blatte „Die Zeit" eine Notiz erschienen, in welcher mit einer nicht misszuverstehenden Insinuation behauptet wurde, dass ausser den nächstbeteiligten hohen Würdenträgern nur eine Persönlichkeit und zwar der italienische Botschafter an Euer Majestät Hofe schon vorher von der Demission des Chefs des Generalstabes Kenntnis gehabt habe. Letzterer habe schon in den Mittagsstunden des 30. November die Nachricht dem deutschen Botschafter Herrn von Tschirschky[a)] mitgeteilt und die Bemerkung daran geknüpft, der Chef des Generalstabes sei „auf dem Altar des Dreibundes geopfert worden". Herr von Tschirschky habe hierauf einen Vertrauensmann zu Freiherrn von Conrad gesendet, welchem die Mitteilung des Herzogs Avarna sodann bestätigt wurde. Als ich auf die Notiz aufmerksam geworden war, wartete ich ab, dass die beiden durch diese Affaire compromittierten Botschafter mir über den Zwischenfall Aufklärungen erteilen würden. Die beiden Diplomaten fanden sich auch bei dem von mir am 7. d. M. abgehaltenen Diplomatenempfange ein und ich war in der Lage, aus ihrer übereinstimmenden Darstellung folgenden Tatbestand festzustellen: Herzog Avarna hatte tatsächlich aus einer Quelle, die er mir nicht nannte, schon am 29. v. M. spät abends die Nachricht vom Rücktritte Freiherrn von Conrads erfahren und dies hierauf dem deutschen Botschafter mitgeteilt. Herr von Tschirschky, welcher hievon seinerseits keinerlei Kenntnis hatte, beauftragte seinen Militärattaché Grafen Kageneck, diese Nachricht zu verifizieren. Aus den Worten Herrn von Tschirschkys konnte ich entnehmen, dass Graf Kageneck sich geradezu in seiner persönlichen Empfindlichkeit getroffen fühlte, weil man ihm bei seinem fortgesetzten intimen Kontakte mit dem Generalstabe keinen diesbezüglichen Wink erteilt habe. Er scheint diesen Gefühlen bei einem der höheren Offiziere im Generalstabe Ausdruck verliehen und darauf hingewiesen zu haben, dass ihm sein Botschafter eine Rüge erteilt habe, weil er eine so wichtige militärische Angelegenheit nicht von seinem Militärattaché sondern vom Botschafter Italiens erfahren habe. Auf Grund dieser Unterredung entstand die von der „Zeit" publizierte Notiz, durch welche zwei Botschafter und ein Militärattaché kompromittiert erschienen und gegen den Minister des

eigenen Landes ein so schwerer Vorwurf vor der Öffentlichkeit erhoben wurde. Dies ist ein neuerlicher Beweis, mit welchen Gefahren die Unterhaltung von Beziehungen mit einem so übel beleumundeten und geradezu als Revolverblatt zu bezeichnenden Organ verbunden ist. Herr von Tschirschky brachte seine Aufklärungen in sehr aufgeregtem Tone vor und konstatierte, dass man, so bedauerlich dies auch sei, unter solchen Verhältnissen mit dem Generalstabe nur mit der grössten Reserve verkehren könne, so dass er sich genötigt gesehen habe, Grafen Kageneck zur Vorsicht zu ermahnen, da man, wie es scheint, Gefahr laufe, dass beim Generalstabe geführte vertrauliche Gespräche in die Zeitungen kommen. Diesen für mich äusserst peinlichen Auseinandersetzungen des deutschen Botschafters vermochte ich nichts entgegenzuhalten. Ich bin zwar nicht in der Lage zu beurteilen, ob es unbedingt nötig ist, dass im Kriegsministerium ein literarisches Bureau unterhalten werde, und wie die Bereitstellung der für das erspriessliche Functionieren eines solchen Bureaus erforderlichen materiellen Mittel mit der vielfach beklagten misslichen budgetären Situation des Kriegsressorts in Einklang steht. Die Vorkommnisse, über welche ich mir die ehrerbietigste Freiheit genommen habe, Euer Majestät in Vorstehendem Meldung zu erstatten, veranlassen mich jedoch, an Allerhöchst Dieselben die gehorsamste Bitte zu richten, Eure Majestät wollen Allerhöchst Sich bestimmt finden, dem Kriegsministerium den Befehl zu erteilen, den Verkehr mit der Presse auf das Allernotwendigste zu beschränken und vorkommenden Falles mit mir das Einvernehmen zu pflegen, damit die etwa wünschenswerte Einwirkung auf die Presse unter Zuhilfenahme des Pressbureaus des Ministeriums des Äussern erfolgen könne, und weiters, dass das Kriegsministerium es in Hinkunft unterlasse, was immer für formelle Verlautbarungen oder Enunziationen zu veröffentlichen, welche nicht vorher zur Kenntnis des Ministers Eurer Majestät Hauses und des Äussern gelangt sind und dessen Zustimmung gefunden haben.

[a]) Vgl. n. 3211 Anm. e.

Nr. 3150. Erlaß nach Konstantinopel, 21. Dez. 1911 Nr. 3307.[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Wie Euer Exzellenz aus dem hier abschriftlich mitfolgenden Tagesberichte vom 15. d. M. entnehmen wollen, hat Mavrogeny Bey gleich seine Antrittsvisite dazu benützt, um mit dem ihm von der Pforte aufgetragenen Ententevorschlage hervorzutreten. (Dieses überhastete Aufwerfen einer so wichtigen Angelegenheit bei dem ersten Zusammenkommen und in Gegenwart des Geschäftsträgers hat mich etwas befremdet, doch suche ich die Erklärung dieses ungewohnten Vorganges in der mangelnden Vertrautheit des neuen Botschafters mit den diplomatischen Gebräuchen.) Indem ich es Euer Exzellenz Ermessen anheimstelle, aus meiner Konversation mit Mavrogeny Bey jene Passagen dem türkischen Minister des Äußern zur Kenntnis zu bringen, welche Hochdieselben hiezu für geeignet erachten, ermächtige ich Sie gleichzeitig, darauf hinzuweisen, daß unsererseits keinerlei Bedenken obwalte, mit der Türkei und Rumänien in die türkischerseits angeregte Konversation einzutreten. Eine öffentliche

Bekräftigung unserer Disposition zur Aufrechterhaltung des status quo werde übrigens demnächst erfolgen, da ich mich während der Delegationstagung in diesem Sinne auszusprechen beabsichtige. Die Ungewißheit über das weitere Verbleiben des gegenwärtigen türkischen Kabinettes im Amte bringt es mit sich, daß es vorläufig nicht angezeigt wäre, in der Konversation mit Assim Bey über vorstehenden Auftrag hinauszugehen. Weiters erscheint eine gewisse Reserve auch durch den Umstand geboten, daß dem Zustandekommen der Entente der Friedensschluß mit Italien voranzugehen hätte, da das Bundesverhältnis zu Italien es uns unmöglich macht, noch während der Dauer des Krieges uns in ein förmliches Abkommen mit dem Gegner einzulassen. Andererseits lege ich aber Wert darauf, daß die Fühlungnahme mit der Pforte in diesem Belange keine Unterbrechung erfahre, und zwar schon deshalb, weil die Aussicht auf eine den status quo am Balkan sicherstellende Kombination von der türkischen Regierung in der Richtung verwertet werden könnte, um ihre Position gegenüber der öffentlichen Meinung zu stärken und das Land mit dem Friedensgedanken zu befreunden. Einer späteren Phase der Konversation muß es vorbehalten bleiben, die dem Ententeprojekte zugrunde zu legenden Begriffe des status quo und der Aufrechterhaltung desselben näher zu definieren. Was die Form einer eventuell abzuschließenden Entente betrifft, so erscheint mir der Abschluß eines auf die Dauer geheim zu haltenden Abkommens mit der Türkei kaum tunlich. In dieser Richtung pflichte ich den durchaus zutreffenden Argumenten Seiner Majestät des Königs von Rumänien bei, welche Hochdieselben aus der gleichfalls abschriftlich beigeschlossenen geheimen Korrespondenz mit Bukarest[b]) entnehmen werden.

[a]) Vgl. n. 3117, 3151, 3317. — [b]) Amtsvermerk (Nemes): Accludatur: 1. Erlass Nr. 3145 vom 8. d. M. 2. Tel. Nr. 68 aus Bukarest vom 14. d. M. im Auszuge vom Anfang bis inclusive „zu erwägen sei". 3. Eigh. Zusatz Aehrenthals: Bericht aus Bukarest Nr. 54 A vom 15. Dezember.

Nr. 3151. Privatschreiben nach Konstantinopel, 21. Dez. 1911 Nr. 3316.[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Einem mit dem heutigen Kurier Euer Exzellenz zugehenden Erlasse[b]) werden Hochdieselben entnehmen, daß ich die türkische Anregung betreffend einer Entente mit uns, Deutschland und Rumänien nicht kurzer Hand abweisen will, vielmehr Gewicht darauf lege, den Faden, der zu einer Festigung unserer Stellung in Konstantinopel führen kann, allerdings mit großer Vorsicht, weiterzuspinnen. Ich lasse mich hiebei vornehmlich von dem Gedanken leiten, daß eine schroffe Ablehnung des türkischen Vorschlages in einem Zeitpunkte, wo die Türkei naturgemäß einen stärkeren Rückhalt bei irgend einer Macht oder Mächtegruppe suchen muß, die Pforte in die Arme Rußlands treiben könnte. Gerade den Werbungen Herrn Tscharykows gegenüber, der die Türkei ganz dem russischen Einflusse ausgeliefert sehen möchte, ist es von Bedeutung für uns, daß das — wie ich aus Euer Exzellenz Berichte Nr. 69 B[c]) ersehe — glücklicherweise bei den türkischen Staatsmännern bestehende Gefühl gekräftigt werde, die Türkei sei, wenn sie Hilfe und Schutz bedarf, nicht auf

Rußland allein angewiesen, sondern könne solche auch bei uns und zwar mit weniger selbstsüchtigen Hintergedanken finden. Wenn Assim Bey, wie aus Euer Exzellenz Berichte Nr. 69 C[d]) hervorgeht, der Gedanke einer Balkanentente unter unserer Ägide vorschwebt, so ist dies vielleicht eine nicht beabsichtigte Folge des Versuches Herrn Tscharykows, die Meerengenfrage mit seinem Lieblingsprojekte, einem Balkanbunde[e]) unter den Auspizien Rußlands, zu verbinden. Es kann wohl keinem türkischen Staatsmanne entgehen, daß die Türkei in einem solchen Bunde eine untergeordnete Rolle zu spielen berufen wäre und daß die slavischen Balkanstaaten ihren Vorteil auf Kosten der in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Rußland geratenen Türkei finden müßten. Eben dies mag Assim Bey auf den Gedanken gebracht haben, daß im Gegenteile bei einer Balkanentente unter unserer Ägide die Türkei eine im Verhältnisse zu den übrigen Balkanstaaten dominierendere Stellung einnehmen würde. Ich halte eine alle Balkanstaaten umfassende Föderation in der einen wie in der anderen Form für eine Utopie, glaube aber aus den angeführten Gründen, daß es für uns wichtig ist, wenigstens bis zum Friedensschlusse bei der Pforte das Gefühl aufrechtzuerhalten, daß wir die Frage der Realisierbarkeit des von ihr angeregten Ententegedankens einer eingehenden Erwägung unterziehen. Dem Schlußpassus Euer Exzellenz Berichtes vom 30. v. M. Nr. 68 A, welcher eine Aufzählung der Vorteile eines solchen Übereinkommens enthält, entnehme ich, daß Hochdieselben die Durchführbarkeit dieser Idee nicht ganz von der Hand weisen möchten. Um eine Grundlage zu gewinnen, in welcher Weise der uns beschäftigende Gedanke in die Wirklichkeit umzusetzen wäre, würde ich vor allem Wert darauf legen, die auf Ihrer Vertrautheit mit den dortigen Verhältnissen und Ihrer Fühlungnahme mit den maßgebenden Faktoren beruhenden Anschauungen Euer Exzellenz des näheren kennen zu lernen. Indem ich Hochderen Ausführungen entgegensehe, möchte ich noch bemerken, daß hiebei auch die Frage in Betracht kommt, welche Rolle Bulgarien in jener Kombination zufiele. Unser Interesse deckt sich nämlich auch in dem Punkte insoferne mit jenem der Türkei, als es keinem der beiden Teile konvenieren kann, Bulgarien durch eine Einkreisungspolitik ganz in die Arme Rußlands zu treiben, was die Position der Pforte sowohl dem großen als auch dem kleinen slavischen Nachbar gegenüber ungünstig beeinflussen müßte. Der in Euer Exzellenz oberwähntem Berichte entwickelten Idee, daß unser eventuelles Übereinkommen mit der Türkei sich auf den Balkan zu beschränken hätte, pflichte ich vollkommen bei. Es bliebe meiner Ansicht nach hiebei der Pforte unbenommen, behufs Sicherstellung der asiatischen Provinzen und ihrer Mittelmeerstellung eine Deckung auf anderer Seite zu suchen und eventuell bei England zu finden. Indem ich Euer Exzellenz Berichterstattung über die Frage, welche Formulierung der Entente-Idee Assim Beys zu geben wäre, mit Interesse entgegensehe, verhehle ich mir nicht, daß dem unleugbaren Vorteile einer Stärkung unseres Einflusses in Konstantinopel auch namhafte Schattenseiten gegenüberstehen, bezüglich deren Tragweite Euer Exzellenz die nachstehenden Erwägungen sicherlich teilen werden. Vor allem kann wohl kaum von irgend einer bulgarischen Regierung erwartet werden, daß

sie sich einer Kombination anschließe, welche direkt das Ziel verfolgt, den gegenwärtigen Zustand am Balkan zu perpetuieren, was ja vom bulgarischen Standpunkte mit dem Verzichte auf seine nationalen Aspirationen gleichbedeutend wäre. Selbst eine so friedliebende und türkenfreundliche bulgarische Regierung wie das Kabinett Guéchow könnte kaum weitergehen, als die jetzige versöhnliche Politik fortzusetzen; sie wäre aber sicherlich dem Widerspruche nicht gewachsen, der in der öffentlichen Meinung hervorgerufen würde, wenn Bulgarien gewissermaßen eine internationale Verpflichtung übernähme, seinen Expansionsbestrebungen zu entsagen. Nicht zu unterschätzen wäre weiters auch die Rückwirkung auf die südslavischen Elemente innerhalb der Monarchie, welche bei den zahlreichen Fäden, die von unseren Serbo-Kroaten nach Serbien, Bulgarien, ja sogar Albanien hinüberleiten, an einer so prononcierten Stellungnahme zugunsten des status quo am Balkan, wie dies die in Rede stehende Entente wäre, in mehr als einer Hinsicht Anstand nehmen dürften. Es könnten da so manche unangenehme Erscheinungen zutage treten, welche eine vorausblickende Politik nicht übersehen darf. Endlich möchte ich auf unsere in der jüngsten Zeit eher günstige Position auf der Balkanhalbinsel hinweisen. Ganz abgesehen von der traditionellen Freundschaft mit Rumänien, unterhalten wir gute Beziehungen zur Türkei, wie auch zu Bulgarien, ja wir sind sogar eben daran, auch auf Montenegro[f] einen gewissen Einfluß zu gewinnen. Es wirft sich somit die Frage auf, ob wir bei einer Realisierung der Entente-Idee nicht Gefahr laufen würden, manches von den Vorteilen auf das Spiel zu setzen, die uns die heutige Situation gewährt. Ich möchte schließlich noch bemerken, daß ich zwar Seiner Majestät dem Könige von Rumänien, wie Euer Exzellenz dies aus den Beilagen meines heutigen Erlasses Nr. 3307 ersehen werden, eine Mitteilung über die Anregung Assim Beys habe zukommen lassen, bisher aber Berlin gegenüber noch Stillschweigen bewahrt habe. Ich beabsichtige jedoch, in absehbarer Zeit auch eine einschlägige Verständigung an das deutsche Kabinett gelangen zu lassen.

[a] Vgl. n. 3172, 3317. — [b] Vgl. n. 3150. — [c] Enthält eine Zusammenstellung der mit n. 3043, 3058, 3078 und 3092 berichteten Vorgänge. — [d] Vom 14. Dez. 1911. — [e] Vgl. n. 3133 Anm. c, 3172 Anm. b. — [f] Vgl. n. 2903, 3164.

Nr. 3152. Tel. aus Paris, 21. Dez. 1911 Nr. 107 (eing. 22. Dez. 9 U. a. m.) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 91. Die darin erwähnten Zeitungsberichte scheinen nicht ganz genau zu sein. Ich kam nicht in die Lage, die darin erwähnte spontane Äusserung abzugeben. Herr de Selves hat übrigens nur ganz genau gesagt, ich hätte ihm unsere prinzipielle Adhäsion zu dem Marokkoabkommen mitgeteilt, ohne hieran irgendwelche Bedingungen zu knüpfen. Der Minister fügte hinzu, dass die Artikel, die Adhäsion mit einem Anlehen in Verbindung brachten, in Wien dementiert wurden. Unter diesen Umständen glaube ich, falls ich nicht von dem Minister befragt werde, mit Abgabe der mir aufgetragenen Erklärung im Namen Euer Exzellenz insolange zuwarten zu sollen, bis mir nicht neuerlicher Auftrag zukommt.

Szécsen.

Nr. 3153. Bericht aus St. Petersburg, 8./21. Dez. 1911 Nr. 60 A (eing. 23. Dez.).[a] Ausfert.

Über meine erste Unterredung mit Herrn Sazonow habe ich mir bereits erlaubt in Kürze unter dem 15./2. d. M.[b] telegraphisch zu berichten.

Als wir bei dieser Gelegenheit die verschiedenen Ereignisse Revue passieren liessen, die sich seit der Abreise des Ministers, im Frühjahre, zugetragen haben, erwähnte ich, ich hätte in meinem Verkehr mit Herrn Neratow bei wiederholten Anlässen eine erfreuliche Übereinstimmung der Auffassungen unserer beiderseitigen Regierungen — insbesondere was die uns in erster Linie interessierenden Fragen des Orientes betrifft — constatieren können. Dies gab dem Herrn Minister Anlass zur Bemerkung, dass sich in der Tat seit dem Austausch der bekannten Erklärungen im vergangenen Jahre[c] die Politik Österreich-Ungarns und Russlands, was die Balkanfragen anbelangt, auf einer parallelen Linie bewege.

Auf einzelne konkrete Fragen übergehend, äusserte Herr Sazonow zunächst seine Besorgnisse über die Weiterungen, die der italo-türkische Konflikt bei einer längeren Dauer noch nach sich ziehen könnte. Leider sei angesichts des diametral entgegengesetzten Standpunktes, auf den sich beide Teile festgelegt haben, gar nicht abzusehen, wie es zu einem Friedensschluss kommen solle. Gegenwärtig sei jedenfalls jeder Vermittlungsversuch ausgeschlossen. Sollte aber einmal der Zeitpunkt hiefür kommen, so sei es seine Meinung, dass dann nur eine gemeinschaftliche Vermittlung aller Grossmächte in Frage kommen könne. Für eine einzelne Macht wäre dies übrigens auch eine höchst undankbare Aufgabe.

Nur so ganz im Vorübergehen erwähnte der Herr Minister, die offenbare Unmöglichkeit in absehbarer Zeit ein Terrain ausfindig zu machen, auf dem sich die beiden Gegner zu einem Friedensschlusse begegnen könnten, habe ihn auf den bisher allerdings noch gar nicht ausgereiften Gedanken gebracht, ob es nicht im gegebenen Augenblicke vielleicht möglich wäre, eine auf den blossen Abschluss eines zeitlich unbegrenzten Waffenstillstandes hinzielende Vermittlung anzuregen. Es sei dies vorläufig nur eine ganz vague Idee seinerseits, über die er erst noch nachdenken müsse.

Inter Parenthesin möchte ich mir die Bemerkung gestatten, dass dieser Gedanke Herrn Sazonow, der in einer über das Frühjahr hinaus währenden Dauer des Krieges eine grosse Gefahr für die Ruhe Europas erblickt, ernstlich zu beschäftigen scheint, weil er einige Tage später auch meinem deutschen Kollegen davon sprach. ... *Verschiedene nebensächliche Angelegenheiten.* ...

Was die Äusserungen Herrn Sazonows bezüglich der Meerengenfrage anbelangt, hätte ich meiner diesbezüglichen telegraphischen Berichterstattung nur eine Bemerkung hinzuzufügen, die er über Herrn Tscharykoff machte, weil daraus die Sorge spricht, es sich mit der Türkei ja nicht zu verderben. „Man behauptet," sagte der Minister, „ich hätte Herrn Tscharykow désavouirt; nun bis zu einem gewissen Grade habe ich es vielleicht getan. Er ist ja ein ausgezeichneter und hochintelligenter Mann, aber zu sehr Optimist und glaubt, dass wenn er irgend etwas anregt, es gleich gelingen müsse. Die Frage der Meerengendurchfuhr interessiert ja Russland ungemein

und wird gewiss nie aus dem Auge verloren werden. Sie aber gerade jetzt der Türkei gegenüber anzuregen, wäre durchaus verfehlt, weil man damit nur den Anschein erwecken müsste, als wolle man ihre gegenwärtige Verlegenheit ausnützen, um sich einen Vorteil herauszudrücken." Thurn.

[a]) Vgl. n. 3146, 3179, 3188, 3191, 3192, 3219. — [b]) Vgl. n. 3116. — [c]) Vgl. n. 2036.

Nr. 3154. Tel. nach Berlin, 22. Dez. 1911 Nr. 178 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. und G. Nemes).

Im Gegenstande Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 254 von heute hatte hiesiger türkischer Botschafter bei mir am 19. d. M. eine Demarche unternommen. Der k. und k. Geschäftsträger in Cetinje, welcher eingeladen worden war, seine Ansicht darüber auszusprechen, ob dem montenegrinischen Vorschlage, daß das türkische Gebiet Ržanica gegen die montenegrinische Gegend Jezero ausgetauscht werde, eine drohende Absicht zugrunde liegt, telegrafiert unter dem 21. d. M., wie folgt: „Bezüglich des von Montenegro der Türkei gemachten Vorschlages, das Gebiet von Arzanica[b]) einzutauschen, habe ich keinen Grund anzunehmen, daß sich montenegrinische Regierung hiebei von etwas anderem leiten ließ, als von den durch diese Zession zu erwartenden Vorteilen einer Gebietsabrundung, da erwähnter Landstrich tief in das montenegrinische Territorium einschneidet und Handel und Wandel der dortigen Grenzbevölkerung sehr erschwert." Ich beauftrage Markgrafen Pallavicini, Assim Bey von dieser beruhigenden Meldung in Kenntnis zu setzen und hinzuzufügen, ich würde nach wie vor bemüht sein, in Cetinje auf eine unbedingt korrekte Haltung Montenegros der Türkei gegenüber hinzuwirken. Ich habe heute Herrn von Tschirschky Vorstehendes mitgeteilt und ersuche Euer Exzellenz, sich in gleichem Sinne im Auswärtigen Amte vernehmen zu lassen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3143, 3145, 3155, 3157, 3162, 3166. — [b]) = Ržanica.

Nr. 3155. Tel. aus Berlin, 22. Dez. 1911 Nr. 254 (eing. 6 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Unterstaatssekretär, der den beurlaubten Staatssekretär vertritt, sagte mir heute, dass Herr von Tschirschky angewiesen worden sei, an Euer Excellenz die Frage zu stellen, ob Hochdieselben geneigt wären, sich einer Demarche anzuschliessen, welche dahin ginge, König Nikolaus von Montenegro, der laut Berichten Baron Marschalls dem türkischen Gesandten gegenüber eine drohende Sprache geführt hätte, Ratschläge zur Mässigung zu erteilen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3154, 3157.

Nr. 3156. Privatschreiben aus Berlin, 22. Dez. 1911 (eing. 23. Dez.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Herr von Kiderlen hat die Leitung der Geschäfte schon vorgestern dem Unterstaatssekretär, Herrn Zimmermann, übergeben, doch verläßt er Berlin erst heute abends. Vor seiner Abreise konnte ich ihn noch kurz sprechen, bei welcher Gelegenheit er mich angelegentlichst ersuchte,

in seinem Namen Euere Excellenz zu bitten, als seinen langjährigen Gönner ihm das Vertrauen zu schenken, dass er das Richtige treffen werde, um die auch für ihn so peinliche Angelegenheit der Wiener Correspondenz der „Kölnischen Zeitung" in Ordnung zu bringen. Nach reiflicher Überlegung halte er es für richtiger, auf die ganz ungebührlichen Auslassungen des rheinischen Blattes journalistisch nicht reagieren zu lassen. Es würde dies zu einer Polemik führen, die nach seiner Ansicht besser zu vermeiden wäre. Der Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung" hat ihm bisher keine Antwort zukommen lassen; sobald dieselbe eintrifft, werde er die entsprechenden Verfügungen treffen. Herr von Tschirschky habe sich damit begnügt, zu melden, daß die von einigen Wiener Blättern gebrachte Nachricht, wonach der in Rede stehende Wiener Brief auf Informationen der kaiserlich deutschen Botschaft in Wien zurückzuführen sei, der Wahrheit nicht entspreche. Auf diesen Bericht habe er — Kiderlen — bisher noch nicht reagiert und erwarte vorerst die Antwort der Redaktion des betreffenden Blattes. Im Laufe unserer Unterredung brachte der Staatssekretär, ohne dass ich hievon Erwähnung getan hätte, den Leitartikel der „Österreichischen Volkszeitung" vom 17. l. M. zur Sprache (vide hohen Erlaß vom 19.[b]) Dezember 1911 No. 487/5). Ich habe ihm geantwortet, dass dieser Artikel auch mir bekannt sei, dass ich bestimmt wisse, dass derselbe nicht infolge Inspiration des k. u. k. Ministeriums des Äussern geschrieben sei, dass aber der Inhalt dieses Artikels eine ziemlich richtige Darstellung jener Vorkommnisse enthalte, die Gegenstand unserer Unterredung gewesen sind. Zum Schlusse versicherte mich Herr von Kiderlen, dass die Entgleisung der „Kölnischen Zeitung" und Alles was damit zusammenhänge, nicht nur im Interesse unseres intimen Bundesverhältnisses in hohem Grade beklagenswerth sei, sondern ihn auch aus persönlichen Gründen, die er nicht näher auseinandersetzen wolle, sehr unangenehm berührt hätte. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3129, 3136, 3137, 3141, 3161. — [b]) Vom 20. Dez.

Nr. 3157. Tel. nach Konstantinopel, 22. Dez. 1911 Nr. 349[a]) (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; V. und G. Aehrenthal).

Herr Weinzetl telegraphiert in Beantwortung meines Telegrammes vom 20. d. Nr. 115 (Euer Exzellenz mit dem gestrigen Kurier zugegangen unterm 21. d.,) wie folgt ... *wie n. 3154 von „Bezüglich des von Montenegro" bis „sehr erschwert"* ... Euer Exzellenz wollen Assim Bey von dieser beruhigenden Meldung in Kenntnis setzen und hinzufügen, ich würde nach wie vor bemüht sein, in Cetinje auf eine unbedingt korrekte Haltung Montenegros der Türkei gegenüber hinzuwirken. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3155, 3158, 3162.

Nr. 3158. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 23. Dez. 1911 Nr. 439 (eing. 24. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 349 vom 22. d. M. Nachdem der Minister des Aeussern heute an einem Ministerrate teilnahm, konnte ich bloß mit dem Staatssekretär sprechen. Ohannes Effendi gab offen zu, dass

eigentlich Montenegro im Recht sei, wenn es die Enklave von Arzanica gegen Jezen beansprucht, da das seinerzeit von den Bevollmächtigten der beiden Regierungen unterfertigte Protokoll diesen Austausch vorsah. Unter den jetzigen Verhältnissen sei jedoch die Pforte nicht in der Lage, die Bestimmungen fraglichen Übereinkommens tatsächlich auszuführen, da sie fürchte, dass die Abtretung dieses Gebietes von der albanesischen Bevölkerung zum Anlaß eines allgemeinen Aufstandes genommen werden könnte. Die Regierung muß übrigens in diesem Augenblicke mit umso grösserer Vorsicht in den albanesischen Angelegenheiten vorgehen, da die albanesischen Abgeordneten gerade dieser Tage die albanesischen Desiderata vor das Parlament gebracht haben. Ich habe die Gelegenheit meiner heutigen Besprechung mit Ohannes auch dazu benützt, um ihn darauf aufmerksam zu machen, dass der Stamm Clementi die versprochene Indemnität für die verbrannten Häuser noch immer nicht erhalten hat. Der Staatssekretär sagte mir, er werde hierüber dem Minister referieren, ich fürchte aber, dass angesichts bestehender Regierungskrise in letzterer Frage in den nächsten Tagen kaum etwas geschehen dürfte. Pallavicini.

Nr. 3159. Tel. aus Rom, 23. Dez. 1911 Nr. 213 (eing. 24. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Streng geheim. Mit Beziehung auf hohen Erlass 3295. Minister des Aeussern hat heute zuerst deutschen Botschafter, dann mich empfangen. Auf meine auftraggemässen Mitteilungen erklärte er, nach wie vor die Erneuerung des Dreibundes tel quel zu wünschen. Dasselbe gelte bezüglich Ortes der Unterzeichnung und Beginn der Laufzeit. Dagegen halte er den jetzigen Moment nicht für sonderlich opportun. Hiebei gab er, wenn auch nicht ausdrücklich, zu verstehen, dass er vorziehen würde, das Ende des Krieges abzuwarten. Auf meine Bemerkung, dass ja eine schriftliche Abmachung über vorläufige Geheimhaltung und über Veröffentlichung nur nach vorherigem Einverständnis der Compaciscenten vorgeschlagen werde, meinte er, bezüglich der Sicherheit dieser Geheimhaltung Zweifel zu haben. Auch wäre es peinlich, auf etwaige Fragen fremder Diplomaten entweder direkt lügen oder durch ausweichende Antwort Eindruck erwecken zu müssen, dass Erneuerung erfolgt ist. Ferner könnten im Laufe der Tripolis-Aktion sich noch Situationen ergeben, in welchen die Haltung der Verbündeten auf hiesige öffentliche Meinung in der einen oder anderen Richtung einen tiefen Eindruck machen würde.1) Es wäre also schwer, den richtigen Moment für die Bekanntmachung der Tatsache zu finden. Der Text des Zusatzprotokolles mache ihm auf den ersten Blick einen wenig günstigen Eindruck. Auf meine diesfällige Frage sagte er, sein erster flüchtiger Eindruck gehe dahin, dass die vage Fassung des ersten Satzteiles die Deutung zulasse, als ob Italien auch eine andere Lösung als die Annexion zulassen könnte, was unter allen Umständen ausgeschlossen sei. Der Minister betonte schliesslich, er müsse sich die Sache erst ruhig überlegen und mit Herrn Giolitti konferieren, sowie dem König Vortrag erstatten. Im Laufe der nächsten Woche werde er mir antworten. Ich habe instruktionsgemäss nicht

gedrängt oder insistiert. Meinem deutschen Kollegen gegenüber, den ich danach sah, hat Marquis San Giulano sich in gleicher Weise geäussert. Mérey.

[1]) Er will uns zwingen bonne mine à mauvais jeu zu machen.

[a]) Vgl. n. 3139, 3160, 3384.

Nr. 3160. Tel. aus Rom, 23. Dez. 1911 Nr. 214 (eing. 24. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Mein deutscher Kollege vertraut mir an, dass Staatssekretär von Kiderlen, welcher bisher noch keinen persönlichen Kontakt mit der hiesigen Regierung hergestellt hat, sich mit der Absicht trage, in der ersten Hälfte des nächsten Monates nach Rom zu kommen. Botschafter Herr Pansa, welcher heute (wie es scheint über neuerliche Berufung seiner Regierung) hier eingetroffen ist, soll an dem Zustandekommen jenes Besuches lebhaftes Interesse nehmen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3159, 3163.

Nr. 3161. Tel. aus Berlin, 24. Dez. 1911 Nr. 255 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Bezug auf Bericht vom 19. d. M. No. 58 C und mein Privatschreiben vom 22. d. M. Die Zeitungshetze findet ihre Fortsetzung in dem Leitartikel, der in der Berliner „Post" von gestern unter der Spitzmarke „Botschafterwechsel" erschienen ist. Als ich den Unterstaatssekretär auf diesen Artikel aufmerksam machte, sagte er mir, dass derselbe von der hiesigen gesammten Presse totgeschwiegen worden sei, dass sich aber einige Pariser Blätter an der gegen Euer Exzellenz und zugleich Herrn von Kiderlen gerichteten Hetze beteiligt haben. Herr Zimmermann habe im Einverständnisse mit dem abwesenden Staatssekretär Verfügungen getroffen, dass dieser Presskampagne gegenüber nunmehr, und zwar in der Kölnischen Zeitung, umsomehr Stellung genommen werde, als die Redaktion dieses Blattes keine entsprechende Antwort auf die an sie gestellte Anfrage gegeben hat. Streng vertraulich fügte Unterstaatssekretär hinzu, dass nicht nur Staatssekretär, sondern auch Reichskanzler einsehen, dass Herr von Tschirschky sich in Wien ganz unmöglich gemacht habe. Herr von Bethmann beabsichtige, gleich nach den Feiertagen in dieser Beziehung Kaiser Wilhelm, Höchstwelcher in dieser Richtung bisher entweder gar nicht oder nur ganz einseitig informiert sei, Bericht zu erstatten. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3129, 3169.

Nr. 3162. Tel. aus Berlin, 24. Dez. 1911 Nr. 256 (eing. 25. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Antwort auf Telegramm 178 vom 22. d. M. Unterstaatssekretär sagte mir, in Folge der Mitteilungen, die Euer Exzellenz Herrn von Tschirschky gemacht, habe die in Aussicht genommene Demarche in Cetinje zu unterbleiben. Herr Zimmermann müsse annehmen, dass der deutsche Botschafter in Wien Euer Exzellenz nicht in entsprechender Weise informiert habe, wie sehr der deutschen Regierung daran gelegen gewesen

wäre, mit Euer Exzellenz zusammen den beabsichtigten Schritt bei König Nikolaus zu unternehmen. Nach hiesiger Auffassung wäre es unter den gegebenen Verhältnissen ganz angezeigt gewesen, auf den von der türkischen Regierung ausgesprochenen Wunsch einzugehen und sich auf diese Weise der Pforte gegenüber entgegenkommend zu erweisen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3157, 3166.

Nr. 3163. Bericht aus Rom, 25. Dez. 1911 Nr. 67 (eing. 28. Dez.).[a]) *Ausfert.*

Streng geheim. Nach Erhalt des hohen streng geheimen Erlasses vom 19. l. M. No. 3295 habe ich mich zunächst mit meinem deutschen Collegen in Verbindung gesetzt. Wir constatierten hiebei die Übereinstimmung unserer Instructionen mit der einzigen Ausnahme, dass in jener Herrn von Jagows nicht von einer schriftlichen Abmachung hinsichtlich der Geheimhaltung und des vorherigen Einvernehmens der Compaciscenten über die Bekanntmachung der Vertragserneuerung die Rede ist. Auf das von jedem von uns beiden an den Minister des Aeussern gerichtete Ersuchen um eine Unterredung bestellte uns Marchese di San Giuliano zuerst für den 22. l. M., liess uns aber später wegen Unwohlseins ersuchen, am 23. zu kommen, und zwar Herrn von Jagow vormittags, mich nachmittags. Es ist auch möglich, dass der Minister, welcher wohl den Anlass unserer Besuche vermutet haben dürfte, Wert darauf gelegt hat, vorher mit dem am 22. abends aus Berlin hier eingetroffenen Botschafter Pansa Rücksprache zu pflegen. Wie ich Euerer Excellenz bereits telegraphisch zu melden die Ehre hatte, erwiderte der Minister auf meine Mitteilungen, deren Meritum ihm schon durch die vorangegangene Unterredung mit dem deutschen Botschafter bekannt war, dass er nach wie vor den Dreibund tel quel zu erneuern wünsche. In dem Mémoire, mit welchem er am 28. Juli l. J. zum erstenmale die Notwendigkeit der Tripolis-Action dargelegt habe, spiele unter den hiefür aufgeführten Motiven die aus der Durchführung dieser Action resultierende Erstarkung des Dreibundes die erste Rolle. Auch mit Wien als Ort der Unterzeichnung und mit der proponierten Laufzeit des neuen Vertrages sei er einverstanden. Unter Betonung des Umstandes, dass seine Äusserungen vorläufig nur seinen ersten Eindruck widergeben und nicht definitiv seien, bemerkte Marchese di San Giuliano, daß ihm der jetzige Moment für die Vertragserneuerung nicht sehr opportun erscheine. Im October habe man annehmen können, dass der Krieg rasch beendet sein werde. Dies sei nun nicht der Fall. Zudem habe sich in der öffentlichen Meinung Italiens, wie ich ja selbst zu constatieren in der Lage gewesen sei, infolge der Haltung der österreichischen und der deutschen Presse sowie anderer Umstände eine gereizte Stimmung gegen die Alliierten entwickelt. Auf meinen Einwurf, dass gerade in den letzten Wochen hierin ein merklicher Wandel eingetreten sei, was ich einer dankenswerten Einwirkung der italienischen Regierung zuschriebe, entgegnete der Minister, daß dies zwar richtig, dieser Umschwung aber noch keineswegs vollständig und seine Dauer durchaus nicht verlässlich sei. Er habe sich eigentlich immer vorgestellt, dass man mit der Vertragserneuerung bis zum Ende des

Krieges zuwarten werde. Als ich auf den Vorschlag hinwies, die Erneuerung des Vertrages vorläufig geheim zu halten, meinte Marchese di San Giuliano, derartige Geheimhaltungen seien immer problematisch. Ein unbedingtes Vertrauen in die Sicherheit einer solchen Massregel habe er nicht. Auch sei in der Presse verschiedener Länder das Tema der Dreibund-Erneuerung in letzter Zeit schon tractiert worden. Wenn nun ein fremder Diplomat in dieser Beziehung eine Frage stelle, wäre es peinlich, entweder direct lügen zu müssen, welche Lüge bei der seinerzeitigen Bekanntmachung der Vertragserneuerung aufkäme, oder ausweichend zu antworten, was als eine Form der Bestätigung aufgefasst werden könnte. Zudem gehe die Tripolis-Action noch fort, und es könnten sich auch in Zukunft Situationen ergeben, in welchen wieder die Haltung der Alliierten auf die hiesige öffentliche Meinung in der einen oder anderen Richtung einen tiefen Eindruck machen könnte. Der richtige Augenblick für die Bekanntmachung werde also nicht leicht zu finden sein. Auf den Text des Zusatzprotokolles übergehend sagte Marchese di San Giuliano, dass ihm derselbe prima vista keinen günstigen Eindruck mache. Wenn Italien denselben unterschreibe, so könnte dies bei der vagen Auffassung des ersten Satzteiles so gedeutet werden, als ob es auch andere Eventualitäten als jene der Annexion der beiden Provinzen für möglich hielte. Dies sei aber, unter allen Umständen und was auch immer kommen möge, ausgeschloßen. Ich beschränkte mich meinerseits darauf zu bemerken, daß eine ausdrückliche Anerkennung der Annexion doch nicht möglich sei, man also offenbar zur Umgehung dieser Schwierigkeit eine alle Eventualitäten, also auch jene der Annexion, in sich schliessende Fassung habe wählen müssen. Meinen Instructionen gemäß habe ich mich enthalten, irgendwie zu insistieren oder zu drängen. Der Minister betonte schließlich nochmals, alle seine Ausführungen gäben nur seinen ersten Eindruck wieder. Er müsse nun die Sache erst gründlich prüfen, sich mit dem Ministerpräsidenten besprechen und dem Könige Vortrag erstatten. Dann werde er mir eine definitive Antwort geben. Herr von Jagow gegenüber hat der Minister, wie ich aus den Mitteilungen meines deutschen Collegen entnahm, sich ganz im gleichen Sinne ausgesprochen, nur den Wunsch, erst nach dem Ende des Krieges den Vertrag zu erneuern, vielleicht noch etwas klarer geäussert. Des früheren Protokolles hat Marchese di San Giuliano, wenigstens bisher, keine Erwähnung getan. Ich gestatte mir noch zu bemerken, dass der Eingang des Zusatzprotocolles sprachlich richtiger lauten sollte: „Au moment de procéder à la signature du présent traité les Soussignés déclarent (oder constatent) qu'il est entendu etc." Schliesslich erlaube ich mir, unvorgreiflicherweise zur Erwägung zu stellen, ob nicht die etwas holperige Redaction des Zusatzprotocolles durch die folgende ersetzt werden könnte: „qu'il est entendu que le status quo visé par les articles IX et X du présent traité (oder besser, um die Wiederholung zu vermeiden, de ce traité) serait en tant qu'il s'agit de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque l'état de choses fixé par le futur accord entre l'Italie et la Turquie et en ce qui concerne le Maroc la situation établie au sujet de ce pays entre les Puissances signataires de ce traité et la France." Mérey.

a) Vgl. n. 3160, 3165, 3209.

Nr. 3164. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 26. Dez. 1911 Nr. 90 A (eing. 31. Dez.)[a]) Ausfert.

Vertraulich. Der zwischen den Souveränen Montenegros und Serbiens bestehende und zu wiederholten Malen scharf zutage getretene Gegensatz scheint schliesslich auch auf die öffentliche Meinung der beiden Staaten übergegangen zu sein, und findet in der Presse lebhaften Ausdruck. Diesem Antagonismus, der seit der letzten Malissorenbewegung an Intensität noch gewonnen, hat die bei uns aufgenommene $3^1/_2$ Millionenanleihe und jüngst die Wahl des Metropoliten von Prizrend, Dožić, eines gebürtigen Montenegriners und Verwandten des gegenwärtigen Justizministers, neue Nahrung zugeführt. Herr Gregović, mit dem ich kürzlich ein politisches Gespräch führte, brachte die Rede auch auf diese Wahl und meinte, die Aufregung in der serbischen Presse darüber kenne keine Grenzen; man gehe soweit, Dožić als direkten Kandidaten Österreich-Ungarns für die genannte Metropolie zu bezeichnen. Dabei übersähen die Belgrader Blätter, dass die Antecedentien des unterlegenen Gegenkandidaten der serbischen Regierung, Radenković's, eines gewesenen Komitadžis, den die Propaganda überredet hatte, sich vor kurzem als Mönch einkleiden zu lassen, solche waren, dass auch ein weniger ernst zu nehmender Gegner, als es der allgemein geachtete Dr. Theol. Dožić sei, den Sieg hätte davon tragen müssen. Weinzetl.

[a]) Vgl. n. 3151 Anm. f, 3247.

Nr. 3165. Privatschreiben aus Rom, 26. Dez. 1911 (eing. 28. Dez.).[a]) Ausfert.

Geheim. Der Courier hat mir das Privatschreiben Euerer Excellenz vom 19. l. M. gebracht, mit welchem ich beauftragt werde, dem Minister des Äussern und dem Ministerpräsidenten gegenüber gewisse allgemeine Betrachtungen über den Wert und die Pflege des Dreibund-Verhältnisses sowie über die Situation der Monarchie gegenüber der Tripolis-Action darzulegen. Ich werde die nächste Gelegenheit benützen, um dem Marchese di San Giuliano und Herrn Giolitti in dem anbefohlenen Sinne ins Gewissen zu reden. Die Weihnachtswoche schien mir hiezu wenig geeignet. Wie die Entscheidung der italienischen Regierung in der Frage der Erneuerung des Dreibundes ausfallen wird, lässt sich augenblicklich noch nicht absehen. Der Minister des Äussern war sowohl von der Wahl des Momentes wie von der Redaction des Zusatzprotocolles sichtlich ungünstig impressioniert. Möglicherweise setzen sich der König und der Ministerpräsident über seine Scrupel hinweg und sprechen ein Machtwort. Für wahrscheinlicher hielte ich, dass man hier trachten wird, zu temporisieren. Immerhin ist seit etwa vierzehn Tagen in der hiesigen Presse der deutliche Versuch der Regierung bemerkbar, die Stimmung zu unseren Gunsten zu beßern und die Vorteile des Dreibundes herauszustreichen. Diese Action hat so plötzlich, so nachdrücklich und — vorläufig — so erfolgreich eingesetzt, dass, was eher inopportun ist, die Blätter der äussersten Opposition, wie z. B. die republikanische „Ragione", schon stutzig werden und sich dahin äussern, die Erneuerung des Dreibundes sei bereits im Zuge. Auch in ausländischen Zeitungen sind

solche Stimmen laut geworden, und das mag dazu beitragen, dass die hiesige Regierung Bedenken gegen den Vertragsabschluß im jetzigen Momente sowie bezüglich der Geheimhaltung hegt. Wie immer aber auch die Entscheidung der italienischen Regierung ausfällt, einen kurzen Aufschub wird meines Erachtens schon der bevorstehende Besuch des deutschen Staatssecretärs in Rom nötig machen. Dieser Besuch wird nämlich voraussichtlich von einem Teile der Öffentlichkeit als mit der Erneuerung des Dreibundes im Zusammenhang stehend aufgefasst werden und die hiesige Regierung wird daher vermutlich Wert darauf legen, wenigstens dies de bonne foi dementieren zu können. Der italienischen Mentalität würde es schliesslich auch entsprechen, von einem Aufschube der Unterzeichnung die Hoffnung abzuleiten, dass wir und Deutschland in den weiteren Phasen des Krieges und beim Friedensschluße Italien in guter Stimmung erhalten wollen werden. Der Besuch Herrn von Kiderlens soll in der ersten Hälfte des nächsten Monates, etwa um den 10. Jänner erfolgen. Daß ein Minister des Äussern während eines Krieges der einen kriegführenden Macht einen officiellen Besuch abstattet, ist ein so ungewöhnlicher Vorgang und müsste in dem vorliegenden Falle in Constantinopel einen so nachtheiligen Eindruck hervorrufen, dass man versucht ist, sich zu fragen, ob nicht der Besuch, im Einverständnisse mit der Türkei, der Anbahnung von Friedensverhandlungen gilt. Näheres hierüber könnte vielleicht in Berlin und Constantinopel in Erfahrung gebracht werden. Mérey.

a) Vgl. n. 3163, 3180, 3248, 3384.

Tel. nach Berlin, 27. Dez. 1911 Nr. 180 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 3167.

Nr. **3166.** *Erlaß nach Berlin, 27. Dez. 1911 Nr. 3377.*[a] *Konz. (S. Rappaport; V. Nemes; G. Müller).*

Vertraulich. Mit Bezug auf das Telegramm vom 24. d. Nr. 258[b] ersuche ich Euer Exzellenz, dem Herrn Unterstaatssecretär im Auswärtigen Amte folgende vertrauliche Aufklärungen über die Gründe zu geben, welche mir vorläufig dagegen zu sprechen schienen, die deutscherseits angeregte Demarche in Cetinje mitzumachen. Sobald der hiesige ottomanische Botschafter in ganz analoger Weise, wie dies in Berlin geschah, meine Aufmerksamkeit auf die ungewöhnliche Form gelenkt hatte, in welcher König Nikolaus dem türkischen Gesandten in Cetinje seinen Grenzregulirungsvorschlag vorbrachte und in der die Pforte eine versteckte Drohung erblickte, hatte ich den k. u. k. Geschäftsträger am königlich montenegrinischen Hofe zur Berichterstattung aufgefordert. Generalkonsul Weinzetl hat nun, wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 178 vom 22. d. M. bekannt, die Ansicht ausgesprochen, daß dem Schritte des Königs keine andre Absicht als jene einer Abhilfe gegen die Übelstände der heutigen Grenzbestimmung zugrunde gelegen sei. Auf Grund dieser Sachlage wäre es naheliegend gewesen, bei der Pforte auf die Annahme der Proposition König Nikolaus' nachdrücklich hinzuwirken, was meinerseits bloß aus dem Grunde unterblieb, weil das türkischerseits als Kompensationsobjekt in Betracht kommende

Gebiet von Rzanica von Albanesen bewohnt ist, und dessen Zession sohin in Albanien die Gemüther erregen könnte, was weder im Interesse der Türkei gelegen, noch von unserem Gesichtspunkte erwünscht sein kann. Ich habe mich daher darauf beschränkt, die beruhigende Meldung Herrn Weinzetls ohne längeren Kommentar zur Kenntnis der Pforte bringen zu lassen. Von einer weitergehenden Demarche in Cetinje habe ich aber absehen zu sollen geglaubt, da das Telegramm des dortigen k. u. k. Geschäftsträgers die von mir bereits zu Mavroyeni Bey geäußerte Ansicht bestätigt, daß der von König Nikolaus dem türkischen Gesandten gegenüber angeschlagene Ton nicht zu ernst zu nehmen sei. Sollte trotzdem die Beunruhigung in Constantinopel anhalten, so wäre die k. u. k. Regierung wie jederzeit bereit, den türkischen Wünschen im weitgehendsten Maße entgegenzukommen. Übrigens beweist unser kürzliches Verhalten in der Meerengenfrage, daß wir in der Betätigung unseres Wohlwollens für die Türkei auch hinter Deutschland nicht zurückbleiben. Unsrer Auffassung nach liegt der Schlüssel zu der heutigen Situation an der türkisch-montenegrinischen Grenze in Konstantinopel, nachdem die Entwicklung dieser Frage in erster Linie davon abhängt, ob die Pforte bereit ist, den Albanesen gegenüber eine der heutigen Lage angemessene versöhnliche Politik zu befolgen und die nach dem heurigen Malissorenaufstande gemachten Zugeständnisse und Versprechungen in loyaler Weise einzuhalten. Sollte im Laufe der weitern Entwicklung Montenegro ein inkorrektes Verhalten bekunden, werde ich gerne bereit sein, dasselbe zum Gegenstande einer Demarche in Cetinje zu machen und würde es mich mit besonderer Genugthuung erfüllen, wenn ich hiebei gemeinsam mit dem Berliner Kabinete vorgehen könnte.

[a]) Vgl. n. 3176. — [b]) Amtsvermerk: recte 256. Vgl. n. 3162.

Nr. 3167. Tel. nach Paris Nr. 98 (1) und Berlin Nr. 180 (2), 27. Dez. 1911 (chiffr. 7 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).

1. Telegramm Nr. 108[b]) erhalten. Unsere formelle Adhäsion zum deutsch-französischen Marocco-Abkommen wünsche ich morgen den 28. in Paris und in Berlin bekanntzugeben. Ich ersuche Euer Exzellenz demnach, der französischen Regierung morgen eine Note mit folgendem Wortlaut zu übergeben: „Le Gouvernement Impérial et Royal, heureux de donner son adhésion à la Convention sur les affaires du Maroc, signée le 4 Novembre dr. entre la France et l'Allemagne, se plait à constater que par cette convention les principes de la liberté commerciale et de l'égalité économique des ressortissants des différentes Puissances ont été nouvellement consacrés et que par conséquent les droits découlant pour l'Autriche-Hongrie de son traité de commerce avec le Maroc du 19 Mars 1830 et de l'Acte d'Algésiras lui restent intégralement assurés. Le Gouvernement Impérial et Royal déclare dès maintenant qu'au jour où le nouveau régime judiciaire prévu par l'article 9 de la Convention et destiné à remplacer, après entente avec les Puissances intéressées, les tribunaux consulaires entrera en vigueur, il consentira à ce que les tribunaux consulaires austro-hongrois au Maroc

soient supprimés en même temps que ceux des autres Puissances." Die in Berlin abzugebende Erklärung wird sich darauf beschränken, einfach unsere Zustimmung zu jenem Abkommen auszusprechen. Den Vollzug dieses Auftrages wollen Euer Exzellenz telegrafisch einberichten.

2. Unsere formelle Adhäsion zum deutsch-französischen Marocco-Abkommen wünsche ich morgen, den 28. d. M., in Berlin und Paris bekanntzugeben. Ich ersuche Euer Exzellenz demnach, der kaiserlich deutschen Regierung eine Note mit folgendem Wortlaute zu übergeben: „Die k. u. k. Regierung erteilt dem am 4. November d. J. zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossenen Abkommen über die maroccanischen Angelegenheiten ihre Zustimmung." Gleichzeitig wollen Euer Exzellenz dem Herrn Staatssecretär den Text unserer in Paris zur selben Zeit abgegebenen Adhäsionserklärung vertraulich mitteilen, welche den nachstehenden Wortlaut hat: (Inseratur ex Telegramm nach Paris Nr. 98 von „Le Gouvernement Impérial et Royal, heureux" bis „autres Puissances.") Bei dieser Gelegenheit wollen Euer Exzellenz dem Herrn Staatssecretär mündlich unseren Wunsch zu erkennen geben, daß uns an den maroccanischen financiellen Unternehmungen, also insbesondere an staatlichen oder andern Anlehen zu öffentlichen Zwecken eine größere Beteiligung angeboten werde, als dies bisher der Fall war. Ferner wollen sich Euer Exzellenz erkundigen, ob der „Société des travaux publics", welche ein deutsch-französisches Unternehmen ist, an dem wir mit 4% beteiligt sind, in den stattgehabten Besprechungen irgendeine präferente Stellung gegenüber andern Unternehmungen eingeräumt worden ist. Über den Vollzug dieses Auftrages wollen Euer Exzellenz telegrafisch berichten.

Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3050, 3080, 3147, 3168, 3404. — [b]) Vom 24. Dez. 1911 betreffend eine österr. Anleihe in Paris. Die Frage einer österr. Anleihe taucht zum erstenmal in n. 2885 auf.

Nr. 3168. Tel. aus Berlin, 28. Dez. 1911 Nr. 258 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 180 von gestern. Unsere formelle Adhäsion zum deutsch-französischen Marokkoabkommen habe ich heute Unterstaatssekretär bekanntgegeben und ihm die betreffende Note überreicht. Bei diesem Anlasse habe ich Herrn Zimmermann mündlich die im obzitierten Telegramme aufgetragenen Wünsche und Anfragen mitgeteilt. Unterstaatssekretär versprach, mir spätestens morgen eine Antwort zukommen zu lassen.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3170, 3174.

Nr. 3169. Tel. aus Berlin, 28. Dez. 1911 Nr. 259 (eing. 29. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

In der Kölnischen Zeitung vom 24. dieses Monats und im gestrigen Abendblatt des Berliner Localanzeigers sind zwei offiziöse Communiqués erschienen, in welchen gegen die von dem Neuen Wiener Journal „gegen den Dreibund inscenierte Preßintrigue", welche vom Echo de Paris unter-

stützt wurde, Stellung genommen wird. In diesen Communiqués wird des seinerzeitigen Wiener Briefes der Kölnischen Zeitung und der Auslassungen der hiesigen Post keine Erwähnung getan. Zum Schlusse des Entrefilets im Localanzeiger wird erklärt, dass die deutschen Staatsmänner und Diplomaten sich in den Fragen der Dreibundpolitik in Übereinstimmung mit dem hervorragenden Staatsmann befinden, der in der Person des Grafen Aehrenthal diese Politik für Österreich-Ungarn vertritt.

Streng vertraulich. Staatssekretär befindet sich auf Urlaub und wird erst Mitte Jänner hieher zurückkehren. Reichskanzler ist ebenfalls abwesend und soll erst zur Neujahrscour wieder in Berlin eintreffen. Da, wie mir Unterstaatssekretär auch heute wiederholte, Reichskanzler Kaiser Wilhelm über das Verhältnis des deutschen Botschafters in Wien zu Euer Exzellenz einen eingehenden Vortrag halten will, beabsichtige ich, bei nächster Gelegenheit, die sich wohl am Neujahrstage ergeben dürfte, ohne mich auf einen Auftrag zu berufen, den Reichskanzler auf die Folgen des weiteren Belassens Herrn von Tschirschkys auf seinem jetzigen Posten aufmerksam zu machen. Unterstaatssekretär sagte mir heute, dass der Reichskanzler daran denke, Herrn von Tschirschky durch Baron Marschall zu ersetzen, doch sei Herr von Bethmann Hollweg, so fügte er streng vertraulich hinzu, in seinen Entschliessungen manchmal recht wankelmütig. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3161, 3177, 3178.

Nr. 3170. Tel. aus Berlin, 28. Dez. 1911 Nr. 261 (eing. 29. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 258 von heute. Unterstaatssekretär lässt mich ersuchen, Euer Exzellenz zu melden, dass an den marokkanischen finanziellen Unternehmungen, also insbesondere staatlichen oder anderen Anlehen zu öffentlichen Zwecken, eine grössere Beteiligung für Österreich-Ungarn, als dies bisher der Fall war, nur von der französischen Regierung erteilt werden könne, doch glaube er, dass dies nicht zu erreichen sein werde, da in dem deutsch-französischen Abkommen vom 4. v. M. die vollständige Parität aller Signatarmächte der Algecirasakte stipuliert worden ist. Der Société des travaux publics, welche übrigens kein rein deutsch-französisches Unternehmen sei, da an demselben auch England, Spanien und die Schweiz partizipieren, sei in dem Abkommen eine präferente Stellung in keiner Weise eingeräumt worden. Den Text unserer in Paris abgegebenen Adhäsionserklärung habe ich Unterstaatssekretär vertraulich mitgeteilt.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3174, 3203.

Nr. 3171. Bericht aus Konstantinopel, 28. Dez. 1911 Nr. 71 A (eing. 31. Dez.).[a]) Ausfert.

Der Versuch der russischen Regierung, den türkisch-italienischen Konflikt für die Lösung der Meerengenfrage im russischen Sinne auszunützen, ist vorläufig mißglückt. Bei dieser Gelegenheit ist wieder einmal die bekannte Verlogenheit der russischen Diplomatie besonders deutlich

zutage getreten. Herr Tscharykow hat ohne Zweifel mit Wissen, sogar im Auftrage seiner Regierung beim türkischen Minister des Äußern in der Meerengenfrage Schritte gemacht und ihm einen schriftlich abgefaßten Entwurf eines Vertrages übergeben. Dies ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, die heute in den Kreisen der europäischen Diplomatie allgemein bekannt ist. Herr Sasonow kommt nun nach einer dreivierteljährigen Abwesenheit von Petersburg, während welcher er den Geschäften fast völlig fernstand, nach Paris und erklärt urbi et orbi die russische Regierung hätte sich überhaupt mit dieser Angelegenheit in der letzten Zeit nicht beschäftigt. Herr Tscharykow habe bloß hierüber ein Gespräch mit dem Großvezier gepflogen. In ebenso dreister Weise leugnet Herr Kokowzew in Petersburg alles ab, was in den letzten Wochen bezüglich der Meerengenfrage geschehen ist. Man vergißt hiebei, daß nicht bloß Herr Tscharykow in Konstantinopel, sondern auch Herr von Giers in Wien und Graf Benckendorff in London von dieser Frage gesprochen hatten. Wie Euer Exzellenz bekannt, hat nunmehr Herr Tscharykow bei der Pforte erklärt, er hätte den Auftrag, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen. Er ist aber kürzlich doch wieder auf die Sache zurückgekommen. Es scheint also, daß es sich bloß um ein zeitweiliges Zurückstellen dieser Frage handelt und daß die russische Regierung bald wieder auf dieselbe zurückkommen dürfte. Herrn Tscharykow ist der Standpunkt, den die türkische Regierung in der Meerengenfrage einnimmt, selbstverständlich genügend bekannt, er möchte sie aber zu einer ausdrücklichen Erklärung drängen, damit sie offen Farbe bekenne. Der russische Botschafter weiß, daß mehrere einflußreiche Mitglieder der Komiteepartei den russischen Standpunkt in der Meerengenfrage zu unterstützen bereit wären. Einige von diesen Politikern stehen Said Pascha nahe. Herr Tscharykow dürfte also darauf rechnen, daß es ihm gelingen könnte, doch noch eine nicht ganz ungünstige Antwort von der Pforte zu erlangen, die dann im gegebenen Momente verwertet werden könnte. Was der eigentliche Grund der Zurückziehung der russischen Demarche gewesen sein mag, läßt sich von hier aus nicht mit Sicherheit beurteilen. Soweit man in türkischen Kreisen über die Haltung des Londoner Kabinetts in der Frage unterrichtet ist, glaubt man, daß dasselbe sich diesmal nicht offen in der Frage ausgesprochen hat. Die türkischen Staatsmänner sind daher nicht geneigt, anzunehmen, daß der russische Rückzug infolge der Haltung des Londoner Kabinetts erfolgt ist, man glaubt vielmehr, daß derselbe auf die entschieden ablehnende Stellungnahme der Pforte zurückzuführen sei. Hiebei wird dankend anerkannt, daß man in dieser Angelegenheit beim Wiener Kabinett eine Stütze fand, welche der Pforte diese entschiedene Stellungnahme bedeutend erleichtert hat. Meiner unmaßgeblichen Meinung nach dürfte der wahre Grund, warum sich die russische Regierung entschlossen hat, die Meerengenfrage vorläufig von der Tagesordnung abzunehmen, darin zu suchen sein, daß die persische Frage plötzlich in ein akutes Stadium getreten ist und daß daher das Petersburger Kabinett vorziehen mußte, die Meerengenfrage vorläufig zurückzustellen.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 3148 Anm. b, 3173, 3190.

Nr. 3172. Privatschreiben aus Konstantinopel, 28. Dez. 1911 Nr. 1 (eing. 31 Dez.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. In dem streng vertraulichen Privatschreiben vom 21. d. M. beauftragen mich Euere Excellenz meine Anschauungen darüber einzuberichten, in welcher Weise der Gedanke einer Entente mit der Türkei verwirklicht werden könnte. Ich möchte mir vor Allem erlauben, meine Ansicht darüber auszusprechen, wie der Gedanke der Entente mit den Centralmächten und Rumänien bei den türkischen Staatsmännern herangereift ist, weil dies zur Beurtheilung dieser Frage im Allgemeinen nützlich erscheint. Wie Euerer Excellenz bekannt, hat Said Pascha in seinem Regierungsprogramm den Punkt aufgenommen, dass sich die Türkei an eine der bestehenden Mächtegruppen anschliessen müsse. Damals dachte Alles an England und daher an einen Anschluss an die Ententemächte. Sehr bald kam man aber zu der Überzeugung, dass man auf jener Seite doch nicht das erhoffte Entgegenkommen, namentlich in Beziehung auf den Conflict mit Italien finden werde. So flaute der ursprüngliche Enthusiasmus für England sichtlich ab. Als nun Russland die Meerengenfrage aufs Tapet brachte und man hier zur Überzeugung kam, dass England und Frankreich gegenüber den russischen Wünschen in dieser Beziehung nicht mehr den früheren ablehnenden Standpunkt einnehmen dürften,[1]) machte man den Versuch, sich den Centralmächten, in erster Linie aber uns zu nähern. Eine solche Politik entsprach auch vollkommen den persönlichen Ansichten des gegenwärtigen Leiters der Auswärtigen Angelegenheiten dieses Reiches. Unsere freundschaftliche Haltung in der Meerengenfrage hat nun die türkischen Staatsmänner zu der Überzeugung gebracht, dass ein engerer Anschluss, in erster Linie an Österreich-Ungarn, die Situation vielleicht noch retten könnte. Man dachte hiebei anfangs an einen Anschluss an die Centralmächte und Rumänien. Erst in einer späteren Phase des Meerengen-Intermezzos scheint bei Assim Bey der Gedanke aufgetaucht zu sein, auch Bulgarien in die eventuelle Entente einzubeziehen. Dieser Gedanke ist aber, glaube ich, nur ein ganz vager geblieben und scheint überhaupt nur deshalb dem Minister gekommen zu sein, um den Tscharykowschen Plan eines Balkanbundes zu paralysieren. Ich stimme vollkommen mit Euerer Excellenz darin überein, dass der Gedanke eines Balkanbundes[b]) unter was immer für einer Form, sei es nun unter russischer oder einer anderen Ägide, eine Utopie ist. Meiner Ansicht nach sollte man also Bulgarien ganz aus dem Spiele lassen, denn eine Entente mit der Türkei ist nur auf Basis der Erhaltung des Status quo denkbar. Diese Basis aber bedingt das Aufgeben aller politischen Träume Bulgariens und der übrigen Balkanländer. An ein solches Aufgeben könnte jedoch erst dann gedacht werden, wenn sich die Türkei engiltig consolidieren und so stark werden würde, dass die kleinen Staaten auf alle Hoffnungen einer Vergrösserung auf Kosten der Türkei Verzicht leisten müssten. Hievon sind wir aber noch weit entfernt. Es könnte sich also, glaube ich, wenn überhaupt eine Entente möglich ist, nur um eine solche zwischen der Türkei einerseits und den Centralmächten und Rumänien andrerseits handeln. Der hauptsächlichste Zweck einer solchen Combination würde meines Erachtens darin zu suchen sein, zu

verhindern, dass sich die Türkei, in die Arme Russlands werfe; eine Eventualität, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen keineswegs als ausgeschlossen betrachtet werden darf. Um diesen Zweck zu erreichen, ist es aber nothwendig, der Türkei ihren Besitzstand in Europa in irgend einer Form zu sichern. Ich meine nicht eine ausdrückliche Garantie, auch nicht ein Versprechen, ihr im Falle eines Angriffs militärisch beizustehen, sondern bloss eine vage Zusicherung, etwa in der Form „que nos prêterions à la Turquie notre appui", falls ihr Besitzstand von irgend einer dritten Seite bedroht werden sollte. Eine thatsächliche Garantie zu übernehmen, schiene mir nicht rathsam, aber ein Versprechen, dass wir an dem Principe der Erhaltung des Status quo in irgend einer deutlicheren Form als dies ohnehin schon der Fall ist, festhalten werden, wäre für uns meiner Ansicht nach nicht besonders onerös. Es wäre dies bloss die Bekräftigung einer Politik, die wir ohnedies auf unsere Fahne geschrieben haben. Ein Übereinkommen, welchem dieser Gedanken zu Grunde läge, könnte meines Erachtens der Form nach ein zu veröffentlichendes oder, was vielleicht in mancher Beziehung vorzuziehen wäre, ein geheimes sein. In letzterer Hinsicht theile ich nicht die Bedenken König Carols. Erstens glaube ich, dass die Geheimhaltung auf türkischer Seite nicht absolut unmöglich wäre und zweitens, würde auch ein schliessliches Bekanntwerden eines Übereinkommens, wie es mir vorschwebt, keine Gefahren nach sich ziehen.*1)* Die Frage ist nur die, ob wir es thatsächlich in unserem Interesse gelegen finden, den Status Quo auf der Balkanhalbinsel auf absehbare Zeit aufrechtzuerhalten. Wenn dies der Fall ist, so müssten wir ja ohnehin gegen diejenigen in irgend einer Weise vorgehen, die sich anschicken würden, diesen Status Quo zu stören. Wenn wir jedoch für die Zukunft vom Standpunkte unserer eigenen Interessen eine andere Entwicklung der Dinge auf der Balkan-Halbinsel herbeiwünschen sollten, so könnte natürlich der Gedanke einer Entente mit der Türkei nur insoferne in Betracht kommen, als es uns in diesem Augenblicke passt, die türkischen Staatsmänner bei ihren gegenwärtigen guten Dispositionen uns gegenüber zu erhalten. In dem eingangs erwähnten hohen Privatschreiben machen Euere Excellenz unter Anderem die Bemerkung, dass die Realisierung der Entente-Idee, die günstige Position, die wir jetzt auf der Balkan-Halbinsel einnehmen, vielleicht beeinflussen könnte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass eine Entente mit der Türkei, welche den Zweck verfolgt, den Status Quo zu erhalten, unser Verhältniss zu Bulgarien und Montenegro beeinträchtigen würde. Man muss aber, glaube ich, auch die Eventualität ins Auge fassen, dass sich die Türkei einer anderen Macht anschliessen könnte. Wenn nun dieser Fall eintreten und zum Beispiel thatsächlich Russland der Herr am Bosporus werden sollte, so würden nicht allein unsere guten Beziehungen zu Bulgarien und Montenegro, sondern sogar jene zu Rumänien in Frage gestellt werden.*1)* Euere Excellenz bemerken ferner, dass eine Entente-Politik mit der Türkei eine unangenehme Rückwirkung auf die südslavischen Elemente der Monarchie ausüben würde. Hierüber kann, glaube ich, kein Zweifel bestehen, es scheint mir aber, dass auch hier die Frage so gestellt werden muss, ob die möglichst lange Erhaltung der Türkei ein Interesse der Gesamtmonarchie

bilde oder nicht. Allerdings hängt diese Frage auch davon ab, ob wir an die Möglichkeit der Erhaltung der Türkei glauben können. In diesem Augenblicke, wo dieses Reich in Folge des Krieges mit Italien sich im Zustande einer acuten Krise befindet, ist es schwer, auf letztere Frage eine Antwort zu geben. Heute ist eine pessimistische Auffassung der Lage eher angezeigt, so dass der Moment für eine definitive Stellungnahme in der Entente-Frage überhaupt als kein günstiger bezeichnet werden kann. Man muss jedenfalls abwarten, wie sich die Dinge entwickeln werden. Sollte die Türkei die gegenwärtige schwere Krise überstehen, so könnte mit Recht auf eine Consolidierung dieses Reiches gerechnet werden. Aber vielleicht sind die gegenwärtigen äusseren Verwicklungen der Ausgangspunkt von neuerlichen inneren Zerwürfnissen, deren Folgen heute nicht abzusehen wären. Vorläufig kann also bloss der von Euerer Excellenz ins Auge gefasste Weg eingeschlagen werden, den Faden fortzuspinnen. Für den Fall jedoch, dass sich die Dinge so gestalten sollten, dass man der Entente-Idee thatsächlich näher treten könnte, würde ich folgendes vorschlagen: Die ins Auge gefasste Entente wäre vorerst etwa in Form eines Protokolles zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei allein abzuschliessen, hiebei könnten eventuell einige uns besonders interessierende Fragen, namentlich Eisenbahnfragen, so wie dies Herr Tscharykow in seinem bekannten Vertragsentwurf thun wollte, in das Übereinkommen aufgenommen werden. Deutschland und Rumänien, eventuell auch Italien[1]) könnten sodann dem politischen Theile der Entente, deren Zweck die Erhaltung des Status quo wäre, beitreten. Als Zeitdauer unseres eventuellen Übereinkommens mit der Türkei würde ich mir etwa fünf Jahre denken. Diese kurze Dauer könnte der Türkei gegenüber damit motiviert werden, dass dieselbe in fünf Jahren genügend stark sein werde, um keiner fremden Hilfe mehr zu bedürfen. Assim Bey sagte mir kürzlich, Euere Excellenz hätten ihm durch Mavrogeni Bey sagen lassen, er möge seine Ideen bezüglich der geplanten Entente näher entwickeln, und ihm hierüber eine Mittheilung zukommen lassen. Es wäre daher, glaube ich, vorläufig abzuwarten, in welcher Weise Assim Bey auf die Anregung Euerer Excellenz reagieren wird. Pallavicini.

[1]) ?

[a]) Vgl. n. 3190 Anm. d, 3207, 3317. — [b]) Vgl. n. 3151 Anm. e, 3194.

Nr. 3173. Privatschreiben aus Konstantinopel, 28. Dez. 1911 Nr. 2 (eing. 31. Dez.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Die Meinungsverschiedenheit, die sich zwischen Baron Marschall und seiner Regierung in Bezug auf die Meerengenfrage ergeben hat, kann nunmehr als beigelegt betrachtet werden. Wie mir mein deutscher College vertraulich mitteilt, erhielt er vor einigen Tagen ein sehr freundliches Schreiben des Reichskanzlers, in welchem Herr von Bethmann Hollweg den Baron Marschall versichert, dass die deutsche Regierung, was ihre Beziehungen zu Österreich-Ungarn sowie zu der Türkei anbelangt, an ihren bisherigen Grundsätzen festhält, nur die Methode der Behandlung der Angelegenheiten könne hie und da eine andere sein. Am Schlusse dieses seines Schreibens dankt der Reichskanzler Baron Marschall dafür, dass er

seine Demission, welche übrigens Herr von Bethmann Seiner Majestät dem Kaiser gar nicht unterbreitet hatte, zurückgezogen hat. Auf die Frage, welche den eigentlichen Anlass zu der bekannten Divergenz gegeben hatte, nämlich ob und welche Erklärungen der ottomanischen Regierung in der Meerengenfrage seitens der deutschen Regierung zu geben seien, gieng der Reichskanzler in seinem Schreiben nicht näher ein, so dass Baron Marschall dieses Stillschweigen als eine Zustimmung zu der von ihm mehr weniger auf eigene Faust abgegebenen Erklärung auffasst. Mein deutscher College geht also als Sieger aus dem Kampfe hervor, da er das, was er wollte, nämlich der Pforte eine mit der unseren identische Erklärung abzugeben, thatsächlich erreicht hat. Die von Herrn von Kiderlen dem Grafen Szögyény in der Angelegenheit gemachte Mittheilung scheint mir mit den Thatsachen nicht ganz im Einklang zu stehen. Herr von Kiderlen sagte nämlich: „Der deutsche Botschafter habe hier zwar angefragt, ob er die von Markgrafen Pallavicini abgegebene Erklärung unterstützen dürfe, doch hätte er aus den früher an ihn ergangenen Instruktionen ersehen können, dass er hiezu berechtigt wäre.“*b)* Meines Wissens hat Baron Marschall nicht angefragt, ob er meine Erklärung unterstützen könne, sondern ausdrücklich verlangt, eine gleichlautende abgeben zu dürfen. Was aber die an ihn ergangenen Instruktionen anbelangt, kann keineswegs behauptet werden, dass aus denselben klar hervorgeht, er wäre zu der Abgabe einer mit der meinen gleichlautenden Erklärung berechtigt gewesen. Baron Marschall hat dies aber dennoch gethan, indem er in jene Instructionen Etwas hinein interpretierte, was thatsächlich nicht darin stand. Er konnte dies namentlich deshalb thun, weil er erfahren hatte, dass Seine Majestät der Deutsche Kaiser auf den Bericht, in welchem er die Nothwendigkeit auseinandersetzte, in der so wichtigen Meerengenfrage Hand in Hand mit Österreich-Ungarn vorzugehen und in welchem er darauf hinwies, dass ein russischer Sieg in dieser Frage die Stellung Deutschlands in der Türkei untergraben müsste, die Randbemerkung „vorzüglich“ geschrieben hatte. In dem Bewusstsein also, dass sein Allerhöchster Herr mit ihm in dieser Frage eines Sinnes ist, hat sich Baron Marschall eigentlich zu Herrn von Kiderlen in Gegensatz gestellt. Letzterer hat bekanntlich von Anfang an den Standpunkt eingenommen, die deutsche Regierung müsse, ohne vorerst im Gegenstande Stellung zu nehmen, es der Türkei und Russland überlassen, sich in der Meerengenfrage zu einigen. Die Erklärung jedoch, die Baron Marschall abgegeben hat, deckt sich mit der Auffassung Herrn von Kiderlens durchaus nicht, da es in der ersteren heisst, „die deutsche Regierung halte an dem jetzigen Rechtszustand solange fest, bis nicht etc.,“ dies involviert aber eine thatsächliche Stellungnahme zu der Frage. Aus dem Verlaufe dieser interessanten Episode scheint hervorzugehen, dass der deutsche Staatssecretär sich in der Meerengenfrage gegenüber Russland stark engagiert hat; dies ist auch die Auffassung meines deutschen Collegen. Letzterer hat sich bei dieser Gelegenheit als ein aufrichtiger Anhänger des zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland bestehenden innigen Verhältnisses erwiesen. Er stand während der für ihn so wichtigen Krise in steter Fühlung mit mir und gab mir, wie Euerer Exzellenz bekannt, Einsicht in die zwischen

ihm und dem Auswärtigen Amte diesfalls geführten Correspondenzen. Ich konnte mich bisher überzeugen, dass Baron Marschall von dem Gedanken durchdrungen ist, Deutschlands Machtstellung in Europa hienge wesentlich von seinem Verhältnis zu Österreich-Ungarn ab. In seinen Berichten hebt dies Baron Marschall wiederholt hervor, indem er darauf hinweist, wie nothwendig es sei, dass gerade in diesen schwierigen Augenblicken die Centralmächte in einer so wichtigen Frage, wie die der Meerengen vollkommen einig auftreten. Diese seine Überzeugung war ohne Zweifel für Baron Marschall das hauptsächlichste Motiv seines Vorgehens im vorliegenden Falle; allerdings kann aber nicht geleugnet werden, dass auch andere Beweggründe für ihn hiebei massgebend waren. Er konnte nicht leicht zugeben, dass er der türkischen Regierung gegenüber in eine minder günstige Stellung komme, als ich. Schon die Thatsache, dass sich Assim Bey in der Meerengenfrage zuerst an mich gewendet hatte, machte auf ihn einen peinlichen Eindruck, da er ja bisher gewohnt war, hier in allen Fragen die erste Rolle zu spielen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3171, 3233. — b) Vgl. n. 3100.

Nr. 3174. Tel. aus Paris, 28. Dez. 1911 Nr. 111 (eing. 7 U. 55 M. p. m.).a) Entziff.

In Befolgung der telegrafischen Weisung Euer Exzellenz von gestern No. 89b) habe ich darin anbefohlene Note heute an Herrn de Selves gerichtet. Szécsen.

a) Vgl. n. 3168, 3170, 3196. — b) Amtsvermerk: recte 98.

Erlaß nach Belgrad, 29. Dez. 1911 Nr. 3412. Siehe n. 3175.

Nr. 3175. Erlaß nach Berlin, Nr. 3411 (1) und Belgrad Nr. 3412 (2), 29. Dez. 1911.a) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Müller).

1. und 2. Wie ich aus verläßlicher Quelle vernehme, soll Herr Milovanović nach dem Besuche König Peters in Paris eine vertrauliche Zirkulardepesche an die serbischen Missionen gerichtet haben, worin dieser Besuch als ein großer Erfolg der serbischen Politik dargestellt wird. Der König habe in Paris alle Sympathien für sich gewonnen und sei dort nicht nur als Beherrscher Serbiens, sondern als König aller Serben gefeiert worden; die französische Regierung sei zur Überzeugung gelangt, daß Serbien am Balkan ein Machtfaktor sei und daß die serbische Armee im Falle eines europäischen Krieges einen sehr großen Teil unserer Streitkräfte im Schach halten könnte.

1. Ich ersuche Euer Exzellenz, hievon dem Herrn Staatssekretär gelegentlich Mitteilung zu machen und anzufragen, ob der deutschen Regierung analoge Informationen zugekommen sind.

2. Euer Hochwohlgeboren wollen sich an der Hand der vorstehenden streng vertraulichen Mitteilungen bemühen, über das erwähnte serbische Zirkular und dessen Inhalt Näheres zu erfahren.

Indem ich Ihrer einschlägigen Berichterstattung entgegensehe, erneuere ich etc.

a) Vgl. n. 2674.

Nr. 3176. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 29. Dez. 1911 Nr. 91 (eing. 1. Jan. 1912).[a]) Ausfert.

Geheim. König Nikolaus liess mich vorgestern, als ich im Begriffe war, das Palais zu passieren, durch den Prinzen Peter zu sich bescheiden. ... *Automobilisierung des Lastenverkehrs* ... Ganz unvermittelt führte nun Höchstderselbe das Gespräch auf das politische Gebiet, indem Er plötzlich die Frage an mich richtete: „Wann wird Österreich-Ungarn den Sandžak von Novipazar besetzen?" Ohne eine Antwort zu erwarten, fuhr Seine Majestät fort: „Der gegenwärtige Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Sie müssen demselben durch den Einmarsch in den Sandžak ein Ende machen und fügte, sein bereits Baron Giesl gegenüber gebrauchtes Bild benützend, lächelnd hinzu: Mais Vous me prendrez par la main, comme on prend un petit enfant". Ich erwiderte Seiner Majestät, dass die Grossmächte sich allen Anzeichen nach im Gegenteil bemühten, durch möglichst rasche Herbeiführung eines Friedensschlusses zwischen Italien und der Türkei dem ungewissen Zustande ein Ende zu machen und dass, wie bereits Baron Giesl dem Könige dargelegt hätte, uns eine gewaltsame Lösung der Balkanprobleme ganz ferne liege. Seine Majestät verliess darauf sofort dieses heikle Thema und kam auf das Verhältnis Montenegros zu seinem südlichen Nachbarn zu sprechen. Die ewigen Reibereien an der Grenze und die „drohende" Haltung der Türkei versetzten Ihn in die Unmöglichkeit, sich mit der ökonomischen Entwicklung seines Landes in dem Masse, wie Er es wünsche, zu beschäftigen. Als ich hier einwarf, dass ein Angriff von Seite der Pforte gegen Montenegro wohl ausser dem Bereiche der Wahrscheinlichkeit läge, meinte König Nikolaus: „Doch, ich muss mit dieser Möglichkeit sehr bedeutend rechnen; es braucht nur so ein Hitzkopf, wie Schefket Torgut Pascha zum Kommandanten der im Vilajet Skutari konzentrierten Truppen ernannt zu werden und die Gefahr eines Angriffes wird imminent, wie sie es so manchesmal während des letzten Sommers war. Übrigens — und hier fiel Höchstderselbe etwas aus seiner Rolle — muss ich für alle Eventualitäten Sorge tragen; denn ich habe mir vorgenommen, meinem Nachfolger ein glorreiches Montenegro zu hinterlassen. Das nächste Frühjahr birgt vielleicht schon die Entscheidung in seinem Schosse. Ich lege aber Wert darauf, bereits jetzt zu erklären, dass Montenegro etwaige zu seinem Nachteil sich vollziehende Verschiebungen als null und nichtig ansehen wird." Seine Majestät hatte bereits „ohne Befragen Montenegros zu seinem Nachteile sich vollziehende Verschiebungen" gesagt, verbesserte dies aber in obiger Weise. Im Anschlusse daran benützte mein hoher Mitredner die Gelegenheit, um seiner Armee einige anerkennende Worte zu widmen und gleichzeitig ihren von kompetenter militärischer Seite so oft und so stark angezweifelten Effektivstand von 45.000 Mann zu unterstreichen. „Ich habe," sagte König Nikolaus, „soeben die Anfertigung von 45.000 Uniformen für meine Armee, deren Stand auf dem Papiere eigentlich 50.000 beträgt, in Angriff nehmen lassen. Tuch und Zugehör hat mir Russland kostenlos überlassen und die Näharbeit besorgen die Frauen der betreffenden Militärbezirke, so dass ich mit nur etwa 12.000 Kronen Kosten für Zuschneidearbeit eine Equipierung durchführe,

die anderwärts mindestens 750.000 Kronen gekostet hätte. Ich will, dass der montenegrinische Soldat, dessen inneren militärischen Wert Sie ja kennen, auch was die Ausrüstung betrifft, dem Soldaten des zivilisierten Europa nicht nachstehe." „Unmittelbar nach Neujahr werde ich auch einer intensiveren Ausbildung der Mannschaften im Artillerieschiesswesen meine ganze Aufmerksamkeit widmen." Der König kam dann auf die Grenzzwischenfälle zurück und erwähnte auch der in Konstantinopel wieder aufs Tapet gebrachten Frage des Austausches des türkischen Aržanica gegen die Distrikte von Velika, Mokra und Jezerski Vrh. „Leider," sagte Seine Majestät, „ist wenig Hoffnung vorhanden, dass die Türken auf diesen Vorschlag eingehen. Daran hindert sie einerseits ein angeborenes Misstrauen und ein an Indolenz streifender Konservativismus; anderseits sollen auch die Vertreter der Grossmächte in Konstantinopel dagegen ihre Stimme erhoben haben. Ich glaube, auch Markgraf Pallavicini ist darunter." König Nikolaus entliess mich hierauf, indem Er nochmals Seiner Genugtuung Ausdruck verlieh, dass es gelungen sei, in der eingangs erwähnten wirtschaftlichen Frage zu einem Einverständnis zu gelangen. Weinzetl.

a) Vgl. n. 3166, 3187 Anm. b.

Nr. 3177. Tel. nach Berlin, 30. Dez. 1911 Nr. 181 (chiffr. 8 U. p. m.).a) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 259. Wie Euer Exzellenz aus den von mir erhaltenen mündlichen Instruktionen bekannt ist, sind Hochdieselben ermächtigt, bei passender Gelegenheit die Aufmerksamkeit Kaiser Wilhelms auch direkt auf die Notwendigkeit eines Wechsels in der Person des deutschen Botschafters in Wien zu lenken. Ich möchte es jedoch Euer Exzellenz überlassen, den Ihnen hiefür geeignet scheinenden Zeitpunkt nach Ihrem Ermessen zu wählen. Die von Euer Exzellenz geäusserte Absicht anlangend, die in Rede stehende Angelegenheit beim Reichskanzler anlässlich der Neujahrscour zur Sprache zu bringen, würde ich vorziehen, wenn Euer Exzellenz hievon bei der erwähnten Gelegenheit Umgang nehmen würden. Euer Exzellenz wollen vielmehr im Laufe der nächsten Zeit, ohne besondere Eile an den Tag zu legen, den Reichskanzler eigens aufsuchen, um diese äusserst wichtige Angelegenheit in dem Sinne zu besprechen, daß ich mit Befriedigung sehe, daß Herr von Bethmann Hollweg über die der intimen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland bestehenden Freundschaft abträglichen Quertreibereien des Herrn von Tschirschky nunmehr vollkommen im Klaren ist. Es kann mir nur passen, wenn der Entschluß, den nothwendigen Personenwechsel eintreten zu lassen, in Berlin selbst gereift ist und so aus eigener Initiative ergriffen wird. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 3178, 3184, 3185, 3210, 3211.

Nr. 3178. Tel. aus Berlin, 30. Dez. 1911 Nr. 262 (eing. 4 U. 20 M. p. m.).a) Entziff.

Unterstaatssekretär teilt mir mit, er habe im Auftrage des Reichskanzlers Herrn von Tschirschky angewiesen, den Korrespondenten der

Kölnischen Zeitung ostentativ nicht mehr zu empfangen und ihm zu erklären, daß diese Verfügung infolge seines am 7. d. M. erschienenen Artikels getroffen worden sei. Zugleich ist der deutsche Botschafter in Wien benachrichtigt worden, daß ich von dieser Maßnahme verständigt worden bin.

Szögyény.

[a] Vgl. n. 3169, 3177.

Nr. 3179. Tel. aus St. Petersburg, 31. Dez. 1911 Nr. 233 (eing. 1. Jan. 1912, 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Herr Sazonow erzählte heute meinem deutschen Kollegen, er habe nunmehr seinen Gedanken im italienisch-türkischen Konflikt eine Vermittlung auf Basis eines zu erstrebenden Waffenstillstandes eintreten zu lassen,[b] den Kabinetten der Grossmächte übermittelt. Er hege aber gar keinen Autorstolz und würde auch jedem andern modus, der woher immer vorgeschlagen würde, zustimmen, wenn er nur zum Ziel führe. Irgend etwas aber müsse bald geschehen! Nach seinen Äusserungen Grafen Pourtalès gegenüber schwebt Herrn Sazonow vor, dass der Vermittlungsversuch, falls er allseits akzeptiert werde, von allen Mächten zwar getrennt, aber gleichzeitig und im gleichen Sinne sowohl in Rom als in Konstantinopel vorgenommen werde. Er meint, bei Abschluss des Waffenstillstandes sollte seitens Italiens eine angemessene Entschädigung gezahlt werden, hingegen die Türkei ihre Truppen aus Tripolis zurückziehen, ohne aber einen formellen Verzicht auf dasselbe auszusprechen. Italien könnte in der Weise gedeckt werden, dass die Grossmächte in irgend einer passenden Weise den gegenwärtigen Zustand, das heisst den Besitz Italiens, anerkennen würden; das Wort „Souveränität" würde am besten gar nicht ausgesprochen.

Thurn.

[a] Vgl. n. 3180, 3181, 3187, 3188, 3190, 3191, 3201, 3219. — [b] Vgl. n. 3153.

Nr. 3180. Bericht aus Rom, 2. Jan. 1912 Nr. 1.[a] Ausfert.

Streng geheim. Als ich am 30. v. M. den Minister des Äusseren aufsuchte, sagte er mir am Schlusse unserer Unterredung, er könne mir hinsichtlich der Erneuerung des Dreibundes noch nicht die in Aussicht gestellte Antwort geben, da ihm die Frage des Zusatzprotocolles viel Kopfzerbrechen mache. Auch Herr Giolitti sei mit der Fassung desselben nicht einverstanden und ebenso, wie er selbst, der Ansicht, dass mit der Unterfertigung eines derart redigierten Protocolles Italien auch alle möglichen anderen Lösungen der Tripolis-Frage als die Annexion als zulässig anerkennen würde. Er sei nun bemüht, eine Formulierung zu finden, welche dies ausschliesse und doch für uns acceptabel wäre. Dies sei aber keine leichte Aufgabe und werde lange dauern. Auch habe er mit dem italienischen Botschafter in Berlin während dessen hiesiger Anwesenheit darüber conferiert und auch die Ansicht des Herzogs von Avarna eingeholt. Letzterer hätte unter anderem sehr richtiger Weise darauf aufmerksam gemacht, dass das Zusatzprotocoll, auch insoweit es sich um Marocco handle, nicht glücklich redigiert sei. Italien würde nämlich dadurch, was bisher nicht der Fall war,

sich sozusagen für die Aufrechterhaltung des dermaligen status quo hinsichtlich Maroccos engagieren. In der That ist ja im bisherigen Dreibund-Vertrag von Marocco gar nicht die Rede. Falls also, wie ich annehmen darf, die Aufnahme dieser Bestimmung des Zusatzprotocolles von der deutschen Regierung angeregt worden ist, könnte dies ein nicht uninteressantes Streiflicht darauf werfen, dass Deutschland vielleicht auch in der Zukunft sich an Marocco nicht völlig desinteressieren will. Schliesslich erwähnte der Minister noch, dass die nahe bevorstehende Ankunft des deutschen Staatssecretärs des Äussern vielleicht auch Anlass geben werde, einen Gedankenaustausch über die Fassung des Zusatzprotocolles zu pflegen. Angesichts der Bedenken der hiesigen Regierung gegen den Tripolis betreffenden Theil des Zusatzprotocolles drängt sich mir, obwohl dies aus den Ausführungen des Ministers des Äussern nicht hervorgieng, die Frage auf, ob man nicht an den Worten „accord futur entre l'Italie et la Turquie" aus dem Grund Anstoss nimmt, weil im Falle des Nichtzustandekommens eines solchen „accords" die Stipulation hinfällig würde. Die — wenn auch vorläufig nur academische — Möglichkeit eines Abschlusses der Tripolis-Action ohne förmlichen Friedensschluss gestatte ich mir anlässlich der Besprechung der Friedens-Möglichkeiten zu erörtern. Auch die temporisierende Methode der italienischen Regierung könnte darauf schliessen lassen, dass dieselbe etwa vorher eine annähernde Orientierung darüber gewinnen möchte, welches der wahrscheinliche Abschluss des Conflictes sein wird. Es erscheint mir aber auch unsererseits erwägenswerth, ob wir an einer Formel festhalten sollen, welche auf den Fall einer Lösung des Tripolis-Conflictes ohne formellen Friedensschluss, also ohne einen ausdrücklichen accord zwischen Italien und der Türkei nicht anwendbar ist. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3165, 3179, 3182, 3209, 3384.

Nr. 3181. Privatschreiben nach St. Petersburg, 2. Jan. 1912.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Ich bestätige dankend den Erhalt Deines Schreibens vom 20. v. M. Die in meinem Privatbriefe vom 16. v. M. erwähnte Denkschrift[b]) über unsere Beziehungen zu Russland und Italien, welche ich mit Allerh. Ermächtigung Seiner k. u. k. Hoheit Erzherzog Franz unterbreitet habe, geht Dir heute in der Nebenlage zu Deiner ausschliesslich persönlichen und streng vertraulichen Information zu. Leider scheinen wir von der Erfüllung der von Dir ausgesprochenen Hoffnung, dass die Stellungnahme gewisser politischer und journalistischer Kreise eine verständnisvollere werden wird, noch recht weit entfernt zu sein. Als Beleg hiefür können Dir die in der Vorsession der Delegation gehaltenen Reden des christlich-sozialen Wortführers Baron Fuchs und des slovenischen Delegierten Korošec dienen. In Betreff unserer Haltung gegenüber Russland habe ich den in meinem citirten Schreiben enthaltenen Ausführungen nichts hinzuzufügen. Meine Erklärungen vor den Delegationen scheinen nach dem in Deinem Telegramm Nr. 232[c]) gemeldeten Kommentar der „Nowoje Wremja" zu urteilen, die richtige, der russischen Psychologie entsprechende Wirkung geübt zu

haben, denn eine besondere Erwähnung unserer Beziehungen zu Russland wäre jedenfalls wieder als Nachlaufen Oesterreich-Ungarns gedeutet worden. Ich zweifle nicht daran, dass Herr Sazonow auch Dir gegenüber auf dieses Thema zurückkommen wird und bin überzeugt, dass seine Aeusserungen sympathisch gehalten sein werden. Ich wünsche aber nicht, dass Du irgendwelche Aeusserungen Deinerseits herbeiführst. Aus einem mit der heutigen Kurierexpedition an Dich abgehenden Erlasse wirst Du entnehmen, dass ich die von Dir formulierte, modifizierte Fassung des Sasonowschen Gedankens unseren Botschaftern in Rom und Konstantinopel zur Begutachtung übermittelt habe. Seitdem hat Herr Sasonow wie ich Deinem Telegramm 233 entnehme, seinen Vorschlag den Kabinetten der Grossmächte übermittelt, ich habe jedoch nach wie vor den Eindruck, dass sich die Türkei und Italien auf dieser Basis kaum werden einigen können. Wie dem auch sei, werden wir die Anregung Herrn Sasonows im freundschaftlichstem Geiste prüfen, wobei sich möglicherweise die Gelegenheit ergeben wird, die von Dir proponierte Modification zu verwerten. Jedenfalls stimme ich mit Herrn Sasonow darin überein, dass ein baldiger Friedensschluss erwünscht wäre, wenn wir im Frühjahre nicht Ueberraschungen entgegengehen wollen. ... *Belangloses.* ...

[a]) Vgl. n. 3186. — [b]) Vgl. n. 3095. — [c]) Vom 31. Dez. 1911 (eing. 1. Jan. 1912). Meldet u. a.: Das Unterbleiben jeder Erwähnung der österreichisch-ungarisch-russischen Beziehungen in Euer Exzellenz Exposé vor den Delegationen wird ... von einigen Blättern als ungünstiges Symptom bezeichnet. Die Novoje Vremja aber findet, — was bei der sonstigen Haltung dieses Blattes auffallen muss, — dass „pas de nouvelles bonnes nouvelles". Die Rede Aehrenthals vom 28. Dez. in: Polit. Chron. der ö.-u. Mon. 1911, Beilage: Parlament. Verhandl. S. 1043.

Nr. 3182. Bericht aus Berlin, 3. Jan. 1912 Nr. 1.[a]) Ausfert.

Geheim. Mein italienischer Kollege, der von einem kurzen Urlaube, den er in Rom verbrachte, vorgestern hierher zurückgekehrt ist, erzählt mir, dass — wie dies Euer Excellenz aus der Berichterstattung Herrn von Méreys gewiss schon bekannt ist — die italienische Regierung inbetreff der Erneuerung des Dreibundvertrages den Wunsch ausgesprochen habe, der veränderten Sachlage bezüglich Marokko's und Tripolitaniens nicht nur im protocole additionnel, sondern auch im Vertrags-Texte selbst Rechnung zu tragen. Mit der Erneuerung des Dreibundes seien König Victor Emanuel und Seine Ratgeber einverstanden, doch hätten sie noch immer einige Bedenken, ob es richtig sei, die Erneuerung gerade jetzt vorzunehmen, wo die italienische öffentliche Meinung wegen der unfreundlichen, ja feindseligen Zeitungsartikel der österreichisch-ungarischen, aber hauptsächlich der deutschen Presse in hohem Grade aufgebracht sei. Es sei ja richtig, dass der Inhalt des bisherigen Dreibundvertrages ganz geheim geblieben sei; mit Ausnahme des Königs, der jeweiligen Ministerpräsidenten und der Minister des Aeussern habe hierüber in Italien Niemand genaue Kenntnisse; ebenso würde auch die Erneuerung des Vertrages als strengstes Geheimnis gehütet werden. Trotzdem scheinen Herr Giolitti und Marquis di San Giuliano manche Gewissensskrupeln zu haben, den Vertrag gerade jetzt

mit Rücksicht auf das Vorhergesagte zu erneuern. Allerdings sei in der Haltung der deutschen und auch der österreichisch-ungarischen Journalistik in der letzten Zeit betreffend Italien eine freundlichere Wendung eingetreten und dies werde wohl viel dazu beitragen, dass die betreffenden italienischen Staatsmänner ihre Bedenken fallen lassen. Herr Pansa würde es für sehr nützlich halten, wenn in dieser Beziehung eine mündliche Aussprache zwischen dem deutschen Staatssekretär und den massgebenden italienischen Ministern stattfände, wozu gerade jetzt eine Gelegenheit wäre, da Herr von Kiderlen vor seinem Urlaubsantritte ihm gesagt habe, er beabsichtige nach seinem Besuche in Stuttgart einen kurzen Aufenthalt an der italienischen Riviera zu nehmen. Von dort könnte, wie der italienische Botschafter dem Staatssekretär nahegelegt habe, Letzterer ohne besonderes Auffallen einen Abstecher nach Rom machen. Diese Anregung habe Herr von Kiderlen freundlich aufgenommen, doch ihm keine definitive Antwort erteilt. Mein italienischer Kollege ersuchte mich, diese Mitteilung als geheim zu behandeln. Ebenso bat mich der Reichskanzler, der von dieser Insinuation Herrn Pansas schon Kenntnis hatte, diese Angelegenheit als streng vertraulich zu betrachten. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3137, 3180, 3183, 3206, 3209.

Nr. 3183. Bericht aus Berlin, 3. Jan. 1912 Nr. 2 D (eing. 5. Jan.)[a]) Ausfert.

Herr Pansa sagt mir, er habe während seines 3tägigen Aufenthaltes in Rom König Victor Emanuel, Herrn Giolitti und Marquis di San Giuliano wiederholt gesprochen. Er fand Seine Majestät, sowie auch Höchstdessen Ratgeber in äusserst ruhiger und zuversichtlicher Stimmung. Trotz allen Schwierigkeiten, mit welchen die Expedition nach Tripolis verbunden sei, wären alle massgebenden Faktoren in Italien fest entschlossen, das Unternehmen zu einem „guten Ende zu führen". In finanzieller Beziehung sei man ganz sichergestellt und Herr Giolitti habe ihm wiederholt versichert, dass für die nächsten 14 Monate zur Fortsetzung des Krieges genügend Gelder in der Staatskasse liegen. Weder eine Anleihe noch irgend welch' anderer Appell an das Parlament sei notwendig. Was den Krieg selbst betreffe, so sei leider keine Aussicht auf eine baldige Beendigung desselben vorhanden. In letzter Zeit seien einige unkontrolirbare Nachrichten eingetroffen, wonach in der Umgebung des türkischen Thronfolgers die Ansicht verbreitet sei, dass die Türkei ihre ohnehin sehr unbedeutenden Streitkräfte, hauptsächlich ihre zur Bildung der arabischen Cadres bestimmten Offiziere aus Tripolitanien zurückziehe. Die Folge hievon wäre allerdings ein lang andauernder Guerilla-Krieg mit den Arabern, doch würde man auf diese Art leichter zum Abschlusse eines Waffenstillstandes und später zu einem Friedensschlusse gelangen. Herr Pansa behauptet, in Rom gehört zu haben, dass sich auch der russische Minister des Äussern, Herr Sazonow, mit einer ähnlichen Idee trage, um auf dieser Basis den Kabineten Vorschläge zu machen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3182, 3187, 3189.

Nr. 3184. Privatschreiben aus Berlin, 3. Jan. 1912 Nr. 1 (eing. 5. Jan.)[a] Ausfert.

Bei dem Neujahrsempfange der Botschafter im königlichen Schlosse ersuchte mich Kaiser Wilhelm, wie ich Euer Excellenz bereits telegrafisch zu melden die Ehre hatte, Seine innigsten Glück- und Segenswünsche Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn erneuert zu Füssen zu legen. Im Laufe der kurzen Unterredung, in welche Seine Majestät mich sowie alle meine Kollegen zu ziehen die Gnade hatte, erwähnte Höchstderselbe mir gegenüber auch die letzte Delegations-Session und äusserte sich in warm anerkennender Weise über Euer Excellenz Exposé.[b] Die vernünftigen Leute, so sagte mir Seine Majestät, hätten ja auch hierzulande Euer Excellenz Auseinandersetzungen auf ihren richtigen Wert geschätzt, doch gebe es auch in Deutschland so wie überall ein unvernünftiges Publikum, welches bei jeder Gelegenheit sich „in Nörgeleien ergehe". Diesmal habe aber die hiesige öffentliche Meinung mit wenig Ausnahmen eine verständige Haltung eingenommen. Was die Rede unseres neuen Kriegsministers betrifft, so hat dieselbe — wie ich konstatieren konnte — auf Kaiser Wilhelm einen günstigen Eindruck gemacht; der Hinweis auf die „schimmernde Wehr", mit welcher Deutschland während der Annexionskrise uns beigestanden hätte, scheint Ihm offenbar sehr gefallen zu haben; im weiteren Verlaufe der kurzen Unterredung äusserte sich Seine Majestät dahin, dass die Auseinandersetzungen Ritter von Auffenbergs höchst bemerkenswert seien. Nach der Cour hatte ich auch Gelegenheit mit dem Reichskanzler zu sprechen; auch er versicherte mich, dass Euer Excellenz Exposé ganz vorzüglich war; die hiesige Presse hätte sich im grossen Ganzen zu demselben zustimmend ausgesprochen und wenn auch manche Blätter dahingehende Bemerkungen machten, dass Hochdieselben nicht mit der gewünschten Wärme unseres intimen Bundesverhältnisses Erwähnung getan hätten, so sei dies hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die seinerzeitige Interpellations-Beantwortung des ungarischen Ministerpräsidenten[c] und das vielbesprochene Interview des englischen Botschafters[d] in Wien eine — wenn auch unbegründete — Misstimmung in der hiesigen öffentlichen Meinung hervorgerufen hatten, die noch immer nachklinge. Er, der Reichskanzler, habe keinen Augenblick die Korrektheit der Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung im geringsten Zweifel gezogen, und was das seinerzeit in der „Neuen Freien Presse" veröffentlichte Interview Sir F. L. Cartwrights betreffe, so habe ja die englische Regierung diesbezüglich, wie er, Herr von Bethmann Hollweg, dies im Reichstage hervorgehoben hatte, eine befriedigende Erklärung — valeat quantum valere potest — abgegeben. Nichtsdestoweniger, so fügte der Reichskanzler hinzu, würde es hier, ja sogar an Höchster Stelle, zur grossen Befriedigung gereichen, wenn der genannte Herr Botschafter bald seinen jetzigen Posten verlassen würde. Ich habe Herrn von Bethmann Hollweg vertraulich erwidert, dass nach meinen Informationen sich diese Auffassung mit jener Euer Excellenz vollkommen decke und dass ich vermute, dass auch die englische Regierung hierüber schon unterrichtet sei. Szögyény.

[a] Vgl. n. 3177, 3185, 3193. — [b] Vgl. n. 3181 Anm. c. — [c] Vgl. n. 2560. — [d] Vgl. n. 2603.

Nr. 3185. Privatschreiben aus Berlin, 3. Jan. 1912 Nr. 2 (eing. 5. Jan.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Euer Exzellenz streng vertrauliches Telegramm vom 30. v. M. Nr. 181 habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Den seinerzeit mir erteilten mündlichen Instruktionen entsprechend werde ich bei passendem Anlasse die Aufmerksamkeit Kaiser Wilhelms auf die Notwendigkeit eines Wechsels in der Person des kaiserlich deutschen Botschafters in Wien lenken. Im Laufe dieses Monates dürfte sich hiezu wohl eine Gelegenheit ergeben. Bei der vorgestrigen Neujahrscour habe ich den Reichskanzler gesprochen, die in Rede stehende Angelegenheit habe ich jedoch hiebei in keiner Weise berührt. Gestern liess mich Herr von Bethmann-Hollweg zu sich bitten. Vor Allem versicherte er mich seiner grossen Freude und Befriedigung über den herzlichen Depeschenwechsel zwischen Euer Excellenz und ihm anlässlich des Jahreswechsels; sodann kam er sogleich auf die Angelegenheit Tschirschky zu sprechen; er sagte mir, er habe das Bedürfnis gehabt, über diese Frage, die ihm seit Jahr und Tag viel Sorge bereite, mit mir in einen vertraulichen Gedankenaustausch zu treten. Schon vor längerer Zeit habe er seinem Allergnädigsten Herrn nahegelegt, dass nach den Privatnachrichten, die ihm aus Wien zukämen, die Abberufung oder Versetzung Herrn von Tschirschkys von seinem jetzigen Posten äusserst wünschenswert erscheine, doch wollte Seine Majestät damals auf seine Anregung nicht eingehen. Seither scheine sich aber das Verhältnis des deutschen Botschafters in Wien zu Euer Excellenz bedauerlicher Weise so zugespitzt zu haben, dass es ihm dringend notwendig erscheine, auf diese Angelegenheit bei Kaiser Wilhelm zurückzukommen. Es sei dies für ihn keine leichte Aufgabe, da Seine Majestät von Herrn von Tschirschky grosse Stücke halte; aus diesem Grunde habe er mich zu sich bitten lassen, um meine persönlichen Eindrücke und Auffassungen über diese Sache anzuhören. Die letzten publizistischen Umtriebe, mit welchen übrigens Herr von Tschirschky, wie er wiederholt beteuert, nichts zu tun habe, hätten ihn darin bestärkt, dass aus sachlichen und persönlichen Motiven das weitere Verbleiben des deutschen Botschafters in Wien auf seinem jetzigen Posten untunlich erscheine. Herr von Tschirschky sei unlängst aufgefordert worden, den Verkehr mit dem Wiener Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung" ostentativ zu vermeiden; bisher habe derselbe auf den diesbezüglichen Erlass keine Antwort erteilt, doch werde wohl, so meint Herr von Bethmann-Hollweg, der deutsche Botschafter zwischen den Zeilen die Rüge, welche ihm indirekt erteilt worden ist, herausgelesen haben. Ich habe dem Reichskanzler geantwortet, dass auch nach meiner vollen Überzeugung ein ehetunlichster Wechsel in der Person des deutschen Botschafters in Wien in jeder Beziehung wünschenswert erscheine. Bei dem intimen Verhältnis zwischen den beiderseitigen Regierungen und zwischen den leitenden Staatsmännern in Wien und in Berlin hielte ich es für dringend notwendig, dass dieser Wechsel je eher eintrete. Ich berief mich hiebei auf keinen Auftrag, den ich von Euer Excellenz erhalten hätte und sprach meine persönliche Meinung dahin aus, dass wie die Dinge liegen, hiezu die Initiative von Berlin ausgehen müsste. Spezielle Gravamina in Betreff der Haltung Herrn

von Tschirschkys brauchte ich nicht anzuführen, da, wie mir Herr von Bethmann Hollweg versicherte, er selbst gleich nach seinem Amtsantritte zu der Überzeugung gelangt sei, dass Herr von Tschirschky nicht der richtige Mann auf dem richtigen Posten wäre. Bei seinem Antrittsbesuche in Wien habe sich diese seine Überzeugung noch verstärkt und schon damals habe er Umschau nach denjenigen Persönlichkeiten gehalten, durch welche Herr von Tschirschky in Wien ersetzt werden könnte. Seither beschäftige er sich fortwährend mit dieser Frage, die, wie gesagt, sehr schwer zu lösen sei, da abgesehen von der Vorliebe, welche Kaiser Wilhelm für den jetzigen Botschafter in Wien hegt, keine grosse Auswahl von solchen Persönlichkeiten vorhanden sei, die für den verantwortlichen Posten in Wien passen würden. Baron Marschall und Graf Pourtalès, auf die er in dieser Beziehung denke, seien auf ihren jetzigen Posten schwer zu ersetzen; Freiherr von Schoen und Prinz Ratibor würden nach seiner Ansicht in Wien nicht entsprechen, und was outsiders betrifft, so könnte er mir auch Niemanden nennen, dem er mit voller Beruhigung den Botschafter-Posten in Wien anvertrauen würde. Sehr eindringlich bat mich Herr von Bethmann Hollweg, all diese Kombinationen streng vertraulich zu behandeln. Er werde Sorge tragen, dass diese ihm so sehr am Herzen liegende schwierige Frage nicht einschlafe und baldmöglichst in einer für beide Teile entsprechenden Weise erledigt werde. Im Laufe unserer Unterredung kam der Reichskanzler wiederholt auf die Haltung jenes Teiles der deutschen Presse zu sprechen, welche zwar in keiner Weise als offiziös gelten kann, die aber dennoch ab und zu zu offiziösen Communiqués des deutschen Auswärtigen Amtes benützt werde. Hiebei habe er in erster Linie die „Kölnische Zeitung" und die „Frankfurter Zeitung" im Auge, welchen unter ganz bestimmten Marken offiziöse Entrefilets zur Verfügung gestellt werden, welche Blätter aber zugleich, sehr oft am selben Tage, Artikel veröffentlichen, die der Reichsregierung in hohem Grade unangenehm wären. Diesem Übelstande müsse in irgend einer Weise abgeholfen werden. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3177, 3184, 3193, 3210, 3232.

Nr. 3186. Tel. aus St. Petersburg, 3. Jan. 1912 Nr. 2 (eing. 4. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Beim heutigen Diplomatenempfang sprach sich Herr Sazonow mir gegenüber in sehr warmen und sympathischen Worten über Euer Exzellenz Exposé[b]) aus, das er als un discours parfait bezeichnete, welcher alle Freunde des Friedens aufrichtig erfreuen müsse. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3187, 3200. — [b]) Vgl. n. 3181 Anm. c.

Nr. 3187. Tel. aus St. Petersburg, 3. Jan. 1912 Nr. 3 (eing. 4. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow fragte mich heute, ob mir schon bekannt sei, wie Euer Exzellenz über seine Idee denken, zwischen Italien und der Türkei auf

Basis eines Waffenstillstandes eine Vermittlung der Mächte herbeizuführen. Für den Fall, als es nicht gelingen sollte, vor dem Frühjahr eine Einstellung der Feindseligkeiten zu erreichen, fürchte er ernstliche Komplikation auf dem Balkan,[b] von wo schon jetzt die Nachrichten weniger befriedigend lauten (Meuterei in Albanien, Bomben mit darauf folgenden Repressalien in Istib etc. etc.). In diesem Zusammenhange machte der Herr Minister die sehr bemerkenswerte Äusserung, unsere gegenseitigen Beziehungen scheinen ihm erfreulicher Weise derzeit solche zu sein, dass wir, wenn sich der Anlass dazu ergibt, jederzeit eine Konversation, selbst über heiklere Themata, aufnehmen könnten. Die durchaus freundschaftliche und offene Sprache des Ministers machte den Eindruck der Aufrichtigkeit und lässt es wohl als ausgeschlossen erscheinen, dass er an den von mancher Stelle gegen die Monarchie fortgesetzt in Szene gesetzten Quertreibereien irgendwelchen Anteil hat. Thurn.

[a] Vgl. n. 3179, 3183, 3186, 3188, 3200, 3201, 3223. — [b] Vgl. n. 3176, 3208, 3217.

Nr. 3188. Erlaß nach Berlin, 4. Jan. 1912 Nr. 50.[a] Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

In der Anlage übersende ich Euer Exzellenz zur streng vertraulichen Kenntnisnahme die Abschriften eines am 30. v. Mts. an Markgrafen Pallavicini und Herrn von Mérey ergangenen Privatschreibens samt Beilage[b] und eines an die genannten beiden Botschafter ergehenden Telegrammes No. 3/1 vom heutigen Tage. Aus diesen Piècen werden Hochdieselben die Details der russischen Anregung bezüglich eines zwischen der Türkei und Italien abzuschließenden Waffenstillstandes entnehmen, wobei ich Euer Exzellenz Aufmerksamkeit insbesondere auf den Umstand lenken möchte, daß die einschlägigen Mitteilungen Herrn Sasonows an Grafen Thurn[c] sich zwar in merito mit der gestern seitens des hiesigen russischen Botschafters geführten Sprache[d] decken, jedoch bezüglich des modus procedendi ein nicht unwesentlicher Unterschied zwischen beiden besteht. Während es nämlich in St. Petersburg hieß,[c] daß der Vermittlungsversuch, falls er allseits akzeptiert werde, von allen Mächten zwar getrennt, aber gleichzeitig und im gleichen Sinne sowohl in Rom als in Konstantinopel vorgenommen werde, würde die Sache nach Herrn von Giers' Äußerung[d] darauf hinauslaufen, daß Frankreich als Mandatar der neutralen Großmächte einen einseitigen Druck auf die Pforte ausübe, um die Annahme des Waffenstillstandes zu erreichen. Die Aussichten einer Realisierung des russischerseits angeregten Waffenstillstandes möchte ich vorläufig nicht allzu hoch anschlagen. Allerdings wird alles davon abhängen, wie man sich zu dem Prinzipe und den Modalitäten des Waffenstillstandsgedankens in Konstantinopel stellen wird, wo gegenwärtig leider wieder eine recht verworrene Situation vorzuliegen scheint. Über diese letztere und über die voraussichtliche Aufnahme der russischen Idee auf türkischer Seite dürften die von mir erwarteten Meldungen des Markgrafen Pallavicini wohl einigen Aufschluß bringen. Was das in dem Vermittlungsversuche Herrn Sasonows nachträglich aufgetauchte Projekt der Übertragung eines Mandates an Frankreich anbelangt,

so habe ich guten Grund anzunehmen, daß es sich um eine von den Herren Caillaux, Barrère, Iswolsky und Tittoni gesponnene Intrigue handelt, in welche der russische Minister des Äußern verwickelt worden ist. Dafür daß Frankreich zum Träger des Mandates ausersehen wurde, dürfte die Erwägung maßgebend gewesen sein, daß bei der Rolle, welche die französische haute finance als Geldgeberin am Bosporus stets gespielt hat und wohl auch weiter zu spielen berufen ist, die Stimme Frankreichs bei der Pforte nicht so leicht überhört werden kann. Es wird aber wohl auch die Absicht mitbestimmend gewesen sein, daß das dem Pariser Kabinette zugedachte Mandat, falls es die Zustimmung der Zentralmächte finden sollte, den Einfluß und das Prestige Frankreichs sowohl in Konstantinopel als auch in Rom wesentlich zu heben geeignet wäre. Aus diesen Gründen erschiene es mir vor unserem Gesichtspunkte aus nicht ganz unbedenklich, auf die das Mandat Frankreichs betreffende Seite der russischen Anregung einzugehen. Es ist dies allerdings vorläufig insoferne nicht aktuell, als wir uns zunächst davon überzeugen müßten, welche Aufnahme der meritorische Teil der russischen Waffenstillstandsidee finden und ob sich nicht vielleicht da schon die Notwendigkeit von Amendements herausstellen wird, eine Eventualität, die laut der Meldungen des Grafen Thurn von Herrn Sasonow a priori in sein Kalkul aufgenommen worden zu sein scheint. Indem ich Euer Exzellenz ersuche, vom Inhalte vorliegender Weisung dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär streng vertrauliche Kenntnis zu geben, sehe ich Hochderen Berichterstattung über die einschlägige Auffassung des Berliner Kabinettes mit Interesse entgegen. Den Botschaftern der neutralen Signatarmächte wollen Hochdieselben sich lediglich über die Grundzüge des russischen Vermittlungsversuches für den Fall informiert zeigen, als dieselben das Thema Euer Exzellenz gegenüber spontan zur Sprache bringen sollten.

[a]) Vgl. n. 3179, 3187, 3189, 3190, 3202. — [b]) Enthält die Mitteilung eines vom St. Petersburger Botschafter eingesendeten Entwurfes eines Gegenvorschlages zu den in n. 3153 Absatz 3 und 4 mitgeteilten Vorschlägen Sasonows, der aber in den weiteren Verhandlungen keine Rolle spielt und daher nicht aufgenommen wurde. Vgl. n. 3190 Anm. c. — [c]) Vgl. n. 3179. — [d]) Vgl. n. 3191.

Nr. 3189. Tel. aus Berlin, 4. Jan. 1912 Nr. 2 (eing. 5. Jan. 9 U a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Zu meinem mit der heutigen Kurierexpedition abgegangenen Bericht Nr. 2 D. Unterstaatssekretär erzählte mir soeben, dass nach einer vom Grafen Pourtalès eingetroffenen Meldung Herr Sazonow beabsichtige, den Kabinetten aller Grossmächte vorzuschlagen, eine Demarche in Konstantinopel zu unternehmen, zum Zwecke eines ehestens abzuschliessenden Waffenstillstandes zwischen Italien und der Türkei. Der russische Botschafter habe gestern im Auftrage seiner Regierung ihm eine ähnliche Mitteilung gemacht und noch hinzugefügt, dass, nach der Meinung Herrn Sazonows, Frankreich das Mandat sämtlicher Grossmächte erhalten sollte, die beabsichtigte Demarche in Konstantinopel einzuleiten. Herr

Zimmermann sagte mir, er habe Grafen Osten-Sacken geantwortet, dass ihm der Gedanke, dass sämtliche Grossmächte für die baldige Beendigung des Krieges eintreten, ganz sympathisch sei, dass er aber konkrete Vorschläge erwarte und jedenfalls noch vor definitiver Stellungnahme zu diesen Vorschlägen mit dem Reichskanzler und dem abwesenden Staatssekretär sich beraten müsste. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3188, 3190, 3202, 3224.

Nr. 3190. Erlaß nach Bukarest, 4. Jan. 1912 Nr. 45.[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Die in Euer Durchlaucht Berichte Nr. 54 A vom 15. v. Mts. enthaltene Meldung, daß Seine Majestät König Karol den Gedanken einer neuerlichen Garantie der Mächte für die Unantastbarkeit des türkischen Besitzstandes fallen gelassen habe, hat mich angenehm berührt. Daß Seine Majestät auf das von Euer Durchlaucht zur Sprache gebrachte Thema einer Neutralisierung der Meerengen nicht sofort näher eingegangen ist, erscheint mir durchaus verständlich. Ist es doch klar, daß diese Frage ein reifliches Studium erfordert, wie ich mich denn auch überhaupt mit derselben nur aus dem Grunde befaßt habe, weil wir gegebenenfalls den Versuch machen müßten, eine Lösung des Meerengenproblems zu finden, die auch unseren Interessen Rechnung trüge. Vorläufig ist allerdings die Meerengenfrage in den Hintergrund getreten, da unmittelbar nach Herrn Sazonows Rückkehr nach St. Petersburg Herr Tscharykow der Pforte erklärt hat, er hätte den Auftrag erhalten, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen. Nähere interessante Aufschlüsse über die Begleiterscheinungen dieses russischen Frontwechsels enthält der Euer Durchlaucht gleichzeitig zugehende Bericht des Markgrafen Pallavicini vom 28. v. Mts. Nr. 71 A, wobei ich die Vermutungen des Herrn Botschafters über die Ursachen des momentanen Einlenkens Rußlands in der Dardanellenfrage noch durch einen Hinweis auf die chinesische Krisis ergänzen möchte. Auf alle Fälle erscheint es mir auch für künftige Eventualitäten erfreulich, daß König Karol dem russischen Gesandten, als dieser auf die Interessen Rumäniens an der russischerseits geplanten Öffnung der Dardanellen hingewiesen hat, die in Euer Durchlaucht eingangs zitiertem Berichte wiedergegebene, ebenso bestimmte als zutreffende Antwort erteilt hat. Der König war sich hiebei offenbar dessen bewußt, daß eine einseitig zugunsten Rußlands erfolgende Lösung des Meerengenproblems eine capitis diminutio für Rumänien bedeuten würde. Die in Ihrem Berichte resumierten weiteren Mitteilungen des Königs von Rumänien über seine Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens habe ich ebenfalls mit lebhaftem Interesse zur Kenntnis genommen und ersuche ich Euer Durchlaucht, Seiner Majestät hiefür meinen verbindlichsten Dank zu unterbreiten. Da ich mit dem Könige in der Auffassung übereinstimme, daß es von der höchsten Bedeutung für Österreich-Ungarn und Rumänien ist, sobald als möglich dem Kriegszustande ein Ende gesetzt zu sehen, begrüße ich jede zur Erreichung dieses Zweckes förderliche Anregung und betrachte ich es insbesondere als ein

erfreuliches Symptom, daß Herr Sazonow seit seiner Rückkehr nach St. Petersburg sich eingehend mit der Idee eines Waffenstillstandes zwischen Italien und der Türkei befaßt und, wie ich vertraulich erfahre, dieser Tage einen einschlägigen Vermittlungsvorschlag an die Kabinette der Großmächte zu richten gedenkt.*b)* Den mir vorliegenden Nachrichten zufolge bestünde das Wesen des Sazonowschen Vorschlages darin, daß bei Abschluß des Waffenstillstandes seitens Italiens eine angemessene Entschädigung gezahlt werden, hingegen die Türkei ihre Truppen aus Tripolis zurückziehen sollte, ohne aber einen formellen Verzicht auf dasselbe auszusprechen. Italien könnte in der Weise gedeckt werden, daß die Großmächte in irgend einer passenden Weise den gegenwärtigen Zustand, das heißt den Besitz Italiens, anerkennen würden; das Wort „Souveränität" würde am besten gar nicht ausgesprochen. Obzwar es keineswegs als feststehend anzusehen ist, daß die beiden Kriegführenden auf den Waffenstillstandsvorschlag wenigstens in dieser Form eingehen, so bedeutet doch die Aufwerfung dieses Gedankens einen gewissen Fortschritt in der Richtung einer Beendigung des Konfliktes und könnte es für die Ruhe am Balkan von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein, daß gerade Rußland hiebei die Initiative ergreift. Nachdem Herr Sazonow selbst seine Waffenstillstandsidee als amendementfähig bezeichnet und erklärt hat, er würde auch jedem anderen Modus, von welcher Seite immer derselbe proponiert würde, zustimmen, vorausgesetzt daß er nur zum Ziele führe, ist es vielleicht möglich, durch entsprechende Modifikationen diese Idee den kriegführenden Teilen mundgerecht zu machen. Hiebei käme zum Beispiel auch eine Lokalisierung des Kriegsschauplatzes auf Tripolitanien und die Cyrenaika*c)* in Betracht, wobei statt eines zwischen der Türkei und Italien abzuschließenden partiellen Waffenstillstandes eventuell auch die Form einer Erklärung der kriegführenden Staaten an die Mächte gewählt und in derselben beiderseits auf die Fortführung der Feindseligkeiten außerhalb der nordafrikanischen Territorien und speziell seitens der Pforte auf Truppen- und Kriegsmaterialnachschübe dahin verzichtet werden könnte.*c)* Indem ich beifüge, daß es sich bei diesem Amendementgedanken ebenso wie bei dem Sazonowschen Vorschlage selbst noch um sehr vage Pläne handelt, welche eines eingehenden Studiums bedürfen und erst in ihrer weiteren Entwicklung eine praktische Form annehmen könnten, ersuche ich Euer Durchlaucht, Seine Majestät König Karol von vorstehenden Ausführungen streng vertraulich in Kenntnis setzen zu wollen. Euer Duchlaucht wollen Höchstdemselben weiters an der Hand des abschriftlich anverwahrten Tagesberichtes vom 15. v. Mts.*d)* in streng vertraulicher Weise mitteilen, daß der hiesige neue türkische Botschafter bereits bei seinem Antrittsbesuche die Frage einer Entente der Türkei mit den Zentralmächten und Rumänien zur Sprache gebracht hat. Was meine Antwort an Mavroyeni Bey betrifft, so wollen Euer Durchlaucht Seiner Majestät König Karol nicht verhehlen, daß ich mich hiebei von der Erwägung leiten ließ, daß für die Zeit der Fortdauer des Krieges mit Italien an das Eingehen eines näheren Verhältnisses zur Türkei nicht gedacht werden kann und daß überdies ein weiteres Bedenken hiegegen in der unsicheren innerpolitischen Lage und der durch dieselbe bedingten Schwäche der ottomanischen

Regierung vorliegt. Andererseits müsse aber mein Bestreben darauf gerichtet sein, die uns türkischerseits gemachten Avancen, welche dartun, daß man in Konstantinopel die Blicke auf uns richtet und Hoffnungen auf uns setzt, nicht abzuweisen, sondern den Faden in der Erwartung der Möglichkeiten fortzuspinnen, welche sich aus dieser uns günstigen Stimmung am Bosporus früher oder später ergeben könnten.

[a]) Vgl. n. 3189, 3191, 3217. — [b]) Vgl. n. 3179, 3188. — [c]) In dieser Richtung bewegte sich der in n. 3188 Anm. b erwähnte Entwurf eines Gegenvorschlages. — [d]) Amtsvermerk (Rappaport): Accludatur Tagesbericht vom Anfange bis inclusive „beeinflußt werden dürften". Vgl. n. 3112, 3172, 3195.

Nr. 3191. Tel. nach Konstantinopel Nr. 3 (1) und Rom Nr. 1 (2), 4. Jan. 1912 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).

1.—2. . . . *Mitteilung von n. 3179 im Auszug* . . . Beim gestrigen Diplomatenempfange hat nun Herr von Giers auftraggemäß die obige Idee Herrn Sasonows bei mir mündlich zur Sprache gebracht. Was den meritorischen Teil der Anregung, das ist die Bedingungen des zu erreichenden Waffenstillstandes anbelangt, deckten sich die Ausführungen des russischen Botschafters mit den von Grafen Thurn gemeldeten Äußerungen Herrn Sasonows vollkommen. Hingegen wich, was den modus procedendi betrifft, die Mitteilung Herrn von Giers von den Meldungen aus St. Petersburg insoferne ab, als es sich nicht um einen von allen Mächten kollektiv oder einzeln bei den beiden Kriegführenden zu unternehmenden Vermittlungsversuch sondern darum handeln würde, daß Frankreich, als Mandatar der neutralen Großmächte, einen einseitigen Druck auf die Pforte ausübe, um die Annahme des Waffenstillstandes zu erreichen. Ich habe den russischen Botschafter ersucht, Herrn Sasonow mitzuteilen, daß ich seine Initiative mit Befriedigung begrüße, weil hiedurch die Konversation über diese heikle Frage in Fluß komme und so den Gefahren rechtzeitig vorgebeugt werden könne, welche das Frühjahr im Schoße berge. Ich würde die Anregung des Herrn russischen Ministers des Äußern zum Gegenstande eines eingehenden Studiums machen und mich mit den anderen Kabinetten in Verbindung setzen. In meiner Antwort an Herrn Giers habe ich zwar nicht unterlassen, auch auf die oben erwähnte Differenz zwischen seinen Ausführungen und den zu Grafen Thurn gemachten Äußerungen Herrn Sasonows aufmerksam zu machen, jedoch diesen Punkt, als augenblicklich noch nicht aktuell, nicht besonders betont. Euer Exzellenz wollen über die voraussichtliche Aufnahme der russischen Anregung seitens der dortigen Regierung berichten.

1. Gegenüber der Pforte
2. Gegenüber der Consulta

1.—2. ersuche ich, von vorstehenden Informationen keinen Gebrauch zu machen; diese sind lediglich zu Euer Exzellenz vertraulicher Orientierung und Regelung Ihrer Sprache gegenüber den Botschaftern der neutralen Signatarmächte bestimmt. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3153, 3188, 3190, 3192, 3199, 3201.

Nr. 3192. Tel. nach London Nr. 1(1) und Paris Nr. 1(2), 4. Jan. 1912 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Aehrenthal).

1.—2. ... *Mitteilung von n. 3191 im Auszug* ... Vorstehendes vorläufig zu Euer etc. streng vertraulicher Information. Euer etc. können sich über die Grundzüge der russischen Anregung informiert zeigen, falls

1. von Sir E. Grey
2. von Herrn de Selves

1.—2. oder von den Botschaftern der neutralen Mächte Ihnen gegenüber das Thema zur Sprache gebracht werden sollte. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3153, 3197, 3214.

Nr. 3193. Privatschreiben nach London, 4. Jan. 1912 Nr. 12 C. d. M.[a]) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Mit Euer Exzellenz Privatschreiben vom 27. Oktober v. J. haben mich Hochdieselben in Kenntnis gesetzt, daß Sie im Sinne meiner Instruktionen an geeigneter Stelle in London einen Wink in der Richtung erteilt haben, daß die Stellung des hiesigen großbritannischen Botschafters erschüttert sei. Da nun seit diesen Eröffnungen Euer Exzellenz geraume Zeit verstrichen ist, hatte ich mich der Erwartung hingegeben, daß die englische Regierung mittlerweile zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen werde und ich habe es sehr unangenehm empfunden, daß sowohl die in London unternommenen Schritte Euer Exzellenz als die deutliche Sprache, welche ich Sir F. Cartwright gegenüber persönlich zu führen Gelegenheit nahm, bisher ohne jede Wirkung geblieben zu sein scheinen. Ich kann daher nicht umhin, Euer Exzellenz zu ersuchen, an maßgebender englischer Stelle — ich denke hiebei selbstverständlich an den Staatssekretär Sir E. Grey und an Sir A. Nicolson — ehetunlichst und in nachdrücklicher Weise auf diesen Gegenstand zurückzukommen und unter Hinweis auf die hohe Wichtigkeit, welche ich der Pflege unserer Beziehungen zu England beimesse, die Notwendigkeit hervorzuheben, daß die Vertretung Englands am hiesigen Hofe einer Persönlichkeit anvertraut werde, welcher ich volles Vertrauen schenken kann und welche geeignet ist, dem aus der heutigen Weltlage sich ergebenden Erfordernis einer sorgfältigen Behandlung der zwischen der Politik Oesterreich-Ungarns und Englands bestehenden Berührungspunkte Rechnung zu tragen. So hoch ich den Nutzen einschätze, welchen der durch die Vermittlung eines seine Aufgabe richtig auffassenden Botschafters unterhaltene Kontakt zwischen den Kabinetten im gegebenen Momente mit sich bringen kann, halte ich die Tätigkeit eines diplomatischen Vertreters geradezu für schädlich, wenn es ihm an den nötigen Eigenschaften für eine ersprießliche Erfüllung seiner Mission gebricht. Unter den verschiedenen Beispielen, welche ich zur Illustration der aus dem Mangel einer entsprechenden Fühlung mit den anderen Regierungen in wichtigen politischen Fragen hervorgerufenen Uebelstände anführen könnte, möchte ich nur das durch die Ereignisse der allerjüngsten Zeit Gebotene herausgreifen, daß ich in der einen Parallelismus der österreichisch-ungarischen

und englischen Interessen aufweisenden Meerengenfrage über die tatsächliche Stellungnahme der englischen Regierungskreise nicht ausreichend informiert war. Ich sehe mich daher genötigt, die englische Regierung nicht im Zweifel darüber zu lassen, daß ich nicht in der Lage wäre, die Belassung Sir F. Cartwrights als englischer Botschafter in Wien noch weiter hinzunehmen und ermächtige Euer Exzellenz dementsprechend Sir E. Grey sowie den anderen kompetenten englischen Persönlichkeiten erforderlichenfalls nicht zu verhehlen, daß Sie, wenn man sich englischerseits nicht aus eigener Initiative zu einem baldigen Personenwechsel auf dem hiesigen Botschafterposten entschließen sollte, gewärtig sind, einen Auftrag zu einer offiziellen Demarche in dieser Richtung zu erhalten. Den Mitteilungen Euer Exzellenz über das Ergebnis der im Sinne des Vorstehenden von Hochdenselben nach Ihrer Rückkehr nach London zu unternehmenden Schritte sehe ich mit lebhaftem Interesse entgegen.

[a]) Vgl. n. 2836, 3184, 3185, 3210.

Tel. nach Paris, 4. Jan. 1912 Nr. 1 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 3192.

Tel. nach Rom, 4. Jan. 1912 Nr. 1 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 3191.

Nr. 3194. Bericht aus Belgrad, 5. Jan. 1912 Nr. 2 C (eing. 7. Jan.).[a]) Ausfert.

Es hat hier ein gewisses Aufsehen erregt, dass der frühere Generalsekretär im königlich serbischen Ministerium des Äussern, Herr Spalajković, der gegenwärtig den Gesandtenposten in Sofia bekleidet, in letzter Zeit in kurzer Aufeinanderfolge 4mal hier gewesen ist, jedesmal lange Konferenzen mit dem russischen Gesandten und Herrn Milovanović gehabt hat, und jedesmal auch in Privataudienz vom König empfangen worden ist. Es ist bekannt, dass Herr Spalajković ein grosser Anhänger der Idee eines serbobulgarischen Bündnisses ist; es lag also auf der Hand seine häufigen Besuche, Konferenzen und Audienzen mit dieser Frage in Zusammenhang zu bringen. Einzelne meiner Kollegen wollten sogar wissen, dass gewisse definitive Abmachungen schon getroffen worden seien. Dementgegen erklärte mir der bulgarische Gesandte mit der grössten Entschiedenheit, dass davon absolut keine Rede sei. Diese häufigen Reisen des Gesandten Spalajković, die begleitenden Umstände und seine Geheimnistuerei seien auch ihm aufgefallen, er könne aber keine plausible Erklärung für dieselben finden. Würde es sich um ein Abkommen zwischen den beiden Staaten handeln, so müsste er doch davon unterrichtet sein, und er erklärte ganz feierlich, dass er davon absolut nichts wisse und daran gar nicht glaube. Herr Spalajković habe ihn nur ein einzigesmal und zwar ganz flüchtig aufgesucht, was ihn um so mehr gewundert hätte, da sie untereinander recht gut befreundet sind. Herr Toscheff meint allerdings, dass Serbien nicht abgeneigt wäre Anschluss an Bulgarien zu suchen, seine Bewerbung finde aber in Sofia keinen Anklang.

Weder der König noch die Regierung sind für ein Bündnis zu haben; Bulgarien wolle seine Hände frei halten und seine Aktionsfähigkeit wahren. Übrigens wäre ein engerer Anschluss schon deshalb nicht denkbar, weil die Serben von einer Autonomie Macedoniens nicht hören wollen, während die Bulgaren an diesem Programmpunkte festhalten. Auf meine Einwendung, dass ein autonomes Macedonien nur ein ephemäres Staatengebilde werden würde, das durch das Gesetz der Attraktion nur bald — wie es bei Ostrumelien der Fall war — durch Bulgarien absorbiert werden würde, erwiderte lächelnd mein Mitredner, dass „man gegen Naturgesetze nicht aufkommen könne." Aus dieser Bemerkung ist es zu ersehen, wie grundverschieden der serbische und der bulgarische Standpunkt ist und wie divergierend die beiderseitigen Interessen sind. Die Bulgaren wollen von der Teilung der Interessensphären — wofür die Serben plaidieren — gar nichts hören und so wird eine dauernde Einigung trotz aller Bemühungen des Herrn Spalajković kaum erzielt werden können. Ugron.

[a]) Vgl. n. 3172 Anm. b, 3208, 3603, 3689, 3969, 6138.

Nr. 3195. Privatschreiben aus Konstantinopel, 5. Jan. 1912 (eing. 8. Jan.).[a]) Ausfert.

Geheim. Assim Bey ist gestern anlässlich einer Unterredung, die ich mit ihm über verschiedene andere Gegenstände hatte, wieder auf das Thema der Entente zu sprechen gekommen. Er sagte mir, er werde demnächst einer Anregung Euerer Excellenz entsprechend, mir einen Entwurf eines Übereinkommens, wie er sich dasselbe denken würde, zukommen lassen. Weiteren Auslassungen des Ministers konnte ich entnehmen, dass ihm ein geheimes Abkommen und zwar mehr militärischen Charakters vorschwebt, in welchem stipuliert werden würde, dass die beiden vertragsschliessenden Theile für gewisse genau zu präcisierende Fälle sich gegenseitig militärischen Beistand leisten würden. Assim Bey scheint seine ursprüngliche Idee insoferne geändert zu haben, als er nunmehr bloss von einem Abkommen zwischen der Türkei einerseits und Österreich-Ungarn und Rumänien andrerseits spricht. Er hob ferner ausdrücklich hervor, dass ein solches Abkommen keinerlei Spitze gegen England haben dürfte und liess durchblicken, dass er sich mit der Idee trägt, im Anschlusse an den Cypern-Vertrag auch ein Abkommen mit England in Bezug auf die asiatischen Provinzen der Türkei zu treffen. Der Minister denkt, was das ins Auge gefasste Abkommen mit uns betrifft, augenscheinlich an einen geheimen Vertrag, da er mir sagte, er wolle die Sache in Zukunft mit Umgehung des türkischen Botschafters in Wien behandeln und von hiesigen Persönlichkeiten bloss den Grossvezier und Mahmud Schefket Pascha über den Gang der eventuellen Verhandlungen am Laufenden erhalten. Ich nahm diese Mittheilungen, ohne auf dieselben irgendwie einzugehen, entgegen und sagte nicht einmal dem Minister, dass ich Euerer Excellenz hierüber Bericht erstatten werde. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3190 Anm. d, 3207, 3317.

Nr. 3196. Erlaß nach London Nr. 71 (1), Paris Nr. 72 (2) und Madrid Nr. 70 (3), 5. Jan. 1912 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Aehrenthal).*

1., 2. u. 3. Der Königlich spanische Botschafter hat mir am 3. d. M. im Auftrage seiner Regierung Mittheilungen über den gegenwärtigen Stand der französisch-spanischen Marokko-Verhandlungen gemacht. Hernach sei dem ersten französischen Vorschlag, der unannehmbar gewesen sei, nunmehr ein zweiter gefolgt, der sich aber von dem ersten nur in unwesentlichen Dingen unterscheide und daher bei der spanischen Regierung keinen guten Eindruck hervorgerufen habe. Mit welchen Mitteln man französischerseits operire gehe unter andern auch daraus hervor, dass die französische Diplomatie in Madrid die Behauptung aufstelle, wir hätten den Wunsch ausgesprochen, dass in Marokko nur eine Souveränität etablirt werde. Ich habe diese ganz aus der Luft gegriffene Nachricht selbstverständlich dementirt und darauf hingewiesen, dass wir von allem Anfang an in Marokko keine andern als unsere wirtschaftlichen Interessen im Auge gehabt hätten. Den Schutz dieser letztern müssten wir uns allerdings angelegen sein lassen und erwarten, dass ihnen auch von spanischer Seite Rechnung getragen werde. Wenn daher ein französisch-spanisches Abkommen zustande komme, müsse es uns vorgelegt werden und wir würden uns zu seiner Anerkennung erst entschliessen können, wenn wir die Überzeugung hätten, dass uns in den der spanischen Souveränität etwa unterstellten Gebieten Marokkos dieselben wirtschaftlichen Zugeständnisse gesichert wären, zu denen sich Frankreich im deutsch-französischen Abkommen bequemen musste. Da der Botschafter auf die Schwierigkeiten hinwies, welche sich dem Abschlusse des spanisch-französischen Übereinkommens entgegenstellen, bemerkte ich abschliessend, ich sei übrigens bereit die k. u. k. Botschafter in London und Paris anzuweisen, sich bei den betreffenden Regierungen gelegentlich nach dem Stande der in Rede stehenden Verhandlungen [zu] erkundigen und bei diesem Anlasse neuerlich unser Interesse an der thunlichsten Berücksichtigung der spanischen Wünsche kundzugeben. Der Herr Botschafter nahm diese Mittheilung dankend zur Kenntniss. Ich beehre mich demnach Euer Exzellenz zu ersuchen, sobald sich eine Gelegenheit dazu ergiebt, über den Stand dieser Frage an competenter Stelle Erkundigungen einziehen und hiebei unsern Wunsch nach einer für Spanien annehmbaren Lösung ausdrücken zu wollen.

3. Ich richte vorstehenden Erlass an die k. u. k. Botschaften in Paris und London, welcher Euer Exzellenz zur Regelung Ihrer Sprache dienen kann.

1. u. 2. Indem ich Euer Exzellenz Berichterstattung über den Vollzug dieses Auftrages entgegensehe ...

[a]) Vgl. n. 3122, 3174, 3392.

Erlaß nach Madrid, 5. Jan. 1912 Nr. 70 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 3196.

Erlaß nach Paris, 5. Jan. 1912 Nr. 72 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 3196.

Nr. 3197. Tel. aus Paris, 5. Jan. 1912 Nr. 2 (eing. 4 U. 20 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm No. 1. Über die russische Anregung eines Waffenstillstandes habe ich hier bisher nichts gehört. Herr de Selves fragte mich letzten Mittwoch, ob Euer Exzellenz noch immer an eine gemeinsame Vermittlungsaktion der neutralen Mächte dächten, worauf ich ihm antwortete, ich sei überzeugt, Hochdieselben würden an einer Aktion zur Herstellung des Friedens, falls sie Aussicht auf Erfolg hätte, sicher gerne teilnehmen. Der Minister sagte mir, er nehme den gleichen Standpunkt ein, doch sehe er leider bisher keine Lösung der Frage, die Aussicht hätte, in Rom und in Konstantinopel akzeptiert zu werden. Man könne jetzt nur zuwarten. In Journalistenkreisen wird erzählt, dass Italien eine Vermittlungsaktion der Mächte jetzt gut aufnehmen würde. Szécsen.

[a] Vgl. n. 3198.

Nr. 3198. Tel. aus Rom, 5. Jan. 1912 Nr. 1 (eing. 3 U. 40 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Minister des Äussern erwähnte mir gestern am Ende einer Unterredung über andere Gegenstände, er habe jetzt zum ersten Male den Eindruck, dass der Friede näher rücke. Konkrete Anhaltspunkte hiefür seien zwar noch nicht gegeben, aber schon die Tatsache, dass verschiedene Friedensprojekte diskutiert würden, erscheine ihm opportun. Im Anschlusse hieran erwähnte Marquis di San Giuliano das Sasonowsche Projekt, die einschlägigen Unterredungen Euer Excellenz mit dem Herzog von Avarna, ferner ein Projekt Kiderlen-Waechters sowie jene mir schon aus Gesprächen mit Kollegen bekanntgewordene Modalität, wonach die Türkei das Schicksal der beiden Provinzen sozusagen der freien Entschliessung der eingeborenen Araber überliesse. Da ich diese Projekte, soweit mir dieselben überhaupt bekannt sind, nicht diskutieren durfte, überdies keinerlei Informationen über die einschlägige Situation in Konstantinopel besitze, habe ich auf die Frage des Ministers nach meiner Meinung ausweichend geantwortet und mich auf die Äusserung eines Zweifels darüber beschränkt, ob derartige Projekte eine wirkliche Lösung der ganzen Frage bedeuten würden. Mérey.

[a] Vgl. n. 3197, 3199, 3219 Anm. b.

Nr. 3199. Tel. aus Rom, 5. Jan. 1912 Nr. 2 (eing. 6. Jan. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 1 hat sich mit meinem Telegramme Nr. 1 gekreuzt. Zu Letzterem möchte ich noch nachtragen, dass Minister des Äussern bemerkte, Euer Exzellenz hätten sich in der Unterredung mit dem Herzog von Avarna gegen das Sazonowsche Projekt ausgesprochen. Marquis San Giuliano schien diese Auffassung zu teilen, wobei ich aber verstanden zu haben glaube, dass er nicht mit Abzug der türkischen Truppen rechnete. In der in dem gestrigen Telegramme Euer Exzellenz geschilderten Form schiene mir das russische Projekt im Grossen und Ganzen für Italien als „pis aller" akzeptabel, falls die Anerkennung des Besitzes Italiens seitens der Grossmächte sich auf die gesamten beiden

Provinzen und nicht bloss auf die bisher okkupierten Punkte erstrecken würde. Da ich aber (wohl als einziger unter meinen Kollegen) auch in dieser Angelegenheit zu keiner Aussprache mit hiesiger Regierung ermächtigt bin, hat diese meine Ansicht nur einen persönlichen und daher theoretischen Wert. Gleichfalls persönlich halte ich eine derartige Lösung für wenig opportun, da sie doch in der Folge eine Unklarheit und Spannung zwischen Italien und der Türkei sowie eine Reihe unentschiedener Fragen zwischen diesen beiden Staaten untereinander und zwischen ihnen und den übrigen Mächten (Konsulats-Exequatur, Kapitulationen, Zollregime und so weiter) zurück liesse. Auch erschiene das Ganze nicht als eine europäische, sondern als eine prägnant französisch-russische Mediation, besonders dann, wenn — wie eine allerdings unverbürgte Information mir besagt — die italienische Entschädigungssumme der Türkei in der Form einer von Italien garantierten französischen Anleihe zukäme. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3198, 3201, 3219 Anm. b.

Nr. 3200. Tel. nach St. Petersburg, 5. Jan. 1912 Nr. 2 (chiffr. 7 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 2 und 3 vom 3. l. M. Es erfüllt mich mit Befriedigung, daß Herr Sazonow die meinen Erklärungen in den Delegationen zugrunde liegenden Intentionen richtig erfaßt hat. Es war tatsächlich meine Absicht, in einem Augenblicke, wo sich der türkisch-italienische Krieg noch immer fortzieht und infolgedessen auch eine begreifliche Unruhe in der öffentlichen Meinung in Europa und auf der Balkanhalbinsel bemerkbar ist, neuerdings die friedlichen Ziele zu konstatieren, welche die k. und k. Regierung in ihrer Politik verfolgt. Meine Erklärungen enthalten absolut nichts Neues, da meine Vorgänger und ich selbst uns zu wiederholten Malen in dem gleichen Sinne ausgesprochen haben. Nur die Zeitumstände sind es, die meinen Worten ein gewisses Relief gegeben haben. Indem ich die konservativen Ziele der österreichisch-ungarischen Politik in Europa und im nahen Oriente neuerdings betont habe, bin ich auf dem Boden des Programmes geblieben, welches erst kürzlich (im Frühjahre 1910)[b]) zwischen den Kabinetten von Wien und St. Petersburg unter beiderseitiger Übereinstimmung besprochen worden ist. Aus der freundlichen Aufnahme, welche mein Exposé bei dem Herrn russischen Minister des Äußern gefunden hat, sowie aus seiner Äußerung, daß unsere gegenseitigen Beziehungen derzeit solche zu sein scheinen, daß wir, wenn sich der Anlaß dazu ergibt, jederzeit eine Konversation, selbst über heiklere Themata, aufnehmen könnten, ersehe ich mit Vergnügen, daß auch bei Herrn Sazonow die gleichen Dispositionen, wie bei mir, bestehen. Euer Exzellenz wollen sich dem Herrn russischen Minister des Äußern gegenüber im vorstehenden Sinne aussprechen und beifügen, wir könnten nun — nachdem de part et d'autre diese Übereinstimmung und die Geneigtheit vorliege, gegebenenfalls eine Konversation über gewisse Fragen zu pflegen — den Ereignissen mit größerer Zuversicht entgegenblicken. Über die Aufnahme des russischen Waffenstillstandsgedankens folgt ein getrenntes Telegramm. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3201, 3222. — [b]) Vgl. n. 2036, 2059.

Nr. 3201. Tel. nach St. Petersburg, 5. Jan. 1912 Nr. 3 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Aehrenthal).

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 2: Die angekündigte russische Demarche, betreffend eine Vermittlung der Mächte zwischen Italien und der Türkei auf Basis eines Waffenstillstandes, ist hier am 3. d. M.[b] in der Weise erfolgt, daß mir Herr von Giers die ihm zugekommene Instruktion vorlas, ohne jedoch eine schriftliche Aufzeichnung zu hinterlassen. Was das Meritum, das ist die Bedingungen anbelangt, unter welchen nach Ansicht Herrn Sazonows der Waffenstillstand abzuschließen wäre, deckte sich die Mitteilung des russischen Botschafters mit den von Euer Exzellenz, insbesondere in dem Telegramme Nr. 233 vom 31. v. M. wiedergegebenen Äußerungen des Herrn russischen Ministers des Äußern vollkommen. Hingegen lag hinsichtlich des modus procedendi insoferne eine Divergenz vor, als es sich nach den Mitteilungen Herrn von Giers nicht um einen von allen Mächten kollektiv oder einzeln bei den beiden Kriegführenden zu unternehmenden Vermittlungsversuch, sondern darum handeln würde, daß Frankreich, als Mandatar der neutralen Großmächte, einen einseitigen Druck auf die Pforte ausübe, um die Annahme des Waffenstillstandes zu erreichen. Der russische Botschafter hat mir weiters einige Stellen aus einem Schreiben Herrn Sazonows mitgeteilt, deren eine dahin lautet, daß in St. Petersburg die Auffassung vorherrsche, Rußland und Österreich-Ungarn würden auf dem Boden des status quo verbleiben, was mit dem in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 3 vom 3. d. wiedergegebenen Gedankengange des russischen Ministers so ziemlich im Einklange steht. Weiters hieß es in dem Briefe, es wäre dem Petersburger Kabinette, welches eben jetzt die Initiative zum Abschlusse eines Waffenstillstandes zwischen den Kriegführenden ergriffen, sehr erwünscht, auf die Mitwirkung Deutschlands und Österreich-Ungarns rechnen zu können. Dies stimmt nun mit der von Herrn Sazonow Frankreich zugedachten Sonderrolle nicht ganz überein, und ich habe dies auch Herrn von Giers gegenüber releviert, ohne jedoch diesen (augenblicklich noch nicht aktuellen) Punkt besonders zu betonen. Im übrigen habe ich den russischen Botschafter ersucht, Herrn Sazonow mitzuteilen, daß ich seine Initiative mit Befriedigung begrüße, weil hiedurch die Konversation über diese heikle Frage in Fluß komme und so den Gefahren rechtzeitig vorgebeugt werden könne, welche das Frühjahr im Schoße berge. Ich würde die Anregung des Herrn russischen Ministers des Äußern zum Gegenstande eines eingehenden Studiums machen und mich mit den anderen Kabinetten in Verbindung setzen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Orientierung und vorläufiger Regelung Ihrer Sprache. Was die Betrauung Frankreichs mit einem europäischen Mandate betrifft, so wollen Sie nur für den Fall, daß Herr Sazonow Euer Exzellenz gegenüber auf diesen Gegenstand anspielen sollte, — jedoch auch dann nur als Ihre persönliche Ansicht — sich dahin vernehmen lassen, daß ein gewisser Widerspruch darin liege, daß bei einer gemeinsamen Aktion aller Kabinette eines derselben als Mandatar auftrete. Sobald ich über nähere Informationen hinsichtlich der Realisierbarkeit der russischen Anregung und der Haltung der anderen Mächte

verfügen werde, gedenke ich meine Auffassung nach St. Petersburg gelangen zu lassen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3199, 3202, 3204, 3267. — [b]) Vgl. n. 3191.

Nr. 3202. Tel. aus Berlin, 6. Jan. 1912 Nr. 3 (eing. 8 U. 7 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Inhalt Euer Exzellenz Erlasses Nr. 50 vom 4. d. M. Unterstaatssekretär mitgeteilt und Reichskanzler zur Kenntnis gebracht. Herr Zimmermann sagte mir, dass die Meldungen des Grafen Pourtalès und des Grafen Thurn sowie die Mitteilungen der russischen Botschafter hier und in Wien vollkommen übereinstimmen. Unterstaatssekretär wiederholte mir (vide mein Telegramm von vorgestern Nr. 2), dass er Grafen Osten-Sacken ersucht habe, Herrn Sazonow zu melden, er sei darüber sehr befriedigt, dass durch die russische Initiative die schwierige Frage der möglichen Beendigung des Krieges in Fluss gekommen sei, dass er aber eine definitive Antwort zu dem russischen Vorschlage erst nach Rücksprache mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär, dessen gegenwärtiger Aufenthalt ihm ganz unbekannt sei, sowie nach Fühlungnahme mit den anderen Kabinetten werde erteilen können. Das beabsichtigte Mandat an Frankreich betreffend teilt Unterstaatssekretär in jeder Beziehung Euer Exzellenz Bedenken. Baron Marschall habe sich bisher über die ihm von hier aus mitgeteilte russische Anregung nicht geäussert. Die äusserst verworrene Situation in Konstantinopel habe sich durch den Umstand noch schwieriger gestaltet, dass, nach den heute von dort hier eingetroffenen Nachrichten, Said Pascha lebensgefährlich erkrankt sei. Mein italienischer Kollege erzählte mir schon vorgestern streng vertraulich, dass er durch seine Regierung von dem russischen Vermittlungsversuche unterrichtet worden sei. Er versicherte mir, dass er mit der Idee der Mandatserteilung an Frankreich mit Rücksicht auf die Suszeptibilitäten Deutschlands ganz und gar nicht einverstanden sei und dies Marquis San Giuliano gemeldet habe. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3201, 3204, 3224.

Nr. 3203. Bericht aus Paris, 6. Jan. 1912 Nr. 1 B (eing. 8. Jan.).[a]) Ausfert.

Die Hoffnung, dass nach dem Abschluss des deutsch-französischen Übereinkommens über Marokko eine gewisse Detente eintreten werde, scheint sich bisher nicht zu erfüllen. Die Zeitungen fahren in ihrer Hetze gegen Deutschland fort, wobei wir, als die Alliierten Deutschlands, auch nicht gut wegkommen, wie dies die sehr heftig geführte Zeitungskampagne gegen unsere angeblichen Anlehenspläne beweist. Täglich erscheinen auch in den der Regierung nahestehenden Blättern Artikel, die auf die Unsicherheit der politischen Lage und auf die Gefahr eines Krieges hinweisen und eine Verstärkung der militärischen Machtmittel, speziell der Flugapparate, denen man hier eine grosse Wichtigkeit beimisst, verlangen. Man kann nicht annehmen, dass die Regierung damit Stimmung für eventuelle Erhöhung des Kriegsbudgets machen will. Es wäre dies auf jeden Fall nicht

nötig, denn die französischen Kammern haben stets, wenn es sich um Verstärkung der Armee handelte, die grösste patriotische Opferfreudigkeit bekundet. Während der Kammerdebatte über das Marokko-Abkommen war es auffallend, wie die kriegerischen Rodomontaden gewisser nationalistischer und sogar ehemaliger boulangistischer Deputierten, die die Kammer sonst nicht zu ernst zu nehmen pflegt, die begeisterte Zustimmung des Hauses fanden. Bezeichnend ist auch der Enthusiasmus, den die Flucht des Hauptmannes Lux aus seinem Gefängnisse hervorrief. Der Genannte wird wie ein National-Held gefeiert. Der Kriegsminister empfing ihn sofort, um ihn zu seiner „Heldentat" zu beglückwünschen. Man wollte schon öffentliche Sammlungen zu seinen Gunsten veranstalten, Feste für ihn geben und so weiter, doch wurden diese Demonstrationen schliesslich von der Regierung abgewinkt, die, allerdings etwas verspätet, eingesehen haben dürfte, dass es doch nicht ganz am Platze wäre, sich mit einem militärischen Spion zu identifizieren. Freiherr von Schoen, der im allgemeinen die Ausbrüche des französischen Chauvinismus mit einem gewissen optimistischen Gleichmut betrachtet, besprach kürzlich mit mir dieses Anwachsen der kriegerischen Tendenzen in Frankreich. Der deutsche Botschafter nimmt die Sache auch jetzt nicht tragisch und hofft, dass die Aufregung, die den ganzen Sommer hindurch künstlich angefacht ward, wieder einer friedlicheren Auffassung Platz machen wird. Immerhin meinte er aber, müsse man sich für die nächsten Monate auf verschiedene Unannehmlichkeiten gefasst machen. Auch ich glaube nicht, dass die französische Nation den Krieg will. Die überwiegende Mehrheit fürchtet sich vor demselben, und der von den Zeitungen geschlagene kriegerische Lärm erinnert mich an Kinder, die im finsteren Wald laut singen, um die Furcht nicht aufkommen zu lassen. Dieses fortwährende Säbelrasseln ist aber doch gefährlich. Ein altes Sprichwort sagt, man soll den Teufel nicht an die Wand malen. Wenn man immer wiederholt, dass man mit einigen Hundert Aëroplanen Deutschland erobern wird, so könnte es die Bevölkerung schliesslich doch glauben. Die Leute gewöhnen sich an die Idee des Krieges mit Deutschland, der früher oder später doch ausbrechen werde. Ich habe bei verschiedenen Leuten der Auffassung begegnet, ein Krieg mit Deutschland sei unvermeidlich, der jetzige Zustand der Unsicherheit sei aber auf die Länge unerträglich, es wäre besser, es käme daher bald dazu, damit die Sache einmal überstanden sei. Es wäre sehr zu wünschen, dass die Verhandlungen mit Spanien bald zu einem befriedigenden Abschluss gelangen und dass die ganze Marokko-Debatte im Senat und der Kammer mitsamt den daran geknüpften Interpellationen über die auswärtige Politik zu Ende geführt werde. Solange dies nicht der Fall ist, hat die Regierung ein Interesse daran, die chauvinistische Stimmung im Lande zu fördern und zur Rechtfertigung ihrer Haltung Deutschland als den gefährlichen, stets drohenden Friedensstörer hinzustellen. Gewisse kleine Anzeichen sprechen aber doch dafür, dass man in Regierungskreisen die Situation ruhiger betrachtet als vor einigen Monaten. Im Sommer und im Herbste war es auffallend, wie alle grossen Banken, offenbar einem „mot d'ordre" folgend, das Gold an sich zogen. Es war kaum möglich, auf den Banken Goldstücke zu bekommen.

Selbst bei Eskomptierung grösserer Wechsel gelang es nur sehr schwer, ein paar Hundert Francs in Gold zu bekommen. Dieser Zustand hat sich seit kurzer Zeit entschieden gebessert, und kann man jetzt, wenn auch nicht so leicht wie in normalen Zeiten, auf den Banken wieder Goldstücke erhalten.

Szécsen.

[a]) Vgl. n. 3170, 6550.

Nr. 3204. Tel. aus St. Petersburg, 6. Jan. 1912 Nr. 8 (eing. 10 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Zu Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 3. Als ich heute Herrn Sazonow die mir aufgetragene Antwort Euer Exzellenz auf den durch Herrn von Giers übermittelten Mediationsvorschlag überbrachte, lenkte ich unauffällig Gespräch auf Art der Durchführung, wobei ich konstatieren konnte, dass Minister in der Tat eine gemeinsame Demarche aller Mächte durch das Sprachrohr eines Mandatars — und zwar am ehesten Frankreichs als der politisch in Konstantinopel am wenigsten interessierten Macht — im Auge habe. Dieser Modus schwebt ihm bloss aus Zweckmässigkeitsgründen vor. Ob allerdings Frankreich auf die ihm zugedachte Rolle eingehen werde, sei ihm unbekannt. Ich enthielt mich jeder Appreciation. Ich habe den Eindruck, dass Herr Sazonow, welcher mir in früheren Unterredungen sein Projekt nur in allgemeinen Umrissen geschildert hatte, erst nachträglich auf die Idee gekommen ist, im Interesse der Einheitlichkeit eine Macht als porte-voix der gemeinsamen Demarche fungieren zu lassen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3202, 3205.

Nr. 3205. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 8. Jan. 1912 Nr. 4 (eing. 11 U. 34 M. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Herr Bompard sagte mir gestern, er stimme mit mir und unserem deutschen und englischen Kollegen darin vollkommen überein, dass die russische Mediationsanregung undurchführbar sei, da die Türkei nicht darauf eingehen könnte, ihre Truppen aus Tripolitanien zurückzuziehen. Der französische Botschafter ist der Ansicht, dass unter allen Umständen, wenn hier Schritte im Interesse des Friedens unternommen werden sollten, dieselben nur dann einige Aussicht auf Erfolg haben könnten, falls eine diesbezügliche Pression gleichzeitig von allen Mächten ausgehen würde. Herr Bompard glaubt nämlich, dass die Türkei nur einer solchen Pression, welche unter Androhung von eventuellen Koërzitivmassregeln stattfinden würde, nachgeben könnte, was jedoch auch seines Erachtens ganz unmöglich wäre. Die russische Anregung dürfte indessen (vide mein Privatschreiben vom 5. d. M.)[b]) auf eine Idee Herrn Tscharykows zurückzuführen sein, jedoch mit dem bedeutenden Unterschied, dass der russische Botschafter wie mir auch Herr Bompard sagt, nicht an ein Zurückziehen der türkischen Truppen während des Waffenstillstandes gedacht hat. Soeben sucht mich mein französischer Kollege auf und teilt mir mit, er habe heute die telegraphische Nachricht erhalten, dass das Wiener und Berliner Kabinett in Rom erklärt haben sollen, sie würden bereit sein, auf den russischen

Vorschlag einzugehen, jedoch mit dem Vorbehalte, dass die in Konstantinopel zu unternehmenden Schritte nicht durch den französischen Botschafter allein, sondern durch alle Vertreter der Grossmächte gleichzeitig zu machen wären. Der heutige Tanin bringt einen augenscheinlich inspirierten Artikel, in welchem kategorisch erklärt wird, dass die Türkei auf Friedensverhandlungen nur dann eingehen könnte, wenn die Frage der definitiven Abtretung Tripolitaniens eliminiert werden würde. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3204, 3212, 3216 Anm. c. — b) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 3206. Privatschreiben aus Rom, 8. Jan. 1912.a) Ausfert.

Es bildete, wie es Euerer Excellenz bekannt sein dürfte, ein stetes und berechtigtes Gravamen meiner beiden Vorgänger auf diesem Posten, dass König Victor Emanuel sich nie um Seine Majestät, unseren Allergnädigsten Herrn, erkundigte. In dieser Beziehung ist seit mehr als einem Jahre ein erfreulicher Wandel eingetreten. Der König lässt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne mich nach dem Befinden, Aufenthalte etc. Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät zu fragen. Hiezu bot sich schon im letzten Frühjahre bei den zahlreichen Jubiläums-Festlichkeiten häufiger Anlaß, und auch bei dem heurigen Neujahrsempfange des diplomatischen Corps hat sich der König in eingehender und teilnehmender Weise um das Unwohlsein Seiner Majestät erkundigt und meine günstigen Nachrichten mit sichtlicher Freude entgegengenommen. Das Gleiche geschah seitens der beiden Königinnen, wobei speziell bei Königin Margherita die aufrichtige und warme Verehrung für unseren Allergnädigsten Herrn zum Ausdrucke gelangte. Hinsichtlich des Besuches des deutschen Staatssekretärs des Äussern in Rom ist noch nichts näheres bestimmt. Mein deutscher College behauptet, dass kein specieller Anlaß Herrn von Kiderlen nach Rom führe, und dass der Besuch, wenn er wirklich stattfinde, — was noch nicht ganz sicher sei — sich als ein Werk Herrn Pansas darstelle. Das mag ja richtig sein, aber wenn Herr von Kiderlen auf die Sache in diesem ungewöhnlichen Momente eingieng, muss er dazu meines Erachtens doch seine Gründe haben. Als solche könnte ich mir die Absicht denken, den schlechten Eindruck wettzumachen, den die Haltung der deutschen Presse hier verursachte, ferner der Erneuerung des Dreibundes einen coup d'épaule zu geben, und vielleicht auch in der Friedensfrage irgend einen Versuch zu unternehmen. ... *Personalfragen.* ... Mérey.

a) Vgl. n. 3182, 3209.

Nr. 3207. Privatschreiben nach Konstantinopel, 10. Jan. 1912 Nr. 134.a) Konz. (S. Rappaport; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Euer Exzellenz Privatschreiben vom 28. v. M. und 5. l. M., betreffend den Gedanken einer Entente der Türkei mit den Zentralmächten und Rumänien, habe ich erhalten und Hochderen eingehende Ausführungen über diesen Gegenstand mit Interesse zur Kenntnis genommen. Wie ich dem zweiten Schreiben entnehme, ist Assim Bey neuerdings Euer Exzellenz gegenüber auf seine Ententeidee zurückgekommen

und hat dieselbe insoweit eine konkrete Gestalt angenommen, als dem türkischen Minister ein geheimes Abkommen, und zwar mehr militärischen Charakters vorzuschweben und er dessen Abschluß nur mit Österreich-Ungarn und Rumänien anzustreben scheint. Ich bin vollkommen damit einverstanden, daß Euer Exzellenz sich gegenüber Assim Beys Ankündigung von der demnächstigen Zumittlung eines einschlägigen Entwurfes sehr reserviert verhalten haben und ersuche Hochdieselben, auch in Hinkunft eine Berührung dieses Themas absolut zu vermeiden und sich auf die Entgegennahme der diesbezüglichen Äußerungen des ottomanischen Ministers des Äußern beziehungsweise des Großveziers zu beschränken. Liegt doch — auch abgesehen von der durch den Krieg mit Italien geschaffenen Situation — derzeit in Konstantinopel eine viel zu verworrene innerpolitische Lage vor, als daß die türkischen Staatsmänner zur Erwartung berechtigt wären, daß man sich mit ihnen gegenwärtig in Unterhandlungen über die in Rede stehende Entente, welche der Türkei nur Vorteile, den anderen Mitkontrahenten jedoch ausschließlich Nachteile brächte, einlassen könne. Unmittelbar vor Kurierschluß habe ich Euer Exzellenz gestriges Telegramm Nr. 5[b]) über Hochderen interessante Unterredung mit Hilmi Pascha erhalten. Sollte es diesem Staatsmanne tatsächlich gelingen, seine Projekte (insbesondere was Albanien anbelangt) zu realisieren und durch ein Raliierungsprogramm der Zersplitterung der politischen Kräfte der Türkei ein Ende zu setzen, so wäre allerdings viel gewonnen und von unserem Gesichtspunkte eine solche Wendung zum Besseren sicherlich mit Freude zu begrüßen.

[a]) Vgl. n. 3217 Anm. e, 3317. — [b]) Mit Tel. Nr. 5, 8. Jan. 1912 (eing. 10. Jan. 9 U. a. m.) wurde über eine Unterredung mit Hussein Hilmi berichtet, worin der Exgroßvezier über innere Politik, den Tripoliskrieg und namentlich über Albanien sprach. Wie der Kriegsminister sei er der Ansicht, daß das albanesische Element in seiner nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung möglichst unterstützt werden müsse.

Nr. 3208. Privatschreiben nach Sofia, 10. Jan. 1912 Nr. 135.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Aehrenthal).

Vertraulich. In Ihrer Expedition vom 29. v. Mts.[b]) haben Euer Hochgeboren von der Eventualität eines russophilen Regimes Dr. Daneff gesprochen und im Anschlusse daran vor der Auffassung gewarnt, als ob unsere Freundschaftsbezeugungen bei dem Gros der bulgarischen Bevölkerung eine der Monarchie freundliche Stimmung zu erwecken imstande gewesen wären. Auch ich gebe mich darüber keiner Täuschung hin, daß so ziemlich jeder Bulgare ohne Unterschied der Parteirichtung von mehr oder minder großen Sympathien für Rußland erfüllt ist. Es erscheint mir dies als eine natürliche Tatsache. Es kann ja nicht überraschen, daß selbst bei so nüchternen Realpolitikern, wie es die Bulgaren sind, die historischen Ereignisse, denen das Land seine Befreiung von der türkischen Herrschaft verdankt und die sich unter den Auspizien Rußlands vollzogen haben, im Empfinden des Volkes nachwirken; ebenso begreiflich ist es, daß die Einheit des Bekenntnisses und die Verwandtschaft der Rasse ein Band bildet, das Bulgarien mit Rußland enger verknüpft als mit irgend einem anderen

Reich. Wir können daher darüber, daß Rußland uns in den Gefühlen der Bulgaren den Rang abläuft, umso weniger erstaunt sein, als unser seinerzeitiges Eintreten für Serbien — nach Slivnitza — vielleicht auch heute noch die Gesinnung des bulgarischen Volkes uns gegenüber einigermaßen beeinflußt. Ein gewisser Grad von allgemeiner Russophilie in Bulgarien ist also durch vorstehende Momente erklärlich und mit dieser gegebenen Tatsache müssen wir — wol für absehbare Zeit — in unserem politischen Kalkul rechnen. Wir dürfen aber andererseits nicht übersehen, daß eben der ruhige und überlegte Volkscharakter und das immer mehr erstarkte Selbständigkeitsgefühl der Bulgaren eine Garantie dafür bietet, daß die praktische Betätigung ihrer russischen Sympathien jene Grenzen, die durch die Interessen des eigenen Volksthumes gezogen sind, nicht überschreiten wird. Vielleicht mit noch mehr Berechtigung, als der von Euer Hochgeboren erwähnte Gewährsmann dies von Grafen Khevenhüller behauptet hat, kann man von General Kaulbars sagen, daß er in Bulgarien nicht vergessen ist. Einen weiteren Grund, der mich bestimmt, die Bedeutung dieser Hinneigung zu Rußland nicht zu überschätzen, bildet die Tatsache, daß Bulgarien nicht wie die anderen Balkanstaaten Stammesgenossen innerhalb der Grenzen der Monarchie besitzt. Dadurch entfällt jeder Zusammenhang zwischen der bulgarischen Politik und inneren Vorgängen und Strömungen in Österreich-Ungarn; es besteht kein notwendiger und direkter Gegensatz zwischen unseren Interessen und den nationalen Aspirationen Bulgariens und dies vermindert wesentlich die Tragweite, die ein enges bulgarisch-russisches Verhältnis unter anderen Umständen für uns besäße. Nach alledem kann ich in der sozusagen platonischen Russenfreundlichkeit des bulgarischen Volkes keinen Grund erblicken, weshalb wir von der wohlwollenden Haltung, die wir dem Königreiche gegenüber bisher eingenommen haben, abgehen sollten. Ich werde vielmehr auch weiterhin bemüht sein, Bulgarien nach dem Prinzipe des do ut des entgegenzukommen und ich gedenke an dieser Politik, mit der wir selbst gegenüber ausgesprochen russophilen bulgarischen Staatsmännern nicht ungünstige Erfahrungen gemacht haben, auch dann festzuhalten, wenn ein Kabinett Daneff ans Ruder kommen sollte.

a) Vgl. n. 3187 Anm. b, 3194, 3217 Anm. d, 3280. — *b)* Mit Bericht Nr. 97 C, 29. Dez. 1911 (eing. 31. Dez.) wurde aus Sofia das Gerücht der Ersetzung Geschows durch Danew gemeldet, das von Geschow Grafen Tarnowski gegenüber indirekt bestätigt wurde.

Nr. 3209. Erlaß nach Berlin, 11. Jan. 1912 Nr. 155.a) Konz. (S. Biegeleben; G. Aehrenthal).

Streng geheim. Die in dem geheimen Berichte Euer Exzellenz vom 3. Jänner No. 1 enthaltenen Mittheilungen über die zögernde Haltung der kgl. italienischen Regierung in der Frage der Erneuerung des Dreibundes finden in einem Berichte ihre Bestätigung, der mir hierüber aus Rom vorliegt und von welchem ich beiliegend eine Abschrift anschliesse.*b)* Wie Euer Exzellenz hieraus entnehmen werden, hat Herr von Mérey bisher nur über die in privater Form vorgebrachten Bedenken des Marquis di San Giuliano gegen die sofortige Erneuerung des Bundesverhältnisses Meldung

erstattet, während Herr Pansa Ihnen bereits zu sagen wusste, dass auch Seine Majestät der König und Herr Giolitti diese Bedenken bis zu einem gewissen Grade theilen. Die italienische Regierung scheint über die Opportunität dieses Actes im gegenwärtigen Augenblicke noch nicht mit sich im Reinen zu sein und hat vielleicht, da eine formelle Antwort bisher noch nicht erfolgt ist, die Absicht, die Sache einstweilen dilatorisch zu behandeln. In völliger Uebereinstimmung mit dem Berliner Cabinet haben wir keinen Anlass, auf ihre Entschliessungen beschleunigend einzuwirken. Möglicher Weise wird die Anwesenheit des Herrn Staatssecretärs von Kiderlen in Rom die Gelegenheit bieten, über ihre Intentionen präcise Auskünfte zu erlangen. In Euer Exzellenz Bericht ist mir die Mittheilung aufgefallen, dass die italienische Regierung angeblich den Wunsch ausgesprochen haben soll, der veränderten Sachlage in Marokko und Tripolitanien nicht nur im protocole sondern auch im Vertragstext selbst Rechnung zu tragen. Da mir eine ähnliche Meldung aus Rom nicht zugekommen ist, bin ich geneigt, an ein Missverständnis des Herrn Pansa zu glauben, weil ein solcher Wunsch im offenbaren Widerspruch mit der uns erteilten Zusicherung stünde, den Vertrag tel quel erneuern zu wollen. Was dieses protocole betrifft, so beehre ich mich, Euer Exzellenz zu ersuchen, im Auswärtigen Amte mitzuteilen, dass es statt: qui sera fixé d'après l'accord futur und so weiter richtiger heissen sollte: qui sera fixé par l'accord futur und so weiter. Desgleichen wollen Euer Exzellenz dort bekannt geben, dass Herr von Mérey beauftragt worden ist, eine schriftliche Abmachung darüber zu verlangen,[c] dass eine Veröffentlichung der erfolgten Erneuerung des Dreibundes nur nach einem vorausgegangenen Einverständnisse aller drei Compaciscenten wird erfolgen dürfen. Da eine ähnliche Anweisung in den Instructionen des Herrn von Jagow fehlt, wäre es wünschenswert, sie in diesem Sinne zu ergänzen.

P. S. Meine Vermutung, dass die Mittheilung Herrn Pansa's, wonach die italienische Regierung die Bestimmungen wegen Tripolitaniens und Maroccos in den Vertrag selbst aufzunehmen wünsche, irrig sein müsse, hat sich, wie aus dem beiliegenden, nach Fertigstellung dieses Erlasses mir zugekommenen Berichte Herrn von Mérey's[d] hervorgeht, als richtig erwiesen. Marquis di San Giuliano hat keinen dahingehenden Wunsch ausgesprochen, wohl aber die Fassung des Protocolls und zwar sowol in Beziehung auf Tripolis als auf Marokko bemängelt. Mir scheinen die Bedenken nach beiden Richtungen unbegründet zu sein. Wir wollten die Erwerbungen Italiens nach dem gegenwärtigen Krieg wohl auf Tripolis und die Cyrenaika beschränkt wissen; die Erwerbung dieser zwei Provinzen nach erfolgtem Friedensschluss sollte aber jetzt schon anerkannt werden, was für Italien doch nur von Vorteil sein kann. Den unwahrscheinlichen Fall, dass es zwischen Italien und der Türkei überhaupt zu keinem Accord kommen sollte, haben wir dabei allerdings nicht in Betracht gezogen, aber selbst in diesem Falle würde eine Anerkennung der thatsächlichen Besitzverhältnisse von unserer Seite keinen Schwierigkeiten begegnen. Was die Bestimmung über Marocco betrifft, so ist in derselben nach meiner wohl auch in Berlin geteilten Auffassung lediglich die Anerkennung des durch das deutsch-französische Abkommen geschaffenen status, nicht aber eine

Verpflichtung zur Aufrechterhaltung desselben enthalten. Ich setze voraus, dass dem Auswärtigen Amte analoge Meldungen des Herrn von Jagow vorliegen und beehre mich, Euer Exzellenz zu ersuchen, sich dort im Sinne der vorstehenden Ausführungen äussern und dabei meiner Meinung Ausdruck geben zu wollen, dass unter den gegebenen Verhältnissen nichts anderes übrig bleibt, als zuzuwarten, bis uns die kgl. italienische Regierung eine ihr genehme Formulirung des Protocolls mitgetheilt haben wird.

[a]) Vgl. n. 3206, 3213, 3231. — [b]) Vgl. n. 3163. — [c]) Vgl. n. 3138. — [d]) Vgl. n. 3180.

Nr. 3210. Privatschreiben nach Berlin, 11. Jan. 1912 Nr. 34 C. d. M.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Im Anschlusse an mein Telegramm vom 30. v. M.[b]), mit welchem ich Euer Exzellenz beauftragt habe, den Reichskanzler in Angelegenheit der Abberufung Herrn von Tschirschkys vom hiesigen Posten aufzusuchen und diese gelegentlich auch bei Kaiser Wilhelm direct zur Sprache zu bringen, möchte ich Hochdenselben einige Mitteilungen über jene Schritte zukommen lassen, welche ich seit dem Erscheinen des bewussten Sir F. Cartwright zugeschriebenen Interviews in der „Neuen Freien Presse" und den sich daran knüpfenden Weiterungen zum Zwecke der Herbeiführung eines Wechsels in der Person des hiesigen englischen Botschafters unternommen habe. ... *Mit einigen unwesentlichen Änderungen wie n. 2737 von „Sir F. Cartwright" bis „hingenommen haben dürfte"* ... Einige Tage vorher hatte ich schon den auf seinen Posten abgehenden Grafen Mensdorff beauftragt,[c]) an massgebender englischer Stelle zu verstehen zu geben, dass Sir F. Cartwright sich in Wien unmöglich gemacht habe und dass es im Interesse unserer Beziehungen zu England erwünscht sei, einen Personenwechsel auf dem hiesigen englischen Botschafterposten eintreten zu lassen. Auch die oben angeführte Zurechtweisung, welche ich dem Herrn englischen Botschafter erteilt hatte, wurde Graf Mensdorff behufs Verwertung in seinen Konversationen mitgeteilt. Da ich der englischen Regierung zur Lösung einer so heiklen Frage Zeit lassen wollte, war ich einstweilen auf die Angelegenheit nicht mehr zurückgekommen. Nunmehr habe ich aber unseren Botschafter in London, welcher sich dieser Tage hier auf Urlaub aufgehalten hat, die Instruction erteilt, bei seiner Rückkehr zu konstatieren, welche Wirkung seine Vorstellungen und meine Sir F. Cartwright gegenüber geführte deutliche Sprache auf die Dispositionen der englischen Regierung geübt haben und ihn beauftragt, die Letztere erforderlichenfalls nicht darüber in Zweifel zu lassen, dass ich eine weitere Belassung des gegenwärtigen englischen Botschafters auf dem hiesigen Posten nicht zu dulden gesonnen sei. Ich ermächtige Euer Exzellenz, die vorstehenden Details Kaiser Wilhelm und Herrn von Bethmann Hollweg in streng vertraulicher Weise zur Kenntnis zu bringen und dieselben in Ihren, die Abberufung Herrn von Tschirschkys betreffenden Gesprächen entsprechend zu verwerten. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3185, 3193, 3211, 3213, 3257. — [b]) Nr. 181, vgl. n. 3177. — [c]) Vgl. n. 2712.

Nr. 3211. Privatschreiben nach Berlin, 11.[a]) Jan. 1912 Nr. 36 C. d. M.[b]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Szápáry und Aehrenthal; G. Aehrenthal).

Streng vertraulich. Die beiden Privatschreiben Euer Exzellenz vom 3. d. M. über Hochderen unlängst stattgehabte Konversationen mit Kaiser Wilhelm und dem Reichskanzler habe ich dankend erhalten. Es hat mich mit lebhafter Genugtuung erfüllt, dass Kaiser Wilhelm die den Ausführungen meines Exposés zu Grunde liegenden Intentionen gewürdigt und durch Seine Bemerkungen über die Leute, welche sich bei jeder Gelegenheit „in Nörgeleien ergehen" und über die verständige Haltung des Gros der deutschen öffentlichen Meinung Seine Missbilligung der in einzelnen politischen Kreisen Deutschlands und einem Teil der deutschen Presse geübten Quertreibereien zu erkennen gegeben hat. Auch die Ausführungen Herrn von Bethmann Hollwegs über gewisse Verhältnisse in der deutschen Presse, aus welchen ich entnehme, dass der Reichskanzler sich der Notwendigkeit einer baldigen Abhilfe in dieser Richtung nicht verschliesst, kann ich meinerseits nur mit Befriedigung begrüssen. Die Unterredung betreffend, welche Euer Exzellenz mit Herrn von Bethmann Hollweg über den am Wiener Botschafterposten vorzunehmenden Personenwechsel hatten, kann ich vor Allem mit Vergnügen konstatieren, dass diese Angelegenheit durchaus jenen Verlauf zu nehmen scheint, welcher mir bei Abfassung meiner telegraphischen Instruction vom 30. v. M.[c]) vorschwebte, indem der Reichskanzler selbst Gelegenheit nahm, Euer Exzellenz zu einer gegenständlichen Besprechung einzuladen. Zur Erzielung einer baldigen befriedigenden Erledigung dieser heiklen Frage muss ich besonderes Gewicht darauf legen, dass die bezüglichen Entschliessungen der deutschen Regierung der eigenen Initiative der Letzteren entspringen und dass somit die Einflussnahme Euer Exzellenz auf diese Angelegenheit in keinem Falle den Charakter einer Démarche erhalte. Wie ich der Berichterstattung Euer Exzellenz entnehme, scheint übrigens Herr von Bethmann Hollweg über die hinsichtlich der persönlichen Beziehungen und der Tätigkeit Herrn von Tschirschkys obwaltenden Verhältnisse genügend unterrichtet zu sein, um seine eingehendere Informierung erforderlich[d]) erscheinen zu lassen. Wohl aber dürfte es von Nutzen sein, bei Kaiser Wilhelm, welcher so grosse Stücke auf Herrn von Tschirschky halten solll, eine Richtigstellung gewisser, die Position des hiesigen deutschen Botschafters betreffender Punkte zu versuchen. Zu diesem Zwecke möchte ich Euer Exzellenz im Nachstehenden einige Momente an die Hand geben, welche Hochdieselben in Ihren Konversationen mit Kaiser Wilhelm verwerten wollen. Die Persönlichkeit Herrn von Tschirchkys, welchen ich seit langer Zeit kenne, hatte mich niemals besonders angezogen, da jedoch die Wahl Kaiser Wilhelms für die Besetzung des hiesigen Botschafterpostens auf ihn gefallen und mir bekannt war, dass Höchstderselbe ihn durch sein besonderes Vertrauen auszeichnet, habe ich ihm gleichfalls Vertrauen entgegengebracht und in der Tat hatte sich unser Verkehr bis gegen Ende des Jahres 1909 in vollkommen klagloser Weise abgewickelt. Seit jenem Zeitpunkte haben sich jedoch sowohl in der hiesigen Gesellschaft als auch in der Presse Symptome einer mir feindseligen Haltung und Sprache eingestellt, welche ihren Ausgangspunkt von der hiesigen

deutschen Botschaft aus zu nehmen schienen. Aber auch trotz der nicht ganz loyalen Art, mit welcher Herr von Tschirschky mir gegenüber vorzugehen schien, habe ich mich dennoch veranlasst gesehen, bisweilen beide Augen zuzudrücken und ihm, dem Vertreter Kaiser Wilhelms, auch weiter mein Vertrauen zu schenken und unseren freundschaftlichen Verkehr fortzusetzen, in der Hoffnung, einen Umschwung in der Gesinnung des Herrn Botschafters herbeizuführen. Leider musste ich im Laufe der Zeit die bedenkliche Erscheinung konstatieren, dass auf die Discretion Herrn von Tschirschkys nicht unbedingt zu bauen war. Ich war in der Lage, auf dem Umwege über Rom zu erfahren, dass Herr von Tschirschky[e)] streng vertrauliche Mitteilungen, die ich ihm gemacht hatte, dem mit ihm befreundeten italienischen Botschafter Herzog von Avarna, und überdies nicht immer in getreuer Wiedergabe, zur Kenntnis brachte. Vielleicht wäre auch das Auswärtige Amt in Berlin in der Lage, über Vorkommnisse dieser Art einige Aufschlüsse zu erteilen. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, dass eine unhaltbare Situation entsteht, wenn mir die Möglichkeit benommen ist, mich mit dem deutschen Botschafter über geheime Angelegenheiten zu besprechen, ohne dass diese zur Kenntnis des italienischen Vertreters gelangen, mit welchem ich zwar auch in vertrauensvollem Gedankenaustausch stehe, dessen Beziehungen zu mir sich[d)] aber von jenen, welche im Hinblick auf unser intimes Verhältnis zum deutschen Reiche mit dem deutschen Botschafter bestehen müssen, denn doch einigermassen verschieden sind. Solche durch geraume Zeit beobachtete Wahrnehmungen, wie nicht minder die unausgesetzten Unfreundlichkeiten und Sticheleien, in welchen sich die dem deutschen Botschafter nahestehenden journalistischen Kreise gegen mich ergingen, haben eine allmähliche Erkaltung meines Verhältnisses zu Herrn von Tschirschky mit sich gebracht, bis dieser endlich seit vorigem Herbste die Maske gänzlich abgeworfen und eine Presskampagne in gewissen Wiener Blättern und in reichsdeutschen Organen alldeutscher Couleur gegen mich eröffnete, über deren Ursprung hier in weitesten Kreisen niemand im Zweifel ist. Ich ermächtige Euer Exzellenz, sich im vorstehenden Sinne bei Kaiser Wilhelm, wenn sich hiezu eine passende Gelegenheit ergibt, bald vernehmen zu lassen, eventuell, diese Erwägungen, falls ein ungestörtes Gespräch Euer Exzellenz mit Kaiser Wilhelm nicht so bald zu gewärtigen wäre, durch die Vermittlung des Herrn Reichskanzlers zur Höchsten Kenntniss zu bringen. Aehrenthal.

[a)] Die Ausfertigung im Berliner Botschaftsarchiv trägt das Datum 12. Januar. — [b)] Vgl. n. 3210, 3213 Anm. c, 3232. — [c)] Vgl. n. 3177. — [d)] So! — [e)] Vgl. n. 3149 Anm. a.

Nr. 3212. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 11. Jan. 1912 Nr. 7 (eing. 12. Jan. 9 U. a. m.).[a)] Entziff.

Vertraulich. Herr Tscharykow sagte mir gestern, dass seiner Ansicht nach der gegenwärtige Moment nicht geeignet wäre, bei der türkischen Regierung irgendwelche Schritte im Interesse der Beilegung des italienisch-türkischen Konfliktes zu unternehmen. Mein russischer Kollege hob hiebei hervor, dass es der Pforte schon mit Rücksicht auf die innere Lage, nament-

lich aber im Hinblicke auf die wahrscheinlich bevorstehenden Wahlen, ferner auch in Anbetracht der tatsächlichen Situation am Kriegsschauplatze kaum möglich wäre, in eine formelle Abtretung türkischen Gebietes zu willigen. Herr Tscharykow bemerkte noch, die Idee des Waffenstillstandes stamme allerdings von ihm, er hätte jedoch hiebei keineswegs die gleichzeitige Zurückziehung der türkischen Truppen aus Tripolitanien ins Auge gefasst. Schliesslich sagte auch mein Mitredner, seines Erachtens wäre es immerhin von Vorteil, wenn die Grossmächte in Bezug auf die Mediationsfrage auch fernerhin im Kontakte untereinander blieben. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3205, 3213 Anm. b, 3219 Anm. d, 3220 Anm. b.

Nr. 3213. Privatschreiben aus Berlin, 12. Jan. 1912 (eing. 13. Jan.).[a]) *Ausfert.*

Streng vertraulich. Da ich die mit dem heutigen Spezial-Kurier eingetroffenen hohen Aufträge erst im Laufe der nächsten Tage werde ausführen können, und da der Kurier heute nachmittag nach Wien zurückreist, muss ich mich jetzt darauf beschränken, Einiges Euer Excellenz nur kurz zu melden. Die allgemeinen Wahlen zum Reichstage finden heute statt und demzufolge herrscht in der Umgebung des Reichskanzlers und auch im Auswärtigen Amte eine ziemlich grosse Aufregung. Herr von Kiderlen befindet sich noch immer auf Urlaub, und wie mir Herr Zimmermann gestern sagte, ist von seinem jetzigen Aufenthaltsorte hier nichts bekannt, und man ist auch darüber nicht orientiert, wann er hierher zurückzukommen gedenkt. Der Unterstaatssekretär hatte im Auftrage des Reichskanzlers dem Staatssekretär geschrieben, dass es ihm sehr recht wäre, wenn Herr von Kiderlen seinen beabsichtigten Séjour in Venedig oder an der italienischen Riviera dazu benützen würde, einen kurzen Abstecher nach Rom zu machen, bei welcher Gelegenheit der Staatssekretär präzisere Auskünfte über die Intentionen der italienischen Regierung in Betreff der Erneuerung des Dreibundes erlangen könnte. Mein italienischer Kollege wiederholte mir noch gestern, dass Herr Giolitti sowie Marquis di San Giuliano den ausdrücklichen Wunsch ausgesprochen haben, dass der veränderten Sachlage in Marokko und in Tripolitanien nicht nur im Protokolle, sondern auch im Vertrags-Texte selbst Rechnung getragen werde. Bezüglich der russischen Demarche betreffend eine Vermittlung der Mächte zwischen Italien und der Türkei auf Basis eines Waffenstillstandes,[b]) hat Herr Zimmermann, wie er mir gestern erzählte, auf eine neuerliche Anfrage des russischen Botschafters wiederholt geantwortet, dass die deutsche Regierung die Initiative Herrn Sasonows sympathisch aufgenommen habe, und weitere Vorschläge in Betreff des modus procedendi erwarte. Die auch von Baron Marschall gemeldete Behauptung des französischen Botschafters in Constantinopel, laut welcher die Kabinette von Wien und Berlin eine Erklärung abgegeben hätten, worin sie gegen das Frankreich zugedachte Mandat Stellung nehmen, sei vollkommen unbegründet. Übrigens habe der italienische Botschafter gestern dem Unterstaatssekretär mitgeteilt, dass nach Informationen, die er aus Rom erhalte, Herr Sasonow dieses Projekt fallen gelassen habe. Sehr dankbar bin ich Euer Excellenz für die Ermächtigung, Kaiser Wilhelm und

auch dem Reichskanzler bei einer sich ergebenden Gelegenheit in entsprechender Weise mitteilen zu dürfen, dass Hochdieselben wegen Abberufung Sir F. L. Cartwright's[c]) von seinem jetzigen Posten vertrauliche Schritte in London unternommen hätten. Wie mir aus der Umgebung des Deutschen Kaisers mitgeteilt wird, hat sich Höchstderselbe schon bei verschiedenen Anlässen dahin geäussert, wie sehr es wünschenswert wäre, dass der englische Botschafter in Wien, der sich mit einer gewissen Ostentation als erbitterter Feind Deutschlands aufspiele, von seinem jetzigen Posten ehestens entfernt werde. Der Reichskanzler hat, so erzählt mir Herr Zimmermann, vor Kurzem die Redaktion der „Kölnischen Zeitung" in sehr entschiedener Weise aufgefordert, die Hetzartikel gegen die österreichisch-ungarische Politik, wie sie ja erst unlängst im rheinischen Blatte erschienen sind, einzustellen und damit gedroht, dass, wenn dies nicht der Fall wäre, die deutsche Regierung die genannte Zeitung nicht mehr zu offiziösen Communiqués benützen werde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3209, 3210, 3218, 3232. — [b]) Vgl. n. 3212, 3214. — [c]) Vgl. n. 3211.

Nr. 3214. Tel. aus London, 12. Jan. 1912 Nr. 3 (eing. 13. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

In Abwesenheit Sir E. Greys habe ich heute Sir A. Nicolson aufgesucht. Unterstaatssekretär sprach mir von russischer Vermittlungsanregung. Es scheint jetzt vorgeschlagen worden zu sein, dass Frankreich und Deutschland gemeinschaftlich das Mandat der anderen Mächte zur Mediation erhalten. Sir A. Nicolson hatte eben den russischen Geschäftsträger empfangen und diesen zunächst gefragt, was man von Paris und Berlin über die Geneigtheit beider Regierungen zur Übernahme eines gemeinschaftlichen Mandates höre, worauf er keine Antwort erhielt. Unterstaatssekretär sagte dem russischen Vertreter, England wäre bereit, an jeder Aktion teilzunehmen, welche Ende des Krieges herbeiführen könnte, doch sei die unerlässliche Vorbedingung hiezu die absolute Einmütigkeit der Mächte. Persönlich hält Sir A. Nicolson den gegenwärtigen Moment für eine Mediation nicht opportun, nachdem der Standpunkt der beiden Kriegführenden noch ebenso unvereinbar ist, wie im Zeitpunkte der italienischen Annexionserklärung.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3192, 3213 Anm. b, 3215.

Nr. 3215. Tel. nach Rom, 12. Jan. 1912 Nr. 4 (chiffr. 6 U. 55 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Aehrenthal).

Herzog Avarna hat mich gestern befragt, ob eine ihm zugekommene Information, wonach Österreich-Ungarn dem russischen Vermittlungsvorschlage prinzipiell zugestimmt habe, der Wahrheit entspreche. Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß diese Nachricht auf einem Mißverständnisse beruhen müsse, da ich in meiner Erwiderung auf den russischen Vorschlag nur so viel bemerkt hätte, daß ich die Initiative Herrn Sasonows mit Befriedigung begrüßte, weil hiedurch die Konversation über diese Frage in Fluß geraten sei, eine definitive Stellungnahme mir aber vorbehalten müßte, bis ich über die Realisierbarkeit der Anregung und der Haltung der anderen

Mächte genügend informiert wäre. Ich fügte Herzog Avarna gegenüber hinzu, daß mir über die Aufnahme des russischen Vorschlages seitens der neutralen Mächte bisher noch keine ausreichenden Informationen vorliegen. Auch über die diesbezügliche Auffassung in Rom sei ich nicht orientiert und er möge überzeugt sein, daß ich ohne vorherige Fühlungnahme mit seiner Regierung keinesfalls meine Zustimmung geben würde. Weiters bemerkte ich, daß nach den Meldungen aus Konstantinopel unter den dortigen Botschaftern die Ansicht vorherrsche, daß die Türkei auf eine Zurückziehung ihrer Truppen aus Tripolitanien nicht eingehen könnte. Der Herr Botschafter teilte mir hierauf, ohne hiezu beauftragt zu sein, vertraulich mit, daß es Italien hauptsächlich daran gelegen wäre, daß die Türkei ihre Offiziere und Truppen aus Tripolitanien und der Cyrenaika zurückbeordere und Italien in irgend einer Weise eine Garantie für die tatsächliche Durchführung dieser Maßnahme erhalte; ferner daß die Mächte auch ohne vorherigen Friedensschluß die annexion pure et simple anerkennen. Zu einer Diskussion über eine Geldentschädigung seitens Italiens wäre aber auch dann noch nicht der Moment gekommen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber dem Minister des Äußern und Ihren Kollegen. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3214, 3216, 3219.

Nr. 3216. Tel. aus St. Petersburg. 12. Jan. 1912 Nr. 11 (eing. 13. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow kam heute auf seinen Vermittlungsvorschlag zurück. Bisher habe er von den Kabinetten nur allgemeine, aber durchaus sympathisch gehaltene Antworten, jedoch noch keinerlei spezielle Gegen- oder Detailvorschläge erhalten. Immerhin habe er Eindruck gewonnen, sein Gedanke, Frankreich als Sprachrohr fungieren zu lassen, sei einigen Mächten, darunter auch Frankreich selbst, nicht sympathisch. Er lege auf diese formelle Frage kein besonderes Gewicht und wäre auch mit jedem anderen Modus einverstanden. Um Angelegenheit, die für Ruhe Europas von eminenter Wichtigkeit sei, nicht versumpfen zu lassen, schlage er vor, systematisch vorzugehen und vor allem darüber schlüssig zu werden, in welcher Weise Mediation der Grossmächte, vorausgesetzt, dass eine Einigung erzielt werde, durchzuführen sei. (Betrauung einer, eventuell zweier Mächte mit dem allgemeinen Mandat, gleichzeitig gleichlautende Demarche Aller oder sonst ein Modus.) In zweiter Linie Meinungsaustausch darüber, wie weit Mächte in Ausübung eines Druckes auf die Türkei gehen wollten für den vorauszusehenden Fall, dass von dort Schwierigkeiten gemacht werden. Ihm schwebe vor, dass die Pforte unter Hinweis auf die goldene Brücke, welche die Vermittlung der Mächte ihr baue, darauf aufmerksam gemacht werde, dass nun das eigene Interesse der Mächte in Frage komme, hinter dem Alles andere zurückstehen müsse. Wenn daher Türkei angebotene günstige Bedingungen nicht annehmen wolle, wären Mächte bei der evidenten Unfähigkeit der Türkei, Tripolis zurückzuerobern, genötigt, sich von ihr zu desinteressieren und den geschaffenen Zustand Italien gegen-

über einseitig anzuerkennen, in welchem Falle die Türkei natürlich alle Aussichten, wenigstens eine Geldentschädigung zu erhalten, verlieren würde. An die Pforte selbst dürfe, nach Ansicht Herrn Sazonows, erst nach Erzielung vollständigen Einvernehmens zwischen Mächten und jedenfalls erst nach der Rekonstruktion türkischen Kabinettes und Neuwahlen herangetreten werden. Bis dahin sei ihr gegenüber strengste Geheimhaltung erforderlich. Aus diesem Grunde habe er Herrn Tscharykow von seinem Vorschlage noch gar nicht informiert. Er halte überhaupt darauf, dass Regierungen sich Leitung der Angelegenheit nicht durch ihre Vertreter in Konstantinopel aus der Hand nehmen lassen. Was ihn betreffe, werde er seinen Botschafter schon in der Hand behalten. Nach Vorstehendem dürfte Markgraf Pallavicinis (Annahme)[b], Vermittlungsidee stamme von Herrn Tscharykow, nicht den Tatsachen entsprechen. Auch gehe aus dieser und anderen Bemerkungen Herrn Sazonows hervor, dass er mit seinem Konstantinopeler Botschafter nicht übermässig zufrieden ist und seinem allzustarken Selbständigkeitstrieb Zügel anzulegen gesonnen ist. Ich verhielt mich den Äusserungen des Ministers gegenüber rein rezeptiv. Euer Exzellenz Chiffreerlass vom 10. d. M. 140[c] kam mir nach oben geschilderter Unterredung zu. Thurn.

[a] Vgl. n. 3215, 3217, 3234. — [b] Chiffre fehlt. — [c] Mitteilung von n. 3205.

Nr. 3217. Bericht aus Bukarest, 13. Jan. 1912 Nr. 1 (eing. 16. Jan.).[a] Ausfert.[b]

Streng vertraulich. Bei der Audienz, welche mir von Seiner Majestät dem König nach meiner Rückkehr aus Wien am 10. laufenden Monats gnädigst gewährt wurde, brachte ich König Carol die Stellen des hohen Erlasses vom 4. laufenden Monats Nr. 45 zur Kenntnis, welche für Höchstdenselben bestimmt waren. Seine Majestät nahm meine Ausführungen, betreffs des Sasonowschen Waffenstillstandsvorschlages mit grösstem Interesse entgegen und begrüsste es auf das Freudigste, dass von russischer Seite, welche Er für die dazu in jeder Beziehung geeignetste halte, Mittel und Wege gesucht werden, um den beiden kriegführenden Teilen die Möglichkeit zu bieten, aus dem Impasse zu gelangen, in den sie geraten sind. Der Gedanke, den Abschluss eines Waffenstillstandes zu vermitteln, sei ein ausnehmend glücklicher, und dürfe seine Durchführung nicht nur nicht mehr aufgegeben werden, sondern die Situation erheische es, dass mit Beschleunigung eine Formel gesucht werde, welche den beiden kriegführenden Teilen möglichst gleichwertige Vorteile biete, aber auch gleiche Opfer auferlegt. Seine Majestät gab jedoch der Befürchtung Ausdruck, dass durch die Sasonowsche Fassung das erwünschte Ziel nicht erreicht würde, zumal die türkische Regierung kaum dazu zu bewegen sein wird, ihre Truppen aus Tripolis und der Cyrenaika zurückzuziehen, einer Massnahme, welche mit einer de facto bedingungslosen Aufgabe dieser Territorien als gleichwertig erachtet werden müsste. Nach wie vor, so bemerkte König Carol, blicke Er mit wachsender Besorgnis dem heranrückenden Frühjahr entgegen, und es wäre von einschneidender Bedeutung für die notwendige

Aufrechterhaltung der Ordnung am Balkan, dass der Waffenstillstand noch vor dem Ende des Winters beginne und über die ersten Frühjahrsmonate hinaus dauere. Seine Majestät beauftragte mich, Euer Excellenz mitzuteilen, dass Seiner Ansicht nach es nahezu von massgebendem Einflusse für die Richtung der Entschlüße der türkischen Regierung wäre, wenn Hochdieselben in Konstantinopel mit allem Nachdrucke darauf hinweisen liessen, dass trotz des lebhaftesten Bestrebens der kaiserlichen und königlichen Regierung, Perturbationen am Balkan hintanzuhalten, Österreich-Ungarn die Garantie keineswegs übernehmen könnte, dass nicht im Frühjahr ernste Unruhen ausbrechen. Die Türkei verlasse sich heute zu sehr auf das Interesse, welches Europa und hauptsächlich die Donaumonarchie an der Aufrechterhaltung der Ruhe am Balkan hege und erachte dadurch seinen *c)* Rücken zureichend gedeckt, um sich einer hazardierenden äussern und innern Politik hinzugeben. Es wäre daher von nicht hoch genug einzuschätzender Bedeutung, wenn die türkischen Machthaber und ihre Hintermänner von kompetentester Seite in dieser Richtung eine starke Entnüchterung erführen. Sollten Euer Excellenz durch Markgrafen Pallavicini eine solche Sprache am Goldenen Horn führen lassen, so würde Er Herrn Mişu anweisen, sich in ähnlichem Sinne vernehmen zu lassen, selbstverständlich nur, was den Einfluss Rumäniens am Balkan betreffe. Zur Begründung dieses Seines Vorschlages führte der Höchste Herr an, dass, wie Ihm berichtet wurde, die Tätigkeit der mazedonischen und bulgarischen Komités ebenso wie der albanischen Revolutionäre jüngst eine beunruhigende Ausdehnung und Intensivität annähme, *d)* und durch ihr Treiben und ihren Einfluss König Ferdinand gegen seinen Willen und seine Überzeugung zu unheilvollen kriegerischen Entschlüssen gezwungen werden könnte. Die Antwort, welche Euer Excellenz Mavroyeni Bey erteilten, welcher im Auftrage seines Ministers den Antrag des Abschlusses einer Entente *e)* erneuerte, fand die ungeteilte Billigung Seiner Majestät. Höchstderselbe teilt die Ansicht Euer Excellenz, dass es ausnehmend unvorsichtig, ja gefährlich wäre, vor Abschluss des Friedens mit der türkischen Regierung, welche aus lauter unsicheren Elementen zusammengesetzt sei, irgend welche bindende Abmachungen zu treffen. Dieselben könnten dort gegebenen Falles von gewisser Seite auch zum Schaden des andern vertragschliessenden Teiles ausgenützt werden. Mit sichtlich grosser Befriedigung nahm König Carol meine Ausführungen entgegen, welche das Thema des Besuches König Ferdinands von Bulgarien in Wien *f)* zum Gegenstande hatten. Auf meine einschlägige Frage bemerkte Höchstderselbe, dass das noch vor wenigen Monaten recht gespannte Verhältnis zum benachbarten Bulgarien sich sozusagen über Nacht in „unheimlicher Weise" zum Bessern gewendet habe. Herr Diamandy, den König Ferdinand noch im Frühsommer geradezu schlecht behandelt habe, sei plötzlich im Herbste bis zu seinem Abschiede mit Gnadenbeweisen überhäuft, sein Nachfolger mit ungeahnter Herzlichkeit aufgenommen worden. Die Beziehungen zu Bulgarien hätten sich im Laufe eines halben Jahres von ungünstigen nicht nur zu korrekten, sondern sogar zu äußerlich kordialen umgestaltet. Der Grund zu diesem jähen Wechsel wäre Ihm, bemerkte Seine Majestät, noch nicht klar, und wenn Er auch die Liebenswürdigkeit

mit gleicher Münze zurückzahle, so sähe Er Sich doch veranlasst, gleichzeitig Seine Aufmerksamkeit zu verdoppeln. Seine Majestät erzählte mir bei dieser Gelegenheit, dass Herr Diamandy, nach dem ihm vom König Ferdinand zu Ehren veranstalteten Abschiedsdiner sich als nunmehriger Privatmann und Freund Bulgariens die Freiheit genommen hätte, König Ferdinand auf einige Verstösse Bulgariens aufmerksam zu machen, welche das Verhältnis zwischen den Nachbarn in den letzten Jahren stark getrübt hätten. Sein hoher Gastgeber entzog sich aber diesen ihm wahrscheinlich peinlichen Reminiscencen mit den Worten: Que voulez-vous, tous mes Ministres sont des imbéciles! Als Herr Diamandy, uneingeschüchtert, die letzte Militärattaché-Angelegenheit (hieramtlicher Bericht de dato 20. September l. J. Nr. 44 A) noch vorzubringen für angezeigt hielt, fiel ihm König Ferdinand mit der Bemerkung ins Wort: Mon Ministre de la Guerre ne fait que des intrigues! Indem Er auf diese radikale Weise alle Schuld auf die Schultern seiner Minister abwälzte, wollte Er wohl seine Unschuld an all den Misshelligkeiten der letzten Jahre beweisen. Aus den eben angeführten Bemerkungen meines höchsten Mitredners glaube ich schliessen zu können, dass man den schmeichelhaften Werbungen des bulgarischen Rivalen nicht ungern Gehör schenkt, sich sogar etwas darauf zugute kommen lässt, ohne dass jedoch dadurch das alte eingewurzelte Misstrauen abgeschwächt würde. Dieses wird insolange bestehen, als die Geschicke Bulgariens in den Händen des jetzigen Landesherrn liegen. Ich glaube auch berichten zu sollen, dass der Dank, den König Carol mich beauftragte Euer Excellenz für diese letzten Mitteilungen zukommen zu lassen, diesmal in ganz besonders warme und herzliche Worte gekleidet war, worin unbedingt Höchstdessen Erkenntlichkeit zum Ausdrucke kommen sollte, dank der von mir übermittelten Aufklärungen von nun an den künftigen Besuchen Seines bulgarischen Nachbarn in Wien ohne Beunruhigung entgegenblicken zu können. K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 3216, 3218, 3219. — *b*) Randvermerk Rappaports: Mit Exc. Ges. Pogatscher besprochen und auf Grund dieser Besprechung vorläufig nicht weiter zu behandeln. — *c*) So! — *d*) Vgl. n. 3187 Anm. b, 3208, 3247. — *e*) Vgl n. 3207, 3317. — *f*) Vgl. n. 3142, 3532.

Nr. 3218. Bericht aus Rom, 13. Jan. 1912 Nr. 3 B (eing. 15. Jan.).[a] *Ausfert.*

Streng vertraulich. Vor etwa einer Woche habe ich Gelegenheit gehabt, in einer längeren Unterredung mich dem Minister des Äussern gegenüber im Sinne des hohen streng vertraulichen Privatschreibens vom 19. v. M. auszusprechen. Am 10. l. M. konnte ich das gleiche dem Ministerpräsidenten gegenüber tun. Vorausschicken möchte ich, dass, insoweit die italienische Presse in Betracht kommt, die schon von Euerer Excellenz in dem Postscriptum des obcitierten hohen Schreibens erwähnte Wendung zum Bessern in den letzten Wochen angehalten hat, der uns gegenüber angeschlagene Ton sogar in der Regel ein recht freundlicher ist, und dieser günstige Zustand nur dann wieder gefährdet werden könnte, wenn in unseren Zeitungen gänzlich erfundene, tendenziöse, gegen Italien Stimmung machende Nachrichten, wie zum Beispiel jene der Misshandlung österreichischer

Reisender in Venetien, verbreitet werden. Dass es auch im hiesigen Blätterwalde so widerhallt, wie hineingerufen wird, und dass daher das Echo ein verschiedenes ist, je nachdem bei uns Graf Andrássy oder Viceadmiral Chiari zur Feder greift, ist schliesslich nur natürlich. Ich glaube, um diesen Bericht nicht ungebührlich auszudehnen, auf die Wiedergabe der ganzen Discussionen, welche ich auftragsgemäss mit dem Minister des Äussern und dem Ministerpräsidenten führte, verzichten und mich darauf beschränken zu dürfen, das Wesentliche aus den Entgegnungen meiner beiden Mitredner hier zu reproducieren, wobei ich vor allem constatieren kann, dass meine Ausführungen im grossen und ganzen Verständnis und Zustimmung fanden. Bei der Besprechung der Haltung der italienischen Presse kam ausser den von mir schon in früheren Berichten dargelegten Momenten seitens Herrn Giolittis noch der, meines Erachtens nicht unrichtige Gedanke zum Ausdrucke, dass auch äusserliche Umstände, nämlich die relative Nähe Wiens und der engere Zusammenhang zwischen der italienischen und unserer Presse, dazu beigetragen haben, der letzteren hier besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Tatsächlich lässt sich auch in ganz ruhigen Zeiten beobachten, dass in den hiesigen Zeitungen unsere und die französischen Blätter stets in erster Linie citirt und reproducirt werden. Die deutsche und vollends die englische Presse liegt der hiesigen Journalistik ferner. Das Schwergewicht legten beide Minister auch diesmal darauf, dass in der hiesigen Presse stets die Haltung unserer Zeitungen von jener unserer Regierung scharf unterschieden wurde, und dass seit mehr als einem Monate die Monarchie mit der italienischen Publicistik nur durchaus zufrieden sein könne. Dass die Art, in welcher die Tripolis-Action in Scene gesetzt wurde, im allgemeinen der Öffentlichkeit nicht gerade sympathisch sein konnte, sieht man auch hier bis zu einem gewissen Grade ein, wie man auch ausdrücklich anerkennt, dass für uns und Deutschland hiedurch eine schwierige Situation entstanden ist. Aber auch bei diesem Anlasse setzte mir Marchese di San Giuliano mit Nachdruck und beinahe leidenschaftlicher Überzeugung auseinander, dass der Moment und die Art des Beginnes der Action von Italien nicht frei gewählt, sondern ihr durch die Umstände aufgedrängt war. In dem Augenblicke, wo die italienische Regierung durch ihre Informationen aus Berlin und Paris die Überzeugung gewann, dass die deutsch-französischen Verhandlungen zu der Anerkennung des französischen Protectorates über Marocco führen würden, sei es nicht nur opportun, sondern dringend nötig gewesen, zur Besetzung von Tripolitanien zu schreiten, da sonst Italien zwar alle seine durch die Mittelmeerabkommen mit Frankreich und England übernommenen Verpflichtungen erfüllt hätte, die beiden anderen Compaciscenten aber, würde man weitere Jahre haben verstreichen lassen, vielleicht nicht mehr disponiert gewesen wären, ihren Engagements gegenüber Italien loyal nachzukommen. Dies umsomehr, als — wie ich aus einer Bemerkung des Ministers des Äussern schliesse — jene Verträge eine Bestimmung zu enthalten scheinen, wornach die Erfüllung der wechselseitigen Verpflichtungen an die Voraussetzung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den contrahierenden Staaten geknüpft ist, eine Voraussetzung, welche unter Umständen in einem späteren Zeitpunkte vielleicht nicht mehr

hätte zutreffen können. Was das Schaukelspiel zwischen Tripel-Allianz und Tripel-Entente anlangt, so war der Sinn der einschlägigen Ausführungen des Ministers des Äussern, dass er dasselbe pro praeterito nicht gänzlich in Abrede stellen wolle, dass aber eben die jahrelange Aussicht auf die Tripolis-Action und die zu diesem Behufe abgeschlossenen Abkommen mit den Westmächten einerseits für die Vergangenheit die Erklärung der Unvermeidlichkeit einer solchen Politik bilden, und dass andererseits pro futuro die Liquidierung dieser Action jene schwankende Politik entbehrlich machen und daher einen klareren, festeren Anschluss Italiens an den Dreibund[1]) zur Folge haben werde. Die Stärkung des Verhältnisses Italiens zu den Verbündeten und die Möglichkeit, in der Zukunft die Türkei und dadurch den status quo auf dem Balkan aufrichtig stützen zu können, hätten in seinen Augen zu den hauptsächlichsten Motiven der Durchführung der Tripolis-Action gezählt. Er wundere sich, dass jetzt, wo anlässlich dieser Action sowie gelegentlich der Ausführung der französischen Pläne auf Marocco die Natur und das Ziel der vertragsmässigen Verpflichtungen Italiens gegenüber den Westmächten so augenfällig geworden sei, die Verbündeten Italiens dessen Haltung in der Vergangenheit nicht besser verständen und nicht die Erklärung für dessen schwankende Politik, für dessen Stellungnahme in Algeciras und so weiter fänden. Nach Abschluss der Tripolis-Action seien aber diese Verträge nach allen Seiten erfüllt und habe daher Italien wieder die Möglichkeit, auf das jeu de bascule endgültig zu verzichten,[2]) welches — wie der Minister lächelnd bemerkte — im Laufe der Action allerdings noch nicht völlig aufgegeben werden könne.[3]) Die Dienste, welche unsere Regierung Italien bei dem jetzigen Anlasse geleistet hat, erkennt man hier vollauf an. Im Vordergrunde stehen hierbei die seinerzeitigen Interpellationsbeantwortungen der beiden Ministerpräsidenten und die Erklärungen Euerer Excellenz in der Vorsession der Delegationen. Auf das Argument, dass Italien sich von unserer Seite sicher fühlen und Truppen von unserer Grenze wegziehen konnte, glaubte ich nicht besonders appuyieren zu sollen, weil ich die eventuelle Entgegnung vermeiden wollte, die anlässlich der Enthebung des früheren Chefs unseres Generalstabes trotz der officiösen Commentare so grell zutage getretene Situation sei nicht gerade geeignet gewesen, jenen Eindruck der Sicherheit hier aufkommen zu lassen. Nicht nur Marchese di San Giuliano sondern auch Herr Giolitti erklärten es als ihren steten Wunsch und ihr Bestreben, den Dreibund in Italien noch mehr als bisher zu popularisieren, wobei sie darauf hinwiesen, dass es in der Tat keinen ernsten, auch nur entfernt regierungsfähigen Politiker gebe, welcher nicht ein überzeugter Anhänger des Dreibundes sei. Der Verein „Trento e Trieste" besteht seit fast zwanzig Jahren und seine Auflösung ist, wie mir Herr Giolitti bei dieser Gelegenheit wiederholte, leider gesetzlich nicht möglich. Der Ministerpräsident hielte es aber überhaupt für die ungeeignetste Methode, den Irredentismus, soweit er noch besteht, zu bekämpfen, wenn man scharf ins Zeug gehen und damit Märtyrer machen wollte. Das würde bei der italienischen Mentalität gerade das Gegenteil des gewünschten Erfolges herbeiführen. Die Ministerpräsidenten Crispi, Rudini, Pellora hätten seinerzeit die Socialisten bekämpft, Ausnahms-

gesetze gegen dieselben erlassen, Militär gegen sie aufgeboten und so fort. Die Consequenz sei gewesen, dass bei jeder Wahl die socialistischen Wähler sich verdoppelten, in einem Jahre 300 Strikes waren, in Mailand es fast zur Revolution kam, und schliesslich das Attentat auf König Humbert stattfand. Er — Giolitti — habe den entgegengesetzten Weg eingeschlagen und damit erreicht, dass Ruhe im Lande sei, dass ein immer grösserer Teil der Socialisten regierungsfähig zu werden trachte, was eine erwünschte Spaltung in der Partei hervorbringe, und dass sogar bei der Tripolis-Action, einem Colonial-Unternehmen, die socialistische Opposition sich in gewissen Schranken halte. Auch in Oesterreich sehe er gerade bezüglich des Irredentismus nicht den Erfolg der starken Hand und der scharfen Mittel. Der italienische Hetzer, Schreier, Aufwiegler werde ein Held, ein Märtyrer und gefährlich, wenn man energisch gegen ihn einschreite, dagegen verliere er rasch an Bedeutung und Anhang, wenn man ihn gewähren lasse. Der Irredentismus wäre in Italien schon längst im Aussterben, wenn die Irredentisten nicht wüssten und damit rechneten, wie bitter ernst sie und ihre Agitation von Seite Österreichs genommen werden. Der consequenten und unverdrossenen Bemühungen Euerer Excellenz um die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen uns und Italien sind sich die hiesigen Staatsmänner völlig bewusst, wie nicht minder der Schwierigkeiten, welchen Hochdieselben hiebei begegnen. Ich kann aber auch dem hiesigen Ministerpräsidenten und dem Minister des Äussern das Zeugnis nicht versagen, dass die Erhaltung und Besserung dieser Beziehungen auch für sie den Gegenstand täglicher Sorge und Bemühung bildet. Wenn der Erfolg, hüben wie drüben, kein vollständiger ist, so tragen daran mehr die Verhältnisse als der Mangel an gutem Willen die Schuld. Mérey.

[1]) Bleibt aber trotzdem auf die Freundschaft der Westmächte (maritime Stellung im Mittelmeer) angewiesen. — [2]) ?. — [3]) !.

[a]) Vgl. n. 3213, 3217, 3221.

Nr. 3219. Privatschreiben nach St. Petersburg, 13. Jan. 1912 Nr. 174.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Müller).

Geheim. Vor jeder definitiven Stellungnahme zu der russischen Anregung, betreffend eine Vermittlung der Mächte zwischen Italien und der Türkei, schien es mir wünschenswert, die Ansichten des Markgrafen Pallavicini und Herrn von Méreys über die Realisierbarkeit des Sasonowschen Vorschlages sowie der von Euer Exzellenz in dem Privatschreiben vom 20. v. Mts. skizzierten Variante kennen zu lernen. Wie Euer Exzellenz aus dem Hochdenselben gleichzeitig zukommenden einschlägigen Berichte Herrn von Méreys[b]) des näheren entnehmen werden, hegt der Herr Botschafter gewisse Zweifel, ob sich die italienische Regierung, an welche eine direkte Anfrage unsererseits nicht gerichtet worden war, dazu verstehen würde, auf eines der beiden Projekte einzugehen. Zu demselben negativen Resultate ist auch Markgraf Pallavicini bezüglich der türkischen Regierung gelangt.[c]) Er betont, daß derzeit kein türkisches Kabinett sich dazu entschließen könnte, die für die türkische Sache in Tripolis kämpfenden Araber im Stiche zu lassen. Darauf würde es aber hinauslaufen, wenn die Türkei

einen Waffenstillstand schließen oder sich auch nur zur Sistierung jeder weiteren Unterstützung der Araber verpflichten würde. Aus den Meldungen des Markgrafen Pallavicini entnehme ich, daß auch die Botschafter der anderen neutralen Mächte in Konstantinopel seine durchaus pessimistischen Anschauungen über die Chancen des russischen Vorschlages teilen. Unter diesen Umständen halte ich es nicht für wahrscheinlich, daß die Idee Herrn Sasonows, wenn sie nicht wesentlich amendiert wird, zu einem praktischen Ergebnisse führt, in welcher Ansicht mich die von Markgrafen Pallavicini gemeldeten Äußerungen Herrn Tscharykows (Euer Exzellenz bekannt aus meinem Telegramme No. 6 vom 12. l. Mts.)[d] nur noch bestärken. Herrn von Giers gegenüber, den ich gestern zu mir bitten ließ, habe ich mich in ähnlichem Sinne ausgesprochen und ihm auch den Inhalt einer Konversation mitgeteilt, die ich den Tag vorher mit Herzog Avarna hatte und die in dem abschriftlich anverwahrten Telegramme nach Rom[e] wiedergegeben ist. Da alle Botschafter in Konstantinopel darin übereinzustimmen scheinen, daß der Augenblick für eine Vermittlungsaktion noch nicht gekommen sei, bleibe wohl vorderhand nichts anderes übrig, als den weiteren Verlauf der Ereignisse in Tripolis und die Entwicklung der inneren Situation der Türkei abzuwarten. Vorstehendes ist zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information bestimmt. In Ihren Unterredungen mit dem Herrn Minister des Äußern wollen Euer Exzellenz bemerken, daß nach unseren Informationen die Stimmung in Rom und in Konstantinopel noch immer eine derartige ist, daß für das Gelingen einer Vermittlungsaktion nur geringe Aussichten bestehen. Hochdieselben wollen sich jedoch bei Ihren bezüglichen Äußerungen zu Herrn Sasonow vor Augen halten, daß mir daran gelegen ist, bei ihm nicht den Eindruck zu erwecken, als ob wir es wären, die seiner Vermittlungsidee Schwierigkeiten bereiten wollten. Übrigens ist, wie ich den Äußerungen Herrn von Giers entnehme, der Herr russische Minister des Äußern bereits selbst zur Erkenntnis gekommen, daß sein Vorschlag in seiner gegenwärtigen Fassung nicht zum Ziele führen würde. Nach einer Andeutung des Herrn Botschafters will Herr Sasonow seine Proposition zwar nicht ausdrücklich zurückziehen, würde es aber gerne sehen, wenn von irgend einer Seite eine Modifikation vorgeschlagen würde und auf diese Weise wenigstens die Aussprache zwischen den Mächten nicht wieder ins Stocken käme. Ich stimme hierin mit dem russischen Kabinette vollkommen überein. Euer Exzellenz wollen sich daher weiters in diesem Sinne Herrn Sasonow gegenüber vernehmen lassen und bemerken, ich hätte seit dem Beginne des türkisch-italienischen Konfliktes mich um die Herstellung und Erhaltung eines engen Kontaktes zwischen den Mächten bemüht, da ich der Ansicht sei, daß ein gemeinsames Vorgehen derselben am ehesten zur Beendigung des Krieges führen könne. Wir würden auch weiterhin stets gerne bereit sein, uns an jeder Aktion zu beteiligen, die auf diesem Gedanken basiert und Aussicht auf Erfolg bietet.

[a] Vgl. n. 3153, 3179, 3217, 3220, 3237. — [b] Bericht aus Rom, 8. Jan. 1912 Nr. 2 B (eing. 10. Jan.). Nicht aufgenommen, vgl. jedoch n. 3198 und n. 3199. — [c] Privatschreiben aus Konstantinopel, 5. Jan. 1912. Nicht aufgenommen. — [d] Mitteilung von n. 3212. — [e] Vgl. n. 3215.

Nr. 3220. Tel. aus St. Petersburg, 13. Jan. 1912 Nr. 12 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Aus dem mir mit Telegramm von gestern No. 6[b] mitgeteilten Telegramme des Markgrafen Pallavicini geht deutlich hervor, dass Herr Sazonow gestern Wahrheit sprach, als er mir sagte, er habe Herrn Tscharykow von seinem Vermittlungsvorschlage noch nicht Mitteilung gemacht, da ersterer gar nicht die Absicht hat, der Pforte gegenüber vor Abschluss der Wahlen mit demselben hervorzutreten und auch formelle Abtretung gar nicht in Aussicht genommen ist, im Gegenteil gerade Vermeidung einer solchen den Grundgedanken Sazonowschen Vorschlages bildet. Wenn daher Herr Tscharykow durchblicken lässt, er sei Vater des Waffenstillstands-Gedankens, so scheine dies eher eine Wichtigtuerei seinerseits zu sein, der es unangenehm empfinden mag, von Herrn Sazonow in dieser Angelegenheit nicht informiert worden zu sein.

Thurn.

[a] Vgl. n. 3219, 3224, 3234. — [b] Mitteilung von n. 3212.

Nr. 3221. Privatschreiben des Staatssekretärs des deutschen Auswärtigen Amtes von Kiderlen-Wächter; Stuttgart, 14. Jan. 1912.[a] Eigh. Ausfert.

... *Betriebsgesellschaft der orientalischen Bahnen.* ... Bei diesem Anlass möchte ich Ihnen noch vertraulich mittheilen, daß ich in den nächsten Tagen auf 2 Tage nach Rom fahre; voraussichtlich treffe ich dort am 20. ein. Der Besuch erfolgt auf Drängen Pansas, der mir schon den ganzen Sommer in den Ohren lag und dem ich dann den Besuch für meinen nächsten Urlaub versprach. Ich hoffe, dass die Presse von diesem reinen Courtoisiebesuch nicht zu viel Aufhebens macht. Eine Lösung der Quadratur des italienisch-türkischen Kriegszirkels kann ich der Consulta nicht mitbringen; vielleicht gelingt es, den Erneuerungsverhandlungen zu einem etwas rascheren Tempo zu verhelfen. Ich werde Ihnen jedenfalls nach meiner Rückkehr vertrauliche Mittheilung über meine römischen Eindrücke senden. Möge uns Allen das Neue Jahr Gutes für unsere beiden Länder bringen; trotz zahlreicher Wolken und Wölkchen am politischen Himmel können wir, glaube ich, dem Jahre Schulter an Schulter mit Ruhe entgegensehen.

Kiderlen.

[a] Vgl. n. 3218, 3226.

Nr. 3222. Tel. aus St. Petersburg, 14. Jan. 1912 Nr. 13 (eing. 15. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Beim heutigen Neujahrsempfange sagte mir Kaiser Nikolaus, er spreche anlässlich des Jahreswechsels den lebhaften und aufrichtigen Wunsch aus, dass im neuen Jahre die guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Monarchie und Russland eine weitere Entwicklung und Festigung erfahren mögen. Auf meine Bemerkung, ich sei überzeugt, dass die Wünsche Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät diesbezüglich mit jenen Kaiser Nikolaus' sich begegnen, bemerkte Höchstderselbe, das ungestörte Verhältnis aufrichtiger Freundschaft und Verehrung, die er für unseren Allergnädigsten Herrn von jeher empfände, habe niemals einen Moment

der Trübung erfahren, er habe aber den Wunsch, dass auch die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen und Völkern sich in der gleichen Richtung entwickeln mögen. Überhaupt war Seine Majestät gegen mich und die Herren der Botschaft ausserordentlich, ich möchte fast sagen demonstrativ, gnädig und ersuchte mich schliesslich, seine vorerwähnten Neujahrswünsche zur Allerhöchsten Kenntnis unseres Allergnädigsten Herren zu bringen. Thurn.

a) Vgl. n. 3200, 3223.

Nr. 3223. Tel. aus St. Petersburg, 14. Jan. 1912 Nr. 14 (eing. 15. Jan. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Die mit meinem heutigen Telegramme No. 13 einberichteten Neujahrswünsche des Kaisers Nikolaus scheinen mir eine sehr bedeutsame Kundgebung von eminent politischer Bedeutung zu sein, insbesonders wenn man sie mit der kürzlich mir gegenüber getanen Äusserung Herrn Sazonow's über den Stand unserer gegenwärtigen Beziehungen und die Möglichkeit einer Konversation (mein Telegramm No. 3 vom 3. d. M.) in Verbindung bringt und erwägt, dass Kaiser Nikolaus seine sichtlich mit Überlegung und grossem Nachdrucke gesprochenen Worte wohl kaum ohne vorheriges Einvernehmen mit seinem Ministerium des Äussern an mich gerichtet haben dürfte. Unter diesen Umständen gestatte ich mir, es dem hohen Ermessen Euer Exzellenz ergebenst anheim zu stellen, ob Hochdieselben nicht bei Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät irgend eine geeignet erscheinende Rückäusserung unseres Allergnädigsten Herren alleruntertänigst anzuregen geneigt wären, da es doch vielleicht nicht gut wäre, diese neuerliche, diesmal von der höchsten Stelle in Russland kommende, so nachdrückliche Avance ganz unberücksichtigt zu lassen. Thurn.

a) Vgl. n. 3235, 3236.

Nr. 3224. Tel. aus Berlin, 15. Jan. 1912 Nr. 6 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Mein russischer Kollege erzählte mir soeben, er habe den Auftrag erhalten, der hiesigen Regierung zu erklären, daß Herr Sasonow bereit sei, in Vorschlag zu bringen, mit dem Mandat je einen Vertreter der Tripelallianz und der Triple-Entente und zwar außer Frankreich auch noch Deutschland zu betrauen. Graf Osten-Sacken habe diesen Auftrag ausgeführt und von dem Unterstaatssekretär die Antwort erhalten, daß die deutsche Regierung mit diesem modus procedendi ganz einverstanden sein werde. Szögyény.

a) Vgl. n. 3189, 3202, 3220, 3225, 3230.

Nr. 3225. Tel. aus London, 15. Jan. 1912 Nr. 4 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).a) Entziff.

M. Cambon qui vient de passer quelques jours à Paris où il a longuement causé avec M. Tittoni, me dit être convaincu que la proposition de médiation russe est d'origine italienne soufflée par Tittoni à M. Isvolsky et par ce dernier à Pétersbourg. M. Tittoni avait énuméré à mon collègue français un grand nombre de combinaisons fort compliquées pour mettre fin à la guerre. M. Cambon est toujours d'avis que toute démarche faite

à Constantinople par une Puissance ou un groupe de Puissances n'aurait aucun effet et qu'unanimité absolue de toutes les Puissances est indispensable pour impressionner la Turquie. Du reste il ne croit pas le moment venu pour tenter une médiation. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3224, 3227.

Nr. 3226. Tel. in claris aus Rom, 16. Jan. 1912 ohne Nr. (eing. 17. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Ausfert.

Deutscher Staatssekretär des Äussern trifft am 20. l. M. früh für anderthalb Tage in Rom ein. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3221, 3228.

Nr. 3227. Tel. aus Paris, 17. Jan. 1912 Nr. 12 (eing. 18. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Poincaré, den ich heute sah, sagte mir, er hoffe zuversichtlich, dass die vortrefflichen Beziehungen, die zwischen unseren Regierungen bestehen, aufrecht bleiben werden, umso mehr, als zwischen Österreich-Ungarn und Frankreich keinerlei Gegensatz bestehe. ... *Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien* ... Hinsichtlich der letzten Anregung Herrn Sazonows über eine eventuelle Vermittlungsaktion der Mächte in Rom und Konstantinopel sagte der Minister, dass er gleich seinem Vorgänger an dem diesfälligen Gedankenaustausche weiter teilzunehmen bereit sei, leider sehe er bisher keinen Vermittlungsvorschlag, der Aussicht auf Erfolg hätte. Die Anregung Herrn Sazonows bezeichnete der Minister als nicht ganz klar, da man nicht wisse, wer die betreffenden Schritte unternehmen solle. Nach seiner Ansicht sollten, falls ein akzeptabler Vermittlungsvorschlag gefunden werden kann, alle neutralen Grossmächte gleichzeitig für denselben eintreten. Die Betrauung einer Grossmacht allein wie zum Beispiel Frankreichs mit einer solchen Demarche erschiene ihm nicht opportun. Sollte nur eine Regierung gewissermassen als Mandatar der neutralen Mächte auftreten, so müsste dies keine Grossmacht, sondern eine an der orientalischen Frage ganz unbeteiligte Macht sein. Schliesslich lenkte ich die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Streitfrage wegen der Taraverordnung, über welche er sich bereits unterrichtet zeigte. Er sagte mir, er werde dieser Frage seine Aufmerksamkeit zuwenden, doch könne er mir diesbezüglich noch keine Mitteilung machen, da die Angelegenheit in dem Ministerrate besprochen werden müsse. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 3225, 3229.

Nr. 3228. Tel. nach Rom, 17. Jan. 1912 Nr. 6 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. u. G. Biegeleben).

Streng geheim. Bezug auf Telegramm in claris vom 16. d. M. Herr von Tschirschky hat mich auftragsgemäss vertraulich davon verständigt, dass Staatssecretär von Kiderlen auf seiner gegenwärtigen Urlaubsreise auch Rom besuchen wird, um dort namentlich wegen der Erneuerung des Dreibundes zu sondiren. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3231.

Nr. 3229. Bericht aus Berlin, 19. Jan. 1912 Nr. 5 A (eing. 21. Jan.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Bei dem gestrigen Schwarzen-Adler Ordens-Diner im königlichen Schlosse hatte ich die Ehre neben Kaiser Wilhelm zu sitzen. Seine Majestät war sehr guter Laune und sieht vortrefflich aus; trotzdem beklagte Er sich über den jähen Witterungswechsel, welcher Seine sonst ganz abgehärtete Gesundheit zu Seinem grossen Bedauern immer ungünstig beeinflusse. Aus diesem Grunde sehne Er sich lebhaft, sobald als irgend wie tunlich, wenigstens auf kurze Zeit ein besseres Klima aufzusuchen, doch werde dies wohl nicht so bald möglich sein. Seine Majestät versicherte mir, dass ernste Komplikationen, die auch Deutschland in Mitleidenschaft ziehen könnten, nach Seiner Ansicht nicht zu befürchten wären, doch herrsche jetzt in ganz Europa bekanntlich ein unerquicklicher Zustand, dessen Ende nicht abzusehen sei. „Bei allem und jedem, was in der Welt vorkomme, sei England das böse Karnickel!" Es sei eine abgedroschene Redensart, doch könne Er sich keiner anderen bedienen, wenn Er behaupte, dass die Politik Englands schon seit jeher, aber ganz besonders in neuerer Zeit darauf hinauslaufe, im Trüben zu fischen. Die Hetzereien gegen den Friedensbund der drei kontinentalen Mächte hätten jetzt den Höhepunkt erreicht, wenn englischerseits verkündet wird, dass Er, Kaiser Wilhelm, Sich dahin geäussert hätte, dass die nach den jüngsten Reichstagswahlen erhöhte sozialdemokratische Gefahr Ihm die Pflicht auferlege, die deutsche Volksseele durch einen Krieg zu stärken! Er habe den Auftrag erteilt, gegen diesen Unsinn in offiziöser Weise journalistisch aufzutreten und bei dieser Gelegenheit die blöde Behauptung mehrerer englischer Zeitungsblätter, dass Er, Kaiser Wilhelm, Sich angesichts des Anwachsens der Sozialdemokratie auf den Katholizismus in Deutschland stützen müsse und zu dessen Stärkung Gebietsteile der Habsburg'schen Monarchie annektieren wolle, lächerlich zu machen. Bei Seiner letzten Anwesenheit in London habe er wiederholt versucht, mit den massgebenden englischen Staatsmännern ein ernstes Wort zu sprechen. Dies sei Ihm aber keineswegs gelungen und insbesondere Sir Edward Grey habe immer, sobald Er mit ihm von Politik reden wollte, ein anderes Thema angeschlagen. Er habe nicht ermangelt, hievon König Georg Kenntnis zu geben, doch ohne Erfolg; es scheine hierin ein System zu liegen, dessen Erfolge aber sich in der Zukunft für beide Teile recht unangenehm fühlbar machen dürften. Mit Frankreich hingegen werden englischerseits alle grossen und kleinen politischen Vorkommnisse in vertraulichster Weise eingehend besprochen; hieran lasse sich Nichts ändern und die englisch-französische Intimität werde sich nach Seiner Überzeugung durch das neue französische Ministerium gewiss nur noch inniger gestalten. Unter diesen Umständen sei es begreiflich, wenn Er vor Allem Sein Augenmerk darauf richte, wie sich die Beziehungen Frankreichs und Englands zu Russland weiter entwickeln. Trotz der bestehenden Triple-Entente habe Er Grund anzunehmen, dass Russland in dieser Beziehung eine entschiedene Zurückhaltung an den Tag lege, was nach Seiner Ansicht sehr wünschenswert sei. Auf die letzten russischen Interventionsvorschläge in betreff des italienisch-türkischen Krieges übergehend, bemerkte Seine Majestät, dass dieselben wohl gemeint,

aber so wie Herr Sasonow sie sich vorstelle, undurchführbar seien. Es sei ganz undenkbar, dass die Türkei darauf eingehe, ihre Truppen aus Tripolitanien zurückzuziehen; andererseits werde Italien den eingenommenen Standpunkt, seine vollen Souverainitätsrechte in diesem Lande auszuüben, nicht aufgeben. Es sei dies eben ein circulus vitiosus, aus welchem ein Ausweg schwer gefunden werden könne. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3227, 3230, 3232.

Nr. 3230. Bericht aus Berlin, 19. Jan. 1912 Nr. 5 B (eing. 21. Jan.).[a]) *Ausfert.*

Vertraulich. Die russische Mediationsanregung zum Zwecke des Abschlusses eines Waffenstillstandes in dem italienisch-türkischen Konflikte hat — wie mir der Unterstaatssekretär versicherte — bisher keine weiteren Fortschritte gemacht. Wie ich Euer Exzellenz telegraphisch zu melden die Ehre hatte,[b]) hat der hiesige russische Botschafter im Auftrage Herrn Sazonows dem Unterstaatssekretär mitgeteilt, daß dieser seinen Vorschlag, Frankreich mit einem Mandate der Großmächte zu betrauen, dahin abgeändert hätte, daß dieses Mandat je einem Vertreter der Tripleentente und der Triplealliance, und zwar Frankreich und Deutschland, übertragen werde. Herr Zimmermann sagt mir, er hätte diese Mitteilung zur Kenntnis genommen und hinzugefügt, daß vor allem die näheren Details des in Rede stehenden Vermittlungsvorschlages festgesetzt werden müßten. Erst nachher könne ein modus procedendi bestimmt werden. Ob der deutsche Botschafter in St. Petersburg beauftragt worden ist, Herrn Sazonow nahezulegen, daß deutscherseits darauf großes Gewicht gelegt werde, mit dem in Rede stehenden Mandate neben Frankreich auch Deutschland zu betrauen, konnte ich nicht konstatieren; doch halte ich dies für wahrscheinlich. Mein italienischer Kollege behauptet zu wissen, Herr Bompard hätte seiner Regierung gemeldet, daß es nach seiner eigenen und seiner Kollegen Ansicht angezeigt wäre, nicht nur einen Vertreter der Tripleentente, sondern auch einen der Triplealliance mit dem Mandate zu betrauen, in welchem Falle in erster Linie Deutschland schon aus dem Grunde in Betracht kommen sollte, weil dieses ja seit Ausbruch des italienisch-türkischen Konfliktes die diplomatische Vertretung der beiden Kriegführenden übernommen hätte. In jedem Falle scheint es mir ganz zweifellos, daß die deutsche Regierung mit sichtlicher Genugtuung den abgeänderten Vorschlag Herrn Sazonows entgegengenommen hat. Herr von Kiderlen wird während seines kurzen Aufenthaltes in Rom, so sagte mir heute der Reichskanzler, die Interventionsfrage und alles, was damit zusammenhängt, mit den italienischen Staatsmännern besprechen. Mein türkischer Kollege ist in großer Aufregung über die Nachricht, die er nur den Zeitungen entnahm, wonach der deutsche Staatssekretär sich nach Rom begeben hat und befürchtet, daß bei dieser Gelegenheit in Betreff des Krieges Abmachungen getroffen werden könnten, welche die Interessen der Türkei schwer schädigen. Ich habe getrachtet, Nizamy Pascha zu beruhigen, was mir aber, wie es scheint, keineswegs gelungen ist.
Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3229, 3237, 3262. — [b])Vgl. n. 3224.

Nr. 3231. Bericht aus Berlin, 19. Jan. 1912 Nr. 6.[a]) Ausfert.

Streng geheim. Die in Euer Excellenz streng geheimen Erlasse Nr. 155 d. d. 11. d. M. enthaltenen Ausführungen habe ich sofort nach deren Erhalt nicht ermangelt zur Kenntnis des Herrn Unterstaatssekretärs zu bringen. Derselbe ersucht mich, Euer Excellenz zu melden, dass er einverstanden sei, in dem Protokolle die Worte: „qui sera fixé d'après l'accord futur" mit „qui sera fixé par l'accord futur" zu ersetzen. Ebenso teilt er Euer Excellenz Meinung, dass unser und der deutsche Botschafter in Rom beauftragt werden, eine schriftliche Abmachung darüber zu verlangen, dass eine Veröffentlichung der erfolgten Erneuerung des Dreibundes nur nach einem vorausgegangenen Einverständnisse der drei Compaciscenten erfolgen darf. Herr Zimmermann sagte mir zu, die betreffenden Instruktionen an Herrn von Jagow sofort zu erteilen. Über den Wunsch der italienischen Regierung, die Bestimmungen wegen Tripolitaniens und Marokkos in dem Vertrage selbst aufzunehmen, hat der kaiserlich deutsche Botschafter in Rom, so sagte mir der Unterstaatssekretär, nichts gemeldet; nur Herr Pansa habe ihm gegenüber hievon flüchtig Erwähnung getan. Mit der Fassung selbst des Protokolles in Bezug auf Tripolitanien und auf Marokko scheint aber Marquis di San Giuliano — wie dies Herr von Jagow ebenso wie Herr von Mérey berichten — nicht ganz einverstanden zu sein. Herr Zimmermann ist ebenso wie Euer Excellenz der Ansicht, dass die Bedenken des italienischen Ministers des Äussern vollkommen unbegründet seien. Deutschland ebenso wie wir wollen allerdings die Erwerbungen Italiens auf Tripolis und die Cyrenaika beschränkt wissen; die schon jetzt zu erfolgende Anerkennung der Erwerbung dieser zwei Provinzen nach dem Friedensschlusse biete jedoch genug Vorteile für Italien. Marokko betreffend soll auch nach hiesiger Ansicht lediglich die Anerkennung des durch das deutsch-französische Abkommen geschaffenen Zustandes, nicht aber eine Verpflichtung zur Aufrechterhaltung desselben im Protokolle aufgenommen werden. Staatssekretär von Kiderlen-Wächter wird voraussichtlich schon morgen in Rom eintreffen, bei welcher Gelegenheit — so meint der Unterstaatssekretär — er wohl in die Lage kommen dürfte, über die Intentionen der italienischen Regierung nähere und präzisere Auskünfte zu erlangen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3228, 3238, 3239.

Nr. 3232. Privatschreiben aus Berlin, 19. Jan. 1912 Nr. 2 (eing. 21. Jan.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Während der längeren Unterredung vorgestern mit Kaiser Wilhelm, über welche ich heute an anderer Stelle berichte,[b]) hatte ich Gelegenheit auch die Angelegenheit Tschirschky kurz zu berühren. Da mich der Reichskanzler gebeten hatte, in dieser Frage Seiner Majestät gegenüber sehr vorsichtig vorzugehen, musste ich mich darauf beschränken, zu bemerken, dass die Beziehungen des kaiserlich deutschen Botschafters in Wien zu Euer Excellenz infolge der Haltung und des Benehmens Herrn von Tschirschkys nach meiner persönlichen Ansicht einen ganz unhaltbaren

Zustand geschaffen hätten. Seine Majestät nahm diese Bemerkung stillschweigend entgegen. Im Laufe der weiteren Unterhaltung erzählte ich Kaiser Wilhelm im Sinne Euer Excellenz Instruktionen, dass Hochdieselben wegen der Abberufung Sir Fairfax L. Cartwrights von seinem Wiener Posten vertrauliche Schritte in London unternommen hätten. Mit grosser Befriedigung nahm Seine Majestät diese Nachricht zur Kenntnis, verhehlte mir jedoch nicht, dass Er es gerne gesehen hätte, wenn Cartwrights Abberufung auf Wunsch Euer Excellenz schon längst erfolgt wäre. Er kenne Cartwright seit jener Zeit, wo derselbe als junger Sekretär in Berlin weilte, sehr gut; auch sei Er über dessen Tätigkeit in München genau unterrichtet und sei gleich bei dessen Ernennung zum Botschafter in Wien der Ansicht gewesen, dass Cartwright seine dortige Stellung dazu benützen würde, gegen den Dreibund zu agitieren, hauptsächlich aber gegen Deutschland Misstrauen zu säen und seine acharniert deutsch-feindlichen Ansichten in ganz unerlaubter Weise zu propagieren. Euer Excellenz seien über all dies genau informiert gewesen und Er habe auch nie daran gezweifelt, dass Hochdieselben alles aufbieten werden, um diesen unbequemen und gefährlichen Herrn loszuwerden; wie gesagt hätte Er aber sehr gehofft, dass Euer Excellenz diesbezügliche Bemühungen rascher zum gewünschten Ziele geführt hätten. Auch dem Reichskanzler gegenüber habe ich wegen Cartwright die gleiche Mitteilung gemacht; derselbe ersuchte mich, Euer Excellenz zu versichern, dass er ebenfalls über die von Euer Excellenz in London unternommenen Schritte sehr erfreut sei. Herr von Tschirschky betreffend bat mich der Reichskanzler Euer Excellenz zu melden, dass er wegen dessen Versetzung sobald als möglich die nötigen Verfügungen treffen werde, doch bitte er Hochdieselben, sich etwas zu gedulden. Es liege ihm sehr daran, den Anschein zu vermeiden, dass in der Öffentlichkeit die Abberufung Herrn von Tschirschkys mit der letzten Presscampagne in Verbindung gebracht werden könnte. Meinerseits bin ich vollkommen überzeugt, dass Herr von Bethmann Hollweg sein Wort halten und dass diese Angelegenheit durchaus den von Euer Excellenz gewünschten Verlauf nehmen werde. Der Reichskanzler weiss sehr gut, worum es sich handelt. Ich habe immer nur seinem Wunsche entsprochen, als ich mit ihm diese Frage vertraulich erörterte und dafür gesorgt, dass mein Auftreten in keinem Falle den Karakter einer Demarche enthalte. Szögyény.

P. S. Soeben erzählt mir Herr von Bethmann Hollweg, er habe sich nicht begnügt, dem Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung“ schriftlich ein scharfes Admonitorium zu erteilen, er habe nachträglich noch den hiesigen Vertreter des genannten Blattes, Herrn von Huhn, der einen grossen Einfluss auf die Redaktion desselben ausübt, zu sich kommen lassen und ihm sehr kategorisch erklärt, dass, wenn die „Kölnische Zeitung“ ähnliche Wiener Briefe und andere gleichartige Auseinandersetzungen, welche Euere Excellenz und Hochdero von hier aus vollkommen gebilligte Politik kritisieren, publiziert, er gemüssigt sein werde, jede Beziehung mit seinem Blatte abzubrechen. Szögyény.

a) Vgl. n. 3185, 3211, 3213, 3257. — *b)* Vgl. n. 3229.

Nr. 3233. Bericht aus London, 19. Jan. 1912 Nr. 4 F (eing. 22. Jan.).[a] *Ausfert.*

Streng vertraulich. Während meines gestrigen Besuches bei Sir A. Nicolson streifte das Gespräch die Aktion Herrn Tscharykoffs betreffend die Meerengenfrage. Der Unterstaatssekretär erklärte, diese Frage sei jetzt ganz fallen gelassen worden. Auf meine Bemerkung, sie könne aber vielleicht bei irgend einer Gelegenheit wieder aufs Tapet gebracht werden, meinte Sir Arthur, er erwarte dies nicht, denn eigentlich sei der Wunsch nach einer Änderung der Meerengenbestimmungen in Russland sehr wenig verbreitet. Das habe sich gezeigt, als Iswolsky damit coquettirte. Es sei der grösste Fehler des ehemaligen russischen Minister des Äussern gewesen, diese Frage im Jahre 1908 aufzuwerfen. Seine masslose Eitelkeit habe ihn dazu verführt. Er habe nach Abschluss des Arrangements mit England und desjenigen mit Japan geglaubt, durch ein Abkommen mit Österreich-Ungarn die freie Durchfahrt der Dardanellen für Russland erlangen zu können und sich dadurch einen grossen Namen zu machen. In Russland selbst hatte er Niemand „to back him up." Dann kam die Enttäuschung und die Urteilskraft Iswolskys wurde getrübt durch seine sinnlose persönliche Eifersucht auf Euere Exzellenz, die ihn ganz beherrschte. Sir Arthur betheuerte zwar seine lebhafte Sympathie für Iswolsky, dessen Begabung er auch nicht in Abrede stellte, knüpfte aber daran einige Bemerkungen, die mit Rücksicht auf die grosse Intimität, die zwischen beiden bestanden haben soll, vielleicht nicht uninteressant sind. „I like Iswolsky, he is clever, but he sacrifices everything to his silly vanity. Of course he is an awful snob, etc." Dass Herr Iswolsky jemals wieder in das Palais an der Sängerbrücke einziehe, bezweifelt Sir Arthur sehr, jedenfalls würde er mit sehr geänderten Ansichten zurückkehren, „in a very changed mood of mind." Mensdorff.

[a] Vgl. n. 3173.

Nr. 3234. Tel. nach St. Petersburg, 19. Jan. 1912 Nr. 7 (chiffr. 4 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Müller).*

Euer Exzellenz Telegramm No. 11 vom 12. l. Mts. hat sich mit meinem Privatschreiben vom 13. l. Mts. gekreuzt. Letzterem werden Hochdieselben unter anderem entnommen haben, daß ich Wert darauf lege, bei Herrn Sasonow nicht den Eindruck zu erwecken, als ob wir es wären, die seinen Vermittlungsideen Schwierigkeiten bereiten wollten. Da der Herr russische Minister des Äußern Euer Exzellenz gegenüber kein ausdrückliches Verlangen nach einer Rückäußerung gestellt hat, ziehe ich es auch heute noch vor, die Stellungnahme der übrigen Kabinette zu der jüngsten Formulierung des Sasonowschen Vorschlages abzuwarten. Was das meritum desselben anbelangt, möchte ich bemerken, daß die ins Auge gefaßte Eventualität einer Pression auf die Pforte mit dem Begriffe einer Mediation ebenso schwer vereinbar erscheint, als mit dem Standpunkte der Wahrung des Ansehens der Türkei, den ich in der Delegation vertreten habe und den auch andere Kabinette teilen dürften. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und rein persönlicher Kenntnisnahme. Aehrenthal.

[a] Vgl. n. 3237.

Nr. 3235. Privatschreiben aus Paris, 20. Jan. 1912 Nr. 2 (eing. 22. Jan.).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Bei Besprechung der jüngsten Kabinets-Krise meinte Herr Iswolsky mir gegenüber, es wäre sehr erwünscht, dass endlich ein serioser Minister in das Palais am Quai d'Orsay einziehe, der sich wirklich ganz den Geschäften widmen könne. Herr de Selves sei in den letzten Wochen derart durch die Marokko-Frage in Anspruch genommen gewesen, dass er nie Zeit fand, sich mit anderen Angelegenheiten zu beschäftigen. Und doch wäre es dringend nötig, dass sich alle Kabinette mit der Tripolis-Frage eingehend befassen, denn wenn es bis zum Frühjahr nicht gelinge, den Frieden zwischen Italien und der Türkei zu Stande zu bringen, so könnte sich die Situation am Balkan sehr bedenklich gestalten. Der russische Botschafter bemerkte, er hege diesbezüglich ernste Besorgnisse, hauptsächlich weil, wie er sagte, der Faden zwischen Petersburg und Wien abgerissen ist. Auch wenig bedeutende und an und für sich eventuell ganz gerechtfertigte und natürliche Massnahmen unsererseits, wie zum Beispiel gewisse Truppenverschiebungen in Bosnien, könnten in der russischen öffentlichen Meinung, eben weil kein vertraulicher Kontakt zwischen beiden Regierungen bestehe, leicht missverstanden werden und zu Reibungen Anlass geben. Die Situation könnte dann viel schwieriger werden, als sie es im Jahre 1908 war: „Parceque alors il s'agissait de questions prévues depuis longtemps, dont on avait souvent causé et sur lesquelles on était, en somme, d'accord". (sic!)[b] Jetzt, wo man die auftauchenden Fragen nicht vorher vertraulich besprechen könne, „parcequ'il n'y a pas de fil entre Saint-Pétersbourg et Vienne", könnten unbedeutende Inzidenzfälle leicht bedenklich werden. Das Mürzsteger Übereinkommen, meinte Herr Iswolsky, habe Reibungen zwischen unseren zwei Regierungen zwar nicht immer verhindert, aber doch die Möglichkeit geboten, durch vertraulichen Gedankenaustausch zu einem Einvernehmen zu gelangen. Ich hielt es nicht für angezeigt, mich in eine nähere Erörterung dieses Themas einzulassen, die mich nur zu einer retrospektiven Kritik der Politik meines Mitredners geführt hätte. Ich beschränkte mich darauf, Herrn Iswolsky zu sagen, dass ich den grossen Wert solcher Einvernehmen bereitwilligst anerkenne. Von grösserer Wichtigkeit erscheine mir aber noch der gegenseitige gute Wille, zu einem freundschaftlichen Einverständnis über auftauchende Streitfragen zu gelangen. Ohne einen solchen guten Willen nütze auch eine vorherige Entente nicht viel. In Wien, fügte ich hinzu, ist sicher der beste Wille vorhanden, auftauchende Fragen im freundschaftlichen Einvernehmen mit den beteiligten Mächten zu prüfen und eventuell zu regeln. Ich konnte mir nicht ganz klar darüber werden, welchen Zweck Herr Iswolsky mit seinen Mitteilungen verfolgte. Wollte er nur, was er ja sehr gerne thut, eine Kritik an unserer Politik üben, weil wir „den Faden abreissen liessen"; oder hält er mit Hinblick auf die verworrene Situation am Balkan eine Fühlungnahme unserer Kabinete für erwünscht?

Szécsen.

[a] Vgl. n. 3223, 3236. — [b] Vgl. n. 79.

Nr. 3236. Tel. nach St. Petersburg, 20. Jan. 1912 Nr. 8 (chiffr. 1 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport, V. u. G. Müller).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 13 und 14 vom 14. l. M. Ich habe die Message Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus unserem Allergnädigstem Herrn unterbreitet und Allerhöchstdessen Befehle eingeholt. Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben Allergnädigst anzuordnen geruht, daß Euer Exzellenz zu beauftragen sind, folgende Allerhöchste Antwort an Seine Majestät den Kaiser von Rußland gelangen zu lassen: Seine k. u. k. Apostolische Majestät sprechen Allerhöchstihren wärmsten Dank für die von Seiner Majestät Kaiser Nikolaus ausgesprochenen Gefühle der Freundschaft aus und teilen aufrichtigst Höchstdessen Wunsch, daß die guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn eine weitere Entwicklung und Festigung erfahren mögen. In dieser Richtung sei übrigens gerade in der letzten Zeit ein ebenso erfreulicher als bedeutsamer Fortschritt zu verzeichnen, indem die beiderseitigen Minister des Aeußern in die Lage gekommen seien, konstatieren zu können, die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen seien derartige, daß sie, wenn sich der Anlaß dazu ergebe, jederzeit eine Konversation, selbst über heiklere Fragen, aufnehmen könnten. Sollte sich in der nächsten Zeit keine andere geeignete Gelegenheit ergeben, um sich dieses Allerhöchsten Auftrages bei Seiner Majestät Kaiser Nikolaus zu entledigen, so wollen Hochdieselben zu diesem Zwecke um eine Audienz nachsuchen. Euer Exzellenz wollen Herrn Sasonow den Inhalt der Allerhöchsten Message in geeigneter Weise mitteilen, ohne jedoch bei Wiedergabe derselben dem Herrn Minister des Aeußern gegenüber ein allzu großes Empressement zu bekunden. Aehrenthal.

[a]) Vgl. n. 3235, 3253.

Nr. 3237. Bericht aus St. Petersburg, 7./20. Jan. 1912 Nr. 3 A (eing. 22. Jan.)[a]) Ausfert.

Gelegentlich des letzten Diplomatenempfanges kam Herr Sazonow wieder auf seinen Vermittlungsvorschlag zu sprechen und bemerkte, er habe aus den verschiedenen Rückäußerungen, die ihm von Seiten der Kabinette zugekommen seien, den Eindruck erhalten, als seien seine Intentionen nicht überall ganz richtig verstanden worden. Es werde ihm nämlich vielfach eingewendet, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für eine Vermittlungsaktion noch nicht geeignet sei, wobei zur Begründung dieser Bedenken namentlich seitens der Konstantinopler Botschafter auf die gegenwärtige ungeklärte innerpolitische Lage der Türkei und die bevorstehende Parlamentsauflösung hingewiesen werde. Alle diese Erwägungen habe auch er sich vor Augen gehalten und daher auch gar nicht im Sinne gehabt, daß die von ihm in Aussicht genommene Vermittlungsaktion schon jetzt in Szene gesetzt werden sollte. Seine Absicht sei vielmehr die gewesen, vorläufig einen Gedankenaustausch zwischen den Mächten anzubahnen, um wo möglich schon jetzt darüber schlüssig zu werden, in welcher Richtung sich die Vermittlung, wenn der Zeitpunkt hiefür gekommen sein werde, zu bewegen hätte. Eine solche Einigung der Mächte würde unter allen Umständen längere Verhandlungen

nötig machen, weshalb es ihm zweckmäßig erschiene, damit nicht zu warten, bis der Moment zum gemeinsamen Handeln bereits gekommen sei. Es sei vielleicht möglich, daß er sich in seiner Zirkulardepesche an die russischen Vertreter bei den Großmächten nicht ganz genug deutlich ausgedrückt habe, er wolle daher dieser Tage durch eine ergänzende Weisung an die in Betracht kommenden Botschafter dieses Mißverständnis aufklären. Es hat in der Tat den Anschein, als ob die Anregung Herrn Sazonows an manchen Stellen nicht ganz in seinem Sinne aufgefaßt wurde, da ja auch in den mir gütigst zur Einsicht überlassenen Berichten des Markgrafen Pallavicini, sowie in den von letzterem erwähnten gegenständlichen Äußerungen seines deutschen, französischen und sogar russischen Kollegen immer das Hauptgewicht darauf gelegt erscheint, der gegenwärtige Augenblick sei für eine Vermittlung ungeeignet, während Herr Sazonow in seinen Konversationen mit den hiesigen Botschaftern tatsächlich immer nur von einer jetzt anzubahnenden Verständigung über ein in einem späteren, günstigeren Zeitpunkte einzuschlagendes gemeinsames Vorgehen der Mächte sprach. (Vide meine gehorsamen einschlägigen Berichte.) Auch Graf Pourtalès hatte aus seinen Konversationen mit dem Herrn Minister den gleichen Eindruck. Herr Sazonow sagte mir des weiteren, er habe, eben weil er sich darüber im klaren war, daß für den Augenblick eine Aktion in Konstantinopel nicht zum Ziele führen könne, es absichtlich unterlassen, seinen dortigen Botschafter von den eingeleiteten Pourparlers überhaupt in Kenntnis zu setzen. Er sei hiebei auch von dem Gedanken geleitet worden, daß es der Sache nur schaden könnte, wenn die Pforte schon jetzt von der geplanten Aktion Wind bekomme, was bei den eigenartigen dortigen Verhältnissen immer zu befürchten sei, sobald nur irgend jemand in Konstantinopel davon Kenntnis habe. Jetzt, wo aber alle anderen Botschafter durch ihre Regierungen bereits von seinem Vorschlage informiert seien, bleibe ihm nichts anderes übrig, als auch seinerseits Herrn Tscharykow au courant zu setzen. Aus den weiteren Äußerungen Herrn Sazonows schien hervorzugehen, er sei einigermaßen darüber enttäuscht, daß sich aus seiner Anregung keine meritorische Diskussion entwickelt habe, sondern daß sich die Mächte mit allgemein, wenn auch sympathisch gehaltenen Antworten begnügt hätten, welche die Sache nicht vorwärts brachten. Im weiteren Verlaufe unseres Gespräches rekapitulierte der Herr Minister noch einmal die Details seiner Idee, wie sie sich allmählich bei ihm herauskristallisiert haben und die daher gegenüber seinem ersten, von ihm selbst als rudimentär bezeichneten Vorschlag bereits eine bedeutend klarere Gestalt aufweist. Sein Gedankengang ist, kurz zusammengefaßt, ungefähr der folgende: Die Mächte haben ein eminentes Interesse daran, daß der Krieg nicht im Frühjahr eine Störung der Ruhe auf dem Balkan zur Folge habe, eine Gefahr, die gewiß bestehe, wenn nicht rechtzeitig dagegen Schutzmaßregeln ergriffen werden. Aus diesem großen eigenen Interesse der Mächte leitet er für diese das Recht ab, sich ins Mittel zu legen. Das Prinzip der Neutralität werde in keiner Weise berührt, wenn auch sein Vorschlag auf den ersten Blick vielleicht für die Türkei weniger günstig scheine als für Italien. Die erstere habe eben zur Evidenz gezeigt, daß, wenn sie auch in Tripolis selbst einen

recht hartnäckigen Widerstand leiste, sie doch zu einer Vertreibung der Italiener und zu einer Wiedereroberung Tripolitaniens absolut unfähig sei. Es sei daher keine allzu große Zumutung, wenn man den Türken rate, einen weiteren Kampf aufzugeben, besonders unter für sie verhältnismäßig günstigen Umständen, das heisst ohne daß sie einen formellen Verzicht aussprechen und gegen eine Geldentschädigung. Nehme aber die Pforte die angebotene Lösung nicht freiwillig an, so seien die Mächte mit Rücksicht auf ihre eigenen in Betracht kommenden Interessen, seiner Meinung nach, wohl berechtigt, zu erklären, daß sie wenigstens die Konsequenzen aus der durch die Unfähigkeit der Türkei, Tripolis zurückzuerobern, geschaffenen tatsächlichen Lage ziehen und den neuen italienischen Besitzstand anerkennen wollen. Es sei nun möglich, daß die Drohung mit einer solchen einseitigen Anerkennung ein genügendes, vielleicht der türkischen Regierung nicht einmal ganz unwillkommenes Pressionsmittel bilden würde, um letztere zur Annahme des Waffenstillstandes zu bewegen. Aber auch im entgegengesetzten Falle, wenn die Türkei erklären würde, sich um einen solchen Schritt der Mächte nicht zu kümmern und den Krieg fortzusetzen, wäre der Zweck, den die Mächte verfolgen, so ziemlich erreicht. Es wäre damit nämlich Italien die Sicherheit seines neuen Besitzes und die Anerkennung der Mächte gegeben und der Verkehr mit den Konsuln in Tripolis, die nun das Exequatur des Königs von Italien erhalten würden, wäre ein normaler geworden. All' das würde in Italien jedenfalls die Wirkung haben, die Regierung und wohl auch die öffentliche Meinung so weit zufrieden zu stellen, daß eine Ausdehnung der Feindseligkeiten auf ein anderes Gebiet als ganz ausgeschlossen und für Italien moralisch unmöglich gemacht betrachtet werden könnte. Damit würde aber auch die Gefahr einer ernstlichen Komplikation am Balkan, die doch nur in Verbindung mit offiziellen oder zum mindesten inoffiziellen italienischen Unternehmungen zu befürchten ist, aus der Welt geschafft und somit das erreicht werden, was den Mächten vor allem am Herzen liegen muß. Diese Argumentation Herrn Sazonows scheint mir der Logik nicht zu entbehren und doch einer ernsteren Erwägung wert zu sein. Als speziell vom Gesichtspunkte der Monarchie ins Gewicht fallend scheint mir zu sein, daß es mit Rücksicht auf unser Verhältnis zu unserem italienischen Bundesgenossen doch mißlich wäre, wenn dort der Eindruck hervorgerufen würde, daß ein von russischer Seite ausgegangener Vorschlag, der eine für Italien akzeptable Lösung in Aussicht stellte, gerade an dem Widerstande der Dreibundmächte gescheitert wäre. Aber auch mit Rücksicht auf unser freundschaftliches Verhältnis zur Türkei würden wir, meiner unmaßgeblichen Meinung nach, eine nicht geringe Verantwortung auf uns nehmen, wenn wir durch eine zu weitgehende Berücksichtigung der momentanen türkischen Stimmung dazu beitragen würden, eine Lösung zu verhindern, die schließlich doch im wohlverstandenen Interesse der Türkei gelegen wäre. Es ist nämlich naheliegend, anzunehmen, daß die Türkei bei einer längeren Dauer des Krieges schließlich doch gezwungen sein wird, Italien gegenüber nachzugeben; es aber dann unter weit ungünstigeren Bedingungen zu tun genötigt sein könnte, als es die jetzt von Herrn Sazonow proponierten sind. Ich glaube die vorstehenden

gehorsamen Erwägungen umso eher Euer Exzellenz unterbreiten zu dürfen, als Hochdieselben in Hochdero Privatschreiben vom 13. d. M. mich darauf aufmerksam zu machen die Güte hatten, es sei Euer Exzellenz daran gelegen, bei Herrn Sazonow nicht den Eindruck zu erwecken, als ob wir es wären, die seiner Vermittlungsidee Schwierigkeiten bereiten wollten.

P. S. Euer Exzellenz hohes Telegramm von gestern Nr. 7 soeben nach Schluß dieses Berichtes erhalten. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3230, 3238, 3245, 3254, 3267, 3285.

Nr. 3238. Tel. aus Berlin, 23. Jan. 1912 Nr. 9 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Herr v. Kiderlen-Wächter hat, wie mir Unterstaatssekretär sagt, während seines Aufenthaltes in Rom mit Herrn Giolitti und Marquis San Giuliano auch die Angelegenheit der Erneuerung des Dreibundes und die italienischerseits gewünschte Aenderung des in Vorschlag gebrachten Zusatzprotokolles besprochen. Was die seinerzeitige Veröffentlichung der zu erfolgenden Erneuerung des Dreibundvertrages betrifft, so ist die italienische Regierung mit einer schriftlichen Abmachung, dass dieselbe erst nach einem vorausgegangenen Einverständnisse aller drei Compaciscenten erfolge, ganz einverstanden. Die italienischen Staatsmänner scheinen zu wünschen, dass diese Veröffentlichung bald nach der erfolgten Erneuerung stattfinde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3231, 3237, 3239, 3240.

Nr. 3239. Aufzeichnung der Wiener deutschen Botschaft (eing. vom deutschen Botschafter im Auftrage des deutschen Reichskanzlers mit Privatschreiben[a]) vom 23. Jan. 1912).[b]) Ausfert.

Vertraulich. Ueber das Ergebnis seiner Besprechungen mit den italienischen Staatsmännern in Rom hat der Herr Staatssekretär von Kiderlen-Wächter folgendes nach Berlin gemeldet: 1. Bezüglich des Friedens. Da die Italiener erklärt hätten, an Annexionsdekret und absoluter Souveränität unbedingt festhalten zu müssen, hat Herr von Kiderlen die Ansicht geäussert, dass dieser Standpunkt von der Türkei nicht akzeptiert werden würde, mithin im jetzigen Augenblick für Mediation und Friedensverhandlungen keine geeignete Basis vorhanden sei. Es bleibe nichts übrig als abzuwarten, womit Marquis di San Giuliano sich einverstanden erklärte. 2. Betreffend Dreibund. Der König und die Minister sind nach wie vor zum Abschluss bereit, glauben aber, dass durch die Annexionserklärung schon ein status quo geschaffen sei, den sie nicht präjudizieren könnten. Herr von Kiderlen glaubt, dass diese Schwierigkeit vielleicht sich mit Hilfe einer allgemeineren Formel überwinden liesse. Wegen Veröffentlichung hat der Herr Staatssekretär Notenaustausch gleichzeitig mit der Unterzeichnung vorgeschlagen, womit sich der Minister einverstanden erklärte.

[a]) Nicht aufgenommen, weil ohne Bedeutung. — [b]) Vgl. n. 3231, 3238, 3241.

Nr. 3240. Tel. aus Rom, 23. Jan. 1912 Nr. 6 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a]
Entziff.

Geheim. Die Konversationen mit dem deutschen Staatssekretär des Aeussern betrafen, wie mir Minister des Aeussern gestern anvertraute, hauptsächlich die Friedensfrage und die Erneuerung des Dreibundes. In ersterer Hinsicht hätte Herr von Kiderlen-Wächter ein Projekt besprochen, wonach die Türkei gegen gewisse Kompensationen materieller und sonstiger Natur die Annexion der zwei Provinzen anerkennen würde, falls Italien einen Teil des Landesinnern jenen arabischen Stämmen, welche sich nicht der neuen Herrschaft unterwerfen wollten, zur Verfügung überliesse. Dieser Vorschlag sei aber, da er nach hiesiger Ansicht eine Permanisierung der Kämpfe bedeuten würde, von hiesiger Regierung als nicht akzeptabel erklärt und daher fallen gelassen worden. Man habe dann eine andere Idee ventiliert, wonach Italien eine Proklamation erliesse, welche allen Eingeborenen ohne Unterschied ihrer bisherigen Haltung die Freundschaft und den Schutz Italiens sowie Ausschluss jedweder Repressalien, also eine Art von Amnestie, zusichern würde. Dies könnte der Türkei Rückzug ihrer Truppen ermöglichen, da hiedurch der Vorwurf der Preisgebung der Araber entfalle. Man habe sich beiderseits die Erwägung dieses Gedankens noch vorbehalten, umsomehr da man übereinstimmend den Moment für Friedensverhandlungen noch nicht für gekommen erachte. Ueber Dreibund telegraphiere ich separat. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3238, 3241, 3248.

Nr. 3241. Tel. aus Rom, 23. Jan. 1912 Nr. 7 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a]
Entziff.

Streng geheim. Nach den Mitteilungen des Ministers des Aeussern hätte deutscher Staatssekretär des Aeussern eingesehen, dass die proponierte Textierung des Zusatzprotokolles zum Dreibund für Italien nicht annehmbar sei, da das letztere hiedurch gleichsam selbst auch andere Lösung als die Annexion als möglich zulasse und überdies hinsichtlich Marokkos neue Verpflichtungen übernehme. Herr v. Kiderlen-Wächter habe hierauf vorgeschlagen, sei es in den Artikeln IX und X selbst, sei es in einem Zusatzprotokolle auszusprechen, dass unter dem fraglichen Status quo jener verstanden sei, welcher im Momente des Inkrafttretens des neuen Vertrages (Juni 1914) zu Recht bestehe. Marquis San Giuliano habe sich die Entscheidung über diese Formel, welche ihm begreiflicherweise besser zu gefallen schien, noch vorbehalten. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3239, 3240, 3242, 3243, 3248.

Nr. 3242. Tel. aus Rom, 23. Jan. 1912 Nr. 8 (eing. 3 U. 45 M. p. m.).[a]
Entziff.

Confidentiel. Le Ministre des affaires étrangères me parla hier d'un rapport de l'Ambassadeur d'Italie à Vienne sur une conversation que ce dernier aurait eue récemment avec Votre Excellence. Au cours de cet

entretien Votre Excellence aurait exprimé au Duc Avarna certaine appréhension et certain soupçon au sujet de l'attitude de l'Italie envers d'autres puissances. „Je suis personnellement froissé", m'a dit le Marquis de San Giuliano, „de cette méfiance, qui ne peut reposer sur aucun fondement sérieux et que je ne crois pas avoir méritée." Voyant que j'ignorais totalement cette conversation et son contenu, le Ministre s'est réservé de revenir une autre fois sur ce thème à l'aide du rapport en question qui se trouvait hier entre les mains du Roi. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3241, 3243, 3251.

Nr. 3243. Tel. aus Rom, 23. Jan. 1912 Nr. 10 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng geheim. Deutscher Botschafter, welcher mich soeben aufsuchte, sagte mir, dass Herr von Kiderlen-Wächter von seinen hiesigen Unterredungen sehr befriedigt gewesen sei. Speziell der König habe sich sehr gnädig gezeigt und spontan erklärt, er lege auf baldigste Erneuerung des Dreibundes Wert und wünsche die besten Beziehungen nicht nur zu Deutschland, mit welchem Italien keine Reibungsflächen besitze, sondern auch zu Oesterreich-Ungarn. Bei Unterredungen mit Minister des Aeussern und Ministerpräsidenten hätte nach Darstellung meines deutschen Kollegen Herr von Kiderlen-Wächter keinerlei Initiative ergriffen, sondern italienische Staatsmänner „an sich herankommen lassen" (?). Bezüglich Erneuerung des Dreibundes stimmen Herrn von Jagows Mitteilungen mit Inhalt meines Telegrammes Nr. 7 überein. Dagegen hat hinsichtlich Friedensfrage deutscher Botschafter mir keinerlei konkrete Vorschläge erwähnt, sondern nur bemerkt, man habe beiderseits konstatiert, dass psychologischer Moment noch nicht eingetreten sei. Besuch beim Kardinal-Staatssekretär sei erst hier im letzten Augenblicke entschieden worden. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3242, 3248, 3272.

Nr. 3244. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 24. Jan. 1912 Res. Nr. 17 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 29. Jan. Nr. 371 am 14. Feb.).[a]) Abschrift.

In der gestrigen Skupština-Sitzung hat der altradikale Abgeordnete, Oberstleutnant in Pension M. Mišić, den Kriegsminister betreffs der im Offizierskorps bestehenden geheimen politischen Organisation—crna ruka—interpelliert. Schon mit Rücksicht auf die Person des Interpellanten, eines Fachmannes in allen die Armee betreffenden Fragen, wird dieser Interpellation allgemein besondere Bedeutung beigemessen. Oberstleutnant Mišić konstatierte: Im serbischen Offizierskorps besteht eine geheime Organisation mit politischen Tendenzen, wovon dem Kriegsminister bereits im November Meldung erstattet wurde. Die damals angeordnete Untersuchung endete mit der Massregelung und Transferierung jener Offiziere, welche „diese falschen Nachrichten verbreitet hatten." Diese nach dem Gesetz unstatthafte Organisation entwickelt sich unter dem Schutze des

dermaligen Kriegsministers General Stepanović. Die Interpellation des Oberstleutnants Mišić machte den Eindruck, als ob er nur einen Teil der ihm bekannten Daten vorgetragen hätte. Man ist jetzt auf die Antwort der Regierung sehr gespannt; das voraussichtliche Dementi würde nur ein Zeichen sein, dass die Regierung gegen die Organisation nicht mehr offen aufzutreten wagt. Ebenso wie das Bestehen dieser Organisation selbst, so steht es auch ausser Zweifel, dass im serbischen Offizierskorps nationale und politische Ambitionen herrschen, die von der Regierung und von den radikalen Parteien nicht geteilt werden. Nach Ansicht der Prätorianer unter den Offizieren kann Serbien nur dann vorwärts schreiten, wenn mit dem jetzigen Regime gründlich — eventuell mit Gewalt — aufgeräumt würde. Die Zeitungen besprechen diese Gefahr ganz unverblümt und machen den berufenen Stellen den Vorwurf, dieser Organisation nicht bei ihrem Entstehen entgegengetreten zu sein. Angeblich erinnert die heutige Situation und die Stimmung im Offizierskorps sehr an den Winter 1903!

Gellinek.

[a]) Vgl. n. 3073, 3246, 3264.

Nr. 3245. Erlaß nach Rom Nr. 305 und Konstantinopel Nr. 306, 24. Jan. 1912.[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Müller).

Kurz vor Abgang des Kuriers erhalte ich den hier in Abschrift mitfolgenden Bericht aus St. Petersburg,[b]) in dem Graf Thurn mir über eine neuerliche Unterredung mit dem russischen Minister des Aeußern und eingehendere Darlegungen desselben hinsichtlich der von ihm angeregten Vermittlungsaktion der Mächte relationiert. Ein weiterer Schritt des hiesigen russischen Botschafters — im Sinne der von Herrn Sazonow im Gespräche mit Graf Thurn erwähnten neuerlichen Weisungen an die russischen Vertreter — ist hier bis jetzt nicht erfolgt und ich bin daher auch noch nicht in die Lage gekommen, mich zu der nunmehrigen präziseren Fassung des Sazonowschen Vorschlages zu äußern. Der Inhalt des anverwahrten Berichtes ist daher vorläufig nur zu Euer Exzellenz rein persönlicher Kenntnisnahme und Orientierung bestimmt; ich behalte mir vor, Hochdenselben über unsere eventuelle Stellungnahme weitere Mitteilungen zukommen zu lassen.

[a]) Vgl. n. 3268, 3274. — [b]) Vgl. n. 3237.

Nr. 3246. Bericht aus Belgrad, 25. Jan. 1912 Nr. 7 (eing. 27. Jan.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Schon im Herbste des Vorjahres habe ich Euer Exzellenz über eine Bewegung in militärischen Kreisen Meldung zu erstatten die Ehre gehabt (vide Nr. 94 A—B vom 12. November und 95 A—C vom 14. November). Damals hat sich die öffentliche Meinung mit dieser Frage sehr viel beschäftigt und die Zeitungen haben dieselbe täglich in spaltenlangen Artikeln erörtert. Niemand hat etwas Positives über den Charakter der Bewegung gewusst und die Existenz einer geheimen Organisation wurde von der Regierung, namentlich aber von den militärischen Behörden einfach in Abrede gestellt. Nachher schien man der Angelegenheit auf einmal keine besondere Bedeutung

beizumessen. Seit einigen Tagen beschäftigt aber dieselbe wieder die ganze hiesige öffentliche Meinung. Oberstleutnant P. Mišić — ein bekannter Verschwörer, der auf direktes Verlangen Englands pensioniert wurde — hat sogar in der vorgestrigen Sitzung der Skupština eine Interpellation über diesen Gegenstand eingereicht. Der Interpellant zweifelt gar nicht über die Existenz der geheimen militärischen Organisation, die unter der Benennung „crna ruka" allgemein bekannt ist; er behauptet, dass Offiziere dazu ziemlich offen geworben werden und will nun wissen, ob tatsächlich der Kriegsminister diese Bewegung begünstigt. Man ist auf die Antwort der Regierung sehr gespannt, umsomehr da man hier annimmt, dass Kriegsminister Stepanović der ganzen „Organisation" eine gewisse Sympathie entgegenbringt und bei der Besetzung wichtiger Posten auf die Wünsche der Mitglieder derselben Rücksicht nimmt. Diese nicht zu rechtfertigende Rücksichtnahme soll ihn auch in Konflikt mit dem Kronprinzen gebracht haben. Die zwischen ihnen bestehenden Differenzen sind allerdings nicht neuen Datums. Der Kronprinz wurde vor Jahresfrist über spezielle Verwendung des Kriegsministers Stepanović zum Armeeinspektor ernannt. Die Idee dabei war, durch den Kronprinzen die Armee von dem Einfluss der politischen Parteien zu befreien und die militärischen Fragen vom Parteigetriebe zu trennen. Dabei dachte General Stepanović im Kronprinzen ein willenloses Werkzeug gewonnen zu haben, der sich in keiner Weise seinem Willen widersetzen würde. Darin hat er sich nun gründlich getäuscht. Der Kronprinz wollte seine neue Stellung für die Erhöhung seiner Popularität ausnützen und als der alleinige Vergeber aller militärischen Stellen und Würden gelten. Daher die Reibungen mit dem Kriegsminister, die besonders scharf geworden sind, als General Stepanović die angeblichen Mitglieder der „crna ruka" besonders berücksichtigen wollte, während der Kronprinz gerade den gegenteiligen Standpunkt einzunehmen gesonnen war. Daraus entstanden die Gerüchte über die erfolgte Abdankung des Kronprinzen als Armeeinspektor, ein Gerücht, das auch in die ausländische Presse Eingang gefunden hat. Der Kronprinz hat allerdings auf seine Stelle nicht resigniert, er scheint aber tatsächlich damit gedroht zu haben und es ist mehr als wahrscheinlich, dass er diese Nachricht durch die Ihm sehr ergebene „Tribuna" selbst lanciert hat. Der König soll in einer recht unangenehmen Lage sich befinden, da die Verschwörer in der „Organisation" eine hervorragende Rolle spielen sollen und Er sich moralisch für verpflichtet hält, auf sie Rücksichten zu nehmen. Vielleicht wird man jetzt etwas Positives über die ganze geheimnisvolle „Organisation" erfahren, denn auch heute weiss man darüber nicht viel mehr, als was ich im November v. J. einberichtet habe. Nur, dass man damals dem Kronprinzen gewisse Sympathien mit der Bewegung zumutete, während heute das Gegenteil erwiesen sein dürfte. Die damals einberichtete Bewegung in Offizierskreisen besteht heute vielleicht noch im erhöhten Masse. Das Militär möchte eine Rolle spielen wie zur Zeit der Obrenović, während es heute vollkommen ausgeschaltet ist. Es glaubt, dass die Zeit seiner Betätigung herannaht, es rechnet mit den eventuellen Komplikationen im Frühjahr, wobei es eine entscheidende Rolle zu spielen hofft. Eine gewisse Nervosität, die auch bei den Politikern nicht zu verkennen ist,

hat besonders die jüngeren Elemente der Armee ergriffen. Es liegt etwas in der Luft und man sieht mit Spannung den kommenden Dingen entgegen. Analoge Symptome sollen auch im Jahre 1903 wahrgenommen worden sein. Ugron.

[a]) Vgl. n. 3244, 3264, 3517.

Nr. 3247. Bericht aus Cetinje, 25. Jan. 1912 Nr. 8 (eing. 29. Jan.).[a]) *Ausfert.*

Streng geheim. König Nikolaus ist gestern unerwartet von Rijeka nach Cetinje zurückgekehrt und liess mich Nachmittags zu sich bitten. Als Gründe, welche den König veranlassten, kurz nach der langen Unterredung vom 21. l. M., worüber ich die Ehre hatte, Eurer Exzellenz in meinem ergebensten Berichte Nr. 7 A[b]) vom 23. l. M., geheim, zu referieren, eine neuerliche Aussprache mit mir zu suchen, führte Seine Majestät die schlechten Nachrichten aus Albanien und Seine Reiseprojekte an. Im Gegensatze zu der ruhigen und korrekten Sprache des Königs am 21. l. M. war der Gospodar gestern sehr impressioniert und erregt, die optimistische Note hatte komplett in eine pessimistische Auffassung umgeschlagen, doch kann ich die Bemerkung nicht unterdrücken, dass mir die Schwarzmalerei der nächsten Zukunft durch den König zum überwiegenden Teile als tendenziöse Mache erschien. Der König scheint hiebei zwei Zwecke zu verfolgen. Erstens sich von Russland und Österreich-Ungarn etwas mehr Ellbogenfreiheit für das Frühjahr zu verschaffen, und zweitens, mit Seinen Befürchtungen die Reisen nach St. Petersburg und Wien zu motivieren, welche Ihm wieder vielleicht Zusagen von Seite der beiden Regierungen bezüglich einer eventuellen materiellen Unterstützung Montenegros im Falle einer Massen-Einwanderung der Albanesen eintragen sollen. Der König kalkuliert, dass Er sich, wenn Er schon keinen Krieg führen dürfe, doch für die den Albanesen zu gewährende Gastfreundschaft bezahlt machen könne. Als Substrat für Seinen plötzlich zur Schau getragenen Pessimismus gab mir der König an, dass Albanesenführer, die Er gesprochen, und Nachrichten, die Ihm neuerlich zugekommen, übereinstimmend besagen, dass bei der Schneeschmelze der Aufstand sowohl in Altserbien unter den mohamedanischen Albanesen, als auch im Vilajet Skutari unter den katholischen Albanesen (Malissoren und Mirditen) losbrechen werde. Speziell führte der König an, dass aus Djakova, Prizren, Ipek, Gusinje und Plava angesichts der bevorstehenden Rekrutierung eine Massenflucht nach Montenegro bevorstehe. Die katholischen Albanesen fürchten angeblich Vexationen von Seite der türkischen Regierung, welche durch die Verstärkung der Truppen, Aufführung und Armierung von Befestigungen eingeleitet und vorbereitet seien. Vorgestern hat der König in Rijeka, wie Er mir widerwillig zugestand, ein Faktotum Bib Prenk Dodas, dann Führer der Puka und Shala empfangen, welche Ihm bezügliche Mitteilungen machten. Nach denselben wären die Mirditen zum Aufstande entschlossen und Bib Prenk Doda, der anscheinend mit der Regierung ginge, spiele eine Doppelrolle. Es würden auch mehrere tausend „Mannlicher"-Gewehre, also österreichisch-ungarischer Provenienz, erwartet, und unser Generalkonsul in Skutari, Herr von Zambaur, sei über die Pläne der Albanesen genau unterrichtet. Herr von Zambaur habe denselben Emissären gesagt:

„Wir wissen, dass Ihr jetzt Geld habt, aber wir werden für diejenigen, die die Revolution unterdrücken werden, noch mehr Geld zur Verfügung haben." Der König bemerkte hiezu, dass Ihm diese energische und gerade Sprache des Generalkonsuls sehr gefallen habe. Er forderte die Albanesen auf, auch mir die gleichen Mitteilungen zu machen, was diese aber mit der Begründung ablehnten, dass sie von mir wahrscheinlich dieselbe Antwort erhielten, wie in Skutari. Ich erwiderte dem König, dass mir die Befürchtungen über die Lage in Albanien in solcher Schärfe neu seien, ich an ihre volle Stichhältigkeit nicht glaube, zumal die Nachricht über eine grosse Sendung „Mannlicher"-Gewehre glatt erfunden sein müsse. Ich konnte auch Seiner Majestät mein Befremden darüber nicht verhehlen, heute einer so pessimistischen Auffassung zu begegnen, wo der König kaum einige Stunden vorher mir die bündigste Versicherung gegeben, den Frieden halten zu wollen und die Situation keineswegs als so gefahrdrohend beurteilt habe. Mein hoher Mitredner warf rasch ein: „Was ich Ihnen letzthin bekräftigt, dabei bleibe ich auch, ich werde friedlich bleiben, und, wenn Sie wollen, Je Vous donnerai ça par écrit." Auf meine Bemerkung, dass die Türkei stark genug wäre, um mit einer allfälligen Bewegung diesmal rascher fertig zu werden, dass erst eine Massen-Invasion nach Montenegro abgewartet werden müsste und selbst dann Montenegro, wenn es den Frieden und gute Nachbarschaft ehrlich halten wolle, derselben nicht Tür und Tor öffnen solle, erwiderte der König: „Gewiss nicht und habe ich den Albanesen gesagt, sie mögen nicht glauben, dass Montenegro den Revolutionären offen stehen würde." „Mais, mon lendemain n'est pas sûr, und darum will ich, obwohl ich meine Reise nach St. Petersburg aufgeschoben hatte, dennoch reisen, und auf der Rückkehr von Russland mich inkognito in Wien aufhalten und mich mit dem Grafen Aehrenthal besprechen." Ohne einen Einwurf meinerseits abzuwarten, setzte der König fort: „„Ich weiss, was Sie mir sagen werden. „Warum gehen Sie, Sire, nicht direkte nach Wien und dann nach Russland?" „Darauf kann ich nur antworten, dass mir diese Route jetzt versperrt ist."" Ich benützte die Pause, die der König machte, um zu betonen, dass ich die prätendierte Frage nicht gestellt hätte. Seine Majestät würde sich wohl erinnern, dass, als vor $1^1/_2$ Jahren, nach Seinem Jubiläum, die Frage der ersten offiziellen Visite auftauchte, und Seine Majestät mir wiederholt versicherte und auch amtlich melden liess, Er würde den ersten Antrittsbesuch in Wien abstatten, die k. u. k. Regierung immer auf dem Standpunkte stand, sich jeder Einflussnahme auf die bezügliche Entschliessung des Königs zu enthalten. Seine Majestät habe im vorigen Jahre seine Visite im Laufe des Sommers angekündigt, dann kam das Unwohlsein Seiner Majestät Unseres Kaisers und Königs, welches die Durchführung dieser Absicht hinderte. Dieses Hindernis stehe noch in Kraft, denn auch jetzt sei Seine Majestät der Kaiser nicht in der Lage, während der kalten Jahreszeit sich den Strapazen eines offiziellen Empfanges auszusetzen. König Nikolaus stimmte dieser Bemerkung zu und fügte als streng vertraulich und an meine Verschwiegenheit appellierend, die Details über die Vorgeschichte der Reise bei, welche Eurer Exzellenz aus meinen bezüglichen Berichten bereits bekannt sind, nunmehr aber, in ihrer unwahrscheinlich drastischen Fassung durch den

König selbst bestätigt sind. „Ich habe," führte König Nikolaus aus, „die Absicht gehabt, über Wien nach Russland zu gehen und dabei in irgend einer Form Seiner Majestät dem Kaiser Franz Josef meine Huldigung darzubringen." „In einem von Sasonow gezeichneten Telegramme heisst es, der Czar sei über diese Absicht „douloureusement impressionné". „Ich kann nicht glauben, dass der Czar von diesem Telegramme Kenntnis hatte, und ich gebe Ihnen mein Wort, dass ich ihn über den Sachverhalt befragen werde." „Daraufhin wollte ich die ganze Reise, die mir höchst peinlich ist, da meine Gefühle für Russland stark erkaltet sind, aufschieben, doch insistiert der Czar, dass ich noch im Laufe des Jänner a. St. komme." „Jetzt muss auch der Erbprinz nach Sofia, die Lage scheint mir für das Frühjahr gefährlich, und da will ich mich mit Graf Aehrenthal besprechen und vor dem Frühjahre wieder zu Hause sein." „Ich werde die Reise schnell absolvieren, circa am 2. Februar (n. St.) abreisen, über Fiume nach Venedig, wo ich den Erbprinzen von Sofia erwarte, dann über den Brenner nach St. Petersburg; nach 4—5tägigem Aufenthalte daselbst komme ich nach Wien (circa am 15. Februar n. St.), wo ich 2—3 Tage inkognito bleiben will." „Ich werde Grafen Aehrenthal sofort um eine Unterredung ersuchen, und ihm rückhaltlos Alles mitteilen, was mir in St. Petersburg gesagt wurde." „Ich werde auch dessen Vermittlung in Anspruch nehmen, damit mir Seine Majestät der Kaiser und König eine Audienz gewähre." „Nach abermaliger Rücksprache mit Graf Aehrenthal fahre ich über Triest nach Hause." „Ich werde Ihnen in 2—3 Tagen meine Reiseroute genau angeben können, bis dahin bitte ich über unsere Unterredung nicht zu berichten." So weit der König, der, wie er mir zum Schlusse sagte, sich nach der Aussprache erleichtert fühlte, — wenngleich meine Rolle diesmal eine mehr passive und rezeptive war. König Nikolaus bemerkte ganz gut, dass sich meiner eine gewisse Verstimmung bemächtigt hatte, welche der Gospodar durch Liebenswürdigkeit und warme Worte der Dankbarkeit an die Adresse Österreich-Ungarns zu verscheuchen suchte. Ich möchte vor allem feststellen, wie gross die Sprunghaftigkeit des Königs ist, wie leicht Derselbe Ansichten und Pläne wechselt und dass Höchstderselbe von Seiner Taktik, zwei Eisen im Feuer zu haben, nicht abzugehen scheint. Nichtsdestoweniger bin ich absolut sicher, dass Er ein überzeugter Anhänger der Anlehnung an Österreich-Ungarn ist und diese Politik als die beste und profitabelste für Montenegro erkannt hat. Ebenso halte ich dafür, dass König Nikolaus das Abhängigkeitsverhältnis von Russland als solches, und durch die Art, wie es ihm stets vor Augen geführt wird, als ein unwürdiges und drückendes empfindet. Die Verhältnisse und der Geldmangel sind aber stärker als er, und der König, eingesponnen in eine mehr als fünfzigjährige Tradition und impressioniert von dem an allen Ecken und Enden hervorschauenden Elend des Landes, bringt, mangels materieller Mittel, nicht die Energie auf, um die gewählte Bahn selbständig und ohne zu straucheln zu gehen. Giesl.

[a]) Vgl. n. 3164, 3217 Anm. d, 3258, 3263, 3312. — [b]) Mit dem Berichte Nr. 7 A, 23. Jan. 1912 (eing. 26. Jan.) wurde aus Cetinje gemeldet, König Nikolaus habe bei seinem Besuche auf der Gesandtschaft am 20. Jan. zwar seine Befürchtungen geäußert wegen Wiederausbrechen des Albanesenaufstandes, aber seinerseits die bündige Versicherung abgegeben, daß er sich ruhig verhalten werde.

Nr. 3248. Bericht aus Rom, 25. Jan. 1912 Nr. 7 A (eing. 27. Jan.).[a]) *Ausfert.*

Geheim. ... *Besuch Kiderlens in Rom, Pressestimmen* ... Nach den Mitteilungen, welche mir einerseits — und zwar mit ungleich grösserer Aufrichtigkeit — Marchese di San Giuliano, andererseits Herr von Jagow machten, und über welche ich Euerer Excellenz schon kurz mit meinen Telegrammen Nr. 6 und 7 berichtete, steht es wohl ausser Zweifel, dass ausser dem Etiquette-Zwecke der Besuch des deutschen Staatssecretärs in Rom noch folgende drei Motive hatte: die Verbesserung der durch die Haltung der deutschen Presse hier bewirkten ungünstigen Stimmung gegenüber Deutschland, eine Sondierung des Terrains in der Friedensfrage und eine kleine Vorspannleistung für die Erneuerung des Dreibundes. Der erste Zweck ist ziemlich vollständig erreicht worden. Der Besuch des deutschen Staatsmannes, noch dazu im gegenwärtigen Augenblicke, hat dem Selbstgefühle der Italiener geschmeichelt. Allerdings war die Stimmung schon in den vorhergehenden Wochen wesentlich besser geworden, da die deutsche Presse merklich eingelenkt hatte. Zudem wird seit einiger Zeit jeder, auch in den unbedeutendsten Blättern erschienene „italienfreundliche" deutsche Artikel in den hiesigen officiösen Zeitungen signalisiert und reproduciert. Wie ich höre, geschieht dies auf Grund einer Weisung aus Berlin durch die hiesige deutsche Botschaft. Man sieht daraus, welchen Wert das deutsche Cabinett auf die hiesige Stimmung legt. Was die Friedensfrage anlangt, so habe ich schon in meinem Privatschreiben vom 26. December v. J. die Vermutung geäussert, dass dieselbe bei dem Besuche eine Rolle zu spielen berufen sein könnte. Nur unter dieser Voraussetzung war ja der Besuch im jetzigen Augenblicke erklärlich und kann derselbe auch in Constantinopel, statt zu verstimmen, erwünscht sein. In der Tat scheinen mir auch die beiden in meinem Telegramme Nr. 7 wiedergegebenen Projecte des deutschen Staatssecretärs wohl in letzter Linie von dem deutschen Botschafter in Constantinopel herzurühren. Dieselben stellen natürlich nur einen — allerdings den wichtigsten — Teil eines Accords dar, welcher auch noch andere Punkte (Indemnisation der Türkei, Anerkennung der Annexion durch die Mächte etc.) enthalten müsste. Wie mir der hiesige Minister des Aeussern und der deutsche Botschafter übereinstimmend sagten, habe auch Herr von Kiderlen das italienische Annexions-Decret als eine unabänderliche Tatsache anerkannt. Herr von Jagow erwähnte aber mir gegenüber die beiden obigen Projecte nicht. Marchese di San Giuliano betonte in unserer Unterredung, dass nach seiner und Herrn von Kiderlens Ansicht der Moment für Friedensverhandlungen[1]) noch nicht gekommen sei. Man werde aber beiderseits erwägen, ob etwa auf der Basis der Amnestie-Proclamation an die Araber und des dadurch ermöglichten Abzuges der türkischen Truppen eine Lösung des Conflictes herbeigeführt werden könnte. ... *Geistliche Souveränität des Sultans in Tripolis* ... Herr von Kiderlen soll schliesslich, den Mitteilungen des Ministers des Aeussern zufolge, sich in einige allgemeine, eher optimistische Betrachtungen über die europäische Lage eingelassen und hiebei speciell der Hoffnung Ausdruck gegeben haben, dass sich fortan das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich besser gestalten werde. Hieran anknüpfend erwähnte Marchese di San Giuliano einen neuesten

Vorschlag des russischen Ministers des Aeussern, wornach Deutschland und Frankreich für einen Mediations-Versuch mit dem Mandate der betreffenden Mächtegruppe zu versehen wären, was eine Bestätigung dafür sei, dass man auch russischerseits mit einer günstigen Stimmung zwischen Berlin und Paris rechne. Im ganzen zeigte sich Marchese di San Giuliano von seinen Gesprächen mit dem deutschen Staatssecretär befriedigt, dessen Intelligenz er rühmend erwähnte. ... *Besuch Kiderlens beim Kardinalstaatssekretär.* ... Mérey.

[1]) Unwahr.
[a]) Vgl. n. 3243, 3249.

Nr. 3249. Bericht aus Rom, 25. Jan. 1912 Nr. 7 B (eing. 27. Jan.).[a]) *Ausfert.*

Streng geheim. Wenn ich auch nach wie vor überzeugt bin, dass die Romreise des deutschen Staatssecretärs des Aeussern in erster Linie einer Sondierung in der Friedensfrage galt, und Herr von Kiderlen dieser actuellsten Angelegenheit zuliebe direct von Stuttgart, wohin er auch wieder zurückkehrte, und nicht, wie es ursprünglich hiess, von Ober-Italien nach Rom gekommen ist, so hatte sein hiesiger Besuch zweifellos den weiteren Zweck, zu verhindern, dass die Frage der Erneuerung des Dreibundes auf einen todten Punkt gerate. Die Behauptung meines deutschen Collegen, Herr von Kiderlen habe bei Behandlung dieses sowie der anderen Themata nicht die Initiative ergriffen, sondern die italienischen Staatsmänner „an sich herankommen lassen", scheint mir angesichts des auffälligen Momentes des Besuches und der bedeutenden kilometrischen Entfernung zwischen Stuttgart und Rom bestenfalls eine unfassbare und gegenstandslose Nüance zu sein. Nach den übereinstimmenden Mittheilungen des Ministers des Aeusseren und des deutschen Botschafters hätte Herr von Kiderlen die Einwände der hiesigen Regierung gegen die vorgeschlagene Fassung des Zusatzprotocolles als zutreffend anerkannt und nun mehr vorgeschlagen, dass entweder im Texte der Artikel IX und X oder in einem Zusatzprotocolle ausgesprochen werde, unter dem in Rede stehenden status quo sei jener Zustand gemeint, welcher im Augenblick des Inkrafttretens des neuen Vertrages, also im Juni 1914, in den betreffenden Gebieten zu Recht bestehen werde. Da angenommen werden darf, dass in mehr als zwei Jahren die Annexion Tripolitaniens und der Cyrenaica völkerrechtlich nach allen Seiten bereinigt und anerkannt sein wird, würde die fragliche Formel somit gleichsam als eine Escomptierung dieses Endergebnisses der Tripolis-Action betrachtet werden können. Aus diesem Grunde schien sie auch dem Minister des Aeussern ziemlich zu entsprechen, wenngleich derselbe selbstverständlich, ebenso wie der deutsche Staatssecretär selbst, sich noch eine eingehende Prüfung dieser Idee vorbehalten hat. Eine Bestätigung der von mir wiederholt geäusserten Ueberzeugung, dass der König für die Erneuerung des Dreibundes eingenommen sei, bildet der Umstand, dass, wie mir Herr von Jagow mittheilte, der König Herrn von Kiderlen gegenüber seinen Wunsch, den Dreibund, und zwar so bald als möglich, zu erneuern, in sehr nachdrücklicher Form zu erkennen gegeben hat. Auf die Bemerkung Herrn

von Kiderlens, die Formulierung der auf Tripolitanien und die Cyrenaica bezügliche Stipulation biete gewisse Schwierigkeiten, hätte der König erwidert, angesichts der entschiedenen Absicht, den Vertrag zu erneuern, könnte diese Schwierigkeit keine unüberwindliche sein und würde sich eine Formel schon finden lassen. Im Zusammenhange hiermit sagte der König, er lege Wert auf die besten Beziehungen nicht nur zu Deutschland, in welcher Hinsicht es ja eigentlich keine Reibungsflächen gebe, sondern auch zu Österreich-Ungarn. Im weiteren Verlaufe der Audienz des deutschen Staatssecretärs soll der König von dem Kriege gesprochen und sich hiebei ohne Ueberschwenglichkeit aber mit Anerkennung und Zuversicht über den guten Geist, welchen die italienische Armee zeige, und über die ruhige Haltung des Landes geäussert haben. Mérey.

a) Vgl. n. 3248, 3250, 3251, 3254, 3293.

Nr. 3250. Tel. nach Berlin, 26. Jan. 1912 Nr. 3 C. d. M. (chiffr. 1 U. p. m.).a) Konz. (S. Szápáry; G. Müller).

Streng geheim. Bitte selbst zu dechiffriren. Ich ersuche Euer Exzellenz in wirksamer Weise dafür Sorge zu tragen, dass anlässlich des bevorstehenden Besuches Seiner k. u. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand die Angelegenheit der Erneuerung des Dreibundes weder durch Kaiser Wilhelm noch von Seiten der deutschen Staatsmänner dem höchsten Herrn gegenüber zur Sprache gebracht werde. Ebenso wollen auch Euer Exzellenz es vermeiden, Seiner k. u. k. Hoheit gegenüber diesen Gegenstand zu berühren. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 3249, 3251, 3252, 3255.

Nr. 3251. Tel. nach Rom, 26. Jan. 1912 Nr. 10 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Biegeleben; G. Müller).

Zu Telegramm Nr. 8b) theile ich Ihnen lediglich zu Ihrer persönlichen Information mit, dass ich vor circa 14 Tagen eine eingehende Conversation mit Herzog Avarna über unser Verhältniss zu Italien geführt habe. Bei dieser Gelegenheit habe ich mich in eindringlicher Weise und unter scharfer Hervorhebung unserer Gravamina im Sinne meines vertraulichen Privatschreibens vom 19. December v. J. ausgesprochen und dabei auch die zwischen Dreibund und Tripleentente schwankende politische Haltung Italiens besonders betont. Aehrenthal.

a) Vgl. n. 3249, 3250, 3252. — b) Vom 23. Jan.

Nr. 3252. Tel. aus Berlin, 27. Jan. 1912 Nr. 12 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).a) Entziff.

Streng geheim. Antwort auf streng geheimes Telegramm vom 26. d. M. Nr. 3. Dem hohen Auftrage entsprechend habe ich Schritte unternommen und Versicherung erhalten, dass von Seiten der betreffenden Persönlichkeiten Euer Excellenz Wunsch gerne entsprochen werden wird. Szögyény.

a) Vgl. n. 3251, 3255.

Nr. 3253. Tel. aus St. Petersburg, 27. Jan. 1912 Nr. 18 (eing. 28. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe gestern im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes vom 20. d. M. Nr. 8 Herrn Sazonow ersucht, mir eine Audienz bei Kaiser Nikolaus zu erwirken, um Höchstdemselben die Antwort unseres Allergnädigsten Herrn auf seine Neujahrswünsche zu überbringen. Herr Sazonow war über diese Mitteilung hoch erfreut und sagte mir, er werde noch heute Gelegenheit haben, die Befehle des Kaisers einzuholen. Ich habe Herrn Sazonow den Inhalt Allerhöchster Message kurz angedeutet. Thurn.

[b] Vgl. n. 3256, 3261.

Nr. 3254. Schreiben des russischen Ministers des Äußern an den russischen Botschafter in Wien, 14./27. Jan. 1912 Nr. 19 (vom russischen Botschafter am 30. Jan. übergeben).[a] Abschrift.

J'ai eu l'occasion d'exposer à Votre Excellence les motifs pour lesquels je jugeais opportun d'entrer avec les Grandes Puissances dans un échange de vues confidentiel dans l'espoir de provoquer une action pacificatrice dont le but serait de préparer la cessation des hostilités entre l'Italie et la Turquie. J'ai lieu de croire que les principes fondamentaux qui m'ont guidé — c'est-à-dire la nécessité d'une part de tenir compte de la situation créée par l'Italie et, d'autre part, le désir d'épargner autant que possible la susceptibilité turque — ont été appréciés à leur juste valeur. Un certain malentendu semble cependant subsister au sujet du moment auquel cette action devrait se produire. Dans notre pensée il ne s'agissait pas d'entreprendre cette intervention immédiatement, mais uniquement de se mettre d'accord sur la question de principe afin de pouvoir agir en temps opportun. C'est précisément pour cela que je me proposais de ne faire intervenir les Représentants à Constantinople que lorsque cette communauté de vues et d'action aurait été établie. Or, on risquait à cette occasion de se heurter à de multiples et épineuses questions, telles que: garanties du maintien d'un armistice et du retrait projeté des troupes ottomanes, compensations pécuniaires de la part de l'Italie et, enfin, celle du mode d'une intervention entre les combattants. Je suis convaincu que la divergence sur ces questions de détail qui, fatalement, s'est fait jour à Constantinople, a été la cause principale de l'opposition que le projet dans son entier y a rencontré parmis les Représentants des Puissances qui se trouvaient sous l'impression de la crise interne en Turquie. Quoiqu'il en soit, de l'ensemble des informations qui me sont parvenues jusqu'ici, trois conclusions se dégagent: 1) qu'il est impossible dans l'état actuel des hostilités, de s'attendre à ce que la Turquie consente à un armistice ou au retrait de ses troupes; 2) que certaines Puissances se prononcent contre toute pression sur la Turquie et 3) que la crise parlementaire turque est considérée comme condition défavorable à tous pourparlers avec la Porte au sujet de son conflit avec l'Italie. — Si les conséquences de ce conflit pouvaient n'atteindre que les parties belligérantes, il ne resterait plus qu'à attendre un moment plus propice pour tenter une entremise. Mais actuellement la guerre provoque sur toute l'étendue de l'Empire

ottoman une inquiétude que personne ne peut nier. Ceci est vrai, surtout pour la Péninsule Balcanique, où, indépendamment de tout le reste, un grand nombre de questions attendent une solution. Tout ceci me semble interdire aux Puissances de demeurer spectatrices passives. Pour se rendre compte de la nécessité de mettre fin aux hostilités, il importe avant tout et indépendamment des liens qui, séparément, unissent les Puissances à chacun des deux bélligérants de se placer au point de vue de l'intérêt supérieur de la paix européenne. Il faudrait considérer aussi à quel point l'intention d'épargner l'amour propre de la Turquie — c'est-à-dire le désir de ne pas la contraindre à se soumettre mais de l'aider à ne devoir sa soumission inévitable qu'à sa propre initiative — pourrait être érronément interprêté dans le sens d'un encouragement à une trop grande confiance en soi dont témoignent certains cercles turcs. Il s'agirait en suite de décider si, dans quelque temps, il ne serait pas utile de provoquer la cessation des opérations de guerre au prix d'une certaine pression, peut être sensible sur l'instant, bien que salutaire, plutôt que de se trouver en face d'une situation qui en elle-même ne se serait pas améliorée, mais aurait pris un caractère menaçant pour les intérêts des tiers et dangereux pour la paix générale, le conflit africain pouvant facilement se répercuter dans les autres parties de l'Empire Ottoman. Au cours des conversations récentes nombre d'idées ont été énoncées et bien des propositions faites, tant par rapport à la forme que pourrait prendre la cessation des hostilités (armistice, évacuation, déclaration de l'indépendance de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque), qu'au sujet des compensations à offrir à la Turquie pour la perte désormais inévitable de ses provinces (rachat des vakoufs, participation proportionnelle à la dette publique ottomane et autres charges d'ordre économique) et, en dernier lieu, au sujet de la forme dans laquelle il serait fait appel aux belligérants (toutes les Puissances conjointement ou bien séparément mais simultanément; l'une des Puissances, par délégation générale ou deux, selon les groupements politiques). Le choix de bases et de formules ne devrait plus, semble-t-il, rencontrer de difficultés insurmontables pourvu que de toutes parts la bonne volonté d'aboutir à des résultats positifs ne fasse pas défaut. Il faudrait pour cela ne pas abandonner l'échange de vues entamé récemment par les Puissances et auxquelles j'aimerais contribuer encore en priant Votre Excellence de vouloir bien entretenir de ce qui précède le Gouvernement auprès duquel Vous êtes accredité et d'établir comme premier point dans quelle mesure le Cabinet de Vienne est disposé de reconnaître la nécessité d'une action pacificatrice commune au cas où le cours des évènements deviendrait menaçant pour la paix européenne.

a) Vgl. n. 3237, 3249, 3262, 3267, 3268, 3274, 3275 Anm. b, 3284, 3285, 3286, 3291.

Nr. 3255. Tel. aus Berlin, 29. Jan. 1912 Nr. 14 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Streng geheim. Herr von Kiderlen-Waechter, der seinen Urlaub kurz unterbrochen hat, heute wieder abreist und erst Ende der Woche hieher zurückkehrt, teilte mir mit, dass er während seines Aufenthaltes in Rom

die Frage der Erneuerung des Dreibundes mit König Viktor Emanuel, Herrn Giolitti und Marquis San Giuliano besprochen habe. Er sei angenehm überrascht gewesen, mit welcher Wärme sich König Viktor Emanuel über die ehetunlichste Erneuerung ausgesprochen habe.[b] Wie ich bestimmt konstatieren konnte, ist während des hiesigen Aufenthaltes des Erzherzogs Franz Ferdinand diese ganze Angelegenheit in den Unterredungen, welche Höchstderselbe mit Kaiser Wilhelm und den deutschen Staatsmännern gehabt hat, mit keinem Worte berührt worden. Szögyény.

[a] Vgl. n. 3250, 3252, 3269. — [b] Bis hieher dem k. u. k. Botschafter in Rom mit Telegramm vom 30. Jänner 1912 (chiffr. 3 U. 45 M. p. m.), Konz. (S. Biegeleben; G. Müller), mitgeteilt.

Nr. 3256. Denkschrift des Botschafters in St. Petersburg; St. Petersburg, 16./29. Jan. 1912 (übersendet mit Privatschreiben, 29. Jan.).[a] Ausfert.

Streng vertrauliches Memorandum über die Bedeutung des beabsichtigten Besuches des Grossfürsten André am Allerhöchsten Hoflager im Februar 1912.

Der beabsichtigte Besuch erscheint als ein neuer, wichtiger Schritt im Bestreben der russischen Politik sich Oesterreich-Ungarn zu nähern, aber auch als ein geschicktes Vorgehen, dessen Bedeutung — wenn dieser Schritt nicht den erwarteten Widerhall finden sollte — man russischerseits gleich wieder verschleiern kann.

Allgemeine Momente. Wenn es sich auch im konkreten Falle um einen neuen Schritt handelt, so ist das russische Bestreben sich der Monarchie zu nähern, schon seit einiger Zeit unverkennbar. Gleich bei seinem Amtsantritt im Herbst 1910 hatte Herr Sazonow Herrn von Szilassy gegenüber des Grafen Berchtold in besonders liebenswürdiger Art — wie er selbst zugab, mit politischer Absicht — gedacht, und die Deklarationen des Winters 1910 besprechend, durchblicken lassen, dass er eine weiter gehende Fassung gewünscht hätte. Bei Rückkehr des Grafen Berchtold im Dezember 1910 hat der Minister sofort spontan die Besserung der Beziehungen konstatiert. Bei der Abschiedsaudienz des Grafen Berchtold und der Antrittsaudienz des Grafen Thurn im Frühjahr 1911 bekundete Seine Majestät Kaiser Nikolaus das grösste Interesse für das Wohlergehen Seiner K. u. K. Apostolischen Majestät und Seiner K. u. K. Hoheit des Herrn Erzherzog Thronfolgers. In der letztgenannten Audienz hat Seine Majestät Kaiser Nikolaus dem Grafen Thurn gegenüber betont, dass die Beziehungen jetzt besser seien. Bei Abschluss der albanischen Krise im Sommer 1911 hat der Gerent des russischen Auswärtigen Amtes, Herr Neratow, dem Grafen Thurn gegenüber konstatiert, dass das Verhältnis zwischen den beiden Regierungen nunmehr jederzeit die Wiederaufnahme einer Konversation gestattet. Bei Ausbruch des türkisch-italienischen Krieges sagte Herr Kokowzow Herrn von Szilassy, „dass der Weltfrieden von Oesterreich-Ungarn und Russland abhänge“ und dass „wenn diese einig wären, die Balkanvölker es wissen müssten.“ Kurz darauf hat Seine Majestät Kaiser Nikolaus in Seiner durch Herrn von Szilassy übermittelten Message betont, „dass er in der

gegenwärtigen schweren Weltlage die grösste Beruhigung in der Uebereinstimmung der Monarchie und Russlands finde." Sofort bei der Rückkehr des Grafen Thurn vom Urlaube konstatierte Herr Sazonow, dass die Beziehungen nunmehr jederzeit eine vertrauliche Konversation sogar über heiklere Themata gestatteten. Seine Majestät der Zar hat am verflossenen Neujahrstage unter besonderer Herzlichkeit dem Grafen Thurn den Wunsch nach einer engeren Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen ausgesprochen. Obiges, der Einheitlichkeit wegen chronologisch zusammengestellt, erscheint als ein Netz von Höchstpersönlichen Momenten und Courtoisien sowie politischen Bemerkungen und Andeutungen seit dem Amtsantritt Herrn Sazonow's vor nun $1^1/_2$ Jahren. Diese Andeutungen gewinnen dadurch an Wichtigkeit, dass sie — um jeden Anschein eines Nachlaufens zu vermeiden — instruktionsgemäß von den Titulären und dem interimistischen Vertreter stets mit verhältnismäßig kühler Courtoisie quittiert wurden. Zwar sind bedauerliche Inzidenzfälle (an der Grenze etc.) auch in diesem Zeitraume erfolgt, aber in letzter Zeit sind sie viel seltener geworden. Die diesfällige bessere Haltung der russischen Lokalbehörden ist auf einen geheimen Erlass der kaiserlichen Regierung zurückzuführen.

Neuere Momente. Neuerdings scheint man die Politik der Monarchie in Russland weniger zu verdächtigen und werden die konservativen Traditionen des Allerhöchsten Herrscherhauses gewürdigt. Von verschiedenen massgebenden und allgemein gesellschaftlichen Seiten hört man sympathische Anfragen über das Befinden Seiner Exzellenz des Grafen Aehrenthal. Auch die Presse beginnt die friedliche Richtung der österreichisch-ungarischen Politik zu würdigen. Es hat den Anschein, dass seit der jüngsten Rückkehr des Herrn Sazonow und dem Fiasko des Herrn Tscharykow in der Dardanellen-Frage die russische Diplomatie die Periode, wo sie bestrebt war, den türkisch-italienischen Konflikt auch zu Selbstzwecken auszunützen, verlassen hat. Gerade die Dardanellen-Frage und die persischen Wirren haben vielleicht im Vereine mit der unsicheren Weltlage in Europa und den Verhältnissen in China den Wunsch gereift, neben der Entente mit England auch mit der Monarchie einen besseren modus vivendi zu schaffen.

Der gegenwärtige Schritt, der beabsichtigte Besuch, erfolgt sicherlich auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und möglicherweise auf Initiative der Regierung. Die Bemerkung der Grossfürstin Maria Pawlowna, es wäre dem Balkan gegenüber von Wert, dass der Grossfürst sich — gerade von Sofia kommend — in Wien aufhalte, erinnert an die vorerwähnte Bemerkung des Ministerpräsidenten Kokowzow. Es ist jedenfalls von Bedeutung, dass dies der erste Besuch eines Grossfürsten oder einer politischen Persönlichkeit überhaupt in Wien seit der Annexionszeit wäre. Die Tatsache, dass ein günstiger Zufall für den Besuch ausgenützt wird und dass ein jüngeres, wenn auch dem Throne nicht ferne stehendes Mitglied der russischen Kaiserlichen Familie mit dieser Mission betraut wird, nimmt nichts von deren Bedeutung weg. Seine Majestät Kaiser Nikolaus scheint vielmehr diese Umstände dazu benützen zu wollen, um konstatieren zu können, wie Seine Avance aufgenommen wird. Von dieser Aufnahme dürften auch Seine

weiteren Dispositionen, speziell vielleicht betreffs die Ausgestaltung eines weiteren persönlichen Kontaktes, abhängen. Die Art und Weise, wie die Frage des Besuches russischerseits aufs Tapet gebracht wurde, korroboriert diese Auffassung. Vorstehendes erlaubt wohl den Schluss, dass eine eventuelle besonders gnädige Aufnahme des Grossfürsten von Seiten Seiner K. u. K. Apostolischen Majestät dem in Rede stehenden Besuche — dessen Bedeutung an und für sich nicht übertrieben werden soll und welcher, nötigenfalls russischerseits als eine pure courtoisie gedeutet werden könnte — jene erhöhte, politische Tragweite verleihen würde, welche sicherlich den inneren Absichten Seiner Majestät Kaiser Nikolaus' entspricht. Gewisse Aeusserungen der Grossfürstin Maria Pawlowna lassen erkennen, dass es am kaiserlich russischen Hofe insbesondere auch einen sehr günstigen Eindruck hervorrufen würde, wenn auch Seine K. u. K. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Thronfolger Sich veranlasst sehen wollte, dem Grossfürsten anlässlich seiner Durchreise in Wien eine besondere Attention zu erweisen. Würde ein Vorgehen im obigen Sinne auch bis zu einem gewissen Grade ein Abgehen von der bisherigen strikten Reserve bedeuten, so wäre es doch nur die Antwort auf eine längere russische Initiative zur engeren Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen.

[a]) Vgl. n. 3253, 3261, 3285.

Nr. 3257. Privatschreiben aus Berlin, 31. Jan. 1912 (eing. 1. Feb.).[a]) *Ausfert.*

... *Persönliches und Hofnachrichten* ... Herr von Tschirschky ist gestern samt Gemahlin für einige Tage nach Berlin gekommen; sie werden am heutigen Hofballe erscheinen. Wie mir aus absolut verläßlicher Quelle mitgeteilt wird, hatte Herr von Tschirschky gestern eine lange Unterredung mit dem Reichskanzler, bei welcher er in der allerentschiedensten Weise und mit Verpfändung seines Ehrenwortes versicherte, daß er den journalistischen Quertreibereien und angeblichen persönlichen Intriguen gegen den Grafen Aehrenthal vollständig fernstehe und die gegen ihn — Tschirschky — gerichteten Verläumdungen auf Herrn Crozier und Sir F. L. Cartwright zurückführe. ... Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3210, 3232, 3283, 3288.

Nr. 3258. Bericht aus Konstantinopel, 31. Jan. 1912 Nr. 6 D (eing. 3. Feb.).[a]) *Ausfert.*

Es unterliegt keinem Zweifel, dass unsere Stellung heute in der Türkei eine gute ist. Es ist dies zunächst eine Folge der allgemeinen politischen Lage, indem den Entente-Mächten hier allgemein grössere Sympathieen für Italien zugeschrieben werden. Man könnte sogar behaupten, dass unsere Stellung heute hier eine bessere ist, als jene Deutschlands, da auch ganz offizielle Kreise, das durch das Potsdamer Abkommen geweckte starke Misstrauen nicht überwunden haben und Deutschland, welchem man mit Recht oder Unrecht seinerzeit die Rolle eines Beschirmers der islamitischen Staaten

zugeschrieben hat, nunmehr sich nebst an Persien auch an der Selbstständigkeit Marokkos desinteressiert hat. Ebenso natürlich wie bedauerlich ist es aber, dass gegen unsere Stellung von allen Seiten gearbeitet wird. Speziell in den letzten Wochen nehmen die Verdächtigungen, die man gegen uns ausstreut, recht greifbare Formen an und eben wegen der hiebei gemachten präzisen Angaben scheinen dieselben auf manche ernstere türkischen Politiker Eindruck zu machen. Ich hatte so zum Beispiel den bestimmten Eindruck, dass Mahmud Chevket Pascha bei seinem letzten Besuche bei mir auch den Zweck gehabt hat, sich über gewisse beunruhigende Gerüchte autentische Gewissheit und Beruhigung zu holen. Der Kriegsminister liess nämlich in seiner Konversation durchblicken, dass hier Nachrichten verbreitet werden, wonach man befürchten könnte, dass Oesterreich-Ungarn den italienisch-türkischen Krieg benützen wolle, um sich selbst in Albanien festzusetzen und zu diesem Zwecke auch in Mazedonien Unruhen zu stiften auf dem Wege sei. Ich sagte Mahmud Chevket Pascha, dass die Verbreitung solcher absurder Gerüchte seitens unserer Gegner an sich ja vollkommen begreiflich sei, was ich aber nicht begriffe, wäre, dass sich durch dieselben auch Männer, die au courant der politischen Dinge seien, impressionieren lassen könnten. Wissen doch diese Männer, dass wir seit Jahr und Tag der türkischen Regierung predigen, die Albanesen zu befriedigen, damit sie von neuerlichen Aufständen abgehalten werden. Wenn wir die uns zugeschriebene Absicht hätten, so müssten wir ja doch gerade in dem Ausbruche einer Revolution in Albanien unseren Vorteil erblicken. Der Kriegsminister pflichtete allen meinen Ausführungen vollkommen bei. Er bemerkte zum Schlusse, dass wohl obige Gerüchte bei ihm und vielen andern auf ungläubige Ohren stössen, es leider dennoch auch Leute gäbe, welche sich durch dieselben beunruhigen liessen. Ich habe es mit Rücksicht auf die Bemerkung Mahmud Chevket Paschas für nützlich erachtet, bei meiner letzten Begegnung mit Assim Bey das Gespräch ihm gegenüber auf obige Nachrichten zu bringen. Auch Assim Bey sagte mir, dass er analogen Gerüchten niemals Glauben schenke, dagegen gäbe es aber doch andere, welche von der Meinung ausgiengen, dass bei uns nebst unserer offiziellen Politik, eine, insbesondere von katholischen Kreisen präkonisierte politische Richtung vertreten werde, die mit der Idee eines nichttürkischen Albaniens liebäugelten und die auch Geld unter die Albanesen brächten. Die Antwort, die ich Assim Bey erteilte, ergab sich von selbst: gerade er, der mehrere Jahre in der Monarchie verbracht habe, wisse doch am besten, dass man bei uns keine doppelte Politik macht und dass es auch ebensowenig Kreise giebt, die eine andere Politik machen würden. Ich bin nun überzeugt, dass weder Assim Bey noch der Kriegsminister den mehrfach erwähnten hier anscheinend in verstärktem Masse zirkulierenden Gerüchten persönlich gerade jetzt irgend Glauben geschenkt haben und dass dieselben sogar aufrichtige Freunde einer Annäherung der Türkei an die Monarchie sind; ich wollte aber speziell die Bemerkungen Mahmud Chevket Paschas als einen Fingerzeig für die Minierarbeiten unserer Gegner anführen. Die Mache dürfte auch diesmal serbisch oder serbisch und montenegrinisch sein. Pallavicini.

a) Vgl. n. 3247, 3259, 3260.

Nr. 3259. Bericht aus Konstantinopel, 31. Jan. 1912 Nr. 6 E (eing. 3. Feb.). Ausfert.

Streng vertraulich. Wie aus den Meldungen der k. u. k. Konsularämter ersichtlich, mehren sich in der letzten Zeit wieder die von bulgarischen Komité-Leuten verübten verbrecherischen Attentate in Mazedonien. Es scheint mir auch wahrscheinlich zu sein, dass diese Attentate nächste Zeit, insbesondere im Frühling, eine Fortsetzung erfahren. Ein Grund zu einer besonderen Besorgnis ist allerdings, wie ich glaube, nicht vorhanden, es scheint mir vielmehr, dass diese Attentate, gleich den in andern Jahren begangenen, darauf berechnet sind, die öffentliche Meinung in Europa zu erregen und dauernd mit dem „mazedonischen Problem" zu beschäftigen. Ich glaube aber doch melden zu sollen, dass mir Herr Sarafoff, der erst ganz kürzlich in Sofia weilte, und mich dieser Tage besuchte, sagte, er hätte Grund zur Annahme, dass sich italienische Einflüsse bei bulgarischen revolutionären Komités bemerkbar machen. Ich möchte hier auch noch auf auch an anderer Stelle[a]) meiner heutigen Berichterstattung erwähnte Gerüchte hinweisen, welche vielfach behaupten, dass in Mazedonien österreichisch-ungarisches Geld verteilt werde. Es wäre somit möglich, dass diese Gerüchte zeitweise italienischen Ursprunges sind. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3258.

Nr. 3260. Bericht aus Konstantinopel, 31. Jan. 1912 Nr. 6 H (eing. 3. Feb.). Ausfert.

Streng vertraulich. Mit Bezug auf meinen heutigen Bericht Nr. 6 D über die gegen die k. u. k. Monarchie ausgestreuten Verdächtigungen möchte ich mir erlauben an dieser Stelle zu erwähnen, dass mein französischer College, welcher dies bereits einigemale früher that, erst gestern wieder auf dieses Thema zu sprechen kam. Ich schicke voraus, dass Herr Bompard den betreffenden Gerüchten persönlich gewiss keinen Glauben schenkt. Er sagte mir, dass auch die leitenden türkischen Kreise seiner Überzeugung nach von der Loyalität unserer officiellen Politik überzeugt seien. Er erwähnte mir aber speciell gestern, und dies ist der Punkt, den ich hier eben einberichten möchte, dass nach gewissen Angaben die Politik, die einige unserer Consuln in Albanien und Macedonien machen, mit der officiellen Politik der Monarchie nicht im Einklange stünde. Ich glaube sogar annehmen zu können, dass Herr Bompard vielleicht bezügliche Meldungen seiner eigenen Consuln besitzt. Ich erwiderte naturgemäss Herrn Bompard, dass unser Consularcorps gleich dem diplomatischen eine solche Disciplin besitze, dass Ähnliches auch im Entferntesten ausgeschlossen sei. Pallavicini.

Nr. 3261. Tel. aus St. Petersburg, 31. Jan. 1912 Nr. 21 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Ich hatte heute die Ehre, von Kaiser Nikolaus empfangen zu werden und habe mich bei dieser Gelegenheit des mir gewordenen Auftrages entledigt. Seine Majestät war über die Aufmerksamkeit unseres Allergnädigsten Herrn sichtlich gerührt und ersuchte mich, Allerhöchstdemselben seinen

wärmsten Dank zur Kenntnis zu bringen. Im übrigen könne er nur wiederholen, was er mir bereits gelegentlich des Neujahrsempfanges gesagt habe. Gerade die gegenwärtige internationale Lage sowie insbesondere die Situation am Balkan könne es sehr bald nötig machen, die von den Regierungen als jederzeit möglich anerkannte Konversation wieder aufzunehmen und es sei mit Rücksicht auf die friedliche Lösung der auftauchenden Probleme von grösstem Werte, wenn die Regierungen der am Balkan am meisten interessierten Staaten, Oesterreich-Ungarn und Russland im gegenseitigen Einverständnisse handeln. Anknüpfend an den mir durch General Mossolow mitgeteilten Wunsch des Grossfürsten Andreas, auf seiner Rückreise unserem Allergnädigsten Herrn seine Aufwartung zu machen, teilte ich Kaiser Nikolaus mit, dass Seine k. u. k. Apostolische Majestät Hochdemselben durch den gleichfalls nach Sofia reisenden Herrn Erzherzog Karl Albrecht habe sagen lassen, Allerhöchstderselbe werde sich freuen, den Grossfürsten gelegentlich seiner Rückreise in Wien zu sehen. Kaiser Nikolaus drückte hierüber seine lebhafte Freude aus und sagte mir, er habe dem Grossfürsten ausdrücklich aufgetragen, sich bei Seiner Majestät anzumelden. Im Verlaufe des Gespräches erkundigte sich der Zar auch in der angelegentlichsten Weise und in sympathischen Ausdrücken nach dem Befinden Euer Exzellenz.

Thurn.

a) Vgl. n. 3253, 3256, 3263, 3285.

Nr. 3262. Tel. aus Berlin, 1. Feb. 1912 Nr. 16 (eing. 2. Feb. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Unterstaatssekretär sagte mir heute, dass der russische Botschafter ihm in ein Schreiben Herrn Sazonows Einsicht gegeben habe, in welchem der russische Minister des Äussern auf seinen seinerzeitigen Vorschlag in Betreff der Beilegung des italienisch-türkischen Konfliktes zurückkommt und einen weiteren Gedankenaustausch der Grossmächte über diesen Gegenstand befürwortet. Herr Zimmermann nimmt an, dass auch der russische Botschafter in Wien die gleiche Mitteilung aus Petersburg erhalten habe. Im Auftrage des Reichskanzlers habe er — Herr Zimmermann — geantwortet, dass die deutsche Regierung die Fortsetzung der in Rede stehenden Pourparlers auch ihrerseits für ganz wünschenswert erachte. Was die Ausführung Herrn Sazonows betreffe, dass eine weitere Fortdauer des Krieges ernstliche Komplikationen am Balkan zur Folge haben könnte, habe er dem Botschafter bemerkt, dass diese Gefahr allerdings bestehe, seiner Ansicht nach aber keine akute sei.

Szögyény.

a) Vgl. n. 3230, 3254, 3265, 3267, 3294.

Nr. 3263. Bericht aus St. Petersburg, 19. Jan./1. Feb. 1912 Nr. 4 B (eing. 3. Feb.).a) Ausfert.

Ich habe gestern nach einem Diner beim Herrn Ministerpräsidenten mit demselben eine eingehende Unterredung gepflogen. Ich benützte die Gelegenheit um Herrn Kokowtzow von den Neujahrswünschen des Kaisers Nikolaus, der Antwort unseres Allergnädigsten Herrn und dem Verlaufe meiner gestrigen Audienz in Kenntnis zu setzen. Der Herr Ministerpräsi-

dent, der über diese Mitteilungen sehr erfreut schien, sagte mir, er kenne Seinen Souverain genug um zu wissen, dass Er die Worte die Er am Neujahrstage an mich gerichtet hat, nicht etwa bloss gesprochen habe, um eine liebenswürdige Phrase zu machen, sondern dass sie durchaus überlegt und ernst gemeint gewesen seien. Auch der Herr Ministerpräsident machte eine Allusion auf die äusserst gefährliche internationale Lage, namentlich im Hinblick auf die Zustände am Balkan und fügte hinzu, der Schlüssel der Situation liege bei Österreich-Ungarn. Wenn dieses, wie jetzt feststehe, an dem gegenwärtigen Zustand nicht rütteln lassen wolle, so sei es im Verein mit Russland stark genug, etwaige Unruhestifter im Zaume zu halten. Alles hänge eben davon ab, dass diese beiden Mächte einig seien und dann werde niemand es wagen sich zu rühren. Herr Kokowtzow erwähnte in diesem Zusammenhange auch des bevorstehenden Besuches des Königs von Montenegro[b]) und sagte mir, dieser werde hier die energischesten Mahnungen zur Ruhe zu hören bekommen. Nicht unerwähnt möchte ich eine ziemlich unvermittelt hingeworfene Bemerkung des Konseilspräsidenten lassen, er hege eine besondere Sympathie für deutsches Wesen und überhaupt für Alles was deutsch sei. Es würde mich nicht wundern, wenn Herr Kokowtzow damit die Absicht verfolgte, jede Gemeinschaft mit gewissen Auswüchsen von sich zu weisen, welche der eben zum Abschluss gelangte Besuch englischer Parlamentarier in Gestalt recht taktloser, eine direkte Spitze gegen Deutschland kehrender Tischreden zu Tage gefördert hatte und die mit dem äußerst gemässigten Tone seiner eigenen Rede kontrastierten, in der er die englischen Gäste seinerzeit bewillkommnet und den kulturellen Zweck des Besuches auffallend stark souligniert hatte. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3261, 3285. — [b]) Vgl. n. 3247, 3265 Anm. b.

Nr. 3264. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 2. Feb. 1912 Res. Nr. 24 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 6. Feb. Nr. 508 am 20. Feb.).[a]) Abschrift.

Die „Crna ruka". Resumé der bisherigen Berichterstattung über die geheime Organisation der serbischen Offiziere.

Über das Bestehen einer sogenannten geheimen Organisation im serbischen Offizierskorps besteht zwar kein Zweifel, doch trotz alles Geredes und aller Zeitungsnachrichten ist man bezüglich Ausbreitung dieser Bewegung, ihrer Organisation, ihrer politischen oder nationalen Ziele und über die Art, wie sie deren Verwirklichung anstrebt, bisher nur auf Kombinationen angewiesen. Feststehend ist, dass ebenso wie diese neue Strömung selbst, so auch die Gegenströmung im Offizierskorps in der Hand von Mitgliedern der Verschwörung gegen König Alexander liegt. Die Gründer der Organisation sind die Generalstabsmajore Dragutin Dimitrijević — genannt Apis, die Seele der Verschwörung von 1903 — und Milan Milovanović, sein damaliger erster Helfer und Intimus. Diese beiden gewannen zuerst mehrere höhere Offiziere für ihre Ideen — so auch den Kommandanten der Donaudivision Oberst Božanović und den bisherigen Präsidialchef des Kriegsministers, Oberstleutnant Dragomir Stojanović — durchwegs Offiziere, welche an den Ereignissen von 1903 hervorragenden Anteil hatten. An

der Spitze der Gegner der Organisation stehen Offiziere, welche eigentlich nur dem Namen nach der Verschwörung von 1903 angehörten, oder bei den Ereignissen vom 11. Juni nur untergeordnete Rollen spielten; nur wenige der aktiven Königsmörder haben sich ihnen angeschlossen. Es ist unleugbar, dass der Einfluss der Verschwörer, insbesondere seit 1908, im Abnehmen begriffen ist; diejenigen unter ihnen, welche bei der blutigen Umwälzung von 1903 am meisten riskierten, daher auch den grössten Gewinn erhofften, scheinen nun bestrebt zu sein, den schwindenden Einfluss wiederzugewinnen, während es der Mehrzahl der Verschwörer erwünschter erscheint, dass ihre anrüchige Sonderstellung in der Armee allmählich in Vergessenheit gerät. Darauf dürfte die Spaltung der Verschwörergruppe, die bisher einen unnahbaren Block in der Armee bildete, zurückzuführen sein. Die Gründer der neuen Organisation wählten zur Schaffung einer Partei ein gangbares Schlagwort, „Einheit oder Tod", womit augenscheinlich die Einigung aller Serben, die Verwirklichung der grosserbischen Idee gemeint ist. Damit gaben sie sich den Anschein rein nationale Zwecke zu verfolgen, fanden scheinbar unter den jüngeren Offizieren zahlreiche Anhänger, ohne der Regierung eine Handhabe zu bieten, gegen eine „Verschwörung" einzuschreiten, denn es handelte sich eher um einen politischen Klub. Die Machthaber der radikalen Partei, in deren Händen der König und auch der Kriegsminister ein willenloses Werkzeug darstellen, scheuten scheinbar ein offnes Auftreten gegen die Organisation und erblickten den besten Ausweg darin, sie einfach in ihren Dienst zu stellen. Hiebei mag die Furcht vor terroristischen Anschlägen nach dem Beispiel der Ereignisse von 1903 nicht ohne Einfluss gewesen sein. Der Kronprinz war anfangs gegen die Organisation, vermutlich infolge der Gerüchte, dass sie ein Werkzeug des Prinzen Georg vorstelle, um diesem zur Wiedererlangung seiner verlorenen Thronfolgerrechte zu verhelfen. Die seiner Initiative zuzuschreibende Untersuchung gegen die „crna ruka" hatte jedoch das überraschende Resultat, dass nicht gegen deren Mitglieder, sondern gegen die Angeber, persönliche Freunde des Kronprinzen, eingeschritten wurde, ohne dass er deren Massregelung durch den Kriegsminister — Transferierung von Belgrad — verhindern konnte. Dass der Kronprinz auf der infolgedessen angedrohten Demission als Armeeinspektor nicht beharrte, andererseits sein Gegner, der Protektor der Organisation, Kriegsminister Stepanović, im Amte verblieb, ist ein sicheres Zeichen, dass die „crna ruka" bereits Einfluss gewonnen hat. Von einer geheimen Organisation kann nicht mehr die Rede sein; die Regierung soll über alle Mitglieder und über ihre Tätigkeit informiert sein. Infolgedessen scheinen aus dieser Vereinigung augenblicklich keine Gefahren zu entspringen. Dass im Offizierskorps, in dem sich ohnedies die ganzen politischen Parteispaltungen des Landes wiederspiegeln, mit Wissen und Duldung der Regierung und des Kriegsministeriums sich ein neuer politischer Klub bilden konnte, der sich anmasst, auf die Ereignisse im Lande Einfluss zu nehmen, ist jedenfalls ein bedenkliches Symptom in dem durch eine bewegte Vergangenheit zum Prätorianertum neigenden serbischen Offizierskorps. Gellinek.

a) Vgl. n. 3244, 3246, 3270, 3552.

Tel. nach Berlin, 2. Feb. 1912 Nr. 5 (chiffr. 5 U. p. m.). Siehe n. 3267.

Nr. 3265. Bericht aus London, 2. Feb. 1912 Nr. 5 A (eing. 5. Feb.).[a] Ausfert.

Sir A. Nicolson berührte vorgestern nur ganz vorübergehend die Möglichkeit einer Mediation zwischen Italien und der Türkei. Er bleibt bei seiner Ansicht, dass alle derartigen Versuche zwecklos und aussichtslos sind, so lange die beiden Regierungen diametral entgegengesetzte Standpunkte einnehmen. Nachdem Italien sein Annexionsdekret nicht zurücknehmen kann, — wie Marquis San Giuliano auch noch eben wieder Herrn von Kiderlen-Wächter erklärt hat — und die Türkei ihrerseits dies nicht annehmen kann und überdies die Folgen des Krieges sehr wenig empfindet, so sieht der Unterstaatssekretär vorläufig keine Gelegenheit für die Mächte, ihre Mediationsversuche mit Aussicht auf Erfolg zu beginnen. Sir Arthur fragte mich, ob ich ihm über die Lage in Mazedonien[b] etwas mitteilen könnte. Ich erwiderte, dass mir keine Weisungen in letzter Zeit zugekommen wären, ich zwar Einsicht in einige Konsularberichte erhalten hätte, die aber wahrscheinlich nicht viel Anderes enthielten als die ihm vorliegenden Meldungen englischer Konsuln. Er stimmte mit mir überein, dass es noch nie eine Zeit gegeben habe, in welcher die Berichte der Konsularfunktionäre aus jenen Gegenden günstig gelautet hätten, und schien persönlich auch jetzt nicht sonderlich pessimistisch. Er rechnet auf die militärisch sehr starke Stellung der Türkei am Balkan und auf die Ruhe und Vernunft der massgebenden Faktoren in Sofia. Was Montenegro betrifft, so hofft er, dass König Nikolaus gegenwärtig in Petersburg die besten Ratschläge zur Mässigung erhalten werde. Während ich im Foreign Office diese Sprache vernehme, höre ich von meinem italienischen Kollegen, der sich auf seine Erfahrungen in Konstantinopel und Sofia beruft, die alleralarmierendsten Nachrichten. Marquis Imperiali, von dem begreiflich sehr lebhaften Wunsche beseelt, dem Kriege durch Einwirkung der Mächte ein Ende gesetzt zu sehen, erblickt in der gegenwärtigen Lage in Mazedonien, Albanien und in Konstantinopel selbst die Symptome der grössten Gefahren. Ebenso wie mit mir spricht er im Foreign Office und mit meinen Kollegen. Jetzt möchte er vor Allem Deutschland und England in Konstantinopel zusammenwirken sehen.[c] Von der ganz richtigen Voraussetzung ausgehend, dass dort absolut Nichts zu erreichen ist, so lange die zwei genannten Mächte nicht auf derselben Linie arbeiten, schwebt ihm jetzt der Gedanke vor, dass auf diesem Terrain die so notwendige und erwünschte Annäherung der beiden Mächte erzielt werden könnte. Marquis Imperiali glaubt in der gegenwärtigen Strömung der englischen Meinung den Wunsch nach einer Verständigung mit Deutschland zu erblicken — nicht mit Unrecht — warum also diese nicht durch eine gemeinsame Aktion in Konstantinopel erzielen? Ich weiss nicht, ob diese „Combinazione" im Kopfe Imperialis oder seines Vorgängers und gegenwärtigen Chefs San Giuliano entstanden ist. Sie hätte den Vorteil, ein Mittel zu bieten, der grössten Rivalität der zeitgenössischen Weltpolitik entgegenzuarbeiten und gleichzeitig den momentanen Interessen Italiens zu dienen, beruht aber wohl auf Illusionen. Die

erwünschte Entspannung zwischen Deutschland und England müsste zunächst auf dem Terrain der Flottenrüstungen und der Kolonialfragen erzielt werden, bevor an ein Ende ihrer Rivalität in Konstantinopel gedacht werden kann. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3262, 3267, 3285. — [b]) Vgl. n. 3263 Anm. b, 3275 Anm. c. — [c]) Vgl. n. 3266.

Nr. 3266. Bericht aus London, 2. Feb. 1912 Nr. 5 B (eing. 5. Feb.).[a]) *Ausfert.*

... *Presseangriffe der radikalen Blätter gegen Grey* ... Ich glaube unvorgreiflich, dass, wenn die Radikalen ihre Vorwürfe jetzt etwas mässigen, dies eher günstig für die Entspannung zwischen London und Berlin sein würde. Ihre übertriebenen Angriffe nützen der guten Sache nicht. Darüber müssen die hiesigen Machthaber sich jetzt klar sein, dass die englische öffentliche Meinung etwas erschrocken ist, zu sehen, wie ernst sich das Verhältnis zwischen England und Deutschland im vorigen Sommer gestaltet hatte. Auch die erbitterte und hostile Stimmung, die jetzt in den weitesten Kreisen im deutschen Reiche gegen England herrscht, hat hier Eindruck gemacht. Die Besserung kann nur allmählig eintreten, und ohne Aufgeben der guten Beziehungen zu Russland und namentlich der entente cordiale mit Frankreich. Letztere ist allgemein populär, auf Erstere kann Sir Edward Grey, Sir A. Nicolson und das Foreign Office überhaupt nicht verzichten, ohne einzugestehen, dass die Politik der letzten Jahre verfehlt war. Im grossen Publikum möchte man aber den bestehenden Freundschaften — wobei immer zu bemerken ist, dass die russische unendlich viel weniger Anhänger hat als die französische — jede Spitze gegen Deutschland genommen sehen. Man scheint das Gefühl zu haben, dass Sir E. Grey jeder namentlich von Russland kommenden „Erpressung" nachgibt, wenn damit die Drohung verbunden ist, dass sich die russische Politik wieder Deutschland nähern könnte. Ich hatte vor wenigen Tagen Gelegenheit, mit dem Kabinettschef Sir E. Greys zu sprechen. Mr. Tyrrell ist offenbar mit den gegen seinen Chef gerichteten Angriffen sehr beschäftigt. Er leugnet natürlich jede vorgefasste Meinung gegen Deutschland. Von den Vorgängen des letzten Sommers sprechend, erklärte er mir, dass es absolut unmöglich war, von Berlin irgend eine Aufklärung zu erhalten. Goschen hatte wiederholt Herrn von Kiderlen-Wächter Gelegenheit gegeben, ihm irgend eine Mitteilung zu machen. Dieser ging aber niemals darauf ein und hüllte sich bezüglich Marokkos und der Verhandlungen mit Frankreich in undurchdringliches Schweigen. Graf Metternich konnte Grey auch nichts sagen und so entstand die Situation, welche zur Rede Lloyd Georges führte, welche nun der englischen Regierung so sehr vorgeworfen wird. Tatsache bleibe, dass, nachdem unmittelbar nach dieser Rede eine sehr scharfe unfreundliche Erklärung von Berlin kam, vier Tage darauf ein ganz anderer Ton angeschlagen wurde, und Metternich hier eine durchaus befriedigende Sprache führte. (Erklärung, dass Deutschland nicht in Agadir landen und keinen Kriegshafen errichten werde.) Die deutschen Vorwürfe gegen

England seien ganz ungerechtfertigt; das Foreign Office habe durchwegs der französischen Regierung geraten, sich mit Berlin zu verständigen und Kompensationen zu geben. Als ich eine Bemerkung über die geheimen Verhandlungen Caillaux's einwarf, von denen so viel gesprochen wurde und die hier sehr unangenehm berührt haben, meinte Mr. Tyrrell: „Ich wollte, dieselben hätten zu einem Resultate geführt, wir hätten uns darüber nicht beklagt." Er fügte bei, dass diese Verhandlungen bereits im Mai stattfanden, als Caillaux noch Finanzminister war. Man werde wohl nie die volle Wahrheit darüber erfahren, was zwischen Caillaux und Kiderlen-Wächter „gepantscht" wurde. Der Vorwurf, England stehe überall Deutschland im Wege, sei ungerecht; alle deutschen Kolonialerwerbungen, die doch nicht ganz unbedeutend sind, seien im Einverständnis und häufig mit Mithilfe Englands zu Stande gekommen. Erst im vorigen Jahre hätte man eine ziemlich schwierige Grenzregulierung in Afrika durchgeführt, wobei man hier so konziliant wie möglich war, so dass die Verhandlungen in 6 Wochen beendet waren. Aber darüber werde in Deutschland nie gesprochen und die deutsche Presse gehe stillschweigend oder mit wenigen Worten darüber hinweg. „Was will Deutschland? Wo sollen wir den Deutschen zum Platz an der Sonne verhelfen? Wenn ich macchiavellistisch wäre, würde ich vorschlagen, Deutschland irgend eine englische Besitzung ohne Gegenleistung zu überlassen. Sie würden sehen, wie dann die Stimmung hier im Lande sich wenden und gegen Deutschland aussprechen würde. Wir haben keine pendenten Fragen mit Deutschland, die wir regeln könnten, wie diejenigen, die zwischen uns und Frankreich oder Russland bestanden!" Selbst über die portugiesischen Kolonien habe man sich schon vor Jahren geeinigt. Diese Frage würde aber natürlich erst aktuell werden, wenn Portugal seine Kolonien veräusserte oder sie nicht mehr halten könnte. Vorläufig sei nicht davon die Rede. (Die Gerüchte, welche die Anwesenheit des deutschen Kolonialsekretärs in London mit dieser Frage in Verbindung brachten, sind ganz unbegründet, wie ich von Graf Metternich hörte. Dr. Solf war hier, um sich bezüglich der Diamanten, die in deutsch-afrikanischem Besitz gefunden werden, hier umzusehen und mit den grossen Diamanteninteressenten wie de Beers etc. in Verbindung zu treten.) Im Laufe unserer längeren Unterredung stimmte mir Mr. Tyrrell bei, als ich ausführte, es müssten trotz Allem Mittel gefunden werden, eine weitere Entfremdung zwischen hier und Deutschland zu verhindern, welche die Hauptursache des Unbehagens bilde, das sich auf der ganzen Welt fühlbar mache. Ein Krieg wäre keine Lösung, ce serait à recommencer. Dies Alles gibt er vollständig zu, ebenso dass die hiesige Öffentlichkeit sich nach einem besseren Verhältnis sehnt. Wenn aber eine neue deutsche Flottenvermehrung kommt, so würde sich hier die Stimmung wieder rasch wenden. Die Flottenfrage sei eben die fundamentale Schwierigkeit. Man werde nie in Deutschland einen Staatsmann finden, der den Mut hätte, offen die Notwendigkeit der englischen Suprematie zur See anzuerkennen. Ich warf ein, dass jeder vernünftige Deutsche zugibt, dass England diese Suprematie aufrecht erhalten müsse, und Deutschland nicht daran denken könne, eine der englischen ebenbürtige Flotte zu bauen. Tyrrell meinte, „in Privatgesprächen

geben es die Deutschen zu, aber nicht in ihren öffentlichen Manifestationen. Durch die Flottenvereine, durch die grossen Kapitalisten und Unternehmer, die am Schiffsbau interessiert sind, ist in Deutschland ein so ungeheuerer Apparat geschaffen, der immer weiter treibt, so dass die Regierung dieser Pression schwer widerstehen kann." Ich habe mir erlaubt, im Vorstehenden Einiges aus meiner Konversation mit dem sehr begabten und im Ganzen gemässigt und objektiv denkenden Vertrauensmann Sir E. Greys wiederzugeben, weil sich in seinen Äusserungen wohl die an massgebendster Stelle vorherrschenden Anschauungen wiederspiegeln dürften. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3265 Anm. c, 3282.

Nr. 3267. Tel. nach St. Petersburg Nr. 13 (1) und Berlin Nr. 5 (2), 2. Feb. 1912 (chiffr. 5 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Müller).

1. In dem Berichte Nr. 3 A vom 20. v. M. haben Euer Exzellenz erwähnt, daß Herr Sazonow eine seinen Vermittlungsvorschlag ergänzende Weisung an die russischen Vertreter gelangen lassen werde. Herr von Giers hat mir nunmehr eine Abschrift eines Schreibens seines Ministers übergeben, dessen Inhalt sich im wesentlichen mit dem von Herrn Sazonow Euer Exzellenz gegenüber (laut zitierten Berichtes) ausgeführten Gedankengange deckt.[b]) Ich habe mich bei Entgegennahme dieses Schriftstückes dem russischen Botschafter gegenüber eines Eingehens auf den Inhalt der Mitteilung enthalten und mich darauf beschränkt, auf die seinerzeitige Aussprache mit Grafen Aehrenthal zu verweisen, der durch ihn, Herrn von Giers, dem russischen Minister des Äußern hatte sagen lassen, daß er die russische Initiative mit Befriedigung begrüße, weil hiedurch die Konversation über diese heikle Frage wieder in Fluß komme. (Vide hieramtliches Telegramm Nr. 3 vom 5. v. M.) Ich habe dem russischen Botschafter weiters gesagt, daß ich die neue Anregung Herrn Sazonows vorerst zum Gegenstande eines eingehenden Studiums machen und mich über die einschlägige Auffassung der übrigen in Betracht kommenden Mächte informieren wolle. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache.

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 16 vom 1. d. M. Herr von Giers hat mir am 30. v. M. Abschrift eines Schreibens Herrn Sazonows hinterlassen, dessen Inhalt sich offenbar mit dem in Berlin mitgeteilten deckt. ... *wie sub 1 von „Ich habe mich" bis „informieren wolle."* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache im dortigen Auswärtigen Amte. Falls dieses Thema Euer Exzellenz gegenüber deutscherseits berührt wird, wollen Hochdieselben weiters bemerken, daß die Auffassung des Berliner Kabinettes, wie ich aus den von Euer Exzellenz gemeldeten Äußerungen Herrn Zimmermanns zu Ihrem russischen Kollegen ersehe, mit der unserigen im wesentlichen übereinstimmt. Nähere Informationen über die Haltung der dortigen Regierung in dieser Frage wollen Euer Exzellenz, falls erhältlich, noch nachfolgen lassen. Müller.

[a]) Vgl. n. 3265, 3268, 3274. — [b]) Vgl. n. 3254.

Nr. 3268. Tel. nach Rom, 5. Feb. 1912 Nr. 13 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; V. u. G. Müller).*

Im Verfolge meines Erlasses vom 24. v. Mts., Nr. 305. Der von Herrn Sazonow Grafen Thurn angekündigte modifizierte russische Vorschlag ist mir durch Herrn von Giers übermittelt worden. Der russische Botschafter hinterließ mir Abschrift eines ihm diesbezüglich aus Petersburg zugekommenen Schreibens[b] und werden Euer Exzellenz dem Wortlaute dieser Pièce, welche Hochdenselben mit nächstem Kurier zugeht, entnehmen, daß der russische Schritt im wesentlichen mit der Meldung des Grafen Thurn übereinstimmt. Da ich Grund zur Annahme habe, daß die italienische Regierung von der neuesten russischen Anregung Kenntnis hat, lege ich Wert darauf, Euer Exzellenz zur Regelung Ihrer Sprache über die Aufnahme zu informieren, welche die Demarche Herrn von Giers hier zunächst gefunden hat. . . . *wie n. 3267 von „Ich habe mich" bis „informieren wolle."* . . . Indem ich zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information beifüge, daß die englische Regierung eine Vermittlung auch heute noch für zweck- und aussichtslos zu halten scheint, ersuche ich Hochdieselben, mir allfällige Wahrnehmungen über die einschlägige Auffassung Ihrer Kollegen einzuberichten. Müller.

[a] Vgl. n. 3273. — [b] Vgl. n. 3254.

Nr. 3269. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 5. Feb. 1912.[a] *Konz. (S. Schreibkraft; G. Müller).*

Streng geheim. Der italienische Botschafter teilte heute hier im Auftrage seiner Regierung vertraulich mit, daß anläßlich des Besuches Herrn von Kiderlen-Waechters in Rom Marchese di San Giuliano demselben in Besprechung der Frage der Erneuerung des Dreibundes erklärt habe, Italien könnte der vorgeschlagenen Formulierung des Zusatzprotokolles bezüglich Tripolis und der Cyrenaika nicht zustimmen. Ebenso wäre der Marokko betreffende Teil des Protokolles wegzulassen. Am entsprechendsten wäre eine Abänderung der Artikel 9 und 10 des Vertrages in dem Sinne, daß unter status quo jener des Zeitpunktes des Beginnes des neuen Vertrages in 1914 zu verstehen sei. Schließlich seien die beiden Staatsmänner übereingekommen, daß mittelst geheimen Protokolles die Geheimhaltung der Erneuerung bis zum Zeitpunkte ausgesprochen werde, wo die drei vertragschließenden Teile die Veröffentlichung der Tatsache der Erneuerung beschließen sollten.

[a] Vgl. n. 3255, 3271, 3272, 3278, 3279.

Nr. 3270. Bericht aus Belgrad, 6. Feb. 1912 Nr. 13 C (eing. 8. Feb.).[a] *Ausfert.*

Vertraulich. Es ruft hier allgemeine Heiterkeit hervor, wenn man in unseren Zeitungen liest, dass die königlich serbische Gesandtschaft in Wien und das serbische Generalkonsulat in Budapest unserer Presse die offiziellen Mitteilungen haben zukommen lassen, dass alle auf die „Crna

Ruka" bezüglichen Nachrichten phantastische und böswillige Erfindungen seien; alle Gerüchte über den Bestand einer geheimen Offiziersorganisation mit revolutionären Zielen werden energisch dementiert. Es wäre allerdings interessant zu erfahren, ob ein solches Dementi durch alle serbischen Missionen im Auslande abgegeben worden ist, oder ob dasselbe speziell nur für die Monarchie bestimmt war. Ich kann meinerseits nur kurz wiederholen, was ich in meiner einschlägigen Berichterstattung Euer Exzellenz zu melden die Ehre hatte. Die unter dem Namen „Crna Ruka" oder „Einigung oder Tod" bekannte geheime Organisation besteht tatsächlich; sie nimmt sogar an Ausdehnung und Bedeutung zu. Die Bewegung ging aus den Kreisen der unzufriedenen Elemente der „Verschwörer" aus, die es nicht überwinden konnten, dass ihr Einfluss im Lande in Abnahme begriffen war und dass sie bei den Altradikalen noch immer nicht genug Entgegenkommen und Berücksichtigung gefunden haben. Ihnen gesellten sich auch andere zumeist jüngere Elemente der Armee zu, die ihrerseits gefunden haben, dass die Altradikalen die ganze Gewalt im Staate monopolisiert und das militärische Element politisch ganz ausgeschaltet haben. Zuerst wurden rein militärische Klasseninteressen verfolgt, wobei persönliche Motive mit ausschlaggebend waren. Später suchte man die Bewegung aufs politische Gebiet hinüberzuleiten; in diesem Stadium scheint die Benennung „Einheit oder Tod" erfunden worden zu sein. Hochpatriotische, grosserbische Schlagworte wurden ins Treffen geführt und die verfehlen in Serbien nie ihre Wirkung. Es machte sich auch im geheimen bald eine für die Bewegung günstige Stimmung und in letzter Zeit musste man auf dieselbe sowohl bei militärischen Versetzungen und Beförderungen sowie auch bei Entscheidung über innerpolitische Fragen Rücksicht nehmen. Dazu kam es, dass die ganze Welt hier mit ernsten Komplikationen im Frühjahr rechnet und glaubt — oder sich den Anschein gibt zu glauben — dass wir in den Sandjak einmarschieren werden. Serbien müsste für diesen Fall zur Gegenwehr vorbereitet sein. Eine begeisterte militärisch-patriotische Bewegung kam den leitenden Politikern — wenn und so lange sie derselben die Richtung geben können — nicht ungelegen. Auch hofften sie, dass durch diese Divergenz nach auswärts die „Crna Ruka" weniger drohend für die Gefährdung der innern Ruhe werden würde. Dies war vielleicht mit ein Grund, dass mit solcher Intensität an der Fiktion unserer aggressiven Tendenzen festgehalten wurde. Herr Milovanović hat unlängst mir gegenüber nicht nur direkt und unumwunden die Existenz der „schwarzen Hand" zugegeben, sondern sogar zugestanden, dass er mit einzelnen Persönlichkeiten der Organisation Unterredungen gehabt hat. Der Herr Ministerpräsident suchte allerdings mich zu überzeugen, dass die Bewegung nicht sehr ernst sei und der Regierung keine Sorgen mache, nichtsdestoweniger wird — wie er hinzufügte — derselben grosse Aufmerksamkeit geschenkt und mit Interesse verfolgt. Damals hatte allerdings Herr Milovanović noch nicht demissioniert gehabt und vielleicht auch noch nicht gewusst, dass die „Crna Ruka" ihm so sehr feindlich gegenüber steht. Wie es sich herausstellt, arbeitet dieselbe schon seit langer Zeit und zwar recht erfolgreich gegen Herrn Milovanović und soll viel dazu beigetragen haben, dass derselbe so isoliert und ohne

Anhang dastand. Er war ihnen zu friedfertig und liess sich durch ihre grosserbischen Schlagworte nicht zu Unbesonnenheiten verleiten. Es soll auch ihrem Einfluss zugesprochen werden, wenn bei einer eventuellen Bildung eines neuen homogenen altradikalen Kabinetts (über welche Eventualität ich heute sub Nr. 8[b]) Euer Exzellenz zu telegraphieren mir erlaubt habe) Herr Milovanović nicht mehr in Kombination kommt, worüber dieser geradezu unglücklich sein soll. Herr Pašić, Herr Protić und hauptsächlich der mit ihnen auffällig sympathisierende General Stepanović sollen ihnen genehm sein, was allerdings im Gegensatz zum allgemein verbreiteten Gerüchte steht, dass die beiden ersten unlängst ihr Todesurteil zugestellt bekommen haben. Immerhin ist es möglich, dass es sich hiebei um eine absichtlich lancierte Nachricht gehandelt hat. Unlängst hat mein italienischer Kollege eine lange Unterredung mit dem Generalsekretär im Auswärtigen Amte über diese Bewegung gehabt. Herr Jovanović hat dieselbe nicht nur nicht in Abrede gestellt, sondern in so sympathischem Tone über dieselbe gesprochen, dass Herr Baroli die feste Überzeugung hat, dass der Generalsekretär selbst ihr angehöre oder wenigstens mit derselben Beziehungen unterhalte. Auch der Kronprinz — der übrigens schon wiederholt seinen Standpunkt in dieser Frage verändert hat — soll der Bewegung plötzlich wieder sympathisch gegenüber stehen. Der König — der die Vorgänge vom Jahre 1903 in lebhafter Erinnerung haben dürfte — soll entschieden von banger Furcht erfüllt sein und Sich bei Seinen Entscheidungen durch Rücksichten auf die „geheime Organisation" beeinflussen lassen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 3264, 3402, 3489, 3517, Beilage zu n. 10017. — [b]) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 3271. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 6. Feb. 1912.[a]) Konz. (S. Kanzlei; G. Müller).

Streng geheim. Der deutsche Botschafter verlas gestern hier einen Bericht seines Kollegen am Quirinal über die Unterredung, die Herr von Kiderlen-Waechter anläßlich seines Besuches in Rom nach der Hoftafel mit Seiner Majestät dem Könige von Italien hatte. Seine Majestät sprach sich zunächst sehr lobend und zuversichtlich über die Haltung der italienischen Armee in Tripolis aus und betonte die allgemeine Begeisterung des Landes für das Unternehmen, wofür unter anderm auch die Tatsache angeführt werden könne, daß die einberufenen Mannschaften auch aus klerikalen Bezirken pünktlich eingerückt sind. Sodann gab König Viktor Emanuel seinen lebhaften Wunsch nach guten Beziehungen nicht nur zu Deutschland sondern auch zu Österreich-Ungarn kund und betonte, der Dreibund müsse baldigst erneuert werden; kleine Differenzen hinsichtlich Textierung und ähnliches kämen nicht in Betracht und dürften kein Hindernis bilden. Müller.

[a]) Vgl. n. 3269, 3272, 3278, 3279.

Nr. 3272. Bericht aus Berlin, 6. Feb. 1912 Nr. 8.[a]) Ausfert.

Streng geheim. Der Staatssekretär ist gestern von seinem längeren Urlaub wieder eingerückt und hat mir heute über seine Besprechungen,

die er während seines kurzen Séjours in Rom mit König Victor Emanuel und den leitenden italienischen Staatsmännern hatte, Nachstehendes mitgeteilt: ... *im wesentlichen wie n. 3243* ... Gleich nach der Audienz beim König hatte Herr von Kiderlen eingehende Unterredungen über diesen Gegenstand mit dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Aeussern. Herr Giolitti fing damit an, einige Bedenken darüber zu äussern, ob der gegenwärtige Augenblick der richtige zur Erneuerung des Dreibundes sei. Im weiteren Verlaufe der Unterredung erklärte aber auch er sehr entschieden, dass er angesichts der Vorteile der Erneuerung des Dreibundvertrages diese Bedenken gern fallen lasse und nur Mittel und Wege suche, sich darüber zu vergewissern, dass die Erneuerung des Dreibundes bis auf Weiteres absolut geheim bleibe. Daraufhin brachte Herr von Kiderlen den auch deutscherseits unterstützten Vorschlag Euer Excellenz vor, wonach bei dem Abschlusse der Erneuerung des Dreibundvertrages die drei Compaciscenten gegenseitig schriftlich die Verpflichtung übernehmen, eine eventuelle Publizierung erst nach gegenseitigem Einverständnisse vorzunehmen. Der Staatssekretär sagte mir lächelnd, Herr Giolitti habe sich hierauf mit solchem Wohlgefallen über diese Idee verbreitet, dass er — Kiderlen — zum Schluss den Eindruck hatte, der italienische Ministerpräsident glaubte damit seine eigene Auffassung zur Anerkennung gebracht zu haben. Marquis di San Giuliano erklärte sich mit dieser Vorgangsweise ebenfalls ganz einverstanden; er und der Staatssekretär kamen dahin überein, dass bei der Erneuerung des Vertrages, sei es durch ein Schlussprotokoll, sei es durch einen Notenwechsel, diese gegenseitige Verpflichtung festgelegt werde. Was den Inhalt des zu erneuernden Dreibundvertrages und des Zusatzprotokolles betrifft, so habe der italienische Minister des Aeussern vor allem dem lebhaften Wunsche Ausdruck gegeben, dass die geheimen Abmachungen des Wiener und römischen Kabinettes vom Jahre 1909 (siehe hohen Erlass vom 18. Dezember 1909 Nr. 3743) im Vertrage selbst bei der Präzisierung des Artikels 7 aufgenommen werden. Ausserdem habe Marquis di San Giuliano einige, wie er behauptet, nur redaktionelle, Aenderungen, hauptsächlich Tripolitanien betreffend, zu den von uns gemachten Propositionen angekündigt, die er demnächst hier und in Wien mitzuteilen gedenke. Diese Mitteilungen sind, wie mir Herr von Kiderlen sagt, bisher hier zwar noch nicht eingelangt, doch glaubt er, dass dies bald erfolgen werde, da nach seiner Ansicht die italienischen Staatsmänner trotz der anfänglich gezeigten Bedenken, nunmehr gleich dem Könige die möglichst baldige Erneuerung des Dreibundes ernstlich anstreben.

Szögyény.

a) Vgl. n. 3269, 3271, 3278, 3279.

Nr. 3273. Tel. nach Konstantinopel, 6. Feb. 1912 Nr. 21 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.).[a] *Konz. (S. und G. Nemes).*

Mavroyeni Bey hat mir heute auftraggemäß folgende Eröffnung gemacht: Die Türkei habe bekanntermaßen trotz des Kriegszustandes bisher von dem ihr zustehenden Rechte die auf ihrem Gebiete sich aufhaltenden Italiener auszuweisen keinen Gebrauch gemacht. Das Vorgehen Italiens habe sich

aber in letzter Zeit derart gestaltet, daß sich der Pforte die Frage aufdränge, ob sie noch weiter von der Ergreifung dieser Maßregel absehen solle. Bevor die Pforte jedoch ihre Entscheidung treffe, würde sie Wert darauf legen, die Anschauung der k. u. k. Regierung kennen zu lernen. Ich habe dem Botschafter geantwortet, die Türkei habe bisher in dieser Frage eine kluge Reserve beobachtet; würde die Pforte im gegenwärtigen Momente von dieser Haltung abgehen, so könnte dies nur eine verbitternde Wirkung ausüben und die von allen Seiten angestrebte Beilegung des Konfliktes erschweren, ohne daß hievon ein greifbarer Vorteil für die Türkei zu erwarten stünde. Mavroyeni Bey schien meine Argumente zu würdigen. Müller.

[a]) Vgl. n. 3268, 3274.

Nr. 3274. Erlaß nach Konstantinopel, 6. Feb. 1912 Nr. 587.[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Müller).

Streng vertraulich. Im Verfolge des Erlasses Nr. 306 vom 24. v. M. übersende ich Euer Exzellenz in der Anlage die Abschrift eines Schreibens Herrn Sazonows an Herrn von Giers, welches letzterer mir am 30. v. M. mitgeteilt hat.[b]) Wie Hochdieselben dieser Pièce entnehmen werden, deckt sich der Inhalt des neuesten russischen Vermittlungsvorschlages im wesentlichen mit der Euer Exzellenz mit dem eingangs zitierten Erlasse zugekommenen Meldung Grafen Thurns. ... *wie n. 3267 ... von „Ich habe mich" bis „informieren wolle"* ... Vorstehendes ist zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und nur dann zur Regelung Ihrer Sprache bestimmt, falls Assim Bey oder einer Ihrer Kollegen sich im Gegenstande informiert zeigen sollte. Zu Euer Exzellenz rein persönlicher Kenntnisnahme füge ich bei, daß Mavroyeni Bey mich kürzlich aufgesucht und auf Grund einer angeblich aus Paris stammenden Nachricht befragt hat, ob mir etwas darüber bekannt sei, daß russischerseits ein neuer Vorschlag vorliege, wonach eine Intervention der Mächte auf Basis der Zurückziehung nicht nur der türkischen sondern auch der italienischen Truppen aus Tripolis angeregt werde. Ich habe dem Herrn Botschafter gesagt, daß diese Nachricht auf einem Irrtume basiere und ihn bei dieser Gelegenheit mit der Bitte um Geheimhaltung meiner Mitteilung über den tatsächlichen Inhalt der Sazonowschen Anregung in großen Zügen unterrichtet. Müller.

[a]) Vgl. n. 3273, 3275. — [b]) Vgl. n. 3254.

Nr. 3275. Tel. aus London, 6. Feb. 1912 Nr. 5 (eing. 7. Feb. 9 U. a. m.)[a]) Entziff.

Erhalten Erlass in Ziffern Nr. 540 vom 2. d. M.[b]) Sir A. Nicolson sagte mir, dass englische Regierung auf modifizierte Anregung Herrn Sazonows antworten wird mit starker Betonung, dass absolute Einmütigkeit aller Mächte unerlässliche Vorbedingung jeder Vermittlung ist. Nachdem in Sazonows Zirkulardepesche von einer gewissen Pression auf die Türkei die Rede ist, wird, um dies zu vermeiden, das Foreign Office anregen, ob es nicht besser wäre, die Türkei dazu zu bewegen, Angelegenheit der Mediation den fünf Mächten zu übergeben, so dass diese dann mit einem Mandat der

Pforte an Italien herantreten würden. Englische Regierung wird dies in ihrer Antwort an Herrn Sazonow nur suggerieren als eine Idee, die erwogen werden könnte. Wann der opportune Moment zu einer Mediation nach Herrn Sazonows Meinung gekommen sein wird, vermochte Unterstaatssekretär mir nicht zu sagen. Er selbst glaubt, dass der Augenblick noch nicht eingetreten ist, er hat auch persönlich den Eindruck, dass Türkei Fortdauer des Krieges mit Gleichmut ansieht und keine besondere Geneigtheit zeigt, Schritte zur Beendigung desselben zu unternehmen. Was die Besorgnis des russischen Ministers des Äussern bezüglich möglicher Ereignisse am Balkan betrifft, so ist Sir A. Nicolson nicht pessimistisch und sagte mir, er höre auch aus Konstantinopel, dass sowohl Markgraf Pallavicini als Baron Marschall keine Besorgnis zeigen. Unterstaatssekretär erwartet ruhige, vernünftige Haltung nicht nur Bulgariens, sondern auch Montenegros.[c] In Albanien allerdings dürften nach seinen Informationen Unruhen ausbrechen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 3274, 3276, 3290, 3300, 3304. — [b] Mitteilung von n. 3254 mit dem Ersuchen um Berichterstattung über die Haltung der engl. Regierung. — [c] Vgl. n. 3265 Anm. b, 3280.

Nr. 3276. Tel. aus St. Petersburg, 6. Feb. 1912 Nr. 22 (eing. 8 U. 10 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Mein deutscher Kollege erzählte unter dem Siegel der Verschwiegenheit, er sei ermächtigt worden, für den Fall, als das Verhalten Baron Marschalls in der Mediationsangelegenheit seitens Herrn Sazonows noch einmal kritisiert werden sollte, darauf hinzuweisen, dass nach den deutscher Regierung vorliegenden glaubwürdigen Informationen Herr Tscharykow selbst es sei, welcher den Vermittlungsvorschlag des russischen Ministers des Äussern schärfster Kritik unterzog und denselben ganz offen als undurchführbar bezeichnet habe, (dass)[b] auch genannter Botschafter (soweit)[b] gegangen (sei)[b], selbst bei den Türken gegen das Projekt Herrn Sazonows Propaganda zu machen und insinuiert hätte, es sei doch unglaublich, wie seine Regierung einen solchen Vorschlag machen konnte, ohne es der Mühe wert zu finden, eigenen Botschafter vorher über seine Ansicht bezüglich der Realisierbarkeit zu befragen. Ob Graf Pourtalès von obiger Ermächtigung Gebrauch machen wird, scheint mir allerdings nach seinen Äusserungen eher fraglich. Thurn.

[a] Vgl. n. 3275, 3277, 3284. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 3277. Bericht aus Berlin, 7. Feb. 1912 Nr. 9 (eing. 8. Feb.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Während des letzten Aufenthaltes Herrn von Kiderlens in Rom haben ihm Herr Giolitti und Marquis di San Giuliano bei Besprechung des jetzigen italienisch-türkischen Krieges vertraulich mitgeteilt, dass sie gleich nach dem Zusammentritt der italienischen Kammer ein Drängen von Seite der Abgeordneten erwarten, das eine energische Aktion notwendig machen würde. Die Kriegsleitung werde sich demzufolge

in die Notwendigkeit versetzt sehen, den Plan die Dardanellen anzugreifen, wieder aufzunehmen. Die italienische Regierung würde sich nicht leichten Herzens zu einem solchen Schritte entschliessen, da sie sich darüber klar sei, welche Schwierigkeiten ein solches Unternehmen mit sich bringe. Doch habe insbesondere Herr Giolitti darauf hingewiesen, dass bei den bestehenden parlamentarischen Verhältnissen der Regierung nichts anderes übrig bleiben werde, als den beinahe einmütig zu erwartenden Forderungen der Volksvertretung und auch des Senates nachzugeben. Der italienische Ministerpräsident, sowie auch der italienische Minister des Äussern befürchten aber, dass hauptsächlich seitens des Wiener Cabinettes ein Einspruch gegen eine solche Kriegerische Aktion zu erwarten sei. Aus den Worten der italienischen Staatsmänner hat Herr von Kiderlen ersehen, dass Herzog von Avarna beauftragt ist, in dieser Frage eine vertrauliche Sondierung bei der K. u. K. Regierung vorzunehmen. Der Staatssekretär sagte mir, er würde grossen Wert darauf legen zu erfahren, welchen Standpunkt Euer Excellenz diesbezüglich einnehmen. Meinen Anwurf über seine eigene Auffassung in dieser Frage beantwortete er dahin, dass er vorderhand nicht gesonnen sei, den Italienern Schwierigkeiten zu bereiten. Er meinte es wäre für uns beide von besonderem Interesse zu erfahren, welche Haltung Frankreich, England und besonders Russland diesbezüglich einnehmen würden. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3276, 3281, 3406.

Nr. 3278. Erlaß nach Rom, 7. Feb. 1912 Nr. 607.[a]) Konz. (S. Biegeleben; G. Müller).

Streng geheim. ... *wie n. 3269 und im Auszug wie n. 3271.* ... Ich beehre mich Euer Exzellenz hievon zu Ihrer ausschliesslich persönlichen Kenntnisname mit dem Bemerken Mittheilung zu machen, dass wir zu den italienischen Vorschlägen selbstverständlich erst dann Stellung nehmen werden, wenn sie uns in officieller Form mitgetheilt worden sind.

[a]) Vgl. n. 3272, 3279, 3293.

Nr. 3279. Tel. nach Berlin, 8. Feb. 1912 Nr. 8 (chiffr. 4 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Biegeleben; G. Müller).

Streng geheim. ... *wie n. 3269.* ... Der kaiserlich deutsche Botschafter verlas hier einen Bericht Herrn von Jagows[b]) über die Unterredung Herrn von Kiderlens mit dem König von Italien, in deren Verlauf letzterer seinen lebhaften Wunsch nach guten Beziehungen nicht nur zu Deutschland sondern auch zu Österreich-Ungarn kundgab und betonte, dass der Dreibund baldigst erneuert werden müsse und dass kleine Differenzen hinsichtlich der Textirung nicht in Betracht kommen und kein Hindernis bilden dürften. Diese Meldung stimmt vollkommen überein mit den Mitteilungen Euer Exzellenz Berichtes vom 6. Februar d. J. Nr. 8. Hievon benachrichtige ich Euer Exzellenz zu Ihrer ausschliesslich persönlichen Kenntnisnahme mit dem Bemerken, dass Hochdieselben, falls der Herr

Staatssekretär Ihnen gegenüber das Thema der Bundeserneuerung neuerlich zur Sprache bringen sollte, sich von den italienischen Vorschlägen informiert zeigen können, zu denen wir selbstverständlich erst dann Stellung nehmen, wenn sie uns in officieller Form mitgeteilt sein werden. Müller.

[a]) Vgl. n. 3278, 3293. — [b]) Vgl. n. 3271.

Nr. 3280. Bericht aus Sofia, 9. Feb. 1912 Nr. 8 C (eing. 16. Feb.).[a]) Ausfert.

In meiner ergebensten Meldung vom 30. Januar Nr. 6 C[b]) hatte ich die Ehre zu erwähnen, dass der Führer der russophilen Partei, Kammerpräsident Daneff, mich vor Kurzem besucht und eine längere politische Unterredung mit mir angeknüpft hat. Diese unter vier Augen geführte, vertrauliche Conversation, während welcher Herr Daneff fast die ganze Zeit hindurch sprach und ich nur ab und zu eine Bemerkung oder Frage fallen liess, nahm den folgenden Verlauf: Der Kammerpräsident eröffnete die Conversation damit, dass er auf die Befriedigung hinwies, die meine Ernennung nach Sofia in den bulgarischen politischen Kreisen hervorgerufen hätte. Es sei das erste Mal, — sagte er — dass ein Pole als Vertreter Österreich-Ungarns nach Bulgarien entsendet worden wäre und man betrachte hier diese Wahl — die hoffentlich den Anfang eines Systems in dieser Hinsicht darstelle — als eine für die Bulgaren freundliche Attention. Als ich darauf erwiderte, dass es auf die Nationalität des Gesandten nicht ankomme und dass ich — wie es auch jeder andere sein würde — nur der Interpret der für Bulgarien sehr freundlichen Politik Euer Excellenz sei, meinte Herr Daneff, dass es die Bulgaren doch sympathisch berühre und vertrauensvoll stimme, einen österreichisch-ungarischen Vertreter in ihrer Mitte zu sehen, der — da selbst slavischen Ursprungs — mehr aufrichtiges Interesse diesem Lande entgegenbringen dürfte. Nach dieser Einleitung sagte mir Herr Daneff, er empfände das Bedürfnis sich mit mir offen auszusprechen und glaubte, dass dies vielleicht von Nutzen sein werde, da er doch eine einflussreiche politische Stellung hierzulande hätte und zugleich, als der Regierung nicht angehörend, in der Lage wäre in seiner Sprache viel mehr Aufrichtigkeit zu üben, als dies mir gegenüber ein aktiver Minister tun könnte. Der Umstand, dass er der Chef der Russophilen sei und selbst als ultrarussenfreundlich gelte, möge mich nicht misstrauisch gegen ihn stimmen — fügte Herr Daneff gleich hinzu und fuhr fort wie folgt: Die Zeit, wo man in Bulgarien und auch er (Daneff) gedacht hätte, dass die bulgarische Diplomatie sich hinter der russischen effacieren sollte, sei vorbei. Die Bulgaren hätten sich seither zu einer Nation kristallisirt und seien entschlossen Bulgaren zu bleiben. Die Freundschaft Herrn Daneffs für Russland sei einerseits eine Gefühlssache und andererseits entspringe sie seiner festen Überzeugung, dass es für das kleine Bulgarien eine absolute Notwendigkeit wäre, Russland nicht zu ignoriren, sondern sich zugleich das Wohlwollen Wiens und Petersburgs zu sichern zu trachten. Dieser Standpunkt, wonach Bulgarien mit den beiden erwähnten Grossmächten in Freundschaft leben und sich — „ohne sich den grössten Gefahren

auszusetzen" — in die Arme keiner derselben ausschliesslich werfen solle, ziehe die Grenze, über welche hinaus der Russophilismus Herrn Daneffs in seiner praktischen Betätigung nicht gehe. Der Kammerpräsident stehe auch auf dem Standpunkt, dass Bulgarien in die natürliche Sphäre der wirtschaftlichen Expansion Österreich-Ungarns falle, und er sei ein decidirter Freund der ökonomischen Penetration der Monarchie in Bulgarien und wünsche, dass sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den zwei Staaten möglichst entwickeln, da dies den beiden Teilen zu Gute kommen müsste. Wenn Herr Daneff nicht dieser Ansicht wäre, könnte weder der Handelsvertrag zu Stande kommen, noch hätte hier kürzlich eine österreichische Gesellschaft die Concession für den Bau einer Zuckerfabrik bekommen. Die Stellung eines kleinen und noch armen Landes wie Bulgarien, welches durch die internationale Lage und wegen der ungelösten Balkanprobleme stets in die grosse Politik hinein gezogen werde, sei — meinte weiter Herr Daneff — eine sehr schwierige. Während die Bulgaren ihre Kräfte der inneren Entwicklung und dem Fortschritte widmen möchten, seien sie durch die sich ihnen aufdrängende Notwendigkeit, immer auf ihrer Hut und der Situation gewachsen zu sein, in ihrer normalen Evolution beständig gestört. So hart es auch für Bulgarien sei, eine so unverhältnissmässig grosse Armee zu erhalten, die bereits den vierten Teil des Gesammt-Budgets verschlinge, seien dies doch mit Rücksicht auf „die nationalen Aspirationen Bulgariens" unvermeidliche Opfer, und nichts könnte die Bulgaren bestimmen in diesen ihren Anstrengungen nachzulassen. Hier fing Herr Daneff an, von der Türkei zu sprechen, wobei er bis auf die „langsame aber doch nützliche, leider unterbrochene" Reformarbeit der Mächte in Macedonien aus der Zeit vor der Revaler Entrevue zurückgriff, dann die Sympathieen und Hoffnungen betonte, mit welchen die jungtürkische Revolution seitens der Bulgaren betrachtet worden wäre und schliesslich nach einigen Streiflichtern, die er auf die „engherzige, auf die Ottomanisierung der Christen ausgehende" Politik der Jungtürken warf, auf die jetzige trostlose Lage in Macedonien zu sprechen kam. Hiebei hob Herr Daneff wiederholt den Wert hervor, den er — der er kein Chauvinist und durchaus kein Türkenfeind sei — auf die guten Beziehungen zu der Türkei lege und wies auch auf die Mühe hin, die sich Herr Geschoff gebe trotz aller Schwierigkeiten mit der Pforte stets gut auszukommen. Es hätte eine Zeit gegeben, wo Herr Daneff an die Regeneration der Türkei geglaubt und erwartet hätte, dass das macedonische Problem durch die Gewährung der Autonomie gelöst werde, was — seiner Ansicht nach — die beste Regelung dieser Frage sein würde. Leider hätte das bisherige jungtürkische Regime und die immer schlechter werdenden Zustände in Macedonien meinen Mitredner dieser Hoffnung beraubt und er müsse offen gestehen, dass er nunmehr weder an die Möglichkeit der Entwicklung der Türkei zu einem Rechtsstaat, noch auch überhaupt an die Zukunft der europäischen Türkei glauben könne. Diese Ansicht und Stimmung seien nicht nur seine eigenen, sondern wären dieselben besonders in der letzten Zeit hierzulande allgemein verbreitet. Es herrsche in den breiten Massen der Bevölkerung Unbehagen und ein Gefühl der Unsicherheit, und auch ernste Politiker

rechnen mit der Eventualität, dass Bulgarien jederzeit von den weittragendsten Ereignissen in der Türkei überrascht werden könnte. So stark auch die macedonischen Einflüsse sich hier in allen, bis in den Regierungskreisen selbst, geltend machen und so erregt die sur le qui vive gehaltene öffentliche Meinung sei, möge man nicht fürchten, dass sich Bulgarien zu unüberlegten Schritten hinreissen liesse. Bulgarien wünsche und brauche den Frieden, es wolle sich nicht in riskirte Unternehmen einlassen und werde nicht das Vertrauen Europas aufs Spiel setzen. Andererseits sei die Lage so unerfreulich, dass sie die ganze Aufmerksamkeit der Bulgaren erfordere und zwar umso mehr, als dieselben nicht nur ganz allein da stünden, sondern auch noch im Rücken einen Feind hätten, mit dem sie früher nicht rechnen zu brauchen glaubten. Sei ja doch eine Annäherung Bulgariens an Serbien, die principiell der Richtung Herrn Daneffs entsprechen würde, wegen der serbischen nationalen Aspirationen, die mit jenen der Bulgaren collidirten, unmöglich, und machte doch Rumänien kein Hehl mehr daraus, dass es im Falle eines türkisch-bulgarischen Conflictes gegen Bulgarien Stellung nehmen würde. Seinerzeit, vor der türkischen Revolution, pflegte Graf Thurn Herrn Daneff zu sagen „la Macédoine est à vous"; Herr Daneff wisse, dass ich ihm jetzt nicht dieselbe Versicherung geben könnte, er wäre aber glücklich, wenn er wüsste, dass, wenn die Stunde der Entscheidung, auf welche Bulgarien geduldig warten wolle, schlagen werde, wir nicht anders über Macedonien verfügen, sondern mit Bulgarien sprechen werden. Wir fürchten auch — bemerkte Herr Daneff — dass sich Österreich-Ungarn über uns hinweg mit Russland einigen und mit ihm die europäische Türkei teilen könnte. In den jetzigen ernsten Zeiten erschiene es Herrn Daneff von grösster Wichtigkeit, dass einerseits in Wien kein Misstrauen gegen Bulgarien herrsche und andererseits auch dieses Letztere die Beruhigung haben könne, dass seine Interessen und Aspirationen von der mächtigen Monarchie, die das entscheidende Wort am Balkan zu sprechen haben werde, nicht ignorirt werden würden. Auf diese letztere Bemerkung Herrn Daneffs antwortete ich, dass er keinen Grund habe, sich wegen des Verhältnisses Bulgariens zu Österreich-Ungarn Sorgen zu machen, da einem Misstrauen unsererseits gegenwärtig keine Rede sein könnte, dass wir vielmehr in die erprobte Besonnenheit Herrn Geschoffs das vollste Vertrauen hätten. Was die Anspielung Herrn Daneffs auf die bulgarischen Aspirationen in Macedonien anbelange, so meinte ich, dass dies ein Gebiet von Hypothesen wäre, auf welches sich zu begeben es nicht vernünftig sei und zu gar nichts führe. Wir seien — so sprach ich weiter — für Bulgarien sehr freundlich gesinnt, was wir auch consequent beweisen, wir seien aber auch Freunde der Türkei und wie wir die friedliche Entwicklung und die Kräftigung Bulgariens sympathisch betrachteten, so hofften wir auch und wünschten, dass sich die Türkei trotz aller Schwierigkeiten consolidieren werde, was auch eine Besserung der Verhältnisse in Macedonien zur Folge haben würde. Weiter hob ich auch hervor, dass unsere Politik eine durch und durch conservative ist, dass wir am Frieden festhalten, keine Eroberungen wünschen und dass der angebliche Drang Österreich-Ungarns nach Salonik eine lächerliche Fabel ist. Zum Schlusse wies ich noch einmal auf unsere

stets entgegenkommende Haltung Bulgarien gegenüber hin, die doch zur Genüge zeige, dass wir mit Bulgarien als mit einem Factor rechnen, an dessen Zukunft wir glaubten. Der Sinn meiner Sprache konnte selbstredend dem Kammerpräsidenten keine volle Satisfaction geben, er war aber doch — wie ich gesehen habe — von meiner Intention, ihn zu beruhigen und von dem freundlichen und aufrichtigen Tone, in dem ich mich mit ihm unterhielt, angenehm impressioniert. Seither habe ich Herrn Daneff wiederholt gesprochen und er verkehrt mit mir stets ganz vertrauensvoll. Ich möchte nicht unterlassen zu erwähnen, dass mir der Kammerpräsident bestätigt hat, es wäre er, der im Falle der Demission Herrn Geschoffs an die Spitze der Regierung treten würde; er hoffe, dass Herr Geschoff noch bis Ende dieses Jahres im Amte bleiben werde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 3208, 3275 Anm. c, 3296, 3371, 3539. — [b]) Mit Bericht Nr. 6 C, 30. Jan. 1912 (eing. 1. Feb.) wurde aus Sofia gemeldet, daß Geschow dem Grafen Tarnowski unlängst mitgeteilt habe, er habe sich während der Weihnachtsferien erholt und den Gedanken der Demission aufgegeben. Ferner wurde eine ausführliche Meldung über den Besuch Danews in Aussicht gestellt.

Nr. 3281. Erlaß nach Berlin, 10. Feb. 1912 Nr. 677 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Müller).

Geheim. Von den Ausführungen des Berichtes Euer Exzellenz vom 7. l. Mts. No. 9 habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Was zunächst die Bemerkung Herrn von Kiderlens anbelangt, er schließe aus den Äußerungen Herrn Giolittis und Marquis di San Giulianos, daß Herzog Avarna den Auftrag erhalten habe, hier vertraulich zu sondieren, wie sich die k. u. k. Regierung zu einer Aktion der italienischen Flotte in den Dardanellen verhalten würde, so muß ich konstatieren, daß eine solche Sondierung des italienischen Botschafters in der letzten Zeit hier nicht erfolgt ist. Ich möchte es dahingestellt sein lassen, ob das italienische Kabinett einen derartigen Schritt tatsächlich unternehmen wird, da ich im Laufe der Konversationen, die im Oktober und November v. J. über die Eventualität einer Erweiterung des Schauplatzes der kriegerischen Operationen zwischen mir und Herzog Avarna stattgefunden haben, wie Euer Exzellenz wissen, unter Berufung auf den Geist und die Bestimmungen des Dreibundvertrages auch bezüglich der Frage der Forcierung der Meerengen einen deutlich abmahnenden Standpunkt eingenommen habe. Es scheint, daß man in Rom meine Sprache auch vollkommen verstanden hat und über unsere Auffassung nicht im unklaren geblieben ist. Wenigstens ist seit Mitte November v. J. keine der Fragen, die mit einer eventuellen militärischen Aktion Italiens außerhalb von Tripolitanien zusammenhängen, von italienischer Seite hier mehr zur Sprache gebracht worden. Sollte das Kabinett von Rom auf die Sache uns gegenüber wider Erwarten zurückkommen, so könnte ich mich nur auf meine seinerzeitigen Äußerungen zu Herzog Avarna berufen. Aus der Anfrage Herrn von Kiderlens ersehe ich mit Befriedigung, daß das Kabinett von Berlin auch in dieser wichtigen Frage pari passu mit uns vorzugehen wünscht. Der Standpunkt, den wir in der vorliegenden Frage einnehmen, sollte übrigens in Berlin aus der Unterredung bekannt

sein, die ich Ende November v. J. mit Herrn von Tschirschky über eine etwaige italienische Aktion an der asiatischen Küste der Türkei geführt habe und deren wesentlichste Momente Euer Exzellenz mit dem Erlasse vom 29. November v. J. Nr. 3018 mitgeteilt wurden. Ich nehme an, daß auch Euer Exzellenz Herrn von Kiderlen über meine damaligen Äußerungen, welche die Auffassung der k. u. k. Regierung auch hinsichtlich einer Aktion in den Dardanellen erschöpfend präzisieren, informiert haben. Dessenungeachtet wollen Hochdieselben eine baldigste Gelegenheit suchen, um sich dem Herrn Staatssekretär gegenüber nochmals im Sinne des Vorstehenden auszusprechen.

a) Vgl. n. 3292.

Nr. 3282. Tel. aus Berlin. 10. Feb. 1912 Nr. 19 (eing. 8 U. p. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Der Besuch des englischen Kriegsministers Lord Haldane in Berlin wird nach der offiziellen Version als ein Privatbesuch bezeichnet, doch wird zugegeben, dass bei diesem Anlasse zwischen ihm, Kaiser Wilhelm und den leitenden deutschen Staatsmännern über die allgemeine politische Lage eingehende Besprechungen stattfinden. Streng vertraulich teilte mir Staatssekretär mit, dass Lord Haldane den Auftrag von seiner Regierung erhalten habe, Verhandlungen zu führen, um ein freundlicheres Verhältnis zwischen England und Deutschland für die Zukunft anzubahnen. Offiziell könne dies nicht zugegeben werden, da, falls der Erfolg seiner Mission hinter den Erwartungen zurückbliebe, dies in der Öffentlichkeit nur einen sehr peinlichen Eindruck hervorrufen könnte. Lord Haldane, der längere Unterredungen mit Kaiser Wilhelm, dem Reichskanzler und dem Staatssekretär hatte, tritt heute die Rückreise nach London an. Herr von Kiderlen-Wächter versprach mir, über die Grundlage, auf der sich die Verhandlungen bewegen und über deren Resultat noch nähere vertrauliche Mitteilungen zu geben. Von einer Einschränkung des deutschen Flottenprogrammes sei selbstverständlich nicht die Rede; die betreffende Vorlage werde demnächst an den Reichstag gehen; sie werde sich in bescheidenen Grenzen halten und eine Mehrausgabe von 25 Millionen jährlich nicht überschreiten. Zugleich werde auch eine Mehrbelastung des Etats des Kriegsministeriums in der Höhe von circa 78 Millionen im Jahre infolge der Neuaufstellung zweier weiterer Armeekorps angesprochen werden.

Szögyény.

a) Vgl. n. 3266, 3289, 3295.

Nr. 3283. Privatschreiben des Ersten Sektionschefs, Botschafters Ladislaus Freiherrn von Müller, nach London, 10. Feb. 1912.a) Konz. (S. Schreibmaschine und Szápáry; V. Nemes; G. Müller).

Aus dem von Euer Exzellenz unter dem 25. v. M.b) an Graf Szápáry gerichteten Privatschreiben habe ich mit Bedauern entnommen, daß die englische Regierung, obwohl seit den ersten die Stellung Sir F. Cartwrights

betreffenden Konversationen Euer Exzellenz bereits mehr als drei Monate verflossen sind, sich noch immer der Einsicht verschließt, wie dringend notwendig ein Wechsel in der Person des hiesigen großbritannischen Botschafters nicht nur mit Rücksicht auf seine ganz unhaltbar gewordene persönliche Stellung sondern insbesondere im Interesse der bei der gegenwärtigen Weltlage besonders ins Gewicht fallenden Pflege intimerer politischer Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und England geworden ist. Ich kann meine Verwunderung darüber nicht verhehlen, daß englischerseits Euer Exzellenz gegenüber zu Gunsten Sir F. Cartwrights nach wie vor angeführt wird, daß er ein Bewunderer des Grafen Aehrenthal sei und in London als Verfechter der Politik des Herrn Ministers angesehen werde und daß man englischerseits in Verkennung der gewichtigen politischen Momente, welche unserem Wunsche nach einer Personalveränderung zugrunde liegen, noch immer ausschließlich die persönliche Seite der Angelegenheit in den Vordergrund zu schieben bemüht ist. Die Unhaltbarkeit dieser Auffassung sowie gewisse Euer Exzellenz gegenüber gefallene Bemerkungen Mr. Tyrrells scheinen geradezu zur Annahme zu berechtigen, daß die englische Regierung im Hinblick auf den ganz mit Unrecht konstruierten Zusammenhang des Falles Cartwright mit anderweitigen Personalverhältnissen im hiesigen diplomatischen Korps sich der Hoffnung hingibt, es würden gewisse Veränderungen im Kreise der hiesigen Vertreter der Großmächte ihre Schlußfassungen erleichtern oder gar ein Personenwechsel im hiesigen auswärtigen Amte eine Modifikation der bei uns vorherrschenden Dispositionen mit sich bringen. Dem gegenüber muß ich mit allem Nachdrucke feststellen, daß es sich in der vorliegenden Angelegenheit ganz unabhängig von den Beziehungen Sir F. Cartwrights sowohl zu Graf Aehrenthal wie zu seinen hiesigen Kollegen um Momente handelt, welche schon aus Gründen der allgemeinen Politik ein Verbleiben des gegenwärtigen großbritannischen Botschafters in Wien ganz unmöglich machen, so daß seine weitere Belassung auf dem Wiener Posten ohne eine empfindliche Beeinträchtigung unserer beiderseitigen Interessen ausgeschlossen erscheint. Den Befürchtungen, betreffend eine ungünstige Rückwirkung weiterer gegenständlicher Demarchen in London auf die österreichisch-ungarisch-englischen Beziehungen, welchen Euer Exzellenz Ausdruck gegeben haben, muß somit entgegen gehalten werden, daß eine Hinausschiebung der Befriedigung unserer wohlbegründeten Wünsche schon heute einem vertraulicheren Verhältnisse der beiden Mächte äußerst abträglich ist. Nach dem Vorstehenden brauche ich daher wohl nicht besonders zu betonen, daß die Euer Exzellenz in diesem Belange sowohl mündlich als schriftlich erteilten Instruktionen auch weiterhin die vollste Geltung haben und daß wir uns noch immer der Erwartung hingeben, es werde Euer Exzellenz dennoch gelingen, unter entsprechender Voranstellung der in Betracht kommenden politischen Momente eine richtigere Beurteilung der Situation von Seiten der englischen Staatsmänner herbeizuführen umsomehr, als die zu diesem Zwecke Euer Exzellenz zu Gebote stehenden Argumente der englischen Regierung durchaus keine Veranlassung zur Entwicklung eines störrigen Widerstandes bieten oder von ihr als ein „sich vorschreiben lassen“ gedeutet

werden können. Ich sehe demnach den seinerzeitigen Mitteilungen Euer Exzellenz über die weiteren von Hochdenselben in dieser Angelegenheit unternommenen Schritte mit Interesse entgegen.

[a]) Vgl. n. 3257, 3288. — [b]) Nicht aufgenommen. Wesentlicher Inhalt oben wiedergegeben.

Nr. 3284. Tel. nach St. Petersburg, 10. Feb. 1912 Nr. 16 (chiffr. 6 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Müller).

Au sujet de la dernière proposition du Gouvernement Impérial de Russie concernant une action pacificatrice des Puissances en vue de préparer la cessation des hostilités entre l'Italie et la Turquie je viens de m'exprimer vis-à-vis de Monsieur de Giers dans les termes suivants: Les renseignements dont je dispose actuellement sont insuffisants pour m'éclairer d'une façon précise sur l'attitude définitive que prendront les Puissances à l'égard de la dernière proposition de Monsieur Sazonow. Toutefois je n'hésite pas à Vous assurer dès à présent qu'en principe le Cabinet de Vienne est d'accord à reconnaitre l'utilité — à un moment donné — d'une action pacificatrice, dont le caractère et la forme seraient à concerter entre les Puissances, action qui pourrait s'imposer notamment si le cours des évènements produisait pour la paix européenne la situation sérieuse et menaçante envisagée par Monsieur Sazonow. Quand même les Puissances ne seraient pas unanimes à reconnaître l'heure actuelle comme propice à une intervention, la démarche de Monsieur Sazonow n'en aurait pas moins le mérite de maintenir entre elles le contact qu'exige la situation. Nous l'avons donc accueillie avec sympathie, persuadés que la solution pacifique du conflit italo-turc ne saurait être obtenue, par intervention étrangère, qu'à condition que l'action bienveillante des Puissances soit inspirée et réglée entre elles par un accord complet. En portant ce qui précède à la connaissance de Votre Excellence je Vous autorise à Vous exprimer le cas échéant en termes analogues vis-à-vis de Monsieur Sazonow. Müller.

[a]) Beiblatt für Kaiser Franz Josef: Die Mitteilung an den russischen Botschafter wird erst nach Allerhöchster Genehmigung erfolgen. Eigh. Vermerk des Kaisers: Genehmigt. F.[ranz Josef]. — Vgl. n. 3254, 3276, 3285, 3286, 3307 Anm. b.

Nr. 3285. Privatschreiben des Ersten Sektionschefs, Botschafters Ladislaus Freiherrn von Müller, nach St. Petersburg, 10. Feb. 1912 Nr. 674.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Müller).

Streng vertraulich. Den Euer Exzellenz zugemittelten Einsichtsstücken werden Hochdieselben entnommen haben, daß der jüngste Vermittlungsvorschlag Herrn Sazonows, über welchen Euer Exzellenz unter Nr. 3 A vom 20. Jänner l. J. ausführlich berichtet haben, zwar seitens aller Kabinette sympathisch aufgenommen worden ist, daß man aber namentlich in Paris und London den Moment für eine erfolgreiche Intervention in Konstantinopel noch nicht für gekommen erachtet. In der vorläufigen Antwort, die ich Herrn von Giers auf seine bezügliche Demarche erteilt habe und die Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 16 vom 10. l. M. bekannt ist,

habe ich es vermieden, einen ablehnenden Standpunkt einzunehmen und unter neuerlicher Betonung des Umstandes, daß wir die russische Anregung als ein geeignetes Mittel zur Fortsetzung der Konversation zwischen den Mächten sympathisch begrüßen, lediglich auf die Möglichkeit hingewiesen, daß auf ein einmütiges Vorgehen aller Mächte im gegenwärtigen Augenblicke nicht unbedingt gerechnet werden könne. Für die reservierte Aufnahme, welche die Sazonowsche Anregung selbst in London und Paris gefunden hat, dürfte nicht allein der Umstand maßgebend gewesen sein, daß nach den Meldungen der betreffenden Botschafter in Konstantinopel die dortige Stimmung für eine Aussicht auf Erfolg versprechende Intervention noch nicht reif sei, sondern auch die Abneigung gegen eine Pression auf die Pforte, auf welche es nach dem Vorschlage Herrn Sazonows doch hinauslaufen würde. Die Idee einer solchen Pression erscheint übrigens auch mir weder sympathisch noch zweckentsprechend. Ganz abgesehen davon, daß ein Druck auf die Türkei mit der Neutralitätsidee und den von Seiner Exzellenz Grafen Aehrenthal in den Delegationen abgegebenen Erklärungen schwer vereinbar wäre und daß der Erfolg einer solchen Pression, die ja auf alle Fälle auf das diplomatische Terrain beschränkt bleiben müßte, immerhin sehr fraglich ist, liegt die Gefahr nahe, daß eine allzu nachdrückliche Einwirkung der Mächte auf die Pforte bei den Balkanstaaten und bei den mit dem jungtürkischen Regime unzufriedenen Elementen im ottomanischen Reiche selbst den Eindruck erwecken könnte, als hätten sich die Kabinette entschlossen, zu der früheren Interventionspolitik zurückzukehren. Eine solche Auffassung könnte aber gerade eine Entwicklung der Dinge am Balkan zeitigen, wie sie Herr Sazonow vermieden wissen möchte. Nach unserer Ansicht ist es aber sowohl für Österreich-Ungarn als auch für Rußland nach wie vor von Bedeutung, dem heiklen Balkanprobleme die größte Aufmerksamkeit zu widmen und bei jeder Frage, welche die Situation auf der Halbinsel beeinflussen könnte, also auch bei der eventuellen Mediation im italienisch-türkischen Kriege, mit einer besonderen Vorsicht zu Werke zu gehen. Ich habe den Eindruck gewonnen und werde darin durch den Euer Exzellenz mit heutigem Kurier mitgeteilten Bericht Grafen Mensdorffs Nr. 5 A vom 2. l. M. noch bestärkt, daß die Anregung Herrn Sazonows auf italienische Einflüsse zurückzuführen sei. Italien hat unleugbar ein Interesse daran, die Lage am Balkan den Mächten gegenüber in einem möglichst düsteren Lichte erscheinen zu lassen, um diese zu einer Pression in Konstantinopel zu bewegen. Die dem Sazonowschen Vorschlage zugrunde liegende pessimistische Auffassung der Situation am Balkan wird von den Kabinetten von Paris und London — ob mit Recht oder Unrecht, möchte ich dahingestellt sein lassen — nicht geteilt; uns aber kann es nur erwünscht sein, wenn die auf eine Pression in Konstantinopel hinausgehende russische Anregung an dem passiven Widerstande der zwei Ententemächte zum Scheitern kommt und in Petersburg und Rom der Anschein vermieden werden kann, als wären wir bestrebt, eine für Italien äußerst vorteilhafte, von Rußland vorgeschlagene Vermittlungsaktion aus egoistischen Gründen zu hintertreiben. Aus diesem Grunde ersuche ich Euer Exzellenz auch, bei allfälliger Verwertung der in diesem Schreiben angeführten Motive sich

stets vor Augen halten zu wollen, daß wir den größten Wert darauf legen, in Petersburg nicht den Eindruck zu erwecken, als ob wir den Vorschlag Herrn Sazonows konterkarrieren wollten. Im Sinne unseres Bestrebens, mit Rußland, ohne demselben irgendwie nachzulaufen, möglichst gute Beziehungen zu pflegen, kann der Verlauf des Besuches Seiner kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Andreas Wladimirowitsch in Wien[b]) nur als ein durchaus gelungener bezeichnet werden. Um die Bedeutung dieses Besuches richtig einzuschätzen, müssen aber zwei Momente in Betracht gezogen werden, die hier nicht unbemerkt bleiben konnten. Es ist dies einerseits die auf den König von Montenegro ausgeübte Pression, durch welche derselbe veranlaßt wurde, seinen ersten Besuch in St. Petersburg abzustatten, andererseits der Aufenthalt des Großfürsten Andreas in Belgrad, bezüglich dessen die hier mitgeteilten Reisedispositionen keinerlei Andeutung enthalten haben, obwohl dies nach dem herrschenden Usus zu erwarten gewesen wäre. Indem ich schließlich bemerke, daß vorstehende Ausführungen selbstverständlich ausschließlich zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Orientierung bestimmt sind, erneuere ich ...

[a]) Vgl. n. 3254, 3284. — [b]) Vgl. n. 3256, 3261, 3263, 3287.

Nr. 3286. Privatschreiben des Ersten Sektionschefs, Botschafters Ladislaus Freiherrn von Müller, an den russischen Botschafter, 10. Feb. 1912 Nr. 678.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Müller).

Vous avez eu l'amabilité de me remettre le 30 du mois dernier copie d'une lettre que Son Excellence Monsieur Sazonow avait adressée à Votre Excellence d. d. 14/27 Janvier 1912 au sujet d'une action pacificatrice des Puissances en vue de préparer la cessation des hostilités entre l'Italie et la Turquie. Comme j'ai eu aujourd'hui même l'honneur d'exposer verbalement à Votre Excellence les renseignements ... *wie n.3284* ... von „dont je dispose" bis „accord complet" ...

[a]) Von Kaiser Franz Josef genehmigt, vgl. Anm. zu n. 3284, 3290.

Nr. 3287. Tel. aus St. Petersburg, 11. Feb. 1912 Nr. 26 (eing. 2 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Grossfürst Andreas ist gestern aus Wien hieher zurückgekehrt und hat sich Herrn Sazonow gegenüber geäussert, er sei über den Empfang, den er bei unserem Allergnädigsten Herrn sowie auch bei Seiner k. u. k. Hoheit dem Erzherzog Thronfolger gefunden habe, ganz entzückt. Der Herr Minister hob mir gegenüber namentlich als besonders erfreulich und in höchstem Grade bedeutungsvoll die Worte hervor, welche Seine k. u. k. Apostolische Majestät gelegentlich des Galadiners an Herrn von Giers zu richten geruht haben und in welchen Allerhöchstderselbe das unentwegte Festhalten an den Prinzipien betonte, die in den im Jahre 1910[b]) zwischen den beiden Regierungen ausgetauschten Erklärungen festgelegt wurden. Diese Allerhöchsten Worte hätten auch in den gnädigen Äusserungen Seiner k. u. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand dem Botschafter gegenüber ihr Echo gefunden. Herr Sazonow bezeichnet den Besuch als

„un évènement d'autant plus heureux qu'il s'est produit pour ainsi dire de soi-même", ohne dass dazu irgend eine besondere Vorbereitung erforderlich gewesen sei. Ich zweifle nicht, dass die besonders freundliche Aufnahme, die der Grossfürst in Wien gefunden hat, auch von Seiner Majestät Kaiser Nikolaus entsprechend gewürdigt werden wird und somit, wenn sie auch keine unmittelbaren, greifbaren Folgen zurücklassen dürfte, doch dazu beitragen wird, die allgemeine Atmosphäre etwas zu erwärmen, was an sich schon als ein erfreulicher Fortschritt zu bezeichnen wäre. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3285, 3301. — [b]) Vgl. n. 2037.

Nr. 3288. Privatschreiben des Ersten Sektionschefs, Botschafters Ladislaus Freiherrn von Müller, nach Berlin, 12. Feb. 1912 Nr. 90 C. d. M.[a]) Konz. (S. Szápáry; V. u. G. Müller).

... *Persönliches* ... Einigermassen überrascht war ich von der Mitteilung Euer Exzellenz,[a]) daß Herr von Tschirschky anläßlich seines jüngsten Berliner Aufenthaltes unter Verpfändung seines Ehrenworts versichert haben soll, dass er den journalistischen Quertreibereien und angeblichen persönlichen Intriguen gegen den Grafen Aehrenthal vollständig fernstehe. ... *Persönliches.* ...

[a]) Vgl. n. 3257, 3283, 3297.

Nr. 3289. Tel. aus London, 12. Feb. 1912 Nr. 6 (eing. 13. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezüglich der Meldung, dass englische Regierung versprochen hat, französische und russische über eventuelles Resultat der Besprechung Lord Haldanes im Laufenden zu halten, erfahre ich von meinem russischen Kollegen streng vertraulich, dass Sir E. Grey sich darauf beschränkte, ihm zu sagen: „Wenn eine Détente zwischen hier und Berlin ...[b]) wollen wir es versuchen und Ihr werdet wohl nichts dagegen haben." Lord Haldane ist heute zurückgekehrt. Wie ich streng vertraulich höre, dürften doch auch die Rüstungen zu den Fragen gehören, die er in Berlin besprechen sollte. Rede Mr. Churchills[c]) dürfte mit Einverständnis des Kabinettes gehalten worden sein (natürlich mit Ausnahme der etwas unglücklichen Satzwendung über Notwendigkeit und Luxus), um einerseits in Deutschland keinen Zweifel über Aufrechterhaltung der englischen Suprematie zur See aufkommen zu lassen, anderseits hiesige öffentliche Meinung zu beruhigen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3282, 3295, 3343. — [b]) Chiffre fehlt. — [c]) Vom 9. Feb. Pol. Chron. der ö.-u. Mon. 1912, 66.

Nr. 3290. Tel. aus London, 12. Feb. 1912 Nr. 7 (eing. 13. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm vom 6. d. Mts. Nr. 5. Russischer Botschafter sagte mir, er habe englische Antwort auf Anregung Herrn Sazonows erhalten und nach Petersburg weitergegeben, von wo er seither nichts hörte. Sie laute, wie sie mir von Sir A. Nicolson skizziert worden war (vide obbezeichnetes Telegramm). Graf Benckendorff hatte zuerst nur

mit Unterstaatssekretär sprechen können, der persönlich wenig für Sazonows Anregung eingenommen schien. Mein russischer Kollege meldete diesen Eindruck nach Petersburg, was dort etwas verstimmte. Seitdem konnte Benckendorff Sir E. Grey selbst sprechen, welcher auf russische Idee einging, aber absolut darauf besteht, dass an einer Mediation alle 5 Mächte teilnehmen müssen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 3286, 3291, 3300, 3304.

Nr. 3291. Bericht aus Rom, 13. Feb. 1912 Nr. 11 B (eing. 16. Feb.).a) Ausfert.

Vertraulich. Am 4. l. M. sprach mir der Minister des Äußern von einer neuerlichen russischen Demarche hinsichtlich eines Friedensschlusses zwischen Italien und der Türkei. Er schien hiebei vorauszusetzen, daß mir dieser Schritt, welcher schon Ende Jänner bei den neutralen Kabinetten unternommen und am 1. l. M. der hiesigen Regierung mitgeteilt worden war, bekannt sei. Da dies nicht der Fall war, schickte mir Marchese di San Giuliano eine Abschrift des Schreibens des russischen Ministers des Äußern vom 14./27. v. M. Bei einer späteren Unterredung kam der Minister des Äußern auf diese Demarche Herrn Sazonows zurück, von der er sich sehr befriedigt zeigte. Er betonte speziell, daß das Kabinett von St. Petersburg sich in diesem Schriftstücke mehr als irgend ein anderes Kabinett dem italienischen Standpunkte nähere. Auch bezeichnete er es als günstig, daß diesmal von einer Konsultation der Botschafter in Konstantinopel abgesehen worden sei. Die letzteren seien nämlich ganz begreiflicherweise mehr dem türkischen Einfluß unterworfen, als die Botschafter in anderen Hauptstädten der Einwirkung der betreffenden Regierung, da man in Konstantinopel dem Kontakte mit dem übrigen Europa ziemlich entzogen sei, und überdies dort jeder Botschafter hinsichtlich wichtiger Interessen seiner Regierung die Pforte in guter Stimmung für sich zu erhalten trachten müsse. Meine Kollegen schreiben, nach meinen vorläufigen Eindrücken, der letzten russischen Demarche keine sehr aktuelle Bedeutung zu. Herr Barrère und Sir Rennel Rodd vermissen, ebenso wie ich selbst, eine konkrete Spezialisierung der in dem Schreiben Herrn Sazonows ausgeführten, sehr allgemeinen und vagen Idee, und mein deutscher Kollege schein sogar geneigt, darin einen maskierten Rückzug des russischen Ministers des Äußern zu erblicken. Mérey.

a) Vgl. n. 3290, 3294.

Nr. 3292. Tel. aus Berlin, 14. Feb. 1912 Nr. 21 (eing. 3 U. 40 M. p. m.).a) Entziff.

Geheim. Mit Bezug auf geheimen Erlass Nr. 677. Der Standpunkt, den Euer Exzellenz in der Frage einer eventuellen Aktion der italienischen Flotte in den Dardanellen einnehmen, war dem Staatssekretär aus der Unterredung, die Hochdieselben mit Herrn von Tschirschky Ende November vorigen Jahres hatten, bekannt. Ich hatte den Inhalt Euer Exzellenz geheimer Weisung vom 29. November Nr. 3018 Herrn von Kiderlen-Wächter seinerzeit mitgeteilt und auch seither Gelegenheit gehabt, ihn daran zu erinnern,

dass Euer Exzellenz in einer eventuellen italienischen Aktion vor Konstantinopel eine Verletzung des Artikels VII des Dreibundvertrages erblicken würden. Trotzdem glaubt Herr von Kiderlen, wie er mir gestern sagte, dass es unter den gegebenen Verhältnissen angezeigter wäre, wenn man die Einsprache gegen eine eventuelle italienische Aktion in den Dardanellen in erster Linie den Westmächten und Russland überlassen würde, die seiner Ansicht nach sehr wahrscheinlich dagegen Stellung nehmen würden. Übrigens sei italienischerseits eine formelle diesbezügliche Demarche nicht gemacht worden. Bericht folgt mit nächster Gelegenheit. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3298, 3311.

Nr. 3293. Bericht aus Rom, 14. Feb. 1912 Nr. 12 A.[a]) Ausfert.

Streng geheim. Die mir mit dem hohen Erlasse vom 7. l. Mts. Nr. 607 gemachten Mittheilungen über das Ergebnis des Besuches des deutschen Staatssecretärs des Aeussern in Rom in Bezug auf die Erneuerung des Dreibundes decken sich mit Ausnahme eines Punktes vollständig mit den Meldungen, welche ich Euer Exzellenz zuerst telegraphisch und dann mit meinem Berichte vom 25. v. Mts. Nr. 7 B in dieser Beziehung zu erstatten in der Lage war. Die einzige Divergenz betrifft den für die weitere Behandlung dieser Angelegenheit allerdings nicht ganz irrelevanten Umstand, dass Euer Exzellenz — wie insbesondere aus dem Schluss-Alinea des obcitierten Erlasses hervorgeht — anzunehmen scheinen, dass die dermalen zur Erwägung stehende Formel hinsichtlich des in den Artikeln IX und X des Vertrages erwähnten status quo italienischerseits vorgeschlagen worden sei. Diese Formel ist aber, wie mir seinerzeit der hiesige Minister des Aeussern und der deutsche Botschafter übereinstimmend sagten, und wie mir mein deutscher College seither nochmals ausdrücklich bestätigte, von Herrn von Kiderlen vorgeschlagen worden. Es wäre sonach jetzt an der italienischen Regierung, sich von ihrem Standpunkt über diese deutsche Proposition zu äussern. Nach Berlin scheint dies bisher nicht geschehen zu sein. Infolgedessen dürfte auch die einschlägige Mittheilung des Herzogs von Avarna an Euer Excellenz wohl noch kaum als eine endgiltige Zustimmung zu dem deutschen Vorschlage zu betrachten sein. Mérey.

[a]) Vgl. n. 3279, 3370.

Nr. 3294. Bericht aus Berlin, 15. Feb. 1912 Nr. 10 A (eing. 17. Feb.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Nach den Meldungen des kaiserlich deutschen Botschafters in St. Petersburg hat die Antwort, welche die englische Regierung auf die letzte Anregung Herrn Sazonows erteilt hat, die russische Regierung durchaus nicht befriedigt. Der russische Minister des Äußern habe sich dahin geäußert, daß die von ihm gemachten Vorschläge in London — und wie es scheine auch von anderen Kabinetten — mißverstanden worden seien. Es sei ihm nie eingefallen, eine sofortige gemeinsame Aktion der Mächte vorzuschlagen; er habe nur den Wunsch ausgesprochen, daß die Kabinette mit einander in Fühlung treten und in Fühlung bleiben, damit — wenn

einmal der geeignete Moment käme — sie in der Lage seien, die ins Auge gefaßte Vermittlungsaktion durchzuführen. Deutscherseits — so sagte mir Herr von Kiderlen — habe man die Anregung Herrn Sazonows tatsächlich auch nicht anders gedeutet und nach Petersburg mitteilen lassen, daß man bereit sei, im gegebenen Augenblicke sich an der Intervention zu beteiligen. Bisher sei dieser Augenblick nicht eingetreten und es bestehe leider auch keine Aussicht, daß er in absehbarer Zeit eintreten würde. Unter den gegebenen Verhältnissen bleibe, so meinte der Staatssekretär, nichts anderes übrig, als so lange zuzuwarten, bis der diametral entgegengesetzte Standpunkt der beiden Kriegführenden sich derart nach einer oder der anderen Seite modifizieren werde, daß ein Eingreifen der Mächte, an dem sich aber alle beteiligen müßten, Aussicht auf Erfolg haben würde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3262, 3291, 3300.

Nr. 3295. Bericht aus Berlin, 15. Feb. 1912 Nr. 10 B (eing. 17. Feb.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Die Besprechungen, die Lord Haldane während seines jüngsten Aufenthaltes in Berlin mit Kaiser Wilhelm und den leitenden deutschen Staatsmännern hatte, haben zu keinen konkreten Abmachungen geführt, was übrigens zu erwarten war. Der Staatssekretär sagte mir, dass der englische Kriegsminister keine Ermächtigung zu bindenden Abmachungen und nur die Aufgabe gehabt habe, mit den massgebenden hiesigen Persönlichkeiten in einen unmittelbaren Gedankenaustausch zu treten über einzelne Punkte, die in England ebenso wie in Deutschland seit einiger Zeit zu Beunruhigung Anlass gaben. Zweifellos war es der britischen Regierung daran gelegen, dass ein hervorragendes Mitglied des Kabinettes, das schon manche gute Beziehungen zu Berliner massgebenden Persönlichkeiten hatte, diese dazu benütze, um sich über die hiesige Auffassung in manchen Fragen zu informieren und die an der Loyalität der englischen Politik in Deutschland verbreiteten Zweifel zu zerstreuen. Demzufolge sei es, so meinte Herr von Kiderlen, nur ein Wortspiel, wenn behauptet werde, dass Lord Haldane keine formelle Mission gehabt habe. Kurz vor der Abreise des englischen Kriegsministers nach Berlin ist der hiesige englische Botschafter zu Sir Edward Grey nach London zitiert und darüber zu Rate gezogen worden, ob der jetzige Zeitpunkt zu den von den englischen Staatsmännern in Aussicht genommenen Besprechungen in Berlin der richtige wäre. Wie mir Herr von Kiderlen sagt, ist der Gang der Verhandlungen dadurch bedeutend erleichtert gewesen, dass Lord Haldane gleich zu Anfang erklärt hatte, die englische Regierung habe eingesehen, dass der von ihr bisher eingenommene Standpunkt, dass vor Allem über die Frage der weiteren Entwicklung der beiderseitigen Flottenrüstungen Abmachungen getroffen werden sollten, ganz und gar unpraktisch sei. Infolgedessen habe man dieses heikle Thema in den Besprechungen mit Lord Haldane fallen gelassen, im gegenseitigen Einvernehmen dagegen alle anderen Fragen der internationalen Politik zur Sprache gebracht, in denen eine Divergenz oder mindestens eine Unklarheit zwischen Deutschland und England besteht.

Auf dieser Basis sei unter anderen die afrikanische Kolonialpolitik Deutschlands und die Angelegenheiten der Bagdad-Bahn, an die bekanntlich ein hervorragendes deutsches Interesse sich knüpft, besprochen worden. Der Reichskanzler und er, der Staatssekretär, hätten den Eindruck gewonnen, bei Lord Haldane ein vollkommenes Verständnis für ihre Auffassungen gefunden zu haben. Zu Abmachungen sei es — wie ich bereits oben erwähnte — nicht gekommen, was ja auch beiderseits nicht beabsichtigt gewesen sei. Nunmehr sei es — so führte der Staatssekretär des Weiteren aus — an der englischen Regierung, welche eben doch die Initiative zu dieser Mission ergriffen habe und seither durch den Lord entsprechend informiert sei, positive Vorschläge zu machen. Während des hiesigen Aufenthaltes Lord Haldanes wurde mit ihm auch die letzte Flottenrede Winston Churchills[b] besprochen. Der englische Kriegsminister bezeichnete sie als eine rein persönliche Meinungsäusserung des Marine-Ministers und bedauerte die — auch von ihm nicht gebilligte — Redewendung „die deutsche Flotte sei ein Luxus". Die Zeitungen haben sich viel mit dem Umstand beschäftigt, dass gleichzeitig mit Lord Haldane auch Sir Ernest Cassel in Berlin eintraf. Herr von Kiderlen sagt mir, er habe diesen Herrn, den er übrigens für einen Wichtigtuer hält, diesmal gar nicht gesprochen. Derselbe habe allerdings gute Verbindungen mit der hiesigen Hochfinanz und habe mit dem General-Direktor der Deutschen Bank, Herrn von Gwinner, Unterredungen gehabt, die sich wohl hauptsächlich auf die Bagdad-Bahn bezogen hätten. Szögyény.

P. S. Herr von Kiderlen, den ich soeben zu sprechen Gelegenheit hatte, versichert mir, dass die Rede des englischen Premier-Ministers,[c] welche er in der gestrigen Sitzung des Unterhauses gehalten hat, hier den besten Eindruck hervorgerufen habe und dass insbesondere dessen Erklärungen über die Reise des Ministers Haldane nach Berlin ihn — Kiderlen — und den Reichskanzler ganz befriedigt hätten. In der heutigen Sitzung des Reichstages hat der Reichskanzler während der Etats-Debatte eine Erklärung[d] abgegeben, laut welcher während der hiesigen Anwesenheit des englischen Kriegsministers die Punkte, an denen sich die Interessen Deutschlands und Englands berühren, durchgesprochen wurden, damit eine Grundlage zu vertrauensvollen Beziehungen hergestellt werden könne. Diese Aussprache, so führte Herr von Bethmann-Hollweg aus, sei deutscherseits lebhaft begrüsst worden und werde fortgesetzt werden. Die Erklärung des Reichskanzlers rief im ganzen Hause Bewegung hervor und wurde mit allgemeinem grossen Beifall aufgenommen. Szögyény.

[a] Vgl. n. 3282, 3289, 3299, 3394 Anm. c, 3468. — [b] Pol. Chron. der ö.-u. Mon. 1912, 66. — [c] Ebda. 68. — [d] Ebda. 62.

Nr. 3296. Bericht aus Berlin, 15. Feb. 1912 Nr. 10 C (eing. 17 Feb.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Herr von Kiderlen erzählt mir, der serbische Geschäftsträger habe vor kurzem bei ihm vorgesprochen und erhaltenem Auftrage entsprechend mitgeteilt, dass seine Regierung über Nachrichten,

laut welchen Österreich-Ungarn eine Aktion im Sandschak und in Albanien beabsichtige, sehr beunruhigt sei. Er — der Staatssekretär — habe Herrn Boghitschewitsch geantwortet, dass nach seiner vollen Überzeugung diese Nachrichten einfach aus der Luft gegriffen seien; zugleich frug er den Geschäftsträger, aus welcher Quelle diese Tatarennachrichten stammten. Nach einigem Zögern habe derselbe ihm eingestanden, dass diese Nachrichten von der russischen Gesandtschaft in Belgrad colportiert und von der serbischen Gesandtschaft in St. Petersburg bestätigt wurden. Der Staatssekretär bat mich mit Rücksicht auf den hiesigen serbischen Geschäftsträger, den er als sehr ruhigen und verlässlichen Mann kenne und schätze, diese Mitteilung streng vertraulich behandeln zu wollen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3280, 3312.

Nr. 3297. Privatschreiben aus Berlin, 15. Feb. 1912 (eing. 17. Feb.).[a]) Ausfert.

... *Persönliches* ... Die Angelegenheit Tschirschky, die sachlich behandelt und eines jeden persönlichen Momentes entkleidet werden müsste, ist, wie mir der Reichskanzler vor Kurzem sagte, in das Stadium gelangt, dass die Abberufung des deutschen Botschafters von Wien im Auge behalten wird, dass man aber deutscherseits erwartet, dass die Entfernung Cartwrights aus Wien vorausgehe. Wie mir Herr von Bethmann Hollweg versichert, müsste er diese Handhabe besitzen, um Kaiser Wilhelm dazu zu bewegen, Herrn von Tschirschky von seinem Wiener Posten zu entfernen. Die Versicherungen des deutschen Botschafters, dass er allen gegen den Grafen Aehrenthal gerichteten Umtrieben fern gestanden sei, hat man auch im Auswärtigen Amte mit einigem Mistrauen entgegengenommen. Allerdings sei es, ohne konkludente Beweise zu besitzen, schwer, auf dieser Basis gegen ihn vorzugehen. Ich werde nicht ermangeln, auch weiterhin den mir wohlbekannten Standpunkt des Grafen Aehrenthal in dieser Sache entsprechend zu vertreten. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 3288, 3470, 3579.

Nr. 3298. Tel. nach Konstantinopel, 16. Feb. 1912 Nr. 35 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Müller).

Seit einigen Tagen beginnt sich die italienische Presse neuerdings mit der Frage einer Ausdehnung der militärischen Operationen auf das ägäische Meer, beziehungsweise mit einer Flottenaktion gegen die Dardanellen zu befassen. Diese Meldungen dürften zwar in erster Linie dem Wunsche der italienischen Regierung entspringen, einerseits die Pforte einzuschüchtern, andererseits die Mächte zur Ausübung einer Pression auf die Türkei behufs Herbeiführung eines baldigen Friedensschlusses zu veranlassen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß es sich — wenn auch wohl nur in zweiter Linie — um die publizistische Vorbereitung einer tatsächlichen Flottenaktion handeln könnte. Ich würde daher Wert darauf legen, wenn Euer Exzellenz die eingangs erwähnten Zeitungsmeldungen zum Anlasse nehmen könnten, um im Gespräche mit Baron Marschall

in unauffälliger Weise die Frage einer Ausdehnung des Kriegsschauplatzes auf das ägäische Meer beziehungsweise die Dardanellen zu berühren und so zu konstatieren, welchen Standpunkt Ihr deutscher Kollege gegenwärtig in diesem Belange einnimmt. Indem ich Euer Exzellenz einschlägiger telegraphischer Berichterstattung mit Interesse entgegensehe, füge ich zu Hochderen streng vertraulicher Orientierung bei, daß mir Informationen vorliegen, wonach die italienischen Staatsmänner die kürzliche Anwesenheit Herrn von Kiderlens in Rom zu einer Sondierung hinsichtlich einer eventuellen Forcierung der Dardanellen benützt haben. Der deutsche Staatssekretär scheint nicht ganz der Ansicht zu sein, daß ein solches Vorgehen Italiens den Dreibundbestimmungen zuwiderlaufe; auch soll derselbe der Auffassung zuneigen, daß es vorteilhafter wäre, hinsichtlich der Stellungnahme gegen eine eventuelle Aktion der Italiener in den Dardanellen den Westmächten und Rußland den Vortritt zu überlassen. Die hierortige Auffassung in dieser Frage ist Euer Exzellenz aus dem Erlasse vom 29. November v. J. Nr. 3019 bekannt. Müller.

[a]) Vgl. n. 3292, 3302.

Nr. 3299. Bericht aus London, 16. Feb. 1912 Nr. 7 B (eing. 19. Feb.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Wie ich mit gestrigem Telegramm Nr. 9[b]) meldete, sprach mir Sir Edward Grey mit Befriedigung von der Mission Lord Haldanes. Der Staatssekretär verwies auf die vorgestrige Rede des Premierministers und sagte mir, er hoffe, die Reise seines Kollegen nach Berlin werde gute Früchte tragen. Jedenfalls habe sich Lord Haldane in der offensten und aufrichtigsten Weise über die meisten Fragen mit den deutschen Staatsmännern ausgesprochen, und auch der deutsche Reichskanzler, der den britischen Kriegsminister auf das allergünstigste impressionierte, habe eine sehr offene Sprache geführt. „Je mehr ich von Herrn von Bethmann Hollweg höre“ — bemerkte Sir Edward — „desto besser gefällt er mir“. Über Herrn von Kiderlen-Wächter, den ich im Gespräche nannte, sagte Sir Edward kein Wort, und scheint mir derselbe bei den leitenden englischen Staatsmännern weniger Ansehen zu geniessen, als der Reichskanzler. Auch der Premierminister, den ich gestern Abend bei Tisch in intimem Kreise traf, sprach mit hoher Anerkennung von Herrn von Bethmann Hollweg. „Haldane hat uns“ — so sagte mir Mr. Asquith — „eine sehr interessante Beschreibung vom deutschen Reichskanzler gegeben, der als Erscheinung an Abraham Lincoln zu erinnern scheint. Er hat vielleicht nicht die Finesse und Geschicklichkeit seines überklugen und sehr bedeutenden Vorgängers; jedenfalls flösst er aber mehr Vertrauen ein, und ich verhandle viel lieber mit ihm als mit Fürst Bülow.“ Ich drückte dem Premierminister meine Freude darüber aus, dass der Besuch Haldanes gut abgelaufen und Hoffnung vorhanden sei, die Spannung zwischen hier und Berlin zu vermindern, die überall lähmend und trübend auf die internationale Politik einwirkt. Mr. Asquith schien guter Hoffnung, meinte, es sei schon viel, wenn man das Misstrauen überwinde und wieder offene Aussprache pflege, und schien

sich von weiteren Besprechungen einen Erfolg zu erwarten. Auch Sir Edward Grey machte mir den Eindruck, befriedigt zu sein. Er liess aber einige Bemerkungen darüber fallen, dass es schwer sei, ruhig zu bleiben, wenn in Deutschland so törichte und absolut unwahre Gerüchte geglaubt werden, wie das Märchen, England habe im vorigen Herbst sich auf einen Flottenangriff auf Deutschland vorbereitet. Wozu habe man ein Pressbureau, wenn solchen Ausstreuungen nicht entgegengetreten wird! Übrigens — so schloss er — glaube er, es sei viel besser, überhaupt keine Pressbureaux zu haben, die mehr schaden als nützen. Ich erlaubte mir bei diesem Anlasse die Bemerkung, dass auch hier ähnliche, ganz unbegründete Gerüchte über Deutschland zirkulierten, und verwies auf die englischen Publizisten, die im Laufe der letzten Jahre den Glauben an die Gefahr einer deutschen Invasion zu verbreiten suchten. Sir Edward gab zu, dass auch hier „so mancher Unsinn" geglaubt worden ist. So viel ich aus meinen verschiedenen Gesprächen der letzten zwei Tage entnehmen konnte, ist man in Regierungskreisen von Lord Haldanes Berliner Reise befriedigt und freut sich, wieder einen Kontakt mit der deutschen Regierung hergestellt zu haben. Gelingt es, eine wirkliche détente herbeizuführen, so bedeutet dies einen ungeheueren Erfolg für das jetzige Kabinett, und speziell Sir Edward Greys Stellung in der eigenen Partei würde dadurch in sehr bedeutendem Masse wachsen. Die populäre entente cordiale mit Frankreich hat er von seinem Vorgänger übernommen. Das sehr schwierige und viel angegriffene Arrangement mit Russland, an das er durchaus festzuhalten wünscht, ist sein eigenes Werk. Kann er nun auch eine Verständigung mit Deutschland, dem gefürchteten Rivalen, zu Stande bringen, so wird der Staatssekretär in den Augen seiner Landsleute trotz der von ihm begangenen Fehler und Missgriffe als erster Politiker seiner Partei, ja vielleicht überhaupt als bedeutendster Staatsmann des heutigen England angesehen werden. Dazu muss er vor Allem den Ruf der Germanophobie zerstreuen, der ihm anhaftet. Wie Euer Exzellenz aus meiner wiederholten Berichterstattung bekannt ist, glaube ich nicht, dass Sir Edward — obwohl er häufig stark von der französischen Regierung und M. Cambon beeinflusst worden ist, für irgend eine fremde Macht eine spezielle Zuneigung oder Abneigung empfindet. Er ist so durchaus Insulaner, kennt das Ausland so wenig (ich glaube, er war in seinem ganzen Leben nur einmal auf zwei Tage in Paris, sonst nie ausserhalb der britischen Inseln), dass ihm alle kontinentalen Staaten gleich fern stehen und er sie alle in nüchternster Weise nur vom Standpunkte des momentanen englischen Interesses aus beurteilt. Dabei neigt er stark zur alten liberalen Tradition der friedlichen Verständigung über alle Differenzen hin. In dem ihm unterstehenden Ressort wird der Herr Staatssekretär allerdings manche tief eingewurzelte Vorurteile überwinden müssen. Wie Euer Exzellenz bekannt, ist das Foreign office als Departement und der englische diplomatische Dienst überhaupt durchwegs von dem heftigsten Misstrauen gegen Berlin erfüllt und hat sich in bedauerlichster Weise daran gewöhnt, Deutschland überall als Gegner zu betrachten und zu bekämpfen. Ich habe aber den Eindruck, als ob in letzter Zeit Sir Edward vielleicht mehr als früher unter dem Einflusse der Stimmungen im Kabinette stünde und sich von seinen

diplomatischen Untergebenen etwas emanzipieren würde. Mein deutscher Kollege, den ich eben sprach, ist ziemlich zufrieden, sagte mir aber, konkrete Fragen habe man eigentlich noch nicht berührt, doch sei der Anfang zu Verständigungen in einer entschieden günstigen Weise gemacht worden. Weitere Besprechungen werden hier geführt werden, doch ist Graf Metternich über die zunächst in Angriff zu nehmenden Themas noch sehr reserviert und meint, es könne Alles nur langsam und nach und nach kommen. Jedenfalls macht mir aber mein Kollege, dessen Pessimismus ich bei früheren Gelegenheiten häufig zu bekämpfen hatte, diesmal wirklich einen zuversichtlichen Eindruck. Er meint — wie ich glaube mit vollem Recht —, dass die Enthüllungen über M. Caillaux's geheime Verhandlungen mit Deutschland hier einen viel tieferen Eindruck gemacht haben, als zugegeben wird. Die hiesige Presse nimmt die Erklärungen des Premierministers über die Haldanesche Mission günstig auf. Die liberalen Blätter sind hocherfreut über die Aussicht einer anglo-deutschen détente, aber auch die konservativen Blätter sprechen sich anerkennend aus, wobei einige allerdings besonders stark die Erklärung Asquiths unterstreichen, dass an den bestehenden Verhältnissen zu anderen Mächten nichts geändert werden wird. In diesen Zeitungsorganen ist das Bestreben ersichtlich, namentlich die französische Empfindlichkeit möglichst zu schonen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3295, 3343. — [b]) Tel. Nr. 9, 15. Feb. 1912 (eing. 16. Feb. 9 U. a. m.) aus London ist nur ein Vorbericht, der hier ausführlich wiederholt wird.

Nr. 3300. Bericht aus London, 16. Feb. 1912 Nr. 7 C (eing. 19. Feb.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich mit gestrigem Telegramm Nr. 8[b]) zu melden die Ehre hatte, bestätigte mir Sir Edward Grey selbst die Antwort, die er auf die Anregung Herrn Sazonows gegeben hat, wie ich sie schon am 6. l. M. mit Telegramm Nr. 5 nach meiner Unterredung mit Sir Arthur Nicolson berichtet hatte. Der Staatssekretär legt hauptsächlich Wert darauf, daß bei einer eventuellen Mediation alle fünf Mächte einmütig vorgehen, da dieselbe sonst absolut erfolglos bleiben müßte. Ich bemerkte, daß nach den mir zugekommenen Weisungen auch die k. und k. Regierung der Ansicht ist, eine wohlwollende Aktion der Mächte müsse durch eine vorhergehende vollständige Verständigung unter denselben geregelt sein. Sir Edward glaubt, die türkische Empfindlichkeit würde am besten dadurch geschont werden, wenn sich die Pforte entschließen könnte, ihre Angelegenheit gewissermaßen den fünf Mächten zu übergeben, wodurch der Anschein einer Pression vermieden würde. Wann der Moment dazu gekommen sein würde, könne er nicht beurteilen, vorläufig fehle es an jedem Anhaltspunkt dafür, daß die türkische Regierung irgendwie geneigt sei, eine Mediation herbeizuführen. Auch der Premierminister sprach mir gestern abends von dem türkisch-italienischen Kriege und meinte, er sehe noch keine Möglichkeit für die Mächte, einen Schritt zu unternehmen. Mr. Asquith war in seinem Urteil über Marquis San Giuliano ziemlich streng und neigte der Ansicht zu, die italienische Regierung habe sich in unüberlegter Weise

in ein Abenteuer gestürzt, das noch sehr lange dauern und die finanziellen Kräfte des Königreiches einer schweren Probe aussetzen dürfte, trotz aller schönen Erklärungen über ihre Reservekapitalien. Der klügste Kopf Italiens, König Viktor Emanuel, sei gegen den Krieg gewesen und habe Sich nur dem Willen seiner Regierung gefügt. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 3290, 3294, 3304. — [b]) Eing. 16. Feb. 9 U. a. m. Kurzer Vorbericht wie oben.

Nr. 3301. Bericht aus St. Petersburg, 4./17. Feb. 1912 Nr. 5 A (eing. 19. Feb.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. ... *Im wesentlichen wie n. 3287* ... Es will mir überhaupt scheinen, als wäre der Besuch des Grossfürsten einer direkten Anregung Seiner Majestät des Kaisers entsprungen; vielleicht sogar ohne dass Herr Sazonow von dieser Absicht vorherige Kenntnis hatte, was möglicherweise diesen Letzteren etwas verstimmt haben mag. Auffallend war jedenfalls, dass der Herr Minister mir gegenüber so stark betonte, es sei besonders erfreulich, dass sich der Besuch „so ganz von selbst" und ohne irgend welche Vorbereitung ergeben habe. Das sieht beinahe so aus, als befürchte Herr Sazonow, die diesfalls bekundete russische Initiative zu dem Besuch könnte unsererseits als ein Nachlaufen Rußlands gedeutet werden, wogegen er sich verwahren wollte. Für die Wahrscheinlichkeit obiger Annahme spricht auch der mit der sonstigen Haltung Herrn Sazonow's nicht recht in Einklang zu bringende Umstand, dass das offiziöse Regierungsblatt von dem Wiener Besuche keine weitere Notiz nahm, als dass es die allerdings recht ausführlichen und freundlichen Depeschen der Telegraphen-Agentur in Extenso wiedergab. Angeblich sei — wie ich aus Journalistenkreisen erfahre — sogar ein für die „Rossija" bereits vorbereiteter, die Anwesenheit des Grossfürsten in Wien behandelnder Artikel im letzten Momente von Herrn Sazonow — vielleicht war es auch nur dessen Presschef Nelidow? — mit der Begründung inhibiert worden, das Blatt habe durch die Wiedergabe der Telegramme bereits genug über den Gegenstand geschrieben. Dass die übrige hiesige Presse, insbesondere die „Nowoje Wremja", möglichst wenig Aufhebens von dem Besuche machte und ihm insbesondere jede politische Bedeutung absprach, ist bei der Gesinnung der hiesigen Journalistik nicht zu verwundern. Vielleicht wäre es mit Rücksicht hierauf vorzuziehen gewesen, wenn auch unsere Presse sich etwas zurückhaltender verhalten hätte, wozu sie auch der entschieden sehr überflüssige Aufenthalt des Grossfürsten in Serbien hätte veranlassen können. Wie dem Allen aber auch sein mag, kann meines unmassgeblichen Erachtens schon das Faktum, dass ein Mitglied des russischen Kaiserhauses über ausdrücklichen Auftrag des Czaren — und diesen hat mir Höchstderselbe Selbst bestätigt — einen wenn auch gewissermassen nur zufälligen Besuch bei unserem Allergnädigsten Herrn gemacht hat, sowie die huldvolle Aufnahme, die der Grossfürst bei Allerhöchstdemselben gefunden hat, als ein erfreulicher Fortschritt auf dem beiderseits mit grosser Vorsicht betretenen Wege einer gegenseitigen Wiederannäherung betrachtet werden, der wenn er auch selbstverständlich nicht unmittelbare praktische Folgen haben kann, doch dazu

beitragen muss, die gegenseitige Atmosphäre zu erwärmen. Die anlässlich dieses Besuches zu Tage getretenen Begleitumstände scheinen mir aber neuerdings die Richtigkeit der von Euer Exzellenz für die weitere Pflege unserer Beziehungen zu Russland bisher eingeschlagenen Taktik zu beweisen, welche es bei Beobachtung einer höflichen, aber vorsichtigen Reserve den Russen überlässt, die ersten Schritte zu tun; wenn solche aber erfolgen, dieselben freundlich aufzunehmen. Hiedurch wird jeder Anschein eines „Nachlaufens" unsererseits vermieden, was mit Rücksicht auf die hiesige Mentalität gerade im Interesse des anzustrebenden Zieles besonders wichtig ist. Ich sollte meinen, dass die jüngsten Erfahrungen keinen Anlass bieten von dieser, bisher bewährten Taktik abzugehen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 3339.

Nr. 3302. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 18. Feb. 1912 Nr. 54 (eing. 19. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Anlässlich eines Besuches, welchen mir Assim Bey heute abstattete, sagte mir derselbe, dass er auf Grund gestrigen Ministerratsbeschlusses mittelst einer Zirkulardepesche die ottomanischen Botschafter bei den Grossmächten angewiesen habe, den Kabinetten, bei welchen sie akkreditiert sind, eine Mitteilung folgenden Inhaltes zu machen: Die Pforte habe erfahren, dass Italien einen Angriff auf die europäischen oder kleinasiatischen Provinzen der Türkei plane und für diesen Fall beschlossen, in dem Augenblicke, in welchem der erste italienische Schuss abgegeben würde, die in der Türkei sich aufhaltenden italienischen Staatsangehörigen als Kriegsgefangene zu behandeln, sowie mit der Sperrung der Dardanellen durch Minen vorzugehen. Ohne auf eine Erörterung der Eventualität eines italienischen Angriffes irgendwie einzugehen, machte ich den Minister auf die Gefahr aufmerksam, dass die Pforte sich durch ein solches Vorgehen die Sympathien der Grossmächte entwenden[b]) könne und wies ferner auch auf die praktischen Schwierigkeiten der geplanten Massregeln hin. Assim Bey meinte, die Türkei müsste sich eben wehren, wie sie könne. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 3298, 3303. — [b]) So!